

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Verlag Olga Benario und Herbert Baum  
Postfach 10 20 51  
D-63020 Offenbach

1. Auflage 2001

ISBN 978-3-932636-41-7

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Vorwort und editorische Anmerkungen zur Herausgabe der Dokumente des ZK der KPD von 1933 bis 1945	XV

### Dokumente des ZK der KPD von 1933 bis 1945

#### 1933

Generalstreik gegen die faschistische Terror-Herrschaft - Berlin, 30.1.1933 (Aufruf - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	1
Eine Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands - 1.3.1933 ( <i>Zur Reichstagsbrandstiftung</i> )	3
Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands. Stürzt die Papen-Hitler-Diktatur! Arbeiter an die Macht! Für die Arbeiter- und Bauernrepublik!" ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	4
Für den internationalen Kampf gegen den Faschismus (Gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Polens und Deutschlands - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	8
Die Reichstagsbrandstiftung, ein nationalsozialistisches Provokateurstück - Berlin, 3.3.1933 (Mitteilung)	9
Mutig vorwärts in der Antifaschistischen Aktion! - Berlin, März 1933 (Aufruf)	11
Einheitsfrontangebot der KP Deutschlands. An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! - Berlin, 14.3.1933	12
Gegen die Versklavung Südtirols (Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Italiens, der Tschechoslowakei und Österreichs - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	13
Die Stellung der KPD zu den faschistischen Judenverfolgungen in Deutschland ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	14
Das ZK der KPD an die ausländischen Pressevertreter in Berlin - Berlin, 6.4.1933 (Mitteilung)	15
Entfaltet das Freiheitsbanner des Sozialismus! - Berlin, 30.3.1933 (Aufruf)	16
Entreißt dem Henker die bulgarischen Revolutionäre Dimitrow und Genossen! (Erklärung)	17
Erklärung der KPD zum Reichstagsbrand ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	18
Antifaschistisches Maimanifest 1933 - Aufruf des Zentralkomitees der KPD an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, an alle Antifaschisten! - Berlin, im April 1933	20
Rettet die Gewerkschaften! Verteidigt Eure Organisation gegen die Angriffe der faschistischen Sozialreaktion und der kapitalistischen Lohnräuber - Berlin, 30.3.1933 (Aufruf)	21

## II

Kämpft für Arbeit, Brot, Freiheit, Sozialismus! (Aufruf - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	23
Die Aufgaben der Kommunisten im Kampfe um die Gewerkschaften (Brief)	24
Gegen die Antisowjet-Hetze der II. Internationale! Gegen Faschismus und Krieg! (Aufruf)	26
Gruß des ZK der KPD an den eingekerkerten Führer der KPD, Ernst Thälmann	28
Hitler führt Deutschland in die Katastrophe!	29
Entschließung des Zentralkomitees der KPD zur Lage und den nächsten Aufgaben	32
Aufruf zur Bildung von Klassengewerkschaften - Berlin, 26.8.1933	40
An alle Arbeitslosen in Stadt und Land! (Aufruf)	43
Verhindert den Justizmord an den sieben Antifaschisten in Chemnitz und Altona (Aufruf)	45
Zum 1. August, dem internationalen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg und die militärische Intervention gegen die Sowjetunion und China (Gemeinsame Erklärung der ZKs der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Rumäniens, Österreichs und der Tschechoslowakei)	46
Die neue Offensive des Nationalsozialismus. Der Brief des ZK der KPD an die SPD- Arbeiter	48
Die KPD zur Lage in Deutschland (Brief)	53
Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse! - 20.6.1933 (Offener Brief)	55
Beschluß des ZK der KPD über Mitgliedsbücher und Organisationszugehörigkeit der Emigranten - Berlin, 29.6.1933	60
Entreißt Thälmann und Torgler den faschistischen Henkern!	61
Sozialistische Freiheitsaktion! - Berlin, 4.7.1933 (Aufruf)	63
Nieder mit den Galgen und Bluthunden von Altona! (Aufruf)	66
Nachruf - Drei Mitglieder des Zentralkomitees der KPD ermordet! - Berlin, 27.8.1933	67
Proletarier aller Länder vereinigt euch unter dem Banner der Kommunistischen Internationale - Zieht die Bilanz aus der Pariser Tagung der II. Internationale - Berlin, Ende August 1933	68
Weltsturm des internationalen Proletariats gegen das drohende Leipziger Justizverbrechen. Rettet Thälmann, Torgler, Dimitrow, Popow und Tanew vor Zuchthaus und Tod! (Aufruf)	70
Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Leipziger Reichstagsbrand- und Kommunisten-Prozeß - Berlin, 14.9.1933 (Erklärung)	71
London gegen Leipzig	73
Doktor Sack entlarvt - Berlin, 19.9.1933 (Erklärung)	74
Gruß des ZK der KPD an Dimitrow - Berlin, 25.9.1933	75
Vier Revolutionäre vor dem faschistischen Tribunal - 25.9.1933	76

### III

Die gegenwärtige Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD - 10.10.1933 (Resolution des Politbüros)	78
Beschluß des ZK der KPD zur Gewerkschaftsfrage - Berlin, 25.8.1933	81
Die Antifaschisten Deutschlands stimmen mit einem unerschütterlichen "Nein"! Nieder mit dem Plebiszit der faschistischen Bürgerkriegsregierung! (Stellungnahme des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands)	86
Nur der Kommunismus bringt die Rettung! Nieder mit der Regierung des Hungers, des Krieges und des Terrors! - Berlin, 7.11.1933 (Aufruf)	88
Anweisung der KPD zum 12. November 1933 (Brief - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	91
Maria Reese aus der KPD ausgeschlossen - Berlin, 8.11.1933 (Beschluß - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	93
Eine Erklärung des ZK der KPD (zu den Aussagen des Zeugen Grothe im Reichstagsbrandprozeß)	94
Erklärung des ZK der KPD zum Ergebnis der sogenannten Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November - Berlin, 17.11.1933	95
Erhebt euch gegen den Massenmörder Hitler! (Stellungnahme des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands)	97
Steigert den Kampf! Gegen die faschistischen Brandstifter und Arbeitermörder! Für den Sturz der Hitlerdiktatur! - 24.12.1933 (Aufruf des ZK der KPD und des ZK des KJVD)	98
Das Urteil von Leipzig (Brief)	99
<b>1934</b>	
An den Parteitag der sozialistischen Siege!	103
Rettet Thälmann, Torgler, Dimitrow und Genossen! Vierfacher Meuchelmord an kommunistischen Führern! Arbeiter der ganzen Welt, auf zum Kampf gegen die faschistischen Schlächter! - Berlin, 2.2.1934	105
Dem Gedächtnis der ermordeten teuren Genossen Jonny Scheer, Eugen Schönhaar, Erich Steinfurth und Rudolf Schwarz - Berlin, 10.2.1934 (Aufruf)	106
Es lebe der Kampf für die deutsche und österreichische Räterepublik! - Berlin, im Februar 1934 (Aufruf)	107
Das ZK der KPD an Dimitrow, Popow und Tanew - Berlin, 28.2.1934	108
Vorwärts zum Kampf um die Rätewacht! Entschließung des Zentralkomitees der KPD zu den Beschlüssen des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und der Lage in Deutschland - Berlin, 5.2.1934	109
Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland (Brief)	117
Es lebe der rote Kampfmai 1934! (Aufruf des ZK der KPD, des KJVD und des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition)	122

## IV

Acht Hamburger Antifaschisten vom Schafott bedroht. Nur Massenaktionen retten unsere vom Tod bedrohten Brüder vor der Abschächtung! (Aufruf)	124
86 Kumpels von deutschen Grubenkapitalisten gemordet! Nur die Sowjetmacht sichert Leben und Gesundheit der Arbeiter! (Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO)	125
Aufruf der ZK der KP Deutschlands und der KP Österreichs	126
Millionen Arbeiter gegen Hitler! - Berlin, 18.5.1934 (Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO Deutschlands)	128
Gewinnung der SPD-Genossen - eine Voraussetzung der Revolution! Unsere Antwort auf den Berichtsbrief einer kommunistischen Betriebszelle	129
Kommunismus - der einzige Ausweg! Das soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands (Aufruf)	130
Nieder mit der Hitler-Regierung! - 1.7.1934 (Aufruf des ZK der KPD und des ZK des KJVD)	135
An das arbeitende Volk aller Länder! (Aufruf der ZKs der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Polens)	136
Alle Macht den Räten! - Es lebe Rätedeutschland! (Aufruf - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	138
SA - was nun? (Aufruf - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	139
Der 20. Juli - Ein Lehrbuch für alle Antifaschisten, mit blutigem Griffel geschrieben!	140
Der Faschismus - das ist der Feind - Berlin, Anfang August 1934	142
Millionenfaches Nein dem Volksverderber Hitler! - (Aufruf des ZK der KPD zum Plebiszit am 19. August) - Berlin, Anfang August 1934	144
Um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse! (Brief des Politbüros des ZK der KPD)	145
An alle sozialdemokratischen Mitglieder, Funktionäre und Gruppen in Deutschland! - Anfang August 1934 (Appell)	148
Die Schaffung der Einheitsfront der werktätigen Massen im Kampfe gegen die Hitler-Diktatur (Resolution des ZK der KPD vom 1.8.1934)	150
20. Internationaler Jugendtag am 1. September - Heerschau der antifaschistischen Aktionseinheit! - 7.8.1934 (Aufruf von KPD und KJVD - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	152
Reißt alle Barrieren nieder, die unsere Klasseneinheit hemmen! Brief unseres Zentralkomitees an eine Unterbezirksleitung	153
Millionenmassen gegen Hitler! (Brief)	155
Millionen fordern: Fort mit Hitler! Werktätige in Stadt und Land! Vorwärts vom Massenprotest zur Aktionseinheit! (Aufruf)	156
Kriegsalarm im Fernen Osten! Antwortet durch Aktionseinheit gegen Hitlerfaschismus! Verhindert die Kriegstransporte an die japanischen Räuber! Massenverteidigung der USSR! (Aufruf)	157

## V

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an die werktätigen Bauern Deutschlands	158
Brief unseres Zentralkomitees an eine sozialdemokratische Arbeitergruppe	162
Wie die sozialdemokratischen Veteranen von Prag das internationale Proletariat anlügen! (Brief - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	164
Für den "Status quo!". Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands an das Saarvolk - Berlin, Anfang Oktober 1934	165
An die christlichen Werktätigen Deutschlands! (Aufruf)	167
Gruß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und an den Genossen Stalin - 3.11.1934	169
An die sozialdemokratische Gruppe um Aufhäuser - 24.10.1934	171
Beschluß des Politbüros des ZK der KPD über die Durchführung der Diskussion zum VII. Weltkongreß der Komintern	172
Für die Aktionseinheit der Kommunisten und Sozialdemokraten. Einheitsfrontangebot des ZK der KPD an alle sozialdemokratischen Gruppen und Leitungen	174
Resolution des ZK der KPD zu einigen Fragen der werktätigen Jugend	175
Es lebe die internationale Verbundenheit mit dem spanischen Proletariat!	176
Offener Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands. An alle Sozialdemokraten! An alle Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen! An alle Kollegen in der "Arbeitsfront"! - Berlin, Mitte November 1934	177
Die Kommunistische Partei Deutschlands im Kampfe für die Einheitsfront - Zum Einheitsfrontangebot des ZK an die Gruppe "revolutionärer Sozialisten" - (Brief)	179
Der Thälmannprozeß beginnt! - Im November 1934	181
Genosse Dimitroff zur Frage der Einheitsfront - Ein wegweisendes Dokument für alle Kommunisten! - Ende 1934/Anfang 1935	183
<b>1935</b>	
Schafft die Volksfront gegen den Hitler-Faschismus! - 16.1.1935	187
Nieder mit der chauvinistischen Hetze! Saarabstimmung mahnt zur verstärkten Einheitsfront! (Aufruf - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	189
Beileidstelegramm des ZK der KPD an das ZK der KPdSU ( <i>Genosse Kujbyschew gestorben</i> ) - Moskau, 27.1.1935	191
Das Zentralkomitee der KPD an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Prag - 11.2.1935 (Brief)	192
Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur (Resolution des Zentralkomitees der KPD vom 30.1.1935)	193
Beschluß des ZK der KPD zur Auswertung der Reichskonferenz des KJVD	198

## VI

Antifaschistische Einheitsfront bei den Vertrauensrätewahlen. Gemeinsamer Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten für die freie Wahl wirklicher Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben - das ist das Gebot der Stunde! (Aufruf)	199
Offener Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an alle sozialdemokratischen Gruppen und linken SPD-Führer!	200
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht - Berlin, 20.3.1935 (Brief)	201
Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus (Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Belgiens, Österreichs, Ungarns und Litauens)	202
Proletarische Helden (Brief)	204
Das ZK der KPD zum 49. Geburtstage Ernst Thälmanns - Berlin, 15.4.1935	205
Proletarische Helden (Fortsetzung)	206
Die Kommunistische Partei Deutschlands zum 1. Mai. Heraus zum Roten Kampf-Mai gegen Krieg und Faschismus, für Frieden, Freiheit und Brot!	207
Die Bilanz der Danziger Wahlen (Brief)	209
Gegen faschistische Terrorherrschaft und Kriegstreiberei!	211
Resolution des ZK der KPD zu der durch die faschistische Kriegspolitik und die neue chauvinistische Welle geschaffenen Lage in Hitler-Deutschland	212
Nachruf des ZK der KPD ( <i>auf Martynow</i> )	214
Schließt die internationale Einheitsfront zur Verteidigung des Friedens (Aufruf der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Englands, Deutschlands, Chinas, Japans, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Österreichs und Ungarns)	215
An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, an alle Kämpfer der chinesischen Roten Armee, für alle chinesischen Genossen! (Brief)	217
Verhandlungen zwischen Vertretern des ZK der KPD und des Prager Parteivorstandes der SPD	219
Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitler-Diktatur (Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935)	220
Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KP Deutschlands an das werktätige deutsche Volk (Oktober 1935)	226
Unser Vorschlag zur Einheitsfront	228
Ausschluß Torglers aus der KPD	229
Die nächsten Aufgaben der deutschen Kommunisten! (Politbüro der KPD - Brief)	230
Die Vierte Parteikonferenz der KPD an den Genossen Dimitroff	232
Hitlers Kriegspolitik heißt Lebensmittelnot und Teuerung - Wie kann sich das werktätige Volk wehren? (Brief des Politbüros der KPD)	233



## VII

### 1936

Die Parole zur Vertrauenrätewahl 1936: Mehr Lebensmittel! Bessere Löhne! Wählt Vertrauensräte der Arbeiter! Gegen die Hitlerdiktatur!	237
Zum sechzigsten Geburtstag des Genossen Wilhelm Pieck am 3.1.1936	240
Das ZK der KPD zum Jahrestag des Freispruchs Dimitroffs	241
Die KPD zu den Katholikenverfolgungen (Brief des Politbüros)	242
Gegen Hitlers Kriegsprovokation. Für Frieden und Freiheit - 8.3.1936 (Appell)	244
Hitlers Abenteurerpolitik treibt zum Krieg! An alle Werktätigen Hitler-Deutschlands! - März 1936	245
Nach Hitlers Wahlbetrug - Erklärung des Politbüros der KPD für den Zusammenschluß aller antihitlerischen Kräfte	246
Dem Andenken Fritz Heckerts - 7.4.1936	248
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands an Ernst Thälmann zu seinem fünfzigsten Geburtstag	249
Gruß an Thälmann	250
Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutsche Volksfront	251
Seit einig, einig gegen Hitler! Für Volksfront zur Rettung Deutschlands vor der Katastrophe des Krieges. (Gemeinsamer Aufruf von Sozialdemokraten, Kommunisten, Funktionären der SAP und Vertretern der freiheitlichen Intelligenz und des freiheitlichen Bürgertums - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	261
Erklärung der KPD zu Danzig ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	262
Das große, weltgeschichtliche Dokument der einzig konsequenten Demokratie der Werktätigen der Sowjetunion	263
Volksfront gegen die Kriegspolitik Hitlers, für die Erhaltung des Friedens und für ein demokratisches Deutschland! - Juni 1936 (Kundgebung)	264
Die Stellung der KPD zur Olympiade (Brief des Politbüros der KPD)	267
Die KPD an die Prager Friedenskonferenz (Brief)	269
Offener Brief an alle Katholiken - Juli 1936	270
Internationale aktive Hilfe dem kämpfenden spanischen Volke. Das ZK der KPD an das spanische Volk, an die Soldaten und Milizen!	273
Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zu den konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Verbrechen gegen die Arbeiterklasse - 25.8.1936 (Resolution)	274
Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen die 3000 Millionäre! - Berlin, Oktober 1936	276
Der Nürnberger Parteitag und das deutsche Volk (Politbüro der KPD- Communiqué)	280

## VIII

Gegen den Trotzismus, den Bundesgenossen Hitlers! - Berlin, 2.11.1936 (Brief des Politbüros der KPD)	282
Brief der KPD an den Genossen Maurice Thorez, Generalsekretär der KPF - Anfang November 1936	283
Ein gemeinsamer Aufruf der kommunistischen Parteien Deutschlands und Italiens. Gegen die Kriegspolitik des Faschismus. - Aktive Solidarität für den Freiheitskampf des spanischen Volkes - November 1936	286
Ein Aufruf der KPD gegen die Nazi-Intervention in Spanien - Anfang Dezember 1936	289
An die Internationale Brigade! An die Bataillione Thälmann, John Schehr und Andre! - 3.12.1936	290
Begrüßung des ZK der KPD an Stalin - 13.12.1936	291

## 1937

Ein Aufruf für die deutsche Volksfront. Für Frieden, Freiheit und Brot! (Aufruf verschiedener Kommunisten - Vertreter des ZK der KPD, Sozialdemokraten und Antifaschisten)	293
Das ZK der KPD an das ZK der KPdSU ( <i>Zum Urteil in den Moskauer Prozessen</i> ) - 1.2.1937	295
Das Beileidschreiben der KPD an die KPdSU ( <i>zum Tode von Ordshonikidse</i> ) - 19.2.1937	296
Das Zentralkomitee der KPD an seinen gefangenen Führer Ernst Thälmann	297
An den Parteivorstand der SPD. An die sozialdemokratischen Genossen, die Verfasser der Vorschläge zur Bildung der deutschen Volksfront	298
Gruß des ZK der KPD an Genossen Ernst Thälmann zu seinem 51. Geburtstag - 16.4.1937	301
Offene Worte an alle Katholiken Deutschlands (Aufruf)	302
Das ZK der KPD an den Wolgadeutschen Sowjetkongreß - Moskau 27.4.1937	304
Aus dem Radioappell des ZK der KPD zum 1. Mai 1937	305
Die Sache des republikanischen Spanien ist die Sache aller Völker der Erde (Aufruf der internationalen Konferenz der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Spaniens, Italiens, Deutschlands, Großbritanniens, der USA, der Tschechoslowakei, Polens, Hollands, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Norwegens und Luxemburgs - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	306
Das Zentralkomitee der KPD zur Beschießung Almerias	308
Nach der Erschießung der Verräter am sozialistischen Vaterlande	309
Die KPD und der Kirchenkampf - Juni 1937	310
Nürnberg - die Demonstration der Kriegssache! (Aufruf)	312

## IX

Nicht der Faschismus, sondern die Freiheit wird in Europa siegen! - 30.9.1937 (Erklärung der Zentralkomitees der KP Deutschlands und der KP Italiens zur Zusammenkunft Hitler-Mussolini)	315
Aus der Begrüßung des Zentralkomitees der KPD an den Genossen Stalin, an das siegreiche Sowjetvolk	316
<b>1938</b>	
Eine Kundgebung des Zentralkomitees der KPD zum 4. Februar	317
Aufruf des ZK der KP Deutschlands zum Überfall auf Österreich	318
Stimmt mit "Nein!" Jeder wahre Deutsche will den Frieden - deshalb muß die braune Tyrannei auf das "Nein" des Volkes stoßen!	319
Für Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs (Brief des ZK der KPD an das ZK der KPÖ)	320
Für Thälmanns Befreiung, für die Befreiung der politischen Gefangenen im Dritten Reich! Das Zentralkomitee der KPD an Ernst Thälmann	321
An die Katholiken Deutschlands! - Anfang Mai 1938	322
"Duldet nicht, daß die Tschechoslowakische Republik wie Österreich dem barbarischen Faschismus preisgegeben wird!" (Erklärung des ZK der KPD und des ZK der KPÖ)	324
Beschluß des ZK der KPD über W. Münzenberg	325
Resolution des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Lage (Beschlossen am 14.5.1938)	326
Zur Hinrichtung von Liesl Herrmann und ihrer Kameraden (Nachruf)	331
Lieber Freund! (Gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus) - Juni 1938	332
An das deutsche Volk! Verhindert den Krieg! Rettet des Frieden! - Juli 1938	334
Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterschaft. Ein Brief des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands an die deutschen Sozialdemokraten	336
Liebe Freunde! (Gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus) - August 1938	337
An das deutsche Volk! An das französische Volk! - 6.9.1938 (Aufruf von KPF und KPD - nicht ausdrücklich ZK)	339
Vorschlag zur Einigung der deutschen Opposition. Ein Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands - 16.9.1938	340
Alles für die Verteidigung der Sowjetunion! Alles für die Verteidigung des Friedens! - 8.8.1938	341
Hände weg von der Tschechoslowakei! Ein Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands - Paris, 24.9.1938	343

## X

Die Welt-Empörung über die Preisgabe der Tschechoslowakei. Ein gemeinsamer Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und der Tschechoslowakei ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	344
München - ein Verbrechen am Frieden. Hilfe für das republikanische Spanien ist Verteidigung des Weltfriedens (Erklärung der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens, Spaniens, der Tschechoslowakei, der USA, Deutschlands, Italiens, Belgiens, der Schweiz, Schwedens, Kanadas und der Niederlande - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	345
An das deutsche Volk! Arbeiter, Angestellte, Bauern, Mittelständler, Intellektuelle! Männer und Frauen! Jugendliche! - Anfang Oktober 1938 ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	347
Richtlinien zur Lage	348
Gegen die Schmach der Judenpogrome! (Erklärung) - November 1938	352
Zu der deutsch-französischen Deklaration in Paris. Richtlinien des Zentralkomitees der KPD	353
Achtung! Achtung! Facharbeiter! Arbeitskollegen! - Ende 1938/ Anfang 1939	355
<b>1939</b>	
Gruß an Ernst Thälmann zum 20. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands - 29.12.1938	357
Ein Aufruf der Kommunistischen Parteien zur Lage in Spanien (Aufruf der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens, der USA, Kanadas, Deutschlands, Italiens, der Schweiz, Österreichs, der Tschecho-Slowakei, Belgiens, der Niederlande, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Kommunistische Parteien Lateinamerikas und Kommunistische Partei Spaniens - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	358
Rettet die spanische Republik! Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend! - Anfang Februar 1939	360
An das deutsche Volk ( <i>zu Spanien - nicht ausdrücklich ZK</i> )	361
Resolution der Berner Konferenz der KPD (30.1. - 1.2.1939)	363
Aufruf der Konferenz. An die deutschen Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler (Die Berner Konferenz der KPD)	369
Die Berner Konferenz der KPD an den Genossen Stalin - 2.2.1939	371
Gruß unserem Ernst Thälmann ( <i>aus einem Dokument der Berner Konferenz</i> )	372
Gruß der Kommunistischen Partei Deutschlands zum 20. Jahrestage der Kommunistischen Internationale - 4.3.1939	373
"Kein ehrlicher Deutscher kann dieses furchtbare Unrecht dulden!"(Aufruf)	374
Der Fall Münzenberg (Brief)	375
Ausschluß von Münzenberg aus der KPD (Beschluß)	376

## XI

An die Arbeiter Deutschlands und Österreichs! - Ende März 1939 (Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Österreichs, des Arbeitsausschusses deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	377
Nieder mit Hitlers Verbrechen an der Tschechoslowakei! - Ende März 1939	379
Gemeinsamer Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands, der Tschechoslowakei und Österreichs - März 1939 ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	380
Das Zentralkomitee der KPD an Ernst Thälmann - Am 16.4.1939 (Brief)	382
Nieder mit dem Mailänder Militärpakt! Nieder mit dem Krieg! - 16.5.1939 (Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Italiens - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	383
An das deutsche Volk! ( <i>zu Danzig</i> ) - Juni 1939	384
Heraus mit den politischen Gefangenen. Kämpft verstärkt für die Freilassung Ernst Thälmanns und aller anderen gefangenen Friedens- und Freiheitskämpfer - August 1939	385
Über die Verbreitung und das Studium des "Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)" und über die Propaganda des Marxismus-Leninismus in den Sektionen der Kommunistischen Internationale (Dokument der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens, der USA, Deutschlands und Italiens - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	386
Beschluß des Zentralkomitees der KPD über Verbreitung und Studium der "Geschichte der KPdSU(B)" - Juli 1939	391
Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland - 25.8.1939 ( <i>Schlußfolgerungen, die sich auf Deutschland beziehen</i> )	394
Die Kommunistischen Parteien und der imperialistische Krieg. Für den Sturz des Nazi-Regimes, für die Volksrevolution	396
Aus dem Brief der Parteiführung an die Leitungen und Funktionäre der KPD im Lande vom 21.10.1939	398
Gegen den imperialistischen Krieg - für den Frieden und die Freiheit der Völker - November 1939 (Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei - <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	399
Aus der Politischen Plattform der KPD vom 30. Dezember 1939 ( <i>nicht ausdrücklich ZK</i> )	406
<b>1940</b>	
Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 12.5.1940	409
Aus dem Protest des ZK der KPD gegen das Diktat von Compiègne - Juli 1940	411

## XII

### 1941

- Die deutschen und die österreichischen Kommunisten zum Krieg gegen Jugoslawien und Griechenland (Gemeinsame Erklärung von KPD und KJVD - *nicht ausdrücklich ZK*) 413
- (*Aufruf zum Überfall des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion*) 24.6.1941 415
- An das deutsche Volk und an das deutsche Heer! Arbeiter! Bauern! Deutsche Werktätige! - 15.10.1941 417

### 1942

- Aus dem Dokument des Politbüros des ZK der KPD über neue Schritte zur Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik - 3.4.1942 419
- Appell an alle deutschen Werktätigen - 5.6.1942 (*nicht ausdrücklich ZK*) 421
- Friedens-Manifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht - 6.12.1942 (unterzeichnet von: Die Westdeutsche Beratung der nationalen Friedensbewegung) 422

### 1943

- Mitteilung des Präsidiums der Kommunistischen Internationale - 15.5.1943 427
- Aus dem Brief des ZK der KPD an das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Auflösung der KI - 24.5.1943 429
- Aus dem Vorschlag des Politbüros des ZK der KPD zur Bildung eines deutschen Komitees zum Kampf gegen Hitlerkrieg und Nazityrannei - 27.5.1943 430

### 1944

- Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie (Politbüro des ZK der KPD) - Oktober 1944 431

### 1945

- Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet - 5.4.1945 434
- Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands. Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! - 11.6.1945 (Aufruf) 438

### Nachtrag

- Zum Abstimmungskampf im Saargebiet. Die gesamte Partei muß den Kampf unserer saarländischen Genossen unterstützen! 440
- Nieder mit dem imperialistischen Krieg – Nur Rätedeutschland sichert den Frieden 442

## XIII

Schmiedet die Einheitsfront von Saarbrücken bis Königsberg!	444
Für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten	447
Abkürzungsverzeichnis	449
Quellenverzeichnis	453





## Vorwort

Der vorliegende Reader enthält eine Zusammenstellung der in der Zeit von 1933 bis 1945 veröffentlichten Dokumente des ZK der KPD – soweit sie für uns zugänglich waren. Unseres Wissens ist eine solche Dokumentensammlung bisher noch nicht veröffentlicht worden.

Die noch anstehende Auswertung und Einschätzung der hier zusammengestellten Dokumente aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 ist Teil einer notwendigen kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Linie der KPD.

Hier sollen Ausgangspunkte der Einschätzung und Kritik einiger in verschiedener Hinsicht bedeutender Dokumente dieses Readers dargelegt werden. Die Kritik an einigen Kernpunkten dieser Dokumente kann allerdings eine gründliche Auseinandersetzung mit den hier veröffentlichten Dokumenten des ZK der KPD nicht ersetzen und soll dies auch nicht. Vielmehr sollen damit erste Anregungen für eine fruchtbare Diskussion zur Einschätzung der Linie der KPD gegeben werden.

Wir wollen im folgenden einige Kernpunkte der Kritik an den beiden programmatischen Dokumenten der KPD aus der Zeit des Nazifaschismus darlegen: an den Resolutionen der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935 und der Berner Konferenz der KPD von 1939. Gerade aufgrund des programmatischen Charakters dieser beiden Dokumente ist davon auszugehen, daß sich deren Linie in zahlreichen weiteren Stellungnahmen des ZK der KPD niederschlägt und Kernpunkte der Kritik auch auf diese Dokumente anzuwenden sind.

Danach soll knapp die Stellungnahme des ZK der KPD zum Novemberpogrom 1938 eingeschätzt werden, des bis dahin größten Verbrechens an den Jüdinnen und Juden in Nazideutschland: „Gegen die Schmach der Judenpogrome“. Dieses Dokument hat nicht nur eine besondere Bedeutung für den Kampf gegen den mörderischen Antisemitismus in Nazideutschland, es ist darüber hinaus überhaupt eines der wenigen, ja seltenen Dokumente des ZK der KPD, das sich diesem Kampf widmet.

Abschließend wird die zusammenfassende Bewertung einer ausführlichen Einschätzung und Kritik des Aufrufs der KPD vom Juni 1945 wiedergegeben werden.

### **Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, die Brüsseler Konferenz (1935) und die Berner Konferenz der KPD (1939)**

Im folgenden soll keine Gesamteinschätzung der beiden Konferenzen der KPD zur Zeit des Nazifaschismus<sup>1</sup> gegeben werden, sondern drei Fragen sollen konzentriert behandelt werden, wobei bei der dritten auch auf die Linie der KPD vor 1933 zurückgegriffen wird:

---

<sup>1</sup> Die **Brüsseler Konferenz** der KPD (auch als 13. Parteitag der KPD bezeichnet) fand vom 3. bis 15. Oktober 1935 in der Nähe von Moskau kurz nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (25. 7. bis 20. 8. 1935) statt. Es war die erste Zusammenkunft von Delegierten der KPD nach der Errichtung des Nazifaschismus, die über den Kreis der ZK-Mitglieder hinausging. Es nahmen 38 Delegierte teil. Verabschiedet wurde die Resolution „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitler-Diktatur!“. Die **Berner Konferenz** der KPD (auch als 14. Parteitag der KPD bezeichnet) wurde am 30. 1. und 1. 2. 1939 in der Nähe von Paris abgehalten. Auf ihr trafen sich 22 Funktionäre der KPD, davon 10 Mitglieder des Zentralkomitees, um kurz vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs das richtungsweisende Dokument der KPD für die Zeit von 1939 bis 1945 zu verabschieden: „Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik“.

- Das strategisches Ziel des Klassenkampfes der Arbeiterklasse in Deutschland – die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats – und die taktische Zielsetzung des Kampfs zur Zerschlagung des Nazifaschismus;
- Fragen der Anforderungen und Voraussetzungen für die Vereinigung von KPD und SPD;
- zur Linie der KPD zur „nationalen Frage“.

### Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935

In der Resolution des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale<sup>2</sup> werden eine Reihe von Bedingungen genannt, unter denen die Bildung einer Regierung der Einheitsfront bzw. der Volksfront möglich und notwendig wird, einer Regierung, die „noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist“. Es heißt dort:

*„Unter den Bedingungen der politischen Krise, wenn die herrschenden Klassen bereits nicht mehr imstande sind, mit der mächtig anwachsenden Massenbewegung fertig zu werden, müssen die Kommunisten grundlegende revolutionäre Losungen (z. B. Kontrolle der Produktion, der Banken, Auflösung der Polizei und ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.) aufstellen, die darauf gerichtet sind, die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie noch mehr zu erschüttern, die Kräfte der Arbeiterklasse zu steigern, die kompromißlerischen Parteien zu isolieren und die Arbeitermassen unmittelbar an die revolutionäre Machtergreifung heranzuführen. Wenn sich bei einem derartigen Aufschwung der Massenbewegung die Schaffung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, die aber die Durchführung entschlossener Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion auf sich nimmt, als möglich und im Interesse des Proletariats als notwendig erweist, so muß die Kommunistische Partei auf die Schaffung einer solchen Regierung hinarbeiten. Eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung einer Regierung der Einheitsfront ist eine solche Lage, a) in der der bürgerliche Staatsapparat stark paralysiert ist, so daß die Bourgeoisie die Schaffung einer solchen Regierung nicht zu verhindern vermag; b) in der die breitesten Massen der Werktätigen sich stürmisch gegen den Faschismus und die Reaktion auflehnen, aber noch nicht bereit sind, den Kampf um die Sowjetmacht aufzunehmen; c) in der bereits ein bedeutender Teil der Organisationen der Sozialdemokratie sowie der anderen an der Einheitsfront teilnehmenden Parteien schonungslose Maßnahmen gegen Faschisten und andere Reaktionäre fordern und bereit sind, gemeinsam mit den Kommunisten für die Durchführung dieser Maßnahmen zu kämpfen.“<sup>3</sup>*

Der VII. Weltkongreß hat die Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Einheits- bzw. Volksfront, an der sich die Kommunisten beteiligen und für die sie eintreten, an bestimmte **Voraussetzungen** gebunden und mit klar formulierten **Zielen** verbunden, die deutlich gemacht werden müssen.

Vorausgesetzt für diese „neue taktische Orientierung“ zur Ergreifung der Macht ist eine politische Krise, in der die Herrschenden bereits nicht mehr mit der mächtig anwachsenden Massenbewegung fertig werden. Die Momente diese Krise werden dann genauer bestimmt:

<sup>2</sup> Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fand vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau statt.

<sup>3</sup> „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, Resolution zum Referat des Genossen Dimitroff, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern“, 1935, Band II, S. 991. Vgl. dazu auch das Referat des Genossen Dimitroff, ebenda, S. 363 ff. Beides abgedruckt in: Georgi Dimitroff: Gegen den Nazifaschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2001

- der bürgerliche Staatsapparat ist stark paralyisiert und kann die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront bzw. der Volksfront nicht verhindern;
- stürmische Auflehnung der werktätigen Massen gegen den Faschismus, aber noch fehlende Bereitschaft des Kampfes für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats;
- Gewinnung eines bedeutenden Teils der sozialdemokratischen Organisationen zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten für schonungslose Maßnahmen gegen Faschisten und Reaktionäre.

Ganz entschieden bezog der VII. Weltkongreß insbesondere Position gegen rechtsopportunistische Entstellungen der Idee einer Einheitsfrontregierung, die ein opportunistisches „Zwischenstadium“ konstruieren, um den opportunistischen „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ für plausibel erklären zu können:

*„Die Rechtsopportunisten aber versuchten, [...] ein besonderes ‚demokratisches Zwischenstadium‘ zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium‘ nannten sie auch ‚Übergangsform‘ und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken; sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die ‚proletarische Revolution‘, d. h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Diktatur.“<sup>4</sup>*

Zusammenfassend kann man sagen: Die Idee einer Einheitsfrontregierung war eine taktische Orientierung, sie sollte ein taktisch notwendiger Schritt sein, um an das strategische Ziel der „revolutionären Machtergreifung“ und der „proletarischen Diktatur“ heranzukommen und bedeutete keineswegs eine Änderung der Strategie.

### **Strategische und taktische Ziele des Klassenkampfes auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD**

Die Resolution der **Brüsseler Konferenz** der KPD von 1935<sup>5</sup> versucht, diese Vorgaben des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale auf die Bedingungen Deutschlands und die Erfordernisse des Kampfes gegen den Nazifaschismus anzuwenden, wie aus den folgenden Passagen zur Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront hervorgeht. Die Anlehnung an die Formulierungen des VII. Weltkongresses ist spürbar, allerdings werden die klaren Voraussetzungen und die Zielsetzung dieser „neuen taktischen Orientierung“ der Kommunistischen Internationale durch die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz deutlich verwässert. In den Dokumenten der Brüsseler Konferenz heißt es zu dieser Frage:

*„Der große Freiheitsdrang des werktätigen Volkes, den die Faschisten in die Bahn ihrer abenteuerlichen Kriegspolitik zu lenken versuchen, muß durch die antifaschistische Volksfrontbewegung zu einer gewaltigen Stoßkraft für den Sturz der Hitlerdiktatur<sup>6</sup> werden.“*

<sup>4</sup> Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, 1935, in: ebenda, S. 367.

<sup>5</sup> „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitler-Diktatur!“ (Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935), S. 220ff. Quellenangaben ohne weitere Hinweise beziehen sich auf den vorliegenden Reader.

<sup>6</sup> „Hitlerdiktatur“, „Hitlerregime“, „Hitlerfaschismus“, „Hitlerdeutschland“ – mit solchen und ähnlichen Begriffen versuchte das ZK der KPD in zahlreichen Dokumenten, den Nazifaschismus in verständlicher, populärer Form zu beschreiben. Dennoch sind solche personalisierenden, auf die Person Hitlers

*Die Parteikonferenz verweist hierbei auf die vom VII. Weltkongreß der kommunistischen Internationale in Betracht gezogene Möglichkeit und Notwendigkeit der Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die sich aus dem Aufschwung der Massenbewegung unter den Bedingungen der politischen Krise bei dem Sturz der Hitlerdiktatur ergeben kann.*

*Die endgültige Befreiung der werktätigen Massen von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kann nur durch die Aufrichtung der Sowjetmacht erfolgen, die allein die Klassenherrschaft der Ausbeuter stürzt, den Sozialismus aufbaut und dem ganzen Volke Freiheit und wachsenden Wohlstand sichert.<sup>7</sup>*

Die Bildung einer Regierung der Einheits- bzw. Volksfront wird ins Auge gefaßt, ohne jedoch die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale genannten Bedingungen und Voraussetzungen unter den Verhältnissen Nazideutschlands wirklich zu analysieren und diese Orientierung eindeutig als taktische Orientierung zu bezeichnen. Statt dessen wird ein angeblicher „großer Freiheitsdrang des deutschen Volkes“ angeführt, was eine weitgehend falsche Einschätzung des Umfangs des antinazistischen Widerstands 1935 belegt, der ja lediglich aus einer kleinen Minderheit bestand.

Die zitierten Dokumente der Brüsseler Konferenz der KPD machen zwar deutlich, daß die KPD am Ziel der „Sowjetmacht“ festhält, ohne jedoch dieses Ziel als strategisches Ziel zu kennzeichnen. Hingegen wird die Idee der Diktatur des Proletariats verwässert, wenn ganz falsch behauptet wird, daß der Aufbau des Sozialismus dem „ganzen Volke“ Freiheit bringe, anstatt herauszustellen, daß die Diktatur des Proletariats ja einen Teil der Bevölkerung eines Landes, nämlich die gestürzten Ausbeuter und alle anderen Reaktionäre, unterdrücken muß und wird.

Im *Bericht<sup>8</sup> Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Konferenz* über die Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses weist Pieck dann zu Recht darauf hin, daß der VII. Weltkongreß eine „Revidierung der **taktischen** Grundsätze“ vorgenommen hat und der KPD dementsprechend die Aufgabe gestellt hat, ihre taktische Linie zu überprüfen und Fehler in taktischer Hinsicht<sup>9</sup> zu beseitigen. Gleichzeitig betont Pieck die „Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD“:

---

abzielenden Formulierungen, erst recht nach dem Tod Hitlers, problematisch und zur Aufklärung eigentlich nicht brauchbar, denn sie haben einen großen Nachteil: Die Realität wird auf den Kopf gestellt. Denn in Wirklichkeit war der Nazifaschismus im weiteren Sinne eben nicht die Diktatur, das Regime, das Deutschland Adolf Hitlers, sondern der herrschenden Klasse in Deutschland: des deutschen Finanzkapitals. In Wirklichkeit war das Wesentliche im engeren Sinne am Nazifaschismus nicht die Person Hitlers, sondern die verbrecherische nazifaschistische Ideologie und Politik.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 224 (Hervorhebungen d. V.)

<sup>8</sup> Der Bericht Piecks auf der Brüsseler Konferenz ist unseres Wissens 1935 nicht veröffentlicht worden. In dem von Mammach herausgegebenen Dokumentenband „Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Frankfurt am Main 1975, wird als Quelle der Erstveröffentlichung angegeben: Pieck: „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur“, in: „Gesammelte Reden und Schriften“, Band V, Berlin 1972, S. 167–283.

<sup>9</sup> Pieck führt als Schlüssel für die Erkenntnis der von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kritisierten Fehler der KPD vor dem Machtantritt des Nazifaschismus an: „Eine **Taktik**, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des Kampfes andere wurden. Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.“ (Bericht von Wilhelm Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit dem Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, zitiert nach: Mammach: „Die Brüsseler Konferenz der KPD“, S. 77, Hervorhebung d. V.)

Konkret nennt Pieck das Beispiel der Beteiligung der KPD an dem von den Nazifaschisten eingeleiteten Volksentscheid gegen die preußische Regierung im August 1931 als „taktische Maßnahme“. Aller-

*„Es erübrigt sich, hier auf unserer Konferenz etwa beweisen zu wollen, daß der von uns eingeschlagene Weg, daß unsere Marschroute der proletarischen Revolution zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und Schaffung eines Sowjetdeutschlands gegenüber dem von der Sozialdemokratie vertretenen ‚demokratischen Weg‘, der sozialistischen Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie auf friedlichem Weg, der einzig richtige war. Aber auch das müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern beweisen, und zwar an Hand der Erfahrungen, die die Arbeiter selbst in dieser Entwicklungsperiode gemacht haben.*

*Die Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD – die proletarische Revolution zur Errichtung der Diktatur des Proletariats – wird von der Mehrheit der aktiven sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland und von vielen sozialdemokratischen Politikern zugegeben und anerkannt. Sie fangen bereits an zu begreifen, daß der von der SPD seit 1914 eingeschlagene Weg die Arbeiterschaft ins Verderben geführt und dem Faschismus den Weg bereitet hat.“<sup>10</sup>*

Falsch ist bei Pieck die Behauptung, daß die Mehrheit der aktiven sozialdemokratischen Arbeiter die Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD anerkennen würde. Hier wird der Einfluß des Sozialdemokratismus bei diesen Arbeitern massiv unterschätzt bzw. der Einfluß der KPD überschätzt.

Pieck faßt in seinem Bericht auf der Brüsseler Konferenz die „Generallinie der Partei“ wie folgt zusammen, die leider in dieser Klarheit in den auf der Konferenz verabschiedeten Dokumenten **nicht** enthalten ist:

*„Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei besteht bei dieser Perspektive der Zuspitzung des Klassenkampfes und der Verschiebung der Klassenkräfte darin, die Initiative zur Erfassung aller mit dem faschistischen Regime und mit ihrer Lage unzufriedenen Kräfte zu ergreifen und ihre vereinigten Anstrengungen auf ein Ziel zu richten – auf den Sturz der Hitlerdiktatur. Das bedeutet natürlich keineswegs die Zurückstellung des revolutionären Endzieles, das wir uns mit der proletarischen Revolution, mit dem Sturz des kapitalistischen Systems und der Aufrichtung der Sowjetmacht gestellt haben. Wir müssen verstehen, daß die Erreichung dieses Zieles nur durch die Heranführung der Massen an den Kampf um dieses Ziel auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und der Erkenntnis von der Notwendigkeit dieses Zieles möglich ist.“<sup>11</sup>*

Und weiter heißt es richtig:

*„Auch hier müssen wir eine gründliche Änderung unserer bisherigen Taktik vollziehen. Wir haben gewiß immer Losungen aufgestellt, die unserem kommunistischen Programm entsprechen. Wenn wir also eine Wendung vornehmen, so soll das nicht bedeuten, daß wir*

---

dings wird von Pieck die Frage dann verwirrt, wenn er diese falsche „taktische Maßnahme“ als „strategischen“ Fehler kritisiert: „Die Preußenregierung führte den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die kommunistische Partei und plante deren Verbot. Aber die Kommunistische Partei hätte sich doch in ihrer **strategischen Orientierung** nicht davon beeinflussen lassen dürfen, sondern in der Erkenntnis der faschistischen Gefahr ihren Hauptstoß gegen den Faschismus richten müssen.“ (Ebenda, S. 79, Hervorhebung d. V.)

Der 15. Parteitag der KPD 1946 kritisiert ebenfalls die Beteiligung am Volksentscheid gegen die preußische Braun-Severing-Regierung, differenziert aber überhaupt nicht mehr zwischen Fehlern in taktischen oder in strategischen Fragen, nahm auch keine Beurteilung der geänderten Taktik vor, sondern spricht nur noch von einem „grundlegenden Fehler“. Es heißt im Parteitagsbericht: „Einen weiteren grundlegenden Fehler begingen wir in der Einschätzung der Sozialdemokratischen Partei, in der wir jahrelang unseren Hauptfeind sahen und gegen den wir das Hauptfeuer unseres Kampfes auch dann noch richteten, als bereits die Faschisten ihre Mordbanden gegen die Arbeiterklasse führten.“ („Bericht vom 15. Parteitag der KPD“, S. 193)

<sup>10</sup> Bericht von Wilhelm Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit dem Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, a.a.O. S. 72/73.

<sup>11</sup> Bericht von Wilhelm Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit dem Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, a.a.O. S. 164.

*etwa nicht mehr unser revolutionäres Endziel oder unser kommunistisches Programm propagieren und popularisieren, sondern es soll bedeuten, daß wir in unserem Kampfe für unser Teilziel, für den Sturz der faschistischen Diktatur, solche Losungen aufstellen, die geeignet sind, auch alle die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und unseres Endziels überzeugt, ja, die vielleicht sogar dagegen sind.*<sup>12</sup>

**Nach der Brüsseler Konferenz** erläutert Wilhelm Pieck in einem Artikel im theoretischen Organ der KPD „Die Internationale“ die von der KPD vorgeschlagenen „Richtlinien zur Ausarbeitung einer Plattform der Volksfront“, in der zum ersten Mal die Losung der „demokratischen Republik“ aufgestellt wird. In dem Artikel mit dem Titel „Der Kampf um Demokratie“ heißt es dazu:

*„Das Neue in diesen Vorschlägen gegenüber dem Manifest der Brüsseler Parteikonferenz liegt, wie schon erwähnt, in der Forderung der **demokratischen Republik**, die nach dem Sturze des Hitlerregimes geschaffen werden soll, um die Forderungen der Volksmassen zu verwirklichen und die ihnen vor allem die volle Möglichkeit geben soll, **selbst** entscheidend an der Gestaltung und Sicherung der demokratischen Republik mitzuwirken. [...]*

*In der demokratischen Republik werden **alle** Partner der Volksfront ihre besonderen Ziele propagieren können. Die Kommunisten werden offen und frei ihre Agitation unter dem werktätigen Volke **für den Sozialismus** und für den einzig dahin führenden Weg, für die proletarische Diktatur, treiben.*<sup>13</sup>

Pieck macht hier zwar deutlich, daß die KPD auch in einer „demokratischen Republik“ nach dem Sturz des Nazifaschismus an ihrem strategischen Ziel, Kampf für den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats, festhalten wird. Aber wie schon in den veröffentlichten Dokumenten der Brüsseler Konferenz wird nicht die Beziehung zwischen der taktischen Aufgabenstellung, hier des Kampfes für eine demokratische Republik, und der strategischen Zielsetzung geklärt und erläutert.

Es bleibt festzuhalten: Wenn auch nicht in den zentralen Dokumenten der Brüsseler Konferenz, so wird in der Rede von Pieck die taktische Orientierung auf eine Einheitsfrontregierung von der strategischen Orientierung auf die proletarische Revolution eindeutig unterschieden sowie richtig betont: Obwohl in taktischer Hinsicht die Hauptaufgabe der antifaschistische Kampf ist, darf das strategische Ziel nicht zurückgestellt werden, da es gerade auch eine Aufgabe des antifaschistischen Kampfes ist, die werktätigen Massen überhaupt an die Revolution heranzuführen.

Die **Resolution der Berner Konferenz von 1939** erklärt als Ziel der Volksfront und der Politik der KPD in und mit der Volksfront:

*„Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen.“<sup>14</sup>*

In einem eigenen Abschnitt der Resolution der Berner Konferenz über „Die neue demokratische Republik“ werden die grundlegenden Aufgaben dieser Republik gegenüber dem Faschismus erläutert und das Verhältnis zum Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus erklärt. Allerdings muß kritisch hervorgehoben werden, daß die Frage der „proletarischen Diktatur“, die noch auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale als entscheidende politische Voraussetzung für den

<sup>12</sup> Ebenda, S. 170.

<sup>13</sup> Pieck: „Der Kampf um Demokratie“, in: „Die Internationale“, 1936, Heft 4/5, zitiert nach: Pieck: „Reden und Aufsätze“, Band I, Berlin 1952, S. 210.

<sup>14</sup> „Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik“, Resolution der Berner Konferenz der KPD, „Die Internationale“, 1939, Heft 3/4, S. 27–47; Hier: S. 365.

Aufbau des Sozialismus genannt wird, in der Resolution der Berner Konferenz keine Erwähnung mehr findet, ja Unterscheidungen zwischen taktischen und strategischen Fragen fallen in der Resolution der Berner Konferenz völlig unter den Tisch. Es heißt dort:

*„Auch sehen noch viele revolutionäre Arbeiter in der Losung der neuen demokratischen Republik den Verzicht auf den Kampf um den Sozialismus. Die neue demokratische Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder in Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. [...]*

*Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeuten nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfrontdeutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen.“<sup>15</sup>*

Hier werden zwei Dinge miteinander vermengt, die es auseinanderzuhalten gilt: Das eine ist, dem Nazifaschismus „seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals (zu) entziehen“. Dies war später in der Situation der SBZ 1945 auch vor der sozialistischen Revolution möglich, also vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Etwas anderes ist es, „den Faschismus mit der Wurzel aus(zu)rotten“. Denn die Wurzeln des Faschismus liegen im Kapitalismus, der Kapitalismus kann aber nur durch den Aufbau des Sozialismus mit Hilfe der Diktatur des Proletariats vernichtet werden. Im letzten Absatz wird es aber wieder so hingestellt, als sei die demokratische Republik eben noch keine Diktatur des Proletariats, denn dort wird betont, daß in der demokratischen Republik die Mehrheit der Werktätigen für den Sozialismus erst gewonnen werden müsse.

Den Delegierten der Berner Konferenz lagen zur Beratung auch von Pieck verfaßte Richtlinien für den Kampf zum Sturz des Faschismus vor,<sup>16</sup> die zusammen mit den Dokumenten der Berner Konferenz im theoretischen Organ der KPD „Die Internationale“ unter dem Titel „Wie kann und muß der Hitlerfaschismus gestürzt und die demokratische Republik verwirklicht werden?“ veröffentlicht wurden.

Die folgende etwas längere Passage daraus macht deutlich, wie sich die Führung der KPD 1939 den Sturz des Nazifaschismus und den Kampf für die „demokratische Republik“ vorstellte:

*„An Stelle der faschistischen Diktatur wird die **demokratische Republik** errichtet werden, an die Stelle der Kriegswirtschaft des Trustkapitals wird eine auf dem friedlichen Austausch mit anderen Völkern beruhende **Friedenswirtschaft** treten. Es wird ein Umsturz des Herrschaftssystems und eine Umgestaltung der Wirtschaft vorgenommen, die den **Charakter einer Revolution** tragen, indem die Führung der Republik auf die in der antifaschistischen Volksfront vereinigten Massen übergeht. Das wird **noch keine sozialistische Revolution** sein, aber es werden alle Möglichkeiten für den Ausbau der Demokratie, der Rechte und Freiheiten der werktätigen Massen geschaffen.“<sup>17</sup>*

<sup>15</sup> Ebenda, S. 366.

<sup>16</sup> Vgl. Eröffnungsansprache Wilhelm Piecks auf der Berner Konferenz, in: Mammach (Hg.): „Die Berner Konferenz der KPD“, Berlin 1974, S. 60.

<sup>17</sup> Pieck: „Wie kann und muß der Hitlerfaschismus gestürzt und die demokratische Republik verwirklicht werden?“ in: „Die Internationale“, 1939, Heft 3/4; zitiert nach: Pieck: „Reden und Aufsätze“, Band I, Berlin 1952, S. 336/337.

Hier wird die Errichtung der demokratischen Republik als eine Art „Revolution“ bezeichnet, die jedoch noch keine „sozialistische Revolution“ sei. Hier wird also unter der Hand die Linie einer demokratischen Etappe der Revolution eingeführt, die vor der sozialistischen Revolution durchgeführt werden müsse. Damit wird die noch auf der Brüsseler Konferenz vertretene Position der strategischen Zielsetzung auf die proletarische Revolution aufgegeben und durch die Erkämpfung einer demokratischen Republik ersetzt. Die taktische Orientierung auf eine Einheitsfrontregierung fällt damit auch unter den Tisch.

Als Fazit kann man feststellen:

Auf der Berner Konferenz wird die strategische Orientierung der KPD falsch auf eine demokratische Etappe der Revolution anstatt auf die proletarische Revolution festgelegt. Es wird zwar der Kampf um den Sozialismus noch erwähnt, jedoch fällt die Diktatur des Proletariats unter den Tisch, ebenso wie die richtige taktische Orientierung auf eine Einheitsfrontregierung.

### **Die Bedingungen für die Vereinigung von KPD und SPD auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD**

Die Resolution der *Brüsseler Konferenz* nennt in Anlehnung an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Kern richtig folgende Bedingungen für die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Partei:

*„Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen. Aber eine solche Massenpartei wird ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie völlig unabhängig von der Bourgeoisie ist, wenn sie die **Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats** in der Form der Sowjets anerkennt, wenn sie die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Krieg ablehnt und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist.“<sup>18</sup>*

Die KPD hat in der Resolution ihrer Brüsseler Konferenz nicht auf die Kritik an der deutschen Sozialdemokratie und an ihrer Verantwortung für die Errichtung des Nazi-faschismus verzichtet:

*„Der Faschismus in Deutschland konnte nur siegen, weil das deutsche Proletariat durch die von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern betriebene Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie gespalten war und sich nicht zum Kampfe gegen den Faschismus vereinigte.“<sup>19</sup>*

Auch stellt die KPD die Notwendigkeit der Kritik des Reformismus bei gleichzeitiger Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Kräften heraus:

---

<sup>18</sup> „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitler-Diktatur!“ (Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935), S. 222/223.

Zur Einschätzung des „Radikalisierungsprozesses in der Sozialdemokratischen Partei“ und ihre Differenzierung in „einen reaktionären Teil“, der gegen die Einheitsfront auftritt, und eine „überwiegende Mehrheit“, die beginnt, die Notwendigkeit der Einheitsfront mit den Kommunisten zu begreifen, vgl. ebenda, S. 222.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 221 (siehe auch: Mammach: „Die Brüsseler Konferenz der KPD“, S. 588).



*„Die gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen schließen, wie der VII. Weltkongreß ausdrücklich hervorhob, eine ernste begründete Kritik des Reformismus, des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Klassenarbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und eine geduldige Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das Programm des Kommunismus keineswegs aus, sondern im Gegenteil, machen diese noch notwendiger.“<sup>20</sup>*

Allerdings muß hier kritisch betont werden, daß der VII. Weltkongreß den Kampf gegen den Reformismus und vor allem gegen die Gefahr des Rechtsopportunismus im Zusammenhang mit der Einheitsfronttaktik und einer möglichen Vereinigung mit der Sozialdemokratie viel entschiedener herausstellte, als es hier durch die Resolution der Brüsseler Konferenz zum Ausdruck kommt. Die Brüsseler Konferenz zitiert nur die Passage gegen den Reformismus, nicht aber die ideologisch weiter zugespitzte Passage gegen den Rechtsopportunismus, die wir weiter vorne zitiert haben.

In der Resolution der **Berner Konferenz** der KPD 1939 finden die auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale genannten Bedingungen für die Vereinigung mit der SPD keine Erwähnung mehr, und auch die noch von der Brüsseler Konferenz genannten Voraussetzungen für eine solche Vereinigung werden auf der Berner Konferenz weiter verwässert, wenn lediglich „eine gemeinsame Aktionsplattform“, also die Einigung in taktischen Fragen, „zum Sturze Hitlers und zur Schaffung einer neuen demokratischen Republik“ zur „Grundlage dieser Vereinigung“ erklärt wird.<sup>21</sup>

Zur Frage der Vereinigung von KPD und SPD heißt es in der Resolution der Berner Konferenz:

*„Die Berner Konferenz weist nachdrücklich auf die Mai-Resolution des ZK der KPD hin:*

*„Wir Kommunisten sind überzeugt, daß im Prozeß des Kampfes gegen das Hitlerregime auch die einheitliche revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse geschaffen werden muß.“*

*Die Berner Konferenz der KPD ist der Auffassung, daß eine gemeinsame Aktionsplattform zum Sturze Hitlers und zur Schaffung einer neuen demokratischen Republik die Grundlage dieser Vereinigung sein kann.<sup>22</sup> Das ZK der KPD stellt die Frage der Schaffung der Einheitspartei zur Diskussion vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse und fordert insbesondere die Kommunisten und Sozialdemokraten auf, sich dazu zu äußern, sich zu ver-*

<sup>20</sup> Ebenda, S. 222; Zitat aus dem VII. Weltkongreß vgl.: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, Resolution zum Referat des Genossen Dimitroff, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern“, 1935, Band II, S. 990.

<sup>21</sup> In der Resolution der Berner Konferenz findet sich lediglich noch eine Kritik an den „Führern der sozialdemokratischen Emigration“, die „im Gegensatz zu dem wachsenden Einheitswillen der Arbeiter im Lande“ die Einheitsfrontangebote der KPD ablehnen oder übergehen. Es heißt dazu: „Die KPD muß leider vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse feststellen, daß der Parteivorstand der SPD die wiederholten Angebote der KPD auf die Herstellung der Einheitsfront gegen Hitler ohne jede Begründung abgelehnt hat.“ („Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik“, Resolution der Berner Konferenz der KPD, „Die Internationale“, 1939, Heft 3/4, S. 27–47; Hier: S. 367)

<sup>22</sup> Im Referat Piecks auf der Berner Konferenz „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“ werden die Bedingungen für die „Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei“ auch nicht mehr mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale konfrontiert, auch wenn in allgemeiner Form der „Sozialismus“ erwähnt wird: „Natürlich soll das nicht ein organisatorischer, sondern ein politischer Akt sein, auf der Grundlage des Bekenntnisses für das Programm des Kampfes gegen den Krieg, des Sturzes des Faschismus, der Schaffung einer demokratischen Volksrepublik und des Sozialismus.“ (Referat Wilhelm Piecks auf der Berner Konferenz am 30. Januar 1939: „Die gegenwärtige Lage und die Aufgabe der Partei“, zitiert nach: „Die Berner Konferenz der KPD“, (Hg. Klaus Mammach), Berlin 1974, S. 84; zuerst in: Wilhelm Pieck: „Gesammelte Reden und Schriften“, Band V, Berlin 1972, S. 596)

*ständigen und, wo die Verständigung zwischen einer sozialdemokratischen und einer kommunistischen Organisation (Betrieb, Ort usw.) zur einheitlichen Auffassung erfolgt ist, auch einheitliche Organisationen der zukünftigen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen.*<sup>23</sup>

Als Fazit kann man festhalten: Auf der Brüsseler Konferenz 1935 werden noch richtig die Bedingungen zur Vereinigung von Kommunistischen Parteien mit sozialdemokratischen Parteien herausgestellt, insbesondere die Anerkennung der Diktatur des Proletariats. Auf der Berner Konferenz 1939 werden diese Bedingungen weitgehend verwässert, insbesondere ist keine Rede mehr von der Anerkennung der Diktatur des Proletariats, Bedingung der Vereinigung ist lediglich noch die Anerkennung einer demokratischen Aktionsplattform.

### Zur Linie der KPD zur „nationalen Frage“

Nach dem Gründungsdokument der KPD, dem Programm von 1918,<sup>24</sup> wurden von der KPD vor 1933 zwei programmatische Dokumente geschaffen, das „Aktionsprogramm“ von 1925 und die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ von 1930, wobei letzterer größere Bedeutung zukommt.

In beiden Dokumenten erweist sich insbesondere die falsche Reaktion auf die chauvinistische Nazi-propaganda im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag als ideologisch falsch. Grundlegende Kritiken Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935), von R. Gerber (1935) sowie von A. Klahr (1944) zeigten bereits in der Zeit des Nazifaschismus an, daß eine diesbezügliche Problematik der Linie der KPD bewußt war und vor allem die Frage des Chauvinismus und Nationalismus betrafen.

Der gravierende politische Fehler im **Aktionsprogramm von 1925** ist die pauschale Forderung nach „Sprengung der Fesseln der Verträge von Versailles und London“.<sup>25</sup>

Mit einer solchen pauschalen Losung wurde der Kampf auch gegen solche Bestimmungen des Versailler Vertrages gerichtet, die zu bekämpfen nicht Sache des Proletariats sein konnte, wie z. B. die territoriale Regelung bezüglich der Unabhängigkeit Österreichs. Hier war die Gefahr unmittelbar, sich vor den Karren der deutschen imperialistischen Bourgeoisie spannen zu lassen, die unter ihrem „Kampf gegen Versailles“ gerade diese Fragen verstand.

Eine offene Frage hinsichtlich der nationalen Zugehörigkeit bestand – wenn überhaupt – nur in bezug auf das Saargebiet, sicher nicht hinsichtlich der anderen, dem deutschen Imperialismus aufgenötigten Gebietsabtretungen.<sup>26</sup> Die KPD differenzierte hier nicht, sondern stellte pauschal alle getroffenen Regelungen in Frage.

<sup>23</sup> „Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik“, Resolution der Berner Konferenz der KPD, „Die Internationale“, 1939, Heft 3/4, S. 27–47; Hier: S. 367.

<sup>24</sup> Das KPD-Programm von 1918 macht keine Ausführungen zur „nationalen Frage“. Allerdings muß als Kritik in diesem Zusammenhang festgehalten werden, daß die Solidarität mit dem Kampf der vom deutschen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker nicht angesprochen wird. Vgl. dazu: „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen“, „Rot Front“, Nr. 6, Juli 1998, S. 55 ff.

<sup>25</sup> „Aktionsprogramm“ der KPD 1925, in: Zentralkomitee der KPD: „Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925“, Berlin 1926, S. 222.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Manussewitsch: „Der Versailler Friedensvertrag 1919“, Große Sowjetenzyklopädie, Reihe Geschichte und Philosophie, Heft 17, Moskau 1951, Berlin 1953, S. 8 ff.

Die Gefahr, ideologisch und politisch der eigenen Bourgeoisie Vorschub zu leisten, mußte um so größer sein, als im Aktionsprogramm keine scharfe Abgrenzung von allen großdeutschen, pangermanischen Bestrebungen vorgenommen wurde, die einen festen Bestandteil der Nazi-propaganda bildeten. Im Gegenteil, das Aktionsprogramm trat sogar ausdrücklich „für den Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen die imperialistischen Sklavenverträge“ ein.<sup>27</sup>

Damit hatte die Propaganda der KPD gegen den Versailler Vertrag eine großdeutsch-chauvinistische Färbung, bei der die Forderung, daß die Grenzen Deutschlands nur „durch die freie Entscheidung der Bevölkerung“<sup>28</sup> zu bestimmen seien, nicht weiterhalf, da die Existenz eines selbständigen Österreichs so oder so damit in Frage gestellt wurde.

Die KPD hielt hier an Rosa Luxemburgs falscher Position von der „großdeutschen Republik“ fest, die von Lenin als Neuauflage eines „veralteten national-deutschen [...] Programms“ kritisiert wurde.<sup>29</sup>

**Die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“<sup>30</sup> von 1930** ist von dem Versuch geprägt, der chauvinistischen Demagogie der Nazis in der Weise entgegenzutreten, daß sich die KPD als einzig konsequente Kraft gegen nationale Unterdrückung präsentiert. Dabei knüpfte die KPD direkt an die großdeutsch-chauvinistisch geprägte Propaganda gegen den Versailler Vertrag des Aktionsprogramms von 1925 an.

*„Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden“<sup>31</sup> heißt es in der „Programmerklärung“<sup>32</sup> und weiter: „Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Youngplans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen.“<sup>33</sup>*

<sup>27</sup> „Bericht vom X. Parteitag der KPD“, S. 222.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Lenin: „Über die Junius-Broschüre“, 1916, Werke Band 22, S. 323. Vgl. dazu auch das Kapitel „Die Losung der ‚großdeutschen Republik‘ in der Epoche des Imperialismus leistet dem deutschen Chauvinismus Vorschub“, in: „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen“, „Rot Front“, Nr. 6, Juli 1998, S. 121 ff.

<sup>30</sup> „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD, Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 197 vom 24. August 1930; in: „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands“, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 275 ff.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 276.

<sup>32</sup> „Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden“, heißt es ebenfalls dort (S. 277). Auch dies ist eine Vereinfachung, vor der Lenin ausdrücklich warnte. In „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ erklärte Lenin, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland es „notwendig sein kann, den Versailler Frieden eine Zeitlang anzuerkennen und sich ihm zu fügen“, daß die Kommunisten in Deutschland sich nicht vorher „die Hände binden“ lassen sollen. Denn die

„Befreiung vom Versailler Frieden unbedingt, unter allen Umständen und unverzüglich an die erste Stelle, vor die Frage der Befreiung der anderen vom Imperialismus unterdrückten Länder vom Joch des Imperialismus zu setzen, ist kleinbürgerlicher Nationalismus“,

kann doch der Sieg der Revolution, z. B. in Deutschland, für die internationale Revolution ein solches Plus sein,

„daß man seinetwegen – wenn es notwendig sein sollte – auf eine längere Gültigkeit des Versailler Friedens eingehen kann und muß.“

(Lenin: „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920, Werke Band 31, S. 61–63)

<sup>33</sup> „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, S. 281.

Auf diese Art herauszustellen, daß es angeblich nur einen Weg gebe, den Youngplan und den Versailler Vertrag loszuwerden, ist in mehrfacher Hinsicht falsch.

Die Sache so darzustellen, als ob ein durch den Versailler Vertrag unterdrücktes Deutschland innerhalb des imperialistischen Rahmens nicht veränderbar sei, entspricht vor allem nicht der Theorie des Marxismus-Leninismus, besonders nicht dem Gesetz von der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder als Voraussetzung für imperialistische Kriege. Aus der unrealistischen Leugnung der tatsächlichen Möglichkeit und Gefahr, daß der Versailler Vertrag durch einen imperialistisch-faschistischen Krieg gesprengt wird, folgt im Grunde, daß diese Gefahr nicht richtig gesehen und bekämpft werden kann.<sup>34</sup>

Nicht zuletzt mußte es bei den Volksmassen dann so herauskommen, daß angesichts der „Erfolge“ der Nazifaschisten bei der Abschüttelung des Versailler Vertrages die Kommunisten unrecht behalten hätten, Hitler aber „sein Wort“ gehalten habe. Dies war wohl einer der gefährlichsten Siege der Nazifaschisten im Kampf um die Millionenmassen, der die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Nazi-Deutschland wesentlich ermöglicht hat.

Der Versuch der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung“, die Nazifaschisten hinsichtlich des für eine gigantische Demagogie genutzten Bereichs wirklicher und angeblicher „deutscher Minderheiten“ in anderen Ländern zu entlarven, ist nicht nur unzureichend, äußerst oberflächlich, sondern auch falsch und gefährlich, wie in der folgenden „Entlarvung“ der Nazifaschisten deutlich wird:

*„Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. [...] Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.“<sup>35</sup>*

Hier werden großdeutsche Gedanken propagiert, indem eine großdeutsche Republik – unter kapitalistischen Verhältnissen – gefordert wird, die nicht nur Teile Österreichs oder gar ganz Österreich umfassen sollte, sondern auch andere Gebiete, die durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt worden waren und seitdem zu Polen, Belgien oder Frankreich gehörten.

Angesichts des „Anschlusses“, der Annexion Österreichs im Jahr 1938 ist es von erheblicher Bedeutung, daß in der deutschen Arbeiterbewegung in bezug auf die Selbständigkeit Österreichs offensichtlich nicht nur keine richtige, sondern eine ganz falsche Propaganda betrieben wurde, die es angesichts der faschistischen Demagogie für den Anschluß Österreichs sicher erschwert hat, dies als Annexion zu erkennen und als ungerecht zu bekämpfen.<sup>36</sup>

---

<sup>34</sup> Völlig falsch und ein Bumerang war auch die These von der „feigen Bourgeoisie“, die Thälmann wie folgt vertrat: „Wer die Hoffnung hat, daß die deutsche Bourgeoisie die Zerreißung des Young-Plans in die Wege leiten wird, der wird bitter enttäuscht werden. Diese Bourgeoisie ist viel zu feige, um die Ketten zu zerreißen.“ (Ernst Thälmann: „Für Brot und Freiheit!“, Rede im Berliner Sportpalast, 12. September 1930, „Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band II, 1. Auflage Berlin 1955, Nachdruck Frankfurt/M. 1972, S. 553)

<sup>35</sup> „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, S. 277.

<sup>36</sup> Daß diese Positionen jedoch nicht nur bei der KPD verbreitet waren, sondern ähnlich auch von führenden Kadern der Kommunistischen Internationale vertreten wurden, zeigt die Aussage Dimitroffs von 1933 vor dem Nazi-Gericht in Leipzig, der aus den Beschlüssen des 12. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern zitiert: „Die Hauptlosung, die die KPD der Losung der faschistischen Diktatur

Die bereits im Aktionsprogramm festgestellten großdeutsch-chauvinistischen Anleihen in der Argumentation gegen die Grenzregelungen des Versailler Vertrages finden sich auch in der Programmklärung wieder. Es werden ausnahmslos alle sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen abgelehnt, untermauert durch die ausdrückliche Feststellung, daß keine einzige Grenze anerkannt würde, „die ohne die Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.“<sup>37</sup>

Der **VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935** in Moskau hat zum vorrangigen Thema die Auswertung der Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus und die weiteren Perspektiven des Kampfes. Dimitroff geht in seinem Referat auch auf die KPD ein und bezieht sich direkt auf die Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung:

*„Unsere Genossen in Deutschland haben lange Zeit das gekränkte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend in Rechnung gestellt, sie haben sich zu den Schwankungen der Bauernschaft und des Kleinbürgertums geringschätzig verhalten, haben sich mit dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung verspätet, und als sie es aufstellten, da verstanden sie es nicht, es entsprechend den konkreten Bedürfnissen und dem Niveau der Massen anzuwenden; da verstanden sie es nicht einmal, es unter den Massen großzügig zu popularisieren.“<sup>38</sup>*

Festzustellen ist hierzu, daß Dimitroff eine inhaltliche Kritik an den Fehlern der Programmklärung hier nicht einmal andeutet: Seine Kritik bezieht sich nur auf den Zeitpunkt der Abfassung („verspätet“) und seine Umsetzung („popularisieren“).

Inhaltlich unterstützt der VII. Weltkongreß ausdrücklich die großdeutschen Positionen der KPD zur „nationalen Befreiung“, wenn es heißt:

*„Der Kongreß warnt vor jeder Geringschätzung der Frage der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Gefühle der breiten Volksmassen, die dem Faschismus die Entfaltung seiner chauvinistischen Kampagne erleichtert (Saargebiet, deutsche Gebiete in der Tschechoslowakei usw.), und besteht auf einer richtigen, konkreten Anwendung der Lenin-Stalinschen nationalen Politik.“<sup>39</sup>*

Angebliche „deutsche Gebiete in der Tschechoslowakei“ werden hier in eine Reihe gestellt mit dem Saargebiet, das ja wirklich eine wesentlich anders gelagerte Frage war.

**Die Brüsseler Konferenz der KPD**, die kurz nach dem VII. Weltkongreß 1935 stattfindet, nimmt diesen Hinweis des VII. Weltkongresses auf und bekräftigt die großdeutsch-chauvinistisch geprägte Position der „nationalen Befreiung“ wie folgt:

*„Dem faschistischen Regime kommt es bei seinen Phrasen von Volks- und Blutsverbundenheit nur auf die Verschleierung dieser imperialistischen Ziele an. Das beweist auch der skrupellose Schacher, den Hitler mit den Deutschen in Südtirol, im polnischen Korridor, in Oberschlesien treibt, durch den er sich Verbündete für seine Kriegspolitik erkaufen will.“*

---

(„Drittes Reich“) ebenso wie der Losung der Sozialdemokratischen Partei („Zweite Republik“) gegenüberstellen muß, ist die Losung der Arbeiter- und Bauernrepublik, d. h. die Losung des sozialistischen Sowjetdeutschlands, die auch die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses des österreichischen Volkes und anderer deutscher Gebiete gewährleistet.“ (Dimitroff: „Schlußrede vor Gericht“, in: „Dimitroff – der Held von Leipzig“, Nachdruck 1972, ohne Ort, S. 98. Vgl. auch: Georgi Dimitroff, Gegen den Nazi-faschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2001).

<sup>37</sup> „Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, S. 277

<sup>38</sup> „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern“, 1935, Band I, S. 331.

<sup>39</sup> Ebenda, Band II, S. 993.

*Wir Kommunisten sind für die restlose Beseitigung des Versailler Diktats und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland.*<sup>40</sup>

Der Kampf gegen den deutschen Chauvinismus wird im Dokument der Brüsseler Konferenz nicht thematisiert. Diesem offenkundigen Mangel abzuhelpen dient ein **Artikel von R. Gerber 1935** in der „Kommunistischen Internationale“ unter der Rubrik „Tribüne des VII. Weltkongresses“ mit dem Titel: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“.<sup>41</sup>

Gerber stellt realistisch fest, daß „der Chauvinismus weit über die bewußten Anhänger der faschistischen Diktatur hinausgreift, daß – wie die Saarabstimmung zeigte – „viele Millionen Werktätige vom Chauvinismus erfaßt werden, daß der Chauvinismus „breiter und tiefer verwurzelt ist als der Faschismus“.

Genosse Gerber benennt dann Ursachen, die dazu geführt haben, daß das Gift des deutschen Chauvinismus während des Nazifaschismus so tief in breiteste Teile der werktätigen Massen eindringen konnte. Er erwähnt drei zentrale Punkte:

- Gerber verweist darauf, daß historisch betrachtet der deutsche Nationalismus auch in der Aufbruchperiode der bürgerlichen Revolution „teilweise reaktionäre Züge trug, ja:

*„In keinem Augenblick war der deutsche Nationalismus bloße Unabhängigkeitsbewegung ohne gleichzeitig aggressiv chauvinistischer Note.“*<sup>42</sup>

Gerber macht klar, daß nur die Analyse dieser reaktionären Züge es ermöglicht, die tiefe Verwurzelung des deutschen Chauvinismus auch in den werktätigen Massen zu erkennen.

- Gerber verweist darauf, daß schon vor dem Ersten Weltkrieg das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie die soziale Basis des deutschen Chauvinismus waren und insbesondere die Arbeiteraristokratie den deutschen Chauvinismus in neuen Varianten in die Arbeiterklasse hineinrug.

- Gerber verweist nicht nur auf die ideologischen Wirkungsmöglichkeiten zur Verbreitung des deutschen Chauvinismus durch die Nazis, wie z. B. die Verknüpfung des Rassismus mit dem deutschen Chauvinismus, sondern auch gerade auf die ökonomischen und organisatorischen Wirkungsmöglichkeiten der Nazis wie z. B. die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Aufrüstung oder den riesigen Umfang der nazistischen Massenorganisationen.

Genosse Gerber kritisiert auch sehr richtig indirekt die Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930, wenn er feststellt, daß es zwei Möglichkeiten gab, den Versailler Vertrag zu beseitigen, eine revolutionäre Lösung und eine imperialistische Lösung. Er macht klar, daß es höchst schädlich und theoretisch falsch war zu behaupten, daß nur die KPD Versailles beseitigen könne. Statt dessen wäre es notwendig gewesen, den prinzipiell anderen Charakter der revolutionären Lösung durch die proletarische Revolution dem imperialistischen Weg gegenüberzustellen. Gerber kritisiert dann an der KPD, daß die imperialistische Lösung in „unzulässiger Vereinfachung vielfach als nicht vorhanden behandelt wurde“, statt

<sup>40</sup> „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitler-Diktatur!“ (Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935), S. 224.

<sup>41</sup> Gerber: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“, in: Kommunistische Internationale, Nr. 9/1935, S. 723–740.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 726.

als „Hauptpunkt unserer Propaganda“ die durchaus mögliche und sehr reale Gefahr einer Revision des Versailler Vertrages auf Kosten der Arbeiterklasse und der anderen Ausgebeuteten bewußtzumachen, zu erklären und dagegen zu mobilisieren.

Gerber geht dann auch direkt auf die Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930 ein, ohne jedoch ausdrücklich eine Kritik an diesem Dokument vorzubringen.<sup>43</sup> Er stellt aber zu diesem, wie er sagt, „Versuch“, den „Strom“ des deutschen Chauvinismus „abzulenken“, fest:

*„Es gelang uns nicht, die antiversailler Agitation in den gesamten Rahmen des Befreiungskampfes des Proletariats einzufügen.“<sup>44</sup>*

Im letzten Teil der Arbeit „Unsere heutigen Aufgaben“ wird aber auch sichtbar, daß die positiven Ansätze des Artikels, sich detailliert mit dem deutschen Chauvinismus und seiner Funktion für den Nazifaschismus auseinanderzusetzen, noch schwer belastet waren durch grundlegende Unklarheiten über den Kampf gegen den großdeutschen Gedanken innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die etwa zum Ausdruck kommen in Sätzen wie diesem:

*„Wir sind heute gegen den Anschluß Österreichs, Deutsch-Böhmens usw. an Hitlerdeutschland.“<sup>45</sup>*

Hier formuliert Gerber so, als wäre es nach der proletarischen Revolution in Deutschland richtig, einen „Anschluß Österreichs“ oder „Deutsch-Böhmens“ zu fordern. Auch Gerber geht hier also ganz falsch von einer „großdeutschen Lösung“ aus, ähnlich wie der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bzw. die KPD in den bereits kritisierten programmatischen Dokumenten.

Erst die **Berner Konferenz der KPD von 1939**, die letzte Konferenz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, hat nach Diskussionen innerhalb der Kommunistischen Internationale – insbesondere auch durch die Arbeiten von Alfred Klahr von 1937 bis 1939 zur theoretischen Begründung der Selbständigkeit der österreichischen Nation, die teilweise auch im theoretischen Organ der Kommunistischen Internationale veröffentlicht wurden<sup>46</sup> – und angesichts der Nazi-Besetzung Österreichs die Losung einer

<sup>43</sup> 1943 kritisierte Pieck das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung nicht wegen seiner chauvinistischen Positionen z. B. gegenüber Österreich, sondern weil dort angeblich ein strategischer Fehler begangen wurde, indem die unmittelbare Zielsetzung der Erämpfung der Diktatur des Proletariats propagiert wird: „Das Programm enthielt also zwei sehr ernste Fehler; der eine war ein strategischer Fehler und bestand in der unmittelbaren Zielsetzung der sozialistischen Revolution und der proletarischen Diktatur, obwohl dazu die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren...“ (Pieck: „Reden und Aufsätze 1908–1950“, Band 1, S. 397)

Pieck formuliert eine weitere Kritik: „aber es hatte den Mangel, daß es die aktuellen Kampffragen der Verteidigung der Demokratie und der politischen Rechte der Volksmassen, der Umgestaltung der Regierung in eine demokratische Regierung des Volkes nicht genügend in den Vordergrund rückte...“ (Ebenda)

Mit beiden Kritiken hat Pieck unrecht. Wie gesagt, war es richtig und entsprach dem Programm der KPD von 1918, daß 1930 in Deutschland das strategische Ziel die Erämpfung der Diktatur des Proletariats war. Die zweite Kritik ist reinster Reformismus, wenn gefordert wird, die kapitalistische Regierung des deutschen Imperialismus „umzugestalten“ in eine „demokratische Regierung des Volkes“.

<sup>44</sup> Gerber: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“, in: Kommunistische Internationale, Nr. 9/1935, S. 727 (Hervorhebung d. V.).

<sup>45</sup> Ebenda, S. 733.

<sup>46</sup> Vgl. vor allem Alfred Klahr: „Die nationale Frage und die Stellungnahme der Kommunisten in Österreich“, Kommunistische Internationale, H. 10, 1937, S. 939–946, in: Klahr, Alfred: „Zur österreichischen Nation“, Wien 1994.

„großdeutschen Republik“ nicht mehr verbreitet. Jedoch ist eine Kritik an den großdeutschen Formulierungen von 1925, 1930 und 1935 in den Dokumenten von Bern nicht zu finden, wenn auch die chauvinistischen Naziparolen vom „Großdeutschland“ zurückgewiesen werden.<sup>47</sup> Jedoch werden auch auf der Berner Konferenz Zugeständnisse an den deutschen Nationalismus gemacht, wenn z. B. in unerträglicher Weise von einem Kampf „aller wirklich nationalgesinnten Deutschen“ zur „Rettung der Nation“ die Rede ist und dies auch noch als vorrangiges Ziel der Volksfront bezeichnet wird.<sup>48</sup>

Erst Alfred Klahr kritisiert in seiner Schrift „Gegen den deutschen Chauvinismus“ 1944 grundlegend die großdeutsche Propaganda und Linie der KPD zur „nationalen Befreiung“:

*„Leider hat selbst die deutsche Linke innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und später auch die KPD diese Wandlungen des großdeutschen Gedankens im Zeitalter des Imperialismus nicht verstanden und hat dem Eindringen des großdeutschen, pangermanischen Griffes in die Arbeiterklasse damit Vorschub geleistet. Junius (R. Luxemburg) vertrat 1915 die Losung einer großdeutschen Republik. [...]“*

*Das außenpolitische Problem wurde zwar gestellt, aber auf der Basis der Anerkennung der großdeutschen Idee, d. h. auf einer prinzipiell falschen Basis, auf der gleichen Basis, wie es die deutschen Nationalisten taten. Kein Wunder, daß die Partei in der nationalen Frage in das Schlepptau der Faschisten geriet.“<sup>49</sup>*

### **Eine kritische Einschätzung der Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome“ (November 1938)**

Im gesamten Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus und seiner Nazis wurden vor aller Augen am 9./10. November 1938 die Jüdinnen und Juden mißhandelt, gequält, geschlagen, vergewaltigt und gefoltert. Viele wurden zum Teil schwer verletzt, viele wurden ermordet, praktisch alle Synagogen und jüdischen Friedhöfe, Tausende Geschäfte und Wohnungen zerstört. Entgegen anderen falschen Positionen stellte der Vorsitzende der KPD Wilhelm Pieck 1939 zu Recht fest:

*„Wo blieben Äußerungen des kollektiven Protestes der Arbeiter in den Betrieben gegen die Bande von Brandstiftern, Mördern und Räufern, die unter dem Schutz der Polizei ihr erbärmliches Handwerk ausübte? Wir hatten nicht solche kollektiven Proteste...“<sup>50</sup>*

In der Resolution der Berner Konferenz der KPD von 1939 wird allerdings eine viel zu positive Einschätzung in Bezug auf den Einfluß des nazistischen Antisemitismus und Rassismus auf breite Teile der Massen gegeben. Dort heißt es im Gegensatz zu Pieck:

*„In diesen Septembertagen und bei den Judenpogromen zeigte es sich, daß immer breitere Massen der Kriegs- und Rassenhetze des Regimes, diesen beiden Hauptinstrumenten der Hitlerpropaganda, die Gefolgschaft versagen.“<sup>51</sup>*

<sup>47</sup> Vgl. „Resolution der Berner Konferenz der KPD“, S. 363.

<sup>48</sup> Vgl. ebenda, S. 364.

<sup>49</sup> Klahr: „Gegen den deutschen Chauvinismus“ (Auschwitz 1944), in: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum“ / Alfred Klahr, „Gegen den deutschen Chauvinismus“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997, S. 105–107.

<sup>50</sup> Wilhelm Pieck, „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, Referat auf der Berner Konferenz der KPD“, 30.1.1939, zitiert nach: Die Berner Konferenz der KPD 1939, Berlin 1974, S. 75.

<sup>51</sup> „Resolution der Berner Konferenz der KPD“, 1939, S. 364.



„Immer breitere Massen“ sollen der „Rassenhetze des Regimes“ die „Gefolgschaft“ versagt haben, und das soll sich auch beim Novemberpogrom 1938 gezeigt haben... Genau das war falsch, eine fatale Fehleinschätzung des Ausmaßes der nazistischen antisemitischen Verseuchung breiter Massen in Deutschland.

Damit wiederholte die Berner Konferenz der KPD eine Fehleinschätzung, die sich bereits in der Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome“<sup>52</sup> deutlich niederschlug.

Die 1938 nach dem Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung<sup>53</sup> abgegebene Erklärung des ZK der KPD hat allerdings einen Doppelcharakter. Einerseits wird unmißverständlich das Pogrom verurteilt und „Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen“ gefordert (wobei in der Übernahme der nazistischen Wortprägung „Volksgenosse“ deutlich wird, wie weitgehend das ZK der KPD die „Lingua Tertii Imperii“ (LTI)<sup>54</sup>, also die Sprache der Nazis, übernommen hatte!). Andererseits zeigt die Erklärung jedoch auch, daß das ZK der KPD von einer grundlegenden Fehleinschätzung der Situation in Nazideutschland ausging.

Es entspricht dem Wesen einer solidarischen Kritik, daß zunächst mit aller Schärfe solche zentralen Fehler und auch weitreichende zweitrangige Fehler analysiert und herausgestellt werden müssen. Bevor dies Absatz für Absatz durchgeführt wird, soll jedoch auf drei zentrale Kernpunkte der Fehleinschätzung in der Erklärung des ZK der KPD eingegangen werden.

**Erstens.** Es heißt im zweiten Absatz: „Das deutsche Volk<sup>55</sup> hat mit den Brandstiftern der Synagogen und mit den Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen, mit den Peinigern und Mördern jüdischer Mitbürger nichts gemein.“ Richtig hätte es heißen müssen, daß die ehrlichen, Widerstand leistenden Kräfte der deutschen Bevölkerung, wie gering sie 1938 auch waren, mit diesem Pogrom nichts zu tun hatten, daß die KPD die Solidarität dieser Deutschen aus allen Volksschichten selbstverständlich begrüßt und unterstützt. Die falsche Grundeinschätzung des ZK der KPD, die sich durch Vokabular und Gedankengang der gesamten Erklärung zieht, zeigt die völlige Unterschätzung der ideologischen Ausbreitung des Nazismus in den Köpfen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und unterschätzt auch die materielle Bestechungspolitik der Nazis, wenn es etwa im sechsten Absatz, letzter Satz, heißt: „An der Aussaugung der Juden bereichern sich nur diese Rüstungsmillionäre und braune Bonzen.“ Die Pogrome diente auch gerade dazu, große Teile der Bevölkerung in verbrecherische Handlungen miteinzubinden, große Teile der deutschen Bevölkerung an das nazistische System auf Gedeih und Verderb zu binden durch die Möglichkeit der Beteiligung an der „Arisierung“, der „Schnäppchenjagd“, also der Ausraubung jüdischer Bevölkerung. Dies wurde schon 1938 sichtbar und in den Jahren bis 1945 (und auch nach 1945) völlig deutlich.

<sup>52</sup> „Gegen die Schmach der Judenpogrome“, 1938, S. 352. Alle weiteren Zitate in diesem Abschnitt siehe dort.

<sup>53</sup> Die antisemitischen Pogrome fanden im November 1938 nicht nur in Deutschland statt, sondern auch im von den Nazis besetzten Österreich und in den von den Nazis besetzten Gebieten der Tschechoslowakei. Die Analyse der Erklärung der KPD beschränkt sich auf die Analyse des Pogroms innerhalb des „Deutschen Reiches“ in den Grenzen vor 1938.

<sup>54</sup> Vgl. dazu die Analyse der Nazisprache und Nazibegriffe in dem Buch „LTI“ von Victor Klemperer, das dieser 1946 als Mitglied der SED herausgegeben hat (Neuaufgabe Leipzig 1996).

<sup>55</sup> Vgl. dazu: „Die Problematik der Begriffe ‚Volk‘ und ‚deutsches Volk‘“, in: Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46), Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2000, S. 191 –200.

**Zweitens.** Im Zusammenhang mit diesem grundlegend falschen Gedankengang ergibt sich im dritten Absatz eine fatale Fehleinschätzung. Die Funktion des Antisemitismus als „Blitzableiter“ zur „Ablenkung“ des wachsenden revolutionären Kampfes, vor allem in einer revolutionären Situation, wird auf die Situation von 1938 übertragen, wenn es heißt, daß der Novemberpogrom dazu gedient habe, „den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur... abzulenken“.

**Drittens.** Mit dieser Fehleinschätzung ist auch der Versuch einer gewissen Anbiederung an deutsch-nationale Gefühle breiter Teile der deutschen Bevölkerung verbunden. Es ist eben Nationalismus und keine legitime Taktik, wenn bereits im ersten Absatz, sozusagen als Generalmotiv, vom ZK der KPD als Begründung für seine Stellungnahme gegen den Pogrom herausgestellt wird, daß nun „die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt“ sei. Entgegen anderen Abschnitten in dieser Erklärung wird mit diesem Einleitungssatz die realistische Darstellung verdeckt, daß der Pogrom in erster Linie die jüdischen Menschen in Deutschland betroffen hat. Das reaktionäre Konstrukt einer „Ehre Deutschlands“ hätte vom kommunistischen Standpunkt aus gerade widerlegt, keinesfalls aber propagiert werden dürfen.

Die Betonung der „stolzen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung“ – abgesehen von der Wortwahl „stolz“ und der damit zusammenhängenden Problematik – **im ersten Absatz** ist sicherlich ein richtiger Ausgangspunkt. Dies ist die Tradition des Kampfes von Marx und Engels **gegen den deutschen Nationalismus**, gegen jenen Nationalismus, der nicht nur widerlich, sondern ekelhaft<sup>56</sup> ist, die Tradition des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung in der internationalistischen Solidarität mit der Arbeiterklasse Frankreichs, die Tradition von Marx und Engels im Kampf gegen die Ausbeutung anderer Völker, die Tradition des Kampfes von Marx und Engels, von August Bebel und Karl Liebknecht gegen den Antisemitismus.

Dieser erste Absatz verknüpft jedoch diese Tradition der deutschen Arbeiterbewegung mit dem „wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker“. Diese Verknüpfung, offensichtlich auf ein breites Bündnis demokratischer Kräfte abzielend, ist besonders dort problematisch, wo diese „deutschen Dichter und Denker“, wie etwa Fichte, keinesfalls wirklich konsequente die „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt“, propagiert haben, sondern selbst antisemitische Stereotype und antisemitische Aufrufe verbreitet haben. Schon kritisiert wurde an diesem Abschnitt, daß der reaktionäre Begriff „Ehre Deutschlands“ ins Spiel gebracht wird, um die Stellungnahme des ZK der KPD gegen den Pogrom zu motivieren.

Der erste Satz **des zweiten Absatzes** hebt die „anständigen Deutschen“ hervor – was auch immer dieser Begriff aussagen soll –, gemeint sind wohl jene ehrlichen, moralisch integren Deutschen, die es auch gab und die den Pogrom abgelehnt haben. Schon der zweite Satz zeigt, daß diese einseitige Darstellung verallgemeinert wird, indem behauptet wird, „das deutsche Volk hat mit den ... Brandstiftern nichts gemein“. Die Verfasser der Erklärung waren sich wohl bewußt, daß dies eine unzulässige Verallgemeinerung ist, daß hier mehr der Wunsch denn die Realität eine Rolle spielt. Dies wird deutlich, wenn im folgenden Satz die abgeschwächte Formulierung verwendet wird: „die tapfere ehrenvolle Haltung von vielen Deutschen aus allen Volksschichten“. Dabei wirft dieser Absatz allerdings das Problem auf, ob es wirklich charakteristisch für die Situation 1938 war, daß **viele** Deutsche versucht haben, „ihren Protest gegen die Judenpogrome zum Ausdruck zu bringen“. Auch das war leider mehr Ausdruck von Wunschenken, das mit der Realität nicht übereinstimmte.

<sup>56</sup> „Wenn die nationale Borniertheit überall widerlich ist, so wird sie namentlich in Deutschland ekelhaft...“ (Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie“, 1945, Werke Band 3. S. 459)

Im Bemühen, die nazistische Propaganda zu widerlegen und zu Recht aufzudecken, daß der Pogrom von langer Hand von der nazistischen Führung vorbereitet, befohlen und organisiert wurde, übertreibt die Erklärung des ZK *im dritten Absatz* durch das Wörtchen „allein“ im zweiten Satz: „*Sie (die Pogrome, A.d.V.) wurden von langer Hand vorbereitet, befohlen und organisiert allein von den nationalsozialistischen Führern.*“ Das grundlegende Problem, das sich insbesondere auf dem Land gezeigt hat, war, daß nicht nur die entscheidenden oberen Führer der Nazidiktatur diesen Pogrom vorbereitet haben, sondern Zehntausende, Hunderttausende von kleinen selbsternannten Nazigrößen in den unterschiedlichsten Dörfern und Stadtteilen der großen Städte systematisch diesen Pogrom durch alltägliche nazistische Handlungen zwischen 1933 und 1938 vorbereitet hatten und auch bei der Organisation und Durchführung des Pogroms im November 1938 eine wesentliche Rolle gespielt haben. So konnte es auch gelingen, nicht in den Nazi-Organisationen organisierte Teile der deutschen Bevölkerung bei Raubzügen durch Dörfer und Stadtteile gegen jüdische Geschäfte und jüdische Privatwohnungen zu beteiligen.

*Im vierten, fünften und sechsten Absatz*, die zusammengehören, wird in einer ganz besonderen Form der Versuch unternommen, gegen die Ideologie des Antisemitismus die wahren Schuldigen hervorzuheben und die Jüdinnen und Juden in Schutz zu nehmen.

Der Antisemitismus der Nazis hat ein gewisses System, trotz allem Eklektizismus. Es gab bestimmte nazistische Anschuldigungen gegen die Juden, es gab bestimmte Nazi-Versprechungen, die sich angeblich erfüllen würden, wenn die Jüdinnen und Juden vertrieben, vernichtet sind.

Die Nazis hatten jedoch nie behauptet, daß die jüdische Bevölkerung „*die Männer aus ihren Familien reißen und zur Zwangsarbeit für den Krieg verschicken*“ würde. Wenn das ZK der KPD in seiner Erklärung hier betont, daß dies nicht die Juden sind, die solche Handlungen vornehmen, widerlegt es nicht wirklich antisemitische Stereotype, sondern versucht klarzumachen, was die Verbrechen des Nazifaschismus sind. So berechtigt diese Anklage in allen Punkten ist, so problematisch ist, daß eigentlich verdeckt wird, daß eine systematische Offensive gegen antisemitische Stereotype mit dieser Methode nicht möglich ist.

Die Widerlegung des ZK der KPD, die sich zweifelsfrei moralisch berechtigt gegen den Antisemitismus wendet, verknüpft also in keiner geschickten Weise die Widerlegung von Vorwürfen, die wirklich aus dem Arsenal des Antisemitismus stammen, mit der agitatorischen Figur, Anklagen gegen die Juden zurückzuweisen, die in Wirklichkeit nicht von den Nazis erhoben wurden, und nur dazu dienen, in indirekter Weise berechtigte Anklage gegen die Nazis zu erheben.

Im letzten Satz des sechsten Absatzes wird zudem, wie schon bei den grundlegenden Kritiken angesprochen, die Massenbasis des Nazifaschismus unterschätzt („*An der Ausraubung der Juden bereichern sich die Rüstungsmillionäre und die braunen Bonzen, eine „hauchdünne Oberschicht von Monopolkapitalisten*“). *Im siebten Absatz* setzt sich die Scheinwiderlegung antisemitischer Stereotypen in der Form der Anklage gegen die Nazis fort. In den beiden letzten Zeilen dieses Absatzes wird ein Stereotyp benutzt, das deutlich kritisiert werden muß: „*das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern*“. So richtig es ist, anzuprangern, daß die deutsche Bevölkerung zu Kriegshandlungen erzogen und teilweise auch gezwungen werden sollte, ist der christlich-mythologische Begriff des „Hinzuopfrens“ ein Zugeständnis an reaktionäres Vokabular, mit dem zudem die Mitschuld der deutschen Bevölkerung am drohenden Zweiten Weltkrieg sozusagen schon provisorisch ausgeschlossen wird. Die nach 1945 die Theorie und Propaganda der SED weitgehend dominierende Phrase

vom „deutschen Volk als Opfer des Nazifaschismus“ hat hier auch begrifflich ihren Vorläufer.

**Der achte und neunte Absatz** ist richtig, unbestreitbar und auch wichtig. Die Ablenkung von den „*wahren Schuldigen am Volkseleid*“, insbesondere im zaristischen Rußland, das war in der Tat eine wesentliche Funktion des Antisemitismus. Es ist auch richtig, daß August Bebel auf dem Kölner Parteitag der SPD 1893, trotz aller Einschränkungen und Kritiken, die an dieser Rede vorgenommen werden müssen, die Stimme gegen den Antisemitismus für die deutsche Sozialdemokratie erhob. Von Gewicht ist ebenfalls, daß auf die Stellungnahme Stalins verwiesen wurde, daß die kommunistischen Kräfte unversöhnliche Feinde des Antisemitismus sind. (Es ist möglicherweise jedoch kein Zufall, daß der Zusatz Stalins, daß für Antisemiten in der Sowjetunion die Todesstrafe vorgesehen war, an dieser Stelle in der ZK-Erklärung fehlt.)<sup>57</sup>

Die Vorstellung im neunten Absatz, daß es in der sozialistischen Sowjetunion keinerlei (!) Antisemitismus gegeben habe, ist sicherlich falsch. Damit wird das Wesentliche in dieser Frage verwischt. Wesentlich für die sozialistische Sowjetunion war, daß wichtige ideologische Grundlagen für den Antisemitismus wie zum Beispiel die Volksverdummung ersetzt wurden durch Aufklärung, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit der sozialistischen Wirtschaftsordnung abgeschafft wurde, so daß dem Antisemitismus grundlegend, an die Wurzel gehend der Krieg erklärt werden konnte mit der Perspektive seiner vollständigen Vernichtung. Wenn es in der Sowjetunion keinen Antisemitismus mehr gegeben hätte, bleibt insbesondere auch unverständlich, warum dort noch der Antisemitismus bekämpft und sogar unter Todesstrafe gestellt worden ist. Es waren eben auch 1938 noch Überreste des Antisemitismus vorhanden, gegen die der Kampf weitergeführt und verschärft werden mußte.

Im **zehnten Absatz** wird jedoch richtig – was sehr wichtig ist –, allerdings nicht weiter argumentativ ausgebaut, darauf hingewiesen, daß der Novemberpogrom ein wichtiges Mittel der Nazis zur „*Inszenierung der Kriegshetze gegen andere Völker*“ war.

**Der elfte Absatz** ist richtig, wenngleich auch der Begriff „*deutscher Freiheits- und Friedenskampf*“ an anderer Stelle genauer zu diskutieren wäre. So heißt es völlig zu Recht in diesem Absatz, daß der Kampf gegen den Pogrom Teil des Kampfes gegen die nazistische Diktatur ist.

Voller Kraft und sehr gewichtig ist **im zwölften Absatz** der Aufruf, daß der Kampf gegen die Nazidiktatur in „*vollster Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern und von all jenen geführt werden muß, die von der Hitlerdiktatur geknechtet werden*“. Aber selbst in diesem so wichtigen und richtigen Satz wird sichtbar, daß das ZK der KPD von „Mitbürgern“ spricht. Das ist eine Redewendung, in der deutlich wird, daß die Trennung von deutscher und jüdischer Bevölkerung, also eines der Stereotypen der deutsch-nationalen nazistischen Demagogie, in einem gewissen Maße übernommen und akzeptiert wird.

In diesem zwölften Absatz wird ein weiterer taktischer Fehlgriff deutlich. Die Vorstellung, daß sich die Katholiken mit der jüdischen Bevölkerung solidarisieren, weil in Zukunft auch Kirchen und Klöster ähnlich wie die Synagogen angezündet würden, war unrealistisch und entsprach nicht dem engen Bündnis, trotz einzelner Probleme,

<sup>57</sup> Bei Stalin heißt es unmittelbar im Anschluß an die vom ZK der KPD zitierte Stelle weiter:

„In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft.“  
(Stalin, „Über den Antisemitismus“, 1931, Werke Band 13, S. 26)

die zwischen der Nazidiktatur und dem evangelischen und katholischen Klerus geschlossen worden war, insbesondere auch mit dem Vatikan.

**Im dreizehnten Absatz** wird zu Beginn mit tiefer Solidarität aufgerufen: „*Helft unseren jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln!*“ Dieser Appell, so moralisch richtig er ist, enthält in diesem Absatz jedoch wieder die bereits kritisierte Formel vom „anständigen Deutschen“ einerseits und den „jüdischen Mitbürgern“ andererseits. Die dort ebenfalls vorgeschlagene Methode der „eisigen Verachtung“ angesichts des antisemitischen Mordterrors drückt eher Hilflosigkeit als kommunistische Entschlossenheit aus. Es bleibt hier bei der Methode der Aufklärung der Irreführten, gegen die an sich nichts einzuwenden ist.

Die Notwendigkeit des massiven, entschlossenen Kampfes auf Leben und Tod gegen die Naziverbrecher, die in einer solchen Erklärung zwingend hätte einen Platz finden müssen, gibt es im ganzen Aufruf nicht.

**Der vierzehnte Absatz** formuliert pauschal, wiederum mehr einen Wunsch ausdrückend als die Realität analysierend, „*die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgung*“. Dies stimmt insofern, als bei den wenigen Kräften, die sich gegen die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung stellten, die kommunistischen Kräfte einen gewichtigen Platz einnahmen, die aber keinesfalls die deutsche Arbeiterklasse als Ganzes im engen Sinne des Wortes repräsentierten.

Der in diesem Absatz vorgenommene Versuch, deutsche Dichter und Denker ausgerechnet mit Fichte und nicht etwa mit Lessing oder Heine zu repräsentieren, ist sicher ein Ausdruck dessen, daß das ZK der KPD sich noch nicht die Aufgabe gestellt hatte, die deutsche Ideologie in all ihren Bestandteilen und die deutschen Dichter und Denker als Mitfabrikateure der deutschen Ideologie samt dem in ihr enthaltenen Antisemitismus zu analysieren. Gerade Fichte verbreitete eben auch eine Fülle von nationalistisch und antisemitisch gefärbten Aufrufen und Reden und keinesfalls vor allem solche Thesen, wie sie das ZK der KPD hier zitiert.<sup>58</sup>

**Im fünfzehnten Absatz** wird nicht die Perspektive des Bürgerkriegs sichtbar. Die „*Stunde der Befreiung des deutschen Volkes*“ läßt vielmehr offensichtlich die Möglichkeit des Bürgerkriegs innerhalb Deutschlands 1938 außer Acht, die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes eines Teils der Bevölkerung gegen den nazistisch verseuchten, den Nazi-Führern treu ergebenen anderen Teil der Bevölkerung. Es ist eine brutale Ironie der Geschichte, daß in der Tat ein solcher Bürgerkrieg nicht stattfand und die „*Stunde der Befreiung des deutschen Volkes*“ von diesem weitgehend nicht als Befreiung empfunden wurde, daß die alliierten Armeen diese Befreiung „von außen“ brachten.

Der zweite Teil dieses Absatzes ist selbstverständlich in seiner Hauptrichtung, nämlich dem Aufruf zur Solidarität breiter Kreise der antinazistischen Kräfte, richtig, enthält jedoch wieder ein Stereotyp, das zeigt, daß der deutsche Nationalismus als eine wesentliche Quelle des Nazismus nicht erkannt wurde. Es wird die Formel von der „*Schändung des deutschen Namens*“ an dieser Stelle eingeführt, eine Formel, die ähnlich der von der „*Ehre des deutschen Volkes*“ an den deutschen Nationalismus anknüpft, so als ginge es nicht um die Realität, in diesem Fall um den Naziterror ge-

<sup>58</sup> Fichte schrieb zum Beispiel 1845:

„Ihnen (den Juden und Jüdinnen, A. d. V.) Bürgerrecht zu geben, dazu sehe ich wenigstens keine Mittel als das: in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee steckt.“

(Fichte, Sämtliche Werke, Band 6, 1848, S. 149)

gen die jüdische Bevölkerung im Herrschaftsbereich der Nazis, sondern um die Schändung eines sogenannten „deutschen Namens“.

Die abschließende Zusammenfassung *im sechzehnten Absatz* enthält wiederum nicht den Aufruf zum Kampf auf Leben und Tod gegen die Nazis. „*Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe*“ – so wichtig und richtig sie sind, das war angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen zu wenig. Der wirkliche Weg zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhaßten Naziregimes, der Weg des antinazistischen, bewaffneten Kampfes, der angesichts dieser Verbrechen und der Dramatik der Situation hätte thematisiert werden müssen, wird zugunsten einer allgemein gehaltenen Formulierung nicht erwähnt.

Die abschließenden Losungen, die auch immer wieder im Text selbst als Kriterien einer antinazistischen Widerstandsbewegung gegen die Nazidiktatur hervorgehoben werden, nämlich „*Friede und Freiheit*“, klammern den entscheidenden Punkt, die demokratische Solidarität aus. Es wird deutlich, daß zu diesem Zeitpunkt der Kampf gegen die Nazidiktatur noch kein auf der Basis kommunistischer Propaganda ausgearbeitetes demokratisches Programm mit demokratischen Losungen für den bewaffneten Kampf gegen die Nazidiktatur zu Grundlage hatte.

\* \* \*

Nach all diesen sehr gravierenden Kritiken an der Erklärung des ZK der KPD zum Novemberpogrom sei abschließend darauf hingewiesen, daß wir darauf bestehen, daß diese harte und rücksichtslose Kritik, dennoch eine solidarische Kritik an jenen ist, die unter der Nazidiktatur diesen Aufruf verfaßten und in Deutschland verbreiteten; eine solidarische Kritik an jenen, die ihr Leben wagten, um angesichts keinesfalls nur der nazistischen Terroridiktatur, sondern der weit verbreiteten nazistischen Beeinflussung breiter Volksmassen auch durch ein Stückchen Selbstbetrug und Appell an das demokratische Gewissen von bestimmten Bevölkerungsteilen in Deutschland sich Hoffnung machten, den Kampf in Deutschland entfalten und vorantreiben zu können.

Daß Solidarität und rücksichtslose Kritik sich nicht ausschließen, das wird vielleicht nirgends so dramatisch sichtbar wie an der notwendigen Kritik an dieser Erklärung des ZK der KPD von 1938.

### Zur Einschätzung des Aufrufs der KPD vom Juni 1945

Die KPD war die erste politische Partei in Deutschland, die nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus mit einer aktuellen Stellungnahme an die Öffentlichkeit trat. Das war der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945.

Wir verweisen hier auf die ausführliche Analyse und Kommentierung dieses Aufrufs in dem Buch „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)<sup>59</sup>. Die Analyse dieses Aufrufs des Zentralkomitees der KPD wird dort wie folgt vorgestellt:

„Die **Hauptverdienste** des Aufrufs werden hervorgehoben: Die Benennung welthistorisch einmaliger Verbrechen des Nazifaschismus und die Notwendigkeit, ihn „von außen zu zerschlagen“, die Analyse der Hauptschuldigen bei Betonung der Mitschuld der breiten Masse der Werktätigen, die – vorsichtige – indirekte Kritik an der SPD-Führung sowie die selbstkritische Aufgabenstellung der Analyse der Arbeit der KPD. Vor allem hervorzuheben ist aber die richtige taktische Linie der KPD: der

<sup>59</sup> Siehe „Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945“, in: Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46), Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2000, S. 143–203.

Kampf um Entnazifizierung auf allen Gebieten als Hauptkettenglied (Zehn Punkte Dringlichkeitsprogramm) einschließlich der Anerkennung der Reparationen an die überfallenen Völker.

Auf dieser Basis werden dann die zentralen Fehler und Unterlassungen des Aufrufs herausgearbeitet, die in den kommentierenden Fußnoten teilweise schon angedeutet werden.

Neben den unverzeihlichen Unterlassungen, die jüdische Bevölkerung Europas und die Sinti und Roma nicht als Opfer des rassistisch motivierten Völkermordes zu benennen, die Frage der in Jalta beschlossenen Umsiedelungen und neuen Grenzen Deutschlands einfach auszuklammern sowie die Verpflichtung für Reparationen der in Deutschland Verfolgten nicht anzusprechen konzentriert sich unsere Kritik vor allem auf drei Punkte, die in engem Zusammenhang stehen:

Erstens wird der Gesamtkomplex der notwendigen Besetzung Deutschlands mit seinen Implikationen verschwiegen.

Zweitens wird die sich aus der demokratischen Aufgabe der umfassenden Entnazifizierung ergebende unvermeidliche ‚Spaltung des Volkes‘ und die nötige demokratisch-antinazistisch motivierte diktatorische Unterdrückung verschleiert.

Drittens: Der fehlende Bruch mit dem Nationalismus, festzumachen unter anderem an der unkritischen Verwendung des Begriffs ‚deutsches Volk‘, was in engem Zusammenhang mit Punkt zwei steht.

Fast durchgehend wird – vor allem in den Fußnoten zum Originaltext – eine an den falschen Bewußtseinsstand nicht anknüpfende, sondern sich opportunistisch anbietende Sprache kritisiert. Immer wieder werden falsche Zugeständnisse an den niedrigen, vor allem nationalistischen Bewußtseinsstand der breiten Massen in Deutschland 1945 gemacht.

So kommt die folgende Analyse zu dem Fazit, daß bei allen gewichtigen und zentralen Verdiensten des Aufrufs es sich dennoch um ein zwiespältiges Dokument handelt, in dem Thesen und Mechanismen angelegt sind, die später bei der Schaffung der SED aufgegriffen, ausgebaut und zu ganz falschen Grundpositionen entwickelt werden konnten. Um so zentraler erscheint es uns dennoch, die klar positiven Aspekte des Aufrufs des ZK der KPD vom Juli 1945 herauszuarbeiten, um im Keim einen Gegensatz aufzuzeigen, der im Verlauf der Analyse der Dokumente der KPD und SED entfaltet werden wird.“

Nach der hier vorgestellten Analyse gelangt das Autorenkollektiv zu folgender zusammenfassenden Einschätzung des Aufrufs der KPD:

„Die Quintessenz unserer Kritik am Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 ist, daß nicht wirklich konsequent, obwohl viele nötige Einzelüberlegungen richtig dargelegt sind, das Problem der Entnazifizierung bis mitten hinein in die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung als Voraussetzung kommunistischer Politik durchdacht, durchformuliert und als taktische Linie vorgestellt wurde.

Mit dem nationalistisch unterlegten Mythos vom ‚einheitlichen deutschen Volk‘ hat die KPD die Widersprüche zugedeckt anstatt die tiefe Kluft aufzureißen, die zwischen Nazi-Aktivisten und der den Umständen angepaßten Reaktion als Ganzes auf der einen Seite und dem von den kommunistischen Kräften geführten antinazistischen Lager auf der anderen Seite bestand – das ist die tiefe Ursache für die grundlegenden Fehler des Aufrufs. Das Motiv, für den Kampf zur Entnazifizierung breitere Massen zu mobilisieren, führte im Aufruf des ZK der KPD dazu, daß die KPD ihre Linie den rückständigen, von zwölf Jahren Nazifaschismus geprägten Vor-

stellungen und nationalistischen Vorurteilen der breiten werktätigen Massen anpaßte. Doch die einzig richtige Taktik war das Aussprechen der ganzen Wahrheit, ohne taktische Winkelzüge und Anbiederei, um vielleicht nicht kurzfristig, aber doch auf längere Sicht im Kampf und durch den Kampf für die Entnazifizierung auch in den Köpfen der potentiellen Massenbasis der KPD, der Arbeiterklasse und ihrer möglichen Verbündeten in anderen Schichten auf dem Dorf und in der Stadt, einen grundlegenden Umschwung herbeizuführen.“

\* \* \*

Wir meinen, daß mit den hier vorgestellten Kritikpunkten und ersten Analysen an wichtigen Resolutionen und Erklärungen des ZK der KPD durchaus Ausgangspunkte gegeben sind, sich mit den in diesem Reader abgedruckten Dokumenten des ZK der KPD aus der Zeit des Nazifaschismus 1933 bis 1945 gründlich und kritisch auseinanderzusetzen, ohne deren Kenntnis die Diskussion und kritische Einschätzung der Linie der KPD in dieser Zeit nicht fundiert geleistet werden kann.

Der Verlag



## Editorische Anmerkungen zur Herausgabe der Dokumente des ZK der KPD von 1933 bis 1945

Zur besseren Orientierung sollen hier einige editorische Hinweise gegeben werden:

Neben den ZK-Erklärungen sind verschiedene von der KPD mitunterzeichnete Dokumente (zum Beispiel gemeinsame Erklärungen der KPD mit anderen Kommunistischen Parteien) abgedruckt. Außerdem wurden zu wichtigen Themen, zu denen keine ZK-Erklärungen vorliegen, weitere von der KPD unterzeichnete Dokumente aufgenommen. Darüber hinaus sind zwei Aufrufe der antifaschistischen Einheitsfront abgedruckt, die von Mitgliedern des Politbüros bzw. des ZK der KPD mit anderen Parteien bzw. mit Einzelpersonen herausgegeben wurden.

Im Nachtrag sind 4 ZK-Dokumente aus den Jahren 1934/35 abgedruckt, die erst nach der technischen Fertigstellung des vorliegenden Readers im „Pressedienst der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg“ aufgefunden wurden.

Ein Quellen- und ein Abkürzungsverzeichnis findet sich am Ende des Readers.

Es werden im Quellenverzeichnis alle Fundstellen für das betreffende Dokument angeführt. Die Quelle, die als Vorlage für das im Reader abgedruckte Dokument diente, steht in der Liste an erster Stelle.

Im Quellenverzeichnis sind 13 Dokumente erwähnt, die nicht im Reader enthalten sind, weil sie nicht aufgefunden werden konnten. Für Hinweise auf Fundstellen und weitere, noch nicht erfaßte Dokumente wären wir dankbar.

In einigen Fällen haben Dokumente, die in verschiedenen Organen veröffentlicht wurden, unterschiedliche Überschriften. So lautet zum Beispiel der Titel des Aufrufs in der „Roten Fahne“, Nr. 7, 1938, „Gegen die Schmach der Judenpogrome“, während der inhaltlich identische Aufruf in der „Baseler Rundschau“, Nr. 60, 15. 12. 1938, mit „Gegen die Schande der Judenpogrome“ überschrieben ist. Wenn unterschiedliche Titel vorliegen, ist dies im Inhaltsverzeichnis vermerkt.

In den Fällen, wo die Überschrift keinen Rückschluß auf den Inhalt zuläßt oder die Überschrift ganz fehlt, werden im Inhaltsverzeichnis erklärende Hinweise gegeben.

Wenn Dokumente ein Datum der Erstellung haben, wurde dies ins Inhaltsverzeichnis aufgenommen. Eine Reihe von Dokumenten wurden ohne Erstellungsdatum veröffentlicht.

Von uns wurden keine Kürzungen an den abgedruckten Dokumenten vorgenommen. Gekennzeichnete Auslassungen in den Dokumenten, die von uns neu gesetzt wurden, sind bereits so in den Originalquellen vorhanden.

An den jeweiligen Dokumenten, die neu abgetippt wurden, weil die Qualität der Vorlage sehr schlecht war, ist dies am Ende des Dokuments vermerkt. Unklare oder nicht leserliche Stellen sind ausgewiesen.

Die Vorlagenqualität läßt zum Teil zu wünschen übrig, was für diesen Reader nicht gänzlich behoben werden konnte. Wir hoffen aber, daß die Lesequalität insgesamt so ist, daß mit den abgedruckten Dokumenten gearbeitet werden kann.



**1933**



**Dokumente  
des ZK der KPD  
1933–1945**



# **Generalstreik**

**gegen die faschistische Terror-Herrschaft!**

**Hitler Reichskanzler! — Papen Vizekanzler — Hugenberg Wirtschaftsdiktator — die Frick und Göring an der Spitze der Polizei — Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister — dies neue Kabinett der offenen faschistischen Diktatur ist die brutalste unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!**

Die Betrugsmanöver des „sozialen Generals“ sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen“ Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg — das alles steht unmittelbar bevor.

**Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus —**

**die KPD. will man verbieten!**

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD., die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO., sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terror-Regime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfelnde des deutschen Volkes, die Todfelnde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen! Setzt euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution! Verteidigt euch gegen die schrankenlose soziale Reaktion der faschistischen Diktatur!

**Heraus auf die Straße!**

**Legt die Betriebe still!**

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde

# Mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massen-Demonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich

## an den ADGB., an den AFA.-Bund, an die SPD. und die christlichen Gewerkschaften

mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!

Die KPD. appelliert an die Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen:

Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Klassengenossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnungen die Massendemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!

Helft den Kommunisten, die übrigen werktätigen Massen, die armen Bauern auf dem Lande, die Mittelschichten, die Intellektuellen in den Städten zur Unterstützung des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren!

Schart euch um die bedrohte Kommunistische Partei, um den KJVD., um die RGO., erkennt, daß der Schlag gegen das revolutionäre Proletariat ein Schlag gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse ist.

**Es lebe die proletarische Einheitsfront gegen die  
faschistische Hitler-Diktatur!  
Fort mit den Hitler, Papen, Hugenberg!  
Es lebe der Generalstreik!  
Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!  
Es lebe der Kampf für eine Arbeiter u. Bauernrepublik!**

Berlin, den 30. Januar 1933.

**Kommunistische Partei Deutschlands**

Verantwortlich für Druck und Inhalt: Ernst Schneller, Berlin — Druck: Uranus-Druckerei G. m. b. H. Berlin.

FB Dok. 1, 30.1.1933



### Eine Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das Zentralkomitee der KPD. sandte am 1. März an die Presse eine Erklärung, in der aufs schärfste zurückgewiesen wird, daß es mit der Brandstiftung im Reichstag irgend etwas zu tun hätte. In der Erklärung heißt es:

«Die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung wissen, auf welchen Wegen die Kommunistische Partei den Kampf führt. Die Erklärungen verschiedener Parteien in den letzten Woche haben gezeigt, wer ein Interesse daran hat, daß der Reichstag nicht wieder zusammentritt. Unter den heutigen faschistischen Bedingungen der Hitlerregierung kämpft gerade die KP., als einzige Partei um die Verteidigung der letzten Reste demokratischer Freiheit. Die sechs Millionen kommunistischer Wähler wissen, daß die KPD. unter Führung ihres ZK. und unter Führung des Genossen Thälmann sich stets gegen den individuellen Terror und erst recht gegen einen solchen der Brandstiftung gewendet hat. Die Pressemeldungen, daß im Reichstag eine kommunistische Konferenz stattgefunden habe, sowie die Behauptung, daß der Verhaftete Luobbe Mitglied der KP. Hollands wäre, entsprechen nicht den Tatsachen.»

Im übrigen wird in der Erklärung als merkwürdig bezeichnet, daß ein Mann, der angeblich seine Kleidungsstücke zur Brandstiftung benützte, das Mitgliedsbuch irgendwo bei sich gehabt haben soll. Die Erklärung weist auf Ähnlichkeit dieser Brandstiftung mit der Brandstiftung in Großbeeren, sowie bei der Besetzung von Gewerkschaftshäusern hin.

Die bürgerlichen Pressemeldungen erinnern lebhaft an den «Sinowjewbrief», der seinerzeit vor den Wahlen 1926 in England fabriziert wurde, sowie an die Meldungen über das Jüteborger Eisenbahnattentat und Ähnliches.

Die KPD. appelliert an die gesamte Arbeiterklasse, diese Vorgänge durch Kumpflmaßnahmen in den Betrieben, Stempelstellen zu beantworten. Die KPD. hat weiter an die ADGB., das Reichsbanner und alle Arbeiterorganisationen appelliert, alle Kräfte gegen den Faschismus einzusetzen.

# Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands\*)

## Stürzt die Papen-Hitler-Diktatur!

Arbeiter an die Macht! Für die Arbeiter- und Bauern-Republik!

Die Ereignisse überstürzen sich! In diesen Tagen vollziehen sich historische Geschehnisse in Deutschland! Faschistische Volksfeinde, braune Terroristen, junkerliche Tyrannen und kapitalistische Schwerverdiener haben nach dem Willen des Finanzkapitals aus der Hand des Marschalls Hindenburg die Regierungsmacht in Deutschland übernommen!

Die braune Mordbestie rast in Deutschland! In einem brandenden Meer von Arbeiterblut, im Feuerschein brennender Arbeiter- und Gewerkschaftshäuser wollen die jetzigen Machthaber für immer das Regiment der blutigsten Diktatur des Faschismus über das werktätige deutsche Volk errichten!

Papen, der die Löhne kürzte, den hungernden Arbeitslosen die Unterstützung raubte, der die Salzsteuer diktierte, der den Invaliden, Krüppeln und Witwen die Renten fortnahm, Herr Hugenberg, der kapitalistische Zeitungs- und Konzern-König, der lohnräuberische Scharfmacher, sie regieren unter dem Patronat, unter Führung Hitlers mit einem Schreckensregiment gegen die Werktätigen Deutschlands.

Wenn je in den letzten 14 Jahren — dann mahnen diese Tage und Wochen zur allerhöchsten, mutigsten und kampfontschlossensten antifaschistischen Einheit!

Wenige Tage Hitler-Diktatur haben bereits das bluttriefende Gesicht dieser Diktaturregierung enthüllt! Dutzende von Erschlagenen meuchlings Niedergemetzelten, schwerverletzten Antifaschisten liegen auf den Arbeiterstraßen. Drohend holen die Trusträuber zu neuen Lohnraub- und

Unterstützungsabbau-schlägen aus! — Was die Hitler, Frick und Göring den Werktätigen versprochen haben, haben sie in den Staub getrampt! Die tausende «Treue-schwüre», die sie den Notleidenden schworen, haben sie schmächtig gebrochen. Aus dem «Kampf gegen die feinen Herren», aus dem «Feldzug gegen die Barone», aus der «Enteignung der Börsenfürsten» wurde ein Schutz- und Treue-Bündnis mit Baronen, den Osthilfeschiefern, den Kuponabschneidern, Börsenspekulanten und Industrieräubern!

Sie wollen die «Krise beseitigen» —; aber wie jede kapitalistische Regierung steht auch die Hitler-Regierung der Krise ohnmächtig gegenüber:

Das «Dritte Reich» ist angebrochen: Arbeiterhäuser werden besetzt, kommunistische Zeitungen langfristig geknebelt. Die Kommunistische Partei, die einzige Arbeiterpartei, wird mit Terror, Schikanen, Verbotmaßnahmen, Demonstrationsverbot, mit Karabinersalven usw. überschüttet.

Wir schlagen Alarm im Land! Die Diktatur der Hitler, Papen, Hugenberg will die Kommunistische Partei verbieten! Noch vor der Wahl soll der Schlag gegen die KPD durchgeführt und soll die Kommunistische Reichstagsliste für Null und Nichtig erklärt werden!

So wollen die braunen Kreaturen der Großindustrie die drittstärkste Partei Deutschlands, die revolutionäre Sechs-Millionen-

Partei, die Führerin der Notleidenden und Unterdrückten, die einzige Partei gegen Versailles verbieten! Durch Ausschaltung von über 100 Reichstagsabgeordneten der KPD, will die Hitler-Papen-Diktatur sich eine «parlamentarische Mehrheit» verschaffen, um so besser die Niedertrampeln der Massen vollziehen zu können!

Verhindert diesen Schurkenplan der Industriesöldlinge! Scharf euch wie eine Mauer um eure Kommunistische Partei! Niemals Verzicht auf die Beteiligung der revolutionären Arbeiterschaft an der Macht! Gebt euer Veto ab für den deutschen Kommunismus!

In den nächsten Tagen und Wochen: höchste Alarmstufe für alle Feinde des Faschismus in Stadt und Land!

Am 6. März wollen Hitlers braune Kosaken, diese Thyssen-Landsknechte den «Marsch auf Berlin» nach dem Muster von Mussolini «Marsch auf Rom» vollziehen, um das rote Berlin blutig niederzuschlagen und die Fahne des faschistischen Staatstreichs in der roten Reichshauptstadt zu hissen! Alarm! Alarm!

Alarm! Verhindert die neuen Verbrechen durch antifaschistischen Zusammenschluß, durch Streiks und Massenstreiks!

Hitler ist an der Macht! Seine Rundfunkrede war eine einzige große

Kampfansage gegen das werktätige Volk, gegen den Kommunismus. Hitler hat es offen ausgesprochen, daß er den Kommunismus vernichten will, um den ausländischen Tributräubern, den Börsen- und Tributhyänen die Reparationszahlungen zu leisten.

Kein Wort in Hitlers «Programm»-Rede über die Verteilung des Ueberflusses an Kartoffeln, Kohlen und Brotgetreide an die Arbeitslosen, kein Wort von Winterbeihilfen an die Aermsten der Armen, kein Wort von der Zerreißung des Versailler Vertrages, von der

Zerschlagung der Tributschmach! Kein Wort von der «Brechung der Zinsknechtschaft», kein Wort mehr gegen die Banken und Börsenfürsten! Kein Wort mehr von der Einstellung der Zwangsversteigerungen, Pfändungen und des Steuerwuchers! Kein Wort von der Erhöhung der Löhne und Gehälter für das Proletariat und die Angestellten!

Aber: Zwangsarbeitsdienstpflicht! Zwangsmilitarisierung! Neuer Kasernenholdrill! Miliz für faschistische Terroristen! Aufpeitschung der chauvinistischen Leidenschaften! Lohnraub durch Arbeitsdienstpflicht! Staatsbegräbnis für Arbeitermörder (Majkowski)! Verschärfte Kriegsprovokationen! Verschärfungen der Beziehungen zur USSR! Schutz- und Treuebündnis mit den Industrie- und Bankfürsten! — So bedröhen Hunger, Krieg und Faschismus das werktätige Volk!

Vier Jahre lang will Hitler regieren! Vier Jahre sollen die Erwerblosen warten, vier Jahre soll der zusammenbrechende Kleinbauer warten, vier Jahre weiter Hunger, vier Jahre weiter Lohnraub, vier Jahre weiter Verjagung der Kleinbauern von der Scholle, vier Jahre weiter Bankrott des Mittelstandes, vier Jahre weiter Hunger und Siechtum für die Kriegsschädigten, Invaliden und Rentner! — Das ist der Trost Hitlers für die Armen! Das ist der Beginn des «Dritten Reiches»!

Der arme Bauer hinter dem Pflug plagt sich von früh bis spät! Hitler hilft ihm nicht; denn Hitler hat sich mit den

### Stürzt die Papen-Hitler-Hugenberg-Diktatur

**Arbeiter an die Macht!**  
**Für die Arbeiter- u. Bauern-Republik!**

**Die Reichstags-Veränderung** soll in diesen Tagen vollziehen die Kommunistische Partei in Deutschland! Faschistische Volksfeinde, braune Terroristen, junkerliche Tyrannen und kapitalistische Schwerverdiener haben nach dem Willen des Finanzkapitals aus der Hand des Marschalls Hindenburg die Regierungsmacht in Deutschland übernommen!

**Die braune Mordbestie** rast in Deutschland! In einem brandenden Meer von Arbeiterblut, im Feuerschein brennender Arbeiter- und Gewerkschaftshäuser wollen die jetzigen Machthaber für immer das Regiment der blutigsten Diktatur des Faschismus über das werktätige deutsche Volk errichten!

**Die braune Mordbestie** rast in Deutschland! In einem brandenden Meer von Arbeiterblut, im Feuerschein brennender Arbeiter- und Gewerkschaftshäuser wollen die jetzigen Machthaber für immer das Regiment der blutigsten Diktatur des Faschismus über das werktätige deutsche Volk errichten!

**Wir schlagen Alarm im Land!**  
Die Diktatur der Hitler, Papen, Hugenberg will die Kommunistische Partei verbieten!  
Noch vor den Wahlen soll der Schlag gegen die KPD durchgeführt und soll die Kommunistische Reichstagsliste für Null und Nichtig erklärt werden!

\*) Dieses Manifest ist in Deutschland in 12 Millionen Exemplaren erschienen. Der Polizei ist es gelungen, ungefähr eine halbe Million Exemplare zu beschlagnahmen. Die Red.

Großagrariern und Junkern verbündet! Er marschiert mit den Osthilfekorruptionisten! Hunderte von Millionen haben die Grafen und Adligen die Rittergutsbesitzer und Blaublütigen Ostelbiens aus der Osthilfe erhalten! Ein Korruptions- und Betrugsstumpf stinkt da zum Himmel! Heute decken die Nazis den Mantel des Schweigens über dieses Verbrechen am kleinen Bauern. Denn sie sind die Hauptschuldigen am Osthilfe-Panama! — Und die Sozialdemokratie und das Zentrum konnten durch ihre Preußenminister nicht schnell genug die Gesetze der Osthilfe-Verschwendung im Parlament durchpeitschen! Nackt und entblößt stehen sie heute alle da als Feinde des kleinen Bauern!

«Ina Zuchthaus mit den Ministern, die die Tributzahlungen leisten!» beantragten die Nazis 1930 im Reichstag. — Zur Macht gelangt, bezahlt der Hitler-Faschismus die Tribute genau so wie die Schleicher, Brüning und Hermann Müller. Zur Macht gelangt, wirft er standhafte Freiheitskämpfer der kommunistischen Freiheitsarmee gegen Versailles und die Tributknechtschaft massenweise in Zuchthäuser und knallen die Nazis die Kämpfer um die soziale und nationale Freiheit meuchlings nieder! Zur Macht gelangt, verfolgt er die KPD. mit grimmigem Haß, weil sie allein eine wirkliche Oppositionspartei gegen die Hitler und Papen ist, weil sie allein gegen die Diktatur kämpft!

Tief empört und zorn erfüllt stehen heute mit uns Kommunisten Millionen freigewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Arbeiter vor dem niederträchtigen Verrat der Sozialdemokratie. Sie hat in Fortsetzung ihrer Politik vom 20. Juli erneut vor den Staatsstreichern, vor der Konterrevolution, vor dem blutigen Faschismus kapituliert! Sie hat die Aufforderung der KPD., den Generalstreik gegen die Hitler-Diktatur zu unterstützen, mit ihrer Aufforderung zur «Ruhe und Besonnenheit», zum «Zu Hause bleiben», mit einer «Warnung an den redlichen Mann» (Hindenburg), mit dem Verbot antifaschistischer Massendemonstrationen durch ihre Polizeipräsidenten in Dortmund, in Hamburg, mit der Verhaftung des SPD-Abgeordneten Lober in Lübeck durch den SPD-Polizeisonator Meerlein, mit einer Erklärung zur «vertrauensvollen Zusammenarbeit» (SPD-Brocht) mit Hitler und Papen erklärt.

Schamlos wie am 4. August 1914, am 20. Juli 1932, verbinden sich auch diesmal wieder die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Führer mit den geschworenen Feinden des Proletariats.

Die SPD. hat die stolze Kämpferfahne von Karl Marx seit Jahrzehnten bereits mit dem Dreck schmutzigsten Arbeiterverrats besudelt. Die jahrelange Koalitions-, Tolerierungs-, Lohnraub-, Streikbruch- und Korruptionspolitik war ein blutiger, beißender Hohn auf den Marxismus. Die Unterschriften der Sozialdemokraten Hermann Müller und des Herrn Vanderveelde unter dem Schanddokument von Versailles hallen den Nationalsozialisten nicht zuletzt zu ihrem Aufschwung.

Wir klagen die Partei der Loebe, Wels, Hillerding und Leipart des Verrats, der niederträchtigsten Besudlung und Diskreditierung des Marxismus an.

Was diese Herren bereits seit Jahrzehnten betrieben haben, war infamster Arbeiter- und Volksbetrug, war niemals Marxismus. Angesichts dieses Verrats, erheben wir Kommunisten im Augenblick der Machtübernahme der Staatsgewalt durch den Hitlerfaschismus um so höher unser stolzes, flammendes, marxistisches Banner, das Banner der proletarischen Diktatur, des schonungslosen Klassenkampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen den imperialistischen Krieg!

«Zweite Republik» — «Rückkehr zu Weimar» — «Wirtschaftsdemokratie» — «Durch Demokratie zum Sozialismus» — das haben sie euch jahrelang um die Ohren geschlagen. Wo sind wir hingekommen? Wohin haben uns die feigen Kapitulanten, die Severing und Braun geführt? Zur faschistischen Diktatur, zum Hitler-Regiment! Zur Tyrannei der Papen und Hugenberg! Das ist der folgerichtige Weg, den wir Kommunisten den werktätigen Massen Deutschlands voraussagten. Dutzendemale jubilierte die Betrugsmeute der SPD. und des ADGB. in den letzten Jahren (z. B. nach der Präsidentschaftswahl, nach der Preußenwahl usw.): «Hitler geschlagen», «Hitler endgültig besiegt». Ihr wurdet betrogen und belogen, um eure millionenstarke Kraft einzuschläfern, abzulenken und zu zerschmettern.

Nun haben sie wieder den Generalstreik verraten. — Sie zerspalten erneut das Proletariat und die antifaschistische Einheit. Sie schwätzen von «Einheit», schwätzen vom «gemeinsamen Kampf» und wollen erneut die dunklen Geschäfte der Vergangenheit, des schmutzigsten Betrugs an euch werktätigen Volksmassen vollführen.

«Wählt Hindenburg und ihr schlägt Hitler!» so schwindelte

der sozialdemokratische Führerkübel im Frühjahr 1932 und heute habt ihr die Quittung: Aus der Hand des von der Sozialdemokratie und des Zentrums in den Sattel gehobenen Hindenburg empfangen die Hitler, Hugenberg und Seldte. empfangen die schlimmsten Volksbetrüger ihr Mandat zur schonungslosesten Niedertrampeldung der werktätigen Massen. — Die Voraussage der Kommunistischen Partei von damals hat sich hundertprozentig erfüllt, als sie sagte: «Wer Hindenburg wählt, hilft Hitler!»

Heute werden die SPD., ADGB- und Reichsbannerführer, die Mitschuldigen an der braunen Mordwelle, euch wieder zurufen: «Zurück zu Weimar!» — «Zurück zur Demokratie!» (die den Nazis zur Macht verhallt).

Laßt euch nicht von neuem betrügen! Stürmt vorwärts mit uns! Niemals mehr zurück zur Knechtschaft der faschistischen Blutdiktatur von heute! Zurück zur Vergangenheit — das wäre der gleiche Golgathaweg für die geknechteten Massen, das wäre erneut die Brünningsche Hungerverordnung, das wäre erneut der Zörgiebel-Blutmai, der Ratenschwanz von Presseverböten, Versammlungsschikanen usw., das wäre eine neue Entwicklung zur faschistischen Diktatur!

Was die Kommunisten wollen, das ist:

Die Macht der Arbeiterschaft!

Das ist: Die Arbeiter- und Bauern-Republik!

Das ist: Die Diktatur des Proletariats!

Daß allein demjenigen, der die Kohle gräbt, das Eisen hämmert, den Verkehr lenkt, der die Werte schafft — daß ihm allein — im Bunde mit den werktätigen Bauern — die Macht gehört!

Was wir wollen, das ist: Die Freiheit!

Das ist: Der Sozialismus!

Sozialdemokratische, ADGB- und Reichsbannerarbeiter, christliche Klassengenossen! Wir sagen euch klar und offen: Die Hakenkreuzler, Hugenberg-Faschisten, die Papenschen Herrenklubler werden sich einen Dreck kümmern um die «Legalität» und «Gesetzlichkeit», sie werden sich einen Dreck kümmern um die «Verfassung», wenn sie am 5. März nicht die parlamentarische Mehrheit erhalten. Sie werden gestützt auf die Bajonette, weiter regieren, damit die Industriearbeiter und Börsenfürsten ihre Profite schaukeln können.

Hier steht nur eine Front: Klasse gegen Klasse!

Hier steht nur eine Frage: Antifaschistische Massenkraft gegen faschistische Diktatur.

Hier steht nur eine Lösung: Massenproteste, Streiks, politischer Massenstreik und Generalstreik, die Kraft der Betriebe, die Kraft der Stempelstellen, die Kraft der Kleinbauern, der Angestellten und der werktätigen Jugend gegen die Tyrannei des Faschismus.

Im täglichen Kampf um den Lohn, um Brot, Kartoffeln und Kohle, im Teil- und Einzelstreik, kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei für eure Freiheit! Wir verteidigen mit Zähnen und Klauen die bedrohten, letzten demokratischen und sozialpolitischen Ueberbleibsel der November-«Revolution»! Stählt in diesem täglichen Kleinkampf eine gewaltige, millionenstarke, gigantische Massenkraft!

Hier kann nur eines entscheiden: Das seid ihr, ihr Millionen Unterdrückten aus der Stadt und vom Dorf! Nur euer außerparlamentarischer Massenkampf in den Betrieben, an den Stempelstellen, im Bunde mit allen Werktätigen, kann die Macht der Hitler, Hugenberg und Papen hinwegfegen!

Alarm im ganzen Land!

Arbeiter, Werktätige! Eure Partei ist bedroht, weil sie der geschworene Feind der Industriemagnaten und der Börsenjobber ist. Darum wollen die Hitler, Hugenberg, Papen und Seldte eure Partei, die 6 Millionen starke Freiheitsarmee gegen Versailles, gegen kapitalistische Knechtschaft, gegen imperialistische Kriegspolitik, diese Partei des Sozialismus, der Freiheit und der Arbeitermacht verbieten!

Schart euch in Millionenmassen erneut um unsere Kämpferfahne!

Balkanischer Terror, viehischer Arbeitermord, grausame Nidermetzelung von Antifaschisten — unter diesem Wahrzeichen soll der Wahlkampf durchgeführt, mit Verböten, mit Presseknobeln, mit Verhaftungen, mit braunem Terror soll die Kommunistische Partei verhindert werden, vor den Millionen deutscher Werktätigen ihr Programm zu enthüllen. Das darf und soll ihnen nicht gelingen!

Wir Kommunisten läuten die Sturmglocken der antifaschistischen Einheit!

Schikane, Verbote, Zuchthaus und Todesverordnungen, italienischer und polnischer Schreckensterror im deutschen Lande — die Zwangsfesseln drohender Hunger-, Lohn- und Unterstützungsraubverfügungen hämmern es jedem deutschen Werktätigen ein: jetzt die Bruderhand gefaßt! Jetzt alle klassenverbundenen Freiheitskämpfer brüderlich zusammengestanden! Jetzt die große, millionenumfassende Front des gemeinsamen Kampfes der Antifaschistischen Aktion geschmiedet! Jetzt alle Spalter und Saboteure der Einheit beiseite geschoben!

In diesem Kampfe geht es nicht nur um die Wahlstimmen am 5. März.

Aber jeder muß an die Urne, jeder muß sein Veto ablegen für den deutschen Kommunismus! Verteidigt das Werk der Bolschewiki, die drüben im Osten, in der Sowjetunion an der Spitze der Millionenmassen durch den Aufbau des Sozialismus ihr Können und ihre Kraft beweisen!

Proletariat! Angestellte, Werkätige, Frauen und Jugendliche! Arme Bauern! Mittelständler! Werkätige Studenten! Wollt ihr Jungwerkätigen euch peitschen, auf den Kasernenhöfen quälen, in den Arbeitsdienstpflichtlagern ausplündern lassen? Wollt ihr euch als faschistische Landsknechte gegen eure Väter und Mütter, gegen eure eigenen Brüder mißbrauchen lassen? Wollt ihr als Kanonenfutter auf den Schlachtfeldern des Imperialismus verrecken? Wollt ihr Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, daß ihr noch rechtloser als Objekte der Willkür der Fabrikherren und Hausherrn in Sklaventrone gefesselt und daß eure Kinder zu neuem Menschenmord vom Faschismus erzogen werden?

Wollt ihr, Volksgenossen, daß Deutschland im Blutmeer des Faschismus versinkt?

Wollt ihr, Werkätige, daß in Deutschland der Klügel des Herrenklubs die Hungerpeitsche schwingt und euch auf das barbarische Niveau chinesischer Kulis herabdrückt?

Wollt ihr, Männer und Frauen, daß Deutschland endgültig zu einem Armen- und Totenhaus, zum Lande des Säbels und der Peitsche wird, daß die Tarife zerschmettert und die Sozialpolitik endgültig zerschlagen wird?

Wollt ihr, Volksgenossen, daß in Deutschland das Bajonett und der Dolch des Faschismus triumphieren wie in Italien, Polen und Bulgarien und daß ein blutiges Schreckensregiment über uns hereinbricht?

Nein! Niemals! Und im brüderlichen Appell an euch, ihr SPD., ADGB., Reichsbanner, christliche und parteilose Arbeiter, wenden wir uns auch an euch, ihr werkätigen Nazianhänger. Erkennt: das «Dritte Reich», das euch die Freiheit, die Enteignung der Reichen, die Beseitigung der Zinsfron, das euch ein glückliches Dasein bringen sollte, das «Dritte Reich» hat mit dem Regiment der Industriekapitäne, der Börsenjobber, mit den Papen, Hugenberg und Co., das «Dritte Reich» hat mit dem blutigen Arbeitermord seinen Einzug gehalten.

Auch an euch, ihr werkätigen Nazianhänger, ergeht unser Ruf: Her zu uns, zur roten Freiheitsarmee gegen Versailles und gegen den volkausplündernden Kapitalismus im eigenen Lande!

Die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Deutschnationalen haben in den letzten 14 Jahren ihr «Können» bewiesen, sie haben euch in das tiefste Elend und die grausamste Knechtschaft geschleudert. Die Herrschaft der Hermann Müller, der Brüning, der Papen und der Schleicher waren ein einziger, ununterbrochener Feldzug gegen das werkätige Volk.

Herr Hitler, zur Macht gelangt, hat in wenigen Tagen Millionen deutscher Arbeiter und Bauern sein Gesicht gezeigt: Er marschiert an der Seite der grimmigsten Ausbeuter, der Papen und Hugenberg. Statt Arbeit und Brot verkündet er eine Kriegserklärung an die KPD. und das hungernde Volk! Statt Hilfsmaßnahmen:

Vertröstung mit zwei «Vierjahresplänen»!

Die Arbeiterschaft im Bunde mit den werkätigen Bauern, und geführt von der Kommunistischen Partei, wird, zur Macht gelangt, das erfüllen, was wir Kommunisten in unserem Programm der sozialen und nationalen Befreiung bereits vor drei Jahren verkündeten und was die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die Regierungsmacht des Arbeiter- und Bauernstaates in die Praxis umsetzte!

Unsere sofortigen Maßnahmen nach Machtübernahme werden sein:

Wir werden den Großkapitalisten und Bankkönigen die Fa-

briken, die Werke, die Warenhäuser und Banken entreißen und sie in den Besitz des werkätigen Volkes überführen! Mit dem Tage unserer Machtübernahme ist der Tributknechtschaft ein Ende gemacht und Versailles ist ein Fetzen Papier. Wir werden die Großhändler, die Magnaten des Handelskapitals und die Spekulanten zum Teufel jagen und alle Werkätigen von der Bedrückung räuberischer Profilmacher befreien!

Wir werden alle Großkapitalisten, Junker, Rittergutsbesitzer und Großhausbesitzer entschädigungslos enteignen! Wir werden in die leeren Wohnungen wohnungslose Volksgenossen einquartieren. Die Arbeiter werden die Kohlenhalden, Kartoffelmieten und Getreidespeicher öffnen und diesen Ueberfluß allen Notleidenden geben.

Die Staatskassen der Arbeiter- und Bauern-Republik werden keinen Pfennig an die kaiserlichen und königlichen Prinzen und Marschälle, werden keinen Pfennig an pensionierte Minister zahlen, sondern das Geld für die Notleidenden, für die Sozialversicherung, für die Staats- und Gemeindearbeiter, für die Kriegskrüppel, Kriegswitwen und Kriegswaisen geben!

Die Arbeiter- und Bauernmacht wird den Großagrarern, den Osthilfejunkern den Grund und Boden entschädigungslos fortnehmen! Sie wird den von ihrer Scholle verjagten kleinen Bauern und Landarbeitern und landarmen Bauern Boden geben und wird Sowjetgüter mit modernsten technischen Hilfsmitteln schaffen!

Die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik wird in ein enges Wirtschaftsbandnis und politisches Bandnis mit der Sowjetunion treten. Sie wird den Siebenstundentag für die erwachsenen Arbeiter und den Sechstundentag für die Jugendlichen verfügen! Sie wird allen Werkätigen, allen werteschaffenden Menschen Arbeit und Brot bringen!

Die Sowjetunion beweist heute bereits, daß dort, wo der Kommunismus regiert, keine Arbeitslosigkeit vorhanden ist! Die Arbeiter- und Bauernrepublik wird mit aller Rücksichtslosigkeit all die bürgerlichen Faulenzer, die kapitalistischen Nichtstuer, die Dividendenschlucker und Börsenspekulanten zur produktiven Arbeit zwingen, in den Kohlengruben, zu Wegebauten und zum Stumpfe roden!

Die Arbeiter- und Bauernrepublik unter dem Zeichen von Hammer und Sichel wird allein dem deutschen werkätigen Volk bringen: die soziale und nationale Freiheit, den Sozialismus!

Wir sammeln die Millionenmassen unter unseren Kampflosungen:

Nieder mit Hitler—Hugenberg—Papen!

Die Waffen aus den Händen der faschistischen Konterrevolution!

Die Waffen in die Hände des Proletariats und der armen Bauern!

Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Verteidigung der bestehenden Löhne und Kampf um höhere Löhne!

Erwerbslose, erringt euch höhere Unterstützungen! Fort mit dem Kabinett, das euch Brot, Kartoffeln und Kohle vorenthält und die Speicher und Halden nicht öffnet!

Die Wohnungen den Wohnungslosen!

Den Boden den Kleinbauern und Landarbeitern!

Gegen den faschistischen Mordterror, Polizeiwillkür und Provokationen der Nazi- und Stahlhelmbanden!

Gegen imperialistischen Krieg, Faschismus und Militarismus!

Gegen den Steuer-, Zoll- und Mietwucher der Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur!

Gegen die Regierung der Volksbedrückung, des Hungers und Staatsstreiches! Massenverweigerung von Steuern- und Schuldzahlung!

Aktiver Boykott der Zwangsvollstreckungen an den armen Bauern und Mittelständlern und Verhinderung von Verhaftungen! Schutz des Arbeitereigentums, der Arbeiter- und Gewerkschaftshäuser!

Schafft antifaschistische Kampfausschüsse, Einheits- und Aktionskomitees auf breitester Grundlage!

Hinein in den Massenselbstschutz!

Schützt eure Partei und ihre Führung!

Für Freiheit, Arbeitermacht und Sozialismus!

Gegen die faschistische Terrorherrschaft der Bourgeoisie!

Jede Stimme für die Hitler-Partei ist eine Stimme für Versailles, eine Stimme für Papens Lohnraubprogramm, für Unterstützungs- und Rentenraub!

Jede Stimme für die Hitler-Partei ist ein Sargnagel für die Freiheit des werktätigen Volkes!

Jede Stimme für die Hitler-Partei ist eine Stimme für den faschistischen Terror und für den Arbeitermord!

Jede Stimme für die SPD, für die Saboteure des Generalstreiks, ist eine Hilfe für Hitler, eine Stimme gegen die siegreiche Diktatur des Proletariats!

Jede Stimme für die Kapitulanten des 20. Juli und 30. Januar — eine Unterstützung des Faschismus!

Jede Stimme für die Deutschnationalen und das Zentrum ist

eine Stimme für die schlimmsten Scharfmacher, für die Krupp, Klöckner und Co.

In Antifaschistischer Einheitsfront vorwärts zum Massenkampf, zum Generalstreik, zum Sturz der Hitler-, Papen-, Hugenberg-Diktatur!

Gebt eure Stimme und eure ganze Kraft der KPD, der Partei der proletarischen Revolution!

Vorwärts für die Arbeiter- und Bauern-Republik, für den Sozialismus!

Kommunistische Partei Deutschlands

## Für den internationalen Kampf gegen den Faschismus

### Gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Polens und Deutschlands

Die Errichtung der *offenen Diktatur in Deutschland* durch die Machtergreifung der Regierung *Hiller-Hugenberg-Papen* verstärkt in beschleunigtem Tempo die imperialistischen Gegensätze zwischen Deutschland einerseits und Polen und Frankreich andererseits.

Die Bourgeoisie dieser Länder entfaltet eine wütende chauvinistische Kampagne, die sie dazu benutzt, die Aufmerksamkeit der Massen vom Klassenkampfe abzulenken und die Vorbereitungen zum imperialistischen Kriege fieberhaft zu beschleunigen.

Angesichts der aggressiven und räuberischen Politik des polnischen Imperialismus, der auf die Besetzung *Danzigs* und *Ostpreußens* ausgeht, sowie angesichts der fürchterlichen Rüstungen des französischen Imperialismus, der seine Hegemonie in Europa und das Versailler System aufrecht erhalten will, erhebt sich die militärische Wiederaufrüstung, die chauvinistische Kampagne und die imperialistische Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Die Völker Europas sind mehr als je zuvor von einem neuen imperialistischen Weltblutbad bedroht. In dieser Lage erklären die Kommunistischen Parteien Polens, Frankreichs und Deutschlands angesichts der drohenden Kriegsgefahr ihren Willen, *noch kühner das Banner des proletarischen Internationalismus gegen die chauvinistische Kampagne der Bourgeoisie zu erheben, die brüderliche Solidarität im gemeinsamen internationalen Massenkampfe der Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Polens und der übrigen Werktätigen dieser Länder zu entfalten sowie den Kampf gegen den Feind in ihren eigenen Ländern, gegen die herrschende Klasse aufs äußerste zu verschärfen.*

Das offene Terrorregime des Faschismus und die Angriffe der faschistischen Führer in Deutschland auf das deutsche Proletariat und seine Vorhut, die KPD., gefährden gleichzeitig die Lebensinteressen der Arbeiter und Bauern Polens und Frankreichs. Die blutige Herrschaft des faschistischen Terrors *Pilsudskis* bedroht nicht nur die polnischen Arbeiter und Bauern, sondern auch die Arbeiter der anderen Länder. Die Kriegspolitik des französischen Imperialismus zur Aufrechterhaltung des Versailler Systems bedeutet nicht nur Unterdrückung und Elend für die französische Arbeiterschaft, sondern auch für die werktätigen Massen der anderen Länder.

Der chauvinistischen Kampagne der Aufrüstung, dem Militarismus, der faschistischen Herrschaft der herrschenden Klasse muß die internationale Aktion der proletarischen Massen und der Werktätigen in Stadt und Land entgegengestellt werden. Wir entfalten in Deutschland, Polen und Frankreich das Kampfbanner des proletarischen Internationalismus. Drei Länder auf einer einzigen Fahne: die rote Fahne des kämpferischen Proletariats.

Die Kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands und Polens sagen den Massen:

Laßt euch nicht durch eure Feinde in eurem eigenen Lande, durch eure Ausbeuter, die euch die militärische Dienstpflicht, die Arbeitsdienstpflicht, die militärische Disziplin und andere militaristische Tugenden auferlegen wollen, vom Klassenkampfe abhalten! Es ist nicht der polnische Arbeiter oder Bauer, der der Feind der deutschen Werktätigen ist und umgekehrt. Es ist nicht der deutsche Arbeiter, der der Feind der französischen Arbeiter oder Bauern ist.

Seht nach der Sowjetunion, wo es keine nationale Unterdrückung, keinen faschistischen Terror, keine imperialistische Kriegspolitik, keine Arbeitslosigkeit und keine Krise gibt. Das ist das Vorbild für die Arbeiter und Unterdrückten aller Länder.

Sozialistische Arbeiter Frankreichs, Polens und Deutschlands!

Wendet euch von der Politik des Klassenverrates eurer Führer ab. Wendet euch von den Führern der II. Internationale ab, die die Kriegspolitik der Bourgeoisie unterstützen, die dem Faschismus den Boden bereiten, die die Arbeiter vom Kampfe und von der antifaschistischen Einheitsfront abhalten. Schmiedet die unüberwindbare Einheitsfront des kämpfenden Proletariats!

Für euch alle, für die werktätigen Massen Frankreichs, Polens und Deutschlands gibt es nur einen einzigen Ausweg aus der Krise. Es gibt nur einen Weg zur sozialen und nationalen Befreiung, einen einzigen Weg zur Vernichtung des Versailler Systems, zur Beseitigung der Gefahr des imperialistischen Krieges, einen einzigen Weg zur Zerstörung des kapitalistischen Systems: *die sozialistische Arbeitermacht.*

## Die Reichstagsbrandstiftung ein nationalsozialistisches Provokateurstück

Berlin, 3. März 1933.

Pressestelle des Zentralkomitees der KPD, verbreitet folgende Mitteilungen des ZK. der KPD.:

Daß die Kommunistische Partei, ebenso wie alle andern Sektionen der Kommunistischen Internationale, insbesondere auch die Kommunistische Partei Hollands, nicht das mindeste mit der Brandstiftung im Reichstag zu tun haben, war vom ersten Augenblick an für jeden Denkenden klar. Die KPD. kann deshalb darauf verzichten, die verschiedenen einzelnen Schwindelmeldungen, die von nationalsozialistischer Seite, unter Benutzung preußischer oder sonstigen Amtsstellen ausgegeben werden, im Detail zu zerplücken.

### Unsere Widerlegung der Verleumdungen gegen die KPD.

1. Selbstverständlich gab es und gibt es unter dem Karl Liebknecht-Haus keine Katakomben, sondern die natürlichen Keller, die übrigens von der Polizei im Laufe der letzten 5 bis 6 Jahre zu wiederholten Malen durchsucht wurden.

2. Selbstverständlich lagerte in diesen Kellern keinerlei Material, das einen kommunistischen Umsturzversuch für den 1., 5. oder sonst irgendeinen anderen Tag des März 1933 dienen sollten. Die KPD. hatte vielmehr bereits am 30. Januar alles auf ihre gegenwärtige politische Tätigkeit bezügliche Material aus dem Karl Liebknecht-Haus entfernt und ihre gesamte Obrigkeit im Karl Liebknecht-Haus eingestellt. Es waren lediglich in den Räumen des Zentralkomitees wie der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg je ein bis zwei Personen zur Abwicklung und Weiterleitung von Anfragen, Besuchern usw., zurückgelassen.

3. Selbstverständlich befanden sich in den Kellerräumen des Karl Liebknecht-Hauses lediglich Ablagen von ganz legaler Post usw. aus einer etwa 3 bis 4 Jahre zurückliegenden Zeit, sowie Restbestandteile von Broschüren usw., die gleichfalls viele Jahre alt sind und bei Wahlkämpfen oder anderen Kampagnen übrig geblieben oder als Remittenden zurückgekommen waren. Nicht eine einzige Broschüre, nicht ein einziges Agitationsmaterial war im Karl Liebknecht-Haus vorhanden, das auf die Gegenwart Bezug hat, oder gegenwärtig hergestellt worden wäre.

4. Selbstverständlich haben nie Sitzungen irgend eines »Kommunistischen Aktionsausschusses« im Reichstag oder anderwärts stattgefunden, an denen der im Reichstag verhaftete »Van der Lübbe« teilgenommen hätte. Erstens existiert kein »Kommunistischer Aktionsausschuß«, sondern nur das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands und dessen Politisches Büro. Zweitens nehmen an Tagungen der Kommunistischen Partei oder irgendwelcher Körperschaften der Kommunistischen Partei, nicht irgendwelche Individuen teil, die weder Mitglied der KPD., noch irgend einer anderen Sektion der Komintern sind, wie es bei »Van der Lübbe« der Fall ist. Die Sinnlosigkeit einer solchen Behauptung ergibt sich schon aus den eigenen Feststellungen der Polizei, wonach »Van der Lübbe« seit vielen Jahren der holländischen Kommunistischen Partei nicht mehr angehört, sondern eine eigene Partei gegründet habe, um deren Führer sein zu können.

5. Selbstverständlich hat weder der Abgeordnete Torgler noch irgend ein anderer Funktionär der KPD. irgendeine Verbindung mit dem im Reichstag verhafteten Brandstifter, dem angeblichen »Van der Lübbe« je unterhalten, noch von seinen Plänen Kenntnis gehabt.

6. Selbstverständlich sind auch alle Behauptungen des »Amtlichen Preußischen Pressedienstes« freie Erfindung, wonach die Abgeordneten Torgler und Koenen den Reichstag am Tage der Brandstiftung erst um 10 Uhr durch einen besonderen Ausgang verlassen hätten. Der Schwindel des »Amtlichen Preußischen Pressedienstes« ist in diesem Fall besonders evident, weil die Abgeordneten Torgler und Koenen in Wirklichkeit das Reichstagsgebäude wenige Minuten nach 8 Uhr, etwa zwischen 8.10 Uhr und 8.15 Uhr verlassen haben. Der Reichstagsabgeordnete Torgler befand sich mindestens um 8.30 Uhr im Lokal Aschinger am Bahnhof Friedrichstraße, wo er sich längere Zeit hindurch aufhielt und durch den Kellner vom Brand des Reichstagsgebäudes informiert wurde. Daraufhin entfernte sich Torgler für kurze Zeit aus dem Lokal Aschinger, um sich von der Wahrheit dieser Meldung über den Brand des Reichstages zu überzeugen. Nachdem dies geschehen war, begab er sich wiederum in das Lokal

Aschinger zurück, wo er sich längere Zeit hindurch aufhielt. Da dieser Tatbestand durch eine Reihe von Zeugnisaussagen völlig einwandfrei erwiesen ist, ergibt sich in besonders drastischer Weise die absolute Verlogenheit der vom »Amtlichen Preußischen Pressedienst« verbreiteten nationalsozialistischen Meldung.

7. Selbstverständlich sind gleichfalls alle Meldungen über angebliche Pläne der KPD. Geiseln zu nehmen, Brunnen zu vergiften usw. ebenso idiotische Erfindungen, wie der freche Schwindel, im K.L.-Hause seien schwarze Listen über Personen gefunden, die im Falle eines kommunistischen Umsturzes verhaftet werden sollten. Alle solchen angeblichen »Funde« existieren entweder nur in der Fantasie nationalsozialistischer Polizeioorgane oder entstammen den bekannten, bereits zu wiederholten Malen gerichtsnotorisch entlarvten nationalsozialistischen Dokumentfälscher-Werkstätten.

### Unsere Anklage gegen die nationalsozialistischen Brandstifter und Provokateure

Die Widerlegung aller dieser Greuelmärchen erscheint jedoch nicht als der wichtigste Punkt. Das Zentralkomitee der KPD. legt vielmehr besonderen und größeren Wert darauf, durch seine Nachforschungen und Feststellungen die wirklichen Urheber der Brandstiftung im Reichstag festzustellen und zu brandmarken. Diese wirklichen Urheber sitzen in der Führung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Daß es sich bei dem Reichstagsbrand um ein Provokationsstück im Auftrage des Faschismus handelt, war von Anfang an für jeden Denkenden klar. Die KPD. ist jetzt in der Lage, über diese allgemeinen Feststellungen hinaus bereits mit konkreten Tatsachen und Argumenten die Schuld der nationalsozialistischen Führerschaft, ihre Rolle als Organisatoren der Reichstagsbrandstiftung als agents provocateurs festzunageln. Wir beginnen mit unseren entsprechenden Feststellungen.

1. Nach dem eigenen Bericht der Goering-Polizei und der Sachverständigen der Feuerwehr, sind an der Brandstiftung mindestens 10 Personen beteiligt. Die Mitglieder des Reichstages sind absolut in der Lage, genauen Aufschluß über diejenigen Personen zu geben, die im Reichstagsgebäude am 27. abends anwesend waren. Herr Goering, als Reichstagspräsident hätte es sehr bequeme, die Namen dieser Anwesenden, bezw. die Listen darüber, welcher Fraktion sie angehörten, zu veröffentlichen. Warum schweigt Herr Goering?

Wenn es sich nur um eine oder zwei Personen handeln würde, wäre eine Kontrolle wahrscheinlich schwer. Bei 10 Personen ist es völlig ausgeschlossen, daß sie unkontrolliert den Reichstag betreten haben. Warum schweigt also Herr Goering?

Wir sagen bereits heute: die Liste der in Frage kommenden Personen, bezw. die Liste darüber, welche Fraktion am Montag abend, den 27. Februar, Besuche empfangen hat, wird niemals oder nur gefälscht veröffentlicht werden; denn Herr Goering weiß warum er schweigt. Er schweigt, um nicht den völligen, hundertprozentigen Beweis dafür liefern zu müssen, daß die KPD. mit dem Attentat nichts zu tun hat! Er schweigt, um nicht den Schuldbeweis gegen die Nationalsozialistische Partei antreten zu müssen!

2. Wir sind bereits jetzt in der Lage, nachzuweisen, daß Herr Adolf Hitler in das Komplott, die Brandstiftung im Reichstag der KPD. unterschieben zu wollen, eingeweiht war. Den Beweis dafür liefert der »Völkische Beobachter« vom Dienstag, den 28. Februar 1933. Dort heißt es einerseits, daß erst nach zweitägiger Untersuchung festgestellt worden sei, daß der verhaftete Brandstifter »Van der Lübbe« angeblicher Kommunist sei. In der gleichen Zeitung wird jedoch berichtet, daß Hitler sofort nach Ausbruch des Brandes in Begleitung seines Propagandachefs Dr. Goebbels im Reichstag eingetroffen war und dort die Äußerung getan habe, dieser Brand sei Bolschewismus, aber »die KPD. sei schlecht beraten, als sie diesen Brand durchgeführt« hatte. Der »Völkische Beobachter« selbst also enthüllt, daß Herr Adolf Hitler offenbar schon mit zweistündigem Vorsprung »ahnte«, was die polizeilichen Vernehmungen zwei Stunden später ergeben würden. In diesem Fall hat also die Organisation der Lockspitzel-Brandstiftung, die wohl in den Händen des Herrn Dr. Josef Goebbels geruht haben dürfte, schlecht geklappt.

3. Bereits Wochen vor dem Reichstagsbrand wurde in führenden Kreisen der NSDAP. die Durchführung eines großen Provokationsattentates gegen die KPD. für den 2. oder 3. März verabredet. Ein Hitler-»Attentat« sollte durch zuverlässige SS-Leute durchgeführt werden. Damit sollten Hemmnisse gegen-

über einem Verbot der KPD. überwunden werden, die bei einem Teil der deutschen Bourgeoisie aus praktischen Erwägungen vorhanden waren. Die KPD. war infolge rechtzeitiger Feststellungen ihres Nachrichtendienstes in der Lage, dieses Komplott bereits eine Woche vor dem Reichstagsbrand zu enthüllen und durch Flugblätter in riesiger Auflage in ganz Deutschland anzuprangern. Aus diesem Grunde entschloß sich die NSDAP. anstelle des «Attentats» auf Hitler die reale Brandstiftung im Reichstag vorzunehmen. Der Reichstag wurde für diesen Zweck ausgewählt, da die nationalsozialistischen Führer einen Zusammentritt oder reguläre Arbeit des Reichstages nach den Wahlen ohnehin gewaltsam zu verhindern gedanken.

4. Um die Durchführung dieses Provokationsstücks von vornherein zu sichern, wurde, allen Widerständen zum Trotz, die Umbesetzung im Berliner Polizeipräsidium forciert durchgeführt. Man befürchtete nämlich in den Kreisen der Herren Goering und Goebbels, daß der bisherige Polizeipräsident Melcher, trotz seiner politischen Uebereinstimmung mit der Hitler-Papen-Regierung auf Grund seiner Einstellung als Beamter zur Teilnahme und Unterstützung des nationalsozialistischen Provokationsstücks nicht bereit gewesen wäre. Aus diesem Grunde wurde Melcher trotz der politisch reaktionären Einstellung von seinem Posten entfernt und durch einen nationalsozialistischen Offizier, den Herrn von Levetzov, ersetzt.

Das Zentralkomitee der KPD. wird seine Enthüllungen über das faschistische Provokationsstück fortsetzen.

*Pressestelle des Zentralkomitees der KPD.*



## Mutig vorwärts in der Antifaschistischen Aktion! Ein Aufruf des Zentralkomitees der KP. Deutschlands\*)

Unsere Partei hat sich unter den Bedingungen der Pogrom- und Terrorwahlen glänzend geschlagen.

Der Faschist Göring ließ auf Vorschlag des Horst-Wesselsturmes den Reichstag anzünden als Auftakt zum Pogrom gegen die Kommunistische Partei und das revolutionäre Proletariat. Die Regierung des Bürgerkrieges ließ den Führer unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse, den Genossen Ernst Thälmann, in den Kerker werfen und plant den Meuchelmord gegen den Führer unserer Partei. Sie ließ Tausende von Antifaschisten verhaften. Die faschistischen Banden mordeten Arbeiter und brannten Arbeiterwohnungen nieder, alles im Interesse des Profits der Millionäre, der Großkapitalisten und Krautjunker.

Als Partei, die unter illegalen Bedingungen die Massen mobilisieren und die Arbeiterkämpfe führen muß, haben wir fast fünf Millionen Stimmen um die Fahne des Kommunismus unter den Losungen des antifaschistischen Freiheitskampfes gesammelt.

Mit Polizeisäbel und Panzerwagen, durch Verbot der kommunistischen Agitation, will die Regierung des Bürgerkrieges gegen die Werktätigen den Betreibungskampf des arbeitenden Volkes blutig niederschlagen. Das ist der Regierung der Großkapitalisten, Krautjunker und faschistischen Militärs nicht gelungen und wird ihr niemals gelingen.

Unsere Partei, die Partei der Arbeiterklasse, ist Fleisch vom Fleische, Blut vom Blute des arbeitenden Volkes.

Nun erst recht werden wir unsere ganze Kraft einsetzen, damit nicht nur die fünf Millionen Wähler der KPD., sondern auch die Millionen der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter als antifaschistische Kämpfer in der Einheitsfront des arbeitenden Volkes im Betrieb, an der Stempelstelle und in den Arbeiterquartieren den Massensturm gegen die faschistische Diktatur entfalten, in Massenstreiks und Demonstrationen das arbeitende Volk sammeln und zum politischen Generalstreik gegen die faschistische Diktatur führen.

Genossen! Ihr habt kühn und unerschrocken in der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern politische Proteststreiks gegen den faschistischen Terror geführt. Der Marschschritt der Arbeiterdemonstrationen erdröhte in zahlreichen Städten. Im Massenselbstschutz kämpft ihr gegen den faschistischen Terror. Und wenn es auch dem Hitlerfaschismus gelang, die nationalistische Stimmung zu steigern und die vierzehn Jahre sozialdemokratischer Politik auszunutzen zur Rettung der kapitalistischen Herrschaft, so zeigt doch der Bürgerkrieg der Hitler-Regierung gegen das arbeitende Volk die Schwäche der Regierung.

Die Bourgeoisie ist nicht mehr imstande, mit den bisherigen Staatsmitteln die Profitinteressen der Thyssen-Vöglers, des Finanzkapitals und der Krautjunker zu sichern.

Die Hitlerregierung, die Regierung des Bürgerkrieges gegen das arbeitende Volk, kann den Werktätigen weder Brot noch Arbeit geben. Ihre ganze Regierungstätigkeit bestand in der Brandstiftung im Reichstag, in der Erschießung von Arbeitern, in der Erhöhung der Zölle im Interesse der Krautjunker und in der weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit, in der Verschlechterung der Tarifverträge, in neuen Kriegsrüstungen.

Hitler kann den Arbeitenden weder Brot noch Arbeit, noch dem werktätigen Mittelstand und Kleinbauern einen Erlaß der Steuern, Zinsen und sonstigen schweren Lasten bringen.

Hitler kann nur die Interessen des Großkapitals schützen und den Bürgerkrieg gegen die Arbeiter führen. Deshalb wird und muß es gelingen, jene Werktätigen, die vom nationalistischen Taumel des Hitlerfaschismus irreführt wurden, für den Kampf um die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes gegen Hitlers großkapitalistische Politik zu gewinnen. Durch eine zähe unermüdliche Vertretung der täglichen Interessen dieser Massen und durch eine verstärkte Agitation unter diesen Schichten, trotz faschistischen Terrors, werden wir dieses Ziel erreichen.

Der 5. März ist trotz der pompösen Regierungserklärung kein Sieg des Faschismus, sondern zeigt, daß die Massen des arbeitenden Volkes gewillt sind, kühn und entschlossen den Kampf gegen Hitlers Vierjahresplan des Hungers, des faschistischen Terrors und der Ausbeutung aufzunehmen. Jetzt gilt es, diesen Kampfwillen zur kühnen, revolutionären Tat zu machen. Durch den Massenwiderstand gegen jede Maßnahme der faschistischen Regierung gilt es, die Festigung der faschi-

stischen Diktatur zu verhindern und die Massenaktionen zum politischen Generalstreik, zum Sturz der faschistischen Regierung zu steigern.

Die Konzentration der faschistischen Kräfte ist eine ernste Mahnung für alle Arbeiter, die Einheitskampffront zu schließen. Die Streikbewegungen und Demonstrationen in Lübeck, Braunschweig, Dresden, Erfurt, Staßfurt, Duisburg, Elmsorn, Harburg zeigen den Weg der kämpfenden Einheitsfront, zeigen, wie die kommunistischen, sozialdemokratischen, Reichsbannerarbeiter, Gewerkschaftsmitglieder Schulter an Schulter gemeinsam kämpfen. So muß es überall werden.

Getragen von der festen Ueberzeugung, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder ehrlich die Einheitskampffront gegen den Faschismus wollen, haben wir am 1. März nach der faschistischen Brandstiftung im Reichstag gleichzeitig mit dem Appell an die Arbeitermassen dem Parteivorstand der Sozialdemokratie und dem Bundesvorstand des ADGB, ein Einheitsfrontangebot zum Generalstreik und Massendemonstrationen überreicht. Diese Einheitsfrontaktion wurde von beiden Vorständen abgelehnt.

Genossen! Die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter ist das Gebot der Stunde, ist die Lebensfrage der deutschen Arbeiterklasse. Deshalb organisiert überall Betriebs- und Erwerbslosenzusammenkünfte zur gemeinsamen Beratung mit den Gewerkschaftsmitgliedern und sozialdemokratischen Arbeitern über die gemeinsamen Kampfmaßnahmen für die Freilassung des Genossen Thälmann und aller verhafteten Arbeiter, für die Aufhebung der Notverordnungen betr. Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsverbote, Schutzhaft, Hilfs-polizei usw.

In einer Welle von politischen und wirtschaftlichen Streiks gegen faschistische Unterdrückung und Ausbeutung, in Massenselbstschutzaktionen gegen den faschistischen Terror entfaltet den Massensturm gegen die faschistische Diktatur. In einer Welle von Teilkämpfen führt die Arbeitermassen zum politischen Generalstreik. Ueberzeugt die Gewerkschaftskollegen, sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter von der Notwendigkeit, daß in diesen Organisationen konkrete Kampfbeschlüsse gefaßt werden für Streiks und Demonstrationen für die genannten Forderungen.

Wir appellieren gleichzeitig an alle Parteimitglieder, ihre ganzen Kräfte einzusetzen, damit die antifaschistische Kampfkraft der Gewerkschaften eingesetzt wird, um die Durchführung der Hugenbergläne zu verhindern. Durch verstärkte kameradschaftliche Aufklärungsarbeit in den Gewerkschaften, durch Verstärkung dieser Arbeit, durch den Eintritt der Kommunisten in die Gewerkschaften, muß es gelingen, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder und die Gewerkschaftsorganisationen für die antifaschistische Einheitsfront zu gewinnen.

Genossen, Genossinnen! Ihr habt euch während der Terrorwahlen glänzend geschlagen. Jetzt standhaft und kühn an der Spitze der Arbeitermassen vorwärts in kämpfender Einheitsfront zum Kampfe gegen die faschistische Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes.

Jeder Kommunist ein revolutionärer Organisator und Agitator. Jeder Kommunist ein Organisator und Führer der kämpfenden Einheitsfront.

Jeder Kommunist organisiert und agitiert für die antifaschistische Einheitsfront überall, wo Massen sind.

Tiefer in die Massen. Fester mit den Massen verbunden. Kühner vorwärts in der Einheitsfrontaktion gegen die faschistische Diktatur.

Berlin, März 1933.

Zentralkomitee der KPD.

\*) Wir entnehmen diesen Aufruf der Saarbrückener «Arbeiter-Zeitung» vom 18. März. Die Red.

## Einheitsfrontangebot der KP. Deutschlands

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Gegenüber dem unerhörten Terror der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung und den SA.- und SS.-Banden der Hitler-Partei gegen die werktätigen Massen, insbesondere die Kommunisten und auch die Sozialdemokraten, muß die kämpfende Einheitsfront aller Werktätigen geschaffen und sofort mit Kampfaktionen aus den Betrieben und von den Stempelstellen aus begonnen werden. Durch eine Welle von aktiven Kämpfen der verschiedensten Art und ihrer Zusammenfassung und Steigerung zu gewaltigen Massenstreiks muß die Arbeiterschaft den Kampf gegen diesen Terror aufnehmen.

Wir hatten uns bereits Ende Februar d. J., als nach dem Reichstagsbrand von der Regierung eine Pogromhetze gegen Kommunisten und Sozialdemokraten entfaltet wurde, mit einem schriftlichen Angebot an Sie gewandt, gemeinsam mit uns die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Terror und die Unterdrückung jeder Wahlfreiheit aufzurufen. Sie haben dieses Angebot ablehnend beantwortet. Nachdem nunmehr auch der faschistische Umsturz in allen Ländern durchgeführt wird und bereits Maßnahmen zur völligen Unterdrückung der Arbeiterbewegung eingeleitet werden, treten wir erneut an Sie mit dem Angebot des gemeinsamen Kampfes heran. Der Führer unserer Partei, der Genosse Ernst Thälmann, und auch Führer der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere aber Tausende von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, sind in den Kerkern dem faschistischen Mordterror ausgeliefert. Alle kommunistischen Zeitungen und auch ein großer Teil der Zeitungen der Sozialdemokratie sind verboten. Gewerkschaftshäuser und Arbeiterwohnungen wurden von den Faschisten gestürmt und demoliert. Erschießungen von Arbeitern (auf der Flucht) haben bereits in größerem Umfange begonnen. Mit diesem ganzen Terror, der von der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung und von den SA.- und SS.-Banden der Hitler-Partei verübt wird, sollen die werktätigen Massen geknebelt werden, um das großkapitalistische und großagrarische Wirtschaftsprogramm gegen die werktätigen Massen einzusetzen.

Wir machen Ihnen deshalb den Vorschlag, in einem gemeinsamen Aufruf die werktätigen Massen, insbesondere die Kommunisten und Sozialdemokraten aufzufordern:

Kommunisten und Sozialdemokraten beginnen sofort mit der Organisierung und Durchführung der Abwehr gegen die Angriffe der faschistischen Reaktion auf die Arbeiterorganisationen, für die sofortige Freilassung aller verhafteten Arbeiter und Arbeiterführer, für die Aufhebung der Schutzhaftverfügung gegen die kommunistischen Abgeordneten und Funktionäre der Arbeiterorganisationen, für die Aufhebung der Notverordnungen über Zeitungs- und Demonstrationsverbote und die Einführung der Hilfspolizei.

Kommunisten und Sozialdemokraten organisieren die gemeinsame Abwehr gegen die bewaffneten Überfälle der faschistischen Banden und SA.-Hilfspolizei durch Massenproteste, Massendemonstrationen, politische Massenstreiks und Massenselbstschutz.

Kommunisten und Sozialdemokraten organisieren Aktionsausschüsse in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln und organisieren Selbstschutzgruppen zum Schutz des Arbeiterlebens und Arbeitereigentums.

Kommunisten und Sozialdemokraten beginnen unverzüglich durch Protestaktionen, Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks mit dem Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen die Anschläge auf die Sozialversicherung, gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung, gegen die Entlassungen aus den Betrieben, für die Verteidigung der Arbeiterfunktionäre in den Betrieben und für die Entfernung der Polizei und SA.-Hilfspolizei vor den Betrieben.

Bei der Annahme und praktischen Durchführung dieser zwei wichtigsten Kampfaufgaben wird das Zentralkomitee der KPD., im Einvernehmen mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale, sich für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und den Faschismus jedes Angriffs auf die Sozialdemokratie enthalten.

Gegen alle, die die Bedingungen des Abkommens bei der Durchführung der Einheitsfront verletzen, muß der rücksichtslose Kampf geführt werden.

Angesichts des Ernstes der Lage, die unmittelbare Kampfaktionen der Arbeiterschaft gegen den faschistischen Terror erfordert, halten wir es für notwendig, daß alle kommunistischen, sozialdemokratischen, Reichsbannerarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder ohne die Resultate zentraler Verhandlungen abzuwarten, die Organisierung gemeinsamer Kampfaktionen und die Wahl gemeinsamer Kampfleitungen unverzüglich in Angriff nehmen.

Berlin, den 14. März 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

## Gegen die Versklavung Südtirols

*Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Italiens, der Tschechoslowakei und Oesterreichs*

An die Arbeiter und Werktätigen Deutschlands, Oesterreichs, Italiens und der Tschechoslowakei!

An die Arbeiter der ganzen Welt!

Seit über 14 Jahren stöhnt die deutsche Bevölkerung Südtirols unter der imperialistischen Fremdherrschaft Italiens. Die deutschen Südtiroler, die seit Jahrzehnten mit glühendem Mut und unter tausenden Opfern für ihre Freiheit gekämpft haben, werden von dem italienischen Faschismus auf das blutigste geknechtet und unterdrückt. Die zehn Jahre faschistischer Herrschaft in Italien sind Jahre der furchtbarsten Blutopfer der Südtiroler Bevölkerung. An den Händen der italienischen Faschisten klebt das Blut der erschlagenen, gemuehtelten Söhne Südtirols.

Zahllos sind die Strafexpeditionen der faschistischen Regierung gegen die deutschsprechende Bevölkerung des Südtiroler Landes, unvergessen und ungerächt die blutigen Uebertfälle auf unbewaffnete Werktätige, auf Frauen und Kinder in den Straßen von Bozen und in allen Orten des Landes. Noch heute rühmt sich der italienische Faschismus im faschistischen Museum in Rom der grauenhaften Schandthaten, die gegen die deutsche Bevölkerung Südtirols begangen wurden, noch heute stellt er zynisch die Dolche und Revolver zur Schau, denen hunderte Männer und Frauen Südtirols zum Opfer gefallen sind!

Unermeßlich sind die Leiden, die die südtiroler Bevölkerung unter dem Joch des italienischen Faschismus zu ertragen hat.

Der Faschismus hat die deutsche Sprache aus Tirols Schulen und aus dem amtlichen Verkehr verbannt und zwingt die Bevölkerung, die ihr fremde, italienische Sprache zu sprechen. Erst vor wenigen Tagen wurden drei Lehrer von Südtirol verbannt, nur weil sie mit den deutschen Kindern sich in deutscher Sprache unterhalten haben. Jeder Südtiroler, der für die Befreiung Südtirols auftritt, wird eingekerkert. Jede freie Meinungsäußerung ist untersagt, jede deutsche Vereinstätigkeit verboten und die deutsche Presse geknebelt. Selbst im Hause verfolgt der italienische Faschismus die deutsche Muttersprache und hindert die Kinder gewaltsam daran, sich in deutscher Sprache in ihren Familien zu unterhalten. Alle deutsche Kultur wird gewaltsam vernichtet. Und selbst Familiennamen werden zwangsweise ins italienische umgewandelt.

Die deutschen Werktätigen in Südtirol müssen sehen, wie in jener Stelle, wo der berühmteste Freiheitskämpfer Südtirols, Peter Mayr, von den fremden Unterdrückern vor 100 Jahren standrechtlich erschossen wurde, der italienische Faschismus ein Triumphdenkmal errichtet, das die Südtiroler Bauern noch selbst mit zwei Millionen Lire bezahlen müssen. Dieses Symbol der blutigsten und grausamsten Unterdrückung ist aufgebaut auf dem Blute der besten Söhne der Südtiroler Bevölkerung.

In der nationalen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausplünderung der Südtiroler Bevölkerung, in der Versklavung Südtirols findet der italienische Faschismus einer seiner Stützen zur verstärkten Unterdrückung und Ausbeutung der italienischen Arbeiter und Bauern, des italienischen werktätigen Volkes selbst, sowie eine strategische Basis für weitere imperialistische Eroberungen in Mitteleuropa.

Wir erheben in brüderlicher Solidarität mit der südtiroler Bevölkerung unsere Stimme zur Anklage gegen die Blutherrschaft des italienischen Faschismus. Wir erheben unsere Anklage gegen die herrschende Klasse in Deutschland, Oesterreich und Ungarn, die diese Blutherrschaft unterstützen, an erster Stelle die deutschen Hitler-Faschisten, die in schamlos verräterischer Weise sich mit den faschistischen Würgern der deutschen Bevölkerung von Südtirol verbunden haben.

Noch vor Uebernahme der Regierungsmacht in Deutschland haben Hitler und seine Partei hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen Geheimvertrag mit Mussolini abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den italienischen Eroberungen ausliefern. Zur 10-Jahrfeier des italienischen Faschismus hat Hitler eine 30 Mann starke Nazi-Delegation nach Bozen entsandt, die auf den Stufen des Siegesdenkmals den blutigen Unterdrücker Südtirols begrüßte.

Jetzt, als Reichskanzler, hat Hitler das Bündnisverhältnis mit den Unterdrückern und Henkern der Südtiroler Bevölkerung erweitert und befestigt.

Um die Eroberungsgelüste des italienischen Faschismus zu befriedigen und weil der deutsche Faschismus sich den italienischen Faschismus für seine Blutherrschaft sichern will, sollen deutsche Werktätige ihr Blut, ihr Leben auf den Schlachtfeldern Europas hingeben.

Heute steht Europa am Vorabend eines neuen imperialistischen Krieges.

Um das schmachvolle Versailler System zu sichern, nehmen die Kriegsrüstungen in Frankreich und seinen Vasallenstaaten gigantische Ausmaße an. Unter Führung des italienischen Imperialismus, dem es nach der Beherrschung des Adriatischen Meeres, nach der Eroberung Dalmatiens und nach der Beherrschung Südosteuropas gelüftet, hat sich bereits ein Kriegsblock gebildet, dem sich der deutsche und ungarische Faschismus angeschlossen haben und dem man auch Oesterreich anzuschließen versucht. Riesige Waffenschreibungen erfolgen durch österreichisches Gebiet. Jeder Tag bringt die Nachricht von neuen Kriegsvorbereitungen.

Der französische Imperialismus antwortet mit der Mobilmachung seiner Vasallenstaaten. Mit einer Konzentrierung der Kräfte der Kleinen Entente, mit der verstärkten Knebelung des österreichischen Volkes wird auf beiden Seiten eine zügellose Kriegshetze entfaltet, die das Nahen des bevorstehenden Krieges in Europa signalisiert, während schon im Osten der imperialistische Krieg Japans gegen China im Gange ist und eine Vorstufe für die militärische Intervention gegen die Sowjetunion darstellt.

Eine Befestigung der faschistischen Diktatur in Deutschland würde nicht nur Versklavung des deutschen Proletariats bedeuten, sondern auch ungeheures Wachstum der Kriegsgefahr in Europa und die Gefahr des Uebertalls auf das sozialistische Vaterland.

In dieser Stunde rufen wir die Werktätigen Deutschlands, Oesterreichs, Italiens und der Tschechoslowakei, die Völker ganz Europas auf zum entschlossenen Kampf gegen die faschistischen Unterdrücker und Kriegstreiber, zum Kampf gegen das Versailler System und seine imperialistischen Gendarmen.

Die Werktätigen Deutschlands, Italiens und Ungarns, sollen nicht ihr Blut vergießen, damit die italienischen Kapitalisten Dalmatien und Kroatien erobern, die deutschen Kapitalisten wieder Kolonien und andere Völker ausbeuten. Die deutschen, italienischen und ungarischen Werktätigen wollen für ihre Befreiung vom Joch der faschistischen Unterdrückung, der sozialen und nationalen Knechtschaft kämpfen.

Die Werktätigen Frankreichs, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens, wollen nicht ihr Blut vergießen für die Aufrechterhaltung des Versailler Systems, sie kämpfen an der Seite ihrer deutschen, österreichischen und ungarischen Brüder, für die Vernichtung der imperialistischen Raubverträge von 1919. Sie kämpfen gegen die grausame faschistische Blutherrschaft, die die Kapitalisten der Balkanländer über die Werktätigen eröffnet haben. Im Kampf gegen die kapitalistischen Kriegstreiber in ihrem eigenen Lande verbrüdernd sich die Werktätigen Frankreichs, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens mit ihren Brüdern jenseits der Grenzen.

Das heldenhafte italienische Proletariat steht an der Seite der deutschen Bevölkerung in Südtirol gegen die faschistische Diktatur in Italien. Es sieht in dieser Bevölkerung einen Verbündeten für einen gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind — den italienischen Faschismus.

Südtirol ist das warnende Beispiel dafür, daß der Hitlerfaschismus nicht für die nationale Freiheit des deutschen Volkes, sondern für seine Knechtung, für seine grausame Unterdrückung kämpft und die Versklavung der Südtiroler Bevölkerung befestigt. Wer die Versailler Ketten sprengen will, den rufen wir auf, mit allen seinen Kräften für die Niederwerfung des deutschen Hitlerfaschismus zu kämpfen und den Kampf des deutschen Proletariats allseitig zu unterstützen.

Wir rufen die Arbeiter und alle Werktätigen aller Länder auf zum gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrücker und Kriegstreiber beider imperialistischer Gruppen, für die soziale und nationale Befreiung der Völker Europas, für den Sieg unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, für den Sieg des Sozialismus.

## Die Stellung der KPD. zu den faschistischen Judenverfolgungen in Deutschland

Die Kommunisten kämpfen für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes, sei es durch jüdische, *arische* oder sonstige Kapitalisten. Der Sieg des Kommunismus — das lehrt die Sowjetunion — befreit das arbeitende Volk von jeglicher kapitalistischen Ausbeutung und Versklavung und überwindet endgültig auch das Elend, in das der Kapitalismus das arbeitende Volk gestürzt hat. Der Kommunismus schafft Arbeit für alle Werktätigen, gleichgültig welcher Rasse oder Konfession sie angehören.

Der Faschismus aber, der den Kapitalismus aufrechterhält und verteidigt, kann den Werktätigen weder Arbeit noch Brot geben. Darum versucht er die werktätigen Massen, die einen Ausweg aus dem Elend des bankrotten Kapitalismus suchen, vom Klassenkampf gegen den Kapitalismus abzulenken und auf einen Rassenkampf gegen die größtenteils kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten der Jugend hinzulenken. Für dieses Betrugsmanöver mißbraucht der Faschismus die Verzweiflungsstimmungen des vom Kapitalismus ruinierten Mittelstandes und der proletarischen Intellektuellen.

Die wahre Ursache der Verelendung des werktätigen Mittelstandes ist der Kapitalismus, der das arbeitende Volk durch sein Profitsystem, durch Mehrwert, Zinsen und Renten, monopolistische Preise, Steuern und durch Abgaben rücksichtslos ausplündert. Die kartellierte bzw. vertrustete Industrie, die Handels- und Warenhauskonzerne, das Agrarkapital, die Banken (mit einem Wort: das Finanzkapital) sind nicht nur Ausbeuter und Fronherren der Arbeiterklasse, sondern ruinieren und versklaven auch den werktätigen Mittelstand und die intellektuellen Berufe. Deshalb fordern die Kommunisten die entschuldigungslose Enteignung der industriellen, kommerziellen, agrarischen und Bankkapitalisten.

Hitler aber zahlt weiter Millionen Subventionen an das Agrarkapital, an die industriellen Truste und Konzerne, an die Banken. Hitler zahlt weiter Milliarden Tribute an die ausländischen Kapitalisten. Weder verstaatlicht er die Truste, wie er versprochen hat, noch schließt er die Warenhäuser, noch enteignet er die Bank- und Börsenfürsten, noch bricht er die *«Zinsknochenschaft»*, noch verhindert er das *«raffende Kapital»*, noch annulliert er die Tributzahlungen. Hitler lehnt die Millionärssteuer ab, die die Kommunisten fordern, aber er troibt rücksichtslos die Steuern von den arbeitenden Massen ein. Er hebt nicht die Notverordnungen Papens und Brünnings auf, die Lohn, Gehalt, Unterstützungen und Renten in grausamster Weise kürzen, sondern er verteilt immer neue Liebesgaben an die Reichen. Gegen die Kommunisten und alle revolutionären Arbeiter richtet der Faschismus den barbarischen Terror, aber keinem Trustkönig, Bankmagnaten, Junker, keinem Kapitalisten wird ein Haar gekrümmt oder eine Mark enteignet.

Die Krise des kapitalistischen Systems hat die Verelendung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch des werktätigen Mittelstandes und der freien Berufe ungeheuer verschärft. Der Rückgang des Arbeitseinkommens durch Lohn- und Gehaltsabbau, Kürzung der Unterstützungen, neue Steuern und Zölle von 45 Milliarden 1928 auf die Hälfte bedeutet für Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden die Vernichtung ihres Geschäftes und ihrer Existenz. Weil die Massen nicht kaufen können, werden die Mittelständler ruiniert. Die Verelendung der Massen, die nur noch im äußersten Notfall den Arzt in Anspruch nehmen können, zusammen mit dem Abbau aller sozialen Einrichtungen (Krankenkassen usw.) ist die Ursache, daß Tausende von Aerzten ohne Arbeit sind und proletarisiert werden. Dieselbe Krise des Kapitalismus ist die Ursache der Verelendung aller intellektuellen Berufe (Ingenieure, Architekten, Juristen, Schriftsteller usw.). Diese Verelendung der Mittelschichten und der freien Berufe kann nur beseitigt werden, indem der Kapi-

talismus und damit auch die kapitalistische Krise aus der Welt geschafft wird. Das ist das Ziel der Kommunisten. Der Faschismus aber will das kapitalistische System aufrechterhalten; er kann daher auch die Krise des Kapitalismus und die Verelendung der Mittelschichten und freien Berufe nicht beseitigen!

Der Faschismus hetzt die einzelnen Schichten der Werktätigen gegeneinander, damit das Großkapital immer sicherer seine Profite einsacken kann.

Die Judenverfolgungen, die der Faschismus jetzt organisiert, werden weder an dem Elend des Mittelstandes noch an der Proletarisierung der freien Berufe etwas ändern. Was nützt es den kleinen Kaufleuten und Handwerkern, wenn sie sich gegen die jüdischen Kaufleute und Handwerker aufputschen lassen, deren Anteil am Gesamtumsatz des Handels nicht mehr als 5 Prozent beträgt, während doch die Konsumkraft der Massen um 50 Prozent vermindert wurde. Was nützt es den Aerzten, Rechtsanwälten, Ingenieuren, Schriftstellern, wenn sie sich zu einer Pogrombetze gegen die Juden verleiten lassen, wo doch die wirkliche Ursache ihres Elends die kapitalistische Wirtschafts-anarchie ist.

Wir Kommunisten sagen den mittelständischen Hitleranhängern voraus, wie sie auch dabei betrogen werden:

In wenigen Tagen, wenn der faschistische Judenboykott beendet sein wird, werdet ihr feststellen, daß alle Warenhäuser weiter bestehen, daß die jüdischen Bankkapitalisten und Börsenspekulanten weiter ihr Wesen treiben, daß keinem jüdischen Industriekapitalisten ein Haar gekrümmt ist — daß das einzige Resultat der Judenverfolgung darin besteht, daß einige tausend jüdischer Angestellter, Aerzte, Rechtsanwältinnen und sonstige Intellektuelle und einige tausend kleiner jüdischer Geschäftsinhaber verprügelt und vielleicht wirtschaftlich ruiniert sind. Nichts geschieht gegen den Kapitalismus, nichts gegen die wirklichen Ursachen des Elends; nicht den geringsten Nutzen haben die Mittelständler und proletarischen Intellektuellen von diesen Judenverfolgungen; sondern nur höchsten Schaden.

Die Kommunisten rufen deshalb die Massen des arbeitenden Volkes, des werktätigen Mittelstandes und der freien Berufe auf zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind: die kapitalistischen Ausbeuter und Blutsauger!

Kämpft mit der Arbeiterschaft für Brot, Arbeit, Sozialismus! Kämpft für die von den Kleinhandelsverbänden aufgestellten wirtschaftlichen Forderungen:

Für den Vollstreckungsschutz für alle Gewerbetreibenden mit einem Umsatz bis 20 000 Mark!

Für Aussetzung der Zinszahlungen auf zwei Jahre!

Für Befreiung von der Gewerbesteuer!

Für Senkung der hohen Ladenmieten und Standgebühren!

Für Senkung der Gas- und Elektrizitätspreise!

Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Werktätigen: durchkreuzt das Betrugsmanöver der faschistischen Gewalthaber, laßt euch nicht vom Klassenkampf gegen den Kapitalismus, ob jüdisch oder *arisch*, ablenken durch einen Rassenkampf gegen die Juden. Stellt euch hinter die Kommunistische Partei und ihren Kampf:

Für Enteignung aller Kapitalisten, insbesondere der Truste, Konzerne, Warenhäuser, Großbanken und des Großgrundbesitzes!

Für den Sturz des Kapitalismus und seiner faschistischen Beschützer!

Für die Herrschaft des arbeitenden Volkes, das heißt, für die Regierung der Arbeiter und Bauern, für den Sozialismus! Kommunistische Partei Deutschlands.

Das ZK. der KPD. an die ausländischen  
Pressevertreter in Berlin

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 6. April.

Die Pressestelle beim ZK. der KPD. hat an die Vertreter der ausländischen Presse in Berlin folgende Mitteilung versandt:

«Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie Ihnen Gelegenheit geben will, sich von der «Unwahrheit» der «Greuel»-Nachrichten zu überzeugen. Indem wir hoffen, daß Sie von dieser «Einladung» Gebrauch machen, erlauben wir uns, Ihnen folgende Hinweise zu geben:

1. Wenn Sie wieder mit den prominenten Inhaftierten «sprechen», verlangen Sie, daß Herr Diels nicht redet, aber die Inhaftierten selbst reden dürfen!

2. Besuchen Sie nicht nur die Inhaftierten, die Ihnen die Regierung ausgesucht hat, sondern besuchen Sie auch die Gefangenen in den Massengefängnissen (Spandau), in den Konzentrationslagern und vor allem diejenigen, die noch immer in den SA.-Höllen (General von Papestraße usw.) festgehalten werden.

3. Gehen Sie in die Provinz, wo meist der nationalsozialistische Terror noch viel grausamer wütet als in Berlin, etwa nach dem sächsischen Erzgebirge, nach Braunschweig, Schlesien, Ostpreußen. Erst dann werden Sie einen wirklichen Begriff bekommen, mit welcher Bestialität der Faschismus in Deutschland haust.»

## Entfaltet das Freiheitsbanner des Sozialismus!

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Siegesfahnen, Fackelzüge, Prunkparaden, so künden die Hitler-Hugenberg-Papen den Anbruch des dritten Reiches. 17 Millionen Naziwähler wählten den Zeitpunkt ihrer Erlösung aus jahrelanger Not und Knechtschaft gekommen.

Sie feiern die «Befreiung der Nation», die durch die «nationale Revolution» errungen sei. Aber schaut euch um und ihr seht, daß unter Hitlers Regierungsherrschaft die Nation der Satten über die Nation der Hungernden triumphiert.

Schau dich um, NSBO-Mann, du erwartest, daß Hitler dem Lohnraub ein Ende macht und dem frechen Ausbeutertum Schranken zieht. Was geschieht?

Kein Pfennig Lohnabbau wird rückgängig gemacht, die Antriebsperle wird kräftiger geschwungen als je zuvor, die Arbeiterschinderei bleibt, proletarische Betriebsräte werden in Massen gemäßregelt und verhaftet, weil sie kühn und unerschrocken die Interessen ihrer Belegschaft vertreten. Zerschlagung der Tarifverträge, «Leistungslohn» sollen zum besten des Unternehmerprofits die Solidarität der Arbeiter zerstören, die Schufterei ins Maßlose steigern und den Lohnstandard für die übergroße Mehrheit aller Arbeiter zugunsten einer Handvoll Speichelleckers und Unternehmernknechte weiter herabdrücken. Sie schwätzen über «Volksgemeinschaft». Wie sieht sie denn aus? Der Unternehmer unumschränkter Herr im Betrieb, der Arbeiter rechtloser Lohnsklave. Ihnen die Riesenprofite, die Villen, die Autos, die Bankkonten, euch der Hungerlohn, die Unterernährung und grenzenlose Ausbeuterfron.

Schau dich um, serwerbsloser Naziwähler, du glaubst, Hitler würde den Unterstützungsabbau beseitigen und dir Brot und Arbeit geben?

Von all den Hungerverordnungen Papens und Brünnings hat Hitler nicht eine einzige aufgehoben. Statt Erhöhung der Unterstützungsgrößen, neuer Abbau unter dem Deckmantel der «Reorganisation» der Arbeitslosenversicherung. Arbeit? Jawohl, für die Nazibonzen, die früher nicht laut genug über die Parteibuchbeamtenwirtschaft zeternten konnten und sich jetzt selbst in die warmen Sessel setzen. Neue Polizei- und Regierungspräsidenten, neue Bürgermeister und Stadträte ohne Zahl, aber für dich bleibt die unbezahlte Zwangsarbeit im Arbeitsdienst bei Salzkartoffeln und Hering.

Schau dich um, Kleingewerbetreibender und Handwerker, du erwartest Befreiung von den drückenden Steuerlasten, Schließung der Warenhäuser, kaufkräftige Kundschaft. Das Handwerk soll wieder goldenen Boden haben. Aber Hitlers Sorge gilt nicht dir, sondern den Autobesitzern.

Keine Herabsetzung der unerträglichen Gewerbesteuern und Abgaben, aber Streichung und Abbau der Steuern für Luxusautomobile. Den großen Warenhäusern hat Hitler ausdrücklich Schutz und Schirm garantiert. Den reichen Juden wird kein Haar gekrümmt, aber Mißhandlungen und Forderungen werklätiger Antifaschisten. Immer geringer wird unter dem Hakenkreuz die Zahl derer, die deine Ware kaufen und dir durch Bestellungen Arbeit geben können, da maßloser Zollwucher die Kaufkraft der Massen weiter herabsetzt.

Schau dich um, werklätiger Bauer! Du erwartest Streichung deiner Schulden, Herabsetzung der Pachtzinsen, billige Futtermittel, erhöhten Absatz für deine Produktion. Aber nicht dir, sondern ausschließlich dem reichen Junker kommt die Agrarpolitik der Hitler-Regierung zugute. Der steckt die Riesenprofite aus den Wucherzöllen ein. Der schluckt die Osthilfe-Millionen. Wer profitiert davon, wenn jetzt das Pfund Margarine um 25 Pfennig verteuert wird? Nicht du, nicht der Arbeiter, sondern die Herren der Latifundien und Großgüter.

Deine drückenden Pachtzinsen und Abgaben bleiben. Die Futtermittelpreise steigen. Die heranrollende Teuerungswelle schwemmt auch die letzten Reste deiner kärglichen Absatzmöglichkeiten hinweg.

Unter dem Kommando der Börsenkönige und Trustgewaltigen hat der Reichstag ein Ermächtigungsgesetz beschlossen. Nicht nur Nazis und Deutschnationale, sondern auch das Zentrum, die Schwerkapitalisten von der Deutschen Volkspartei und sogar die Kuponabschneider von der Staatspartei, haben der Hitler-Regierung alle Vollmachten gegeben. Die kommunistischen Abgeordneten, die einzigen Fürsprecher der Werkltigen, aus allen Parlamenten gewaltsam entfernt, die SPD, ein Jammerbild der schmählichsten Kapitulation. Ließ Hitler sich die Ermächtigung zur Erfüllung seiner nationalen und sozialer Versprechungen geben? Forderte er Vollmacht zur Zerreißung der Tributverträge, zur Enteignung der Börsenkönige, zur Beseitigung der Hungerverordnungen?

Nichts von alledem! Kein Börsenfürst enteignet, keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt, kein Schieber ins Zuchtbaus gesteckt, kein Tributpakt zerrissen, aber balkanischer Terror gelungen eure Klassenkampflforderungen auf, für Brot und Arbeit, gegen das Versailler Schandsystem und die kapitalistischen Ausbeuter im eigenen Land!

gen die einzige Freiheitspartei. Sondergerichte und Galgen für den aufrechten Antifaschisten. Zerschlagung der Gewerkschaften als Kampforganisationen. Verichtung der Tarifverträge und der gesamten Sozialfürsorge. Zwangsarbeit für die Erwerbslosen, Riesensubventionen für die Kapitalisten und Junker wahnwitzige Kriegsrüstungen. Dafür ließ Hitler sich die Vollmacht geben.

Und das nennen sie die Befreiung der Nation? Es ist nichts anderes als der Versuch, den sterbenden Kapitalismus vor dem Untergang zu retten, der Versuch, den einzigen Ausweg aus der Krise des kapitalistischen Zusammenbruchs mit Blut und Eisen zu versperren.

Unter dem Hakenkreuz bleiben die Fabriken, die Bergwerke und der Grund und Boden in den Händen der Ausbeuter. Die proletarische Revolution wird die Herrschaft dieser Handvoll Schmarotzer zerbrechen, die Kapitalisten enteignen, ihren Besitz zum Volkseigentum erklären, um die anarchistische Profitwirtschaft der Bourgeoisie in die sozialistische Planwirtschaft umzuwandeln.

Unter dem Hakenkreuz spreizen sich die Trustgewaltigen Großagrarier und Generale als Herren. Sie regieren den Staatsapparat als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse. Sie besetzen seine Pfründe mit ihren faschistischen Fronvögeln und Gendarmen. Die proletarische Revolution wird ihnen diese Macht entreißen, die Nazi-Bonzen und Bourgeoisakaien aus ihren Amtsesseln verjagen, den kapitalistischen Staatsapparat zerschlagen und alle Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern, in die Hände der Räte der selbstgewählten Organe der proletarischen Diktatur legen.

Unter dem Hakenkreuz seufzt das Volk unter den Sklavenketten des Versailler Tributsystems. Hitler verspricht den ausländischen Kapitalisten pünktliche Zahlung der Lasten. Die proletarische Revolution wird diese Versprechungen annullieren, die Tributpakete zerreißen und das Sklavenjoch der deutschen und der ausländischen Finanzkönige zerbrechen.

Unter dem Hakenkreuz betrügt der Junker den werklätiger Bauern um die Früchte seiner Arbeit. Die proletarische Revolution wird das Junkertum enteignen und das Land den landarmen Bauern geben.

Es gibt keine Volksgemeinschaft, kein einiges nationales Deutschland, so lange eine Handvoll Ausbeuter, Junker, die Fabriken, Grund und Boden besitzen und die Millionen Ausbeuteten für deren Profite schullen müssen.

Arbeiter der NSBO., SA.-Proleten! Darum verteidigt mit uns die Unantastbarkeit der Gewerkschaftsorganisationen, den Tarifvertrag, die Streik- und Koalitionsfreiheit, die gewählten Interessenvertreter der Belegschaft!

RGÖ-Mitglieder, ob verboten oder nicht, stärkt und verteidigt die RGÖ! In Massen hinein in die freien und christlichen Gewerkschaften zur Entfaltung der gewerkschaftlichen Massenkraft gegen Faschismus und Sozialreaktion!

Arbeiter Deutschlands! Gewerkschafter!

Nur noch wenige Wochen sind es bis zum Roten Kampfes mai 1933. Auf Geheiß der Kapitalisten werden die faschistische Führer und ihre Betriebsbeauftragten versuchen, den sozialistischen Freiheitswillen des deutschen Proletariats durch blutigen Terror gegen den roten Kampfesmai zu unterdrücken, die sozialistischen Traditionen des Proletariats durch grenzenlose Demagogie, durch «Arbeitsruhe» und Festveranstaltungen für einen «deutschen Mai» zur Verherrlichung der faschistisch-kapitalistischen Ausbeuterschaft auszunutzen. Durchkreuzt die Schandung eures Kampftages! Bildet Einheitsausschüsse zur Vorbereitung des Kampfesmai.

Beschließt die Arbeitsruhe als Protest gegen faschistischer Terror, Sozialreaktion, und an Stelle der faschistischen Volksgemeinschaft mit den Ausbeutern stellt in den Betriebsversamm-

Arbeiter Deutschlands! Gewerkschafter!

Entfaltet das rote Freiheitsbanner des Sozialismus, unter dem allein die deutsche Arbeiterschaft die Befreiung von sozialer Knechtung und politischer Unterdrückung erkämpft; kann!

Pflanz auf das Banner des proletarischen Massenwiderstandes zur Verteidigung eurer Gewerkschaften, zur Verteidigung eurer organisierten Millionenkraft!

Es lebe die antifaschistische Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung der Organisations-, Koalitions- und Streikfreiheit!

Es lebe der Sozialismus!  
Es lebe ein Deutschland ohne Junker und Kapitalisten, ein Deutschland der befreiten Arbeit, die deutsche Arbeiter- und Bauern-Republik, die Diktatur des Proletariats!

Berlin, den 30. März 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

## Entreißt dem Henker die bulgarischen Revolutionäre Dimitrow und Genossen!

Erklärung des ZK. der KPD.

Laut Mitteilungen des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht sind am 9. März «in einer Sache wegen Hochverrats die bulgarischen Staatsangehörigen Georgi Dimitrow, Wassil Konstantinow Tanew und Biagoi Siminow Popow festgenommen worden». In dieser Mitteilung heißt es weiter: «Sie haben sich seit längerer Zeit in Deutschland, besonders in Berlin unangemeldet aufgehalten und sich in linksradikalem Sinne politisch betätigt. Sie standen auch mit dem Reichstagsbrandstifter in Verbindung».

Zu dieser Mitteilung erklärt das ZK. der Kommunistischen Partei Deutschlands folgendes:

1. Es handelt sich bei den Verhafteten um bulgarische politische Emigranten, deren einziges «Verbrechen» darin besteht, daß sie gegen die faschistische Diktatur in Bulgarien, für die Freiheit des bulgarischen Volkes gekämpft haben. Da die bulgarische Regierung sie verfolgte und mit dem Tode bedrohte, waren sie gezwungen, als politische Emigranten nach Deutschland zu fliehen.

2. Wenn diese bulgarischen Freiheitskämpfer jetzt in Berlin «in einer Sache wegen Hochverrats» verhaftet werden, dann ist es klar, daß es sich hier um eine Verständigung zwischen der faschistischen Diktatur in Deutschland und der faschistischen Diktatur Bulgariens mit dem Zweck handelt, politische Gegner der derzeitigen bulgarischen Regierung selbst in einem anderen Lande unschuldig zu machen. Dieses Verfahren widerspricht allen völkerrechtlichen Grundsätzen über das Asylrecht, und die durch nichts bewiesene und durch nichts zu beweisende Behauptung, als hätten sich die Verhafteten in Deutschland «linksradikal» betätigt, ist nur ein durchsichtiger Vorwand für dieses, im Einverständnis mit der bulgarischen Regierung erfolgte Vorgehen gegen die politischen Emigranten.

3. Das ZK. der KPD. weist mit Entrüstung die Behauptung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht, als könnten die bulgarischen Verhafteten etwas mit dem Reichstagsbrandstifter «Van der Lübbe» zu tun haben, zurück und erklärt diese Behauptung als eine bewußte Unwahrheit, die in der gleichen Linie wie die immer wiederholte unwahre Behauptung liegt, als habe die Kommunistische Partei Deutschlands mit dem Reichstagsbrand etwas zu tun. Diese Behauptung des Untersuchungsrichters hinsichtlich der bulgarischen Gefangenen enttüllt aber den Plan der faschistischen Diktatur, den sie mit dieser Verhaftung verfolgt. Im Interesse des bulgarischen Faschismus sollen hier bulgarische Freiheitskämpfer in die Angelegenheit des Reichstagsbrandes verstrickt werden, um auf diese Weise nicht nur die Behauptung von den internationalen Verbindungen «Van der Lübbe» zu stützen, sondern zugleich einen Vorwand zu finden, die bulgarischen Revolutionäre dem Strang zu überliefern.

4. Das ZK. der KPD. appelliert an alle Antifaschisten der ganzen Welt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die bulgarischen Freiheitskämpfer ihren Henkern zu entreißen.

ZK. der KPD., Sektion der 3. Internationale.

## Erklärung der KPD zum Reichstagsbrand

Die naheliegende, von der gesamten internationalen Presse geäußerte Vermutung, daß die Brandstiftung im Reichstag eine planmäßige Provokation der Nationalsozialistischen Partei, der Hitler-Regierung, gewesen ist, wird durch alle inzwischen bekannt gewordenen Tatsachen, durch die von der offiziellen Presse der Hitler-Regierung veröffentlichten, einander widersprechenden Erklärungen unwiderruflich bestätigt. Wir stellen im folgenden die Tatsachen zusammen, die die Schuld der Nationalsozialisten, insbesondere des Ministers Goering, an dem Reichstagsbrand beweisen:

Wer hatte die Verantwortung für die Sicherheit des Reichstagsgebäudes? Der Leiter der preußischen Polizei, der preußische Innenminister Goering und der Reichstagspräsident, der die Polizeigewalt im Hause selbst hat, derselbe Goering.

Minister Goering behauptet, daß einige Tage vor dem Brand bei der Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses (Dokumente) gefunden wurden, welche die Pläne der KPD enthüllten, durch Brandstiftung in öffentlichen Gebäuden, Sprengstoffattentate, Plünderungen, in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar die bolschewistische Revolution zu beginnen. Goering wußte also vorher, wann der Reichstag von den Brandstiftern bedroht war und war nicht imstande, den Brand zu verhindern. Ein tüchtiger Polizeiminister!

Nach den Berichten der Regierung konnte der Brand nicht von einem Einzelnen gelegt werden; etwa 10 Leute waren am Werke, an mehr als 20 Stellen zugleich flammte das Feuer auf, haufenweise muß brennendes Material ins Haus geschafft worden sein. Stundenlang mußten die Vorbereitungen gedauert haben.

Und von all dem haben die Reichstagsbeamten nichts gemerkt? Wie konnten sie überhaupt einen Menschen mit einer solchen Verbrechervisage, wie diesen angeblichen van der Lubbe, dazwischen im Anzug eines Lumpenproletariers, in den Reichstag hineinlassen?

Für alle diese Dinge gibt es nur eine Erklärung. In der kritischen Zeit wurden solche Leute zur Bewachung des Reichstages hingestellt, die die Brandstifter nicht stören, sondern vor Störung schützen sollten. Wer konnte den Wachdienst im Reichstag so organisieren? Nur der, dem dieser Dienst unterstellt war: der Reichstagspräsident Goering.

Am Nachmittag des kritischen Tages hat der nationalsozialistische Inspektor des Reichstagsgebäudes — der übrigens noch von Lubbe ernannt worden ist — einer ganzen Zahl von Beamten Urlaub gegeben, große Teile des Gebäudes wurden von ihm persönlich abgesperrt und er selbst unternahm Kontrollgänge, die sonst von anderen Beamten gemacht werden. Ausländische Korrespondenten, die sich an dem Tage im Reichstag befanden, wurden aus dem Gebäude verwiesen.

Ein unterirdischer Gang verbindet den Reichstag mit dem Reichstagspräsidentenpalais, dem Sitz Goerings. Durch diesen Gang sind die Reichstagsbrandstifter gekommen, durch ihn sind sie wieder entwischt.

Am Tage nach dem Brand meldeten reaktionäre Blätter (Deutsche Allgemeine Zeitung, Nachtausgabe): Als der Brand schon ausgebrochen war, riefen aus dem Reichstagsgebäude zwei Leute telefonisch bei der Vorwärts-Redaktion an, um mitzuteilen, Goering habe mit seinen Nazis den Brand gelegt. Die zwei Leute wurden verhaftet, ihr Mund versiegelt. Die SPD-Presse wurde zugleich mit der KPD-Presse verboten, damit diese Information nicht mehr an die Öffentlichkeit gelange.

Wir fragen: Wer sind die beiden Männer, die von Goering mundtot gemacht wurden? Waren es Reichstagsbeamte, die Goering nicht rechtzeitig beiseite bringen konnte? Waren es Journalisten? Wo sind sie geblieben? Warum darf die Öffentlichkeit nicht erfahren, was sie aussagten?

KPD und SPD waren von dem Verbrechen, das sie angeblich mit dem van der Lubbe geplant hatten, vollkommen überrascht. Von allen jenen Verbrechen, die Goering auf Grund eines Dokuments ankündigte, ist nichts passiert. Die Regierung war nicht überrascht, Goering und Hitler waren sofort an der Brandstelle, Goering hatte sofort einen Erlass bereit, der erklärte, der Brand rechtfertige alle seine Polizeierlasse und beweise, daß

«die Einheitsfront von KPD und SPD Tatsache» geworden sei. Hitler sagte, ehe noch die Aussage des van der Lubbe bekannt war: «Wenn das die Kommunisten waren, so muß die Mordpest mit eiserner Faust ausgerottet werden.» Noch in der Nacht des Brandes verhafteten die SA und SS einige kommunistische Spitzenfunktionäre in ihren Wohnungen. Offenbar waren die Nazis über den Ausbruch der «bolschewistischen Revolution» besser informiert als die Führer der KPD.

### Wer ist „van der Lubbe“?

Ein Mann, der den Reichstag in Brand steckt und dabei einen holländischen Paß und ein kommunistisches Mitgliedsbuch in der Tasche führt! Ein Mann, der in Hemdsärmeln, ohne Rock, gefangen wird, aber diese Dokumente bei sich hat. Ein Mann, der sich weigert, seine Komplizen zu nennen, aber sofort bereitwillig angibt, die Untat im Auftrage der KPD und in Verbindung mit der SPD durchgeführt zu haben.

Wer anders kann sich so benehmen als ein Lockspitzel und Provokateur, der den Auftrag hat, Belastungsmaterial gegen die Gegner der Regierung zu liefern. Und wo gibt es eine Rechtsordnung, die es gestattet, tausende in der Öffentlichkeit bekannte, keines Verbrechens überführte Männer für vogelfrei zu erklären und zu verhaften, auf Grund der Aussage eines Menschen, von dem nur das eine feststeht, daß er ein skrupelloser Verbrecher ist.

Nach einer Mitteilung sächsischer Behörden, die an den Reichsinnenminister gegangen ist, fiel jener «van der Lubbe» schon dadurch auf, daß er von einer im Oktober bevorstehenden «Revolution» sprach. Der Mann war damals nachweislich bei Nationalsozialisten verpflegt. Es steht einwandfrei fest, daß dieser «van der Lubbe» sich am 1. Juni 1932 in Sörnnewitz, Amtshauptmannschaft Meißen, aufhielt und von dem nationalsozialistischen Gemeinderatsmitglied Albert Sommer aus Brockwitz verpflegt wurde. Die polizeiliche Anmeldung eines Mannes namens «van der Lubbe» ist aufgefunden. Die Nationalsozialisten Sommer und Gärtnerbesitzer Schumann gaben auf dem Gemeindeamt Brockwitz zu Protokoll, daß «van der Lubbe» sich als Nazi betätigt hat. Der sächsische Innenminister Richter wurde von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt, worauf aber von der Reichsregierung die weiteren Ermittlungen verboten wurden. Ebenfalls hat der Reichsinnenminister Dr. Frick die damals noch amtierende bayerische Regierung angewiesen, jede Meldung über diese Enthüllungen in der Presse zu unterdrücken. Sommer ist laut Mitteilungen der ausländischen Presse seit einigen Tagen verschwunden. Es ist anzunehmen, daß die SA diesen unangenehmen Zeugen beseitigt hat.

Die in der Presse veröffentlichte Paßphotographie «van der Lubbes» zeigt deutlich, daß der Paß gefälscht ist. Auf der Photographie ist deutlich zu sehen, daß der Name van der Lubbe mit u-Umlaut = ü geschrieben ist. Dabei gibt es in der holländischen Sprache überhaupt kein ü, sondern nur ein u.

Ein Mann namens van der Lubbe wurde schon vor mehreren Jahren als Provokateur aus der Kommunistischen Partei Hollands ausgeschlossen. Es ist nicht klar, ob derselbe Mann das Provokateurstück im Reichstag geleistet hat, ob nur seine Papiere oder vielleicht nur sein Name verwendet wurde.

Wie festgestellt ist, beteiligten sich an der Brandstiftung etwa 10 SA-Männer vom Horst-Wessel-Sturm. Dem Mann, der an der Brandstätte bleiben und sich verhaften lassen sollte, wurde eine Belohnung in Höhe von 50.000 Mark ausgesetzt und Freilassung nach zweimonatlicher Haft versprochen. Nach vollbrachter Tat fiel dem «van der Lubbe» das Herz in die Hosen, er wollte mit den anderen fliehen. Dadurch entstand ein Handgemenge, bei dem ihm Rock und Hemd zerrissen wurden. Daher der sonderbare Anzug, in dem er verhaftet wurde.



## Die KPD und der Reichstagsbrand

Jeder, der mit den Grundsätzen des Kommunismus, mit den Lehren von Marx und Lenin, mit den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands auch nur ein wenig vertraut ist, weiß, daß Methoden des individuellen Terrors, Brandstiftungen, Sabotageakte und dergleichen, nicht zu den taktischen Mitteln der kommunistischen Bewegung gehören. Die Kommunistische Partei hat immer ausgesprochen, daß ihr Ziel die Durchführung der proletarischen Revolution ist. Um dieses Ziel zu erreichen, gebraucht die KPD die Taktik des revolutionären Massenkampfes, die Gewinnung der Massen für die kommunistische Bewegung durch Agitation und Propaganda, vor allem aber durch die Organisation des täglichen Kampfes für die unmittelbaren Interessen der Werktätigen. Das ist die Taktik, durch die die kommunistische Bewegung nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus in allen Ländern ihre Ziele verwirklicht. Es liegt auf der Hand, daß die Brandstiftung im Reichstag keinerlei erdenklichen Sinn und Zweck für die kommunistische Bewegung haben konnte. Die Absurdität dieser Unterstellung ergibt sich auch daraus, daß alle andern von Goering angekündigten Terroraktionen der KPD unterblieben sind. Wie wäre es verständlich, daß der Reichstagsbrand mit solcher Meisterschaft inszeniert wird, während alle anderen von Goering angekündigten, angeblich von den Kommunisten geplanten Terrorakte, Brückensprengungen, Attentate usw. vollkommen unterblieben sind. Dagegen ist bekannt, daß die Nationalsozialistische Partei, ihre Presse, ihre Redner, sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in Parteiveranstaltungen die grausamsten und brutalsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen alle «Marxisten» ständig ankündigten; insbesondere aber nach dem Regierungsantritt Hitlers wurde wiederholt die schärfste Verfolgung der kommunistischen Bewegung proklamiert. Es lagen speziell konkrete Meldungen aus Funktionärskreisen der NSDAP vor, wonach die schärfsten Maßnahmen, Verbote usw. gegen die KPD für Anfang März geplant waren. In der proletarischen Öffentlichkeit wurde allgemein damit gerechnet, daß ein Schlag gegen die KPD noch vor den Wahlen des 5. März geführt werden sollte.

Die Anstiftung des Reichstagsbrandes durch die NSDAP paßt also vollkommen in das politische Programm und zu den politischen Methoden der faschistischen Bewegung. Es ist allgemein bekannt, daß auch Mussolini häufig angebliche, immer rechtzeitig verhinderte Attentate auf seine Person zum Anlaß verschärfter Terrormaßnahmen gegen alle oppositionellen Organisationen genommen hat. Das gleiche Verfahren wurde ja auch schon von Napoleon III. angewendet. Ebenso ist allgemein bekannt, daß die ersten Maßnahmen der deutschen Regierung Bismarck gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, das Sozialistengesetz von 1878, Attentate zum Anlaß hatten, die von Geistesgestörten durchgeführt wurden, deren Verbindung mit der Sozialdemokratie willkürlich konstruiert wurde.

In welche Widersprüche sich die verantwortlichen Regierungsverantwortlichen bei ihrem frechen Schwindel verwickelten, dafür waren kennzeichnend die Erzählungen, die der Berliner Kriminalkommissar Hersig im Haag zum Besten gab. Dieser Fachmann, der nach Holland geschickt worden war, um das Vorleben des angeblichen van der Lubbe auszuforschen, erklärte dort holländischen Journalisten gegenüber, daß van der Lubbe *allein* das Feuer angelegt habe. Er sei an einer unbewachten Stelle an der Mauer des Reichstagsgebäudes emporgeklettert und durch ein im ersten Stockwerk befindliches Fenster in das Innere des Gebäudes gelangt. Er hat dabei die Fensterscheiben zertrümmern müssen. Er sei dann wie ein Rasender von einem Saal in den anderen gelaufen und habe mit mit Benzin getränkten Tüchern die verschiedenen Brandherde angezündet.

Der wackere Kriminalkommissar hat diese phantastische Erzählung von dem übermenschlich gewandten Fassadenkletterer, der, die Taschen voll Benzintücher und Zündmaterial, in den Reichstag hineinkletterte, offenbar erfunden, weil er den holländischen Journalisten nicht begreiflich machen konnte, wie ein Dutzend Brandstifter unbemerkt in das Reichstagsgebäude kommen, stundenlang arbeiten und wieder entwischen konnten.

Diese phantastische Erzählung paßte aber den Herren Goering und Co. nicht in den Kram. Sie brauchten Mittel, um die Terrormaßnahmen gegen die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei zu rechtfertigen. Infolgedessen wurde prompt von der Berliner Untersuchungsbehörde ein Dementi losgelassen, des Inhalts, die Mittäterschaft weiterer Komplizen des van der Lubbe und seine Verbindung mit Kommunisten sei erwiesen.

Dazu gibt der Untersuchungsrichter Vogt noch bekannt, der rätselhafte (van der Lubbe) habe mit den bulgarischen Kom-

munisten in Verbindung gestanden, die 1925 (!) die Kathedrale in Sofia in die Luft sprengten. Die drei «Attentäter» wurden im Jahre 1925 *gehängt!* «Van der Lubbe» ist wohl ein Geistesbeschwörer?!

Hitler hat in seiner Reichstagsrede vom 24. März gedroht, den Brandstifter in kürzester Zeit hinrichten zu lassen. Es ist klar, daß dieser gefährliche Zeuge um seinen Sündenlohn betrogen und schleunigst ins Jenseits befördert werden soll. Solche Lumpen können ihren Auftraggebern sehr gefährlich werden. Es ist sehr zweifelhaft, ob man mit diesem Subjekt eine öffentliche Gerichtsverhandlung wagen wird.

Nach den Wahlen wurde ein wenig gelungener Versuch gemacht, das längst erwartete «Attentat auf Hitler» zu inszenieren. Dieses Attentat ist noch plumper organisiert und offensichtlicher als Provokation zu erkennen, als die Brandstiftung. Drei «Tschechisten» sollen Handgranaten am hellen lichten Tage an ein Denkmal in München gelegt haben, an dem möglicherweise eventuell Hitler mit seinem Auto vorbeifahren würde. Man hat festgestellt, daß diese «Attentäter» russisch gesprochen hätten, trotzdem wäre eine Verhaftung unmöglich gewesen. Eine neue, dumme Provokation, die die Nazis zum Ermächtigungsgesetz und zur neuen Terrorwelle steigen ließen.

Nach welchen Grundsätzen die Nationalsozialisten freche, provokatorische Lügen im politischen Kampfe ausnützen, das hat Hitler selbst in seinem Werk «Mein Kampf» dargelegt:

«Man ging dabei von dem sehr richtigen Grundsatz aus, daß in der Größe der Lüge immer ein gewisser Faktor des Glaubwürdigens liegt, da die breite Masse eines Volkes im tiefsten Grunde ihres Herzens leichter verdorben als bewußt und absichtlich schlecht sein wird, mithin bei der primitiven Einfalt ihres Gemüts einer großen Lüge leichter zum Opfer fällt als einer kleinen, da sie selber ja wohl manchmal im kleinen lügt, jedoch vor zu grossen Lügen sich doch zu sehr schämen würde. Eine solche Unwahrheit wird ihr gar nicht in den Kopf kommen, und sie wird an die Möglichkeit einer so ungeheuren Frechheit der infamsten Verdröhung auch bei anderen nicht glauben können, ja selbst bei Aufklärung darüber noch lange zweifeln und schwanken und wenigstens irgendeine Ursache doch noch als wahr annehmen, daher denn auch von der frechesten Lüge immer noch etwas übrig bleiben wird — eine Tatsache, die alle großen Lügenkünstler und Lügenvereine dieser Welt nur zu genau kennen und deshalb auch niederträchtig zur Ausnutzung bringen.»

(«Mein Kampf», 1. Bd., S. 252/53.)

## Antifaschistisches Maimanifest 1933

Aufruf des Zentralkomitees der KPD an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, an alle Antifaschisten!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter!

Seit mehr als 40 Jahren ist der 1. Mai ein Kampftag der internationalen Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sieg des Sozialismus.

Auf einem Sechstel der Erde, unter der siegreichen roten Fahne mit Hammer und Sichel, feiert der lebendige Marxismus gewaltige Triumphe. In der Sowjetunion gibt es keine Ausbeutung, keine Erwerbslosigkeit, kein Hungerelend und keinen Faschismus. Auf der anderen Seite aber: die Welt des verfallenden Kapitalismus, die Welt der Millionenerwerbslosigkeit, des Hungers und der Knechtschaft.

Auf das deutsche Proletariat sind an diesem 1. Mai die Augen der Arbeiterklasse der ganzen Welt gerichtet.

Proletariat Deutschlands, Antifaschisten, beweist an diesem Tage durch eure Massendemonstrationen, daß der Marxismus nicht zu vernichten ist durch ein verbrecherisches Regime, das sich mit Lüge, Terror und Korruption in einem Augenblick tiefster Erschütterung des kapitalistischen Systems an der Macht zu halten versucht.

**Klassengegensatz!** Die braunen Hilfspolizisten des Kapitals, die Führer der NSBO, wollen den 1. Mai, den Tag der internationalen proletarischen Solidarität, zu einem nationalistischen Tag der «Solidarität» zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten machen.

Das Reichs-Lügen-Ministerium des Dr. Goebbels wird an diesem Tag die ganze staatliche Propaganda für die Lüge der Volksgemeinschaft zwischen Unterdrückern und Unterdrückten in Bewegung setzen. Sie wollen euren Kampftag, den Kampftag eurer Klasse schländen.

«14 Jahre Marxismus in Deutschland» brüllt die NSBO. Aber wem gehören die Fabriken, wem gehört der Grund und Boden? Den Kapitalisten, den Ausbeutern, den Junkern, den Blutsaugern des Volkes!

In wessen Händen sind die Waffen? In den Händen der Soldaten des Großkapitals!

«Durch Demokratie zum Sozialismus». — das hat euch die Sozialdemokratie 14 Jahre lang gepredigt. Aber ihr seid durch die Weimarer Demokratie zum Faschismus gekommen. Sie haben euch niederschlagen helfen, im Bunde mit den Faschisten. Das und nichts anderes hat den Faschismus in Deutschland groß gemacht.

Wollt ihr wissen, was Marxismus, was Sozialismus ist? Dann scht hin nach der Sowjetunion! Die Fabriken den Arbeitern, der Grund und Boden den Bauern, die Waffen in den Händen der Arbeiter. Die Räte-Diktatur ist die einzige wirkliche Demokratie, die proletarische Demokratie der Arbeiterklasse und der Werktätigen.

Ihr stellt die Frage: Wo ist der Weg zu Arbeit, Brot, Freiheit und Sozialismus? Hitler, der den Massen dieses alles versprach, antwortet euch: wartet vier Jahre!

Indessen dürft ihr weiter hungern, indessen werdet ihr verfolgt und gehetzt.

Indessen wirft man den Führer der einzigen antikapitalistischen Partei, der KPD, Ernst Thälmann, der nicht wie die Braun und Grzesinski feige geflohen, sondern bis zuletzt bei den deutschen Arbeitern geblieben ist, zu denen er gehört, ins Zuchthaus des «Dritten Reiches».

Indessen verhaftet man Zehntausende, foltert und ermordet hundert und aber hunderte Revolutionäre, hunderte und aber hunderte Antifaschisten.

Brot und Arbeit? Die regierenden Verbrecher haben nichts als Lohn für eure Forderungen! Keine Millionärsteuer, keine Aufhebung der Massensteuern, keine Beseitigung der Tributlasten, — aber die Automobilsteuer wird aufgehoben, die Margarine wird verteuert, die Inflation steht vor der Tür und die Erwerbslosigkeit steigt, allem amtlichen Schwindel zum Trotz.

Hitler ist nicht nur der Agent des deutschen, Hitler ist der Agent des internationalen Finanzkapitals. Schwerer denn je lasten die Ketten der Versailler Knechtschaft auf den Schultern des werktätigen deutschen Volkes. Ganz Deutschland soll ein einziges Zuchthaus werden. Sein Terror gegen euch soll nur die Voraussetzung schaffen für den neuen Hungerfeldzug, für die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Gemetzels, in dem man euch als Kulis des Weltimperialismus gegen euer einziges wirkliches Vaterland, gegen die Sowjetunion auf die Schlachtbank treiben will.

Der Chauvinismus, die Aufpeitschung der niedrigsten nationalistischen Instinkte des Spießbürgers, feiert Triumphe. Der Antisemitismus, dieser «Sozialismus der Dummen», soll die Wut der betrogenen Volksmassen von den eigentlichen Feinden ablenken. Die werktätige Jugend, eure, unsere Jugend soll durch Wehrsport und Arbeitsdienst militarisiert, für den neuen Weltkrieg gedrillt werden.

Schlimmer als 1914 erklären die Führer der SPD und der freien Gewerkschaften ihre Bereitschaft, mit den faschistischen Todfeinden der Arbeiterklasse das Bündnis gegen euch zu schließen. Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratie, verläßt die II. Internationale, wie die Leipziger und Tarnower die Gewerkschaftsinternationale verlassen. Die «Eiserne Front» löst sich freiwillig auf und eure Gewerkschaften, die ihr jahrelang unter Opfern aufgebaut habt, sollen, wenn es nach dem Willen der Führer ginge, mit Haut und Haaren an Hitler verkauft werden.

Wer gibt euch Antwort auf eure Fragen in dieser Stunde? Wer führt euch den Weg zum Sozialismus? Niemand außer der einzigen Partei, die nicht kapituliert, die nie ihren Frieden mit den faschistischen Bluthunden machen wird, die das rote Banner des proletarischen Internationalismus an diesem 1. Mai 1933 allem Terror zum Trotz höher hebt denn je: die Kommunistische Partei!

Macht diesen 1. Mai 1933 zur ersten großen Kraftprobe zwischen der faschistischen Diktatur der Hitler und Goering und dem trotz allem unbesiegbaren Riesen, dem deutschen Proletariat. Die Welt soll wissen, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht geschlagen ist.

Die Kommunistische Partei ruft euch zu: Massenterror am 1. Mai, die Straße frei für die revolutionären Massendemonstrationen des antifaschistischen Proletariats, Streiks und Demonstrationen gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung — für Streik, Koalitionen, Versammlungen und Demonstrationen, für den Sichenstundentag mit vollem Lohnausgleich, für die Befreiung Ernst Thälmanns und aller eingekerkerten Antifaschisten!

Schließt an diesem 1. Mai das Bündnis zum Kampf über alle Partei- und Organisationsstrahlen hinweg unter den roten Fahnen des Klassenkampfes.

Arbeiter in den Betrieben! Organisiert in den Betrieben den Streik, wenn man euch die Löhne kürzen, die Lohnsteuer abziehen, wenn man eure selbstgewählten Betriebsvertretungen maßregeln und verhaften will.

Ihr Erwerbslosen, ihr hungert bei vollen Scheunen! Kämpft für die Erhöhung eurer Unterstützung, öffnet die Speicher!

Und ihr Kollegen in den freien Gewerkschaften, verteidigt eure Organisationen, die ihr für den Klassenkampf und nicht für das Bündnis mit den Unternehmern geschaffen habt! Verteidigt eure Funktionäre und Betriebsräte!

Ihr Angestellten und Mittelständler, Geistesarbeiter, kämpft mit uns gegen mittelalterliche Kulturbarbarei!

Ihr armen Bauern, denen der Gerichtsvollzieher des «Dritten Reiches» die letzte Kuh, das letzte Schwein aus dem Stall holt, zahlt keinen Pfennig Steuern der faschistischen Diktatur! Der Grund und Boden in eure Hände!

Im Massenstreik allein stürzt die faschistische Diktatur, so wie Cuno gestürzt wurde, so wie der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter Papen in die Flucht schlug!

Schert euch fester um eure Partei, um die KPD, die unerschütterlich, unbeugsam und unzerstörbar das Banner eurer Klasseninteressen, das Banner des Sozialismus, in ihren Händen hält! Unter ihren Fahnen demonstriert am 1. Mai!

Organisiert die bewaffnete Massennotwehr zum Schutz eurer Demonstration, eures Lebens und eurer Existenz gegen die blutigen faschistischen Provokationen der SA und des Stahlhelms!

Unter dem Banner der KPD, der eisernen Kohorte der proletarischen Revolution, schließt euch zusammen:

Ein Feind — Eine Front — Ein Kampf!

Wenn die Führer der SPD und der freien Gewerkschaften diese Einigkeit des Kampfes, wie wir sie vorschlugen, wieder und wieder ablehnten, — ihr, die Arbeiter Deutschlands, wollt diesen einheitlichen Kampf und werdet ihn führen!

Arbeiter Deutschlands! Zeigt der Welt eure Kraft am 1. Mai! Nur die proletarische Revolution sprengt die Ketten der sozialen und nationalen Versklavung der werktätigen Massen Deutschlands. Nur über die Diktatur des Proletariats geht der Weg zum Sozialismus!

Nieder mit der faschistischen Diktatur des Hungers, des Terrors und des Krieges, nieder mit allen ihren Helfershelfern!

Für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion!

Für den Sieg der deutschen Arbeiter- und Bauern-Republik!

Durch die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus!

Berlin, im April 1933.

Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

# Rettet die Gewerkschaften!

## Verteidigt Eure Organisation gegen die Angriffe der faschistischen Sozialreaktion und der kapitalistischen Lohnräuber

### Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Arbeiter Deutschlands, Gewerkschaftskollegen aller Organisationen!

Die Hitler-Hugenberg-Papen-Diktatur hat zu einem Generalschlag gegen die durch jahrzehntelange Kämpfe von euch ertrutzte Koalitions- und Streikfreiheit ausgeholt. Die Gewerkschaften, in euren Händen ein Bollwerk eurer organisierten Kraft, sollen von der Regierung der Kapitalisten und Junker, der schwärzesten Sozialreaktion zerschlagen werden. Schon ist ein Staatskommissar eingesetzt, der die gewerkschaftlichen Organisationen der direkten Kommandogewalt des faschistisch-kapitalistischen Staatsapparates unterwerfen soll. Was begonnen wurde mit der Demolierung der Gewerkschaftshäuser, der Inhaftierung und Ermordung mutiger Gewerkschaftsmitglieder und -Funktionäre und der gewaltsamen Absetzung und Verhaftung klassenkämpferischer, die Interessen der Belegschaften vertretender Betriebsräte, der wilden Verfolgung aller RGO-Mitglieder, soll jetzt seine Krönung finden in der Einfügung eurer gewerkschaftlichen Kampforganisationen in den Staatsapparat als Büttel und Werkzeuge der faschistischen Sozialreaktion und der kapitalistischen Lohn- und Unterstützungsräuber.

Warum der faschistische Angriff auf die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse?

Um den organisierten Widerstand der Betriebsbelegschaften und Erwerbslosen gegen die Anschläge der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen.

Um die von euch in Jahrzehnten, mit unzähligen Opfern erkämpften Tarifverträge widerstandslos zu zerschlagen oder in den Dienst der Werks-gemeinschaftspolitik zu stellen.

Um an Stelle des Tariflohnes den Leistungslohn, die schamloseste Angeberei und Antreiberei innerhalb der Betriebe, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander zugunsten des lohnräuberischen Unternehmers, den schrankenlosesten Lohn- und Unterstützungsraub zu setzen.

Um die von den Belegschaften als ihre Interessenvertreter selbstgewählten Betriebsräte auszuschalten und sie durch Organe der frechsten Unternehmerwillkür und der kapitalistischen Staatsinteressen zu ersetzen.

Um in den Betrieben kapitalistischer Fron jede freiheitliche Regung der Ausgebeuteten zu ersticken, ihre Solidarität zu vernichten, an Stelle freiheitlich gesinnter Proletarier eine Bande korrumpierter Speichellecker und kapitalistischer Agenten zu setzen.

Um schließlich mit der Vernichtung der Koalitionsfreiheit die organisierte Streikkraft des Proletariats gegen die Lohnräuber zu zerschlagen und, wie in Italien, die tapferen Streik-kämpfer in die Gefängnisse der Bourgeoisie zu werfen.

Ein Empörungsturm, eine Lawine des millionenfach organisierten Widerstandes aller Arbeiter, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit und der Partei muß gegen diese faschistischen Schandpläne die Betriebe, Gewerkschaften und Stempelstellen durchdranden. Eine Welle des Zorns muß der verätherischen Gewerkschaftsbürokratie aus den Massen der Mitglieder und Funktionäre entgegen schlagen und ihnen bekunden, daß ihr schändlicher Weg der Kapitulation vor dem Faschismus nicht der Weg der organisierten Millionen ist.

# Rettet die Gewerkschaften!

## Verteidigt Eure Organisation gegen die Angriffe der faschistischen Sozialreaktion und der kapitalistischen Lohnräuber.

Arbeiter Deutschlands, Gewerkschaftskollegen aller Organisationen!

Die Hitler-Hugenberg-Papen-Diktatur hat zu einem Generalschlag gegen die durch jahrzehntelange Kämpfe von euch ertrutzte Koalitions- und Streikfreiheit ausgeholt. Die Gewerkschaften, in euren Händen ein Bollwerk eurer organisierten Kraft, sollen von der Regierung der Kapitalisten und Junker, der schwärzesten Sozialreaktion zerschlagen werden. Schon ist ein Staatskommissar eingesetzt, der die gewerkschaftlichen Organisationen der direkten Kommandogewalt des faschistisch-kapitalistischen Staatsapparates unterwerfen soll. Was begonnen wurde mit der Demolierung der Gewerkschaftshäuser, der Inhaftierung und Ermordung mutiger Gewerkschaftsmitglieder und -Funktionäre und der gewaltsamen Absetzung und Verhaftung klassenkämpferischer, die Interessen der Belegschaften vertretender Betriebsräte, der wilden Verfolgung aller RGO-Mitglieder, soll jetzt seine Krönung finden in der Einfügung eurer gewerkschaftlichen Kampforganisationen in den Staatsapparat als Büttel und Werkzeuge der faschistischen Sozialreaktion und der kapitalistischen Lohn- und Unterstützungsräuber.

Warum der faschistische Angriff auf die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse?

Um den organisierten Widerstand der Betriebsbelegschaften und Erwerbslosen gegen die Anschläge der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen.

Um die von euch in Jahrzehnten, mit unzähligen Opfern erkämpften Tarifverträge widerstandslos zu zerschlagen oder in den Dienst der Werks-gemeinschaftspolitik zu stellen.

Um an Stelle des Tariflohnes den Leistungslohn, die schamloseste Angeberei und Antreiberei innerhalb der Betriebe, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander zugunsten des lohnräuberischen Unternehmers, den schrankenlosesten Lohn- und Unterstützungsraub zu setzen.

Um die von den Belegschaften als ihre Interessenvertreter selbstgewählten Betriebsräte auszuschalten und sie durch Organe der frechsten Unternehmerwillkür und der kapitalistischen Staatsinteressen zu ersetzen.

Um in den Betrieben kapitalistischer Fron jede freiheitliche Regung der Ausgebeuteten zu ersticken, ihre Solidarität zu vernichten, an Stelle freiheitlich gesinnter Proletarier eine Bande korrumpierter Speichellecker und kapitalistischer Agenten zu setzen.

Um schließlich mit der Vernichtung der Koalitionsfreiheit die organisierte Streikkraft des Proletariats gegen die Lohnräuber zu zerschlagen und, wie in Italien, die tapferen Streik-kämpfer in die Gefängnisse der Bourgeoisie zu werfen.

Ein Empörungsturm, eine Lawine des millionenfach organisierten Widerstandes aller Arbeiter, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit und der Partei muß gegen diese faschistischen Schandpläne die Betriebe, Gewerkschaften und Stempelstellen durchdranden. Eine Welle des Zorns muß der verätherischen Gewerkschaftsbürokratie aus den Massen der Mitglieder und Funktionäre entgegen schlagen und ihnen bekunden, daß ihr schändlicher Weg der Kapitulation vor dem Faschismus nicht der Weg der organisierten Millionen ist.

Freigewerkschafter, SPD-Arbeiter, organisierte Arbeiter in den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften!

Was die Kommunisten, die RGO-Kollegen, die klassenbewußten Gewerkschafter seit Jahren gesagt haben, um dessentwillen die Leipart und Genossen sie zu Tausenden als «Schädlinge» der Gewerkschaftsbewegung aus den Verbänden herauswarfen, sie den Unternehmern denunzierten, findet heute sichtbar für euch seine hundertfache Bestätigung.

Burgfrieden mit den Generalen und der imperialistischen Bourgeoisie während des Weltkrieges, Arbeitsgemeinschaft 1918 mit den Kapitalisten zur Verhinderung des sozialistischen Umsturzes, Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zum Raub des

Achtstundentages nach der Oktoberniederlage 1923, Verschandelung der Betriebsrätebewegung als Organ der Unternehmerinteressen, Unterstützung der Rationalisierung und die betrügerische Theorie der «Wirtschaftsdemokratie» als den Weg zum Sozialismus, der schändliche Verrat und die Kapitulation der Leipart-Bürokratie am 20. Juli 1932, wie die Streikbrecherarbeit beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik — von damals bis zum 30. Januar, der höhnischen und zynischen Ablehnung der Einheitsfrontangebote der KPD und RGO durch den ADGB-Vorstand, es ist eine Kette, eine gerade Linie des Klassenverrates an der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung und ihren gewerkschaftlichen Organisationen.

Jetzt setzen die Leipart, Graßmann, Otte und Co. ihrem Verrat die Krone auf!

Über das künftige Verhältnis zwischen Gewerkschaften und faschistischer Diktatur-Regierung wagt es die ADGB-Bürokratie, folgende offizielle Erklärung zu geben:

«Die Gewerkschaften haben der freiwilligen Vereinbarung mit den Unternehmern stets den Vorzug vor Zwangstarifen gegeben und halten auch weiterhin an dieser Auffassung fest. Sie sind durchaus bereit, auf diesem Wege im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammenzuwirken. Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der Freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihnen unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.

Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten, sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesem Gebiete dienlich zu sein.»

In der neuesten Nummer der «Metallarbeiterzeitung» heißt es: «Die Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte will bestimmt die deutschen Arbeiter und Bauern von ihrer entsetzlichen wirtschaftlichen Not befreien.

Wenn nun endlich der wirtschaftlichen Not tatkräftig zu-leibe gegangen werden soll, so wird das niemand heißer begrüßen als die Gewerkschaften . . . Und auf die ehrliche Mit-hilfe der Gewerkschaften aller Richtungen kann sie bestimmt zählen.»

# Illegales Flugblatt der KPD

«Die Gewerkschaften haben der freiwilligen Vereinbarung mit den Unternehmern stets den Vorzug vor Zwangstarifen gegeben und halten auch weiterhin an dieser Auffassung fest. Sie sind durchaus bereit, auf diesem Wege im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammenzuwirken. Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der Freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihnen unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.

Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten, sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesem Gebiete dienlich zu sein.»

In der neuesten Nummer der «Metallarbeiterzeitung» heißt es: «Die Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte will bestimmt die deutschen Arbeiter und Bauern von ihrer entsetzlichen wirtschaftlichen Not befreien.

Wenn nun endlich der wirtschaftlichen Not tatkräftig zu-leibe gegangen werden soll, so wird das niemand heißer begrüßen als die Gewerkschaften . . . Und auf die ehrliche Mit-hilfe der Gewerkschaften aller Richtungen kann sie bestimmt zählen.»

Tarnow, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, erklärte, nach einer Vereinbarung mit dem faschistischen Minister Göring, seinen Austritt aus der Berufsinternationale der Holzarbeiter.

Freigewerkschafter, RGO-Kollegen, SPD- und christliche Arbeiter!

Die Leipart, Graßmann und Co. rutschen auf dem Bauche vor der Hitler-Diktatur. Wie die italienischen d'Arragonas schwenken sie ins Lager des Faschismus über, um ihre Pfünden zu retten, pfeifen selbst auf das SPD-Mitgliedsbuch, um weitere Helfersdienste für den Faschismus zu leisten. Legt ihnen das Handwerk! Verhindert die Auslieferung der Gewerkschaften an den Faschismus!

Einheitsfrontaktionen, Protestversammlungen in den Betrieben und Gewerkschaften, Proteststreiks und Schaffung von Aktionsausschüssen in allen Betrieben und Gewerkschaften! Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen die Zerschlagung des Tarifvertrages und Einführung des Leistungslohnes! Streik gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung!

Fort mit der SA aus den Gewerkschaftshäusern! Legt die Arbeit nieder, wo die Streikbrechergarden der faschistischen Diktatur in den Fabriken erscheinen! Erzwingt die Niederholung der Hakenkreuzfahnen von Fabriken und Gewerkschaftshäusern!

Pfeift auf die Anordnungen der Regierungskommissare und ihrer zwangsmäßig eingesetzten <Betriebsvertretungen>! Verteidigt eure Betriebsräte gegen Maßregelung und Verhaftung! Ob abgesetzt oder nicht, nur die von euch gewählten Betriebsvertretungen werden von euch anerkannt!

Nun erst recht Mobilmachung für die Wahl klassenbewußter Betriebsräte, Kampf um die Gewerkschaftslisten, gegen den Leipart-Kurs, für eine Liste der antifaschistischen Kampfeinheit!

Verjagt die Nazi-Kontrolleure aus den Gewerkschaftsbüros! Nur von Euch gewählte Vertrauensleute sind berechtigt zur Kontrolle und Verwendung der von euren Hungerlöhnen bezahlten Mitgliederbeiträge.

Entsendet massenhaft Verbands- und Betriebsdelegationen zu den Verbandsbüros der Gewerkschaftsbürokratie und fordert den Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Massenkraft der deutschen Arbeiterschaft gegen die faschistischen Pläne auf Vernichtung der Koalitions- und Streikfreiheit!

Mitglieder der NSBO! SA-Proleten in den Betrieben! Ihr wollt, wie wir, den Sozialismus, die Enteignung der Ausbeuter, ihr wollt, daß wir Arbeiter, die alle Werte schaffen, und nicht die Faulenzer und Nichtsteuer, die Aneignen, die Herren und Sachwalter in den Betrieben und Kontoren sind. Eure Führer erzählen euch, die <nationale Erhebung> — das bedeutet Volksgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter, gemeinsame Interessenvertretung zwischen den Ständen.

Die Kapitalisten sacken die Profite ein, für euch der Hungerlohn.

Den Ausbeutern die Kommandogewalt über die Ausgebeuteten. Für euch Antreiberei und Schufferei.

Für sie die Staatsmacht gegen Streiks, die Subventionen und Riesengehälter. Für euch den Lohnabbau, die Entlassung und der Gummiknüppel!

Der Klassenkampf ist kein kommunistisches Hirngespinnst!

Es gibt keine Volksgemeinschaft, kein einiges nationales Deutschland, so lange eine Handvoll Ausbeuter, Junker die Fabriken, Grund und Boden besitzen und die Millionen Ausgebeuteten für deren Profite schutzen müssen.

Arbeiter der NSBO, SA-Proleten! Darum verteidigt mit uns die Unantastbarkeit der Gewerkschaftsorganisation, den Tarifvertrag, die Streik- und Koalitionsfreiheit, die gewählten Interessenvertreter der Belegschaften!

RGO-Mitglieder, ob verboten oder nicht, stärkt und verteidigt die RGO! In Massen hinein in die freien und christlichen Gewerkschaften zur Entfaltung der gewerkschaftlichen Massenkraft gegen Faschismus und Sozialreaktion!

Arbeiter Deutschlands! Gewerkschafter! Nur noch wenige Wochen sind es bis zum Roten Kampfesmai 1933. Auf Geheiß der Kapitalisten werden die faschistischen Führer und ihre Betriebsbeauftragten versuchen, den sozialistischen Freiheitswillen des deutschen Proletariats durch blutigen Terror gegen den roten Kampfesmai zu unterdrücken, die sozialistischen Traditionen des Proletariats durch grenzenlose Demagogie, durch

<Arbeitsruhe> und Festveranstaltungen für einen <deutschen Mai> zur Verherrlichung der faschistisch-kapitalistischen Ausbeuterherrschaft auszunutzen. Durchkreuzt die Schändung eures Kampftages! Bildet Einheitsausschüsse zur Vorbereitung des Kampfesmai!

Beschließt die Arbeitsruhe als Protest gegen faschistischen Terror, Sozialreaktion und an Stelle der faschistischen Volksgemeinschaft mit den Ausbeutern stellt in den Betriebsversammlungen eure Klassenkampforderungen auf für Brot und Arbeit, gegen das Versailler Schandsystem und die kapitalistischen Ausbeuter im eigenen Land!

Arbeiter Deutschlands, Gewerkschafter! Entfaltet das rote Freiheitsbanner des Sozialismus, unter dem allein die deutsche Arbeiterschaft die Befreiung von sozialer Knechtung und politischer Unterdrückung erkämpfen kann!

Pflanzt auf das Banner des proletarischen Massenwiderstandes zur Verteidigung eurer Gewerkschaften, zur Verteidigung eurer organisierten Millionenkraft!

Es lebe die antifaschistische Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung der Organisations-, Koalitions- und Streikfreiheit!

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe ein Deutschland ohne Junker und Kapitalisten, ein Deutschland der befreiten Arbeit, die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik, die Diktatur des Proletariats!

Berlin, den 30. März 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

# Kämpft für Arbeit, Brot, Freiheit, Sozialismus!

Ein Aufruf der KPD

Hitler-Wähler! SA-Leute!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende!

Hitler regiert — was ist seitdem passiert? Ist Lohn und Gehalt gestiegen? Ist die Arbeitslosigkeit gesunken? Zahlen wir weniger Steuern? Sind die Lebenspreise und Mieten herabgesetzt worden?

Laßt euch doch nicht erzählen: Hitler hat noch nicht Zeit gehabt — so schnell geht es nicht.

Hitler hat doch Zeit gehabt zu 33 Prozent Steuersenkung für alle reichen Automobilbesitzer —

Hitler hat doch Zeit gehabt zur Senkung von Vermögenssteuer, Erbschafts- und Grunderwerbssteuer —

Hitler hat doch Zeit gehabt für das Hausbesitzerkapital.

Hitler hat doch Zeit gehabt, um den Osthilfeskandal zu vertuschen, um alle Tage Versammlungsreden zu halten, um alle seine Freunde, ihre Bekanntschaft und deren ganze Verwandtschaft mit fetten Posten zu versorgen.

Und du stehst da, kurzarbeitend, arbeitslos; von Entlassung, Gehaltsabbau und Konkurs bedroht.

Dir haben sie die Margarine um 25 Mark pro Jahr verteuert — wenn du Glück hast — und gute Beziehungen — dann kriegst du vielleicht «Fettkarten» für 5 Mark.

Mit einem halben Pfund Butter und einem 25 Pfennig-Brot wollen sie dich ködern, wie man Speck in die Mausefalle legt. Dabei verschweigen sie dir, daß sie mit deinen Steuergroschen und dir gestohlenen Erwerbslosenunterstützung den Großagrariern Wucherpreise bezahlt haben.

Wir Kommunisten haben gefordert: Beschlagnahme des Getreides, der Butter, der Kartoffeln, der Kohlenhalden, der unverkäuflichen Lebensmittel und Kleidungsstücke bei den Großen.

Kostenlose Lieferung an Erwerbslose, Rentner und Kurzarbeiter! Niemand wird Hitler das machen. Aber seinen Göbbels schickt er mit Propagandaspeck auf den Dummenlang.

Erinnere dich, wie Hitler, Goering und Göbbels Enpörung gegen Brüning beubelten.

Alle Brüning-Raubverordnungen sind bis heute in Kraft!

Erinnere dich, wie Hitler und Göbbels gegen die «Regierung der Ielnen Leute» protestierten!

Alle Papen-Notverordnungen sind bis heute in Kraft!

Lohnabbau, Rentenraub, Kopfsteuer, Krankenscheingebühr, Salzsteuer, Zündholzsteuer — alle Wucherzölle — alles ist geblieben. Dazu kamen 200 Millionen Margarinesteuer — Sperrung der Einfuhr aller billigen Lebensmittel.

Das ganze kapitalistische System mit Ausbeutern und Unterdrückern, mit Industriellen, Junkern und Bankiers ist geblieben. — Nur an den staatlichen Futterkrippen frißt jetzt das Hakenkreuz anstelle der Schwarz-rot-goldenen das Volk noch ärmer.

Was sagt der Volksmund, wenn gerade kein Spitzel in der Nähe steht?

Hakenkreuz ist Hungerkreuz!

SS — das heißt: System-Schutz!

SA — das heißt: Stellen-Anwärter!

NSDAP — das heißt:

Nationale Schutzgarde des Ausbeuter-Profits!

Wie haben sie das Maul aufgerissen gegen den Versailler Raubvertrag.

Was haben sie euch erzählt von «Ketten sprengen» und «Fesseln zerreißen».

Und jetzt — wie sie regieren — da kuschen sie noch schlimmer als alle anderen Regierungen vor ihnen!

Mussolini kriechen sie in den Hintern. Südtirol bleibt geknechtet und von Hitler verraten, da sagen sie nicht piep!

Japan lecken sie die Stiefel — in England winseln sie um Gnade — in Frankreich betteln sie um Gleichberechtigung — in Amerika um Stillhaltung.

\*) Wir entnehmen dieses Material illegalen Instruktionsbriefen der KPD an die unteren Organisationen. Der Aufruf «Kämpft für Arbeit, Brot, Freiheit und Sozialismus» wurde in Deutschland massenhaft verbreitet. Die Richtlinien über die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit wurden noch vor dem faschistischen Anschlag auf die «Freien» Gewerkschaften geschrieben. (Die Redaktion.)

Wo bleibt die Zerreißung von Versailles und Young?

Wo bleibt die Weigerung der Zahlung der Kriegskriegs Tribute?

Wo bleibt die Einstellung der Zinszahlung an das Weltkapital?

Da könnt ihr warten, bis ihr verhungert seid unter dem Hakenkreuz.

Hitler anerkennt Versailles und zahlt Tributzinsen! Das ist die einfachste Wahrheit ebenso wie die, daß er die losgerissenen Deutschen im Elsaß, Danzig, Korridor und Oberschlesien, in Südtirol und überall dem Terror der Versailler Sieger widerstandslos ausliefert.

Warum sperrt man euch die Auslandspreise — warum darf keine deutsche Zeitung die Meinung des Auslandes bringen?

Weil sich das ganze Ausland über folgendes einzig ist:

Hitler — das ist ein unfähiger Maulaufreißer, der redet wie ein Wasserfall.

Goering — das ist ein kaltblütiger Mordbrenner und Provokateur.

Göbbels — das ist der größte Fälscher und Massenbetrüger. Eine solche Clown-Regierung hat es in der ganzen Welt noch nicht gegeben.

Euch aber redet man ein: Hitler macht Deutschland groß und gibt ihm Weltgeltung. Das Gegenteil ist wahr:

Der Faschismus treibt Deutschland in den Abgrund!

Die Erwerbslosigkeit wächst. Sie haben 200.000 in den Arbeitsdienst gesteckt, 100.000 SA-Leute sind als Hilfspolizei eingereiht, Zehntausende von kommunistischen Arbeitern sind verhaftet oder flüchtig.

Die Lebensmittelpreise wuchern das Volk aus.

Innenpolitisch treiben sie Massenmord und Bürgerkrieg.

Außenpolitisch steht der Krieg vor der Tür Europas. Deutschland steht allein auf weiter Flur. An die Bank- und Sparkassentore schleicht die Inflation heran.

Und was macht die Regierung? Heute eine Parade — morgen ein fingiertes Attentat mit Kommunistenjagd — und dann wieder Judenhotze!

Unfähig, einen Weg aus wachsender Krise zu zeigen, taumelt die Regierung hin und her zwischen Parade und Pogrom!

Die Erwerbslosen wollen nicht mit «schipp-schipp-hurra» in dreckigen Sumpfland und dürrer Heide verkommen. — Her mit Arbeit und Brot!

Die Arbeiter fordern: Her mit der versprochenen Rückgängigmachung des Brüning- und Papen-Lohnraubs! — Schluß mit Feierschichten und Kurzarbeit! — Her mit Zulage und voller Arbeitswoche!

Und die Angestellten und Beamten fragen: sollen unsere Hungerbezüge mit den Papen-Brüning- und Hitler-Abzügen etwa so bleiben? — Her mit Gehaltszulage!

Unten in den Straßen jagt man arme jüdische Betriebsproleten, Angestellte, die wie wir hungern; macht man den kleinen Geschäftsleuten den Laden zu.

Aber an die Siemens, Thyssen und Klöckner, an Krupp und IG-Farben, an den Bankenklingel, an die Junker, Prinzen, Fürsten — da geht keiner ran, denn das sind ja die wahren Herren Deutschlands! Jedes Gesetz der Hitlerregierung dient nur den Interessen dieser Ausbeuter-Gesellschaft! Die Konzentrationslager werden nicht für Schieber, Wucherer und Volksausbeuter gemacht, sondern für Arbeiter, Arbeitslosen- und Streikführer.

Deutschland erwache zum Kampf gegen die Regierung des Hungers, des Terrors und des Krieges!

Hakenkreuz ist Hungerkreuz!

Sowjetstern bringt Arbeit, Brot und Freiheit!

Schließt euch zusammen zum Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen jede neue Steuer, gegen jeden Abzug der Erwerbslosenunterstützung!

Nehmt den Kampf auf gegen die Unternehmer und Großagrariere, die uns alle ausbeuten und die Steuern als Milliarden-subventionen in ihre Taschen stecken!

Nehmt den Kampf auf gegen alle Minister und Polizeipräsidenten, die unsere Hungerdemonstrationen niederknüppeln, Streiks verbieten und Betriebe besetzen!

Von Kugeln, Zuchthäusern und Marxistenbetze wird das Volk nicht satt. Kämpft für Arbeit, Brot, Freiheit, Sozialismus!

Kommunistische Partei Deutschland.

## Die Aufgaben der Kommunisten im Kampfe um die Gewerkschaften

Brief des Zentralkomitees der KPD

Manche Kommunisten und viele klassenbewußte Gewerkschaftsmitglieder sind im Begriff, die Gewerkschaftsmitgliedsbücher hinzuwerfen und die Beitragszahlung einzustellen. Sie glauben damit ihrem Protest gegen den faschistischen Gewaltstreik, gegen die direkte Unterstellung der Gewerkschaften unter das Kommando des Monopolkapitals und seiner Hitlerregierung Ausdruck zu geben. Dieses Verhalten mancher Genossen bedeutet jedoch keinen Protest, sondern ein offenes Zurückweichen vor dem faschistischen Angriff auf die Gewerkschaften und vor der Kapitaloffensive. Die faschistische Diktatur in den Gewerkschaften kann für uns nur der Anlaß sein, uns um so fester mit den Massen der Gewerkschaftsmitglieder zu verbinden, eine systematische revolutionäre Arbeit in den Betrieben und kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zu leisten und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch den Masseneintritt revolutionärer Arbeiter in die Gewerkschaften zu verstärken bei gleichzeitiger Förderung der bestehenden roten Einheitsverbände. Das ist um so notwendiger, als die Faschisten die Gewerkschaften zu Zwangsorganisationen machen wollen, deren Mitgliedsbeiträge obligatorisch eingezogen werden.

Gerade weil die faschistische Diktatur keinen der Widersprüche des Kapitalismus lösen kann, müssen alle Kommunisten alle ihre Kräfte einsetzen für die Gewinnung der entscheidenden Schichten des Proletariats in den Betrieben und Gewerkschaften, um diese Massen für die kommende Einheitsfront gegen Kapitaloffensive und faschistische Unterdrückung zu gewinnen. Die faschistische Regierung war wohl imstande, die sozialfaschistischen Führer durch faschistische Kapitalknechte zu ersetzen, aber sie kann nicht die grundlegenden Gegensätze zwischen den Interessen der Massen der Gewerkschaftsmitglieder und den faschistischen Kommissaren, den Beauftragten der Krupp und Thyssen, der Schacht und Siemens überwinden. Wenn die Leipart und Graßmann abgesetzt wurden, weil sie bei der neuen Kapitaloffensive und Kriegsvorbereitung ebensowenig imstande sein werden, Streikkämpfe zu verhindern, wie sie nicht imstande waren, den Munitionsarbeiterstreik und den BVQ-Streik zu verhindern, so muß das für alle revolutionären Arbeiter eine ernste Mahnung sein, nun erst recht die revolutionäre Massenarbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern und in den Gewerkschaften zu verstärken, um den Kampf für die Arbeiterforderungen entgegen der sozialfaschistischen Politik des «Abwartens» wie gegen den Widerstand der faschistischen Streikbruchorganisatoren zu führen. Das ist um so notwendiger, als durch die Auslieferung der Gewerkschaften an die Faschisten durch Leipart und Co. wohl die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik diskreditiert wurde, aber die reformistische und sozialfaschistische Ideologie des «Abwartens», der Politik des «kleineren Übels» und des «abwirtschalten lassen» fortlebt. Jede Vernachlässigung der revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften bedeutet somit eine Hilfe für die Sozialdemokratie, die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur.

Große Teile der Gewerkschaftsmitglieder und die neuertretenden nationalsozialistisch eingestellten Arbeiter und Angestellten erwarten jetzt eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Je kühner wir diese Massen in den Kampf um ihre Forderungen führen, je erfolgreicher wir ihnen helfen, ihre elementarsten Forderungen durchzusetzen, um so schneller werden sie von ihren Volksgemeinschafts-Illusionen befreit. Das können wir um so besser, je fester wir als Gewerkschaftsmitglieder mit ihnen verbunden sind. Die zahlreichen Beispiele der Teilnahme der NSBO-Mitglieder am Kampfe um die Durchsetzung der betrieblichen Forderungen (Streik in der Druckerei des «Angriff», Hasper Metallwerk usw.) zeigen die großen Möglichkeiten der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront gegen die von den Unternehmern und den Faschisten diktierten, Hungertarife, für die Verteidigung der bestehenden Tarife und für den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und um höhere Löhne.

Mit den vielfältigsten Methoden wird gegenwärtig die Kapitaloffensive durchgeführt. Die Pressemitteilungen über den Tarifriffreden sind der schamloseste Arbeiterbetrug zur Ablenkung vom betrieblichen Lohnabbau, Kurzarbeit, Entlassungen,

Lohnabbau durch Lebensmittelverteuerung, inflationistische Preistreiber usw.

Die wichtigste Aufgabe ist jetzt die Ausnutzung der betrieblichen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern zur Auslösung von Teilkämpfen gegen jeden Lohnabbau, für höhere Löhne. Gleichzeitig gilt es, die Gewerkschaftsmitglieder für die gemeinsamen betrieblichen Forderungen der einzelnen Berufsgruppen wie für die Forderungen der Erwerbslosen als gewerkschaftliche Forderungen zu mobilisieren und die faschistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zur Unterstützung dieser Forderungen aufzufordern. Innergewerkschaftlich treten wir ein für die Herabsetzung der Gewerkschaftsbeiträge, für die Kontrolle der Kassengeschäfte der Gewerkschaften durch von den Mitgliedern gewählte Revisionskommissionen, gegen den beabsichtigten Abzug der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn.

Alle scheinbar furchtbar «radikalen» Tendenzen der «Nichtabführung der Gewerkschaftsbeiträge», der «Beitragssperre» und dergleichen bedeuten nichts anderes als die Isolierung der revolutionären Arbeiter von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder. Statt des Kampfes um die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder zur Verteiligung der Arbeiterinteressen gegen den Willen der faschistischen Kommissare würde das ein Davonlaufen vor den faschistischen Gewerkschaftskommissaren bedeuten, einem Verzicht auf den gewerkschaftlichen Kampf gleichkommen und das Bestreben der Nazi, die Kampfkraft der Gewerkschaftsmitglieder zu dezimieren, nur fördern. Es ist im Gegenteil nötig, jede Gelegenheit zu benutzen, das Bestimmungsrecht der Gewerkschaftsmitglieder zu verteidigen, den Kampf um die Arbeiterdemokratie, die Wählbarkeit der Funktionäre in den Gewerkschaften weiterzuführen und die Mitglieder dafür zu gewinnen, daß sie nur solche Tarife und Bestimmungen anerkennen, die von den Mitgliedern selbst beschlossen wurden. Wir kämpfen weiter um die Eroberung der unteren Gewerkschaftsfunktionen und Gewinnung der Funktionäre und setzen gegen den Willen der faschistischen Gewerkschaftskommissare die Wahl revolutionärer Arbeiter als betriebliche Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre durch. Wenn die faschistischen Gewerkschaftskommissare Mitgliederversammlungen verhindern, weil sie die Meinungsäußerung der Mitglieder fürchten, so ist das noch weniger Grund, auf den Kampf um die Gewerkschaften zu verzichten. Das muß für uns vielmehr ein Ansporn sein, nun erst recht die Massen der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben und an den Stempelstellen für die RGO zu gewinnen. Wenn die faschistischen Gewerkschaftskommissare durch die faschistische Diktatur in den Gewerkschaften die Kampforganisation verhindern wollen, so gewinnt die Sammlung der Massen der Gewerkschaftsmitglieder, der Betriebstätigen und der Erwerbslosen, ihre Mobilisierung für die kämpfende Einheitsfront, ihre organisatorische Zusammenfassung durch die RGO um so größere Bedeutung. Die historische Aufgabe der RGO ist die Sammlung und Organisation der Massen der Arbeiter, Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter und der Angestellten auf dem Boden des revolutionären Marxismus für den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt.

Im Kampfe gegen die Kapitaloffensive und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sammelt die RGO die breitesten Massen und führt die rückständigen Schichten des Proletariats an die Aufgaben des politischen Kampfes heran. Durch die Schaffung der revolutionären Gewerkschaftspresse für alle Gewerkschaften gilt es, die ideologische Offensive gegen den Einfluß der faschistischen Ideologie und ihrer Gewerkschaftspresse zu führen, die Massen im Sinne des revolutionären Marxismus für den Klassenkampf zu schulen und die Massen der Gewerkschaftsmitglieder zum Kampfe anzuleiten. Unter den veränderten Bedingungen können diese Aufgaben nur gelöst werden durch Schaffung von Gruppen oppositioneller Gewerkschafter in den Betrieben. Die Betriebsgruppen der RGO und ihre Leitungen müssen in der Hauptsache aus Gewerkschaftsmitgliedern zusammengesetzt sein und ihre Tätigkeit auf die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder für den Kampf um die Arbeiterinteressen konzentrieren. Im Kampf um die Arbeiterforderungen gilt es, in den Betrieben in Form

der Vertrauensleute in den Abteilungen, der Lohn- und Tarifkommissionen, Delegiertenberatungen, der Kampfausschüsse und Streikleitungen, der Schaffung von Widerstands- und Solidaritätskassen, wie des Streikschutzes oder Selbstschutzes einen Kampfapparat zu schaffen.

Auf diesem Wege muß die RGO zu einer breiten Oppositionsbewegung der Massen der Gewerkschaftsmitglieder werden, ohne daß dabei die Arbeit unter den Unorganisierten versäumt wird. Der Aufbau der RGO soll der Struktur der Gewerkschaften entsprechen. Unter Ausnutzung der verschiedensten Anlässe sollen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder durch verschiedene Kommissionen zusammengefaßt und für die selbständige Kampforganisation gewonnen werden. Das ist das Neue in der Schaffung einer breiten Gewerkschaftsopposition, daß wir auf der Basis der betrieblichen Vertrauensleute, Lohnkommissionen oder dergleichen lose Verbindungen und Gemeinschaften der Gewerkschaftsmitglieder in der Art von Gemeinschaften zum Schutze der gewerkschaftlichen Mitgliederrechte, zur Verteidigung des Tarifvertrages, zur Verbesserung des Arbeiterschutzes usw. schaffen. Diese Aufgaben können nur mit Erfolg gelöst werden, wenn die Leitungen der RGO in den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen in ihrer übergroßen Mehrheit aus Gewerkschaftsmitgliedern zusammengesetzt sind. Die wachsende Empörung der unteren Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder gegen den Verrat der sozialfaschistischen Führer, die kameradschaftliche Zusammenarbeit, die in der letzten Zeit in den meisten Betrieben herbeigeführt werden konnte, gibt die Möglichkeit, solche in den Gewerkschaften organisierte antifaschistische Arbeiter nicht nur für die RGO zu gewinnen, sondern sie unmittelbar zur Mitarbeit in den Leitungen der RGO heranzuziehen. Die wichtigste Frage ist dabei die Orientierung der Betriebsgruppen der RGO auf die innergewerkschaftliche Arbeit. Nur wenn die Betriebsgruppen der RGO ihre Tätigkeit auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder konzentrieren und die Leitungen der Betriebsgruppen sich in der Mehrheit aus Gewerkschaftsmitgliedern zusammensetzen, können die entscheidenden Schichten des Proletariats im Betrieb für die kämpfende Einheitsfront gewonnen werden. Dabei darf keineswegs eine starre Form der Beitragskassierung diese Werbung beschränken. Es muß vielmehr in den Betrieben die breiteste Sammlung für die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaftsopposition herbeigeführt werden. Alle Arbeiter, die selbst mit kleinsten Beiträgen die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit unterstützen, gelten als Mitglieder der RGO.

Wenn wir so den Kampf um die Gewerkschaften führen, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder und auch die Unorganisierten für die kämpfende Einheitsfront gewinnen, die Massen im Prozeß der Teilkämpfe an den politischen Massenstreik und an den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur heranzuführen, werden wir nicht nur mit Erfolg die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter erkämpfen, sondern im revolutionären Kampfe zum Sturze der faschistischen Diktatur den Einfluß des Sozialfaschismus und der faschistischen Gewerkschaftskommissare beseitigen und die Gewerkschaften erobern.

Die Lösung dieser gewaltigen Aufgabe ist abhängig von der kühnen Initiative und zielbewußten Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften. Gegenwärtig gibt es fast nirgends kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften, da im allgemeinen diese innergewerkschaftliche Arbeit der RGO überlassen wurde. Dieser Fehler unserer Parteiarbeit bedeutet eine Unterschätzung der führenden Rolle der kommunistischen Partei und eine ernste Vernachlässigung des Kampfes um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Im Zusammenhang mit der Konzentration unserer Hauptkräfte auf die Eroberung der Belegschaften im Kampfe um die Arbeiterforderungen, gegen die faschistische Diktatur, gilt es, das Schwergewicht der Arbeit auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder zu konzentrieren und in allen Gewerkschaften kommunistische Fraktionen zu schaffen, die mit kühner Initiative an der Spitze der Arbeiter gegen die Kapitaloffensive kämpfen, die in jeder Berufsgruppe die besonderen Teilforderungen der Arbeiter im Kampfe um das Koalitionsrecht, für die Verteidigung der Bestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages, für die Lohn- und Arbeiterschutzforderungen, für die Erwerbslosenforderungen, für die Verteidigung der Sozialversicherung, gegen die Arbeitsdienstplicht und für die Frauen- und Jugendforderungen eintreten. In jedem Betrieb sind die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder zu gewerkschaftlichen Betriebsfraktionen zusammenzufassen, die unter Leitung der Zelle arbeiten, aber gleichzeitig Direktiven von

der Gewerkschaftsfraktionsleitung der betreffenden Industrie- oder Berufsgruppe erhalten.

Gleichzeitig ist die Oppositionsarbeit in der NSBO systematisch zu organisieren.

In den roten Gewerkschaften müssen die Kommunisten als die klassenbewußtesten, erfahrensten Kämpfer eine größere Initiative entfalten, damit die roten Gewerkschaften in vorbildlicher Weise den Kampf gegen die Kapitaloffensive, gegen den Faschismus führen, mit Hilfe der Einheitsfronttaktik die Massen der Mitglieder der Gewerkschaften für den gemeinsamen Kampf gewinnen und so die führende Rolle in den Wirtschaftskämpfen erobern. Auch wenn die staatlichen Gewerkschaften zu Unterstützungsorganisationen des faschistischen Staates gemacht und die Beiträge vom Lohn abgezogen werden sollten, führen die roten Gewerkschaften ihre Aufgaben weiter durch. Je aktiver die roten Gewerkschaften den Kampf für die Arbeiterinteressen und gegen faschistische Unterdrückung führen, um so stärker wird der Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften der betreffenden Industriegruppe werden, um so stärker wird der Massenwiderstand gegen die Diktate der faschistischen Gewerkschaftskommissare entfaltet, um so eher ist es möglich, die Kampfeinheit der Massen der Gewerkschaftsmitglieder in der betreffenden Industriegruppe zu verwirklichen und unter bestimmten Voraussetzungen die Vereinigung der Gewerkschaftsmitglieder beider Organisationen zu einer revolutionären Einheitsgewerkschaft durchzuführen. Keineswegs jedoch dürfen irgendwelche Konzessionen an Stimmungen des Einzelaustritts aus den Gewerkschaften und des Uebertritts in rote Gewerkschaften gemacht werden. Die Mitglieder der roten Gewerkschaften haben selbst das größte Interesse daran, daß in den staatlichen Gewerkschaften eine starke innergewerkschaftliche Opposition zustandekommt, denn nur auf diesem Wege ist es möglich, die Einheitsfront, den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der betreffenden Industriegruppe herbeizuführen.

## Gegen die Antisowjet-Hetze der II. Internationale! Gegen Faschismus und Krieg!

Aufruf der Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Je mehr die Sozialdemokratie sich als Wegbereiter des Faschismus entlarvt, desto mehr steigt ihre schrankenlose Wut gegen die proletarische Diktatur, gegen den zur Tat gewordenen Sozialismus, gegen die Sowjetunion. Jetzt nimmt die II. Internationale die Verlängerung des sogenannten «Berliner Vertrages» zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der im Jahre 1926 auf der Grundlage des Vertrages von Rapallo abgeschlossen wurde, als Anlaß einer neuen niederträchtigen Hetzkampagne.

Die II. Internationale, die Organisation der sozialfaschistischen Parteien, entlarvt sich in dieser verlogenen Hetze von neuem als die treibende Kraft der militärischen Intervention der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion. Ihr ungehemmter Haß gegen die proletarische Revolution, ihre Todesangst vor der Schicksalsstunde des Kapitalismus, die auch ihre eigene Schicksalsstunde wird, die sie zum Wegbereiter des Faschismus werden ließ, treibt sie an die Spitze der Kriegsbetzer gegen die Sowjetunion. Sie will die Friedenspolitik der Sowjetunion beschmutzen, die Politik, die das sozialistische Sowjetland den imperialistischen Kriegstreiberien entgegenstellt, die dem vorwärtsstürmenden Faschismus ein unüberwindliches Bollwerk entgegenstellt. Die wachsende Kraft des sozialistischen Sowjetlandes ist die allerstärkste Stütze des internationalen, des deutschen Proletariats im Kampfe gegen die imperialistische Weltreaktion, gegen den internationalen Faschismus. Seine Friedenspolitik bedeutet nicht nur die Sicherung des gigantischen sozialistischen Werkes im Lande der befreiten Arbeit, sie bedeutet zugleich Kampf für das Leben des gesamten internationalen Proletariats, der Werktätigen aller Länder; sie bedeutet Schutz und Stärkung aller, die vom Kapitalismus ausersehen sind, als Kanonenfutter des neuen imperialistischen Krieges zu dienen.

Aus diesem Grunde hat die Sowjetunion in zähem Kampfe für den Frieden eine ganze Reihe von Nichtangriffspakten und Neutralitätsverträgen mit kapitalistischen Ländern errungen. Die führenden Parteien der II. Internationale waren immer gegen diese Verträge — die deutsche Sozialdemokratie hetzte auch gegen den Rapallo-Vertrag —, weil die sozialdemokratischen Parteien Todfeinde der proletarischen Revolution im eigenen Lande und des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion sind. Sie sind für einen Krieg gegen die Sowjetunion, weil sie hoffen, daß durch einen Antisowjetkrieg die Krise des Kapitalismus auf Kosten der befreiten Völker der Sowjetrepubliken gelöst und der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems vermieden werden kann. Sie sind für die militärische Intervention gegen die Sowjetunion, wie sie auch den Faschismus der proletarischen Diktatur vorziehen, weil sie fürchten, daß der unvermeidliche Krieg zwischen den imperialistischen Mächtegruppen zum revolutionären Zusammenbruch des Kapitalismus, zur proletarischen Revolution führen wird.

Der Machtantritt Hitlers über dem Rücken der deutschen Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer hat den imperialistischen Krieg in unmittelbarer Nähe gerückt. Soeben, noch am 17. Mai, haben die deutschen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unter Führung von Löbe und Wels einmütig für Hitlers Katastrophenpolitik gestimmt. Das ist die offene Fortsetzung der Politik vom 4. August 1914 auch unter dem Faschismus, wie dies Göbbels und die ganze faschistische Presse feststellt. Der Zerfall des imperialistischen Europas in zwei feindliche Lager tritt immer offensichtlicher in Erscheinung. Die eine Gruppe — Mussolini-Italien, Hitler-Deutschland, Horthy-Ungarn — bereitet im Namen der nationalen Befreiung gegen die Versailler Grenzen den imperialistischen Krieg vor, nicht um das System von Versailles zu vernichten, sondern um ein neues Versailles aufzurichten. Die andere Gruppe — Frankreich und seine Verbündeten, die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, Polen — tritt im Namen der Demokratie gegen den Faschismus auf, um den Raubfrieden von Versailles in einem neuen imperialistischen Krieg zu verewigen. Es sind in allen kapitalistischen Ländern die «extremsten» Feinde der Sowjetunion, die alle strittigen Fragen zwischen den imperialistischen Ländern aufschieben wollen, um den «großen Plan», den Sturz des Sozialismus in der Sowjetunion, durch vereinte Kräfte des ganzen Weltimperialismus verwirklichen zu können. In der Nachbarschaft dieser «unversöhnlichen» Gegner

— jener gradlinigen Faschisten — befindet sich auch die II. Internationale mit ihrer Hetzkampagne gegen alles, was die Durchführung der Friedenspolitik der Sowjetunion sichern kann.

Die II. Internationale, treu den konterrevolutionären Grundsätzen, die ihre Geburtsbeller waren, will alle Kräfte der verfeindeten imperialistischen Gruppen zum gemeinsamen Kampf gegen die proletarische Revolution, gegen ihren Vortrupp, die Sowjetunion vereinen.

Es geschieht nicht zum erstenmal, daß die Parteien der II. Internationale die Sowjetunion in einen Krieg verwickeln wollen. Waren die polnischen Sozialdemokraten nicht mit in der Führung des Antisowjetkrieges Pilsudskis und des Generals Weygand? Hat nicht der Sozialdemokrat Paul Boncour damals gesagt, das die Sowjetunion angreifende Polen sei der Brückenkopf gegen den Bolschewismus? War nicht die ganze II. Internationale für den Krieg, um Sowjet-Georgien dem englischen Imperialismus auszuliefern? Sind es nicht die Führer der II. Internationale gewesen, die die Parole des «roten Imperialismus» ausgegeben haben? Waren es nicht sie, die gegen die Sowjetunion hetzten, als die Imperialisten einen räuberischen Überfall auf die Ostschinabahn organisierten?

Waren es nicht die deutschen Sozialdemokraten, die Deutschland in die Antisowjetfront einreihen wollten? Erinnernten nicht die deutschen Sozialdemokraten den siegreichen Hitler, daß die Sozialdemokratie den Damm gegenüber dem Bolschewismus bildete? Hat nicht die ganze II. Internationale diese antisowjetistische Politik der deutschen Sozialdemokratie im Namen der Politik der «Völkerversöhnung» unterstützt? Haben nicht die deutschen, französischen, englischen Sozialdemokraten, hat nicht die ganze II. Internationale die verbrecherische Schüdlings- und Spionage-Arbeit der imperialistischen Generalstäbe, der russischen Weißgardisten, von den Monarchisten bis zum Exekutivmitglied der II. Internationale gedeckt und unterstützt? Kann man vergessen, wie die Rolle der II. Internationale in den Moskauer Prozessen der «Industriepartei» und der «Menschewiki als Helfershelferin der Vorbereitung der militärischen Intervention durch Sabotage und Spionage vor der ganzen Welt entlarvt wurde?

Die verleumderische Hetzkampagne um die Verlängerung des «Berliner Vertrages» gegen die Sowjetunion reiht sich in diese Serie der abscheulichsten Provokationen der Parteien der II. Internationale würdig ein.

Das internationale Proletariat, in erster Linie das deutsche Proletariat muß und wird wissen, daß sein geschichtlicher Platz an der Seite des sozialistischen Arbeiterstaates, in gemeinsamer Frontstellung gegen den Imperialismus — ob im faschistischen oder im demokratischen Gewande — ist. Wir, die Kommunistische Partei Deutschlands, verfolgt, gebetzt, gejagt von den faschistischen Mordbanden, die durch die deutsche Sozialdemokratie großgezüchtet, durch sie in den Sattel gehoben wurden, wir, die wir allein den Kampf gegen die Hitler-Diktatur führen, erklären:

Die Verlängerung des «Berliner Vertrages» seitens der Arbeiter- und Bauernregierung der Sowjetunion ist die richtige Fortsetzung ihres Kampfes für den Frieden im Interesse der Werktätigen der ganzen Welt.

Die Verlängerung des «Berliner Vertrages» seitens der Hitler-Regierung ist eine erzwungene Anerkennung der wachsenden Macht der Sowjetunion, eine Aufschiebung der Verwirklichung der Pläne von Hitler-Rosenberg, die den «heiligen Krieg» aller Imperialisten gegen die Sowjetunion, gegen den Weltbolschewismus bezwecken, — bis die breite Front zu einem solchen Krieg geschaffen wird. Wir wissen es, daß die Hitler-Regierung nur auf die Möglichkeit wartet, um dann diesen Vertrag als einen Papierfetzen zu behandeln.

Wir wiederholen, was wir bereits im Jahre 1926 im Reichstag zu diesem Vertrag erklärt haben:

Der Garant dieses Vertrages ist nicht die deutsche Bourgeoisie, sondern das revolutionäre deutsche Proletariat im Bündnis mit den Millionen der befreiten Arbeiter und Bauern der Sowjetunion.

Die II. Internationale kommt durch ihre verleumderische Hetze gegen die Sowjetunion auch jetzt wieder dem Faschismus zu Hilfe. Wie sie durch die Entwaffnung des Proletariats, durch die Auflösung der proletarischen Selbstschutzorganisationen,



durch die Verfolgung der revolutionären Arbeiterorganisationen, durch ihren Kampf gegen die proletarische Diktatur, durch die Zertrümmerung der Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Vormarsch des Faschismus im Namen der Demokratie den Weg für die faschistische Diktatur frei machten, so will sie jetzt dem Imperialismus und seinen faschistischen Soldknechten den Weg für die militärische Intervention gegen die Sowjetunion bereiten.

Wie die internationale Sozialdemokratie dem Faschismus durch die Verteidigung der «Demokratie» die Bahn freigemacht hat, so will sie jetzt die militärische Intervention gegen das Land des Sozialismus unter der Maske des Kampfes gegen den Faschismus vorbereiten.

Das Zentralkomitee der KPD ruft der deutschen Arbeiterklasse, allen, die durch die faschistische Diktatur unterdrückt und gemartert werden, zu:

*Eure Aufgabe ist die tagtägliche Steigerung des antifaschistischen Kampfes gegen den faschistischen Mordterror, gegen die Offensive des Kapitals und gegen dieieberhaft sich steigende Vorbereitung des imperialistischen Krieges in Deutschland, die Einreihung der von ihren Führern verratenen sozialdemokratischen Arbeiter in diese Kampftrouf.*

Nicht die II. Internationale, die internationale Organisation der Wegbereiter des Faschismus, die Internationale der sozialfaschistischen Parteien, deren jede mit der eigenen Bourgeoisie den imperialistischen Krieg und die militärische Intervention gegen die Sowjetunion vorbereitet, hilft dem deutschen Proletariat in seinem schweren opferreichen Kampfe. Die Parole von Wels lautet: Bleibt auf dem «verfassungsmäßigen» Wege, keine illegale Arbeit gegen den Staat; d. h. Anerkennung Hitlers, Unterwerfung unter seine Diktatur!

Allein die Kommunistische Internationale kämpft Seite an Seite mit der deutschen Arbeiterklasse.

Allein die Sowjetunion ist das Land des Sozialismus, dessen Interessen gleich sind mit denen des Weltproletariats.

Wir rufen den Kriegshetzern der II. Internationale zu:

Fort mit den Händen, die den Weg für Hitler ebneten, von der sozialistischen Sowjetunion!

Fort mit den Händen, die die Arbeiterklasse Deutschlands vom antifaschistischen Kampfe zurückhalten wollen, von unserem Kampfe gegen die Hitler-Diktatur!

Nieder mit den imperialistischen Kriegshetzern, den Faschisten und den Sozialfaschisten!

Es lebe die internationale proletarische Solidarität!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

## Gruß des ZK der KPD an den eingekerkerten Führer der KPD, Ernst Thälmann

Lieber Genosse Thälmann!

Anläßlich Deines Geburtstages sendet Dir das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands im Namen aller Kommunisten, aller Antifaschisten und des gesamten revolutionären Proletariats Deutschlands heißeste revolutionäre Kampfesgrüße.

Wenn Du diesen Tag hinter den Kerkermauern des faschistischen Hitler-Deutschland begehen mußt, die Dir, wie zehntausenden revolutionären antifaschistischen Kämpfern in Deutschland, den Weg in die Freiheit versperren, dann empfinden wir in diesem Augenblick doppelt ernst die Verpflichtung, Deinem Vorbild getreu keinen Augenblick zu ruhen und zu rasten, bis der Tag des Sturzes der blutbesudelten faschistischen Diktatur, des Sturzes des Kapitalismus und der Errichtung der proletarischen Diktatur auch in Deutschland gekommen ist, an dem die siegreiche proletarische Revolution die Tore Deines Kerkers sprengen wird.

Genosse Thälmann!

Du hast, gejagt und gehetzt von der ganzen Meute der verächtlichen Schergen der Hitler-Diktatur, bis zum letzten Augenblick mutig und ohne Rücksicht auf Dein eigenes Schicksal, an der Spitze der revolutionären Arbeiter Deutschlands, an der Spitze Deiner, unserer Partei, unermüdlich den Widerstand gegen die faschistische Diktatur, gegen die Unterdrückung und Entrechtung der werktätigen Massen organisiert. Du bist nicht feige geflohen in dem Augenblick, wo der schändlichste, niederträchtigste Verrat der sozialfaschistischen Führer Hitler den Weg zur Macht freigegeben hatte. Du bist nicht wie die Braun, Severing, Grzesinski ins Ausland gegangen. Du bleibst bis zur letzten Minute Deiner Freiheit verbunden mit Deiner Klasse, mit den revolutionären Arbeitern Deutschlands, mit der Partei, die unter Deiner Führung alle die Jahre hindurch den Weg zu einer bolschewistischen Partei zurückgelegt hat. Darum bleibst Du auch hinter Kerkermauern nicht nur der Führer unserer Partei, nicht nur einer der besten, aufopferndsten, revolutionärsten, der Arbeiterklasse ergebensten Bolschewiki unserer mächtigen Internationale, sondern zugleich auch ein leuchtendes Vorbild für jene Millionen, denen Dein Beispiel, Dein Ausharren im Feuer der faschistischen Konterrevolution den Glauben an die unbesiegbare Kraft des revolutionären Proletariats zurückgibt, den ihnen der Verrat der gekauften und feigen Kapitulanten an der Spitze ihrer Partei und des ADGB rauben wollte. Wir, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, erklären an diesem Tage unsere unwandelbare Treue, unsere unlösliche Verbundenheit mit Dir als dem jahrzehntelang erprobten Führer unserer revolutionären Partei gerade in dem Augenblick, wo die gekaufte kapitalistische Journaille es wagt, die lächerlichsten Märchen über Deine angebliche Absetzung von der Führung unserer Partei zu verbreiten.

Wir geloben, in Deinem Geiste, allem Terror und allen Verleumdungen, allen blutigen Verbrechen der faschistischen Diktatur zum Trotz, alles daran zu setzen, den revolutionären Widerstand der Massen zu wecken, die proletarische Revolution in Deutschland vorzubereiten, zu organisieren und zum endgültigen Sieg zu führen. Der Tag, an dem die siegreichen roten Fahnen mit Hammer und Sichel über Rätedeutschland wehen, wird und muß auch der Tag Deiner Befreiung, der Tag der Befreiung zehntausender eingekerkelter antifaschistischer Kämpfer des deutschen Proletariats werden.

Dir, Genosse Thälmann, als dem unbeugsamen, revolutionären Führer der roten Freiheitsarmee des Kommunismus in Deutschland, dem lebendigen Beispiel unerschrockenen antifaschistischen Kampfmutes, sendet das ZK der KPD im Namen der ganzen deutschen Arbeiterklasse zu Deinem heutigen Geburtstage ein donnerndes dreifaches <Rot Front>.

*Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).*

# Hitler führt Deutschland in die Katastrophe!

## Der Krieg steht vor den Toren Europas!

### Hunger, Teuerung und Terror erwürgen das Volk!

Wohin hat Hitler Deutschland geführt? - In [allen] Haupt[städten] Europas, an der Genfer Zentrale des Völkerbundes [4 Worte nicht lesbar]. Keinen Freund [besitzt] das kapitalistische Hitler-Deutschland in der ganzen Welt. Feinde ringsum - [... ringsum].

Was [sagt die] Hitler-Rede im Reichstag, die auf Täuschung der werktätigen Massen in Deutschland und in der ganzen Welt berechnet war? - Sie [ist ein ...] der ganzen Unwahr[heit der Wahldemagogie] der Nazi-Regierung:

[Er ... ..] zur [Ernährungs]politik. Er verspricht, [sich an den Buchstaben] und Paragraphen von Versailles zu halten.

[Er verbeugt] sich vor [Macdonald], er [begrüßt Mussolini] er [... sich] vor [...].

Er [selbst erklärt: Ihr könnt uns vergewaltigen, nur dürft ihr nicht fordern, daß wir das noch einmal unterschreiben].

[Gleichzeitig verkündet Schacht die pünktliche Zahlung der Young-Anleihe und aller privaten Tribute an das internationale Finanzkapital.]

So treibt der Hitler-Faschismus die gleiche Tributpolitik, wie sie die Ebert-Scheidemann, [...] und Brü-ning betrieben haben.

Die Sozialdemokratie, die das Versailler Diktat und die anderen Tributpläne unterzeichnete, jubelt im Reichstag [Hitlers Erstattungspolitik und seiner Kriegshetze noch begeisterter zu als 1914 ... ..].

[Sie ist zu feige], gegen den blutigen Terror zu protestieren. [Sie] schweigt dazu, daß Hitler ihre Partei zerschlagen hat. Sie [5 Worte nicht lesbar] gegen [... .. Gewerkschaften ... ..]. Sie gibt die Gewerkschaften den faschistischen

Räubern preis. Sie wagt nicht einmal die Freilassung [ihrer eigenen Abgeordneten zu] fordern. Aber die [Sozialdemokratie stimmt] für die [Vertrauensschließung der Hitler-Kriegshetze]. Damit billigt sie die ganze Hitler-Rede und Nazi[propaganda].

Hitler proklamiert: die erste Aufgabe der Nazis ist die Ausrottung [... kommunistischen ...]!

[Die SPD spricht ihm dafür ihr Vertrauen] aus und [singt mit ihm das Deutschlandlied].

Hitler proklamiert [Eroberungspolitik und heuchelt Friedensliebe, weil er sich zum sofortigen Losschlagen noch zu schwach fühlt. Die SPD spricht ihm ihr einstimmiges Vertrauen aus].

[Hitler entfacht eine unerhörte chauvinistische Hetze und ... aller ... ..].

[Die SPD steht am Reichstag wie ein Mann hinter ihm]. Aus den [Kaiser-sozialisten] von 1914 [sind 1933 Hitlersozialisten] geworden, die sich mit der [Faschisten]regierung verbrüderern.

Alle reaktionären Mächte der Welt, alle Kriegs[hetzer], alle [...], die [Imperialisten], die [mit] Bomben und [...]granaten [... ..] unterdrücken, die die [Streiks und Hungerkämpfe ihrer eigenen] Arbeiter und Bauern blutig niederknüppeln [... versuchen ihre volksfeindliche imperialistische Kriegshetze mit dem ... Nationalismus] zu „rechtfertigen“, [4 Worte nicht lesbar] [Zwangsmilitarisierung], Geschrei [nach ... .. und] Kolonialforderungen [entfacht haben].

### Wir reißen die Maske vom Gesicht dieser Tributräuber!

Gerade sie haben mit dem Versailler System [und] ihrer [Rachepolitik] die [besten] Bedingungen für das Wachstum [der Nazibewegung geschaffen]. Sie wollen jetzt die Folgen ihrer eigenen [Politik als Begründung für eine weitere] chauvinistische Verhetzung gegen Deutschland [ausnutzen].

Diesen [...] Imperialisten, die darauf aus sind, Deutschland noch weiter zu

zerstückeln, Danzig endgültig zu [... Ostpreußen einzureißen], das Saargebiet unter ihrem [...] auszuplündern, [Ypern-Malmedi] in eine französische Festung zu verwandeln, die deutsche Sprache in Südtirol [auszu...], aus Österreich eine italienisch-französische [Kolonie] zu [machen] und [Millionen] Deutschen in der Tschechei ihre Mutter[sprache, ihre ... und ihre politischen Rechte zu rauben - [... .. schleudern] wir unseren revolutionären Kampf [entgegen].

Nieder mit dem Raubsystem von Versailles!

[...] aller kapitalistischen [Raubforderungen] der Welt!

[Kämpft] gegen den imperialistischen Krieg!

[Es lebe das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Befreiung aller nationalen Minderheiten aus imperialistischer Knechtschaft!]

[In allen kapitalistischen Ländern] kämpfen die kommunistischen Parteien an der Spitze der Arbeiter und Bauern gegen [ihre eigene Bourgeoisie], gegen den Chauvinismus ihrer [eigenen Imperialisten, Faschisten, Kriegshetzer, Lohnräuber, Volksunterdrücker und deren sozialdemokratischen Lakaien.]

In Deutschland [schreien die Panzerplattenproduzenten], die Krupp [und Thyssen, die ... und ... „Hurra“ und „Heil Hitler“, weil sie auf neue Rüstungsprofite lauern. Wieder ... .. die Sozialdemokratie]

[Die kapitalistischen Blutsauger] in Deutschland, die eng mit dem [Großkapital Englands, Frankreichs] und Amerikas verbunden [sind ... .. ihrer Profite das arbeitende Volk] Deutschlands in den Krieg gegen seine Brüder in Frankreich, Polen und [Rußland] hetzen. [Die Verjagung] dieser [kapitalistischen ...] ist die [Voraussetzung für die nationale Befreiung. Deshalb kämpfen wir Kommunisten unter der Losung]:

## Der Feind steht im eigenen Land.

Diese Henkerregierung, die Tausende in Zuchthäuser und Konzentrationslager sperrt, die einen blutigen Bürgerkrieg gegen alle Schichten des hungernden Volkes führt, die jede freiheitliche Regung ersticken will, die mit ihrem ganzen bewaffneten Staatsapparat das kapitalistische Ausbeutersystem schützen und aufrechterhalten will, sie beweist die Wahrheit der kommunistischen Lehre:

**Wer die soziale Knechtschaft in Deutschland aufrecht erhält, der ist unfähig, Versailles zu zertrümmern, um die nationale Befreiung durchzuführen.**

Diese Regierung, die vor den Versailler Siegermächten kapituliert hat, gibt den Reichen, den Industriellen, Agrariern und Bankiers was sie haben wollen. Sie treibt als Fronvogt für das internationale Kapital die Tribute ein: sie wuchert den Butter- und Margarinepreis immer höher - sie kratzt den Arbeitern das Schmalz vom Brot - sie peitscht von den Kurzarbeitern die Lohnsteuer ein und vom Mittelstand die Steuerlasten, sie treibt den Bauernhof in den Ruin - und wozu das alles. Warum die blutigen Kommunistenverfolgungen?

Nicht nur, um den deutschen Kapitalisten fett zu machen, nicht nur für ihre [Krippenjäger] und die braunen Volksausplünderer, sondern ebenso um Zins und Zinseszins [an] die [ausländischen] Imperialisten pünktlich zu bezahlen.

Alle [irreführten] Volksmassen, die früher an Hitler glaubten und ihm zujubelten, beginnen heute einzusehen:

**Hitler ist der [Einpeitscher] der Profite des deutschen Kapitals und der Auspresser, der Tribute für das Ausland [erpreßt]!**

Warum erwähnen die Naziminister bei ihren Hunderten von Reden niemals die gewaltige Tatsache, daß Sowjetrußland das Land der Diktatur der Arbeiter und Bauern als einziges Land

von sich aus den Krieg mit Deutschland sofort nach dem Sieg der proletarischen Revolution beendete und daß die Arbeiter- und Bauernmacht sich immer weigerte, das Versailler Raub- und Tributsystem anzuerkennen und zu unterzeichnen. Dieses wahrhaft edle Verhalten der Sozialistischen Sowjetunion erfolgte, obgleich die deutschen Militaristen in Brest-Litowsk den russischen Arbeitern einen „Friedensvertrag“ diktieren wollten, der [in] der Niedertracht, Brutalität und Ausplünderung nicht um ein Haar besser war als das Schanddokument von Versailles.

### Die Hitler-Regierung provoziert den Krieg.

Unter der Losung „Gleichberechtigung“ proklamiert sie die [unmittelbare] Kriegsvorbereitung. Solange sie noch nicht selbst gegen Polen oder Frankreich losschlagen kann, will sie die „Revision“ der Verträge durch einen neuen Raubkrieg gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Warum hat Hitler, der angeblich Frieden will, geschwiegen über das freche Angebot von Göring an Frankreich und Polen und über die Versuche Rosenbergs in England, eine Kriegsfront gegen den Arbeiter- und Bauernstaat zustande zu bringen und von Sowjetrußland die Ukraine, die georgischen Ölfelder, den Anteil an der Ostchinesischen Eisenbahn und den Hafen Wladiwostock zu rauben!

Die „nationale Regierung“ hängt sich im Reichstag den Friedensmantel um. Aber schlimmer als zu Wilhelms Zeiten betreibt sie die national[sozialistische] Hetze. Warum denn diese Paraden - Warum die Militarisierung des ganzen Sportes? - Warum die vielen Feldübungen, Aufmärsche, der Wehrsport, Schießunterricht, die Arbeitsdienstpflicht und die Militarisierung aller Betriebe? - Das alles ist direkte Kriegsrüstung auf kürzeste Sicht!

Weil das kapitalistische System weder Brot noch Arbeit schaffen kann, weil sich die Nazi-Regierung mit dem Schwindel von der „Konjunktur“ verspekuliert hat, weil die gefälschten Ar-

beitslosenstatistiken und das lügenhafte Geschrei vom „nationalen Aufbau“ niemanden täuschen kann:

**Deshalb wollen die Kapitalisten den Krieg!**

**Darum rüstet die Militärregierung zum Krieg!**

**Deshalb droht unmittelbar der Krieg!**

Hitler will mit der Entfaltung der nationalistischen Hetze unter der Losung „Alles für Deutschland“ gleichzeitig einen neuen gewaltigen Raubzug auf die Löhne, eine Vernichtung der Sozialgesetzgebung und eine inflationistischen Preistreiberei durchsetzen, um die unergründlichen Taschen des Großkapitals weiter zu füllen.

Die Kommunisten appellieren an alle in Fabrik und Kontor, an alle hinter dem Pfluge und hinter dem Ladentisch:

### Vereinigt Euch!

unter der Führung der einzigen revolutionären, antikapitalistischen und antifaschistischen Partei

zum Kampf um euer Leben

zum Kampf um höhere Löhne, Unterstützungen, Renten,

zum Kampf gegen die würgenden Massensteuern, die alle Werktätigen ruinieren

zum Kampf gegen den politischen Terror und die geistige Unfreiheit, die jeden eigenen Gedanken, jedes kritische Wort, jede [freie Meinung], jeden kulturellen [Fortschritt] mit [Zuchthaus und blutigen Greueln, mit fristloser Entlassung ... .. unterdrückt].

Kämpft gegen den Krieg indem ihr gegen die faschistische Reaktion kämpft.

Kämpft gegen den Krieg durch Streik für Lohnerhöhung, durch Massenaktionen gegen die Hitlerische Lebensmittelverteuerung.

Kämpft gegen den Krieg, indem ihr jede Arbeitsdienstpflicht unmöglich macht!

Kämpft gegen den Krieg indem ihr euch in Massen dem Terror der Nazi-horden entgegenwerft.

Kämpft gegen den Krieg, indem ihr gegen die verräterische, hitlertreue Sozialdemokratie kämpft!

Der Ausbeuter, der Kapitalist, der Börsenschieber, der Junker, der Staat, das ganze System der Ausbeutung, Unterdrückung und des Krieges ist nicht gestürzt, sondern noch verschärft worden. Entlarvt die Lüge von der „nationalsozialistischen Revolution“ und der „Systemänderung“.

Hitler hat alle seine gutgläubigen Wähler verraten!

Hitler hat alle seine Wahlversprechungen zerrissen!

Hitler und mit ihm das ganze kapitalistische System muß verschwinden!

[An] einzigen Ausweg aus dieser verzweifelten Lage Deutschlands aus der wachsenden Krise, vor dem drohenden Krieg, das ist der Kampf um den Sieg der proletarischen Revolution. Und dieser Kampf um die soziale Befreiung ist der einzige Weg zur nationalen Freiheit.

#### **Die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik**

wird vom ersten Tage Ihres Bestehens an verbunden sein mit 170 Millionen Arbeitern und Bauern in der Sowjetunion.

Der deutschen Arbeiter- und Bauernrepublik gehören vom ersten Tage ihres Bestehens an die Sympathien aller Arbeiter, aller Werktätigen, aller unterdrückten Kolonialvölker der ganzen Welt.

Die Hitler-Regierung entwaffnet die Arbeiterklasse und alle Werktätigen. Wir Kommunisten sind keine Pazifisten. Wir bekämpfen auf Tod und Leben jeden Versuch eines imperialistischen Krieges. Aber wenn Land und

Fabriken, Banken und Rohstoffe dem ganzen deutschen Volke wirklich gehören,

#### **wenn die deutschen Arbeiter und Bauern in allen Fabriken und auf allen Höfen bewaffnet sind,**

dann werden wir Versailles in Trümmer schlagen, gestützt auf die Sympathien und die aktive Hilfe der Arbeitermassen in den Ländern der Versailler Tributmächte. Dann wollen wir im Bunde mit der Sowjetunion die Macht der Welt sehen, die es noch fernerhin wagen könnte, deutsche Landesteile der Arbeiter und Bauernrepublik loszureißen oder Hoffnungen auf Tribute zu nähren.

Für das ganze Versailler Raub- und Tributsystem sind vor allem jene Noske, Ebert, Killinger und von Epp, jene konterrevolutionären Banditen verantwortlich, die 1918 die Arbeiterklasse entwaffneten und damit das deutsche Proletariat der Tributpolitik auslieferten.

Ein Räte Deutschland, das sich stützt auf das bewaffnete Proletariat, hätte das Versailler Diktat ebenso zerrissen, wie die russischen Arbeiter den Vertrag von Brest-Litowsk in Fetzen gerissen haben.

Nur die Arbeiter- und Bauernrepublik kann Brot und Arbeit geben. Sie wird dem Menschen das geben, was er an Essen, Kleidung und Wohnung braucht. Die stillgelegten Fabriken werden in wenigen Wochen wieder arbeiten. Allein die Sowjetunion wird auf Jahre hinaus die ganze deutsche Industrie, die heute nur halb produziert oder ganz stillliegt, beschäftigen. Absatzmangel oder mangelnde Kaufkraft der Massen, das werden in der deutschen Arbeiter- und Bauernrepublik

Erinnerungen an das fluchwürdige kapitalistische System sein, dessen faschistische Lakaien ein 65-Millionenvolk im Bürgerkrieg und imperialistischen Kriegen heute verbluten lassen wollen.

Arbeiter, Bauern und Werktätige! Der Zweifel an dem Popanz Hitler, der sich selbst zum nationalen Gott erheben möchte, [frißt] in den Volksmassen rasend schnell um sich. An euch alle tritt die Entscheidung immer unausweichlicher:

Hitler führt Deutschland in die Katastrophe!

Hitler führt zu Hunger, Blut und Krieg!

Die Sozialdemokratie leckt ihm die Stiefel, wie 1914 dem Wilhelm und Ludendorff!

Nur der Kommunismus kann Deutschland vor der Katastrophe retten!

Nur die Arbeiter- und Bauernrepublik bringt Brot, Freiheit und Frieden!

Nur die soziale Befreiung aus kapitalistischer Knechtschaft bringt nationale Befreiung aus den Ketten von Versailles!

Wer arbeitet und dabei hungern muß, wer arbeiten will und nicht arbeiten darf, wer sich nach Freiheit sehnt, wer auf Schlachtfeldern nicht nutzlos für das Kapital verbluten will, der kämpfe mit den Kommunisten für den Sieg der Arbeiterklasse im Bunde mit der Bauernschaft, für die proletarische Diktatur.

**Für die deutsche Arbeiter und Bauern-Republik! Für den Sozialismus!**

Zentralkomitee der KPD.  
(Sektion der III. Internationale)

## Entschließung des Zentralkomitees der KPD zur Lage und den nächsten Aufgaben

### I

Das Zentralkomitee stimmt vorbehaltlos der Resolution des EKKI zur Lage in Deutschland zu und beschließt, diese Resolution allen Mitgliedern der Partei schnellstens zuzuleiten.

Die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland bestätigt in vollem Umfang die Richtigkeit der Beschlüsse der Komintern, insbesondere aber des XII. Plenums, das das Ende der relativen Stabilisierung konstatierte und eine Periode neuer großer Schlachten zwischen den Klassen und Staaten richtig voraussagte.

Das Zentralkomitee weist mit Genugtuung auf die Feststellung des EKKI hin, daß die Politik der KPD unter Führung des Genossen *Thälmann* bis zum 30. Januar richtig war und daß das EKKI alle Maßnahmen der Partei seit dem 30. Januar als Fortsetzung der richtigen Generallinie unserer Partei feststellt.

Der Uebergang zur offenen faschistischen Diktatur, den die deutsche Bourgeoisie mit der Einsetzung der *Hiller-Hugenberg-Regierung* am 30. Januar, mit der Provokation des Reichstagsbrandes und mit der Entfesselung des ungehemmten faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse vollzogen hat, ist das Ergebnis der Entwicklung, die mit dem Bündnis *Ebert-Hindenburg* im November 1918 und mit der Niederschlagung der Vorhut des Proletariats durch den Noske-Terror, durch die Freikorps, an deren Spitze viele heutige SA-Führer standen, begann. Diese Entwicklung fand ihre folgerichtige Fortsetzung in der Koalitionspolitik der SPD, ihrer Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie und der Politik des «kleineren Übels», sie führte mit dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung in der gewaltig verschärften Krise des internationalen und des deutschen Kapitalismus zur Notverordnungsdiktatur *Brünings, Papens* und *Schleichers*, die das beschleunigte und verschärfte Tempo der Faschisierung ausdrückte.

Der Uebergang zur offenen faschistischen Diktatur und die Entwicklung des faschistischen Masseneinflusses wurde im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus in Deutschland besonders begünstigt durch den verlorenen Krieg, das Versailler Diktat, die doppelte Ausbeutung des deutschen Proletariats durch die eigenen und die Entente-Kapitalisten und durch die klassenverräterische Politik der Sozialdemokratie.

Indem die Hitlerbewegung eine demagogische nationalistische Welle gegen Versailles entfachte, konnte sie breite Massen des Kleinbürgertums und der Werktätigen mobilisieren, konnte sie die kapitalistische Wirtschaftspolitik und Tributpolitik der Sozialdemokratie zur Diskreditierung des Marxismus ausnutzen und vom Kampf um die soziale Befreiung ablenken. So verschärfte sie die bewußt im Interesse der Sicherung der kapitalistischen Herrschaft und der Schwächung der Kampfkraft des Proletariats herbeigeführte Spaltung der Arbeiterklasse und peitschte im Dienste des Trutskapitals Werk tätige gegen Werk tätige, wobei die sozialfaschistischen Führer aktive Hilfe gegen die proletarische Revolution leisteten.

Die wachsende Krise des Versailler Systems, die Verschärfung aller imperialistischen Gegensätze und die damit verbundene planmäßige Steigerung der chauvinistischen Welle veranlaßte die Sozialdemokratie, nicht nur eine Politik der schärfsten Bekämpfung des revolutionären proletarischen Internationalismus zu führen, sondern einen nationalchauvinistischen Wettbewerb mit den Nationalsozialisten zu betreiben. (Diskreditierung der Sowjetunion, imperialistische Aufrüstung, Wahl Hindenburgs, blutige Unterdrückung der Antikriegsdemonstrationen durch SPD-Polizei usw.)

Die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern, der Kampf der KPD um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus und den revolutionären Ausweg wurde zweifellos dadurch erschwert, daß gleichzeitig der Kampf gegen den nationalsozialistischen Masseneinfluß geführt werden mußte, bei dem die antifaschistischen Phrasen der Sozialdemokratie unsere Arbeit erschwerten.

Die deutsche Bourgeoisie ist gezwungen, ihre letzten faschistischen Reserven zu mobilisieren. Sie kann nur noch mit den äußersten Gewaltmitteln versuchen, den revolutionären Aufschwung zu unterdrücken und die drohende proletarische Revolution abzuwenden. Das beweist die tiefste Fäulnis des deutschen Kapitalismus, die verzweifelte Lage der deutschen Bour-

geoisie, die mit den gefährlichsten innen- und außenpolitischen Abenteuern einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise sucht. Aber das Proletariat konnte die bis zu den wildesten Provokationen gesteigerten Angriffe des Faschismus noch nicht durch revolutionäre Massenaktionen abwehren und selbst zu entscheidenden Machtkämpfen übergehen, weil die Mehrheit des Proletariats, insbesondere in den Betrieben und Gewerkschaften, noch unter dem Einfluß der sozialfaschistischen Führer stand, weil die KPD noch nicht stark und manövrierfähig genug war, um gegen den Widerstand der sozialfaschistischen Bürokratie große Massenaktionen auszulösen. Dem sozialdemagogischen Schleicher-Regime, dem die Gewerkschaftsbürokratie umfassende und erfolgreiche Hilfsdienste leistet, gelang es, eine weitere Steigerung der Streikbewegung über den Höhepunkt des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks hinaus zu unterbinden und damit unmittelbar die Hitler-Regierung vorzubereiten.

Bei dieser Lage war es für die Partei unmöglich, allein mit der revolutionären Avantgarde des Proletariats, ohne die Massen-gefolgschaft der Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats einen von vornherein zur Niederlage verurteilten aussichtslosen Kampf gegen die faschistische Diktatur aufzunehmen.

Das ZK handelte richtig, wenn es sich das Gesetz des Handelns durch die wilden Provokationen des Klassenfeindes nicht vorschreiben ließ, wenn es eine Politik der Abenteuer ablehnte.

Die Voraussetzungen für den siegreichen Aufstand des Proletariats, die von Lenin in klassischer Form analysiert wurden, waren in Deutschland zwar im Keime vorhanden, aber noch nicht ausgereift. Unter diesen Umständen mußte für das ZK der Partei Lenins Auffassung über die Rolle der Avantgarde des Proletariats in der Zeit des Heranreifens der Voraussetzungen der revolutionären Krise maßgebend sein:

«Mit der Vorhut allein kann man nicht siegen. Die Vorhut allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen die Avantgarde nicht direkt unterstützen, oder wenigstens eine wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben, wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen.»

Der Sieg der konterrevolutionären Partei des Faschismus hat die Arbeiterklasse und ihre Partei vorübergehend zum Rückzug gezwungen. Aber nur Kapitulant und Opportunisten können davon reden, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus geschlagen sei, daß sie eine «Schlacht verloren» und eine «Niederlage erlitten» habe. Nur Abenteuer und Putschisten können verlangen, daß die Partei in dieser Situation den bewaffneten Aufstand hätte proklamieren müssen.

Alle Widersprüche des kapitalistischen Systems, deren Verschärfung in Deutschland den Uebergang zur offenen faschistischen Diktatur erzwang, entwickelten sich unter der faschistischen Diktatur verschärft weiter und gehen einer gewaltsamen Sprengung der bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnisse entgegen, wenn die kommunistische Partei ihre Aufgabe als Führer und Organisator des revolutionären Massenkampfes auf bolschewistische Weise erfüllt.

Trotz der absolut richtigen politischen Linie des ZK der KPD vor und während des Staatsreiches Hitlers, trotz der Auswirkung des Versailler Diktats und der entscheidenden Verantwortung, die die Sozialdemokratie durch ihre jahrzehntelange Politik der Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse trägt, die durch die Kapitulation am 20. Juli 1932 und am 30. Januar 1933 gekrönt wurde, muß unsere Partei selbstkritisch alle Ursachen untersuchen, die die schnellere Entwicklung der subjektiven Voraussetzungen für die revolutionäre Krise gehemmt haben.

Die entscheidende Schwäche unserer Parteiarbeit, in der die ungenügend fortgeschrittene Bolschewisierung unserer Partei zum Ausdruck kommt, liegt darin, daß die richtigen Beschlüsse der Führung der Partei, die Betriebe zum wirklichen politischen Zentrum der Parteiarbeit, zur Basis der Einheitsfrontpolitik zu machen, nur ungenügend in die Praxis umgesetzt wurden.

Unsere Initiative zur Entfaltung der Teilkämpfe, zur revolutionären Massenarbeit in den Betrieben, Gewerkschaften und auf den Stempelstellen, reichte nicht aus, um das Tempo der Entwicklung der revolutionären Kräfte mit dem der faschistischen Kräfte Schritt halten zu lassen.

In der Durchführung der Einheitsfrontpolitik hemmte vornehmlich die Starrheit und noch nicht genügend Manövrierfähigkeit das sofortige Reagieren auf konkrete Maßnahmen des Gegners, der Unternehmer, der Faschisten, der Sozialdemokratie. Trotz der richtigen Generallinie, die das XII. Plenum der EKKI bestätigte, gelang es der Parteiführung nicht, die Schere zwischen richtigen Beschlüssen und ihrer richtigen Durchführung zu schließen.

Das Freiheitsprogramm unserer Partei wurde nicht als wirkliches soziales und nationales Kampfprogramm ausgewertet. Die Tatsache, daß nicht unsere Partei, sondern Deutsche nationale und Faschisten ein Volksgesetz gegen den Youngplan demagogisch einleiteten, hemmte vorübergehend unseren Kampf gegen die nationale Demagogie des Faschismus. Unsere Agitation und Propaganda gegen Versailles, Dawes- und Youngplan, die Zerreißung Deutschlands, war nicht ausreichend, nicht umfassend und aufwühlend genug, um die Massen zur Verwirklichung unseres Freiheitsprogramms mitzureißen. Das ZK erinnert an die Feststellung des Genossen Thälmann auf dem Februarplenium über die hemmende Rolle, die der Opportunismus in der Praxis überall dort spielte, wo die Arbeiterfeindlichkeit der SPD- und Gewerkschaftsführer unterschätzt wird, wo die Partei in Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, bei Lohnbewegungen, Betriebsratswahlen, Oppositionsausschlüssen, Naziterror usw. zurückwich.

Wenn auch der rechte Opportunismus die Hauptgefahr in der Durchsetzung der Generallinie der Partei bildet, so muß daneben mit Nachdruck hingewiesen werden auf den «links» maskierten Opportunismus, wie er in aller Klarheit nicht nur im *Merkerschen* Sektiererertum (Theorie der «kleinen Zörgelbeis») zum Ausdruck kam, sondern vor allem 1931 von der *Neumann-Gruppe* in Widerspruch zu den Beschlüssen des ZK als offener Angriff auf den Parteiführer Thälmann unternommen wurde (Widerstand gegen den Preußen-Volksentscheid, Losungen der Neumann-Gruppe: Zertrümmert den ADGB, Beitragssperre, «keine Angst bei Gründung roter Verbände» usw.). Hinzu kommt noch die hemmende Rolle der Neumann-Gruppe, die in der ideologischen Massenoffensive gegen den Faschismus durch Theorien über die Unvermeidlichkeit der faschistischen Diktatur, Losungen wie «Schlagt die Faschisten...», durch Spekulationen auf Niederlagen der Partei in den Wahlkämpfen und durch aktiven Widerstand gegen die vom Genossen Thälmann geführte ideologische Offensive der Partei immer wieder Hemmungen bereitete, rückständige Stimmungen der Peripherie der Partei und des Kleinbürgertums zum Ausdruck brachte.

Die organisatorische und politische Schwäche unserer Massenorganisationen, insbesondere der RGO und der roten Verbände, die ungenügende Verwirklichung der führenden Rolle der Partei in diesen Organisationen, die oftmalige Gleichsetzung der Arbeit dieser Organisationen mit der Arbeit der Partei, das alles führte zu einem Tempoverlust im antifaschistischen Kampf, der uns die Heranführung der Arbeitermassen über die politischen und wirtschaftlichen Teilkämpfe zum politischen Massenstreik und Generalstreik nicht ermöglichte und die Organisation und Auslösung von Widerstandsbewegungen und dem allgemeinen Massenwiderstand gegen die faschistische Diktatur gehemmt hat.

Diese Schwächen und Fehler wurden von der Neumann-Gruppe planmäßig und gruppenmäßig gefördert. Die kleinbürgerliche Panikstimmung, die die offene faschistische Diktatur nicht nur als unvermeidlich, sondern sogar als «notwendiges Durch-

gangsstadium» zur proletarischen Diktatur ansah, die Unterschätzung der faschistischen Massenbewegung verbunden mit einer feindlichen Einstellung zu den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter bedeutete den Verzicht auf die ideologische Offensive gegen den Faschismus, hemmte die Klärung der Probleme des Kampfes gegen den Faschismus (z. B. der Ablehnung des individuellen Terrors) und erschwerte zugleich die Organisation des wehrhaften Massenkampfes zur Verteidigung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen.

Die sektiererische Politik der Neumann-Gruppe im kommunistischen Jugendverband, verbunden mit dem verbrecherischen Versuch, den Jugendverband in Kampfstellung gegen die Partei, gegen den Komsomol und gegen die KJL zu bringen, erweist sich jetzt als eine direkte Unterstützung für das Vordringen des faschistischen Einflusses unter den Massen der Jugendlichen, auf die die Nazibewegung zielbewußt den Kurs genommen hat.

Bis heute ist hier, trotz der richtigen Beschlüsse über die Arbeit der Gesamtpartei unter den werktätigen Jugendmassen und der Unterstützung des KJVD durch die Partei ein starker Tempoverlust zu verzeichnen, der raschestens aufgeholt werden muß.

Hinzu kommen noch Tatsachen, wie, daß die Neumann-Gruppe ihren Widerstand gegen die durch den Genossen Thälmann eingeleitete ideologische Offensive, ihre Angriffe auf die Parteiführung, die Verbreitung unwahrer Gerüchte und ihre hemmende Rolle in der Entfaltung einer bolschewistischen Selbstkritik noch nicht aufgegeben hat.

Das Kennzeichen der gegenwärtigen politischen Vorschläge der Reste der Neumann-Gruppe, deren Wortführer Genosse *Herzen* ist, besteht in einem krassen Gemisch von nacktem Opportunismus, hinterhältigem Trotzkismus und blankem Putschismus. In ihren Dokumenten kommt ein völliges Unverständnis der revolutionären Dialektik, eine vollkommene Panik vor der offenen faschistischen Diktatur, eine feindliche Stimmung gegen den Genossen Thälmann und die ganze Parteiführung, eine trotzkistische Verleumdung der Partei, der Versuch, durch fraktionelle Parteidiskussion die Einheit der Partei zu zerstören, zum Ausdruck.

Ihre Haupttheorien (faschistische Diktatur bedeutet grundlegenden Systemwechsel — das Lumpenproletariat ist heute die herrschende Klasse, der sich die ganze Bourgeoisie unterwirft — die Macht der Bourgeoisie ist gestärkt, das Proletariat hat eine Schlacht verloren und eine Niederlage erlitten — Genosse Thälmann, das Zentralkomitee und die Partei tragen die Verantwortung für das Zustandekommen der faschistischen Diktatur) stellen einen offenen Angriff nicht nur auf den Genossen Thälmann und die Parteiführung, sondern auch auf die Komintern, die Genossen Stalin und Manuilski, die Beschlüsse des XI. und XII. EKKI-Plenums dar. Die Neumann-Herzen sind heute zum Bannerträger aller rückständigen Stimmungen an der Peripherie der Partei geworden. Sie sind ein Kanal, durch den der Klassenfeind seine Provokateurparolen in die Partei lanciert (haben sie doch — jetzt hinterher — die Proklamierung des bewaffneten Aufstandes für den 22. Januar gefordert). Unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes sind ihre Auffassungen unvereinbar mit der Politik und Disziplin, die das einfachste Parteimitglied aus freiwilliger Entschlossenheit in der ganzen Parteiarbeit übt. Das Zentralkomitee wird alle Sicherungen treffen, um die Linie der Partei in die Praxis umzusetzen und diese Störenfriede mit Hilfe der ganzen Partei und im Namen der ganzen Arbeiterklasse rücksichtslos auszumerzen.

## II.

Die Machtergreifung der Hitler-Hugenberg, die Einreihung der faschistischen Organisationen in den Staatsapparat und die Entfaltung des faschistischen Terrors, der längst noch nicht seinen Höhepunkt erreicht hat, bedeutet den Versuch der Spitzen des Monopolkapitals, der Großagrarien, mit Hilfe der faschistischen Massenbewegung, aktiv unterstützt von den Führern der Sozialdemokratie und des ADGB, des Zentrums, der christlichen Gewerkschaften, durch eine brutale Diktatur, deren Methoden und Maßnahmen alles übertreffen werden, was an Vorgängern des Faschismus auf der Welt vorhanden ist, in einem rasenden Tempo die Avantgarde zu vernichten, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, die umfassendsten Voraussetzungen für einen beispiellosen blutigen Bürgerkrieg und die rasche Rüstung zu unmittelbar drohenden europäischen und außereuropäischen imperialistischen Kriegen und Interventionskriegen gegen die Sowjetunion zu schaffen.

Die Zentralisierung und Verstärkung der Staatsgewalt (Ausschaltung der Parlamente, Einsetzung von Statthaltern, Gleichschaltung der Länder, faschistische Hilfspolizei, Beseitigung der

Koalitions- und Pressefreiheit, faschistische Zentralisierung aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvereinigungen zur Eingliederung in die faschistisch-reaktionäre Ständeversammlung, Entrechtung der Beamten usw.) soll unter den Bedingungen der verschärften kapitalistischen Krise dem Monopolkapital die schnellere Durchsetzung einer neuen großen Offensive auf Lohn, Gehalt und Einkommen aller Arbeiter und Werktätigen ermöglichen.

Die Ausschaltung der letzten Ueberreste der mehr oder weniger demokratisch verkleideten Teile der Bourgeoisie und ihres Anhangs aus dem Staatsapparat, ihre Ersetzung durch offene, mit der Politik der letzten 14 Jahre nicht belastete Faschisten bedeutet, daß die bisher verschleierte wahren Macht- und Klassenverhältnisse jetzt offen sichtbar werden, wenn wir verstehen, die Nazidemagogie (Volksgemeinschaft — «Ehret die Arbeit» — Schwindel vom Systemwechsel — sozialistische Phraseologie) zu durchkreuzen und zu zerschlagen.

Die Ersetzung sozialdemokratischer, staatsparteilicher und Zentrumsminister, Polizeipräsidenten und höherer und mittlerer

Beamter durch Faschisten bedeutet, daß an Stelle der Kombination von Betrug und Gewalt, durch die die Arbeiterklasse bisher «demokratisch» niedergehalten wurde, die brutale Gewalt in größtem Ausmaße in den Vordergrund tritt, wobei aber gleichzeitig der mit allen Mitteln der Staatsfinanzen und des Staatsapparates, der modernen Technik und des bürgerlichen Reklamebetrugs organisierte faschistische Massenbetrug die größten Ausmaße annimmt, um die Arbeitermassen zu verwirren, die eigenen Anhänger und Wähler von der großkapitalistischen Politik der Hitlerpartei abzulenken.

Die Bourgeoisie ist gezwungen, auf die demokratische Fassade zu verzichten und die nackte Diktatur der Gewalt in den Vordergrund zu rücken. Diese Entwicklung erleichtert bei einer richtigen antifaschistischen Einheitsfrontpolitik die Ueberwindung der jahrzehntelangen, von der Sozialdemokratie genährten Illusionen über den parlamentarisch-demokratischen Weg zum Sozialismus, über die Rolle des Staates, über die Wirtschaftsdemokratie und über die Politik des «kleineren Übels». Das waren in der Vergangenheit wesentliche Hemmnisse für die Heranführung breiter, unter sozialdemokratischem Einfluß stehender Arbeitermassen an revolutionäre Aktionen.

Die erbärmliche Kapitulation der Führer der Eisernen Front, das Einschwenken des Zentrums, der Zusammenbruch des Föderalismus in den süddeutschen Ländern, das Ueberkaufen der Führer des ADGB in das Lager des Faschismus, ihr Aufruf zur Schändung des 1. Mai gemeinsam mit Goering, Hugenberg, Thyssen und Schacht haben das Vertrauen der breiten Massen zu ihren bisherigen Führern erschüttert und die Loslösung der Massen von diesen Führern und Parteien, ihre Gewinnung für die kämpfende Einheitsfront und den Kommunismus außerordentlich vergrößert.

Es ist ein Zeichen der Kraft des revolutionären Widerstandes der Arbeiter und der Furcht der Hitler-Diktatur vor den offenen Ausbrüchen dieses Widerstandes, wenn Tarifabläufe vertagt werden, unmittelbarer Lohnabbau und neue Massenentlassungen nach Möglichkeit zurückgestellt werden, wenn die Regierung solche Manöver macht, wie die Aufforderung von Konfektionsfirmen, die bisher untertäniglich bezahlten Heimarbeiter tariflich zu entlohnen. Aber selbst die Anweisung, für den zum Staatsfeiertag erklärten 1. Mai den Lohn auszuzahlen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die soziale Manövrierfähigkeit der Hitler-Diktatur außerordentlich eingengt ist und daß mit dem Zuckerbrot von

Fahnen, Tribünen, Zeppelin und Feuerwerk die Peitschenhiebe der Arbeitsdienstpflicht und Zwangsmilitarisierung nicht gelindert, die Kläglichkeit der Arbeitsbeschaffungspläne Hillers, die Zertrümmerung der Arbeitergewerkschaften durch den faschistischen Gewaltstreich des 2. Mai keineswegs aus der Welt geschafft werden können.

Anzusehen der Kampagne der Faschisten für Leistungslohn und Arbeitsdienstpflicht, der Pläne auf raschen und restlosen Abbau der gesamten Sozialpolitik und der Bestrebungen auf Umwandlung der Erwerbslosenunterstützung in Selbstversicherung der Arbeiter, die Vorbereitung einer neuen Rationalisierungswelle in Verbindung mit der Zertrümmerung aller bestehenden Tarifverträge, die Ankündigung einer neuen Inflation macht gerade die Auslösung der sozialen Gegensätze und ihre Steigerung zu Massenaktionen, besonders in Betrieben und Gewerkschaften, bei den Arbeitslosen und in den Arbeitsdienstpflichtlagern, sowie unter den Massen, deren Existenz von der Sozialpolitik bestimmt wird, zu einem entscheidenden Hebel, um die werktätigen Nazianhänger unter direkter Anknüpfung an ihre antikapitalistischen Stimmungen in einen bewußten Klassengegensatz zu der finanzkapitalistischen Politik der Hitler-Diktatur zu treiben.

Aber so wie die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer nach wie vor sich nach Kräften bemühen, selbst bei Fußtritten, Prüzeln und Schutzhaft der Nazis gegen sie, ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur weiter zu spielen, so wichtig ist es für alle Kommunisten, die revolutionäre Einheitsfrontpolitik zur Einbeziehung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Arbeiter in den antifaschistischen Massenkampf mit noch größerer Entschlossenheit durchzuführen und hierbei die Rolle unserer Partei als der einzigen Vertreterin der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen, sowohl als auch des einzigen Auswegs aus der Krise herauszuarbeiten.

Die Einigung der Arbeiterklasse, die Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter für den Massenkampf und den revolutionären Ausweg, das ist die Hauptfrage der Politik unserer Partei, mit der die Zerstörung des nationalsozialistischen Masseneinflusses eng verbunden ist. In dem Maße, wie es uns gelingt, sozialdemokratische, gewerkschaftliche Arbeitermassen in unsere Kampffront hineinzuziehen, in dem gleichen Maße wird es uns gelingen, die Nazidemagogie zu zerstören und breite Massen aus der Nazifront auszulösen.

### III.

Die Zerschlagung der revolutionären Vorhut, der KPD, diese entscheidende Aufgabe, die sich der Faschismus gestellt hat, ist trotz der Anwendung des ungehemmten Terrors, trotz wilder Provokationen, umfassender Korruption und zügelloser Demagogie absolut nicht gelungen. Das bewiesen die Wahl und die Fülle der antifaschistischen Aktionen, Widerstandsbewegungen und Streiks im ganzen Reiche. Die Kader unserer Partei haben das in sie gesetzte Vertrauen der Parteiführung und der ganzen Komintern gerechtfertigt. Sie haben eine große Festigkeit, einen gewaltigen Opfermut an den Tag gelegt. Der Widerstand gegen Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen, aber auch der Widerstand auf dem ökonomischen Gebiete ist nach den ersten Wochen unvermeidlicher Verwirrung und Depression in Teilen der Arbeiterklasse jetzt wieder im Wachsen begriffen. Neue, wenn auch noch kurzfristige Streiks haben eingesetzt (Niederrhein, Wasserkante), mutige Beispiele des aktiven Widerstandes gegen den SA-Mordterror an vielen Stellen (Hamburg, Niederrhein, Elbing, Breslau, Riesa usw.). Eine unmittelbare Folge dieses wachsenden Widerstandes ist der Versuch der Bourgeoisie, größere soziale Konflikte mindestens hinauszuschieben und sich im Augenblick auf differenziertere Maßnahmen des Lohn- und Unterdrückungsabbaues zu konzentrieren, der durch ein demagogisches Geschrei mit Margarinescheinen, Hillerspender und Fonds für Opfer der Arbeit verschleiert werden soll.

Die faschistische Diktatur, die am 1. Mai durch die Hillerrede ihre Hilflosigkeit gegen das Wüten der kapitalistischen Krise, bewies (kein Arbeitsbeschaffungsplan — jeder Mann sein eigener Arbeitgeber) — Straßenbau nur im Hinblick auf

Kriegsrüstungen, aber mit Einsatz des Arbeitsdienstheeres), die im Januar rasch zur Machtübernahme drängte, um schon die Entlastung des Arbeitsmarktes im Frühjahr auf das Konto des «faschistischen Aufbaus» zu verbuchen, die auf den «Silberstreifen am Horizont» spekulierte und deren Januar-Perspektive — die Krise hat ihren Tiefpunkt überschritten, jetzt geht es wieder aufwärts — durch die Tatsachen schlagend widerlegt ist, will durch einen neuen gewaltigen Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen die wirtschaftliche Katastrophe für das kapitalistische Deutschland zu verhindern suchen.

Diese Entwicklung wird aber den aktiven Widerstand in den Betrieben, der in einigen Bezirken bereits zur Steigerung des proletarischen Kampfes gegen die faschistische Diktatur geführt hat, beschleunigt wachsen lassen.

Das stimmenmäßige Wachstum der NSBO, das unter dem brutalsten Terror der Unternehmer und der SA, bei Verhaftung der roten Betriebsräte und der Kandidaten unserer Einheitslisten (Krupp, Leuna, Ruhrbergbau) und bei teilweisem oder vollständigem Liquidieren unserer Listen, dem scheinradikalen Auftreten der NSBO gegenüber den Unternehmern und starker Abneigung von revolutionären Teilen der Belegschaft, ihre Stimmen den reformistischen Listen zu geben, zustande kam, ist kein wirkliches Stimmungsbild des revolutionären Kräfteverhältnisses im Betrieb. Das beweist die Häufung der Fälle, wo der Druck der Belegschaft die NSBO bereits zu radikalen Manövern gegen Lohnabbau und gegen die Werkdirektoren gezwungen hat (Hasper Stahlwerke, Straßenbahnen Köln).

### IV.

Die Perspektiven des XII. Plenums über das Ende der relativen Stabilisierung, über den Beginn eines neuen Turnus von Kriegen und Revolutionen, über den Uebergang zu neuen, gewaltigen Zusammenstößen zwischen den Klassen und Staaten, findet ihre volle Bestätigung durch die kolossale Krise in den USA, die

Preisgabe des Goldstandards des Dollars, die internationale Erschütterung aller Währungssysteme, die Verschärfung des japanisch-chinesischen Krieges und der japanisch-sowjetrussischen und englisch-sowjetrussischen Spannungen, durch den Angriff der deutschen Regierung auf die russischen Wirtschaftsinstitutionen



in Deutschland und durch die Zuspitzung aller imperialistischen Gegensätze in Europa, insbesondere an den Knotenpunkten des Versailler Systems (Danzig, Ostpreußen, Korridor, Verschärfung des deutsch-österreichischen Verhältnisses), durch die weitere Zuspitzung aller imperialistischen Gegensätze als unmittelbare Folge der faschistischen Entwicklung in Deutschland.

Die faschistische Diktatur ist bestrebt, die gefährdeten Profite des Monopolkapitals und der Großagrarien durch verschärfte Massenausplünderung zu sichern. Gleichzeitig aber sucht sie die reaktionärsten wirtschaftspolitischen Bestrebungen der Kleinbourgeoisie durch Einschränkung der Gewerbefreiheit, teilweise Begünstigung handwerksmäßiger Produktion und Ausnutzung des Antisemitismus zu fördern.

Diese zeitweiligen, geringfügigen, in sich zwiespältigen und aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen erforderlichen Konzessionen können jedoch nicht über die monopolkapitalistische, großagrarische, imperialistische Grundlinie der faschistischen Politik hinwegtäuschen, sie können das immer raschere Tempo des Wachstums der unüberbrückbaren Interessengegensätze des Monopolkapitals und der Großagrarien einerseits und des kleinbürgerlichen Anhangs der Nazis andererseits nicht aufhalten.

Die Wirtschaftspolitik (Autarkiegeschrei, Boykotthetze) und die imperialistische Abenteuerpolitik der Hitler-Diktatur (chauvinistische Kriegshetze gegen Polen, Frankreich, die mit doppelter Wucht in diesen Ländern gegen das faschistische Deutschland entfacht ist), haben in Zusammenhang mit der Auswirkung der internationalen Finanzkrise die deutschen Exportmöglichkeiten schon gewaltig eingeschränkt. Die saisonmäßige Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes wird trotz aller gefälschten Berichte bereits durch die Zerstörung des deutschen Exports wettgemacht.

Die gigantische faschistische Korruption (Faschisierung des Staates mit zusätzlichen Gehältern, Unterhaltung der braunen Terrorarmee) usw. erfordern gewaltige Ausgaben, während gleichzeitig Industrie, Großagrarien, Handels- und Börsenspekulanten in steuerlicher Hinsicht entlastet werden.

Die Versailler Tributmächte und Anleihe-Imperialisten, in ihren Ländern durch die Verschärfung der kapitalistischen Krise gepöbeleit, ausgerüstet mit allen Machtmitteln, um ihren Forderungen gegenüber Hitler-Deutschland Ausdruck zu verleihen, werden keinerlei wirtschaftliche und politische Konzessionen an Deutschland machen, die der deutschen Bourgeoisie die Lage erleichtern, die doppelte Ausbeutung der deutschen Arbeiter und Werktätigen mildern könnten.

Schon ist die deutsche Währung ernsthaft gefährdet. Der

Sturz der Mark und der deutschen Staatsanleihen an den ausländischen Börsen, der in Deutschland selbst totgeschwiegen wird, beweist das. Die öffentliche Erklärung Schachis, die amerikanische Inflation berühre die deutsche Währung nicht, ist ein plumper Massenbetrug. Die Rückzahlung des Rediskontkredits erfolgte nicht freiwillig, wie die Faschistenpresse lügt, sondern weil die anderen Imperialisten Deutschland untragbare Bedingungen auferlegten. Damit wurde aber die Golddeckung der Reichsbank um fast 15 Prozent verringert, der direkte Inflationskurs der Hitler-Schacht-Politik wird immer sichtbarer. Die Steigerung der Rüstungsausgaben, die Defizite in Reich, Ländern und Gemeinden, der verschleierte Bankrott aller sozialpolitischen Institutionen, alles das drückt weiter in der Richtung einer Finanzkatastrophe.

Auf der Grundlage dieser wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten entwickeln sich immer schärfer auch die politischen Konflikte im Lager der Bourgeoisie (Rohstahl produzierende und verarbeitende Industrie, Exportindustrie und Landwirtschaft, Monopole gegen freie Betriebe, Mittel- und Kleinproduzenten, Warenhäuser und Verkaufsorganisationen gegen Kleinhandel, auf dem Dorfe Großagrarien gegen verschuldete Bauern usw.). Die Partei muß gegenüber den planmäßig von der SPD genährten Hoffnungen und Illusionen, als könnten diese Konflikte und ihre politischen Erscheinungsformen (Gegensätze in NSDAP, Deutschnationale, Stahlhelm, Spannung zwischen SA, Polizei, Reichswehr) von sich aus zum Zusammenbruch der Hitler-Diktatur führen, auf das schärfste entgegnetreten und klar und eindeutig zum Allgemeingut der Partei und der ganzen Arbeiterklasse machen: nur in dem Maße, wie es der Arbeiterklasse selber, unter Führung der KPD gelingt, Massenkämpfe zur Entfaltung zu bringen, werden diese Konflikte wachsen, wird die Kampfkraft des Faschismus gegen das Proletariat geschwächt werden. Das Ausbleiben von Massenkämpfen führt zur Festigung der faschistischen Diktatur. Das Zentralkomitee erinnert an das Februarplenum, auf dem der Genosse Thälmann gerade die Fragen der Hegemonie des Proletariats, des dialektischen Verhältnisses des proletarischen Klassenkampfes und der Arbeiteraktionen zur Gewinnung der schwankenden Schichten, die heute der NSDAP nachlaufen, klargestellt hat. Nur im Kampfe entfaltet die Arbeiterklasse als die einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse ihre Hegemonie über die ihrer Natur nach schwankenden Mittelschichten. Die Massenaktionen, der Streik, der Massenkampf sind die Voraussetzung, der Hebel des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern und Mittelschichten im antikapitalistischen und antifaschistischen Kampfe.

## V.

Die Außenpolitik des deutschen Faschismus treibt im Rahmen der allgemeinen Verschärfung aller imperialistischen Konflikte und der gewaltig verstärkten Spannung zwischen dem sozialistischen System der Sowjetunion und dem kapitalistischen System des Weltimperialismus in immer schnellerem Tempo zur Auslösung kriegerischer Konflikte (chauvinistische Ausnutzung der faschistischen Geiselmorde und Terrorakte zur Entfaltung einer Kriegsstimmung in den anderen imperialistischen Ländern, Boykott gegen Deutschland als Antwort auf den Judenboykott der Hitler-Regierung, Provokationen Polens auf der Westernplatte, mit der Begründung, die die deutsche Faschistenpresse für das «kluge» Vorgehen Japans in China brachte, Debatte im englischen Unterhaus, wachsender Widerstand gegen jede «Revision» besonders in Frankreich, Polen und der Kleinen Entente, Niederlage Deutschlands in der Anschlussfrage, offene Kriegsdrohung Polens für den Fall der Korridorfrage usw.). Die Gegensätze Deutschlands zu den mächtigsten imperialistischen Gruppierungen verschärfen sich durch die chauvinistische Hetze, die Militarisierung und Faschisierung Deutschlands. Die Beziehungen zu Italien und Ungarn haben sich nur auf Grund der völligen Kapitulation Deutschlands (Südtirol) in engen Grenzen gebessert. Die Macht des französischen Finanzkapitals und seiner europäischen Trabanten ist durch die amerikanische Finanzkrise außerordentlich gewachsen. Der britische Imperialismus muß infolge der englisch-amerikanischen starken Gegensätze große Rücksicht auf die Lage in Europa und die Beziehungen zu Frankreich nehmen. Der amerikanische Imperialismus, der in der Grundlinie mit der schärfsten faschistischen Unterdrückung der deutschen Arbeiter zur Sicherung der amerikanischen Kredite und Anleihezinsen sympathisiert, wird durch seine eigene Krise zu ökonomischen Kampfmaßnahmen gegen den deutschen Kapitalismus gedrängt. Amerika, England und Frankreich verhandeln über den

Viermächtepakt Mussolinis und MacDonalds, ohne Deutschland überhaupt zu fragen.

Die außenpolitische Isolierung der faschistischen Diktatur ist größer als die des kaiserlichen Deutschland im Juni 1914. Selbst in Spanien, Skandinavien und der Schweiz wachsen die chauvinistischen Stimmungen gegen den deutschen Faschismus. Hinzu kommt, daß die faschistischen Abenteuer in der brutalsten und dümmsten Weise die letzten Reste der Rapallo-Politik liquidieren und plump und brutal den Interventionskrieg aller imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion propagieren, wobei Deutschland als Belohnung für seine Landknechtedienste gegenüber Japan, Frankreich und Polen Konzessionen in der Aufrüstung, in der Korridorfrage und in der Erwerbung von Kolonialbesitz zu erhalten hofft.

Die unverschämten Hetzreden Hitlers, Goerings und Göbbels gegen die Sowjetunion, die frechen politischen Maßnahmen gegen die Institutionen der Sowjetunion in Hamburg und Leipzig, gegen die Unternehmungen der Derop in Berlin und in verschiedenen anderen Städten, das offene Angebot Goerings an Frankreich, mit deutscher Waffenhilfe die Ukraine für Polen von der Sowjetunion loszureißen, sind der offene Ausdruck dieses Abenteuerturns.

Das rasende Tempo, in dem die deutsche Bourgeoisie Zwangsmaßnahmen der Militarisierung der Jugend, des gesamten Sports und des Arbeitsdienstes aller Arbeiterorganisationen und Betriebe durchführt, die unerhörte Zuspitzung des fernöstlichen Konfliktes gegen die Sowjetunion, die Anstrengungen der deutschen Faschisten, die chauvinistische Welle noch weiter zu steigern (Potsdam, 1. Mai), die Tatsache, daß breite Volksmassen in Frankreich und Polen schon von einer nationalen Kriegsstimmung gegen das faschistische Deutschland erfaßt sind, der offen

zur Schau gestellte Bankrott der Abrüstungskonferenz, bei der jeder Imperialist dem anderen die Schuld zuschiebt und nur die Sowjetunion eine wirkliche Friedenspolitik zum Ausdruck bringt — das alles zeigt, daß Europa und die kapitalistische Welt sich am Rande des Abgrundes neuer gewaltiger imperialistischer Weltkriege und antibolschewistischer Interventionskriege befindet, gegen die der letzte Weltkrieg an Umfang und Opfer sich so verhält, wie der deutsch-französische Krieg 1871 zum letzten Weltkrieg.

Das Zentralkomitee ruft die Partei und die Arbeiterklasse mit dem stärksten Nachdruck auf, sich der chauvinistischen Welle, der drohenden verhängnisvollen Lawine eines neuen imperialistischen Massenmordens mit aller Kraft entgegenzuwerfen und den Kampf gegen den Krieg im Sinne der Beschlüsse des VI. Weltkongresses, im Sinne der Lehren von Marx und Engels, der Theorie und Praxis von Lenin und der russischen Bolschewiki mit eiserner Konsequenz und Entschlossenheit so zu führen, daß der Sieg der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution dem Ausbruch des imperialistischen Gemetzels zuvorkommt, daß das deutsche werktätige Volk und die Unterdrückten und Ausbeuteten Europas von der Geißel dieses imperialistischen Massenmordens verschont bleiben.

Das ZK weist die ganze Partei mit Entschiedenheit auf die Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses, des XII. EKKI-Plenums und insbesondere unserer Parteikonferenz und der Essener Konferenz der Versailler Sektionen der Komintern hin.

Die Kette der außenpolitischen Niederlagen der Hitler-Regierung beweist die Unfähigkeit allen kapitalistischen Regierungen in Deutschland, besonders die Unfähigkeit des Faschismus, Deutschland aus den Ketten des Versailler Raubvertrages zu befreien, die losgerissenen deutschen Gebiete (Südtirol, Saargebiet, Danzig) mit Deutschland zu vereinigen, die Zerreißung Deutschlands durch den Korridor zu beseitigen, Oberösterreich, Oesterreich und Elsaß-Lothringen das uneingeschränkte

freie Selbstbestimmungsrecht zu sichern und den Kampf der deutschen nationalen Minderheiten gegen den polnischen Faschismus, tschechischen Chauvinismus und französischen Imperialismus kraftvoll zu unterstützen.

Vor der deutschen Partei steht die große Aufgabe, in unlöslicher Verbundenheit mit dem sozialen Kampf gegen Hunger, für den revolutionären Ausweg aus der Krise, mit dem politischen Kampf gegen Terror, faschistische Diktatur und ungeheurer brennende Kriegsgefahr den nationalen Freiheitskampf gegen das Versailler System, für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Nationen, für die Rechte der nationalen Minderheiten im Sinne der Beschlüsse der Essener Konferenz zu führen. Diese kühne Politik, die unser Freiheitsprogramm wieder zu einer Waffe der ganzen Partei im Kampfe gegen Faschismus, Chauvinismus und Versailler System machen muß, verpflichtet jeden Kommunisten, die Traditionen Lenins und der KP, den Kampf der Kommunistischen Internationale und der Sowjetunion gegen das Versailler Diktat mit dem kühnen Angriffskreis Liebknechts zu verbinden, den proletarischen Internationalismus, das Vertrauen zu den Sektionen der Komintern, in den kapitalistischen Nachbarländern zu stärken und den Angriff mit voller Wucht unter Ablehnung aller kleinbürgerlichen, nationalistischen und nationalbolschewistischen Ideologien gegen die eigene Bourgeoisie, gegen die Diktatur des Kapitals im eigenen Lande zu richten und mit der sozialen Befreiung zugleich die nationale Befreiung zu erkämpfen, in die Massen zu hämmern, daß die proletarische Diktatur, die sich auf die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern, auf die bewaffneten Betriebe, Gewerkschaften, werktätigen Volksmassen stützt, die ihr Land, ihre Fabriken, ihr sozialistisches Eigentum verteidigen, die einzige Macht ist, die jeden fremden Imperialismus aus Deutschland her austreibt, die jedem losgerissenen deutschen Gebiet die freie Entscheidung über seinen Anschluß an die deutsche Sowjetrepublik, die jeder nationalen Minderheit die freie Entfaltung ihrer Kultur und Muttersprache geben wird.

## VI.

Die faschistische Diktatur ist nicht nur unfähig, die sozialen und nationalen Konflikte zu lösen, sie ist auch unfähig zu einer wirklichen Festigung ihrer politischen Herrschaft. Die Verstärkung des Schwerzentrums der Nazi-Partei innerhalb der Kräftegruppierungen der Bourgeoisie, der Kampf um die Alleinherrschaft, hebt die inneren Gegensätze im Lager der Bourgeoisie nicht auf, sondern verstärkt sie. Daher haben die Gegensätze zwischen der kapitalistischen Führung der Nazi-Partei und den sozialen Interessen ihrer werktätigen Anhänger die größte Bedeutung. Die Gewinnung entscheidender Schichten dieser Anhängerschaft ist eine grundlegende Voraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland. Schon heute, kaum zwei Monate nach dem Regierungsantritt Hitlers, erheben nationalsozialistische Anhänger in den Betrieben Forderungen gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zur Erhöhung der Löhne. Schon heute werden breite Schichten der Nazi-Anhänger unter den Gewerbetreibenden von Mißtrauen gegen den monopolkapitalistischen Kurs der Regierung ergriffen.

Dasselbe gilt für breite Schichten der Bauernschaft, deren Hoffnungen auf Steuerbefreiung enttäuscht worden sind.

Die Besetzung aller leitenden Posten im Polizeiapparat durch die Nationalsozialisten bedeutet noch keineswegs die Gewinnung der Mannschaften. Hier wirken sich im Gegenteil Konkurrenzgründe gegen die Hilfspolizei der SA und des Stahlhelms zersetzend unter den Polizeimannschaften aus, deren materielle und politische Lage sich unter der faschistischen Diktatur ständig verschlechtert. Auch innerhalb der Reichswehr sind diese Stimmungen vorhanden, zumal das höhere Offizierskorps und insbesondere die Generalität keineswegs in allen Fragen der Innen- und Außenpolitik konform mit der Regierung geht. Die Stellung einer Regierung, der selbst nach einem skrupellos erprobten Wahlsieg noch immer die Hälfte des Volkes und vor allem die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse in Todfeindschaft gegenübersteht, bleibt unsicher, so daß sie beim Eintritt großer Massenkämpfe einem wirklich ernsthaften Widerstand nicht Herr werden kann. Es hängt ganz entscheidend von der revolutionären Initiative der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, der Kommunistischen Partei, ab, in welchem Tempo sich alle inneren Schwierigkeiten des faschistischen Systems zu seiner Untergrabung und Zersetzung auswirken.

## VII.

Das Kennzeichen der internationalen Entwicklung des Klassenkampfes bleibt die Fortsetzung des revolutionären Aufschwunges, wobei, wie bereits das XII. Plenum feststellte, mit zeitweiligen Rückschlägen in den verschiedenen Ländern gerechnet werden muß. Gerade aus der Erkenntnis heraus, daß sich der revolutionäre Aufschwung nicht geradlinig und automatisch vollzieht, müssen wir der opportunistischen Theorie des automatischen Sich-Abwirtschaftens der Hitler-Diktatur mit größter Energie entgegenreten. Die Manövrierfähigkeiten der Hitler-Diktatur werden um so größer sein, je schwächer der Widerstand der ausgebeuteten Klassen ist.

Die Partei wird die zentrale Aufgabe, die ihr das XII. Plenum gestellt hat, die Massen über die wirtschaftlichen und politischen Teilkämpfe an den politischen Massenstreik und an den Generalstreik, an den Kampf um die Macht heranzuführen, nur lösen, wenn sie sich bewußt bleibt, daß diese Massenkämpfe allein ein wirksames Mittel zur Gewinnung der breiten Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, aber auch der werktätigen Anhänger der Nazibewegung für die rote Klassenfront, das einzige Mittel, das revolutionäre Bündnis mit den Mitteleichichten und mit den armen Bauern zum Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu verwirklichen, sind.

## VIII.

Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisationen und ihrer Presse ändert nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen. Sowohl die Reichstagswahl, als auch die Betriebsrätewahlen beweisen, daß die entscheidenden Schichten des Prole-

tarials noch überwiegend unter dem Einfluß der SPD und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, nicht unter dem des Nationalsozialismus stehen.

Die sozialfaschistischen Führer haben, treu ihrer bisherigen Rolle der Bindung von Arbeitermassen an das kapitalistische Wirtschafts- und Regierungssystem, sich mit aller Kraft bemüht,

die Eingliederung der proletarischen Kader in das Staatssystem zu ermöglichen, den Widerstand der proletarischen Massen zu lähmen, die proletarische Einheitfront zu sabotieren (höhnische Zurückweisung des Einheitfrontangebotes der Komintern an die II. Internationale, der wiederholten Vorschläge des ZK der KPD an den Hauptvorstand der SPD und den Bundesausschuß des ADGB, Wels' Austritt aus dem Büro der II. Internationale und Auslandsreise im Auftrage Goerings, Tarnows Austritt aus der Holzarbeiter-Internationale, feierliche Unabhängigkeitserklärungen von politischen Parteien, krechtliche Bereitschaft eine faschistische Einheitsgewerkschaft zu schaffen, weitere Denunziationen oppositioneller Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre an die faschistische Polizei usw.).

Die brutalen offenen Sozialfaschisten, deren entschiedenste Vertreter Wels, Leipart, Tarnow, Graßmann, Höltermann und Gellert sind, sind offen in den faschistischen Hilfsdienst übergegangen, betreiben die Arbeitsgemeinschaft mit der faschistischen Bourgeoisie, begrüßen die faschistische Staatskontrolle der Arbeiterorganisationen als förderlich, fordern von sich aus die rasche Bildung von Einheitsgewerkschaften, beantragen den Anschluß der Arbeitersportbewegung an den faschistischen Wehrsportpolitischen Reichsausschuß für Leibesübungen und liquidieren freiwillig die Eiserner Front-Organisation. Die «linken» Sozialfaschisten, wie sie international durch den Austromarxismus und in Deutschland (Berlin, Sachsen, Ruhr, Schlesien) noch Positionen besitzen — befruchtet von reumütig heimgekehrten SAP-Führern und Brandleristen — eine Scheinopposition gegen den Faschismus in Worten aufrecht, sabotieren nach wie vor jeden Schritt zur proletarischen Einheitfront, bekämpfen die Kommunisten. Eihmen die Massen durch Theorien des Abwartens und Abwirtschaften-Lassens, finden tausend Entschuldigungen für den schändlichen Verrat der Parteiführer und ADGB-Führer.

Der Einfluß dieser «linken» maskierten Führer ist desto gefährlicher, weil sie durch die Verlogung des Faschismus sich eine «Märtyrer»-Popularität zu verschaffen suchen. Ist die Einheitfront von unten mit den Antifaschisten, Sozialdemokraten und ADGB-Anhängern, Reichsbannerarbeitern und unteren Funktionären dieser Organisation die Grundlage für einen erfolgreichen antifaschistischen Massenkampf weit über den Rahmen der kommunistischen Anhänger und Wähler hinaus, so sind in bestimmten Situationen Spitzenangebote zu gemeinsamen Aktionen unerlässlich, um die Sabotage jeder antifaschistischen Aktion durch die sozialfaschistische Führung vor den Augen der breiten Arbeiterschaft klarzustellen, ihre eigene Initiative zu stärken und die kampfgewillten Arbeiter für die Bildung der Einheitfront von unten zugänglich zu machen. Das ZK begrüßt deshalb den Auftrag der Komintern anlässlich der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland und stellt die Richtigkeit der Maßnahmen des ZK der KPD in der Linie dieses Auftrages fest, daß es mit Hilfe des Kominternauftrages und unseres Angebotes an den sozialdemokratischen Parteivorstand die Massen für die Lebensforderungen der Arbeiterklasse in den Kampf gegen die faschistische Diktatur zu führen, gelungen ist, das demagogische Geschrei über den sogenannten «Nichtangriffspakt» zu zerschlagen und die sozialdemokratischen Arbeiter in der Richtung des Vereinbarens von antifaschistischen Angriffspakten für die Einheitfront zu beeinflussen. Vor der ganzen Partei steht die Aufgabe, in breitem Ausmaß die Konsequenzen aus dem Vorgehen der KI und dem Angebot des ZK zu ziehen und eine

gewaltige Verstärkung der Einheitfrontpolitik von unten herbeizuführen, sowie opportunistische Auslegung und trotzkistisch-brandlerische Blockpolitikvorschläge zu bekämpfen und der Auffassung auf das Schärfste entgegenzutreten, als ob die Vorschläge und die Maßnahmen des ZK, die in einer bestimmten Situation, unter Berücksichtigung einer bestimmten Lage, getroffen wurden, nunmehr in jeder Situation durchgeführt werden können. Spitzenangebote sind besondere Ausnahmefälle in einer besonders komplizierten Lage. Das Bleibende, das Ständige, die Grundlinie unserer Massenarbeit zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse ist die Einheitfrontpolitik von unten.

Der faschistische Gewaltstreich, der am 2. Mai gegen die Gewerkschaftsorganisationen durchgeführt wurde, zeigt einmal, daß die faschistische Diktatur in Deutschland ein derartig unmassendes Programm des Lohnrabes, der Vernichtung der Sozialgesetzgebung, der Durchführung der Zwangsarbeit verwirklichen will, daß sie dabei selbst zu den Loyalitätserklärungen der sozialfaschistischen Ueberläufer kein Vertrauen haben kann, sondern zur Sicherung des Bürgerkrieges gegen das Proletariat und zur rascheren Schaffung der Voraussetzungen für neue imperialistische Kriege die freien Gewerkschaften mit allen anderen gewerkschaftlichen Organisationen unmittelbar dem Kommando Hitlers und der Diktatur-Regierung unterstellen will. Der faschistische Gewaltstreich zeigt zum Zweiten, daß die deutschen Faschisten ihre Politik der Volksgemeinschaft in noch brutaleren, höheren Formen als der italienische Faschismus durchzusetzen entschlossen sind, daß sie die ganze organisierte Arbeiterbewegung vernichten wollen, daß sie unter der demagogischen Losung der «Gleichschaltung» einen Ständestaat aufbauen wollen, in dem die Arbeiterklasse geknechtet und geknebelt, ihrer selbständigen Organisationen und ihrer selbstgewählten Führer beraubt, unmittelbar unter das Kommando des Monopolkapitals, der Industrie, der Banken und der Großagrarien gebracht werden soll.

Die erste Voraussetzung für die höhere Entfaltung des Klassenkampfes ist die Festigkeit der Kader unserer Partei, die Erhöhung ihrer Schlagkraft. Dazu ist erforderlich völlige politische Klarheit über die Lage und die Aufgaben bis in die unterste Einheit, selbständige Initiative aller Leitungen, eiserne Disziplin, ernste Beherrschung der konspirativen Methoden und größte Kühnheit in der Durchbrechung der Illegalität. Schärfster als je zuvor muß die Einheit der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse der Komintern und der Parteiführung gewahrt werden. Konsequenter Kampf gegen den rechten Opportunismus, der sich gegenwärtig in Kapitulationstendenzen, Depressionsstimmungen, Abwarten von Spitzenverhandlungen, Verwischung des prinzipiellen Gegensatzes zur SP und in der Meinung äußert, es wäre besser, mit einer offenen Niederlage, als ohne großen Kampf in die Illegalität zu gehen, aber auch gegen das «linke» Sektierertum, das hauptsächlich in der Verneinung der innergewerkschaftlichen Arbeit und des ideologischen Kampfes um die werktätigen Anhänger des Faschismus zum Ausdruck kommt, wie auch im Verzicht auf die Durchbrechung der Illegalität.

Die schärfsten Maßnahmen sind notwendig gegen die von den Faschisten und der Polizei erfundenen Zersetzungsgerichte, die Diskreditierung des Parteiführers Thälmann und anderer führender Funktionäre der Partei, Gerüchte über angebliche «Flucht der Führer» usw., die auch von Teilen der ehemaligen Neumanngruppe kolportiert werden und die damit beweisen, welche Rolle sie spielen als Kanäle zur Einschmuggelung von Zersetzungsgerüchten, die der Klassenfeind erfindet.

## IX.

Wie die Analyse des XII. Plenums durch die letzten Ereignisse in vollem Umfange bestätigt wurde, so bleiben auch die Aufgaben in Kraft, die uns das XII. Plenum gestellt hat: durch die Entwicklung der Teilkämpfe die Massen heranzuführen an den politischen Massenstreik, an den Generalstreik, an den Kampf um die Macht, um die Arbeiter- und Bauernrepublik, um den Sozialismus. Zu diesem Zwecke müssen die ökonomischen Teilforderungen für alle Schichten der Werktätigen, die den Schlüssel zu einer breiten Massenmobilisierung bilden (Abwehr des Lohnabbaues, Lohnerhöhung entsprechend der Teuerung, Abwehr von Massenentlassungen, Erhöhung der Unterstützungen und Renten, Aufhebung der die Massen belastenden Steuern, Verhinderung von Exmissionen und Pfändungen, Aufhebung der Pachten und Schulden der werktätigen Bauern usw.), mit den politischen Teilforderungen des antifaschistischen Kampfes verbunden werden (Freilassung unseres Führers Ernst Thälmann und aller politischen Gefangenen, Freiheit der Propaganda, Organisation, der Versammlung der Arbeiterschaft, Streik- und Koali-

tionsfreiheit, Entwaffnung der Faschisten, Rückgabe des gestohlenen Arbeitereigentums usw.).

Gerade unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur muß die ganze Partei sich die Theorie und Praxis Lenins und der Bolschewiki zu eiren machen und die Erfahrungen der italienischen und polnischen Brudersektionen gründlich auswerten. Die illegale Presse und Literatur ist ein gewaltiger Faktor, der nicht nur die größte politische, sondern auch organisierende, mobilisierende Bedeutung hat. Zur Durchsetzung unserer Aufgaben ist daher die breiteste Entfaltung der Initiative von unten zur Herausgabe der Betriebs-, Erwerbslosen- und Häuserblockpresse, die Sicherung eines breiten Vertriebs des Zentralorgans und der agitatorischen und propagandistischen Literatur eine unbedingte Notwendigkeit.

Gerade das beschleunigte Tempo der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Krisenmomente, die Tatsache, daß nicht nur die Arbeiterklasse und die armen Bauern, sondern alle werktätigen Schichten überhaupt beim Kampf um ihre geringsten

Forderungen sofort auf den erbittertesten Widerstand der kapitalistischen Staatsgewalt stoßen und daß bereits in der nächsten Zukunft unter den breiten Massen der werktätigen Hitler-Anhänger die Enttäuschung über das «Dritte Reich», das, anstatt in die Lage zu verbessern, sie in ein noch tieferes Elend hinabstößt, immer mehr Platz greifen muß, verpflichtet die Partei, grundsätzlicher und klarer den revolutionären Ausweg des Sturzes der kapitalistischen Diktatur und der Errichtung der proletarischen Diktatur als die einzig mögliche Lösung für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zu propagieren. Das lebendige Beispiel der Sowjetunion und ihres sozialistischen Aufbaus muß gerade jetzt in unserer Propaganda als Anschauungsunterricht über das Wesen des Sozialismus und des revolutionären Auswegs unter allen Schichten des werktätigen Volkes ausgezogen werden.

Auch in der Illegalität müssen alle Kommunisten die Verteidigung der Sowjetunion gegen Lügen und Verleumdungen, gegen antibolschewistische Greuelhetze mit größter Energie führen und sich der Tatsache bewußt sein, daß gerade der Gegensatz zwischen dem Bankrott aller «Arbeitsbeschaffungspläne» des Hitler-Faschismus und dem gigantischen sozialistischen Aufbau, der für das kommende Jahr des II. Fünfjahrplans neue Milliardenprodukte der Industrie, Landwirtschaft, sowie für den Verkehr und für kulturelle Zwecke vorsieht, zu einer neuen gewaltigen Steigerung der chauvinistischen Kriegshetze gegen die Sowjetunion führen wird. Die vom EKKI der Komintern und in Deutschland besonders vom Genossen Thälmann eingeleitete Offensive des proletarischen Internationalismus gegen Kriegsfahr, Chauvinismus und Versailler System muß in der Verteidigung der Sowjetunion und der Popularisierung ihrer Erfolge beim Aufbau, sowie ihrer konsequenten Friedenspolitik ihren Höhepunkt erreichen.

Zur Organisation von Teilkämpfen für solche Forderungen, die sich aus der Lage, aus den Angriffen der Bourgeoisie ergeben, müssen entsprechende Formen von Einheitsfrontorganen entwickelt werden (Vertrauensleute, Akkordkommissionen, Betriebsdelegationen, Aktionsausschüsse, Betriebsdelegiertenkonferenzen, Massenselbstschutzstaffeln, Erwerbslosenkomitees, Bauernkomitees, Rentnerausschüsse, Mittelstandsausschüsse usw.). Dabei ist jeder Schematismus zu vermeiden. Solche Organe können bei Beachtung aller Regeln der Konspiration am besten

Durchbrechung der Illegalität ausgenützt werden. Diese Kampforganisation und Durchbrechung der Illegalität erfordert systematische kommunistische Fraktionsarbeit in allen Organisationen, wo Arbeitermassen organisiert sind. Jeder Kommunist und revolutionäre Arbeiter muß zu diesem Zweck einer Gewerkschaftsorganisation angehören und darüber hinaus noch in einer anderen Massenorganisation (Sport, Freidenker oder dergleichen) revolutionäre Arbeit leisten.

Während wir alle Kräfte auf die Organisation von politischen Massenstreiks konzentrieren (gegen Maßregelung von Funktionären, gegen das Einrücken von Polizei und SA in die Betriebe, gegen die Zwangseinreihung in die NSBO, gegen die Absetzung von Betriebsräten usw.) dürfen wir politische Aktionen niedriger Stufen nicht vernachlässigen (Protestbeschlüsse, Protestdelegationen, z. B. Frauen und Kinder der Verhafteten, Demonstrationen usw.). Alle Aktionen zur Abwehr des faschistischen Terrors sind zu ermutigen und zu unterstützen. Besondere Bedeutung gewinnen solche Losungen, die die Massen zu höheren Kampfformen hinführen (Entwaffnung der Faschisten, Beschlagnahme der Vorräte und Verteilung an die Erwerbslosen, die Einquartierung von Obdachlosen in die Wohnungen der Reichen, Steuerstreiks, Verweigerung der Zins- und Pachtzahlungen, sowie Widerstand gegen Pfändungen und Zwangsversteigerungen durch die werktätigen Bauern usw.).

Die Vertretung der Tagesinteressen aller Schichten der Werktätigen, insbesondere auch der Angestellten, der Jugend, der Bauern und des Mittelstandes ist eine entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen ideologischen Kampf um die werktätigen Anhänger des Faschismus. Ohne die Loslösung breiter Massen aus dem Anhang des Nationalsozialismus, ohne die Durchbrechung des ausschlaggebenden Einflusses des Finanzkapitals auf die kleinbürgerlichen Massen, der in der nationalsozialistischen Bewegung zum Ausdruck kommt, ist ein erfolgreicher revolutionärer Kampf nicht möglich. Die Aufklärung der Nazianhänger über die vollkommene Unfähigkeit der faschistischen Regierung, irgendeinen Schritt zur sozialen und nationalen Befreiung der werktätigen Massen zu tun, die planmäßige Weckung und Umwandlung der unvermeidlichen Enttäuschung dieser Massen in revolutionäre Aktivität ist eine unserer entscheidenden Aufgaben.

## X.

Die Eingliederung der Gewerkschaften in den faschistischen Staat mit Hilfe der Spitzen des ADGB und durch den Gewaltstreik vom 2. Mai verpflichtet die KPD und die RGO als die führende Kraft in der Verteidigung der Gewerkschaften gegen Terror und Faschisierung, für die Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen zu mobilisieren.

Die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter schließt jedes Kompromiß mit den Todfeinden der Arbeiterklasse, mit den Faschisten aus.

Gegen den Übergang der Leipart, Tarnow und Co. ins Lager des Faschismus, gegen die Solidarisierung des Bundesausschusses des ADGB mit dem Hitler-Programm und den Vorschlägen des Arbeitgeberverbandes gilt es, eine breite gewerkschaftliche Oppositionsbewegung zu schaffen. Die Politik des ADGB und seine programmatische Erklärung vom 1. April beweist, wie die wirtschaftsdemokratische Politik des ADGB zur Unterstützung des Hitler-Faschismus und seiner großkapitalistischen Wirtschaftspolitik geführt hat. Die «Förderung des Standesbewußtseins», die Verherrlichung der sozialdemokratischen Politik während des Krieges und der sozialfaschistischen Politik in der kapitalistischen Krise, die Unterstützung der faschistischen Arbeitsdienstpflicht und der nationalistischen Kriegshetze wie das Eintreten für die Einheitsgewerkschaften, d. h. die Unterstützung der Gewerkschaften unter das faschistische Kommando der NSBO und der gelben Werkvereine, ist die konsequente Fortsetzung und Steigerung des Verrats der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie von 1914, 1918 und 1923. Unter den Bedingungen der Verschärfung der kapitalistischen Krise und der Klassenkämpfe am Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zeigt sich offen der Bankrott der «Wirtschaftsdemokratie» des ADGB. Der Übergang der Gewerkschaftsbürokratie ins Lager des Faschismus ist die konsequente zu Endegeführte der reformistischen Politik. Es ist die gewaltige Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der roten Verbände als die führende Kraft zur Vertretung der wirtschaftlichen In-

teressen der Arbeiter, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder zu sammeln und gegen den Willen der sozialfaschistischen Führer und gegen die Befehle der faschistischen Staatsgewalt in den Kampf zu führen. Die Empörung der Arbeiter über den schändlichen Verrat der sozialfaschistischen Bürokratie muß durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in revolutionäre Kraft umgemünzt werden zur Einsetzung der ganzen Kraft der Gewerkschaften für die Verteidigung des Koalitionsrechtes, gegen die Zerschlagung der Tarifverträge, für die freie Wahl der Betriebsräte und die Unantastbarkeit der Betriebsräte durch Unternehmer und Behörden, zum Kampf gegen die faschistischen Gewerkschaftskommissare und den Belegschaften aufgezwungene Betriebsräte, für die Entfesselung des Widerstandes und die Entlarvung ihrer Tätigkeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Zu diesem Zweck kämpfen wir um alle wählbaren Funktionen in den Gewerkschaften, für die proletarische Demokratie, für das Bestimmungsrecht der Mitglieder, für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen revolutionären Arbeiter.

Es gilt, die gewerkschaftliche Kraft einzusetzen gegen die Kapitaloffensive, gegen Leistungssteigerung, Lohnabbau, Urlaubsbeschränkung, Entlassungen, Maßregelung der Betriebsräte und Arbeiterfunktionäre. Zur Führung des Kampfes sollen in den Betrieben, besonders wo faschistische Betriebsräte eingesetzt wurden, Abteilungsvertrauensleute gewählt, Lohn- und Tarifkommissionen gebildet oder Komitees der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden für die Vertretung der Arbeiterinteressen und Organisation der Tageskämpfe im Betrieb. Zur besseren Vorbereitung und Führung der Kämpfe sollen betriebliche Kampfunds und Verteidigungskassen geschaffen werden.

Allen Tendenzen des Austritts oppositioneller Arbeiter aus den Gewerkschaften oder der Beitragssperre ist unter Führung der kommunistischen Fraktionen durch eine systematische Überzeugungsarbeit entgegen zu treten, weil eine solche Flucht vor den Faschisten und dem Sozialfaschismus eine Isolierung der Vorhut von entscheidenden Schichten des Proletariats bedeutet und den faschistischen Demagogen ihr Handwerk erleichtern würde. Im Interesse der Verstärkung der innergewerkschaft-

...chen Arbeit müssen Tendenzen zur Liquidierung der RGO oder der roten Verbände entschieden bekämpft werden. Die RGO muß zu einer wirklich breiten Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften aller Richtungen werden und die Massen der Gewerkschaftsmitglieder unter dem Banner des proletarischen Massenkampfes sammeln und in den Kampf führen. Auch in der NSBO, gegen die eine ideologische Massenoffensive eingeleitet werden muß, sind oppositionelle Gruppen unter unserer Führung zu schaffen.

Mit dem faschistischen Gewaltstreich gegen den ADGB und AFA-Bund und der Unterstellung aller anderen Gewerkschaftsorganisationen unter das direkte Kommando Hitlers, wie der

Schaffung einer allgemeinen staatlichen faschistischen Zwangsgewerkschaft aller Arbeiter und Angestellten ist die Rolle und Aufgabe der RGO als der einzigen revolutionären gewerkschaftlichen Massenorganisation gewaltig gewachsen. Die Massen der Zwangsgewerkschaften dürfen unter keinen Umständen den faschistischen Kommissaren und den sozialfaschistischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Kapitulanten und deutschnationalen Bürokraten überlassen bleiben. Hier erwächst der RGO in der Durchdringung der faschistischen Zwangsgewerkschaften, in der Mobilisierung einer Massenopposition, in der Organisation und Führung dieser Massen zum Kampf und Streik eine gewaltige revolutionäre Aufgabe.

## XI.

Die größte Bedeutung für den Kampf gegen den Faschismus hat die mobilisierende Arbeit unter den Erwerbslosen gegen die Arbeitsdienstpflicht, gegen die Herabsetzung ihrer Unterstützung, durch die stärkste Aktivisierung der Aktionsausschüsse, der lebendigen Einheitsfrontorgane aller Erwerbslosen, durch konkrete Aktionen bei den Wohlfahrtsämtern und Stempelstellen. Dabei muß auf das Stärkste die ideologische Entlarvung des nationalsozialistischen Massenbetruges an den Erwerbslosen, die breiteste Einbeziehung nationalsozialistischer Erwerbsloser in alle diese Aktionen im Vordergrund stehen, wobei die Arbeit unter den erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern von größter Bedeutung sein wird.

Auf dem Lande gilt es, die werktätigen Bauern, die zum größten Teil nationalsozialistisch gewählt haben, nicht nur an die Versprechungen der Nationalsozialisten über die Befreiung des Grund und Bodens von Pachten und Steuern zu erinnern, sondern den revolutionären Kampf unter Führung gewählter Bauernkomitees für die Forderungen der werktätigen Bauern zu organisieren.

Unter dem werktätigen Mittelstand in den Städten gewinnt die Entlarvung der nationalsozialistischen Demagogie eine besondere Bedeutung. Alle Mittel der Agitation sind unter ständiger Auswertung der preisverteuernden und den Massenkonsum verringernenden Maßnahmen der Zoll- und Steuerpolitik, des Lohnraubes und des Sozialabbaues der Regierung anzuwenden. Mobilisierung der kleinen Sparer gegen die Inflationspläne des Hitler-Kabinetts, organisierte Massenabhebung von Sparguthaben usw.

Offensiver Kampf für die Gewinnung der jugendlichen, prole-

tarischen und kleinbürgerlichen Anhänger des Faschismus im Kampf gegen chauvinistische Verhetzung und Militarisierung, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die faschistische Verseuchung der Jugend in den Schulen, stärkste Unterstützung der Arbeit des KJV auf allen Gebieten.

Die gesamte Arbeit der Partei muß die außerordentlich wichtige Rolle der werktätigen Frauenmassen für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes berücksichtigen. Es ist eine Tatsache, daß neben der Massenbasis, die der Faschismus sich in den jugendlichen Schichten zu verschaffen mochte, die Frauen insbesondere der Mittelschichten zu einem gewaltigen Teil im Lager des Faschismus stehen. Auf der anderen Seite werden gerade sie von der weiteren Verelendung unmittelbar getroffen, so daß die Enttäuschung über die Mißerfolge der Hitler-Politik die besten Anknüpfungspunkte zur Eingliederung dieser Schichten in den antifaschistischen Kampf gibt.

Die bisherigen Erfahrungen der Kämpfe der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen unterstreichen die Bedeutung unserer Arbeit unter den Frauenmassen, die in den Streiks seit der Machtergreifung Hitlers, wie in den Thörlbetrieben in Harburg, in den Gummitfabriken, aber auch in der Textilindustrie des Niederrheins, eine hervorragende revolutionäre Rolle gespielt haben. Das gleiche gilt für die Aktionen auf den Wohlfahrtsämtern, wo insbesondere am Niederrhein glänzende Frauenaktionen durchgeführt wurden. Die reaktionäre Politik der faschistischen Diktatur auf kulturellem und sozialpolitischem Gebiet (Paragraph 218, weiblicher Arbeitsdienst, Naziagitation gegen Frauenarbeit), aber auch die Militarisierung der Jugend verpflichtet die Partei, die werktätigen Frauenmassen zum Kampf gegen die faschistische Politik im stärksten Masse zu mobilisieren.

## XII.

Auf der Partei, auf allen ihren Organisationen und Leitungen liegt die größte Verantwortung für die Entwicklung des Klassenkampfes nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Der Faschismus in Deutschland ist eine ernste Bedrohung nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch des internationalen Proletariats und der Sowjetunion. Das deutsche Proletariat stützt sich in seinem ganzen Kampf auf die aktive internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder und des ersten proletarischen Staates.

Höher denn je muß unsere Partei das Banner des proletarischen Internationalismus erheben, den siegreichen Vormarsch des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion dem verfaulenden Kapitalismus in seiner faschistischen Barbarei gegenüberstellen und die Massen gegen die chauvinistische Völkerverhetzung, die ein Bestandteil der imperialistischen Kriegspolitik ist, mobilisieren.

Die Krise der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verschärft sich sprunghaft. Die Entwicklung steuert im Innern zu ökonomischen Katastrophen, nach außen zu kriegerischen Abenteuern. Die grundlegenden objektiven Faktoren, wie das XII. Plenum voraussagte, entwickeln sich auf Grund der Maßnahmen der Hitler-Regierung schneller zur revolutionären Krise hin.

Alles kommt jetzt darauf an, daß der subjektive Faktor, d. h. die Aktionskraft der Partei und damit der Arbeiterklasse, voll entfaltet wird, und der Tempoverlust gegenüber den objektiven Möglichkeiten des revolutionären Kampfes eingeholt wird. Deshalb ist eine Entfesselung des Widerstandes gegen den faschistischen Terror und die Unternehmeroffensive in allen seinen Formen von größter Bedeutung für das Heranführen an entscheidende Aktionen gegen die faschistische Diktatur.

Die faschistische Diktatur der Bourgeoisie kann keines der aktuellen Probleme lösen. Nur die proletarische Revolution

kann den Massen soziale Befreiung bringen und die nationale Befreiung Deutschlands ist nur möglich nach Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie und ihrer faschistischen Gewaltherrschaft durch die bewaffnete deutsche Arbeiterklasse.

Das aktuelle Ziel der Partei, in ihrer gesamten Massenarbeit, in ihrer Agitation wie in der Organisation der kleinsten Widerstände (Streiks, Aktionen) ist gerichtet auf die systematische Vorbereitung und Durchführung der sozialen und nationalen Revolution, die nur möglich ist durch den Sturz der jetzigen kapitalistischen faschistischen Herrschaft auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes.

Der Faschismus kann den hungernden Massen Arbeit und Brot nicht geben, er bringt ihnen nur gesteigerte Not, brutalsten Terror, der sich bei der weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe noch zu wilderen Orgien steigern wird, und schließlich die Massenmetzelei eines neuen Krieges. Nur der revolutionäre Kampf des Proletariats nach den Grundsätzen des internationalen Marxismus-Leninismus kann den Ausweg aus der Krise des Kapitalismus eröffnen, die werktätigen Massen aus sozialer Not und nationaler Knechtschaft befreien, Arbeit und Brot für alle Werktätigen erkämpfen.

Gegen das «Dritte Reich» des Hungers und der Unterdrückung stellen wir die Arbeiter- und Bauernrepublik, das Reich des Sozialismus. Nicht zurück zu der bankrotten bürgerlichen Demokratie, die sich folgerichtig zur faschistischen Diktatur entwickelt hat, sondern vorwärts zur proletarischen Diktatur, welche die breiteste und freieste Demokratie für alle Werktätigen gewährleistet.

Wenn wir die Massen an die entscheidenden Kämpfe heranführen, durch wachsende Massenaktionen die faschistische Diktatur erschüttern, dann wird die revolutionäre Krise in einem raschen Tempo heranreifen, dann wird das deutsche Proletariat in naher Zukunft dem Beispiel des siegreichen Proletariats in der Sowjetunion folgen.

## Aufruf zur Bildung von Klassengewerkschaften

Der ADGB ist vernichtet! Die Losung der Arbeiterklasse heißt:

Schafft überall von Kapital und Faschismus unabhängige

Klassengewerkschaften!

An alle Kollegen des früheren ADGB. – An alle Kameraden der früheren christlichen Gewerkschaften. – An alle Arbeitermitglieder der "Deutschen Arbeitsfront" und der NSBO.

Klassengenossen!

Am 2. Mai 1933 überfielen die Terrorgarden der braunen Kapitalknechte die Gewerkschaftshäuser, raubten Kassen, Gebäude, Büros, Karthotheken. Die Kommunisten und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition riefen Euch zum Widerstand, zum Massenstreik auf. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die 24 Stunden vorher noch mit Krupp, Thyssen, Siemens, Hitler, Göring, Goebbels, Schacht und Hugenberg das "Fest der Arbeit" gefeiert hatten, predigen "Ruhe – Ordnung – Abwarten" und bewiesen, daß Hitler und Ley nur das machten, was sie schon jahrelang gefordert hatten. Und so kam es zu der Tatsache, die nur Narren oder Verbrecher breiten können:

Der ADGB ist tot. Die vom Reformismus geführten Klassengewerkschaften der deutschen Arbeiter sind in der "Deutschen Arbeitsfront" ein Teil des faschistischen Staatsapparates geworden.

Sie haben aufgehört, als selbständige Organisationen zu existieren. Der ganze Verwaltungsapparat wurde mit zuverlässigen faschistischen Kapitalknechten besetzt. Das Recht der gewerkschaftlichen Betätigung wurde ihnen geraubt. Sie haben die Anordnungen des "Generalrates der Wirtschaft" und die Ausbeuterpolitik Hitlers durchzuführen. Die letzten Reste der Arbeiterdemokratie wurden vom Faschismus zertrampelt. In der "Deutschen Arbeitsfront" sind alle Arbeiter vollkommen rechtlos. Die Organisationen der "Deutschen Arbeitsfront" können weder in betrieblichen noch tariflichen Streitigkeiten eingreifen. Die dürfen weder Streiks proklamieren noch führen.

Die "Deutsche Arbeitsfront" ist eine faschistische Organisation, die die Arbeiterklasse knebeln, wehrlos den Unternehmern ausliefern soll. Jeder Groschen Beitrag dient der Stärkung des faschistischen Terrorapparates, wandert als Subvention in den unersättlichen Unternehmerrachen, dient den Bürgerkriegs- und Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie.

Aber es gibt noch eine revolutionäre, von Kapital und Faschismus unabhängige Gewerkschaftsbewegung: das sind die RGO-Gruppen und roten Verbände!

Sie konnten vom Faschismus nicht "gleichgeschaltet" werden. Sie haben dem Terror und der Verfolgung standgehalten. Und heute muß die ganze Arbeiterklasse anerkennen: die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte tausendmal Recht in ihrem Kampfe gegen Schlichtungswesen, Wirtschaftsdemokratie, Koalitionspolitik, "Heranlassen" und "Abwirtschaften lassen".

Die Millionen Arbeiter, die in der Vergangenheit den verräterischen Parolen der ADGB-Bonzen mehr Vertrauen schenken als den Worten der Kommunisten und der RGO, müssen jetzt aus ihren Fehlern lernen. Denn die braunen Kapitalknechte hecken schon wieder neue gewaltige Schandpläne zur Rettung der kapitalistischen Ausbeuterordnung aus.

Es ist jetzt – gerade jetzt die Pflicht der ganzen Arbeiterklasse, die RGO-Gruppen und Roten Verbände mit allen Kräften zu stärken, zu unterstützen und jene Ratschläge zu befolgen, die die RGO gibt:

Das Reichskomitee der RGO hat einen Beschluß gefaßt, der von historischer Bedeutung für den sozialistischen Freiheitskampf der Arbeiterklasse ist, der allen Arbeitern zeigt, was jetzt notwendig ist, um den frechen Plänen der Kapitalisten und ihrer Hakenkreuzlakaien wirksam entgegenzutreten. Hier ist der Wortlaut vom

Beschluß des Reichskomitees der RGO:

"Die deutsche Arbeiterklasse, geschult durch den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus, seit 80 Jahren gewachsen im Kampf um die Koalitionsfreiheit, führt ihre gewaltige Tradition allen reaktionären Gewalten zum Trotz weiter.

Der ADGB ist vernichtet. Die christlichen Gewerkschaften sind zerstört. Die Gewerkschaftsbonzen aller Richtungen haben sich als offene Überläufer zu Hitler oder als feige Kapitulanten entlarvt. Vor der deutschen Arbeiterklasse steht die Aufgabe, sich neue, vom Kapital und Faschismus unabhängige, selbständige Klassengewerkschaften zur Verteidigung der wirtschaftlichen Rechte, zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, zum Aufbau des Sozialismus in Deutschland zu schaffen.

Das Reichskomitee verpflichtet alle seine Betriebsgruppen und Roten Verbände, sofort gemeinsam mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern in allen Betrieben, Arbeitsdienstpflichtlagern und Stempelstellen unsere Losung in die Tat umzusetzen:

Schafft überall unabhängige Klassengewerkschaften!"

Das Zentralkomitee der KPD begrüßt diesen Beschluß, für dessen Verwirklichung alle Kräfte mobilisiert und entfaltet werden müssen. Die Arbeiterklasse braucht zum siegreichen Kampf gegen die faschistische Diktatur Klassengewerkschaften, um ihre elementarsten Lebensinteressen, das Leben ihrer Familien zu verteidigen und das Millionenheer der Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter in den siegreichen Kampf der Vernichtung der faschistischen Volksausplünderung und kapitalistischen Ausbeutung zu führen. Die Arbeiterklasse braucht revolutionäre Massengewerkschaften, um die "Deutsche Arbeitsfront" zu zertrümmern, die faschistische Kapitaldiktatur zu stürzen und den Sieg der Arbeiterklasse zu erkämpfen.

Warum haben die Hitler, Ley, Schumann und Goebbels als gehorsame Knechte von Krupp und Thyssen den ADGB und die Christlichen Gewerkschaften vernichtet? – Weil sie auf ihrem Parteitag unter den verlogenen Phrasen nunmehr zu einem neuen Generalangriff gegen die Arbeiterklasse vorstoßen wollen.

Hitlers "Rettungsprogramm" für den kapitalistischen Profit.

Wir schlagen Alarm! Hinter den Phrasen von der "Volksgemeinschaft" – "Ehret die Arbeit" – "Opfert für Deutschland" – "Helft der Wirtschaft" verbergen sich folgende schmutzigen Pläne der Kapitalisten und der Hungerkreuz-Regierung:

1. Die Unternehmer wollen mit Hitlers Hilfe einen neuen Lohn- und Gehaltsabbau durchführen, der durch allgemeine Kurzarbeit ohne Lohnausgleich verschärft werden soll.
2. Die gesamte Erwerbslosenunterstützung, Krisenfürsorge und Wohlfahrt mitsamt der öffentlichen Arbeitsvermittlung soll abgeschafft werden.
3. Die ganze Sozialgesetzgebung soll beseitigt, Unternehmer und Staat von allen Beiträgen an Sozialleistungen befreit werden. Als ihren eigenen Hungergroschen sollen Arbeiter, Angestellte und Beamte alle Kosten für Krankheit, Invalidität und Alter aufbringen.
4. Eine Million Frauen sollen aus den Betrieben entfernt und ohne Unterstützung dem Hunger preisgegeben werden.
5. Allgemeine Zwangsarbeit soll für alle Erwerbslosen durchgeführt werden, wobei die "Löhne" weit unter die bisherigen Unterstützungssätze bis auf den Stand preußischer Kommislohnhung herabgedrückt werden sollen.
6. Für Millionen Jungarbeiter und Schulentlassene soll die allgemeine Wehrpflicht in Form der Arbeitsdienstpflicht mit regelrechter Einziehung ganzer Jahrgänge durchgeführt werden.
7. Alle Lasten der Krise und der imperialistischen Kriegsrüstungen sollen durch Lohnabbau, Vernichtung der Sozialleistungen und durch neue Massensteuern und Wucherpreise für Massenkonsummittel auf die Arbeiterklasse und die Werk tätigen abgewälzt werden.

Damit dieses kapitalistische Programm des Hungers und des Krieges besser durchgeführt werden kann, deshalb versucht Hitler, die Klassenorganisationen der Arbeiter zu vernichten, die "Deutsche Arbeitsfront" in eine Zwangsorganisation mit Wucherbeiträgen und völliger Rechtlosigkeit der Zwangsmitglieder umzuwandeln.

Ein Schrei der Wut, eine neue Welle des Klassenkampfes – das wird die Antwort der Arbeiterklasse sein. Der größte Schlag, der jetzt gegen die kapitalistischen Volksausplünderer und ihre faschistischen Knechte geführt werden muß, das ist die Schaffung der unabhängigen anti-kapitalistischen und antifaschistischen Klassengewerkschaften der deutschen Arbeiter.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) ist der Vorkämpfer für die Freien Sozialistischen Gewerkschaften!

Sie kämpft für Euch und mit Euch weiter, wie sie in der Vergangenheit gekämpft hat. Niemals dürft Ihr vergessen: 1928 im Nord-West-Metallstreik – 1929 in hundert [...] kleineren Streiks – 1930 in den Streiks der Berliner Metallarbeiter, der sächsischen Textilarbeiter und Hamburger Werftarbeiter – 1931 in den gewaltigen Streiks an der Ruhr und in Oberschlesien – 1932 in den Massenstreiks in vielen hunderten Betrieben, die im Hamburger und Berliner Verkehrsarbeiterstreik ihren Höhepunkt fan-

den – immer stand die RGO an der Spitze dieser Streiks gegen das Kapital und die Brüning-Severing-Papen-Schleicher – in allen diesen Kämpfen gegen die Lohnräuber organisierten Leipart-Tarnow-Stegerwald-Urich den Streikbruch. Jetzt müßt Ihr brechen mit allem alten Mißtrauen gegen die RGO – denn jetzt habt Ihr den Beweis: nicht die RGO hat gespalten – nicht die RGO hat Eure Gewerkschaften zerstört – das waren die Gewerkschaftsbözen mit Hitler und Ley. Die ganze Arbeiterklasse muß jetzt zeigen, daß sie aus alten Fehlern zu lernen versteht, daß sie sich bekennt zum "Offenen Brief der KPD, zur Einigung der Arbeiterklasse", daß sie die Losungen der RGO befolgt:

Heraus zum Kampf gegen den Generalrat der Wirtschaft und seine Hitler-Regierung!

Vereinigt Euch in allen Betrieben, Arbeitsdienstlagern und Gutshöfen!

Jeder Arbeiter, jeder Jungarbeiter, jede Arbeiterin ein Helfer und Organisator beim Aufbau der unabhängigen Klassengewerkschaften!

Überall tretet zusammen zu Besprechungen der RGO-Anhänger, Mitglieder und Funktionäre des früheren ADGB und der Christlichen Gewerkschaften und legt gemeinsam die nächsten Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmerpläne und die faschistische "Deutsche Arbeitsfront" fest.

Gebt Betriebszeitungen und revolutionäre Gewerkschaftszeitungen heraus und mobilisiert alle Klassengenossen für die Schaffung von Betriebs- und Ortsorganisationen der unabhängigen Klassengewerkschaften.

Schafft in allen Abteilungen Vertrauensleute und in jedem Betrieb eine revolutionäre Gewerkschaftsleitung zur Organisation der Betriebsorganisation eurer Klassengewerkschaften.

Sozialdemokratische und christliche Arbeiter! Vereinigt Euch mit den Mitgliedern der Roten Verbände und der RGO-Betriebsgruppen zu unabhängigen Klassengewerkschaften.

Arbeiter der "Deutschen Arbeitsfront", kämpft gegen die faschistische Ausbeuterpolitik der "Arbeitsfront"-Bözen, organisiert Massenproteste und Streiks gegen den Abzug der Beiträge vom Lohn, gegen die Entrechtung der Arbeiter durch die "Arbeitsfront", verweigert in Massen die Beitragszahlung.

Unter der allgemeinen Losung:

Es lebe die unabhängige Klassengewerkschaft!

Führt den Kampf gegen den Lohnraub, gegen die faschistischen "Notopfer", gegen die Tarifwillkür der Unternehmer, gegen Entlassungen, für das Koalitionsrecht, die Arbeiter-Presse- und Versammlungsfreiheit, für Kollektivverträge ohne staatliche Einmischung, gegen die Liquidierung der Sozialversicherung und Übergabe an die faschistische Arbeitsfront, für die Selbstverwaltung der Arbeiterversicherungsämter, gegen die faschistischen Betriebskommissare, für unabhängige Betriebsräte, die von den Arbeitern gewählt sind, für das Bestimmungsrecht der Betriebsräte über Arbeitereinstellungen und Entlassungen, gegen die Zwangsmitgliedschaft in den faschistischen Berufsverbänden, gegen die Arbeiterdisziplinarge-

richte. Zertrümmert die "Deutsche Arbeitsfront", organisiert den Massenwiderstand gegen den Arbeitsdienst und gegen die Einziehung der Jugend zum militaristischen Arbeitsdienst.

Erwerbslose! Schließt Euch zusammen in den unabhängigen Klassengewerkschaften. Kämpft in den Stempelstellen und Zahlstellen gegen den faschistischen Arbeitsdienst und die Zwangsarbeit, gegen Unterstützungsraub, für höhere Unterstützung, gegen den faschistischen Terror!

Schafft überall Erwerbslosenausschüsse. Setzt Eure Unterstützungsforderungen mit Massendelegationen, Massendemonstrationen und gemeinsamen Aktionen mit den Betriebsarbeitern durch.

Jungarbeiter! In allen Betrieben und Zwangsarbeitslagern, auf allen Gütern und an allen Stempelstellen, bildet Jugendsektionen der Freien Sozialistischen Gewerkschaften, nehmt den Massenkampf gegen den Raub Eurer Rechte und Unterstützungen, gegen Arbeitsdienstpflicht und Militärdrill, für die Losungen der Sozialistischen Freiheitsaktion auf.

An alle Arbeiter wenden wir uns mit Aufforderung:

Wenn in den nächsten Wochen die faschistischen Agenten der Krupp und Thyssen in die Betriebsversammlungen kommen, um über das faschistische "Notopfer", über die "Reorganisation" der Verbände, d.h. über die Zertrümmerung der früheren Gewerkschaften, über die bluttriefende Henkerjustiz Görings zu reden:

Verjagt diese Kapitalistenknechte aus den Arbeiterversammlungen!

Antwortet mit der sofortigen Schaffung von Betriebsorganisationen der unabhängigen Klassengewerkschaften und mit dem Kampf gegen Lohnraub und Entlassungen, für das Koalitions- und Versammlungsrecht für die Arbeiter.

Legt den Spaltern der Arbeiterklasse das Handwerk.

Wenn frühere sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften auftreten oder "Abwarten" predigen, wenn sie im Sinne der sozialfaschistischen Bonzen der Amsterdamer Internationale die RGO verleumden, so vergeßt niemals, wie die Gewerkschaftsführung der Sozialdemokratie und des Zentrums Euch in die Rationalisierung hineinpeitschte, jedem Hungerschiedspruch auslieferte, bei jedem Kampf den Streikbruch organisierten, Brüning, Papen und Schleicher tolerierten, sich Hitler zur Verfügung stellten und noch am 17. Mai im Reichstag einstimmig für das Hunger- und Kriegsprogramm Hitlers stimmten. Wo diese Arbeiterfeinde auftraten, da lauerte der Verrat. Wo sie Einfluß hatten, da war die Niederlage besiegelt.

Jetzt wird Schluß gemacht mit diesen Arbeiterverrättern!

Wir wenden uns an alle Arbeiter, besonders an die ADGB-Mitglieder der "Deutschen Arbeitsfront" und sagen ihnen: Der ADGB ist zertrümmert, die Nazis wollen

Euch in die "Deutsche Arbeitsfront" hineinpressen, mit Terror und Gewalt. Empört Euch, widersetzt Euch, verweigert in Massen die Beiträge, pfeift auf das Geschrei der Kommissare. Verteidigt Euer Recht, kämpft um höheren Lohn, lehnt Zwangsabgaben ab, organisiert den Streik gegen die Lohnräuber, Arbeitermörder und Kriegshetzer.

Zertrümmert die faschistische Arbeitsfront:

Vereinigt euch mit RGO-Gruppen und Roten Verbänden!

An alle organisierten und unorganisierten Arbeiter, an die Arbeitslosen in den Stempelstellen und Arbeitsdienstlagern, an alle Frauen, die der Faschismus dem Hunger ausliefern will, an die Millionen Jungarbeiter, die als Zwangsrekruten ausgehoben und als Landsknechte gegen Sowjet-Rußland an das Weltkapital verschachert werden sollen – an alle Antikapitalisten und Antifaschisten – an alle Proleten, die mit Terror in die NSBO gezwungen wurden,

an alle, die dem Kapitalismus Schluß machen wollen,

an alle, die für den Sozialismus kämpfen wollen,

an alle, die die Schurkenpläne der NSDAP zuschanden machen wollen,

an alle, die die Kapitalisten enteignen, die Junker verjagen, die Banken nationalisieren, die Geldherrschaft stürzen und die sozialistische proletarische Diktatur und ein sozialistisches Arbeiter- und Bauern-Deutschland wollen,

an alle Arbeiter wenden wir uns mit ausgestreckter Bruderhand, mit unserer Losung der Einigung der deutschen Arbeiterklasse mit unserem Ruf: Organisiert den Kampf, den Massenstreik!

Die Unternehmer und ihre Hungerkreuz-Lakaien werden vor Wut schäumen. Sie werden blindlings um sich schlagen vor Haß gegen den Freiheitswillen, vor Angst um das Scheitern ihrer frechen Raub- und Unterdrückungspläne.

Die deutsche Arbeiterklasse aber marschiert vorwärts in der Sozialistischen Freiheits-Aktion. Ihre Antwort an den NSDAP-Parteitag, ihr Hieb auf das feiste Doppelkinn der kapitalistischen Blutsauger, ihr Faustschlag in die blutige Fratze der faschistischen Kapitalsdiktatur, das ist die Verwirklichung der Losung:

Es lebe die freie Sozialistische Gewerkschaft Deutschlands!

Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse Deutschlands!

Nieder mit der faschistischen "Deutschen Arbeitsfront"!

Es lebe der Kampf um Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus!

Berlin, den 26. August 1933

Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Deutschlands  
(Sektion der 3. Internationale)



## An alle Arbeitslosen in Stadt und Land!

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Männer, Frauen und Jugendliche der Arbeitslosen-Armee!

Nach vier Monaten Hitler-Regierung fragen sich acht Millionen Arbeitslose: «Wo bleibt denn der «nationale Aufbau»? — Die Antwort lautet: Er ist den Nazi-Volksbetrügnern im Halse stecken geblieben! Trotz glänzenden Frühjahrswetters für Landwirtschaft, Bauarbeiter, Textilindustrie hat sich das ganze Lautsprechergeschrei als ein groß aufgelegter Schwindel erwiesen. Eine halbe Million Arbeitslose weniger, seit Hitler regiert?

Das ist genau so wahr, wie die Behauptung, die Kommunisten hätten den Reichstag in Brand gesteckt. Frecher als mit der Göbbels-Propaganda wurden noch niemals hungernde Arbeiter belogen. 200.000 SA sind Hilfspolizei — 200.000 Mann haben sie in den Staatsprüden untergebracht — zehntausende revolutionärer Arbeiter sind flüchtig, dürfen sich auf keiner Stempelstelle sehen lassen — mehr als 200.000 Arbeiter, Angestellte und Beamte wurden auf Grund der Judenhetze, der Schließung von Rechtsanwalts- und Ärzte-Büros brotlos in Deutschland. Sie aber lügen: eine halbe Million Arbeitslose weniger!

Am 1. Mai wollte Hitler die «Arbeitsbeschaffung» verkünden!

Was aber hat er dort zusammengestottert über alle deutschen Sender? — Er bewies die ganze Hilflosigkeit der faschistischen Regierung angesichts der wachsenden Krise. Er schrie verzweifelt in das Mikrofon: Deutsche, gebt euch selber Arbeit! Seine ganze Weisheit bestand in dem Plan, für die reichen Automobilbesitzer und für die Entente-Truppen, wenn es zum Kriege gegen Rußland geht, «einige Automobilstraßen zu bauen. Was aber soll der Metallarbeiter, der Bergarbeiter, der Chemiarbeiter, der Textilarbeiter, der arbeitslose Angestellte, der abgebaute Beamte machen, wo bleiben die Millionen arbeitslosen Frauen? — Darüber schwieg die Regierung am 1. Mai, darüber schwiegt sie bis heute.

Warum unterdrückt die Hitler-Regierung die Bekanntgabe des zweiten sowjetrussischen Fünfjahresplanes für das Jahr 1933/34?

Die Sowjetregierung hat am 1. Mai in Moskau ihr sozialistisches Programm veröffentlicht. Im nächsten Jahr werden hunderte neuer Eisenhütten, Bergwerke, Autofabriken, Textilfabriken, große Landwirtschaftsbetriebe, Lebensmittelfabriken eröffnet und hunderttausende neuer Arbeiterwohnungen gebaut. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Arbeiter von 3,5 auf 10 Millionen, und doch werden in dem Jahr 1933-34 mindestens eine Million neuer Industriearbeiter aus dem Geburtenüberschuß des russischen Dorfes in die Produktion eingereiht werden. Das ist eben der Unterschied zwischen der sozialistischen Planwirtschaft nach den Lehren von Marx und Lenin und dem kapitalistischen Chaos, zwischen der aufbauenden Diktatur des Proletariats und der Volk und Land in den Abrund treibenden faschistischen Diktatur!

Worin besteht denn der «nationale Aufbau»?

Arbeitslose, fragt eure Frauen, sie werden euch antworten: Die Hitler-Hugenberg-Goering-Schacht «bauen» die Lebensmittelpreise auf. Margarine, Schmalz, Palmöl und Butter klettern rasend — Milch und Eier werden teurer — zielbewußt werden die Lebensmittelpreise aufgebaut, immer höher. Deutschland wird planmäßig in die Inflation getrieben.

Alles, was den Interessen der Kapitalisten, Agrarier und Bankiers dient, wird aufgebaut!

Alles, was den Interessen der Arbeitslosen und Werktätigen dient, wird abgebaut!

Löhne und Gehälter, Unterstützungen und Renten, Wohlfahrt und Säuglingsfürsorge, Schulspeisung und ärztliche Kinderfürsorge. Dazu der immer wachsende blutige Terror, der die politischen, gewerkschaftlichen, sozial- und kulturpolitischen Rechte und erkämpften Errungenschaften der Arbeiter beseitigt.

Zu der wachsenden Krise mit Arbeitslosigkeit, Lebensmittelwucher und Inflation, zu dem faschistischen Terror mit Massenverhaftungen, Geißelolterungen und Meuchelmorden droht eine dritte Gefahr für alle:

Der Krieg steht vor der Tür!

Darüber täuschen keine schönen «Friedensreden», die Sand in die Augen des verhungernenden Volkes streuen sollen, hinweg: Arbeitsdienstpflicht — Zwangsarbeit — Ausmärsche —

Wehrsport und eine ungeheure nationalistische Hetze, die selbst 1914 übertrifft — diese ganzen Maßnahmen beweisen: Der Zeiger steht 5 Minuten vor 12 Uhr, die kapitalistische Welt weiß sich nicht anders zu helfen; wie in allen anderen kapitalistischen Ländern, so wird in Deutschland fieberhaft zum Krieg gerüstet.

Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!

Vor den Arbeitslosen aber steht die Frage: Immer ruhiger hungern, bei Parademärschen und Feldübungen zusammenbrechen, im Zwangsarbeitsdienst sich schlimmer als beim preußischen Kommiß drillen lassen, in neuen imperialistischen Kriegen sinnlos für Kanonenfabrikanten, Giftgasproduzenten, Krieganleihschieber und großagrarische Wucherer verbluten, oder sich diesem faschistischen Terror, dieser Volksunterdrückung, diesem kapitalistischen Wahnsinn in Massen entgegenwerfen, den Kampf um das nackte Leben mutig aufnehmen und durchkämpfen bis zum Sturz des kapitalistischen Systems und der grauenhaften faschistischen Diktatur!

Unsere Wahl ist nicht schwer, sie lautet: Kampf!

Die Arbeitslosen fordern:

Unterstützung für alle Arbeitslosen für die Dauer der Arbeitslosigkeit.

Sofortige Erhöhung aller Unterstützungen und Renten auf den früheren Höchstsatz.

Volle Unterstützung für Jugendliche und Frauen!

Die Nazi-Regierung aber läßt proklamieren: «Schluß mit dem Wohlfahrtsstaat» — und geht zu einem Generalangriff auf die Sozialgesetzgebung über.

Die Erwerbslosen fordern:

Beschlagnahme und kostenlose Verteilung von Brot, Kartoffeln, Kohle.

Die Regierung aber nimmt die Steuergelder, die Versicherungsbeiträge und die den Erwerbslosen durch Abbau geraubte Unterstützung und zahlt damit den Kohlenindustriellen und Großagrarikern Wucherpreise, verteuert Margarine und Bratfett fast auf das Doppelte, läßt den Sozialraub der Müller-Regierung und der Brüning- und Papen-Notverordnungen einschließlich Satzsteuer, Maiszölle und Zündholzmonopol in Kraft.

Die Erwerbslosen fordern:

Übernahme der Mietrückstände, Mietbeihilfen an Siedler und Kleingärtner, Erlass der Hauszinssteuer!

Die faschistischen Gewalttäter aber sorgen für die Hauskapitalisten, helfen bei der Exmittierung von Hunderttausenden in Deutschland, stellen dafür Gerichte und den Polizeiapparat zur Verfügung.

Die Bedürftigkeitsprüfung wurde verschärft. Der Zählstempel ist weiter in Betrieb. Das Fahrgeld zu den Facharbeitsnachweisen in den Großstädten wird verweigert.

Arbeitsdienstpflicht — Militarisierung!

Das ist ihrer Weisheit letzter Schluß. Stillgelegte Fabriken können sie nicht aufmachen. Den zusammengebrochenen Handel können sie nicht aufbauen. Aber den Krieg wollen sie vorbereiten mit militärischem Arbeitsdienst und Aufrüstung. Den Kommiß wollen sie wieder einführen. Ganze Jahrgänge der 18- bis 25jährigen sollen zur Arbeitsdienstpflicht eingezogen werden.

Sollen die Hitler, Goering, Göbbels, Hugenberg, Soldts und Hiert doch selber die Schippe nehmen und im Sumpfland herumhuddeln. Sollen sie doch selber antreten und Parademärsche exerzieren!

Die Metallarbeiter, Bauarbeiter und Textilarbeiter, die Arbeitslosen, Angestellten und Frauen lehnen es ab, sich auf das Land verschicken zu lassen. Unsere Parole heißt: Verweigert geschlossen den Antritt zum Arbeitsdienst!

Wenn man euch mit Wallengewalt zum Arbeitsdienst preßt, so entfacht den Massenkampf für Tarifföhne, menschenwürdige Wohnungen und eure politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte!

Arbeitslose, bildet eine eiserne Einheitsfront!

Wir, die revolutionären Vertreter der Arbeitslosen, rufen euch zu: Schließt euch zusammen, bildet eine geschlossene Einheitsfront mit den Betriebsarbeitern.

**Folgt den Kampfforderungen des revolutionären Arbeitslosen Ausschusses! Nehmt an allen Stempelstellen Protestenschließungen an gegen die Diktatur des Hungers, des Terrors und der Kriegsvorbereitungen!**

**Marschieret in geschlossenen Zügen auf die Rathäuser und fordert höhere Unterstützung, fordert Brot, Kartoffeln, Kohle und Mietbezahlung!**

**Erst kommt das Essen, dann die Miete. Wenn sie euch ermitteln wollen, mobilisiert das ganze Stadtviertel zur Verteidigung eurer Wohnung! An allen Stempelstellen und allen Häuserblocks schafft euch den Massensebstschutz, der das verhungerte Proletariat gegen den Terror der SA und Polizei verteidigt. Und sagt es allen euren Kameraden:**

**Nur der Kommunismus kann uns retten!**

**Am Tage nach der Machtergreifung werden die Kommunisten alle stillgelegten Fabriken öffnen, wird jeder Arbeiter wieder an seine Drehbank, seinen Schraubstock, Webstuhl oder sonstigen Arbeitsplatz zurückkehren.**

**Wenn die Arbeiterklasse die Macht erobert, dann wird es kein «Privateigentum» an riesigen Kohlenhalden, Getreidesilos geben, dann werden nicht mehr Hunderttausende von Zentnern Kartoffeln, Butter und andere Lebensmittel verfaulen.**

**Kämpft für eure Forderungen!**

**Schärt euch um eure Führerin, die Kommunistische Partei! Stärkt diese einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei! Kämpft mit ihr gegen die Knebelung der revolutionären Presse, das Verbot von Versammlungen und Demonstrationen, gegen die blutige Unterdrückung unseres sozialistischen Freiheitskampfes!**

**Heraus mit Ernst Thälmann und allen anderen politischen Gefangenen, die sie einsperren, weil sie Furcht vor dem Kommunismus haben, weil sie mit ihrem Lautsprechergebrüll das Magenknurren der Millionen nicht niederschreien können.**

**Genossen, Arbeitslose, Brüder! Solange dieser Staat besteht, wird er die Arbeiterklasse entrechten und blutig unterdrücken. Solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt — solange sich die Reichen vollfressen und die Massen verhungern — so lange wird der Klassenkampf wachsen und sich ausbreiten bis zum Siege des Marxismus, des Kommunismus.**

**Die Monarchie hat regiert und niemand wünscht sie sich zurück.**

**Die Demokratie hat uns ausgebeutet und es gibt kein Zurück zu Weimar.**

**Das Hakenkreuz mit seinem blutigen Terror stellt den letzten Rettungsanker dieser verfaulenden Wirtschaft und Gesellschaft des Kapitalismus dar. Entlarven wir jetzt die Lüge von der «Systems-Änderung». Die Junker, Industriellen, Bankfürsten, Monarchisten und Kriegshetzer sind geblieben. Das kapitalistische System besteht noch weiter, nur seine ausführenden Organe, seine Lakaien haben sich geändert.**

**Das kapitalistische System muß stürzen, wenn das Volk leben will!**

**Die proletarische Revolution muß siegen, wenn es wieder Arbeit und Brot für alle geben soll!**

**Für dieses Ziel, für eure Lebensforderungen kämpft und schreibt auf euer Banner:**

**Nieder mit der faschistischen Diktatur!**

**Es lebe die Regierung der Arbeiter und Bauern!**

## Verhindert den Justizmord an den sieben Antifaschisten in Chemnitz und Altona Aufruf des ZK der KPD

An die gesamte deutsche Arbeiterklasse, an alle Antifaschisten in Stadt und Land

**Klassengenossen! Antifaschisten!**

Der Hitlerfaschismus bereitet ein neues, blutiges Verbrechen an der Arbeiterklasse vor. Nach der Einkerkierung von 50.000 Antifaschisten, nach der Ermordung von 500 revolutionären Kämpfern, nach Mißhandlungen und Föllerungen tausender wehrloser gefangener Männer und Frauen, soll jetzt der «gesetzliche» Justizmord eine neue Steigerung des blutigen faschistischen Terrors bringen.

Zwei antifaschistische Arbeiter in Chemnitz sind von der Klassenjustiz wegen eines Zusammenstoßes mit einem Nationalsozialisten, bei dem dieser das Leben verlor, wegen Mordes zum Tode verurteilt worden.

In Altona, wo ein Monstreprozeß gegen die mutigen Barrikadenkämpfer des Blutsonntags vom 17. Juli 1932 veranstaltet wurde, hat der Staatsanwalt gegen fünf antifaschistische Arbeiter die Todesstrafe, gegen die übrigen barbarische Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren beantragt. (Inzwischen sind vier Todesurteile und insgesamt 40½ Jahre Zuchthaus ausgesprochen worden. Die Red.)

Was war das «Verbrechen» der revolutionären Altonaer Arbeiter, die auf der Anklagebank sitzen?

Die deutsche Arbeiterklasse erinnert sich der Vorgänge, die zum 17. Juli 1932 geführt haben, zu jenem Tage, an dem die schwerbewaffneten Horden der SA und SS unter dem Schutze der Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eggerstedt, mit der *offen* proklamierten Absicht, «mit dem roten (Gesindel aufzuräumen)», durch die Proletarierstraßen des roten Altona demonstrierten. Die revolutionären Arbeiter Altonas haben das Recht der Notwehr, das Recht der Selbstverteidigung gegen die Mordpläne der SA-Banden, das Recht der Verteidigung ihres Lebens und des Lebens ihrer Frauen und Kinder, des Schutzes ihrer Wohnungen und ihres Eigentums für sich in Anspruch genommen. Sie haben sich nicht einfach abkugeln lassen wie die toten Hunde, sie haben im heldenhaften Massenkampf die braunen Mordbanden zurückgeschlagen und das rote Altona verteidigt.

Die sozialdemokratische Polizei und die braunen Arbeitermörder der SA und SS haben am 17. Juli 1932 ihre provokatorische Absicht in einem furchterlichen Blutbad, in einem wahren Schnellfeuer aus den Maschinengewehren und Karabinern der Polizei, aus den Revolvern der SA und SS wahrgemacht und zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen, ja selbst Kinder und Greise niedergeschossen.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Eggerstedt, der allen Warnungen zum Trotz den Blutmarsch der SA durch das rote Altona mit den brutalsten Mitteln der Gewalt, mit Handgranaten, Tanks, Maschinengewehren und Tränengasbomben erzwingen wollte, der in enger Zusammenarbeit mit dem damaligen preußischen Innenminister Severing dieses Blutbad unter den Altonaer Arbeitern organisierte, schuf damit der faschistischen Konterrevolution den gewollten und erwünschten Anlaß, drei Tage später den faschistischen Staatsstreich in Preußen durchzuführen. Die unmittelbaren Folgen des Altonaer Blutsonntags beweisen unwiderleglich die provokatorische Absicht der faschistischen Konterrevolution.

Nach mehr als zehn Monaten nimmt der Faschismus blutige Rache. Dafür, daß damals die restlose Durchführung des Blutmarsches der SA und SS an dem lebendigen Wall tausender und aber tausender Barrikadenkämpfer scheiterte. Die faschistische Konterrevolution düstet nach dem Blut der kühnen antifaschistischen Arbeiter, die nicht allein für sich selbst, sondern für euch, für alle, für die ganze revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands ihr Leben im Kampf gegen die faschistische Konterrevolution gewagt haben. Fünf der angeklagten Altonaer Arbeitern droht — genau wie den beiden Chemnitzer Antifaschisten — der kalte Justizmord!

**Klassengenossen! Antifaschisten!**

Das darf nicht geschehen! Verhindert das neue ungeheure Verbrechen der blutbesudelten faschistischen Diktatur! Entfacht den Massensturm in Stadt und Land, in den Betrieben und auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, überall dort, wo klassenbewußte Arbeiter sind, zur Rettung der verurteilten Antifaschisten, zu ihrer Befreiung und zur Befreiung der 50.000 Inhaftierten, zur Befreiung des eingekerkerten Führers der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann.

Nicht nur kommunistische Arbeiter sind hier angeklagt, nicht nur kommunistische Arbeiter vom Tode und jahrzehntelanger Zuchthausstrafe bedroht. So wie am Altonaer Blutsonntag sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter Schulter an Schulter gegen die braunen Mordbanden kämpften, so stehen sie heute Seite an Seite vor dem faschistischen Sondergericht. Eben darum ist der Kampf für ihre Rettung, für die Rettung dieser proletarischen Helden, die im Interesse ihrer Klasse, im Interesse des antifaschistischen Befreiungskampfes ihr Leben in die Schanze schlugen, die Sache aller klassenbewußten Antifaschisten Deutschlands. Einer für alle — alle für einen! Nehmt Stellung in den Betrieben! Beschließt den Proteststreik zur Verhinderung der Hinrichtung der Opfer der faschistischen Justiz und führt ihn durch! Bildet überall antifaschistische Verteidigungskomitees aus Arbeitern ohne Unterschied der Partei! Organisiert Demonstrationen und Kundgebungen in allen Städten und Ortschaften! Zeigt die Kraft der proletarischen Solidarität, die Kraft der antifaschistischen Einheitfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter im Kampf gegen die faschistischen Henker!

Es ist keine Zeit zu verlieren! Das Leben der beiden Chemnitzer Antifaschisten, das Leben der Altonaer Barrikadenkämpfer ist in eure Hand gegeben! Rettet sie vor dem Strang, rettet sie vor dem Henkerbeil! Laßt millionenfach in Stadt und Land den Ruf erschallen:

**Heraus mit den verurteilten antifaschistischen Kämpfern!  
Nieder mit der faschistischen Henkerjustiz!**

Streik, Demonstrationen, Massenkampf zur Verhinderung der Hinrichtung der verurteilten Klassengenossen, zur Freilassung der 50.000 gefangenen Antifaschisten, zur Freilassung Ernst Thälmanns, des Führers der einzigen antifaschistischen Partei, der Kommunistischen Partei.

Zentralkomitee der KPD  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

## Zum 1. August, dem internationalen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg und die militärische Intervention gegen die Sowjetunion und China

An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

An die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

An die Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt!

In mehreren großen Kriegsherden zündet der Brand des imperialistischen Krieges und der militärischen Intervention. Heber Nacht kann das verheerende Feuer eines neuen imperialistischen Völkergemetzels die ganze Welt erfassen.

Im Fernen Osten lodern bereits seit fast zwei Jahren die Flammen des japanischen Raubkrieges. Der Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und Japan um die Vorherrschaft im Stillen Ozean droht in einen kriegerischen Konflikt umzuschlagen. Der japanische Imperialismus hat Nordchina bis Peiping in einem imperialistischen Raubfeldzug besetzt. Seine Armeen stehen sprunghoch bereit, um die militärische Intervention gegen die Sowjetunion durchzusetzen. Die Nanking-Regierung hat die nationale Befreiung des chinesischen Volkes verraten. Sie hat vor dem japanischen Imperialismus kapituliert, um den konterrevolutionären Krieg gegen die chinesischen Sowjets weiterführen zu können.

Der permanente Krieg in Latein-Amerika ist ein Ausdruck des größten aller imperialistischen Gegensätze, des Gegensatzes zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika, die hinter den kriegführenden Staaten Peru und Bolivien stehen.

In Europa formieren sich zwei feindliche Kriegslager. Die Hitler-Regierung vollendet im Heberhaften Tempo die Kriegsrüstungen des geschlagenen deutschen Imperialismus, der seit mehr als einem Jahrzehnt einen blutigen Revanchekrieg vorbereitet. Sie verschärft die Gefahr des Krieges im polnischen Korridor, in Danzig, an der österreichisch-deutschen Grenze, in Oberschlesien aufs äußerste.

Das Italien Mussolinis versucht die versailles-feindlichen Mächte zu vereinigen, um sich für den Krieg gegen Jugoslawien und Frankreich militärische Verbündete zu sichern. Unter der Flagge des Kampfes gegen Versailles wird durch Italien, Deutschland und Ungarn ein neuer imperialistischer Raubkrieg vorbereitet.

Gleichzeitig betreiben Frankreich und seine faschistischen und halbfaschistischen Verbündeten Polen, Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowaken unter dem Vorwand der Verteidigung der «Demokratie» vor dem Faschismus mit größter Anstrengung die Aufrüstung für die Aufrechterhaltung des Versailler Raubvertrages durch einen neuen imperialistischen Krieg.

In der Vorbereitung der militärischen Intervention gegen die Sowjetunion hat, nachdem Frankreich zeitweilig die Führung aus dem Blicken ließ, der britische Imperialismus die Rolle des Hauptorganisators übernommen. Die Regierung MacDonalds und Baldwin sucht Verbündete in allen Ländern der kapitalistischen Welt, um die imperialistischen Mächte gegen das Land des Sozialismus zu vereinigen. Sie unterstützt alle Provokationen der japanischen Militaristen an der Ostgrenze der Sowjetunion. Unter der Flagge der Verteidigung des Lebens unseres Systems hat die Regierung Großbritanniens der Sowjetunion den Wirtschaftskrieg erklärt. Der englische Spionagedienst, der berühmte Intelligence-Service, der die Schlingenspieler- und Spionagereise gegen das Land des Sozialismus organisierte, bereitet im chinesischen Turkestan, dem Beispiel des japanischen Imperialismus in Mandschukuo folgend, ein neues Aufmarschgebiet für den Krieg gegen die Sowjetunion in Mittelasien vor.

Der Viermächte-Pakt zwischen England, Italien, Frankreich und Deutschland, zwischen den Staaten der faschistischen und «demokratischen» Diktatur der Bourgeoisie, ist der gemeinsame Versuch MacDonalds und Mussolinis, die imperialistischen Gegensätze auf Kosten der Sowjetunion in einer militärischen Intervention auszutragen.

Die kapitalistische Welt ist unfähig durch ihre ökonomische Politik oder irgendeine Volkswirtschaftskonferenz ihre Wirtschaftskrise zu überwinden. Sie sucht den Ausweg immer allgemeiner in militärischen Konflikten. In den meisten imperialistischen Ländern ist die Kriegsbereitschaft fast erreicht worden.

Die ungebundene nationalistische Hetze in den Ländern des Faschismus wie in den Ländern der «Demokratie» wird nur durch das Hefttempo der großen Rüstungsbetriebe und der Generalstäbe in allen kapitalistischen Ländern übertraffen.

Der Vormarsch des Faschismus in Deutschland und anderen Ländern ist das Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie in ihrer Angst vor der proletarischen Revolution versucht die Kriegsführung gegen die Kräfte der proletarischen Revolution zu sichern.

Der Pazifismus, der der Verschleierung der Kriegsgefahr und der militärischen Kriegsvorbereitungen dient, erznnt die nationalistischen Methoden des Faschismus zur Betäubung der zukünftigen Opfer des imperialistischen Krieges. Die Großerüstungskonferenz, die als Kulisse zur Verschleierung der gesteigerten Kriegsausrüstungen und der militärischen Bündnisse der imperialistischen Mächte dient, ist zum Schauplatz der offenen Kriegsvorbereitungen geworden. Das «demokratische» Frankreich und das faschistische Deutschland verteidigen mit gleichen Argumenten und gleichem Elfer ihr Recht zur Aufrüstung und zum imperialistischen Krieg.

Die Parteien der sich zersetzenden II. Internationale und die reformistischen Gewerkschaftsführer der Amsterdamer Internationale stehen bereits in Reih und Glied der Kriegstrotz der eigenen Imperialisten. Die deutsche Sozialdemokratie bekannte sich mit dem Deutschlandlied auf den Lippen zu den Zielsetzungen der nationalen Politik Hitlers. Die französische Sozialdemokratie bewilligte dem französischen Imperialismus die Mittel zur Aufrüstung und verteidigt die Politik des Versailler Raubsystems. Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Henderson, vertritt in Gené die Interessen des englischen Imperialismus; seine Partei macht sich in der Tat die Kriegspolitik ihres gewesenen Führers MacDonald zu eigen. Die Sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei unterstützen die Politik der tschechischen Bourgeoisie, die unter dem Vorwand, ein Bollwerk gegen den deutschen Faschismus aufzubauen, die Faschisierung der Tschechoslowakei betreibt. Die polnische Sozialdemokratie unterstützt praktisch die Kriegsvorbereitungen der faschistischen Regierung Polens.

Die Parteien der II. Internationale hält heute nur noch der gemeinsame Haß gegen die proletarische Revolution, gegen den revolutionären Klassenkampf unter dem Banner der Kommunistischen Internationale und all ihrer Sektionen, nur der Haß gegen den Sozialismus und dessen Heimstätte, die Sowjetunion, nur die gemeinsame Anstrengung, die imperialistischen Gegensätze in einem Interventionskrieg gegen das Vaterland des internationalen Proletariats zu überwinden, zusammen.

Darum die wüste Hetzkampagne gegen die Sowjetunion in allen Parteien der II. Internationale anlässlich der Verlängerung des Berliner Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Darum die Vorschläge der sozialdemokratischen Parteien der Länder des französischen Blocks: die Sowjetunion soll ein Kampfbündnis mit den demokratischen Hütern des Versailler Raubsystems gegen die faschistischen Länder schließen. An die Stelle der früheren Verleumdungen über den roten Imperialismus tritt jetzt die verbrecherische provokatorische Hetze: warum marschiert nicht die Rote Armee gegen das faschistische Deutschland?

Die II. Internationale hetzt gegen die selbständige proletarische Klassenpolitik der Sowjetunion, die die Macht des befreiten Proletariats durch keinerlei imperialistische Mächte ausnützen läßt. Die II. Internationale hetzt gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion, die gegen jede imperialistische Kriegstreiberie gerichtet ist und einen Krieg für die Neuaufteilung der Welt ebensowenig unterstützt, wie sie nicht geneigt ist, an der Seite der Verteidiger des Versailler Raubsystems zu kämpfen.

Die Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen kapitalistischen Welt, Proletarier, werktätige Bauern und Kleinbürger dürfen keine Minute vergessen, daß sie es sind, die die schweren Gut- und Blutopfer jedes imperialistischen Krieges tragen müssen.

Das revolutionäre Proletariat führt in allen Ländern den Kampf gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und der militärischen Intervention unter faschistischen wie demokratischen, unter nationalistischen wie pazifistischen Losungen an der Seite der werktätigen Massen der Sowjetunion.

In diese Kampffront müssen sich alle Unterdrückten und Ausgebeuteten einreihen, die den Kampf gegen den Faschismus, gegen das Versailles System, gegen den imperialistischen Raub, für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Völker, gegen jede nationale und koloniale Unterdrückung führen wollen.

Die Arbeiter, Jungarbeiter, die armen Bauernmassen und alle Werktätigen, alle ehrlichen Kriegsgegner, die keinen neuen imperialistischen Krieg, die kein neues Massenmorden wollen, müssen für die Vernichtung der Grundquellen des Krieges, gegen den Kapitalismus, für die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, für die proletarische Diktatur, für den Sieg des Sozialismus Schulter an Schulter mit den Millionen des sozialistischen Sowjetstaates kämpfen.

Proletarier, Werktätige, die ihr den imperialistischen Krieg, die militärische Intervention gegen die Sowjetunion, die räuberische Aufteilung Chinas, die blutige Erwürgung der chinesischen Sowjets, die Fortsetzung des Gemetzels in Latein-Amerika verhindern wollen, kämpfen unter dem Banner des proletarischen Internationalismus gegen die eigenen Kapitalisten, gegen die eigenen Regierungen, gegen den Faschismus und die imperialistische Reaktion, gegen die nationalistische und chauvinistische Hetze, gegen den Militarismus und die Militarisierung der Jugend, gegen den beschleunigten Pazifismus.

Kämpft für die Verhinderung der Kriegsmaterialtransporte in die kriegführenden imperialistischen Länder, in erster Reihe gegen die Kriegsmaterialtransporte nach Japan!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen! Unterdrückte und Ausgebeutete der ganzen kapitalistischen Welt!

Die kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Rumäniens und Oesterreichs rufen euch zur Entfaltung und Steigerung des revolutionären Massenkampfes gegen den imperialistischen Krieg und die militärische Intervention auf.

Veranstaltet auch in diesem Jahre am 1. August einen

Internationalen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg, gegen die militärische Intervention gegen die Sowjetunion und China!

Zeigt euren unbeugsamen und entschlossenen Willen den Imperialisten und ihren sozialdemokratischen Lakaien, daß ihr einen neuen Verrat wie zu Beginn des imperialistischen Weltkrieges nicht wieder zulassen werdet. Zeigt, daß ihr bereit seid, unter Einsatz aller Kräfte den Kampf gegen jeden imperialistischen Krieg, den Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Verteidigung des chinesischen Volkes zu führen.

Manifestiert euren revolutionären Kampfwillen am 1. August in

gewaltigen Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks, abhängig von den Umständen in den einzelnen Ländern:

Gegen den imperialistischen Krieg im Fernen Osten!

Gegen die militärischen Vorbereitungen des imperialistischen Krieges und des Interventionskrieges!

Gegen Faschismus und imperialistische Reaktion!

Für die Verteidigung der Sowjetunion!

ZK der KP Deutschlands, Frankreichs,  
Englands, Italiens, Polens, Rumäniens,  
Oesterreichs und der Tschechoslowakei.

## I. Die neue Offensive des Nationalsozialismus

### Der Brief des ZK der KPD an die SPD-Arbeiter

In einem rasenden Entwicklungstempo vollzieht sich jetzt die Klärung in den arbeitenden Massen Deutschlands. Die neue Offensive des Nationalsozialismus zur Liquidierung der Trümmer der Sozialdemokratie, zur Vernichtung der Hugenberg-Partei und des Zentrums samt ihren Massenorganisationen treibt die Entwicklung mit Riesenschritten vorwärts. Was Mussolini mit seinen schwarzen Terrorbanden im Laufe von Jahren und unter größten Anstrengungen, unter unvergleichlich viel günstigeren Verhältnissen zu erreichen vermochte, das will der Hitler-Faschismus in wenigen Monaten erreichen. Aber nicht aus freien Stücken forcieren die Naziführer diese Entwicklung, sondern getrieben durch die rapid wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten, die ihnen auf allen Gebieten entgegen-treten, getrieben durch die zunehmende Unsicherheit ihrer Diktatur, getrieben durch das schnelle Wiedererstarben der kommunistischen Bewegung und die so bald einsetzenden Gärungs-erscheinungen und Widerstandsaktionen der Massen, die sie nicht so schnell und nicht in diesem Maße erwartet hatten.

Nach der Auflösung der deutschnationalen Kampforganisa-tionen sind nun auch die Hugenberg'schen Betriebsorganisa-tionen liquidiert worden, und es ist nur eine Frage von kürzester Zeit, wann auch die Partei des Herrn Hugenberg endgültig verschwinden soll. (Inzwischen trat Hugenberg zurück und seine Partei hat sich selbst aufgelöst). Die Red.) Nach der Einleitung der Offensive gegen das Zentrum und die Bayrische Volkspartei wurden erst die Jugendorganisationen des Katholizismus und jetzt auch die «christlichen» Gewerkschaften «gleichgeschaltet»; und es wird kaum noch lange dauern, bis alle die zahlreichen Massen- und Hilfsorganisationen des Zentrums vernichtet sind. Mit dem Verbot der SPD und den massenhaften Verhaftungen sozialdemokratischer Führer, selbst solcher «Helden» wie Löbe, ist die Vernichtung der SPD eine Tatsache.

Mit der Beseitigung dieser Parteien und ihrer Massenorgani-sationen räumt der Nationalsozialismus alle bürgerlichen Organi-sationen weg, deren sich bisher die Bourgeoisie zur Ver-teidigung ihrer Klassendiktatur bedienen konnte und zu be-dienen wußte, und konzentriert alle Macht des Staates und alle Gewalt in den Händen des Nationalsozialismus, der damit auch die alleinige Funktion übernimmt, die kapitalistische Klassen-diktatur aufrecht zu erhalten und gegen die revolutionären Ge-fahren zu verteidigen. Sein oder Nichtsein des deutschen Kapi-talismus ist nunmehr völlig identisch mit der Herrschaft oder dem Sturz des Nationalsozialismus. Die deutsche Kapitalisten-klasse wird künftig nur eine Möglichkeit der politischen Organi-sation besitzen, die Hitlerpartei.

Es ist natürlich ein Trugschluß, wenn Hitler und seine Um-ggebung glauben, daß sie mit der Vernichtung der restlichen bürgerlichen politischen Organisationen auch die Widerstände ausrotten könnten, denen sie in den Kreisen der Bourgeoisie und vor allem des Kleinbürgertums in zunehmendem Maße be-zugnen. Diese Widerstände werden weiter bestehen und wei-ter wirken, aber da ihnen die Möglichkeit der politischen Organi-sation genommen ist, werden sie im wesentlichen be-schränkt sein auf zersetzende Wirkungen. Die Illusionen, wel-che die bankerotten SPD-Führer in den vergangenen Monaten geflissentlich unter den arbeitenden Massen zu verbreiten such-ten, als ob ein Sturz Hitlers durch Hugenberg und das Zen-trum, durch die Reichswehr oder durch den Widerstand der Exportindustrie zu erhoffen sei, sind endgültig zerschlagen. Da-gegen wird aufs stärkste unterstrichen, was die Kommunistische Partei unbeirrt den Massen sagte: nur durch die Klassenener-gien der Arbeiterklasse kann die faschistische Hitler-Diktatur des deutschen Kapitals gestürzt werden.

Die Vernichtung aller anderen bürgerlichen Organisationen durch den Nationalsozialismus bedeutet zugleich die schärfste Herausbildung der zwei Klassenfronten: auf der einen Seite der Faschismus als Repräsentantin des deutschen Kapitalismus — auf der anderen Seite der Kommunismus als Verkörperung der Klasseninteressen der arbeitenden Klassen! So wird den

werkstätigen Massen durch den Nationalsozialismus selbst in eindeutigster Weise vor Augen geführt: es gibt nur eine Kraft gegen den Hitlerfaschismus — die Kommunistische Partei; es gibt nur ein Weg aus der Hölle des Faschismus — die proletarische Revolution; es gibt nur eine Rettung aus dem Elend des Kapitalismus — der Kommunismus!

Der Kampf zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus ist ein Kampf um die Eroberung der Massen! Dies ist das A und O aller politischen Erkenntnis. Dies bezeichnet die Gene-rallinie und die Kardinalaufgabe der gesamten kommunisti-schen Arbeit! Was aber sind diese Massen, die jetzt erobert werden müssen, konkret gesehen? Erstens die Massen der bis-her sozialdemokratischen Arbeiterschaft, zweitens die christ-lichen Arbeitermassen, drittens die proletarischen Schichten der Hitlerpartei selbst, viertens die kleinbürgerlichen und klein-bäuerlichen Schichten, die heute noch in ihrer überwältigenden Mehrheit auf der Seite des Nationalsozialismus stehen. So selbst-verständlich es ist, daß die Kommunistische Partei diese Auf-gabe der Eroberung der Massen in ihrer Gesamtheit sieht und sich stellt, so notwendig ist es, das entscheidende «Kettenglied» in der gegenwärtigen Lage herauszufinden und in den Mittel-punkt unserer Arbeit zu stellen. Das sind die sozialdemokrati-schen Arbeitermassen!

Der soeben erschienene «Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an die sozialdemokra-tischen Arbeiter» geht von dieser Erkenntnis aus. Er bietet den Arbeitermassen der SPD, die von ihrer Führerschaft aufs schmächtigste verraten und verkauft, ohne Führung, ohne Organi-sation, ohne Information, ohne Perspektive und Aufgaben des Kampfes dastehen, die Bruderhand zu gemeinsamer Ak-tion, zum Kampfe gegen den Faschismus, den ja auch sie woll-en, zur Eroberung des Sozialismus, den ja auch sie erstreben, zur «Sozialistischen Freiheitsaktion»!

Eine fünftfache Aufgabe wird der «Sozialistischen Freiheits-aktion» gestellt. Erstens: sofortige Hilfe für alle antifaschisti-schen Gefangenen! Das geht die sozialdemokratischen Arbeiter genau so an wie die kommunistischen. Denn unter den rund 80.000 verhafteten Antifaschisten in den Konzentrationslagern und Gefängnissen des Faschismus befinden sich Zehntausende von sozialdemokratischen Arbeitern, die denselben Mißhandlungen und Folterungen ausgesetzt sind wie die Kommunisten, deren Frauen und Kinder in dieselbe Not geraten sind wie die Familien der inhaftierten Kommunisten. Wir müssen ihnen hel-fen! Wir müssen für sie den Kampf aufnehmen! Wir müssen sie den faschistischen Mordbanden entreißen! In diesem Wunsch und Willen vereinigen sich die Millionen sozialdemokratischer mit den kommunistischen Arbeitern!

Die zweite und dritte Aufgabe betreffen den Kampf in den Betrieben und an den Stempelstellen, den Kampf gegen den Abbau der Löhne und der Unterstützungen, gegen die stei-gende Teuerung, für Erhöhung der Löhne und Unterstützungs-sätze. Das ZK der KPD wendet sich scharf gegen die trü-gerische Parole des «Abwartens» und des «Abwirtschaftenlas-sens», die von den SPD-Führern unter die Massen gebracht wurde, um sie von Widerstandsaktionen abzuhalten. Im Gegen-teil gilt es, den Streik zu organisieren gegen jede Verschlech-terung der Lage der Betriebsarbeiter, die Massenaktionen zu organisieren gegen jede Herabdrückung der Arbeitslosen. Die Steigerung der Preise, die eine solche Herabdrückung der Mas-sen bedeutet, muß beantwortet werden mit dem Streik der Belegschaften für Lohn-erhöhung und dem Massenkampf der Arbeitslosen für Erhöhung der Unterstützungs-sätze. Hier liegt der entscheidende Punkt des antifaschistischen Kampfes; hier muß die Hauptkraft angesetzt werden. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie es auch trotz des faschistischen Terrors möglich ist, solche Widerstandsaktionen erfolgreich durchzuführen. Die Erklärung des faschistischen «Arbeiterfriedens» mit ihren Streikverbot hatte zunächst eine Dämpfung der Bewegung in den Betrieben zur Folge; aber in den letzten Wochen kom-men bereits wieder zahlreicher die Meldungen über Streik:

und allerlei kleinere Widerstandsaktionen, die beweisen, daß sich die Arbeiterklasse anschickt, diese Barrieren der faschistischen Diktatur zu durchbrechen. Indem sich das Zentralkomitee der KPD an die SPD-Arbeiter in den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen wendet und ihnen die gemeinsame Aktion vorschlägt, wird diese Welle der Widerstandsaktionen gestärkt, und in diesen Kämpfen auch die Klassenenergie und Kampfkraft der Massen gesteigert.

Die vierte und fünfte Aufgabe, die das ZK der KPD der «Sozialistischen Freiheitsaktion» stellt, sind die Bekämpfung des drohenden imperialistischen Krieges und die Verteidigung der Sowjetunion, Aufgaben, die sich gerade für das deutsche Proletariat aus der katastrophalen Zuspitzung der außenpolitischen Lage unmittelbar ergeben.

Wir zweifeln nicht, daß der Brief des ZK der KPD bei den sozialdemokratischen Arbeitern ein ungeheures Echo finden wird. Denn alles spricht dafür, daß sie auf ein solches Wort der Kommunistischen Partei gewartet haben. Wir erhalten täg-

lich aus allen Teilen des Reiches Mitteilung, daß Gruppen sozialdemokratischer, freigewerkschaftlicher und Reichsbannerarbeiter an unsere Genossen herantreten zwecks gemeinsamer Arbeit. Von ihrer früheren Partei fühlen sie sich im Stich gelassen, so wenden sie sich an uns, weil sie sehen: «Die Kommunisten sind die einzigen, die den Kampf weiterführen!» Sie erhalten von ihrer Partei weder Informationen, noch Agitationsmaterial; so holen sie sich unsere Informationsmaterialien, unsere Flugblätter, unsere illegalen Zeitungen und Broschüren und helfen sie vertreiben. Sozialdemokratische Betriebsfunktionäre treten an uns heran, sie wollen mithelfen, unsere durch Massenverhaftungen zusammengebrochenen Zellen und Gewerkschaftsfraktionen wieder aufzubauen. Sozialdemokratische Funktionäre lassen sich von uns Sammelmarken aushändigen, um für die Finanzierung des antifaschistischen Kampfes mitzuwirken. Das alles sind überaus verheißungsvolle Anfänge. Jetzt aber kommt es darauf an, diese Entwicklung zu einer Massenbewegung zu verstärken.

## II. Der entscheidende Schlag Hitlers gegen die Deutschnationalen

Nun ist der große Schlag gefallen, den man seit der nationalsozialistischen Führertagung von Mitte Juni zu erwarten hatte, und was wir damals als Wahrscheinlichkeit annahmen, ist zur Gewißheit geworden: es ist ein Schlag der Nazis gegen Hugenberg. Ja, wir möchten sagen: es ist der entscheidende Schlag gegen Hugenberg!

Vor kurzem hat der thüringische Nazigauleiter und «Reichsstatthalter» Sauckel die neue Naziparole proklamiert, die wenige Tage zuvor beschlossen war:

«Ich befehle Intoleranz gegen alles andere!»

Und gegen Hugenberg drohend fügte er hinzu:

«Mit dem Stempel des Verräters muß jeder gebrandmarkt werden, der es wagt, die Richtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung in Zweifel zu ziehen.»

Das mußte ausgerechnet derselbe Sauckel aussprechen, dem kurz vorher der «Stahlhelm» in seinen Führerbrieffen noch attestiert hatte, daß mit ihm ein vorzügliches kameradschaftliches Zusammenarbeiten, vorbildlich für die anderen Naziführer, möglich sei!

In der Deutschnationalen Partei abnte offenbar niemand, daß sich das Gewitter so bald über sie entladen würde. Sonst würde sich Hugenberg kaum nach London begeben haben. Während er abwesend war, konnten die Nazis in aller Ruhe ihre Aktion vorbereiten. Mit einzelnen Schlägen fing es an: in Dortmund, Hagen, Ostpreußen und Schlesien. Die Nazipolizeipräsidenten lösten die lokalen Organisationen der deutschnationalen «Kampfringe» auf und verboten den deutschnationalen Betriebsorganisationen die Werbung; sie verhafteten deutschnationale Redner und Abgeordnete, weil sie sich angeblich über die Reichsregierung «verächtlich geäußert» hätten. Sie zerschlugen zugleich die Stahlhelmorganisationen dort, wo sie überwiegend deutschnational waren, wie in Ostpreußen, Düsseldorf, Essen, und lösten schließlich den Stahlhelm für die gesamte Rheinprovinz auf. Das alles waren Schläge gegen Hugenberg.

Als Hugenberg aus London eiligst zurückkam, war es zu spät. Er konnte gerade noch eine Erklärung in die Öffentlichkeit geben, in der er die Nazimeldung, daß er die Auflösung der «Kampfring»-Organisationen billige, für Schwindel erklärte und die Naziverleumdungen über die «marxistische» Durchsetzung des «Kampfringes» als den Tatsachen völlig widersprechend bezeichnete. An demselben Tage, wo man des Morgens diese Erklärung Hugenbergs las, erfolgte auch schon der große Schlag: die Auflösung der gesamten «Kampfring»-Organisation und auch der deutschnationalen «Bismarck»-Jugend!

Die deutschnationale Bourgeoisie ist aufs höchste empört! Die zahllosen Haussuchungen (auch das Parteihaus Hugenbergs blieb nicht verschont davon), die Tausende von Verhaftungen (darunter zwar nicht Hugenberg selber, wohl aber ein Neffe gleichen Namens), die brutale Behandlung der Festgenommenen: das alles ist gewiß Grund genug, daß Hugenberg und die Seinen Gift und Galle speien. Aber was sollen sie tun? Die finanzkapitalistischen Hintermänner der Deutschnationalen hüten sich, in dieser Situation hervorzutreten; im Junkertum hat Hugenberg den größten Einfluß an Hitler abtreten müssen; in der Reichswehr hat Hitler sichtlich an Boden gewonnen, und wenn Hugenberg einstmals die Hoffnung hegen durfte, in der ent-

scheidenden Stunde auf die hohe Generalität zählen zu können, so muß er jetzt einsehen, daß dies inzwischen eine Illusion geworden ist. Zu Hindenburg laufen, um sich zu beschweren — was würde das heute noch nützen? Denn Hindenburgs Stellung ist außerordentlich geschwächt, und die Kamarilla, die jahrelang ungestört hinter seinem breiten Rücken regiert hat, hat heute selbst Angst vor dem Konzentrationslager oder gar der Feme Hitlers.

Auf den «Stahlhelm» konnte Hugenberg seit langem nicht mehr zählen — seit der Absetzung Düstterbergs ist Selbste immer offener zu Hitler übergelaufen. Jetzt veröffentlicht er einen Aufruf gegen Hugenberg und für Hitler!

Natürlich ist es eine ganz lächerliche «Begründung», wenn die Naziführer behaupten, die «Staatsgefährlichkeit» der Kampforganisation habe sie zu ihren Maßnahmen gezwungen. Weder zahlenmäßig noch gar in ihrem politischen Kampfwert konnten sich die deutschnationalen Organisationen mit den braunen Truppen Hitlers irgendwie messen. Es ist groteske Uebertreibung, zu behaupten, daß diese deutschnationalen Kampfstaffeln dem Nationalsozialismus «gefährlich» geworden wären. Die bisherige Taktik der Nazis, das Anwachsen der deutschnationalen «Kampfringe» und Betriebsorganisation durch systematischen Druck, der sich teilweise bis zum offenen blutigen Terror steigerte, einzudämmen, hätte mindestens zunächst vollkommen genügt. Aber Hitler und seine Berater sahen diesmal nicht nur die Gegenwart, sondern sie fürchten eine Zukunft, die sich vielleicht schon in wenigen Monaten zeigen könnte. So wenig sie die Kampfkraft der Hugenberg-Soldaten fürchteten, so sahen sie doch eine andere Gefahr: wenn die kommunistische Bewegung weiter so an Boden gewinnt wie in den letzten Wochen, und wenn die Kommunisten die zu erwartende Verschärfung der Krise im kommenden Herbst oder Winter ausnutzen würden, um zu größeren Aktionen vorzustoßen, dann und nur in diesem Zusammenhang könnten auch die deutschnationalen Kampfstaffeln Bedeutung gewinnen — nämlich, indem sie den Kommunisten massenhaft Zustrom liefern würden!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Hitler die deutschnationalen Kampforganisationen jetzt verboten hat, hauptsächlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden größeren Auseinandersetzungen des Nationalsozialismus mit dem Kommunismus! Es erscheint wie ein Witz der Weltgeschichte, daß ausgerechnet Hugenberg, der an den Brüsten seines Zeitungskonzerns und seiner zahlreichen anderen Unternehmungen die Hitlerpartei großzügig gezogen hat, der Hitler in den Sattel half und den faschistischen Terrorfeldzug gegen die Kommunisten skrupellos mitmachte, jetzt beschleunigt erledigt wird, damit der Nationalsozialismus sich das Kampfgebiet freimacht für die Offensive gegen die Kommunisten! Jetzt erlebt es der Herr Geheimrat, daß seine Getreuen, die Kampfringführer, Stahlhelmführer, Redner und Organisationsleiter in denselben Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern einquartiert werden. Die Hugenberg zusammen mit Hitler für die Kommunisten eingerichtet hat!

Wir Kommunisten haben keine Zeit und keine Neigung, uns einer Schadenfreude über dies Schicksal des Reaktionärs und Faschisten Hugenberg und seiner Organisation hinzugeben. Wir

sehen, was dahinter liegt: den neuen Angriff des Nationalsozialismus gegen uns! Die Nazi-Offensive gegen Hugenberg (wie der gleichzeitige Angriff gegen das Zentrum) ist keineswegs ein Zeichen dafür, daß der Hitlerfaschismus sich stark und gesichert fühlt. Im Gegenteil: allzugen kennt die Nazi-Führung die wachsende Gärung in allen Schichten des arbeitenden Volkes und insbesondere in der Arbeiterschaft; sie beobachtet die zunehmende Kampfkraft und Aktivität der Kommunisten: sie sieht, wie der Kommunismus wieder von Tag zu Tag an Boden gewinnt; sie weiß, daß die Kommunistische Partei nicht geschlagen, geschweige denn zerschlagen ist; sie fürchtet die kommende Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Krise, aus der die Kommunistische Partei eine weitere Stärkung gewinnen kann; und sie rüstet deshalb auf die bevorstehende Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Darum will Hitler das innerpolitische Kampffeld für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus so schnell wie möglich eberinigen, alle anderen bürgerlichen Organisationen, die lähmen oder hemmen könnten — auch das Zentrum — mit größter Beschleunigung liquidieren, um dann die Hände ganz frei zu haben für den entscheidenden Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Wir Kommunisten machen uns keine Illusionen darüber, in welchen Formen sich dieser neue Kampf gegen uns abspielen wird. Den Blutsäufem von Hitler, Goering und Röhm geht es um die physische Ausrottung aller Kommunistischen, und sie träumen davon, daß sie ein Morden anrichten wollen, gegen das alles, was man in Italien, Ungarn, Finnland erlebt hat, noch ein Kinderspiel sein soll. Aber da wir ihre Wunschträume kennen und ihre Pläne unschwer erraten werden auch wir uns auf diese Auseinandersetzung nach Kräften vorbereiten. Der Kampf zwischen Faschismus und Kommunismus ist ein Kampf um die Eroberung der Massen. Damit ist uns die Generallinie unserer gesamten Arbeit gegeben, die Kardinalaufgabe gestellt. Wir verkennen nicht, daß der Hitlerfaschismus, indem er jetzt alle anderen Organisationen hinwegräumt und alle Widerstände im kapitalistischen Lager zu brechen versucht, seine Positionen zunächst auf der einen Seite stärken kann. Aber ab-

gesehen davon, daß die Differenzen im Schoße der Bourgeoisie weiter bestehen, wird auch für uns das Kampffeld einfacher, wenn der Wust von bürgerlichen Trümmerparteien und ideologischem Schutt tausenderlei Art beseitigt und auf einen Generalnenner reduziert wird: Hitlerfaschismus! Je eindeutiger der Hitlerismus die Repräsentation des kapitalistischen Ausbeutensystems und der Versklavung der arbeitenden Klassen wird, um so eindeutiger wird auch der Kommunismus zum Vertreter der arbeitenden Klassen und ihres Kampfes gegen die faschistische Diktatur des Kapitals! Indem Hitler die Sozialdemokratie mit ihren Massenorganisationen zerschlägt, auf deren Schultern er zur Macht gelangt ist, indem er die Deutschnationalen und das Zentrum zerschlägt, die ihm in den Sattel geholfen haben, indem er alle Organisationen aufrißt, die bisher als Stützen der kapitalistischen Klassenherrschaft dienten, zieht er gewiß alle Macht an sich — das zu verkennen wäre gefährlich; aber zu gleich erleichtert er damit auch unseren Kampf für die Liquidierung der bürgerlich-reaktionären Ideologien in den arbeitenden Massen, für die ideologische Vernichtung insbesondere des Sozialfaschismus und der zentristischen Volksbetrüger; zugleich vereinfacht er die Fragestellung im Kampfe der Massen auf die schärfste Form, die uns ermöglicht, alle Kräfte der arbeitenden Massen, sowohl der sozialdemokratischen wie der christlichen Arbeiterschaft, in einer gewaltigen antifaschistischen Einheitsfront zusammenzufassen. Es gibt nur ein Entweder-Oder: alles was Antinazi ist, muß sich um die Kommunisten scharen; denn es gibt nur eine Partei außerhalb der nationalsozialistischen — die kommunistische; es gibt nur eine Kampffront gegen den Faschismus — die kommunistische; es gibt nur eine Rettung aus der Hölle der faschistischen Diktatur des Kapitals — den Kommunismus. Die arbeitenden Massen Deutschlands lernen langsam, lernen schwerfällig, lernen unter vielen Schwankungen — all das mag wahr sein; aber sie lernen in der Knechtschaft des Faschismus manches, was sie für den großen Befreiungskampf des deutschen Proletariats brauchen. Sie lernen z. B. jetzt die Parole: «Intoleranz gegen alles andere!» Jawohl, Ihr Herren von Hitler und Thyssen: diese Parole wird euch eines Tages erschlagen!

### III. Die Nazi-Offensive gegen das Zentrum

Gleichzeitig mit ihrer neuen Offensive gegen Hugenberg haben die Nazis auch eine neue Offensive gegen das Zentrum eingeleitet, die — wenn es nach ihrem Wunsche gehen würde — die entscheidende sein und mit der völligen Vernichtung des Zentrums und seiner Massenorganisationen enden soll. Den Auftakt gaben die unerhörten brutalen Angriffe der SA auf den Münchener Gesellentag. Die deutsche «Öffentlichkeit» erfuhr freilich davon nicht viel mehr als den völlig verlogenen Polizeibericht der Münchener Nazi-Verwaltung, der den wehrlosen und völlig überraschten Gesellensvereine die ganze Schuld an den Zusammenstößen zuschob, und der außerdem die Leitung des Gesellentages beschuldigte, die Minister von Papen und Graf Quadt getäuscht zu haben. Erst durch die Auslandspresse und dann durch die eigenen Berichte erfuhren wir, was sich in Wirklichkeit in München abgespielt hatte. Dann verstanden wir auch erst recht die Erklärung, die über Papens Beschwerden bei Hitler in der Presse erschien. Das war also der Auftakt. An demselben Tage, an dem der «Reichsstatthalter» Sauckel in Erfurt die neue Parole der Nazis proklamierte: «Intoleranz gegen alles andere!», erklärte der Nazi-Präsident der Provinz Brandenburg und Führer der Nazi-Fraktion im Preußenlandtag, Jakob Kube, dem Zentrum, es sei an der Zeit, daß es an seine Auflösung denke, weil für seine Existenz kein Platz mehr bestehe; und um seinen Worten noch einen besonderen Nachdruck zu verleihen, erinnerte er die Zentrumsleute an das Schicksal der italienischen Partei der «Popolari». Dieser Wink war deutlich genug: Vernichtung!

Inzwischen hat die Nazi-Offensive voll eingesetzt. Der frühere württembergische Staatspräsident Dr. Bolz, ein im Zentrum bis zuletzt sehr einflußreicher Mann, wurde verhaftet und in das Gefängnis auf dem Hohen Asperg einquartiert, wohin er jahrelang die württembergischen Kommunistenführer einzulogieren pflegte. Die Reihe der verhafteten Zentrumsführer ist nun schon reichlich lang; neben Bolz sind in Haft: der badische Staatspräsident Dr. Schmitt, die ehemaligen Reichsminister Köhler und Hermes, der preussische Staatspräsident und Kölner Oberbürgermeister Adenauer, der Reichstagsvizepräsident Esser usw. Und es ist kein Zweifel, daß diese Reihe noch wachsen wird. Der frühere Vorsitzende des Zentrums, Prälat Kaas, hat sich nach

Rom geflüchtet, während seine Kollegen vom Aufsichtsrat der Kölner Görreshausgesellschaft Konsul Maus, Bankdirektor Brünning und einige andere im Gefängnis sitzen.

Noch viel deutlicher als durch die Verhaftung von Bolz wird die Verschärfung des Nazikampfes gegen das Zentrum charakterisiert durch die jetzt täglich erfolgenden Verhaftungen von katholischen Priestern. Die Nazis haben darin eine eigene Methode herausgebildet: sie beordern einen Trupp aufgeputzter Hitleranhänger vor die Wohnung des betreffenden, der zur Verhaftung bestimmt ist, und lassen sie so lange Krach schlagen, bis zur Rettung des Bedrohten die SA anrückt, um ihn «im Interesse seiner persönlichen Sicherheit» in Schutzhaft zu nehmen. So spielten sich die Verhaftungen in Landau, in Imweiler, in Lauffen, in Buderich usw. ab. Man muß gestehen, das ist eine Methode, die der «Genialität» der Reichstagsbrandstifter entspricht!

Die Verhaftung so zahlreicher katholischer Priester bedeutet die Entfaltung des «Kulturkampfes», und die Parole «Intoleranz gegen alles andere!», ergänzt durch den Satz Sauckels: «Künftig muß jeder als Verräter gebrandmarkt werden, der es wagt, die Richtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung in Zweifel zu ziehen», unterstreicht aufs stärkste den «Kulturkampfcharakter» der Nazi-Offensive gegen das Zentrum und seine Massenorganisationen. Wird das Zentrum, oder besser gesagt: wird der katholische Klerus diese Offensive genau so passiv hinnehmen, wie er bisher alle Schläge gegen das Zentrum hingenommen hat?

Die Zentrumsparlei ist bisher unter Brünnings Führung den Weg von Kapitulation zu Kapitulation gegangen. Sie hat die «Gleichschaltung» der christlichen Gewerkschaften widerstandslos hingenommen. Sie hat sich sogar in der Manier übereifriger Lakaien bemüht, sich bei den nationalsozialistischen Machthabern anzuschmieren. Brünning selbst hat sich dem Reichskanzler Hitler mit Rat und Tat jederzeit zur Verfügung gestellt und hat Hitler wissen lassen, daß er die Zentrumsparlei weitgehend nach den Wünschen der Nazis führen wolle. Die katholischen Bischöfe haben die früheren Verbote kirchlicher Handlungen für die SA aufgehoben und den Klerikern erlaubt, Mitglied der NSDAP zu werden. Gegen die Verhaftungen seiner



führenden Personen hat das Zentrum auch nicht in einem einzigen Falle einen Protest erhoben, sondern einen nach dem andern einfach fallen lassen! Konnte die Kapitulationspolitik des Zentrums wirklich noch weiter getrieben werden?

Und trotz dieser Unterwerfung des Zentrums, die bis zur völligen Selbstaufgabe zu gehen schien, haben die Brüning und Konsorten das Mißtrauen der Hitlerpartei und ihrer Führung nicht im geringsten überwinden können. Dabei spielt natürlich sehr viel mehr mit als der alte Haß, der sich aus der Periode der Brüningdiktatur aufgespeichert hatte. Dahinter steckt vielmehr die Befürchtung der Naziführer, daß die «schlaunen» Zentrumsführer ihre Unterwürfigkeitspolitik nur so lange treiben, wie der Nationalsozialismus unangreifbar scheint, daß sie jedoch ihre Taktik sofort ändern würden, so bald die Hitlerpartei mit den wachsenden Schwierigkeiten in Bedrängnis gerät. Da ja auch solche vorsichtigen, in ihrer «Taktik des Schweigens» berühmten Leute wie Brüning und seine Umgebung nicht darum herumkommen, dann und wann jemanden einen Blick in ihre Karten tun zu lassen, wußte man, daß das Zentrum genau so wie Hugenberg nur darauf rechnet, daß im kommenden Herbst/Winter sich die Schwierigkeiten für die Hitlerdiktatur so häufen, daß dann auch das Zentrum wieder «gebraucht» wird und seine Bedingungen stellen kann.

Aber Hitler und seine Leute, so idiotisch sie in allen großen Fragen der Politik auch handeln, kennen sich doch in dem Intrigenspiel der Parteien genug aus, um die edlen Absichten ihrer ganz ergebenen Freunde um Brüning wie um Hugenberg zu durchschauen, und das ist der Grund, warum sie ihre Offensive gegen Hugenberg und das Zentrum mit solcher Eile eingeleitet haben. Sie wollen sich die «Freunde», denen sie nicht trauen, beizeiten vom Halse schaffen, um sich so Rücken und Flanken zu klüubern, wenn sie in den weitaus ernsteren neuen Kampf gegen die Kommunisten hineingehen!

Noch läßt sich nicht sagen, ob und wie weit die Zentrumskreise jetzt doch noch Widerstand leisten. Die Bayerische Volkspartei hat vorläufig die Haussuchungen und Verhaftungen unter ihren führenden Mitgliedern ohne Protest hingenommen; ob dadurch freilich ihre Liebe zu den nationalsozialistischen Kon-

ditionsfreunden — in Bayern besteht bekanntlich eine Nazi-Zentrums-Regierung — wächst, steht auf einem anderen Blatte. Der katholische Klerus hat bisher nur einmal einen leisen, sehr vorsichtigen Protest erhoben, nämlich gegen die beabsichtigte Auflösung der katholischen Jugendorganisationen, die mit der Einsetzung des nationalsozialistischen «Reichsjugendführers» (als staatlicher Person!) eingeleitet worden ist. Dagegen ist ein Widerspruch gegen die Priesterverhaftungen bisher noch nicht erfolgt.

All das heißt natürlich nicht, daß die Zentrumskreise in Verbindung mit dem katholischen Klerus nicht die intensivste unterirdische Arbeit gegen die Nazis treiben. Gerade weil das Zentrum über einen so großen Stab von Geistlichen und über so gewaltige und vielseitige klerikale und weltliche Organisationen verfügt, ist ihm diese unterirdische Arbeit viel leichter als für die Deutschnationalen. Und aus dem gleichen Grunde ist der Kampf der Nazis gegen das Zentrum viel schwieriger, erbitterter und langwieriger. Es scheint, daß die Nazis diese Aufgabe, die sie da unternommen haben, stark unterschätzen. Mit dem Draufgängertum, das diese Abenteurer auszeichnet, haben sie den Kampf aufgenommen, mit dem sie sich in allen katholischen Gegenden Deutschlands eine Armee von erbitterten Feinden schaffen, die, wenn sie auch heute noch ihre Waffen verbergen, doch mit der wachsenden Enttäuschung der Massen über die Hitlerpolitik und mit der aufsteigenden Welle der antifaschistischen Widerstandsaktionen gefährlich werden können.

Für die Kommunistische Partei entsteht aus diesem Kampfe zwischen Zentrum und Nazis eine ernste Gefahr und eine große Aufgabe. Die Gefahr nämlich, daß es der Demagogie der Zentrumsführer und dem Einfluß des Klerus geingen közzte, die Massen christlicher Arbeiter, Mittelständler und Bauern, die den Kampf gegen den Faschismus wollen, an die Fahnen des Katholizismus und des Faschismus der Nuance Brüning festzuhalten — und die Aufgabe, daß die Kommunisten in den vorwiegend katholischen Bezirken ihre größte Energie daran setzen, diese Massen des arbeitenden Volkes von dem Zentrum und der katholischen Reaktion abzulösen und in die große antifaschistische Einheitsfront einzugliedern!

## IV. Hitlers Außenpolitik und das Volk

Es gibt in Deutschland keine «öffentliche Meinung» mehr, nicht einmal in dem beschränkten Sinne wie in anderen Ländern kapitalistischer Klassenherrschaft, sondern es gibt nur noch eine Meinung in der Öffentlichkeit — die der NSDAP. Nur ist es mitunter nicht leicht herauszufinden welches die Meinung der Hitlerpartei ist. Das Schicksal der «Deutschen Allgemeinen Zeitung» und ihres Chefredakteurs Dr. Fritz Klein hat allen Blättern die letzte Neigung ausgetrieben, so irgend etwas wie eine eigene Stellungnahme zu den politischen Entwicklungen zu versuchen. Klein hatte geglaubt, darauf pochen zu können, daß er jahrelang einer der leidenschaftlichsten Verfechter einer Regierungsbeteiligung Hitlers war; er hatte um so mehr geglaubt, eine wenn auch versteckte und vorsichtigst eingehüllte Kritik an der nationalsozialistischen Außenpolitik üben zu dürfen, weil ja hinter der «DAZ» sehr einflußreiche Kreise des Finanzkapitals standen, welche sehr enge Verbindungen zu Hitler hatten. Trotzdem wurde die «DAZ» auf 3 Monate verboten, d. h. finanziell ruiniert, und konnte nur dadurch gerettet werden, daß sie den Klein mit seinem Stab hinauswarf und ein absolut nazistisches Subjekt, einen blinden Verhimmelnder Hitlers und seiner Satrapen, den Londoner Korrespondenten Karl Siler, zum Chefredakteur machte. Unter seiner Leitung beschränkt sich die «DAZ» darauf, einen verwässerten Aufguß der Nazipresse zu liefern. Dies Schicksal der «DAZ» zeigt am besten, welche Stellung die Presse in Deutschland inne hat. Wenn diese Presse trotzdem den Anspruch erhebt, «öffentliche Meinung» zu machen und zu repräsentieren, so kann das nichts anderes ergeben als einen Zerrspiegel der Politik, eine ungeheuerliche Verfälschung der politischen Tatsachen und Ereignisse.

Das deutsche Volk hat, zum mindesten in breiten Schichten, sehr schnell gelernt, den Charakter dieser Presse richtig einzuschätzen. In den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse herrscht ein absolutes Mißtrauen gegen alles was diese Presse schreibt. In der Bourgeoisie erzählt man sich täglich die neuesten Skandale aus den Redaktionen, welche zeigen, wie hündisch diese Pressekulis ihr Handwerk betreiben. Nur im Kleinbürgertum, das weder politische Schulung noch geheime Informationen hat, wird meist noch unkritisch und gutgläubig hingenommen, was schwarz auf weiß gedruckt zu lesen steht.

So groß aber auch das Mißtrauen im Volke gegen diese Presse ist, so darf man dennoch ihre Bedeutung für die Täuschung und Verhetzung der Massen nicht unterschätzen. Schon weil eine wirkliche, die breiten Massen auch nur einigermaßen wahrheitsgemäß unterrichtende Berichterstattung fehlt. Die illegale Presse der Kommunisten, die einzige, welche wirklich an Massen herankommt, erreicht doch im wesentlichen nur gewisse Schichten der Arbeiterklasse. Gewiß ist es Tatsache, daß jedes Blatt unserer illegalen «Roten Fahne», unserer illegalen Bezirkszeitungen, der illegalen Gewerkschafts- und «Rote Hilfe»-Zeitungen von den Arbeitern wie eine Kostbarkeit betrachtet, von Hand zu Hand gegeben und gierig verschlungen wird; es bleibt dennoch die Tatsache, daß diese illegale Literatur der Kommunisten an die faschistischen Massen der Arbeiterschaft und an das Kleinbürgertum und die Bauernbevölkerung nur wenig oder gar nicht herankommt, d. h. gerade dort am wenigsten eindringt, wo das Gift der faschistischen Verhetzung am verheerendsten wirkt.

Auf keinem Gebiet zeigt sich dies so kraß wie auf dem Gebiet der Außenpolitik. Wer sich außenpolitisch informieren will, muß schon zur Auslandspresse greifen; aber für die Massen kommt das nicht in Frage; ihnen wird die Außenpolitik nur in dem Zerrspiegel der faschisierten deutschen Presse vorgesetzt. Das bedeutet: die Massen — soweit sie nicht die kommunistische illegale Presse erhalten, und der bloße Besitz eines Exemplars der «Roten Fahne» kostet 1½ Jahre Gefängnis! — sind außerstande zu sehen, was wirklich in der Außenpolitik vor sich geht.

Das tollste Beispiel, wie die faschisierte Presse das Volk systematisch täuscht, bietet gegenwärtig der deutsch-österreichische Konflikt. Wehe der Redaktion, die es wagen würde, auch nur einen Bruchteil der Wahrheit zu schreiben; ihre Zeitung würde für immer unterdrückt und ihre Redakteure würden sich im Konzentrationlager wiederfinden! Daß die Hitlerminister mit ihrem «unerwünschten» Besuch in Wien sich und die ganze Reichsregierung vor aller Welt aufs schwerste kompromittierten, durfte das deutsche Volk nicht erfahren, sondern es las nur von dem schamlosen Benehmen der «volkstremden» und «landesverräterischen» Dollfuß-Regierung, auf das zum Schutze des

«nationalen Ansehens des Deutschen Reiches» mit solchen Gegenmaßnahmen wie der Grenzsperrung geantwortet werden müsse. Die «DAZ», welche als einzige wenigstens zwischen den Zeilen zu erkennen gab, daß diese Repressalien des Reiches um der parteipolitischen Interessen der Nazis willen ergriffen worden waren, wurde sofort unterdrückt. Keine einzige dieser Zeitungen hatte so viel Mut, auf die verheerenden Konsequenzen dieser Hitler-Politik der Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates aufmerksam zu machen; nirgends auch nur eine Andeutung davon, daß Hitler damit den außenpolitischen Gegnern Deutschlands die schärfste Waffe in die Hand drückte. Nirgends war zu lesen, daß die Verhandlungen der Papeu, Goering und Göbbels mit Mussolini über die österreichische Frage eine große Niederlage Hitlers bedeuten; keine einzige Redaktion wagte, über die Hintergründe der italienischen Donaupolitik offen zu sprechen. Wie der «Fall Habicht» behandelt wurde, ist ein besonderes Kapitel. Wie würde diese faschistische Presse toben, wenn etwa die Sowjetregierung einen führenden deutschen Kommunisten, der sich aktiv am Kampfe gegen den Faschismus beteiligt, zum Presse-Attaché bei der Berliner Botschaft ernennen würde, um ihn dadurch «immun» zu machen! Aber daß Hitler den Naziabgeordneten des Reichstags und obersten Führer seiner österreichischen braunen Garde, den Habicht, zum Presse-Attaché bei der deutschen Botschaft in Wien machte, um ihn dadurch zu immunisieren, wurde als absolut einwandfrei und selbstverständlich hingestellt; und als die Dollfuß-Regierung, die sich geweigert hatte, diese Ernennung Habichts anzuerkennen, den Mann verhaften ließ, schrieb die gesamte deutsche Presse, das sei ein «Bruch des Völkerrechts» und eine «ungeheuerliche Herausforderung» des Deutschen Reiches. Welche Stellung alle anderen Staaten dazu einzunehmen, wurde in derselben deutschen Faschistenpresse lotgeschwiegen.

Den Höhepunkt der Verhetzung und Täuschung des deutschen Volkes erreichte diese Presse nach den Attentaten auf Steidle und Rintelen. «Das haben die Kommunisten gemacht», schrieb der ganze Chor dieser Lumpen. Das glaubte zwar keiner, aber es wurde geschrieben und geredet, um die Verbrechermethoden der nationalsozialistischen Außenpolitik zu vertuschen. Die Bombenattentate in Wien wurden als der Ausfluß einer «heroischen Volksbewegung» hingestellt; aus den zahllosen Gewalttaten der Hitlerbanden, die man mit unverhohlener Genugtuung registrierte, wurde nur abgeleitet, daß sich das österreichische Volk nach Hitler sehne. Das Handgranaten-Attentat von Krems erschien als «berechtigte Notwehr» einer vergewaltigten Bevölkerung. Darüber; daß der Diktator Dollfuß die schwersten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchführte, wurde höchstens einmal so beiläufig gesprochen. Darüber aber, daß Dollfuß auf die lange Serie der Naziattentate mit dem Verbot der Hitlerpartei antwortete, tobte die ganze deutsche faschisierte Presse wie ein Tollhaus! Ja, so wird jetzt in Deutschland die «öffentliche Meinung» über die außenpolitischen Schicksalsfragen fabriziert!

Diese deutsche Presse betrachtet Oesterreich wie eine rentente deutsche Provinz, etwa so wie Bayern oder Württemberg vor der «Gleichschaltung», und den Konflikt zwischen der Hitlerpartei und der Dollfußpartei als eine «interne deutsche Angelegenheit»; deshalb auch jede Bitte um Unterstützung, die Dollfuß an irgendeinen Staat, und sei es Mussolinis Italien, richtet, als «schwarzen Landesverrat». Davon, daß das Vorgehen der Hitlerpartei in Oesterreich für die außenpolitische Lage Deutschlands geradezu verheerend gewirkt hat, daß die ganze Welt die Hitler-Regierung mit Recht für die Verbrechen ihrer braunen Terrorbanden in Oesterreich verantwortlich macht, davon, daß diese Banditenmethoden der Hitlerschen Außenpolitik den Mächten des Versailler Systems die besten Trümpfe in die Hand geben und daß daraus für Deutschland die allerernstesten Gefahren drohen — von alledem erfährt die große Masse des deutschen Volkes nichts! So wird das Volk in der verbrecherischsten Weise über die wahre Lage getäuscht.

Keine einzige deutsche Zeitung wagt es, auch nur auszugsweise abzudrucken, was etwa die «Times» oder andere führende englische, amerikanische oder französische Zeitungen über den deutschen Konflikt geschrieben haben; daß von der Stimmung in Prag, Warschau, Belgrad nicht berichtet wird, versteht sich von selbst. Aber auch die italienischen Pressestimmen, selbst wenn sie offiziöse Äußerungen Mussolinis darstellen, werden unterschlagen. Aber wenn in irgendeiner deutschen Kolonie im brasilianischen Urwald irgendein Idiot begeistert über Hitlers grandiose Außenpolitik schwätzt, dann wird das den

Lesern der faschistischen deutschen Presse als «Stimme der Weltmeinung» vorgesetzt! In solcher Weise wird das Volk nicht nur über die wahre katastrophale Lage der deutschen Außenpolitik getäuscht, sondern auch noch chauvinistisch aufgeschüttelt, faschistisch vergiftet.

Hitlers Außenpolitik ist eine Kette von wahnsinnigen Abenteuern und schmachvollen Niederlagen. Aber die faschistische Presse bejubelt die Abenteuer als das «Erwachen einer nationalen Außenpolitik» und feiert die Niederlagen als «edle Bekenntnisse von Hitlers Friedenswillen». Wie die Narren sind die Hitler, Goering, Göbbels, Rosenberg in den «Viermächte-pakt» der französischen Fassung hineingeschliddert, und als sie diese Niederlage unterschrieben hatten — mitsamt der Anerkennung von Versailles, dem Verzicht auf die Gleichberechtigung, dem Verzicht auf die Grenzrevision — feierten sie sie als den «wichtigsten Vertrag» seit Versailles und einen glorreichen Sieg Mussolinis und Hitlers! Die Konzessionen, die Hitler immer aufs neue auf der Genfer «Abrüstungs»-Konferenz machte, wären früher Grund genug gewesen, daß die ganze Nazipresse geschriebe hätte: «Vor den Staatsgerichtshof mit den Landesverrättern!» Heute sind das Ausflüsse der hohen staatspolitischen Weisheit Hitlers! Die Kapitulationserklärungen, die Hitler gegenüber dem polnischen Imperialismus abgegeben hat, wären früher, unter einer anderen Regierung, Grund genug gewesen, die Nazifeme auf die verantwortlichen Minister zu hetzen und sie niederschließen zu lassen wie die Rathenau und Erzberger. Heute ist das alles «ganz in der Ordnung»!

Wenn alle anderen Staaten ringsum immer aufs neue alarmiert werden durch diese Politik der Abenteuer und Narren, so ist, nach der deutschen faschistischen Presse, daran natürlich nur das Ausland schuld. Hat nicht Hitler in seiner Mairade selbst gesagt, woran das liegt: «Die Welt haßt uns, verfolgt uns!» Daß der verbrecherische Wahnsinn einer Horde von Hassardeuren und Ignoranten den imperialistischen Gegnern Deutschlands selbst die Waffen gegen Deutschland in die Hand drückt und das deutsche Volk immer tiefer ins Unheil hineintreibt, davon soll das Volk nichts ahnen. Davon erfährt es nur aus der illegalen Presse der Kommunisten. Aber das hat die kommunistische Aufklärung doch schon erreicht, daß Hunderttausende klar sehen und Millionen mehr oder minder ahnen, in welchen Abgrund Hitlers Außenpolitik das deutsche Volk treibt. Während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor Hitler im Staube liegt und seiner Außenpolitik das Vertrauen ausspricht, führt die kommunistische Partei den leidenschaftlichsten Kampf gegen den Faschismus und seine Außenpolitik der Abenteuer und Niederlagen, gegen seine chauvinistische Verhetzung und seine schmachvolle Kapitulationspolitik, gegen seine verlogenen Friedensbeteuerungen und gegen seine feberhafte geheime Rüstungspolitik. Die kommunistische Partei ist die einzige, die der Katastrophpolitik Hitlers etwas entgegenzustellen hat: ihr Programm der sozialen und nationalen Befreiung und die Praxis der Außenpolitik der Sowjetunion! Indem die kommunistische Partei diesen unerbittlichen Kampf gegen die Außenpolitik des deutschen Faschismus führt, wächst ihr auch von dieser Seite neue Kraft zu für den revolutionären Kampf für den Sturz des Faschismus und den Sieg des Kommunismus in Deutschland.

## Die KPD zur Lage in Deutschland

Vom ZK der KPD wird uns zu den jüngsten Ereignissen in Deutschland folgendes geschrieben:

### I.

Unter dem demagogischen Schlagwort, «die nationale und soziale Revolution ist in ihre zweite Etappe eingetreten», vollzieht die faschistische Massenpartei der deutschen Bourgeoisie gegenwärtig einen massiven Angriff auf die bürgerlichen und sozialdemokratischen Organisationen mit dem Ziele ihrer Zerschlagung bzw. ihrer vollkommenen Unterordnung unter das Hakenkreuzregime. Die Kampfstaffeln und Betriebsorganisationen der Hugenbergpartei, der wütenden Einpeitscherin der Faschisierung Deutschlands, sind aufgelöst. Die deutschnationale Parteiorganisation steht vor dem gleichen Schicksal. Der «Gleichschaltung» der freien Gewerkschaften ist die der christlichen gefolgt. Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei werden in Schutzhaft genommen. Die Sozialdemokratische Partei, die Wegbereiterin des Faschismus, ist faktisch verboten worden. Von den faschistischen Agenten des Finanzkapitals wird eine «Generalreinigung» der von ihnen geraubten Gewerkschaften angekündigt.

Der ganze Gleichschaltungsprozeß vollzieht sich unter den demagogischen Schlagworten «gegen die Reaktion, endgültige Liquidierung des Hunger- und Korruptionssystems der Weimarer Koalition». In Wahrheit signalisieren diese Ereignisse, die mit der Ausschaltung der SP am 20. Juli 1932 aus dem Staatsapparat eingeleitet, mit der Übertragung der Regierungsgewalt — der Etappe Papen-Schleicher — unmittelbar in die Hände der offenen faschistischen Parteien weiter vorbereitet wurden, den wütendsten politischen und sozialen Angriff auf das Proletariat und seine revolutionäre Vorhut, das Unvermögen der Finanzkapitalistischen Räuber und ihrer nationalfaschistischen Agenten, die wachsenden Widersprüche ihres Systems zu meistern, den revolutionären Aufschwung unter Führung der KPD niederzuhalten. Mögen die Führer der Hitlerpartei und ihre ministeriellen Wanderredner des «Dritten Reiches» mit ihrer monopolistischen Durchdringung des Staatsapparates, aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen ihren murrenden Anhängern weiszumachen versuchen, daß ihre Maßnahmen «antikapitalistisch» seien. Für jeden klassenbewußten Arbeiter ist es klar: die «nationale Revolution» des 30. Januar vermag immer weniger die scheußlichen Züge der politischen Knechtung, der sozialen Reaktion und nationalen Erniedrigung des werktätigen Volkes zu verbergen. Die äußerste Zentralisierung aller Gewalt- und Betrugsmittel in den Händen des Finanzkapitals und seiner faschistischen Hitler-Diktatur soll dem werktätigen Volke Deutschlands den Weg verlegen, unter Führung der KPD den revolutionären, sozialistischen Ausweg aus der Krise zu beschreiten.

Die Hitler-Regierung erlebt in der Tat in den letzten Wochen, daß sich die Fristen der Verschärfung ihrer Schwierigkeiten immer mehr verkürzen. Die Londoner Konferenz ist schon heute für sie eine völlige Pleite. Keine Exporterleichterung zur Behebung ihrer Transferschwierigkeiten! Kein Moratorium für ihren privaten Zinsen- und Schuldendienst! Keine Aussichten auf koloniale Betätigung, auf Kredite, auf Lockerung der Versailler Fesseln! Nur noch eiserner wird die imperialistische Umklammerung rund um Hitler-Deutschland, die die außenpolitischen Abenteurer des «Dritten Reiches» durch ihre autarke Handels- und Wirtschaftspolitik, durch den Eroberungsversuch der «Gleichstämmigen», «deutschen» Oesterreicher, mit den Methoden ihrer Reichstagsbrandstiftung, mit Bomben und meuchlerischem Wegelagerertum zu lockern hofften. Das von ihnen in London gemachte, an den zwischenimperialistischen Gegensätzen gegenwärtig noch gescheiterte Angebot, die Sowjetunion mit Interventionskrieg zu überziehen, droht selbst den kargen Rest noch verbleibender Wirtschaftsbeziehungen zu sprengen und hunderten tausenden deutscher Arbeiter und Angestellten das Brot zu rauben. Die Folgen dieser verbrecherischen Politik wie die weitere Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus fallen unmittelbar auf die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland zurück. Auf den indirekten und sozialreaktionären Angriff auf Löhne und Gehälter, auf das Einkommen aller Werktätigen durch die Organisation des durch die Hitler-Regierung durchgeführten großjunckerlichen Preiswuchers soll jetzt der direkte Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen, auf den Tarifvertrag und die Sozialversicherung folgen. Es ist die nahe äusserste Verschärfung des mit Terror und Betrug vorge-

tragenen Klassenangriffes der Spitzen des Monopolkapitals und der Junker, der die Hitler-Regierung zu ihren jüngsten Gleichschaltungsmaßnahmen treibt. Ihre demagogischen Roßläuschermanöver durchkreuzend und ebenso jeden Versuch der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, aus den sich zuspitzenden Gegensätzen im Lager der Bourgeoisie und ihrer Agenturen massenbetrügerische Folgerungen zu ziehen, zunichtemachend, muß deshalb folgendes festgestellt werden:

1. Unter den Bedingungen der verschärften Krise, der weiteren Klassenzuspitzung bei gleichzeitiger äußerster Unterdrückung der einzigen antifaschistischen Partei, der KPD, bilden selbst bei reaktionärster Führung bürgerliche und sozialdemokratische legale Oppositionsparteien Sammelpunkte für die mit dem faschistischen Regime unzufriedenen und rebellierenden kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten. Dies um so mehr, als durch die organisierte Arbeit der KPD und RGO, die in jenen Organisationen befindlichen werktätigen Massen sich in wachsendem Maße auf die antifaschistische Einheitsfront orientieren. Dies gilt vor allem für die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter, aber auch für viele Arbeiter im Hugenberg- und christlichen Lager. Die Auflösung und Unterdrückung dieser Organisationen bzw. ihre Unterstellung unmittelbar unter die Befehlsgewalt der faschistischen Diktatur-Regierung soll daher alle legalen Kanäle der antifaschistischen Kampfbewegung verstopfen.

Mit der weiteren Zentralisierung aller offenen faschistischen Kräfte unter der ausschließlichen Kontrolle der faschistischen Massenpartei werden die Klassenwidersprüche und die Gegensätze im bürgerlichen Lager nicht abgeschwächt oder gar aufgehoben, sondern sie führen im Gegenteil zu einer schnellen Verschärfung des Gegensatzes zwischen der großkapitalistischen Führung der NSDAP und den proletarischen und kleinbürgerlichen Massen.

2. Das Vorgehen der Hitler-Regierung gegen die Hugenberg-Organisationen und gegen das von Kapitalisten und Junkern geführte Zentrum ist keine antikapitalistische, sozialistische Maßnahme der NSDAP, sondern umgekehrt der Ausdruck dessen, daß das Finanzkapital in der «Alleinherrschaft» der faschistischen Massenpartei die beste Sicherung seiner Profitinteressen vor dem Kommunismus erblickt, daß also das ökonomische Schwergewicht der herrschenden Klasse sich von den Deutschen und den anderen traditionellen bürgerlichen Parteien immer mehr auf die Hakenkreuzpartei und ihre Spitzen übertragen hat. Der erfolgreiche Kampf des entscheidenden Teiles des Monopolkapitals und der Junker gegen die anderen kapitalistischen Interessengruppen um die ausschließliche Beherrschung des Staatsapparates zur Aufteilung des geschmälernten Profits ist unmittelbar verbunden mit dem «Sieg» Hitlers über Hugenberg und Brüning.

3. Das Vorgehen «gegen den Reaktionär Hugenberg», den die Führer der NSDAP demagogisch als alleinig für die Feltverteuerung verantwortlich machen, wie auch das Vorgehen gegen die «Systemparteien» (Bayrische Volkspartei, Zentrum und SPD) wurde durch den Druck der teilweise bereits zweifelnden proletarischen Elemente innerhalb der SA (siehe Frankfurt) erzwungen. (Das Vorgehen gegen einige Hugenbergjunker in Ostelbien, Maßnahmen gegen einige kapitalistische Außenseiter als demagogische Ablenkungsmanöver sind bei dem weiter zunehmenden Druck von unten nicht ausgeschlossen.)

4. Selbst die jetzt schon erfolgte Durchsetzung des Staatsapparates mit nationalsozialistischen Emporkömmlingen, Korruptionisten und Futterkrippenjägern reicht bei weitem nicht aus, den hohen Erwartungen der eigenen Anhänger auf das «Dritte Reich» zu genügen. Die Beseitigung der Hugenberg- und Zentrumsleute (nach der bereits erfolgten Ausschiffung der SPD und Gewerkschaftsböden) aus dem Staatsapparat und Kommunalapparat, aus den Spitzen der sozialen und wirtschaftlichen Organisationen, soll wenigstens einem Teil der alten «Garde» fette Plünder verschaffen.

### II.

Durch die Gleichschaltungsaktion wird die Bedeutung der betroffenen Organisationen, insbesondere der SPD für die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft vor der Revolution nicht aufgehoben. Die KPD warnt insbesondere die SPD-Arbeiter vor der Illusion, als ob die gewaltsame Austragung der Gegensätze im bürgerlichen Lager, die Politik der SPD, die Politik der Verteidigung der kapitalistischen Klassenherrschaft ändern oder

als ob der Faschismus durch eine bürgerlich-sozialdemokratische «Opposition» gestürzt werden könne. Der revolutionäre Massenkampf ist die einzige Kraft zum Sturz der faschistischen Blutherrschaft. Wenn jetzt die Legalität der SPD durch die Hitler-Diktatur aufgehoben wird, wenn die LÖbe und Genossen zum Teil eingelocht werden, während andere offen ins Lager des Faschismus abschwanken, so darf kein Arbeiter vergessen, daß diese selben SPD-Führer dem antibolschewistischen Kriegsprogramm Hitlers im Reichstag einstimmig das Vertrauen aussprachen, daß sie noch am Vorabend ihrer Verhaftung sich als streng legale, loyale Oppositionspartei unter der Schirmherrschaft Goerings zu konstituieren versuchten. Wenn dennoch die Hitler-Diktatur zum Verbot der SPD geschritten ist, so deshalb, weil bei einer weiter wachsenden, gefährdenden Arbeiteropposition gegen die faschistische Diktatur eine «illegale» SPD am nützlichsten ist, die durch Phrasen vom «Kampf» gegen den Faschismus die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten versucht und die Formierung der revolutionären Einheitsfront erschwert. Die gegenwärtig an der Legalität verhinderte SPD setzt ihre Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie in neuer Form fort. Sie benutzt die ihr von der Bourgeoisie zugewiesene Oppositionsstellung, um sich mit dem Nimbus einer klassenkämpferischen, antifaschistischen Partei zu umgeben. Ihre Politik des gemeinsten Kampfes gegen den Kommunismus, der Verhinderung revolutionärer Massenkämpfe zielt letzten Endes darauf hinaus, bei Abbröckelung der faschistischen Massenbasis und Erschütterung der faschistischen Diktatur abermals wie 1918 und 1923 den revolutionären Entscheidungskampf abzulenken in das Sumpfbett der bürgerlichen Demokratie, der «zweiten Republik», usw.

Die klassenverräterische Politik der SPD findet in der Politik der II. Internationale ihre volle Unterstützung. War die II. Internationale durch die erbärmliche Kapitulationspolitik der SPD-Führer gezwungen, unter dem Druck ihrer Arbeiteranhänger in anderen Ländern vorübergehend von LÖbe und Konsorten «abzurücken», so läßt sie jetzt, nach dem Verbot der SPD durch deren Prager Auslandsfiliale (Wels und Genossen) erklären, daß alle Differenzen nur taktischer Natur gewesen seien, über die man nicht mehr zu sprechen brauche. Wenn die SPD-Fraktion dem Blutkanzler Hitler im Reichstage das Vertrauen ausspricht, so ist das «nur» eine «taktische» Frage für die II. Internationale, über die die empörten Arbeitermitglieder der sozialdemokratischen Parteien den Mund zu halten haben. Die Erklärung des Prager SPD-Vorstandes beweist, daß die Opposition der II. Internationale gegen die SPD nur ein taktisches Betrugmanöver gegenüber den sozialistischen Arbeitern der anderen Länder war, daß ihr antifaschistisches Kampfgeschrei gegen Hitler-Deutschland nur die Einpeitschung der Massen für die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie des eigenen Landes bezweckte. (So wie während des Weltkrieges die deutsche Sozialdemokratie ihre Haltung mit der Losung «Kampf gegen den blutigen Zarismus» zu verteidigen versuchte, so heute die Léon Blum und Genossen mit der Losung «Krieg der westlichen Demokratien gegen den Faschismus».)

### III.

Die KPD ist sich bewußt, daß das eigentliche Ziel des Faschismus auch bei seinen jetzt durchgeführten Maßnahmen die Vernichtung der revolutionären Vorhut, die Enthauptung der roten Freiheitsarmee ist. Sie ist sich ebenso bewußt, daß sie auf Grund ihres revolutionären Klassenzieles und ihrer leninistischen Taktik die einzige organisierende Kraft, das Aktionszentrum gegen Kapitalismus und Faschismus darstellt. Die KPD, die durch kein noch so verschleierte Kompromiß mit der Bourgeoisie an die Fesseln der bürgerlichen Legalität gebunden ist, führt in revolutionärer Einheitsfront mit den SPD-Arbeitern, den Freigewerkschaftern und christlichen Arbeitern, im Bündnis mit den werktätigen Bauern und dem Mittelstand die Massen über die Teilkämpfe für ihre Tagesforderungen hinweg zu den großen Angriffsschlachten gegen die faschistische Diktatur des Hungers, der Gewalt und des Krieges.

Die von den Hitler und Konsorten proklamierte «zweite Etappe der nationalen Revolution» ist in Wahrheit die Einleitung zur verschärften Offensive des Finanzkapitals gegen das arbeitende Volk. Erst wenn das Proletariat durch seinen revolutionären Massenkampf das Schicksal der faschistischen Diktatur und des Kapitalismus besiegt, erst wenn es dem Beispiel der Sowjetunion folgt, erst dann wird die deutsche sozialistische, proletarische Revolution im Zeichen des Kommunismus verwirklicht.

## Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse!

Offener Brief des Zentralkomitees der KPD  
An alle sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands!

Werte Genossen der Sozialdemokratie!

Wir Kommunisten wollen und müssen mit euch sprechen. Die politischen Tatsachen der letzten Monate stellen vor jeden Arbeiter die Frage: Wie können wir die faschistische Diktatur stürzen, wie wehren wir den faschistischen Terror ab und wie befreien wir unsere politischen Gefangenen, wie erkämpfen wir Arbeit und Brot, wie beseitigen wir die Unterdrückung der Arbeiterbewegung, wie verhindern wir neue blutige imperialistische Kriege?

Aber wir können den Blick nicht in die Zukunft richten, ohne uns mit den Lehren der Vergangenheit zu beschäftigen. Wie konnte es zu einer Hitler-Diktatur kommen, warum führte die «Demokratie» nicht zum Sozialismus, sondern zum Faschismus? Wie erobern wir die politische Macht, wie bauen wir den Sozialismus in Deutschland auf? — das sind Fragen, die eine Antwort erheischen.

Klassengenossen! Hier darf man nicht passiv beiseite stehen. Hier hilft kein Jammern über die Gemeinheit der Faschisten. Im Kommunistischen Manifest sagt Karl Marx:

«Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.»

Erinnert euch an diese grundlegende Wahrheit des Marxismus. Dann sind wir sicher, ihr werdet unsere Vorschläge ernst und gründlich durchdiskutieren. Ihr werdet darauf nicht mit Worten, sondern mit klassenbewußten Taten antworten.

Arbeiter Deutschlands! Vereinigt euch!

Das ist der Kampfruf der Kommunisten in allen Betrieben und Gewerkschaften, in allen Stempelstellen, Arbeitsdienstlagern und Arbeiterquartieren. Eine Reihe ernster politischer Tatsachen haben das Zentralkomitee der KPD zu diesem Aufruf für die Schaffung der Einheitsfront veranlaßt.

1. Der Schwindel von der «nationalsozialistischen Revolution» ist geplatzt. 50.000 eingekerkerte Antifaschisten, zehntausende flüchtiger Klassenkämpfer, tausende, die zu Krüppeln geschlagen wurden, hunderte, die gemeuchelt wurden, das sind die Blutzügel dafür, wie die kapitalistische Ausbeuterzugesellschaft mit den brutalsten Mitteln gegen die proletarische Revolution verteidigt werden soll.

2. Mit Margarinewucher, Ehestandsbeihilfen, Preistreiberei, und der ganzen Zoll- und Steuerpolitik ist jetzt schon ein gewaltiger Angriff auf die Löhne, Unterstützungen und Renten eingeleitet worden, den die Unternehmer durch betrieblichen Lohndruck, Akkordreduzierungen und teilweiser Vermehrung der Kurzarbeit noch verschärfen. Alle Löhne, Unterstützungen, Renten und Einkünfte der werktätigen Volksmassen sind von der inflationistischen Preistreiberei der Hitler-Hugenberg-Schacht bedroht.

3. Das ganze Radiogeschei über den «Vierjahrplan des nationalen Aufbaus» entlarvt sich als ein schamloser Volksbetrug. Die faschistische Diktatur steht der Verschärfung der Krise

und dem Problem der Arbeitsbeschaffung ebenso hilflos gegenüber wie die Schleicher, Papen, Brüning, Hermann Müller und Cuno. Zwangsmilitarisierung der Arbeitslosen, Marxistenhetze und Judenpogrome, das ist alles, was die Nazi-Regierung an Rezepten gegen die wachsende Not vorrätig hat.

4. Die unverhüllte Militarisierung mit Aufmärschen, Paraden, Arbeitsdienstpflicht, Wehrsport, Geländeübungen und täglichen Bürgerkrieg gegen das Proletariat, der ganze chauvinistische Rummel, den sämtliche staatliche Institutionen, Schule, Kirche und Presse, betreiben, das alles widerlegt schlagend die Friedensphrasen der Hitler-Regierung. An die Abrüstungskomödie in Genf glaubt niemand mehr. Der Viermächtepakt stellt sich als ein Versuch heraus, unter Führung Englands den europäischen Kriegsblock gegen die Sowjetunion zu schaffen. Der Krieg bedroht Europa. Er wird zur Tatsache werden, wenn die Arbeiterklasse nicht mit eiserner Faust dazwischenführt.

5. Hitler ist vor der Entente zu Kreuze gekrochen, wie alle anderen deutschen Regierungen vor ihm. Er hat sich feierlich zur Anerkennung von Versailles, zur Erfüllungspolitik und zur Tributzahlung an die privaten Auslandsgläubiger verpflichtet. Er ist der blutige Fronvogt sowohl der deutschen, als auch der Versailler Kapitalisten.

6. Zwei Todesurteile in Chemnitz: vier Todesurteile gegen Hamburger kommunistische Arbeiter — das ist die Einleitung für die Prozesse gegen unseren Genossen Thälmann, gegen den Genossen Torgler und die drei bulgarischen Revolutionäre. Diese Prozesse sollen zu einer gewaltigen antibolschewistischen, nationalistischen Hetzaktion ausgebaut werden, sollen die Kriegsstimmung gegen die Sowjetunion schüren und den Terror gegen alle antifaschistischen Arbeiter verschärfen helfen.

Nehmt alle diese Tatsachen: Lohnraub, Gehaltsabbau — brutale Militarisierung der Erwerbslosenarmee — Kriegsvorbereitung auf kürzeste Sicht — knechtische Erfüllungspolitik — «gesetzlichen» Massenmord als Ergänzung zu Geiselmord und Konzentrationslager — da habt ihr die nächsten Pläne der Hitler-Diktatur. Wir aber müssen uns die Frage vorlegen: Welchen Plan hat die Arbeiterklasse, um die faschistischen Absichten zushanden zu machen?

«Abwirtschalten lassen»?

Genossen! Nur ein Mensch, der dem Faschismus helfen will, kann der Arbeiterklasse einen so niederträchtigen Ratschlag geben.

Niemals stürzt Hitler «von allein»! Wenn die Arbeiterklasse «Ruhe und Ordnung» bewahrt, wenn sie Lohnraub, Terror und Kriegshetze ohne Widerstand hinnimmt, dann wird nicht Hitler abwirtschalten, sondern dann wird eine Katastrophe über Deutschland für alle Arbeiter, Bauern und Werktätige hereinbrechen, die nur in einem imperialistischen Massengemetzel, in einem Krieg gegen Sowjetrußland, enden wird.

Die Bourgeoisie spekuliert darauf, daß die Arbeiterklasse gespalten ist. Sie hofft, daß die Spaltung die Arbeiter kampfunfähig macht. Nur aus dieser frechen Spekulation heraus wagt sie es, mit Hitler diese brutalen Raub- und Kriegspläne auszuhecken. Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß jetzt schon große Naziwählermassen unzufrieden werden. Die Staats- und Gemeindegestellten und Beamten leben wie die Knechte. Die städtischen Mittelschichten murren und die Bauern werden kritisch gegen das Dritte Reich.

Wer aber ist dazu berufen, diesen werkklätigen Volkmassen, die sich von der Monarchie abwandten, die von der Republik ruiniert wurden, die auf Hitler ihre letzte Hoffnung setzten, jetzt Mut zum Kampf zu machen? Wer kann ihrer Empörung Ziel und Richtung geben, sie zum Kampfe gegen wachsende Not, gegen Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung und gegen den drohenden Krieg führen? Das ist die deutsche Arbeiterklasse, die selbst am schlimmsten unter der faschistischen Blutdiktatur leidet.

Jetzt hat das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Es ist die einzige Klasse, die nach den Lehren von Karl Marx und Engels imstande ist, das verhungerte, unterdrückte Volk zur Freiheit und zum Sozialismus zu führen. Deshalb muß jetzt alles beseitigt werden, was die Arbeiter daran hindert, den Klassenkampf zum Sturz der faschistischen Diktatur aufzunehmen. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Wir müssen die Schande der Zwierrat und des proletarischen Bruderkampfes rasch und entschlossen beseitigen.

Wir gehören zu einer Klasse, der Arbeiterklasse. Vor uns steht ein Feind, die blutige faschistische Diktatur des Kapitalismus. Vor uns steht eine Aufgabe: Einigung der Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der faschistischen Kapitaldiktatur. Aus allen diesen Gründen schlägt euch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands vor, gemeinsam mit den Kommunisten und allen Arbeitern Deutschlands die

#### Sozialistische Freiheitsaktion

durchzuführen gegen die Kapitaloffensive, den faschistischen Terror und die imperialistische Kriegsgefahr, für den Sturz der blutigen Hitler-Diktatur.

Die Sozialistische Freiheitsaktion, das ist die Aktion zur Vereinigung der Arbeiterklasse. Unsere Freiheitsaktion gibt allen Arbeitern und Werkklätigen Deutschlands das Signal, keinen Fußbreit zurückzuweichen vor den faschistischen Angriffen, alle Kräfte des Widerstandes zu sammeln, alle Formen des Massenkampfes vom kleinsten Protest bis zur größten Massenempörung und Massenkampaktion zu entwickeln, die Ueberfälle und den Terror der braunen Wanzennarree, die in Deutschlands Not schnarotzt, mit dem Streik und der Massenabwehr zurückzuschlagen, für unsere zum Tode verurteilten Brüder in Altona und Chemnitz, für die Genossen Thälmann und Torgler und alle anderen Gefangenen so zu kämpfen, als wenn wir alle selbst unseren eigenen Kopf, unsere persönliche Freiheit, unseren eigenen Leib gegen die Mißhandlungen zu verteidigen hätten.

Ein Faustschlag in die Fratze der faschistischen Diktatur, ein proletarischer Hieb auf das feiste Doppelkinn der Lohnräuber und Nazi-Bonzen; ein wuchtiger Schlag gegen die Kriegsbetzer im eigenen Land, eine mächtige Aktion der Klassensolidarität und der Verteidigung unserer eingekerkerten Klassenbrüder, das soll der Anfang unserer Sozialistischen Freiheitsaktion sein.

«Bei Krise und Terror kann man nicht kämpfen?»

Euro eigene Erfahrung widerlegt diesen Schwindol!

Genossen! Wo immer eine traurige Gestalt euch erzählen will, in der Krise kann man nicht kämpfen, bei dem Terror kann man nichts tun — laßt ihn nicht erst ausreden, diesen Hilfsknecht des Hitler-Faschismus, diesen Agenten des Kapitals, ihr selbst wißt ja, daß das nur eine feige und spalterische Lüge ist.

Erinnert ihr euch noch jener gewaltigen antifaschistischen Aktion des Jahres 1932, in der Hunderttausende von Kommunisten und Sozialdemokraten, Freigewerkachafter, RGO-Mitglieder und Unorganisierten wie eine Mauer zusammenstanden? In hunderten Betrieben wurden die Lohnraubpläne Papens und der Unternehmer mit der Streikwaffe zertrümmert. In den Arbeiterquartieren Berlins und Hamburgs, Braunschweigs und Düsseldorf, im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland wurde mit wehrhaften Widerstand und Massentreib der Terror der SA durchbrochen.

Arbeiter der Sozialdemokratie und des ADOB, erinnert euch, wie wir in einer Zeit der stärksten Krise und der Militärdiktatur die Monarchie durch Massenkampf und Massenstreik zum

Teufel jagten. Erinnert euch, wie Kapp und Lüttwitz durch den Generalstreik achachmatt gesetzt wurden. Habt ihr vergessen, wie wir bei Inflation und militärischem Belagerungszustand Cuno davon jagten. Jetzt habt ihr sicher auch verstanden, daß Papen abtreten mußte, weil nach hunderten kleineren und mittleren Streiks und den Erwerbslosenaktionen 10.000 Hamburger und über 20.000 Berliner Verkehrsarbeiter ihn durch ihre wuchtigen Streiks zu Fall brachten.

Macht also schleunigst Schluß mit diesen berufsmäßigen Mißmachern, die den Klassenkampf mehr fürchten als den faschistischen Terror, die vor der proletarischen Freiheit mehr Angst haben als vor der faschistischen Diktatur. Die die Arbeiter entmutigen, die Kampfkraft lähmen wollen, die das Proletariat spalten, um Hitler und dem Kapital zu helfen.

«Rube und Ordnung» — das war immer das Schlagwort der Konterrevolution. So war es 1789, so war es 1848, so war es 1871 bei der Pariser Kommune, so war es bei der russischen siegreichen proletarischen Revolution von 1917, so war es bei der niedergeschlagenen proletarischen Revolution von 1918 und so ist es noch heute.

Der Kampf ist der Vater aller Dinge. «Die ganze überlieferte Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen», sagt Karl Marx. Und deshalb proklamieren wir die Einigung der Arbeiterklasse auf dem marxistischen Boden des Klassenkampfes. Eine andere Einigung der Arbeiterklasse gibt es nicht.

Wir schlagen euch 5 Kampfaufgaben vor:

#### 1. Sofortige Hilfe für alle antifaschistischen Gefangenen.

Wir entfachen sofort eine allgemeine Welle des Massenprotestes und unternehmen alle geeigneten Protestschritte und Kampfactionen in den Betrieben, Gewerkschaften, Stempelstellen und Arbeiterquartieren gegen den beabsichtigten Mord an den sechs zu Tode verurteilten Arbeitern von Hamburg-Altona und Chemnitz, gegen den Terror in den Konzentrationslagern und die Marterung wehrloser Gefangener, für die Rettung Ernst Torglers und der drei bulgarischen Genossen, die dem Henker ausgeliefert werden sollen, für den Schutz und die Freilassung des Genossen Ernst Thälmanns, dessen Prozeß gleichfalls angekündigt ist, für die sofortige Hilfe und Freilassung aller antifaschistischen, politischen Gefangenen aus den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Unsere erste Sorge gilt den zu Tode verurteilten, den vom Tode bedrohten, den Mißhandelten und den ihrer Freiheit beraubten. Wir schlagen deshalb vor, daß die Arbeiter in den Betrieben, Stempelstellen und Orten zur Führung der antifaschistischen Hilfsaktion für die Gefangenen Hilfskomitees, Kampfausschüsse, Verteidigungskomitees bilden, die Sammlungen unterstützen, die Gefangenen mit Briefen, Literatur und Lebensmittel versorgen.

#### 2. Organisation des Streiks gegen die Lohnräuber und Preistreiber.

In allen Betrieben wird vor keinem Unternehmerangriff, vor keinem Naziterror, vor keinem indirekten Angriff auf die Löhne und die Arbeiterrechte durch die Regierungsmaßnahmen mehr zurückgewichen.

In allen Betrieben treten die kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre, Vertrauensleute, Betriebsdelegierten, früheren Betriebsräte und Funktionäre aller anderen antifaschistischen Arbeiterorganisationen sofort zusammen, stellen Kampfforderungen für die Lebensinteressen der Belegschaft auf, mobilisieren die ganze Belegschaft durch Massendiskussionen, Abteilungs- und Stubenversammlungen, Verbreitung von Betriebszeitungen, Flugblättern und revolutionärer Literatur, treten mutig und kühn in allen Versammlungen der NSBO und faschistischen «Arbeitsfront» auf und organisieren den Streik für den Lohnausgleich entsprechend dem durchgeführten Lebensmittelpreisanstieg, kämpfen gegen die faschistische Kommissionen, für die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisationen, für die Rückgabe des geraubten Arbeitereigentums, für die proletarische Demokratie und die freie Wahl der Arbeiterfunktionäre durch die Belegschaft, für die betrieblichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse, gegen jeden Lohnabbau, jede Akkordreduzierung, Entlassung und Maßregelung klassenbewußter Arbeiter.

Unser Kampf wird zugleich geführt für die Sicherung und Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durch die Neuwahl der Vertrauensleute und betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, für die nur antifaschistische Gewerkschaftsmitglieder in Frage kommen. Unter Führung antifaschistischer Gewerkschaftsleitungen müssen die Belegschaften im Bunde mit den Arbeitslosen

gegen die faschistische Unterdrückung und Weiterführung der Gewerkschaftsorganisation kämpfen, betriebliche Streikmassen schaffen und die revolutionäre Gewerkschaftspresse finanzieren. Der Kampf geht um die Verwendung der Gewerkschaftsgelder für die betrieblichen und örtlichen Gewerkschaftsaufgaben, gegen Unternehmer und faschistischen Staat, für die Verhinderung der Auslieferung von Arbeitergruppen an die faschistischen Kommissare.

**3. Massenkampf gegen Unterstützungsraub und Arbeitsdienstpflicht.**

Auf allen Stempelstellen und Wohlfahrtsämtern werden die Arbeitslosen mobilisiert zum Kampf gegen den Unterstützungsraub und die faschistische Entrechtung der Erwerbslosen. Überall werden die Forderungen der Erwerbslosen auf höhere Unterstützung, kostenlose Lieferung von Brot, Kartoffeln, Kleidung und mißfreie Wohnungen durch Versammlungen, Delegationen auf die Rathäuser, Massendemonstrationen mit größter Entschlossenheit erkämpft.

Jedem Versuch der zwangsweisen Verschiebung nach Arbeitsdienstpflichtlagern wird Massenwiderstand geleistet. Gemeinsam mit den Betrieben werden Verbindungen mit allen Arbeitsdienstpflichtlagern geschaffen. Dort wird der Kampf gegen militärischen Drill und faschistische Verhetzung, für Tarifbezahlung, ausreichende Ernährung, Kleidung, Wohnung und politische Freiheit durch Massenaaktionen, Streiks geführt.

Zur Führung dieses Kampfes werden in den Stempelstellen, Wohlfahrtsämtern und Wohngebieten Vertrauensleute und Erwerbslosenausschüsse gewählt. Die Mobilisierung und Aufklärung der jugendlichen Arbeitslosen, die Einbeziehung ihrer besonderen Forderungen in den allgemeinen Kampf der Erwerbslosen ist dabei von größter Bedeutung.

**4. Bekämpfung des drohenden imperialistischen Krieges.**

Die sozialdemokratischen Arbeiter vereinigen sich mit den kommunistischen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf gegen die chauvinistische Kriegshetze, gegen die brutale Militarisierung und faschistische Aufrüstung und gegen die abenteuerliche Außenpolitik der Hitlerregierung, die Deutschland an den Rand eines deutsch-polnischen und deutsch-französischen Krieges getrieben hat, die durch Goering und Rosenberg, Göbbels und Hitler in Amerika, England, Frankreich, Polen und Italien die deutschen Arbeiter als Landsknechte des Weltkapitals für einen Antisowjetkrieg verschachern will, die mit dem Reichstagsbrandprozeß eine neue große Lügenhetze gegen die III. Internationale und die Sowjetunion inszenieren will.

Wir schlagen vor, den 1. August 1933 als einen proletarischen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen mit dem Ziel: In den Betrieben Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit und befristete politische Massenstreiks durchzuführen, das faschistische Demonstrationsverbot zu durchbrechen und Massendemonstrationen in allen Städten durchzuführen. Wir kämpfen unter der Losung von Liebknecht: «Der Feind steht im eigenen Land!» — unter der Losung von Karl Marx: «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» — unter der Losung von Lenin: «Bürgerkrieg gegen den imperialistischen Krieg!»

**5. Hände weg von der Sowjetunion.**

Angesichts der frohen Versuche Japans, die Sowjetunion in Ostasien in den Krieg hineinzuzerren, angesichts des provokatorischen Abbruchs der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion durch die englische MacDonald-Regierung, angesichts der fieberhaften Tätigkeit des Baltikumers und Weißgardisten Rosenberg, der mit den Orlow-Dokumentenfälschern eng zusammen arbeitet, angesichts der Hetzreden Goerings, Göbbels und Hitlers gegen die Sowjetunion wissen wir, daß die faschistische Regierung nur darauf lauert, um die papiernen Verträge zu zerschneiden und im Bunde mit den Weltimperialisten über die Sowjetunion herzufallen. Der zwar von Italien vorgeschlagene und dann von Frankreich veränderte Viermächtepakt ist schließlich unter der Führung Englands abgeschlossen worden als ein Kriegsvertrag zur Einigung des kapitalistischen Europas gegen Sowjetrußland. Je brutaler der kapitalistische Terror in Deutschland und der ganzen Welt die Arbeiterklasse angreift, um so höher schlagen die Arbeiterherzen für die Sowjetunion. Wir schlagen deshalb als gemeinsame Losung vor:

«Hände weg von der Sowjetunion! — Arbeiter Deutschlands, schützt euer sozialistisches Vaterland durch Protest, Demonstrationen, Streik gegen die Kriegshetzer im eigenen Land und die Imperialisten der ganzen Welt!»

Das sind unsere Vorschläge für die nächsten Maßnahmen zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse in Deutschland, zur Herstellung der kämpfenden Einheitsfront.

**Reicht euch die Bruderhand zum kühnen unerschrockenen Kampf!**

Unsere Vorschläge stimmen überein mit dem antifaschistischen Einheitsfrontappell und den Beschlüssen des Europäischen Antifaschistischen Arbeiterkongresses, der zu Pfingsten in Paris getagt hat. Dreitausend antifaschistische Delegierte, entsandt von den Arbeitern der Betriebe, Gewerkschaften und proletarischen Massenorganisationen aus allen europäischen Ländern, haben auf diesem Kongreß aufgerufen, Schulter an Schulter, in brüderlicher Solidarität gegen Faschismus, Kapitaloffensive und Krieg zu kämpfen. So wie in Paris kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter die gemeinsame internationale Arbeit der proletarischen Einheitsfront proklamierten, so sollen sich in den Betrieben und Stempelstellen alle antifaschistischen Arbeiter die Bruderhand reichen zum kühnen, unerschrockenen Kampf gegen die blutige faschistische Kapitaldiktatur.

Die Forderungen der Sozialistischen Freiheitsaktion sind keine «Parteiforderungen». Was wir euch vorschlagen, das sind Klassenforderungen des deutschen Proletariats, das sind Lebensfragen der Arbeiterklasse, das sind Forderungen von größter, internationaler Bedeutung für das ganze Weltproletariat.

Wenn wir zulassen, daß der Lohn- und Sozialraub in Deutschland durchgeführt wird, dann werden die Kapitalisten der ganzen Welt, unter Berufung auf die Duldsamkeit der deutschen Arbeiter, den Arbeitern ihres Landes Löhne und Sozialerrungenschaften rauben.

Wenn die deutschen Arbeiter dem faschistischen Terror nicht energisch zu Leibe rücken, dann werden Millionen Arbeiter der Welt glauben, daß ihre Solidaritätsaktionen noch nicht so notwendig seien.

Wenn die deutschen Arbeiter sich nicht mit aller Kraft der faschistischen Kriegshetze und Kriegsrüstung entgegenwerfen, dann werden die Imperialisten der Welt ihre eigenen Arbeiter leichter in eine Haß- und Kriegsstimmung gegen Deutschland hineinpeitschen und vom Klassenkampf gegen die eigenen Ausbeuter und Kriegshetzer ablenken können.

Wir dürfen und wir werden das nicht zulassen, wenn wir wissen: auf Deutschland blickt das Weltproletariat. Die deutsche Arbeiterklasse, das ist die erste Reihe der Proletarier aller kapitalistischen Länder. Sie kämpft in der vordersten Linie des antikapitalistischen und antifaschistischen Klassenkampfes.

**Aus alten Fehlern muß man lernen!**

Genossen! Ihr könnt jetzt die Zeit vom 4. August 1914 bis zum 30. Januar 1933 überblicken. 20 Jahre lang ist die Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland der Sozialdemokratie gefolgt. Und das Ergebnis der letzten zwei Jahrzehnte sozialdemokratischer Politik heißt: legale Machtübernahme durch den Hitlerfaschismus mit Hilfe von Hindenburg.

Durch Demokratie zum Sozialismus! Das war eine der raffiniertesten Irrlehren, die dem Kapital nützte, das Denken von Millionen Arbeitern verwirrte und die Arbeiterklasse spaltete. Jetzt wird es Zeit, mit dieser Irrlehre, die durch die politischen Tatsachen schlagend widerlegt wurde, endgültig aufzuräumen.

Demokratie — das war der 4. August 1914, als die Reichstagsfraktion der SPD die Kriegskredite bewilligte und mit Kaiser Wilhelm «Deutschland über alles» sang.

Demokratie — das war Noske 1918 mit jener Bande von monarchistischen Offizieren, die heute führende Positionen bei den Nazis haben. Im Namen der Demokratie wurden Luxemburg und Liebknecht ermordet, 15.000 Arbeiter, revolutionäre Marxisten, abgeschlachtet, um die Bourgeoisie, die Nationalversammlung, den bürgerlichen Staat, die Weimarer Verfassung und den Versailler Raubvertrag vor der Vernichtung durch die proletarische Revolution zu retten.

Demokratie — das war Severing, der die roten Armeen des Ruhrgebietes mit dem Bielefelder Abkommen spaltete, entwaffnete und niederkartätschte; das war die Reichswehrexekution, die in Sachsen 1932 auf Befehl von Ebert erfolgte.

Der Bourgeoisie — Militär, Maschinengewehre, Klassenjustiz und Gummiknüppel; den Arbeitern — papierne Stimmzettel — das war die Demokratie, in der sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten die revolutionäre Arbeiterbewegung verfolgten, dem Stahlhelm und der SA mit der Polizei die ersten Märsche durch die Arbeiterviertel ermöglichten, den Roten Frontkämpferbund verboten, Jahr für Jahr die Antikriegsdemonstrationen auseinanderzuschlagen ließen, einen blutigen Mai mit 33 Toten in Berlin herbeiführten und unzählige Streiks blutig unterdrückten.

Demokratie — das war der Boden der Bourgeoisie, auf dem der Faschismus wachsen und gedeihen konnte, bis die Bour-

geoisie aus Angst vor der heranreifenden proletarischen Revolution zur offenen faschistischen Diktatur überging.

«Der Staat steht über den Parteien» — wir alle müssen opfern für «unsere Volkswirtschaft» — «heran an den Staat, hinein in die Wirtschaft» — «Koalitionspolitik und Wirtschafts-demokratie» — «toleriert das kleinere Übel». — Genossen! Erkennt ihr jetzt, daß es falsch war, dieser bürgerlichen Lehre zu folgen, die mit dem Marxismus nichts mehr gemein hat, die mit sozialistischen Phrasen eine kapitalistische Politik verschleierte?

Die Demokratie führte zum Faschismus. Der Staat erweist sich, wie das Marx und Engels zeigten, als das Unterdrückungs-instrument der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen. «Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, aber ihr Wesen ist das gleiche: alle diese Staaten sind nur auf die eine oder die andere Weise, aber letzten Endes unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie», sagt Lenin in seinem Buch «Staat und Revolution». Die Stimmzetteldemokratie, die mit zielbewußter Absicht, um die Arbeiterklasse zu spalten, sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer und Funktionäre an die staatlichen Futterkrippen heranzog und sie lehrte, den Frack zu tragen und den Sekt zu trinken, das ist freilich die raffinierteste Form der Kapitalisdiktatur. Aber das ändert nichts an der granitnen Feststellung von Marx, Engels und Lenin, daß es sich hier um eine Diktatur der Bourgeoisie handelt. Und wer für Weimar kämpfte, der kämpfte für das Kapital und gegen die Klasseninteressen des Proletariats.

Wo also saßen die Spalter der Arbeiterklasse?

Genossen! Zwanzig Jahre lang habt ihr euren Führern und Ministern geglaubt, daß Spartakus und die Kommunisten die «Spalter» seien.

Heute lernt ihr die Kommunisten und ihre Treue zum Marxismus und zur Arbeiterklasse besser verstehen. Heute ist es klar: Spalter waren diejenigen, die mit Hindenburg und Wilhelm die Arbeiter viereinhalb Jahre in den Massenmord des Weltkrieges hineintrrieben. Spalter waren diejenigen, die mit Hindenburg und Noske die Revolution von 1918 in Blut erstickten und das Proletariat entwaffneten. Spalter, das waren diejenigen, die mit Koalitionspolitik, Wirtschaftsdemokratie und Schlichtungswesen die revolutionäre Arbeiterbewegung unterdrückten, Streiks abwürgten, Panzerkreuzer bauten und Notverordnungen tolerierten.

Herrmann Müller, Brüning, Papen, Schleicher, Hitler — da habt ihr jetzt das kleinere Übel. «Wer Hindenburg wählt — schlägt Hitler!» «Wer Thälmann wählt — wählt Hitler!» Genossen! Gibt es denn heute noch einen Arbeiter, der diese Gemeinheit, die die Sozialdemokratie überall gegen den Kommunismus verbreitete, zu rechtfertigen wagt. Gibt es noch einen denkenden Menschen, der heute noch bestreiten kann, daß die Kommunisten recht hatten, als sie sagten: «Wer Hindenburg wählt — hilft Hitler an die Macht!»

Zurück zu Marx — und vorwärts zu Lenin!

Genossen! Nehmt vier Tatsachen, die jedem denkenden Arbeiter, der seit fünf, zehn oder zwanzig Jahren und noch länger treppauf, treppab läuft, arbeitet und opfert um des Sozialismus willen, die Schamröte in das Gesicht treiben müssen:

Am 20. Juli 1932, als Severing bei Papens Staatsstreich feige seine Koller packte, schlugen wir Alarm und wollten mit euch *gemeinsam den Generalstreik gegen den frech auftrumpfenden Faschismus* proklamieren. Was war die *Antwort der Sozialdemokratie* und des ADGB: Wer Generalstreik vorschlägt, ist ein Provokateur und hilft Hitler.

Am 30. Januar 1933, als Hindenburg die Hitler-Regierung bildete, da wurde unser Kampfangebot mit einer wüsten Kommunistenhetze von SPD und ADGB beantwortet. Und in der ersten Reichstagsitzung stellte Wels fest, daß die «nationale Regierung» ihr Amt antreten konnte.

Am 1. Mai 1933, als Hitler demagogisch unseren allen anti-kapitalistischen Kampftag zum Staatsfeiertag erklärte, da rief der ADGB in aller Öffentlichkeit zur Teilnahme aller Arbeiter auf und die Gewerkschaftsführer marschierten in Reih und Glied mit Hitler, Goering, Gübbers, Hugenberg, Schacht, Siemens, Klöckner und Thyssen. Die Quittung dafür erhielten sie am 1. Mai.

Dann kam der letzte Gipfelpunkt der Schandei!

Das war jener Reichstag vom 17. Mai, wo Hitler als sein Hauptprogramm die Vernichtung und Ausrottung des Marxismus und Bolschewismus proklamierte, wo er den Treueid für Verfall und alle Tributzinsen leistete und wo er unter dem Deck-

mantel von Friedensphrasen alle chauvinistischen Haßinstinkte des Krieges aufpeitschte. Während die halbe Fraktion der SPD verhaftet oder vor dem Terror der Nazi auf der Flucht oder aus Angst vor Goering nicht anwesend waren, da stimmte die andere Hälfte der Sozialdemokratie «wie ein Mann» für die Naziregierung, billigte das Regierungsprogramm und sang mit Hitler wiederum das Deutschlandlied, hörte in ehrfurchtvoller Schweigen stehend dem Horst-Wessel-Lied zu und wenige Tage darauf erklärte Löbe öffentlich, daß diese Abstimmung nicht aus Furcht oder Zwang, sondern aus «innerster Ueberzeugung» erfolgt sei.

Genossen der Sozialdemokratie! Ist es denn denkbar, daß ein Marx, ein Engels auch nur in seinem geheimsten Danken einmal Brüderschaft mit solcher Art von Mordgesindel hätte machen können. Schon der Gedanke, der Vergleich ist tiefbeleidigend für die Altmeister des Marxismus. Könnt ihr daran ermesen, wie tief Sozialdemokratie und ADGB-Führer schon gesunken sind.

So tief herabsteigen kann nur eine Partei, deren Theoretiker vor dreißig Jahren die marxistische Verleumdungstheorie verleugneten und mit Bernsteins Theorie begannen, den Kapitalismus zu verherrlichen, deren Parlamentarier vor 25 Jahren sich mit der Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus aussöhnten und mit der «Holzgängerei» begannen, deren Parteivorstand vor 20 Jahren im Weltkrieg den marxistischen Internationalismus verrieten, deren Volksbeauftragten sich 1918 auf Leben und Tod mit der Bourgeoisie gegen die Revolution verbündeten — deren Minister 15 Jahre lang den Marxismus, den Sozialismus fälschten und schändeten, den Klassenkampf verrieten, die marxistische Staatsauffassung leugneten, das Proletariat entwaffneten und die Arbeiterklasse spalteten.

Macht Schluß mit diesem bürgerlichen Plunder, den euch die Bernstein, Kautsky, Hillerding, Leipart, Arno, Löbe und Wels eintrichterten. Endgültig Schluß mit Weimar, Demokratie, mit schwarz-rot-gelb, mit Tolerierung, mit «kleinerem Übel». Zurück zum Klassenkampf, zur Fahne der proletarischen Revolution — zurück zu Marx!

Aber der Marxismus von heute, der lebendige Marxismus, das ist der Leninismus. Vor genau dreißig Jahren hat Lenin aus der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei alle jene verbürgerlichten «Theoretiker» und «Führer» hinausgeworfen, die auch in Rußland den Marxismus schänden und Marx fälschen wollten. Und während die deutschen Führer der Sozialdemokratie gegen die «russische Diskutierwut» und die «bolschewistischen Spalter» Zeter und Mordio schrien, schuf Lenin, unbeirrt durch das Geschrei der Opportunisten, der Revisionisten, uns zum Vorbild, jene stählerne Partei der Bolschewiki, die die schlimmste Reaktion der Welt, den Zarismus, vernichtete, die auf einem Sechstel der Erde die proletarische Revolution zum Siege brachte. Die unter den schwierigsten Bedingungen die proletarische Staatsmacht behauptet, die die gewaltige Theorie und Praxis der Diktatur des Proletariats herausarbeitete, die mit der sozialistischen Planwirtschaft zeigt, wie man den Kapitalismus ausrottet, wie man die Arbeitslosigkeit restlos beseitigt, wie man neue Betriebe aufbaut und eine sozialistische Kultur entwickelt, die mit der proletarischen Staatsmacht zeigt, wie man die Keimzellen des Faschismus ein für allemal ausrottet, die mit der Bewaffnung der Arbeiter und Bauern uns ein lebendiges Beispiel gibt, wie man imperialistische Sklavenverträge zerreißt und die Kriegshetzer der kapitalistischen Welt in Schach hält. Und darum vorwärts zu Lenin!

Vorwärts zur Arbeiter- und Bauernrepublik!  
Und niemals mehr zurück zu Weimar!

Wir sind siegessicher. Der Marxismus-Leninismus triumphiert über das faschistische Phrasengeklänge. Wir wissen, die faschistische Diktatur ist nicht ein Ausdruck von Festigkeit und Stärke des kapitalistischen Systems, der Macht der Bourgeoisie. Die Nazidiktatur stellt einen verzweifelten Versuch der deutschen Ausboutergesellschaft dar, sich angesichts verschärfter Krise und wachsender Massenempörung vor der drohenden proletarischen Revolution zu retten.

Sozialdemokratische Genossen! Denkt an das Wort Lenins: «In Rußland war es leichter, die politische Macht zu erobern, aber es ist kompliziert und schwer, sie in diesem Agrarlande zu behaupten — in Deutschland ist es schwer, die politische Macht zu erobern, aber es wird leicht sein, sie dann zu halten.» Tausende Betriebe sind schon da und liegen still. Wir brauchen sie nicht erst neu zu schaffen, wie in der Sowjetunion. Millionen qualifizierter Arbeiter sind da und schreiben nach Arbeit. Wir haben sie und brauchen sie nicht erst mühsam jahrelang heranzuschulen. Mangelnde Kaufkraft, Absatzmangel, Ueberproduktion, das sind typische Sorgen des kapitalistischen Systems, die die sozialisti-



sehe Planwirtschaft nicht kennt. Was sagte Litwinow auf der Weltwirtschaftskonferenz in London? Für 3,5 Milliarden könnte die Sowjetunion sofort importieren, wenn nicht die Schwierigkeit des kapitalistischen Profitsystems den Güteraustausch hemmen würde.

Wir haben keine Angst vor Arbeitsmangel. Allein die Sowjetunion wird unserer deutschen sozialistischen Planwirtschaft auf Jahre hinaus volle Beschäftigung geben. Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise, der dem Wohle der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in Stadt und Land in Deutschland gilt, das ist der Sozialismus in der deutschen Arbeiter- und Bauernrepublik.

So verschieden auch die Bedingungen in jedem Lande sind, der Weg zum Sieg des Sozialismus ist in allen kapitalistischen Ländern prinzipiell der gleiche. Er heißt: Kampf, Streik, Massenstreik, Generalstreik und Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Kampfbündnis mit den Bauern und den Werktätigen der Stadt. Das Ziel des revolutionären Klassenkampfes ist nicht die bürgerliche Demokratie mit sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Koalitionen und mit Tolerierungspolitik, die uns Faschismus oder weiße Militärdiktatur bringt. Das Ziel, das Marx in der Pariser Kommune fand, das Lenin in seinem Lebenswerk herausarbeitete, für das 160 Millionen russischer Arbeiter und Bauern lebendige Zeugen sind, dieses Ziel heißt:

#### Die Diktatur des Proletariats!

Wer die Diktatur des Proletariats ablehnt, der ist für die Diktatur des Kapitals. Ein Drittes zwischen beiden gibt es nicht. Wer dieses unser Ziel ablehnt, ist kein Marxist. Wer gegen uns kämpft, der ist eine Stütze des Kapitals, ein Helfer des Faschismus.

Was war die Lehre von Italien? Als die Sozialdemokratie Italiens vor der Wahl stand, mit den Kommunisten für die proletarische Revolution und für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen, oder der Bourgeoisie zu helfen, das Proletariat niederzuwerfen, da war es für sie auf Grund ihrer ganzen Politik schon keine Frage: Streiks abwürgen, Demonstrationen verhindern, gegen die Kommunisten kämpfen, Mussolini den Weg freimachen. Das war ihre Politik.

Was lehrte Polen? Als die proletarische Revolution heranreifte und der Feldmarschall Pilsudski seinen faschistischen Staatsstreik durchführte, da begrüßte ihn die polnische Sozialdemokratie als den Retter. Und bis zum heutigen Tage kämpfen die polnischen Sozialdemokraten mit Haß und Erbitterung gegen die Kommunisten, organisieren den Streikbruch und vertiefen die Spaltung der Arbeiterklasse.

Und in Deutschland? Genossen, zwanzig Jahre schon ist der Parteivorstand mit Hindenburg verbunden. Fünfzehn Jahre sind es, seit Noske, Severing und Hörsing jene Grenzschutzbanden und Freikorps selber organisierten, aus denen später dann die Fememörder und SA-Führer vom Schlage eines Killinger und Heines herauswuchsen. Seit zehn Jahren machten sozialdemokratische Polizeipräsidenten und Minister den SA-Banden und den Stahlhelm-Formationen die Wege frei in die Arbeiterviertel. Die ADGB-Führer aber schrien selber nach der «Gleichschaltung» der Gewerkschaften.

Sie alle haben sich auf den «Boden der Tatsachen» gestellt, sie billigen die Außenpolitik von Hitler und werden ihm Kriegskredite geben, soviel er will. Sie sind mit seinem Kampf gegen die Kommunisten und den Bolschewismus einverstanden — sie selbst haben ja diesen Kampf früher blutig geführt — sie werden ihm Bürgerkriegskredite verweigern. Derselbe Wels, der schon aus dem Büro der II. Internationale ausgetreten war, erklärt jetzt aus dem sicheren Aufenthalt und neuen Sitz des Hauptvorstandes, Prag, er bleibe weiter Mitglied des Vollzugsbüros dieser Völkerbundsinstitution.

Derselbe Löbe, der aus «innerster Ueberzeugung» für Hitler stimmte und mit Hitler sang, erklärt Wels für einen Feigling, spielt sich auf als mutiger Mann und kräht: Der Hauptvorstand der Sozialdemokratie muß hier in Deutschland bleiben. Dabei pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß Löbe mit Goering so vereinbart hat, weil die Naziregierung wünscht, den Vorstand sozusagen jederzeit «greifbar» zu haben, um mit ihm neue Massenbetrugsmanöver, neue «Volksgemeinschaft»-Theaterstücke aufzuführen, wie am 1. Mai und am 17. Mai im Reichstag.

Und einige, die auf eure Dummheit spekulieren, die eure Massenempörung fürchten und Angst vor Einigung der Arbeiter-

klasse auf dem Boden des Klassenkampfes haben, die fangen wieder an, sich jetzt «links» zu gebärden, um euch bei der bankrotten Fahne zu halten. Da stellt sich Crispian hin und entdeckt gerade jetzt, daß die Demokratie ja immer eine bürgerliche Einrichtung gewesen sei. Und dieses ehrenwerte Mitglied der II. Internationale will euch glauben machen, daß er ja «innerlich schon längst nicht mehr einverstanden sei» mit der Politik von Wels und Leipart.

Und wieder andere kommen und sagen, kleine Kämpfe haben keinen Zweck, man muß warten, abwarten, bis der große Tag des allgemeinen Generalstreiks und der Generalabrechnung kommt. Dann aber wollen sie ganz furchtbar gegen den Faschismus kämpfen.

Genossen, alles das klingt radikal und ist doch nur ein frecher Versuch, die Spaltung der Arbeiterklasse beizubehalten und zu vertiefen. Alles das soll euch einlullen, soll euch abhalten vom täglichen Klassenkampf, soll eine Mauer aufrichten zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten.

Ihr steht jetzt vor der Frage: Wollt ihr euch in der «npf der Volksgemeinschaft, des Nationalismus, des Faschismus und des Krieges, wollt ihr euch in die Katastrophe von Krise, Teuerung und Inflation freiwillig durch passive Duldung noch tiefer ninabsinken lassen, oder ihr erkennt jetzt:

Es gibt nur eine antikapitalistische und antifaschistische Partei, nur eine marxistische und wahrhaft sozialistische Partei — das ist die Kommunistische Partei.

Es gibt nur eine marxistische, sozialistische klassenbewußte Internationale, das ist die Kommunistische, die III. Internationale!

Wir rufen euch, Genossen, wir packen euch jetzt bei eurer Verantwortung, die ihr sozialdemokratischen Arbeiter vor der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt zu tragen habt. Wir sagen euch, jetzt ist die Zeit gekommen, da ihr den Mut haben müßt, unangenehme Wahrheiten offen in das Gesicht zu sehen, da ihr den Mut zur Entscheidung aufbringen müßt, vom falschen Wege abzugehen, auf halbem Wege nicht stehen zu bleiben, sondern mit uns zusammen zur Freiheit und zum Sozialismus zu marschieren.

Nicht neue Spaltung, nicht neue Gruppen und Grüppchen können uns noch helfen. Die alte Spaltung muß rasch überwunden werden. Jetzt gibt es überall nur eine Frage auf unserer Tagesordnung: Die Einigung der deutschen Arbeiterklasse zum Kampf.

Jetzt heißt es, alle Kräfte gemeinsam zu konzentrieren gegen den gemeinsamen Feind. Jetzt heißt es, Klarheit zu schaffen, wer zu wem gehört. Wir sind Arbeiter. Wir werden in den Betrieben geschunden. Wir stehen hungernd auf den Stempelstellen. Wir Kommunisten wissen es: Auch ihr seid für die Revolution, auch ihr wollt den Sozialismus. Vor mehr als zwei Jahren gab unser eingekerkelter Führer, Ernst Thälmann, in dem riesigen Berliner Sportpalast inmitten von 10 000 Arbeitern die Lösung aus: Unsere Bruderhand den SPD-Arbeitern!

Wir reichen euch die Bruderhand, Genossen, schlagt ein. Mit jener Politik, die zum 30. Januar führte, da soll es ein für allemal vorbei sein.

Das Zentralkomitee fordert alle kommunistischen Arbeiter auf, sich mit allen sozialdemokratischen Arbeitern sofort in Verbindung zu setzen, mit ihnen die Maßnahmen des gemeinsamen Kampfes zu besprechen und unverzüglich die sozialistische Freiheitsaktion zu beginnen.

Das Zentralkomitee fordert alle Kommunisten zu tunen. Das Zentralkomitee appelliert an die ganze Arbeiterklasse, sich der Tradition von Marx und Engels würdig zu erweisen, zu zeigen, daß Liebknecht, Luxemburg und zehntausende anderer Gemordeter nicht umsonst gefallen sind und zu beweisen, daß die deutsche Arbeiterklasse zu lernen versteht aus ihrem eigenen Erleben und aus der grandiosen Politik der russischen Bolschewiki.

Genossen, geht an die Arbeit. Wir kennen den Weg und wir wissen das Ziel. Unsere Lösungen lauten:

Her zur Sozialistischen Freiheitsaktion!

Hinein in die Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Sowjetunion!

Die III. Internationale wird die Welt befreien!

20. Juni 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der III. Internationale)

### Beschluß des ZK der KPD über Mitgliedsbücher und Organisationszugehörigkeit der Emigranten

Berlin, 29. Juni.

Das Zentralkomitee der KPD gibt folgenden Beschluß bekannt:

In zahlreichen Fällen haben faschistische Spitzel und Provokateure Parteimitgliedsbücher, die sie bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen beschlagnahmt haben, zum Zweck der Spitzeltätigkeit benutzt. Das ZK der KPD macht alle Arbeiter darauf aufmerksam, daß Parteimitgliedsbücher in keinem Fall als Ausweise Gültigkeit haben. Auch gegenüber Bruderorganisationen in den anderen Ländern haben die bisherigen Parteimitgliedsbücher der KPD keine Gültigkeit als Ausweise.

Als Emigranten können künftig nur solche Arbeiter anerkannt werden, die vom ZK der KPD im Einvernehmen mit der betreffenden Bezirksorganisation als solche bestätigt worden sind. Emigrierte Arbeiter werden in die betreffenden Bruderparteien überführt und können nicht Mitglied der KPD bleiben. Das ZK der betreffenden Sektion bestimmt, inwieweit die früheren Mitglieder der KPD im Rahmen der betreffenden Parteiorganisation zu losen Sprachgruppen zusammengefaßt werden.

## Entreißt Thälmann und Torgler den faschistischen Henkern!

### Justizmord- und Lynchpläne der Hitlerdiktatur gegen die eingekerkerten Führer und Kämpfer des antifaschistischen Proletariats

Die blutige Hitlerdiktatur will zu ihren bisherigen Schandtaten ein neues unerhörtes Verbrechen hinzufügen. Sie beabsichtigt die kaltblütige Ermordung der unter der verlogenen Anklage der Reichstagsbrandstiftung eingekerkerten Genossen Torgler, Dimitrow, Taniew und Popow, sowie des mutigen Führers der Kommunistischen Partei, des Genossen Ernst Thälmann.

Die Faschisten versuchten zuerst, eine Verschwörung des Schweigens um die ganze Angelegenheit des Reichstagsbrandes zu organisieren, dieser ungeheuerlichsten faschistischen Provokation aller Zeiten. Aber diese Verschwörung ist mißlungen. Nicht nur die Werktätigen in Deutschland, nein, die Werktätigen der ganzen Welt wissen, wer die wahren Brandstifter des Reichstages sind, und immer lauter und heftiger erschallt der Millionenruf für die Freilassung der unter der Anklage der Reichstagsbrandstiftung eingekerkerten revolutionären Arbeiterführer.

#### Ermordung durch Strang amtlich angekündigt

Nun kündigen die faschistischen Henkersknechte an, daß ein Prozeß gegen die angeblichen "Reichstagsbrandstifter" aufgezo-gen werden soll. Der faschistische Staatssekretär Pfundtner, die rechte Hand des wahren Reichstagsbrandstifters Goering, hat in einer öffentlichen Rede erklärt: "Vor dem 5. März hat die Reichsregierung ihre Maßnahmen gegen die KPD und den Terrorismus getroffen. Es ist anzunehmen, daß auf Grund dieser Bestimmungen die Beteiligten an der Reichstagsbrandstiftung in Kürze zum Tode durch Erhängen verurteilt werden."

Aber die erbärmlichen faschistischen Mordbuben haben Angst vor einem ordentlichen Prozeß. Sie fürchten, daß bei einem solchen Prozeß nicht nur die vollständige Unschuld der angeklagten Arbeiterführer, sondern

darüber hinaus die Brandstiftung der Göring und Konsorten restlos aufgedeckt werden könnte. Aus diesem Grunde erwägen sie alle möglichen Pläne, um die Ermordung Torglers und der bulgarischen Revolutionäre ohne *jeden* öffentlichen Prozeß vorzunehmen.

#### Ein Lynchmord soll organisiert werden

Die gut unterrichtete englische Zeitung "Daily Herald" veröffentlicht aufsehenerregende Enthüllungen über diese Absichten der faschistischen Mordbrenner. Das Blatt schreibt:

"Deshalb ist ein Plan ausgeheckt worden, an den fünf Gefangenen (Der Nazi-Provokateur van der Lubbe soll ebenfalls geopfert werden) 'göttliche Gerechtigkeit' vollstrecken zu lassen, noch ehe sie vor Gericht kommen. 'Göttliche Gerechtigkeit' ist die [...]phrase für politischen Mord an wehrlosen Gefangenen. Den Braunhemden von den Sturmabteilungen soll Gelegenheit gegeben werden, sich der Gefangenen zu bemächtigen und an ihnen Lynchjustiz zu üben.

Nachher wird die Naziregierung vor der Welt erklären, daß eine 'beklagenswerte Ausschreitung' vorgefallen sei. Die Urteilsvollstreckung aber werden wie die Mörder Rathenaus usw. als Nationalhelden gelten.

#### Angst der Faschisten vor einem öffentlichen Prozeß

Das ist die Mordverschwörung, die nur durch einen gewaltigen Proteststurm aller Werktätigen verhindert werden kann. Neben diesem Lynchmord aber beabsichtigen die faschistischen Mordbrenner auf jeden Fall jede Möglichkeit eines öffentlichen Prozesses und jede Verteidigungsfreiheit der Angeklagten unter allen Umständen zu unterdrücken. Durch Terror und Morddrohungen sollen alle Rechtsanwälte in

Deutschland an der Übernahme der Verteidigung der Genossen Torgler, Dimitrow, Popow und Taniew verhindert werden. Die zahlreichen ausländischen Rechtsanwälte von Welt-ruf, die sich zur Übernahme der Verteidigung bereit erklärten, sind von der faschistischen Mordjustiz abgewiesen worden. Man will, wenn der Prozeß überhaupt stattfinden sollte, die Verteidigung in die Hände von gekauften faschistischen Rechtsanwälten legen, mit deren Hilfe der faschistische Justizmord ermöglicht werden soll, ohne daß die Tatsache enthüllt wird, daß die Nazis selbst den Reichstag angezündet haben. Berge von gefälschten Materialien werden von der Hitlerregierung vorbereitet.

#### Diese Pläne der faschistischen Diktatur müssen durchkreuzt werden

Kein Mensch zweifelt mehr daran, daß die Nazis selbst den Reichstag angezündet haben. Die letzten Ereignisse in Österreich, wo auf Befehl der Hitlerregierung die Nazis mit Bomben und Brandfackeln Dutzende von unschuldigen Menschen mordeten und zu Krüppeln machten, sind ein erneuter Beweis dafür, daß Bombenwerfer und Brandstifter nur in den Reihen der Nazis zu finden sind. Auch in Österreich versuchten die braunen Mordbrenner ihre Schandtaten den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Aber die Tatsachen waren so offenbar, daß diese Provokation mißlang und die Hitlerpartei vor aller Welt als eine Bombenwerfer- und Brandstifter-Organisation entlarvt dastand.

Wenn jetzt die Hitlerdiktatur zur Ermordung Torglers und der bulgarischen Arbeiterführer schreiten will, so muß das antifaschistische Proletariat wissen, daß ein solches verruchtes Verbrechen das Vorspiel zu der Ermordung des mutigen Führers des antifaschistischen deutschen Proletariats, den Genossen Ernst Thälmann

sein soll. Für Ernst Thälmann, den Führer des deutschen Proletariats, der in den Stunden der höchsten Gefahr seinen Kampfposten für die Arbeiterklasse niemals verließ, besteht größte Lebensgefahr. Wie gegen Torgler, so richten sich die Mordabsichten der faschistischen Regierung auch gegen Genossen Thälmann, der dem braunen Mordgesindel wegen seines kühnen und unversöhnlichen Kampfes für die Ausgebeuteten und Unterdrückten aufs tiefste verhaßt ist.

**Aber stärker als die Mordpläne der faschistischen Henker muß die Treue des antifaschistischen Proletariats zu Ernst Thälmann sein, der auch hinter Kerkermauern unser Führer bleibt. Sein kühnes und**

**selbstloses Beispiel leuchtet uns stets voran im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse.**

Die Mordpläne der faschistischen Diktatur gegen den Führer der KPD und gegen die Genossen Torgler, Dimitrow, Taniew und Popow müssen zuschanden gemacht werden. Durch das ganze Land, durch alle Betriebe und Stempelstellen, durch alle Städte und Dörfer muß ein gewaltiger Proteststurm gegen die faschistischen Mörder brausen. Die größte Unterstützung des internationalen Proletariats ist der deutschen Arbeiterklasse in diesem Kampfe gewiß.

Von Mund zu Mund, millionenfach muß die Losung den faschistischen

Mördern in die Ohren gellen: "Heraus mit Ernst Thälmann! Heraus mit den eingekerkerten Helden des antifaschistischen Proletariats".

**Mobilisiert die Betriebe! Laßt keinen Zweifel darüber, daß die Betriebsarbeiter auf jeden Versuch der Handanlegung an die Führer der revolutionären Arbeiterklasse mit der Waffe des Streiks gegen die faschistischen Mordbuben antworten werden! Mit der gewaltigen Kraft der antifaschistischen Einheitsfront erzwingt die Freilassung Thälmanns, Torglers und aller eingekerkerten antifaschistischen Kämpfer!**

# Sozialistische Freiheitsaktion!

## Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

*Genossen, Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land!*

Die roten Fahnen hoch! Überall sammelt euch, vereinigt euch — setzt an zum Gegenstoß! Die freche Mißgeburt aus Blut, Lüge und Korruption, die faschistische Kapitalsdiktatur schreit wütend, um ihre kapitalistischen Drahtzieher und ihre murrenden Anhänger zu beruhigen: «Die Kommune ist tot, die KPD existiert nicht mehr.»

Laßt euch nicht auslachen, ihr Geiselmörder und sadistischen «Blüten der Nation», ihr Knechte von Krupp und Siemens, ihr Lakaien von Mussolini und MacDonald, ihr kriecherischen Erfüllungspolitiker von Versailles.

Die KPD organisiert und führt den Klassenkampf. Die Kommunisten lassen in den Betrieben und Stempelstellen ihren Schlachtruf erschallen:

*«Arbeiter Deutschlands! Vereinigt euch zum Sturz der faschistischen Kapitalsdiktatur!»*

Das ist jetzt die Losung aller kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, aller Antifaschisten, in welchem Lager sie auch früher gestanden haben.

Eine große Welle zur Einigung im Klassenkampf, zum Widerstandswillen, eine Welle der Empörung gegen die faschistischen Kapitalknechte geht durch das Land.

Die Arbeiter in den Betrieben sehen, was das für ein nationaler «Sozialismus» ist, der mit Fettwucher und Ledigensteuer den Lohnabbau, durch Ley die Unternehmer offiziell zum «Herrn im Hause» proklamiert, der den hungernden Arbeitern, die keinen Nagel ihr eigen nennen, vorlügen will: das seien «ihre» Fabriken und Maschinen. NSBO-Sekretäre, Gewerkschaftskommissare, «Treuhand der Arbeit» — die Proletarier wissen es genau, daß diese ganze Bonzokratie, die sich aus Arbeitergroschen mästet, die nur mit Flugzeugen, Autos oder erste Klasse reist, ein Pack von Unternehmernknechten ist, das jetzt den neuen Lohnraub durchführen helfen soll.

Die hungernden Erwerbslosen wissen, daß die Naziregierung mit ihren Schwindelstatistiken und ihrer «Arbeitsbeschaffung» das werktätige Volk betrügen will. Bis tief in die SA hinein tobt die Empörung über den aufgelegten Schwindel, daß «Hitler Arbeit schafft». Die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen wissen, warum der Bonze Ley eine neue «Reinigungsaktion» in allen Betrieben ankündigt. Sie haben mit großer Aufmerksamkeit den Plan von Göbbels gehört, der für hunderttausende SA im Laufe dieses Jahres einen Platz in den Betrieben auf Kosten klassenbewußter Arbeiter freimachen will; sie sehen, wie sich das Nazibonzenpack unter Führung des Arbeitsministers mit allen Unternehmern zusammensetzt, um die braune Streikbrecherarmee zur Sicherung des kommenden Lohnabbaus in die Betriebe einzurücken zu lassen.

*Gemeinnutz geht vor Eigennutz!*

*Und darum ran mit der braunen Terrorarmee an die Futterkrippe!*

Für die Millionen Arbeitslosen und für die, die noch entlassen werden sollen, da haben sie Arbeitsdienstpflichtlager und später Fliegerbomben, Gasgranaten und Massengräber. Das ist ihre Arbeitsbeschaffung. Mit Hilfe der SA wollen sie jeden Betrieb in ein Arbeitsdienstlager mit abgebauten Löhnen und Gehältern und militärischer Knute verwandeln.

Arbeiter in den Betrieben! Mit Margarine-, Zoll- und Steuerwucher hat der Angriff auf den Lohn begonnen. Die Kapitalsoffensive soll mit «Minimallohn», «Leistungslohn», mit neuer Antreiberei und allgemeinem Streikverbot noch schärfer durchgeführt werden. Das Recht auf freie Wahl eurer Vertreter wurde euch genommen. Ihr sollt nur noch auf Kommando hören.

Gewerkschaftskollegen und -Kolleginnen! Eure Häuser, euren Finanzen, euer Eigentum wurde euch geraubt, keinem Millionär wurde euch nur ein Pfennig genommen. Die Nazibonzen mästen sich von euren Groschen. Mit euren Geldern wird der Krieg vorbereitet und heute schon der Bürgerkrieg gegen euch geführt. Das Selbstbestimmungsrecht in euren, von euch selbst

aufgebauten Organisationen wurde euch jetzt restlos genommen. Ihr sollt nur noch gehorchen und Befehle entgegennehmen. Ihr sollt wehrlos den Lohnraub entgegennehmen. Und das alles unter der betrügerischen Losung: «Brot und Freiheit.»

Angestellte und Beamte! Jetzt seht ihr euer Gehalt zusammenschmelzen; die faschistische Diktatur hat euch eure Beamtentvertretungen geraubt und frech erklärt: Euer bester Freund ist euer Vorgesetzter — der euch anranzt, kujoniert und zur Maßregelung oder Entlassung denunziert.

Mittelständler und Kleingewerbetreibende! Ihr habt zwei Milliarden Papen-Subventionen in den Geldschränken der Großindustrie verschwinden sehen. Jetzt könnt ihr mit euren Fettscheinen von Pontius zu Pilatus laufen, kein Finanzamt gibt euch etwas dafür. Jetzt sollt ihr schon die Steuern für 1934 damit im voraus zahlen. Ihr habt Hitler gerufen, damit er euch in eurer Bedrängnis helfen sollte. Aber jetzt wird eure Existenzbasis noch mehr geschmälert und völlig vernichtet.

Bauern! Ihr habt 2½ Milliarden Osthilfe in den bodenlosen Taschen der Großagrarien verschwinden sehen. Jetzt wartet

Berlin, Mitte Juli 1933 Käthe für die Freilassung des Parteiführers Ernst Thälmann! Preis 20 Pfennig

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Section der Kommunistischen Internationale)  
Preisausgabe  
Leser - Weitergabe!

## Verhindert die nahende Katastrophe eines neuen Völkermordens

Schließt die Reihen zum Kampf gegen die trieggebeberische Hitlerthrause  
Schließt den 1. August zu einem Kampftag der antifaschistischen Einheitsfront!

Die einzige Idee, die heute noch einen Ausweg vor sich sieht, ist die der Einheitsfront. Die einzige Idee, die heute noch einen Ausweg vor sich sieht, ist die der Einheitsfront. Die einzige Idee, die heute noch einen Ausweg vor sich sieht, ist die der Einheitsfront.

ihr im Dritten Reich vergeblich auf Erfüllung dessen, was euch Hitler versprochen: Streichung der Steuern, Niederschlagung der Schulden, Senkung der Pachten und Beseitigung der Zinsknechtschaft und der Wucherpreise der Syndikate.

Alle Werktätigen, Arbeiter, Angestellte, Bürger und Bauern sehen jetzt den Zusammenbruch der Nazi-Lügen. Sie sehen, daß in Deutschland nicht nur das verrottete kapitalistische Ausbeutungssystem geblieben ist, sondern alle spüren am eigenen Leibe, daß Not und Krise sich verschlimmern und immer weiter wachsen:

*Versailles bleibt in Kraft, Hitler peitscht die Tribute ein, der Export bricht zusammen — Schacht erklärt das Moratorium! Die Massenkaufkraft sinkt — die Inflation steht vor der Tür!*

Die blutbefleckten Volksbetrüger haben ein neues Ablenkungstheater ausgedacht: mit dem Verbot deutschnationaler «Kampfbundstaffeln», mit dem Hinauswurf Hugenburgs aus der Regierung wollen die Krupp- und Thyssenknecchte einen «Kampf gegen die Reaktion» vortäuschen, wollen diese faschistischen Konterrevolutionäre die «Gegenrevolution» bekämpfen.

Die Arbeiterklasse läßt sich nicht täuschen, wenn einer der faschistischen Harzburger Kumpane von der Futterkrippe abgedrängt wird, um einem Nazibonzen Platz zu machen. Das Proletariat sieht Teuerung, Lohnabbau, sieht den blutigen Bürgerkrieg, den der Faschismus gegen die Arbeiterklasse entfesselt; die faschistischen Phrasen von der «zweiten sozialistischen Revolution» ziehen nicht mehr.

Die erste Revolution, das war die proletarische Revolution von 1918. Sie wurde von den Hindenburg, Ebert, Noske, Killinger und Epp im Blut ersäuft. Mit und nach Liebknecht, Luxembury

starben fast 20 000 revolutionäre Arbeiter den Heldentod für die Freiheit, für den Sozialismus.

Mit Hilfe der Sozialdemokratie, durch die Entwaffnung der Arbeiterklasse, mit Weimar, Demokratie, Koalitionspolitik und «kleinerem Uebel» wurde die Konterrevolution in den Sattel gehoben. Die Naziregierung kann sich für ihre Machtübernahme bei den sozialdemokratischen Spaltern der Arbeiterklasse bedanken. Tausende ermordeter Arbeiter sind Blutzeugen für die blutigen Verbrechen des Faschismus und die Henkerarbeit sozialdemokratischer Polizeipräsidenten.

#### *Jetzt kommt die Einigung der Arbeiterklasse*

unter dem Banner des Kommunismus, der III. Internationale, auf dem Boden des Klassenkampfes, wie ihn uns Marx, Engels und Lenin gelehrt haben. Mit der Einigung der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur

*marschiert die zweite Revolution,  
die proletarische Revolution,  
die bolschewistische Revolution!*

Und erst sie wird bringen: Arbeit, Brot und Freiheit. Wir werden Hitler stürzen. Aber dann werden die Arbeiter und alle Werktätigen unter Führung der Kommunisten verhindern, daß noch einmal ein zweites Weimar, ein zweiter republikanischer Volksbetrug das kapitalistische System vor der Ausrottung durch den Volkszorn schützt.

Nach Hitler muß der Bolschewismus kommen und der Sowjetstern wird siegreich strahlen über den verfaulenden Trümmern der Hakenkreuzdiktatur.

Sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterjugend! Der «Offene Brief zur Einigung der Arbeiterklasse» — das ist die ausgestreckte Bruderhand der Kommunisten. Wenn ihr jetzt mit uns einig geht und mit uns kämpft, dann werden wir mit Hitler und den Unternehmern bald aufgeräumt haben.

*Macht Schluß mit Wels*, der die Kommunisten als «Provokateure» und «Helfer Hitlers» beschimpfte, als sie am 20. Juli und am 30. Januar den Generalstreik gegen das faschistische Gesindel vorschlugen.

*Macht Schluß mit Löbe*, der erklärte, daß die SPD-Fraktion aus «innerster Überzeugung» am 17. Mai für Hitlers Programm der Vernichtung des Marxismus und für die Erfüllungspolitik gestimmt hat.

*Macht Schluß mit Leipart*, der nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften schrie, der Henkerregierung die Hilfe der Gewerkschaften anbot und euch zur Nazidemonstration mit dem Unternehmerpack am 1. Mai aufrief.

*Macht Schluß mit Höllermann*, der ganze Reichsbanner-Ortsgruppen an den deutschen nationalen Kampfbund verschachtelte, weil Hugenberg für die Sozialdemokratie schon wieder «kleineres Uebel» war

Ein Narr nur kann noch hoffen, daß die SPD zum Klassenkampf zurückkehrt. Wenn Hitler jetzt die Tätigkeit der SPD verboten hat, so lasse sich kein Arbeiter dadurch täuschen; die SPD ist eine Partei der Verteidigung des kapitalistischen Systems. Die sozialdemokratische Politik, das ist die Politik des Kampfes gegen den Marxismus, gegen den Kommunismus, das ist die Politik der Spaltung der Arbeiterklasse und der Verhinderung der proletarischen Revolution.

Was ist denn das für eine «Opposition», wenn die SPD-Führer sagen: «abwirtschaften lassen». Was ist denn das für eine «Opposition», wenn Wels heute schon erklärt, die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie sei, zu verhindern, daß nach Hitler der Bolschewismus in Deutschland an die Macht kommt. Was ist das für ein verlogenes Gestammel vom angeblichen «Kampf gegen den Faschismus», wenn die ganze sozialdemokratische Politik darin besteht, die Kommunisten zu verleumden, die Sowjetunion bespucken, die Einheitsfront verhindern, die Spaltung der Arbeiter verweigern, den gemeinsamen Streik abzulehnen, «Ruhe und Ordnung» zu brüllen.

Arbeiter, sozialdemokratische Genossen! Ihr seit so lange den Plänen der Sozialdemokratie gefolgt. Ihr habt die Disziplin eurer Partei gehalten. Jetzt habt ihr das Ergebnis von zwanzig Jahren SPD-Politik: die blutigste Kapitalsdiktatur peitscht das Volk mit Skorpionen. Ihr SPD-Arbeiter habt jetzt eine große Verantwortung und Pflicht; rücksichtslos Schluß zu machen mit der arbeitfeindlichen Politik der Sozialdemokratie, schnellstens die Spaltung der Arbeiterklasse überwinden zu helfen und die gemeinsame Kampfesfront mit den Kommunisten zu schaffen.

Wir organisieren deshalb gemeinsam mit euch und allen antifaschistischen Arbeitern die

#### *Sozialistische Freiheits-Aktion*

gegen Terror, Hunger und Kriegsgefahr, für den Sturz der Hitler-Diktatur, für den Kampf um Brot und Arbeit, Freiheit, Frieden und Sozialismus.

Wir wenden uns an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, an alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, an alle, die den Sozialismus wollen und die vom Hakenkreuz betrogen wurden. Wir schlagen folgende Kampfesforderungen vor:

##### *1. Sofortige Hilfsaktion für alle antifaschistischen Gefangenen.*

Durch Massenkampf gegen den faschistischen Terror und Mordjustiz, durch Solidaritätsaktionen für unsere von Todesurteilen und Mißhandlungen bedrohten Brüder.

##### *2. In allen Betrieben organisiert den Streik*

gegen die Lohnräuber, Lebensmittelwucherer, Steuererpresser und Inflationstreiber; für Lohnerhöhung entsprechend der Teuerung, für kürzere Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Verwandelt die Gewerkschaften wieder in Klassenorganisationen des Proletariats, schützt eure Funktionäre vor Denunziationen und Maßregelung.

##### *3. In allen Stempelstellen führt den Massenkampf*

gegen den Raub der Unterstützung, für höhere Unterstützung und kostenlose Lieferung von Brot, Kartoffeln, Kohle, Kleidung, Wohnung.

##### *4. Entfacht den Massensturm gegen die Kriegstreiber.*

Gegen die Militarisation der Betriebe, gegen die Arbeitsdienstpflicht. Macht den 1. August zu einem Antikriegstag.

*5. Schützt die Sowjetunion gegen die Kriegspläne Rosenbergs und Goerings.* Verteidigt euer sozialistisches Vaterland, verbreitet überall die Losung: «Hände weg von Sowjetrußland!»

Wenn wir ruhig abwarten in der falschen Hoffnung, «Hitler wird von allein abwirtschaften», dann wird das Nazipack Deutschland in *Katastrophe, Inflation und blutigen Krieg* hineintreiben. Wir wollen Hitler abwirtschaften mit der Kraft unseres Klassenkampfes; wir proklamieren die Rettung Deutschlands durch den antifaschistischen Klassenkampf vor Katastrophe, dauerndem Bürgerkrieg und neuem Weltkrieg.

Wir wenden uns mit unseren Kampfvorschlägen an die Millionen Arbeiter und Arbeitslosen und sagen: Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten, aber eine Welt zu gewinnen: *den Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats!*

Wir wenden uns an die Millionen Angestellten und Beamten, die jetzt als Knechte kuschen müssen, die ausgehungert und zertreten werden, und sagen ihnen: Nur im Sozialismus, wie ihn Marx, Engels und Lenin lehrten, wird auch für euch eine

*Zukunft als Mensch unter Menschen geschaffen.*

Wir wenden uns an die ruinierten Mittelschichten in der Stadt, deren letzte Hoffnung auf Hitler jetzt zerrinnt, und sagen ihnen: die faschistische Diktatur raubt euch die Existenz. Das siegreiche Proletariat, von dem ihr für euer kleines Eigentum und eure abgehungerten Sparpfennige nichts zu fürchten habt, wird euch

*eine gesicherte Existenz im Sozialismus schaffen.*

Wir wenden uns an die Millionen armer Bauern, Siedler und Pächter, deren Hoffnung auf das Dritte Reich jetzt zusammenbricht, und sagen ihnen:

Verjagt die Bauernfänger, die euch vorlügen, daß die Kommunisten euch die Scholle rauben wollen, während sie selber eure Existenz zertrümmern

*Nur die Kommunisten werden euch von Steuerlast, Pachtwucher und Schuldzins befreien und werden euch alle Erzeugnisse der Technik und Kultur zugänglich machen. Wir rufen das ganze hungernde und blutende werktätige Deutschland zu den Fahnen der sozialistischen Freiheitsaktion!*

Wir dulden es nicht länger, daß die volksfeindliche, faschistische Konterrevolution das Wort vom «Sozialismus» mißbraucht, um damit Geiselmorde, Todesurteile, Lohnraub und Steuerwucher, Arbeiterausbeutung, Mittelstandsbetrug und Bauernausplünderung zu decken.

Wir dulden es nicht länger, daß mit der Bezeichnung «Sozialismus» die schamlose Erfüllungspolitik, Tributeinpeitschung, Kriegsrüstung und Antisowjethetze betrieben wird. Wir stellen die Kapitalknechte an den Pranger und kennzeichnen das Hakenkreuz als ein Symbol der grausamsten kapitalistischen Systemsdiktatur.

Wir dulden nicht, daß man versucht, die deutschen Arbeiter und Werktätigen mit Judenhetze und mit Haßpropaganda gegen unsere Arbeitsgenossen in Frankreich, Polen, der Tschechei und anderen Ländern aufzuhetzen und vom Kampf gegen den Feind im eigenen Land abzulenken. Wir proklamieren den proletarischen Internationalismus und das Kampfbündnis der Arbeiter der ganzen Welt gegen die Kapitalisten der ganzen Welt. Wir lassen es nicht länger zu, daß die Sozialdemokratie sich als Märtyrer aufspielt. Wir dulden es nicht, daß sie unter frecher Berufung auf Karl Marx noch länger den Sozialismus schändet wie am 1. Mai und wie im Hitler-Reichstag, wo sie einstimmig für Hillers Programm der «Ausrottung des Kommunismus» aus innerster Ueberzeugung stimmte.

*Wir stehen wie ein Mann zu unserem Führer, dem Genossen Thälmann.* Jetzt heißt es fester unsere Reihen schließen. Uns verbindet Not und Blut und uns beseelt Klassenbewußtsein, Kühnheit, Angriffsmut.

*Wir sind die Zukunft, denn wir müssen und wir werden siegen.* Es führt kein anderer Weg zu Brot und Freiheit, als der Klassenkampf.

Wir Sozialisten, wir Kommunisten-Leninisten triumphieren über das Phrasengeklänge des faschistischen Kapitalsgelichters,

Juli 1933

Lesen und weitergeben!

Nr. 10

## DIE JUNGE GARDE

Organ der werktätigen Jugend in Stadt und Land

Zentralkomitee des KJVD. Sektion der KJL

Nach dem antifaschistischen Arbeiterkongreß Europas:

### Ernst Thälmannaufgebot zur antifaschist. Einheit

*Das ist die Zeit der großen Kämpfe, die Zeit der großen Siege, die Zeit der großen Entschlüsse. Die Zeit der großen Kämpfe, die Zeit der großen Siege, die Zeit der großen Entschlüsse. Die Zeit der großen Kämpfe, die Zeit der großen Siege, die Zeit der großen Entschlüsse.*

das uns unsere Lieder und äußeren Formen unserer Agitation gestohlen hat, um damit seine Politik der Rettung des verfallenden kapitalistischen Systems zu tarnen.

Unsere Partei ist in Krieg und Bürgerkrieg groß geworden. Sie kennt nicht Furcht und Feigheit, sie kennt nur ihre Pflicht, die die Geschichte ihr gestellt hat.

Je mächtiger der Feind sich gegen uns erhebt, um so mächtiger werden wir ihn zerschmettern. Der Tag kommt bald, da werden wir die Richter sein.

*Einiges Proletariat! Marschier mit wuch'gem Schrittl!  
Die Zwanzigtausend, die durch Noske und Hitler starben,  
marschieren jetzt in unseren Reihen mit!*

Unter der roten Fahne des Klassenkampfes, unter dem Banner des Kommunismus werden sich die Arbeiter und Werktätigen ihr sozialistisches Vaterland erobern, frei von Ausplünderung durch Kapital und durch Versailles.

Unsere Losung heißt:  
*Sozialistische Freiheits-Aktion in Stadt und Land!*

Unsere Waffen sind:  
*Die Einheitsfront, Widerstandsbewegungen an allen Fronten,  
Streik, politischer Massenstreik, Generalstreik, Kampf um die Macht!*

Schafft die Voraussetzung des Sieges:  
*Die Einigung des Proletariats im Klassenkampf!*

Behaltet stets das Ziel im Auge:  
*Die deutsche Arbeiter- und Bauern-Republik!*

Berlin, den 4. Juli 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
(Sektion der III. Internationale.)

## Nieder mit den Galgen und Bluthunden von Altona!

Antifaschisten! Senkt die Fahnen vor den gemeichelten Opfern von Altona!  
Antifaschisten! Reißt empor das Banner der sozialistischen Freiheitsaktion!

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Arbeiter, Werktätige Deutschlands! Arbeiter aller Länder! Die ersten vier Todesurteile gegen Antifaschisten sind im Zuchthaus zu Altona vollstreckt worden. Vier junge Arbeiter sind von den Bluthunden Hitlers und Göbbels dahingemordet worden. Vier Söhne des arbeitenden Volkes haben ihr Leben geopfert, für die große Freiheitsbewegung des internationalen Proletariats gegen die ruchlose Galgenherrschaft des Faschismus. Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt! Senkt eure Fahnen vor den gemeichelten Helden der Revolution! Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt! Reißt das rote Banner empor, dem roten Oktober entgegen, wo wir Gericht halten werden über die Henker des Dritten Reiches!

Die vier Opfer des faschistischen Blutgerichts waren junge Proletarier. Ihr Leben, Not und Entbehrung, diente restlos der Sache des Volkes gegen die kapitalistische Pest. Dafür warfen sie sich an jenem Blutsonntag in Altona gleich Zehntausenden von Klassenbrüdern dem braunen Terror entgegen, der unter sozialdemokratischem Polizeischutz und im Auftrag der lohnrüberschen Papen-Regierung provozierend und mordend das rote Altona zu erobern suchte. Selbst die käuflichen Richter der faschistischen Justiz mußten bei ihrer Urteilsprechung unterstellen, daß die damaligen Blutopfer von Altona fast ausschließlich Kommunisten waren, daß der mörderische Feuerregen aus den Karabinern und Revolvern der Polizei und der SA-Banden kam, daß die revolutionären Arbeiter von Altona damals ihr nacktes Leben, das Leben ihrer Frauen und Kinder verteidigten. Was gilt das den Schergen des Dritten Reiches, ihren faschistischen Richtern und Henkern?! Sie haben den Arbeitermord zum Gesetz erhoben, um den Kapitalismus vor der Revolution zu retten.

Sozialdemokratische Arbeiter, Jungarbeiter, Gewerkschafter! Die vier Galgen in Altona sind das scheußliche Monument des «demokratischen Weges zum Sozialismus», den euch eure Führer 14 Jahre lang geführt haben. Die Galgen in Altona wären nicht, wenn nicht die Führer der SPD und der II. Internationale das Fundament gelegt hätten. Damals an jenem Blutsonntag von Altona im Juli 1932 unterstand die Polizeigewalt dem Sozialdemokraten Eggerstedt. Severing war preußischer Innenminister. Statt Entwaffnung der braunen Provokateure schlugen sie mit ihren Panzerwagen und Karabinern den braunen Provokateuren die Bahn in die Arbeiterviertel, jagten «demokratische» Feuerstürme gegen die demonstrierenden Antifaschisten. Hinter dem blutigen Gerüst, an dem 4 junge Arbeiter ihr Leben aushauchtén, stand der blutige Schatten der sozialdemokratischen Hochverräter am Proletariat, standen die Arbeitermörder und Streikbrecher, die Noske und Severing, die Künstler und Wels.

Niemals mehr Sozialdemokratie! Das muß euer Schwur sein. Nieder mit den Spaltern und Verrätern am Sozialismus! Revolutionäre Klasseneinheit unter dem Banner des Kommunismus gegen den Faschismus und seine Helfershelfer, die Führer der SPD und der II. Internationale!

Werkstätige der NSDAP! Arbeiter in der NSBO, in der SA! Die Hitler und Goering haben euch den Sozialismus versprochen, die Enteignung der Ausbeuter, die Brechung der Zinsknechtschaft. Ihr vierfacher Arbeitermord in Altona entlarvt noch einmal diese Betrüger. Die «nationale Revolution» ist zu Ende. Der Galgen für den, der gegen die Kapitalisten und ihre Schergen kämpft. Die Multimillionäre Krupp und Thyssen, die Bankiers und Großgrundbesitzer wurden soeben von Hitler und Goering in den Wirtschaftsrat berufen, aber die roten Freiheitskämpfer werden in den Konzentrationslagern zu Tode gefoltert. Die vier Morde in Altona, die ungezählten Morde an Proletariern in ganz Deutschland, die grausame Verfolgung aller Kämpfer der sozialistischen Revolution ist das Blutgeld, aus dem die Kapitalisten und Junker ihre Profite münzen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands neigt das sturmerprobte Banner der roten Freiheitsarmee vor

den gemeichelten Helden von Altona. Das Zentralkomitee der KPD ruft die arbeitenden Massen Deutschlands, die Arbeiter aller Länder zum Kampf gegen den Faschismus, auf daß der Tag der Rache und der Vergeltung heranbricht.

Betriebsarbeiter, Gewerkschafter! Bei jeder Verhaftung, gegen jede Verurteilung eines der eurigen aus eurer Belegschaft, gegen die faschistischen Todesurteile und ihre Vollstreckung, greift zur unbesiegbaren Waffe des Protestes und Massenstreiks! Mit eurem Kampf gegen die Lohnräuber und jede einzelne ihrer sozialreaktionären Maßnahmen verbindet revolutionäre Massenaaktionen gegen das Terrorregime.

Stempelstellen, Arbeiterviertel! Gegen den faschistischen Mord schmiedet die Waffe des wehrhaften Massenselbstschutzes! Denkt daran, daß jede Waffe in den Händen der faschistischen Diktatur ein Arbeiterleben bedroht.

Mütter, Frauen und Kinder des Proletariats! Protestiert, demonstriert gegen die Verfolgung und Abschächtung eurer Ernährer, bestürmt die Rathäuser und Gefängnisse, die Gerichte und die Konzentrationslager!

SA-Leute, Arbeiter der NSBO, Werktätige in der NSDAP, die ihr den wahren Sozialismus, die wahre zweite Revolution wollt, ihr, deren rebellierende Kameraden man bereits in die Konzentrationslager sperrt, prangert die Schlächter und ihre Agenten öffentlich an! Weigert euch, Arbeiter zu verhaften und abzunknallen! Bringt eure Waffen mit zu uns, verhindert den Arbeitermord!

Arbeiter in den anderen Ländern kapitalistischer Unterdrückung! Zieht vor die Konsulate Hitlerdeutschlands, verweigert in den Häfen die Ausladung von Schiffen, die das faschistische Hunger- und Mordkreuz tragen! Kämpft gegen die Bourgeoisie eures eigenen Landes, gegen ihre Helfershelfer in der II. Internationale, die hinter antifaschistischen Phrasen und Betrugsmanövern euch einer neuen imperialistischen Völkerschlacht entgegenführen.

Arbeiter Deutschlands! Der Bluthund Noske schlachtete 1918/19 20 000 Arbeiter, um den Sieg der Revolution zu verhindern. Der Bluthund Hitler will noch größere Leichenberge aufbäumen, um die Revolution im Blute zu eräufeln. Aber der wälendste Terror der faschistischen Meuchelmörder und Reichstagsbrandstifter vermag immer weniger zu verbergen, daß ihre Politik das Volk in die Katastrophe hineinreißt. Unter Führung der Kommunisten formiert sich die Millionenfront zur Niederwerfung der faschistischen Diktatur. In jede Lücke, die der Mordstahl des Faschismus in die Reihen der revolutionären Avantgarde reißt, springen 100 neue Kämpfer als Führer des sozialistischen Freiheitskampfes.

Antifaschisten! Steigert einen tödlichen, nie versiegenden Haß gegen dieses Regime des Hungers und der Gewalt an Tausenden von Frontabschnitten, entfesselt den revolutionären Massenwiderstand über Streiks und Demonstrationen hinweg bis zum Massenstreik, zum Generalstreik, zum gewaltsamen Sturz der faschistischen Diktatur-Regierung!

Nieder mit den Todesurteilen gegen die antifaschistischen Kämpfer! Nieder mit dem faschistischen Arbeitermord! Heraus mit Thälmann, dem Führer des deutschen Proletariats! Heraus mit Torgler, Dimitrow und den Tausenden verhafteten Antifaschisten aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern!

Arbeitendes Volk Deutschlands! Den Galgen und die Konzentrationslager für die kapitalistischen Ausbeuter und ihr faschistisches Führerpack!

Brot und Arbeit, Land und Freiheit für die Arbeiter und werktätigen Bauern! Ueber die Gräber unserer gemordeten Kameraden hinweg erheben wir trotziger und siegesgewisser das Banner der Revolution! Her zur sozialistischen Freiheitsaktion! Es lebe der Sozialismus! Es lebe die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik!



## Nachruf

Drei Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands ermordet!

Es ereilt uns die Nachricht, daß Franz Stenzer, Mitglied des Zentralkomitees der KPD, nach viehischer Mißhandlung von den beauftragten Schergen Hitlers hinterhältig als wehrloser Gefangener ermordet wurde. Franz Stenzer ist der dritte aus den Reihen unseres Zentralkomitees, der der braunen Bestie der Thyssen und Krupp, der Kapitalisten und Junker zum Opfer fiel.

Reichstagsabgeordneter Schütz von Königsberg wurde in seiner Wohnung gemeuchelt. Man stach ihm die Augen aus, schlitze ihm den Bauch auf und jagte ihm im Beisein seiner Familie die Todeskugel in den Hinterkopf.

Der Freidenker-Funktionär Noll-Jena, ebenfalls Mitglied des ZK, wurde bei Fertigstellung einer illegalen Zeitung von den Polizeischergen überfallen und kurzerhand standrechtlich erschossen.

Das jüngste Opfer, Franz Stenzer, war Vater von drei kleinen Kindern. <Er war seit 1926 ein führender Kommunist in Bayern.> meldet der 1919 von Noske, Ebert und Scheidemann zur Niederwerfung der Münchener Räterepublik ernannte blutbesudelte General von Epp, der Hauptverantwortliche für die Greuel im Dachauer Konzentrationslager, an die bestochenen und korrupten Redaktionen der gleichgeschalteten Presse.

Franz Stenzer, in der ganzen Partei Bayerns als beliebter Kamerad bekannt, immer und in jeder Stunde ein guter Berater und Helfer, ein treuer Kampfgefährte der Arbeiter und auch in der Mitte des Zentralkomitees als geschulter, sachlicher, politischer Mitarbeiter geachtet. Durch seine aufopferungsvolle konkrete Arbeit vermochte er sich unter den Arbeitern und der bayrischen Landarmut eine große Autorität zu erwerben. Deshalb berief ihn die Partei auf den vorgeschobenen Posten für ganz Bayern, den er unerschrocken und mutig bis zum letzten Augenblick ausfüllte. Während seine treue Frau und Kampfgefährtin von den kleinen Kindern forgerissen, ins Gefängnis gesperrt und mißhandelt wurde, wurde Franz Stenzer nach der Flucht erschossen, nachdem er längere Zeit im Konzentrationslager von Dachau von den braunen Schergen gefoltert worden war.

Als Eisenbahner, in seiner Tätigkeit als Betriebsrat, war er schon seit langem von den sozialdemokratischen Helfern des Faschismus gemäßregelt worden. Sein unversöhnlicher Kampf gegen die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie brachte ihm das Vertrauen vieler Kollegen ein. Aber ebenso verfolgte ihn der Haß der Leipart und Graßmann, die ihn aus dem Verband ausschlossen, nicht minder der der christlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierungen, die ihn wiederholt ins Gefängnis warfen. Die Mörderkugel des Faschismus, die jeden roten Freiheitshelden verfolgt, der gegen die Kapitalisten und Junker, die Millionäre und Nichtsteuerkämpfer und für den Sozialismus streitet, machte schließlich seinem Kämpferleben ein Ende.

Genosse Franz Stenzer — Genosse Schütz — Genosse Noll — ihr vielen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Genossen, die ihr für die Sache der Revolution, für die revolutionäre Einheit unserer Klasse euer Leben gab! Wir können nicht an euren Gräbern weilen. Aber der Klassenkampf, wie ihr ihn gewollt, geht weiter! In die Lücken, die uns die Mörder in der Regierung und in den Braunen Häusern gerissen haben, werden Hunderte neuer mutiger Kämpfer treten. Die Arbeiterklasse Deutschlands, die Kommunistische Partei und ihr Zentralkomitee werden euer gedenken, wenn das Proletariat Gericht halten wird. Die proletarische Revolution wird die Rechnung bis auf den letzten Pfennig begleichen. Sie wird, das sagen wir euch als letzten Gruß, keinen Pardon geben.

Die faschistischen Agenten hängen, schießen und stechen, was um Befreiung aus Kapitalknechtschaft kämpft. Sie werden unseren Sieg nicht aufhalten. Wir marschieren, die Revolution wird siegen!

Im Namen des antifaschistischen deutschen Proletariats,

Im Namen unseres eingekerkerten Führers Genossen Thälmann:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Berlin, 27. August 1933.

## Proletarier aller Länder vereinigt euch unter dem Banner der Kommunistischen Internationale

Zieht die Bilanz aus der Pariser Tagung der II. Internationale

Sozialdemokratische Arbeiter, Arbeiter der II. Internationale!

Im Herzen Europas, im Lande der einstigen Weimarer Demokratie regiert eine faschistische Mordbrenner-Regierung mit Galgen und Hungerpeitsche gegen das Volk. Tagtäglich fallen die Opfer. Tagtäglich blühen Proletarier ihr Leben und ihre Freiheit ein für den verfluchten Klassenverrat der sozialdemokratischen Führer, die die Revolution tausendmal verraten haben und erklärten, daß die bürgerliche Demokratie zum Sozialismus, zur Befreiung der Arbeiterklasse führe. Blutig und grausam hat die Geschichte den Arbeitern der ganzen Welt die Lektion erteilt:

Entweder bürgerliche «Demokratie», Koalitions- und Tolerierungspolitik, sozialdemokratische Ministerherrlichkeit und Verhinderung der revolutionären Klasseneinheit — am Ende dieses Weges lauern Galgen und Fallbeil, steht die Herrschaft faschistischer Mordorgien und grimmiger Sozialreaktion!

Oder Diktatur des Proletariats, Enteignung der Ausbeuter, Bewaffnung der Arbeiter, proletarische Demokratie für die Werktätigen, erbarmungslose Niederhaltung und Vernichtung des Klassenfeindes — und der Aufbau des Sozialismus ist gesichert, das Fundament der politischen und ökonomischen Befreiung der Arbeiter und aller Werktätigen ist gelegt.

Entweder-Oder! Das ist die Frage, die das deutsche Beispiel abermals den Arbeitern aller Länder gestellt hat. Das ist die Frage, für deren Lösung heute in Deutschland das antifaschistische Proletariat blutet und kämpft und trotz alledem siegen wird.

Haben die Führer der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie, die sich vor wenigen Tagen in Paris zu einer außerordentlichen Tagung zusammenfanden, auf diese Frage Antwort gegeben? Haben sie im Angesicht der Lehren in Deutschland die revolutionäre Klasseneinheit und die Klassenaktionen des Weltproletariats und der deutschen Arbeiterschaft proklamiert im Namen der Revolution, im Namen der Niederwerfung des Kapitalismus, im Namen der Diktatur des Proletariats? Ziehen wir die Bilanz!

«Man muß die Demokratie verteidigen, wo der Faschismus noch nicht regiert.» Das war eine These der Pariser Tagung.

Sie wurde verteidigt von den Ministern und den Ministeranwärtlern der Tschecoslowakei, Dänemarks, Schwedens, der Mehrheit der französischen Kammerfraktion. Wie einstmal die Wels und Scheidemann, solange sie an den Fleischtöpfen der Weimarer Demokratie die Ärzte-Rolle zur Heilung des Kapitalismus besorgten, so bezeichnen ihre ministeriellen Kumpane auch heute noch offen und zynisch die Koalitionspolitik und Ministerherrlichkeit als den «Weg zur proletarischen Machteroberung» und «Kampf gegen den Faschismus». Das Resultat der Koalitions- und Tolerierungspolitik der deutschen Sozialdemokratie ist für sie umgekehrt ein Ansporn, die sozialfaschistische Rolle der Repressalien gegen das Proletariat noch gründlicher zu besorgen, den blutigen Streikbruch gegen die Arbeiter zu organisieren, die in die Kerker zu werfen, die in ihren Ländern gegen den Hakenkreuzfetzen demonstrieren.

Die Politik der offenen Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie ihres Landes war, ist und bleibt das Programm der II. Internationale.

Es ist die Politik der deutschen Sozialdemokratie, die Politik der Faschisierung des Staatsapparates, der Wegbereitung für den Faschismus, der Vorbereitung imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt, der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse, der Verhinderung der Revolution. Aber nicht in allen Ländern, am wenigsten in Deutschland vermag diese offene, ungeschminkte Politik des Faktierens mit der Bourgeoisie die Spaltung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Revolution aufrecht zu erhalten.

Darum lautet die zweite Hauptthese der Pariser Tagung der II. Internationale: «Revolutionärer Kampf in jenen Ländern, wo der Faschismus bereits gesiegt hat.» Sie wurde vertreten von jenen Bankrotteuren, deren Politik der demokratischen Machteroberung bereits zur faschistischen Diktatur geführt hat, und für jene Länder, in denen es ein hoffnungsloser Arbeiterbetrug wäre, die bürgerliche Demokratie der Noske und Severing, der Brüning und Hindenburg auch heute noch als den Weg zum Sozialismus zu bezeichnen. «Sie müssen vorstehen», erklärte der linke Führer der II. Internationale, der österreichische Austromarxist Otto Bauer, «daß wir bei der Aufstellung dieser

Losung besonders an die deutschen und die italienischen Arbeiter dachten . . . wenn wir nicht die Verbindung mit der Stimmung dieser Arbeiterschaft verlieren wollten, dann mußten wir solche Losungen aufstellen.» Der Betrug ist diesen «linken» Worten auf die Stirn geschrieben.

Der Betrug ist offenkundig, wenn der «linke» Aufhäuser im Namen der SPD in Paris statt der proletarischen Diktatur die «Erziehungsdiktatur» forderte und dieser über Nacht geworden «Revolutionär» nachfolgend nur die eine glühende Erwartung aussprach, «daß die prächtig kämpfende deutsche Jugend die parteiagitatorische Haltung der Kommunisten (deren Zweck die Diktatur des Proletariats ist) überwinden werde.» Wels, der seiner eigenen Internationale den Fußtritt gab, solange er noch in Deutschland an ein loyales Kompromiß mit Hitler glaubte, hatte die Stirn, dem Kampfbündnis der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren kommunistischen Klassengenossen zu unterstellen, daß «der illegale Kampf durch die Politik der Kommunisten vergiftet würde». Kein Wort über seine Ergebnissadresse im Hitler-Reichstag an die faschistische Diktatur-Regierung! Kein Wort, daß der Parteivorstand der SPD dreimal den Generalstreik verraten hat, kein Wort vom praktischen Kampf gegen die faschistische Diktatur, aber Beschmutzung und Verhöhnung des revolutionären deutschen Proletariats, in dessen Herzen der Haß brennt, mit den Henkern des Dritten Reiches abzurechnen.

«Durch Blut und Eisen geht der Faschismus», erklärte Wels, «durch Blut und Eisen geht der Kommunismus», erklärte derselbe Wels.

Legionen von Proletariern werden durch die braune Pest zu Tode gemartert. Nur die erbarmungslose Niederwerfung der Bourgeoisie und ihrer Agenten, nur die Diktatur des Proletariats wird für immer dem Terror der herrschenden Klasse gegen die Unterdrückten ein Ende machen.

Für die Wels und Aufhäuser, die Blum und Otto Bauer ist das eine gleich dem andern, ist die Hölle des Faschismus gleich der revolutionären Abrechnung durch das Proletariat.

Ist der Beweis noch nötig, welch ein neuer Betrug sich hinter den radikalen Phrasen der II. Internationale verbirgt?

Sozialdemokratische Arbeiter, Arbeiter der II. Internationale!

Auf Grund seiner eigenen blutigen Erfahrung inmitten der faschistischen Hölle schlägt heute das Herz des deutschen Proletariats für die Sowjetunion. Auch der sozialdemokratische Arbeiter weiß heute: Wer die Diktatur des russischen Proletariats bespöttelt, ist ein Agent der Hitler und Göbbels. Wer die immer gewaltigeren Rekorde des sozialistischen Aufbaus, wer die einzigartige diesjährige Ernte, vor allem das Resultat der sozialistischen Kollektivisierung als «Hungersnot und Zusammenbruch des bolschewistischen Experiments» ausbildet, ist ein Lügenbold im Dienste der faschistischen Reaktion und der Todfeind der proletarischen Diktatur. Aber der Menschewik Abramowitzsch erklärte unter dem Beifall der Pariser Tagung: «Die Praxis in der Sowjetunion zeigt, wie diese Diktatur der Minderheit sich von Stufe zu Stufe verengert bis zu dem grausam grotesken Plan, Millionen Bauern buchstäblich verhungern zu lassen . . . Der Hunger ist so groß in der Sowjetunion, daß vielfach aus Schwäche der Bevölkerung die Leichen nicht begraben werden.» Und keiner jagte diesen vorkaputen Weißgardisten vom Podium. Das «grausame Experiment des Bolschewismus», geiferte der tschechische Delegierte Winter. «Der nationale Sozialismus Roosevelts» (der Sozialismus der inflationistischen Ausplünderung des amerikanischen Volkes durch das Finanzkapital) «ist gleich dem Sozialismus der Sowjetunion», erklärte Vandorvelde, der Führer der II. Internationale.

Sind das nicht «glänzende Lehren», die die II. Internationale aus der deutschen Entwicklung gezogen hat? Sind das nicht aufschlußreiche Kommentare zu ihren «linken» Phrasen vom «revolutionären Kampf», von ihrer «Erziehungs-Diktatur», ihrer «totalen Revolution» gegen den Faschismus?

Ist es nicht klar, daß diese Agenten mit Angst und Schrecken den Zeitpunkt herannahen sehen, wo die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, wo die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands nicht nur mit den faschistischen Henkern abrechnen, sondern mit der Erkämpfung der proletarischen Diktatur die Aufhebung der kapitalistischen Lohnknechtschaft überhaupt erkämpfen könnten? Müssen sie dann aber nicht genau so wie

die Hitler und Göbbels die wirklich lebendige Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion diskreditieren, besudeln, verunehren?

Konnte die Pariser Tagung der II. Internationale deutlicher zum Ausdruck bringen, daß sie bis zuletzt eine konterrevolutionäre Kraft bleibt, radikale Phrasen gebraucht, um umso besser einen roten Oktober in Deutschland zu verhindern versuchen?

Sozialdemokratische Arbeiter, Arbeiter der II. Internationale!

An der Wiege des deutschen Faschismus stand der Versailler Schandvertrag. Er preßte das deutsche arbeitende Volk unter das Joch doppelter Ausplünderung und Entrechtung. Er war und ist für den Faschismus die Quelle seiner chauvinistischen Orgien. Er entzündet heute an allen Enden Europas den Funken, der morgen das Pulverfaß imperialistischen Völkermordens zur Explosion bringen kann. Was aber war die Antwort der «völkerbefreienden Internationalisten» auf der Pariser Tagung? «Es ist ein Verbrechen, von der Revision von Versailles auch nur zu reden», erklärte der englische Delegierte. «Der Viermächtepakt der imperialistischen Räuber gibt uns Hoffnung auf Frieden», verkündete der Parteiführer Frankreichs, Léon Blum. «Verzichtleistung auf das Recht zur kapitalistischen Vaterlandsverteidigung heißt Unterstützung der bolschewistischen Ideologie», ergänzte der Führer der französischen Kammerfraktion, Renaudel.

Verhöhnung und Vernichtung des proletarischen Internationalismus, Verteidigung des Versailler Raubvertrages, Bündnis mit seinen imperialistischen Garanten und Nutznießern unter der antifaschistischen Phrase des Kampfes «gegen das kriegsrüstende Hitler-Deutschland», das ist eine weitere «Lehre», die die Bankrotteure der II. Internationale auf ihrer Pariser Tagung aus den deutschen Ereignissen, aus der nationalen Erfüllung- und Panzerkreuzer-Politik der Wels und Genossen zogen.

Antifaschisten Deutschlands und aller anderen kapitalistischen Länder!

Darf bei einer solchen Politik sich auch nur ein Arbeiter noch der Illusion hingeben, als sei die II. Internationale und ihre Parteien für die revolutionäre internationale Kampfeinheit gegen Faschismus, Hunger und Krieg? Ist im Munde dieser offenen und verkappten Koalitionspolitiker nicht jedes radikale Wort eine Phrase, ein Betrug? Unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeitermassen, des Bankrotts der stärksten Sektion der II. Internationale, der Abwanderung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter ins kommunistische Lager hatten die «Linken» in der Bürositzung der II. Internationale in Paris ein Einheitsfront-Angebot an die Kommunistische Internationale beschlossen. Durch Spitzenverhandlungen, unter Ausschluß der Arbeiteröffentlichkeit wollten sie ein neues betrügerisches Einheitsfrontmanöver durchführen. Es sollte die Neuaufgabe jenes Betrages der deutschen SPD-Führer werden, die damals der KPD einen «Nichtangriffspakt» vorschlugen, um dreimal den Generalstreik gegen Hitler zu vereiteln. Aber selbst dieses Einheitsfrontmanöver schien der Mehrheit der Pariser Tagung zu weitgehend, zu gefährlich. Es wurde abgelehnt. Statt dessen wurde

eine Adresse an den Völkerverbund der imperialistischen Räuber beschlossen,

auf die Tagesordnung «den deutsch-österreichischen Konflikt und die Rüstungskontrolle Deutschlands» zu setzen. Das sind ihre «Kampfbeschlüsse». Das ist ihr «Ausweg» aus der Krise. Das ist ihre «antifaschistische Kampfeinheit» gegen Krieg, Hunger und Terror in allen kapitalistischen Ländern.

Keine einzige praktische Kampfmaßnahme gegen Hitler-Deutschland und die Bourgeoisie des eigenen Landes. Nichts von Kampf und konkreten Kampfmaßnahmen gegen Faschisierung, Terror und Sozialreaktion im eigenen Lande. Nichts von einer internationalen Aktion des Proletariats gegen den Faschismus in all seinen Formen in allen Ländern.

Kein Wort über den bevorstehenden Reichstagsprozeß der deutschen Brandstifter-Regierung, über eine internationale Solidaritätsaktion zugunsten des deutschen Proletariats, gegen die Hakenkreuzprovokationen in den Grenzgebieten, in den ausländischen Häfen.

Kein Kampf gegen den Versailler Raubvertrag und seine Garanten, gegen das Welttrüsten und die Militarisierung der Jugend, gegen die blutige Unterdrückung der Kolonialvölker und die imperialistische Bedrohung der Sowjetunion.

Arbeiter der SPD! Arbeiter der II. Internationale! Kann es euch schwer fallen, nun eurerseits die Bilanz aus der Pariser Tagung der II. Internationale zu ziehen?

Sie proklamiert die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, aus der in Deutschland die faschistische Galgen-Diktatur sich entwickelt hat.

Sie reiht sich ein in die interventionistische Front des Weltkapitals mit den Antibolschewisten Hitler, Goering und Göbbels an der Spitze gegen das Land der proletarischen Diktatur und will mit ihren linken Phrasen von «Erziehungs-Diktatur» und «revolutionärem Sozialismus» dem Proletariat der kapitalistischen Länder den revolutionären Ausweg aus der Krise verbauen.

Sie diskreditiert aufs neue den Marxismus und den proletarischen Internationalismus und liefert den faschistischen Volksbetrügnern das ideologische Rüstzeug zur Diskreditierung des revolutionären Marxismus.

Sie liefert dem Imperialismus die ideologische Rechtfertigung zur kriegerischen Verteidigung des Versailler Schandpaktes.

Sie proklamiert die Aufrechterhaltung der Spaltung des Proletariats, die Bekämpfung des Kommunismus zur Rettung des verfallenden Kapitalismus.

Es ist nur eine grausame Verhöhnung der deutschen Arbeiter, zynisches Bekenntnis zum Revolutionsverrat bis zum Ende, wenn die Pariser Tagung beschlossen hat, ausgerechnet den 9. November als internationalen Kampftag gegen den Faschismus zu begehen.

Jenen Tag, dem der 4. August voranging und dem der 20. Juli und der 30. Januar folgten; den fluchwürdigen Novemberverrat 1918 mit dem blutigen Kreuzzug der Noske, Ebert und Scheidemann zur Erwürgung der deutschen Kommunisten, haben die «Linken» und Rechten in der II. Internationale, die Wels und Aufhäuser, die Otto Bauer und Blum zum «Kampftag» ihres «Internationalismus» erhoben. Besteht noch ein Zweifel, auf welcher Seite der Barrikade diese «Arbeiter(ührer)» stehen werden, wenn das Proletariat Deutschlands und Europas sich zur letzten Schlacht formiert?

Die Pariser Tagung, zusammengesetzt aus enterbten, amtierenden und zukünftigen Ministern der Bourgeoisie widerspiegelt die ganze Fäulnis, den Niederbruch, die unlöslichen Widersprüche des Weltkapitalismus. Sie war in Wirklichkeit eine Generalstabssitzung zur Verhinderung der revolutionären Klasseneinheit, zur Verhinderung des Sieges der Revolution über den Faschismus.

Der Faschismus ist das terroristische Ueberfallkommando der Bourgeoisie gegen die Revolution. Die Sozialdemokratie ist die soziale Hauptstütze zur Verteidigung ein und derselben Kapitalsherrschaft gegen die Revolution.

Arbeiter, Antifaschisten aller Länder! Rechnet ab, zieht die Bilanz! Beschreitet den Weg, den heute Zehntausende sozialdemokratischer Klassenbrüder bereits gegangen sind, den morgen die Mehrheit des deutschen Proletariats beschreiten wird!

Nie wieder «bürgerliche Demokratie», Koalitions- und Tolerierungspolitik, die das deutsche Proletariat an die Schlachtbank des Faschismus führt!

Nie wieder Sozialdemokratie, deren Einfluß im Lager der Arbeiterklasse vernichtet werden muß, soll die Klasseneinheit des Proletariats über die blutbesudelte Herrschaft des Faschismus, der Kapitalisten und Junker triumphieren.

Die Diktatur des Proletariats allein befreit das arbeitende Volk aus der Hölle «demokratischer» Unterdrückung, faschistischen Terrors, imperialistischer Kriege.

Die Kommunistische Internationale allein, ihre marxistische Theorie, ihre Strategie und Taktik ist die organisierende Kraft des proletarischen Internationalismus.

Vorwärts, Antifaschisten, sozialdemokratische Arbeiter, Gewerkschafter! Marschieren wir gemeinsam, fest das Banner der Revolution in unseren Händen haltend, unserem gemeinsamen Klassenziel entgegen!

Nieder mit Hitlers faschistischer Galgendiktatur! Nieder mit den imperialistischen Kriegstreibern diesseits und jenseits der Grenzen! Nieder mit den sozialdemokratischen Spaltern im Lager der Arbeiterklasse!

Es lebe die sozialistische Freiheitsaktion gegen Faschismus, Hunger und Krieg!

Es lebe der rote Oktober, die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik!

Arbeiter aller Länder! Vereinigt euch unter dem Banner der Kommunistischen Internationale!

Berlin, Ende August 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
Sektion der III. Internationale.

**Weltsturm des internationalen Proletariats  
gegen das drohende Leipziger Justizverbrechen**  
**Rettet Thälmann, Torgler, Dimitrow, Popow und Tanew vor Zuchthaus und Tod!**  
**Aufruf des ZK der KPD**

An alle, alle, alle!

Wenige Tage noch und einem der schurkischsten politischen Verbrechen der herrschenden Klasse sollen Kämpfer der Freiheit, Freunde der Unterdrückten, Soldaten der Revolution zum Opfer fallen. Vor dem Leipziger Reichsgericht, wo seit 1918 Zehntausende revolutionäre Kämpfer durch den Urteilspruch der Weimarer Demokratie in den Kasematten der deutschen Bourgeoisie auf Jahre begraben wurden, beginnt am 21. September der Prozeß gegen Torgler, Dimitrow, Popow und Tanew.

«Brandstiftung», «Verbrechen gegen Volk und Nation» brüllen die faschistischen Mordbrenner-Minister des Dritten Reiches und rufen die Henker gegen die Kommunisten. Provokateure und Brandstifter als Richter über ihre Opfer! Gekaufte Banditen als Zeugen! Gefälschte Dokumente als Beweis! Kreaturen, käufliche Subjekte als bestellte Verteidiger! Kreuzifix und Gesetzbuch als Wahrzeichen des Rechts!

Den Schleier von der Orgie der Leipziger Justizverbrechen! Das proletarische Weltgericht gegen die braunen Schergen der Thyssen und Krupp, die im Namen des Volkes den Justizmord, Zuchthaus und Fallbeil zum Gesetz erheben.

Arbeiter aller Länder, Unterdrückte der ganzen Welt! Warum der Leipziger Prozeß, was ist seine Bedeutung?

Es waren die Hitler, Goering und Göbbels selbst, die die schwelende Brandfackel an den Wallotbau legten. Im Feuerschein des Reichstagsbrandes organisierten die faschistischen Betrüger das Volks-Plebizit, ihre Reichstagswahl vom 5. März. In den Tagen des Reichstagsbrandes begannen sie ihre Beute- und Mordtätige gegen die Antifaschisten Deutschlands. Durch Betrug und Lüge peitschten sie ihre Horden zu blutigen Pogromen gegen die rote Freiheitsarmee auf. Kommunisten wurden als Brandstifter und kriminelle Verbrecher infamiert, die Kommunistische Partei als eine Bande von Putzschisten und Untermenschen in die blutige Illegalität geschleudert. Tausende sind seitdem gemordet oder zu Krüppeln gemacht, Zehntausende sind im Namen der Verbrecher der Reichstagsbrandstiftung in den Konzentrationslagern dem Hungertod überantwortet. Der Prozeß von Leipzig soll den braunen Schlächtern für ihre Verbrechen seit dem 31. Januar nachträglich vor der Welt die rechtliche und moralische Absolution erteilen.

Nicht genug damit! Die Konterrevolution hatte den Sieg zu früh gefeiert. Sie hat aus Deutschland ein Zuchthaus, ein Leichenhaus und ein Waffenarsenal gemacht. Aber mit den Tränen der Mütter und Kinder, denen man ihre Ernährer raubte, kann man die Hungernden nicht satt machen. Mit Fallbeil, Stahlruten und Galgen die Krise nicht bannen. Mit Feuerwerk und Volksbetrug der grausamen Not des nahenden Winters nicht steuern. In den Tiefen der nationalsozialistischen Volksmassen selbst reißt dumpfe Unzufriedenheit heran. Unter den Fahnen der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei formiert sich das Proletariat zum Vormarsch. Unauslöschlich in seinem Herzen der brennende Haß gegen die braune Pest. Unauffällig die Erkenntnis hunderttausender sozialdemokratischer Arbeiter über den fluchwürdigen Klassenverrat ihrer Führer und die Notwendigkeit, mit den Kommunisten gemeinsam den revolutionären Ausweg zu beschreiten. Die faschistischen Machthaber können das werktätige deutsche Volk nicht retten, sondern nur tiefer in die Katastrophe hineinreißen. Sie brauchen neue Pogrome, Steigerung des Bürgerkriegs, um das Schreien der Hungernden mit Blei zu stopfen. Der Leipziger Kommunisten-Prozeß soll den braunen Agenten der Ausbeuter Blanko-Vollmacht geben, die Kommunisten als Pogromisten und Mörder, als Brandstifter und Brunnenvergifter ein für allemal auszurotten. Die Angeklagten selbst als Führer und intellektuelle Urheber, als Landes- und Hochverräter aufs Schafott zu bringen. Aus dem Leipziger Gerichtssaal soll sich eine neue Schmutzwelle von Terror und Mord ergießen. Durch den Leipziger Prozeß soll dem Irrenhändler a.D. und Murphinsten Goering ein Alibi für neue Provokationen im Herbst und Winter geschaffen werden.

Das Leipziger Justizverbrechen ist der Klakenprozeß der bankrotten kapitalistischen Welt und ihrer braunen Spießgesellen gegen die Partei der Revolution, die KPD.

Die Leipziger Prozeßkommission ist das Vorspiel für den Monstrosprozeß gegen die KPD, ihr Zentralkomitee und ihren eingekerkerten Führer, Ernst Thälmann.

Der Leipziger Kommunistenprozeß ist das Stichwort für die braunen Folterknechte. Eine neue Nacht der langen Messer soll über das deutsche werktätige Volk gebracht werden.

Arbeiter, Werktätige der ganzen Welt! Zeigt euch der Aufgabe gewachsen, die das auf Vorposten kämpfende deutsche Proletariat an euch stellt. Beweist der faschistischen Kanaille auf Ministertrone und den Herrschenden der ganzen Welt, daß der proletarische Internationalismus lebt und marschiert. Zeigt dieser verrotteten kapitalistischen Welt von Spitzbuben und Wucherern, daß in ihrem Schoße eine neue Kraft gewachsen ist, die das heldenhafte Lied der proletarischen Solidarität auf ihre Fahnen schreibt.

Weltarmee der unterdrückten Arbeiter, Werktätige aller Länder!

Marschieren wir, Millionen an der Zahl, gegen das Justizverbrechen von Leipzig! Den Orkan des Protestes der aktiven Unterstützung der deutschen Antifaschisten in allen Ländern der Erde entfacht! Auf die Straße gegen die faschistischen Justizverbrecher! Proteststreiks in allen Betrieben! Bestürmt die Hakenkreuzkonsulate! Mit einem Meer von Protesttelegrammen und Entschlüssen überflutet die Mörder und Henker des Reichsgerichts! Herunter mit den Blutletzen von den Schiffen Hakenkreuz-Deutschlands! Thälmann-Komitees und Sammelkämpfungen für die illegalen Kämpfer der deutschen Kommunisten, für den Hitler-Sturz!

Der Tag des Prozeßbeginns, der 21. September, muß zur roten internationalen Meerschau von Millionen werden. Er muß die Säulen und Lauen wecken, den gelenden Alarm in die letzte Hölle tragen, die Solidarität aller Schaffenden zu einem wachsenden, reißenden Strom der proletarischen Tat und der revolutionären Einheit gestalten!

Arbeiter der ganzen Welt! Kein Zaudern mehr! Genossen rufen aus Kerker und Folterhölle Kommunisten stehen vor den Schranken des faschistischen Blutgerichts! Freiheitskämpfer der proletarischen Revolution gilt es zu retten!

Auf, daß unsere Faust die Hand des Henkers niederreißt!

Auf, daß der Tag der Vergeltung und Abrechnung über die Henker und Mörder des Dritten Reiches hereinbreche!

Auf, daß ihr über die Spalter und Verräter der Arbeiterbewegung hinweg in allen Ländern des Kapitalismus die revolutionäre Einheit eurer Klasse formiert und den Feind in euren Lande niederwerft!

Vorwärts darum! Einer für alle, alle für einen!

Heraus mit Thälmann, Torgler, Dimitrow, Popow, Tanew und allen anderen Antifaschisten! Rettet sie vor Zuchthaus und Tod!

Arbeiter aller Länder vereinigt euch für den Sieg der deutschen Revolution!

Für die Arbeiter- und Bauern-Republik!

Für den Sieg des Welt-Kommunismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei  
Deutschlands.

## Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Leipziger Reichstagsbrand- und Kommunisten-Prozess

Diese bedeutsame Erklärung wurde vom ZK der KPD an den Internationalen Untersuchungsausschuß in London in Begleitung folgenden Briefes gesandt:

«Entgegen den Behauptungen der deutschen gleichgeschalteten Presse, wonach die Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands sich außerhalb der deutschen Reichsgrenzen in persönliche Sicherheit gebracht hätten, stellt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands fest, daß sich alle Mitglieder des Zentralkomitees, soweit sie nicht verhaftet oder ermordet wurden, nach wie vor in Deutschland befinden. Die von der Hitler-Regierung vorbereiteten Provokationspläne, wie sie bereits von dem kommunistischen Nachrichtendienst enthüllt wurden, erfordern die Anwesenheit jedes führenden Mitgliedes unserer Partei in Deutschland. Wir bitten deshalb, diese schriftliche Erklärung entgegenzunehmen und vor dem Ausschuß zur Verlesung zu bringen.» Die Reaktaktion.

Der von der deutschen Hitler-Regierung inszenierte Reichstagsbrand diente dem offensibaren Zweck, in einer durch den Terrorakt geschaffenen allgemeinen Atmosphäre des Pogroms die Kommunistische Partei zu verbieten, den blutigen Terror gegen alle Antifaschisten zur Sache der Staatsraison zu erklären und für die Reichstagswahl am 5. März ein «Volks-Plebiszit» für die Regierung Hitler-Hugenberg zu erzwingen. Die gegenwärtig in der deutschen Presse veröffentlichten, von dem Lügen-Propagandaminister Göbbels inspirierten und gefälschten «Aufstandspläne der KPD», samt Attentaten auf Hitler und Hindenburg, Dynamitsprengungen und Brunnenvergiftungen, für deren Durchführung der Reichstagsbrand das Signal sein sollte, ist der verzweifelte Rechtfertigungsversuch einer vor der ganzen Welt überführten politischen Abenteuer- und Verbrecherbande. Allein schon die Tatsache, daß nach Berichten der deutschen Presse das Enthüllungsmaterial auf amtlichen Quellen beruht, um in derselben Presse wenige Zeilen später mitzuteilen, daß amtliches Material nicht zur Verfügung gestellt worden sei, zeigt ihre ganze Unwahrhaftigkeit und Fälschung. Es ist nicht das erste Mal und entbehrt sogar jeder Originalität in der Geschichte der Verfolgung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, mittels Provokationen und Fälschungen sich den Vorwand zum Abschlagen revolutionärer Arbeiter im Interesse der Staatssicherheit zu schaffen.

Entgegen der deutschen, faschistischen Regierung, deren Mitglieder vor der Machtergreifung ihren Anhängermassen die soziale und nationale Revolution versprochen, um jetzt nach der Machtergreifung sogar eigene Anhänger in die Konzentrationslager zu werfen, die die Einlösung der gemachten Versprechungen fordern, verschmähen es die Kommunisten,

ihre Ansicht und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern, die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als die Ketten, sie haben eine Welt zu gewinnen. (Aus dem «Kommunistischen Manifest» von Karl Marx und Friedrich Engels.)

Gerade die Existenz der faschistischen Diktatur in Deutschland bestätigt die Richtigkeit der kommunistischen Strategie und Taktik, daß die herrschende kapitalistische Klasse nicht auf dem Wege «friedlicher» «demokratischer Machteroberung» gestürzt werden kann, wie es die Sozialdemokratie behauptet, sondern nur durch die organisierte, revolutionäre Gewalt des einheitlich handelnden Proletariats und den mit ihm verbündeten werktätigen Schichten. Gerade darum ließ die Kommunistische Partei nichts unversucht, auf dem Wege der Organisation von Teil- und Massenkämpfen die Mehrheit des Proletariats in den Generalstreik zu führen, um die Aufrichtung der faschistischen Blut- und Hungerdiktatur zu verhindern. Die klassenverräterische Politik der deutschen Sozialdemokratie und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verhinderten die revolutionären Massenaktionen der deutschen Arbeiterschaft. Auf das offene Generalstreiksangebot der Kommunistischen Partei am 20. Juli 1932 gegen den faschistischen Staatsstreich in Preußen an die Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsbund, antworteten sie unter Führung Wels, Severing und Grzesinski mit der feigen und verächtlichen Kapitulation vor den faschistischen

Machthabern. Das gleiche wiederholten diese Führer bei den erneuten Generalstreikangeboten der Kommunistischen Partei anlässlich der Regierungsübernahme durch Hitler am 31. Januar und der nationalsozialistischen Reichstagsbrandstiftung am 27. Februar. Der damals noch herrschende Einfluß der Sozialdemokratie auf die Mehrheit des deutschen Proletariats machte es der Kommunistischen Partei unmöglich, im Februar 1933 durch die revolutionäre Massenaktion den Sturz des faschistischen Regimes herbeizuführen, den revolutionären Ausweg aus der Krise zu beschreiten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands als einzige Partei des Marxismus bekämpft rücksichtslos jeden Putschismus und jedes politische Abenteuerium. Sie stützt sich dabei auf die Strategie des Marxismus-Leninismus:

«Mit der Vorhut allein kann man nicht siegen. Die Vorhut allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen die Avantgarde nicht direkt unterstützen oder wenigstens eine wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben — wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen...» (Lenin.)

Die Kommunistische Partei spricht es auch heute offen aus, daß die Hitler-Diktatur nur gestürzt werden kann durch den Generalstreik und seine Überleitung in die gewaltsame Erhebung der Mehrheit des deutschen Proletariats. Die Kommunistische Partei erklärt in ungebrochener Kraft und festem Siegesbewußtsein, daß sie unausgesetzt, in tagtäglicher illegaler Massennarbeit, allem und jedem Terror trotzend, auf den Tag der revolutionären Abrechnung mit den sozialen und nationalen Betrügnern hinarbeitet. Aber gerade darum verfolgt die Kommunistische Partei keine «geheimen Aufstandspläne», sondern bereitet frei und offen mit den Massen die gewaltsame Erhebung gegen die Hitler-Diktatur vor. Darum steht sie auch der Provokation und dem individuellen Terror als Kampfmethode in unerschöpflich Feindschaft gegenüber. Einzelterror und Provokationen sind die Methoden einer zum Untergang verurteilten Herrschaftsordnung, um die Massen vom Kampf um ihre eigene Befreiung abzulenken und die rückständigsten Schichten des werktätigen Volkes zu Pogromen gegen die fortgeschrittenen, revolutionäre Avantgarde zu mißbrauchen. Die Reichstagsbrandstiftung gehört ebenso zu den Methoden der faschistischen Diktatur in Deutschland, wie die faschistische Diktatur selbst die terroristische Herrschaftsform der Kapitalisten und Junker zur Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen und zur Verhinderung der unvermeidlichen sozialen Revolution ist.

Gegenüber den Fälschertricks, wie sie die Hitler-Regierung und ihr Propagandaminister Göbbels gegenwärtig gegenüber der Kommunistischen Partei anwenden, verweist das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands die proletarische Weltöffentlichkeit auf zahlreiche, parteiamtliche, programmatische Dokumente zur Frage des individuellen Terrors. Das Zentralkomitee beruft sich unter anderem auf seinen Beschluß vom 10. November 1931, wo die ideologische und praktische Verteidigung des individuellen Terrors als mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar erklärt wurde. Das Zentralkomitee beruft sich auf die bedeutsamen, programmatischen Ausführungen ihres eingekerkerten Führers Ernst Thälmann, die in der theoretischen Zeitschrift der Partei «Die Internationale», vom Dezember 1931, Doppelheft Nr. 11/12, niedergelegt sind:

«Jene Arbeiter, die sich von den planmäßigen Naziprovokationen zur Abwehr mit den gleichen Methoden des individuellen Terrors verleiten lassen, entfernen sich hinsichtlich der Methoden des proletarischen Freiheitskampfes von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus. Denn der individuelle Terrorismus hat im System des Leninismus ebensowenig Platz, wie das feige, jämmerliche, liberale Geschwätz der Sozialpazifisten... überflüssig zu sagen, daß wir Kommunisten die Gewalt bejahen, ohne die keine geschichtliche Umwälzung denkbar ist... Aber alles das hat nichts mit dem individuellen Terror zu tun, zu dem die nationalsozialistische Mordwelle die revolutionäre Verlockung will. Wenn klassenbewußte Arbeiter sich von den Aufgaben der Massennarbeit auf dieses Gebiet ablenken lassen, vertauschen sie das Rüstzeug des Leninismus mit den durch die Geschichte der Arbeiterbewegung längst widerlegten Methoden der Sozialrevolutionäre aus der Zeit des russischen Zarenismus... So ist der Beschluß des ZK der KPD vom 10. November 1931 gegen die

individuellen Terror keineswegs, wie es die bürgerliche Presse den revolutionären Arbeitern einreden möchte, nur ein «taktisches Manöver», das zur Sicherung der Partei vor einem Verbot dienen soll, in Wirklichkeit aber nicht ernst gemeint wäre. Im Gegenteil: der Hauptgrund für diesen außerordentlich ernsten und bedeutungsvollen Beschluß war gerade die Ueberzeugung des ZK der KPD, daß jede Vernachlässigung eines bolschewistischen Kampfes gegen den individuellen Terror und jede versöhnliche Duldung diesem gegenüber nur den Nationalsozialisten und damit der Bourgeoisie überhaupt ihr Spiel zur Ablenkung der Arbeiterklasse von den entscheidenden revolutionären Aufgaben des Massenkampfes erleichtern würde.»

Nur eine Regierung, deren Mitglieder an der Vertuschung der Urheber- und Täterschaft des Reichstagsbrandes interessiert sein müssen, nur politische Banditen, die tagtäglich Arbeiter und Intellektuelle, Christen und Juden zur Zielscheibe ihrer Provokationen, ihres Sadismus, ihrer moralischen Verlotterung und politischen Geschäftemacherei machen, können der Kommunistischen Partei individuellen Terror und Provokationen, Brandstiftungen und Brunnenvergiftungen als Kampfmethoden unterstellen.

Die in Leipzig angeklagten Kommunisten Torgler, Dimitrow, Popow und Tanew haben mit dem Reichstagsbrand ebenso wenig gemein, wie die Hitler-Regierung mit den sozialen und nationalen Interessen des deutschen, werktätigen Volkes. Intellektuelle Urheber der Brandstiftung sind die Hiller, Goering, Göbbels, ist die deutsche Reichsregierung und die von Goering zur Durchführung des Auftrages bestellten obersten SA- und SS-Führer, die Heines, Helldorf und Komplizen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands übergibt diese Erklärung der Weltöffentlichkeit, indem sie gleichzeitig die neuen, für den Herbst und Winter in Aussicht genommenen und vom kommunistischen Nachrichtendienst enthüllten Provokationspläne der Hitler-Regierung (Bombenanschläge auf Eisenbahnen und Wasserwerke, Brandstiftungen auf Bauernhöfen, Raubüberfälle, Attentate auf SA- und SS-Führer und auf Mitglieder der Reichsregierung) entlarvt.

Mit dem Leipziger Prozeß, mit den von der Hitler-Regierung abhängigen Richtern und Anwälten, mit den von der Regierung gekauften Zeugen, will die Hitler-Regierung ihre begangenen Verbrechen rechtfertigen und ihre künftigen Provokationen decken.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat die feste Gewißheit, daß die neuen, drohenden Verbrechen der Hitler-Regierung, vor allem aber auch das drohende Justizattentat gegen den Führer der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, durch den disziplinierten, revolutionären Massenkampf des deutschen Proletariats, durch die revolutionäre Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen die klassenverräterische Abwartepolitik der sozialdemokratischen Führer verhindert werden.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ruft die Arbeiter der Welt und alle Freunde der proletarischen Freiheitsbewegung auf, im Kampf der deutschen Kommunistischen Partei, als der einzigen organisierenden Kraft zum Sturz der Hitler-Diktatur, für die Er kämpfung der proletarischen Räte-macht, für die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik auf der Seite der deutschen Kommunisten zu stehen.

Berlin, den 14. September 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands,  
gez.: Wilhelm Pieck.

## London gegen Leipzig

### Erklärung des ZK der KPD

Während der Verhandlungen des Londoner Welttribunals überbrachte ein Kurier des ZK der KPD dem Gericht eine auf Seide geschriebene, über die Grenzen geschmuggelte Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, in der eingangs festgestellt wird, daß sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees, soweit sie nicht eingekerkert oder ermordet sind, sich nach wie vor auf ihrem Kampfposten in Deutschland befinden. Wir entnehmen der Erklärung folgende wichtige Teile:

"Die Kommunistische Partei Deutschlands als einzige Partei des Marxismus bekämpft rücksichtslos jeden Putschismus und jedes politische Abenteuerium."

"Mit der Vorhut allein kann man nicht siegen. Die Vorhut allein in den entscheidenden Kampf zu werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen die Avantgarde nicht direkt unterstützten oder wenigstens eine wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben - wäre nicht nur Dummheit, sondern auch ein Verbrechen ..." (Lenin)

Die Kommunistische Partei spricht es auch heute offen aus, daß die Hitlerdiktatur nur gestürzt werden kann durch den Generalstreik und seine Überleitung in die gewaltsame Erhebung der Mehrheit des deutschen Proletariats. Die Kommunistische Partei erklärt in ungebrochener Kraft und festem Siegesbewußtsein, daß sie unausgesetzt in täglicher illegaler Massennarbeit, allem und jedem Terror trotzend, auf den Tag der revolutionären Abrechnung mit den sozialen und nationalen Betrügern hinarbeitet. Aber gerade darum verfolgt die Kommunistische Partei keine "geheimen Aufstandspläne", sondern bereitet frei und offen mit den Massen die gewaltsame Erhebung gegen die Hitler-Diktatur vor. Darum steht sie auch der Provokation und dem individuellen Terror als Kampfmethode in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber.

Gegenüber den Fälschertricks, wie sie die Hitler-Regierung und ihr Propagandaminister Göbbels gegenwärtig gegen-

über der Kommunistischen Partei anwenden, verweist das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands die proletarische Weltöffentlichkeit auf zahlreiche parteiamtliche programmatische Dokumente zur Frage des individuellen Terrors. Das Zentralkomitee beruft sich u.a. auf seinen Beschluß vom 10. November 1932, abgedruckt in der "Roten Fahne", wo die ideologische und praktische Verteidigung des individuellen Terrors als mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar bezeichnet wurde. Das Zentralkomitee beruft sich auf die bedeutsamen programmatischen Ausführungen ihres eingekerkerten Führers Ernst Thälmann, die in der theoretischen Zeitschrift der Partei "Die Internationale" vom Dezember 1931 niedergelegt sind:

"Jene Arbeiter, die sich von den planmäßigen Naziprovokationen zur Abwehr mit den gleichen Methoden des individuellen Terrors verleiten lassen, entfernen sich hinsichtlich der Methoden des proletarischen Freiheitskampfes von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus. Denn der individuelle Terrorismus hat im System des Leninismus ebensowenig Platz, wie das feige jämmerliche Geschwätz der Sozialpazifisten ... überflüssig zu sagen, daß wir Kommunisten die Gewalt bejahen, ohne die keine geschichtliche Umwälzung möglich ist. ... Aber das hat nichts mit dem individuellen Terror zu tun, zu dem die nationalsozialistische Mordwelle die Revolutionäre verlocken will. Wenn klassenbewußte Arbeiter sich von den Aufgaben der Massennarbeit auf dieses Gebiet ablenken lassen, vertauschen sie das Rüstzeug des Leninismus mit den durch die Geschichte der Arbeiterbewegung längst widerlegten Methoden der Sozialrevolutionäre aus der Zeit des russischen Zarismus. ... So ist der Beschluß des ZK der KPD vom 10. September 1931 gegen den individuellen Terror keineswegs, wie es die bürgerliche Presse den revolutionären Arbeitern einreden möchte, nur ein "taktisches Manöver", das zur Sicherung der Partei vor einem Verbot dienen soll, in Wirklichkeit aber "nicht ernst gemeint" wäre. Im Gegenteil: der

Hauptgrund für diesen außerordentlich ernsten und bedeutungsvollen Beschluß war gerade die Überzeugung des Zentralkomitees der KPD, daß jede Vernachlässigung eines bolschewistischen Kampfes gegen den individuellen Terror und jede versöhnliche Duldung diesem gegenüber nur den Nationalsozialisten und damit der Bourgeoisie überhaupt ihr Spiel zur Ablenkung der Arbeiterklasse von den entscheidenden revolutionären Aufgaben des Klassenkampfes erleichtern würde."

Nur eine Regierung, deren Mitglieder an der Vertuschung der Urheber- und Täterschaft des Reichstagsbrandes interessiert sein müssen, nur politische Banditen, die tagtäglich Arbeiter und Intellektuelle zur Zielscheibe ihrer Provokationen, ihres Sadismus, ihrer moralischen Verlotterung und politischen Geschäftemacherei machen, können der Kommunistischen Partei individuellen Terror und Provokationen, Brandstiftungen und Brunnenvergiftungen als Kampfmethoden unterstellen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands übergibt diese Erklärung der Weltöffentlichkeit, indem sie gleichzeitig die neuen, für den Herbst und Winter in Aussicht genommenen Provokationspläne der Hitler-Regierung (Bombenanschläge auf Eisenbahnen und Wasserwerke, Brandstiftungen auf Bauernhöfen, Raubüberfälle, Attentate aus SA- und SS-Führer) entlarvt.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat die feste Gewißheit, daß die neuen drohenden Verbrechen der Hitler-Regierung, vor allem aber auch das drohende Justizattentat gegen den Führer der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, durch den disziplinierten, revolutionären Massenkampf des deutschen Proletariats, durch die revolutionäre Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen die klassenverräterische Abwarte-Politik der sozialdemokratischen Führer verhindert werden."

## Dr. Sack entlarvt

Erklärung des Zentralkomitees der KPD

Berlin, 19. September.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands brandmarkt in aller Öffentlichkeit und noch vor Beginn des Leipziger Prozesses den angeblichen Wahlverteidiger Torglers, Rechtsanwalt Dr. Sack, als Werkzeug des Oberreichsanwalts. Dr. Sack spielt unter dem Schein der «objektiven Verteidigung» eine schändliche Doppelrolle. Es ist bekannt, daß dem kommunistischen Abgeordneten Torgler von der Hitlerregierung alle die von ihm geforderten Verteidiger, zuletzt noch zwei Anwälte aus dem Saargebiet, mit deutscher Staatsangehörigkeit, verweigert worden sind. Vor die Entscheidung gestellt, sich einem von der deutschen faschistischen Regierung gekauften Officialverteidiger auszuliefern oder auf jede Verteidigungsmöglichkeit zu verzichten, hat sich Torgler für Sack entschieden in der Erwartung, sich dennoch eine juristische Verteidigungsmöglichkeit zu schaffen. Es besteht nach der Vergangenheit und nach dem ganzen Verhalten des Dr. Sack kein Zweifel, daß Torgler damit einem Betrüger und Agenten der Hitlerregierung ausgeliefert ist.

Der sogenannte «Wahlverteidiger» Dr. Sack ist bekannt als reaktionärer Anwalt der Tschernowzenfälscher, Fememörder und russischen Monarchisten, der u. a. sich schon 1918 als Mitbegründer der faschistischen Freikorps betätigte und sich 1920 beim Kapp-Putsch selbst zum Justizminister Kappps machte. Er lehnte es ab, dem Londoner Untersuchungsausschuß Einsicht in die von ihm mitgebrachten Anklageakten zu gewähren. Er verweigert jedem ausländischen Anwalt mit ihm zusammen die Verteidigung Torglers zu führen. Nach allem vorliegenden Material ist es dem deutschen Reichsanwalt nahezu unmöglich geworden, vor der Weltöffentlichkeit Torgler noch als Brandstifter des Reichstages zu überführen. Sack hat darum von der Hitler-Regierung und dem Oberreichsanwalt den ausdrücklichen Auftrag erhalten, alles zu versuchen, Torgler als politische Persönlichkeit zu erledigen und unter der Maske der Verteidigung Torglers die Kommunistische Partei mit dem von den Nationalsozialisten inszenierten Brand zu belasten und damit alle vergangenen und zukünftigen Verbrechen der Hitler-Regierung zu rechtfertigen.

Es ist der Öffentlichkeit bekannt, daß durch die Methoden der Voruntersuchung der Hitler-Regierung zum Leipziger Prozeß nichts unversucht gelassen worden ist, die Angeklagten noch vor der Leipziger Hauptverhandlung psychisch und physisch zugrunde zu richten mit der Absicht, sie jeder eigenen Willensbestimmung und jeder Verteidigungsfähigkeit zu berauben. Monatelang sind die Angeklagten Tag und Nacht gefesselt worden. Der Rechtsanwalt Dr. Sack hat diese Lage des Kommunisten Torgler, der abgeschnitten ist von der Außenwelt, der abgeschnitten ist von seiner Partei, planmäßig zu dem Versuch ausgenutzt, sich Torglers Vertrauen zu erschleichen, um es während des Prozesses im Interesse der faschistischen Justizverbrecher zu mißbrauchen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands brandmarkt vor der Weltöffentlichkeit die während des Leipziger Prozesses zur Anwendung kommenden verbrecherischen Methoden der deutschen faschistischen Justiz, für deren Durchführung der Rechtsanwalt Dr. Sack als willfähiges Instrument dienen soll.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.



### Gruß des ZK der KPD an Dimitrow

Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale  
und des ZK der KP Bulgariens

Berlin, 25. September 1933.

Der illegale Pressedienst des ZK der KPD veröffentlicht in Nr. 3 des von ihm herausgegebenen Sonderbulletins über den Reichstagsbrandprozeß die folgende Begrüßung:

Im Namen der illegalen, unbeugsam für den Sturz der faschistischen Diktatur kämpfenden Kommunistischen Partei Deutschlands, im Namen der Millionen ihrer Anhänger, der Millionen klassenbewußten antifaschistischen Arbeiter entsendet dir, Genosse Dimitrow, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in brüderlicher Verbundenheit flammende revolutionäre Grüße. Dein mutiges Auftreten vor dem faschistischen Blutgericht, mit dem du Ehre und Ansehen der deutschen und internationalen Arbeiterklasse und ihrer Führerin, der Kommunistischen Internationale, heldenhaft verteidigt hast, hat in den Herzen der deutschen klassenbewußten Arbeiter glühende Begeisterung für die revolutionäre Befreiung vom faschistischen Joch entzündet.

Im Namen der geknechteten und unterdrückten Massen des werktätigen Volkes in Deutschland danken wir dir für dieses Verhalten, das uns allen als heroisches Beispiel dafür unauslöschlich im Gedächtnis bleiben wird, wie proletarische Revolutionäre den Klassenrichtern der faschistischen Bourgeoisie zu antworten haben. Die ganze deutsche Arbeiterklasse grüßt dich, Genossen Grigori Dimitrow, durch uns mit dem Gruß aller revolutionären Proletarier Deutschlands, mit einem donnernden, dreifachen <Rot Front!>

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

## Vier Revolutionäre vor dem faschistischen Tribunal

### Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Leipziger Justizkomödie

Die illegale Sonderinformation des Pressedienstes des ZK der KPD über den Leipziger Prozeß veröffentlicht in ihrer dritten Sendung folgende Mitteilung des ZK der KPD:

Der Beginn des Prozesses gegen die sogenannten Reichstagsbrandstifter hat vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit den wahren Sinn dieser beispiellosen Justizkomödie enthüllt. Dieser Prozeß, der sich in Wahrheit gegen die Kommunistische Partei richtet und zugleich zu einer großangelegten Verleumdungskampagne gegen die Kommunistische Internationale und gegen die Sowjetunion ausgenutzt werden soll, wird in einem Augenblick — unter Einsatz aller der bekannten Methoden des Lügen-Ministeriums Göbbels — inszeniert, in dem die faschistische Diktatur in Deutschland alles Interesse daran hat, durch eine neue Steigerung der Kommunistenhetze die Aufmerksamkeit der verratenen und betrogenen Massen des werktätigen Volkes in Deutschland von den Schandtaten der faschistischen Diktatur abzulenken. Mit dem Beginn des Prozesses fiel zusammen die Sitzung des Generalrates der Wirtschaft, der aus den bekanntesten Scharfmachern des deutschen Kapitalismus zusammengesetzt und vom persönlichen Vertrauen Hitlers herufen wurde. Diese Sitzung des Generalrates hat das Ausbeuterprogramm für den bevorstehenden Winter in aller Öffentlichkeit enthüllt. Neue ungeheure Lasten werden auf die Schultern der Ärmsten der Armen gewälzt, in Form sogenannter freiwilliger Spenden wird ein zwangsweiser Lohn- und Gehaltsraub, ein beispielloser Raub an den Unterstützungen der Erwerbslosen und Wahlfahrts empfänger und zugleich die Einleitung einer Inflationspolitik auf dem Gebiete der Wahrung angekündigt. Die werktätigen Massen in Deutschland, die sieben Monate vergeblich auf die Einlösung der sozialistischen Versprechungen Hitlers gewartet haben, erleben in diesem Augenblick an Stelle der versprochenen Sozialisierung der Industrie, der Banken und des Großgrundbesitzes, an Stelle des Kampfes gegen die Schmarotzer und Profiträuber die Durchführung der scharfmacherischsten sozialreaktionärsten Ausbeuterpolitik, die die faschistische Diktatur als Beauftragte des deutschen Finanzkapitals durchführt.

In diesem Augenblick soll der Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter die große Bewegung in den Massen der betrogenen Nazionnhänger und in den breiten Schichten der deutschen Arbeiterklasse, die sich immer entschlossener der Kommunistischen Partei, als dem einzigen ehrlichen und unbestechlichen Freund des hungernden Volkes, zuwenden, aufhalten und die Kommunistische Partei, die trotz aller Verfolgungen unermüdet und mutig den Kampf gegen die faschistische Diktatur führt, vor den Augen der deutschen und der Weltöffentlichkeit als eine Partei der Verbrecher, Brandstifter und Mörder diskreditieren.

Der Prozeß verfolgt weiter den Zweck, alle jene Schandtaten der faschistischen Diktatur, die Einkerkерung von 60 000 Antifaschisten, die Ermordung von mehr als 1500 revolutionären Kämpfern, die von der SA verschleppt, zu Tode gefoltert, auf der Flucht erschossen oder zum Selbstmord getrieben wurden, die beispiellose Unterdrückung jeder politischen Freiheit in Deutschland nachträglich mit der Notwendigkeit des Kampfes zur Rettung Deutschlands vor dem Bolschewismus und seinen «Greueln» zu rechtfertigen.

Der Prozeß ist nur der Form nach ein Prozeß gegen einzelne Personen, er ist in Wahrheit ein Prozeß gegen die Kommunistische Partei, ein Prozeß gegen die Kommunistische Internationale, und er soll zugleich durch die hemmungslöse Verleumdung des Kommunismus das Galgengericht gegen den eingekerkerten Führer, gegen Ernst Thälmann, vorbereiten.

Drittens aber verfolgt dieser Prozeß das Ziel, eine neue Etappe der imperialistischen Interventionspolitik des deutschen Faschismus gegen die Sowjetunion propagandistisch vorzubereiten. Mit der Verleumdung der völlig unschuldig angeklagten Bulgaren als einer angeblichen Terrorgruppe im Auftrage Moskaus soll zugleich die Kriegsstimmung gegen die sozialistische Sowjetunion in den Massen weiter vorbereitet werden. Wie schlecht gerade in dieser Frage das Gewissen der Arrangeure

dieses Prozesses ist, zeigt die Ausschaltung der sowjetrussischen, aber auch einer großen Anzahl sozialistischer und linksbürgerlicher Zeitungen von der offiziellen Anteilnahme an diesem Prozeß. Diese provokatorische Maßnahme steht in krassem Widerspruch zu der heuchlerischen Erklärung des Gerichts über die angeblich völlige Öffentlichkeit der Verhandlung.

Würde dieser Prozeß wirklich gegen die an der Brandstiftung im Reichstagsgebäude Schuldigen geführt, dann müßten auf der Anklagebank dieses Prozesses nicht Torgler und die drei Bulgaren, sondern dann müßten auf der Anklagebank dieses Prozesses sitzen die prominenten Minister der deutschen Regierung, die nach der Feststellung des Londoner Untersuchungsausschusses und des Memorandums des früheren deutschen nationalen Reichstagsfraktions-Vorsitzenden Dr. Oberfohren einwandfrei als Initiatoren des Brandes festgestellten Personen Göbbels, Goering und die direkt mit dem Brand beauftragten Führer der SS und SA und schließlich das von ihnen mißbrauchte bezahlte Subjekt van der Lubbe. Vor der Weltöffentlichkeit sind die Goering, Göbbels und Konsorten die Angeklagten. Vor der Weltöffentlichkeit ist die Kommunistische Partei der Ankläger in diesem Prozeß.

Schon die ersten Tage haben klar erwiesen, welche Rolle der sogenannte Hauptangeklagte van der Lubbe spielt. Van der Lubbe ist nicht mehr ein pathologischer Schwachsinniger, letzten Endes unzurechnungsfähiger Mensch, der von den Nationalsozialisten zu der Provokation des Reichstagsbrandes mißbraucht wurde; van der Lubbe ist nun kein Kommunist, hat nicht das geringste mit der Kommunistischen Partei Hollands und noch viel weniger mit der KPD oder der Kommunistischen Internationale zu tun. Mehr als das, van der Lubbe ist das Mitglied der sogenannten Gruppe der «internationalen Kommunisten», eines kleinen Häufleins von Menschen, die die traurige Rolle der Renegaten der kommunistischen Bewegung im Auftrage des internationalen Faschismus bereits seit Jahren mit allen Mitteln der Verleumdung und der Provokation gegen die kommunistische Bewegung erfüllen, ein direkter und fanatischer Feind der Kommintern. Das von Gortner geführte Grüppchen der «internationalen Kommunisten», das über keinerlei Massenanhängung verfügt, sondern nur aus einer Handvoll hoffnungsloser Provokateure besteht, kämpft seit Jahr und Tag mit den verbrecherischsten Methoden gegen die Kommintern und leistet so durch seine Provokationen und Verleumdungen der faschistischen Konterrevolution die besten Dienste. Es kann gar keinen besseren Beweis dafür geben, daß van der Lubbe nichts mit der Kommintern zu tun hat, als eben seine Mitgliedschaft zu dieser Renegatengruppe. Uebrigens bestätigt das sein Ausschluß aus der Kommunistischen Partei Hollands, der bereits 1931 mit der Begründung seines provokatorischen Verhaltens erfolgt ist.

Mit welchen Methoden die seinerzeit unmittelbar nach dem Reichstagsbrand als vollkommen öffentlich angekündigte, in der Tat aber sieben Monate streng geheim geführte Voruntersuchung gearbeitet hat, dafür haben Dimitroff sowohl wie Torgler bereits in den ersten Tagen des Prozesses eindeutig Zeugnis abgelegt. Die Tatsache, daß die Angeklagten wochen- und monatelang in schweren Eisenfesseln gehalten wurden, die Tatsache, daß die Zulassung ausländischer Verteidiger für die bulgarischen Angeklagten, obwohl sich solche Verteidiger sowohl für Torgler als auch für die Bulgaren zahlreich zur Verfügung gestellt hatten, abgelehnt wurde, die Tatsache, daß bis heute wesentliche Einzelheiten der Anklageschrift nicht veröffentlicht sind, kennzeichnen den Zusammenhang mit den barbarischen Behandlungsmethoden der angeklagten Revolutionäre, den wirklichen Charakter dieser Justizkomödie. Auch dem Angeklagten Torgler ist die Verteidigung durch ihm politisch nahestehende deutsche Anwälte ebenso unmöglich gemacht worden wie durch ausländische Anwälte. Die Verteidigung durch Dr. Sack — der nach der Erklärung Torglers vor Gericht nur seine Person und nicht die tatsächlich politisch angeklagte Kommunistische Partei verteidigen will — ist überhaupt nur unter der Voraussetzung der Nichtzulassung ausländischer Anwälte zustande gekommen. Die Tatsache, daß durch die barbarischen Behandlungsmethoden der Angeklagte Tanew bereits während der Voruntersuchung zu

einem Selbstmordversuch geüben wurde, beweist, was von der «Unparteilichkeit» und «Menschlichkeit» des obersten Blutgerichtes des deutschen Faschismus zu halten ist.

Das unerhörte mutige Auftreten des Angeklagten Dimitrow, der in seiner Haltung der Weltöffentlichkeit ein heroisches Beispiel dafür gegeben hat, wie sich ein kommunistischer Revolutionär vor den Blutrichtern des Klassenfeindes verhält, hat die Szene der faschistischen Justizkomödie zum Tribunal eines wirklichen Gerichtes über die faschistischen Brandstifter und Henker, einer blühenden Anklage der unterdrückten revolutionären Proletariat gegen die blutbesudelte faschistische Diktatur verwandelt. Die brutale Behandlung Dimitrows durch das Gericht hat die scheinheilige Maske unbeflatter Gerechtigkeit, die die Mitglieder des Gerichtes angelegt hatten, ihnen vom Gesicht gerissen.

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands, im Namen der Millionen Antifaschisten grüßt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ihren Kameraden und Genossen, den Revolutionär Dimitrow in brüderlicher revolutionärer Verbundenheit.

Der Verlauf der ersten vier Prozeßtage hat im übrigen bereits eine Reihe von Widersprüchen gezeigt, die das Lügengewebe der Anklageschrift zerrissen. So steht beispielsweise die unter Eid abgegebene Aussage des Kriminalkommissars Heisig, er habe als erster bereits 9 Uhr 45 den Angeklagten Lubbe verantwortlich vernommen, in krassstem Widerspruch zu der ebenfalls unter Eid gemachten Aussage, daß von der Lubbe erst um 12 Uhr nachts ins Polizeipräsidium überführt wurde, während er vorher auf der Polizeiwache am Brandenburger Tor festgehalten wurde. Der Widerspruch erklärt sich daraus, daß die faschistische Regierung alles Interesse daran hat, einen früheren Zeitpunkt für die Vernehmung von der Lubbe anzugeben, als er mit der Wirklichkeit übereinstimmt, um so die von den nationalsozialistischen Initiatoren des Brandes schon längst vor Mitternacht getroffenen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei bereits als Ergebnis der Geständnisse von der Lubbe hinzustellen, in Wirklichkeit ist die schon vorher einsetzende Verfolgungsaktion, wie insbesondere die Massenverhaftungen in Berlin, einer der untrüglichen Beweise dafür, daß der Reichstagsbrand von denselben Kreisen vorbereitet wurde, die ihn zum Anlaß dieser frühzeitig einsetzenden Unterdrückungsaktion gegen die Kommunistische Partei nehmen wollten. Der weitere Verlauf des Prozesses wird noch eine Reihe weiterer Widersprüche dieser Art aufzeigen.

In der Montagsverhandlung vom 25. September ist bei der

Vernehmung von der Lubbe von einem Gespräch von der Lubbe vor dem Wohlfahrtsamt in Neukölln mit einigen Arbeitern die Rede, wo erstens von der Notwendigkeit des Brandes im Reichstag und im Berliner Schloß gesprochen, und zweitens der Vorschlag gemacht worden sein soll, einzelne SA-Leute abzufangen, mit Benzin zu übergießen und anzustecken. Von der Lubbe hat mit den Worten: «So muß es kommen» zugestimmt und die Arbeiter hätten dem gegenüber erklärt: «Der Junge ist richtig, den können wir gebrauchen».

Die Kommunistische Partei ist im Besitz von Zeugenaussagen über dieses Gespräch auf dem Wohlfahrtsamt, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die daran beteiligten Arbeiter nach ihren eigenen Aussagen von der Lubbe gegenüber von Anfang an außerordentlich mißtrauisch waren und ihn sofort wegen seiner provokatorischen Vorschläge für einen Lockspitzel hielten.

Zur Frage der prinzipiellen Stellung der Kommunistischen Internationale und der ihr angeschlossenen und ihrer Disziplin unterstellten kommunistischen Parteien der einzelnen Länder erklärt das ZK der KPD in Übereinstimmung mit dem zu diesem Punkt gemachten Aussagen Dimitrows und Torglers, daß die Komintern die Anwendung des Kampfmittels des individuellen Terrors — wie schon aus ihrem Programm hervorgeht — immer und prinzipiell als unzweckmäßig verworfen hat. Das Ziel der proletarischen Revolution kann niemals durch terroristische Einzelaktionen, sondern nur durch die revolutionären Aktionen der Massen erreicht werden. Das ZK der KPD hat diese prinzipielle Stellung gegen den individuellen Terror noch in dem den September-Reichstagswahlen 1931 vorangegangenen Wahlkampf in einer überall öffentlich verbreiteten Erklärung ausdrücklich bestätigt und als bindende Anweisung an die gesamte Mitgliedschaft unterstrichen. Gerade in diesem Punkt zeigt sich die prinzipielle ideologische Kluft, die zwischen den Anschauungen der Kommunistischen Internationale und ihrer Parteien und den Anschauungen der anarchistisch eingestellten Gruppe der «internationalen Kommunisten» bestehen.

Das ZK der Kommunistischen Partei wird auch weiterhin während des Prozesses alles tun, um die Verleumdungs- und Fälschungsmethoden des faschistischen Blutgerichtes in aller Öffentlichkeit anzuprangern.

25. September

*Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).*

## Die gegenwärtige Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD

Resolution, beschlossen vom Politbüro des ZK der KPD

*Diese Resolution wurde vom Politbüro des ZK der KPD in seiner Sitzung vom 10. Oktober 1933, also einige Tage vor dem Austritt Hitler-Deutschlands aus dem Völkerbund, beschlossen. Die neuesten Ereignisse unterstreichen die Richtigkeit der in der Resolution enthaltenen Analyse und Perspektive.*

Vor acht Monaten, unter den Verhältnissen der außerordentlichen Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland, übergab die deutsche Bourgeoisie die Verwirklichung der offenen faschistischen Diktatur an Hitler und seine «nationalsozialistische» Partei. Die acht Monate des Bestehens der Blut- und Hungerregierung Hitler-Goering-Göbbels haben im vollen Umfange bestätigt, daß die brutale hemmungslose faschistische Diktatur keine einzige politische und wirtschaftliche Frage des heuligen Deutschlands zu lösen vermag.

Die Uebergabe der Macht an die Nationalsozialisten war herbeigerufen durch den Bankrott aller alten, bürgerlichen Parteien, die sich als unfähig erwiesen haben, der Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland Einhalt zu tun. In einer Situation, wo die schwerste Wirtschaftskrise und unerträgliche Ausbeutung der Werktätigen durch das deutsche und das Auslandskapital einen Sturm des deutschen Nationalismus entfesselt und das aus Verschulden der Sozialdemokratie gespaltene Proletariat sich als nicht stark genug erwiesen hatte, um diese Massen zu führen und der faschistischen Offensive sofortige Abwehr zu erteilen, gelang es der nationalsozialistischen Partei durch ihre nationalistische Demagogie, Millionenmassen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft auf ihre Seite zu ziehen. Die Nationalsozialistische Partei sollte die Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise unterbinden und Deutschland vor der Wirtschaftskatastrophe retten. Angesichts der Zerrüttung des ganzen politischen Systems Deutschlands mußten die Faschisten, die ihren Sieg mit Hilfe verlogener nationalistischer Demagogie errungen hatten, diese Demagogie, als sie an der Macht waren, weiter fortsetzen und sich auch weiterhin auf die nationalistische Bewegung der Massen gegen Versailles sowie gegen die korruptierte Bürokratie der Weimarer Republik stützen. Um ihren Einfluß in den kleinbürgerlichen Massen nicht zu verlieren und sie gegen das Proletariat zu führen, gebärdeten sich die Faschisten als Revolutionäre, sprachen von «Sozialismus», stempelten die nationalsozialistische Reaktion und den faschistischen Terror zur «nationalen Revolution», versprachen einen Vierjahresplan zur Liquidierung der Arbeitslosigkeit und Not, versprachen die Wiederherstellung des kleinbürgerlichen Eigentums, organisierten Aktionen gegen die den Massen verhasste Weimarer Republik und versuchten, den nationalistischen Gefühlen in Aktionen gegen das jüdische Kleinbürgertum Luft zu machen. Doch das Finanzkapital, dieser wirkliche Herr in der faschistischen Regierung und im Lande zwang bereits die Nationalsozialisten angesichts des fortdauernden Wachstums der Wirtschaftskrise, die «nationale Revolution» für beendet zu erklären und ihre Tätigkeit auf Fragen der «nationalen Winterhilfe» zu beschränken — einer Unterstützung, die die reale staatliche Unterstützung erwerbsloser Arbeiter und Angestellter, sowie der hilfsbedürftigen Bauernmassen und des städtischen Kleinbürgertums durch elende Almosen ersetzt. Unter diesen Verhältnissen beginnt der Einfluß der nationalistischen Demagogie der Faschisten rasch abzunehmen. Die Regierung Hitler-Goering-Göbbels entlarvt sich vor den Massen immer mehr als Regierung des Finanzkapitals und des Junkertums. Durch ihre Abenteuerpolitik treibt sie alle inneren und äußeren Widersprüche des deutschen Kapitalismus auf die Spitze und führt Deutschland der Katastrophe entgegen. In der vom Faschismus vollkommen entrechteten Arbeiterklasse wächst, ungeachtet des schlimmsten, blutigsten Terrors, ein ungeheurer revolutionärer Aufschwung heran. Die Massen des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft beginnen bereits zu durchschauen, daß sie von den Nationalsozialisten betrogen wurden.

Die «Nationalsozialistische» Partei brachte es zu Einfluß unter dem städtischen Kleinbürgertum und den Bauernmassen in erster Linie durch ihre nationalistische, chauvinistische versaillesfeindliche Demagogie. Doch in den verfloßenen acht Monaten hat die Hitler-Regierung bereits praktisch bewiesen, daß sie unfähig ist, das Versailler Joch abzuschütteln, ebenso wenig wie

den «Anschluß» Oesterreichs durchzuführen, die Frage des polnischen Korridors und anderer, durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennter Gebiete zu lösen. Das vermag nur die siegreiche, proletarische Revolution in brüderlichem Bündnis mit den Proletariern der anderen Länder. Die Hitler-Regierung verschärfte die Beziehungen Deutschlands ausnahmslos zu sämmtlichen Staaten und führte zur neuerlichen Schwächung der außenpolitischen Position Deutschlands. Sie machte Deutschland zur Hauptquelle steter Kriegsgefahr in Europa.

Zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges, zur Niederwerfung des Widerstandes der Massen, zur Entthronung und Zerschlagung des deutschen Proletariats eröffneten die Faschisten den Bürgerkrieg im Lande. Zur Vorbereitung ihrer militärischen Pläne der Neu-Aufteilung Europas und zur Erwerbung von Kolonien für das deutsche Kapital betrat sie den Weg fieberhafter Aufrüstung Deutschlands. Die faschistische Regierung erblickt in der Sowjetunion, wo das Wachstum des Sozialismus den werktätigen Massen Deutschlands den Sturz der faschistischen Diktatur und die Aufrichtung der Macht der Arbeiterklasse als den einzigen Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Elend und Not zeigt, ihren Hauptfeind und führt daher eine wütende Lügen- und Hetzkampagne gegen sie. Die faschistische Regierung zerstört die seit einem Jahrzehnt bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion, die Millionen deutschen Werktätigen Arbeit und Brot gegeben und organisiert einen Kriegszug gegen die Sowjetunion. Diese Politik der Kriegsvorbereitung bürdet den Werktätigen Deutschlands im Interesse des Finanzkapitals und des Junkertums ein neues, im Vergleich zu Versailles, noch schwereres militärisches Joch der Ausbeutung auf und bedeutet für Hunderttausende deutsche Jugendliche die Knechtung in den Arbeitsdienstlagern. Die Massen, die von der Beseitigung der Weimarer Koalition eine Besserung ihrer Lage erwarteten, überzeugen sich praktisch, daß die faschistische Abenteuer- und Kriegspolitik das alte, doppelte Joch keineswegs mildert, sondern im Gegenteil, ihnen eine neue Verschlechterung ihrer Lage, eine weitere, noch schlimmere Knechtung des ganzen Volkes gebracht hat. Vom ganzen nationalen «Befreiungs»-Programm des Faschismus blieb in Wirklichkeit nur die mittelalterliche «Klassen»-Theorie und der Antisemitismus, die dem Faschismus zur theoretischen Grundlage der von der Hitler-Goering-Göbbels-Regierung in Deutschland aufgerichteten neuen Sklaverei dienen.

Um die werktätigen Massen zu betrügen, erklärte die Hitler-Regierung vor acht Monaten, sie werde einen Vierjahresplan zur Ueberwindung von Not und Arbeitslosigkeit ausarbeiten. Von diesem Plan hat man aber noch nichts gesehen; denn die Bourgeoisie hat keinerlei Plan eines Auswegs aus der Krise, Not und Arbeitslosigkeit. Statt der versprochenen Ueberwindung der Krise brachte es die Hitler-Regierung zur neuen Verschlechterung der Lage Deutschlands auf dem Weltmarkt, zu einer weiteren Einschränkung des Binnenmarktes, zu neuem Wachstum der Arbeitslosigkeit, zu noch rascherer Verelendung der Massen, zum Hinsterben der Werktätigen vor Hunger, Kälte und Krankheiten. Die militaristische Politik des faschistischen Deutschland verlangt gewaltige Mittel zu Rüstungszwecken. Sie führte zum Abbau der Erwerbslosen-Unterstützung und öffentlichen Ausgaben, zur Auflegung neuer Lasten auf Arbeiterklasse, Bauernschaft und städtisches Kleinbürgertum, zur faktischen Inflation. Die Zunahme der militärischen Aufträge, die staatliche Förderung des Automobilbaues, der Bau strategischer Bahnen, die Herstellung von Uniformkleidung für Reichswehr, SA und Arbeitsdienstlager-Insassen, die die Regierung in der Periode der saisonmäßigen Frühjahrsbelebung der Wirtschaft und zu Beginn der Saisonarbeiten in der Landwirtschaft begonnen hatte, brachte im Frühjahr eine gewisse Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Bei Verbot der Einwanderung polnischer Landarbeiter, bei der Sendung deutscher Industriearbeiter aufs Land zu landwirtschaftlichen Arbeiten, bei Hineinpressung von fast vierhunderttausend Arbeitern in Arbeitsdienstlager, gab eine kleine Anzahl von Arbeiter-Neueinstellungen in die Betriebe der faschistischen Diktatur die Möglichkeit, von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, von ihrer Ueberwindung in einer Reihe ländlicher Bezirke als Ergebnis der faschistischen Politik zu sprechen. Dies erweckte Illusionen in einigen Schichten der Bevölkerung und gab den Faschisten die Möglichkeit, sich die Sommermonate durch

## Die gegenwärtige Lage in Deutschland

zu halten. Doch diese Belebung erreichte nicht einmal das Niveau, das andere kapitalistische Länder im laufenden Sommer aufwiesen. Die schwere Finanzlage des Landes, die trotz der unerhörten Ausplünderung der Massen, die Schaffung großer, militärischer Vorräte unmöglich machte, sowie die Schrumpfung des Binnenmarktes und Außenmarktes führten über Erwarten rasch zu einem Rückgang der saisonmäßigen Belebung. Bereits im August und September setzte ein äußerst rascher Rückgang der ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit ein. Die Zahl der Erwerbslosen ist bereits höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Die Kartellierung, die trotz sinkender Kaufkraft der Massen die Erhöhung der Industriewarenpreise bezweckt, hat einen weiteren Rückgang von Produktion und Handel, ein weiteres Sinken der Lebenshaltung der Massen, weitere katastrophale Zunahme der Erwerbslosigkeit, weitere katastrophale Verschlechterung der Lage des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft zur Folge. Zum weiteren Sinken von Produktion und Handel führt auch die Politik der Regierung auf dem Gebiete der Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeitermassen und der Liquidierung der Erwerbslosenversicherung. Die Krise verschärft sich immer weiter und absolut unerträglich. Die Werktätigen Deutschlands haben einen noch schwereren Winter zu erwarten, als 1932/1933. Die agitatorischen Behauptungen der Faschisten, diesen Winter werde kein Deutscher Kälte und Hunger leiden, sind nur ein krampfhafter Versuch, die wirklich äußerst zweifelhafte Lage des faschistischen Deutschlands vor der Außenwelt zu verschleiern.

Hand in Hand damit geht eine Verschlechterung der Lage des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft, hervorgerufen durch das Schrumpfen der Märkte und die sinkende Lebenshaltung des ganzen Volkes. Die durch Schließung der Grenzen erreichte Steigerung der landwirtschaftlichen Preise ist von der Steigerung der Industriewarenpreise und den Konsumrückgang längst wieder wettgemacht. Die Finanzlage des Landes verlangt Steigerung der Steuerlast und Revidierung des Schuldenmoratoriums für die Bauern. Dies bedroht Hunderttausende kleiner Bauernhöfe mit Zwangsversteigerung. Die Lage des Handwerks und des Kleinhandels verschlechtert sich katastrophal. Die Ausschaltung der Konkurrenz des jüdischen Kleinbürgertums hat dem deutschen Kleinbürgertum keinerlei wirtschaftlichen Nutzeffekt gebracht und konnte ihn auch nicht bringen. Das Proletariat, die Bauernschaft, das städtische Kleinbürgertum und die Angestellten fühlen bereits diese erneute Verschlechterung ihrer Lage, hervorgerufen von der faschistischen Diktatur. Die Illusionen der werktätigen Massen, die Regierung Hitler-Goering-Göbbels werde das Land aus der Wirtschaftskrise führen, werde die Lage des Kleinbürgertums und der Bauernschaft erleichtern und die Erwerbslosigkeit beseitigen, schwinden rasch.

Unter diesen Verhältnissen wird es den Werktätigen jeden Tag immer klarer, daß der Faschismus die unverhüllte Form der Diktatur des Finanzkapitals und des Junkertums ist, die die Unzufriedenheit der Massen mit der Weimarer Republik ausgenutzt haben, um die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zerschlagen, um die Werktätigen zu stummen Sklaven zu machen und die Lage des Finanzkapitals zu festigen. Daher ist ein rasches Wachstum des bereits einsetzenden neuen revolutionären Aufschwungs, ist ein neues Steigen der Streikwelle und der revolutionären Erwerbslosen-Aktionen, die Abkehr der kleinbürgerlichen und der Bauernmassen vom Faschismus unvermeidlich.

Alle Kräfte der faschistischen Diktatur zittern bereits vor dem unaufhaltsamen Wachstum der Kräfte des Kommunismus, vor der Unausbleiblichkeit ihres eigenen Unterganges. Die den Kopf verlierende faschistische Diktatur sucht in ihrer Ohnmacht die Krise, Not und Erwerbslosigkeit zu mildern und die KPD zu zerschlagen, verzweifelt nach Mitteln und Wegen, um ihr Ansehen im In- und Auslande zu heben. Doch das Wachstum der kommunistischen Bewegung in Deutschland und die abenteuerliche Narrenpolitik der Regierung selbst untergraben das Ansehen der Hitler-Regierung unter den breiten Massen in Deutschland und im Ausland. Der wütende Terror gegen Kommunisten und alle oppositionellen Elemente, das System von Provokationen und Fälschungen, die außenpolitischen Abenteuer, die sich im breiten Strom ergießenden verlogenen Berichte über Hunger und Not in der Sowjetunion, in jenem Land, wo die Lebenshaltung der Massen dank der Führung der kommunistischen Partei mit jedem Monat steigt, dies alles ist der Ausdruck der Verzweiflung der Sieger, die die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen durch falsche Versprechungen betrogen haben und beute ihren

Einfluß in diesen Massen verlieren. Der nationalsozialistische Parteitag in Nürnberg, der Parteitag einer siegreichen, am Ruder stehenden Partei, bot trotz aller Phrasen über die Zerschlagung des Kommunismus ein Bild des Bankrotts der Versuche, eine Massenstütze der faschistischen Diktatur zu schaffen, war der Ausdruck größter Besorgnis des Finanzkapitals um die Geschichte des deutschen Kapitalismus, hervorgerufen durch die zunehmende Unzufriedenheit der Massen und den wachsenden Einfluß der KPD. Die sklavenhüterischen Theorien über höhere und niedrigere Rassen, über die Unzulässigkeit von Wahlen und Abstimmungen im «Dritten Reich» sind nichts anderes als Ausdruck der zunehmenden Isolierung der Faschisten und ihrer Furcht vor den Massen. Der Leipziger Prozeß, der nach Absicht der Faschisten eine Demonstration ihrer Verdienste im Kampf gegen den Kommunismus, ein Beweis der «Legitimität» ihrer Diktatur sein sollte, gestaltete sich zum größten Reinfall für die Hitler-Goering-Göbbels-Regierung und für das ganze faschistische System. Die Anklage wegen der Reichstagsbrandstiftung kehrte ihre Spitze gegen die Regierung und die Nationalsozialistische Partei. Die ganze Welt sah, daß in Deutschland eine verbrecherische Bande von Brandstiftern und Abenteurern an der Macht steht, die gestürzt werden muß. Die breiten Massen der Werktätigen sahen, daß es in Deutschland nur zwei Parteien gibt: die Nationalsozialistische Partei, die von einer Abenteuerer-Clique angeführt wird und sich auf die starre, von ihr betrogene Masse stützt und die kommunistische Partei, die weder faschistischen Terror noch Provokationen und Todesstrafe fürchtet und die trotz wütendem Terror die Massen zum Sturz der faschistischen Diktatur um sich schart.

Unter diesen Verhältnissen müssen die Kommunisten ihre Energie verzehnfachen, um die Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz der Regierung von Verbrechern und Abenteurern zu erobern. Die Schaffung der Einheitsfront mit SPD-Arbeitern, die Gewinnung von christlichen, der von den Nationalsozialisten betrogenen und den parteilosen Arbeitern ist die wichtigste und ausschlaggebende Aufgabe der KPD. Die Kommunisten müssen immer und überall mit den Massen und in den Massen sein, müssen sich an die Spitze der spontan wachsenden Unzufriedenheit stellen, unter ihre Führung alle Kräfte des Proletariats zusammenschließen und durch Entfaltung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse den breiten Massen des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft ein Beispiel zeigen, sie zum Kampf gegen die faschistische Diktatur aufzufüteln. Die Kommunisten müssen den Kampf des Proletariats mittels Streik, unter der Führung der von den Arbeitern selbstgewählten Streikleitungen organisieren, wobei sich dieser Kampf gegen alle Formen der faschistischen Offensive gegen die Arbeiterklasse, gegen den Betrieb, gegen Lohnabbau, gegen Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, gegen Entlassungen, gegen Zerschmetterung der Betriebsräte, gegen den Terror gegen revolutionäre Arbeiter, und für kommunistische Propaganda richten muß. Die Kommunisten müssen die Erwerbslosen zum Kampf gegen Abbau der Sozialversicherung und den Abbau der Erwerbslosenunterstützung aufrufen, müssen ihnen klarmachen, daß das im Herbst erneut zu verzeichnende Wachstum der Erwerbslosigkeit den Bankrott der ganzen nationalsozialistischen Politik beweist, müssen Komitees zur Verteidigung der Interessen der Erwerbslosen organisieren. Die Kommunisten müssen revolutionäre Arbeit in den gleichgeschalteten Gewerkschaften leisten und bestrebt sein, die einzelnen Gewerkschaften, Branchen und Ortsgruppen durch Kampf gegen ihre Faschisierung zu erobern, in der NSBO ebenfalls revolutionäre Arbeit leisten, die ihr angehörenden Arbeiter zum Kampf gegen den Faschismus aufrufen und den Massen den konterrevolutionären Charakter dieser Organisation aufzeigen. Die Kommunisten müssen überall und immer mit den Massen und in den Massen sein, um gleichzeitig dort, wo die Bedingungen dazu reif sind, illegale, vom faschistischen Staat und von der SPD unabhängige, revolutionäre Gewerkschaften schaffen.

Die Kommunisten, die um ein Kampfbündnis aller Werktätigen zum Sturz der faschistischen Diktatur kämpfen, müssen unter den werktätigen Massen der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums eine verstärkte Propaganda treiben. Die Kommunisten fordern die Bauern auf, sich zu organisieren, Bauernkomitees für kollektive Verweigerung des Pachtzinses und der Steuern, für Verhinderung der Versteigerungen, für Vertreibung der Junker von ihren Gütern, für Inbesitznahme des grundherrlichen Bodens durch Landarbeiter und landarme Bauern zu schaffen. Die Kommunisten müssen die werktätigen Schichten des städtischen Kleinbürgertums auffordern, sich zur kollektiven Steuerverweigerung an den Staat, zur Zinsverweigerung an die Banken zu organisieren, durch die Schaffung eigener Komit-

tees und durch Verständigung mit den Arbeitern über Verteidigung gegen Zwangsversteigerung ihrer Habe. Überall, wo die werktätigen Massen sich zum Kampfe erheben, müssen die Kommunisten in den ersten Reihen stehen, die Losungen formulieren und ihre erprobten Organisationsformen in Vorschlag bringen.

Die von den Faschisten aus den Apparaten des Staates, der Kommunen, Genossenschaften, Gewerkschaften und der Sozialversicherung vertriebene SPD setzt die Politik der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Organisation einer *konterrevolutionären Einheitsfront* mit der Bourgeoisie gegen die *revolutionäre Einheitsfront* des Proletariats fort. Bei der Schaffung ihrer illegalen Organisationen macht sie es zu ihrem Hauptziel, eine Stütze zum Kampf gegen den Übergang der Massen ins kommunistische Lager und gegen die bevorstehende proletarische Revolution in Deutschland im Interesse der Verteidigung des deutschen Kapitalismus, gegen die Offensive der proletarischen Massen zu schaffen. Dies ist in der gegenwärtigen Situation ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Daher müssen die Kommunisten in ihrem Kampfe um die revolutionäre Einheitsfront der kommunistischen und der SPD-Arbeiter und um die Einbeziehung der christlichen, parteilosen und der vor den Nationalsozialisten hetzenden Arbeiter in den revolutionären Kampf gegen die faschistische Diktatur, die Verderblichkeit der SPD-Politik sowohl vor, wie während des imperialistischen Krieges als auch ganz besonders in den vierzehn Jahren der Weimarer Republik aufzeigen. Die Kommunisten müssen die Arbeiterklasse überzeugen, daß die Wiederherstellung der SPD-Organisationen und der *sozialdemokratischen Führung der Gewerkschaften* unzulässig und für die Sache der Arbeiterklasse schädlich ist.

Von der Tätigkeit der KPD hängt es heute mehr denn je ab, wie rasch sich der Kampf gegen die faschistische Diktatur entfaltet, wie rasch sich die Einheitsfront der Arbeitermassen herausbilden und in welchem Maße es dem Proletariat gelingen wird, die kleinbürgerlichen und die Bauernmassen unter seine Führung zu bringen. Die Geschichte gibt jetzt die reale Möglichkeit zur Liquidierung des Masseneinflusses der SPD, dieser Schuldigen am Siege des Faschismus und dieser sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, gibt die Möglichkeit der *Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung*. Die Kommunisten müssen heute ihre Tätigkeit in den breiten Arbeitermassen in einer Weise entfalten, daß sie zur *einzigen Massenpartei des deutschen Proletariats* werden, sie müssen sein Kampfbündnis mit dem städtischen Kleinbürgertum und der Bauernschaft festigen, alle antifaschistischen Kräfte des Landes um sich scharen und auf diese Weise die *Voraussetzungen für die siegreiche proletarische Revolution, diese wahre Volksrevolution, für den bewaffneten Sturz der faschistischen Diktatur und die Aufrichtung der Macht des Proletariats, vorbereiten*.

Die proletarische Revolution gegen die faschistische Diktatur in Deutschland steht auf der Tagesordnung. Die Bourgeoisie hat die Macht der reaktionärsten, demagogischsten Partei, den Nationalsozialisten, übergeben. Doch die Illusionen, die Nationalsozialisten könnten die Werktätigen Deutschlands aus Not und Elend führen, zerrinnen wie Sand. Das Proletariat ist aller Rechte beraubt. Der Terror gegen die Massen erreicht ein unerhörtes Ausmaß, Krise und Erwerbslosigkeit steigen mit jedem Monat, der Hunger nimmt zu, während die Speicher sich vor unverkauften Vorräten biegen. Die an der Regierung stehende Partei der Nationalsozialisten steht blutige Wache vor den Magazinen der Kapitalisten und Junker. Die werktätigen Massen überzeugen sich, daß *nur die proletarische Revolution, nur die Vernichtung der Macht der ausbeuterischen Klassen, nur der Sturz der faschistischen Diktatur und die Aufrichtung der Macht der Arbeiterklasse, nur der Sozialismus die werktätigen Massen vor dem Verhungern retten kann*.

Die Kommunistische Partei, die allein fähig ist, die Massen zu den revolutionären Entscheidungskämpfen, zum Sturz des Kapitalismus und zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur vorzubereiten, ist die einzige Partei, die ein Programm der Rettung der werktätigen Massen vor Elend, Not, Hunger und Erwerbslosigkeit hat. Sie wird dieses Programm unverzüglich verwirklichen, sobald die Macht in ihre Hände übergehen wird. Dieses Programm ist das *Programm des Sozialismus*, das einzige Programm, das den Werktätigen Deutschlands Rettung bringt. Die Kommunisten müssen dieses Programm jedem von Hunger, Er-

werbslosigkeit und Not geplagten Proletariat, Bauern und Werktätigen Deutschlands zur Kenntnis bringen.

Jeder Kommunist muß den Massen auseinandersetzen, daß die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats in der Form der von allen Arbeitern, Bauern, privaten und staatlichen Angestellten und allen Werktätigen gewählten Sowjets unter der Führung der Kommunisten unverzüglich nach dem Sturz der faschistischen Diktatur folgende Maßnahmen durchführen wird:

1. Sie wird ohne Verzug alle Großbetriebe, Banken, Eisenbahnen, Warenhäuser der Großkapitalisten enteignen und sie, zum sozialistischen Volkseigentum machen.

2. Sie wird den ganzen Grundbesitz der Gutsherren, der Kirchen und Klöster, der Hohenzollern, der Fürsten sowie jeden anderen Großgrundbesitz enteignen und ihn samt allem dazu gehörigen Inventar kostenlos unter Bauern und Landarbeiter verteilen.

3. Sie wird die ganze Verschuldung der Arbeiter, der Bauern und des Kleinbürgertums an Banken, Großkapitalisten und Großgrundbesitzer streichen, alle bestehenden Steuern sowohl der Weimarer Republik als auch der Hitler-Regierung aufheben.

4. Sie wird alle Werktätigen zur Beteiligung an der Staatsregierung auf Grund der proletarischen Demokratie mittels der Sowjets, sowie zur unmittelbaren Kontrolle über Industrie, Banken, Eisenbahnen und landwirtschaftliche Großbetriebe heranziehen.

5. Sie wird alle Häuser, Wohnungen und Villen der Reichen enteignen, die Müßiggänger aus ihnen vertreiben und ihre Wohnungen samt Möbeln und der ganzen Einrichtung den Erwerbslosen, sowie den in schlechten Wohnungen hausenden Werktätigen (Arbeiter, Angestellte, Handwerker usw.) geben.

6. Sie wird alle staatlichen und großkapitalistischen Niederlagen von Lebensmitteln und lebenswichtigen Bedürfnistiteln enteignen und den Erwerbslosen, sowie allen Bedürftigen zur Verfügung stellen, indem die Verteilung an Erwerbslosen-Komitees übertragen wird.

7. Sie wird allen Werktätigen volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit garantieren, indem sie die großen Säle, die Druckereien und alle Papiervorräte ihnen zur Verfügung stellt.

8. Sie wird mit der Sowjetunion ein brüderliches Bündnis schließen, wird alle Werktätigen bewaffnen und eine mächtige revolutionäre Rote Armee schaffen, wird im Bunde mit den Werktätigen der Sowjetunion, Polens, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Englands die Abwehr gegen alle Wiederherstellungsversuche des Finanzkapitals und des Junkertums organisieren.

9. Durch die Uebernahme sämtlicher Produktionsmittel wird die proletarische Macht die Voraussetzungen für eine noch nie dagewesene wirtschaftliche Blüte des Landes im Interesse der werktätigen Massen, wird neue Voraussetzungen für die Entwicklung des Außenhandels, in erster Linie mit der Sowjetunion schaffen und allen Erwerbslosen Arbeit sichern.

Es beginnt ein neuer Aufschwung der revolutionären Massenbewegung in Deutschland nach der Aufrichtung der faschistischen Diktatur. Die werktätigen Massen sahen mit eigenen Augen den Bankrott aller bürgerlichen Parteien. Einzig und allein die Diktatur des Proletariats, die die breiteste Demokratie für alle Werktätigen ist, kann sie vor der Katastrophe, vor Hunger, Not und Elend retten. Nur der Sozialismus allein bietet den werktätigen Massen einen Ausweg.

*Von der Energie, dem Opfermut, der Treue und Initiative eines jeden Kommunisten, von der Führung der Kommunisten mit den Massen, von ihrer Fähigkeit, die Massen zum Kampf aufzurufen und sie zu organisieren, hängt heute die geschichtliche Frist für das Fortbestehen der faschistischen Diktatur ab.*

*Für Brot, Freiheit und Macht!*

*Für die Diktatur des Proletariats!*

*Für den Sozialismus! —*

*unter diesen Losungen müssen die Kommunisten die Massen aufzurufen zum Kampf für den Sturz der faschistischen Diktatur, für die proletarische Revolution, die einzige wahre und breiteste Volks-Revolution!*

## Beschluß des ZK der KPD zur Gewerkschaftsfrage

### I. Die Bedeutung des faschistischen Gewaltstreiches vom 2. Mai 1933

Das Zentralkomitee weist alle Kommunisten und die ganze Arbeiterklasse, insbesondere aber die sozialdemokratischen Arbeiter und Mitglieder des früheren ADGB darauf hin, daß die *ADGB-Gewerkschaften mit all ihren Einrichtungen, festliegenden Vermögen, Gebäuden, Büros, Zeitungen usw. durch den freien Gewaltstreich vom 2. Mai zu einem unmittelbaren Bestandteil des faschistischen Staatsapparates geworden sind.*

Die faschistische Diktatur, die den deutschen Kapitalismus vor der proletarischen Revolution retten will, führt ihre konterrevolutionären Maßnahmen in gesteigertem Maße durch, weil die ökonomische Krise ständig wächst, die politische Unzufriedenheit in den Massen um sich greift, die außenpolitische Lage Deutschlands katastrophal ist, weil für die deutsche Bourgeoisie der Kampf gegen alle Widerstände gegen das fieberhafte Rüsten zu neuen imperialistischen Kriegen eine Frage von Leben und Tod geworden ist.

Die Eingliederung des ADGB (sowie auch der christlichen Gewerkschaften) in die «Deutsche Arbeitsfront», die Umwandlung der früheren reformistischen Arbeitergewerkschaften (und der christlichen Gewerkschaften) in nationalsozialistische Berufsorganisationen bedeutet nicht nur die Vernichtung der ADGB-Gewerkschaften als selbständige und dem Namen nach «freie» Organisationen, sondern sie bedeutet die Vernichtung der reformistischen (und christlichen) Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Der Faschismus raubt systematisch unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel die politischen, organisatorischen und sonstigen Möglichkeiten der Rückeroberung der ADGB-Gewerkschaften, ihre Umwandlung in Klassenkampforganisationen und ihrer revolutionären Weiterführung.

Die «Deutsche Arbeitsfront» mit ihren berufsständigen Organisationen ist keine Gewerkschaft, sondern eine faschistische Staatsorganisation, die der Rettung des Kapitalismus und der Aufrechterhaltung der faschistischen Kapitalsdiktatur dienen soll. Die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter müssen sich klar darüber sein, daß jede politische, organisatorische und materielle Unterstützung der «Deutschen Arbeitsfront» eine direkte Hilfe für den Faschismus und die Kapitalistenklasse bedeutet.

Der Faschismus hat die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsorganisationen zertrümmert und will die Arbeiter in die faschistische Ständeorganisationen pressen, um sie wehrlos der neuen Unternehmeroffensive, der staatlichen Ausplünderung und dem imperialistischen Krieg auszuliefern.

*Vor der Arbeiterklasse steht die Aufgabe, diese Pläne zu schanden zu machen, die faschistischen Organisationen von außen und von innen zu zertrümmern und sich große, selbständige, von Kapital und Faschismus unabhängige Klassengewerkschaften zu schaffen, mit denen sie im antikapitalistischen und antifaschistischen Klassenkampf ihre Lebensrechte verteidigt.*

### II. Die RGO — die Grundlage und das Zentrum der unabhängigen antifaschistischen, antikapitalistischen, sozialistischen Klassengewerkschaften

Die einzige Gewerkschaftsbewegung, die der Faschismus weder «gleichschalten» noch vernichten konnte, die mit wachsendem Erfolg den Kampf gegen Terror und Unternehmerangriff führt, das ist die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit ihren Betriebsgruppen und Roten Verbänden.

Sie ist die einzige vorhandene Klassengewerkschaftsbewegung in Deutschland. Ihre Politik hat sich in allen Punkten als richtig erwiesen und alle Arbeiter, insbesondere die Mitglieder der früheren ADGB-Gewerkschaften müssen jetzt erkennen, daß es falsch war, den Losungen der Leipart und Tarnow zu folgen, daß die RGO in ihrem jahrelangen Kampf gegen die verbrecherische Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in jedem Punkt recht gehabt und behalten hat.

Es ist jetzt unabweisbare Klassenpflicht aller Arbeiter, die RGO, jede Betriebsgruppe, jeden Roten Verband durch aktive Mitgliedschaft sofort und bedingungslos zu unterstützen und unter Führung der RGO den Kampf gegen die Pläne der Unternehmer und Faschisten an allen Fronten aufzunehmen.

Die RGO bildet die Grundlage und den Hebel zum Neuaufbau der notwendigen Klassengewerkschaften der deutschen Arbeiterklasse. Alle Arbeiter müssen sich jetzt mit der RGO vereinigen zur Verwirklichung des folgenden Beschlusses, den die Reichsleitung der RGO auf Vorschlag der kommunistischen Fraktion einstimmig beschlossen hat:

*«Die deutsche Arbeiterklasse, gewohnt durch den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus, seit 80 Jahren gewachsen im Kampf um die Koalitionsfreiheit, führt ihre gewaltige Tradition allen reaktionären Gewalten zum Trotz weiter.*

*Der ADGB ist vernichtet. Die christlichen Gewerkschaften sind zerstört. Die Gewerkschaftsbonzen aller Richtungen haben sich als offene Ueberläufer zu Hitler oder feige Kapitulanten entlarvt. Vor der deutschen Arbeiterklasse steht die Aufgabe, sich neue, von Kapital und Faschismus unabhängige Klassengewerkschaften zur Verteidigung der wirtschaftlichen Rechte, zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, zum Aufbau des Sozialismus in Deutschland zu schaffen.*

*Das Reichskomitee verpflichtet alle seine Betriebsgruppen und Roten Verbände, sofort und gemeinsam mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern in allen Betrieben, Arbeitsdienstlagern und Stempelstellen unsere Losung in die Tat umzusetzen: Schafft unabhängige Klassengewerkschaften!»*

Indem das Zentralkomitee der KPD der gesamten RGO Anerkennung und revolutionären Dank für den bewiesenen Mut und die Festigkeit ausspricht, weist es zugleich auf die gesteigerte Verantwortung hin, die alle RGO-Anhänger jetzt vor der deutschen Arbeiterklasse tragen, um diesen Beschluß, der eine historische Bedeutung hat, in die Tat umzusetzen.

### III. Die Schuld der Sozialdemokratie und der ADGB-Führer

Alle Arbeiter müssen jetzt erkennen, daß die Sozialdemokratie und die ADGB-Führer seit Jahren bewußt und planmäßig die Vernichtung der freien Gewerkschaften vorbereitet haben.

1914—1918 proklamierten sie die Politik des «Durchhaltens», des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft und erstickten die proletarische Revolution in Blut. 1919—1924 waren sie die wilden Verfechter der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik, 1924 bis 1928 waren sie hemmungslose Einpeitscher der brutalsten Rationalisierung, von 1928 ab vertraten sie die sozialistische Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie und der staatlichen Zwangsschlichtung, seit 1930 tolerierten sie die schrittweise Einführung faschistischer Regierungsmethoden durch Brüning, Papen und Schleicher. Am 30. Januar stellen sie sich und den von ihnen beherrschten Apparat der Hitler-Diktatur zur Verfügung. *Sie selbst forderten stürmisch die Gleichschaltung und bewiesen der faschistischen Diktatur ihre «nationale Zuverlässigkeit» durch Dutzende Zitate aus früheren Jahren, in denen sie die Schaffung einer allgemeinen staatlichen Zwangsgewerkschaft gefordert hatten.*

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben Mauern zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern errichtet, in den Gewerkschaften die proletarische Demokratie vernichtet und Diktaturstatuten eingeführt, um bequemer Massenausschlüsse aller Kommunisten und RGO-Anhänger, Abspaltung ganzer Organisationen durchführen zu können. Sie haben mit Unternehmern und Polizei Hand in Hand gearbeitet, um revolutionäre Arbeiter aus Gewerkschaften und Betrieben zu entfernen, Streiks abzuwürgen, politische Massenkämpfe zu verhindern. *Sie haben die Arbeiter seit 20 Jahren planmäßig gespalten und die Stirn besessen, ihre eigenen Verbrechen als Vorwurf gegen die Kommunisten und die Anhänger der RGI in Deutschland zu erheben.*

Wenn der Faschismus diesen Lakaien der Bourgeoisie einen Fußtritt gab, und aus Zweckmäßigkeitsgründen die sozialfaschistische Bonzokratie, die nach der «Gleichschaltung» wimmerte und die Kommunisten begünstigte, durch seine zuverlässigen Terroristen ersetzte — wenn diese betrogenen Arbeiterbetrüger jetzt während über den Faschismus heulen, der sie um den wohlverdienten Judaslohn geprellt hat —, *so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Gewerkschaftsbürokratie durch ihre sozialfaschistische Politik das Proletariat gespalten und die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur und die volle Vernichtung der freien Gewerkschaften erst ermöglicht hat.*

### IV. Die gleichgeschalteten Gewerkschaften in der „Deutschen Arbeitsfront“

Die faschistische Diktatur hat die ADGB-Gewerkschaften endgültig in einen Teil des Staatsapparates verwandelt. Schritt für Schritt wurden die allgemeinen Prinzipien der faschistischen Diktatur auf die gleichgeschalteten Gewerkschaften zur Anwendung gebracht.

Durch die Eingliederung in die «Deutsche Arbeitsfront» und Umwandlung in NS-Berufsorganisationen wurden die Gewerkschaften vollkommen vernichtet. Die «Deutsche Arbeitsfront» untersteht direkt dem Kommando des Monopolkapitals und der Diktatur-Regierung. An Stelle der Wählbarkeit tritt die Einsetzung faschistischer Beamter und die Ernennung der Funktionäre bis in die kleinste Funktion — an Stelle der Selbstverwaltung tritt staatliche Zwangsverwaltung aller Einrichtungen — an Stelle des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder und der Beschlußfassung der Funktionäre und gewählten Körperschaften tritt die Durchführung der Unternehmeranweisungen und faschistischen Gesetze — an Stelle der freiwilligen Mitgliedschaft und Beitragsleistung tritt der Zwang mit Drohung von Entlassung, Terror und Verlust wichtiger staatsbürgerlicher Rechte.

Das Recht des Streiks, das Recht des Angreifens bei Tarif- und Arbeitsstreit, bei betrieblichen und politischen Differenzen, jede Form der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse und des einzelnen Arbeiters gegen Unternehmer und Staat, ist den Organisationen der «Arbeitsfront» durch die Diktaturgesetze geraubt. *Damit will die faschistische Diktatur die völlige Vernichtung der kollektiven Verträge durchsetzen und eine durch nichts begrenzte Abhängigkeit der Löhne von der Unternehmerwillkür herbeiführen. Damit soll jeder Widerstand gegen den imperialistischen Zoll- und Steuerwucher und gegen die Abwälzung aller Lasten der Krise und der Kriegsrüstungen auf die Arbeiterklasse verhindert werden.*

Im Rahmen der «Deutschen Arbeitsfront» sollen die faschistischen Berufsorganisationen die Kapitalisten und den Staat von allen sozialen Lasten befreien. Die gesamte Sozialgesetzgebung soll vernichtet werden. Die Arbeiterklasse soll gezwungen werden, durch Zwangsmemberschaft aus den eigenen Hungerlöhnen, nicht nur die notwendigen sozialen Aufwendungen für Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Alter selber restlos aufzubringen, sondern auch aus den hohen Zwangsbeiträgen bei gewaltsamem Abbau der Sozialleistungen die NSDAP zu finanzieren, die Unternehmer zu subventionieren, die bankrotten Staatskassen zu sanieren, die Bürgerkriegs- und Kriegsrüstungen des Faschismus zu bezahlen.

Daß der Faschismus bewußt die Arbeiterklasse zersplittern und spalten will, beweisen vor allem zwei Tatsachen:

1. Alle arbeitenden Frauen sollen aus den faschistischen Zwangsorganisationen entfernt werden und mit Hausfrauen, nationalen, klerikalen und anderen faschistischen Organisationen in die «Deutsche Frauenfront» eingegliedert werden, wobei der Faschismus offenkundig danach strebt, die Männerlöhne unter die Frauenlöhne herabzudrücken und die Frau zwangsweise aus dem Produktionsprozeß zu entfernen.

2. Die Landarbeiter sollen von den Industriearbeitern losgerissen und in die agrarische «Standessäule» zwangsweise eingereiht, d. h. noch schärfer als bisher der Junkerwillkür preisgegeben werden.

### V. Entfaltet die größte Initiative in der Partei, in der RGO und in den Massen zur Lösung der neuen Aufgabe des revolutionären Gewerkschaftskampfes

*Die entscheidende gewerkschaftliche Aufgabe, die alle Kommunisten und Mitglieder der RGO-Gruppen und Roten Verbände sofort mit größter Initiative in Angriff zu nehmen haben, das ist der Aufbau proletarischer Massengewerkschaften, die nach den Prinzipien des Marxismus die Einheitsgewerkschaften der Arbeiterklasse in allen Betrieben, aller Industriegruppen bilden. Die Leitgedanken bei dieser Aufgabe sind folgende:*

1. Im schärfsten Kampf gegen Unternehmerangriffe und faschistische Diktatur müssen die sozialfaschistischen Spalter endgültig aus der Arbeiterbewegung verjagt werden. Mit Entfaltung der größten Initiative aller Kommunisten müssen unter Führung der RGO neue, von Kapital und Faschismus unabhängige, wirklich freie, sozialistische Klassengewerkschaften aufgebaut werden, die die Massen der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter für den Klassenkampf erziehen und in den gewerkschaftlichen Klassenkampf führen.

2. Die unabhängigen Klassengewerkschaften sind die einzige antikapitalistische und antifaschistische Gewerkschaftsorganisation, die die Tagesinteressen der Arbeiter und Arbeitslosen vertritt, die den Sturz der faschistischen Diktatur und kapitalistischen Ausbeutung herbeiführen hilft, die in der Arbeiter- und Bauernrepublik die proletarische Staatsmacht sichern und mit den Millionen Arbeitern den Sozialismus in Sowjet-Deutschland aufbauen hilft.

Mit der Verwirklichung der Lösung «Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften» muß ein zäher und aufopfernder Kampf der KPD und der unabhängigen revolutionären Gewerkschaften verbunden werden gegen die faschistische Diktatur, für die Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen der Arbeiter.

*Für die Verwirklichung der Einheitsfront des Proletariats und die Einigung der Arbeiterklasse ist der Aufbau einer neuen, auf dem Klassenkampf fußenden Massengewerkschaft von allergrößter Bedeutung.*

In der täglichen mutigen Arbeit muß den breitesten Arbeitermassen bewiesen werden, daß nur die revolutionären unabhängigen Klassengewerkschaften unter Führung der Kommunisten, und nur sie allein einen aktiven Kampf führen, um Tarifverträge ohne staatliche Einmischung, gegen den Abbau und die geplante Liquidierung der staatlichen Sozialgesetzgebung und die Uebergabe an die faschistischen Berufsorganisationen, für die Selbstverwaltung der Arbeiterversicherungsämter, gegen Betriebskommissare, für unabhängige, von den Arbeitern gewählte Betriebsräte und Vertrauensleute, gegen Zwangsangehörigkeit zu faschistischen Organisationen und Zwangsabzüge vom Lohn, gegen faschistischen Justizterror in allen Formen (Arbeitsdisziplinargerichte — Schnellgerichte — allgemeine Klassenjustiz — Sondergerichte), gegen Unternehmerwillkür und die faschistischen Ausbeutungsmethoden («Leistungsprinzip»), für die Presse- und Versammlungsfreiheit, das Koalitionsrecht und Streikrecht.



## VI. „Deutsche Arbeitsfront“, NSBO und wir

Die Gleichschaltung des Gewerkschaftsapparates mit seinen materiellen Einrichtungen bedeutet keinesfalls, daß die Millionenmassen der früheren Gewerkschaftsmitglieder etwa Anhänger der faschistischen Diktatur geworden sind. Im Gegenteil: Die Empörung über den terroristischen Gewaltstreich am 2. Mai ist ungeheuer; die Erkenntnis, daß der Faschismus einen neuen beispiellosen Angriff direkt und indirekt gegen Löhne, Gehälter, Sozialpolitik begonnen hat, und fieberhaft zu neuen imperialistischen Kriegen rüstet, wächst allgemein.

Die panische Flucht ins Ausland des einen Teils der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, das feige «Zurückziehen ins unpolitische Privatleben» des zweiten Teils, das offene Ueberlaufen des dritten Teiles der Gewerkschaftsbonzen in das Hitler-Lager haben das Ansehen der KPD und die Autorität der RGO gewaltig gesteigert. Vor den Kommunisten und RGO-Anhängern stehen deshalb sofort und für alle Zukunft folgende Aufgaben:

1. *Unbedingt und auf alle Fälle bei den Millionenmassen der Arbeitermitglieder der «Deutschen Arbeitsfront» bleiben. Wir müssen — ohne für die «Arbeitsfront» zu werben, oder gegen Massenausritte oder Massenbeitragsverweigerung etwa aufzutreten — alle geeigneten Kräfte in die «Arbeitsfront» entsenden, um den früheren freigewerkschaftlichen und den neuen-Zwangsmitgliedern klar zu machen, daß die Vernichtung der Arbeitergewerkschaften nur möglich war durch die jahrzehntelange arbeiterfeindliche Politik der ADGB-Führer, die gegen die marxistischen Gewerkschafter einen rasenden Kampf führten und Wegbereiter, Schrittmacher, Steigbügelhalter Hitlers waren.*

*Der «Offene Brief» des ZK der KPD, der die Einigung der Arbeiterklasse als brennendste Frage stellt, der die Vernichtung des Sozialfaschismus, seiner Partei und seines Masseninflusses bezweckt, ist jetzt von größter Bedeutung für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit.*

Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, daß die plumpe Form des faschistischen Gewaltstreiches gegen die ADGB-Gewerkschaften das verbrecherische Schuldkonto der Sozialfaschisten verkleinert. Wir müssen die Arbeiteranhänger der SPD, die Arbeitermitglieder der ehemaligen freien Gewerkschaften für die RGO und die neuen unabhängigen Klassengewerkschaften und damit für den Klassenkampf zurückgewinnen.

2. *Wir müssen mit allen Mitteln, in allen Formen die Mitglieder der «Deutschen Arbeitsfront» zum Protest, zum Widerstand, zur Massenaktion gegen die verschärften Ausbeutungs-, Terror- und Kriegspläne des Monopolkapitals und seiner faschistischen Regierung führen. Wir müssen auf allen Teilgebieten die politischen, gewerkschaftlichen, betrieblichen Rechte der Arbeiter gegen alle Ausbeuter, Unterdrücker verteidigen (proletarische Demokratie, Verwendung kassierter Beiträge für gewerkschaftliche Kampzzwecke, Diskussionsfreiheit, Wahl antifaschistischer Funktionäre, Schutz gegen Denunziation, gegen Maßregelung, Einheitsfrontorgane, Delegationen, Komitees zum Kampf gegen Lohnraub, Entlassung, Leistungslohn, Eingreifen in alle Betriebskonflikte, Kampf um Koalitionsfreiheit, Streikrecht, proletarischer Internationalismus, gegen Militarisation, chauvinistische Hetze und Verleumdung der Sowjetunion usw.).*

*Hier steht vor den Kommunisten und allen revolutionären Arbeitern die Aufgabe, die fünf Kampfvorschläge des «Offenen Briefes» zur Einigung der Arbeiterklasse mit Hilfe der Masse aus dem Wort zur Tat werden zu lassen.*

3. Die Losung: «Hinein in die Gewerkschaften!» — wurde bereits vom 5. RGI-Kongreß für die reformistischen deutschen Gewerkschaften zurückgezogen. Sie darf natürlich erst recht nicht auf die «Deutsche Arbeitsfront» Anwendung finden, die den offenen faschistischen Zwangsorganisationstypus darstellt.

*Sie darf unter gar keinen Umständen in irgendeiner Form geduldet werden in bezug auf die politische Betriebsorganisation der Faschisten, die NSBO.*

Die Kommunisten und alle revolutionären Arbeiter müssen den schärfsten Kampf gegen die NSBO entfalten und jeden Versuch der herrschenden faschistischen Partei, bei den Betriebsarbeitern organisatorisch und ideologisch einzudringen mit der größten Kraftentfaltung verhindern.

Die Tatsache, daß vor allem in den Staats- und Gemeindebetrieben hunderttausende Arbeiter zwangsweise in die NSBO eingegliedert wurden und daß in anderen Betrieben unangeklärte Arbeiter eintraten, um den Arbeitsplatz zu sichern, aber auch die andere Tatsache, daß die Gesetze des Klassenkampfes sich nicht nur bei den Zwangsmitgliedern, sondern auch bei den faschistisch gestimmten Arbeitern auswirken, daß eine große

Gärung herrscht, die von Massenstimmungen bis zu demonstrativer «Säuberung» der NSBO geführt hat, — das verpflichtet die Kommunisten und die RGO zur Entsendung qualitativer Kräfte in die NSBO, die die faschistische «Erziehung» durchkreuzen, die unzufriedenen Stimmungen in die Richtung des Klassenkampfes lenken und die Arbeitermitglieder in die antikapitalistischen Kämpfe und die Sozialistische Freiheitsaktion einbeziehen und sie für die unabhängigen Klassengewerkschaften gewinnen.

Die Kommunisten und die Mitglieder der RGO müssen die Möglichkeiten im Interesse der revolutionären Arbeit in den faschistischen berufsständigen und Betriebsorganisationen ausnützen und revolutionäre Gewerkschaftsgruppen in diesen Organisationen bilden. Sie müssen die Empörung der Massen über die faschistische Politik, die Zwangsmemberschaft, die Zwangsbeträge und -abzüge — diese niederträchtige neue Arbeitsbesteuerung — vor allem in den Großbetrieben bis zum Massenwiderstand ganzer Abteilungen und des Gesamtbetriebes steigern und die Formen des Protestes bis zur Massenbeitragsverweigerung, zum Massenausritt, zur Massendurchbrechung aller Anordnungen der «Deutschen Arbeitsfront» bis zum Streik entwickeln.

*Wir müssen es verstehen, während wir selbst genügend stark in den faschistischen Berufsorganisationen und Betriebsorganisationen bleiben, die Arbeitermassen zum Kampf gegen sie zu mobilisieren, sie von außen zu bekämpfen und von innen zu sprengen, die besten, aktivsten Arbeitermassen um unsere revolutionäre Gewerkschaftsbewegung und in den selbständigen Klassengewerkschaften zusammenzuschließen.*

Ein wesentlicher Punkt unserer ideologischen Offensive ist die Ueberwindung aller Widerstände in den eigenen Reihen gegen bolschewistische Massenarbeit in reaktionären faschistischen Organisationen. Der Kampf muß sowohl gegen den Opportunismus (der sich durch passive Mitgliedschaft in den Organisationen zeigt) als auch gegen das Sektierertum (das dort jede Arbeit unter den verschiedenartigsten Ausreden ablehnt) geführt werden.

*Die ganze Massenarbeit aller Kommunisten und aller RGO-Anhänger in den Betrieben, in der «Deutschen Arbeitsfront» und der NSBO muß zusammengefaßt werden unter der Losung: Schafft vom Kapital und Faschismus unabhängige Klassengewerkschaften!*

Jede Widerstandsregung der Massen, jede Protestaktion, jeder ökonomische und politische Teilstreik und Massenstreik, alle Einheitsfrontorgane, alle gemeinsamen Besprechungen mit nichtkommunistischen Arbeitern, alle unsere Verbindungen zu Mitgliedern der «Deutschen Arbeitsfront» und NSBO müssen zielbewußt und systematisch ausgenutzt werden, um die faschistische «Arbeitsfront» in den Massen zu diskreditieren und die unabhängigen Klassengewerkschaften zu propagieren und zu organisieren.

Diese neue Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsarbeit muß unverrückbar im Auge behalten werden. Jede Maßnahme, die wir treffen, jeder Schritt, den wir machen, muß immer in der Richtung des Aufbaus der unabhängigen Klassengewerkschaften und der Zertrümmerung der «Deutschen Arbeitsfront» liegen.

## VII. Beseitigt die Mängel der revolutionären Gewerkschaftsarbeit

Die Mängel der revolutionären Gewerkschaftsarbeit, die zu einem offenkundigen Tempoverlust geführt haben, sind trotz der wiederholten Kritik des Genossen Thälmann an der Arbeit der RGO-Fraktion, immer noch nicht überwunden. Die Hauptmängel waren: Eine unzureichende Anwendung der Einheitsfronttaktik eine Spontaneitätsideologie, die in der monatelangen Nichtdurchführung des Beschlusses auf Schaffung betrieblicher Streikkassen einen klaren Ausdruck fand — eine mehr als mangelhafte Verbindung mit den Mitgliedergruppen des früheren ADGB — eine Vernachlässigung der Massen der Unorganisierten — eine Unterschätzung der Erwerbslosenbewegung — Anwendung sektiererischer Arbeitsmethoden, die die Partei kopierten, die RGO oftmals der Partei gleichsetzten, sozialdemokratischen Arbeitern den Zugang zu Funktionen versperrten, den Zustrom frischer Kräfte hemmten.

Die Reichsfraktion verschärfte diese Mängel noch nach dem 2. Mai durch Herausgabe unklarer Losungen (Eintritt aller Kommunisten und RGO-Anhänger in die freien Gewerkschaften — die weder «frei» noch «Gewerkschaften», sondern schon Teile der «Deutschen Arbeitsfront» waren), durch zu langes Festhalten bzw. Nichtabsetzen kurzfristiger Aktionslosungen, die in ihr Gegenteil umschlugen. («Rettet die Gewerkschaften»)

durch eine direkte Kampagne gegen Austritte aus den «gleichgeschalteten» Organisationen, durch die irreführende Lösung des «antifaschistischen» ADGB, während Hunderttausende von früheren Gewerkschaftsmitgliedern im Begriff waren, ihre Gewerkschaftsbücher zu zerreißen.) Alle diese Fehler begünstigten das Auftreten liquidatorischer Stimmungen in der RGO und schwächten die Werbekraft der RGO-Betriebsgruppen und Roten Verbände außerordentlich, verwischten den grundlegenden Unterschied zwischen der bolschewistischen Massenarbeit und der Entsendung bestimmter Kommunisten, zuverlässiger RGO-Anhänger und revolutionärer Arbeiter in die gleichgeschalteten Organisationen, was faktisch einer (wenn auch unbeabsichtigten) Unterstützung der faschistischen Werbung gleichkommt und Arbeitermassen, die diese Organisationen verlassen wollten, wieder hineindrängt.

Die rasche Ueberwindung aller falschen Auffassungen, die Beseitigung der Mängel ist jetzt von größter Bedeutung. Vor uns steht die Aufgabe der Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften. Es darf keinen Zweifel darüber geben, daß die RGO mit ihren erprobten Streikführern und Kampforganisatoren die Grundlage, das Zentrum und der Hebel zur Schaffung der Klassengewerkschaften ist. Und wenn die «Deutsche Arbeitsfront» neue Werbeaktionen durchführt um faschistische Zwangsorganisationen durchzusetzen, dann darf kein Zweifel bestehen, daß die Arbeiterklasse unter Führung der RGO alles tun muß, um nicht nur die faschistische Werbung zum Scheitern zu bringen, die «Arbeitsfront»-Konzentrationen aus allen Arbeiterversammlungen zu verjagen, sondern alles tun muß, um die faschistische «Arbeitsfront» von außen und innen zu zersprengen und je nach den konkreten Umständen die Arbeiter in Massen, in kleineren Gruppen oder in Masseneinzelaustritten von der «Arbeitsfront» loszureißen und für die unabhängigen Klassengewerkschaften zu gewinnen.

### VIII. Richtlinien für den Aufbau der unabhängigen Klassengewerkschaften

Die gesamte RGO muß die Führung in der Arbeit zur Schaffung der unabhängigen Klassengewerkschaften übernehmen. Die KPD, die auf der Grundlage der Arbeiterdemokratie die Führung in der RGO und in den zu schaffenden Klassengewerkschaften verwirklicht, muß ganz besonders darauf achten, daß nicht Parteiorganisationen an die Stelle der jungen revolutionären Gewerkschaften treten, daß nicht die spezifischen Arbeitsmethoden der Partei schematisch in die revolutionären Gewerkschaften übertragen werden, daß der grundlegende Unterschied zwischen der Partei, die die kommunistische Vorhut umfaßt, und den revolutionären Klassengewerkschaften, die die breitesten Massen antikapitalistischer und antifaschistischer Arbeiter erfassen müssen, immer beachtet wird.

Die RGO, mit ihren Gruppen und Roten Verbänden bildet das Zentrum, die Hebelkraft für die Lösung der gestellten Aufgaben. Aber das bedeutet keineswegs, daß die jetzigen Betriebsgruppen einfach in Rote Verbände umbenannt werden und der notwendige Aufbau der neuen Massengewerkschaften durch eine primitive Werbung für die jetzt bestehenden RGO-Organisationen ersetzt werden darf. Das ZK warnt entschieden vor diesem Opportunismus, der bestenfalls zu kleinen nur beschränkt kampffähigen «kommunistischen» Gewerkschaften führen wird.

Zur Lösung der gestellten Aufgabe sind die im Abschnitt VI gestellten Forderungen sowie die Beseitigung der im Abschnitt VII festgestellten Mängel der RGO-Arbeit von größter Bedeutung. Die Entsendung von genügend starken Kräften in die faschistischen Massenorganisationen, die erste Arbeit unter den jetzt Unorganisierten (besonders den Millionen, die im letzten Jahrzehnt aus dem ADGB austraten), die umfassendste, kühnste Anwendung der Einheitsfronttaktik, die mutige Bekundung wirklicher Führerqualitäten, verbunden mit der sorgfältigsten Beachtung aller Regeln zur Vermeidung unnützer Opfer — die Vereinigung von hunderttausenden sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen Arbeitern mit den jetzigen Anhängern der RGO — aus der Beachtung aller dieser Fragen wird im Kampf die neue Massengewerkschaft entstehen.

Für alle Kommunisten gilt als Richtschnur, daß der Aufbau der neuen Klassengewerkschaften von unten nach oben erfolgt, und daß von Anfang die Betriebe die Grundlage der Organisation bilden. In erster Linie müssen also die betrieblichen und örtlichen Organisationen aufgebaut werden. Von ihnen aus wird zur Schaffung der Industriegruppeorganisationen und zur Organisierung der leitenden höheren Organe weiter geschritten.

Dabei muß besondere Aufmerksamkeit den Roten Verbänden der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Seeleute, Bauarbeiter und Landarbeiter zugewandt werden, die eine intensive Werbung zur Vergrößerung ihres Mitgliederbestandes durchführen müssen und sich später mit den neuen örtlichen Organisationen der unabhängigen Klassengewerkschaften der gleichen Industriezweige verschmelzen, um so die Voraussetzung zur Bildung von Industrieverbänden zu schaffen.

Unser Kampf um die Schaffung der unabhängigen Klassengewerkschaften kann weder zentral noch bezirklich schematisch durchgeführt werden. Die Bezirksleitung muß gemeinsam mit der entsprechenden Bezirksfraktionsleitung in jedem einzelnen Fall besonders beschließen, nach gründlicher Prüfung des Standes der Massenmobilisierung, der Stärke und des Einflusses der Betriebsgruppe der RGO bzw. des Roten Verbandes, den Erfolgen unserer Einheitsfrontpolitik und Massenarbeit unter den sozialdemokratischen und christlichen Mitgliedern der «Deutschen Arbeitsfront», der betrieblichen und allgemeinen Teilforderungen, die in Verbindung mit den zentralen Losungen aufgestellt wurden usw.

Die Großbetriebe sollen im Mittelpunkt der revolutionären Gewerkschaftsarbeit stehen. Die im zweiten Punkt der fünf Kampfvorschläge des «Offenen Briefes» angeführten Maßnahmen sind deshalb von größter Bedeutung. Das ZK ermahnt alle Kommunisten, ohne jeden Zeitverlust gemeinsam mit den RGO-Gruppen und Roten Verbänden alle Voraussetzungen zu schaffen, um gemeinsame Besprechungen mit den sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Arbeitern und Funktionäre in den Betrieben durchzuführen, die gemeinsamen Kampfmaßnahmen festzulegen und von der Aufgabenstellung des «Offenen Briefes» den Neuaufbau der unabhängigen Klassengewerkschaften vorzubereiten und ihre Massenbasis in den Betrieben zu sichern.

Das Zentralkomitee bereitet die Arbeiterklasse schon jetzt darauf vor, daß die faschistische Kapitalisdiktatur mit wilden Terrormaßnahmen um sich schlagen wird, um die Schaffung sozialistischer Klassengewerkschaften und die Organisation des Klassenkampfes zu verhindern. Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe der Kommunisten und der geschulten RGO-Anhänger unter Ausnutzung der Erfahrungen der russischen Gewerkschaften, der revolutionären Gewerkschaften Chinas, Japans, Amerikas, Italiens und Polens für Deutschland jene Formen der Organisation und Arbeit zu finden, die die größte Kampfkraft verbinden mit der größten Massenorganisation und Beeinflussung bei größtmöglichstem Schutz der Leitungen und Mitglieder vor dem faschistischen Terror. Das ZK weist noch auf vier wichtige Punkte hin, die bei der Aufstellung des Gesamtplanes, der Verteilung der Kräfte und der Organisation der Arbeit von Anfang an zu berücksichtigen sind:

1. Die besondere Form der faschistischen «Arbeitsbeschaffung», die sich zum Ziel setzt, Millionen Erwerbslose durch den «Arbeitsdienst» und andere Methoden zu Löhnen, die unter der Erwerbslosenunterstützung liegen, in Rekruten und militarisierte Zwangsarbeiter zu verwandeln, erfordert die sofortige Ausdehnung der revolutionären Gewerkschaftsarbeit und Gewerkschaftsorganisation auf die Erwerbslosen, Arbeitsdienstpflichtigen und landwirtschaftlichen Zwangsarbeiter.

2. Die arbeitende Jugend muß durch die allgemeine Arbeit sowohl als durch eine Reihe besonderer Maßnahmen, die mit Hilfe des KJVD durchgeführt werden, in größtem Maße für die unabhängigen Klassengewerkschaften gewonnen werden. Hand in Hand mit der politischen Entrechtung geht die verschärfte Ausbeutung der Jugendlichen, der Terror der Zwangsarbeit, der Plan der allgemeinen Wehrpflicht (beginnend in diesem Jahre mit der Einziehung der Jahrgänge 1914/15 zum Arbeitsdienst), der Plan des «neunten Schuljahres», das die 14—16jährigen in Konzentrationslagern, bei landwirtschaftlicher Zwangsarbeit und Wehrsport durchmachen sollen usw.

Bei jeder Betriebs- und Ortsgruppe der unabhängigen Klassengewerkschaften müssen vom ersten Tage an starke Jugendsektionen mitgeschaffen werden. Die Jungarbeiter spielen eine große Rolle im faschistischen Hunger-, Terror- und Kriegsprogramm. Jede Unterschätzung der Jungarbeiter in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit hemmt die Entfaltung revolutionärer Massenorganisationen, verringert den Umfang unserer aktiven Funktionärskader, schwächt den Kampfesmut und revolutionären Elan, der für die Sozialistische Freiheitsaktion nicht groß genug sein kann.

3. Die faschistische Entrechtung der arbeitenden Frauen auf allen Gebieten, insbesondere die rücksichtslose, gewaltsame Entfernung der Frauen aus dem Produktionsprozeß schafft die

besten Voraussetzungen für die Eingliederung von Arbeiterinnenmassen in die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit.

4. Die zielbewußte faschistische Politik, die das Land in eine weiße Garde der Bourgeoisie gegen das städtische Industrieproletariat verwandeln will, verpflichtet uns mehr Aufmerksamkeit und Kräfte auf die Zusammenfassung, Schulung und Kampforganisation der Landerbeiter zu verwenden und die unabhängigen Klassengewerkschaften bei Land- und Forstarbeitern, sowie bei den Zwangsarbeitern, die durch faschistischen Terror aus den Großstädten in die landwirtschaftliche Zwangsarbeit getrieben werden, auszubauen.

## IX. Die Amsterdamer Internationale der Kapitalisten stirbt

Es lebe die Rote Gewerkschafts-Internationale!

Die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften in Deutschland kann nur erfolgen in schärfstem Kampf gegen die Theorie und Praxis der Amsterdamer sozialfaschistischen Gewerkschaftsinternationale. Die Feststellungen, die das Zentralkomitee der KPD in seiner an die Arbeiter der ganzen Welt gerichteten Erklärung auf dem Antifaschistischen Kongreß in Paris über die Politik der II. Internationale getroffen hat, findet ihre vollinhaltliche Anwendung auch auf die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Mit ihrem heuchlerischen Geschrei über die «Fehler» und den «Verrat» der deutschen Gewerkschaftsführer wollen die Amsterdamer Bürokraten vertuschen, daß sie — jeder in seinem Lande — genau so gehorsame Landsknechte sind, daß sie die Arbeiterdemokratie mit Füßen trampeln, Streiks abwürgen, Arbeiter denunzieren, die Arbeiterklasse spalten, internationale Solidaritätskämpfe mit allen Mitteln zu verhindern suchen, ihre Kraft in den Dienst der Rettung des kapitalistischen Systems stellen, im Kommunismus ihren Hauptfeind sehen und den Krieg gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln fördern.

Der faschistische Umsturz in Deutschland hat die schon vorhanden gewesenen Faschisierungstendenzen in allen kapitalistischen Ländern beschleunigt. Das internationale Proletariat kann jetzt sehen, wie die Amsterdamer Gewerkschaftsführer in ihren Ländern und international genau so brutal und aktiv den Faschismus ideologisch und praktisch fördern, wie es in Deutschland die ADGB-Bürokratie getan hat.

Die neuen, unabhängigen Klassengewerkschaften entstehen im schärfsten Kampf sowohl gegen die Amsterdamer Politik des Sozialfaschismus, als auch gegen die chauvinistische Politik der faschistischen Zwangsorganisationen, zu denen die übergroße Mehrzahl der Gewerkschaftsbürokratien übergelaufen ist. Die unabhängigen Gewerkschaften stehen als ein bewußtes Glied der Roten Gewerkschaftsinternationale, mit dem Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus, wie ihn Marx, Engels und Lenin gelehrt haben, wie er im Kampfe der RGI und im sozialistischen Aufbau der Sowjetunion durch die russischen Gewerkschaften in leuchtendem Vorbild zum Ausdruck kommt.

Die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften in Deutschland, das ist ein entscheidender Schlag gegen den deutschen und internationalen Sozialfaschismus, das ist ein wichtiger Schlag gegen den deutschen und internationalen Kapitalismus und Faschismus — das ist eine Stärkung der Kampfkraft des Weltproletariats und ein Signal für die Arbeiter aller Länder, insbesondere für jene Arbeiter, die heute noch den Amsterdamer Arbeiterbetrüger folgen, zu lernen aus der politischen Entwicklung Deutschlands, den Losungen der RGI zu folgen, die Verräter aus den eigenen Reihen zu verjagen und sich der RGI anzuschließen.

## X. Die Bedeutung des Beschlusses zur Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften

Der Beschluß zur Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften ist von wegweisender Bedeutung für die ganze revolutionäre Arbeiterbewegung Deutschlands.

Das Zentralkomitee weist darauf hin, daß die Anstrengungen des Faschismus zur Vernichtung der Arbeiterbewegung sich nicht auf die ADGB-Gewerkschaften beschränken.

Die Arbeitersport-Bewegung, soweit sie sich unter sozialfaschistischer Führung befand, wurde in der gleichen Art vernichtet, wie der ADGB, wobei die sozialfaschistischen Sportbürokraten gleichfalls nach «Gleichschaltung» schrien.

Der sozialfaschistisch geführte «Deutsche Freidenker-Verband» wurde gleichfalls vernichtet, d. h. in eine faschistische Bestattungsorganisation verwandelt, deren Kommissare gemein-

sam mit dem faschistischen Klerus die dissidentischen Mitglieder mit Terror in die Kirche zurückzwingen.

Die verschiedenen sozialpolitischen Organisationen, die unter sozialfaschistischer Führung standen, sind gleichfalls von der faschistischen Diktatur «gleichgeschaltet», d. h. vernichtet worden, wobei die Bürokratie in großem Maße offen zu Hitler überlief.

Auf allen diesen Teilabschnitten des sozialpolitischen und kulturpolitischen Klassenkampfes hat die deutsche Arbeiterklasse bereits seit Jahren im Kampf um die revolutionäre Einheit selbständige Klassenorganisationen geschaffen (Internationale und Rot Sport-Kampfgemeinschaft — Verband proletarischer Freidenker usw.) die der Faschismus nicht «gleichschalten» und vernichten konnte.

Das Zentralkomitee fordert alle Kommunisten auf, den schärfsten Kampf gegen jede Stimmung oder Tendenzen der Liquidation dieser Organisationen rücksichtslos zu führen, da diese Organisationen — jede auf ihrem besonderen Gebiet — im Prinzip die gleiche Aufgabe zu lösen haben, die der RGO auf dem Gewerkschaftsgebiet gestellt wurde.

Auf allen Fronten des Klassenkampfes muß unter Führung der Kommunisten der Kampf um die Einigung der Arbeiterklasse, der Kampf zur Vernichtung des organisatorischen und politischen Einflusses des Sozialfaschismus, der Kampf zur Sprengung faschistischer Organisationen, die Arbeitermassen umfassen, mit der zentralen Aufgabe der Schaffung selbständiger revolutionärer Klassenorganisationen verbunden werden.

Das ZK beauftragt die Reichsfraktion der Kommunisten in der RGO mit der Aufstellung eines vorbildlichen politischen und organisatorischen Planes für den raschen Aufbau der unabhängigen Klassengewerkschaften.

Dieser Plan soll einerseits alle günstigen Möglichkeiten der Verstärkung der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung möglichst restlos ausschöpfen — andererseits die Kompliziertheit der Lage, den faschistischen Terror, die materielle Lage der Arbeiterklasse, die Illusionen der Massen, vorhandene Unklarheiten in den eigenen Reihen berücksichtigen — schließlich konkrete Vorschläge enthalten, wo, wann und unter Einsatz welcher die ersten erfolgreichen Schritte unternommen werden können.

Das ZK beauftragt alle Reichsfraktionseinheiten aller selbstständig revolutionären Organisationen und organisierten Oppositionen in anderen Massenorganisationen, auf der Grundlage dieser Resolution den Kampf um die Einigung der Arbeiterklasse zu verstärken, den Kampf gegen die faschistischen Zwangsorganisationen zu verschärfen, und — ohne in Schematismus zu verfallen — dem Zentralkomitee Vorschläge zu unterbreiten, die der Konkretisierung des Kampfes um die eigene Klasse, der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Stärkung der ganzen unabhängigen, von Kapital und Faschismus freien Arbeiterbewegung und dem Kampf für den Sturz der faschistischen Kapitalsdiktatur und dem Sieg der proletarischen Revolution dienen.

Berlin, 25. August 1933.

## Die Antifaschisten Deutschlands stimmen mit einem unerschütterlichen „Nein“!

Nieder mit dem Plebiszit der faschistischen Bürgerkriegsregierung!

Aufruf des ZK der KPD

Arbeiter, Bauern, Soldaten! Werktätiges deutsches Volk!

Die faschistische Diktaturregierung ist aus dem Völkerbund ausgetreten. Sie hat die Abrüstungskonferenz verlassen. Sie ruft zu einem schamlosen, betrügerischen «Volksplebiszit» für ihre Politik des Hungers, der Gewalt und des Krieges auf. Sie ruft auf zur «Neuwahl des Reichstages». Was will sie mit dieser Aktion?

Erklärt sie damit die Null- und Nichtigkeitserklärung des Versailler Schandvertrages? Nein, sie preßt weiterhin die Tribute an die Versailler Mächte und Auslandskapitalisten aus dem arbeitenden Volk Deutschlands heraus!

Ist die Hitlerregierung gegen jede Vereinigung mit imperialistischen Räuberstaaten? Nein. Im selben Atemzuge bietet sie ihre Landsknechtsdienste den Völkerbundsmächten und vor allem Frankreich zum Raubzug gegen die Sowjetunion an.

Was will die Hitlerregierung mit ihrer Aktion?

Sie will durch eine neue chauvinistische Welle ablenken von dem Bankrott ihrer Innen- und Außenpolitik, von der nahenden Katastrophe, von ihrer großkapitalistischen Politik, die die Arbeitsbeschaffung zu einer einzigen Farce, zur Lohn- und Unterstützungsplünderung, zur weiteren Produktionsdrosselung und zu einer gesteigerten Erwerbslosigkeit macht. Einem Hungerwinter ohnegleichen führt die faschistische Blutdiktatur das werktätige Volk entgegen. Sie will unter Brandschatzung der nationalen Empfindungen der Massen dem deutschen Volke Milliardenlasten für die imperialistische Aufrüstung auferlegen.

Sie bereitet den Krieg vor. Sie will den Raubzug gegen das Land der befreiten Arbeiter, gegen die Sowjetunion.

Bürgerkrieg gegen das eigene Volk, Raubkrieg gegen das Land des Sozialismus, das nennt die Hitler-Regierung ihr nationales Befreiungsprogramm; darum ruft sie euch zur Komödie eines «Volksplebiszit» auf!

**Werktätige, Arbeiter und Bauern!**

Man raubt euch die Löhne, man stiehlt euch eure Unterstützungspennie. Man erfindet immer neue Steuern und Bettelkampagnen. Die großkapitalistischen Preiswucherer feiern Orgien. Die Rüstungen der eigenen Kapitalisten belasten heute das arbeitende Volk schon mehr als die Tribute des Versailler Vertrages. Und trotz alledem wollen die Kapitalisten und ihre Regierung die Rüstungen verdrei- und vervierfachen, neue Milliardenlasten auf eure Schultern legen, im Auftrage der Prozentpatrioten und Kriegsgewinnler Thyssen, Krupp, Duisberg! Für einen imperialistischen Raubzug, in dem die besten Söhne des deutschen werktätigen Volkes Blut und Leben für die Reichen und Satten opfern sollen. Darum Kampf dieser Regierung der Kriegsrüstungen und Milliardenbelastungen!

**Werktätige, Arbeiter und Bauern!**

Wie einstmals das deutsche Fürstenpack deutsche Landes- kinder zur Niederschlagung des amerikanischen Freiheitskampfes als Söldner für fremde Interessen verkaufte, so bietet heute Hitler den Versailler Imperialisten die Söhne des Volkes als Kanonenfutter gegen die Sowjetunion an. «Nieder mit der Sowjetunion!» schreit die Kapitalistenbande und die Hitlerkonsorten bieten sich den japanischen Räufern zum gemeinsamen Krieg gegen das russische Arbeitervolk an, dessen Sowjetregierung als einzigste sich feierlich vor allen Völkern der Erde gegen Versailles erklärte. Darum Kampf zum Sturz der Hitler-Regierung!

**Werktätige, Arbeiter und Bauern!**

Nicht besser wird das Manöver: des Völkerbundsaustritts entlarvt als durch das bündische Anerbieten der faschistischen Diktaturregierung an die Generälistäbler der Versailler Mächte und die Milliarden der Weltfinanz, eine «heilige Allianz» gegen den Kommunismus zu organisieren.

Denn der Kommunismus:

das ist die Hoffnung, der Wille, das Herz und das Hirn der Millionen Unterdrückten und Ausgebeuteten nach Brot und Arbeit, nach Freiheit und Menschenwürde;

das ist die Erfüllung der antikapitalistischen Sehnsucht der von Hitler um den Sozialismus geprellten Männer und Frauen des werktätigen Volkes;

das ist das brennende Feuer eines Revolutionärs, der Heroismus eines Dimitrows, der selbst noch in Ketten und in der Gewalt faschistischer Schergen das Leipziger Blutgericht zu einem Tribunal des vorwärtsmarschierenden roten Freiheitskampfes macht;

das ist die einzige Kraft des radikalen Umsturzes, der für immer Schluß machen wird mit den kapitalistischen Spitzbuben und Parasiten der Millionäre und Couponabschneider, den Henkern, Kapitalisten und Bankkönigen;

das ist die einzige und wahre Einheitsfront zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Klassenbrüdern gegen die Verräterpolitik der sozialdemokratischen Führer, gegen die Politik der Panzerkreuzerbauten und der Organisation des Streikbruchs.

Kommunismus, das ist der unvermeidliche Sieger über die zum Untergang verdamnten faschistischen Volksausplünderer, Tyrannen und Henker!

Kommunismus, das ist die Freiheitsbewegung, die am Tage der Machtgreifung mit dem Sturz der kapitalistischen Gewaltherrschaft dem deutschen werktätigen Volk zum erstmaligen Vaterland geben wird, der mit der nationalen und sozialen Befreiung des eigenen Volkes die Verbrüderung aller Werktätigen aller Länder gegen den gemeinsamen Feind, gegen das Weltkapital erkämpft!

Mögen die faschistischen Verbrecher auf den deutschen Ministerthronen wähen, den Kommunismus auszurotten. Der Kommunismus wird siegen. Die Revolution wird die Feinde des Volkes zerschmettern.

Neun Monate regiert das faschistische Brandstifterpack und die Massen überzeugen sich mit eigenen Augen, daß Hitler die Millionäre in seinen Wirtschaftsrat beruft, aber die Arbeiter und Streikführer gegen die Kapitalisten zu Tausenden verfolgt, foltert und ermordet:

den Kapitalisten, Bankiers und Junkern die Bahn freimacht für schrankenlose Ausbeutung, aber die Arbeiter, Bauern und Kleingewerbetreibenden mit Steuern und Zwangsabgaben erdrückt, sie der Inflation entgegenhetzt:

eiu paar zehntausende Nazibonzen zu vielfachen Doppelverdienern macht, aber den Arbeitern und Erwerbslosen die Löhne stiehlt und die Unterstützung streicht;

die werktätige Jugend in den Fronddienst der Kanonenkönige preßt und die Arbeiter der ganzen Welt mit Haß gegen Hitlerdeutschland erfüllt;

Deutschland mit Riesenschritten der Katastrophe entgegen- treibt, die Brandfackel an den Reichstag legte und ganz Europa in den Brand zu setzen droht.

Wir wissen: diese Bande von Bankrotteuren zittert vor einer wahren Volksabstimmung. Ihre «Wahl», ihr «Volksplebis- zit» am 12. November ist Ausdruck ihrer Schwäche, ist Betrug der Weltöffentlichkeit; ist Terrorisierung der Wähler, ist Fälschung des Wahlergebnisses, ist Zwangsliste mit von oben bestellten Kreaturen, ist Vernichtung des von den Arbeitern erkämpften Koalitions- und Versammlungsrechtes, ist blutiger Hohn gegen jedes Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Massen, ist «Volksabstimmung» im Schatten der Konzentrations- lager und des Schafotts!

Das «Volksplebiszit» Hitlers ist das niederträchtigste Betrugsmanöver zur Aufrechterhaltung der Knechtung nach innen und außen. Das wahre Volksplebiszit gegen Versailles und die kapitalistischen Räuber im eigenen Lande wird erfolgen, wenn die Stunde der Revolution schlägt. Im Kampf gegen die Bankiers, Fabrikanten, Gutsbesitzer und gegen ihre nationalsozia- listische Verbrecherregierung wird die Arbeiterklasse Deutsch- lands gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterschaft Frank- reichs und Englands und der ganzen Welt Deutschland vom Versailler Joch befreien.

Daher fordert das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei alle Arbeiter, alle Antifaschisten am Tage der Volksab- stimmung zur unerschrockenen Demonstration gegen die Wahl- fälscher und Volksfeinde auf.

Die Antifaschisten Deutschlands stimmen mit einem uner- schütterlichen «Nein!»

als Ausdruck ihrer Todfeindschaft gegen den Arbeitermörder und Imperialistenknecht Hitler, gegen seine Hunger- und Kriegspolitik.

**Keine Stimme der Nazi-Liste!**

Die Antifaschisten Deutschlands wählen die Kommunistische Partei und ihren eingekerkerten Führer Ernst Thälmann!

Sie wählen in allen Formen der außerparlamentarischen Aktion, des Streiks, der Demonstrationen; sie wählen den Massenstreik, den Generalstreik für Arbeit und Brot; für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen; sie wählen alle revolutionären Mittel, die Organisation aller revolutionären Kampfesformen für den Sturz der Hitlerregierung; sie wählen die proletarische Revolution als den einzigen Weg, dem Hunger und der Knechtschaft im eigenen Lande ein Ende zu machen und ein neues, imperialistisches Völkermorden zu verhindern.

Sozialdemokratische und christliche Arbeiter, Antifaschisten, schließt mit uns Kommunisten die Einheitsfront des Kampfes unter folgenden Losungen:

Nieder mit der faschistischen Diktatur!

Nieder mit dem Plebiszit der faschistischen Kriegstreiber und Kapitalknechte!

Gegen Faschismus und Krieg, gegen Hungersnot und Terror!

Es lebe der rote Freiheitskampf des deutschen werktätigen Volkes für Brot und Arbeit, Land und Freiheit!

Es lebe die Partei der Revolution, die Kommunistische Partei!

Es lebe die Diktatur des Proletariats, es leben die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion!

Es lebe Rätedeutschland, die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes  
Deutschlands.

## Nur der Kommunismus bringt die Rettung! Nieder mit der Regierung des Hungers, des Krieges und des Terrors!

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der Austritt aus dem Völkerbund beweist den völligen Bankrott der faschistischen Außenpolitik. Zehn Jahre lang haben die Nazis im Reichstage und in den Länderparlamenten alle Anträge der Kommunisten auf die Verweigerung der Erfüllung von Versailles und den Austritt aus dem Völkerbund gemeinsam mit der Sozialdemokratie, dem Zentrum, den Deutschnationalen niedergestimmt. Warum laufen die faschistischen Ausbeuter jetzt aus Genf davon? Wir Kommunisten weisen ganz Deutschland darauf hin, daß Hitler sowohl in der Austrittsbegründung als auch in allen seinen späteren Reden feierlich betont:

Die Naziregierung gelobt feierlich mit allen Kräften die Erfüllung des Versailler Vertrages.

Sie anerkennt ausdrücklich die Zerstückelung Deutschlands als eine unabänderliche Tatsache.

Sie ist jederzeit zu Zugeständnissen in allen materiellen Fragen bereit.

Göbbels kündigt nach dem 12. November weitere große und schwere außenpolitische Opfer an.

Damit ist also klar: die abenteuerliche Provokation Hitlers richtet sich nicht gegen Versailles, gegen Tribute, gegen die Zerreißung Deutschlands, gegen die Anleihen und Zinsknechtschaft.

Hitler will den Krieg!

Das ganze Geschrei über Friedensliebe und Ehre hat nur einen Sinn: Es ist Aufrüstungshetze, Proklamierung des schrankenlosen Aufrüstens für Deutschland, Ausdruck des Kriegswillens der deutschen Bourgeoisie, Schrei nach Profiten für alle Aufrüstungsindustrien, Großagrarier und Kriegsgewinnler.

Ganz Deutschland ist eine Rekrutenschule und jeder Schulhof ein Kasernenhof. Jede Ministerrede ein Schrei nach Bombenflugzeugen, Tanks und Gasgranaten. Die 18- und 25jährigen erhalten überall «Gestellungsbefehle» zur Teilnahme an den SA-Uebungen.

Der Faschismus will den Antisowjetkrieg!

Die ganze Nürnberger «Rassentheorie» über die «europäische Mission» des Faschismus ist eine imperialistische Kriegstheorie, und zwar gegen die angeblich «niederen Rassen» Asiens, d. h. die russischen Arbeiter und Bauern.

Hitler versucht, in Genf die Brandfackel in das Pulverfaß Europa zu schleudern und fleht die Versailler Siegermächte an, ihm «Gleichberechtigung» und die «Ehre» zu geben, gegen die Sowjetunion in den Krieg marschieren zu dürfen.

Rosenberg verhandelte in London über einen Antisowjetpakt. Goering bot Polen die Sowjetukraine an. Göbbels rutschte vor Frankreich auf dem Bauche. Hitler appelliert an Roosevelt zum Kreuzzug gegen den Weltkommunismus.

Die ganze faschistische Regierung proklamiert feierlich vor aller Welt: Gebt uns Waffen, gebt uns Freiheit der Aufrüstung gegen den Weltbolschewismus — mit allen Weltimperialisten wollen wir Freundschaft halten.

Warum macht Hitler «Volksabstimmung»?

Die «Arbeitsbeschaffung» ist zusammengebrochen. Der «Vierjahrplan» hat sich als eine Lüge des Propagandaministeriums erwiesen. Die Inflation rückt sprunghaft näher. Die Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur wachsen.

Noch in Nürnberg erklärte Hitler das Volk für zu dumm, um über die politischen Fragen zu entscheiden. Vier Wochen, nachdem er erklärt hat: Der Faschismus kennt keine Massenbewegung und keine Mehrheitsbeschlüsse — vier Wochen danach werden gleich doppelte Wahlen ausgeschrieben.

Mit dem ganzen Propagandafeldzug zum 12. November, mit dem Geschrei für «Ehre» wollen die Nazis die Arbeiter und Werktätigen ablenken von dem Bankrott ihrer Politik, wollen sie die großen Schwierigkeiten und ihre Unfähigkeit gegenüber der Krise vertuschen.

Wenn ihre Abenteuerpolitik zu neuen Sanktionen und Repressalien der Versailler Siegerstaaten gegen Deutschland führt, wenn Hitler durch seine Politik neue Lasten für die deutschen Werktätigen bringt, so will er die Blutschuld des Faschismus auf die Massen abladen. Das ist die Demagogie der Nazis, daß sie

nach dem 12. November sagen: Ihr habt uns ja gewählt, ihr habt es ja gewollt, ihr Wähler habt ja die Verantwortung für alles, was wir Faschisten anrichten.

Schleudert euer millionenfaches «Nein» den faschistischen Heukern und Kriegstreibern entgegen!

Kein Terror und keine Wahlfälschung wird imstande sein, zu verhindern, daß am 12. November die Arbeiterklasse an der Spitze der Mehrheit des deutschen Volkes der Hitler-Diktatur ein millionenfaches «Nein» entgegenschleudert.

Geht in die Wahllokale, streicht auf allen Stimmzetteln die zusammengeschobene Nazi-Liste durch und schreibt darauf:

«KPD» und «Für Thälmann»!

Auf dem andern Zettel macht ein dickes Kreuz in das Feld mit «Nein».

Wir Kommunisten sind die alleinigen Kämpfer gegen Versailles, gegen den imperialistischen Völkerbund und den Abrüstungsschwindel, der die werktätigen Massen der Welt über die tatsächlichen Kriegsrüstungen täuschen soll. Wir Kommunisten erheben die Fahne von Lenin gegen die imperialistischen Kriegshetzer und Volksausbeuter. Wir Kommunisten rufen die Massen zum Kampf um Brot, Freiheit, Frieden und Sozialismus unter der Losung Karl Liebknechts:

«Der Feind steht im eigenen Land!»

Wir Kommunisten sagen allen Arbeitern, Werktätigen in der Stadt und auf dem Dorfe:

Wollt ihr den Schandvertrag von Versailles vernichten, dann kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands für den Sturz der Kapitalisten, Junker, Bankiers und ihre faschistischen, blutbelleckten Verteidiger, die Nazis.

Nur unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands wird die siegreiche Arbeiterklasse Deutschlands gemeinsam mit den Arbeitern Englands, Frankreichs, Polens und der gesamten Welt Deutschland vom Joche von Versailles befreien!

Kämpft gegen die Kriegsrüstungen und die Hungorpolitik und den blutigen Terror des Faschismus!

Nieder mit der faschistischen Diktatur des Hungers und Terrors!

Es lebe die siegreiche Volksrevolution, die Diktatur des Proletariats und die Arbeiter- und Bauern-Republik!

Der Triumph der Sowjetunion!

Heil strahlt der Sowjetstern über der verfallenden kapitalistischen Welt. Zu dem 16. Jahrestag der siegreichen großen Oktoberrevolution senden wir unsere Kampfgrüße den Arbeitern und Bauern unter der Führung der Partei Lenins und Stalins.

Die Sowjetunion eröffnet immer neue Betriebe, die Diktatur des Proletariats hat die Arbeitslosigkeit beseitigt. Die Ernte 1933 war allen Göbbels-Lügen zum Trotz besonders glänzend durch die gewaltigen Erfolge der Kollektivwirtschaft. Die Löhne steigen und die Produktion wächst und verbessert sich auf allen Gebieten. Die Lebenshaltung aller Arbeiter und Bauern steigt von Jahr zu Jahr. Hunderttausende neuer Schulen, Universitäten und technischer Bildungsanstalten wurden eröffnet.

So zeigt die Sowjetunion den deutschen Arbeitern und Bauern den einzigen Ausweg aus der Krise, der den Interessen aller Arbeiter und Werktätigen entspricht.

Sowjetunion und Hitler-Deutschland — Diktatur des Proletariats und Kapitalsdiktatur — Zwei Welten, zwei Systeme stehen sich gegenüber!

7. November 1917 und 9. November 1918!

Wir Kommunisten rufen Deutschland zum Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise.

Wir Kommunisten erinnern daran, daß wir 1918 mit Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten Deutschland aus dem Sumpfe der Ausbeutung und der Unterdrückung des Kapitalismus herausführen wollten.

Die Arbeiter und Bauern wollten die Macht. Sie wollten in den Räten selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen. Sie wollten mit den Waffen alle kapitalistischen Volksausbeuter, Kriegstreiber und Schmarotzer niederkämpfen.

Heute erinnern wir an die Blutschuld der Sozialdemokratie; heute stellen wir fest: Die Demokratie hat nicht zum Sozialismus, sondern zum Faschismus geführt.

Heute kann jeder klar die innere Verwandtschaft und Gemeinschaft zwischen Demokratie und Faschismus erkennen: Beide haben das kapitalistische System vor der proletarischen Revolution retten wollen.

Die Massen haben erkannt, daß Weimar eine Diktatur des Kapitals mit demokratischem Volksbetrug und Gummiknüppeln war. Jetzt beginnen die Massen zu erkennen, daß der Faschismus Diktatur des Kapitals mit Geiselmorden, Konzentrationslagern und blutigstem Terror ist.

Weimar war schlecht und führte zwangsläufig in den Faschismus — das «Dritte Reich» ist noch viel schlechter.

Die Monarchie hat Deutschland in den Krieg getrieben. Die Weimarer Republik trieb Deutschland in den Ruin. Der Hitler-Faschismus stürzt Deutschland in eine Katastrophe von Blut, Not und Krieg.

Als letzter Ausweg, als die Rettung vor dem Untergang bleibt nur der Kampf um Sowjet-Deutschland, um die Diktatur des Proletariats, die Arbeiter- und Bauern-Republik.

Das ist die Lehre des 7. November 1917. Das ist es, was die Arbeiter und Bauern Deutschlands von Lenin, von den russischen Bolschewiki und ihrem Führer Stalin lernen müssen.

Wie wird die Diktatur des Proletariats die Krise überwinden?

Wir zeigen den Ausweg aus der kapitalistischen Krise. Nach dem Sturze der faschistischen Diktatur wird die proletarische Macht mit den Sowjets, die aus den von allen Arbeitern, Bauern, privaten und staatlichen Angestellten und allen Werktätigen in der breitesten Öffentlichkeit und wirklichen Demokratie gewählten Räten bestehen, unter Führung der Kommunisten sofort folgende Maßnahmen durchführen:

1. Sie wird ohne Verzug alle Großbetriebe, Banken, Eisenbahnen, Warenhäuser der Großkapitalisten expropriieren und sie zum sozialistischen Volkseigentum machen.

2. Sie wird den ganzen Grundbesitz der Gutsherrn, Kirchen, Klöster, der Hohenzollern, der Fürsten, sowie jeden anderen Großgrundbesitz enteignen und samt allem dazugehörigen Inventar unter den Bauern und Landarbeitern kostenlos verteilen.

3. Sie wird die ganze Verschuldung der Arbeiter, Bauern, Mittelständler an Banken, Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Staat annullieren und alle bestehenden Steuern, sowohl der Weimarer Republik als auch der Hitler-Regierung, aufheben.

4. Sie wird alle Werktätigen zur Beteiligung an der Staatsregierung auf Grund der proletarischen Demokratie mittels der Sowjets, sowie zur unmittelbaren Kontrolle über Industrie, Banken, Eisenbahnen und landwirtschaftlichen Großbetrieben heranziehen.

5. Sie wird alle Häuser, Wohnungen und Villen der Reichen enteignen, die Müßiggänger aus ihnen exmittieren und ihre Wohnungen samt Möbel und der ganzen Einrichtung den Erwerbslosen, sowie den in schlechten Wohnungen hausenden Werktätigen (Arbeitern, Angestellten, Handwerkern usw.) geben.

6. Sie wird alle staatlichen und großkapitalistischen Niederlagen von Lebensmitteln und lebenswichtigen Bedarfsartikeln enteignen und den Erwerbslosen sowie allen Bedürftigen zur Verfügung stellen und durch die Erwerbslosenkomitees verteilen lassen.

7. Sie wird allen Werktätigen volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit garantieren, indem sie die größten Säle, die Druckereien und alle Papiervorräte ihnen zur Verfügung stellt.

8. Sie wird mit der Sowjetunion ein brüderliches Bündnis schließen, wird alle Werktätigen bewaffnen und eine mächtige revolutionäre Rote Armee schaffen. Sie wird im Bunde mit den Werktätigen der UdSSR, Polens, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Englands die Abwehr gegen alle Wiederherstellungsversuche des Finanzkapitals und des Junkertums organisieren.

9. Durch die Uebernahme sämtlicher Produktionsmittel wird die proletarische Macht die Voraussetzung für eine noch nie dagewesene Blüte des Landes, im Interesse der werktätigen Massen, neue Voraussetzungen für die Entwicklung des Außenhandels, in erster Linie mit der Sowjetunion schaffen und allen Erwerbslosen Arbeit sichern.

Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse!

Mitglieder der «Deutschen Arbeitsfront», sozialdemokratische Genossen! Die ganze sozialdemokratische Politik der Spaltung der Arbeiterklasse diente dem Ziel der Vernichtung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der Entwaffnung der Arbeiter, der Wiedereinsetzung der Kapitalisten, Junker und Militärs in ihre Ausbeuterrechte und der Verteidigung des Ausbeuterstaates gegen die drohende proletarische Revolution.

Wenn die Sozialfaschisten heute auffordern, am 12. November gegen Hitler mit «Nein» zu stimmen, so nicht deshalb, weil sie prinzipielle Gegner seiner Kriegspolitik und Aufrüstung sind, sondern weil sie aus taktischen Gründen nicht einverstanden sind mit dem Austritt aus dem Völkerbund, weil sie fürchten, daß durch das Fernbleiben Deutschlands in Genf der Massenbetrug der Abrüstungsschwindelkonferenzen an Wirksamkeit einbüßen könnte. Wenn sie unzufrieden darüber sind, daß die faschistische Diktatur nur eine «Einheitsliste» zur Abstimmung vorlegt, so nicht deshalb, weil sie den Sturz der faschistischen Diktatur mit den Arbeitern erkämpfen wollen, sondern weil sie wie zu Eberts, Noskes, Zörgiebel, Severings und Grzesinski Zeiten gemeinsam mit den faschistischen Terrorformationen das revolutionäre Proletariat unterdrücken und die Profite der Reichen vor der heranstürmenden proletarischen Revolution retten wollen.

Am 17. Mai stimmten sie wie ein Mann aus innerer Ueberzeugung für das Kriegsprogramm Hitlers. Die Panzerkreuzer-Sozialfaschisten sind immer gegen Kampf, Massenaktionen und kämpfende Einheitsfront aufgetreten. Sie schrien immer «Ruhe und Ordnung». Jetzt wieder betreiben sie lieberhaft die Spaltung der Arbeiterklasse und die Hetze gegen die Kommunisten, um Hitler zu helfen, den kommunistischen Vormarsch zu bremmen, und zu verhindern, daß nach dem Sturze des Hitler-Faschismus die siegreiche Arbeiter- und Bauernmacht und die Diktatur des Proletariats in Deutschland errichtet wird.

Wir Kommunisten rufen zur Einigung der Arbeiterklasse, um die Einheitsfront zum Sturze der faschistischen Kapitaldiktatur und zur Errichtung der Arbeitermacht zu schmieden. Die sozialfaschistischen Führer aber wollen damals wie heute wieder die Spaltung der Arbeiterklasse.

Jetzt ist es Zeit, endgültig mit diesen Spallern zu brechen, und deshalb fordern wir alle Arbeiter auf, mit Leidenschaft dafür zu kämpfen, daß den sozialfaschistischen Arbeiterverrättern ihr schändliches Spiel nicht zum zweiten Male gelingt, daß das einzige Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki den Kapitalismus mit der Wurzel ausrottet und den Sozialismus erkämpft.

Es lebe die Volkrevolution!

Das Maß ist voll! Die Arbeitenden hungern und die Arbeitlosen verhungern. Der Bauer leidet Not und der Mittelständler bricht zusammen. Wir Kommunisten trommeln zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, den faschistischen Terror und die imperialistische Kriegsgefahr.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei aller Arbeiter und Ausgebeuteten, die für die Freiheit und den Wohlstand alles dessen kämpft, was in Deutschland ausgebeutetes und unterdrücktes Menschenanflitz trägt.

Wir Kommunisten rufen alle, die unter der Krise und faschistischer Diktatur leiden, zu unseren Fahnen. Wir wenden uns an alle die, die heute noch verfolgt, bespitzelt und bedroht von der Aechlung nicht wagen, offen ihre Meinung zu sagen.

Wir Kommunisten rufen alle zum Kampf für Lohn und Unterstützung, Brot und Freiheit, Frieden und Sozialismus! Unsere Losungen lauten:

In den Betrieben ballt euch zusammen zum Streik für höheren Lohn, für eure Arbeiterrechte, gegen die Reichstagsbrandstifter und den politischen Terror!

Auf den Stempelstellen erhebt euch zum Massenkampf gegen Unterstützungsräuber, gegen die Zwangsverschickung auf das Land und in den Arbeitsdienst, zum Kampf um die überfüllten Speicher und vollen Scheunen!

Auf den Gütern und in den Dörfern schließt euch zum Kampf um Lohn und Recht der Landarbeiter, zum Kampfe für Abwehr der Ausbeutung und der Wuchersteuern, der Zwangsversteigerungen, zum Kampf um Boden und Maschinen der großen Junker zusammen.

Dem Handel und Kleinhandel rufen wir zu: Laßt euch nicht länger ausplündern durch Steuerlasten, Wuchermieten, Halsabschneiderzinsen und Erpressersammlungen.

Neun Monate regieren die Reichstagsbrandstifter — und schon sind alle ihre Lügen geplatzt, haben sich alle ihre Versprechungen als frecher Betrug erwiesen. Nicht aus ihren Worten, sondern aus ihren Taten entstand

**das Urteil des werktätigen Volkes!**

Die Arbeiter und Kurzarbeiter beweisen mit Lohnlüte und Lebensmittelpreisen, daß die faschistische Diktatur aus einer Bande von Lohnräubern und Lebensmittelwucherern besteht.

Die Erwerbslosen, millionenfach ausgesteuert, zusammengepfercht und geschunden in den Arbeitsdienstlagern, hungrig und frierend in den Großstädten, erheben ihre Anklage: Der Faschismus ist blutiger Raub der Unterstützungen, ist organisierte Massenverelendung.

Die Angestellten und Beamten mit verringertem Gehalt und immer neuen Abgaben sind von ihren Illusionen schroff geheilt und sagen wie die Arbeiter: Uns regieren Gehaltsräuber, Abgabenerpresser, Preistreiber.

Die Kleinhändler und Handwerker stehen erbittert vor der immer kleineren Ladenkasse und dem verringerten Umsatz. Die faschistische Kapitaldiktatur vernichtet planmäßig die Massenkaufkraft und ruiniert Kleinhandel, Handwerk und Gewerbe.

Die Bauernmassen, vergewaltigt durch das «Erbhofrecht», den Getreidespekulanten ausgeliefert durch die Zwangspreise, der freien Verfügung über die Feldbestellung durch die Anbaubeschränkung beraubt, entbrennen in wachsender Feindschaft zu den faschistischen Junkerknechten und Bauernausplünderern.

Diese Regierung vertritt nicht das deutsche Volk. Gegen diese Regierung müssen die Arbeiter und Werktätigen den Generalstreik um die revolutionäre Volkserhebung vorbereiten.

**Diese Regierung muß gestürzt werden!**

An diesem 7. November, wo die Sowjetunion den 10. Jahrestag der siegreichen russischen Revolution begeht, wo die japanischen Imperialisten zum kriegerischen Ueberfall auf die Sowjetunion rüsten, wo der Hitler-Faschismus mit seiner Abenteuerpolitik Europa an den Rand eines deutsch-französischen und allgemeinen Krieges getrieben hat, an diesem 7. November, wo Not und Elend durch die Städte und Dörfer Deutschlands wandern und wo in allen Hirnen nur der Gedanke lebt: Es geht nicht mehr weiter — es muß anders werden — es muß aufgeräumt werden mit dem «Generalrat der Wirtschaft» und den Hakenkreuzschmarotzern, die das Volk ausplündern — da stößt die starke, unbesiegbare Kommunistische Partei Deutschlands ihren Ruf aus:

**Nieder mit allen Kriegshetzern!**

**Nieder mit dem Versailler Diktat!**

**Es lebe die Sowjetunion!**

**Für Brot, Freiheit und Sozialismus!**

**Für die Diktatur des Proletariats!**

**Alle Macht den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten in der siegreichen Arbeiter- und Bauern-Republik!**

**Kämpft für Sowjet-Deutschland!**

Berlin, den 7. November 1933.

Zentralkomitee der  
Kommunistischen Partei Deutschlands.  
(Sektion der III. Internationale.)



## Anweisung der KPD zum 12. November 1933

In Deutschland wird illegal folgender Brief der KPD verbreitet:

**Mobilisiert die Arbeiter und Werktätigen für den Sturz der Hitler-Diktatur!**

Liebe Freunde!

Unsere Partei muß die durch die abenteuerliche Politik der Hitler-Diktatur geschaffene Lage zur größtmöglichen Massenmobilisierung für den Kampf zum Sturz der Hitler-Diktatur ausnutzen.

Die Losungen zum 12. November.

Unser Massenkampf gegen das Wahlmanöver der faschistischen Kapitalknechte steht im Zeichen folgender Losungen:

1. Schürftester Kampf gegen Versailles!

Nur im Kampf gegen Kapitalisten, Junker, Bankiers und ihre Verteidiger, die Nazis, nur durch den Sturz der faschistischen Kapitalknechte wird die Arbeiterklasse Deutschlands gemeinsam mit den Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens und der gesamten Welt Deutschland vom Versailler Joch befreit.

2. Gegen Faschismus und Krieg!

Entlarvt die lügenhaften Friedensphrasen Hitlers! Hitler will durch Aufrüstung und neuen imperialistischen Antisowjetkrieg auf die Arbeiter und Werktätigen noch schlimmere Lasten wälzen, als sie die Vergangenheit mit Krise und Versailler System gebracht hat.

3. Kämpft gegen die Diktatur des Hungers und Terrors!

Die faschistische Diktatur hat sich als ein Werkzeug der Monopolkapitalisten und Großagrarier entlarvt! Die faschistische Diktatur raubt den Arbeitern und Werktätigen Milliarden vom Lohn, den Gehältern und Einkommen und gibt Milliarden Subventionen an die Reichen. — Die faschistische Diktatur will durch den blutigen Terror, die Unterdrückung jeder Freiheit, die Meuchel- und Geiselmorde an den Antifaschisten, durch die blutige Verfolgung der Kommunistischen Partei die revolutionäre Führung der Arbeiter und Werktätigen vernichten und das kapitalistische System vor der proletarischen Revolution verteidigen. — Stärkt die unbesiegbare kommunistische Partei, entfaltet das Banner revolutionärer Massenaktionen in den Betrieben, Arbeitsdienstlagern, Stempelstellen, in den Arbeitervereinen der Städte, den Gutshöfen und Dörfern.

4. Nieder mit der faschistischen Diktatur! Es lebe die Diktatur des Proletariats und die Arbeiter- und Bauern-Republik!  
Millionenfaches Bekenntnis für den Kommunismus!

Mobilisiert zum 12. November die Massen zur Teilnahme an der Abstimmung und sorgt dafür, daß in allen Betrieben, Arbeitervereinen und Dörfern die Massen, entsprechend dem Willen der Kommunistischen Partei, die Nazilisten durchstreichen und darauf schreiben: «Für Thälmann und die KPD!» und daß auf dem Stimmzettel zur Außenpolitik Millionen mit «Nein!» gegen die Kriegs- und Bürgerkriegspolitik der Hitler-Regierung abstimmen.

Zerstört alle Illusionen über die faschistische Demagogie.

Weil der Hitler-Faschismus den wachsenden Widerstand nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch seiner früheren Anhängeremasse spürt, will er durch das demagogische Wahlmanöver den Versuch machen, seine Massenbasis zu behaupten und versucht, die durch die brutale faschistische Volksausplünderung empörten Kleinbürgermassen durch außenpolitische Demagogie erneut an sich zu ketten. Demgegenüber müssen wir folgendes aufzeigen:

1. In seinen ersten Reden zur Begründung der letzten außenpolitischen Maßnahmen erklärt Hitler ausdrücklich seine Bereitschaft zur Erfüllung sämtlicher Paragraphen von Versailles. Er fordert unter Berufung auf die bolschewistische Gefahr das Recht auf schrankenlose Aufrüstung und erklärt den Weltkommunismus als den einzigen und Hauptfeind des deutschen Faschismus. Damit beweist er aufs neue, daß die Beseitigung des Versailler Diktats nur durch den Sieg der proletarischen Revolution und die Arbeiter- und Bauern-Republik möglich ist.

2. Die ganze Außenpolitik der Hitler-Diktatur mit ihrer Rassen-theorie und ihren antibolschewistischen Hetzreden richtet sich in der frechsten Form gegen die Sowjetunion. Der Hitler-Faschismus hat sich an die Spitze aller Kriegstreiber der Welt gegen die Sowjetunion gestellt.

3. Mit den außenpolitischen Abenteuern will die Hitler-Diktatur von dem Bankrott ihrer Innenpolitik, ihrer Ohnmacht ge-

gen die wachsende Krise, dem zusammenbrechenden Schwindel von der «Arbeitsbeschaffung» und der «Ankurbelung der Wirtschaft» ablenken. Sie will mit einer großen, neuen chauvinistischen Hetzwele das ständig wachsende Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse durchkreuzen und mit der nationalistischen Hetze den verschärften blutigen Terror verhüllen.

4. Die Versailler Imperialisten wissen, daß ein aufgerüstetes Deutschland nicht nur gegen die Sowjetunion marschieren, sondern auch ihrer eigenen Machtstellung gefährlich werden könnte. Deshalb sind sie entschlossen, mit allen Mitteln die Bedrohung ihrer Machtposition durch den deutschen Imperialismus und Faschismus zu unterdrücken. Die faschistische Abenteuerpolitik treibt die inneren Widersprüche des Versailler Systems bis an den Rand des deutsch-französischen, deutsch-polnischen und allgemeinen europäischen Krieges.

Die Rolle der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie bildet in Deutschland und international nach wie vor, ja, in verstärktem Maße, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie für alle Formen der Kapitalknechtschaft. Die Kampagne zum 12. November muß von uns zur Verstärkung unserer revolutionären Einheitsfrontpolitik zur Zerstörung des sozialfaschistischen Masseneinflusses ausgenutzt werden.

Wir müssen allen Arbeitern den Klassengegensatz zwischen der Politik der Kommunisten und der sozialfaschistischen Politik in das Bewußtsein heben.

Wenn die SPD gleichfalls vorschlägt, bei der außenpolitischen Abstimmung mit «Nein» zu stimmen, so nicht aus prinzipieller Feindschaft zu der Hitlersehen Außenpolitik, der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 17. Mai ausdrücklich ihre vorbehaltlose, einmütige Zustimmung «aus innerer Überzeugung» gab. Die internationale und deutsche Sozialdemokratie betreibt ebenso wie der Hitler-Faschismus eine knechtische Versailler Erfüllungspolitik. Sie hat mit Hitler nur taktische Differenzen über den Austritt aus dem Völkerbund; die SPD ist ein glühender Anhänger und Verteidiger dieser imperialistischen Einrichtung zur Vorbereitung des Antisowjetkrieges und der Unterdrückung der kleinen und unterjochten Nationen. Die Panzerkreuzer-Sozialfaschisten sind gleichfalls Anhänger der Aufrüstung Deutschlands, sind heute mehr denn je «Vaterlandsverteidiger». Auf Vorschlag der SPD organisiert die II. Internationale in allen Ländern am 9. November Kundgebungen, die vor allem sich gegen den 7. November, die Diktatur des Proletariats und die russische Arbeiter- und Bauern-Republik richten.

Wenn die Sozialfaschisten den Arbeitern empfehlen, gegen die faschistische Einheitsliste bei der Abstimmung zu protestieren, so nicht deswegen, weil sie die faschistische Kapitalknechtschaft stürzen wollen, sondern weil sie selbst mit den Faschisten wieder an der kapitalistischen Futterkrippe sitzen möchten, weil sie wieder wie zu Grzesinski, Severings, Noskes und Eberts Zeiten gemeinsam mit den faschistischen Terrorformationen die proletarische Revolution im Blut ersticken und die kapitalistische Ausbeutung unter der Flagge der «Demokratie» gegen die proletarische Revolution verteidigen wollen. In allen ihren Dokumenten zeigt sich jetzt gerade angesichts der wachsenden Massenempörung ihre größte Sorge: mit allen Mitteln zu verhindern, daß nach dem Sturz der Hitler-Diktatur ein Räte-Deutschland, die Arbeiter- und Bauernregierung errichtet und der Kapitalismus mit der Wurzel ausgerottet wird.

Wir müssen in unserer Einheitsfrontpolitik diesen Klassengegensatz, der den Kommunismus von Sozialfaschismus trennt, scharf herausarbeiten und die Arbeiter, die bisher Anhänger der sozialfaschistischen Führer waren, von diesen Führern wegreißen.

Für die Volksrevolution —

für den revolutionären Ausweg aus der Krise.

Mit diesem Kampf um die eigene Klasse, mit der zielbewußten Einheitsfrontpolitik zur Gewinnung der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen Arbeiter und Arbeiteranhänger des Faschismus müssen wir eine gesteigerte Mobilisierung der Angestellten, Bauern und Mittelständler verbinden, bei denen die Enttäuschung über die Hitler-Diktatur wächst, denen die Demagogie zum Bewußtsein kommt und die unter den Schlägen der Krise und der brutalen faschistischen Massenausplünderung immer mehr radikalisiert werden. Wir verweisen auf die beiliegende November-Proklamation<sup>\*)</sup>, in der wir den revolutionären Ausweg aus der Krise aufzeigen und in den neun Punkten die Maßnahmen der siegreichen Volksrevolution, der proletarischen Diktatur für die Arbeiter und Werktätigen aufzählen. Die neun

<sup>\*)</sup> Siehe Seiten 1615/1617. Die Red.

Punkte unserer Proklamation müssen vor allem dazu dienen, in den nichtproletarischen Mittelschichten die antibolschewistische Lügehetze und die falschen Vorstellungen über den Kommunismus und die proletarische Revolution zu zerstören und die breiten Massen der armen Bauern, der ruinierten Mittelschichten und der proletarischen Intelligenz aus Reserven der Bourgeoisie in Verbänden des revolutionären Proletariats verwandeln.

#### Organisiert den antifaschistischen Massenkampf!

Laßt nirgends Illusionen über die faschistischen Wahlabsichtungen und Wahlfälscher aufkommen! Verhindert, daß die in zunehmendem Maße empörten Nazianhänger erneut ein Opfer der chauvinistischen Demagie des Faschismus werden!

Entlarvt den kläglichen Versuch der faschistischen Volkensplünderer, die Massen mit dem Geschrei «von Ehre», «Gleichberechtigung» und «Frieden» über die brutale, blutige Hunger-Diktatur und die Vorbereitung des Krieges zu täuschen.

Entfaltet überall den schärfsten Kampf gegen die ganze faschistische Politik des Bürgerkrieges nach innen, des imperialistischen Krieges, insbesondere des Antisowjetkrieges nach außen.

Zeigt den Massen auf, daß die Hitler-Diktatur Deutschland in die Katastrophe von Hunger, Inflation, Bürgerkrieg und europäischen Krieg hineinpeitscht.

Zeigt auf, wie schmächtig die faschistische Regierung vor den Versailler Siegermächten, vor England, Frankreich, Polen und Italien kuscht.

Zeigt auf, daß keine kapitalistische Regierung imstande ist, die Ketten des Versailler Systems zu zertrümmern, von den Schultern der Massen die Lasten des imperialistischen Krieges zu nehmen, das zerstückelte Deutschland wieder zu einem und ihm die Achtung bei den Arbeitern und Werktätigen der Welt zu verschaffen.

Proklamiert unter Führung der Arbeiterklasse die proletarische Revolution, diese wahre Volksrevolution, als den einzigen Ausweg zu Brot, Freiheit, Macht und Sozialismus!

Mit Gruß eure Freunde!

### Maria Reese aus der KPD ausgeschlossen

Berlin, 8. November.

Wie der illegale Pressedienst der KPD mitteilt, wurde Maria Reese auf Beschluß der Parteileitung aus der KPD ausgeschlossen. Die Begründung lautet folgendermaßen:

Die ehemalige Reichstagsabgeordnete Maria Reese hat durch ihre unverantwortlichen lügenhaften Schwätzereien und durch ihre Verbindungen mit üblen Elementen aus dem konterrevolutionären trotzkistischen Lager dem Hitlerregime Vorschub geleistet und diesem Parteimitglieder und Sympathisierende denunziert. Bereits seit Monaten war ihr, die erfüllt vom tiefsten Unglauben an die Kraft der deutschen Arbeiterklasse von einer «schmachvollen Niederlage» der deutschen Arbeiter fesselte, jede Parteitätigkeit untersagt und lief ein Ausschlußverfahren gegen sie.

Die Arbeiterschaft innerhalb und außerhalb Deutschlands, alle dem Hitlerregime ablehnend gegenüberstehenden Intellek-

#### Eine Erklärung des ZK der KPD

Das Zentralkomitee der KPD erklärt zu den Aussagen des als Zeugen im Reichstagsbrandprozeß vernommenen Grothe, daß Grothe niemals irgendwelche Funktionen im zentralen Apparat der KPD besessen hat und schon deshalb nicht in einer solchen Funktion an der von ihm behaupteten Sitzung, in der der Plan der Reichstagsbrandstiftung besprochen worden sein soll, teilgenommen haben kann. Diese Tatsache widerlegt zum Ueberfluß die den Stempel der Lügen an der Stirn tragenden Aussagen Grothes, der als nichts anderes als ein bezahlter Provokateur im Dienste der Hitler-Faschisten betrachtet werden kann.

Zentralkomitee der KPD.

## Erklärung des ZK der KPD zum Ergebnis der sogenannten Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November

Zum Abschluß der von der Hitler-Diktatur inszenierten Komödie einer sogenannten Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November 1933 stellt das ZK der KPD folgendes fest:

1. Die Durchführung und der Erfolg dieser Wahlkomödie bestätigt vollkommen die Einschätzung der Lage in Deutschland wie sie in der Resolution des ZK der KPD vom 10. Oktober 1933 gegeben worden ist. Dort heißt es:

«Unter diesen Verhältnissen beginnt der Einfluß der nationalsozialistischen Demagogie der Faschisten rasch abzunehmen. Die Regierung Hitler, Goering, Göbbels entlarvt sich vor den Massen immer mehr als eine Regierung des Finanzkapitals und des Junkertums. Durch ihre Abenteuerpolitik treibt sie alle inneren und äußeren Widersprüche des deutschen Kapitalismus auf die Spitze und führt Deutschland der Katastrophe entgegen. In der vom Faschismus vollkommen entrechteten Arbeiterklasse wächst ungeachtet des schlimmsten, blutigsten Terrors ein ungeheurer revolutionärer Aufschwung heran. Die Massen des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft beginnen bereits zu durchschauen, daß sie von den Nationalsozialisten betrogen wurden.»

In dieser Situation einer verschärften Krise des deutschen Kapitalismus, einer gewaltigen Kapitaloffensive auf die Lebenshaltung der breiten Massen und des beginnenden revolutionären Aufschwungs, versucht die faschistische Diktatur, die wachsende Empörung im Lande über die Hitlerpolitik, die keine einzige ihrer Versprechungen erfüllen konnte, sondern das Elend der werktätigen Massen ständig vergrößerte, mit einer gewaltigen chauvinistischen Aufpeitschung der Massen von der unerträglichen Lage im Innern abzulenken.

In einem Augenblick, wo die ungeheuren Kosten der militarischen Aufrüstung die Werktätigen Deutschlands heute schon mehr belasten, als die Ketten des Versailler Vertrages, versuchte die faschistische Diktatur mit beispiellosester sozialer Demagogie den Versailler Schandvertrag als einzige Ursache allen sozialen Elends zu erklären und mit der Entfaltung chauvinistischer Hoffnungen auf eine Sprengung der Versailler Ketten mit kriegerischen Mitteln die wachsende Enttäuschung und Empörung der Arbeiter, des städtischen Kleinbürgertums und der armen Bauern über das Versagen der faschistischen Politik untergehen zu lassen.

Je rascher sich die monopolistische Tendenz auf allen Gebieten der deutschen kapitalistischen Wirtschaft durchsetzt, desto brutaler muß für die faschistische Diktatur auf dem Wege der Entfaltung einer beispiellosen, chauvinistischen Welle, mit den skrupellosesten demagogischen Methoden die Voraussetzung für ein beschleunigtes Tempo der Aufrüstung aber auch des Terrors und des Bürgerkriegs gegen den Kommunismus im Innern geschaffen werden. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und das demonstrative Verlassen der Abrüstungskonferenz waren nur die logische Konsequenz der durch die monopolistische imperialistische Kriegspolitik des deutschen Kapitalismus geschaffenen Isolierung Deutschlands und der ungeheuren Anhäufung kriegerischer Konfliktstoffe, die heute Hitlerdeutschland neben Japan zum entscheidenden Brennpunkt der kommenden imperialistischen Konflikte gemacht haben.

2. Wenn schon unter der von der Sozialdemokratie gepriesenen Weimarer Demokratie, dank der vom Finanzkapital beherrschten, durch die Monopolisierung der Presse, des Rundfunks und der gesamten Erziehung beeinflussten «öffentlichen Meinung» die parlamentarischen Wahlen niemals der unbeeinflusste Ausdruck der wahren Volksstimmung sein konnten, so gab es bei der Zwangsabstimmung vom 12. November unter dem beispiellosen Terror der faschistischen Diktatur auch nicht mehr den geringsten Rest irgendwelcher Freiheit der Abstimmung. Eine Flut von Lügen und Verleumdungen wurde in zehntausenden Naziversammlungen, durch den Rundfunk, durch Film und Presse über das ganze Land verbreitet und mit beispielloser Demagogie die Kriegsprovokationspolitik Hitlers in eine Politik des Friedens umgefälscht.

Es wurde versucht, jeden, von dem man annehmen konnte, er würde es wagen, am 12. November der Hitlerregierung die Gefolgschaft zu versagen und der Parole der einzigen antifaschistischen Partei, der KPD, folgend, mit «Nein» zu stimmen, sich stolz und mutig zu dieser Partei und ihrem eingekerkerten Führer Ernst Thälmann zu bekennen, wochenlang vorher durch Mordandrohungen und eine beispiellose Hetze gegen die «Lan-

desverräter» einzuschüchtern. Das Wahlgeheimnis selbst wurde faktisch beseitigt, das Ergebnis in einem in der Geschichte nie dagewesenen Maße gefälscht. Vor der gesamten Weltöffentlichkeit des revolutionären Proletariats stellen wir fest, daß es eine niederträchtige Lüge der Naziregierung ist, wenn sie behauptet, daß 40 Millionen Wähler ihrer verbrecherischen Politik im Interesse des Finanzkapitals, im Interesse der von Hitler selbst in den Wirtschaftsrat berufenen Ausbeuter- und Rüstungsindustriellen, der Krupp, Thyssen und wie sie alle heißen, zugestimmt hätten. In Wahrheit beträgt die Zahl derer, die in vollem Bewußtsein der Tatsache, daß sie mit ihrer Abstimmung Leben, Freiheit und Existenz ihrer Person und ihrer Familie riskierten, mutig der Brandstifter- und Henkerregierung ihre Kampf-ansage ins Gesicht schleuderten, ein vielfaches der amtlich zugegebenen Zahlen. Die zynische Behauptung allein, daß die in der Hölle des Konzentrationslagers von Dachau von den SA-Bestien gefolterten antifaschistischen Gefangenen für die Regierung ihrer Folterknechte gestimmt hätten, genügt, um die ganze Skrupellosigkeit der Wahlfälschung zu charakterisieren.

3. Wenn trotzdem die amtlichen Stellen eine Zahl von 3,3 Millionen «Nein», bzw. unguiltiger Stimmen und von 2,2 Millionen demonstrativ der Wahl Ferngebliebenen amtlich zugeben müssen, so bedeutet selbst dieses gefälschte Ergebnis das Eingeständnis eines ungeheueren Erfolges, einer gewaltigen Stärkung der antifaschistischen, revolutionären Bewegung in Deutschland. Hundertmal haben die faschistischen Machthaber triumphierend die endgültige Vernichtung des Kommunismus festgestellt und heute müssen die gleichen Leute selbst in ihren gefälschten Ergebnissen zugeben, daß eine Armee von 5,5 Millionen Todfeinden der faschistischen Diktatur in Deutschland existiert, die von unauslöschlichem Haß gegen das Regime des Terrors, des Hungers und des Krieges erfüllt ist, entschlossen zum Kampf für den Sturz der Regierung der Brandstifter und Wahlfälscher, für den Sieg der proletarischen Revolution. Ein Block von fünfeinhalb Millionen amtlich zugegebenen Todfeinden der faschistischen Diktatur, der in Wahrheit eine viel größere Zahl antifaschistischer Kämpfer umfaßt und von Woche zu Woche wächst, dieses Millionenheer der Feinde des Faschismus im eigenen Lande wird allem amtlichen Siegesgeschrei zum Trotz die Unsicherheit der faschistischen Diktatur erböhen, den revolutionären Mut und das Siegesbewußtsein der unterdrückten und geknechteten Arbeiter- und Bauernmassen steigern und so das Tempo der revolutionären Entwicklung beschleunigen.

Eine Tatsache, der sogar die amtliche Fälschung Rechnung tragen muß, ist die gewaltige Zuspitzung der Klassenkämpfe und die Konzentration der revolutionären Kräfte in den entscheidenden Industriezentren in Berlin, Hamburg, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in den sächsischen Industrierevieren. Andererseits zeigen auch solche Ergebnisse, wie die antifaschistische Bewegung sich nicht auf die Städte beschränkt, sondern daß sie auch immer breitere Massen der armen Bauern, die das faschistische Regime zum Hungertode verurteilt, erfaßt hat.

4. Das Zentralkomitee der KPD, unlöslich verbunden mit den revolutionären Massen in Stadt und Land, die unter Führung des Kommunismus als der einzigen revolutionären antifaschistischen und antikapitalistischen Kraft heldenhaft den faschistischen Verbrechern die Stirn bieten, ist sich der gewaltig gesteigerten Verantwortung bewußt, die dieses mutige Bekenntnis der revolutionären Millionenarmee zur Partei Ernst Thälmanns, der Führung dieser Partei für die kommenden Kämpfe auferlegt. Zwei Parteien standen sich und stehen sich in diesen Kämpfen in unüberbrückbarer Todfeindschaft gegenüber: die Partei Hitlers und die Partei Ernst Thälmanns. Um die Kommunistische Partei, die als einzige den Ausweg aus der faschistischen Katastrophe zu zeigen vermag, scharen sich alle ehrlichen und kampfgewillten antifaschistischen Elemente. Das Wahlergebnis gerade auch in solchen Gebieten, die früher als die Hochburg der SPD galten, wie Breslau, Leipzig und Magdeburg, zeigt selbst in den gefälschten Zahlen, daß breite Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft unter dem Feuer des faschistischen Terrors den Weg zur einzigen Partei des revolutionären Klassenkampfes, den Weg zur KPD finden.

5. Wenn trotzdem nicht noch mehr Kampfstimmen gegen die faschistische Diktatur abgegeben wurden, dann ist diese Tat-

sache in erster Linie darauf zurückzuführen, daß auch heute noch trotz der weitgehenden Zerschlagung der sozialdemokratischen Organisationen, trotz der jämmerlichen und feigen Kapitulation ihrer Führung, die sozialfaschistische Ideologie wichtige Teile der Arbeiterschaft gefangenhält. Wenn der Prager Parteivorstand der SPD sich auch jetzt noch ausdrücklich für die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage, das heißt für die Aufrüstung des deutschen Imperialismus, einsetzt, dann ist das nur die logische Fortsetzung jener verbrecherischen Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur hitlerischen Außenpolitik im Mai 1933 im Reichstag. Die Tatsache, das auch diesmal Teile der sozialdemokratischen Arbeiter in der Fortsetzung dieser sozialchauvinistischen Politik ihrer Partei, ungeachtet der aus demagogischen Gründen ausgegebenen «Nein»-Parole des SPD-Parteivorstandes, für Hitler stimmten, enthüllt das ganze Ausmaß des Verbrechens der Sozialdemokratie, ohne deren Hilfe die faschistische Diktatur nie ans Ruder gekommen wäre und die sich nach wie vor durch ihre Niederlagenstrategie des Abwartens, durch ihre Dolchstoßpolitik gegen die revolutionäre Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiter und durch die offene Eingliederung in die Kriegsfrent des deutschen Imperialismus bereits vor dem Ausbruch des Krieges als die soziale Hauptstütze der Diktatur des Finanzkapitals in der Arbeiterklasse erweist.

Die Haltung der II. Internationale, deren Parteien in allen Ländern das Wahlergebnis vom 12. November zum Anlaß einer skrupellosen Unterstützung der chauvinistischen Kriegsstimmung in ihrem eigenen Lande genommen haben, unterstreicht die gefährliche und verbrecherische Rolle dieser Landsknechte der kriegelüsternden Bourgeoisie in allen Ländern der Welt.

Angesichts des durch die Kriegsprovokation Hitlers ungeheuer gesteigerten Chauvinismus in allen Ländern, mit der gesteigerten Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, an dessen Vorabend die Welt heute schon steht, angesichts der Tatsache, daß Deutschland unter der Herrschaft der faschistischen Diktatur Hitlers immer mehr zum entscheidenden Brennpunkt der kommenden kriegerischen Entwicklung für Europa wird, erklären wir, daß es nur eine Garantie für den Frieden, nur ein Mittel für die Verhinderung des neuen Weltgemetzels, für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion gegen die Raubgier des Weltimperialismus gibt: die internationale proletarische Solidarität, das brüderliche Bündnis der revolutionären Proletarier der ganzen Welt unter der Führung der Kommunistischen Internationale, ihre Entschlossenheit, kein Mittel zu scheuen, um durch den Sturz der kapitalistischen Diktatur, durch die Errichtung der Rätemacht im Bündnis mit den Proletariern der ganzen Welt, den imperialistischen Krieg zu verhindern. Die deutsche revolutionäre Arbeiterklasse, die Millionenarmee antifaschistischer Kämpfer, die sich um das Banner der Kommunistischen Partei scharen, wird alles tun, um Arm in Arm mit den Proletariern Frankreichs, Polens und aller übrigen Länder die verbrecherischen Kriegspläne der Hitlerdiktatur und der Imperialisten der ganzen Welt zunichte zu machen.

6. Welches sind die unmittelbaren Konsequenzen, die sich nach dem 12. November für die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland ergeben? Die ungeheure Verschärfung der Krise und die Tatsache des Vorhandenseins eines Millionenblocks revolutionärer Todfeinde der faschistischen Diktatur, zwingt die Hitlerregierung zu einer neuen, noch brutaleren Kapitaloffensive im Interesse der wirklichen Herren Deutschlands, im Interesse des monopolistischen Finanzkapitals zu einem noch schärferen, blutigeren Terror gegen die werktätigen Volk-

massen und gegen ihre einzige Führerin im antifaschistischen Kampf, gegen die KPD. Es kann kein Zweifel sein, daß diese Offensive die Stoßkraft des revolutionären Widerstandes in Stadt und Land verstärken, die Empörung der Arbeiter, des städtischen Kleinbürgertums und der armen Bauern weiter in die Höhe treiben und so die Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur verstärken müssen.

Auf der anderen Seite geraten die unter dem Eindruck der Siegesberichte der faschistischen Presse neu entfachten Hoffnungen der nationalsozialistischen Anhänger aus den werktätigen Schichten auf Erfüllung der scheinsozialistischen Forderungen ihres Programms in ein für den Faschismus höchst gefährliches, unlösbares Widerspruchs zur monopolistischen Praxis der hitlerschen Wirtschaftspolitik.

Aber auch die vorwärtsdrängenden aktivistischen Elemente des extremnationalistischen Flügels, die angesichts des «Wahlsieges» der Hitlerregierung eine sofortige siegreiche Offensive gegen das Versailler Diktat erwarten, eine Hoffnung, die die Hitlerdiktatur ebensowenig oder noch weniger als jede andere kapitalistische Regierung erfüllen kann, müssen die Zersetzung im nationalsozialistischen Lager beschleunigen.

Gerade darum muß die Autorität der KPD unter den Massen der Arbeiter, des städtischen Kleinbürgertums und der armen Bauern wachsen, weil sie als die Partei der werktätigen Schichten den einzigen Ausweg aus der faschistischen Katastrophe zu zeigen vermag: den Weg zum Sturz der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals durch den bewaffneten Aufstand und zur Errichtung der Rätemacht der Arbeiter und Bauern. Die Kommunisten müssen verstehen, das Millionenbekenntnis der Antifaschisten vom 12. November umzumünzen in revolutionäre Aktionen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in Stadt und Land und sich so als die wirklichen Führer und Organisatoren des revolutionären Befreiungskampfes, der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse erweisen. Je besser es die Kommunisten verstehen, die sozialdemokratischen Arbeitermassen für diesen gemeinsamen Kampf zu gewinnen, sie davon zu überzeugen, daß der Wiederaufbau der Sozialdemokratie die schlimmste Gefahr für den Sieg des Proletariats und für die Bourgeoisie eine neue Möglichkeit zur Rettung ihrer Herrschaft bedeuten würde, desto rascher bildet sich die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse. Je größer die Erfolge der Kommunistischen Partei in der Bildung der Einheitsfrontorgane auf allen Gebieten des täglichen Kampfes und in der Schaffung der revolutionären Klassengewerkschaften und in der Gewinnung der besten und revolutionärsten Kräfte des Proletariats, in erster Linie der sozialdemokratischen Arbeiter, aber auch der Massen der parteilosen und christlichen Proletarier zu aktiven Kämpfern und Mitgliedern der Kommunistischen Partei sein werden, desto kürzer wird die Frist der faschistischen Herrschaft in Deutschland, desto rascher kommt der Tag, an dem das deutsche Proletariat auf den Ruf der Kommunistischen Partei, mit der Waffe in der Hand, dem faschistischen Regime des Hungers, des Terrors und des Krieges ein Ende bereiten und die sozialistische Rätemacht errichten wird.

Nieder mit der blutigen faschistischen Diktatur, der Diktatur der Brandstifter, Wahlfälscher und Kriegsprovokateure!

Alles für die Verteidigung unseres proletarischen Vaterlandes, der sozialistischen Sowjetunion!

Alles für den Sieg der Rätediktatur der deutschen Arbeiter und Bauern!

Berlin, 17. November 1933.

Zentralkomitee der KPD  
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

## Erhebt euch gegen den Massenmörder Hitler!

An die Arbeiter und Werktätigen Deutschlands!

An die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt!

Sieben junge, blühende Menschen, sechs in Köln und einer in Breslau, ließ der Bluthund Hitler durch seine Henker hinrichten. Söhne des deutschen Arbeitervolkes ließ er morden. Deutsches Arbeiterblut läßt die faschistische Regierung fließen.

Mörder, die sich Deutsche nennen, Mörder, die sich Kulturträger heißen, vollführen eine noch nie dagewesene Barbarei am eigenen Volke.

Keinem Kapitalisten, keinem Zinsräuber und keinem adeligen Junker krümmte der korrupte Kapitalknecht Hitler ein Haar. Die Thyssen, Krupp, Siemens und Borsig bereichern sich an dem Blute des Volkes.

Während er deutsche Arbeiter mordet, verhandelt der blutbesudelte Kanzler mit ausländischen Kapitalisten um das Fell der deutschen Arbeiter — ist er bereit, die Söhne des werktätigen Deutschlands wie Hunde an ausländische Imperialisten für einen Krieg gegen die Sowjetunion zu verschachern.

**Väter und Mütter Deutschlands!**

In den Gefängnissen, braunen Häusern, Konzentrationslagern werden über 100 000 Söhne des werktätigen Volkes mißhandelt, gefoltert, nach und nach zu Grunde gerichtet. Die braunen Bestien schänden in den Gefängnissen Arbeiterfrauen und -Mädchen. Die tapfersten werden meuchlings ermordet oder durch antiliche Henker gehängt oder hingerichtet.

**Mütter!**

Degenerierte Scheusale, wie Hitler und Goering, die selbst unfähig sind, Kinder zu zeugen, haben ihre Lust und ihre Freude daran, Söhne deutscher Mütter und Väter zu schänden und zu morden. Alles geschieht auf ihren Befehl. Dieses Raubritter- und Barbarenregiment muß gestürzt werden.

**Sozialdemokratische Klassengenossen!**

Jetzt seht ihr deutlich, wie nie zuvor, daß dieselben Kapitalisten, die die Weimarer Republik beherrschten und mit denen eure Führer gegen uns kämpften, heute die faschistischen Herrschaftsmethoden zur schrankenlosesten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter, kleinen Kaufleute und Bauern, zur Ermordung unserer Besten anwenden.

**Sozialdemokratische Kameraden, freigewerkschaftliche**

**Kollegen!**

Jetzt sollt ihr begreifen, daß nur die Diktatur des Proletariats, die Gewalt Herrschaft der Arbeiter über die Kapitalisten, der einzige Weg ist, um der Barbarei des Kapitalismus ein Ende zu machen. Schließt mit uns kommunistischen Brüdern die eiserne Einheitsfront des Kampfes zur Vernichtung der Hitler-Diktatur!

**Katholische Arbeiter, Mütter und Väter!**

Sechs junge Kölner Arbeiter wurden auf einen Schlag mit dem Beil getötet — auf Befehl jenes Hitlers, der sich Christ nennt, der sich als Stellvertreter Gottes feiern läßt. Eure Bischöfe und Kardinäle schweigen nicht nur, sondern segnen die Hand des Henkers und verherrlichen den Arbeitermörder Hitler, der jetzt sogar rebellierende kleine Dorfplarrer und Geistliche aus den industriellen Zentren einsperren läßt.

**Katholische Arbeiter und Angestellte!**

**Christliche Gewerkschaftskollegen!**

Auch ihr müßt zu der Erkenntnis kommen, daß zum Sturz dieser Tyrannei die gewaltsame Erhebung des ganzen arbeitenden Volkes, ohne Unterschied der früheren parteipolitischen, gewerkschaftlichen und religiösen Anschauung, erforderlich ist.

**Arbeiter aller Länder!**

Eure regierenden Kapitalisten verhandeln mit dem Bluthund Hitler. Eurer Regierung schlägt Hitler kapitalistische Bündnisse gegen die Sowjetunion vor. Im «Völkischen Beobachter» wurde ganz offen das Anerbieten an die französischen Kapitalisten eines gemeinsamen Kampfes gegen die Pariser Arbeiter gemacht. Hitler bietet sich an, die kommunistischen Hochburgen rings um Paris ausrotten zu wollen.

**Arbeiter aller Länder!**

Zweitausend Arbeiter und Arbeiterführer ließ Hitler meuchlings ermorden. Ueber hunderttausend läßt er in Konzentrationslagern durch Folter, Krankheit und Hunger langsam sterben. Ueber 60 gerichtliche Todesurteile ließ er seit seinem Regierungsantritt gegen Arbeiter fällen. Jetzt geht er zur Massenhinrichtung über. 15 davon wurden bereits durch das Henkerbeil hingerichtet. Allen anderen droht ebenfalls jeden Tag

das Henkerbeil. Erhebt euren millionenfachen Protest, erkennt, daß wir gemeinsam gegen die faschistischen Feinde in jedem Lande kämpfen müssen!

Wir deutschen Proletarier sagen euch: Der Bluthund Hitler will den Krieg. Er bereitet ihn mit allen Mitteln vor. Er will Millionen deutscher Arbeiter in ein neues Gemetzel treiben. Wie er deutsche Volksgenossen mordet und die besten Söhne des Landes fremden Imperialisten opfern will, ist er bereit, durch Krieg, Tod und Verderben über die Männer, Frauen und Kinder unseres und eures Landes zu tragen.

Weil die revolutionäre Jugend des Proletariats, wie einst im Krieg auch heute die Fahne des antimilitaristischen Kampfes erhebt, darum läßt der Bluthund Hitler revolutionäre Jungkommunisten durch das Henkerbeil hinrichten, um die deutsche Arbeiterjugend vom Kampf gegen den imperialistischen Krieg im Geiste ihres gemeuchelten, unsterblichen Führers Karl Liebknecht, abzuschrecken. Das wird ihm nicht gelingen.

Schließen wir Arbeiter die internationale, solidarische Front aller gegen den Kapitalismus, gegen die faschistischen Feinde der Arbeiter, gegen den imperialistischen Krieg.

Gedenken wir der Worte Ernst Thälmanns vor dem Pariser Proletariat: «Der internationalen Front der Kapitalisten setzen wir das Bündnis der Arbeiter aller Länder entgegen.»

Mit dem Massenmord an den jungen Arbeitern dokumentiert die Hitlerbande, daß trotz des sogenannten totalen Sieges vom 12. November die Regierung in ständiger Furcht lebt vor der wachsenden antifaschistischen Stimmung und der gesteigerten Aktivität der Massen.

Mit Terrorurteilen glaubt Hitler abschreckend wirken zu können. Mit Terror rächen sich die Hitler und Co. an dem Kölner Proletariat, welches am 12. November mit die höchsten antifaschistischen Stimmen im Reiche aufgebracht hat.

Die «Germania», die Zeitung des Lohnräubers Papen, hat die Forderung, die «Lage im Kölner Gebiet zu untersuchen» am Tage nach der Wahl erhoben und der «Völkische Beobachter» verlangte Abschreckungsmaßnahmen. Die faschistischen Bluthunde haben ihre Drohung wahrgemacht.

Klassengenossen, Jungarbeiter! Sorgen wir dafür, daß durch diese Todesvollstreckung an unseren besten Kampfgefährten die revolutionäre Empörung und der Wille zur Vernichtung dieses Systems in den Millionenmassen des werktätigen Volkes gesteigert wird. Sorgen wir dafür, daß der Klassenhaß und der Wille zur Rache das ganze werktätige Volk erfüllt, damit es bald zur Richterin an seinen Henkern wird.

Im Willen unserer revolutionären Märtyrer dürfen wir keine Minute zögern, das mit jedem Tag morscher werdende System durch Widerstände, Streiks und Aktionen aller Art zu unterhöhlen und zu schwächen. Darum organisiert die Unzufriedenheit, Empörung, Proteste, Demonstrationen, Streiks gegen Lohnabbau, Entlassungen, Unterstützungskürzungen, gegen Teuerung und Steuerraub.

Organisiert die Massen! Stärkt die Kommunistische Partei! Schafft illegale Klassengewerkschaften! Baut alle revolutionären Organisationen aus!

Bereiten wir so in geschlossener Einheitsfront den Sturz der Kapitaldiktatur und die Abrechnung mit den Ausbeutern und Mördern vor.

Die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband senken die roten Fahnen vor den ermordeten Genossen und geloben im Sinne dieser Helden, die mutig und entschlossen bis zur letzten Minute kämpften, ihre Klassenlinie der Politik fortzusetzen und damit ihrer ständig zu gedenken.

Eine Partei und ein kommunistischer Jugendverband, die solche Helden haben, eine Partei und eine Jugendorganisation, für die täglich Zehntausende in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, für die im harten Kampfe Tausende ihr Leben aufs Spiel setzen — eine Partei, die Tag für Tag mehr die Hoffnung und der Glaube für Millionen wird, muß und wird siegen.

Genossen, die Reihen fester geschlossen! Alle Kräfte eingesetzt, damit unsere Partei an der Spitze der Millionen-Arbeiterfront und des ganzen werktätigen Volkes diesem blutigen System ein Ende macht — damit wir durch die wirkliche Volksrevolution zur proletarischen Diktatur, zur Räte-macht und zum Sozialismus kommen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes  
Deutschlands.

## Steigert den Kampf! Gegen die faschistischen Brandstifter und Arbeitermörder! Für den Sturz der Hitlerdiktatur!

Anruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

An die Werktätigen der ganzen Welt!

Die Solidaritätsaktion eurer Klasse, die allmächtige Kraft des proletarischen Internationalismus hat den Freispruch unserer Klassenbrüder, unserer tapferen Genossen Dimitrow, Torgler, Popow und Tanew erzwungen.

Gesiegt hat im Leipziger Prozeß die Kommunistische Partei Deutschlands, die trotz allem Terror aus tiefer Illegalität heraus zur einzigen Massenpartei des deutschen Proletariats herangewachsen und die Arbeiterklasse Deutschlands über die Teil- und Massenkämpfe zur bewaffneten Erhebung gegen den Faschismus führen wird.

Gesiegt hat das Massenheldentum des revolutionären deutschen Proletariats, das in beispiellosem Heroismus das Banner seiner vom Klassenfeind verleumdeten, blutig verfolgten Partei in seinen treuen Händen hält.

Gesiegt hat der proletarische Internationalismus, dessen zündende Kraft Millionen und aber Millionen Ausgebeuteter in allen kapitalistischen Ländern der Erde zur großen proletarischen, brüderlichen Solidaritätsaktion mobilisierte und unsere Genossen dem Beil der faschistischen Henker entriß.

Gesiegt hat die bolschewistische Standhaftigkeit unseres tapferen Genossen Dimitrow und unserer anderen angeklagten Genossen, die dem drohenden Schaffott zum Trotz die Anklagebank des Leipziger Blutgerichts zur Tribüne der weltrevolutionären kommunistischen Bewegung machten. Der Kommunismus machte dem Faschismus den Prozeß. Die revolutionäre Kraft und Wahrheit der Arbeiterklasse, triumphtierte über den Lügensumpf und die scheußliche Klassenjustiz einer verfaulenden Ausbeuter-Ordnung. Eine der größten Provokationen der Weltgeschichte gegen die heute noch unterdrückte, aber morgen sieghafte Klasse der Zukunft ist in ihrem konterrevolutionären Sinn und Zweck mitamt ihren faschistischen Urhebern enthüllt. Die Hitler, Goering und Göbbels sind die wahren Reichstagsbrandstifter!

Arbeiter, Werktätige! Die faschistischen Provokateure und ihre gekauften Kreaturen versuchten in Leipzig zu beweisen, daß der Reichstagsbrand das Signal für angeblich putschistische Abenteuer, Brandstiftungen und terroristische Attentate der Kommunisten sein sollte. Dieses faschistische Lügegebäude wurde zusammengeschlagen. Aber die Brandfackel, die die Hitler und Goering in den Reichstag schleuderten, war ein «Signal» — ein «Signal» für den faschistischen Meuchelmord-Feldzug gegen die rote Freiheitsarmee und ihren Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes,

«ein Signal» für das Verbot und die blutige Verfolgung der Kommunistischen Partei,

«ein Signal» für die Zertrümmerung der Gewerkschaften, den Raub aller politischen Rechte der Arbeiterklasse, die Bewaffnung der faschistischen Terrorbanden, für die versuchte blutige Niederwerfung des revolutionären Vortrupps der deutschen Arbeiterklasse.

Im Zeichen des Reichstagsbrandes und der faschistischen Blutgesetze zur angeblichen Rettung des deutschen Volkes vor der kommunistischen Revolution wurden zwölf Arbeiter durch Hitlers Henker hingerichtet. Fünfzig Antifaschisten sitzen in den Todeszellen. Zweitausend Söhne der deutschen Arbeiterklasse sind seitdem meuchlings gemordet worden. Zehntausende wurden zu Krüppeln geschlagen, Hundertfünfzigtausend werden in den Konzentrationslagern, SA-Kasernen, Gefängnissen und Zuchthäusern mißhandelt und viele von ihnen bis zum Wahnsinn und zu Tode gefoltert.

Mit Hilfe des barbarischen Terrors gegen die Kommunisten rauben die wahren Regierer Deutschlands, die Krupp und Thyssen, die Siemens und Schacht den Arbeitern, Angestellten und Beamten die Löhne und Gehälter, den Arbeitslosen die karge Unterstützung, Kriegsopfern, Witwen und Waisen, Arbeitsinvaliden werden die Renten gestohlen. Bauern werden ausgeplündert, Handwerk und Kleingewerbe ist zum Ruin erpreßt, Gelehrte, Wissenschaftler, Künstler in Scharen aus dem Land gejagt, die werktätige Jugend im Arbeitsdienst zwangsmilitarisiert und als Kanonenfutter für die imperialistischen Kriegsabenteurer der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion rekrutiert.

Arbeiter, Werktätige Deutschlands und der ganzen Welt! Der Leipziger Prozeß ist zu Ende. Aber das Leben Hunderttausender gefangener Antifaschisten ist tagtäglich bedroht. Mit der verlogenen Behauptung der «intellektuellen Schuld» der KPD am Reichstagsbrand, mit gefälschten Aufstandsplänen und Lockspitzelaussagen bereitet die faschistische Diktatur-Regierung unter Ausschluß der Öffentlichkeit einen Terror-Prozeß gegen

das Zentralkomitee der KPD und den Führer der deutschen, revolutionären Arbeiter, unseren Genossen Ernst Thälmann, vor. Je mehr der Faschismus die werktätigen Millionenmassen Deutschlands in die Katastrophe hineintreibt, je mehr der Haß in den Betrieben, Stempelstellen und Arbeitsdienstlagern gegen das faschistische Regime in revolutionären Massenaktionen umschlägt, je mehr der Kommunismus die Millionen von Ausgebeuteten und Unterdrückten erfaßt, desto bestialischer werden die Mordpläne und Mordtaten des Faschismus gegen die revolutionäre Bewegung Deutschlands und ihre kommunistische Avantgarde. Neue Attentate auf die Arbeiterklasse, auf Freiheit und Sozialismus sind geplant. Mächtiger noch muß die Tat des proletarischen Internationalismus das Echo wecken in der ganzen Welt zum aktiven Kampfe gegen die unerhörten Greuel der Faschisten, zur aktiven Unterstützung für die illegale Arbeit der deutschen Kommunisten, für den Sturz der Hitler-Diktatur, für den Sieg eines Räte-Deutschlands.

**Sozialdemokratische Arbeiter! Sozialdemokratische Klassen-genossen in allen Ländern!**

Ihr habt in diesen Wochen eure Stimme und eure Fäuste erhoben für die Rettung unserer Genossen Dimitrow, Torgler, Tanew und Popow! Nur unter dem Druck eurer Massenempörung haben die Führer der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale heuchlerisch und betrügerisch so getan, als ob die Sache Dimitrows ihre Sache sei.

Aber Dimitrow und die II. Internationale, Kommunismus und Sozialdemokratie, das sind zwei Welten, zwischen denen es nichts gemeinsames gibt.

Dimitrows Auftreten in Leipzig, das ist der proletarische Weckruf der Kommunistischen Internationale zum gesteigerten Kampf gegen die Weltbourgeoisie. Das heuchlerische Eintreten der Führer der II. Internationale für Dimitrow aber ist nichts anderes als der Versuch, deren Willen für die proletarische Einheits- und Kampffront zu mißbrauchen, um die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie gegen die weltrevolutionäre Bewegung fortzuführen.

Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt! Insbesondere ihr, Klassengenossen in der Sozialdemokratie, eure Massenbewegung hat gezeigt, was die Millionenkraft des proletarischen Internationalismus vermag. Vier unserer Genossen habt ihr dem Henker entrisen. Steigert eure Kraft in der Sammlung aller antifaschistischen Kräfte für die Sprengung der Ketten, gegen die bestialischen Greuelaten, für den Sturz der faschistischen Diktatur!

Vereinigt euch zu Protestbewegungen, Kampfaktionen, Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks gegen die faschistischen Lohnräuber, ihre Zwangsabzüge, ihren Terror- und Mordfeldzug gegen die revolutionären Arbeiter!

Heraus mit Ernst Thälmann, John Schehr und den hundertfünfzigtausend Antifaschisten!

Nieder mit allen Terrorverordnungen der faschistischen Diktatur!

Nieder mit den Todesurteilen!

Auflösung aller Konzentrationslager, Schutzhaft-Gefängnisse, SA-Kasernen!

Arbeiter, Werktätige, Antifaschisten in Stadt und Land! Der Tag unseres Gerichtes und unserer Abrechnung mit dem Faschismus ist der Tag des bewaffneten Sturzes der faschistischen Diktatur. Der Ausweg aus Blut und Terror, aus Hunger und Kriegsvorbereitung, ist der Kampf um ein Räte-Deutschland und die Erämpfung der einzigen, proletarischen Demokratie für alle Werktätigen, der Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats!

Nieder mit der Brandstifter-Justiz des Dritten Reiches!

Nieder mit der monopolkapitalistischen Hitler-Diktatur!

Für ein Räte-Deutschland, für die Diktatur des Proletariats im brüderlichen Bündnis mit der Sowjetunion, für Brot, Freiheit und Macht! Für den Sozialismus!

24. Dezember 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.



## Das Urteil von Leipzig

Vom ZK der KPD wird geschrieben:

*«In Leipzig wird dem Weltkommunismus eine Ver-  
nichtungsschlacht geliefert»* (*«Völkischer Beobachter»  
zum Prozeßbeginn.*)

Kommunismus gegen Faschismus — aufsteigender Sozialismus gegen verfallenden Kapitalismus — das war der Sinn und Inhalt des ganzen Leipziger Prozesses.

Zwei Welten, zwei Systeme prallten in Leipzig aufeinander. In diesem gewaltigen Ringen blieb die Wahrheit, das Recht und der Sieg auf Seiten der Arbeiterklasse.

Mit Dimitrow schlugen leidenschaftlich die Herzen von Hunderten Millionen der ganzen Welt: Arbeitern, Bauern, Mittelständlern und Intellektuellen. Für Dimitrow kämpften alle Menschen, die in sich noch einen Funken von Gerechtigkeit, Sauberkeit, Anstand und Freiheitswillen bewahrt hatten.

Auf der Seite von Hitler, Goering, Göbbels und der faschistischen Klassenrichter standen alle finsternen Mächte der Reaktion: Ausbeuter, Wucherer, Junker, Fürsten, Nazipfaffen, Kriegshetzer, Terroristen, Meuchelmörder, Sadisten, Lockspitzel, Diebe und Denunzianten.

Und das Resultat dieses gewaltigen Aufgebotes gegen den Weltkommunismus, gegen die Dritte Internationale und die Kommunistische Partei Deutschlands: Freispruch der vier angeklagten Kommunisten!

### Wie das Urteil zustande kam

Wir sagten: Wahrheit und Recht und Sieg blieben auf Seiten der Arbeiterklasse und des Kommunismus. Aber das bedeutet nicht, daß es etwa in Leipzig noch Richter gibt. Nein — es gab ja nicht einmal Verteidiger für die unter Anklage Gestellten. Alle, von Bünger angefangen bis zu den Sack und Teichert waren gehorsame Knechte der Faschistenregierung. Alle bemühten sich, das Recht zu beugen, die faschistische Kapitalsdiktatur zu beschönigen, den Kommunismus zu diskreditieren. Dort sollten Kommunistenköpfe rollen. Goering hat angekündigt, daß er seine erprobten Meuchelmörder auf die Angeklagten loslassen wird, falls das Gericht einen Kommunisten freizusprechen wagen würde.

Wie kam also das freisprechende Urteil zustande? — Nicht, weil es «Gerechtigkeit» in Deutschland gibt — nicht weil die faschistische Klassenjustiz «unabhängig» von der Kapitalsdiktatur ist. Sondern: *«Eine halbe Milliarde Arbeiter, Bauern und Werkeltige erhoben sich gegen die faschistischen Meuchelmörder.* Die Teilnehmerzahlen an den Protestkundgebungen und Demonstrationen gehen in die Hundert Millionen. Die Protestresolutionen, Telegramme und Briefe und Artikel zählen nach Hunderttausenden. In Dutzenden von deutschen Botschaften und Konsulaten schlugen empörte Demonstranten die Scheiben ein. Hunderte von Schiffen mit dem blutbefleckten Hakenkreuzfetzen mußten ungelöscht oder unbeladen die Irrenden Häfen verlassen, bestreift von Arbeitern aller Länder, Rassen und Farben.

*Im Gerichtssaal kämpften unter Führung Dimitrows die angeklagten Kommunisten einen Heldenkampf.* Sie lagen fünf Monate in Ketten. Sie waren abgeschnitten von der Außenwelt. Sie erhielten keine Informationen. Selbst die bescheidenen Verteidigungsmöglichkeiten, die die faschistische Prozeßordnung jedem Raubmörder und Einbrecher zugesteht, wurden ihnen geraubt. Aber so stark ist der Kommunismus, so angefault der Kapitalismus, daß unter den Hieben Dimitrows die ganze klägliche, künstliche, verlogene «Anklage» zusammenbrach.

*In Deutschland selbst aber löste der Prozeß eine gewaltige Wirkung aus.* Allerdings eine andere, als sich die blutigen Henker erträumt hatten: Nicht nur die Kommunisten, auch breite Massen von Sozialdemokraten, christliche Arbeiter, Parteilose, breite werktätige Massen ergriffen Partei für Dimitrow. Dimitrow wurde das Sprachrohr, der Wahrheitskundler, der Vorkämpfer für viele, viele Millionen, deren Haß, Erbitterung, Wut und Enttäuschung er Ausdruck verlieh.

Unter dem Druck der wachsenden *außenpolitischen Isolierung* — unter dem Druck der *wachsenden Erbitterung* gegen die faschistische Kapitalsdiktatur *unter den Peilschenhieben Dimitrows*, gezwungen von der *Massenaktion des Weltproletariats* — so sahen die faschistischen Klassenrichter sich gezwungen, wutschnaubend, racheschnaubend das Urteil zu verkünden.

### Wer also war der Brandstifter? —

Die Logik liegt hier in der Sache selbst! Die ganze Welt sieht jetzt nach dem Prozeßverlaufe und Urteil klar: nicht die Kommunisten, sondern *die Faschisten haben den Reichstag angesteckt.*

Lubbe, dieser Provokateur, das Werkzeug der Nazis, soll gehängt werden. In Leipzig mußte er schweigen, weil er nur so angesichts der Ueberlegenheit von Dimitrow seine faschistischen Auftraggeber decken konnte, weil er nur mit der Methode des befohlenen Schweigens die angeklagten Kommunisten belasten konnte. Reden hätte für ihn «Selbstmord» (auf «faschistische Art», versteht sich) bedeutet. Er schwieg auch, um seinen Kopf zu retten. Jetzt wollen die großen Brandstifter und Meuchelmörder den Kleinen hängen, um damit sein Schweigen zu retten. Die Beweisaufnahme hat ergeben, *daß in Neukölln und Henningsdorf nicht die Brücke von van der Lubbe zum ZK der KPD, sondern zu den Polizeispitzeln und zur NSDAP geschlagen wurde.*

Nicht aus Mitleid oder irgendwelcher Sympathie, sondern aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen erheben wir schürstern Einspruch gegen das einzige Todesurteil, daß vom faschistischen Gericht gefällt wurde, bestreiten wir dem Faschismus das Recht, einen von ihm gedungenen und kommandierten Brandstifter und konterrevolutionären Lumpenproletarier abzuschlachten, nachdem er seinen faschistischen Auftrag erfüllt hat.

Der Leipziger Prozeß ist zu Ende, aber der revolutionäre Prozeß gegen die faschistischen Mörder und Brandstifter, und Volksausplünderer geht weiter. In Rütteledeutschland wird das Revolutionstribunal der Arbeiter und Bauern die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Dort wird das Urteil vollstreckt werden an den Hitler, Goering, Göbbels und ihren van der Lubbes.

### Die politische Bedeutung des Urteils

«Reichstagsbrand» — das war die «Begründung», mit der die faschistische Diktatur die KPD verbot, die revolutionäre Arbeiterbewegung vernichten wollte, eine Mord- und Terrorwelle entfachte, die SA, SS und den Stahlhelm allgemein bewaffnete, Zehntausende in die Konzentrationslager einsperrte, um die wankende Herrschaft der Bourgeoisie zu stützen und den revolutionären Vormarsch aufzuhalten.

«Reichstagsbrand» — das war die «Begründung» für den Raub der politischen Rechte und Freiheiten, für die Durchführung von Terrorwahlen am 5. März. Aber trotz des Terrors konnte die faschistische Diktaturregierung nur durch ungeheures Wahlfälschung die Lüge von der «50prozentigen Mehrheit» zustandebringen.

«Kommunistische Brandstifter» — mit dieser Losung wollte Hitler die KPD als eine «Mordbrennerpartei» diskreditieren, die zum Kommunismus marschierenden SPD-Arbeiter zurückpeitschen, die Arbeiterklasse verwirren, Bauern und Mittelständler gegen den Kommunismus aufhetzen.

«Reichstagsbrand» — Signal zum bolschewistischen Aufstand — das war die «Begründung» für die Inszenierung jenes Prozesses, bei dem mit einem Heer von Spitzeln, meineidigen Denunzianten, kriminellen Lumpen und übelsten Subjekten, die vor Jahren aus der KPD herausgeschmissen wurden und jetzt in der NSDAP hohe Funktionen bekleiden, der Terror, Meuchelmord und die faschistische Blutpolitik «gerechtfertigt» werden sollte.

Unter dem Druck des internationalen Massenkampfes mußte das Gericht die Kommunisten freisprechen. Aber — mit der «kommunistischen» Reichstagsbrandstiftung wurde jene blutige Terrorwelle entfesselt, wurden jene unmenschlichen «rückwirkenden» Blutgesetze «begründet», auf deren Paragraphen hin 12 antifaschistische Arbeiter, in der Mehrzahl Kommunisten, besoffenen Henkern überantwortet wurden. 50 weitere Todesurteile sollen vollstreckt werden, Hunderte von Jahren Zuchthaus und Gefängnis wurden mit der Begründung der «kommunistischen

Reichstagsbrandstiftung» verhängt. Zehntausende sitzen in den Konzentrationslagern, verderben und sterben, weil sie die Kommunistische Partei gegen die faschistischen Brandstifter verteidigten. Die Arbeiter, die Werktätigen der ganzen Welt müssen sich jetzt erheben gegen die faschistischen Mörder, gegen die faschistischen Blutgesetze, zum Kampf gegen die faschistische Blutjustiz, für die Rettung der unschuldig verurteilten, vom Tod durch Henker, SA-Terroristen und Konzentrationslager bedrohten Antifaschisten, für den Schutz und die sofortige Freilassung des Führers aller Antifaschisten, des Genossen Ernst Thälmann und aller anderen antifaschistischen Gefangenen. Das Urteil von Leipzig ist eine nicht zu unterschätzende Waffe im Kampf für die Befreiung unserer politischen Gefangenen und für die politischen Rechte der deutschen Arbeiterklasse.

#### Die Lüge vom „beschlossenen bewaffneten Aufstand“

Die faschistischen Kapitalknechte wollen retten, was noch zu retten ist. Mit Hilfe gefälschter Dokumente, mit bestochenen Subjekten, mit bezahlten Provokateuren, mit phantasievollen Polizeiberichten versuchten sie zu beweisen, daß im Februar der bewaffnete Aufstand kalendermäßig und terminmäßig beschlossen war.

Wir Kommunisten haben nichts zu verbergen, nichts abzuleugnen und nichts zu verschweigen. Wir haben allen Arbeitern und Ausgebeuteten immer und immer wieder gesagt, daß die Gewaltdiktatur der Ausbeuterklasse nur durch den bewaffneten Aufstand, durch die Proletarische Revolution gebrochen werden kann. Seit 80 Jahren kämpfen wir gegen jene sozialdemokratischen Marxifälscher, die den Massen vorlogen: es gäbe mit dem Stimmzettel einen friedlichen, gewaltlosen Weg zum Sozialismus. Mit diesem Betrug wurde die deutsche Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie gespalten, 1918 und 1923 der demokratischen und 1933 der faschistischen Kapitalsdiktatur ausgeliefert.

Seit Gründung unserer Partei haben wir Kommunisten offen erklärt, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen, um die Arbeiter und Werktätigen für den einzigen Ausweg aus der kapitalistischen Krise zu gewinnen: für den Sturz der Kapitalsdiktatur, gleichgültig, in welcher Form sie uns gegenübersteht, ob demokratische Republik, ob konstitutionelle oder absolute Monarchie, ob faschistische Diktatur. Nur die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den armen Bauern und Werktätigen, nur die Diktatur des Proletariats stößt das Tor aus dem grauenhaften barbarischen kapitalistischen Gefängnis auf zum Weg in den Sozialismus, in die Freiheit, in den Frieden und den Wohlstand der Volksmassen.

Wir erklären ganz offen, daß alle unsere Maßnahmen, Teilkämpfe, Massenaktionen, unsere gesamte revolutionäre Arbeit auf das Ziel ausgerichtet ist, die günstigsten Bedingungen für den Sturz der Kapitalsdiktatur und den Sieg der proletarischen Revolution herbeizuführen.

Aber Marx, Engels und Lenin haben uns gelehrt, daß man mit dem bewaffneten Aufstand nicht spielen darf, daß wir uns das Gesetz des Handelns nicht von den Provokateuren des Klassenfeindes vorschreiben lassen.

Die KPD ist keine Organisation von Putschisten. Sie ist sich ihrer großen Verantwortung als Führer, Lehrer und Organisator des proletarischen Freiheitskampfes voll bewußt. Diese große Reife hat sie sich unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann und mit Hilfe der Kommunistischen Internationale erkämpft. Nicht nur unser Zentralkomitee, auch alle unsere heldenhaft kämpfenden Parteikader wissen, daß der große Schritt zur entscheidenden Schlacht nur dann erfolgen kann und darf, wenn die Voraussetzungen des Sieges gegeben sind.

Goering hat als Zeuge offen zugegeben, daß der Faschismus vier großangelegte Provokationen durchführte, um die Kommunisten im Frühjahr 1933 zur Proklamierung des bewaffneten Aufstandes zu veranlassen: den Aufmarsch am Bülowplatz — den Reichstagsbrand — das Verbot der KPD und ihrer Presse — die Kassierung der kommunistischen Abgeordnetenmandate.

Das ZK konnte garnicht auf diese Provokationsaktionen hereinfallen, weil die stetige sorgfältige Ueberprüfung der gesamten Lage ergab, daß im Februar und im März 1933 die Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Revolution in Deutschland noch nicht ausgereift waren.

#### Die Blutschuld der Sozialdemokratie

Herbst und Winter 1932 und das Frühjahr 1933 zeigten einen

mächtigen revolutionären Aufschwung, einen gewaltigen Vormarsch der KPD. Aber noch besaßen die sozialfaschistischen Spalter der Arbeiterklasse einen großen Einfluß auf entscheidende Teile des Proletariats. Die Radikalisierung der Arbeiterklasse verstärkte sich, aber der Masseneinfluß des Sozialfaschismus war noch so stark, daß diese Wegbereiter und Staigbügelhalter Hitlers imstande waren, unter Aufbietung ihres ganzen Apparates der SPD und des ADGB den Ausbruch von großen Massenkämpfen und des Generalstreiks in Deutschland zu verhindern.

Der Wahlerfolg der KPD am 5. März war angesichts des Terrors ein gewaltiger. Er zeigte jedoch, daß eine der Grundbedingungen des siegreichen Aufstandes noch nicht gegeben war: die KPD hatte die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht erobert. Millionen Arbeiter befanden sich noch im Bann des Sozialfaschismus. Sie waren noch nicht bereit, ohne und gegen den Willen ihrer Führung sich mit den Kommunisten zum revolutionären Machtkampf zu vereinigen.

Es kam noch hinzu, daß die Sozialdemokratie durch ihre fünfzehnjährige Hetze gegen den Kommunismus und die Sowjetunion, durch ihre knechtische Erfüllungspolitik von Versailles, durch ihre Lobbudeleiung des Völkerbundes und durch die Verherrlichung der korrupten Weimarer Kapitalsdiktatur in den Angestelltenmassen, Mittelschichten und Bauernmassen den Marxismus bewußt diskreditiert und den Boden für die Wirksamkeit der faschistischen Demagogie vorbereitet hatte, so daß Millionen Werktätiger in Stadt und Land von Hitler eine Besserung ihrer Lage erhofften.

Ohne die Mehrheit der Arbeiterklasse, ohne die Sympathien, mindestens aber die Neutralität der Mittelschichten ist die Proklamierung des Kampfes um die Macht nicht ein revolutionärer Fortschritt, sondern ein Verbrechen. Deshalb hat das ZK der KPD unter Führung des Genossen Ernst Thälmann die Massen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur, zum Streik für die ökonomischen und politischen Lebensrechte der Arbeiterklasse (Verteidigung des Koalitions- und Streikrechts, der Presse, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, der Arbeiterorganisationen und des Arbeitereigentums, des Lohnes, der Gehälter und der sozialpolitischen Rechte usw.), zum Massenkampf gegen den blutigen faschistischen Terror, zum politischen Massenstreik und Generalstreik für den Sturz der faschistischen Hitlerdiktatur mobilisiert, ohne die Lösung des bewaffneten Aufstandes auszugeben.

Au diesen ebernen Tatsachen, die durch hunderte von Parteidokumenten, durch alle Reden des Führers unserer Partei und durch die Praxis der Ereignisse erhärtet wurden, ändern keine Spitzelberichte und faschistischen Lügen etwas.

#### Wir schlagen Alarm!

Die faschistische Klassenjustiz hat durch den internationalen Massenkampf eine mächtige Niederlage erlitten. Sie versucht kampfhaft, aus ihrer Not eine Tugend zu machen. Sie will sich jetzt den Anschein der Gerechtigkeit geben, um unter diesem Deckmantel verschärft die Blutjustiz mit Todesurteilen und Zuchthausparagrafen weiterzuführen und die schon begangenen Scheußlichkeiten als «ebenso gerecht, wie das Urteil von Leipzig» zu vertuschen. In der «Begründung» des Leipziger Urteils wurden trotz der erdrückenden Gegenbeispiele die beiden Thesen der faschistischen Henker aufrechterhalten: 1. Auch wenn den vier Angeklagten eine direkte Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, so sei die Verantwortung und intellektuelle Schuld der KPD am Reichstagsbrand feststehend; 2. es sei weiter feststehend, daß die KPD den Aufstand machen wollte und daß der Reichstagsbrand das «Signal» dazu sein sollte.

Was bedeutet das? — Diese lügenhafte «Urteilsbegründung» soll als «Reichsgerichtsentscheidung» die Grundlage für alle weiteren antikommunistischen Prozesse abgeben. Mit dieser Begründung wollen die faschistischen Henker den Prozeß gegen unseren Führer Ernst Thälmann unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit durchpeitschen. Deshalb schlagen wir Alarm zum Massenkampf gegen den geplanten Thälmann-Prozeß, für die sofortige Freilassung des Genossen Ernst Thälmann.

Aber noch mehr: Der ganzen Goering-Kumpanei, der nur wohl ist, wenn sie bis an die Knie in Arbeiterblut wadet, paßt das Urteil nicht. Die ganzen sadistischen Mordkreaturen in den SA-Heimen, in den Folterhöhlen der Gestapo, in den Menschen-

schlachthäusern, die man Konzentrationslager nennt, schnauben Rache dafür, daß ihnen die Dimitrow, Popow, Tanew und Torgler entgangen sind.

Hinzu kommt die mächtig anschwellende Unzufriedenheit in Stadt und Land gegen die faschistische Henker- und Hungerdiktatur in Deutschland, die die Schwierigkeiten der faschistischen Kapitalsdiktatur vergrößert.

So peitschen also *«Völkischer Beobachter»* und *«Angriff»* zusammen mit den anderen Pressereptilen eine neue große Terrorwelle ein, bei der das Leben von Thälmann, John Schehr und aller anderen Gefangenen auf das äußerste bedroht ist.

So groß der Erfolg des Massenkampfes gegen die Leipziger Blutrichter auch ist — es darf keine Minute mit Illusionen oder Selbstzufriedenheit vertrödelt werden. Unser Angriff muß weiter vorgetragen werden. Das Zentralkomitee spricht seinen Dank an alle Mitstreiter aus und verbindet ihn mit der Proklamierung der proletarischen Einheitfront zur Steigerung des Kampfes und der Formulierung der nächsten Aufgaben.

**Aus diesem Prozeß müssen alle Revolutionäre lernen**

Eine umfassende Würdigung des Prozesses muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. In Dimitrow verkörperte sich der Mut, das Feuer, die Ueberlegenheit, die politische und moralische Größe des Marxismus-Leninismus, des Kommunismus gegenüber dem zusammenbrechenden Kapitalismus.

Dieser Prozeß war ein Weltgericht gegen den Kapitalismus und seine ausgeprägteste, abgefeimteste Diktaturmethode, den Faschismus. Aber in diesem Prozeß mobilisierte die Bourgeoisie alle ideologischen Reserven, die ihr zur Verfügung standen. In diesem Prozeß wurden schätzungsweise hundert Meineide geschworen einträchtiglich von Ministern, hohen Nazi-Funktionären, Dieben, Zuhältern und Lockspitzeln. Und doch konnten die Bluthunde ihr Ziel nicht mehr *«legal»* erreichen. Das zeigt die Kraft des revolutionären Aufschwunges. Das zeigt die Schwäche des morschen Systems.

Dimitrow hat gezeigt, wie sich unter faschistischen Zuständen ein revolutionärer Proletarier vor dem Klassenrichter *«verteidigt»*. Mit Dimitrow wurde ein weiteres Glied jener Kette geschmiedet, deren Glieder bestehen aus Lüttgens und seinen Hamburger Genossen, aus den Kölner und Breslauer Proletariern, die mit einem Hoch auf Thälmann, die KPD und die III. Internationale auf das Schaffot stiegen, aus den tausenden, die in den Marterhöhlen sich schweigend, ohne daß die Weltpresse davon Notiz nimmt, zu Tode foltern lassen, die lieber sterben, als ihre Partei und ihre Sache verraten.

In Leipzig lieferte der Kommunismus dem Faschismus eine revolutionäre Schlacht. Entlarvt, geißelt, von der ausgebeuteten, unterdrückten Welt verachtet, meinsidig und bluttriefend stehen die faschistischen Kapitalsknechte nackt und entlarvt. Die deutschen Arbeiter und Bauern, die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt müssen begreifen: jetzt noch geschlossen und kühner vorwärts!

Wir grüßen unseren Führer, den Genossen Ernst Thälmann und heben unsere roten Fahnen höher:

*Leipzig, für uns ist es Signal zu neuen Kämpfen.*



**1934**



## An den Parteitag der sozialistischen Siege!

### Kampfgruß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands sendet im Namen der Kommunistischen Partei und des revolutionären Proletariats Deutschlands der KPSU, als der Führerin, der ersten und besten Organisation der Bolschewiki in der Kommunistischen Internationale, zu ihrem 17. Parteitag — dem Parteitag der sozialistischen Siege — heiÙe revolutionäre KampfgrüÙe.

Eure im siegreichen sozialistischen Aufbau erzielten Resultate sind grandios. Das Volk der Sowjetunion und mit ihm das ganze revolutionäre Weltproletariat können mit Stolz auf diese Errungenschaft blicken. Nie in der Weltgeschichte war es den in Klassen gespaltenen Völkern, und niemals war es dem System der kapitalistischen Produktionsweise möglich, solche gigantischen Erfolge im Aufbau einer Industrie- und Agrarproduktion, ein so rasches Tempo und eine solche qualifizierte Höhe zu erzielen.

Alle bürgerlichen Theorien von der «einzig erfolgversprechenden und notwendigen kapitalistischen Oekonomie» sind durch die großen Erfolge Eurer sozialistischen Planwirtschaft, ihrer Fortschrittlichkeit und gewaltigen Überlegenheit schlagend widerlegt. Das ist um so bedeutungsvoller, als gerade jetzt, angesichts der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der revolutions- und kriegsgeschwängerten Situation in Europa, Asien und in der ganzen Welt, Hunderte von Millionen Menschen, den Weg aus der kapitalistischen Mißwirtschaft, dem faschistischen Terrorregime und den mit dem Kapitalismus unlösbar verbundenen Kriegen und Kriegsverheerungen durch die proletarische Revolution suchen.

Das Werk Eurer siegreichen Oktoberrevolution, unter Führung der stahlharten bolschewistischen Partei, mit dem genialen unvergeßlichen Führer Lenin an der Spitze begonnen, und mit dem, der Arbeiterklasse treu ergebenen Genossen Stalin, Lenins besten Schüler, an der Spitze fortgesetzt, erreichte eine Kette weltgeschichtlicher Siege im Aufbau des Sozialismus, zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft.

Aus Eurem Werk wird die Arbeiterklasse der ganzen Welt erkennen, daß der Sozialismus auf einem Sechstel der Erde keine Utopie, sondern Wirklichkeit ist. Aus Eurem Werk muß sie erkennen, daß es nur einen Weg gibt zum Sozialismus — den Weg der siegreichen proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, der Rätemacht!

Die proletarische Revolution verjagt die Großkapitalisten, entreißt ihnen die Macht, zerstört ihren terroristischen Staatsapparat. Die proletarische Revolution überführt die Fabriken, Banken und Güteböden in die Hände der Arbeiter und Bauern. Die proletarische Revolution schafft einen neuen Staatstypus, die Rätemacht, die eintrüge demokratische Staatsform. Die siegreiche bewaffnete Erhebung des Proletariats macht den Weg frei und schafft die Fundamente zum Aufbau des Sozialismus.

Der Sozialismus, das ist die Vorstufe der klassenlosen Gesellschaft, der das System von Reich und Arm, von Ausgebeuteten und Ausbeutern beseitigt. Das habt Ihr Genossen erreicht. Das wollen wir uns in Deutschland erkämpfen. Bei Euch gibt es keinen Faschismus. Bei Euch herrscht der Sozialismus.

Tausende von Betrieben habt Ihr erbaut und zwanzig Millionen Arbeitern die Tore neuer Fabriken geöffnet. — Wir haben Millionen Erwerbslose in Deutschland.

Millionen Kollektivwirtschaften auf dem Lande habt Ihr geschaffen und führt das Dorf einem glücklichen Leben entgegen. — Wir haben Agrarkrise. Das Land unseres Kleinbauern ist verschuldet. Er wird enteignet von den Landjunkern und der faschistischen Diktatur.

Durch Lohnerhöhung, Abbau der Mieten, Erhöhung staatlicher Renten für die Veteranen der Arbeit, habt ihr die allgemeine Kaufkraft gehoben. — In unserem Lande wird den Arbeitern, Angestellten und Beamten Lohn und Gehalt mit den vielfältigsten Methoden gekürzt. Mehr als 12 Milliarden Mark Einkommen sind ihnen geraubt worden.

Ihr habt in großen Teilen Sibiriens die Bauern auf zehn Jahre von allen Abgaben an den Staat befreit und ihnen hunderttausende Stück Vieh geschenkt, um sie auf eine höhere Stufe des Wohlstandes zu heben. — Bei uns bezahlt der Armbauer und Mittelbauer die Steuern für den Junker mit und wird dafür geplündert. Der Großjunker bekommt noch Staats-subsidien dazu.

Ihr habt mit der Kraft der Gewerkschaften den sozialistischen Aufbau gefördert, das Lebensniveau der Massen gehoben, den Weg kultureller Höchstleistungen beschritten und die Erziehung der Massen zum kollektiven Handeln bewerkstelligt. — Bei uns hat der Faschismus die Gewerkschaften zerstört, die Betriebsräte gewalttätig abgesetzt, Kulturbarbarei geschichtet und über hunderttausend Arbeiter, Bauern, kleine Kaufleute und Intellektuelle in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt.

Ihr zeigt in Museen die Folterwerkzeuge des Zarismus, zeigt den Arbeitern und Bauern die früheren Zwingburgen der Kapitaldiktatur. — In unserem Lande werden die Arbeiter geschlagen, mißhandelt, gefoltert, werden Genossen zu Tode gequält und gemordet. Das sind die zwei Systeme.

Bei Euch Sozialismus — stetig wachsender Wohlstand und Kultur!

Bei uns Kapitalismus — faschistischer Terror und Hunger! Ihr Arbeiter, Bauern und Handwerker habt in Sowjetrußland die wirkliche und wahre Volksgemeinschaft, die breiteste Einheit des Volkes erzielt, weil ihr mit dem Sturz der Kapitalisten die Voraussetzungen für die klassenmäßige Einheit geschaffen habt.

Bei uns sieht die faschistische «Volksgemeinschaft» so aus, daß die Herrschenden bei einer Mahlzeit mehr als den Wochenlohn eines Arbeiters verfressen, während für die Arbeiter Pfardfleisch, Heringe und trockene Kartoffeln zum täglichen «Eintopfgericht» werden.

Ihr habt mit dem Sturz der Ausbeuter im eigenen Lande Euch ein Vaterland, eine Heimat geschaffen. Die Arbeiter, Bauern, haben alles, was wert ist, verteidigt zu werden. Es ist Euer Land, das Land der Arbeiter und Bauern, das Ihr, ein Volk in Waffen, gegen die imperialistischen Eindringlinge verteidigt.

In dem Hitler-Deutschland der doppelten Ausräuberung, durch eigene und fremde, Versailler Kapitalisten, haben die Arbeiter und Werktätigen nichts, aber auch gar nichts zu verteidigen. Sie können ihre soziale und nationale Befreiung erst durch die Niederwerfung des Feindes im eigenen Lande erkämpfen.

Will das deutsche werktätige Volk zum Sozialismus und Wohlstand gelangen, will es sich eine wirkliche Heimat schaffen, die wert ist, verteidigt zu werden, dann muß es unerschütterlich den Weg der sozialen Revolution beschreiten.

Die sogenannte «Nationale Revolution» in Deutschland ist die stärkste Entfaltung der Diktatur der Reaktionen, der Thyssen, Siemens, Eiseckner. Die proletarische Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei — das ist die soziale Revolution, die zum Sozialismus führt.

Bei Euch gibt es keinen Faschismus, bei Euch herrscht der Sozialismus, weil die Partei der Bolschewiki gegen die sozialdemokratischen, menschenwärtigen Spalter und gegen alle Opportunisten den Sieg davontrug, die Mehrheit der Arbeiterklasse unter ihren Fahnen sammelte, die bolschewistische Partei zur einzigen Massenpartei des russischen Proletariats wurde.

Bei uns vermochte die Sozialdemokratie die Spaltung der Arbeiterklasse noch aufrecht zu erhalten und führte das deutsche Proletariat statt zum Sozialismus zum Faschismus. Alle ihre Theorien und die ihres Gehirns, des konterrevolutionä-

ren Spießgesellen Trotzki, sind elend zusammengebrochen. Das Werk der Sowjets triumphiert über die Marxbänder und Feinde des Leninismus. Auch heute versucht die Sozialdemokratie, ihre spalterische Arbeit fortzusetzen. Sie sabotiert den Tageskampf, die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiter. Sie gebraucht scheiterrevolutionäre Lösungen «über Diktatur des Proletariats als Übergangsstadium zur Demokratie» und setzt in bewußter verleumdender Weise das Sowjetsystem dem barbarischen Regiment des Faschismus gleich. Sie gibt sich aus als «dritte Kraft» zur Verhinderung des Bolschewismus und erstrebt die Wiederaufrichtung des bankrotten Weimarer Systems in neuer Form. Mit dem Beispiel des Sieges der russischen Arbeiterklasse ausgerüstet, werden wir unsere Abstrengungen verstärken, die sozialdemokratischen Klassen-genossen aus Betrieb, Werkstatt und Kontor für den Bolschewismus zu gewinnen, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse zu zerstören.

Genossen! Eure Resultate im sozialistischen Aufbau sind das Ergebnis des unversöhnlichen Klassenkampfes. Je wuchtiger der Sozialismus der klassenlosen Gesellschaft entgegensteuert, das Proletariat der ganzen Welt in seinen Klümpfen beseelt, je stärker die Sowjetunion als Friedensfaktor die imperialistischen Kriegstreiber stört, desto wütender streben die Imperialisten durnach, den imperialistischen Raub- und Klassenkrieg gegen die Sowjetunion zu beginnen. Die Brandstifter-Regierung Goering-Hiller ist neben dem japanischen Imperialismus zum Hauptkriegstreiber geworden. Wir versichern Euch, daß wir uns eins fühlen mit dem Proletariat der Sowjetunion und seiner siegreichen Roten Klassenarmee in dem Willen, gemeinsam mit den Arbeitern der ganzen Welt jeden kapitalistischen Räuber, der die Sowjetunion angreift, zu vernichten.

Unsere Partei befolgt die Lehre Lenins, daß allein der bolschewistische Massenkampf vor Kriegsausbruch, für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg die Gewähr des Sieges der Revolution im Zusammenhang mit dem Kriege schafft. Unsere Partei hat sich deshalb die Aufgabe gestellt, unter den Arbeitern, der Jugend, den Soldaten, in den faschistischen Massenorganisationen die breiteste ideologische Offensive gegen die Seuche des Chauvinismus zu eröffnen, die Kampforganisation in den Zentren der Kriegsvorbereitung zu verstärken und vor allem und beschleunigt unabhängige Klassengewerkschaften zu schaffen.

Genossen! In den deutschen Arbeitermassen wächst von Tag zu Tag der Haß gegen das Regime der faschistischen Henker und Lohnräuber. In Deutschland beginnt ungeachtet allen Terrors ein neuer revolutionärer Aufschwung. Mit dem Kampf um Tariflohn gegen Unterstützungsraub und Zwangspenden, für die uneingeschränkte Wahl unabhängiger Betriebsvertretungen, gegen Steuerraub und Zollwecher, gegen Militarisierung und Terror steigert unsere Partei den Haß gegen den Faschismus und weckt in den Arbeitermassen den Willen zur Macht. Wir propagieren unser soziales und nationales Befreiungsprogramm als das einzige Rettungsprogramm aus Faschismus, Hunger und Krieg. Wir propagieren den politischen Massestreik, den Generalstreik, die bewaffnete Erhebung der deutschen Arbeiterklasse für den Sturz der faschistischen Diktatur, für ein Räte-Deutschland. Eure gewaltigen sozialistischen Siege sind für uns ein Hebel für den Kampf um die Macht. Denn sie zeigen den Arbeitern:

daß der Kommunismus die einzige Rettung für sie ist;

daß nur die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zum Siege führt;

daß es keinen demokratischen, «europäischen» oder «nationalen» Sozialismus, sondern nur einen proletarischen internationalen Sozialismus gibt;

daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande möglich ist und nur durch die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats, die Räte-macht verwirklicht wird!

Das Beispiel der Sowjetunion ist das Beispiel des Bolschewismus! Unter Führung der KPD, die dank der tatkräftigen Unterstützung der KPSU und durch die verdienstvolle Arbeit unseres eingekerkerten Führers, Genosse Thälmann, zur bolschewistischen Partei heranwuchs, wird das deutsche Proletariat den Weg der russischen Oktoberrevolution beschreiten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands begrüßt die Partei Lenins unter Führung des Genossen Stalin in brüderlicher Verbundenheit zum 17. Parteitag mit dem Ruf:

*Es lebe der Bolschewismus! Es lebe der Oktober! Es lebe die Räte-macht!*

*Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.*



## Rettet Thälmann, Torgler, Dimitrow und Genossen!

### Vierfacher Meuchelmord an kommunistischen Führern!

Arbeiter der ganzen Welt, auf zum Kampf gegen die faschistischen Schlächter!

Arbeiter, Werk tätige! Am Freitag, den 2. Februar, sind auf Befehl der Bluthunde Hitler-Goering vier der besten und kühnsten Funktionäre unserer Partei meuchlings ermordet worden. John Scheer, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPD, des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, und engster Mitarbeiter Thälmanns, Genosse Eugen Schönhaar, Mitarbeiter des illegalen Drucks der KPD, Genosse Steinfurth, Leiter der Berliner Roten Hilfe und Genosse Schwarz.

Alle vier Genossen befanden sich bereits seit vielen Wochen in den Klauen der faschistischen Folterknechte. Tage- und Nachtlang wurden sie bis zur Unkenntlichkeit geschlagen. Sie machten keine Aussagen! Sie bewährten sich als Bolschewiki! Ihre Treue zur Partei und zur revolutionären Arbeiterbewegung trieb sie über die Greuel und Todesdrohungen der sadistischen Folterknechte. Die Schurken Hitler und Goering haben sich feige an wehrlosen Gefangenen gerächt. Die angeblich vor wenigen Tagen erfolgte Erschießung eines Subjekts namens Kötter, eines feilen und bestochenen Ueberläufers, nahmen sie zum Anlaß, unsere vier Genossen nach gräßlichen Mißhandlungen in einem Wald vor Berlin zu ermorden.

Dieser persönlich von Goering im Auftrage Hitlers angeordnete Meuchelmord an vier kommunistischen Führern und Funktionären erfolgt wenige Tage nach der einjährigen Weiterkehr der faschistischen Machtergreifung, wo die Massen immer mehr erkennen, daß der Faschismus keine ihrer Lebensfragen zu lösen vermag und Hitler Deutschland in die Katastrophe hineintreibt. Er wurde befohlen im Angesicht des wachsenden Massenhasse der Arbeiter gegen die Hungerdiktatur, die mit ihrem neuen «Arbeitsgesetz» die Arbeiter unter das Niveau eines Kolonialkulis herabzupressen sucht und gegen das die KPD die Massenstreikbewegung organisiert. Keine faschistischen Mordorgien, kein Terror haben den Vormarsch der KPD zu hemmen vermocht. Sie hält das Banner fest in ihren Händen. Sie entwickelt sich zur einzigen Massenpartei des Proletariats. Sie schleudert die Losung der Räte in die Massen. In die Lücken, die der Terror reißt, springen neue namenlose Kämpfer, aus den Reihen der revolutionären Avantgarde.

Der neueste Meuchelmord der Hitler-Goering ist nicht der Ausdruck der Stärke ihres Regimes, sondern seiner Schwäche, seiner Labilität, seiner Furcht vor der Unvermeidlichkeit des kommunistischen Vormarsches, der nahenden Vergeltung für alle Verbrechen der Bourgeoisie, der Aufrichtung der Räte-macht.

Darum verstärken die faschistischen Regierungsbandiden ihren Terror-Feldzug gegen die revolutionäre Vorhut. Darum schlachten sie unsere in ihrer Gewalt befindlichen Führer ab. Darum versuchen sie mit dem bevorstehenden Prozeß gegen den Genossen Thälmann den Justizmord an den Führern des deutschen Proletariats vorzubereiten und darum haben sie auf neue Dimitrow und seine beiden Mitstreiter, Popow und Tanew, von Leipzig nach Berlin geschleppt und planen deren meuchelische Ermordung.

Sie werden in ihren Plänen ermuntert durch die Antikommunistenhetze der Sozialdemokratie und der II. Internationale, die auch heute ihre Hauptaufgabe darin erblicken, die Kommunistische Partei zu verleumden, durch den Versuch der Wiederaufrichtung ihrer bankrotten Organisation die Spaltung des Proletariats weiter aufrechtzuerhalten.

Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt! Abermals wurden vier unserer Besten ermordet! Das Leben Thälmanns und Dimitrows ist unbestreitbar bedroht! Die deutsche Regierung ist eine Bande von Mördern. Die faschistischen Bankrotteufe jagen eine neue Terrorwelle über das Land. Steigert euren tödlichen Haß gegen die Meuchelmörder! Vergeßt niemals und in keiner Minute, daß das Leben unserer gefangenen Genossen stündlich bedroht ist! Ruht nicht im Kampf um die Freilassung unserer proletarischen politischen Gefangenen! Denkt daran, daß wir mit dieser faschistischen Führerbande eine Rechnung zu begleichen haben, daß jede Widerstandsaktion gegen ihr Regime die Fristen ihrer Herrschaft verkürzt und uns dem Tag der Vergeltung näher bringt!

Arbeiter, Werk tätige Deutschlands! Erhebt in den Betrieben, vor den Stempelstellen, in den Versammlungen der Arbeitsfront eure Stimme des Massenprotestes, fragt die einfachen SA-Leute und die Arbeiter in der NSBO, ob sie es billigen, daß die roten Streikführer gegen das reaktionäre «Arbeitsgesetz» ermordet werden, während die kapitalistischen Lohnräuber zu Staatsräten und unbeschränkten Herrschern im Betrieb erhoben werden. Organisiert Streiks und Demonstrationen für die Befreiung von Thälmann, Dimitrow und aller gefangenen Antifaschisten! Organisiert mit Hilfe der illegalen Vertrauensmänner-Körper politische Proteststreiks gegen den faschistischen Mordterror! Schafft Selbstschutzgruppen zum Schutze eures Lebens und des Lebens eurer kommunistischen Führer und Funktionäre! Arbeiterfrauen, zieht vor die Folterhöhlen Goering! Alarmiert, mobilisiert, entfesselt den Massensturm gegen die braune Mordpest.

Arbeiter der ganzen Welt! Seid den revolutionären Arbeitern Deutschlands eine starke Stütze in ihrem antifaschistischen Massenkampf! Veranstaltet internationale Kundgebungen in allen Ländern, Kampfkundgebungen in den Betrieben! Hafenarbeiter, verweigert die Löschung der Hakenkreuzschiffe! Unterstützt aktiv und unmittelbar den illegalen Kampf der deutschen Kommunisten durch Schaltung von Patenschaften in den Betrieben und kommunistischen Betriebszellen in Hitler-Deutschland! Sammelt überall für den Thälmann-Kampffonds! Reißt höher das Banner des proletarischen Internationalismus.

Genossen, Arbeiter, Werk tätige! John Scheer, einer unserer besten Genossen, der treue Mitarbeiter Thälmann und das Politbüros des ZK der KPD, und mit ihm unsere drei tapferen Mitkämpfer Eugen Schönhaar, Steinfurth und Schwarz sind durch Meuchelmord aus unseren Reihen gerissen. Der Kampf geht verstärkt weiter! Kein Mordterror der Hitler und Goering wird den Vormarsch der Partei Lenins, den Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland verhindern!

Es lebe das Massenheldentum der revolutionären Arbeiter Deutschlands! Es lebe die Kohorte der Revolution, die Kommunistische Partei, mit ihrem Führer Thälmann! Es lebe Räte-Deutschland!

Berlin, den 2. Februar.

Zentralkomitee  
der Kommunistischen Partei Deutschlands,  
(Sektion der Kommunistischen  
Internationale).

## Dem Gedächtnis

der ermordeten teuren Genossen Jonny Scheer, Eugen Schönhaar,  
Erich Steinfurth und Rudolf Schwarz

### Aufruf des Zentralkomitees der KP Deutschlands

Ihr Vier — besten Söhne des deutschen arbeitenden Volkes — wurdet feige, hinterücks, bestialisch ermordet. Ihr wurdet von den Schergen der braunen Barbaren gefangen, mißhandelt, gefoltert — und dann — als Geiseln erschossen. Ihr wurdet weit ab von den Arbeitervierteln der Stadt von den «Höher-rassigen» hinterhältig, meuchlings niedergeknallt. Goering gab den Befehl an die Henker des Herrn Diehls. Er gab ihn in seinem und Hillers Namen.

Hitler und Goering sind die Mörder — sind die politischen, kriminellen Mörder von Tausenden. Sie sind die Mörder im Dienst der Krupp und Thyssen, der Könige des Besitzes. Vom Kapitalismus bestochen und korruptiert, von Abenteuerlust getrieben, im Kampfe der rückständigen untergehenden Welt gegen die aufwärtsstrebende siegreiche Welt des Kommunismus, gaben die vertierten, hinterlistigen Feiglinge des deutschen Faschismus den Mordbefehl.

Geiselmord des Kapitalismus — das ist nicht neu. Es war 1914, die deutschen, aufgepuschten, chauvinistischen Heere durchdrasteten Belgien und Frankreich. Das Volk dieser Länder wehrte sich. Viele von ihnen wurden meuchlings als Geiseln erschossen von eben denselben, die heute Deutschland regieren.

Geißelmord des Kapitalismus — wir kennen ihn in Marokko, in Indien, in China, der Mandschurei, im Kampf der Kapitalistenklasse gegen unterdrückte Völker.

Geiselmord des Kapitalismus — wir kennen ihn aus dem Kapp-Putsch. Die Gräber von Hunderten im Ruhrgebiet zeugen davon, von dem blutvertierten Terrorregiment derer, die heute ganz Deutschland tyrannisieren. Es sind dieselben Mörder, die aus schon 1919 die Besten, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jozisches, mordeten, unter dem Schutz sozialdemokratischer Lüge, Verteumdung und Ministerherrlichkeit.

Und dennoch — wir sind seit damals gewachsen aus einem kleinen Spartakusbund zur großen mächtigen Partei des Proletariats. Mit Meuchelmord die Massengewalten der herandonnenden Revolution aufhalten — das könnte niemand!

Vier Genossen ermordet! Ihr tapferen Funktionäre der Partei seid als Helden der Revolution nicht umsonst gefallen. Eure Saat geht auf und bringt hundertfältige Frucht — hunderte fältige Früchte des Klassenhasses gegen den Feind, den Kapitalismus, hunderte fältige Frucht der Kühnheit und Zähigkeit im Kampfe zur Organisation der proletarischen Revolution, für den Sturz der Hitlerdiktatur und der Kapitalherrschaft.

Ihr werdet nie vergessen werden! Euch wird das Denkmal der Revolution gesetzt, durch eure und unsere Partei, die an der Spitze der Massen des geknechteten Volkes in große siegreiche Klassenschlachten marschiert. Deutschland geht der Revolution entgegen. Deutschland geht durch eure aufopfernde Mitarbeit, durch euer kühnes Opferbeispiel dem Siege entgegen, für alle Armen frei macht — alle die Unterdrückten, Gehetzten und Geschlagenen. Euer Tod, ihr vier gemordeten Helden der internationalen Arbeiterklasse, das schwören wir: wird mit dem Sieg der proletarischen Revolution gerächt werden.

Genossen, Frauen und Männer des werktätigen Volkes!

In das Geschichtsbuch des proletarischen Heldentums wollen wir die vier Erschlagenen eintragen. Genosse Jonny Scheer war wie sein Vater, ein Arbeiter. Frühzeitig wurde sein Leben aufs engste mit der Arbeiterbewegung verknüpft. Das Schlosserhandwerk erlernend, trat er im Betriebe der Gewerkschaft bei und schloß sich 1912 der Sozialdemokratischen Partei an. Nach kurzer Mitgliedschaft bei der USPD ging sein Weg folgerichtig zur KPD, der er im Jahre 1919 beitrug. Genosse Scheer nahm regen Anteil am Aufbau der Partei in Hamburg, Hannover und im Ruhrgebiet und entwickelte sich schnell zu einem der besten Kämpfer. 1929 wurde Genosse Jonny Scheer Mitglied des ZK und gehörte dem Politbüro der KPD an. Er war der engste Freund und Mitarbeiter unseres Parteiführers Ernst Thälmann. Als aktiver Streikorganisator wurde er von den Faschisten gehaßt und verfolgt. Bei der Organisation des politischen Massenstreiks gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur war er besonders hervorgetreten. Darum wurde seine Verhaftung Mitte November 1933 von den Faschisten absichtlich geheimgehalten, um ihre blutige Mordtat besser an

Jonny Scheer vollziehen zu können. Genosse Jonny Scheer wurde wochenlang aufs brutalste mißhandelt, mit Stöcken und Stablruten geschlagen, mit den modernsten Folterwerkzeugen unersäglich gequält. Aber er blieb trotzig, hart und fest. Jonny Scheer war einer der vielen deutschen Dimitrows. Darum wurde er mit drei anderen Kameraden in abendlicher Dämmerung meuchlings hingemordet.

Auch Genosse Eugen Schönhaar war der Sohn eines Arbeiters. Seit seiner frühesten Jugend stand er in den Reihen des revolutionären Proletariats. Als Mitglied des Spartakusbundes seit seiner Gründung übte Genosse Schönhaar zahlreiche verantwortliche Funktionen aus. Er war Sekretär des KJVD, dann Sekretär der KJL und später Sekretär der IRL. Als technischer Sekretär des ZK der KPD und dann als verantwortlicher illegaler Parteiarbeiter stand er immer kühn und unerschrocken als aufrichtiger Revolutionär und ergebener Mitglied der Partei auf seinem Posten. Von dem Subjekt Kattner denunziert, er habe den illegalen Druck der Literatur der KPD geleitet, schlossen ihn die Hitler und Goering in den Kreis der Geisels-Todeskandidaten ein.

Genosse Erich Steinfurth war Eisenbahner und nach dem Kriege führender Funktionär der Eisenbahnerbewegung Deutschlands. Nach der Spaltung der USPD im Jahre 1920 trat Genosse Steinfurth der KPD bei, der er in bolschewistischer Pflichterfüllung die ganze Kraft seines Arbeitseifers und seiner revolutionären Kühnheit schenkte. 1924 wurde Genosse Steinfurth wegen angeblichen Sprengstoffvergehens verurteilt. Er erhielt mehrere Jahre Zuchthaus, die er in den bayrischen Kerkerhöhlen absitzen mußte. Genosse Steinfurth wurde nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Sekretär der Roten Hilfe Berlin-Brandenburg und später Reichsleiter der deutschen Roten Hilfe. Er hat sich als Mitglied des Rechtsausschusses im Preussischen Landtag persönlich für tausende deutscher Arbeiter in den Gefängnissen und Zuchthäusern eingesetzt.

Der Jugendgenosse Rudolf Schwarz trat bereits im März 1921 dem KJV bei. Von dieser Zeit an übte er die verschiedensten Funktionen aus, wurde Redakteur der «Jungen Garde» und kam in das ZK des Jugendverbandes. 1927 übernahm Genosse Schwarz die Gauführung der «Roten Jungfront» Berlin-Brandenburg, er kam später in die Reichsführung des Roten Frontkämpferbundes und erhielt als solcher mehrere politische Gefängnisstrafen. Genosse Schwarz war ein aufrechter Parteiarbeiter im illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur. Aus Verräters Mund erfuhren die Nazis, daß Rudolf Schwarz sich leitend an der politischen Massenarbeit innerhalb der Polizei und Reichswehr beteiligt hat. Genosse Schwarz hat sich viele persönliche Freunde innerhalb der Wehrmacht und Schutzpolizei erworben, die er zu klassenbewußten Kämpfern erzog. Das war der Hauptgrund der Bestien, um ihn als den Vierten zu erschießen!

#### Klassenbrüder und Schwestern, Werktätige!

Die faschistische Diktatur versagt uns, am Begräbnis unserer erschlagenen Brüder teilzunehmen. In revolutionärer Verbundenheit drücken wir den Familien der Erschlagenen die Hand. Unser Kampf aber geht zäh und entschlossen weiter.

Ihr Kommunisten, ihr Massen in Stadt und Land! Formiert im Geiste der Ermordeten die revolutionäre Einheitsfront, die rote Millionarmee der proletarischen Revolution.

Hitler treibt ganz Deutschland in Barbarei, Krieg und Katastrophe. Nur der Kommunismus, die Räthemacht bringt Rettung.

Kämpft mit aller eurer Kraft für die Befreiung unserer vom Tode bedrohten Helden, Thälmann und Dimitrow, für die Befreiung aller politischen Gefangenen! Kämpft mit den Mitteln des Protestes, des Streikkampfes! Organisiert den Generalstreik und Aufstand gegen die faschistische Diktatur zum Sturz der Kapitalistenherrschaft! Dann handelt ihr nach dem Vermächtnis und im Geiste der gemeuchelten Kämpfer.

Das Gedenken an die teuren erschlagenen Freunde sei der unermüdete Kampf für die proletarische Revolution!

Berlin, 10. Februar.

Zentralkomitee der KPD.

## Es lebe der Kampf für die deutsche und österreichische Räterepublik!

### Aufruf der KPD

#### Arbeiter! Klassengenossen! Werktätige!

Die Arbeiterklasse Österreichs hat sich gegen den Faschismus erhoben. In tagelangen heldenmütigen Kämpfen, im Massenstreik und bewaffneten Aufstand warfen sich die österreichischen Arbeiter den faschistischen Bluthunden, den Dollfuß, Starkenberg und Fey entgegen. Gegen das schwer bewaffnete Bundesheer, die Polizei und die Heimwehren, gegen Artillerie und Maschinengewehre, gegen Panzerautos und Minenwerfer kämpften die schlecht bewaffneten antifaschistischen Arbeiter, Männer, Frauen und Arbeiterjungen, Sozialdemokraten und Kommunisten, in einer wahren revolutionären Einheitsfront.

Nicht die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, in denen die große Mehrheit der österreichischen Arbeiter organisiert war, haben diesen heroischen Kampf vorbereitet und geführt. Die österreichischen Reformisten sind genau so wie ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland seit Jahren vor dem Faschismus Schritt für Schritt zurückgewichen, sie haben den Dollfuß-Faschismus als *kleineres Übel* gestützt, sie erklärten sich bereit, an der faschistischen Verfassung mitzuarbeiten, sie haben freiwillig den größten Teil der Waffen, die im Besitz der Arbeiter waren, abgeliefert, sie haben es ohne Widerstand geduldet, daß Bundesheer, Polizei, Eisenbahn und Post von klassenbewußten Arbeitern gereinigt wurden.

Aber in der letzten Stunde, als die faschistischen Bluthunde zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse ausholten, da folgten die sozialdemokratischen Arbeiter nicht wie in Deutschland den Unterwerfungsparolen der Sozialdemokratie, sie folgten den Losungen der Kommunisten, sie griffen zu den Waffen und legten Betriebe still. Und nun zeigt Österreich, welche gewaltige Kraft die Arbeiterklasse entfaltet, wenn sie sich geschlossen zum Kampf erhebt.

Wenn die Arbeiter trotzdem den greifbar nahen Sieg nicht erringen konnten, so deshalb, weil ihnen die revolutionäre Führung fehlte, weil sie noch im Kampf auf Leben und Tod die Sabotage der verräterischen sozialdemokratischen Führer duldeten, sich vom Angriff auf die Machtzentren der faschistischen Regierung abhalten ließen und den marxistischen Grundsatz nicht beachteten: *«Die Defensive ist der Tod jedes Aufstandes.»*

Denkt daran, Arbeiter Deutschlands, welchen vernichtenden Schlag ihr dem Hitler-Faschismus versetzen konntet, wenn ihr am 20. Juli 1932, am 30. Januar 1933, den Kampfparolen der KPD gefolgt wäret, statt euch von den sozialfaschistischen Führern mit gebundenen Händen dem Faschismus ans Messer liefern zu lassen!

Die Hitlerbanditen sind über die gewaltige revolutionäre Erhebung des österreichischen Proletariats tief betroffen. Unter der Oberfläche der nur mit dem äußersten Terror aufrechterhaltenen *«Ruhe und Ordnung»* wächst die Enttäuschung und Empörung der von den Nazis betrogenen Massen, Haß, Erbitterung, glühender Kampfwille der unterdrückten, gemarterten, ausgeplünderten, entrechteten Arbeiter. Elend und Terror wachsen mit der fortschreitenden Krise, es wachsen aber auch unter der Führung der unerschrockenen Partei Thälmanns die revolutionären Kader, es wächst die Millionenmasse der Todfeinde der faschistischen Henkerknechte. Die braunen Bonzen ahnen, wie

es ihnen ergehen wird, wenn die Arbeiterschaft Deutschlands dem Beispiel der österreichischen Brüder folgt. Darum wollen sie jetzt mit Schimpfereien gegen Dollfuß und verlogenen Sympathieerklärungen für die österreichischen Arbeiter ihre eigenen Schandtaten in Vergessenheit bringen.

Aber die Arbeiter begreifen, was vorgeht. Die österreichischen Arbeiterschlächter sind Blut vom Blute, Fleisch vom Fleische der deutschen Nazimörder. Die österreichischen Nazis, die behaupten, den Kampf gegen Dollfuß zu führen, stehen als *Reserve hinter den Heimwehrbanditen*, um ihnen gegen das Proletariat zu Hilfe zu kommen. Noch vor kurzem verhandelten Nazis und Heimwehrfaschisten über eine gemeinsame Regierung und nur, weil sie sich über die Postverteilung nicht einigen konnten, kam das Schachergeschäft nicht zustande.

Jetzt lauern die Hitlerbanditen auf den Augenblick, wo sie in Österreich eingreifen, an dem Bluthandwerk gegen die Arbeiterklasse teilnehmen können. Aber der Einmarsch der deutschen Faschisten in Österreich wäre ein *Signal zum Kriege*.

Unter den Schlägen der furchtbarsten Krise, die die Geschichte kennt, gerät in allen kapitalistischen Ländern das herrschende System ins Wanken. *Die Revolution reißt heran. Österreich ist ein erstes Flammenszeichen.*

Die Zukunft gehört nicht dem blutbefleckten Faschismus, diesem letzten Schutzwahl des bankrotten Kapitalismus, die Zukunft gehört dem Kommunismus, der in der Sowjetunion die größten weltgeschichtlichen Siege erlitten hat.

Arbeiter Deutschlands! Ihr gehört in der internationalen Kampffront der Arbeiterklasse in die vorderste Reihe. Jeder Schlag gegen den Hitler-Faschismus ist ein Schlag gegen die Ausbeuter und Henker in der ganzen Welt.

Im täglichen entschlossenen Kampf gegen Lohndruck, Antreiber, dem frechen Raub durch *«freiwillige»* Spenden, gegen die Willkürherrschaft der Nazifeldwebel in den Betrieben und Arbeitslagern, gegen Unterstützungs- und Rentenraub, gegen Maßregelung und Terror, für Lohn und Brot, für das Bestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben formieren wir die Kader unserer revolutionären Befreiungsarmee, rufen wir zum politischen Massenstreik und zum bewaffneten Aufstand.

Klassengenossen, schließt euch zusammen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln unter der Führung der einzigen Kampfpartei gegen den Faschismus, der Kommunistischen Partei.

Wählt revolutionäre Vertrauensleute! Organisiert eure unabhängigen Klassengewerkschaften!

Schließt die Einheitsfront zur Niederschlagung des faschistischen Terrors, zur Befreiung unserer gefangenen Genossen Thälmann, Dimitrow und der anderen tausenden eingekerkerten Antifaschisten.

Nieder mit der Henkerdikatur der Hitler und Dollfuß!  
Es lebe der Kampf für die deutsche und die österreichische Räterepublik!

Berlin, im Februar 1934.

Das ZK der KPD  
(Sektion der III. Internationale).

### Das ZK der KPD an Dimitrow, Popow und Tanew

Teure Genossen!

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Genossen Ernst Thälmann, wie im Namen aller revolutionären deutschen Antifaschisten entbieten wir Euch zu Eurer Befreiung aus den Klauen der faschistischen Mörderregierung Hitler-Goering-Göbbels die heißesten revolutionären Kampfgrüße!

Dir, Genosse Dimitrow, gilt insbesondere unser Kampfgruß, der Du trotz aller Todesdrohungen der faschistischen Mordbuben vor dem Leipziger Gericht einen unerschrockenen bolschewistischen Kampf für den Kommunismus und für das revolutionäre Werk des Proletariats geführt hast. Du hast uns, der Kommunistischen Partei, damit für die revolutionäre Mobilisierung der werktätigen Massen Deutschlands gegen die faschistische Diktatur, für die Stärkung ihres Vertrauens zu der siegreichen Kraft des Kommunismus und für die Erfüllung unserer Aufgabe des Sturzes des Faschismus und der Aufrichtung der Sowjetmacht einen unschätzbaren, gewaltigen Dienst erwiesen.

Wir entbieten aber auch unsere heißen Kampfgrüße den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, die Euch nicht nur eine Heimat boten, sondern auch durch ihre sozialistische Regierung Eure endgültige Befreiung erzwangen und auch dadurch vor aller Welt erneut demonstrierten, daß nur die Sowjetunion eine Freistätte aller wahrhaft revolutionären Kämpfer ist.

Der revolutionäre Kampf aller Proletarier, die internationale proletarische Solidarität haben mit Unterstützung weiter antifaschistischer Kreise aus den Reihen des Bürgertums, der Künstler und Gelehrten in allen Ländern einen großen Sieg über das faschistische Regime in Deutschland errungen.

Der durch Eure Befreiung errungene Sieg der revolutionären Klassenfront des Proletariats gibt uns zugleich den Mut, mit noch gesteigerter Kraft um die Befreiung unseres Genossen Ernst Thälmann, des Führers der Kommunistischen Partei Deutschlands, und aller anderen eingekerkerten Kommunisten und Antifaschisten, insbesondere auch des Genossen Ernst Torgler, zu kämpfen!

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird im Bunde mit dem internationalen Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale und unterstützt durch das große Solidaritätswerk der Internationalen Roten Hilfe diesen Befreiungskampf ebenso siegreich wie Eure Befreiung durchzuführen.

In diesem Kampfe wird das deutsche Proletariat unter Führung seiner Kommunistischen Partei die Einheit und die Kraft für den Sieg der proletarischen Revolution, für die nationale und soziale Befreiung aller Werktätigen und für die Aufrichtung der Räte-macht und des Sozialismus finden.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Sowjetunion!

Es lebe die KPSSU, ihr bolschewistisches Zentralkomitee und der Führer des Weltproletariats, Genosse Stalin!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Berlin, 28. Februar 1934.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

## Vorwärts zum Kampf um die Rätemacht!

Entschliessung des Zentralkomitees der KPD zu den Beschlüssen des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und der Lage in Deutschland\*)

Das ZK der KPD erklärt seine vollkollige Uebereinstimmung mit den Thesen und Beschlüssen des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der KI über die Aufgaben der kommunistischen Parteien gegen Faschismus und Kriegsgefahr, für den Sturz des bankrotten Kapitalismus, für den Kampf um die Sowjetmacht. Das ZK der KPD hebt insbesondere die Feststellung des XIII. Plenums hervor, daß in Deutschland trotz allen Terrors ein neuer revolutionärer Aufschwung beginnt, und daß sich alle Hauptkrisenpunkte des Kapitalismus in einem solchen Maße auf Deutschland konzentrieren, «daß jeden Moment ein Umsturz eintreten kann, der die Verwandlung der Wirtschaftskrise in eine revolutionäre Krise bedeuten wird» (XIII. Plenum des EKKI.)

Das ZK der KPD stellt mit Stolz und großer Genugtuung fest, daß die Kader der Partei an der Spitze der von un-

bändigem Freiheitswillen und durch die gewaltigen sozialistischen Siege der Sowjetunion besetzten werktätigen Massen mit ungebrochener Kraft und unter heldenmütiger Opferbereitschaft für den Sturz der Hitler-Diktatur kämpfen. Dieser heroische und heldenhafte Kampfsgeist unserer Kader ist das Ergebnis der jahrrelangen Bolschewisierungsarbeit der Partei unter Führung unseres Genossen Ernst Thälmann. Das ZK der KPD spricht allen Parteimitgliedern und allen antifaschistischen Kämpfern den revolutionären Dank aus.

Durch alle Kerkermauern hindurch, unlösbar mit ihrem Führer und allen eingekerkerten Antifaschisten verbunden, führt die Partei unausgesetzt den Kampf um deren Befreiung. Die KPD wird die werktätigen Massen zum Siege, zur Sowjetmacht führen.

### I. Die Kommunisten an die Macht!

#### Nur der Kommunismus bringt Rettung

Ein Jahr der Hitler-Diktatur zeigt als Bilanz das sichtbare Anwachsen aller Elemente einer weitgehenden Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die Maßnahmen der Hitler-Diktatur zur Verteidigung der monopol-kapitalistischen Herrschaft haben das Proletariat und alle werktätigen Schichten in ihrer materiellen Lebenshaltung und ihrem Kulturstand tief herabgedrückt. Die Hitler-Diktatur hat durch ihre imperialistisch-chauvinistische Aufrüstungspolitik Deutschland zum Hauptkriegsaherd in Europa gemacht. Die Widersprüche des Kapitalismus wurden durch die Hitler-Diktatur nicht vermindert, sondern vor allem durch die Kapitalkrisen gegen das Proletariat in raschem Maße verstärkt. Dafür ist das arbeiterfeindliche und nur zum Schutze der Profitinteressen der Kapitalisten erlassene Gesetz «Zur Ordnung der nationalen Arbeit» ein ganz besonderer Beweis. Keine Verschärfung des Terrors und der Provokationen gegen die revolutionäre Vorhut, keine Steigerung der sozial- und nationalbetrügerischen Manöver des Faschismus vermochte die weitere Anhäufung von revolutionären Sprengstoff, den wachsenden Massenhauf und den unter Führung der KPD einsetzenden neuen revolutionären Aufschwung zu verhindern. Diese Maßnahmen zeigen den Massen die Labilität des herrschenden Regimes und machen das Proletariat entschlossener in seinem Willen zum Sturz der faschistischen Diktatur.

Wenn am ersten Jahrestag der Hitler-Diktatur die faschistischen Kapitalknechte erklärten, daß das werktätige Volk erst nach Ablauf ihres «Vierjahrplanes» ein Urteil fällen soll, so sprechen die Tatsachen schon im ersten Jahr mit zwingender Wucht dafür, daß Hitler Deutschland in das Chaos treibt und daß die proletarische Revolution, die Errichtung der Rätemacht der einzige Ausweg aus der Krise ist. Das ist es auch, was den Prager Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, die Wels und Breitscheid, angesichts der wachsenden Aktivität der Massen unter Führung der KPD, veranlaßt, eine demagogische, betrügerische «Erklärung für den revolutionären Sozialismus» den deutschen Arbeitern vorzusetzen. Das ist es auch, was die Brandtleristen, Trotzkiisten und SAP-Leute veranlaßt, ihre alte, konterrevolutionäre Politik mit neuen «linken» Phrasen zu umkleiden.

Die Elubeisfront des Proletariats zum Kampf für seine Tagesinteressen und für den Sturz der Hitler-Diktatur formieren, den unvorzähligen Kampf gegen die sozialdemokratischen Novemberverräter und Spalter der Arbeiterklasse führend, muß die kommunistische Partei der einzigen Massenpartei des deutschen Proletariats werden. Unter ihrer Führung muß das Proletariat in bewaffneten Kämpfen die Kapitaldiktatur stürzen und ein Räte-Deutschland aufrichten. Nur der Kommunismus bringt Rettung! Die Kommunisten an die Macht!

#### a) Hitler führt Deutschland in die Katastrophe

Die Hitler-Diktatur als die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals verschärft und vertieft die allgemeine Krise des Kapitalismus immer mehr. Als Regierung des Finanzkapitals und der Junker wendet sie in rückwärtslosester Weise den ganzen Staatsapparat der Bourgeoisie gegen die werktätigen Massen an, um auch in der schwersten Wirtschaftskrise die Profite der oberen Zehntausend zu sichern und noch zu steigern. Durch staatlichen Kartellzwang, Wuchermonopole, Steuernachlässe, Riesen-Subventionen (mehr als fünf Milliarden Mark), durch Kontingentierung-, Zoll- und Preiserhöhungsmaßnahmen und vor allem durch gesteigerte Ausraubung der Arbeitskraft sollen die Reichen noch mehr bereichert und Verluste für die Millionäre verhindert werden.

Die Wirtschaftslage zeigt, daß in vielen Industrien ein erheblicher Produktionsrückgang eingetreten ist. Die Exportindustrie, die Halb- und Fertigwarenindustrie weisen rückläufige Produktions- und Exportziffern auf. Der deutsche Außenhandel sinkt unausgesetzt. Alle Maßnahmen der Hitler-Diktatur führen zur zunehmenden Verringerung der Kaufkraft der Massen, zur Verminderung des Absatzes, zur Einschränkung des Binnenmarktes. Obwohl Millionen von Menschen nicht das tägliche Brot zum Leben haben, werden die Getreide-Anbauflächen zwangsweise eingeschränkt, um die Preise für das Brotgetreide im Interesse der Großagrarien zu erhöhen. Dieser kapitalistische Wahnsinn steigert aber die Agrarkrise nur noch weiter und vermehrt die Not der kleinen und mittleren Bauern.

Die Staatsfinanzen werden immer mehr zerrüttet. Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank geht fortgesetzt zurück. Das Defizit des Reichshaushalts beträgt drei Milliarden Mark. Peranzen- und Güterverkehr bei der Reichsbahn verringerte sich um 9 bis 15 Prozent. Bei der Reichspost beträgt das Jahresdefizit 100 Millionen Mark. Die vom Monopolkapital durch die Reichsregierung gegründeten Länder- und Gemeindekassen sind zum großen Teil zahlungsunfähig geworden.

Die Bankrottspolitik der Hitler-Regierung führt zu Verschärfung des Konkurrenzkampfes innerhalb der Interessengruppen der Bourgeoisie, zur Verschärfung des Kampfes um die Absatzmärkte und damit zur beschleunigten Verstärkung der imperialistischen Aufrüstungs- und Kriegspolitik. Die in einigen Industriezweigen eingetretene Produktionsablebung ist in der Hauptsache eine «kriegsindustrielle» Konjunktur. Sie zeigt sich vor allem in der Erhöhung der Produktionsziffer der Stah- und Eisenindustrie, in der Herstellung neuer Uniformen, in der Belebung des staatlich subventionierten Erdbergbaus, im Bau kriegswichtiger Auto- und Heeresstraßen. Aber trotz dieser «Ar-

\*) Wir geben hier die Resolution etwas gekürzt wieder. Die Redaktion.

beitsbeschaffung, trotz Arbeitsdienstpflicht, Arbeitsverteilung, Kräftensystem und Unsichtbarmachung breiter Erwerbslosenschichten (durch Hinanwurf aus der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge), gibt es in Deutschland nach wie vor viele Millionen Erwerbslose, deren Zahl ansteigt.

#### Der Raub gegen die werktätigen Massen.

Im ersten Jahre der Hitler-Diktatur wurden dem Proletariat von ~~seiner~~ ~~Staatsmacht~~ durch direkte Lohnraub, durch Preiserhöhung (Konsumartikel um 8 Prozent, Nahrungsmittel um 18 Prozent, Agrarprodukte um 18 Prozent, Margarine, Schmalz und Butter um 40 bis 80 Prozent), durch Zwangssteuer und Abgaben (Einkommensabgabe, Lohndienststeuer, Arbeitsbesteuerung, Winterhilfe u. a.) und durch ein ungeheures Abtreibersystem (durch die die Arbeitsleistung um 15 Prozent gesteigert wurde) annähernd 2,6 Milliarden Mark abgeprellt. Der bis zu 20 Prozent gestiegene Umsatz im Einzelhandel, der um vierzig Prozent gestiegene Umsatz der Warenhäuser beweisen das enorme Schwandern der Kaufkraft der werktätigen Massen.

Der Kapitalnecht Hitler wollte mit faschistischem Terror und chauvinistischer Massenaufrichtung das kapitalistische Kartell aus dem Dreck ziehen. Aber die Tatsachen beweisen, daß es ihm immer mehr hineinzieht. Die werktätigen Massen sind die Opfer dieser Krisenpolitik des Monopolkapitals. Sämtlich wird die Offensive zur Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter und aller Werktätigen verschärft. Das faschistische Arbeitsgesetz, mit dem vom Unternehmer willkürlich festzusetzenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit der endgültigen Abschaffung der von den Arbeitern gewählten Betriebsvertretungen und der schrankenlosen Herrschaft des Unternehmers im Betrieb soll diesen neuen Milliardenlohnraub an den Arbeitern einleiten. Die für das Frühjahr geplante zweite Arbeitsbesteuerung bedeutet die Steigerung des Unterstützungsrahmens, der Zwangsarbeitsdienstpflicht, der zwangsweisen Verschickung jugendlicher als Landarbeiter. Das soziale Programm der Hitler-Diktatur beruht auf ihrer Katastrophpolitik.

Aber auch die werktätigen Bauern und Kleingewerbetreibenden sind die Opfer dieser Politik. Wachsende Steuerlasten und Zwangsabgabe, Rückgang des Absatzes und Umsatzes in Kleinwirtschaft und Kleingewerbe, zunehmende Verschuldung treiben diese Schichten immer stärker in die Hände des wachsenden Bankkapitals und zur schrittweisen kapitalistischen Entfremdung. Der Faschismus verkündete bei der Machtergreifung die Erhebung des Dorfes und die Herrschaft des bäuerlichen Adels. Aber die Hitler-Regierung stärkt nur die Macht der Junker und Großbauern und führt zur Verschärfung des Klassenkampfes zwischen diesen und den armen und mittleren Bauern im Dorfe. Das geschieht durch die Kontingentierung, Zoll- und Preiserhöhungsmaßnahmen, die Aufrechterhaltung der hohen Pacht- und Zinslasten (Pachtpreise 130 bis 160 Prozent über Vorkriegsniveau) und das Erbhofgesetz, das zur Existenzlosigkeit des größten Teiles der vom Erbhofgesetz betroffenen Bäuerlinge führt. Die privilegierten Erbhofbauern sollen die Krisen des faschistischen Terror-Regimes auf dem Dorfe werden.

#### Kulturbarbarei und Militarisierung

Die Politik der Hitler-Regierung führt zu einer rapiden Herabdrückung des Kulturlevels der werktätigen Massen. Durch ein breites Faschisierung- und Militarisierungssystem werden die Jugend und sogar die Kinder in die ideologische und technische Vorbereitung des imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges gegen das Proletariat einbezogen. Die nationalsozialistische «Wiedergeburt des deutschen Volkes» ist der Weg in die Kulturbarbarei.

Die Hitler-Diktatur nimmt infolge des Wachstums der inneren und äußeren Schwierigkeiten immer stärkeren Kurs auf den imperialistischen Krieg zur Neuauflösung der Erde und der Absatzgebiete. Unter der Flagge des Kampfes gegen Versailles provoziert es Kriegswirren an den Grenzen und sucht einen Block zur Umgestaltung Europas im Interesse des deutschen Monopolkapitals zu schaffen. Seine grundlegende außenpolitische Orientierung ist der Kurs auf den Krieg gegen die Sowjetunion. Als feiler Landsknecht verhandelt die Hitler-Regierung darüber mit Frankreich und Polen, intrigiert in Italien und England und erwartet heberhaft die Kriegsbrandstiftung durch den japanischen Imperialismus an der fernöstlichen Grenze. Die scheinheilige Erklärung Hitlers im sogenannten deutschen Reichstag darf darüber nicht hinwegtäuschen. In

der Vorbereitung des Krieges werden schon 40 Prozent der Staatsausgaben für Kriegsausgaben verwandt. Die Finanzierung ihrer Kriegsausgaben betreibt die Hitler-Regierung mit Maßnahmen, die Arbeiter und Kleinrentner in die offene Inflation hineintreiben. Schon jetzt ist die deutsche Währung stark unterhöhlt (mit noch 12 Prozent Golddeckung, zusätzlicher Geldumlauf durch Sperr- und Regieremark, Arbeitsbeschaffungslohn, Steuerguldscheine, Wechselkelleri und anderes mehr). Deutschland ist in einen Kasernenhof verwandelt. Durch chauvinistische Verbotsung soll vor allem der werktätigen Jugend die Perspektive des imperialistischen Schlachtfeldes, des Krieges und der Kriegsverheerung als Ausweg aus der Krise erstrebenwert gemacht werden. Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe.

#### b) Deutschland geht der Revolution entgegen

Die neuer revolutionärer Aufschwung hat begonnen. Das Ziel des Hitlerfaschismus, die KPD zu vernichten, den Klassenkampf und den Marxismus auszurollen, den Kommunismus durch die Reichstagsbrand-Provokation zu diskreditieren und das Proletariat für die chauvinistische Abenteuerpolitik einzulängen, wurde zunichte gemacht durch das Massenheldentum der revolutionären Arbeiter und ihrer kommunistischen Partei. Es erschüttert der revolutionäre Massenhaß im Proletariat und die Empörung unter den werktätigen Bauern und dem städtischen Mittelstand. Die wachsende Erbitterung erzeugt eine nie dagewesene Spannung des Klassenkampfes und drängt nach revolutionärer Entladung. Schon die Bekanntgabe des faschistischen Arbeitsgesetzes hat eine solche Stimmung in den Betrieben entfacht, daß Göbbels und Ley durch viele demagogische Reden gegen die «Reaktion» die Arbeiter abzulenken versuchten. Die Betriebs- und Erwerbslosenaktionen, die Widerstandsbewegungen der Jungarbeiter in den Arbeitsdienstlagern und in den Lehrlingsbetrieben nehmen fortgesetzt zu. Protestversammlungen und Streiks gegen Verhaftungen, Erwerbslosendemonstrationen vor den Rathäusern, müßiges Auftreten vor den faschistischen Blutgerichten, die Rebellion der Arbeiter und Werktätigen gegen die Zwangsarbeiten, Massenproteste ganzer Dörfer gegen das Erbhofgesetz, gegen die Steuern, Abgaben und den Terror, geben Zeugnis von der Zuspitzung der Lage. Der schon beim «Meibisitz» am zwölften November vorigen Jahres und während des Leipziger Reichstagsbrandprozesses zum Ausdruck gekommene wachsende Massenimpuls der KPD nimmt weiter zu. Sozialdemokratische und christliche Arbeiter treten zur KPD über. Viele vom Faschismus eingefangene Arbeiter und Angestellte verlassen das faschistische Lager. Die Zersetzungserscheinungen in der SA und beim Stahlhelm mehren sich. Die faschistische Presse bringt in zunehmendem Maße Warnungen an die «Menschen». Zum Jahreslag der Hitler-Diktatur mußten die ursprünglich geplanten Paraden und Feste abgesagt werden. Der Kirchenstrell und die faschistische Pressefelle gegen Monarchisten und Freimaurer wiederholen die gesteigerten Gegensätze im Lager der Bourgeoisie, sind aber zugleich auch ein Zeichen der wachsenden Rebellion enttäuschter kleinbürgerlicher Schichten gegen das faschistische Regime. Die Erweiterung der Gesetze zur Verbannung der Todesstrafe für «Hochverräter» zeugen von der Furcht der faschistischen Machthaber, von der wachsenden Erkenntnis der Massen, daß der Kommunismus der einzige Ausweg ist.

#### Die SPD in der Maske einer revolutionären Sozialdemokratie

Eine Reihe starker Betrugsmänner werden von der Bourgeoisie unternommen, um die werktätigen Massen von diesem Erkenntnis zurückzuhalten und sie von den wahren Ursachen ihres Blends abzulenken. Die Nazi und die Sozialdemokratie ergreifen sich gegenseitig in diesen Betrugsmännern. Die Sozialdemokratie hat der Arbeiterklasse den «demokratischen», die Nazi haben ihr den «nationalen» Sozialismus versprochen. Wie die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik vierzehn Jahre lang im Auftrag der Bourgeoisie das Volk «regierte» und die Kommunisten verfolgte, so üben die Nazi jetzt die offene Diktatur der Bourgeoisie aus. SPD und Nazi sind Zwillingsbrüder im Dienste des kapitalistischen Systems. Mit einer geradezu bodenlosen Frechheit versucht der Prager sozialdemokratische Partivorstand die Arbeiter mit einer «Erklärung für den revolutionären Sozialismus» zu täuschen. Er will mit dieser Erklärung seinen Novemberverrat und sein Weimarer System, das den Faschismus zeugte, vergessen machen. Er versucht sogar die Arbeiterbewegung, also die Arbeiter, für

diese Verbrechen verantwortlich zu machen, die er als eines schwersten historischen Fehlers bezeichnet. Er will sich unter der Maske einer revolutionären Sozialdemokratie das verloren gegangene Vertrauen der Arbeitermassen wieder erschleichen. Es ist Obolste Spiegelfechtelerei, die er mit seiner Erklärung betreibt. Mit Phrasen, wie der «Zertrümmerung des nationalsozialistischen Machtapparates», «Skubierung des Offizierskorps und Reinigung der Bürokratie» sollen die Arbeiter von der Notwendigkeit der Zertrümmerung des bürgerlichen Staatsapparates überhaupt und der Bewaffnung der Arbeiter und der Aufrichtung der Räteherrschaft abgelenkt werden.

Mit ihrer alten Betrugsparodie «durch Demokratie zum Sozialismus» soll die Arbeiterklasse vom Kampf für die Diktatur des Proletariats abgelenkt werden. Kein Wort befindet sich in dieser abeinradikalisierten «Erklärung» über die Notwendigkeit von Streiks, politischen Massenstreiks, Generalstreiks, bewaffneten Aufständen und gewaltsamen Niederwerfung des Kapitalismus. Gerade das wollen die Sozialdemokraten vom Schlage der Welt, Breitscheid und Stampfer verhindern. Sie wollen nicht die Macht der Arbeiterklasse und sie wollen nur die Teilnahme am Machtapparat der Bourgeoisie. Deshalb fordern sie auch in ihrer Erklärung die Rückkehr zum Sumpf des bürgerlichen Parlamentarismus. Mit dieser Erklärung will sich die Sozialdemokratie der Bourgeoisie wieder anbieten, sie vor dem Bolschewismus zu retten. Darum ist die Sozialdemokratie auch gegen die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften als Hebel der revolutionären Massenkämpfe. Sie bekennt sich erneut zur II. Minister-Internationale und predigt die «Einheit auf der allen Basis» des Kampfes gegen die Sowjetunion, gegen den einzigen sozialistischen Staat.

Niemals wird die Sozialdemokratie den Kampf um die Befreiung des Proletariats aus der kapitalistischen Knechtschaft und für den wirklichen Sozialismus führen. Immer wird sie dem Proletariat in die Arme fallen, wenn es seine Faust gegen die Hitlerdiktatur und gegen die Kapitalherrschaft erhebt. Die Kommunisten müssen deshalb die Betrugsmanöver der Sozialdemokratie und ihrer sogenannten «linken» Fraktionen (Brandleristen, SAPD), wie auch des konterrevolutionären Trotzkismus zurück schlagen und die sozialdemokratischen Klassenkonzepte davon überzeugen, daß es nur eine revolutionäre Arbeiterpartei gibt, das ist die Kommunistische Partei.

### c) Das Programm der Revolution

Das Programm der Kommunisten ist das Programm der Revolution. Es gibt kein anderes sozialistisches Programm, auf dem der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft möglich ist. Wir Kommunisten erklären den Arbeitern und allen Werktätigen in Stadt und Land, daß wir entschlossen sind, an der Spitze des Proletariats die Hitler-Diktatur zu stürzen und die Macht zu übernehmen. Die Werktätigen Deutschlands müssen sich entscheiden, unter Führung der Kommunisten den Weg zur Freiheit und zum Wohlstand zu gehen: Die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion gibt den schlüssigen Beweis, daß allein der Kommunismus den werktätigen Massen Rettung bringt, daß die Macht der Räte der einzige Ausweg aus Not und Elend ist. Der Gegensatz springt jedem in die Augen. Hitler führt das deutsche Volk in die Katastrophe. In der Sowjetunion sind die Arbeiter und Bauern unter der Führung der Bolschewiki mit dem Genossen Stalin an der Spitze bereits in die Epoche der vollen Verwirklichung des Sozialismus und des Aufbaus der klassenlosen Gesellschaft eingetreten. Der zweite Fünfjahrplan der Sowjetmacht bringt eine ungeheure Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und sichert allen Werktätigen Wohlstand und höchste Kultur. Die Konsumkraft der Arbeiter und Bauern steigt bis auf das Zweieinhalb- bis Dreifache. Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, die enge Gemeinschaft zwischen Stadt und Land, die Verwandlung der ganzen werktätigen Bevölkerung in aktive Erbauer der sozialistischen Gesellschaft, die Rote Armee und Flotte, die werktätigen Massen in Waffen zur Verteidigung der Sowjetmacht, das sind die Resultate der Sowjetmacht. Autokratischer Sozialismus, Wohlstand und Kultur, Freiheit gibt es nur dort, wo der Kommunismus herrscht. Darum muß auch in Deutschland der Kommunismus an die Macht.

**Rettungsprogramm für die deutsche Arbeiterklasse und alle Werktätigen**

Die Kommunistische Partei stellt ihr soziales und nationales Befreiungsprogramm, das revolutionäre Kampfprogramm der

deutschen Arbeiterschaft, der Katastrophepolitik der Hitler-Regierung entgegen. Das vom ZK der KPD am 15. Jahrestage der Gründung unserer Partei durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erneuerte Rettungsprogramm für die deutsche Arbeiterklasse und aller Werktätigen zeigt den einzigen Ausweg aus der Krise durch die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse.

Die Kommunisten, zur Macht gelangt, werden die entschuldigungslose Enteignung der Kapitalisten und Junker, der Bankiers, der großen Warenhaus-Konzerne und großen Hausbesitzer, die Niederwerfung der Reichen, der Nichtsteuer und Parasiten, durchführen. Sie werden die ganze Verschuldung der Arbeiter, der Bauern und des Kleinbürgertums an die Banken, Großkapitalisten und Großgrundbesitzer aufheben und alle bestehenden Steuern beseitigen. Die Kommunisten werden alle Villen, Häuser und Wohnungen der Reichen enteignen, die Müßiggänger zwangsweise aus ihnen entfernen und ihre Wohnungen samt der ganzen Einrichtung den Erwerbslosen und den in schlechten Wohnungen hausenden Werktätigen (Arbeiter, Angestellte und Handwerker) geben. Sie werden alle staatlichen und großkapitalistischen Niederlagen von Lebensmitteln und lebenswichtigen Bedarfsartikeln enteignen und den Erwerbslosen sowie allen Bedürftigen zur Verfügung stellen und die Verteilung den Erwerbslosen-Komitees übertragen. Wir werden der werktätigen Jugend die Hochschulen und Laboratorien öffnen und ihnen eine sichere Zukunft gewährleisten. Sie werden den ganzen Grundbesitz der Gutsbesitzer, der Kirchen und Klöster, der Hohenzollern, der Fürsten, sowie jeden anderen Großgrundbesitz entschädigungslos enteignen und ihn samt allem dazugehörigen Inventar kostenlos unter die Bauern und Landarbeiter verteilen. Nur unser Programm wird durch die Uebernahme sämtlicher Produktionsmittel die Voraussetzung für eine noch nie dagewesene Blüte des Landes im Interesse der werktätigen Massen selbst und neue Voraussetzungen für die Entwicklung des Außenhandels, in erster Linie mit der Sowjetunion schaffen und allen Erwerbslosen Arbeit sichern. Im Bunde mit dem internationalen Proletariat und der mächtigen Sowjetunion wird die erfolgreiche proletarische Revolution das Diktat von Versailles für Null und Nichtig erklären, alle Reparationen und Gewaltvorfälle beseitigen. Die Kommunisten werden allen Werktätigen volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit garantieren und jede nationale und soziale Unterdrückung der werktätigen Massen restlos beseitigen.

Nur die Rätemacht sichert die Durchführung des Rettungsprogramms des werktätigen Volkes

Nur die Rätemacht sichert die Durchführung des Rettungsprogramms des werktätigen Volkes. Die Rätemacht ist die Diktatur des Proletariats zur Niederrückung aller Ausbeuter, es ist die organisierte Staatsgewalt des bewaffneten Proletariats im Bündnis mit den werktätigen Bauern zur Durchführung der sozialistischen Planwirtschaft.

Die Rätemacht ist die weitgehendste Demokratie für die Arbeiter, Soldaten, Bauern und alle Werktätigen. Es ist das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des schaffenden Volkes. Es ist die Führung und Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und das werktätige Volk.

Die Räte sind die selbstgewählten Organe der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, sind gesetzgebende und vollziehende Organe zugleich, sind die unmittelbaren Kampforgane des Proletariats während und nach der Machteroberung. Darum sichert allein die Rätemacht die Entfaltung der schöpferischen Kraft der vom Kapitalismus betroffenen werktätigen Massen.

Die Rätemacht zu erkämpfen und zu behaupten, ist nur möglich unter Führung der Kommunistischen Partei, die in ihren Reihen die besten, kühnsten, opfermutigsten und selbstlosesten Arbeiter vereinigt, die ausgerüstet mit der Theorie des Marxismus-Leninismus, mit den Erfahrungen der Bolschewiki und der gesamten weltrevolutionären Bewegung einheitslich handelt und niemals mit den Kapitalisten paktiert. Nur eine solche Partei kann das Proletariat durch die revolutionäre Einheit zum Siege führen.

Das vom ZK der KPD beschlossene Programm zum Sturz der Hitler-Diktatur und zur Rettung des werktätigen Volkes muß trotz allem faschistischen Terror durch die Kommunisten und revolutionären Arbeiter in die Hände aller Werktätigen im Lande gebracht werden. Dieses Programm, dessen Popularisierung mit den Tazeskämpfen der Massen verbunden werden muß, soll den Machtwillen im Proletariat wecken und die Kämpfer um die Macht vorbereiten, vertiefen und beschleunigen. Das ZK hält es für erforderlich, daß alle Leitungen der Partei

das Programm in allen Einzelheiten und im Zusammenhang mit den betrieblichen, gemeindlichen und bezirklichen Verhältnissen vor den Massen erörtern und seine Durchführung aufzeigen. Dazu ist eine gründliche ideologische Offensive über die Fragen des Auswegs aus der Krise, der Verhinderung des imperialistischen Krieges durch den Sieg der Revolution oder seiner Umwandlung in den Bürgerkrieg, des konkreten Kampfes um die Rätemacht und des sozialistischen Aufbau erforderlich. Das ist eine der dringenden Pflichten und Aufgaben aller Kommunisten.

Das ZK erinnert die Parteimitglieder daran, daß das im September 1930 von dem Genossen Ernst Thälmann im Namen der Partei herausgegebene Programm zur sozialen und nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes nur ungenügend in unserer Materialisation der faschistischen Ideologie und chauvinistischen Verhetzung und den Theorien des sozial-

demokratischen Arbeiterverrates entgegengewirkt wurde. Das darf sich nicht wiederholen. Wir dürfen keinen Tag und keine Gelegenheit vorübergehen lassen, wo wir nicht diese, für die Machteroberung dringend notwendige Massenaufklärungsarbeit an der Hand unseres Rettungsprogramms leisten.

Es gibt keinen friedlichen Weg zur Machteroberung und zur Rätemacht. Nur der politische Massenstreik, der Generalstreik, der bewaffnete Aufstand, nur die wahre Volksrevolution kann die Macht der Räte schaffen und den Sozialismus erkämpfen. Es ist darum die Hauptaufgabe aller Kommunisten und revolutionären Arbeiter, die sozialdemokratischen und christlichen Klassengenossen, die proletarische Jugend in Stadt und Land von dieser Notwendigkeit zu überzeugen, für die kämpfende Einheitsfront, für den bolschewistischen Ausweg aus der Krise, für den Kampf um die Rätemacht zu gewinnen und die KPD zur einzigen Massenpartei des Proletariats zu machen.

## II. Was ist zu tun zur Vorbereitung der Kämpfe um die Macht?

Jetzt wird von jedem Kommunisten und revolutionären Arbeiter vor allen Dingen eines verlangt — der Wille zum Kampf um die Macht.

### Heranführung der Arbeiter an die politischen Massenstreiks

Die Aufgabe unserer Partei ist die Führung des revolutionären Massenkampfes zum Sturze der faschistischen Diktatur, zur Errichtung der Sowjetmacht. Die Erklämpfung dieses Zieles erfordert nicht nur die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, sondern ihre Formierung für die entscheidenden Kämpfe um die Macht. Unsere ganze Politik muß darauf gerichtet sein, die Partei auf das innigste mit den Massen zu verbinden, und diese unter der Führung der KPD für die Anwendung aller Formen des revolutionären Massenkampfes, besonders für die Durchführung politischer Massenstreiks zu gewinnen. Bei spontan ausbrechenden Kämpfen müssen wir sofort den Massen die richtigen politischen Lösungen geben, um diese Aktionen auf eine höhere Stufe des Klassenkampfes zu steigern.

Von größter Bedeutung für die Heranführung des Proletariats an den Generalstreik sind politische Streiks gegen Verhaftungen, für die Freilassung der politischen Gefangenen, gegen Arbeitermord, für die Vertreibung faschistischer Terrorgruppen aus den Betrieben und Arbeitervierteln, für die Wahl unabhängiger Betriebsräte.

Die Partei muß noch stärkere Anstrengungen machen, um bei der sich schnell zuspitzenden Lage, der wachsenden Massenempörung, vor allem in den Betrieben, jedem Zurückbleiben hinter der Möglichkeit der Gewinnung der Führung in spontanen Massenkämpfen vorzubeugen. Bei jeder Wendung der Ereignisse muß unsere Partei fähig sein, die Situation für die maximale Steigerung des revolutionären Massenkampfes auszunutzen. Der Ueberzug von der allgemeinen Agitation zur Aktion, die konkrete Organisation von Teil- und Massenkämpfen gegen alle Formen des faschistischen Angriffs, vor allem die Organisation und Führung von Streiks ist die Achse unserer gesamten Massenpolitik, ist der Weg, die Massen an die großen Klassenschlachten heranzuführen.

### Die Organisation der betrieblichen Kämpfe.

Das erfordert, daß wir gewissenhaft und besser als bisher, die örtlichen und betrieblichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und die Ursachen der Massenunzufriedenheit untersuchen, rechtzeitig die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen formulieren, die Massen für die Erklämpfung ihrer Tagesinteressen in den Kampf führen (Proteste, massive Resistenz, Betriebsdemonstrationen, Streiks für ökonomische und politische Forderungen, Straßendemonstrationen, Massenkundgebungen der Erwerbslosen auf den Stempelstellen u. a. m.). Zur Führung dieser Kämpfe, zur Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter, der früheren ADGB-Mitglieder und christlichen Gewerkschafter und anderer Arbeiter aus der «Arbeitsfront» sollen betriebliche Einheitsfrontorgane (Delegationen, Lohn- und Tarifkommissionen, Akkordkommissionen) gebildet und illegale Streikleitungen durch den Vertrauensmännerkörper der Belegschaft gewählt werden.

Jeder Streik für Teilforderungen hebt heute die Austragung der sich äußerst zuspitzenden Klassengegensätze auf eine höhere

Stufe. Eine Massenbewegung von Teilstreiks oder ein Massenstreik (wie z. B. der B'G-Streik 1932) und erst recht ein politischer Massenstreik bringt alle durch den Faschismus nach innen getriebenen Widerstandskräfte zum Ausbruch, das flache Land und die schwankenden Schichten des Kleinbürgertums in Bewegung. Der gerade für die gegenwärtige Periode wichtige Hinweis Lenins, über die gegenseitige Abhängigkeit des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, der Verbindung zwischen wirtschaftlichen und politischen Teilforderungen (z. B. Verbindung des Kampfes gegen Lohnabbau mit dem Kampf für Versammlungs- und Streikfreiheit und der Freilassung der politischen Gefangenen usw.) müssen die Kommunisten stärker beachten. Falsch ist eine solche Auffassung, daß erst die ganze Arbeitermasse eines Ortes oder Gebiets in den Wirtschaftskampf einbezogen werden müsse, ehe mit politischen Streiks und Massendemonstrationen begonnen werden könne. Falsch ist auch die sogenannte «Stufenlehre», wonach die Proklamierung des Generalstreiks ohne vorherige Einbeziehung aller einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse in den Streik abgelehnt wird.

Angesichts des in Kraft tretenden erzkonservativen Arbeitsgesetzes und der Zerschlagung der Tarifverträge gilt es, Streiks zu organisieren gegen jeden Lohnabbau, gegen die Sklavenbedingungen der Werkstarife, gegen Leistungslohn, gegen alle Formen von Zwangsabgaben, für Teuerungszulagen, für Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung, gegen Entlassungen, gegen den faschistischen Unternehmer-Vertrauensrat, für die freie Wahl der von der Belegschaft selbst aufgestellten unabhängigen Betriebsräte, für Koalitions-, Versammlungs- und Streikfreiheit, gegen jede Maßregelung von Antifaschisten, gegen den faschistischen Betriebsterror, für die Schaffung eines illegalen Vertrauensmännerkörpers im Betrieb, für die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften.

In stärkerem Maße müssen wir die werktätigen Frauen mobilisieren gegen die Entlassungen, gegen den Familienlohn, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen den militärischen Drill, gegen die faschistische Kriegstreiberei, gegen Teuerung und faschistische Entrechtung der werktätigen Frauen.

### Die Arbeit auf dem Lande, in den Arbeitervierteln und Stempelstellen

Auf den Dörfern ist es notwendig, durch systematische Agitation, auf den großen Gütern, durch Organisation von Betriebs- und Ortspatenschaften mit den Landarbeitern bestimmter Betriebe und Dörfer, Gütezellen aufzubauen, Vertrauensleute zu gewinnen und die unabhängige Klassengewerkschaft der Landarbeiter zu schaffen. Die Verstärkung der revolutionären Massenarbeit unter den Landarbeitern ist eine Grundbedingung für die Gewinnung der Massen der Kleinbauern und der Neutralisierung der Mittelschichten.

Auf den Stempelstellen und in den Arbeitervierteln gilt es, Demonstrationen und Massenkämpfe zu entfachen gegen den faschistischen Unterstützungsraub und Arbeitsdienst, gegen den faschistischen Arbeitsbeschaffungsbetrug, der nur eine Profitbeschaffung auf Kosten der Erwerbslosen und Arbeiter ist, für die Öffnung der Lebensmittelspeicher, Kartoffelmüden und Kohlenhalden und Verteilung dieser Vorräte an die hungernden und frierenden Massen.



Unter der Führung der illegalen Erwerbslosenanschlüsse gilt es, die Erwerbslosen-Aktionen bis zur Massenkonfiskation von Lebensmitteln, Kleidung und Brennmaterial in den großen Lagern zu steigern. In den Warenhäusern, auf den großen Gassen und Zeeben müssen diese Aktionen mit den betrieblichen Kämpfen verbunden werden.

Die Frauen und Mädchen mobilisieren wir für den Kampf gegen den Unterstützungsbetrag, für unentgeltliche Lieferung von Kohlen und Kleidung, für Milch und Lebensmittel für die Kinder.

In den Arbeitsdienstlagern ist unsere Aufgabe die Entfesselung der Widerstandsbewegungen und Massenmeutereien gegen den militärischen Drill und die faschistische Kulturbereinigung, für besseres Essen, vollen Tariflohn, bezahlten Urlaub, ausreichende sanitäre Anlagen, Anerkennung selbstgewählter Lagerkommissionen und die Steigerung dieser Aktionen bis zur Sprengung der Arbeitsdienstlager.

#### a) Die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften, eine Grundbedingung des Sieges der Arbeiterklasse

Alle objektiven Voraussetzungen zur Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften sind gegeben. Die «Arbeitsfront» ist ein Vollzugsorgan des Monopolkapitals, eine Organisation des Lohnraubes, eine Form der Besteuerung, eine Zwangsuniformierungs- und Krieginstitution. «Sie ist nicht die Stärke der materiellen Fragen des täglichen Lebens» (Ley). Sie verkündet das Programm ihres Kommandeurs, des «Generalrats der Wirtschaft»: Steigerung des Profits. Der Umbau der «Arbeitsfront», die Zerschlagung der Verbände, die Schaffung der «Feierabend-Bewegung» ist gegen die Gefahr des gemeinsamen Handelns der Arbeiter, gegen «das Aufkommen betriebslicher Ideen» (Ley) gerichtet, bedeutet die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Einrichtungen, den Millionendiebstahl aus den Gewerkschaftskassen, erleidet den Raub des Feierabends und die Ablenkung vom Klassenkampf. Zur Krone der Betriebsarbeit soll der Militärdrill nach Arbeitslosenschluß kommen. Das neue «Arbeitsgesetz» soll dem Unternehmer die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter durch ihre völlige Entrechtung erleichtern. Schrankenloseste Unterdrückung und Ausbeutung durch das Finanzkapital im Namen der «Betriebsgemeinschaft» zwischen Arbeitern und Unternehmern ist der Zweck des Gesetzes.

In den Massen wächst der Wille zur Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften. Die Organisation der revolutionären Massengewerkschaften ist entscheidend abhängig von der Fähigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die Massen der früheren ADGB-Mitglieder und christlichen Gewerkschaftler für die revolutionäre Gewerkschaftspolitik und die Schaffung von Betriebsgruppen der unabhängigen Klassengewerkschaften zu gewinnen.

Die Kommunisten in der RGO und in den illegalen Gewerkschaften haben die große Aufgabe, die Gewerkschaftsmassen für den Kampf um das soziale und nationale Befreiungsprogramm der KPD zu gewinnen, den reformistischen Einfluß unter den früheren ADGB-Mitgliedern zu überwinden, durch die zielbewußte Arbeit der kommunistischen Fraktion dahin zu wirken, daß die früheren ADGB-Mitglieder als Funktionäre der RGO und Organisatoren der Betriebsgruppen der unabhängigen Klassengewerkschaften herangezogen werden.

Die Gewerkschaftsarbeit ist die wichtigste Massenarbeit der Partei. Vor den Kommunisten steht die Aufgabe, jede oppositionelle Bewegung, jeden Widerstandswillen, jede Kampfbewegung und die Organisation aller Formen von Einheitsfrontorganen (Betriebskomitees, Lohnkommissionen, Erwerbslosenanschlüsse, Arbeitsdienstlager-Kommissionen usw.) zum Zwecke der Entfesselung und Steigerung von Kämpfen, zur Schaffung von Betriebsgruppen der unabhängigen Klassengewerkschaften mit Jugendsektionen, auszunutzen. Das ZK der KPD erklärt angesichts des starken Zurückbleibens unserer RGO-Arbeit, daß die RGO und die roten Verbände die wichtigsten Träger und der entscheidende Hebel des Aufbaus der Klassengewerkschaften sind. Die Hauptschwäche der RGO ist die Vernachlässigung der Gewinnung der bisher in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeitskollegen. Dadurch wurde auch die Schaffung unabhängiger Vertrauensleute in den Betriebsabteilungen gebremst.

#### Revolutionäre Oppositionsarbeit in der «Arbeitsfront»

Die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit verpflichtet jeden Kommunisten, revolutionäre Oppositionsarbeit in der «Deutschen Arbeitsfront» zu leisten und alle Möglichkeiten zur Organisie-

rung der Opposition auszunutzen. Nicht durch individuelle Einzelaktionen, sondern durch Schaffung einer Massenoppositionsbewegung, durch kollektiven Massenkampf mit dem Ziele der Sprengung der «Arbeitsfront», fördern wir die Schaffung der unabhängigen Klassengewerkschaften. Durch systematische Oppositionsarbeit in der «Arbeitsfront» führen wir breite Massen zum Kampf gegen den Raub des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter und sonstiger gewerkschaftlicher Rechte, gegen den Zwang der Anschaffung der «Festanzugs»-Uniform, gegen jeden Raub des Feierabends durch die faschistischen Veranstaltungen, gegen den Raub der sozialen und gewerkschaftlichen Illfiekassen, für die Kontrolle der Beitragsverwendung durch die Mitglieder, für die Weiterzahlung der ehemaligen Gewerkschaftsunterstützungen, für die Unabhängigkeit und freie Wahl der Betriebsräte, für kollektive Beitragsverweigerung und Abführung der Beiträge an betriebliche Streikkassen.

Die ADGB-Bürokratie mit Leipart an der Spitze, versucht mit Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen, der Brandlerianen und Trotzkisten aufs neue, unter Verwendung revolutionär drapierter Phrasen, sozialfaschistische Gewerkschaftsgebilde aufzubauen. Die Politik der Arbeiterschaft und des Streikbruchs durch die Leipart, Ulrich und Konsortien, ihre Politik der «Wirtschaftsdemokratie», der Zwangsstatuten, des Schlichtungswesens und der Auslieferung der Gewerkschaften an den Faschismus soll in neuer Form und mit neuen Phrasen fortgeführt werden. Zur Verschleierung ihres Arbeiterverrats erklären sie demagogisch, es sei überflüssig, jetzt über die Politik der Gewerkschaften zu sprechen, das könne später geschehen. So wollen sie wieder die Funktionen besetzen, um ihre verräterische Politik, ohne die der Faschismus niemals mit seinem reaktionären Arbeitsgesetz die Arbeiter hätte bedrohen können, weiterzuführen. Wo solche Gruppen bereits bestehen, müssen wir durch revolutionäre Arbeit in diesen, auf dem Boden der gemeinsamen Kampforganisation mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären diese Gruppen erobern und für die Angliederung an die Klassengewerkschaften gewinnen.

#### b) Gegen die sozialdemokratische Politik der Spaltung für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse!

Die Sozialdemokratie versucht, ihre Kapitulation vor dem Faschismus, ihre bankrotten Theorien (Wirtschaftsdemokratie, friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus usw.) durch «linke» Phrasen zu verschleiern. Nachdem die SPD mit ihrer reformistischen und «demokratischen» Politik Bankrott gemacht hat und die letzten demokratischen Rechte und sozialen Erwerbserhalten der Arbeiter (Tarife, Versammlungs- und Koalitionsrecht, Sozialversicherung, Betriebsräte, Wahlrecht) dem Faschismus ausliefert, will sie mit Scheinradikalen Phrasen ihre Spaltungspolitik in der Arbeiterklasse fortsetzen.

Unter den Bedingungen des revolutionären Aufschwungs, der fortschreitenden Formierung der proletarischen Klassenarmee, des gemeinsamen Kampfes der sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten und des Eintritts zahlreicher sozialdemokratischer Arbeiter in die KPD, will die Sozialdemokratie durch ihre neuerliche «programmatische Erklärung», durch die Propaganda der «Demokratie» und des «Abwartens» die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter verhindern. Weil der Wille der Massen zum Kampf gegen die kapitalistische faschistische Herrschaft wächst, deshalb tritt die SPD mit ihrem Programm der Verteidigung der Kapitalherrschaft hervor, das die «Enteignung» der Kapitalisten durch den Stimmzettel fordert. Der sozialdemokratische Parteivorstand biedert sich dem Faschismus als Spezialist zur Irreführung und Entwaffnung der Arbeiter, zum Kampf gegen den Kommunismus, an. Der Prager SPD-Vorstand erklärte unter anderem, diese Politik sei notwendig «um Deutschland nicht dem bolschewistischen Chaos verfallen zu lassen».

Die sozialdemokratische «Erklärung» bedeutet die Fortsetzung der alten Politik der «Umwandlung des Staates» mit dem Stimmzettel nach dem Muster der Hilferding-Severing. Darum ist auch in der «Erklärung» kein Wort darüber enthalten, was die Arbeiter gegen den Faschismus tun sollen, sondern sie predigt das «Abwarten», bis durch die Spontaneität der Bewegung der Stimmzettel zum «Kampf» ausgenutzt werden könne. Weil die SPD die kapitalistische Gesellschaft erhalten will, deshalb predigt sie das «Abwarten», das «Nicht-Kämpfen-können», deshalb redet sie über eine entscheidende Niederlage der Arbeiterklasse und über die «Epoche des Faschismus».

Sie führt einen haßerfüllten Kampf gegen die kommunistische Lösung der Rätemacht und ist völlig verbunden mit der Politik der II. Internationale, der Bundesgenossen der imperialistischen Räuber. Sie schweigt über die grandiosen sozialistischen Erfolge der Sowjetunion und führt gegen diese eine unausgesetzte Hetze, weil sie auch mit den kapitalistischen Mächten eng verbunden ist.

Der Versuch einer illegalen Reorganisation der Sozialdemokratie als einer angeblich «revolutionären Sozialdemokratie» mit einem «neuen Programm», der Ruf der Gesellschaft von Trotzkisten, SAPisten und Brandleristen nach einer neuen Partei und einer «II. Internationale», ist auf nichts anderes eingestellt, als die Spaltung der Arbeiterklasse noch zu vertiefen, die historische Schuld der SPD an der Aufrichtung der Hitler-Diktatur zu verschleiern und Reservestellungen dafür zu schaffen, dem Kapitalismus bei den ersten Anzeichen der Zerschmetterung der faschistischen Diktatur zu Hilfe zu eilen, um die proletarische Revolution und die Aufrichtung eines Räte-Deutschlands zu verhindern.

Gegen alle Versuche zum Wiederaufbau der SPD

Es ist deshalb die Aufgabe der KPD und des revolutionären Proletariats, jeglichen Wiederaufbau der SPD unmöglich zu machen. Die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen und alle anderen Arbeiter, die die SPD unterstützen, müssen wir darüber aufklären, daß sie mitverantwortlich an der Verhinderung der Befreiung der Arbeiterklasse sind, wenn sie die SPD unterstützen und ihren Wiederaufbau ermöglichen. Wir erinnern die sozialdemokratischen Arbeiter daran, daß wir schon 1918 hätten ein Räte-Deutschland aufrichten und damit den Faschismus hätten verhindern können, wenn nicht die SPD mit Unterstützung der Arbeiter ihre konterrevolutionäre Politik der Spaltung der Arbeiterklasse und der Stärkung der Kapitalismacht getrieben hätte. Hätte die Sozialdemokratie im Juli 1932, im Januar und März 1933 das Angebot der Kommunisten zum Generalstreik gegen den Faschismus angenommen und nicht die Arbeiter davon zurückgehalten, gäbe es heute keine Hitler-Diktatur, sondern es wären die Bedingungen für die Machteroberung durch die Arbeiterklasse vorbereitet worden. Weil die SPD das Haupthindernis für den Sieg der proletarischen Revolution ist, deshalb muß die Sozialdemokratie zerschlagen und damit die Weiterführung ihres Arbeiterversates von 1918 bis 1932 unmöglich gemacht werden.

Jedes rechtsopportunistische Schwanken innerhalb unserer Partei in der Form der Unterschätzung der Rolle der SPD als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und der Unterschätzung der sozialdemokratischen Reorganisationsversuche (als angebliche «Übergangsstadien» zur KPD), ein Nachgeben oder Zurückweichen gegenüber den Treibern der Brandleristen, eine Politik der Abschwächung oder Leugnung der revolutionären Perspektive wären erste politische Fehler, die entschieden bekämpft werden müssen. Ebenso sind die sektiererischen Stimmungen, die der Gewinnung der SPD-Arbeiter entgegenwirken («die SPD-Arbeiter kommen von selbst zu uns» oder «mit ihnen ist nichts anzufangen») zu überwinden. Entsprechend dem Offenen Brief des ZK der KPD an die SPD-Arbeiter vom Juli 1932 («Niemand mehr zurück zu Weimar! Vorwärts zur Arbeiter- und Bauernrepublik») erklären wir den sozialdemokratischen Arbeitern, daß die Wiederaufrichtung sozialdemokratischer Organisationen (Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen), daß die trotzkistischen und brandleristischen Gruppen oder die Vereinigung dieser Gruppen mit der SPD, zu einer «neuen Partei» nur der Spaltung der Arbeiterklasse dienen.

Wir setzen unsere ganze Kraft ein zur ideologischen Ueberzeugung der sozialdemokratischen Klassengenossen und ihrer Heranziehung zum revolutionären Kampf. Wir schaffen Diskussionsgruppen und -Zirkel, gewinnen sozialdemokratische Arbeiter und Jungarbeiter für die gemeinsame Verteidigung unserer revolutionären Literatur, überzeugen sie von der Notwendigkeit der sofortigen, gemeinsamen, lüglichen Kampforganisation gegen den faschistischen Klassenfeind und von der Notwendigkeit der unmittelbaren Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Wir schaffen mit ihnen in den Betrieben Einheitsfrontorgane und übertragen ihnen Funktionen in den revolutionären Massenorganisationen, insbesondere der RGO und den unabhängigen Klassengewerkschaften und gewinnen sie als Mitglieder der KPD und des KJVD, als Mitglieder der Kommunistischen Internationale.

### c) Gewinnt Verbündete in Stadt und Land für die Volkrevolution

Der Sieg des Proletariats ist nicht möglich ohne die Lösung breiter werktätiger Massen aus der Gefolgschaft des Faschismus. Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Kommunisten unausgesetzt und mit wachsender Kraft die Tagelöhner aller Schichten, der werktätigen Bauern, der unteren und mittleren Angestellten und Beamten, des städtischen Mittelstandes, vertreten. Die Empörung unter den Mittelschichten wächst täglich. Hitler hat ihnen Senkung der Lasten und höhere Einnahmen versprochen, aber er hat ihnen nur größere Not gebracht.

Die Gewinnung der Verbündeten für die Volkrevolution erfordert von allen Kommunisten, daß sie in den faschistischen Massenorganisationen der Bauern und des Mittelstandes eine kluge und beharrliche Aufklärungsarbeit leisten und den werktätigen Massen als Helfer und Führer mit allen unseren erprobten Kampf- und Organisationserfahrungen zur Seite stehen.

Besonders die schnelle Differenzierung im Dorfe, die katastrophale Lage der Dorfarnut erleichtert uns die Gewinnung der Zwerg- und Mittelbauern. Unter Anleitung und Kontrolle der Partei sollen die revolutionären Elemente im Dorfe und den faschistischen Massenorganisationen die Agrarpolitik des Faschismus als Raub des kleinbäuerlichen Eigentums durch Junker und Monopolkapital entlarven und das Agrarprogramm der Sowjets, durch das die Kollektivbauern zur Wohlhabenheit geführt werden, propagieren. Sie müssen die Massen in den Kampf führen unter den Losungen:

Keinen Groschen Abgaben, Steuern oder Zinsen! Verhinderung aller Pfändungen! Vor die Rathäuser und Finanzämter! Holt Euch Düngemittel und Saatgetreide aus den Lagern der Großgüter! Holt Euch Holz aus den Wäldern! Treibt das Vieh auf die Weiden der Großgrundbesitzer! Kämpft für die entschuldigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und Übernahme des Grund und Bodens durch die Landarbeiter, Dorfarnut und Kleinbauern! Schafft Bauernkomitees auf dem Dorfe!

Wir helfen dem städtischen Mittelstand in der Organisation der Kämpfe zur Verhinderung von Pfändungen, gegen Zwangsabgaben, für die Mietsherabsetzung gewerblicher Räume, für Verweigerung der Zinszahlung an Banken und Großgläubiger, für die Zahlungsverweigerung der Bürger-, Getränke- und Umsatzsteuer, für Herabsetzung der Licht- und Zählermiete und der Benzinsteuer. Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter helfen dem gewerblichen Mittelstand bei der Schaffung illegaler Kampfszusammenschlüsse. Auch der Kampf gegen die faschistische Kulturbarbarei (Kasernenhof statt wissenschaftliche Fortbildung, Rassenverfolgung, Sterilierungsgesetz und andere mehr), ist vor allem ein mobilisierender Faktor zur Gewinnung und Neutralisierung der akademischen Jugend und der Kleinbürgerlichen Intelligenz.

In allen Schichten des werktätigen Volkes, vor allem auch unter den von Hitler geprellten kleinen und mittleren Angestellten und Beamten wecken wir den berechtigten Haß gegen das faschistische Großverdienstertum der oberen Staats- und Verwaltungsbürokratie, gegen die Riesengebäude, gegen die Verschwendung von Steuergroschen für die faschistischen Paraden und Feste und gegen die Erhaltung der faschistischen Bürgerkriegsarmee gegen die Arbeiter.

### d) Proletarischer Internationalismus

Gegen Chauvinismus und Imperialistischen Krieg! Die Kommunistische Jugend voran!

Der Chauvinismus spielt in der faschistischen Demagogie die gefährlichste Rolle. Durch ihn soll die Gärung, Unzufriedenheit und Empörung der Massen in die Bahnen der Kriegsbegeisterung übergeleitet, die Kapitaloffensive gegen das eigene Volk verschleiert und die wachsende Not nur als die Folge der Ausplünderung durch die Versailler Räuber hinstellt werden. Der Faschismus versucht die werktätigen Massen auch dadurch zu betrügen, daß er, wie bei dem sogenannten «Volksplebiszit» am zwölften November, ihnen erklärt: «Wer für Hitlers Außenpolitik stimmt, kämpft für Arbeit und Brot.» Der Faschismus macht sich auch die von der SPD erzeugten betrügerischen pazifistischen Stimmungen zunutze, indem er seine Aufrüstungen und Kriegsvorbereitungen als Ausdruck seines «Friedenswillens» bezeichnet.

Inmitten dieser Hochflut chauvinistischer Verhetzung reißen wir Kommunisten das Banner des proletarischen Internationalismus.

nalismus um so böser empör. In seinem Zeichen schließen wir die Weltfront des Klassenkampfes, der brüderlich vereinten Proletariat der ganzen Welt, Schritt an Schritt mit der unbesiegbaren Roten Armee der Sowjetunion, mit den Roten Armeen Sowjetchinas, um gegen die Weltfront der imperialistischen Kriegsbeträger, gegen den imperialistischen Krieg und für seine Umwandlung in den Bürgerkrieg zu kämpfen. Wir erstreben in jedem Lande die Niederlage der eigenen Bourgeoisie, den Sieg der proletarischen Revolution.

Wir mobilisieren die breiten werktätigen Massen gegen den imperialistischen Krieg, um dessen Ausbruch durch die proletarische Revolution zu verhindern. Nur durch diesen Kampf wird die Gewähr dafür geschaffen, daß die werktätigen Massen nicht noch einmal die ungeheuren Blutopfer eines imperialistischen Krieges für die Kapitalistenklasse bringen müssen.

Der Kampf gegen Chauvinismus, Aufrüstung und imperialistische Kriegsvorbereitung erfordert von allen Kommunisten und Antifaschisten, daß sie das Beispiel der sozialen und nationalen Befreiung propagieren, wie sie unter Führung der Bolschewiki in der Sowjetunion durchgeführt wurde, die durch die Niederwerfung der eigenen Kapitalisten und Junker den mächtigen, unabhängigen Sowjetstaat geschaffen und durch die gewaltigen Erfolge des sozialistischen Aufbaues und ihrer konsequenten Friedenspolitik bis heute die Völker der Welt vor dem blutigsten, imperialistischen Gemetzel bewahrt haben.

Die Kommunisten sind die energiestärksten Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg. Wir zeigen den chauvinistisch verwirrten werktätigen Massen, daß der Krieg kein Ausweg aus ihrer Notlage ist, sondern daß selbst ein siegreicher Krieg der deutschen Kapitalisten das Elend der Massen nicht beseitigt, sondern nur noch steigert (siehe die Lage der Arbeiter und Bauern in den «Siegerländern» des letzten Weltkrieges: Amerika, England, Frankreich, Italien, Polen). Während Hitler-Deutschland die Arbeiter aller Länder mit Haß erfüllt, ist ein Räte-Deutschland im Kampf gegen Faschismus und Versailles der aktiven Unterstützung des internationalen Proletariats, besonders des Sowjetproletariats sicher, denn ein Räte-Deutschland wird Versailles zerreißen, aber nicht, um andere Völker zu unterdrücken, sondern ihnen bei der Niederwerfung der eigenen Kapitalisten und Kriegsverbrecher zu helfen.

«Ausgehend von der Verteidigung der alltäglichen und wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen» (dreizehntes Plenum), müssen die Kommunisten gegenüber der chauvinistischen Verhetzung der Massen eine alltägliche, konkrete Aufklärungsarbeit leisten (Eullarung der barbarischen Rassenbeurteilung, der ungeläch gemeinsamem nationalen Interessen, hinter denen sich die Profitinteressen der Rüstungsindustrie verbergen. Ueberarbeitung der Massenentwürstung gegen Steuerung und Zwangsabgaben in aktiven Widerstand, in Streiks gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen). Dabei sind unsere Kräfte vor allem auf die Hauptobjekte der Kriegsmaschine des Imperialismus zu konzentrieren (Rüstungsbetriebe, Schwereisen-, Chemie- und Flugzeugindustrie, Eisenbahn, Schifffahrt und Flughäfen). Von größter Bedeutung ist der Kampf gegen die Luft- und Gasechutz-Propaganda durch eine systematische Störung der Luftschutzübungen, Verstärkung der antimilitaristischen Agitation in der Reichswehr und Polizei, besonders unter der SA, SA, dem Stahlhelm und der Hitlerjugend, durch planmäßige Agitation und Aufstellung wirtschaftlicher Forderungen für Urlaub, besseren Lohn, gegen Drill und Vorgesetztenwillkür, gegen die Korruptionsgehälter der Führer.

Das staatliche, faschistische Militärisierungssystem der Jugend, die besonders beharrlichen und teils erfolgreichen Versuche des Faschismus, die werktätige Jugend zu gewinnen, stellen vor die Partei die Aufgabe, gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband, vor allem in den großen, kriegswichtigen Betrieben, unmittelbar die Schaffung von KJV-Zellen zu betreiben, die Gesamtbelegschaft für die konkreten Jugendforderungen zu mobilisieren, Jugendvertrauenskörper und Jugendaktionen der Klassengewerkschaften zu schaffen. Der systematische Kampf in den Arbeitsdienstslagern ist nur dann gesichert, wenn die Partei gemeinsam mit dem KJVD die in den Lagern befindlichen Jungkommunisten zu KJV-Zellen zusammenschließt. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Zellen-, Fraktions- und gruppenmäßige Arbeit in den Massen-Jugendorganisationen der Bourgeoisie. Es gibt zwar zahlreiche Beispiele erfolgreicher Initiative unserer Jungkommunisten, aber gerade auf den gespanntesten wichtigsten Abschnitten der Massenarbeit unter der Jugend ist die Verbindung des KJVD mit den Kampfzentren völlig ungenügend und die Arbeit ohne Systematik. Der KJVD soll und muß eine breitere Organisation

worden als die Partei. Die Partei muß hierzu beitragen, indem sie ihre politische Führung im KJVD verwirklicht und dem Jugendverband die ständige, kameradschaftliche Hilfe und Anleitung gibt.

#### Unser Freiheitskampf an der Saar

Der Chauvinismus tobt sich gegenwärtig in besonderem Maße im Saargebiet aus, das immer mehr ein Knotenpunkt der imperialistischen Gegensätze wird. Die kommunistische Partei führt den unversöhnlichen Kampf gegen diese chauvinistische Verhetzung, gegen den Saarkapitalismus, gegen jede fremdländische Okkupation des Saargebiets durch imperialistische Mächte. Sie kämpft gegen das sich immer mehr faschisierende Völkerbundesregime im Saargebiet. Sie kämpft gegen den Anschluß an das «Dritte Reich» des Hitler-Deutschland, weil sie die Werktätigen des Saargebiets dem faschistischen Blut-Terror der Hitler-Göering nicht ausliefern will. Sie ruft das Proletariat im Saargebiet auf, seinen Kampf gegen die saarländischen Ausbeuter und gegen Polizei- und Faschistenterror mit dem Kampf des deutschen Proletariats für ein Räte-Deutschland zu verbinden. Die kommunistische Partei führt den unversöhnlichen Kampf gegen die sozialfaschistische Kriegspropaganda der SPD, die gemeinsam mit dem Ideologen der 2. Internationale im Saargebiet als Einseitlicher des französischen Imperialismus unter der Losung des Verteidigungskrieges gegen Hitler-Deutschland auftritt, während sie Hitlers Außenpolitik (Abstimmung am 17. Mai 1933 im Reichstag) und Hitlers Forderungen auf Gleichberechtigung zur Aufrüstung unterstützt.

Das ZK der KPD verweist auf die großen Gefahren, die in Teilen der Arbeiterschaft in der Frage des Krieges sich in einem Nachgeben, in Passivität und offenem Opportunismus, gegenüber dem Einfluß des Chauvinismus und der Sozialdemokratie äußern (Erwartung einer Intervention imperialistischer Mächte gegen Hitler-Deutschland statt Massenkampf und revolutionärem Ausweg durch den Kampf um die Sowjetmacht; fatalistische Einstellung von der Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges. «Gegen die chauvinistische Massenstimung ist nichts zu machen.» «Der Krieg allein bringt die Revolution.» «Der Krieg bringt Arbeit»). Andererseits besteht eine große Gefahr in der «linken» Unterschätzung der Kriegsgefahr, vor allem des dringenden Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. (Zum Beispiel als sei es dem Faschismus nicht möglich, den imperialistischen Krieg zu beginnen.)

Es ist die Pflicht aller Kommunisten und als wahrhaft proletarische Internationalisten mit aller Selbstkritik die vorhandenen Unklarheiten an der ideologischen Front und in unserem Tageskampf zu liquidieren, unbeirrbar und unversöhnlich gegenüber allen Schwankungen und klassenfeindlichen Einflüssen in der Frage des Krieges und des Chauvinismus auszurufen und unbedingt auch dann gegen den Strom zu schwimmen, wenn der Chauvinismus vorübergehend Millionen von Werktätigen erfaßt.

#### e) Kampf gegen den faschistischen Blut-Terror!

Im faschistischen Deutschland wurden seit Hitlers Regierungsantritt 2500 Proletarier ermordet und bereits über 60 Todesurteile gefällt. Meuchlings ermordet wurden die Genossen des Zentralkomitees, John Scheer, Stenzer und Lux und eine große Anzahl anderer führender Funktionäre. 130 000 Kommunisten, antifaschistische Arbeiter werden in den Konzentrationslagern und Gefängnissen von den SA-Banden geschunden und gefoltert. Es ist die Aufgabe der Kommunisten und aller Antifaschisten, die Massen mit einem tiefen Haß zu erfüllen, einen unablässigen, nie versagenden Kampf gegen die faschistischen Greuel an den roten Freiheitskämpfern und für deren Befreiung zu führen. Mit der Waffe des politischen Protest- und Massenstreiks, und der Massendemonstrationen muß die Befreiung der verhafteten Klassenkämpfer erzwungen werden. Das Leben der Arbeiter und der kommunistischen Führer und Funktionäre muß durch die von den Arbeitern geschaffenen Selbstschutzgruppen verteidigt werden. Alle wirtschaftlichen Teilbewegungen verbinden wir mit dem Kampf gegen die Verhaftungen, für die Freilassung der politischen Gefangenen, gegen den Mordterror. Mächtiger als bisher muß der Massenaufmarsch erhalten: *Heraus mit Ernst Thälmann, dem Führer des deutschen Proletariats! Heraus mit Ernst Torgler und allen Antifaschisten!*

#### f) Stärkt die kommunistische Partei, die eiserne Kohorte der Revolution!

Zum fünfzehnten Male jährte sich der Tag, an dem die revolutionären deutschen Arbeiter unter Führung von Karl Lieb-

knecht und Rosa Luxemburg, im Pulverdampf der Novemberrevolution ihre Partei begründeten. Mit Hilfe der Partei der Bolschewiki und der Komintern und unter der bolschewistischen Führung des Genossen Ernst Thälmann, im unveröhnlichen Zweifrontenkampf wurde unsere Partei zur mächtigen Waffe des deutschen Proletariats, mit der sie aus tiefster Illegalität heraus den Sturz der faschistischen Diktatur organisiert.

Eine der Grundbedingungen für die Stärkung unserer Partei ist der Kampf gegen den Opportunismus. Im Kampf gegen den Rechtsopportunismus als der Hauptgefahr, wurden den parteifeindlichen Machenschaften der *Remmele-Neumann-Gruppe*, dieser Trägerin kleinbürgerlicher Kapitulationsstimmungen vor dem Faschismus, diesen Helfern des Sozialfaschismus, durch die gesamte Partei eine vernichtende Abfuhr erteilt. Der Rechtsopportunismus, vor allem der Versuch, dem Proletariat die revolutionäre Perspektive zu nehmen, den Kampf gegen die verräterische Sozialdemokratie abzuschwächen, bleibt auch weiterhin die Hauptgefahr innerhalb der Partei. Aber die Wachsamkeit der Partei muß gleichzeitig auch gegen den sich «links» drapierten Opportunismus, gegen das Seklierertum, gerichtet sein, das die einschlässige Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, die Massengewinnung der sozialdemokratischen und ehrlichen Arbeiter, insbesondere bei dem Aufbau der unabhängigen Klassengewerkschaften hemmt und die notwendige Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen («Arbeitsfront», Wehrformationen, Sportler, Hitler-Jugend) unterschätzt.

Die Organisation der Teilkämpfe, Streiks und Massenkämpfe des Proletariats, die Durchführung politischer Massenkämpfe, macht eine stärkere, systematische Anleitung vor allem der *Betriebszelle* notwendig. Das Zentralorgan der Partei, die «Rote Fahne», die Bezirkszeitungen, die revolutionäre Gewerkschaftspressen und unsere Literatur müssen deshalb in erster Linie unter den Betriebsarbeitern verbreitet und durch aktive Mitarbeit der Arbeiterkorrespondenten aus den Betrieben zu wirklich revolutionären Arbeiterzeitungen werden.

Die Stärkung der Kampfkraft der Partei bedingt eine *schnellere Heranbildung neuer Kader* durch Ergänzung der Leitungen, fortlaufende Schulung von Funktionären und Verbesserung des Schutzes der Kader. Bei maximaler Sicherung der Partei vor Spitzeln und Provokateuren ist eine *ständige Werbung* insbesondere von Betriebsarbeitern und Arbeiterinnen für die Partei unerlässlich. Die Parteizellen müssen den Aufbau von *Frauenklubs* in der Partei in Angriff nehmen, die ihrerseits einen Ring sympathisierender Frauen um sich scharen, um unsere Massenarbeit zu verstärken und durch den Terror und vor allem bei Kriegsausbruch entstehenden Lücken auszufüllen.

Die Parteileitungen müssen noch stärker als bisher als *operative Kampfleitungen* wirken und vor allem die Parteiarbeit in den Großbetrieben und an den Stempelteilen anleiten. Die ungenügende Verbindung mancher Parteileitungen mit den entscheidenden Schichten des Proletariats zeigt sich in dem oft sehr allgemeinen Charakter der Bezirks- und Ortszeitungen. Die Führung des Kampfes auf Grund unseres Programms der sozialen und nationalen Befreiung erfordert aber die Konkretisierung unserer Forderungen und Taktik für die einzelnen Betriebe, Industriegruppen und Schichten der werktätigen Bevölkerung. Dabei müssen wir verstehen, uns auf die systematische Durchführung der wichtigsten Aufgaben, der Bearbeitung der Knotenpunkte des Klassenkampfes zu konzentrieren.

Die Hauptabsichtung der Parteiarbeit muß auf die Betriebe, auf die Anleitung, Unterstützung und Schaffung von Betriebszellen gerichtet sein. Die Durcharbeitung und Aneignung der Parteibeschlüsse durch die Betriebszellen verstärkt die selbständige Kampfinitiative der Zellen, eine der Hauptbedingungen unserer Massenarbeit in der Illegalität. Schluß mit den Tendenzen, die Parteiarbeit von den Betrieben in die Wohnbezirke zu verlegen! Die Zerschlagung der Tarife, die betriebliche Bestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zwingen uns mehr denn je, den Betrieb zur Basis der gesamten Partei zu machen, die politischen Losungen in die Betriebe zu tragen und mit den kleinsten wirtschaftlichen Forderungen im Betrieb zu verbinden. Es gilt den Kampf gegen das Auftreten der faschistischen Bonzen in den Betriebsversammlungen zu führen, jede Versammlung durch rechtzeitige Agitation für unsere Kampflosungen, durch Formulierung von Fragen, durch Erzwingung der Diskussion und Sprengung der Versammlung zur Tribüne unseres Kampfes gegen den Faschismus zu machen. Die regelmäßige Herausgabe der Betriebszeitung ist dabei das wichtigste Mittel zur breitesten Mobilisierung und Kampforganisation der Belegschaft.

Die illegalen, revolutionären Massenorganisationen haben im Kampf zum Sturz des Faschismus als Transmission der Par-

tei zu den breitesten Massen, große Aufgaben zu erfüllen. Die kommunistischen Fraktionen sollen in allen Massenorganisationen aktiv mitwirken bei der Konkretisierung des Kampfes unser Befreiungsprogramm für das besondere Tätigkeitsgebiet der einzelnen Massenorganisationen. Die Leitungen der Massenorganisationen müssen befähigt werden, aktiver auf die Ereignisse zu reagieren und durch rechtzeitige Mobilisierung der Massen für unsere Kampfforderungen der Oppositionsbewegung in den faschistischen Organisationen Wege und Ziel zu geben.

Das ZK der KPD stellt vor der gesamten Partei, vor allen revolutionären Arbeitern mit allem Nachdruck die Frage des aktiven Kampfes gegen die Provokateure und Spitzeln bis zur Unmöglichkeit ihrer Arbeit. Die Reichstagsbrandprovokation war für die Hitler-Regierung nicht eine vorübergehende Episode, sondern Methode und System im Kampf gegen die revolutionäre Vorhut. Neue Provokationen drohen bei wachsender Ermüdung der faschistischen Diktatur.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, bei Kenntnis beabsichtigter Provokationen, von Spitzeln, Ueberläufern usw., die nächst erreichbaren Leitungen der Partei oder Parteigenossen sofort zu informieren. Es ist die selbstverständliche Pflicht des Revolutionärs, bei einem «Verhör» durch die faschistischen Handlanger nichts auszusagen. Es muß eine unbedingte Regel in der Partei sein, daß kein Parteigenosse mehr von der inneren Organisation weiß, als zu seiner Arbeit erforderlich ist.

Das bolschewistische Auftreten des Genossen Georgi Dimitrow vor dem faschistischen Blutgericht ist für alle Kommunisten ein leuchtendes Vorbild. Allen gegen die Partei gerichteten Verleumdungen durch die faschistischen Richter und gekauften Zeugen schleuderte er sein revolutionäres Bekenntnis entgegen: «Das höchste Gericht ist für mich das Programm und die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale!»

Der Vormarsch unserer Partei, die Verbundenheit der Massen mit ihr, kann durch den Terror der faschistischen Brandstifter- und Mörder-Regierung nicht gebrochen werden. Das wird ihnen ebenso wenig mit dem sogenannten «Hoheerratsprozeß» gelingen, den die faschistischen Katastrophepolitiker jetzt mit Hilfe von Polizeispitzeln, einigen künftlichen Subjekten und Ueberläufern aus der Partei gegen den Führer der Partei, Genosse Ernst Thälmann, durchführen wollen. Dieser Prozeß wird dem Genossen Ernst Thälmann gemacht, weil er das soziale und nationale Befreiungsprogramm zur Rettung der deutschen werktätigen Massen, weil er das Bauernprogramm verkündete und der Führer der Arbeitermassen zur proletarischen Revolution ist. Die faschistische Henkerregierung sieht den Vormarsch der revolutionären Bewegung, sieht den steigenden Einfluß der KPD. Darum sucht sie diesen Vormarsch durch Verleumdungen, Massenterror und Ermordung der besten Führer des Proletariats aufzuhalten. Darum würde auch unser Genosse John Scherr als einer der engsten Mitarbeiter des Genossen Ernst Thälmann neulichs ermordet. Wie die konterrevolutionäre Kerenski-Bande 1917 den Genossen Lenin als einen Spion des deutschen Kaisers bezeichnete, so versucht auch die Hitler-Regierung mit den niederträchtigsten Methoden der Verleumdung und der Lüge die Partei und ihre Führer bei den Massen zu diskreditieren.

Die Partei und ihr Zentralkomitee, die Massen der antifaschistischen deutschen Arbeiter, werden alle diese Pläne der Hitler-Regierung durchkreuzen. Sie bleiben auch durch die dicksten Kerkermauern hindurch unlösbar verbunden mit dem Führer des deutschen Proletariats, dem Genossen Ernst Thälmann und mit allen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen schmachtenden Kampfgenossen. Sie werden ihre Befreiung durch den revolutionären Kampf erzwingen. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die eiserne Kohorte der Revolution hält das Banner des proletarischen Befreiungskampfes fest in ihren Händen! Die Sache der deutschen Arbeiterklasse, der Kommunismus wird siegen!

Es lebe die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse!  
Macht die KPD zur einzigen Massenpartei des Proletariats!  
Formiert die Millionennies zum Kampf um die Rätewacht!  
Alles für die Verteidigung der Sowjetunion!  
Vorwärts zum Siege unter dem Sturmbanner der Kommunistischen Internationale!

Berlin, den 5. Februar 1934.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

# Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland

Vom Zentralkomitee der KPD wird uns geschrieben:

## I. Einige entscheidende Merkmale

Auf dem XIII. Plenum des EKKI wurde bereits mit Recht darauf hingewiesen, daß der neue revolutionäre Aufschwung in Deutschland nicht mit den Maßstäben der vor-hitlerischen Zeit, nicht mit Streik- und Demonstrations-Statistiken, Tabellen usw. zu messen ist. *Genosse Manuilski* bezeichnete insbesondere solche Versuche, mit Zahlen und Diagrammen den revolutionären Aufschwung «festzustellen», als eine Abweichung, die schlimmer sei als parlamentarischer Kretinismus. Die vorwärtsdrängende revolutionäre Klassenbewegung in Deutschland ist ein dialektischer Prozeß. Man muß die vielfältigsten Formen des Aufschwunges sehen; man darf nicht nur die Quantität des nach hinten getriebenen Massenmasses, sondern muß auch die Qualität seines Ausdrucks und die neuen Formen seiner Entladung erkennen. — Welche neuen Feststellungen ergeben sich gegenüber der ersten Etappe der revolutionären Entwicklung, wo noch von einem «neu beginnenden revolutionären Aufschwung» gesprochen wurde und der Entwicklung etwa seit dem XIII. Plenum des EKKI (Dezember 1933)?

: Es ist eine stärkere organisatorische Festigung und Verbreiterung der Parteikadern, sowie eine Verbesserung der konspirativen Arbeitsmethoden zu verzeichnen. Der Schritt von der Propagierung zur tatsächlichen Gründung von Betriebseinheiten der Unabhängigen Klassengewerkschaften wird vollzogen. Die Möglichkeiten und tatsächlichen Erfolge in der ideologischen und organisatorischen Gewinnung der SPD-Arbeiter sind bereits stark gewachsen. In den Betrieben ist eine aufsteigende Kurve sowohl der organisierten als auch der spontanen Widerstandskaktionen unter bevorzugter Anwendung insbesondere der passiven Resistenz zu verzeichnen. In den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen, in den Mitgliederzusammenkünften faschistischer Verbände und im allgemeinen öffentlichen Leben (Straße, Geschäft, Eisenbahn) erfolgt bereits ein sichtbarer Durchbruch durch die Mauer des Schweigens und Diskussionsverbotes. Kritik und Empörung äußern sich in *heftigeren* Formen als bisher. Die Massen suchen und finden originelle Ausdrucksformen und Methoden ihres Oppositions- und Wider-

standswillens («Gerüchte», «Anfragen», «Eingaben» usw.). Die gesteigerte Empfindlichkeit und die Zornausbrüche der Nazi-Machthaber sind ein Zeichen für die zunehmende innere Schwächung der Positionen der Hitlerfaschisten. Die Anerkennung der gesteigerten Aktivität und wachsenden Gefährlichkeit der kommunistischen Partei durch die faschistischen Behörden (Gestapo), die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der faschistischen Behauptung: «Der Kommunismus ist tot» und das Eingeständnis Goerings: «Der Bolschewismus arbeitet wie nie zuvor unter der Oberfläche weiter» — das alles sind Symptome des stärkeren Vorwärtsdringens der proletarischen Klassenkräfte in Deutschland.

Eine breite Oppositionsbewegung wächst bereits in den faschistischen Massenorganisationen — vielfach spontan, ohne unsere Führung — heran. Der Faschismus muß mit einer neuen Terrorwelle auf den neuen revolutionären Aufschwung, besonders auf die Widerstandsbewegungen gegen das sklavische «Arbeitsgesetz», antworten, er muß die Stoßrichtung seines Terrors stärker nicht nur gegen die Vorhut, sondern auch gegen die Mehrheit des Proletariat, ja sogar gegen seine einzelnen oppositionellen Nazi-Kadern richten; zu gleicher Zeit verfolgt die Hitlerdiktatur noch intensiver das Ziel der direkten physischen Ausrottung der revolutionären Kader der KPD.

Die Ausdrucksformen der Gärung und Empörung der mittelständlerischen und kleinbuerlichen Schichten, der Übergang zu den Methoden direkter Abgaben- und Spendenverweigerung, der aktive Widerstand auf einer ganzen Anzahl von Dörfern gegen den faschistischen Terror, sind der deutliche Reflex des aufsteigenden proletarischen Klassenwiderstandes. Immer auffälliger wird auch der wirtschaftliche, teilweise revolutionäre Unrearton bei den am Kirchenkampf und an den monarchistischen Restaurationsbestrebungen teilnehmenden kleinbürgerlichen und kleinbürgerlich-städtischen Mittelschichten; insbesondere wächst unter den katholischen Arbeiterschichten der antifaschistische Massenhaß und schlägt stellenweise bereits in revolutionären Haß um.

## II. Erscheinungs- und Ausdrucksformen des revolutionären Aufschwungs

### a) Die aufsteigende Kurve der illegalen Tätigkeit

Noch bis zum Sommer des letzten Jahres produzierten Goering und seine Gestapo die phantastischsten Schwindelmeldungen über die «endgültige Ausrottung der kommunistischen Bewegung». Bei ihrer Machtübernahme «prophezeiten» die Nazi, daß man in kurzer Zeit in Deutschland den Marxismus selbst nicht einmal mehr dem Namen nach kennen würde (!). Als immer wieder Verhaftungen einsetzten, logen die Hitler und Goering, das seien «die letzten Kommunisten». Die nächste Etappe war das bewußte Verschweigen von Verhaftungen und revolutionären Propagandaktionen. Die letzten Wochen und Monate aber haben die Faschisten auch zur Preisgabe dieser Taktik gezwungen:

Dr. Dieckls, der Stellvertreter Goerings in der deutschen Ochrana, mußte Mitte März zugestehen, «daß die Kommunisten bis in die jüngste Zeit recht eifrig an der Arbeit sind, daß die «Rote Fahne» bisher regelmäßig gedruckt erschienen sei und daß «die Aussagen von verhafteten Kommunisten wenig zu enthüllen pflegen». Goering erklärte in einer Unterredung mit dem Souveränitätsminister des «Daily Mail» bereits seine Ohnmacht, den Bolschewismus auszurotten, indem er sagte:

«Die kommunistische Gefahr besteht noch immer. Sie ist nur unter der Erde getrieben. Die kommunistische Gefahr wird so lange schwelen, wie sie nicht in anderen Ländern (!) ausgelöscht ist.»

Die Gestapo hat einen Geheimbericht zur Information der Regierungsämter und Staatspolizeistellen über den «Stand der kommunistischen und marxistischen Bewegung Anfang 1934» verfaßt. Darin heißt es auf Seite 3 unter anderem:

«daß in bestimmten Teilen Deutschlands, und zwar in den dicht bevölkerten und industriellen Bezirken in letzter Zeit eine aufsteigende Kurve der kommunistischen Tätigkeit zu beobachten ist.»

Das vor wenigen Tagen erschienene Nazi-Buch «Die Kommune» bringt eine Wiedergabe der verschiedenartigsten illegalen literarischen Erzeugnisse unserer Partei und muß in seinem Vorwort eingestehen:

«Die Kommune lebt und arbeitet auch heute noch.»

Ein nicht unwesentliches Merkmal für den Stand des revolutionären Aufschwungs in Deutschland ist die Tatsache, daß unsere illegale Presse sich in Deutschland bereits einen solchen Grad der Achtung und Autorität unter den Massen erworben hat, daß die örtlichen Nazizeitungen gezwungen sind, gegen Mittelungen unserer illegalen Zeitungen zu polemisieren und «Richtigstellungen» vom Stapel zu lassen (zum Beispiel im Bezirk Niederrhein).

Keine der offiziellen Nazireden in jüngster Zeit vergeht, ohne daß auf die «wachsende bolschewistische Gefahr» hingewiesen wird. Unter der Wucht der revolutionären Offensive unserer Partei mußte in seiner «Arbeitskämpfe»-Rede Minister Göbbels erklären:

«Wir wissen, daß wir Fehler gemacht haben. Wir scheuen uns nicht, diese Fehler einzugestehen.»

Nur unter dem von uns erzeugten Massendruck hat erstmalig seit der Hitlerdiktatur ein Nazi-Minister so gesprochen. Hitlers Rede am 21. März vom Kippwagen in Unterhaching begann mit einer hysterisch-wütigen Attacke gegen die Kritiker und «Wähler im Innern». Er sagte unter anderem:

«Wir sind nicht bereit und nicht gewillt, jeden Schädling und gewissenlosen inneren Feind unseres Volkes seine Tätigkeit und Zerstörung weiter ausüben zu lassen.»

Alle diese zornswütigen Eingeständnisse muß man unter dem Gesichtswinkel betrachten, daß nach der Nazi-Prognose nach einem Jahr Hitlerdiktatur in Deutschland niemand mehr auch nur wissen sollte, was Marxismus sei. Man kann insbesondere die Wutausbrüche Goerings verstehen, wenn man daran denkt, daß er sich mit seinem Gestapo-Stabe bei dem Einsetzen der verschärften Verhaftungswelle im Oktober/November 1933 zum Ziele setzte, bis spätestens Ende März 1934 (!) die

«letzten Kommunistennester auszuräuchern und ihre letzten Organisationseinheiten aufzurollen.»

#### b) Die Festigung der organisatorischen und konspirativen Arbeit unserer Partei

Ein wichtiges Merkmal des Organisationsstandes unserer Partei gegenüber der Zeit etwa von November/Dezember 1933 ist die wesentliche Festigung und auch die Verbreiterung ihrer unteren Kadern. Die Liquidierung des Organisations-schematismus an der Basis (schematische Dreier- beziehungsweise Fünfergruppen) hat ernste Fortschritte gemacht. Die organisatorische Umgestaltung der gesamten kleineren und größeren Parteieinheiten hat bereits zu einem großen Teil eine solche Lage geschaffen, daß einmal das Geheime Staatspolizeiamt in den meisten Fällen diesen Organisationsaufbau nicht kennt und zum anderen durch die Reorganisation die Schlagkraft und Aktionsfähigkeit der unteren Einheiten wesentlich verbessert wurden. Die Wiedererfassung versprengter Mitglieder und die Verbesserung der Kassierung machten weitere Fortschritte. Herr Diehle, Goerings Stellvertreter in der Gestapo, mußte vor der ausländischen Presse erklären, daß die Beobachtung unterer Organisationsgruppen «gewöhnlich lange Monate erfordere»; und händeringend geschieht er, daß

«mit einem umfangreichen Kurierdienst mit Geheimschriften, Chifferschlüsseln usw. in einer Weise gearbeitet würde, wie man sie bei deutschen Menschen gar nicht für möglich gehalten hätte.»

Die Umstellung der Gesamtpartei auf die neuen Bedingungen der Illegalität nach dem Machtantritt Hitlers, die Beendigung des Rückzuges nach wenigen Wochen und Monaten im Frühjahr und Sommer des vergangenen Jahres ist nicht zu vergleichen mit dem weitaus gründlicheren und schnelleren organisatorischen Umbau der letzten Wochen und Monate, der sich zudem unter überaus schwierigeren Verhältnissen als seinerzeit vollzog. Wenn man bedenkt, daß manche untere, mittlere und höhere Organisationsleitung in kurzer Zeit drei bis fünf, ja manchmal sogar zehn- bis zwölfmal infolge von Verhaftungen neu gebildet werden mußte, daß ein ganz neuer Kern und Kader revolutionärer Parteiarbeiter unter diesen schweren Verhältnissen der Konspiration heranwächst und sich verbreitert, daß in dieser Situation, wo es — wie man in Deutschland sagt — «um Kopf und Kragen geht», neue Schichten revolutionärer Arbeiter zur Partei stoßen, dann muß man der deutschen Partei mit Recht das Attribut einer bolschewistischen Partei geben. Es ist das besondere Verdienst unseres Genossen Thälmann, eine solche Partei geschaffen zu haben. Gerade er hat stets den größten Wert auf die Weckung der Initiative von unten gelegt.

Unter schwersten Opfern haben unsere unteren Parteieinheiten bereits zu einem wichtigen Teil ein solches Organisationssystem geschaffen, daß sich jeweils nur wenige Genossen kennen und dadurch Verbindungen und Genossen der Leitungen höchstmöglich geschützt werden, und zu einem beachtenswerten Teil wird bereits das Prinzip durchgeführt, daß niemand mehr wissen soll, als er unbedingt zu seiner Arbeit braucht.

#### c) Wachsende Erfolge in der Gewinnung der SPD-Arbeiter

Der Hitlerfaschismus vernichtete bei den SPD-Arbeitern die letzten Reste demokratischer Illusionen. Mit dem Zusammenbruch der SPD-Ideologie in den Köpfen der sozialdemokratischen Klassegenossen bezinnt die innerliche Umorientierung dieser Massen zum Kommunismus. Besonders das Auftreten des Genossen Dimitroff hat die Autorität der kommunistischen Partei und Komintern mächtig gestärkt. Die vom Prager SPD-Vorstand, von der Mila-Gruppe und anderen Fraktionen und Gruppierungen der SPD inszenierten Manöver, die demagogischen Parolen von der «Diktatur des Proletariats» usw. dürfen zwar

nicht unterschätzt werden, haben aber dennoch bei beachtenswerten Schichten der SPD-Arbeiter nicht vermocht, diese zu verwirren. Nie war die Möglichkeit zur Gewinnung der SPD-Arbeiter für unsere Partei so groß wie gerade heute. Es bestehen zur Zeit bereits ein ganze Anzahl von Ortsgruppen, beziehungsweise Betriebszellen unserer Partei, die fast ausschließlich beziehungsweise in ihrer Majorität aus ehemaligen SPD-Arbeitern zusammengesetzt sind. Es gibt eine ganze Anzahl von Betrieben, in denen ehemalige SPD-Genossen, aus aktive Mitglieder unserer Zelle, an der Spitze von Betriebsaktionen stehen.

Im Bezirk Niedersachsen sind zum Beispiel allein in einem Unterbezirk zweihundert SPD-Arbeiter zu unserer Partei übergetreten. In diesem gleichen Unterbezirk wurden dreizehn Ortsgruppen geschaffen und zwar sieben von ihnen in Orten, wo wir bisher nie eine Parteiorganisation besaßen haben. Sehr wichtig ist die Feststellung, daß diese zu uns gestoßenen ehemals sozialdemokratischen Klassegenossen leidenschaftlich und mit Zähigkeit im Sinne unserer Partei und für die Partei arbeiten. Sie führen einen scharfen Kampf gegen mißtrauische alte Genossen, die nicht die Kraft zum Wiederaufbau der Organisation aufbrachten und die neuen Genossen zu bevorzugen versuchen.

In einer mittleren Stadt des gleichen obgenannten Bezirks suchen und finden 28 aktive ehemalige SPD-Funktionäre, die den Weg zu unserer untätigen Ortsgruppe nicht fanden, die Verbindung zur Bezirksleitung der Partei und bauen eine starke Ortsgruppe auf. Durch den Zustrom revolutionärer Energien hat eine breite Arbeit in diesem Orte eingesetzt. In einer kleinen Ortsgruppe dieses Bezirks treten 18, in einer anderen zwölf ehemalige Mitglieder der SPD in unsere Partei ein und übernehmen die Gründung von Parteizellen und Betriebsgruppen der Unabhängigen Klassengewerkschaften. Die neuen Kräfte bringen, da es sich meist um langjährige Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre handelt, wichtige Erfahrungen für den entscheidendsten Teil unserer Arbeit mit.

In der Ortsgruppe X. eines Unterbezirks des Ruhrgebiets werden sechzig ehemalige SPD-Arbeiter, darunter bisherige Spitzenfunktionäre des Ortes, in unsere Partei aufgenommen. Durch den Zustrom dieser neuen Mitglieder wird die Betriebszelle des Metallbetriebes am Orte stärker als sie in der Legalität war. Durch ihre Verbindungen erreichen die neuen Genossen, daß in einem benachbarten Unterbezirk SPD-Arbeiter den Vertrieb unserer Literatur übernehmen.

Daß durch den Zugang ehemaliger SPD-Genossen in die Partei neu hineinströmendes Blut stellt den alten Stamm der Parteimitgliedschaft und Funktionäre vor die Aufgabe, eine dauernde theoretische Durchschulung der neuen Kadern vorzunehmen, um ihre mutige revolutionäre Tätigkeit auf dem feststen Fundament der Lehren Marx', Lenins und Stalins aufzubauen. Die Tore unserer Partei stehen für die sozialdemokratischen Arbeiter trotz tiefster Illegalität weit offen. Diese Klassegenossen sind in unserer Partei gleichberechtigte Mitglieder.

#### d) Die wachsenden Widerstandsbewegungen in den Betrieben und in der „Deutschen Arbeitsfront“

Wenn man bedenkt, daß viele zehntausende revolutionärer Arbeiter nach dem Machtantritt Hitlers vom Unternehmertum gemäßregelt und an ihre Stelle SA- und NSBO-Leute gesetzt wurden, wenn man bedenkt, daß besonders in den städtischen und staatlichen Betrieben vielerorts diese politische Maßregelung zehn bis fünfzig Prozent der Gesamtbelegschaft umfaßte, wird man die Schwierigkeiten unserer revolutionären Betriebsarbeit erkennen können. Um so wichtiger ist die Feststellung, daß der Radikalisierungsprozeß der Belegschaften eine besondere Schärfe annimmt und auch in stärker werdendem Maße die neu eingestellten Nationalsozialisten erfaßt.

Dies in den Betrieben in den letzten Wochen und Monaten entstandenen Widerstandsaktionen, Teilkämpfe und Teilstreiks vollzogen sich sogar teilweise ohne das Eingreifen oder die Initiative unserer Betriebszellen. Wesentlich aber ist die Feststellung, daß insbesondere solche Betriebe oder Abteilungen in den Kampf treten, die eine revolutionäre Tradition haben, beziehungsweise durch unsere Aktivität früher unter Führung der RGO, beziehungsweise der Zelle, den Kampf für ihre Forderungen aufgenommen.

Die Massenempörung der Belegschaften — und das ist ein wichtiges Zeichen des revolutionären Aufschwungs — schlägt

immer häufiger in direkte Widerstands- und Streikaktionen um; vorwiegend wird (insbesondere in den Betrieben, wo es sich um Schichtlöhne handelt) die Methode der passiven Resistenz durchgeführt. Das zeigt sich zum Beispiel in sehr vielen Kameradschaften und großen Schichtlöhnen-Betrieben der Ruhrgebiets. Trotz der Bemühungen der Betriebsleitungen und Nazigeheben geht die Leistungsförderung zurück. So zeigt zum Beispiel die Schichtleistung pro Kopf im Ruhrbergbau zum ersten Male 1933/34 gegenüber dem Jahre 1924 eine sinkende Tendenz auf. Im Februar 1933 betrug die Schichtleistung der Hauer 2188 Kilogramm gegenüber einer Schichtleistung von 2155 Kilo Erde des Jahres 1933. Die Nazi-Grubenverwaltungen haben mit größter Besorgnis beobachtet, daß der Pflichtgruß «Heil Hitler» im Bergbau nicht angewandt, sondern das alte «Glückauf» gebraucht wird. Immer größer werden die Klagen über die schlechte Beflagung der Arbeiterkolonien mit Nazifahnen.

In Januar/Februar führten die Arbeiter der Glößerei vier des Kruppischen Fußstahlwerkes mit vollem Erfolg eine fünfstündige passive Resistenz gegen eine verordnete Akkordreduzierung durch. Auf den verschiedensten Ruhr-Schichtanlagen sammelte der übergroße Teil der Kumpels auf den Revieren und Rutschen Unterschriften zu Protestlisten gegen die Winterhilfsabzüge und erzwingt die Befreiung von dieser Form des Lohnabbaues.

Im Exekutor-Betrieb in Hannover führte ein Abteilungstreik zur Abwehr des geplanten Lohnabbaues; der erfolgreiche Kampf führte zu einer Protestbewegung und zur passiven Resistenz der Belegschaft des Betriebes Voigtländer (Brauereischweig) und einer kleinen Hannoverischen Druckerei, die beide mit vollem Erfolge die Zurücknahme der verordneten Lohnsenkung erreichten.

In allen Gebieten Deutschlands mußten Hunderte von Arbeitslosenlagern: wegen Meutereien (gegen schlechtes Essen, sklavische Arbeitsbedingungen, mangelhafte Unterkünfte) aufgelöst werden.

In Textil-Betrieb Nattermann und Korschbruch, linker Niederrhein, trat die Belegschaft wegen Lohndifferenzen in den Streik und erreichte die Rückgängigmachung des vorgesehenen Lohnabbaues.

Ein wichtiges Merkmal aller in den letzten Monaten vor sich gegangenen Betriebskämpfe ist die wachsende wirtschaftliche Kampfaktivität, die stärker werdende Bewegung gegen Zwangsmilitarisierung (Pflicht-Wehrsport, Uniformzwang), die Teilnahme oppositioneller Nazischichten an diesen Bewegungen und das enorme Nachlassen des betrieblichen Denunziantentums, das noch in den Anfangsmonaten der faschistischen Diktatur in voller Blüte stand.

Scheuten sich noch vor einem halben Jahr vielfach die Belegschaftsmitglieder, unsere illegale Literatur anzunehmen, weil sie Hausdurchsuchungen und Verhaftungen befürchteten, so ist heute die umgekehrte Feststellung zu machen: Mit wachsender Heißhunger wird unsere Literatur verschlungen. Bei Betriebsrazien durch die Gestapo und SS-Formationen versteckten die Arbeiter selbst unsere Betriebszeitungen so gut und brachten sie derart sicher aus der Fabrik heraus, daß oft auch nicht nur ein einziges Exemplar beschlagnahmt werden konnte. In Hagen (Niederrhein) fand eine solche Razzia statt, als außer den verschiedensten Betriebszeitungen noch die wöchentlich in einer Auflage von 750 Exemplaren erscheinende revolutionäre Ortszeitung herausgegeben wurde. Durch die Mithilfe der Arbeiter wurde nicht ein einziger Hersteller oder Verbreiter unserer Literatur von der Gestapo gefaßt. Die Nazis appellierten darauf — wiederum erfolglos — an die Bevölkerung der Industriestadt, «die kommunistischen Verbrecher ihrem verdienten Schicksal zu übergeben», das heißt sie der Polizei zu denunzieren.

Diese tätige Mithilfe breiter Arbeiterschichten beim Vertrieb unserer revolutionären Literatur ist ein sichtbares Zeichen der stärker werdenden Autorität unserer Partei unter den Massen.

Die Aktivität der Belegschaften bei der Verweigerung von Zwangsarbeiten ist viel größer als es allgemein bekannt ist: Trotz des Trommelfeuers der NSBO-Betriebsräte haben zum Beispiel die Werkstatt-Arbeiter der Reichsbahn in Berlin nur zu 18 Prozent, die gleichen Arbeiter in Halle nur zu 23 Prozent und im Bezirk Dresden nur zu 44 Prozent der jeweiligen Belegschaft das sogenannte «Volkstotopfer» entrichtet. In einem vertraulichen Bericht der Reichsbahn-Hauptverwaltung wird mitgeteilt, daß sich insbesondere während des Reichstagsbrandprozesses «eine starke Belegung der staatsfeindlichen Elemente gezeigt hat». Es seien Losungen an die Waggons und Arbeiterzüge angebracht worden mit der Aufschrift «Es lebe Dimitrow,

es lebe der RFB, es lebe die KPD». Resigniert stellt dieser Bericht fest:

«Trotz schärfster Bewahrung ist es nicht gelungen, irgendwelche Elemente festzunehmen.»

Auch die Erwerbslosenbewegungen nehmen zugepunktete Formen an. Auf der Winterhilfsstelle Prenzlauer Berg in Berlin wurden Nazibonzen von empörten Erwerbslosen unter tosendem Beifall der Massen (unter ihnen viele SA-Leute) verprügelt. Einige SA-Lokale wurden von empörten Arbeitern gemeinsam mit oppositionellen SA-Leuten zertrümmert... In Essen demonstrierten verschiedentlich Hunderte von Erwerbslosen für die Herausgabe von Bedarfsdeckungsscheinen. Im Bremer Bezirk muß selbst die Nazibehörde zugeben, daß Transporte von Wohlfahrtserwerbslosen auf das Land «die Welterschfahrt verweigert und verhindert hätten». Der faschistische «Norddeutsche Nachrichtendienst» teilt dazu mit:

«Es liegt Sabotage der Arbeit vor, denn schon vorher haben einige dieser Arbeiter, die früher der KPD angehörten oder ihr nahe standen, Arbeit und Entlohnung abfällig beurteilt.»

Obwohl die organisierte Oppositionsarbeit unserer Partei und der RGO innerhalb der «Arbeitsfront», der Organisation «Kraft durch Freude» und der sonstigen faschistischen Massenverbände bei weitem nicht zufriedenstellend ist, zeigt sich eine Reihe bemerkenswerter Symptome in den faschistischen Gewerkschaftsorganisationen: Immer mehr häufen sich die Fälle, daß in den Mitgliederzusammenkünften einzelne und massenhafte Zwischenrufe gegen die Ausführungen der Nazi-Referenten gemacht werden. Es werden «Fragen» an die neugebackenen braunen Nazibonzen gerichtet, die diese in Verwirrung bringen, so daß sie häufig unter dem Gelächter der Mitglieder ihre Ausführungen beenden müssen. Sehr wichtig ist die Tatsache, daß immer häufiger die Gewerkschaftsmitglieder Mitteilungen und Publikationen unserer illegalen Presse (zum Beispiel über Nazi-Korruption, Dividenden-Erträge, geplanten Lohnabbau, frühere Versprechungen der NSDAP usw.) zum Gegenstand ihrer Anfragen und Zwischenrufe machen.

Vielmehr — besonders dort wo dieser Durchbruch noch nicht gelungen ist — bleiben viele Arbeiter einfach aus Protest der angesetzten Versammlung fern. Die Nazi-Gewerkschaftspresse mußte kürzlich in einem Artikel, überschrieben «Ein Jahr nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik» eingestehen, daß die Gewerkschaftsmitglieder

«die Lage heute so sehen, wie manche Frontsoldaten, und sie als reichlich malmig einschätzen.»

Stellenweise gestalten sich die Gewerkschaftszusammenkünfte bereits sehr stürmisch. So verliefen zum Beispiel verschiedene Holzarbeiter- und Buchdruckerversammlungen in Hannover derart erregt, daß die Nazi-Kommissare zum Sprechen geblüddert wurden. Verschiedene andere Versammlungen in Hannover und Braunschweig wurden einfach gesprengt. In einer Jugendversammlung der graphischen Industrie in Leipzig wurde der Nazi-Referent von den Jungarbeitern ausgepfiffen.

Innerhalb der «Arbeitsfront» ist das gleiche wie in den Betrieben zu verzeichnen: dort, wo die Mitgliedschaft bereits oppositionelle Traditionen hat und an Streikämpfen teilnahm und dort, wo insbesondere heute eine planmäßige Oppositionsarbeit unsererseits in Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern organisiert wird, sind die besten Erfolge zu verbuchen.

### c) Eine neue Oppositionsbewegung wächst in den faschistischen Massenorganisationen heran

Bezeichnend für die Oppositionsströmungen im Nazilager ist, daß dieselben an den Fragen des Lohnes, der Unterstützung, des Arbeitsdienstes, des Militärdrills usw. entbrennen. Die Dienstverweigerung seitens der SA-Leute (zum Beispiel bei den Betriebsgruppen von Siemens, Berlin, Conti, Hannover, Haus der Technik, Berlin, und viele andere) nehmen zu. Eine wichtige Erscheinung ist die Tatsache, daß immer neue, ehemals mit uns sympathisierende Arbeiter, die mit dem Machtantritt Hitlers zur SA und NSBO überliefen, zu unseren Genossen zurückkehren und ihre revolutionäre Mitarbeit anbieten. In vielen Städten gibt es bereits stärker werdende Gruppen der SA, NSBO und HJ (Hitlerjugend), in denen unser illegales Material regelmäßig in beachtenswerter Auflage vertrieben, sogar verkauft wird, ohne daß die Verbreiter von ihrem Kameraden denunziert oder verhaftet werden. Die Oppositionsströmungen im Nazilager wachsen in einem solchen Maße, daß d

Oppositionellen auf eigene Initiative, ohne unser Zutun in sehr vielen Fällen eigene oppositionelle Zeitungen herausgeben; dieses Material — vielfach natürlich noch unklar und verschwommen — zeigt immerhin eine deutlicher werdende Orientierung zu wackrigen Parolen. So hat ein SA-Sturm in Leipzig in einem Betrieb revolutionäre Parolen und Losungen (allerdings umhüllt von Worten, die dem faschistischen Sprachsatz entstammen), herausgegeben, die völlig dem unsrigen entsprechen. Es mehren sich die Fälle, wo Nazi-Betriebsräte oder NSBO-Funktionäre auf Druck der Belegschaft und zum Teil durch eigene klassenmäßige Erkenntnis in offenen Konflikt mit den Unternehmern geraten.

Im Betrieb Bemberg (Wuppertal, Niederrhein) lehnten sich NSBO- und SA-Leute gemeinsam mit der übrigen Belegschaft gegen das mörderische Stoppuhrsystem auf. In der Textilfabrik Budde (Wuppertal) konnte noch bis vor einigen Monaten der Nazi-Betriebsrat durch seine Drohungen, Unzufriedene ins Konzentrationslager zu bringen, die Belegschaft einschüchtern. Doch das gelingt heute nicht mehr. Die Arbeiter zwangen gemeinsam mit NSBO-Leuten die «Deutsche Arbeitsfront» zur Einberufung einer Belegschaftsversammlung. Nazi-Kreisleitung und Unternehmer verteidigten den braunen Betriebsrat. Schließlich springt ein oppositioneller SA-Mann auf, wettet gegen den Nazi-Betriebsrat, bezeichnet ihn als «Schleimer, Kriecher und Speichellecker usw.». Es findet eine Abstimmung statt — und eine überwältigende Mehrheit der Belegschaft entzieht dem braunen Denunzianten das Vertrauen, das er nie besessen hat.

In der Gummifabrik Vorwerk in der Gegend von Wuppertal-Konrad soll einige Arbeitermüde wegen Minderleistung entlassen werden. Der gesamte Betrieb, mit Einschluß der NSBO-Mitglieder, zwingt den Nazi-Unternehmer zur Aufgabe seiner Pläne.

Welchen Grad die verschiedenartigsten Oppositionsströmungen im Nazilager bereits erreicht haben, geht aus der Tatsache hervor, daß seit Oktober 1933 bis März 1934 allein 25 000 SA-, SS- und NSBO-Leute mit Arrest bestraft, in Konzentrationslager überführt oder aus ihren Organisationen ausgeschlossen wurden.

Immer lauter wird dennoch der Ruf vieler in ehrlichem Glauben für den Sozialismus kämpfenden verirrteten Werktätigen im braunen Rock nach der zweiten Revolution. Trotz des strikten Verbotes durch Hitler, von der «zweiten Revolution» zu reden, faßt der Gedanke einer neuen Revolution in den Schichten der werktätigen Nazianhänger breiteren Fuß. Der Versuch der Naziführer, dieser Bewegung durch die demagogische Lösung des «Kampfes gegen die Reaktion» einen Aufpuß zu geben, wird immer stärker als Schwindel erkannt, weil die betrogenen Anhänger, insbesondere durch das Wollen des «Generalrats der Wirtschaft» und durch die Proklamation des «Arbeitsgesetzes» die Tätigkeit und Maßnahmen der Hitler, Göbbels und Co. als eine Stärkung der Macht des reaktionären Monopolkapitals erkennen.

Mit beängstigender Sorge beobachten die Naziführer den rapide wachsenden revolutionären Aufschwung, der sich in ihren Massenverbänden vollzieht. Es ist ihnen heute bereits unmöglich, solche Massen ihrer Anhänger als Terroristen gegen das Proletariat und seine Vorhut einzuspannen, wie im ersten halben Jahr der Hitlerdiktatur. Darum erfolgten die Verordnungen Goerings, die die Uebergabe der Verhaftungs- und Strafvollzugsgewalt allein in die Hände der Gestapo befahlen. Die Massenzerstörung der SA macht diese Formation als Instrument des Massenterrors untauglich; meist können nur noch ausgesuchte Truppe von SA-, SS-Leuten und Gestapo-Sadisten für die Folterungen und Mißhandlungen revolutionärer Arbeiter eingesetzt werden. Das Verbot von Verhaftungen durch die SA auf Befehl Goerings erfolgte unter anderem auch aus dem Grunde, weil die faschistische Kapitalsdiktatur fürchtet, daß empörte SA-Proleten infolge des provokatorischen «Arbeitsgesetzes» zu Verhaftungen von Unternehmern schreiten könnten.

Parallel dieser Erscheinung läuft die wachsende Kompromittierung der bewaffneten Naziformationen bei allen Schichten der Werktätigen. Der Führer der SA-Gruppe in Pommern, der Großgrundbesitzer von Heydebreck, sagte in einer Ansprache an die zum Wehrausmarsch angetretene SA unter anderem:

«Wenn schwache Stunden über mich kommen, wenn die vielen Widerwärtigkeiten und Anfeindungen, die sich gegen die SA aufheben, zu groß zu werden scheinen — dann gehe ich hinaus mit meinen Männern...»

Die Kreisleitung der NS-Hago in Dortmund teilt folgendes mit:

«Es gehen uns täglich Beschwerden darüber zu, daß Amtswalter bei der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit behandelt werden wie Schnorrer... es dürfte wohl erwartet werden, daß man den Amtswaltern mit mehr Höflichkeit entgegenkommt...»

Die Naziführung sieht mit ernster Furcht und Besorgnis den Radikalisierungsprozeß in ihren Organisationen. Trotz Militärgerichtbarkeit, Verbot des freiwilligen Austritts, trotz vielfältigster Korruptionsversuche, hat die Zersetzung in den Naziformationen einen solch gefährlichen Umfang erreicht, daß der Stellvertreter Hillers, Rudolf Heß, vor einigen Wochen zu einer großzügigen direkten Verdrigung der tragenden Funktionäre der Nazibewegung, der Amtswalter, schreiten mußte. Diese Verdrigung von etwa sechshunderttausend Nazifunktionären ist eine einzige Bestätigung des revolutionären Aufschwunges, der auch vor den faschistischen Verbänden nicht Halt macht. Minister Heß verlangt unbedingten Gehorsam, der nicht fragt nach dem Nutzen des Befehls. Und weil er, wie alle Nazigewaltigen, den steigenden Empörungsturm der bisherigen Nazianhänger vor Augen sieht, erklärt er:

«Der Gehorsam wird dann zum Ausdruck heldischer Gesinnung, wenn die Befolgung des Befehls dem Geborchenden zum persönlichen Nachteil (!) zu gereichen oder dessen eigener Ueberzeugung zu widersprechen (!) scheint.»

Der gleiche Naziführer, der hier die Hinnaahme des Lobesbaues und der wirtschaftlicher Schädigung der Nazi-Funktionäre als «Ausdruck heldischer Gesinnung» bezeichnet, appelliert leidenschaftlich an die Amtswalter, jedes «Sonder-» und «Teil-» Interesse beiseite zu lassen und ein gutes und in bösen Tagen (!) Nationalsozialist zu bleiben. Der «Stellvertreter des Führers», Herr Heß, sieht mit Recht böse Tage für den deutschen Faschismus kommen. Er beschwört darum weiterhin die sechshunderttausend zur Zwangsverdrigung kommandierten Funktionäre, zu Adolf Hitler zu stehen, der

«stets recht behielt und stets den rechten Weg ging, auch wenn bisweilen der größte Teil seiner Anhänger ihn nicht mehr verstanden haben mochte(!).»

Es dümmert also Herrn Minister Heß selbst, daß die faschistische Bewegung auch jetzt in das Stadium gerät, wo «der größte Teil der Anhänger Hitlers ihn nicht mehr verstehen wird.» Die Gleichstellung Hitlers mit Gott, die Androhung brutalster Zuchthausstrafen im Falle des Eidbruches zeigen deutlich, welch Mittel sich der Faschismus bedienen muß, um den Prozeß der Rebellion und des Widerstandes in den eigenen Reihen zu dämpfen und zu unterdrücken.

In welchem Maße diese Oppositionsbewegung selbst auf die faschistischen Studenten übergreift, denen zu zehntausenden das Hochschulstudium und der Zugang zu den akademischen Berufen verweigert wird, zeigen die ausländischen Pressekommentare über die Vorgänge innerhalb der deutschen Studentenorganisationen: Die «Basler Nationalzeitung» und die «Prager Presse» lassen sich berichten, daß unter den deutschen Hochschülern immer stärker revolutionäre sozialistische Tendenzen bemerkbar werden. «Der Sozialismus dieser nationalsozialistischer Studenten» — so schreiben die Blätter — «unterscheidet sich in nichts von dem Sozialismus marxistischer Führung.»

Selbstkritisch müssen wir allerdings bei diesen Fragen eingestehen, daß die objektiven Möglichkeiten zur Schaffung organisierter Oppositions-Gruppen in der «Arbeitsfront», in der Organisation «Kraft durch Freude», in den Sportorganisationen und der «Hitlerjugend», wie auch in den Arbeitsdienstatlagern, bei weitem nicht ausgenutzt worden sind. Erstens mangelt es noch manchmal an der bolschewistischen Erkenntnis über die Notwendigkeit der Arbeit in diesen Organisationen. Zweitens begreifen noch nicht alle unsere Genossen, daß die Organisation einer breiten Oppositionsarbeit in diesen Massenorganisationen des Faschismus nur möglich ist bei gleichzeitiger bester Einheitsfront mit den früheren sozialdemokratischen und jetzt noch sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern und Gewerkschaftlern. Ohne diese Arbeit in den Massenorganisationen des Faschismus können wir das Tempo des Aufbaues unserer Klassenorganisationen nicht beschleunigen. Ohne diese notwendige revolutionäre Heldenarbeit können wir die Mehrheit unserer Klasse nicht unter unserer Führung vereinigen. Das ist die zentrale Frage unserer Massenpolitik zur Vorwärtstreibung des revolutionären Aufschwunges.



### 9 Die Radikalisierung der Mittelschichten

Symptomatisch für den Umschwung der Stimmung breiter Kleinbürgerlicher Schichten in den letzten Monaten ist folgendes: Noch im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres sagten sie bei kritischen Bemerkungen über die Hitlerdiktatur: «Man muß Hitler Zeit lassen.» Heute erklären dieselben Handwerker, Mittelständler und Kleinbauern in heller Empörung: «Hitler schafft's auch nicht. Der «Arbeitsbeschaffungs»-Betrug mit seinem rückläufigen Umsatz drückt auf die ohnehin miserablen Existenz-Grundlagen der Mittelschichten, erzeugt Erbitterung, Unzufriedenheit und immer stärkere direkte Widerstandsbewegungen. Ganze Dörfer lehnen die «Winterhilfs»-Zwangsgeldabgaben ab. Handwerker-Innungen kleiner und mittlerer Städte erheben Protest gegen die Zwangsgelder und den Zinswucher. (Die Bäckerinnung Hannover propagierte die Abgaben-Verweigerung für die «Winterhilfs»-Korruption). Manche Kleinbauern-Versammlungen (zum Beispiel in der Nähe von München-Gladbach) enden in erregten Schlägereien mit den braunen Bonzen.»

Überall — und das ist eine wichtige Erscheinung und die Widerspiegelung des revolutionären Aufschwunges unter den Kleinbürgerlichen Schichten — überall, wo sich legale Durchbruchstellen für die Oppositionsbewegungen finden (Kirchenkonflikte; monarchistische Bewegungen usw.), sammelt und entläßt sich die ganze Wucht der aufgespeicherten Unzufriedenheit dieser Bevölkerungsteile. Es ist typisch gerade bei Kirchenoppositionen, daß sie in den maßlos vorwühlenden kleinbäuerlichen Gegenden (zum Beispiel Bayerns, Hessens, der Pfalz, der Rhön usw.) besonders heftige, manchmal direkt antifaschistische, stellenweise bereits wirtschaftlich-revolutionäre Formen annimmt. Das Bestreben der reaktionären gutbezahlten Erzbischöfe und Kardinäle geht dahin, diesen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen erwachsenen Widerstand allein auf das Gebiet des Glaubens und der Religion abzubiegen.

Die unermüdliche «Arbeitschlacht» der Nazibehörden gegen die «Miesmacher», «Gerüchtmacher», und gegen die «Unruhestifter» und «Verleumdern» zeitigt immer groteskere Formen. Würden noch vor mehreren Monaten kritisch witzige Bemerkungen über führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens großzügig gestattet mit dem Vermerk, man könne doch nicht kleinbürgerlich sein, so werden heute jedem Verbreiter die drakonischen Strafen angedroht. Dennoch — und das ist auch ein Zeichen des Aufschwunges — häufen sich diese

beißenen ironischen, treffsicheren Volkswitze und werden immer mehr öffentlich verbreitet.

Der Niedergang der Kultur unter der Herrschaft des Hitlerfaschismus ist von einem deutlichen Boykott der Presse- und Bucherzeugnisse des «dritten Reiches» durch die Massen begleitet. Die Nazi-Zeitschrift «Deutsche Presse» führt in ihrer Nummer 9 lebhalte Klage darüber, daß allein die bürgerlichen (heute faschistischen) Zeitungen Berlins einen Abonnenten-Rückgang von 630 000 zu verzeichnen haben; zieht man den letzten Stand der verbotenen KPD- und SPD-Zeitungen in Betracht, dann ist festzustellen, daß über eine Million Berliner Werktätige auf das Abonnement und die Lektüre der «gleichgeschalteten» braunen Presse verzichten.

Zum Schluß soll noch auf ein sehr ernstes Merkmal des revolutionären Aufschwunges in Deutschland hingewiesen werden: Auf den stärker und breiter werdenden sowie schneller einsetzenden Kampf der Massen gegen den faschistischen Terror. Unmittelbar auf die Ermordung unseres teuren Genossen John Schoer, führenden Mitglied des ZK der KPD, und seiner drei Kameraden, brachten in fast allen mittleren und größeren Orten des Reiches unsere Organisationen selbständig Protest- und Kampfdeklarationen gegen den bestialischen Geiselmord heraus. Stiglitzer Jugendgenossen schlichen sich am Tage nach der folgten Erschießung an die Mordstelle in Nowawes hinaus und fertigten Skizzen, Zeichnungen und Konstruktionen der Ermordung an. In Hamburg hat eine Flut von Protestbewegungen (u. a. Hunderte von Briefen, Enthüllungen, Anprangerungen usw. an Intellektuelle usw.) gegen die Mißhandlung von politischen Gefangenen im Lager von Fuhlsbüttel erreicht, daß unter diesem Massendruck der Terror und die Folterungen in der genannten Gefängniszelle nachließen. In Düsseldorf hat Ende Dezember bereits eine Massenprotest-Kampagne gegen die geplante Hinrichtung der zum Tode verurteilten zehn Erkräther Antifaschisten die Aufschiebung der Abschachtung unserer Genossen bewirkt; leider konnten nur sieben von ihnen vor dem Henkerheil gerettet werden; drei dieser Genossen wurden Ende März enthauptet. Die unermüdliche Anprangerung der Massen-Inhaftierung von Arbeitern, der immer lauter werdende Ruf nach Freilassung der politischen Gefangenen, zwang die Faschisten mit Jahresende 1933 und zu Jahresbeginn 1934 tatsächlich, einige tausende monatelang gefangengehaltener Klassen-genossen freizulassen.

### III. Einige praktische Schlussfolgerungen

Würde seitens des Zentralkomitees unserer Partei noch im Herbst 1933 konstatiert, daß ein «neuer revolutionärer Aufschwung in Deutschland begonnen hat», so muß heute festgestellt werden, daß sich der revolutionäre Aufschwung bereits vollzieht. Nur das volle Verständnis der Dialektik des Aufschwunges der revolutionären Klassenentwicklung in Deutschland macht den Gesamtprozeß des Heranreifens der revolutionären Krise in Deutschland verständlich. Die Januar-Sitzung unseres ZK hat bereits auf die Notwendigkeit der Überwindung des Zurückbleibens hinter den objektiven Möglichkeiten unserer Massenarbeit hingewiesen. Den sich mehrenden spontanen Oppositions- und Widerstandsbewegungen in den Betrieben, auf den Dörfern und in den Massenorganisationen des Gegners müssen wir eine klare revolutionäre Zielrichtung in der Linie des Kampfes, für den Sturz der Hitlerdiktatur und der Errichtung der Räte-macht geben.

Drei Punkte stehen bei unserer strategischen Orientierung auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, als nächstliegendes Ziel im Vordergrund: 1. Schaffung unabhängiger, Klassengewerkschaften, besonders während des Kampfes gegen das faschistische «Arbeitsgesetz». Damit verbunden: Ausbau und Verbesserung all unserer Betriebspositionen. 2. Verstärkung der ideologischen Offensive zur Gewinnung und Eingliederung der SPD-Arbeiter in unsere Partei. 3. Entfaltung einer breiten revolutionären Oppositionsbewegung mit den sozialdemokratischen Kollegen gemeinsam innerhalb der faschistischen Massenorganisationen. Wir müssen die Hemmungen und teilweise falschen (rechts- und links-)opportunistischen Auffassungen mancher Genossen in der Frage der Gewinnung der SPD-Arbeiter überwinden und für die volle Gleichberechtigung der in unserer Partei aufgenommenen ehemaligen sozialdemokratischen Klassengenossen und Gewerkschafter Sorte tragen. Darüber hinaus müssen stärkere Anstrengungen auch zur Gewinnung der ehemaligen Reichsbanner- und reformistischen Sportmitglieder gemacht werden. Die systematische Zersetzung der

faschistischen Massenorganisationen, die Revolutionierung und Gewinnung ihrer Mitglieder für den revolutionären Tages- und Machtkampf muß zu einem der wichtigsten Glieder unserer Massenarbeit werden und darf nicht die individuelle Arbeit einzelner oder eines besonderen «Apparates» sein.

Die Überwindung des Organisations-schematismus in allen Organisationseinheiten, die noch intensivere Weckung der Selbstinitiative der Basis, besonders der Betriebszellen, die fortlaufende Verbesserung der konspirativen Arbeitsmethoden und der verstärkte Kurs auf die Werbung neuer revolutionärer Kämpfer für unsere Partei — werden in Verbindung mit den gestellten politischen Aufgaben den revolutionären Aufschwung weiter treiben und steigern und die Heranreifung der revolutionären Krise beschleunigen.

## Es lebe der rote Kampfmai 1934!

Nieder mit der faschistischen Kapitalsdiktatur! Nieder mit ihrem Arbeiter-Versklavungsgesetz!  
Es lebe die Diktatur des Proletariats!

### Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschland

Aus der Feuerlinie erbitterten Klassenringens, inmitten einer von Waffenlärm und schwelendem Kriegsbrand erfüllten Welt des Kapitalismus, rufen die Kommunistische Partei, der Kommunistische Jugendverband und die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, zum roten Kampfmai 1934 auf.

Die Krise des sterbenden Kapitalismus macht das Leben der werktätigen Massen zu einer Hölle des Elends, des Hungers und der Not. Faschistisches Abenteuertum und kapitalistische Profitmacherei reichen sich die Hände, um auf dem Wege terroristischer Unterdrückung und blutiger imperialistischer Kriege den Untergang des Kapitalismus hinauszuschieben.

Gegen Hunger, Faschismus und imperialistische Kriegspolitik formiert sich die Front der Ausgebeuteten und Unterdrückten in allen kapitalistischen Ländern. Es schwillt die Woge des Hasses. Es reißt der Wille zum Sturmangriff gegen die Herrschaft der kapitalistischen Schmarotzer. Die sich über Spanien, Frankreich, Polen, USA, Belgien ausbreitende Massenstreikwelle, die heldenhaften Aufstandskämpfe des österreichischen Proletariats kündigen das Herannahen entscheidender Klassenschlachten. Der rote Kampfmai 1934 vereinigt die Kämpfe der Arbeiter aller Länder mit der erhabenen und siegreichen Sache unserer sozialistischen Siege in der Sowjetunion und dem Befreiungskampf Sowjet-Chinas. Gegen Kapitalismus und faschistischen Blutterror, gegen chauvinistische Völkerverhetzung und imperialistischen Krieg erhebt das Proletariat unter den Losungen der Kommunistischen Weltpartei das Banner des proletarischen Internationalismus für die Befreiung des Bannerträgers der deutschen Revolution, des Genossen Thälmann! Für die Befreiung unserer gefangenen und gemarterten Brüder in allen Ländern des Kapitalismus! Für die Verteidigung unseres Vaterlandes, der Sowjetunion! Für den Sturz des Weltkapitalismus, für die Errichtung der Sowjetmacht!

Nach 15 Monaten Hitlerdiktatur tritt aus dem Phänomen der «deutschen Sozialismus» und «Volksgemeinschaft» immer offener und brutaler die Fratze reaktionärster Kapitalsdiktatur hervor. Lohn- und Unterstützungsraub, Teuerung und Massensteuern, Zwangsspenden und Arbeitsdienst, Konzentrationslager, Folter und Arbeitermord, das haben die Hitler, Goering und Göbbels den Armen gebracht. Beseitigung von Besitzsteuern, riesige Subventionen für Finanz- und Agrarkapital, Höchstpreise und Sicherung des arbeits- und mühelosen Einkommens, das schenkte Hitler den Reichen und Nichtstuern. Die Hitler, Goering und Göbbels treiben Deutschland der Katastrophe entgegen. Tiefer denn je sind heute die Klassenfronten aufgerissen. Aus dem kapitalistischen Chaos wächst unaufhaltsam der Massenwille, das faschistische Joch zu sprengen.

Eine neue faschistische Terrorwelle, eine neue ungeheuerliche Kapitalkapital-Offensive soll dem Kapitalismus in Deutschland eine Atempause geben. Mit der Durchführung des «Arbeitsgesetzes» will der Faschismus die letzten sozialen Errungenschaften der Arbeiter vernichten, will er das Proletariat durch politische Entrechtung und terroristische Unterdrückung der schrankenlosen Willkür der Kapitalisten und Junker unterwerfen. Die von Hitler verkündete «zweite Arbeitsschlacht» ist eine Schlacht gegen die Betriebsarbeiter, Arbeiterinnen und Erwerbslose. Die faschistische Diktatur-Regierung will den 1. Mai, den Tag der Verkündung des Arbeiter-Versklavungsgesetzes zu einem «nationalen Festtag» der Bourgeoisie machen. Der vorjährigen faschistischen Mai-Maskerade folgte 24 Stunden später die Zerschlagung der Gewerkschaften. In diesem Jahre soll der Parade am 1. Mai die reißlose Arbeiter-Versklavung folgen. Der «totale» faschistische Staat zeigt sich immer unverhüllter als das Instrument des Monopolkapitals.

«Der Arbeit die Ehre», sagen sie. Sicherung der Unternehmer-Profiten meinen sie. «Friede und Gleichberechtigung», sagen sie. Imperialistische Kriegsausrüstung, blutdampfende Schützengräben für die Söhne der werktätigen Mütter, das meinen sie. Im Vordergrund ihrer Mai-Maskerade Händeschütteln, «nationaler Festtag», Paraden, lügenerische, gleißnerische Reden! Im Hintergrund Maschinengewehre, Fallbeil und Folterkammer,

wenn ihr eure Lebensforderungen zur Kampflosigkeit erhebt!

Nieder mit diesen faschistischen Regierern und ihrem kapitalistischen System! Es gibt für das Proletariat nur einen Ausweg: die ganze ungeteilte Macht in die Hände der Arbeiterklasse! Nur das Land der Sowjets unter der Führung der Bolschewiki und unseres großen Führers und Steuermannes Stalin kennt keine Krise, keine Erwerbslosigkeit, keinen Faschismus. In Sowjetrußland demonstriert am 1. Mai ein freies Proletariat gemeinsam mit seiner mächtigen Roten Armee unter den ruhmgekrönten Fahnen der siegreichen Oktoberrevolution, in engster Verbundenheit mit dem Befreiungskampf der internationalen Arbeiterklasse. Allein die proletarische Diktatur in einem Räte-Deutschland wird aus dem Lande der faschistischen Henker und der kapitalistischen Erpresser ein Land des sozialistischen Aufstiegs und des Glücks für alle Werktätigen machen.

Im Zeichen des Kampfes für ein Räte-Deutschland rufen wir alle Arbeiter, rufen wir insbesondere euch, sozialdemokratische Genossen und Gewerkschaftskollegen, die kämpfende Einheit unserer Klasse zu formieren. Diese Einheit haben die Leipart, Löbe und Severing durch ihre Spaltungspolitik, mit Polizeiterror und Betrug verhindert. Sie haben dem Faschismus zur Macht verholfen, in dessen Lager sie selbst heute offen gelandet sind. Die Leipart, Graßmann und Konsorten forderten uns am vorjährigen 1. Mai auf, unter dem Hakenkreuzletzen gegen den Klassenkampf, für die faschistische «Volksgemeinschaft» zu demonstrieren. Das faschistische Arbeitsgesetz ist die Frucht ihrer Politik des Verrats und der Spaltung der Arbeiterklasse, für deren Aufrechterhaltung und Vertiefung sie heute wieder reformistische Gewerkschafts- und Parteigebilde zu schaffen versuchen. Mit neuen «linken» Betrugsmanövern, mit Phrasen über «Neubeginnen», über «revolutionäre» Demokratie und Diktatur als «Übergangsstadium» versuchen sie abermals, die sozialdemokratischen Klassengenossen vom Übergang zum Kommunismus abzuhalten und der proletarischen bolschewistischen Revolution den Weg zu verlegen. Wir Arbeiter aber wollen die Wiederherstellung der Einheit unserer Klasse. Wir wollen sie auf dem Boden des gemeinsamen tagtäglichen antifaschistischen Kampfes. Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftern schaffen wir illegale unabhängige Klassengewerkschaften als mächtige Organisationen gegen die Kapitaloffensive und faschistische Diktatur. Wir wollen die Niederwerfung des Kapitalismus, den Sieg des Sozialismus! Es gibt nur einen Weg dahin: Das ist der siegreiche Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern unter der Führung ihrer bolschewistischen Partei gegangen sind. Ohne kommunistische revolutionäre Massenpartei als der einzigen Partei des Proletariats keinen Sieg, keine Niederwerfung der Kapitalsdiktatur. Diese Lehre wurde auch den sozialdemokratischen Arbeitern der ganzen Welt eindringlich aufs neue durch das Beispiel der kühnen Aufstandskämpfe der österreichischen Arbeiterschaft übermittelt. Deshalb, sozialdemokratische Klassengenossen und Jugendgenossen, her zu uns, zur Partei Thälmanns, zum Kommunistischen Jugendverband, her zur Kommunistischen Internationalen, in deren Reihen unser heldenhafter Dimitrow marschiert.

Im Zeichen unseres Kampfes für den Sozialismus rufen wir die Jugend in die Sturmreihen der Revolution. Wir kämpfen Hand in Hand mit den Frauen, den Müttern und Töchtern des werktätigen Volkes. Wir rufen euch, von Hitler betrogene Nazi-Arbeiter und proletarischen SA-Leute zur Klassenfront des Proletariats. Wir rufen den werktätigen Bauern, alle Werktätigen in Stadt und Land um unsere Fahnen.

Im Zeichen unseres Willens zur Abrechnung mit allen Verbrechern der Bourgeoisie und ihren faschistischen Geiselmördern flammt auf unseren Maibannern die Losung: Nieder mit dem faschistischen Blutterror, der unseren teuren Genossen John Schehr und viele hundert namenloser Soldaten der Revolution viehisch ermordete! Heraus mit dem Führer der deutschen Arbeiterklasse, dem Genossen Thälmann, der im Kerker unmenschlich gefoltert wird! Heraus aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern mit unseren antifaschistischen Brüdern!

im Zeichen des Kampfes gegen die Diktatur und ihren fa-  
 schistischen Staat organisieren wir in Betrieb, Stempelstelle  
 Arbeitsdienstlager den Massenwiderstand in jeglicher Form,  
 Streik gegen alle Kapitalsangriffe:  
 gegen die Zerschlagung der Tarifverträge und Sozialver-  
 träge, für den kollektiven Arbeitsvertrag, gegen Leistungs-  
 und Antreiberei, für Lohnerhöhung und Teuerungszulage,  
 Zwangsarbeit und Unterstützungsraub, für Arbeit bei  
 Tariflohn, gegen Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit,  
 Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, gegen Ein-  
 von Unternehmer-Vertrauensleuten und gegen faschi-  
 sten Betriebsterror, für die Erkämpfung unabhängiger Be-  
 räte und Vertrauensleute, für das volle Streik- und Koa-  
 ordinationsrecht, für die Schaffung illegaler unabhängiger Klassen-  
 schichten!  
 in allen Betrieben, in den Arbeitervierteln, all-  
 rüstet zum roten Kampfmai, für die Durchführung  
 nder Massendemonstrationen und Kundgebungen aller  
 nder revolutionären Losungen: Bildet Mailkomitees! Tragt  
 Kampfeslosungen in jeden Betrieb, vor jede Stempel-

stelle! Rote Fahnen auf Masten und Fabriken! Kämpft gegen  
 die Zwangsbeteiligung an der faschistischen Mui-Maskerade!  
 Tragt den Geist des Widerstandes, des proletarischen Hasses,  
 der Empörung in die <Arbeitsfront> und alle faschistischen Mas-  
 senorganisationen!

Nieder mit der faschistischen Diktatur!

Hinweg mit dem Arbeiter-Versklavungsgesetz!

Nieder mit dem Blutterror!

Heraus mit Thälmann und all unseren proletarischen Ge-  
 fangenen!

Nieder mit den imperialistischen Kriegsbetzern, für die Ver-  
 teidigung der Sowjetunion!

Es lebe der Streik und der politische Massenstreik! Es lebe  
 die Diktatur des Proletariats in einem Räte-Deutschland!

Es lebe der Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

## Acht Hamburger Antifaschisten vom Schafott bedroht

Nur Massenaktionen retten unsere vom todbedrohten Brüder vor der Abschachtung!

Aufruf des Zentralkomitees der KPD

Arbeiter, Bauern, Mütter, schaffende junge Menschen!

Ein Wald von Richtgerüsten überschattet Deutschland. Von den Händen der faschistischen Großinquisitoren tropft das Blut unserer niedergemetzelten Brüder! 40 treue Söhne unserer revolutionären Klasse ließen die braunen Kürten von besoffenen Henkern durch das Handbeil viehisch abschachten. Kaum sind die geschändeten Leichen unseres unvergeßlichen John Scheer, der Kölner, Dessauer und Düsseldorfer Hingerichteten verscharrt, da dringt von Hamburg neue, grausame, alarmierende Kunde an das Ohr der deutschen Proletarierklasse!

Acht tapfere Hamburger Antifaschisten erwarten täglich stündlich ihre Hinrichtung durch die Schergen der Hitler, Krupp und Goering! Deutsche Arbeiter, Mütter, Frauen, junge Volksgenossen! Eure Brüder, eure Söhne, eure Freunde, unsere treuen Kameraden und Kampfgenossen zerren die braunen Bestien unter das Schafott! Ihr Leben ist unser Leben, ihr Geist ist unser Geist, sie sind Fleisch von unserem Fleisch! Ihr Ziel war, wie das unsere, die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Darum sollen sie sterben, darum soll der kalte Stahl des Henkerbeils ihre Wirbelsäulen zerhacken, ihre Leiber verstümmeln! Darum soll ihr Leben für immer ausgelöscht werden!

Mehr als 3000 antifaschistische Kämpfer haben die Nationalsozialisten seit ihrem Machtantritt erschlagen, erdolcht, erwürgt, erschossen oder in Stücke gerissen! Das ist der «Mythos des XX. Jahrhunderts!» Das ist die «kulturelle Sendung der germanischen Rasse!» Die Schafottgerüste werden immer zahlreicher, die Brotrationen immer kleiner, der Lohn immer weniger, aber die Dividenden der Bankhünen und Rüstungsmillionäre immer größer. Weil unsere Brüder gegen diesen «deutschen Sozialismus» der Siemens und Thyssen ankämpften, darum soll ihr Leben vernichtet werden!

Nur aufrechte Proletariersöhne, Freiheitskämpfer verbluteten unter dem Beil des Schafotts! Die Schleber, Wucherer und Ausbeuter, die die Nazi vor ihrem Machtantritt an den Galgen zu bringen versprochen, herrschen als Fabrikdespoten, als «Führer» über Deutschland. Um ihre Profite und die Korruptionsgehälter der nationalen Revolutionsgewinnler zu sichern, werden unsere Freunde, Kameraden und Kampfgefährten bestialisch abgeschlachtet, werden neue verbrecherische Blutgerichte geschaffen, um den Blut- und Profitdurst der faschistischen Schwerverdiener zu stillen. Der Schatten finsterster mittelalterlicher Barbarei zieht im Zeichen des Hakenkreuzes über Deutschland!

In ihren Todeszellen warten unsere acht Hamburger Brüder, warten weitere 30 antifaschistische Todeskandidaten, wartet an Händen und Füßen gefesselt, von der Gestapo gefoltert, unser geliebter Führer Ernst Thälmann auf euch, ihr Freunde in den Fabriken, Schächten, Kontoren, auf den Dörfern und an den Stempelstellen! In euren Händen, ihr Millionenmassen, liegt das Schicksal unserer vom Blutbeil bedrohten Brüder, Freunde und Kameraden. Auf dich, Arbeitskamerad, Proletariermutter und Junger Klassenkamerad, kommt es an! Ihr ausgebeuteten, von euren Führern betrogenen sozialdemokratischen und oppositionellen Naziproleten, helft mit an der Rettung unserer todbedrohten Brüder, die auch eure Kameraden und Schicksalsgefährten sind.

Läutet die Alarnglocke im ganzen Land! Eure stahlharte Kraft, die unseren Georgi Dimitrow den braunen Schlächtern entriß, muß auch die Hamburger dem Schafott entreißen! Prangert überall das braune Hunnentum an! Sendet Protestdeklarationen an die Gestapo, an die Hamburger Gefängnisverwaltung und die Regierung. Fordert in Betrieben und Wohngebieten stürmisch die Befreiung unserer vom Tode bedrohten Hamburger Antifaschisten. Wie ein Lauffeuer muß die Kunde vom neuen Mordplan der faschistischen Meuchelmörder durch alle Fabriken, Zechen und Häuserblocks gehen. Arbeitermütter, Frauen, Proletariermädels, verlangt in Petitionen, durch Sammlung von Unterschriften, durch Kollektivproteste die Aufhebung der Todesurteile und die volle Freiheit für die verurteilten Antifaschisten!

Werktätige Volksmassen, Frauen, Jugendliche auf den Dörfern und in den Städten, kämpft unter den Freiheitafahnen des Kommunismus für den Sturz der faschistischen Henkerdiktatur,

für die Rättermacht, die allein dem Treiben der Ausbeuter und Menschenschlächter ein Ende bereiten und euch den Sozialismus, Glück und Freiheit bringen wird!

Das Zentralkomitee der KPD.

86 Kumpels von deutschen Grubenkapitalisten gemordet!

Nur die Sowjetmacht sichert Leben und Gesundheit der Arbeiter!

(Aufruf der KP und der RGO Deutschlands)

Proletarier in Gruben und Fabriken! Jungarbeiter und Frauen!

Grauenhafte Opfer fordert der Profitbeißhunger des Kapitalismus. 86 Arbeitskameraden des Kalibergwerkes in Buggingen liegen mit giftzerfressenen Lungen, von tödlichen Gasen erstickt, 800 Meter unter der Erde, ihr Leben ist für immer ausgelöscht. Gebeugte, granivolle, verhärmte Mütter und Kinder, mit ihnen das ganze deutsche Arbeitsvolk erheben flammende Anklage gegen das verbrecherische, über blühende Menschenleben hinwegstampfende Grubenkapital. Der geile Gewinnhunger der Grubenkapitäne, die Profitjagd und das Rüstungslieber der Kriegstreiber der faschistischen Bergwerksdirektionen haben euch, ihr 86 Kalkumpels, in den grauenhaften Gifttod getzelt.

Ihr Klassenbrüder vom Schacht Buggingen wurdet gemordet, weil der Dividendenhunger der Grubengewaltigen zu verbrecherischen «Sparmaßnahmen», zur Außerachtlassung minimalster Schutz- und Sicherheitsvorrichtungen, zum wahnsinnigen Raub an der Arbeitskraft der Kohlenklaven trieb. Kalil! Kalil! Dividende! Dividende! Das ist der Schlachtruf der vom Faschismus zu «Führern» ernannten Grubendespoten unter Tage. Kalil! Kalil! Das ist der Schrei der Rüstungsfabrikanten und Chemiekönige, die aus der Kriegsproduktion für das kommende Menschengebetel des deutschen Imperialismus ihre Mammutprofite schaufeln!

Opfern! Opfern! Das ist der permanente Schlachtruf der Mütter und Göbbels an die deutsche Arbeiterklasse. Ihr sollt Opfer bringen für den Geldsack, für das Wohlleben, für die massende Genußsucht eines faulen, braunen Bonzenklüngels. Das ist «deutscher Sozialismus» nach dem Sinne der faschistischen Verbrechertyrannen, die heute über Deutschland herrschen. Das Staatsbergwerk Buggingen mußte besonders hohe Profite einbringen, weil der Staatssäckel Riesensummen für Subventionen an die Großkapitalisten und gigantische Etappen für Korruptionsgehälter, Aufrüstung, Militarisierung braucht.

Nach den großen Grubenkatastrophen der vergangenen Jahre, nach dem erschütternden Kohlenlod der Kumpels von «Minister Heinz», von Grube Anna, von Maibach, nach der vorjährigen Katastrophe auf der Schachtanlage Slinnes an der Ruhr heuchelten die Nationalsozialisten stets ihr demagogisches Beileid mit den Witwen, Waisen und trauernden Müttern der erschlagenen Kohlenkumpels. Zur Macht gelangt machten sie die Mörder unserer Brüder, die Ausbeuter und Profitbyänen zu «Führern» der Arbeiter und die Schaffenden der Gruben und Fabriken zu erniedrigten, gedemütigten Sklavengefolgschaften. Zur Macht gelangt, haben sie den Berginvaliden, den Müttern und Kindern der gemeuchelten Kohlenarbeiter die Renten gekürzt, die Unterstützungen geraubt und der Zeuchengewaltigen Millionenbeschenke in den Rachen geworfen.

Ihr Mütter, Witwen und Waisen von Buggingen! Die Mörder eurer Väter, Söhne und Männer: das sind der Faschismus und Kapitalismus, die heute wieder ihr widerliches Beileid heucheln. Hilfe versprechen. Krokodilstränen vergießen, um euch morgen um die kärgliche Rente zu betrügen und größtem Elend preiszugeben. Weimarer und faschistische Kapitalsdiktatur: beide waren und sind die geschworenen Feinde der arbeitenden Volksmassen. Denn beiden galt nur ein Streben: die Kassen-schränke der Besitzenden zu füllen. Wie afrikanische Kulis in die Arbeitshöllen gejagt, sollt ihr Kumpels und Fabriksklaven nur einem Zwecke dienen: das Wohlleben der Reichen zu fördern, wengleich eure Leiber durch Arbeitsiron, Fabrik- und

Grubenmord und imperialistisches Kriegsgemetzel als Opfer auf dem Schlachtfeld bleiben.

In diesen Stunden unserer erschütternden Anklage sprechen wir den gramgebeugten Hinterbliebenen der geschändeten und gemeuchelten Kumpels unser tiefstes revolutionäres Beileid aus. Aber unsere trauerumflorten roten Kampfslahnen ruben nicht lange auf Halbmast, Opfer sind uns, den Siegen entgegenschreitenden Revolutionären, stets Ansporn gewesen zu verstärktem revolutionärem Handeln. Wir Kommunisten und revolutionäre Gewerkschafter rufen an der Bahre der vergifteten, erschlagenen Arbeitsbrüder, den Massen ganz Deutschlands zu:

Erst wenn die Proletariemassen unseres geknechteten Landes die faschistischen Geldsackpatrioten, die gewinnlüsternen Fabrik-, Gruben- und Bankherren beseitigt, erst wenn die Arbeiter im Bunde mit den werktätigen Bauern unter Führung der Kommunisten das Diktaturregime der Sklavenhaller gestürzt und die Sowjetmacht errichtet haben, erst dann gilt das Arbeiterleben mehr als Kali und Kohle. Dann gilt allein das Leben unserer Klasse, denn es gibt im Sowjetlande weder Dividenden noch Profit. Denn Sowjetmacht bedeutet, daß die Arbeiter die Herren der Fabriken und Schächte, die armen Bauern und Landarbeiter die Herren des Grund und Bodens sind. Denn jedes frevelhafte Spiel mit Arbeiterleben (das im Dritten Reich zum Gesetz erhoben wurde) wird unter der Macht der Sowjets mit dem Tode bestraft.

Bergarbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern von Buggingen, Proletarier ganz Deutschlands! Erhebt eure Stimme zur menschlichen Anklage, zur stürmischen Kampfansage gegen die faschistischen Frevler und Meuchelmörder von Buggingen und Berlin! Eure Forderung halle durchs ganze Land: Ins Zuchthaus mit der faschistischen Mörderdirektion! Faßt überall Massenprotestbeschlüsse gegen die faschistischen Grubenbyänen und ihre hohen nationalsozialistischen Beschützer! Arbeiter Deutschlands, sendet aus dem ganzen Lande, aus den Grubenrevieren, Metallbezirken, aus Wohngebieten und Massenorganisationen eure Proteste gegen die Ermordung unserer 86 Bugginger Arbeitskameraden.

Ihr Kumpels von Buggingen, erzwingt die Einsetzung einer Untersuchungskommission aus den Bergarbeitern eures Schachtes, prangert die Schuldigen an, nagelt die Mörder fest, ruht nicht eher, bis die Attentäter samt ihren faschistischen Hintermännern hinter Schloß und Riegel sitzen!

Ihr Kumpels ganz Deutschlands! Täglich kann euch das gleiche Schicksal wie die Bugginger Klassengenossen ereilen. Kämpft daher durch Schaffung von unabhängigen Vertrauensleuten und durch Schaffung von Schacht- und Reviergruppen der unabhängigen Klassengewerkschaften für Verbesserung des Gruben- und Unfallschutzes, gegen die Antreiberei, für Verbesserung des Gedinges, gegen die Lohnschinderei, für Erhöhung der Löhne, für Rückgängigmachung des Raubes an den Knappschaffs- und Invalidenrenten. Schließt in ganz Deutschland die eberne Phalanx der Ausgebeuteten zum Kampfe gegen das sklavische Arbeitsgesetz, das euch zu willenlosen Sklaven der mörderischen Fabrik- und Grubenherren machen will.

Ihr sozialdemokratischen und christlichen Klassengenossen! Der Tod eurer 86 Bugginger Brüder ist ein mahndendes Alarm-signal für unsere Klasse. Das Leben des schaffenden Arbeitsvolkes ist unter der Knute des Kapitalismus und Faschismus ständig in Gefahr. Schließen wir zum revolutionären Bruderbund der kämpfenden Einheitsfront alle unsere Kräfte zusammen. Rüstet wir durch gemeinsamen Tageskampf zum Sturmangriff gegen das faschistische Terror- und Ausbeuteregime, zum Sturmangriff zur Erkämpfung der Räte-macht, die allein allen Schaffenden der Faust und der Stirn Freiheit, Glück, Wohlstand und den Sozialismus bringt!

Zentralkomitee der KPD  
Reichskomitee der RGO

## Aufruf der ZK der KP Deutschlands und der KP Oesterreichs

### Arbeiter, Bauern, werktätiges Volk in Deutschland und Oesterreich!

Mit Bewunderung und Stolz hat die ganze proletarische Welt den heldenmütigen Kampf der proletarischen Söhne der österreichischen Arbeiterklasse gesehen. Der bewaffnete Kampf in Wien, Graz, Linz, Steyr und in der Steiermark, die vielen Streiks in den deutschen Betrieben sind Flammenzeichen, daß unsere deutsche Arbeiterklasse wieder im Vormarsch ist, daß das alte Wort vom «Schlußmachen mit diesem System» lebendiges Leben zu werden beginnt, daß das Ende der Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer faschistischen Diktatur herannaht.

Im Triumphgefühl über die blutige Niederwerfung des bewaffneten Widerstandes der österreichischen Arbeiter vereinigen sich alle Unterdrücker und Ausbeuter, alle jene Parasiten, für die unser werktätiges Volk in Deutschland und Oesterreich seit Jahrzehnten darbt und blutet, vereinigen sich alle Großen und Reichen, die Fürsten der Banken, die Könige der Fabriken und Bergwerke, in deren Auftrage Hitler in Deutschland und Dollfuß in Oesterreich regieren.

Wieselnd klagen die Schuldigen an der Niederlage des heroischen Kampfes in Oesterreich, die sozialdemokratischen Führer, über die Leiden und die Opfer des Proletariats, über die Tausende von Erschossenen, gemordeten und gefolterten Kämpfern in Deutschland und Oesterreich. Sie, die heute wieselnd waren es, die euch, deutsche und österreichische Arbeiter, vor 15 Jahren hinderten, die Fabriken und Bergwerke in euren Besitz zu nehmen, die euch, Bauern und Landarbeiter, den Grund und Boden der reichen Großgrundbesitzer vorenthielten. Fünfzehntausend deutsche Arbeiter haben sie getötet, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit dem Ergebnis einer blutigen Diktatur gegen euch aufrechtzuerhalten. Sie haben mitgeholfen, die faschistischen Banden zu organisieren, sie haben mitgeholfen, euch das Schmalz vom Brote und das Salz vom Tische zu rauben. Sie sind es, die heute den Arbeitern in Deutschland und Oesterreich erklären, der Faschismus sei nicht zu vermeiden gewesen und die Arbeiterklasse sei auf längere Zeit geschlagen und besiegt.

Aber gemacht! Die deutsche Arbeiterklasse hat in Oesterreich wohl eine Bataille verloren, aber der Kampf geht weiter. Mögen die Faschisten ihre Galgenkreuzfahrnen hängen, der gemeinsame Kampf der revolutionären Schutzbündler und Kommunisten in Oesterreich war das Zeichen, das dem Faschismus und der ganzen Welt kündet: Wir sind da und bleiben da, und kühner denn je lebt in jedem von uns der Gedanke der Befreiung, des Sieges der Arbeiterklasse.

Weder Mörser noch Kanonen, weder Panzerwagen noch Maschinengewehre, keine Macht der Welt ist in der Lage, den Sieg des deutschen und österreichischen arbeitenden und werktätigen Volkes zu verhindern, wenn es sich in seiner Mehrheit erhebt, wenn es in seiner Mehrheit aufsteht gegen seine Unterdrücker, wenn seine Mehrheit unter revolutionärer bolschewistischer Führung der siegreichen Taktik Lenins und unserer kommunistischen Weltpartei folgt.

Es gibt Siege, die Niederlagen sind, und Niederlagen, die künftige Siege in sich tragen. Der revolutionäre Kampf des österreichischen und deutschen Proletariats im November 1918, der den Sieg greifbar nahe vor die Arbeiterklasse stellte, hat sich in eine Niederlage verwandelt, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse, befangen von den Illusionen einer demokratischen Republik und des Parlamentarismus, ihr Geschick in die Hände der verräterischen sozialdemokratischen Führer legte. Hunderttausende von Arbeitern in Deutschland und Zehntausende in Oesterreich haben aus dieser Niederlage gelernt und den Bruch vollzogen mit jenen Illusionen und ihren sozialdemokratischen und reformistischen Vätern. Sie haben in Deutschland ein mächtiges Werkzeug ihres Befreiungskampfes, eine kommunistische Massenpartei geschaffen, die durch die Tat bewiesen hat, daß sie allein nur den Kampf führen kann für die Befreiung der Arbeiterklasse. Die blutige Niederlage der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter in Floridsdorf, im Karl-Marx-Hof, in Linz, in Graz und in der Steiermark hat den österreichischen Arbeitern noch einmal mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß in einer sozialdemokratischen Organisation, die nur auf die Führung von Wahlbündeln, aber nicht auf die Führung bewaffneter Kämpfe eingestellt ist, daß unter einer sozialdemo-

kratischen Führung, die nur die Taktik des Verhandels und der Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien kennt, die Arbeiterklasse niemals siegen kann.

Oesterreichische und deutsche Arbeiter, Gewerkschafter, Schutzbündler! Die Reichen und Großen, die Ausbeuter und Unternehmer haben den Faschismus geschaffen, um den Bürgerkrieg gegen die Armen zu führen. Wenn wir zur Freiheit der Arbeiterklasse, zur revolutionären Niederwerfung der faschistischen Diktatur kommen wollen, dann müssen wir die Mehrheit der Arbeiter und Werktätigen in einer gemeinsamen revolutionären Front sammeln und sie mit der Entschlossenheit erfüllen, den Faschismus gewalttätig zu beseitigen.

Niemals werden wir siegen, wenn in unseren eigenen Reihen der Verrat sitzt. Mögen die Phrasen von Otto Bauer und Seitz auch einen radikaleren Klang gehabt haben als die zynischen Bekenntnisse eines Wels und Severing, in ihrer Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie waren sie sich immer einig. In Deutschland wie in Oesterreich laien sie in der Vergangenheit alles, um jedes ernsthaften Kampf zu verhindern, um euch zu entwaffnen, euch mit einer Niederlagenstimmung zu erfüllen und vom Generalstreik abzuhalten. Sie haben in Deutschland wie in Oesterreich die arbeitende und werktätige Jugend in das Lager der Hoffnungslosigkeit und des Faschismus getrieben.

Ihr Arbeiter und Bauern Oesterreichs, ihr Arbeiter und Bauern Deutschlands, erinnert euch an die Arbeitermörder Noske und Zörgiebel, erinnert euch an die Severing und Seitz! Sie waren es, die in Deutschland wiederum wie im wilhelminischen Deutschland Gesetze und Verordnungen erließen, durch die sie eure Versammlungen, eure Demonstrationen, eure wehrhaften Massenorganisationen verboten haben, sie waren es, die in Oesterreich das Arsenal und die Waffen in euren Händen auslieferten und in die Hände der faschistischen Kouterrevolution legten.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland und in Oesterreich, denkt an unsere gemordeten Kampfgefährten! Ihre Gräber schreien nach Rache, und könnten sie auferstehen, sie wären die ersten in der Front, um den sozialdemokratischen Verrat für immer aus dem Lande zu jagen. Niemals werden wir siegen, wenn an der Spitze der deutschen und der österreichischen Arbeiterklasse die Otto Bauer und Wels stehen. An der Spitze der kämpfenden revolutionären Front, die siegesicher in die Zukunft schreitet, stehen die unsterblichen Helden, die für die Befreiung unserer Klasse in den Tod gingen. Sie haben beispielgebend im Kampfe gegen die faschistische Diktatur gezeigt, wie die revolutionäre Front des Proletariats zum Sturze der faschistischen Diktatur geschaffen wird. Die revolutionäre Einheitsfront der proletarischen Revolution in Oesterreich und Deutschland marschiert im Geiste August Lübbes, Jonny Schoers, Joseph Ahrers, Münchreiters und Weißfels.

Hunderttausende Werktätige stehen heute in jener Front, die dem armen Bauern im Tirol, Niederösterreich und im Reich sein bischen Land nimmt, um es zu dem Land der reichen Großgrundbesitzer, der Starbenberg und Januschau zu schlagen, in jener Front, die die Tageskassen der Kleingewerbetreibenden und Handwerker verringert, um die Profite der reichen Fabrikherren zu erhöhen. Tausende Arbeiter und Werktätige Oesterreichs glauben, daß die Vereinigung des gesamten arbeitenden deutschen und österreichischen Volkes kommen wird, wenn das Dollfuß-Oesterreich sich einem faschistischen Hitler-Deutschland anschließt. Aber genau so wenig wie die Sozialdemokratie, als sie 1918 an der Macht war, die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland durchführte, genau so wenig wie die bürgerliche Demokratie diese Vereinigung brachte, genau so wenig kann sie Hitler bringen. Die nationale Vereinigung des gesamten deutschen arbeitenden Volkes kann nicht in einem Reiche herbeigeführt werden, in dem die Mehrheit des deutschen Volkes sozial unterdrückt und verknechtet wird. Die deutsche nationale Vereinigung kann nur kommen, wenn die soziale Freiheit des deutschen arbeitenden Volkes erkämpft und gesichert ist. Nur wir Kommunisten können dem gesamten werktätigen deutschen Volke die Vereinigung brin-

gen, wenn nur wir allein dem Volke wirkliche Selbstbestimmung, wirkliche demokratische, soziale Freiheit geben und damit die Tore des Reiches für alle deutschen Arbeitenden öffnen können.

Wir Kommunisten sagen den Arbeitern, kleinen Bauern und Werkstätten, die heute noch in der Front der Unterdrückung der Arbeiter und Werkstätten stehen, daß ihr Platz nicht dort, bei den Feinden des arbeitenden Volkes, sondern nur bei uns sein kann, und daß unser Sieg ein unaufhaltsamer ist. Wir sagen klar und unzweideutig jenen, die heute noch die Henkerrolle der Bourgeoisie erfüllen, jenen, die sich dem Freiheitskampfe unseres werktätigen Volkes entgegenstellen, daß sie unserem Haß und ihrer Vernichtung nicht entgehen werden.

Deutsche und österreichische Proletariat! Hunger und Elend in euren Ländern werden immer größer und mit ihnen wächst der Haß der Massen gegen die faschistische Diktatur. Aus der Krise des kapitalistischen Systems gibt es nur einen Ausweg, das ist die Vertreibung der Kapitalisten, die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern, die Vertreibung der Hitler und Dollfuß und die Uebergabe der Macht an die von den Arbeitern und Bauern frei gewählt und jederzeit abberufbaren Arbeiter- und Bauernräte. Gemeinsam gilt es, den Weg des Sieges, den Weg der Befreiung, den Weg der revolutionären Niederschlagung der faschistischen Diktatur zu organisieren. Gemeinsam wollen wir ein Reich der proletarischen Freiheit aufrichten, gemeinsam zum Sozialismus schreiten.

Sozialismus, das ist nicht das, was die Sozialdemokraten oder die Faschisten vor euch als «Sozialismus» ausgaben. Sozialismus, das ist die entschuldigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, der Junker und Feudalherren, der Kirchen und Klöster, die Wegnahme der Fabriken, Bergwerke, Schiffe und großen Mietshäuser und ihre gemeinsame Verwaltung durch die Kommissionen und Räte der Armen, Ausbeuteten und bisher Entrechteten, aller Arbeiter, Bauern und Werkstätten. Sozialismus, das heißt Arbeit und Brot für alle Arbeiter und Werkstätten, Sozialismus ist Schluß mit dem kapitalistischen System und seiner Krise. Sozialismus ist Beschlagnahme der entscheidenden Kulturgüter, der großen Druckereien, der bürgerlichen Zeitungen, der Theater, des Radios, und der Kinos durch die Klasse der Arbeiter und armen Bauern, ist die Beherrschung von Wissenschaft und Technik durch die Söhne und Töchter der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern. Sozialismus ist die Beschlagnahme der Villen und Sommeritze der Reichen und Fürsten für die Kinder der Armen und die armen Kranken und Alten, ist die Vertreibung der Söhne und Töchter der reichen Fabrikanten und Großgrundbesitzer von allen Schulen und Universitäten und ihre Öffnung für die Jugend des Proletariats und der Werkstätten. Sozialismus, das heißt Vernichtung aller Ausbeutung durch das Menschen, ein freies Schaffen im Wohlstand für alle Arbeitenden.

Nur die proletarische Revolution als eine wirkliche Volksrevolution, nur die Machtübernahme durch die Arbeiter und Bauern unter Führung der Kommunisten schafft die Voraussetzung der Beseitigung von Hunger, Not und Elend, schafft den Sozialismus. Wenn ihr nur Macht und zum Sozialismus kommen wollt, dann müßt ihr mithelfen, die revolutionäre Einheitsfront zu errichten. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse ist heute die Frage um Leben und Tod des Pro-

letariats, ist die entscheidende Voraussetzung für die Befreiung aus dem faschistischen Kerker. Diese revolutionäre Einheitsfront ist nur möglich ohne die Führer der Sozialdemokratie, Bauer und Wels, und nur auf der Grundlage des revolutionären marxistischen Klassenkampfes. Wenn ihr zur Macht, zum wirklichen Sozialismus kommen wollt, dann müßt ihr die Herrschaft der Bourgeoisie mit allen Mitteln der Gewalt zerschlagen, dann müßt ihr den kapitalistischen Staat von Grund auf zerstören und an seine Stelle die Herrschaftsform der Arbeiterklasse, die Macht der Arbeiter und Bauern setzen.

Ihr Arbeiter, werktätige Bauern, Kleingewerbetreibende in Deutschland und in Oesterreich, laßt euch nicht entmutigen durch die Schwere der vor euch stehenden Aufgaben. Seid euch klar darüber, daß noch einige Jahre unter dem Joche des Faschismus viel mehr an Opfern kosten als die *siegreiche proletarische Revolution*. Laßt euch Gehirne und Herzen erfüllen mit dem Gedanken an die Befreiung der deutschen Arbeiter und Werkstätten, mit dem Gedanken an die kommende revolutionäre Niederschlagung der faschistischen Diktatur.

Aus der faschistischen Diktatur und der kapitalistischen Krise gibt es nur einen Ausweg. Das ist der Weg, den das Proletariat Rußlands im Oktober 1917 unter Führung der Kommunistischen Partei Lenins gegangen ist. Dieser Weg hat zum Sozialismus, zur sozialen und nationalen Befreiung der russischen Arbeiter und Werkstätten geführt. Auf diesem Weg ihr zu folgen, auf dem Wege des Kampfes für eine künftige, gemeinsame deutsche und österreichische Republik, ruft euch, deutsche und österreichische Werktätige, die Kommunistischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs.

Arbeiter, Bauern, Handwerker, verjagt die faschistischen Banden, streikt gegen Lohnraub und Verschlechterung aller Arbeitsbedingungen, verhindert durch Massenkampf die faschistischen Morde und Einkerkelungen, durchbrecht das faschistische Demonstrosverbot, kämpft um höhere Löhne und Wiederherstellung aller Arbeiterrechte, um demokratische Rechte und Freiheiten. Organisiert euch in Deutschland in den unabhängigen Klassengewerkschaften, laßt in Oesterreich eure Gewerkschaften vom Faschismus nicht zerschlagen, führt sie legal oder illegal weiter, vereinigt euch in revolutionären Bauern- und Werkstättenkomitees. Zählt keinen Grochen Abgaben und Steuern. Entwaffnet die faschistischen Terrorbanden.

Arbeiter an der Ruhr und in der Steiermark, Werkstätten in den Städten an der Donau und am Rhein, Bauern in Niederösterreich und in Bayern! Die Stunde der Vergeltung für alle Verbrechen der Unterdrücker und Ausbeuter naht. Erhebt euch, ihr Armen und Entrechteten, kämpft gemeinsam mit den Kommunisten für die Befreiung des deutschen und österreichischen arbeitenden und werktätigen Volkes.

Auf zum Kampfe für Arbeit, Brot und Freiheit! Nieder mit den Henkern und Verrätern, nieder mit Hitler und Dollfuß! Auf zum Kampf für wirklichen Sozialismus! Alle Macht den Räten!

*Die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs,  
Sektionen der Kommunistischen Internationale.*

## Millionen Arbeiter gegen Hitler!

### Anruf des ZK der KPD

#### Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land!

Der Faschismus hat eine Schlacht verloren. Die braunen Unternehmernknechte verschweigen ihre Niederlage. Die erdrückende Mehrheit der Lohnsklaven in Betrieb und Büro hat sich bei den Wahlen zu den Unternehmer-Vertrauensräten gegen die Hitlerdiktatur, gegen die Herrschaft der Großen und Reichen entschieden. Wir Millionen Proletarier haben unseren Haß gegen das Arbeiter-Verklavungsgesetz, gegen das Führerprinzip, die Hunger- und Terrorpolitik der faschistischen Kapitaldiktatur bekundet. Wir haben gemeinsam, entsprechend den Vorschlägen der KPD, in einmütigem Handeln der

Hitlerdiktatur eine Niederlage bereitet.

Trotzig und ungebrochen lebt und kämpft der revolutionäre Marxismus. Unausrottbar

lodert der Feuergeist des revolutionären Klassenkampfes bis zur Vernichtung der Profitmacher-Ordnung.

Antifaschisten! Sozialdemokraten und christliche Arbeiter und Gewerkschafter! Wir wenden uns erneut an euch zur brüderlichen Einheitsfront der antifaschistischen Tat. Wir rufen euch im Bewußtsein der stolzen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung! Wir packen euch bei unserer gemeinsamen geschichtlichen Verantwortung gegenüber unserer Zukunft und dem gesamten werktätigen Volk. Wir haben der faschistischen Diktatur eine Niederlage beigebracht. Seid ihr bereit, mit uns den nächsten Schritt der antifaschistischen Kampforganisation gemeinsam zu tun? Wir hoffen es! Wir erwarten es von jedem einzelnen von euch! Das faschistische Hunger- und Terrorregime fällt nur, wenn wir es stürzen. Millionen von Unterdrückten warten darauf, daß wir uns als Organisatoren ihrer Kämpfe gegen Hunger und Terror an ihre Spitze stellen. Vereinigen wir uns darum als entschlossene Streiter für den Sozialismus. Gehen wir gemeinsam.

vom Massenprotest bei den Vertrauensratswahlen zur organisierten Massenaktion

gegen die Durchführung des Arbeitsgesetzes über. Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter schlagen euch vor, gemeinsam mit uns folgende praktische Kampfaufgaben in Angriff zu nehmen.

Schließen wir uns im Betrieb, in der «Arbeitsfront», in der NSBO, in den faschistischen Jugend-, Wehr- und Kulturorganisationen zur planmäßig und beharrlich arbeitenden organisierten Opposition zusammen!

Organisieren wir gemeinsam die Kräfte des Widerstandes und des Angriffs gegen das Arbeitsgesetz, gegen die reaktionäre Betriebsordnung, gegen die Verschärfung der Akkordschinderei durch den faschistischen Leistungslohn, gegen den Raub des Urlaubs, für den Kampf um höhere Löhne und Teuerungszulagen, für Diskussions- und Versammlungsfreiheit, für eigene selbstgewählte Betriebsvertretungen!

Nutzen wir jeden Anlaß aus, durch Herausarbeitung von Forderungen und Kampfvorschlägen an die Belegschaft und die Mitglieder der «Arbeitsfront», die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu steigern. Wir sammeln Unterschriften! Wir entsenden Belegschaftsdelegationen mit unseren Kampfforderungen zum Unternehmer-Vertrauensrat, zwingen seine einzelnen Mitglieder, sich mit uns gegen ihre schändliche Funktion zu wenden oder sich offen als Unternehmernknechte zu entlarven. Wir fordern die Einberufung von Versammlungen in den Betrieben und in der «Arbeitsfront»! Wir schaffen uns ständige Tarif-, Unfall- und sonstige Kommissionen und kämpfen für deren Anerkennung! Wir bilden

Einheitskomitees in den Betrieben,

die entsprechend der Lage die Initiative ergreifen und Einheitsorgane des Kampfes sein müssen!

Der Faschismus zerschlug uns unsere Gewerkschaften und Organisationen, nachdem die Leipart und Konsorten ihre Gleichschaltung vorbereitet hatten. Wir antworten mit der Schaffung ständiger illegaler Kampforgane durch Aufbau der Vertrauensmännerkörper im Betrieb, an der Stempelstelle, im Arbeitsdienstlager, durch Schaffung von Betriebsgruppen unabhängiger Klassengewerkschaften auf dem Boden des unversöhnlichen Kampfes gegen Kapitalismus, Faschismus und sozialdemokratische Spaltungspolitik. Jeder unserer Schritte ist von dem heißen Willen besetzt, aus dem tagtäglichen Klassenringen

heraus zur Massenstreikbewegung, zum politischen Massenstreik, zum Generalstreik, zur bewaffneten Niederwerfung der faschistischen Diktatur zu kommen.

Sozialdemokratische Klassengegenseit! Widerlegt sind die erbärmlichen Niederlagen-Theorien der sozialdemokratischen, trotzkistischen und brandleristischen Führer. Sie erklärten uns, daß das Proletariat für eine ganze Epoche niedergeschlagen und der Kampf der KPD gegen den Faschismus Putschismus und Verbrechen sei. Das Leben selbst hat die marxistische Einschätzung unserer revolutionären Führung, der Kommunistischen Internationale und der KPD bekräftigt, die bereits im Oktober vorigen Jahres erklärten, daß in Deutschland ein

neuer revolutionärer Aufschwung

heranreife. Die aufrüttelnde, opfervolle Arbeit der revolutionären Vorhut ist nicht vergeblich gewesen. Den braunen Bonzen steht eine feindliche Arbeiterarmee, den faschistischen Spitzen der «Arbeitsfront» die Millionenmassen von Antifaschisten gegenüber! Die Vertrauensratswahlen beweisen es. Hinter radikalen Phrasen wollen die bankrotten Führer und Unterführer der Sozialdemokratie «auf neue beginnen», die Einigung der Arbeiterklasse für die Revolution, für den einzigen, für den bolschewistischen Weg zur Macht zu verhindern. Erneut versuchen die Beauftragten der Leipart und Großmann und ihre Agenten, die Brandleristen, durch Schaffung reformistischer Organisationsgebilde die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Wenden wir uns

gemeinsam gegen die Spalter unserer Klasse.

Antifaschisten! Sozialdemokraten und christliche Arbeiter und Gewerkschafter! Die faschistischen Bankrotteure wissen, daß sie schlimmen Monaten entgegengehen. Hinter ihrer Großmütigkeit zittert die Furcht vor ihrer Zukunft. Göbbels wettert gegen die Mitmacher und Nörgler und meint damit die stets wachsende Empörung des arbeitenden Volkes. Das durch Gesetz verkündete neue faschistische «Volksgericht» soll die «Mitsmacher und Nörgler» durch Zuchthaus und Fallbeil zum Schweigen bringen, die eigenen oppositionellen Anhänger ins Konzentrationslager bringen. Mit der Aufbürdung immer gewaltigerer Kriegsrüstungslasten auf unsere Schultern jagt der Faschismus im Zusammenhang mit der Saarfrage eine neue chauvinistische Hetzwelle über das Land. Der einzig gerechte Krieg, der Klassenkrieg gegen die Ausbeuter, soll durch Terror und chauvinistischen Betrug erstickt werden. Aber wir Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter wollen nicht die Opfer verheerender imperialistischer Kriege und faschistisch-kapitalistischer Barbarei sein.

Wir wollen das verfluchte «Arbeitsgesetz» zu Fall bringen, das uns zu Kulis jener Herren da oben macht.

Wir wollen Schluß machen mit Prellwucher, Lohn- und Unterstützungsraub.

Wir wollen höhere Löhne und Unterstützung, unseren bezahlten Urlaub, unsere eigenen Organisationen, die volle Diskussions-, Versammlungs- und Streikfreiheit, selbstgewählte Betriebsvertretungen und unabhängige Klassengewerkschaften.

Wir wollen unsere Jugend dem Joch des Zwangsarbeitdienstes und der Militarisierung zum imperialistischen Krieg entreißen.

Wir wollen die Befreiung unserer Brüder aus dem Klammer der faschistischen Folterbanden, wollen die Ketten sprengen, die den Führer des revolutionären Proletariats, Ernst Thälmann, fesseln.

Wir Arbeiter und Werktätige wollen aus dem Land der kapitalistischen Knechtschaft unser Vaterland, das Land des Sozialismus, des Glücks und des Wohlstandes für alle Arbeitenden. Wir wollen ein Deutschland, für das es sich lohnt, zu kämpfen und zu leben! Wir wollen Räte-Deutschland!

Wir rufen alle Antifaschisten, alle von der Ferse der kapitalistischen Diktatur Geschundenen und Unterdrückten zur kämpfenden Front der deutschen proletarischen Revolution.

Es lebe die antifaschistische Kampfereinheit!

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe Räte-Deutschland!

Berlin, den 18. Mai 1934.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
Belehskomitee der RGO Deutschlands.



## Gewinnung der SPD-Genossen - eine Voraussetzung der Revolution!

Unsere Antwort auf den Berichtsbrief einer kommunistischen Betriebszelle

Liebe Genossen! Es stimmt nicht, daß die Sozialdemokratie völlig tot ist, daß es ein überflüssiger Ballast für unsere Parteiarbeit ist, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Freilich sind bereits zehntausende sozialdemokratische Klassengenossen zur revolutionären Front gestoßen, viele von ihnen leisten bewundernswerte Parteiarbeit. Aber die SPD hatte mindestens 400.000 Arbeitermitglieder und beeinflusste Millionen Gewerkschafter. Zum Faschismus ist doch von den SPD-Arbeitern nur ein verschwindend geringer Prozentsatz gegangen, während vor allem die SPD-Gewerkschaftsführer dutzendweise überliefen. Wo sind nun diese SPD-Genossen, wenn nicht bei uns?

Sozialdemokratische Illusionen und Ideologien sind auch heute noch immer in großen Teilen der Arbeiterschaft vorhanden. Daß es keinen Zweck hat, die Alltagskämpfe zu organisieren, daß erst ein Krieg eine bessere Situation schaffe, daß man zunächst sich mit der Hugenberg-Stahlhelm- und klerikalen Opposition verbünden müsse unter Verzichtleistung auf die Selbständigkeit des revolutionären Klassenkampfes und der Durchsetzung unserer revolutionären Endziele, daß es uns nur so möglich sei, die Mittelschichten dem Proletariat näher zu bringen usw. - Was ist das anderes, als der Ausdruck dieser sozialdemokratischen Ideologien! Nicht nur das: die SPD versucht aufs Neue, wenigstens im Ortsmaßstabe, Organisationen verschiedenster Form zu bauen, Keime reformistischer Gewerkschaften zu schaffen, um im Falle entscheidender Klassenkämpfe als organisierte Kraft gegen die bolschewistische Revolution aufzutreten. Sie versucht, ihre Mitglieder, durch „geselliges Beisammensein“ der kommunistischen Bewegung zu entziehen. Der Prager

Parteivorstand der Wels, Breitscheid und Stampfer bedient sich einer von ihm selbst „gegen sich“ organisierten „radikalen“ Opposition, der sogenannten Miles-Gruppe u.a., die unter der Losung „Neu beginnen“ die ehemaligen SPD-Arbeiter von der KPD fernzuhalten sucht. Das Programm des Prager Vorstandes, hinter Phrasen wie „Enteignung der Schwerindustrie“, „Revolutionstribunal“ usw. die SPD-Arbeiter nach dem Sturz der Hitlerdiktatur für die Fortführung der bürgerlich-demokratischen Politik zu gewinnen, ist keine kommunistische Fälschung, wie es einige Sozialdemokraten angesichts der Empörung der SPD-Arbeiter gegen den Prager Vorstand zu behaupten wagen. Die Ideologie der SPD erzeugt auch in den Reihen nichtgefestigter Revolutionäre opportunistische Auffassungen, wie ihr es in dieser Ausgabe der „Roten Fahne“ in einem Artikel gegen ein Versöhnler-Grüppchen lesen könnt.

Wie ihr seht, liebe Genossen, wäre es ein großer Fehler von uns, diese Gefahren zu unterschätzen. Wir würden der Hauptvoraussetzung der Revolution, die KPD zur einzigen Massenpartei des Proletariats zu machen, einen Bärendienst erweisen.

Die Sozialdemokratie trägt die historische Alleinschuld an der Aufrichtung der Hitlerdiktatur. Zwar haben die SPD-Arbeiter eine große Verantwortung auf sich geladen, daß sie am 20. Juni, am 30. Januar usw. nicht unserem Generalstreik-Aufruf, sondern ihren verräterischen Führern folgten. Aber es wäre alles andere als kommunistisch, sie, die selbst die ungeheuren Leiden unter der Hitlerdiktatur voll mit auskosten müssen, auch nur in etwa mit den Löbe und Severing, mit den Künstler und Sendewitz auf eine Stufe zu stellen. Wenn es bei uns noch Genossen gibt, die erklären, ich diskutiere lieber mit einem oppositionellen SA-Mann als mit einem unverbesserlich verbohnten alten SPD Arbeiter oder Funktio-

när, so ist das doppelt falsch unter dem Gesichtspunkt unserer strategischen Hauptaufgabe, der Gewinnung unserer eigenen Klasse und damit vor allem der SPD-Genossen.

Wir sollten vielmehr, Genossen, unserem Führer Thälmann folgen, und mit Liebe und Sorgfalt, mit Geduld und treuer Hingabe bei gleichzeitig unversöhnlicher Schärfe gegen die Politik der SPD, an die Gewinnung der sozialdemokratischen Klassengenossen herangehen. Wir sollten ihre ideologischen Hemmungen, ihre Argumente gegen uns studieren, nicht, um sie damit zu verhöhnen, sondern sie mit unserer sachlichen Gegenargumentation, die durch die Geschichte bestätigt ist, überzeugen und für uns zu gewinnen. Gehen wir hin zu ihnen. Erweisen wir uns als die Vorkämpfer der Einheitsfront in der Praxis. Machen wir ihnen im Kampf gegen das Arbeitsgesetz praktische Vorschläge. Bilden wir mit ihnen in den Betrieben und faschistischen Massenorganisationen Oppositionszentren, Einheitsfront- und Kampforgane. Wo die SPD versucht, selbst Organisationen aufzuziehen, stellen wir die Verbindung her und gewinnen die SPD-Arbeiter und Gewerkschafter in diesen Organisationen für den Tageskampf, für unserem gemeinsamen Endziele. Ueberzeugen wir sie durch das Beispiel der Sowjetunion auf der einen und durch das österreichische Beispiel auf der anderen Seite, daß nur der bolschewistische Weg zum Sieg der sozialistischen Revolution führt.

Das ist die Meinung des Zentralkomitees. Wir bitten Euch, in Eurer Zelle diesen Brief zu besprechen und in seiner Richtung die Arbeit konkret, planmäßig in Angriff zu nehmen.

Mit kommunistischen Gruß!

Eure Freunde vom Zentralkomitee  
I.A.: Müller

# Kommunismus - der einzige Ausweg!

## Das soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

*Wir bringen nachstehend in wörtlicher Wiedergabe das überaus wichtige soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands, da bedauerlicherweise beim Abdruck in unserer Nr. 29 einige Stellen fortgeblieben sind. Die Red.*

Arbeiter und Arbeiterinnen, Werktätige in Stadt und Land!

Unverbrüchlich treu ihrem Programm und ihrer Aufgabe, euch, deutsche Arbeiter und Werktätige, zum Sozialismus, zu einem Leben im Wohlstand für alle Arbeitenden zu führen, steht auch jetzt, in den Zeiten der bittersten Not, des größten Elends und Hungers, verurteilt durch das bereits in seinen Grundfesten wankende kapitalistische System und die faschistische Diktatur, die Kommunistische Partei Deutschlands zu jeder Stunde an eurer Seite.

Überall, wo ihr steht und kämpft, da steht und kämpft auch unsere Partei in eurer Mitte. Sie allein organisiert und führt eure Kämpfe, mobilisiert die Massen gegen Faschismus und Krieg, kämpft durch euch und durch jedes ihrer Organe und Mitglieder, durch jeden einzelnen ihrer Funktionäre für unsere gemeinsame große Sache, für die Sache des Sieges der proletarischen Revolution. Unzählige aus unseren Reihen haben ihre Treue zum kommunistischen Programm, ihre Treue zu euch und euren Interessen mit dem Tode bezahlt. Bis zum letzten Atemzug ihres Lebens für den Sieg der deutschen proletarischen Revolution kämpfend, ist John Scheer, der Organisator der größten illegalen Massenpartei des Proletariats, ist August Lüttgen, der Kämpfer von Hamburg, sind viele Hunderte — an die Dreitausend — von den Banditen der faschistischen Diktatur ermordet, in den Tod gegangen.

Mit jedem Wort, mit jedem Atemzug, die Proletarier der ganzen Welt für die heilige Sache des Kampfes gegen den Kapitalismus aufrufend, stand unser Dimitrow vor den Blutrichtern der faschistischen Diktatur. Jede Faser an ihm ein Ankläger der internationalen proletarischen Klasse gegen die blutbesudelte Bourgeoisie, ein Fanal des unaufhaltsamen endgültigen Sieges der deutschen Arbeiterklasse über ihre Unterdrücker und Feind. Bis zur letzten Minute mutig und entschlossen bei euch stehend, jeden Gedanken an Flucht vor dem Faschismus ablehnend, euch mit Rat und Tat helfend eure Kämpfe zu organisieren, wurde der Führer unserer Partei, Ernst Thälmann, neben vielen schützenswerten kämpfenden Arbeitern in die Kerker der faschistischen Hölle geworfen.

Eine Partei, die zehntausende solcher aus eurer Mitte hervorgegangener Helden zählt, die ein solches Maß von revolutionärer Treue und Heroismus mit der Kampfschlossenheit und Opferbereitschaft ihrer ganzen Klasse vereinigt, eine Partei, die unter den Bedingungen eines Terrors, wie ihn die Welt noch niemals gesehen hat, trotz ständiger Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen, eine soch gewaltige, über das ganze Reich verzweigte und in allen Schichten der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes verankerte einheitliche und unter fester bolschewistischer Führung befindliche, illegale Massenorganisation schaffen konnte, ist unbesieghar! Ihre Helden, ihre organisatorischen Erfahrungen, ihr Programm, ihre revolutionäre Vergangenheit sind das sicherste Unterpfand unseres kommenden gemeinsamen Sieges.

Proletarier Deutschlands! Deutsches werktätiges Volk! Wer ist Hitler und seine Partei?

Vor vier Jahren unter den Bedingungen der Brüning-Diktatur, sagte euch die Kommunistische Partei in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung: «Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie eine nationale, eine sozialistische und eine Arbeiter-Partei sind. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen all das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen faschistischen Diktatur, eine Partei der Wiederaufrichtung des Regimes der Junker und Offiziere, eine Partei der Wiedereinsetzung der zahlreichen deutschen Fürsten in ihre angestammten Rechte, die Offiziere und hohen Beamten in ihre Titel und Posten.»

Jedes einzelne dieser Worte habt ihr in der Zwischenzeit an eurem eigenen Körper als tiefste Wahrheit empfunden. Hitler,

das ist die Herrschaft der Großen, der Reichen im Lande auf dem Rücken der Kleinen. Hitler — das ist die Partei des Finanzkapitals. Hitler — das ist die Partei der Krupp, Thyssen, Duisberg, Röchling, Schacht. Hitler — das ist die brutalste Diktatur einer verschwindenden Minderheit von Ausbeutern über eine riesengroße Mehrheit von Ausgebeuteten.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, deutsche Werktätige! Kann euch der Faschismus, kann euch Hitler aus Not und Elend zur Freiheit führen?

Wo der Kapitalismus herrscht, wird immer der Reiche den Armen ausbeuten und unterdrücken. Der Reiche herrscht über die Betriebe, über die Banken, über die Warenhäuser, über die Schiffe und Eisenbahnen. Der kapitalistische Staat ist immer ein Werkzeug der Besitzenden zur Niederhaltung der Armen und Besitzlosen, zur Aufrechterhaltung der Vorrechte der Reichen und zur Sicherung ihres Besitzes. In der Weimarer «Demokratie» wurden euch darüber die Augen verschlossen mit den betrügerischen Methoden des Parlamentarismus. Im «Dritten Reich» sollt ihr blind gemacht werden mit dem Volksbetrug der «Volksgemeinschaft» von Reichen und Armen. Welche Gemeinschaft aber könnt ihr haben mit Krupp, Thyssen und Duisberg? Welche «Volksgemeinschaft» kann es geben mit jenen Ausbeutern, die allein im Besitze der Produktionsmittel und der Macht um die Steigerung und Sicherung ihres Profits willen Millionen deutscher Arbeiter und Volksgenossen verhungern und verrecken lassen? Eine solche «Volksgemeinschaft» ist Volksbetrug. Der «nationale Sozialismus» Hitlers macht die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer. Niemand noch in der Geschichte besaß eine so kleine Oberschicht von 600 Multimillionären eine soch große wirtschaftliche und politische Macht über ein ganzes Land, wie sie ihnen Hitler gab. Hitler hat ihren Besitz, ihre Vorrechte, ihr Prasserdasein und Parasitentum mit einem neuen Ring von Stahl und Blut umgeben. Um ihren Profit und eure Ausbeutung zu sichern, wurden Tausende der besten Söhne der Arbeiterklasse, der besten Vertreter der Interessen der Werktätigen ermordet, werden viele Zehntausende der besten Proletarier Deutschlands in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern gefoltert, ist Deutschland zu einem Zuchthaus und Leichenhaus für die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes geworden und jeder klassenbewußte Arbeiter nach den Wünschen Goerings nur noch ein Toter auf Urlaub.

Hitler versprach euch Arbeitern und Erwerblosen Brot und Arbeit!

Aber was er euch brachte, ist der blutige Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse, der Krieg der Reichen gegen die Armen, gegen euch, das ganze werktätige Volk. In einem Jahr faschistischer Herrschaft konnten noch nicht einmal die erwerblosen SA-Soldaten produktive Arbeit erhalten. Eure Löhne und Gehälter aber wurden immer wieder aufs neue gesenkt. Die von euch erkämpften Tarifverträge werden zerrissen. Alle von euch und euren Vätern erkämpften politischen Rechte, das Koalitions- und Streikrecht, wurden euch geraubt. Eure Organisationen wurden zerschlagen und ihre Vermögen gestohlen. Auf den Exerzierplätzen und in den Arbeitsdienstlagern wird die deutsche arbeitende und werktätige Jugend als Kanonensfutter für einen neuen imperialistischen Krieg und zu Werkzeugen des Bürgerkriegs gegen die eigene Klasse gedrillt. In den Betrieben, die euch, dem werktätigen Volk als den Arbeitenden allein nur gehören sollen, herrscht der Unternehmer als König über Brot und Arbeit. Er bestimmt die Höhe eures Lohnes, er bestimmt die Länge eurer Arbeitszeit, er bestimmt eure Vertrauensleute, er bestimmt allein, ob ihr erwerbslos seid und eure Familien hungern müssen. Er bestimmt — und wer von euch nicht gehorcht, der ist reif für Konzentrationslager und Zuchthaus.

Hitler versprach euch werktätigen Klein- und Mittelbauern, euch Pächtern und Siedlern die Beseitigung der Banquerot.

Aber was er den Erbhofbesitzern als einer bevorzugten Schicht gab, mußte er dem gesamten übrigen werktätigen Volk wegnehmen. Den nachgeborenen Söhnen und Töchtern wurde das elterliche Erbe geraubt. Die Lebensbasis für die kleinen Bauern und Häusler wurde noch weiter verringert. Unangefochten sitzen die Junker und Großgrundbesitzer auf ihrem großen Gütern und niemand ist im Lande, außer uns Kommunisten, der euch

landungsrigen kleiner Bauern, auch Pächtern und Häuslern zum Grund und Boden der Reichen verbieten und auch von den Steuern, Abgaben und Zinsen an den Staat und die Banken befreit wird. Der «Reichsaufstand» ist die Umstellung der freien Agrarwirtschaft auf zwangsmäßige Kriegsproduktion. Er ist zugleich der organisatorische Ausdruck der Vorrechte des räuberischen Junkertums und der Großbauern. Die Schutzmaßnahmen auf Kosten und zu Lasten aller Werktätigen brachten denselben reaktionären, schmarotzerischen Staatsinteressen alleinige Vorteile.

Hitler versprach auch Kleinbürgern und Handwerkern die Beseitigung eurer Nöte, die Brechung der Zinsknechtschaft.

Was er aber wirklich schuf, war nur eine neue reaktionäre mittelalterliche Kasteneinteilung, die eure materielle Not nicht lindern konnte. Die großen Warenhäuser des Finanzkapitals, die großen Banken stehen nach wie vor und die Not der Klein-gewerbetreibenden und Handwerker ist nicht geringer geworden, denn jeder Pfennig, den Hitler aus der Lohnlücke des Arbeiters stahl, mußte zu Mindereinnahmen von Mark in der Tageskasse des Klein-gewerbetreibenden werden.

Hitler versprach euch allen bei seiner Machtübernahme die Beseitigung der Wirtschaftskrise. Nach einem Jahr Herrschaft des Faschismus aber liegen die Betriebe weiter still und nur dort, wo für den Krieg, den ihr für die Sache der Reichen führen sollt, gerüstet wird, rauchen die Schloten. Die Schiffe verrotten weiterhin in den Häfen, als wären alle Flüsse und Meere mit Eis bedeckt. Nur eure Not und euer Elend sind größer geworden und größer wurde die Verschuldung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kleiner aber wurden die Unterstützungssätze der Sozialversicherungen, und Millionen von Armen ist das Recht zum Leben aberkannt.

Hitler versprach euch Arbeitern und Werktätigen die Beseitigung von Versailles, die nationale Befreiung des deutschen Volkes. Er, der das Selbstbestimmungsrecht der überwiegenden Mehrheit des eigenen Volkes mit Füßen tritt, log euch vor, für die Befreiung aus nationaler Knechtschaft und für das Selbstbestimmungsrecht der abgetrennten Minderheiten zu kämpfen. Wir Kommunisten sagten euch 1930 bereits in unserem Programm der sozialen und nationalen Befreiung, daß «Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat». Wir sagten euch, den Arbeitenden und Ausgebeuteten in Stadt und Land, daß es eine wirkliche nationale Freiheit des deutschen Volkes ohne soziale Befreiung nicht geben kann.

Solange die Fabriken, die Bergwerke, die Banken und die großen Güter den kapitalistischen Ausbeutern gehören, so lange wird die herrschende Klasse auch im Dienste des internationalen Finanzkapitals die deutschen Arbeiter und Werktätigen doppelt ausplündern und unterdrücken. Wer, wie Hitler, die soziale Unterdrückung und Knechtschaft der deutschen Arbeiter und Werktätigen steigert, kann nicht für die nationale Freiheit und Vereinigung der gesamten deutschen Werktätigen kämpfen, kann nicht die Beseitigung der imperialistischen Raubverträge durchführen.

Der bürgerliche Nationalismus ist der Schrei der Bourgeoisie und der von ihr abhängigen Kleinbürgermassen nach höheren Profitten.

Der Nationalismus der Bourgeoisie ist der Ruf nach gesteigerter Ausbeutung der Arbeiter und Werktätigen im eigenen Land, ist der Versuch, die Arbeiter und Werktätigen fremder Länder unter die Oberherrschaft der deutschen Ausbeuter zu bringen. Die Faschisten können euch weder Brot noch Arbeit geben, darum geben sie euch das «Fest der nationalen Arbeit» mit Parademärschen und Feuerwerken, um euch vom Klassenkampf abzuhalten. Sie können euch nicht soziale Freiheit geben, darum setzen sie euch ihren Rassenschwindel vor, um euch willig zu machen, das Joch erhöhter Ausbeutung geduldig zu tragen, um euch willig zu machen für ein größeres Reich der deutschen Ausbeuter, für größere Profitte, für sie in den Krieg zu gehen.

Hitler konnte den Vertrag von Versailles nicht beseitigen, aber er machte Deutschland zu einem Bundesgenossen der Militärfelike von Japan und der faschistischen Henker Italiens, der reaktionärsten und volk-feindlichsten Mächte der ganzen Welt. Sein «Kampf gegen Versailles» war immer nur ein Kampf für höhere Gewinne der Krupp, Thyssen, Röschling. Hitler machte Deutschland zu einem Herd der imperialistischen Kriegsgelahr. Heute schon sind die Lasten, die die faschistische Diktatur für die Kriegsrüstungen den deutschen Arbeitern und

Werktätigen auferlegt, größer, als jemals die Reparationslasten gewesen sind. Hitler hat Deutschland in eine Hölle für das werktätige Volk und in eine Quelle des Krieges verwandelt und damit auch den werktätigen Deutschen in Oesterreich, Südtirol, Oberschlesien, Danzig und der Saar den Weg zum Reich versperrt.

Wir sind Internationalisten, weil unsere Klasse, das Proletariat, international verklärt ist, weil unser Feind, das Kapital, international verbunden ist, weil wir nur im gemeinsamen Kampf mit dem internationalen Proletariat zu wirklicher nationaler Freiheit kommen können. Nur wir Internationalisten können die Vereinigung des gesamten deutschen Volkes herstellen, weil wir allein dem gesamten werktätigen Volke Deutschlands wirkliche Selbstbestimmung, wirkliche demokratische Freiheit, soziale Freiheit, geben können. Die proletarische Revolution, die revolutionäre Arbeiterklasse unter unserer Führung, das ist die alleinige und einzige Kraft, die den Versailler Raubvertrag zerschmettern, alle Tributlasten beseitigen und die Tore des Reiches für die freie Vereinigung aller werktätigen Deutschen öffnen kann.

Mit einem tiefen Gefühl nationalen Stolzes sehen wir auf unsere revolutionäre Klasse in Deutschland, auf unsere deutsche Arbeiterschaft, die als die erste in der ganzen Welt eine gewaltige politische Arbeiterorganisation errichtete, mächtige Gewerkschaften und die größte kommunistische Massenpartei in den kapitalistischen Ländern schuf, die dem internationalen Proletariat solche Denker und Helden des proletarischen Klassenkampfes schenkte wie Marx, Engels, Bebel, Luxemburg, Liebknecht. Wir lieben unsere Sprache, unsere Heimat und wirken gerade deshalb am meisten dafür, unser deutsches Volk, unsere deutsche Arbeiterklasse zu einem Leben in Wohlstand, zum Sozialismus zu führen. Angesichts der gewaltigen Vorbilder, die das deutsche Proletariat im Kampfe für Freiheit und Sozialismus schuf, sind wir stolz darauf, uns deutsche Arbeiter, deutsche Proletarier nennen zu können. Unser Stolz hat nichts gemein mit dem bürgerlichen Nationalismus, dem Streben nach höherem Profit und Unterdrückung aller Freiheit der Werktätigen. Unsere Ehre, die Ehre des deutschen Arbeiters hat nichts gemein mit dem was Krupp und Thyssen «Ehre» nennen. Unsere Ehre ist die Ehre des revolutionären Kämpfers für die Freiheit des werktätigen Volkes. Ihre «Ehre» aber ist die Ehre von Ausbeutern und Sklavenhaltern.

Wir lieben unsere Heimat und unser werktätiges Volk lieben, schmerzt es uns ganz besonders, zu sehen, wie eine Horde von raffgierigen Kapitalisten ihre blutige Diktatur über das deutsche werktätige Volk aufgerichtet hat, schäumen wir uns vor den Werktätigen der ganzen Welt sagen zu müssen, daß dieses Deutschland zu einem Land der Barbarei, der schlimmsten sozialen und kulturellen Reaktion in der ganzen Welt, des Bürgerkrieges gegen das eigene werktätige Volk wurde.

Arbeiter! Werktätige! Hitler führt euch in die Barbarei und nach dem Bürgerkrieg im Lande auf die Schlachtfelder eines neuen imperialistischen Krieges. Wenn wir deutsche Arbeiter, wir deutsche werktätige Bauern, wir Klein-gewerbetreibende in Stadt und Land, leben wollen, wenn wir unsere soziale und nationale Befreiung erkämpfen wollen, dann muß der Kapitalismus sterben, dann muß Hitlers Drittes Reich zertrümmert werden!

Wenn wir gemeinsam über den Faschismus siegen wollen, müssen wir aber Klarheit im ganzen werktätigen Volke schaffen darüber, wer uns in der Vergangenheit hinderte, den Willen der Mehrheit aller Schaffenden, den Sturz der Räuber und den Aufbau des Sozialismus zu vollziehen.

Wenn wir siegen wollen, müssen wir Klarheit schaffen, daß der Weg zu einem besseren Leben, der Weg zur Freiheit und Selbstbestimmung des werktätigen Volkes nicht der Weg zurück zur Weimarer Republik, nicht der Weg zurück zur wilhelminischen Monarchie sein kann.

14 Jahre lang habt ihr in eurer Mehrheit die Macht in Preußen und im größten Teil des Reiches in die Hände der Sozialdemokratie gelegt. 14 Jahre lang habt ihr über alle Enttäuschungen hinweg gehofft, daß die Sozialdemokratie eure Interessen sichert und euch zum Sozialismus führt. Erinnert euch, deutsche Arbeiter, an den Raub des Achtstundentages, an die Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge, an den Abbau der Unterstützungssätze für Invaliden, Rentner und Erwerbslose. Erinnert euch, deutsche Arbeiter, an den fortgesetzten Abbau der Löhne und Gehälter, erinnert euch an die Beschneidung eurer Rechte und die Rechte eurer Vertrauensleute in den Betrieben, erinnert euch an die Verbote unserer Presse und die Schließungen unserer Versammlungen. Das waren die Taten sozialdemo-

kräftiger Regierungen und sozialdemokratischer Polizeiherrn. Das waren Marksteine auf dem Wege zur blutigen Diktatur Hitlers.

Immer schon — und besonders in unserem Befreiungsprogramm — sagten wir Kommunisten auch: «Die Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch die Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich und Polen) der nationalistischen Demagogie den Boden bereitet.» Wir Kommunisten rangen um jeden einzelnen von euch, wir riefen euch in den Betrieben, auf den Straßen, in unseren Versammlungen auf zum Kampf. Immer schon unbestritten an der Spitze des entschlossenen Kampfes gegen den Faschismus stehend, later wir alles, um euch, die Mehrheit der deutschen Arbeiter und Werktätigen für unseren Weg, den Weg der kämpfenden Einheitsfront des deutschen Proletariats zu gewinnen.

Jeder von euch weiß, daß die Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften ununterbrochen ihre verräterische Politik fortsetzten, alles taten, um durch Betrug und Manöver die Spaltung der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. In dieser Spaltung der deutschen Arbeiterklasse, die wir Kommunisten allein zu beseitigen suchten, lag die große Schwäche der deutschen Arbeiterklasse, ihr Unvermögen, den Faschismus von der Macht zurückzubalten. Selbst zu einer Zeit noch, als der Faschismus schon die Stufen der Macht betrat, hinderten euch die sozialdemokratischen Führer, die kämpfende einheitliche Front der deutschen arbeitenden Klasse herzustellen, hinderten sie euch, den Weg des Generalstreiks zu gehen. Erinnert euch, deutsche Arbeiter, wie die Leipziger und Oßmannschiefer Uebernahme der Gewerkschaften durch die Faschisten vorbereiteten und deren Vermögen freiwillig auslieferten.

Aus der Sozialdemokratie, die unter der Führung von Willhelm Liebknecht und August Bebel eine revolutionäre Partei war, haben die Ebert, Weis und Severing eine reformistische, eine konterrevolutionäre Partei gemacht. Als eine bürgerliche Partei, als eine Agentur des Finanzkapitals in der Arbeiterklasse hat euch die Sozialdemokratie, um die Posten ihrer Führer, ihren Organisationsapparat zu sichern, für weniger als 30 Süberlinge verkauft, hat Hitler den Fuß gestützt, als er sich auf euren gebeugten Rücken schwang.

Die Sozialdemokratie in ihren Führern haßt die proletarische Revolution wie die Pest, sie tat alles, um die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern, um die Machtübernahme durch das werktätige deutsche Volk zu verhindern.

14 Jahre Sozialdemokratie eadeten im Nampfe des Faschismus. Ihre Führer Lööbe und Severing sind nicht erst heute zu Agitatoren Hitlers geworden, sondern waren in ihrer Gesamtheit immer schon Wegbereiter des Faschismus.

Heute, wo ihr euch überzeugt habt von dem konterrevolutionären verderblichen Spiel, das die Sozialdemokratie mit euch und euren Interessen trieb, kommen diese selben Volksverführer und Volksbetrüger, um euch vorzulügen, daß sie für die «Ueberwindung der Gesetzlosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus» kämpfen wollen. Ihre «Ordnung des Sozialismus» ist aber nur die Aufrechterhaltung des bürgerlichen Justiz-, Polizei- und Militärapparates. Ihre «Ordnung des Sozialismus» ist nicht die Uebergabe der gesamten Macht, aller Produktionsmittel und des gesamten Grund und Bodens an die Arbeiter und Bauern, sondern lediglich ein Scheinkampf, um mit Hilfe eines neuen bürgerlichen Parliamentschwindels der Bourgeoisie nach einer Niederlage wieder zur Macht zu verhelfen. Erinnert euch an 1918, wo ihr auf die Straße gingt und kämpftet und euch die Sozialdemokratie verbrecherisch in den Rücken fiel. Auch das neue «revolutionäre» Programm der Sozialdemokratie will nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse, es will die Aufrechterhaltung der Spaltung, die Sicherung der Bourgeoisie vor einem revolutionären Aufschwung, vor der proletarischen Revolution. Für das Programm der Sozialdemokratie eintreten, heißt endgültig Verzicht leisten auf den Sozialismus, heißt die proletarische Revolution im Keime ersticken.

Eure Erfahrungen mit der Sozialdemokratie, euer Kampf gegen den Faschismus belehren unsere deutschen Klassenbrüder in Oesterreich, den Führern der österreichischen Sozialdemokratie auf ihrem Wege zur Kapitulation vor dem Faschismus einen immer größer werdenden Widerstand entgegenzustellen. Aber was die österreichische Arbeiterklasse noch nicht begriffen hatte und was die einzige entscheidende Ursache ihrer Niederlage war, ist folgendes: Wenn wir, die proletarische Klasse, über den Faschismus siegen und zum Sozialis-

mus kommen wollen, muß erst Schluß gemacht werden mit der Sozialdemokratie.

Wir Kommunisten haben euch schon immer gesagt, daß die Sozialdemokratie, durch ihre verräterische Koalitionspolitik und die Aufgabe des Klassenkampfes auf Tod und Verderben verbunden mit der Bourgeoisie, keinen entscheidenden Kampf der Arbeiterklasse siegreich führen kann. Der revolutionäre Aufstand der Arbeiterklasse, seine Organisation und Führung ist eine Kunst, ebenso wie der Krieg und andere Künste, die die Arbeiterklasse niemals in einer sozialdemokratischen Organisation, als einer bürgerlichen parlamentarischen Partei mit einer auf parlamentarische Wahlen zugeschnittenen Organisationsform lernen kann.

**Ruhm und Ehre dem österreichischen Proletariat!**

Seine Niederlage im bewaffneten Kampf ist eine Lehre für uns deutsche Arbeiter, den noch vorhandenen Einfluß der Sozialdemokratie und der «linken» sich radikal gebärdenden Splittergruppen nicht nur in der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, sondern bei allen Kämpfen, auch in den kleinsten Tageskämpfen, auszuschalten und zu vernichten. Wenn wir gemeinsam zur Freiheit, zum Siege über Hitler kommen wollen, dann müssen wir aus der Niederlage unserer österreichischen Klassenbrüder eines unauslöschlich im Gedächtnis behalten: die Sozialdemokratie kann nur Niederlagen der Arbeiterklasse organisieren. Die Sozialdemokratie wird immer, auch in der Periode der proletarischen Revolution, ein Werkzeug der Konterrevolution, der Bourgeoisie, des Kapitalismus sein und bleiben.

Darum: Niemals wieder bürgerliche Demokratie, niemals wieder Sozialdemokratie!

**Proletariat Deutschlands! Deutsches werktätiges Volk!**

Unsere tägliche revolutionäre Arbeit gegen die faschistische Diktatur zeigt unsere Entschlossenheit, euch, die Armen und Ausgebeuteten zur Macht, zum Sozialismus, zu einem Leben in Wohlstand zu führen. Unsere revolutionäre Taktik, die uns leitet auf diesem Wege, ist geschaffen, geschult und erprobt in den Kämpfen und Erfahrungen der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Daß nur in unseren Händen sich die Schlüssel des Sieges der Arbeiterklasse befinden, zeigen die unter der Führung unserer kommunistischen Weltpartei siegreichen proletarischen Revolutionen in Rußland und China, zeigt der Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde und die Uebernahme der Macht durch die chinesischen Sowjets auf einem Gebiete, größer als Deutschland und Frankreich. Wir Kommunisten sagen euch, dem ganzen deutschen werktätigen Volk:

Die kapitalistische Gesellschaft und ihre faschistische Diktatur werden niemals freiwillig abtreten oder von selbst zerfallen!

Wenn ihr zur Macht, zum Sozialismus kommen wollt, dann müßt ihr gemeinsam mit uns den Weg der wirklichen Volksrevolution gegen Hitler, den Weg des bewaffneten Aufstandes gegen die faschistische Diktatur, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie beschreiten. Wenn ihr zur Macht, zum wirklichen Sozialismus kommen wollt, dann müßt ihr die Macht der Bourgeoisie mit den Mitteln der Gewalt zerschlagen, dann müßt ihr den kapitalistischen Staat mit seinen Unternehmern und Herren von Grund auf zerstören, dann müßt ihr an seine Stelle die Herrschaftsform der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats setzen. Nur sie sichert mit ihren Räten, freigestellt von allen Schaffenden, den Uebergang zum Sozialismus.

Der bewaffnete Aufstand wird nur dann ein siegreicher sein können, wenn er nicht nur auf uns, auf die Vorhut der Arbeiterklasse allein sich stützt. Wie Märzenwind, muß er die Herzen und Hirne des werktätigen Volkes erfüllen und vereinen zu dem gewaltigsten Sturm, der jemals über Deutschland, das Herz Europas, legte.

Schon geht ein breiter revolutionärer Aufschwung durch das Land.

Der Haß gegen die faschistischen Gewaltthäter steigert sich von Tag zu Tag. Die Gegensätze im faschistischen Lager und innerhalb der Bourgeoisie wachsen. Wir sagen klar und unzweideutig jenen, die heute noch die Penkerrolle der Bourgeoisie erfüllen, jenen, die sich dem Freiheitskampf unseres gequälten werktätigen Volkes entgegenstellen, daß sie unserem Haß und ihrer Vernichtung und Ausmerzung nicht entgehen werden. Wir sagen allen noch Schwankenden und Unklaren, daß unser Sieg ein unaufhaltsamer ist, daß ihr Platz nur in den Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse sein kann.

**Deutsche Arbeiter und Werktätige!**

Ihr steht an der Schwelle der deutschen proletarischen Revolution!

Für die proletarische Revolution als eine wirkliche Volkerevolution, nur die Machtübernahme durch die Arbeiter und Bauern schafft die Voraussetzung; der Beseitigung von Hunger, Not und Elend. Wenn ihr nicht in Barbarei untergehen oder auf den Schlachtfeldern des Imperialismus zur höheren Ehre des Profits verreckt wollt, dann kämpft. Die siegreiche proletarische Revolution ist kein einmaliger spontaner Akt, sondern ein Prozeß, der beginnt bei der siegreichen Durchsetzung eurer elementarsten Tagesforderungen und endet mit der Vernichtung der Bourgeoisie. Die siegreiche proletarische Revolution ist kein Prozeß, der von heute auf morgen die Mehrheit der Werktätigen erläßt, sondern ein Prozeß, in dem die Massen im Kampf um ein Stückchen Brot, um das Arbeiterrecht im Betrieb, um ihre Presse, um das Recht sich frei versammeln und selbständig über ihre Organisationen bestimmen zu können, Schritt für Schritt an die entscheidenden Kämpfe um die Macht herangeführt werden müssen. Laßt euch nicht entmutigen durch die Schwere der Aufgabe, seid euch klar darüber, daß noch einige Jahre unter dem Joch des Faschismus der deutschen Arbeiterklasse viel mehr an Opfern kosten werden als die siegreiche proletarische Revolution.

Wir Kommunisten rufen dich Arbeiter, Arbeiterin und Angestellter in die kämpfende Front der deutschen proletarischen Revolution!

Organisiere gemeinsam mit uns den Kampf in den Betrieben. Kämpfe für die Tagesforderungen der Belegschaften. Hilf mit an der Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften, an der Organisation revolutionärer Vertrauensleute in den Betrieben, an der Herstellung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse. Kämpfe mit der Waffe des Streiks gegen alle Verschlechterungen und für höheren Lohn, für selbstgewählte Betriebsräte, gegen den Transport von Kriegsmaterialien, für Freiheit der Arbeiterorganisationen und ihrer Presse. Gehe auf der Straße mit in unseren Demonstrationen, organisiere mit uns den politischen Massenstreik, den Generalstreik für den Sturz der faschistischen Diktatur. Kämpfe für die Befreiung aller antifaschistischen Kämpfer aus den Kerkern der faschistischen Diktatur. Marschierst in Reih und Glied mit den Kommunisten.

Wir Kommunisten rufen dich, deutscher Erwerblosler, dich Jungprolet, dich deutsche Arbeiterfrau zum Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!

Nehmt euch in Massen, was ihr braucht von den Kohlenhalden und Speichern des Finanzkapitals und der reichen Unternehmer, organisiert Hungerdemonstrationen vor den Rathäusern, den Ausgabestellen für Winterhilfe und Wohlfahrtsämtern. Fordert ausreichende Unterstützung für euch und eure Familien. Weigert euch, als Sklaven auf das Land zu den Junkern und Großgrundbesitzern zu gehen. Verweigert die Arbeitsaufnahme zu Hungerlöhnen. Organisiert Bewegungen und Streiks in den Arbeitsdienstlagern bis zu ihrer Auflösung. Organisiert euch in revolutionären Erwerblosen Ausschüssen, in den unabhängigen Klassengewerkschaften.

Wir Kommunisten rufen dich, deutscher Kleinbauer, Pächter und Siedler zum Kampf für die Freiheit der ganzen werktätigen Volks.

Zahlt keinen Groschen Abgaben, Steuern und Zinsen. Marschierst in Massen auf die Rathäuser und Finanzämter. Verbindet in Massen alle Pfändungen. Verjagt die faschistischen Volksbetrüger aus den Dörfern, organisiert euch in revolutionären Bauernkomitees, kämpft um die Besitzergreifung von Grund und Boden der Junker und Großgrundbesitzer. Holt euch Dünger, Futtermittel und Saatgetreide von den großen Gütern. Treibt euer Vieh auf die Weiden der Großgrundbesitzer.

Mittelständler, Handwerker, Intellektueller!

Unterstütze in jeder Weise den Kampf der Arbeiter. Verweigere die Bezahlung von Steuern, Miete und Stromgebühren. Gebt keinen Pfennig den faschistischen Schnorrern! Organisiert euch in den Kampfkomitees der Werktätigen! Holt eure Söhne aus der SA.

Arbeiter, Bauern, Handwerker! Verjagt die faschistischen Banden, streikt gegen die faschistischen Morde und Einkerkelungen, durchbrecht das faschistische Demonstrationsverbot, entwarfnet die faschistischen Terrorbanden! Die Waffen in die Hände der Arbeiter, armen Bauern und Handwerker!

Das allein nur ist der Weg zur Macht für die Arbeiterklasse, der Weg zur Niederwerfung der faschistischen Diktatur und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

Das ist der Weg, den das Proletariat des einstigen zaristi-

schen Rußlands, im Bunde mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern unter der Führung der bolschewistischen Partei Lenins gegangen ist. Dieser Weg hat zum Sozialismus, zur nationalen Befreiung Hunderte von Nationen, zur ökonomischen und politischen Selbständigkeit des mächtigen Sowjetstaats im Kampf gegen den internationalen Imperialismus geführt. Auf diesem Wege ihr zu folgen, auf dem Wege des Kampfes, für eure eigenen Interessen, für die Zukunft eurer Kinder, ruff auch deutsche Arbeiter und Werktätige die kommunistische Partei Deutschlands!

Proletarier, Werktätige Deutschlands!

Die Stunde der Vergeltung für alle Verbrechen der deutschen Bourgeoisie naht. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten, sie haben alles Welt zu gewinnen!

Vorwärts für die Diktatur des Proletariats, für die Arbeiter- und Bauerräte, zum Sturz des Kapitalismus, vorwärts zum Sozialismus.

Nach dem Sturz der faschistischen Diktatur und der Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in den von ihnen freigewählten Arbeiter- und Bauerräten werden die Kommunisten alles tun, um die Herrschaft der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes zu sichern und beschleunigt den Übergang zum Sozialismus in einer deutschen Räterepublik zu vollziehen. Wir Kommunisten werden in den Räten in Stadt und Land eure Zustimmung fordern, um

folgende grundlegende Maßnahmen zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen werktätigen Volkes, zur Sicherung der Macht der Arbeiterklasse, im Interesse der Freiheit und des Wohlfandes des ganzen werktätigen Volkes unverzüglich durchzuführen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten dem Treiben der Bankmagnaten und Ausbeuter schonungslos Einhalt gebieten und ohne Verzug alle Banken, Großbetriebe, Eisenbahnen, Warenhäuser der Großkapitalisten entschädigungslos enteignen und sie in gesellschaftliches Eigentum verwandeln. Sie wird den Großhandel nationalisieren, die Werktätigen von den räuberischen Profitmachern befreien und mit eiserner Faust jede Spekulation zerschmettern.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten den ganzen Grundbesitz der Gutsherren, der Kirchen und der Klöster, der Hohenzollern, der Fürsten sowie jeden anderen Großgrundbesitz entschädigungslos enteignen und ihn samt allem dazugehörigen Inventar kostenlos den Bauern und Landarbeitern zur freien Verfügung übergeben.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten die ganze Verschuldung der Arbeiter, der Bauern und des Kleinbürgertums an die Banken, Großkapitalisten und Großgrundbesitzer annullieren und alle bestehenden Massensteuern sowohl der Weimarer Republik als auch der Hitlerregierung aufheben.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten den bürgerlichen Staatsapparat von Grund auf zerschlagen und alle Werktätigen zur Beteiligung an der Staatsregierung auf Grund der proletarischen Demokratie mittels der Räte sowie zur Leitung und Verwaltung der Banken, der Industrie und Eisenbahnen, der landwirtschaftlichen Großbetriebe und des gesamten gesellschaftlichen Eigentums heranziehen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten alle Häuser, Wohnungen und Villen der Reichen enteignen, die Parasiten aus ihnen exmittieren und sie samt den Einrichtungen den Erwerblosen, sowie den in schlechten Wohnungen hausenden Werktätigen geben. Sie wird für alle Arbeitenden und Werktätigen die Mieten und Preise für Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehrsmittel auf das Mindestmaß herabsetzen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten alle großkapitalistischen Lager und Speicher von Lebensmitteln und lebenswichtigen Bedarfsartikeln enteignen und die Waren den Erwerblosen sowie allen Bedürftigen zur Verfügung stellen. Sie wird die Sozialversicherung aller Arten und die Versorgung der alten und hilfsbedürftigen Arbeiter und Werktätigen unbedingt sicherstellen.

Die deutsche Räterepublik unter Führung der Kommunisten wird allen Werktätigen volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit garantieren. Sie wird die Universitäten und Hochschulen den Söhnen und Töchtern der arbeitenden Klasse öffnen und die Kultureinrichtungen, Theater, Kino,

Radio, in den Dienst des werktätigen Volkes und des Aufbau des Sozialismus stellen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten mit der UdSSR ein brüderliches Bündnis schließen, alle Werktätigen bewaffnen und eine mächtige revolutionäre Rote Armee schaffen. Sie wird im Bunde mit den Werktätigen der UdSSR, Polens, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Englands usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern, den Anschluß an Rätedeutschland sichern und alle von der Bourgeoisie zum Schaden der Werktätigen abgeschlossenen imperialistischen Verträge für null und nichtig erklären. Sie wird gemeinsam mit den Werktätigen der UdSSR und der imperialistischen Länder die Abwehr aller Wiederherstellungsversuche des Finanzkapitals und der Junker organisieren.

Die deutsche Räterepublik unter Führung der Kommunisten wird durch die Einführung des Siebenstundentages, der fünfzügigen Arbeitswoche und der Hebung der Kaufkraft der

Massen, allen Erwerbslosen Arbeit und Brot sichern. Sie wird die Löhne erhöhen, indem sie die Unternehmerprofite, die unproduktiven Ausgaben der kapitalistischen Wirtschaftsweise und alle Ausgaben für imperialistische Kriegsrüstungen abschafft. Sie wird rücksichtslos gegenüber allen Parasiten das Prinzip durchführen: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Sie wird durch die Uebernahme sämtlicher Produktionsmittel die Voraussetzungen schaffen für eine noch nie dagewesene wirtschaftliche Blüte des Landes im Interesse der werktätigen Massen selbst, neue Voraussetzungen für die Entwicklung des Außenhandels in erster Linie mit der UdSSR.

Die Macht der Räte, der Überwiegenden Mehrheit des Volkes, vernichtet die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, beseitigt die nationale Unterdrückung und schafft den Sozialismus. Erhebt euch, Arbeiter, erhebe dich, betrogenes deutsches Volk! Mit dem Kampfruf der Kommune: «Platz den Arbeitern — Tod den Henkern» auf zum Kampf für Arbeit, Boden, Brot und Freiheit, für den Sturz der faschistischen Diktatur, für ein freies Rätedeutschland! Alle Macht den Räten!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

## Nieder mit der Hitler-Regierung!

Aus einem Aufruf des ZK der KPD und des ZK des KJV

Arbeitendes Volk,  
vereine dich gegen die faschistischen Schlächter!  
Räte-Deutschland wird sozialistische Ordnung schaffen!  
Arbeiter, Bauern, Werktätige!

Heute richtet Hitler die Mordwaffe gegen diejenigen, auf deren Schulter er zur Macht getragen wurde. Auf Villa Hügel wurde das Mordkomplott beschlossen. Die Herren der finstesten Reaktion, die Krupp und Thyssen, forderten von ihrem Knecht Hitler, daß er ganze Arbeit mit den «Meckerern und Nörglern» macht.

Mit Furcht und Bangen vor dem unterirdischen Grollen der proletarischen Erhebung suchten die Röhm und Ernst, die Schlichter und Straßer nach anderen Methoden zur Rettung des kapitalistischen Regimes. Durch verstärkte soziale Demagogie gegenüber den revoltierenden SA-Leuten, glaubten sie das Schlimmste abzuwenden. Die Krupp und Thyssen schreckten vor den Folgen dieser Methoden und bangten um ihre unbedingte Vormachtstellung im Diktatorssystem. Ihr Wink war für Hitler Befehl. Die Revolver knallten. Es ist nicht unsere Sache, darüber empört zu sein, daß sich Arbeiterfeinde, Abenteuerler und Generäle gegenseitig den Hals abschneiden.

Die Hitler-Goering-Göbbels versuchen ihre Geschäfte mit der Reaktion hinter geheuchelter Entrüstung über die «Unmoral Röhm» zu verbergen. Mehr als 10 Jahre wußten sie von allem und stellten Röhm an die Spitze der Terrorarmee gegen das Proletariat. Jedes Wort Hitlers ist Lüge und Heuchelei. Er lügt von einem «reaktionären Komplott» der Erschossenen, um seine heilige Allianz mit dem Magnaten der Rüstungsindustrie und der Reichswehrgeneralität noch kräftiger zu gestalten. Er hat Röhm erschossen, aber die Kugeln gelten den hunderttausenden betrogenen SA-Männern. Die SA-Proleten forderten die Einlösung der Hitler-Eide den wirklichen Kampf gegen die Reaktion. Hitler antwortete ihnen mit den Kugeln der Reichswehr.

Hitlers Schüsse über Deutschland ist seine Morddrohung gegen das ganze arbeitende Volk. Der Haß des Volkes wächst gegen die Lohnräuber, gegen die Rüstungsgewinnler von heute, die Inflationsgewinnler von morgen, gegen die Fronvögte der veraklavten Jugend, gegen die drohende Wirtschafts- und Kriegskatastrophe. Hitler antwortet mit den Kugeln der Krupp und Thyssen, der Siemens und Blomberg.

### Werktätige in der NSDAP!

Ihr müßt Schluß machen mit dem Glauben an den «Erlöser» Hitler, dessen Kreaturen Göbbels und Schirach noch vor wenigen Tagen demagogisch gegen die Feinde von rechts und die Profitjäger vom Leder zogen. Der Sieg der Kommune über das Lügen- und Mordbrennersystem ist auch die Rettung für euch. Kämpft mit den Kommunisten! Kein Schuß, keinen Schlag mehr gegen sie geführt. Im Kampf der Kapitalisten, Reichswehrgeneräle und Gestapo-Offiziere gegen die Kommune, stellen sich alle Freiheitskämpfer auf die Seite der Revolutionäre.

SA-Prolet! Wir haben dir immer gesagt, daß deine Schläge, deine Schüsse auf uns, dich selbst verwunden. Willst du daß die Paläste der Reichen zu Wohnungen der Armen werden, dann organisiere in der «gesäuberten» SA geheime Oppositions-

gruppen gegen das Regime. Willst du, daß wir Arbeiter zu Herren der Betriebe werden, dann sichere deine Waffe für den Kampf der Arbeiter gegen die Gestapo-Banden und Goerings SS-Polizei.

Sozialdemokratische und christliche Männer, Frauen und Jugend!

Wir sind vereint in gemeinsamem Haß gegen die faschistischen Unterdrücker. Wir wollen gemeinsam Hitler stürzen. Wir wollen aber nicht dafür unsern opfervollen Kampf führen, damit an Stelle der faschistischen Unterdrückung das Ständrecht der Militärdiktatur, der Zörgiebel-Terror von Weimar oder der Polizeisäbel der Hohenzollern kommt. Bankrotteure der Weimarer Ära versuchen auch wieder an den Wagen ihrer Koalitionsinteressen zu spannen.

Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse aber kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Nur der bolschewistische Ausweg macht dem Chaos ein Ende, führt uns zu Frieden, Wohlstand und Glück. Unsere Genossen, eure Freunde, werden in den Betrieben, Arbeitervierteln und auf den Dörfern an euch und eure Gruppen zur gemeinsamen Kampforganisation herantreten! Bildet mit uns Kampfkomitees! Geht mit uns zum Gegenangriff über gegen Kapitaloffensive und Terror.

Arbeiter, Bauern, Werktätige, kämpfende Jugend! Aus dem Hitler-Reich steigt der stinkende Geruch sittlicher und moralischer Verkommenheit von Hasardeuren, steigt der Geruch von Mord und Abenteuerertum. Wir Kommunisten, zur Macht gelangt, werden sozialistische Ordnung schaffen. Wir werden Rechenschaft fordern für alle Verbrechen der Bourgeoisie. Vereinigen wir uns alle gegen die faschistischen Schlächter! Lassen wir uns nicht länger durch Terror zum Schweigen zwingen! Klagen wir an, rütteln wir auf!

Schreien wir es hinaus, daß Hitler neue Provokationen plant, um den Führer des deutschen Proletariats, Thälmann, und hunderte Antifaschisten in den Konzentrationslagern abzuschlachten!

Die Chiquenkämpfe in den Spitzen der Diktatur sind durch Hitlers Vorgehen nicht beseitigt, sie werden wachsen. Plötzliche Wendungen in der Entwicklung sind tagtäglich möglich. Erhöhen wir die Schwierigkeiten der Bankrotteure, indem wir zu Kämpfen an allen Fronten ansetzen. Nutzen wir jeden Riß in der Diktatur aus, um mit unserer revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung in den Betrieben, Arbeitervierteln, faschistischen Massenorganisationen in die Legalität vorzustößen, die Fesseln der terroristischen Unterdrückung zu sprengen.

Wecken wir bei all unseren Brüdern und Schwestern den Willen zur Macht, um durch die proletarische Revolution der von Hitler organisierten Wirtschafts- und Kriegskatastrophe zu vorzukommen. Sagen wir es allen, die noch an die Kraft des Proletariats zweifeln, daß schon zweimal der Generalstreik der deutschen Arbeiterklasse eine Abenteuerbande, die Kapp und Cuno, hinweglegte.

Seien wir uns bewußt, daß wir unser unverrückbares Ziel, den Sozialismus, nur erreichen auf dem Wege der bewaffneten Erhebung und der Bildung der revolutionären Räte als Organe des proletarischen Machtkampfes.

Auf die Tore der Gefängnisse und Konzentrationslager! Heraus mit Thälmann und allen gefangenen Antifaschisten! Nieder mit der Hitler-Regierung!

Es lebe die Räte-Macht! Es lebe der Sozialismus!

Sonntag, 1. Juli 1934.

Zentralkomitee der KPD  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)  
ZK des Kommunistischen Jugendverbandes.

## An das arbeitende Volk aller Länder!

Aufruf der ZK der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens,  
Deutschlands und Polens

Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land! Jugendliche und Frauen!

Es naht der Tag, an dem sich der Ausbruch des blutigen imperialistischen Weltkrieges zum zwanzigsten Male jährt. Es naht der Tag, an dem die imperialistischen Kriegsparteien ein neues, noch größeres Völkermorden beginnen wollen.

*Gedenkt des imperialistischen Krieges!*

Gedenkt der zehneinhalb Millionen Toten, die, nebeneinander begraben, einen Friedhof von mehr als hundert Quadratkilometern ergeben würden!

Gedenkt der fünfundzwanzig Millionen *Verwundeten, Invaliden, Witwen und Waisen*, die zusammen ein Land, größer als die Schweiz, Holland und Belgien, bevölkern könnten! Gedenkt der mehr als tausend Milliarden Goldmark, die allein für die unmittelbaren Mordwerkzeuge ausgegeben wurden, eine Riesensumme, die genügen würde, um allen Erwerbslosen für längere Zeit ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, alle Werktätigen in Stadt und Land für eine Reihe von Jahren von jeder Steuerlast zu befreien!

*Gedenkt des imperialistischen Friedens*, der Verträge von Brest-Litowsk, von Versailles, von Saint-Germain, von Trianon, die den Völkern hundertaufende Quadratkilometer eigenen Bodens raubten, Millionen Menschen unter fremdes Joch gebracht haben und Milliarden an Kontributionen den Besiegten auferlegten!

Gedenkt dieser Friedensverträge, die sofort nach dem Kriege die Vorbereitung von neuen Kriegen einleiteten!

Gedenkt der sechzehn Jahre der *Nachkriegszeit*, in denen die soziale und nationale Unterdrückung, die chauvinistische Hetze, die Willkür der Herrschenden und die Versklavung der Beherrschten ein nie gesehenes Ausmaß erreichten!

Gedenkt der *Krisenjahre*, ihres unermesslichen Hungers und Elends, gedenkt der dreißig Millionen Erwerbslosen, der Millionen Menschen, die in der Nachkriegszeit Selbstmord begingen!

Gedenkt der Millionen, die in der Friedenszeit gemeuchelt wurden, damit die Klassenherrschaft der Ausbeuter aufrecht erhalten und ein neues Weltgemetzel entfesselt werden kann!

*Gedenkt des vergangenen Krieges und kämpft unerbittlich gegen den herannahenden neuen imperialistischen Weltkrieg!*

Dutzende von Kriegen in allen Weltteilen widerlegten die Parole, mit der die Kriegsverbrecher die rebellierenden Massen betäuben wollten, die Parole des Betrugs «Nie wieder Krieg!» Das endlose Werrüsten der führenden imperialistischen Staaten und ihrer Vasallenländer und der Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz haben auch die andere Lösung der Kriegsgewinnler: «Nach dem Kriege muß die Abrüstung kommen», Lügen gestraft.

Genau wie 1914, beziehen die kriegslüsternden Parteien des Imperialismus die führenden Positionen in den kapitalistischen Staaten. Durch den *Faschismus* wollen sie die Kräfte, die sich gegen den imperialistischen Krieg auflehnen, niederhalten. Nationalistische Hetze, barbarische Rassenverfolgungen, Intrigen der geheimen Diplomatie, die fieberhafte Tätigkeit der Generalstäbe leiten den allgemeinen Wirtschaftskrieg unter den imperialistischen Ländern in einen neuen imperialistischen Krieg über. Die Welt soll von Neuem aufgeteilt werden — zu Gunsten der stärkeren Staaten. Versklavung der Arbeiterklasse, Vernichtung ihrer Freiheitsrechte in den faschistischen Ländern, die fortschreitende Beseitigung dieser Rechte in den bürgerlich-demokratischen Staaten durch Notverordnungen, die Kriegsgesetze schon in der Friedenszeit sollen das Hinterland der zukünftigen Kriegsfrenten gleichzeitig vorbereiten.

Die moderne Kriegstechnik, die Luftstreitkräfte, die Geschütze mit hunderten Kilometern Schußweite, werden bereitgestellt, um die *Grenzen zwischen Kriegsfronten und Hinterland aufzuheben*. Die Bankiers, die Fabrikanten, die Großgrundbesitzer, ihre Politiker und ihre Generalstäbe beginnen schon jetzt, die *Grenzen zwischen Krieg und Frieden zu verwischen*, um die arbeitenden Völker mit dem neuen imperialistischen Weltkrieg zu überfallen.

In allen Weltteilen lodern die Flammen des imperialistischen Krieges auf. Von Tokio nach Berlin, von Berlin nach Tokio, reichen sich die japanischen Militärfaschisten und die deut-

schen Hitlerfaschisten die Hände. Die Dickschädel des britischen Imperialismus schließen das Dreieck der Brandstifter des imperialistischen Krieges gegen den Proletariat, die Sowjetunion. Die japanischen Imperialisten haben im Fernen Osten, in der Mandschurei, in Nordchina, in der Inneren Mongolei den Kriegsmord zum Alltag verwandelt: Sie bombardieren friedliche Dörfer, sie morden wehrlose Frauen und Kinder. Die großen imperialistischen Mächte unterstützen mit Geld und Waffen die Henker des chinesischen Volkes im Kriege gegen die revolutionär-demokratische Sowjetrepublik der chinesischen Arbeiter und Bauern. Die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Japan bereiten fieberhaft die kriegerische Entscheidung über die Herrschaft im Stillen Ozean vor. In Südamerika führen der englische und der nordamerikanische Imperialismus durch ihre Söldner einen Krieg nach dem anderen. Der britische Imperialismus rüstet gegen Amerika. Hitler-Deutschland ist ein einziges Heerlager, von dem jeden Tag ein Ausfall zu erwarten ist. Die Kriegspartei des französischen Imperialismus rüstet zum Krieg gegen Deutschland. Es geht offenkundig einem neuen imperialistischen Weltkrieg entgegen.

Nur ein Staat kämpft unerschütterlich für den Frieden, nur ein Staat hat die Abschaffung der Kriege zu seiner Sache gemacht, der Staat, dessen führende bolschewistische Partei unter der Leitung Lenins den brudermörderischen imperialistischen Krieg in den einzig gerechten Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrücker umwandelte; der Staat, dessen leitender Grundsatz nicht der kapitalistische Profit, sondern der Wohlstand aller Arbeitenden ist, der Staat, der den Sozialismus baut, das Vaterland der Werktätigen aller Länder, die *Sowjetunion*.

Gegen die Grenzen dieses Staates kehren die kriegsbereiten Imperialisten ihre Waffen. Gegen ihn richtet sich die Raubgier des heißhungrigen Kapitals. Gegen seine befreiten Völker rüsten diejenigen, die in ihrem eigenen Lande den Sturz ihrer Herrschaft der Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Menschen am meisten zu fürchten haben.

*Allen Provokationen trotzend, führt die Sowjetunion unerschütterlich ihre Friedenspolitik, die Politik des proletarischen Internationalismus, durch.*

*Proletarier aller Länder, Jungarbeiter, Frauen!*

Ihr seid die Kraft, die den neuen Völkermord von der Menschheit abwenden kann. Noch fehlt die *Einheit der Arbeiterklasse*, um durch den Sturz des Kapitalismus den imperialistischen Kriegen ein Ende zu bereiten. Nur der *gemeinsame Klassenkampf der Proletarier im Bunde mit den Werktätigen in Stadt und Land*, kann alle Pläne der Finanzkapitalisten, der Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler, der Diplomaten, der Parlamentarier und Generale zunichte machen. Zu dieser Einheit im Klassenkampf gegen den Kapitalismus, gegen seine reaktionäre, gegen seine faschistische Herrschaft, rufen wir alle Arbeiter, alle Werktätigen auf, Männer und Frauen, Alte und Junge, in den imperialistischen, in den abhängigen und in den kolonialen Ländern. Wir wenden uns an Euch, ungeachtet dessen, welche Farbe ihr habt, welcher Nation ihr seid. Wir rufen euch auf, gleich welcher Partei, welcher Gewerkschaftsorganisation ihr angehört, ob ihr organisiert oder unorganisiert seid.

Wir wenden uns besonders an die sozialdemokratischen Arbeiter, an die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften, sowie an alle Arbeiter, die der Sozialdemokratie nahestehen:

*Im Zeichen der Solidarität aller Werktätigen gegen den neuen Völkermord, im Zeichen der gemeinsamen Interessen aller Unterdrückten gegen alle Unterdrücker, im Zeichen des proletarischen Internationalismus gegen die wüste Verhetzung einer Nation gegen die andere, kämpft alle mit uns Kommunisten und den Mitgliedern der anderen revolutionären Organisationen gegen die Vorbereitung, gegen die Entfesselung des neuen imperialistischen Krieges!*

Wir richten auch an die sozialdemokratischen Parteien den Vorschlag:

Ungeachtet dessen, daß Ihr Euch zu Beginn des imperialistischen Weltkrieges auf die Seite der eigenen kriegsführen-



den Bourgeoisie gestellt, ungeachtet dessen, daß Ihr den imperialistischen Friedensverträgen zugestimmt und für die neuen Rüstungskosten gestimmt habt, ungeachtet dessen, daß Ihr durch diese Politik die Arbeiterbewegung gespalten habt, schlagen wir Euch vor:

*Organisiert und führt am zwanzigsten Jahreslag des Kriegsausbruches, am 1. August, mit uns zusammen gemeinsam Demonstrationen unter den Parolen durch:*

Keinen Mann und keinen Pfennig für Rüstungszwecke — die Rüstungskosten für die Erwerbslosen, Kranken, Invaliden und die Altersversicherung der Werkätigen in Stadt und Land, für die Erleichterung ihrer Steuerlasten!

Kein Zug, kein Schiff darf auslaufen, das Munition und Kriegsgeräte für Japan und für das faschistische Deutschland transportiert!

Schutz der sozialistischen Sowjetunion, ihres sozialistischen Aufbaus vor dem konterrevolutionären Kriege der Imperialisten!

Schutz der revolutionär-demokratischen chinesischen Sowjetrepublik vor den konterrevolutionären Angriffen!

Schutz Chinas vor der Aufteilung durch die imperialistischen Mächte!

Schutz allen kolonialen Völkern vor den Raubfeldzügen der Imperialisten!

*Arbeiter und Angestellte, werktätige Bauern, Gewerbetreibende und Kleinhändler, Jugendliche und Frauen!*

Wir rufen Euch zum gemeinsamen brüderlichen Kampf gegen die Brandstifter des neuen imperialistischen Krieges auf. Kämpft mit uns gemeinsam gegen den Kapitalismus, die Ursache aller Kriege, für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, für den Sozialismus!

Nieder mit dem imperialistischen Krieg!

Nieder mit dem Faschismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe der einheitliche Kampf aller Proletarier und Werkätigen für den Sturz des Kapitalismus!

Es lebe die Weltrevolution!

*ZK der KP Frankreichs;*

*ZK der KP Großbritanniens;*

*ZK der KP Deutschlands;*

*ZK der KP Polens.*

## Alle Macht den Räten! — Es lebe Rätedeutschland! (Aufruf der KPD)

Arbeiter, Werktätige!

Augen auf! Laßt euch nicht von neuem täuschen! Was sich am 30. Juni abspielte, ist von weittragender Bedeutung für jeden von Euch. Es geht nicht um die Schweinereien, Luxusautos, Korruptionsgeschichten, Paragraph-175-Affären, der gestürzten und gemordeten SA-Führer; das sind nur Vorwände; es geht um das ganze werktätige Volk; das in noch härtere Fron und in verschärfte Unterdrückung durch die in- und ausländischen Kapitalisten gepreßt werden soll. Der Traum der SA, von einem «deutschen Sozialismus» unter Hitler, ist ausgeklümt. Das Finanzkapital fordert von seinen Agenten Hitler, Goering, Göbbels einen klaren Kurs auf Erfüllung seiner Befehle. Die «Säuberungsaktion» mit dem überfallsmäßigen Mord an der alten Garde der SA-Führer soll die Empörung und den Haß des Volkes auf einige unbehagliche SA-Führer ablenken, alle SA-Männer einschüchtern, die Durchführung der neuen Hunger- und Terrormaßnahmen und der nationalen Verratspolitik Hitlers erleichtern.

Arbeiter, Werktätige, seid auf der Hut!

Reichswehr und Polizei standen marschbereit. Hitler hatte mit ihnen das Bündnis gegen seine SA-Männer von langer Hand geschlossen. Die Aktion gegen die SA, der seit langem geplante Mord an Hitlers engsten Freunden von der obersten SA-Führung, sind die blutige Demonstration für die pünktliche Erfüllung der Forderungen der deutschen Trust- und Finanzgewaltigen und ihrer Verbündeten in Paris und London, durch die Hitler-Regierung. Die alten nationalistischen Freikorpsführer die zuvielwissenden Kumpane, die Reichstagsbrandstifter, wurden ohne Gericht und Prozeß von den Hitler und Goering nach alter Mörderart für immer stumm gemacht.

Anderthalb Jahre faschistische Hitlerdiktatur brachte trotz aller ausländischen Reklamereisen völlige außenpolitische Isolierung, die zu einer Katastrophe zu führen drohte. Das Finanzkapital fordert Schluß mit der Kraftmeierei, und den kriegsflüsternden Phrasen von «Ehr und Gleichberechtigung», fordert zurück zur Verhandlungspolitik, zurück zum Völkerbund, zur Allianz mit England, Polen und anderen Staaten gegen die Sowjetunion. Die Botschafter Frankreichs und Englands forderten als Garantie für die Wendung die Entwaffnung und Umstellung der SA. Hitler sagte das schon im April zu und erfüllte jetzt diese Befehle des deutschen und internationalen Finanzkapitals, beugte sich dem Versailler Diktatvertrag und der Völkerbundspolitik.

Anderthalb Jahre faschistische Hitlerdiktatur machten für die Massen die kommunistische Feststellung verständlich: Hitler führt Deutschland in die Katastrophe. Unter Führung der KPD rüstet sich die Arbeiterklasse zum Kampf. Im Volk wächst lawinenartig Haß, Empörung und Unzufriedenheit. Die SA wurde unter dem Druck der klassenbewußten marxistischen Arbeiterschaft und auf Grund aller Tatsachen zu einem immer unzuverlässigeren Instrument der faschistischen Diktatur. Das Unternehmertum war in der Durchführung der notwendigen Maßnahmen auf Abbau der Löhne, Erhöhung der Ausbeutung gehemmt, weil auch SA- und NSBO-Leute sich immer mehr dem Kampf der KPD anschlossen. Jetzt soll die Bahn frei gemacht werden für die neue Senkung der Löhne, Unterstützungen, Renten, der ganzen Lebenshaltung.

Die alte, millionenstarke SA, durch deren Glauben an eine bessere Zukunft, durch deren Opfer Hitler in den Regierungssessel rutschte, wird jetzt entwaffnet und aufgelöst, hunderte SA-Leute wurden ermordet. Eine kleine neue Polizei-SA, unter unmittelbarer Führung der staatlichen Polizei soll an ihre Stelle treten. Der Wille des nationalen und internationalen Finanzkapitals ist für Hitler das Gesetz zum Handeln.

Die faschistische Diktatur, der die Millionenbasis ihrer für die Kapitalisten unzuverlässig werdenden Soldaten zerrinnt, vertauscht sie mit den Bajonetten und Maschinengewehren der Reichswehr und Polizei, weil es gilt, mit allen Mitteln, die Politik des Finanzkapitals auf rechtslose Durchführung der Politik des Hungers, der Ausbeutung und des Krieges gegen das werktätige Volk durchzusetzen und alle Versuche zur Verwirklichung der sozialistischen Hoffnungen der SA-Männer im Keime zu ersticken.

Arbeiter, Werktätige, Euch sollen die Schläge treffen, die jetzt von der Reaktion, von den Unternehmern und Junkern vorbereitet werden. Deshalb rufen wir euch zu:

Werft Euch der neuen Welle des Terrors und der verschärften Ausplünderung entgegen!

Entfesselt den Sturm des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur im Land!

Die Hitler-Diktatur wird immer schwächer, und sie wird von einer Krise in die andere fallen.

Im Betrieb werden die Unternehmer jetzt angreifen wollen. Arbeiter, zeigt ihnen die Faust. Jetzt heißt es: Schluß mit jedem Lohnraub! Fordert eure alten Löhne und Akkorde. Fordert: Runter mit den hohen Preisen.

Jetzt heißt es: Schluß mit dem System des militärischen Drills und des blinden Gehorsams, Versammlungs-, Presse- und Koalitionsfreiheit! Weg mit den Unternehmervertrauensräten.

Wahl von Vertrauensräten der Belegschaft durch die Belegschaft. Heraus mit den Spitzeln, Provokateuren und Unternehmernächten aus den Betrieben! Organisiert euren Kampf durch die Wahl illegaler Vertrauensleute, Delegationen zur Direktion, betriebliche Demonstrationen, Zusammenschluß in den illegalen unabhängigen Klassengewerkschaften, Herstellung der einheitlichen Kampffront unter Führung der KPD. Stellt eure eigenen Betriebsordnungen auf und eure betrieblichen Rettungsprogramme. Aus den Betrieben heraus muß das ganze werktätige Volk zum Widerstand aufrufende Signal kommen: Nieder mit der faschistischen Hitler-Diktatur!

An den Stempelstellen, auf den Rathäusern müssen die Hungernden im Sprechchor verkünden: Wir wollen nicht länger hungern, wir fordern menschenwürdige Arbeit gegen tarifliche Bezahlung oder unsere alten Unterstützungssätze. Weigert euch, in die Fron aufs Land zu gehen, schließt ein brüderliches Bündnis untereinander, wählt eure illegalen Ausschüsse, haltet solidarisch zusammen, verbündet euch mit den Landarbeitern und Bauern auf dem Dorf, dann scheitern alle Anschläge gegen euch.

Aus allen Wohngebieten muß der Wille des werktätigen Volkes laut erschallen: Nieder mit dem Preiswucher und den Inflationmachern. Schluß mit den Kriegstreibern, nieder mit jeder kapitalistischen Diktatur und Unterdrückung. Malt und klebt unsere Losungen an alle Häuser, Zäune, auf alle Straßen. Heißt eurer KPD.

Arbeiter! Heißt den betrogenen SA-Leuten. Zeigt ihnen die Hintergründe der Aktion, den Verrat Hitlers, die erbärmliche Doppelrolle Göbbels, klärt sie auf, spornt sie zum Widerstand an, gewinnt sie in kameradschaftlicher Aufklärung für unseren sozialistischen Freiheitskampf, für die wirkliche, die proletarische Revolution.

Die Konzentrationslager und Gefängnisse füllen sich neben unseren proletarischen klassenbewußten Kämpfern mit den schmählich betrogenen SA-Leuten. Fordert Freiheit für Ernst Thälmann, Freiheit für alle unsere Klassengenossen und auch Freiheit für die SA-Proleten, die einem betrügerischen «deutschen Sozialismus» nachjagten, und die kapitalistische Peitsche zu spüren bekommen.

Werktätiges deutsches Volk! Die Zeit ist sehr ernst. Neue Ereignisse, schwere Entscheidungen stehen bevor. Die Hitler-Diktatur ist in ihren Grundfesten erschüttert und zum Sturz verurteilt.

Zwei Wege sind klar erkennbar und fordern eine Stellungnahme.

Der Weg des Finanzkapitals mit Hitler, der Reichswehr und Polizei unter der Knute von Versailles und Hand in Hand mit den imperialistischen Großmächten, weitere Knechtung und Ausbeutung des deutschen Volkes oder der Weg der Kommunistischen Partei für den Sturz der faschistischen Hitler-Diktatur durch den täglichen Klassenkampf bis zum Generalstreik und bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse und Werktätigen, und dem Ziel der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, des freien sozialistischen Räte-Deutschland nach dem leuchtenden Beispiel der Sowjetunion.

Einen dritten Weg gibt es nicht. Nicht zurück zum Weimarer System, niemals wieder Sozialdemokratie, niemals wieder Versöhnungspakte mit der Bourgeoisie, niemals Kompromisse mit den Feinden unseres Kampfes gegen Versailles und für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes.

Hitler zieht sich auf die Unterstützung der Reichswehr, auf Kanonen und Bajonette gegen das Volk zurück, wir Kommunisten rufen das werktätige Volk auf gegen seine Unterdrücker.

Hitler ist das vorgeschobene Instrument der reaktionärsten, chauvinistischen, das Volk in Krieg und Verderben treibenden Kräfte des Trust- und Finanzkapitals. Wir Kommunisten sind Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut des arbeitenden, darben deutschen Volkes, das wir vor dem Untergang retten wollen und retten werden.

Marschier mit uns, mit der KPD, dem Führer eures Freiheitskampfes! Marschier unter den Fahnen mit Hammer und Sichel! Sammelt euch in unserer einheitlichen Kampffront unter den Losungen:

Alle Macht den Räten!

Nieder mit der faschistischen Hitler-Diktatur!

Nieder mit jeder bürgerlichen Kapitalsdiktatur!

Nur der Kommunismus wird die Rettung bringen!

Es lebe die Diktatur der Arbeiterklasse im Bund mit allen Werktätigen!

Es lebe der Kampf für das freie sozialistische Räte-Deutschland!

## SA — Was nun?

Aus einem Aufruf der KPD

Ohne Gericht und Urteil sind oberste SA-Führer, Männer der alten Garde erschossen worden. Hunderte andere SA-Führer und -Männer wurden heimlich gemeuchelt, Tausende eingesperrt. Das ist noch nie dagewesener gemeiner Mord, ohne Gericht, ohne Prozeß, ohne Kontrolle, begleitet von ungeheurer Fälschung der Tatsachen. Wir Kommunisten haben für diese Mörder unserer Genossen nur den tiefsten Haß übrig, aber ihre hinterhältigen Mörder sind noch verabscheuungswürdiger. Das also ist nationalsozialistische Kameradschaft und Treue! So wurden die Zuvielwiser, die unbequemen Zeugen des nationalsozialistischen und nationalen Verrats für immer stumm gemacht.

*Nicht die Fragen der Sauberkeit waren der Anlaß der Aktion.*

Röhms «unglückliche Veranlagung» — Hitler dachte sie seit Jahren. Die Schlemmereien, Luxusautos, Korruption, sie waren nicht nur bei den acht Erschossenen und ihren Anhängern zu Hause. Sie sind bei tausenden Oberen gerade so in Schwung.

Aus außen- und innenpolitischen Gründen fordern die Herren von Kohle und Eisen, der Chemie und der Banken die Reorganisation der SA. Hitler erfüllt den Befehl und führte ihn durch eine ungeheuerliche Provokation und hinderhältigen Ueberfall auf seine bisherigen besten Freunde durch. Eine neue Polizei-SA gegen Arbeiter und Werkkätige unter staatlicher Polizeiführung soll zunächst die Tatsache der Entwaffnung und Vernichtung der alten SA verschleiern.

Ihr SA-Leute habt nur zwei Wege: Den mit den Kommunisten oder den, Polizeigarde des Kapitals zu sein und in noch tieferes Elend zu kommen. Entscheidet euch für den kommunistischen Weg, für unseren Freiheitskampf, der allein zum Sozialismus führt, wir reichen euch, den ehrlichen Arbeitern, dafür die Hand.

Wir schlagen euch vor: *Kämpfen wir gemeinsam im Betrieb* gegen jede Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen, erzwingen wir uns zusammen durch den Streik die Zahlung der früheren Lohnsätze! Wählen wir uns unsere eigenen Vertrauensleute, zu denen wir Vertrauen haben und schließen wir uns in unabhängigen Klassengewerkschaften gegen die Kapitalisten zusammen.

*Halten wir als Erwerbslose festzusammen*, wenn man uns die Unterstützungen und Beihilfen senkt oder ganz raubt. Schluß mit dem Verschicken in die Sklaven- und Hungerfront der Arbeitslager und des Arbeitsdienstes. In Delegationen und Demonstrationen wollen wir unser Recht auf Leben und menschenwürdige Arbeit erzwingen.

*Gehen wir in den Arbeiterparteiern zusammen*, wir Arbeiter, Angestellte, Männer und Frauen, und laßt uns gemeinsam gegen Teuerung und gegen Inflationstreiber kämpfen. Kämpfen wir mit der Jugend zusammen, um für sie eine freie, glückliche Zukunft zu erobern.

*SA-Leute, organisiert mit uns die wahre Volksrevolution!*

*Nieder mit der faschistischen Diktatur! Nur der Kommunismus bringt Rettung! Es lebe Rätedeutschland!*

*Kommunistische Partei Deutschlands.*

## Der 20. Juli Ein Lehrbuch für alle Antifaschisten, mit blutigem Griffel geschrieben!

Nachstehende Ausführungen wurden noch vor dem 30. Juni 1934 geschrieben. Die Red.

Das Zentralkomitee der KPD schreibt:

Wie war die Lage im Juli 1932? Deutschland ist die klaffende Wunde Europas. Die Widersprüche der kapitalistischen Krise und der rasch anwachsende revolutionäre Aufstieg sind mit den «normalen» Unterdrückungsmethoden der Weimarer Demokratie nicht mehr zu bannen. In Altona bereitet die Sozialdemokratie unter Führung ihres Polizeipräsidenten Eggerstätt den antifaschistischen Arbeitern einen blutigen Sonntag. Die Maschinengewehre der SPD-Polizei schlagen den faschistischen Terrorbanden den Weg durch die vom revolutionären Haß siedenden Arbeiterviertel. Die Sozialdemokratie mit ihrer Braun-Severing-Regierung beweist durch ihre blutigen Polizeijagden gegen die Einheitsfrontaktionen der Arbeiter, daß der Faschismus, dieses Ueberfallkommando der Bourgeoisie, sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützen kann.

Aber der Widerspruch zwischen der Masse der SPD-Arbeiter und den Severing, Leipart und Künstler wächst von Stunde zu Stunde, hemmt die SPD- und Gewerkschaftsführer in der Durchführung ihrer sozialfaschistischen Politik. Die Bourgeoisie ist deshalb gezwungen, zur schnelleren Faschisierung des Staatsapparates das Gewicht der Faschisten im Staatsapparat zu verstärken.

In Preußen, der wichtigsten Reichsstütze, wurde am 20. Juli 1932 dieser Durchbruch gemacht. Er brachte den faschistischen Staatsstreich. Hindenburg, noch vor 60 Tagen auf den Schultern der «Eisernen Front» zum Präsidenten gewählt, beauftragte den heutigen Vizekanzler Hitlers, von Papen, mit der Durchführung dieses Staatsstreiches. Ein Leutnant und zwei Mann der «demokratisierten» Reichswehr verhafteten Severing und Grzesinski. Der Wehrkreiskommandant erklärte für Berlin-Brandenburg den Belagerungszustand.

### Die erste Lehre

Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse sind kostbares Gut für unsere Gegenwart und Zukunft. Welche Lehren gibt uns der 20. Juli für unser gegenwärtiges und künftiges Handeln? Als am Vormittag dieses Tages die Nachricht von Papens Staatsstreich einschlug, glichen die Betriebe einem vor dem Ausbruch stehenden Vulkan. Die kapitalistische Arbeitsdisziplin war dahin. Von Millionen Arbeiterherzen löste sich der Alpdruck. Nur ein Gedanke, ein heißer, kampfdurchglühter Wille: «Endlich! Jetzt geht's los!»

Schon um 1 Uhr mittags hallte es durch die Straßen Berlins: «Extrablatt der „Roten Fahne“! Heraus zum Generalstreik! Nieder mit den faschistischen Staatsstreichlern! Entwaffnung der faschistischen Banden! Die Waffen in die Hände der Arbeiter! Arbeiter, auf die Straße!» Das Zentralkomitee der KPD und das Reichskomitee der RGO richteten eine offene Adresse für die gemeinsame Erklärung des Generalstreiks an den Parteivorstand der SPD und den ADGB. In den Betrieben traten unsere Funktionäre an die Vertrauensleute des ADGB und der SPD heran, unverzüglich, ohne die Entscheidung von oben abzuwarten, in den Streik zu treten und in gewaltigen Kampfdemonstrationen Berlin zu überfluten. Die SPD-Arbeiter und Betriebsfunktionäre erklärten sich gegen die direkte Kampfaktion, aber warteten kampfschlossen auf die Streiklösung ihrer Führung. Ganze Kolonnen von Reichsbannerarbeitern zogen spontan zum Preussischen Innenministerium, wo Severing angeblich «nur der Gewalt weichen» wollte. In den Polizeikasernen kam es zu offenen Meutereien gegen die Anweisungen der Papen und Bracht.

Als am Spätnachmittag die Fabriksirenen den Arbeitsschluß verkündeten und die revolutionären Arbeiter Berlins in den Arbeitervierteln demonstrierten, erklärten die SPD-Arbeiter unseren drängenden Genossen, daß am anderen Morgen bestimmt die Generalstreiklösung ihrer Führung vorliegen werde. «Es ist unmöglich», sagten sie, «daß unsere Führer das rote Preußen kampflösung preisgeben werden». «Euer Vorwurf», erklärten uns die SPD-Funktionäre, «daß die Sozialdemokratie ebenso Verrat üben wird wie immer seit 1914, dient im Augenblick nur der Zerspaltung der kämpfenden Einheit.» Bereits zwei Stunden später konnten sich die SPD-Genossen von der Schurkerei der Eisernen Front-Führung überzeugen. Ausrufer mit Armbinden von der Eisernen Front verteilten Flugblätter, in denen

die zum Generalstreik aufrufenden Kommunisten als «Provokateure und Spalter der Einheitsfront» bespuckt wurden. SPD-Arbeiter haben vor Wut geweint, als sie die Schurkerei ihrer Führung erkannten, aber sie konnten sich nicht zur selbständigen Klassenaktion unter der Führung der KPD entschließen.

Noch am selben Abend gaben die Severing und Grzesinski die «feierliche» Erklärung ab, daß sie nach ihrer Freilassung auf jeden Widerstand gegen die Staatsgewalt verzichten. Gegen Mitternacht besetzte auf Anweisung Papens die von Severing «demokratisierte» politische und uniformierte Polizei das Karl-Liebknecht-Haus und versiegelte die Druckerei der «Roten Fahne».

Am nächsten Tage erklärte der Militärkommandant von Berlin in einem öffentlichen Anschlag, daß es «dem staatspolitischen Pflichtbewußtsein der SPD- und ADGB-Führer zu verdanken wäre, daß die kommunistische Generalstreikhetze mißlungen sei». Wenn heute eine Handvoll trotzkistischer Agenten, unterstützt von den verschiedenen Führergruppen der SPD, die verleumderische Behauptung aufstellen, «auch die KPD habe versagt», so ist das der provokatorische Versuch, den Verrätern des 20. Juli behilflich zu sein, heute mit ihrem Verrat «aufs neue zu beginnen». Nicht durch die eigene Kraft, wie es heute die Hitler und Göbbels behaupten, um die Geschichte zu fälschen, sondern auf den Krücken der Sozialdemokratie und des mit ihr koalitierten Zentrums kamen die faschistischen Arbeitermörder zur Macht.

«Die Arbeitermassen waren für den Generalstreik . . . . . Wenn die Sozialdemokratie das Angebot der Kommunisten über die Herstellung einer Einheitsfront zur Ausrufung des Generalstreiks angenommen hätte, wenn sie wenigstens ihren Staatsapparat zum Widerstand gegen den faschistischen Umsturz in Preußen ausgenutzt hätte, dann wären die Faschisten gezwungen gewesen, den Rückzug anzutreten. Die kleinbürgerlichen und die bäuerlichen Massen hätten sich der Revolution zugewandt. Die Faschisten hätten keine Möglichkeit gehabt, die Macht zu ergreifen, und wären zerfallen . . . Die Kommunisten waren bereit zum Kampf. Der Kampf wurde durch die Sozialdemokratie vereitelt.» (Genosse Kuorin auf dem XIII. Plenum des EKKI).

Wir müssen die Geschichte des 20. Juli im Bewußtsein der sozialdemokratischen Arbeiter, der ehemaligen reformistischen und christlichen Gewerkschafter wachhalten.

Mit der Erinnerung an den 20. Juli verbindet das Zentralkomitee der KPD heute aufs neue den brüderlichen Appell der Kommunisten an die sozialdemokratischen Klassengenossen und Gewerkschaftskollegen, aus der Vergangenheit die Lehren zu ziehen, um die Zukunft zu meistern. Euch, SPD-Genossen, sagten damals eure Führer, daß sie nach dem 20. Juli «umrüsten» würden. Aber dem 20. Juli folgte der Verrat beim BVG-Streik, die schimpfliche Ablehnung unseres Generalstreikangebotes am 30. Januar, die Kapitulation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Hitler-Reichstag. Heute wollen diese Bankrotteure mit «linken» Phrasen ihre alte Politik «neu beginnen». Verlaßt das Lager der Verräter vom 20. Juli für immer! Organisiert mit uns Kommunisten die Tageskämpfe der Massen gegen die Hitlerdiktatur. Weckt in den Kreisen eurer Genossen und in den Massen den Willen zur Machteroberung auf bolschevisistische Art!

Veht eure ganze Kraft der KPD, deren in den Kämpfen und Erfahrungen der Arbeiterklasse der ganzen Welt geschaffene, geschulte und erprobte revolutionäre Taktik sich als richtig erwiesen hat! Wir Kommunisten können mit den bisher errichteten Erfolgen in der massenmäßigen Gewinnung der SPD-Genossen für unsere revolutionäre Klassenfront noch nicht zufrieden sein. Viele unserer Genossen haben Hemmnissen, unterschätzen entweder die Gefahr der sozialdemokratischen Reorganisation und Ideologie oder verhalten sich den zu uns orientierenden SPD-Arbeitern gegenüber sektiererisch, überheblich lehrmeisterlich. Und doch ist gerade die Liquidierung des sozialdemokratischen Masseneinflusses, die Gewinnung der SPD-Arbeiter, die Entwicklung der KPD zur einzigen Massenpartei des Proletariats die entscheidende Lehre, die der 20. Juli mit blutigem Griffel in das Lehrbuch der deutschen proletarischen Revolution geschrieben hat.

*Die zweite Lehre*

Aber das ist nicht alles. Der 20. Juli war für unsere Partei eine ernste Mahnung gewesen, ihre Kader bereit zu machen für plötzliche Explosionen und jäh auftretende Ereignisse. Es fehlte damals vielfach die Selbstinitiative der unteren Organisationen, die Fähigkeit, selbständig und schlagfertig zu antworten, besonders in den Betrieben den Massen führend voranzugehen. Die Entwicklung unter der Hitler-Diktatur bestätigt Tag um Tag eindringlicher, daß die Krise der bürgerlichen Herrschaft sich vertieft, daß der revolutionäre Aufschwung wächst, daß *plötzliche Wendungen* möglich und wahrscheinlich sind. Das erfordert auch von unseren untersten Organisationen bis hinab zur Zelle ein selbständiges, rasches und entschlossenes Handeln. Die Zelle darf nicht nur ein Organisationsgebilde sein, sondern muß politisch im Wohngebiet, im Betrieb führend, jeweils den Massen die richtigen Kampfvorschläge machen, die entsprechenden Losungen in die Massen werfen.

Der 20. Juli lehrt uns, daß wir vor allem in den Betrieben uns die Kampforgane schaffen müssen, die auch bei illegaler Arbeit sich unbedingte Autorität als Führung der Belegschaft erkämpfen müssen. Irgendein Ereignis, sei es außenpolitischer Art, eine Regierungskrise, eine SA-Revolution, vor allem ein Streik in einigen Großbetrieben kann den in den Massen angesammelten Haß zur offenen Explosion bringen. Wir müssen darum die Massen schon heute mit unseren Endzielen bekannt machen, müssen ihr Bewußtsein mit dem Willen zur Macht, zur Er kämpfung der proletarischen Diktatur auf dem Wege des Generalstreiks und der bewaffneten Erhebung erfüllen.

Bei einer solchen offenen Zuspitzung der Klassengegensätze, wie wir sie am 20. Juli 1932 hatten, müssen die antifaschistischen Massen schon vorher durch uns unterrichtet sein, daß der Ausbruch entscheidender Klassenschlachten nur mit der Errichtung der Räte, mit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, der endgültigen Niederwerfung des Kapitalismus enden darf. Die Verbindung unserer tagtäglichen Kampforganisation mit der beharrlichen Propagierung unseres Befreiungsprogrammes ist die zweite große Lehre, die der 20. Juli 1932 uns übermittelt hat.

## Der Faschismus - das ist der Feind

**Deutsche Arbeiter! Ihr könnt den Faschismus niederwerfen! Ihr müßt nur einig sein!**

### Geknechtetes werktätiges Volk!

Nach 17 Monaten blutiger Herrschaft ist das faschistische Schandregime in eine tiefe Krise gestürzt. Die Kettenhunde des Kapitals, die Meuchelmörder, die Päderasten, die Staats- und Sparkassendiebe und Volksverräter, die das werktätige Deutschland unterjochen, zerfleischen einander. Hitler ermordet die Führer seiner braunen Armee. So verfault ist das kapitalistische Deutschland! So stinkend ist die Korruption der nationalsozialistischen Befreierpartei!

Als die Nationalsozialisten jubelnd die Macht übernahmen, standen hinter ihnen Millionen und aber Millionen durch nationalsozialistische Hetze Berauschter! Heute stehen die betrogenen Massen in Stadt und Land enttäuscht und erbittert. Noch nie und nirgends wurde von der Arbeiterklasse eine Regierung so gehaßt, wie die Regierung des faschistischen Deutschlands.

17 Monate Drittes Reich, "erneuertes Deutschland" - das waren ununterbrochener Lohnraub, Verarmung der Massen, Zerstörung der Volksrechte, Entrechtung der Arbeiterklasse. Die Betriebe wurden zu Arbeitszuchthäusern. Erbhof- und Zwangswirtschaft haben Millionen Bauern zu landlosen, hungernden Knechten gemacht. Die Jugend ist gedemütigt und versklavt. Millionen kleiner Handwerker, kleiner Kaufleute, Beamte und Angestellte, denen Hitler Wiederaufstieg versprochen hatte, sind in tiefstes Elend gestürzt.

Im Namen des Dritten Reiches wurde das werktätige Volk unter unerträglichem Steuerdruck gesetzt, wurden die Staats- und Gemeindegassen von den faschistischen Machthabern geplündert. Der Hunger marschiert durch Städte und Dörfer. Das tägliche Brot wird teurer und teurer. Die Volksausbeuter jedoch, die landesverräterischen Rüstungskönige, die Krupp und Thyssen, schinden Millionen-Profiten aus der Not des Volkes.

17 Monate Drittes Reich - das sind unaufhörliche Folterqualen für Hunderttausende, sind Meuchelmord an Tausenden der Besten des werktätigen Volkes. 17 Monate Hitler-Deutschland - das sind fortgesetzte fieberhafte Kriegsprovokationen. Deutschland ist in eine Kaserne verwandelt. Die Reichstagsbrandstifter wollen den Raubkrieg an den Grenzen der Sowjetunion entzünden. Werktätige! Wir haben euch immer gesagt und sagen es auch heute:

### **Der Faschismus führt Deutschland zur Katastrophe!**

Die faschistische Politik hat die Lahmlegung des deutschen Handels gebracht, den Zusammenbruch des Kredits, die Finanzpleite im Reich und in den Gemeinden. Sie führt die deutsche Mark an den Rand der Inflation. Die prahlerisch verkündete Arbeitsschlacht ist bankrott. Die Arbeiterversicherung ist vernichtet. Der kleine Mann steht vor dem völligen Ruin.

Der Faschismus hat durch seine Versprechungen Kräfte entfesselt, deren er nicht mehr Herr werden kann. Darum drängen die Kapitalisten, um schneller die Ernte ihres Sieges, ihres Arbeitszuchthausgesetzes einzubringen. Darum

fordern sie Schluß mit den demagogischen Versprechungen. Darum zittern die faschistischen Machthaber. Darum mordeten sie selbst solche Arbeiterschlächter wie Röhm und Heines, weil diese die Unzufriedenheit und die Enttäuschung der betrogenen SA-Männer, die auf den versprochenen Sozialismus hofften, für ihre Cliquenzwecke ausnutzen. Hitler ermordete sie, um den Riß in der Front der Volksfeinde wieder zu kitten.

Arbeiter und Bauern! Vom Faschismus betrogenes und niedergetretenes Volk! Die Stunde ist da, wo allen die Augen aufgehen.

### **Der Feind ist der Faschismus!**

Vor keinem Verbrechen schreckt er zurück, um das werktätige Volk und seine Zukunft den kapitalistischen Blutsaugern auszuliefern. Deutsche Mütter! Heute jagt er deine Söhne und Töchter aus den Betrieben und Werkstätten, morgen wird er skrupellos mit ihrem Blute die Schlachtfelder tränken. Deutsches Volk! Der Faschismus hat deine Kultur vernichtet: Er hat dich in den Augen aller Völker verächtlich gemacht. Der Faschismus - das ist der Feind!

Wenn der Faschismus weiter herrscht, wird die Arbeiterklasse in mittelalterliche Barbarei zurückgeworfen, wird noch nie dagewesene Ausbeutung, Inflation, Teuerung, grausamster Hunger, Elend und Massentod das werktätige Volk bedrängen.

### **Will das werktätige Volk leben, muß der Faschismus sterben!**

Sollen Mord und Folter ein Ende nehmen, sollen unsere gefangenen Brüder und Schwestern aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen zurückkehren, soll das werktätige Volk wieder frei atmen können, muß der Faschismus vernichtet werden!

Deutsche Arbeiter! Ihr könnt den Faschismus niederwerfen! Ihr müßt nur einig sein!

Der Faschismus fällt nicht von allein. Ihr müßt ihn stürzen. Der Weg dazu führt über den alltäglichen Kampf gegen alle faschistischen Angriffe, über Streik, über Generalstreik zu seiner bewaffneten Niederwerfung. Beantwortet mit Streiks jeden Lohnabbau, jede Entlassung, jede Verhaftung, jeden Terrorakt!

Die Führer der Sozialdemokratie haben euch immer gesagt: in der Stunde der Gefahr sind wir mit euch! Sie haben das nicht gehalten, nicht am 20. Juli 1932 und nicht am 30. Januar 1933. Die Opfer des revolutionären Kampfes haben sie mehr geschreckt als die ungezählten Blutopfer, die die faschistische Tyrannei gefordert hat. Aber wir Kommunisten wollen heute nicht über die Vergangenheit rechten.

Wir rufen allen kampfwilligen Sozialdemokraten zu: Das Tor der Einheit ist offen! Vereinigt euch mit der Kommunistischen Partei, der Partei des revo-

### lutionären Kampfes für Arbeitermacht und Sozialismus!

Die faschistische Bestie muß niedergeworfen werden!

Werkstätiger Bauer! Betrogener Mittelständler! Angestellte! Beamte! Habt Vertrauen zur Arbeiterklasse! Sie ist die einzige Macht, die den Bauern von der Zwangswirtschaft erlösen kann und ihm Boden gibt. Sie ist die einzige Macht, die euch aus den Klauen der Finanzhyänen befreien kann und die euch wertbeständige Gehälter und Einkommen sichern wird. Nur unter der Arbeitermacht wird die deutsche Wirtschaft und Kultur zu neuer Blüte gebracht.

Betrogenes, verratenes SA-Volk! Dich haben die Hitler und Göring auf die Arbeiter gehetzt. Du warst die Geißel, mit der die Krupp und Thyssen aus dem Blut und Schweiß der Werkstätigen Gold schlugen. Der Sozialismus, den man dir gepredigt hat, ist ein Zuchthaus für das werktätige Deutschland. Es gibt nur einen Sozialismus - das ist der Sozialismus, an dem die 170 Millionen der großen Sowjetunion bauen. SA-Männer! Ihr habt jetzt verstanden, wer euer Feind ist. Verbrüderet euch mit dem Volke gegen Hitler, Krupp und Thyssen! Bewahrt eure Waffen! Die Stunde ist nahe! Schließt euch zusammen mit allen Antifaschisten!

Arbeiter! Bauern! Mittelständler! Deutsche Jugend! SA-Männer! Macht euch bereit! Kämpft gegen das schändli-

che Arbeitsgesetz! Kämpft gegen jeden Angriff in den Betrieben, Kontoren und Gutshöfen! Kämpft gegen Lohnraub, Steuern und Teuerung, gegen faschistischen Terror! Schluß mit den faschistischen Kerkern, Folterungen und Morden! Heraus mit Thälmann, mit allen Gefangenen dieses Systems! Weg mit den Konzentrationslagern! Schluß mit der betrügerischen Arbeitsfront! Freie Koalition und Organisation der Werkstätigen! Freiheit der Streiks, Freiheit der Arbeiterpresse! Bezahlte Arbeit, Berufsausbildung und freie Bewegung für die Jugend! Für die Arbeiterinnen gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Werktätiges Volk! 20 Jahre nach dem Ausbruch des letzten imperialistischen Völkermordens im August 1914 ist heute der Faschismus der Hauptkriegsbrandstifter in Europa und der Initiator des Antisowjetkrieges. Kämpfe gegen die faschistischen Kriegstreiber, gegen die Rüstungsorgien der kapitalistischen Broträuber, gegen die Zwangsmilitarisierung unserer Jugend, gegen die Kriegspropaganda in den Schulen, in der Arbeitsfront. Die Rüstungs- und Verkehrsbetriebe müssen zu Hochburgen des antifaschistischen Massenkampfes werden. Vereinige dich gegen die faschistischen Reichstags- und Weltbrandstifter zum einzig gerechten Krieg, zur Volksrevolution für den Sturz der Hitlerdiktatur.

Formiert die große Einheitsfront! Befreit Thälmann und alle antifaschistischen Gefangenen! Zerschmettert den Faschismus! Nieder mit der Knechtschaft! Es lebe die Volksrevolution! Es lebe das freie sozialistische Deutschland!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Berlin, Anfang August 1934.

## Millionenfaches Nein dem Volksverderber Hitler!

(Aufruf des ZK der KPD zum Plebiszit am 19. August)  
Schaffendes deutsches Volk!

Noch während die Göbbels-Journale heuchlerische Tränen über das Ableben Hindenburgs vergos, hat sich Hitler im Auftrag des Generalrats der Wirtschaft, der Finanzmagnaten und Junker, der braunen Neureichen und der Reichswehr-Generäle zum Präsidenten gemacht. Von der kapitalistischen Ausbeuterbande empfing er seinen Lohn, erhielt er sein Blutgeld für seine Arbeitermorde, für das Arbeiterverklavungsgesetz, für den schändlichen Goering-Plan, für die Abschächtung seiner eigenen Kameraden am 30. Juni. Mit einer sogenannten Volksabstimmung am 19. August, mit einem noch schamloseren Volksbetrug als am 12. November, will er sich mit dem Mittel der Wahlflüchtigung und des Terrors die «Vollmachten» verschaffen für die Durchpeitschung seines Hungerregiments im Herbst und Winter, für eine noch provokatorischere Aufrüstung, Kriegs- und Abenteuer-Politik.

Ein millionenfaches Nein dem Volksverderber Hitler am 19. August! Erschwert den Betrugern ihre Wahlflüchtigung! Millionen abgegebener Nein-Stimmen wird die Hitlerbande in Ja-Stimmen umfälschen. Trotz alledem: Jeder Feind des Hitlerischen Terror- und Hungerregimes demonstriert am 19. August mit einem klaren Nein! Sagt es von Mund zu Mund! Jeder unter der Fessel des Monopolkapitals leidende Volksgenosse, jeder, der die Freiheit liebt und die Knechtschaft haßt, stimmt am 19. August mit einem unerschütterlichen Nein!

Denn Hitler, das heißt: Lohn- und Rentenraub, Jugendentrechtung und Frauenverklavung, Bauernnot und Inflation, Volksausplünderung und Kriegsprovokation!

Wir Kommunisten wenden uns an alle Feinde der Hitlerdiktatur, an alle Sozialdemokraten, Gewerkschafter, an alle christlichen Werktätigen, an alle Gruppen und Organisationen, die gegen den Faschismus zu kämpfen bereit sind, mit uns gemeinsam die große antifaschistische Kampfeinheit, die Volkfront gegen Hitler, gegen die faschistische Kapitalsdiktatur zu errichten. Der Feind, das ist der Faschismus! Wir werden ihn niederringen, wenn wir nur einig sind. Einig in der Ablehnung des Volksbetrugers Hitler am 19. August! Einig in der Schaffung gemeinsamer antifaschistischer Kampfausschüsse! Einig in der Schmiedung der Gewerkschaftseinheit im Kampf gegen Arbeitsgesetz und Jugenddeportation, für Lohnerhöhung, Rede-, Versammlungs-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit!

Wir wenden uns an euch, ihr Millionen von Hitler betrogenen Nazianhänger, an die Arbeitskameraden in der NSBO, der SA und der Hitlerjugend. Heute hubt der Kameradenmörder um euch, um eure Stimmen den Krupp und Siemens, den Junkern und Reichswehrgenerälen zu Füßen zu legen. Nach dem 19. August will er gegen die Arbeiter der NSBO, gegen die rebellierenden Jungen und Mädels in der Hitlerjugend, gegen das werktätige Landvolk in den faschistischen Zwangs-Bauernorganisationen loszuschlagen. Nach dem 19. August will er vollenden, was er am 30. Juni begonnen hat. Antwortet auch ihr mit einem donnernden Nein!

Wir Kommunisten sind gewiß: Bei freier Volksabstimmung ohne faschistischen Wahlbetrug, ohne Terror, gäbe es am 19. August nur eine Wahlentscheidung, für Ernst Thälmann, den eingekerkerten Führer der KPD!

Denn Thälmann, das ist der Freund aller Armen und Unterdrückten, das ist der Feind der Ausbeuter, Wucherer und Kanonenfabrikanten. Ernst Thälmann ist der Repräsentant der Einheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus, der Einheit aller Schaffenden in Stadt und Land für den Sturz der Ausbeuterherrschaft. Mit dem millionenfachen Nein am 19. August erschallt der Ruf durch ganz Deutschland:

Heraus mit dem Volkspräsidentenwahlkandidaten Ernst Thälmann! Heraus mit allen eingekerkerten Antifaschisten!

Arbeiter, Arbeiterfrauen, werktätige Jugend, Bauern und Mittelständler! Euer Nein am 19. August sei ein flammendes Kampfgeübne für den Sturz des Systems der Knechtschaft und des Hungers, für die Niederwerfung der faschistischen Kapitalsdiktatur.

Nieder mit Hitler! Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen in Stadt und Land! Es lebe der Sozialismus!

Alles für ein freies sozialistisches Deutschland!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Berlin, Anfang August 1934.



## Um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse!

Vom Polbüro des ZK der KPD wird geschrieben:

Ende Juli tagte das Zentralkomitee unserer Partei gemeinsam mit einer Reihe führender Bezirks- und Betriebsfunktionäre. Die auf Grund einer gründlichen Analyse der Lage gezogenen taktischen Folgerungen und gefaßten Beschlüsse sind vor allem für unseren Kampf um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zum Sturz der faschistischen Diktatur, zur Aufrichtung der sozialistischen Räte-macht von außerordentlicher Bedeutung.

Die jüngsten Ereignisse in Deutschland, insbesondere der 30. Juni, demonstrieren eine rasche Schwächung des faschistischen Regimes, ein beschleunigtes Anwachsen der Gegensätze im Lager der Bourgeoisie, wachsende Unzufriedenheit nicht nur bei den Arbeitern, sondern bei allen werktätigen Volksmassen, eine sprunghafte Verengung der faschistischen Massenbasis. Der Nazi-Putsch in Oesterreich, diese versuchte Sarajewo-Provokation der imperialistischen Abenteurer, bestätigte noch einmal, daß Deutschland zum Hauptkriegstreiber in Europa geworden ist und jähe Wendungen in der Entwicklung zur imperialistischen Kriegskatastrophe drohen, wenn das siegreiche Proletariat nicht den Brandstiftern zuvorkommt.

Die noch während des Ablebens Hindenburgs erfolgte Ernennung Hitlers zum «Führer und Kanzler des Reiches» war kein Ausdruck der Stärke der Diktatur, sondern das Produkt der Furcht vor der tiefen Unruhe im Volks und von der Absicht bestimmt, der Gefahr des offenen Ausbruches der Differenzen im bürgerlichen Lager zuvor zu kommen, was eine weitere Schwächung des faschistischen Regimes bedeuten und die Auslösung von Arbeiterkämpfen erleichtern würde. Im gegenwärtigen Augenblick bot die äußerste Machtkonzentration in den Händen Hitlers die größtmögliche Sicherung der Interessenvertretung des reaktionärsten Teiles des Finanzkapitals. Die Berufung des Abenteurers Hitler als Nachfolger Hindenburgs entspricht der Katastrophenpolitik des Monopolkapitals. Die wahren Herren Hitlerdeutschlands, die Krupp und Thyssen, treiben Deutschland der Katastrophe und das werktätige Volk einem Hungerwinter ohnegleichen entgegen.

Die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Rohstoffverknappung und Devisennot, Mißernte und Bankrott der Staatfinanzen, bedrohen vor allem die Arbeiterschaft mit einer neuen ungeheuren Kapitaloffensive. Die Ernennung Schachts zum Reichswirtschaftsminister bedeutet ein ganzes Programm von Betriebsverletzungen und Massenentlassungen, Kurzarbeit und Lohnraub, verstärkte Jugendverklavung und Bauernnot.

Trotz der durch Ernennung Hitlers zum Reichsführer zum Ausdruck kommenden äußersten Machtkonzentration in den Händen des Monopolkapitals, werden auf Grund der beschleunigt wachsenden Wirtschaftskrise und der Klassenspannungen die Differenzen in den Spitzen der Bourgeoisie um Staatspfründen und Subventionen in noch kürzeren Abständen und explozierbaren Formen zum Ausdruck kommen. Dabei erschwert die Alleinverantwortlichkeit Hitlers die Manövrierfähigkeit des Nationalsozialismus, vor dem Volke die Folgen seiner Hunger- und Kriegspolitik auf andere reaktionäre Kräfte abzuwälzen. Gleichzeitig wurden durch die enge Aktionsgemeinschaft der Reichswehr mit Hitlers SS-Terrorgruppen am 30. Juni und mit dem Treueid der Reichswehr auf Hitler, die Illusionen von einer Militärdiktatur als dem «kleineren Uebel» stark erschüttert.

Kein Tannenbergs- und Plebiszit-Schwindel kann darüber hinwegtäuschen, daß die demagogischen Ablenkungsversuche der Hitlerdiktatur schwieriger und in ihren Auswirkungen kurzfristiger werden. Die Unzufriedenheit der Massen wird sich schnell verbreiten und vertiefen: Neue Krisenherde entwickeln sich in der faschistischen Massenbasis. Die neue Kapitaloffensive trägt mit dem wachsenden Haß der Arbeitermassen neue Zündstoffe in die Reihen der NSBO und «Arbeitsfront». Von den Dörfern wird im Herbst der große Hungermarsch der jugendlichen Zwangsvertriebenen zu den Städten einsetzen. Auf dem Lande wird die Massen-Arbeitslosigkeit des Landproletariats steigen und die Dörfer infolge Mißernte und bauernfeindlicher Zwangsmaßnahmen zu Brennpunkten sozialer Unruhen werden. Die Wiederaufnahme der Winterhilfs- und Zwangsspenden Anfang November wird den verstärkten Haß und Widerstand aller werktätigen Schichten steigern.

Angesichts dieser Lage und der Perspektive der Entwicklung erachtet es das Zentralkomitee als die entscheidende Aufgabe, alle Kräfte anzuspannen, um unser Zurückbleiben gegenüber dem Anwachsen der objektiven Voraussetzungen zur revolutionären Krise beschleunigt zu überwinden. Dabei steht als zentrale Aufgabe, alle Kräfte entschlossen einzusetzen für die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen Kapitaloffensive und faschistischen Terror, gemeinsam mit den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter und dem besten Teil ihrer früheren Funktionärskaders, breite Gewerkschaften aufzubauen und die Vereinigung der sozialdemokratischen Massen mit unserer Partei aktiver zu betreiben.

Die Einheit des Proletariats, schreibt Lenin, ist seine größte Waffe im Kampf um die sozialistische Revolution. Ein tiefer Drang nach Einheit geht heute durch die Arbeiterklasse. Es wächst der Wille, gemeinsam in einer Front, in einer Organisation gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus, zu kämpfen. Die meisten Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen entwickeln sich nach links. In ihrem Denken vollzieht sich ein großer Umwandlungsprozeß. Es schwinden die der Arbeiterbewegung schädlichen Illusionen vom Selbstabwirtschaften des Faschismus, die Spekulationen auf einen selbsttätigen Zusammenbruch der Diktatur infolge der Gegensätze im Lager der Bourgeoisie. Es wächst die Erkenntnis, daß das Proletariat nur auf dem Wege der revolutionären Gewaltanwendung, durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, den Sozialismus erkämpfen kann. Der ernste Wille der sozialdemokratischen Massen zur Einheit unserer Klasse zeigt sich in den zahlreichen Beispielen ihrer Vereinigung mit unserer Partei. In einer Reihe von Orten haben sich ganze SP-Gruppen mit unserer Partei vereinigt. Durch ihre Initiative war es möglich, neue Parteieinheiten zu schaffen und zerschlagene wieder aufzubauen. Es gibt Parteizellen, wo die Mehrheit aus ehemaligen Sozialdemokraten besteht, die sich zu tapferen, qualifizierten Parteiarbeitern und Bolschewiken entwickelt.

Aber können diese Erfolge genügen? Haben wir alles getan, um die Partei mit den Millionenmassen in Stadt und Land zu verbinden und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die arbeiterfeindlichen Hitlergesetze herzustellen? Das Zentralkomitee und eine Reihe führender Betriebs- und Bezirksfunktionäre haben in ihrer Tagung auf diese ernste Frage eine eindeutige Antwort gegeben. Die Partei, wurde festgestellt, hat nicht genügend klar die durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten Zeit herbeigeführte Änderung der objektiven Lage und den in der Arbeiterschaft immer stärker werdenden Einheitswillen hervorgekehrt und nicht entschieden genug ihre Taktik und die Gesamtheit ihrer Aufgaben darauf eingestellt. Noch immer liegt das Schwergewicht der Arbeit auf der Agitation, statt darüber hinaus konkret an die Aufgabe der Kampforganisation heranzugehen. Es bestehen ernsthafte Mängel unserer Parteiarbeit in der ungenügenden Initiative der Parteieinheiten, dem selbständigen, entschlossenen Reagieren auf plötzliche Ereignisse, wie es sich erneut am 30. Juni zeigte. Die entscheidenden Ursachen jedoch unseres ungenügenden Verbundenseins mit den Massen, der gemeinsamen Organisation breiter Widerstandsaktionen und des außerordentlichen Zurückbleibens bei der Schaffung der Gewerkschaftseinheit mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern, ist das vorhandene Sektierertum in unserer Partei, die sektiererische Haltung von Kommunisten auf dem Gebiet unserer Massenarbeit.

Der Sturz des Faschismus und der Sieg der Revolution wird nicht allein gelöst durch das vorhandene Heldentum und den Heroismus der proletarischen Avantgarde. Wir Kommunisten, heißt es in dem von unserem ZK beschlossenen Brief an alle Betriebs- und Straßenzellen der Partei, dürfen nicht die auch heute noch vorhandene Gefahr der sozialdemokratischen Ideologie verwechseln mit den Massen der zur kämpfenden Einheit drängenden Sozialdemokraten. Auch uns mahnt das österreichische Beispiel, wo durch das entschlossene Herantreten an die sozialdemokratischen Massen, ganze Orts- und Bezirkseinheiten der SP- und der Schutzbündorganisationen bis zu ihren Spitzen sich mit der KP vereinigten.

Wir können nicht erwarten, daß die breiten Massen der Sozialdemokratie sich mit unserer Partei vereinigen und sich zu überzeugten Bolschewiken entwickeln, wenn wir ihnen auf der einen Seite sagen, die Tore unserer Partei stehen euch offen, und sie nach ihrem Eintritt in die Partei als Mitglieder zweiter Klasse und als Verspätete betrachten; wenn wir sie nicht als gleichberechtigte Mitglieder in unsere Kollektivarbeit einreihen, mit ihnen gemeinsam die Aufgaben erarbeiten und durchführen. *Indem wir sie als gleichberechtigte Kämpfer behandeln und sie durch Uebertragung von Funktionen zur verantwortlichen Parteiarbeit heranziehen*, werden sie um so schneller erkennen, daß wir es ehrlich meinen und daß nur das Programm der Kommunistischen Internationale, die Theorie und Taktik des Marxismus-Leninismus zum Sozialismus führt. Wir Kommunisten verschweigen nicht, daß wir die Herstellung der Organisationseinheit der deutschen Arbeiterklasse, die Ueberwindung ihrer Spaltung durch die Vereinigung der sozialdemokratischen Massen mit unserer Partei erstreben.

Ein Ziel, die Diktatur des Proletariats, eine Partei, die Kommunistische Partei als einzige Massenpartei des Proletariats — muß den Einheitswillen der deutschen Arbeiterklasse beseelen.

Aber wir stellen diese Frage nicht als Bedingung für unser gemeinsames Handeln im Tageskampf. Mögen bei SPD-Arbeitern, Funktionären und Gewerkschaftsgruppen noch unserem Programm und unseren Prinzipien widersprechende Meinungsverschiedenheiten bestehen, das darf und kann für uns Kommunisten keine Kluft sein, mit ihnen die Aktionseinheit gegen die Kapitaloffensive, für den Sturz des Faschismus, herzustellen.

Das Zentralkomitee beschloß darum, alle Organisationseinheiten unserer Partei aufzufordern, an alle im Land bestehenden sozialdemokratischen Parteigruppen, an die ehemaligen Mitglieder und Funktionäre der SP heranzutreten und ihnen konkrete Kampfvorschläge gegen das Arbeitsgesetz und den Goering-Plan, für Koalitionsfreiheit, für die Befreiung Thälmanns und aller Antifaschisten zu unterbreiten.

Die Frage der Schaffung der Aktionseinheit des Proletariats gegen den Faschismus ist untrennbar verbunden mit der beschleunigten Schaffung der Gewerkschaftseinheit, dieser zusammengeballten, organisierten Kraft der breitesten Arbeitermassen. Gerade auf diesem so entscheidenden Gebiet unserer Massenarbeit haben wir die stärksten Versäumnisse.

Im besonderen stellte unser Zentralkomitee bei der Durchführung dieser Aufgaben starke sektiererische Tendenzen innerhalb unserer Partei und der revolutionären Gewerkschaftler fest. Die versuchte Schaffung von Betriebsgruppen unabhängiger Klassengewerkschaften als breite Massenorganisationen wurde vielfach unternommen auf der engen Basis der sektiererischen Vereinigung des klassenbewußten Teiles, statt des kühnen Versuchs, die breitesten Arbeitermassen für diese Organisation zu gewinnen.

Wenn z. B. in den Materialien der RGO die Rede ist von Kampfgruppen der unabhängigen Klassengewerkschaften, wenn in einigen Fällen das Bekenntnis des Kampfes für die Rätemacht zur Voraussetzung für den Eintritt in die unabhängigen Klassengewerkschaften gestellt wurde, so bewegen wir uns nicht auf der Linie der breitesten Gewerkschaftseinheit, sondern des Sektierertums, der Isoliertheit und Abgeschlossenheit von den Massen. Darum stellt die Führung unserer Partei in ihrem Brief an die Parteizellen als unmittelbare Aufgabe die Schaffung einer breiten einheitlichen gewerkschaftlichen Massenorganisation, die die revolutionären Gewerkschaftler gemeinsam mit allen ehemaligen freigewerkschaftlichen und christlichen Kollegen, gemeinsam mit allen mit dem Hitlerregime unzufriedenen NSBO- und Betriebs-SA-Leute zusammenschließen und die Frage der Gewerkschaftseinheit mit der Kampforganisation für die gemeinsamen Forderungen der Arbeiter verbinden soll.

Das Zentralkomitee erachtet es für notwendig, den im Lande bestehenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsgruppen komradenschaftlich den gemeinsamen Aufbau von Gewerkschaften und Gewerkschafts-Jugendsektionen vorzuschlagen. In allen Betrieben sollen unsere Genossen und revolutionären Gewerkschaftler an die früheren Mitglieder der Gewerkschaften und den besten Teil der früheren Funktionärskader, wie an alle etwa bestehenden Gruppen mit dem Vorschlag herantreten, gemeinsam an den Aufbau von Gewerkschaften und eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper heranzugehen.

Wir wenden uns insbesondere an jene ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre, die z. B. als örtliche Unterkassierer oder als Betriebskassierer, Vertrauensleute und ehemalige Betriebsräte besonders breite Verbindungen zu den Gewerkschaftsmitgliedern und Belegschaften haben. Das ZK verweist noch im besonderen auf jene ehemaligen freigewerkschaftlichen und christlichen Funktionäre, die in der «Arbeitsfront», NSBO, «Kraft durch Freude», und unter den Vertrauensräten heute Funktionen ausüben und die bereit sind, diese Funktionen zum Aufbau von Gewerkschaftsgruppen auszunutzen. Von größter Bedeutung für den Aufbau breiter Gewerkschaftsorganisationen ist dabei die gemeinsame organisierte Oppositionsarbeit in der «Arbeitsfront» und NSBO gegen Kommissarenwirtschaft, gegen Zwangsarbeiten, für das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder usw.

Der gemeinsame Feind der Arbeiterklasse ist der Faschismus. Der gemeinsame Kampfeswille gegen die faschistische Kapitaloffensive, gegen das Arbeiter-Verklawungsgesetz und Goerings Antijugendgesetz, gegen weiteren Lohnabbau, Kurzarbeit und Entlassungen, für Lohnerhöhung, Streik- und Koalitionsrecht, für gewählte Betriebsvertretungen, ist für uns alle das einigende Band, dem alle noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten untergeordnet werden müssen.

Der Faschismus hat die Gewerkschaften zerschlagen, aber er konnte nicht die gewerkschaftlichen Klassentraditionen vernichten. RGO und rote Verbände haben diese Klassentraditionen gepflegt und weiter entwickelt. Sie haben das Banner des Klassenkampfes allem Terror zum Trotz hochgehalten. Aber die revolutionären Gewerkschaften betrachten ihre Organisationen nicht als Selbstzweck. Sie wünschen nichts sehnlicher, als die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit durch den gemeinsamen Aufbau breiter Gewerkschaftsorganisationen. Darum beschloß das ZK, daß die Kommunisten ihren Einfluß in der RGO und den roten Verbänden aufbieten sollen, daß in allen Fällen, wo der gewerkschaftliche Zusammenschluß erfolgt, auf die Weiterführung dieser Organisationen verzichtet wird. Wir sind uns als Partei mit allen revolutionären Gewerkschaftlern bewußt, daß dieser Schritt die Aktionskraft des Proletariats steigern muß.

Der Faschismus hat auch heute noch innerhalb der Werktätigen den relativ größten Einfluß bei den Jugendmassen. Die Partei verstand es nicht genügend, führend und gemeinsam mit dem Jugendverband den Kampf der Jugendlichen für deren Wünsche und Forderungen zu organisieren. Für das Sektierertum, die Engherzigkeit des Jugendverbandes und seiner Schwächen, sich mit den breitesten Jugendmassen zu verbünden, trägt die Partei die Hauptverantwortung. Das ZK erklärt es als eine wesentliche Aufgabe der Partei, energisch den Kampf um die Forderungen der Jugendlichen zu organisieren und den Jugendverband als den nächsten Helfer der Partei besser anzuleiten und zu befähigen, sich durch kühnes Einsetzen für die besonderen Jugendinteressen und durch die Hineintragung unserer sozialistischen Weltanschauung in die Massen der Jugend zu der breitesten Massenorganisation sich zu entwickeln.

Das Zentralkomitee nahm ausführlich zur Saar-Frage Stellung, die genau so wie Oesterreich zu einem Brennpunkt imperialistischer Kriegsgefahr und zu einem Kampffeld zwischen Faschismus und proletarischem Internationalismus geworden ist. Der Kampf unserer Partei an der Saar muß von der Partei im Reiche tatkräftig unterstützt werden. Eine Niederlage Hitlers an der Saar bei der Abstimmung am 13. Januar 1935 bedeutet auch für das Proletariat im Reiche einen gewaltigen Schritt vorwärts in seinem antifaschistischen Kampf. Je größer die Niederlage Hitlers, je rascher sein Sturz, desto eher ist die Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland möglich. Gegenüber der zu erwartenden chauvinistischen Welle und Verhetzung ist es unsere Aufgabe im Reiche, den breitesten Massen unseren Eintritt für den Status quo, für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes an der Saar klarzumachen und die wirklichen Volks- und Landesverräter, die faschistischen Henker des Volkes zu brandmarken. Wir müssen die Werktätigen im Lande veranlassen, die Saar-Werkstätten durch Briefe und sonstige Verbindungen über die Hunger- und Blutpolitik Hitlers aufzuklären, Patenschaftsverhältnisse zwischen deutschen und Saar-Betrieben herzustellen. Jeder Saar-Wahlberechtigte im Reich muß sich das Stimmrecht sichern und für die Abstimmung für den Status quo gewonnen werden.

Das ZK verwies in seiner Tagung die Partei noch nachdrücklicher auf die durch den 30. Juni in der SA geschaffene Lage, mit den enttäuschten SA-Leuten und Oppositionsgruppen feste Verbindungen aufzunehmen, und sie samt ihren Waffen für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Gegenüber dem sich verschärfenden faschistischen Terror steht nicht nur die Verbreiterung des Massenkampfes für die Befreiung unseres Führers Thälmann und aller gefangenen Antifaschisten, sondern auch die Organisation des Massenselbstschutzes und der Einbeziehung der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter einschließlich der oppositionellen SA-Leute. Das ZK hebt die Notwendigkeit der Schaffung einer einheitlichen Wehrorganisation hervor, die Vereinigung der ehemaligen Reichsbannerkameraden mit dem RFB.

Angesichts der rasch sich zuspitzenden Lage auf dem Lande macht es das ZK allen Parteiorganisationen zur Pflicht, die Arbeit in den bäuerlichen Bezirken aufzunehmen, bzw. zu verstärken und durch Schaffung von Landarbeiter-Gewerkschaften und Bauernkomitees das Kampfbündnis zwischen Stadt und Land zu festigen. Mit der doppelten Frauenversklavung im «Dritten Reich» und der größten Bedeutung der Frauen und Mädchen im Falle eines imperialistischen Krieges erinnert das ZK nachdrücklich an den Beschluß des XIII. Plenums des EKKI auf Schaffung von Frauen-Aktivgruppen in der Partei und von Frauen-Sympathisierenden-Gruppen um die Partei. Eine zentrale Frauenzeitung wird künftig erscheinen. Die Tagung des ZK widmete schließlich dem Kaderproblem ernste Aufmerksamkeit, beschloß Maßnahmen hinsichtlich einer besseren Schulungsmöglichkeit unserer Kader, stellte aber diese Frage unmittelbar im Zusammenhang mit der Gewinnung der SPD-Arbeiter für die aktive Parteiarbeit und der gesteigerten Hilfe für den Jugendverband seitens der Partei.

In wenigen Monaten wird der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in der roten Hauptstadt Moskau seine Tagung beginnen. Er wird Zeuge sein der gewaltigen sozialistischen Siege unseres Sowjetlandes unter Führung der Bolshewiki und unseres großen Führers Stalin. Er wird eine Heerschau des stürmisch in aller Welt wachsenden Einheitswillens der Weltarbeiterschaft werden und Vertreter sozialdemokratischer Arbeiter und Parteigruppen aus zahlreichen Ländern als Gäste und Freunde begrüßen. Wir Kommunisten wissen, daß mit dem Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland der revolutionäre Sturm über ganz Europa jagen wird. Das Heldentum unserer Mitglieder und Funktionäre wird nach den obigen Beschlüssen des Zentralkomitees die Partei nur noch fester in dem Willen erfüllen, die Einheit des deutschen Proletariats zu schmieden, ohne Zeitverlust, sich die Beschlüsse der Parteiführung in allen Betriebs- und Straßenzellen anzueignen und sie entsprechend der betrieblichen und örtlichen Lage in die Tat umzusetzen.

Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe. Das deutsche Proletariat kann die faschistische Bestie niederringen und ein freies Räte-Deutschland errichten, wenn es dem Einheitsruf unserer Partei folgt und wenn alle Gliederungen unserer Partei unter Ausmerzung des Zurückbleibens, wie aller Schwächen und Mängel, entschlossenen Kurs nehmen auf die Herstellung der Aktions- und Kampfeinheit der deutschen Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten.

## An alle sozialdemokratischen Mitglieder, Funktionäre und Gruppen in Deutschland!

Ein Appell des Zentralkomitees der Kommunistischen  
Partei Deutschlands

Sozialdemokratische Genossen! Wir können den Faschismus stürzen, wenn wir nur einig sind!

Die Ereignisse des 30. Juni haben klar enthüllt, daß die Hitler-Diktatur in ihrer Massenbasis erschüttert ist und einem jähen Absturz entgegengeht.

Die fehlgeschlagene Provokation am 25. Juli, der Nazi-Putsch in Oesterreich, haben bitterartig offenbart, wie nahe die abenteuerliche imperialistische Politik Hitlers, Deutschland und Europa an den Abgrund eines neuen blutigen Krieges herangeführt hat.

Der Handstreich Hitlers am Todestage Hindenburgs, seine Selbsternennung zum obersten Zaren über Deutschland haben erneut besiegelt, daß die Hitlerbande das ausführende Regierungsinstrument der wirklich Herrschenden Deutschlands darstellt: der Schwerindustriellen, Großagrarien und der Reichswehrgeneralität.

Die Perspektive, die Hitler den werktätigen Massen für den Herbst und Winter gibt, ist Hungersnot und Massenentlassungen, verstärkte Knechtung und Unterdrückung. Der Faschismus wird noch unbändiger die Krise zu bannen versuchen. Aber ob der Faschismus niedergeworfen wird oder die werktätigen Massen in noch tieferer und barbarischer Lebenshaltung verharren müssen, wird ausschließlich entschieden durch die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, durch die Aktionskraft des Proletariats.

Genossen! Unsere gemeinsamen Erfahrungen, unsere gemeinsamen Opfer unter dem blutigen Hitlerregime seit dem 30. Januar 1933, besonders aber die Entwicklung der jüngsten Zeit, haben vieles von dem liquidiert, was früher und noch bis in die jüngste Zeit trennend zwischen uns stand.

Erschüttert ist durch die Ereignisse die pessimistische Perspektive von einer langjährigen Periode der faschistischen Reaktion. Erschüttert ist die defätistische Theorie vom Abwirtschaflassen, vom tatenlosen Abwarten.

Durchlöchert ist die von dem Prager sozialdemokratischen Parteivorstand hartnäckig genährte verhängnisvolle Politik des «kleineren Übels», die noch bis vor dem 30. Juni offen ein Bündnis mit der Reichswehr und den Zentrumsführern anstrebte.

Einen starken Schlag erlitten die Illusionen einer Militärdiktatur, der Volksmonarchie als dem «kleineren Übels». Darüber, sozialdemokratische Genossen, sind wir zusammen jetzt einer Meinung, daß nicht Koalition mit den kapitalistischen Parteien, nicht Wirtschaftsfriede mit den Unternehmern, nicht bürgerlicher Parlamentarismus und Weimarer Demokratie uns von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreit, sondern nur der revolutionäre Kampf, angefangen vom Tageskampf für unsere materiellen Interessen und Freiheiten über Streiks und Demonstrationen bis zum Generalstreik und zur bewaffneten Erhebung für die Diktatur des Proletariats. Eure eigenen Erfahrungen sagen euch, daß der reformistische Weg, den die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse beschritt, falsch und verhängnisvoll war. Das russische Beispiel zeigte, daß nur der bolschewistische Weg zur Eroberung und Behauptung der Arbeitermacht führt.

Genossen! Ihr seid mit uns derselben Auffassung: Die faschistische Diktatur, das ist die grausame, blutige Terrorherrschaft des deutschen Kapitalismus. Mit dem Sturz der faschistischen Diktatur muß das ganze kapitalistische System niedergedrungen werden.

Wir können die Hitlerdiktatur stürzen, wenn die Arbeiterklasse einig ist und den revolutionären Weg entsprechend den Grundsätzen und der Taktik der Kommunistischen Internationale beschreitet.

Das gemeinsam gewollte Ziel, den Sturz der faschistischen Diktatur durch die Zusammenballung aller Kräfte unserer Klasse zu erreichen, das schlagen wir euch vor. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf gegen den Faschismus, das ist der leidenschaftliche Wille der Kommunistischen Partei. Dafür kämpfen unsere heroischen Kader in allen Teilen des Reiches. Dafür wird unser Führer Ernst Thälmann mißhandelt, dafür geben namenlose Helden unserer Klasse Gesundheit und Leben. Der Wille zur Sammlung aller Kräfte, zur Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse geht heute durch Millionen Proletarier in Deutschland.

Jetzt ist es Zeit zu handeln. An euch Genossen, Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie richten wir den ersten heißen Appell:

Vereinigt euch mit der Kommunistischen Partei zur einzigen revolutionären Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse.

Wir wollen euch als Mitglieder, als Funktionäre, als gleichberechtigte Kampfgenossen in unserer Partei haben, die durch den Heroismus und die Opfer unserer todesmutigen Kader als Massenorganisation erhalten wurde. Wir wollen eure Vereinigung in unserer Partei, weil die Stunde erfordert, daß sich alle revolutionären Kräfte zusammenschließen. Uns eint das gemeinsame Band unserer Klassentradition, des unbesiegt und unbesiegbaren Marxismus. Uns eint der gemeinsame Haß und Kampfwillie gegen den Faschismus. Der Faschismus hat die Gewerkschaften zerschlagen. Er hat uns in die faschistischen Organisationen hineingepreßt, um uns noch mehr zu zersplittern und zu knechten, aber er hat unser Zusammengehörigkeitsgefühl nicht ertöten können.

Wir wissen, daß ihr ebenso heiß wie wir die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die Vereinigung in einer einzigen revolutionären Massenpartei wollt. Dort, wo wir zusammenarbeiten, haben wir uns immer sehr schnell verstanden. Im letzten Jahr sind über zehntausend ehemalige sozialdemokratische Genossen einzeln und in Gruppen in unsere illegale Partei eingetreten. Sie stehen heute im harten illegalen Kampf, Schulter an Schulter und gleichberechtigt mit den alten Kader der KPD. Viele sind führende Funktionäre in den Bezirks-, Unterbezirks-, Orts- und Zellenleitungen. Ja, es gibt bei uns zahlreiche Parteieinheiten, die in der Mehrheit aus ehemaligen sozialdemokratischen Genossen bestehen. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo die Leiter unserer Zellen, die Instrukteure der Bezirksleitungen ehemalige Sozialdemokraten sind. Genossen, wir streben dahin, daß sich dieser Prozeß der Vereinigung auf der ganzen Front und im schnelleren Tempo entwickelt. Nehmen wir uns das österreichische Beispiel zum Vorbild, wo nach den Wiener Februarkämpfen ganze Orts- und Bezirksvereinigungen der Sozialdemokratie und der Schutzbund-Organisation sich bis zu ihren Spitzen mit der Kommunistischen Partei vereinigten. Wir selbst werden in unseren eigenen Reihen alle Tendenzen bekämpfen, die der Vereinigung mit euch entgegenstehen. Hört unsere kameradschaftlichen Appell: Vereinigt euch mit der KPD zum Sturz des Faschismus, zur Erkämpfung des Sozialismus, zur Errichtung Rätedeutschlands.

Aber mögen unter Teilen von euch auch noch unserem Programm und Prinzipien widersprechende Meinungen bestehen: das darf und soll für uns kein Hemmnis und kein Hindernis sein für die Herstellung der gemeinsamen Kampfes- und Aktionseinheit.

Genossen! Die verschärfte Kapitaloffensive, die drohenden Massenentlassungen, die Durchpoischung des Arbeits- und Goering-Gesetzes, die Verschärfung des Terrors stellen vor uns die gemeinsame Aufgabe des Kampfes und der Organisation des Widerstandes zur Verteidigung der Arbeiterinteressen, zum Kampf um höhere Löhne und politische Freiheiten. Dafür schlagen wir euch und euren Gruppen vor, gemeinsame Kampfaktionen zu beraten und zu organisieren. Dafür treten im ganzen Lande, in allen Betrieben, in allen Orten unsere Genossen und Organisationen an euch heran.

Der Faschismus hat die Gewerkschaften zerschlagen. Aber er hat die gewerkschaftlichen Klassentraditionen nicht vernichten können. Von euch und uns sind vereinzelte illegale Gewerkschaftsgruppen geschaffen worden, die isoliert nebeneinander existieren. Wir schlagen euch vor, dieser Zersplitterung unserer Kräfte ein Ende zu machen und gemeinsam an den Aufbau einer breiten gewerkschaftlichen Massenorganisation zu gehen. Zu diesem Zweck sind wir bereit, auf die Weiterführung aller unter unserem Einfluß stehenden Gewerkschaftsgruppen und Organisationen der RGO und der roten Verbände zu verzichten, wenn ein Zusammenschluß im Sinne der Gewerkschaftseinheit erfolgt. Wir appellieren an alle sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen, unserem Beispiel zu folgen und ihrerseits in gleicher Weise zu handeln.

Schaffen wir in allen Betrieben die einheitliche Gewerkschaftsorganisation, helfen wir den Jungarbeitern, sich in besonderen Gewerkschafts-Jugendsektionen zu vereinigen! Bauen wir

uns gemeinsam im Betrieb den gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper! Schließen wir uns in den faschistischen Massenorganisationen, in der «Arbeitsfront» zur breiten Massenopposition zusammen! Schaffen wir die große Einheitsfront aller Arbeiter für Widerstands- und Streikaktionen!

Das Arbeitsgesetz und das Goeringsche Jugend-Versklavungsgesetz müssen fallen! Kein Pfennig Lohnraub, keine Zwangspenden mehr! Her mit Lohnerhöhung und Teuerungszulage! Für das Koalitions- und Streikrecht! Für die Befreiung Thälmanns und aller unserer gefangenen Genossen!

Sozialdemokratische Genossen! Das sind unsere ernstgemeinten Vorschläge. Schlagt ein in die Bruderhand. Der Faschismus, unser aller Todfeind, muß im zähen, andauernden Kampfe niedergeschlagen und vernichtet werden.

Es lebe die Kampfes- und Aktionseinheit der Arbeiterklasse!

Es lebe die Gewerkschaftseinheit!

Es lebe die Diktatur des Proletariats in einem Rätedeutschland!

Es lebe der Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anfang August 1934.

## Die Schaffung der Einheitsfront der werktätigen Massen im Kampfe gegen die Hitler-Diktatur

(Resolution des ZK der KPD vom 1. August 1934)

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland in der letzten Zeit, insbesondere die Ereignisse vom 30. Juni zeigen eine rasche Schwächung des faschistischen Regimes, ein beschleunigtes Wachstum der Gegensätze im Lager der Bourgeoisie, eine Zunahme der Unzufriedenheit und des Widerstandes nicht nur der Arbeiter, sondern auch der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen und damit die Verengung der Massenbasis der faschistischen Diktatur, was der Ausdruck einer stark veränderten objektiven Lage ist und das Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland signalisiert.

Die Verschärfung der innen- und außenpolitischen Lage, die drohende offene Inflation, die ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen, die abenteuerliche provokatorische Politik des Finanzkapitals und seiner Hitler-Regierung, die über Nacht, wie der 25. Juli in Oesterreich zeigt, den Krieg bringen kann, stellen der KPD die Aufgabe, breite Massenaktionen gegen die Hitler-Diktatur und ihre arbeiterfeindlichen Gesetze und Maßnahmen zu organisieren, mit dem strategischen Ziel des Sturzes der Hitler-Diktatur und der Aufrichtung der Rätemacht als dem einzigen Ausweg aus dem Massenelend und der Massenunterdrückung.

Die KPD hat durch die heroische Arbeit ihrer Kader unter der Hitler-Diktatur mit ihrem unerhörten Terror wachsende Erfolge in der Mobilisierung der werktätigen Massen und der Steigerung ihres Kampfwillens erzielt (Vertrauensrätewahlen, Plebiszite am 12. November v. J. und einzelne Betriebsaktionen). Dadurch wurde Hitler nicht nur gehindert, die ihm vom Finanzkapital erteilten Aufträge der Zertrümmerung der kommunistischen Partei und der Unterdrückung dieses Widerstandes der Arbeiterschaft gegen die Durchführung der Lohnabbau-Offensive zu erfüllen, sondern die KPD hat damit auch dazu beigetragen, die Krise der Hitler-Diktatur herbeizuführen.

Die Vorgänge des 30. Juni sind ein Ausdruck der Krise der Hitlerpartei und der Hitler-Diktatur, sie haben aber auch aufgezeigt, daß die bisherige Arbeit der KPD unter den werktätigen Massen noch nicht ausreicht, um in solchen günstigen Situationen breite Massenaktionen gegen die Hitler-Diktatur auszulösen. Sie wird daran besonders durch die Spaltung der Arbeiterklasse gehindert. Es ist deshalb eine der wichtigsten Lehren des 30. Juni, daß die KPD schnellstens die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse herstellt, eine kühne Initiative der Führung und besonders der unteren Einheiten zur Auslösung dieser Kämpfe entfaltet und die Kräfte der Partei auf die strategisch wichtigsten Industriegebiete konzentriert. Die Partei muß ihre ganze Kraft an die Festigung der Partei, an die Entwicklung ihrer Kader und an die Sammlung der revolutionären Kräfte des Proletariats und aller Werktätigen gegen die faschistische Diktatur setzen, um damit die Voraussetzungen des Erfolges der KPD in den in Deutschland bevorstehenden entscheidenden Klassenkämpfen zu schaffen.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist die schärfste Selbstkritik an den Fehlern und Mängeln der Parteiarbeit dringend notwendig. Trotz der richtigen Generallinie ihrer Politik hat die Parteiführung nicht genügend die durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten Zeit herbeigeführte Veränderung der objektiven Lage und den in der Arbeiterschaft immer stärker hervortretenden Willen zur Einheit hervorgehoben und ihre Taktik und die Gesamtarbeit der Partei nicht energisch darauf umgestellt, alle Versuche zu unternehmen, um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den übrigen werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus als dem Feinde der Arbeiterklasse, gegen die Hitler-Diktatur und ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen, vor allem gegen das faschistische Arbeitsgesetz zu schaffen und breitere Widerstandsaktionen auszulösen. Die Partei hat nicht genügend ihre organisierende und führende Rolle bei der Vorbereitung der Widerstandsaktionen hervorgekehrt, was zur Folge hatte, daß fast nur agitatorische Arbeit geleistet und nicht das Hauptgewicht auf die Organisation von Widerstandsaktionen gelegt wurde. Das hat zu einem starken Tempoverlust in der Entwicklung der revolutionären Kräfte gegenüber der Offensive des Finanzkapitals und der Entwicklung der Krise der Hitler-Diktatur geführt.

Das ZK der KPD beschließt deshalb:

1. Es werden sofort in der Partei alle Maßnahmen zur Schaffung einer breiten Einheitsfront der Arbeitermassen zum Kampf gegen die Durchführung des faschistischen Arbeitsgesetzes vom 20. Januar 1934 mit seinem unerhörten Lohnabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in den Betrieben und gegen das sogenannte Arbeitsgesetz (mit dem Berliner Goering-Plan), sowie gegen den faschistischen Terror ergriffen. Es muß die Aktionsseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen Arbeiter und der oppositionellen Elemente unter den SA-Leuten, der Hitler-Jugend, den Mitgliedern der NSBO, der «Arbeitsfront» und der «Kraft durch Freude» durch die Entfaltung des Widerstandes in den Betrieben, des Streikkampfes, von Straßendemonstrationen und anderen Kampfformen hergestellt werden. Dabei ist kühn die Enttäuschung der SA-Leute über den Faschismus auszunutzen und es ist ihnen zu helfen, in die Reihen der antifaschistischen Front überzugehen. Besonderes Gewicht ist dabei auf die Gewinnung der werktätigen Jugend in den gleichgeschalteten Jugendorganisationen zu legen.

2. Der in der Arbeiterschaft immer stärker hervortretende Wille zur Einheit findet in den Betrieben auch seinen Ausdruck in den Bestrebungen der Arbeiter zur Schaffung der Gewerkschaftseinheit und der Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes gegen den Faschismus und gegen die Offensive des Unternehmertums. Die Partei hat diese Bestrebungen nicht nur auf das tatkräftigste zu unterstützen, sondern auch die Initiative zu ergreifen und in ihren Reihen die Hindernisse zu beseitigen, die der Herstellung der Gewerkschaftseinheit im Wege stehen. Dabei müssen die besonderen betrieblichen Verhältnisse berücksichtigt und in den Vordergrund die Organisation von Widerstandsaktionen gegen die Lohnabbauoffensive gestellt werden. Im Kampfe um die Verwirklichung der von den Arbeitern gemeinsam aufgestellten Forderungen muß die Gewerkschaftseinheit geschaffen werden.

3. Zu diesem Zweck sind sofort mit den bestehenden sozialdemokratischen Gruppen Verhandlungen aufzunehmen, um mit ihnen gemeinsam die Kampfforderungen aufzustellen und feste Vereinbarungen über die Führung des Kampfes (Bildung von Kampfkomitees usw.) zu treffen. Dabei hat die Partei den Kurs auf die Vereinigung dieser Gruppen mit der KPD auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Internationale und der Taktik der KPD zu nehmen. Es ist von der Partei eine kühne Werbung unter den ehemaligen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und dem besten Teil ihres Funktionärskaders für den Beitritt zur KPD zu unternehmen. Dabei ist ein brüderliches, kameradschaftliches Verhältnis zu den ehemaligen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zu schaffen und den übergetretenen Mitgliedern die weiteste Möglichkeit der aktiven Beteiligung an der Parteiarbeit und der Übernahme von Parteifunktionen zu geben.

4. Um die Partei zu befähigen, diese revolutionären Aufgaben mit Erfolg in kürzester Frist zu erfüllen, ist eine breite, innerparteiliche Kampagne zur unverzüglichen Umstellung der gesamten Arbeit der Partei und der mit ihr verbundenen Massenorganisationen, die bolschewistische Erziehung für unsere revolutionäre Taktik der Einheitsfront, für die Erkenntnis der Führerrolle der Partei und der Aufgaben ihrer Leitungen, für die Organisation von Widerstandsaktionen, für die Festigung der Partei, und einer kühnen Heranziehung neuer Kader zu den oberen verantwortlichen Funktionen durchzuführen. In den Betrieben müssen unbedingt arbeitsfähige Zellen geschaffen werden, die ebenso wie die Straßenzellen auf das engste mit den Massen verbunden sein müssen. Die Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsgruppenleitungen müssen die engste Verbindung mit den unteren Einheiten der Partei halten und unter allen Umständen ihre Aufgabe in der Organisation und Führung der Massenaktionen erfüllen. Die gesamte Parteipresse ist in ihrem Inhalt und in ihrer Sprache gründlich auf die Behandlung der aktuellen Ereignisse, der politischen Stellungnahme dazu und auf die Organisation der Kämpfe umzustellen. Gegen das Sektierertum in der Partei, das in seiner Abkapselung von den sozialdemokratischen Arbeitern, dem Unverständnis für die revolutionären Aufgaben der Partei ent-

springt, ist ein sehr energischer Kampf zu führen. Das gleiche gilt für den Kampf gegen den Opportunismus, wie er in der Orientierung auf die Spontaneität, auf den Zerfall des Faschismus infolge innerer Gegensätze, in der Ignorierung der Einheitsfronttaktik und der Unterschätzung der Arbeit in den faschistischen Organisationen zum Ausdruck kommt.

8. Die Partei kann diese Hauptaufgaben nur erfolgreich durchführen, wenn sie gleichzeitig folgende wichtigen Maßnahmen in Angriff nimmt:

a) Sofortige Durchführung der von der Parteiführung schon früher gegebenen Anweisungen zur Sicherung der Führung des Kampfes der werktätigen Jugend und der politischen Führung und Unterstützung der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes durch die Gesamtpartei, um eine entschiedene Wendung zur wirklichen Massenarbeit unter der werktätigen Jugend durchzuführen, überall Jugendorganisationen und Jugendleitungen zu schaffen, engste Verbindungen mit ihnen zu halten und unter der betriebstätigen und erwerbslosen Jugend aktive Kampfmaßnahmen gegen das sogenannte Arbeitseinsatz-Gesetz (einschließlich des Berliner Goering-Planes) mit seiner Ausschaltung der Jugend aus den Betrieben und der Zwangsverschickung als Landhelfer zu organisieren. Die gesamte Partei ist energisch darauf umzustellen, dem KJVD bei den sofort anzubahrenden Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Jugendgruppen zur Schaffung der Kampfeinheit der werktätigen Jugend gegen den Faschismus und die imperialistische Kriegsgefahr und der Gewinnung der sozialdemokratischen Jugendgruppen und Jugendmitglieder und ihrer Verschmelzung mit dem KJVD zu unterstützen. Alle Parteinstanzen werden verpflichtet, binnen Monatsfrist über die von ihnen getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendarbeit an das ZK der KPD zu berichten. Von diesem wird zur Unterstützung dieser Arbeit ein Aufruf an die werktätige Jugend und ein Offener Brief an die sozialdemokratische Jugend zur Schaffung der Kampfeinheit herausgegeben.

b) Sofortige Wiederaufnahme der Parteiarbeit in den häuerlichen Bezirken, um den Kampf der Bauern- und Landarbeitermassen gegen das faschistische Regime zu organisieren. Schaffung fester, organisatorischer Stützpunkte für diese Arbeit. Herausgabe spezieller Literatur für Bauern und Landarbeiter. Schaffung von Landarbeiter-Gewerkschaften und Bauernkampfkomitees.

c) In den faschistischen Massenorganisationen, besonders in der NSBO, in der «Arbeitsfront», in «Kraft durch Freude», in der Hitler-Jugend, in der SA ist sofort zu einer systematischen, die Opposition organisierenden Tätigkeit überzugehen und die Initiative zur Einbeziehung der Mitglieder dieser Organisationen in die politische und gewerkschaftliche Einheitsfront zu ergreifen. Das ZK gibt für die Unterstützung dieser Arbeit besonderes Agitationsmaterial heraus.

d) Die Einbeziehung der werktätigen Frauen in die Einheitsfront und in die Widerstandsaktionen gegen die Hitler-Diktatur, gegen den faschistischen Terror und gegen die abenteuerliche und provokatorische Kriegspolitik des Finanzkapitals und seiner Hitler-Regierung ist durch eine sofort zu unternehmende Kampagne unter den Betriebsarbeiterinnen und den übrigen werktätigen Frauen unter allen Umständen zu erreichen. Zur Unterstützung dieser Arbeit gibt das ZK wieder eine Frauenzeitschrift heraus, für deren gründliche Verbreitung durch die unteren Einheiten der Partei Sorge getragen werden muß.

e) Eine sehr wichtige Aufgabe hat die Partei in der Organisation von Widerstandsaktionen der kleinbürgerlichen Mittelschichten, die sich besonders von der Hitler-Regierung heftig fühlen und von großer Unzufriedenheit erfüllt sind. Durch alle Einheiten der Partei sind die engsten Verbindungen mit diesen Schichten herzustellen, mit ihnen gemeinsame konkrete Kampfaktionen aufzustellen und Kampfkomitees zu schaffen. Das ZK wird diese Arbeit durch die Herausgabe einer Broschüre und eines Flugblattes unterstützen.

f) Die Kampagne zur Beilegung des Genossen Thälmann, die einen breiten, internationalen Charakter angenommen hat, ist von unseren Partei- und Massenorganisationen im Lande, in den Betrieben und in den Arbeiterbezirken viel stärker und organisiert als bisher zu führen. Diese Kampagne ist ein wichtiger Bestandteil der Einheitsfrontaktion mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern. Die Durchführung des gegen den Genossen Thälmann vorbereiteten Prozesses muß zu breiten Aktionen demonstrativen Charakters in den Betrieben und in den Arbeiterbezirken führen. Durch Beschlüsse und Entsendung von Delegationen ist die Freisprechung des Genossen Thälmann zu fordern.

Das ZK der KPD verpflichtet ferner die Parteiorganisationen und Massenorganisationen, Vorbereitungen für offene Demonstrationen größerer Massen gegen die fortgesetzten Hinrichtungen revolutionärer Arbeiter zu treffen. Unter keinen Umständen dürfen die Arbeiter noch weiterhin diese Hinrichtungen zulassen, ohne daß in breiten Massenaktionen dagegen Front gemacht wird. Es ist die Aufgabe der Partei, diese Aktionen

rechtzeitig, also schon bei Einleitung der Prozesse, vorzubereiten. Auch die Kampagne gegen die fortgesetzten Morde und Forderungen an den eingekerkerten Antifaschisten und der Kampf um ihre Freilassung darf sich nicht nur auf die Agitation beschränken, sondern muß zu offenen Kampfaktionen gesteigert werden.

g) Gegenüber dem faschistischen Terror ist die Organisation eines Massenselbstschutzes in den Betrieben und Arbeiterbezirken in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern und unter Hineinziehung oppositioneller SA-Leute eine dringende Notwendigkeit, für die sofort Maßnahmen von allen Parteieinheiten zu treffen sind. In der gleichen Linie liegt die Schaffung einer einheitslichen Wehrorganisation, die Vereinigung des RFB mit den ehemaligen Reichsbannerkameraden.

h) Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, die durch die abenteuerliche und provokatorische Politik der Hitler-Regierung über Nacht den Krieg auslösen kann, muß in der gesamten Arbeit der Partei, besonders bei der jetzt zu schaffenden einheitslichen Kampffront im Mittelpunkt stehen. Vor allem ist in der Kriegsindustrie und unter der werktätigen Jugend den vom Faschismus gezüchteten nationalistischen und chauvinistischen Stimmungen durch die Hervorkehrung des proletarischen Internationalismus entgegenzutreten. Dabei sind der Friedenswille der Sowjetunion, ihre Abrüstungsvorschläge und ihre Vertragspolitik zur Sicherung des Friedens, die Siege ihrer sozialistischen Aufbauarbeit in Industrie und Landwirtschaft in konkreter, populärer Weise vor den Massen zu behandeln. Das ZK gibt dazu eine Broschüre und ein Flugblatt heraus.

i) Der Kampf gegen die demagogischen und terroristischen Versuche der Hitler-Regierung, das Saarland ihrem Henkerreich einzugliedern, ist nicht nur eine Aufgabe der saarländischen Bevölkerung, sondern eine Aufgabe der gesamten deutschen werktätigen Massen. Die von der Kommunistischen Partei im Saargebiet mit Erfolg eingeleitete Einheitsfrontaktion mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern zur Abstimmung am 13. Januar 1935 für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes (status quo), also gegen die Angliederung an das Henkerreich Hitlers, ist von der gesamten Partei auch im Lande durchzuführen und damit die Niederlage Hitlers an der Saar gründlich vorzubereiten.

k) Die Aufgabe des in der nächsten Zeit stattfindenden VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, die internationale Einheitsfront und Einheit aller Werktätigen zum Kampf gegen den Faschismus und für den Sozialismus zu schaffen, muß das Bewußtsein jedes Arbeiters erfüllen. In allen Betrieben und Massenorganisationen ist von unseren Genossen diese Aufgabe des Kongresses vor den Arbeitern zu stellen und diese Zustimmungsbeschlüsse herbeizuführen. Wo irgendmöglich sollen sozialdemokratische Gruppen veranlaßt werden, Delegationen zum Kongreß zu entsenden, wo ihnen das Recht mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilzunehmen, eingeräumt wird, um damit mitzuwirken, die Einheitsfront gegen den Faschismus zu schaffen.

l) Bei der Durchführung der der Partei gestellten Aufgaben tritt als ein großes Hindernis die ungenügende politische Schulung unserer Parteimitglieder in den Fragen der Theorie des Marxismus-Leninismus, in der revolutionären Strategie und Taktik zutage. Es sind von den Parteiorganisationen sofort Maßnahmen zur Durchführung kleinerer und größerer Parteischulen zu ergreifen. Das ZK wird zur Unterstützung dieser Arbeit entsprechendes Schulungsmaterial herausgeben und eine Reichsparteischule durchführen.

m) Die mit der Partei verbundenen Massenorganisationen sollen zu den für die Schaffung der Einheitsfront erforderlichen Maßnahmen Stellung nehmen und diese in engster Verbindung mit der Partei auf ihren speziellen Arbeitsgebieten durchführen. Vor allem ist das Schwergewicht der Arbeit und die Basis der Organisationen in die Betriebe zu verlegen. Es ist die Pflicht der Kommunisten in diesen Massenorganisationen, die Garantien für eine wirkliche Massenarbeit zu schaffen und dadurch die Herbeiführung der einheitslichen Kampffront aller Werktätigen zu unterstützen.

Das ZK der KPD legt die Verpflichtung allen Parteimitgliedern und allen Parteiorganisationen auf, sofort an die Verwirklichung der gestellten Aufgaben mit bolschewistischer Kühnheit heranzugehen, damit im Geiste und entsprechend dem Programm der Kommunistischen Internationale und im Sinne unseres eingekerkerten Führers Genossen Ernst Thälmann zu handeln und damit den Erfolg der kommunistischen Partei in den bevorstehenden, entscheidenden Klassenkämpfen gegenüber dem Faschismus sicherzustellen.

## 20. Internationaler Jugendtag am 1. September Heerschau der antifaschistischen Aktionseinheit!

(Aufruf der KPD und des KJVD)

### Werkbätige in Stadt und Land!

Grau liegt das «Morgen» vor der werkbätigen Jugend. Aus den Betrieben gezerrt, als Leibeigene verschickt, von Braut und Bräutigam, von Mutter und Schwester, Vater, Freund und Bruder jäh fortgerissen, wird Deutschlands Jugend in finstere Zukunftslosigkeit gestoßen. Unter Qualen, Entbehrung und Entehrung wird das schaffende Jungvolk des «Dritten Reiches» von den Hitler, Ley, Schacht und Schirach auf den Golgathaweg seines Unterganges gedrängt. Eine Woge des Massenmasses und Unwillens gegen die kapitalistische Hitler-Diktatur durchbringt Deutschland. An der Bahre ihrer Jugendideale, vor den Trümmern ihrer Jugendhoffnungen, steht die Jugend und erfährt:

Der Faschismus ist der Verderber unserer Jugend! Er zerrt uns aus unserem Familien- und Freundeskreis! Er macht uns zu rechtlosen Sklaven! Er stiehlt uns das Brot vom Tische! Er mißbraucht unseren Lebens- und Opferwillen für die Interessen der Fabrik- und Rüstungs- und Landkönige! Er versperrt uns jeden Lebensraum, jeden Aufstieg! Er zertrümmert durch seine Katastrophenpolitik all unsere kühnen Zukunftshoffnungen!

Deutschlands Jugend glaubte beim Marsch ins Dritte Reich in ein Land des Sozialismus zu wandern. Aber es ist ein Land der Zwangsarbeit, der Knechtschaft und der finstersten Reaktion!

Väter und Mütter Deutschlands! Der heute eure Söhne und Töchter aus den Betrieben und Werkstätten verjagt, der eure Kinder in den Schulen zu knechtseligen geistigen Krüppeln und in den Kloaken des Arbeitsdienstes zum Kanonenfutter erziehen will, der gleiche Faschismus wird morgen ebenso skrupellos eure Söhne auf den Schlachtfeldern des Krieges für die Profite der Kriegsgewinnler verbluten lassen.

Die rauchenden Trümmer und Ruinen des von Goering angezündeten Reichstages, der Blutgestank der Kameradenschlächterei des 30. Juni und das kriegerische Putschbrot der Nazis in Oesterreich zeigen, daß Hitler mit seinen Provokateuren jederzeit ganz Deutschland in den Abgrund des Krieges zu stoßen bereit ist. Darum machen die Faschisten unserer Jugend das Kriegeschlachtfeld als ein Traumland ihrer Ideale, als das Erntefeld von Ehre, Ruhm und Heldentum aus. Proletarische Frontsoldaten, ergrante Mütter, Kriegsbeschädigte, Kriegserwitwen! Sagt der Jugend was der Krieg war und was er sein wird! Kämpft mit ihr, das kommende Kriegsgemetzel zu verhindern!

Junge, werkbätige Menschen, SPD- und Gewerkschaftskameraden!

Wir Kommunisten wollen gemeinsam mit Euch das heranwachsende Kriegsverbrechen verhindern und die Sklaverei der Jugend zerbrechen! Wir wollen nicht, daß Deutschlands Jugend in einem Meer von Arbeiterblut ertrinkt! Wir wollen nicht, daß die faschistischen Verderber die Städte und Dörfer unseres Landes mit ihren Kriegsfackeln anzünden! Wir wollen nicht, daß die besten Söhne unseres Volkes, unsere begeisterungsfähige Jugend, im Gasnebel, Drahtverhau und Granatenhagel der Imperialisten stirbt! Wir wollen nicht, daß die Hitler-Diktatur unsere Heimat in den Blutsumpf der Barbarei hineinzerstört!

Fallen wir junge und erwachsene Werkbätige, fallen wir Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und christliche Arbeiter gemeinsam den Mördern und Verderbern unserer Jugend in den Arm! Setzt bereits den Sedan-Rummel der Faschisten am 2. September unter den Massendruck des proletarischen Internationalismus!

Der Internationale Jugendtag am 1. September — eine Heerschau der Kampfeinheit!

Am 1. September marschieren das revolutionäre Jungvolk der ganzen Welt gegen Hunger, gegen Faschismus und Krieg! Macht diesen Tag auch in Deutschland zur grandiosen Manifestation der jungproletarischen Einheit, zum Sturmtag der Allen und Jungen gegen das hitlerische Knechts-, Sklaven- und Kriegeregime! Für die Befreiung unseres eingekerkerten und gefolterten Führers, für die Befreiung Thälmanns und aller gefangenen Antifaschisten! Umgeben die faschistische Regierungsverbands mit einer organisierten Mauer des Hasses und des

Widerstandes! Alle und junge Werkbätige! Jungkommunisten, SAJ-, HJ- und christliche Jungkameraden! Reicht Euch zum Jugendtag und zu weiteren Kämpfen brüderlich die Hände! Formiert die Kampfeinheit der arbeitenden Jugend in eiserner Verbundenheit mit den erwachsenen Freiheitkämpfern für eure gemeinsamen Forderungen:

Gegen die Herausreibung der Jugend aus den Betrieben!

Gegen jede Zwangsdeportation aufs Land! Gegen den Arbeitsdienstzwang!

Gegen das «Arbeitsgesetz»! Gegen jede Lohnsenkung!

Für reguläre Berufsausbildung, Beseitigung der «Nachlehre», für reguläre Beendigung der Lehrzeit!

Für volle Freizügigkeit! Für Rede-, Presse-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikfreiheit!

Gegen den erniedrigenden Militärdrill und die Kriegsverletzung!

Für den Sturz der faschistischen Kapitaldiktatur!

Für die Errichtung der Arbeitermacht und des Sozialismus! Alle und Junge, Gesamtheitschaften, Väter und Mütter!

Zertrümmert jedes Hindernis, jeden Widerstand, zertrümmert alles, was der Einheit unserer Klasse im Wege steht! Vereinigt alle Kräfte und Rinnale der sozialdemokratischen, kommunistischen Parteiorganisationen und die der Jugend zum großen, roißenden revolutionären Strom der Aktionseinheit! Laßt diesen Strom gegen die Fundamente des faschistischen Regimes donnern, um es hinwegzufegen!

Der Faschismus muß sterben, wenn unsere Jugend und Klasse leben will! Die Kapitaldiktatur muß fallen, die Einheit unserer Klasse muß werden, wenn wir der Jugend Glück, Lohnraum und eine frohe Zukunft geben wollen!

SPD- und KPD-Genossen, Jungkommunisten, SAJ-ler und Junggewerkschafter!

Bereitet gemeinsam den Jugendtag vor, schließt Euch in gemeinsamen Jugendkomitees und Jugendkommissionen zusammen. Gebt gemeinsam von Mund zu Mund, durch gemalte Losungen, eine Flut gemeinsamer Zeitungen und Flugblätter, unsere Kampflosungen an alle HJ-ler und Jungkatholiken!

Werkbätige aus Stadt und Dorf! Am 1. September marschieren gemeinsam in den Arbeiterstraßen, an den Verkehrszentren, vor den Arbeitsämtern, Bahnhöfen, an den Betrieben und Stempelstellen, vor den Landratsämtern und in den Dörfern zu Demonstrationen auf für die Freiheit der Jugend und ihre sozialistischen Ideale!

Reißt die Hakenkreuze aus den roten Fahnen, die mit dem Blute unserer jungen, gemordeten Helden getränkt sind! Verweigert den hitlerischen Mördergruß und laßt machtvoll das «Rot Front!» durch die Proletarierviertel hallen! Schließt Euch auf dem Lande zu gemeinsamen Landhelferkameradschaften zusammen. Wendet Euch an die betrogenen Jungkameraden der Hitlerjugend und SA! Sagt ihnen, daß nur in den Reihen unserer revolutionären Freiheitsarmee die Lorbeerkränze des Ruhmes, der Ehre und des Heldentums gewonnen werden können! Sagt ihnen, daß sie ihre Waffen niemals wieder gegen die eigenen Arbeitsbrüder, sondern nur gegen unsere gemeinsamen Feinde, die Ausbeuter und Volksbetrüger, richten sollen.

Am Internationalen Jugendtag erhebt den Massenschwur der Allen und der vorwärtsstürmenden jungen Generation für die Verteidigung der Sowjetunion!

Für die Freilassung Ernst Thälmanns und aller gefangenen Antifaschisten!

Durch Klasseneinheit vorwärts zum Sturz der faschistischen Räuber!

Durch Klasseneinheit zur Arbeitermacht!

Nur die Arbeitermacht sichert der Jugend Krall, Freude, Zukunft und Aufstieg!

Nur die Arbeitermacht verjagt alle Ausbeuter und Kriegstreiber!

Nur die Arbeitermacht führt Deutschlands Jugend in das Land des Sozialismus!

7. August 1934.

Kommunistische Partei und  
Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.



## Reißt alle Barrieren nieder, die unsere Klasseneinheit hemmen!

### Brief unseres Zentralkomitees an eine Unterbezirksleitung

Liebe Genossen!

In Beantwortung Eures Berichts über die Lage in Euren Zellen und Ortsgruppen möchten wir auf einige Fragen eingehen, die nach unserer Meinung von Euch nicht richtig gestellt worden sind. Wenn in der Bergarbeiter-Kolonie B. Eurer Meinung nach alle SPD-Genossen heute zu uns stehen, so ist das sicherlich ein großer Erfolg und wenn es auch nur einigermaßen im Reichsmaßstabe so wäre, ein entscheidender Schritt zur siegreichen Revolution. Aber es ist völlig falsch zu erklären: „Wir nehmen sie nicht in unsere Partei. Es genügt zunächst, sie als Sympathisierende um die Partei zu sammeln“. Eine solche Methode ist geradezu geeignet, die für die Partei gewonnenen SPD-Genossen wieder von uns zu stoßen.

Wir sind eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und nicht ein Klub der Erhabenen und Hochnäsigen

der auf die anderen schaut und immer nur wiederkaut: „Seht ihr Rückständigen, wie recht wir gehabt haben“. Für uns als Partei ist die Gewinnung der SPD-Genossen eine ernste Sache ohne Hintergedanken. Wenn diese Genossen heute zu uns kommen, dann behandeln wir sie als gleichberechtigte Mitglieder. Dann sagen wir ihnen: „Der Sturz des Faschismus und des Sieges des Sozialismus erfordern eine starke revolutionäre Massenpartei, die das Proletariat zum Siege führt. Übernehmt mit uns gemeinsam die Verantwortung! Vereinigt Euch mit der Kommunistischen Partei!“

Nicht minder falsch ist der Standpunkt Eurer Zelle G: „Wir haben sie aufgenommen, nehmen die Beiträge von ihnen, aber an Entscheidungen können sie noch nicht mitwirken“, oder der Standpunkt der Zelle H: „Wir haben sie aufgenommen, aber sie zunächst nur in der technischen Arbeit verwandt.“

Solche Auffassungen müssen notwendig zu Folgen führen, wie wir sie in einem anderen Unterbezirk erleben. Die dortigen Genossen gewannen 120 ehemalige SPD-Mitglieder und Funktionäre für die Partei und behielten zum Schlusse ganze 35. Wo-

hin sind die anderen gegangen? Gewiß nicht zum Faschismus! Die Korrektur einer solch falschen Maßnahme muß darin bestehen, daß

die SPD-Genossen, die zur Partei übertreten, als gleichberechtigte Mitglieder betrachtet

werden, das heißt als solche, die an den Entscheidungen in der Zelle mitwirken, an der politischen Arbeit teilnehmen und gemäß ihren Fähigkeiten und ihrer bolschewistischen Entwicklung mit Funktionen betraut werden. Natürlich erfordert das, daß unsere Zellen nicht nur ausführende technische Organe sind, sondern Parteikörperschaften, die trotz ihrer konspirativen Arbeitsbedingungen ein aktives politisches Innenleben führen, sich die Beschlüsse und die Generallinie der Partei dank der Politisierung des Zellenlebens aneignen und den örtlichen und betrieblichen Bedingungen entsprechend durchführen. Wenn Zellen, Unterbezirke und Bezirksleitungen, die SPD-Genossen als „Verspätete“ beschimpfen oder wenigstens betrachten, wenn sie ihnen lediglich Aufträge geben, statt sie gleichberechtigt heranzuziehen an der politischen Erarbeitung der Aufgaben, wenn sie ihnen sagen, sich im „Vorhof“ zu gedulden, bis daß der „hohe Olymp“ beschlossen hat, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß diese Genossen wieder davonlaufen. Auf solche Art können wir auch nicht die noch bei vielen SPD-Genossen vertretenen falschen Auffassungen liquidieren, z.B., daß beide Parteien versagt haben, daß der bolschewistische Weg zur Macht nur für Rußland zugänglich sei usw.

Hartnäckiger Kampf muß auch jenen Auffassungen in Eurem Unterbezirk zuteil werden, wonach der größte Teil der ehemaligen SPD-Arbeiter und Gewerkschaftskollegen überhaupt für den gemeinsamen Kampf nicht zu gebrauchen“ sei. „Man redet sich den Mund fuselig und sie bleiben doch mehr oder weniger bei ihren alten Auffassungen“. Ist diesen Genossen, die solche Auffassungen vertreten, selbst nach dem 30. Juni noch nicht klar geworden, daß die faschistische Diktatur nicht von selbst stürzt, sonder nur der organisierte

Widerstand der einheitlich handelnden Arbeiterklasse sie zu stürzen vermag? Sehen diese Genossen nicht, daß auch in zehntausenden bisher abseits stehenden SPD-Genossen und Gewerkschaftskollegen der Wille zum Kampf wächst, ja, daß sie sich wieder zur organisieren versuchen. Natürlich kann man diese noch mit manchen Vorurteilen behafteten oder vielleicht durch den Prager Parteivorstand der SPD direkt beeinflussten Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen nicht für die proletarische Kampfeinheit gewinnen, wenn man nur über Prinzipien streitet, über Verrat redet,

nur das Trennende herausstellt, statt sich mit Ihnen auf das zunächst uns allen Gemeinsame, auf den Kampf gegen die faschistische Diktatur, zu einigen.

Welche Versuche haben diese Genossen nach dieser Richtung hin konkret unternommen? Wo sind sie, bzw. ihre Zelle im Betrieb an die SPD-Genossen, an die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftler oder an bereits bestehende lose Vereinigungen oder feste Gruppen dieser Arbeiter herangetreten, um ihnen vorzuschlagen, gemeinsam eine gewerkschaftliche Kampforganisation aufzubauen, eine Betriebsabteilung oder die Gesamtbelegschaft gegen das Arbeitsgesetz, gegen den Lohnraub, für Versammlungseinberufung und Diskussionsfreiheit in den Kampf zu führen? Die Genossen werden uns vielleicht antworten: „Das haben wir versucht. Aber die sind ja gegen ein Rätedeutschland. Sagen, daß auch unsere Partei versagt habe. Erklären, daß man zunächst auf eine Militärdiktatur hinarbeiten müsse usw. Wie können wir mit diesen Leuten Einheitsfront machen?“ Zweifellos gibt es bei SPD-Arbeitern und -Funktionären und weniger auch bei den christlichen Arbeitskameraden solche Meinungen. Wir müssen uns natürlich bemühen, diese Arbeiter und Arbeitergruppen im Laufe des gemeinsamen Kampfes von der Richtigkeit der kommunistischen Theorie und Taktik zu überzeugen, sie für die Partei und ihr revolutionäres Programm zu gewinnen. Aber warum sollen uns die

heute noch gegenteiligen Auffassungen hindern, mit ihnen ehrlich und unvoreingenommen für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zum Sturze Hitlers zu arbeiten. Nicht derjenige ist der beste Kommunist, der auf seinen Prinzipien sitzt und wartet, bis daß die „reuigen Sünder“ zu ihm kommen, sondern derjenige, der vom Willen zum Sozialismus, zur Revolution beseelt, die Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und enttäuschten Nazi-Arbeiter herzustellen versteht, wenn auch zunächst nur für den Kampf gegen das Arbeitsgesetz, gegen den Göring-Plan usw.

Wer heute noch behauptet, man könne die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftskollegen nicht für den Aufbau gemeinsamer gewerkschaftlicher Kampforganisationen gewinnen, der will oder kann nicht begreifen, daß vor allem in den jüngsten Wochen ein neuer gewaltiger Strom des Willens zur Einheit durch die Millionenmassen der Arbeiterklasse geht.

Genossen! Es ist unter Bolschewisten üblich, daß sie sich ohne Diplomatie die Meinung sagen, auch wenn sie nicht immer gefällt. Wir haben die Antwort an Euch zu einem Offenen Brief in der „Roten Fahne“ gemacht,

weil ähnliche unserer revolutionären Massenarbeit schädliche sektiererische Auffassungen in breiteren Kreisen unserer Partei anzutreffen sind. Es würde uns freuen, und ihr würdet damit auch der gesamten Partei einen Dienst erweisen, wenn Ihr uns in Eurem nächsten Bericht mitteilen könntet, daß ihr auf dem Wege des Zusammenschlusses der Arbeiter, des einheitlichen Kampfes und vor allem des Gewerkschaftskampfes gegen die faschistische Sozialreaktion, gegen die Hitlerrdiktatur entschiedene und erfolgreiche Schritte unternommen hättet.

Mit kommunistischem Gruß!  
Eure Freunde vom Zentralkomitee.

## Millionenmassen gegen Hitler!

Vom ZK der KPD wird uns geschrieben:

Der braune Plebiszit-Schwindel wurde zu einer Wahlbederle der faschistischen Henker-Regimes, zu einer Millionenüberschau der antifaschistischen Kampffront. Selbst der provokatorische Wahlschwindel, die Unfälschung von Millionen Nein-Stimmen in Ja-Stimmen konnte nicht verhindern, daß die Mörder und Reichstags-Brandstifter vor aller Welt 7,5 Millionen Stimmen gegen das Hitler-Regime zugehen mußten. Jeder Antifaschist wußte, daß er mit seiner Nein-Stimme bei der Wahl mit einem Bein im Konzentrationslager stand, daß der amtliche Terror ihn mit Verlust seiner Existenz bedrohte. Vielfach, besonders auf dem Lande, wurde die Wahl zu einer öffentlichen gemacht. Millionen Volksgenossen, mit Haß und Empörung gegen die Hungerdiktatur erfüllt, wurden durch äußersten Terror, durch wüsten Betrug zur Wahlurne und zu einem Ja gezwungen. Und dennoch: keine soziale Demagogie, keine chauvinistische Aufpölschung, keine Hindenburg-Testament-Fälschung, kein Amnestie-Betrug kann die rasche Schwächung des faschistischen Regimes vertuschen.

Trotz wüster Beschimpfungen und Bedrohungen der hitlerfeindlichen Wähler als «Lumpen» und «Landesverräter» waren die Nein-Stimmen so erdrückend, daß die Faschisten unter der Wucht dieser Tatsachen zugeben mußten, daß 4 238 000 mit Nein, daß 2 390 000 Proteststimmen durch Fortbleiben, weitere 872 000 Antifaschisten ihren ganzen Haß durch revolutionäre Aufschriften zum Ausdruck gebracht haben. Sie müssen selbst veröffentlichten, daß in Berlin über eine Million, das ist jeder dritte Wähler, sich gegen Hitler erklärt haben, daß in Hamburg, der Stadt Thälmanns, allein eine Viertelmillion Wähler ihre Ablehnung gegen die faschistische Kapitalsdiktatur, gegen Hitler, der noch am Tage vorher die Hamburger Werktätigen mit kostspieligem Wahlkramauk umhüllte, kundgaben.

Kein Zweifel: Die Feinde des faschistischen Blutregimes zählen um Millionen mehr, als in den 7,5 Millionen Nein-Stimmen zum Ausdruck kommt. Kein Zweifel: bei einer freien Volkswahl hätte sich die Mehrheit des Volkes gegen die faschistische Kapitalsdiktatur und ihren Repräsentanten Hitler und für den Volkskandidaten Ernst Thälmann entschieden. Der 19. August, der den Triumph Hitlers, seine Totalität erbringen sollte, ist ein großer Erfolg der kommunistischen Partei, des einzigen organisierten Zentrums des klassenbewußten Widerstandes gegen das gesamte kapitalistische Regime. Der Ruf der kommunistischen Partei zur kämpfenden Einheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen hat Millionen unter dem Banner der antifaschistischen Opposition vereinigt. Der Name Thälmanns, des Führers des eingekerkerten deutschen Proletariats, ist lobend in den Herzen von Millionen. Der Name Thälmanns ist zum Weckruf für die Einheit unserer Klasse und des proletarischen Widerstandes gegen die Kapitalsdiktatur geworden. Nur dank des heldenmütigen, opfervollen Kampfes der besten Söhne der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD konnte Hitler diese Niederlage beigebracht werden.

Die deutsche Bourgeoisie hat mit der allseitigen Betrauung Hitlers als Kanzler und Reichspräsident eine für sie gefährliche Karte ausgespielt. Millionen werktätiger Hitler-Anhänger, deren Glaube an die Unfehlbarkeit der faschistischen Diktatur besonders nach dem 30. Juni erschüttert worden ist, stimuliert dieses Mal noch für den Diktator in der Hoffnung, daß er die ganze Macht in seine Hand nehme, um das von ihm versprochene Programm durchzuführen. Sie erwarten nach dem 19. August von ihm, daß er dem Lohn- und Gehaltensraub, der Steuer- Erpressung, den Korruptionsgehältern, der Willkür der Reaktion ein Ende mache. Diese Erwartungen werden sehr schnell und grausam zerschlagen werden. Hitler — von diesen Schichten gestern noch gefeiert und mit Zweifeln gewählt — wird morgen der gehäßteste Mann in ganz Deutschland sein. Wir Kommunisten werden alles tun, damit die noch unter diesen Massen vorhandenen Illusionen überwunden werden. Die Bauern, die Dürreschädenhilfen von Hitler erwarten, die NSBO-Leute, die höhere Löhne fordern, die Mittelständler, die Steuersenkung erhoffen, die Massen der Hitler-Jugend, die Berufsausbildung und Zukunftsexistenz erwarten, sie alle werden am eigenen Leibe erfahren, daß das Monopolkapital, die Krupp und Thyssen, Hitler auf den Präsidentensstuhl gesetzt haben, sie werden erkennen, daß sie ihre Lebensinteressen, daß sie ihr Recht auf Leben und Freiheit nicht mit Hitler,

sondern im unerbittlichen Kampf gegen ihn in der großen, antifaschistischen Massenaktion erkämpfen müssen. Wenn Hitler in dumpfer Vorahnung des erwachenden Volkszornes gegen seinen Betrug in seiner Hamburger Rede heuchlerisch seine Unschuld an dem wachsenden Massenmord zu beteuern versucht, so werden wir Kommunisten das werktätige Volk in Stadt und Land, Betrieb und Kantor sammeln, eintreten und zum Kampf führen unter dem mit tödlichem Haß erfüllten Ruf: Du bist schuldig, die faschistische Kapitalsdiktatur ist schuldig! Der Faschismus muß sterben, wenn das Volk und seine Jugend leben und frei atmen sollte.

Das Ergebnis des 10. August bestätigt in vollem Maße die vom Zentralkomitee unserer Partei nach dem 30. Juni gegebene Einschätzung, daß die faschistische Diktatur in raschem Maße geschwächt wird, daß die Unzufriedenheit nicht nur bei den Arbeitern, sondern bei allen werktätigen Massen steigt, wächst und die faschistische Massenbasis sich verengt. Die konzentrierte Macht Hitlers im Auftrag des Monopolkapitals wird zugleich dem chauvinistischen Abenteuerlust und dem Terror des Faschismus einen neuen Auftrieb geben.

Diese Millionenmassen, die in Stadt und Land dem Hitlerregime feindlich gegenüberstehen, werden zu einer unwiderstehlichen Kraft, wenn wir sie in Aktionen für ihre Lebensforderungen, gegen den Faschismus und zum Sturz des Hitlerregimes vereinigen.

Schon haben vielfach sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter unter Einbeziehung von oppositionellen NSBO-Leuten Erfolge im Kampf gegen das Arbeitsgesetz, gegen die Zwangsverschickung von Erwerbslosen und Jugendlichen erungen. Der 19. August ist ein Ausdruck dieser sich anbahnenden einheitlichen Kampfbewegung.

Im Schatten des ergebnerten «Wahlsieges» Hitlers wird die reaktionäre Ausbeuterbande zur verschärften Kapitalsoffensive schreiten. Die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse ist der Feind, an dem diese Welle des lohnraubischen Angriffs der Ausbeuter und des verschärft einsetzenden faschistischen Terrors zerschellen muß.

Organisieren wir gemeinsam mit den sozialdemokratischen christlichen Arbeitern und ehemaligen Gewerkschaftlern, mit den unzufriedenen NSBO- und SA-Leuten in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitsdienstlagern und in der landwirtsch. breite, einheitliche Widerstandskaktionen gegen das «Arbeitsgesetz» und Goerings jugendfeindliche Sklavenordnung! Gegen Lohnabbau, Entlassung und Kurzarbeit, für Lohnerhöhung, Versammlungs-, Demonstration-, Presse- und Streikfreiheit! Für den Aufbau breiter-gewerkschaftlicher Einheitsorganisationen!

Das faschistische Hungersystem muß fallen, wenn das werktätige Volk leben soll. Die Kommunisten müssen an die Macht — das muß der Millionen Schlachtruf unserer Klasse, das muß der Millionenruf des gesamten werktätigen Volkes werden. Denn die Arbeitermacht nimmt allein den Kapitalisten die Betriebe und gibt sie in die Hände der Arbeiter und Angestellten! Die Arbeitermacht nimmt den Kapitalisten die Warenhäuser, Großhandelslager, Banken, und verwendet die Reichtmäler zu Gunsten des darbenenden, werktätigen Volkes. Die Arbeitermacht im Bündnis mit allen werktätigen Bauern nimmt den Junkern und Großbauern das Land und gibt es den Landarbeitern und Kleinbauern. Die Arbeitermacht sichert allein dem werktätigen Volke Brot und Existenz, der Jugend eine lebensfrohe Zukunft, die Arbeitermacht allein sichert die Freiheit und den Sozialismus!

## Millionen fordern: Fort mit Hitler!

**Werktätige in Stadt und Land! Vorwärts vom Massenprotest zur Aktionseinheit!**

**Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands**

Millionen Werktätige in Stadt und Land haben am 19. August trotz der Peitsche des Terrors, trotz Gefahr für Leben und Existenz, dem faschistischen Henkerregime ihr haßerfülltes Nein entgegen geschleudert. Selbst die Göbbels'sche Lügenzentrale muß unter dem antifaschistischen Massendruck zugestehen, daß sich acht Millionen Antifaschisten mutig und unerschrocken gegen Hitler bekannnten.

Hitler zog aus, einen Triumph zu ernten. Aber der 19. August wurde zu einem schwarzen Tag für ihn und seine monopolkapitalistischen Auftraggeber, er wurde zu einer Niederlage des faschistischen Hungerregimes! Das amtliche Wahlergebnis trägt den Stempel des Schwindels und der Fälschung auf der Stirn. Acht Millionen Gegenstimmen mußte der Lügenminister (Göbbels) zugeben; das beweist, wie viel weitere Millionen Nein-Stimmen sie skrupellos in Ja-Stimmen umfälschten.

Wir sind gewiß: in freier Wahl hätte sich die Mehrheit des Volkes gegen Hitler entschieden. Diese Millionen Antifaschisten hätten sich für den Volkskandidaten Ernst Thälmann, für den Kandidaten der Armen und Entrechteten erklärt. Diese Millionen fordern stürmisch die Freilassung Ernst Thälmanns und aller eingekerkerten Antifaschisten.

Die entscheidenden Industriezentren Berlin, Hamburg, des Westens und Sachsens wachsen — das beweist der 19. August — zu Bastionen des antifaschistischen Widerstandes gegen das faschistische Kapitalregime. Hitler zog aus, den Marxismus zu vernichten. Nach anderthalb Jahren Hitlerdiktatur recken Millionen klassenbewußter Arbeiter ihre Fäuste mit dem Kampfeschwur empor: Nieder mit Hitler! Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der kapitalistischen Hungerdiktatur!

Steigendes Kraftbewußtsein, neuer Kampfesmut, wachsende Kampfesbegeisterung und Zuversicht an den Sieg der proletarischen Klasse gehen nach dem 19. August durch die Herzen und Hirne von Millionen Ausgebeuteten und Geknechteten in Stadt und Land.

Aber auch ihr, Werktätige des städtischen Mittelstandes und ihr werktätige Bauern, die ihr noch am 19. August Hitler eure Stimme gabt in der Hoffnung, er werde seine Verprechungen endlich erfüllen, euch Steuererleichterung, Zinssenkung und Absatzsteigerungen geben. Auch ihr werdet bald erkennen, daß Hitlers Hand die Faust des Monopolkapitals ist, die euch würgt, niederdrückt und in tiefste Not und Knechtung preßt. Durch eure eigenen Erfahrungen werdet ihr erkennen, daß euer Schicksal unlöslich verbunden ist mit dem Geschick der Arbeiterklasse. Dann Arbeiternot heißt Existenzvernichtung auch für die Werktätigen des Mittelstandes und die werktätigen Bauern. Deshalb müßt ihr kämpfen, wenn ihr leben wollt! Die vielen Millionen Antifaschisten, die trotzig unter der Führung der Kommunistischen Partei marschierten, haben euch am 19. August ein Beispiel gegeben.

Sozialdemokratische Gewerkschaften, Freigewerkschaftliche und christliche Kollegen! Ihr habt euch mit uns Kommunisten am 19. August zum Millionenprotest gegen den Faschismus vereint. Marchieren wir gemeinsam weiter von der Einheit des Protestes zur Einheit des Kampfes, zur Einheit der Aktion. Der Faschismus: Das ist unser aller Feind! Er stiehlt uns den Lohn, er raubt unseren Frauen und Kindern das Brot vom Tische! Er mordet die besten Söhne unserer Klasse! Er treibt

unsere Jugend in dunkle Zukunftslosigkeit und will sie auf dem Schlachtfeld eines neuen Völkermordens verbluten lassen! Gemeinsam müssen wir den Faschismus niederringen und vernichten, wenn die Arbeiterklasse, wenn das werktätige Volk leben will. Der Sturz der faschistischen Kapitaldiktatur wird immer mehr zu einer Sache des gesamten werktätigen Volkes.

Hitler wurde von den Krupp, Thyssen und Siemens auf den Präsidentenstuhl erhoben, weil das Monopolkapital durch eine neue verschärfte Kapitaloffensive die kärglichen Hungerlöhne und Gehälter weiter kürzen, die Bettel-Renten und Unterstützungssätze weiter abbauen will. Durch eine neue Welle des Terrors und blutigster Unterdrückung will der Faschismus die sich anbahnende antifaschistische Einheitsfront und den Kampfwillen der Massen ersticken.

Wir Kommunisten rufen die Werktätigen in Stadt und Land, die Arbeiter und Ausgebeuteten in den Fabriken, Kontoren, Stempelstellen und Arbeitsdienstlagern auf, diese Pläne der faschistischen Profitjäger zunichte zu machen durch die Vereinigung zum gemeinsamen Kampf, durch die Schaffung der Kampfeinheit, der Aktionseinheit. Organisieren und führen wir gemeinsam den Kampf gegen das faschistische Arbeitsgesetz, gegen den jugendfeindlichen Goering-Plan, gegen weiteren Lohnabbau, für Lohnerhöhung, für Streik- und Koalitionsrecht, Presse- und Versammlungsfreiheit, gegen den faschistischen Terror!

Verbinden wir diese Kampforganisation mit der Schaffung von einheitlichen gewerkschaftlichen Massenorganisationen, mit dem Aufbau von Betriebsgruppen in allen Betrieben. Schaffen wir uns gemeinsam betriebliche Vertrauensleute, Einheitskomitees und Kampfausschüsse zur Organisation und Durchführung des Kampfes für unsere Lebensforderungen.

### Werkstätige in Stadt und Land!

Düster und tröstlos ist die Zukunft, die Hitler-Deutschland dem Volk gehen kann. Ein Winter des Hungers und der bittersten Not steht vor der Tür. Mit Provokationen und kriegerischen Abenteuer wird die Hitler-Diktatur versuchen, aus der Krise herauszukommen.

Das Volk will keine faschistische Knechtschaft, will keinen Krieg. Das Volk will Arbeit, Brot, Freiheit und Frieden, das Volk will den Sozialismus!

Das Befreiungsprogramm der Kommunistischen Partei zeigt dazu den Weg. Nur die Arbeitermacht im Bündnis mit den Werktätigen in Stadt und Land, nur die Volksrevolution wird die faschistische Kapitaldiktatur niederringen und den Sozialismus aufbauen. Nur die Arbeitermacht nimmt den Besitzenden den Reichtum und gibt ihn den Armen. Nur die Arbeitermacht nimmt den Kapitalisten die Betriebe und macht die Arbeiterklasse zu Herren der Fabriken. Nur die Arbeiterklasse enteignet den Großgrundbesitz und übergibt den Boden in die Hände der werktätigen Bauern und Landarbeiter.

Nieder mit der faschistischen Hungerdiktatur!  
Es lebe die Aktionseinheit der Arbeiterklasse!  
Es lebe die Volksrevolution!  
Es lebe der Sozialismus!

Zentralkomitee  
der Kommunistischen Partei Deutschlands.

## Kriegsalarm im Fernen Osten!

Antwortet durch Aktionseinheit gegen Hitlerfaschismus!

Verhindert die Kriegstransporte an die japanischen Räuber! Massenverteidigung der USSR!

Aufruf des ZK der KPD

Arbeiter, Bauern, Frauen, Jugendliche und Soldaten!

Bomben krachen am Amur! Kanonenrohre richten ihre Schlünde gegen die Sowjetunion! Der beutehungrige japanische Imperialismus hat eine Kette verbrecherischer Kriegsprovokationen im Fernen Osten entfesselt! Friedliche Sowjetbürger wurden durch die Japaner verhaftet! Gekauftes weißgardistisches Pack inszeniert blutige Ueberfälle auf das Sowjetkonsulat in Charbin. — «Ruhe und Ordnung» brüllen die japanischen Räuber. Unter dieser Maske wollen sie das Standrecht an der Ostsibirischen verbürgen und durch Gewaltakte die Bahn an sich reißen. Schrott und Bruch haben Hitlers japanische Brüder das Nichtangriffspakt-Angebot der UdSSR abgelehnt. Die zähen, beharrlichen Friedensbemühungen der Sowjetunion wurden mit zynischen Kriegsdrohungen und neuen Provokationen beantwortet. Japanische Minister propagieren offen den Interventionsmarsch in russisches Gebiet.

Der deutsche Faschismus hält die Kriegsbrandfackel an das Pulverfaß Europa. Mit chauvinistischen Orgien, Sedan-Rummel, Tannenberg-Feiern, mit Wahlschwindel, Lohnabbau, Terror und blauen Bohnen peitscht Hitler das deutsche Volk. Der Faschismus ist täglich bereit, den Sarajewo-Schuß abzufeuern und die Kriegstürle über Stadt und Land zu jagen. Ueber Nacht hätte der Hitler-Putsch in Oesterreich den Kriegs- und Völkermord entfesseln können. Ueber Nacht konnten und können die deutschen und österreichischen Gaue, die Städte und Dörfer Danzigs und der Saar durch die Hitler-Provokationen in Schlacht- und Leichenfelder verwandelt werden. Der Polen-Vertrag der Danziger Nazis ist ein neuer Eckstein faschistischer Kriegsprovokation gegen die Sowjetunion. Offen hat die Hitler-Diktatur den Litwinowpakt abgelehnt. Offen und unverhüllt demonstrieren die Hitler, Goering und Blomberg ihren verbrecherischen Kriegswillen. Offen entfaltet der deutsche Faschismus im Baltikum und in der Sowjetukraine seine Sarajewo-Provokationen. Die demagogische Kampagne «für die Hungernden in Rußland» ist nur eine Tarnung der verbrecherischen faschistischen Kriegspolitik.

Mussolini's Kriegstruppen stehen marschbereit am Brenner. Der italienische Faschismus, von Hitler als den «deutschen Bundesgenossen» gepriesen, zeigt unverhüllt seine blutige chauvinistische Fratze, und will ganze Landgebiete Oesterreichs an sich reißen. Durch Hitlers kriegerisches Abenteuerium angeführt, reißt der japanische Generalstab im Fernen Osten Willkür an Willkür. Provokation an Provokation. «Morgen schon kann der Krieg beginnen» alarmiert Mussolini bei den diesjährigen August-Manövern seine Truppen. Die faschistisch-imperialistischen Kriegsbrandstifter wollen die ganze Welt in das Trommelfeuer der Kanonen, in die Todeshölle des Giftgaskrieges hineinschleudern. Die Proflithyänen und Kriegsgewinnler liegen auf der Lauer, um über Leichenhügel und zerschossene Städte hinweg die Goldbarren riesiger Kriegsprofile in ihre Banktresore zu tragen.

Arbeiter, Bauern, Werkeltige, Jugendliche, Frauen, Soldaten, Matrosen! Wir Kommunisten schlagen Alarm. Wir rufen das ganze schallende Volk und die Soldaten auf, zur äglichen Bereitschaft zum organisierten Massenkampf gegen den Kriegswahnsinn! Wir rufen auf, den vom Monopolkapital kommandierten Generalsstäben, faschistischen Provokateuren und Abenteuerern durch die Aktionskraft der Massen in die Arme zu stellen. Mütter und Frauen, duldet nicht daß eure Männer und Söhne von den proflithungrigen Prozentpatrioten auf die Menschenschlachtfelder getrieben werden! Klämpft mit uns Kommunisten, den drohenden Massenmord zu verhindern!

Klassengenossen! Antwortet den hitlerfaschistischen und japanischen Provokateuren durch die Schaffung der Aktionseinheit aller Arbeiter Deutschlands! Der Zusammenschluß aller sozialdemokratischen, kommunistischen, gewerkschaftlichen und christlichen Arbeitermassen, die Aktionsgemeinschaft aller, die den Frieden wollen, die den Krieg hassen und ihn verhindern wollen, muß die faschistischen Verbrecherpläne zunichte machen! Unser Appell zum Antikriegskampf geht an alle Schaffenden, an alle Organisationen, gleich welcher Partei und Weltanschauung sie angehören, mit uns gemeinsam das gigan-

tische Friedens- und Aufbauwerk der Sowjetunion zu verteidigen.

Macht die Betriebe mobil, alarmiert die Häufe und Rüstungsbetriebe! Weckt den Willen zum aktiven Kampf gegen die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial! Verhindert schon jetzt die Transporte von Waffen, Munition, Flugzeugen und Kriegsstoffen an die japanischen Kriegsverbrecher. Halte die Eisenbahnzüge, Waggons und Schiffe an, die das tödliche Blei zur Niedermetzelung unserer russischen Brüder nach Japan bringen sollen. Deutsche Soldaten, SA- und SS-Männer! Schieß niemals auf eure eigenen Volksgenossen! Schieß niemals auf die Soldaten anderer Länder, die man in den Waffentrock zwingt! Verbrüder und verbündet euch mit ihnen im Kampfe gegen den Kapitalismus!

Arbeitsbrüder und Schwestern!

Entfacht in allen Betrieben, auf allen Dörfern Deutschlands einheitliche Kampf- und Streikaktionen, bildet gemeinsam betriebliche Vertrauensleutekörper und Einheitsgewerkschaftsorganisationen der Arbeiter. Kämpft überall gegen die Lohn- und Akkordsenkung, gegen den Abgabenzwang, gegen die Zwangsverschickung der Jugendlichen aufs Land, gegen das sklavisches Arbeitsgesetz, für eure betrieblichen Forderungen, für Koalitions-, Presse- und Streikfreiheit! Das ist der beste Hieb gegen die faschistischen Provokateure und Volksverderber.

Wählt in den Rüstungs-, Gruben-, Verkehrs- und Hafenbetrieben einheitliche Kampfkomitees gegen Krieg und Faschismus. Faßt alle Kräfte zusammen, die den Krieg verhindern, die den Faschismus stürzen, die die Freiheit und den Sozialismus wollen unter der Fahne des proletarischen Internationalismus. Stellt euch schützend im Bunde mit den Werkeltigen ganz Europas vor unser sozialistisches Sowjet-Vaterland, vor die Sowjetunion.

Nieder mit dem Chauvinismus!

Nieder mit den hitlerfaschistischen und japanischen Kriegsprovokationen!

Es lebe die Aktionseinheit zur Verhinderung des Krieges!

Es lebe die sozialistische Sowjetunion!

## Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an die werktätigen Bauern Deutschlands

Kleinbauern, Pächter, Siedler, Landarbeiter und Mittelbauern Deutschlands!

Die Agrarkrise ist unter der Hitler-Diktatur breiter und tiefer geworden. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Krise in der Landwirtschaft hat das Monopolkapital und haben die Großgrundbesitzer ihre Macht auf dem flachen Lande erweitert. Der Kredit- und Steuerwucher gegenüber Euch armen und mittleren Bauernmassen wurde verschärft. Die schmarotzerischen Renten und die Subventionen der Großgrundbesitzer wurden erhöht. Die Zinssätze des Leihkapitals wurden wucherisch in die Höhe getrieben. Durch die Senkung der Arbeitslöhne und die fortgesetzten Preissteigerungen wurde der klein- und mittelbäuerliche Absatz auf das stärkste gedrosselt. Landwirtschaft und Handel mit Agrar-Erzeugnissen wurden durch die Einrichtung der faschistischen Zwangsstellen in das System der imperialistischen Kriegsvorbereitung hineingepreßt. Die Zwangsreglementierung des landwirtschaftlichen Marktes hat Euch klein- und mittelbäuerlichen Produzenten mehr noch als bisher vom Markt verdrängt. Diese Zwangswirtschaft hat unzähligen klein- und landwirtschaftlichen Betrieben den Lebensnerv abgeschnitten. Der Faschismus hat die Macht der großen verarbeitenden Industrien: der Molkerereien, Mühlen, Konservenindustrie, der Zucker- und Tabakfabriken weiter gesteigert.

So feiern im «Dritten Reich» das Monopolkapital und der Großgrundbesitz direkte Profitorgien. — Ihr armen Bauern und Landarbeiter aber werdet ausgewuchert, geknechtet und in immer tiefere Abhängigkeit vom Monopolkapital und Großgrundbesitz gepreßt. Riesenlasten an Hypotheken und Pachtzinsen, an Steuern und Abgabeschulden, und die zusätzlichen Lasten der Teuerung drücken zentnerschwer auf Eure Schultern.

Hitzewelle, Dürre und Unwetterstürme haben die deutschen Dörfer heimgesucht. Große Teile der Getreide-, Futtermittel- und Feldfruchtarten sind einfach auf den Feldern vertrocknet und verbrannt. Eine Mißerate von kaum erlebtem Ausmaß ist über die deutsche Landwirtschaft hereingebrochen. Die diesjährige Ernte beträgt nur siebzig bis achtzig Prozent und an vielen Stellen nur fünfzig Prozent des Ertrages der vorjährigen Ernte.

Besonders Ihr werktätigen Bauern seid mit Euren klein- und mittelbäuerlichen Viehwirtschaften auf das schlimmste geschädigt! Mehrere hunderttausend Milchkühe, viele hunderttausend Schweine und Stücke Federvieh mußten abgeschachtet werden, weil die bauernfeindliche Hitler-Diktatur die Einfuhr billiger ausländischer Futtermittel untersagte. Zu Schleuderpreisen mußte das Vieh verkauft werden, wenn es angesichts der Futtermittelnot nicht im Stalle verrecken sollte. Die Hitler, Schacht und Darré haben sich geweigert, Devisen für die Beschaffung von ausländischem Viehfutter für die Klein- und Mittelbauern zur Verfügung zu stellen. Der Ankauf von Rohstoffen (Eisen, Stahl, Nickel usw.) für die Kriegsproduktion sind ihnen wichtiger, als die Erleichterung des Schicksals der werktätigen Bauern. — Tiefste Bauernnot schiebt von Hütte zu Hütte, von Kate zu Hof.

I. Hitler hat nicht die Zinsknechtschaft, sondern sein Wort gebrochen!

Eine tiefe Gärung, eine Welle des Zornes, des Hasses und der Empörung zent durch die deutschen Dörfer. Hitler, der Geschäftsführer des deutschen Finanzkapitals, hat das werktätige Bauernvolk betrogen und verraten. Auf Euren Schultern, Ihr kleinen Landwirte, Pächter, Siedler, Kätner und Mittelbauern, ist die Hitler-Diktatur zur Macht gelangt. Die Nazis haben Euch das Himmelreich auf Erden versprochen. Die Ausbeutung der Landarbeiter sollte ein Ende haben. Die landhungrigen Bauern sollten den Boden empfangen. Die Zinsknechtschaft sollte gebrochen, die Agrarkrise überwunden werden. Die Autarkie sollte dem Dorfe das Glück und die gesamte Hitlerpolitik dem deutschen Volke Wohlstand und Frieden bringen.

Keine einzige seiner Versprechungen hat der «Nationalsozialismus» wahr gemacht. Die Ausbeutung der Landarbeiter ist gestiegen, ihre Lebenshaltung wurde verschlechtert, sie wurden

zu rechtlosen Sklaven der Gutsbesitzer und feudalen Junker degradiert. Die Bodentrage ist nicht gelöst. Die Zahl der bodenhungrigen Dorfarmut ist größer denn je. Das kapitalistische Bodenmonopol der Grundeigentümer feiert direkte Triumphe. Bankrotte Großgüter werden mit aus dem Volke erpreßten Millionen summen saniert. Die Zinsknechtschaft wurde nicht gebrochen, sondern bedeutend verschärft. Die nicht «erhoffähigen» Kleinbauern sind der schrankenlosen Willkür der Zinswucherer ausgeliefert. Der Erfolg der Autarkiebestrebungen ist der verschärfte Finanzbankrott des Staates und der Gemeinden, der Zusammenbruch der deutschen Ausfuhr und eine Verschärfung des kapitalistischen Handels-Krieges. Die Faschisten, die den Reichstag in Brand steckten, versuchten durch den Naziputsch in Oesterreich den Kriegsbrand in Europa zu entfesseln. Statt Ruhe, Ordnung und Frieden bringt der Faschismus Knechtung, Terror, Provokation, Abenteurertum. Durch seine Abenteurer- und Kriegspolitik kann der Faschismus täglich den Kriegsbrand entfesseln. Dieser Krieg aber würde die Städte, Dörfer und Ackerfelder, die Bauernhöfen und -höfe verbrennen und niedertrampeln.

Hitler hat nicht die Zinsknechtschaft, sondern sein Wort gebrochen. Nicht Glück, sondern Knechtschaft und Bauernverelendung brachte er dem Dorfe. Nicht Aufstieg, sondern Niedergang der Landwirtschaft ist das Ergebnis der faschistischen Agrarpolitik.

II. Das Hakenkreuz: Die Peitsche des Monopolkapitals über dem Dorfe!

«Volksgemeinschaft», — «Einheit des Dorfes», — «Blut und Boden», — «Heimat und Scholle»: das sind die Phrasen, mit denen die Hitler und Darré mit ihren braunen Bauernbonzen die Schaffenden des Dorfes betrunken schwätzen wollen. Nie aber war die Scheidung in Dorfreiche und Dorfarme größer als heute, nie herrschte der Großbauer und Feudaljunker unumschränkter als jetzt.

Den vornehmlich Getreide produzierenden Großbauern und Junkern wurden wucherische Festpreise für Getreide und Futtermittel zugebilligt. Die diesjährige Mißernte wird für sie zu einem fetten Geschäft, sie wird zu erfolgreichen Profitjagden der räuberischen Getreide-Spekulanten. Das werktätige Volk aber darbt. Der vornehmlich Vieh produzierende Mittel- und Kleinbauer erhält keine Festpreise, sondern «Mindestpreise», der Staat und Großhandel stecken die Gewinne ein. Das notgeschlachtete Vieh mußte zu Bettelpfennigen an den schmarotzenden Großhandel und die korrupten Zentralstellen verschleudert werden.

Ihr werktätigen Viehbauern seid gezwungen, zur Sicherung der Großbauernprofite die Futtermittel zu unerhörten Preisen einzukaufen. Eure Eier-, Milch-, Käse- und Butter-Erzeugnisse müßt Ihr zu hohnvollen Pfennigen an die Zentralstellen abliefern.

«Die Zeiten, da jeder Bauer nach seinem eigenen Interesse seine Wirtschaft führt, sind vorüber! Wer die dienstlichen Anweisungen nicht befolgt, der wird uns kennen lernen!» So kommandiert der Landesbauernführer Eitz von Rübenach in der «Westdeutschen Bauernzeitung». Bei Strafe der Verjagung von Haus und Hof, der Mißhandlung im Konzentrationslager, der Achtung und des Boykotts, sollen die Schaffenden des Dorfes den Großkapitalisten und Junkern parieren. «Sollte ein Bauer seinen Zahlungsverpflichtungen ... willig nicht nachkommen, so bietet sich für den Geldgeber die Möglichkeit, die Vertreibung des Bauern von Haus und Hof zu verlangen.» So feuert die «N. S.-Landpost» vom 30. März 1934 die Geldwucherer an. Euch Bauern von der Scholle zu verjagen.

Die gesamte Ferpolitik der Nationalsozialisten ist ein einziger Bankrott. Durch die Hochschraubung der Butterpreise ist der Absatz der Butter äußerst gedrosselt. Die arme Stadt- und Landbevölkerung, die nur geringe Mengen von Margarine zu kaufen in der Lage ist, hilft sich durch den Verbrauch von Gelee, Marmelade und Rübenkraut. Der ausbeuterische Wucherzoll von 37.50 Mark pro Zentner und die üblichen Zusatzspesen verteuern auch die ausländische Butter. Herr Darré hat eine eifrige Subventionspolitik eingeführt, um insbesondere auf dem

Gebiete des Anbaues von Getreide den Großbauern weitere Gewinne zuzuschreiben. So werden die Riesensubventionen, die ohnehin durch die Osthilfe-Korruption den Junkern und Rittergutsbesitzern in den Hals geworfen werden, weiter gesteigert, während der werktätige Bauer vor dem Bankrott und Ruin, vor der Verjagung von der Scholle steht und einer finsternen Zukunft entgegensteht.

Das «Erbhofgesetz» wird von den Nazis als «Agrar-Sozialismus» gepriesen. In Wirklichkeit ist das Gesetz ein Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals: für die Großbauern und Junker ist es ein fettes Geschäft. Durch das Gesetz werden hunderttausende nachgeborener werktätiger Bauernsöhne von Scholle, Hof und Heimat verjagt. Die «Schuldtilgung» für die werktätigen Erbhofbauern ist ein Bluff und Betrug; denn die Schuldanzinsen erhalten nur einen anderen Namen. Der geringe Prozentsatz der erbhofberechtigten Klein- und Mittelbauern darf keine Nebenarbeit mehr verrichten und in Zukunft keine Hypothek mehr aufnehmen. Er wird so den Wucherern in die Arme getrieben, von denen er hochverzinsliche Personalkredite aufnimmt und denen er sein gesamtes Barvermögen, seine Verkaufsprodukte und die Ernte auf dem Halm verpfänden muß.

Ein «schwarzer Geldmarkt» hat sich bereits als Folge des Kreditmangels gebildet. Geheimer Wucher, erpresserische Kreditvergebung und infame Spekulationsmanöver stehen in voller Blüte. — Das alles sind die nüchternen Tatsachen und Hintergründe der Schlagworte vom «Bauernadel», vom «Blut und Boden», Stasi der «Überwindung des Klassenkampfes auf dem Dorfe»: ist die Ausbeutung der Dorfarmen gestiegen und der Kampf zwischen Dorfarmut und Dorfireichtum auf das Heftigste entbrannt.

Ihr Landarbeiter habt einen unerhörten Abbau eurer Löhne erlebt. Ihr werdet der Arbeitslosenversicherung und der festen Tarife beraubt, man hat euch die Freizügigkeit genommen; und durch die zwangskommandierten Landhelfer aus den Großstädten wurden euch viele Arbeitsplätze geraubt. Das «Dritte Reich» zerschlug eure Landarbeiter-Gewerkschaften und nahm euch das Streikrecht.

Ihr Landhelfer wurdet und werdet zu hunderttausenden wie Lasttiere auf die Dörfer verfrachtet, von euren Familien gerissen. Man verkauft euch wie Arbeitsvieh an die Großbauern und Junker; den kleinen und Mittelbauern aber werdet ihr wider Willen aufgezwungen. Ihr werdet zu Bettelstuppen in die Leibeigenschaftsfront der Großbauern gepreßt.

Euch von Haus und Hof verjagten Jungbauern, euch Landarbeiter und Landhelfer will der Faschismus durch ein mittelalterliches Heuerlingswesen zur sklavenähnlichen «Selbsthaftigkeit» zwingen. Nach diesem «Heuerlings»-System, das auf dem Balkan, in Italien, Südfrankreich und Teilen Norddeutschlands noch in Kraft ist, sollt ihr in ein Leibeigenschaftsverhältnis gedrückt werden, durch das ihr für euer ganzes Leben zu Sklaven der Feudalherren degradiert bleiben sollt. Ihr sollt als Landarbeiter nicht in bar bezahlt werden, sondern erhaltet eine Käte und ein Stück Gutsland gewissermaßen zur «Pacht». Durch mühselige Sklavenarbeit auf dem gutsherrlichen Hof und seinen Aeckern sollt ihr den Pachtzins entrichten. Das bedeutet für immer den Entzug des Barlohnes, für immer die Aufhebung der Freizügigkeit und die sklavenähnliche Abhängigkeit vom Gutsherrn.

So verbergen sich hinter den Phrasen von der «Einheit des Dorfes» und der «Volksgemeinschaft» die erniedrigendste Knechtschaft und die entehrendste Unterdrückung der werktätigen Dorfbewohner.

**III. Schmiedet die Kampfes-Einheit der Dorfwerkstätigen. Schmiedet das Bündnis von Stadt und Land!**

Werkstätige des Dorfes! Jahrelang haben euch die Faschisten gesagt, die Erwerbslosen, die Fabrik- und Bergarbeiter aus den Industriestädten seien Schuld an eurer Not. Eindreiviertel Jahre Hitlerdiktatur haben euch gezeigt, wie schamhäftig man euch betrogen hat. Das «Dritte Reich» hat eure Not vergrößert. Die ansteigende Verelendung der Großstädte der 30- bis 40-prozentige Lohnabbau bei den Industriearbeitern haben auch euch mit das schwerste betroffen. Nicht die Arbeiter — die Faschisten sind die Schuldigen eures Elends! Haltet euch einmal folgende Ziffern vor Augen:

Der Fleischverbrauch sank in Deutschland von 3.182.000 Doppelzentner im Jahre 1932 auf 2.551.000 Doppelzentner im Jahre 1933. Der Eierverbrauch ging von 7,82 Millionen Stück im Jahre 1932 auf 6,92 Millionen Stück im Jahre 1933 zurück. Das Jahr 1933 ist das erste Jahr der Hitlerherrschaft! Der räuberische Lohnabbau unter der braunen Diktatur hat die

Kaufkraft breiter Millionenmassen vernichtet und damit den Absatz Eurer Produkte zerstört oder gedrosselt. Im Jahre 1934 ist die Not noch größer geworden. So erkennt Ihr täglich mehr, daß des Arbeiters Not auch den Untergang des werktätigen Bauern bedeutet.

Lawinengroß schwillt die Bauernnot an. Jetzt darf nicht nur gemekert und «genörgelt», jetzt muß gekämpft werden, wenn Ihr Werkstätigen des Dorfes nicht im Elend untergehen wollt. Der Mund ist lang genug gespitzt, jetzt muß gepfiffen werden.

Nicht Kampf gegen das Proletariat, sondern engstes Kampfbündnis mit ihm — das muß die Parole der schaffenden Bauern sein!

Wir rufen den werktätigen Bauern und Landhelfern zu: Laßt euch nicht durch die Faschisten gegeneinander hetzen!

Die Landhelfer sind gezwungene Fronsklaven und keine Parasiten oder Faulenzer! Die werktätigen Bauern sind keine Feinde der Arbeiter, sondern ebenfalls geknechtete und unterdrückte Volksgenossen! Beide müssen sich zum Kampf miteinander verbünden!

Nicht «Dorfeinheit» mit den Großbauern, Junkern und den braunen Bauernbonzen, sondern Einheitsfront aller Armen, Bedrückten, Notleidenden des Dorfes — das ist das Erfordernis des Tages!

Die Einheitsfront, die Kampf- und Aktionseinheit aller Schaffenden des flachen Landes — gleichgültig, welcher Partei, welcher Konfession oder Weltanschauung sie angehören — ist das Gebot der Stunde!

Fort daher mit jeder Trennung und Zersplitterung! Engste Kampfgemeinschaft zwischen den Klein- und Mittelbauern und den Landarbeitern und Landhelfern! Der Faschismus — das ist der Feind des ganzen Volkes! Er muß niedergedrungen werden, wenn das werktätige Bauernvolk leben und unsere Jugend eine glückliche Zukunft haben will!

Im zähen, unermüdbaren, einheitlichen Kampf müßt Ihr Dorfwerkstätigen für Eure Lebensforderungen kämpfen, wenn Ihr den völligen Ruin, den Bankrott Eurer Dörfer und die Katastrophe ganzer Bauernkreise verhindern wollt.

Wir Kommunisten rufen auf zu diesem Einheitskampf, zum Bündnis von Stadt und Land! Wir kämpfen mit jedem und für jeden Bauern, der sich gegen die Hitlerknechtschaft und die Ausplünderung auflehnt, wir kämpfen mit jeder Bauerngruppe, mit jeder Bauernorganisation, die zum Kampf für die Forderungen der Werkstätigen des flachen Landes bereit sind!

Wir appellieren an die sozialdemokratischen Landarbeiter und armen Bauern, sich mit ihren Gruppen mit uns Kommunisten zur Kampf- und Aktionseinheit zu vereinigen, mit uns gemeinsam den Wiederaufbau des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes zu vollziehen, überall gemeinsame Gutsvertrauensleute zu wählen. Wir appellieren an die Landhelfer, den revolutionären Kampf in das Dorf zu tragen und sich zu freiwilligen Landhelferkameradschaften zusammenzuschließen!

Wir appellieren an alle christlichen und nationalsozialistischen Landwirte, gemeinsam mit uns Kommunisten, mit den sozialdemokratischen armen Bauern und mit den Landarbeitern und Landhelfern auf allen Dörfern einheitliche Kampfkomitees der werktätigen Bauern zu schaffen, die die Leitung und Führung des Bauernkampfes in ihre Hände nehmen.

Wir schlagen den werktätigen Bauern vor, in allen Bauernorganisationen organisierte oppositionelle Gruppen zu schaffen, die innerhalb dieser Verbände für die Bauernforderungen den Kampf entfalten!

Wir Kommunisten, die einzigen und wirklichen Freunde aller Armen und Unterdrückten der Städte und Dörfer erheben die nachstehenden Bauernforderungen und appellieren an die Kleinbauern, Pächter, Siedler, Heuerleute, Landarbeiter, Landhelfer und Mittelbauern, diese Forderungen zu den ihrigen zu machen!

#### IV. Das Bauern-Sofort-Programm der Kommunisten!

Wir fordern die sofortige Gewährung staatlicher Hilfe für die Dürre- und Unwettergebiete, die Verwendung der Osthilfe-Millionen für die klein- und mittelbäuerlichen Notgebiete!

Wir fordern die sofortige Beschlagnahme aller Vorräte an Getreide und Futtermitteln bei den Großbauern, Junkern, Großmüllern und Großhändlern und die Sicherstellung der Vorräte für den Verbrauch der Werkstätigen und die Viehwirtschaften der werktätigen Bauern.

Wir fordern die Uebergabe der Vorräte der staatlichen Zwangs-Sammelstellen zu demselben Zweck!

Wir fordern die Bereitstellung von Devisen zur zollfreien Einfuhr von Brotgetreide, Hülsenfrüchten und Futtermitteln (Kleie, Gerstchen, Gerstchenmehl usw.), damit die ausreichende

Ernährung der Werktätigen in Stadt und Land und die Erhaltung des Viehbestandes der werktätigen Bauern gesichert ist.

Wir fordern die kostenlose Belieferung der werktätigen Bauern mit Stoppelsaat, Stroh und Torfstreu aus Staatsmitteln und die Beseitigung aller Monopolaufschläge auf ölhaltige Futtermittel!

Wir fordern die frachtfreie Beförderung der Futter- und Streumittel für die werktätigen Bauern der Notstandsgebiete!

Wir verlangen die sofortige Beseitigung aller Zwangsablieferungen an die Zentralstellen und die Herabsetzung der Preise für die Verbraucher!

Wir verlangen die Preissenkung für die Konsumenten auf Kosten des Großhandels, der Kartelle und Zwischenhändler! Wir verlangen die Erhöhung der Kleinerzeugnissepreise für Milch, Eier und Schlachtvieh bei den Zentral-Lieferstellen (Milch- und Eier-Sammelstellen usw.) auf Kosten der Großhandelsgewinne und der Wucherprofite der Zentralstellen.

Wir verlangen aus Staatsmitteln die verbilligte Belieferung der kleinbäuerlichen Viehwirtschaften mit jungem Schlacht-, Milch- und Federvieh an Stelle des notgeschlachteten Viehbestandes!

Wir verlangen die vollständige Befreiung der Landarbeiter und Kleinbauern von allen Steuerabgaben, Spenden, Pachten und Zinsen bei gleichzeitigem Verbot der Kündigung laufender Pachten, Kredite und Mieten. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Pfändungs- und Auktionsverfahren gegenüber den Arbeitern und werktätigen Bauern, sowie die Abschaffung der Schlachtsteuer.

Wir fordern weiter die volle Entschädigung für sämtliche Verluste, die den Klein- und Mittelbauern entstanden sind infolge Mißernte und Unwetter, Notverkaufszwang und sonstiger staatlicher Zwangsmaßnahmen.

Wir fordern die Wiederherstellung voller Tariflöhne für die Landarbeiter, die Rückgängigmachung aller seit Hitlers Machtantritt erfolgten Lohnabbaumaßnahmen, die volle Wiederherstellung der früheren Deputate.

Wir fordern Tariflöhne, geregelte Arbeitsverträge, menschenwürdige Verpflegung und Unterkunft und das Recht der jederzeitigen Rückkehr zur Familie und Heimat für die zwangsverschickten Landheifer!

Wir fordern gemeinsam mit den Massen der Großstädte das volle Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht sowie die Herstellung der vollen Pressefreiheit.

#### Werktätige Bauern, Landarbeiter und Landheifer!

Macht die Dörfer mobil für diese Forderungen der Kommunisten, die die Eurigen sind. Entsendet eure Delegationen, Sprecher und Vertrauensleute zu den Vertretern des «Reichsnährstandes»! Bringt durch eure Vorstöße in den Versammlungen, bringt durch kollektive Petitionen und Eingaben bei den Dorf- und Finanzbehörden eure Forderungen vor! Gebt illegale Flugblätter und Zeitungen heraus und kommt in illegalen Bauernversammlungen zusammen!

Organisiert die breiteste Bauern-Selbsthilfe gegen die faschistischen Bedrücker und Wucherer. Verhindert durch Massendruck jede Pfändung und Zwangsversteigerung des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes! Boykottiert die schmarotzenden braunen Zentralstellen! Bringt eure Waren überallhin, wo ihr nur könnt, selbst auf den Markt! Zieht in Massen vor die Finanzpaläste, vor die Bonzenstuben der Landräte und Kreisbauernführer, sowie der Dorfschulen. Die Hilfe der städtischen Arbeiter wird euch bei euren Aktionen sicher sein!

Im Kampf für das obige Sofortprogramm und für eure besonderen örtlichen Bauern- und Landarbeiterforderungen kämpft für die völlige Überwindung der Bauernknechtschaft und Bauernbedrückung, für die Verjagung der schmarotzenden Großbauern, Junker und Rittergutsbesitzer, der blaublütigen Agrarier, der herzoglichen und fürstlichen Landherren, für den Sturz des Faschismus, für die Übernahme des Grund und Bodens durch die Werktätigen des Dorfes.

#### V. Was werden die Kommunisten nach Machtübernahme auf dem Dorfe tun?

Schaffende Bauern und Landarbeiter!

Der Faschismus hat keinen einzigen seiner Programmpunkte, keine einzige seiner Versprechungen erfüllt, weil er das Terrorregime des Monopolkapitals ist. Kein einziger Kapitalist und Großgrundbesitzer wurde enteignet. Der Massenhaß und die Massenempörung des werktätigen Volkes, insbesondere die wachsenden Widerstands- und Streikbewegungen des Proletariats, haben bereits zu einer Krise der Hitlerdiktatur, zu einer

zunehmenden Schwächung des Nazi-Regimes geführt. Denn das «Dritte Reich» wurde zu einem Tummel- und Schauplatz der Bereicherung der Reichen und der Verarmung der Armen.

Dort aber, wo der Kommunismus an der Macht ist, wo die Arbeitermacht im Bunde mit den Bauern regiert, wurde der Verelendung der werktätigen Bauernmassen ein Ende gemacht. Die Sowjetmacht, die die rote Fahne mit Sichel und Hammer über einem Sechstel der Erde aufpflanzte, hat die Fabrikanten, Bankiers, Warenhausbesitzer, die Großbauern, Junker und Feudalen entschädigungslos enteignet, aus ihren Herrensitzen, Villen, Schlössern und Burgen verjagt und die Fabriken, die Bergwerke, sowie den Grund und Boden den Arbeitern, schaffenden Bauern und Handwerkern übergeben. Die Sowjetregierung hat alle Großbetriebe nationalisiert und damit auch die kapitalistischen Monopolpreise gebrochen, durch die den werktätigen Bauernmassen in der kapitalistischen Welt die Kehle zugeschnürt wird.

Lüge und Verleumdung ist es, wenn die braunen Bauernbetrüger euch vorschwindeln, die Kommunisten wollten euch nach ihrer Machtübernahme den klein- und mittelbäuerlichen Besitz fortnehmen, sie wollten euch von der Scholle verjagen, die Bauernhöfe, Katen, Scheunen und die Kirchen in Brand stecken. So lügen jene Volksverderber und Bauernbedrücker, die ganze Dörfer enteignen (Röhön), die ganze Bauernfamilien von Haus und Hof treiben, die Priester und Gläubige verfolgen und euch mit der Riesenlast an Zinsen, Pachten, Steuern, Abgaben und Zwangsspenden niederdrücken!

Wir Kommunisten versichern euch Kleinbauern: Nach der Machtübernahme durch das Proletariat könnt ihr euren Kleinbesitz nicht nur in vollem Umfange behalten, sondern wir werden ihn darüber hinaus vergrößern! Wir werden den Großbauern und Junkern die Gebäude und den Boden ohne Abfindung und Entschädigung fortnehmen! Das ihnen gehörige Pachtland, das bisher zu Wucherzinsen an die Klein- und Mittelbauern verpachtet wurde, wird ihnen fortgenommen und den Kleinbauern als Eigentum übergeben. Der Großgrundbesitz samt den Gebäuden und Geräten der Doriprotzen wird den Landarbeitern des Gutes beziehungsweise des Großbauernhofes zur kollektiven Bewirtschaftung übergeben. Große kollektiv bewirtschaftete sozialistische Sowjetgüter werden eine Quelle des Wohlstandes und des Produktionsfortschrittes auf dem Dorfe werden. Mit den entwaffneten Großgrundbesitzern, Ritterguts- und Feudalherren werden auch alle Bodenspekulanten und Dorfwucherer verjagt werden.

Wir werden jeglichen Wucher beseitigen, den Pachtzins aufheben und sämtliche Klein- und mittelbäuerlichen Schulden an die Großbauern, Junker und an den faschistischen Staat annullieren! Wir werden euch vom Steuerdruck befreien!

Ihr werdet das gemeinsame Wald- und Weidennutzungsrecht an den Forsten und Weiden des privaten und staatlichen Großbesitzes erhalten!

Ihr werdet kostenlos die Gebäude, Maschinen, Geräte und Saaten erhalten, die die sozialistische Arbeiter- und Bauernregierung den Großgrundbesitzern abnehmen wird.

Durch die Sozialisierung der städtischen Großbetriebe und die verbilligte Lieferung moderner landwirtschaftlicher Maschinen werdet ihr der neuen Technik, die heute noch das Monopol der Großbauern ist, teilhaftig werden.

Der proletarische Staat wird den Kleinbauern-Wirtschaften auf jedem Gebiet die großzügigste Hilfe gewähren.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden unter der proletarischen Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus hauptsächlich den Reichen und mächtigen Bauern dienen, in Organisationen zur Hilfeleistung für die armen Bauern, Pächter, Siedler, Landarbeiter und Mittelbauern umgewandelt!

Mittelbauern, hört zu: Die proletarische Staatsmacht wird auch für euch den Pachtzins aufheben! Ihr werdet alle Vorteile erhalten, wenn ihr die Regierungsmacht der Arbeiterklasse anerkennt und keinerlei wirtschaftliche oder politische Sabotage am Aufbau des Sozialismus treibt.

Das Beispiel der Sowjetunion — das muß auch das Beispiel für die Werktätigen des deutschen Dorfes werden. — Vor der Oktober-Revolution von 1917 war die Bauernarmut Rußlands, die sechzig Prozent der gesamten Bauernbevölkerung ausmachte, unablässig ausgebeutet und ausgeplündert durch die Großbauern, Gutsbesitzer und die Diktatur des Zaren. Die Sowjetregierung machte dem Prozeß der bäuerlichen Armut ein Ende.

Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die russischen Arbeiter im Bunde mit den Bauern unter Führung der Bolschewiki wurden den Gutsbesitzern, Fürsten, Großfürsten und



der Zarenfamilie zweihundert Millionen Hektar Land fortgenommen und den landhungrigen Bauern als Eigentum übergeben!

Die Sowjetregierung nahm den Dorfprotzen, den großbäuerlichen und fürstlichen Landkönigen für 860 Millionen Mark an Inventar und übergab es den Dorfarmen! Die Sowjetregierung hat über 660 Millionen kleinbäuerliche Pachtschulden annulliert, und über 5,5 Millionen neue Bauernbetriebe geschaffen.

So nehmen die Kommunisten nur den Reichen, den Besitzenden, den Schmarotzern und Volksverderbern und geben es den Armen, Bedrückten und Notleidenden. Unter der Räte-macht sind die Bauern freie Menschen auf freier Scholle. Sie wählen sich in freier Wahl ihre Räte, die Organe der Selbstverwaltung der Sowjetbürger. Die Räteregierung versorgt das Dorf mit billigem Saatgut. Sie steht den Bauern mit Hilfsmaßnahmen und Ratschlägen zur besseren Ausnutzung des Bodens zur Seite.

Unter der Sowjetmacht braucht der Bauer die Dürre nicht zu fürchten. Großzügige Bewässerungsanlagen, kostenlose Belieferung mit Nachsaaten und Düngemitteln waren in diesem Jahre die Hilfsmaßnahmen der Sowjets, durch die eine Mißernte verhindert und eine gute Mittelernte erreicht wurde.

Die Sowjetregierung stellte und stellt die Traktoren, Mäh-drescher und sonstigen modernen landwirtschaftlichen Maschinen den Bauern kostenlos zur Verfügung.

So wächst und wuchs der Wohlstand jedes Bauern im Lande des Sozialismus von Jahr zu Jahr. Die Arbeiter, Bauern und Soldaten der Roten Armee schaffen gemeinsam und mit Erfolg an der Erhöhung der Anbauflächen, an der Erhöhung der Erträge des Bodens, am Aufbau einer gewaltigen Viehwirtschaft, an der Überwindung der Naturkatastrophen. Siegreich vollzieht sich der sozialistische Aufbau

im Sowjetlande, dessen Bevölkerungszahl in wenigen Jahren von 150 Millionen auf 168 Millionen wuchs.

Werktätige des deutschen Dorfes! Das Beispiel der Sowjets zeigt den Weg!

Sammelt Euch unter den roten Sensenfahnen! Kämpft im Geiste des Winzeraufstandes der Moselbauern, im Geiste Thomas Münzers und der Bauernrevolution, kämpft mit der Partei des Bauernfreundes Thälmann, kämpft mit uns Kommunisten für ein solches, freies sozialistisches Deutschland, in dem es keine entrechteten und ausgeplünderten Bauern, sondern nur ein gesundes Bauernvolk mit gesunden Kindern auf freiem Boden, auf freier Scholle geben wird. Die faschistische Kapitalsdiktatur aber wird nur dann stürzen, wenn die ausgeplünderten Volksmassen in Dorf und Stadt einig sind! Niemand darf es ein Zurück zum Weimarer Korruptionsregime geben! Niemals darf aber auch das Herren- und Knechtschaftsregime der Monarchie wiederkehren. Es gibt nur einen Ausweg: das ist der Kommunismus!

Schmiedet die feste Kampfes- und Aktionseinheit aller Werktätigen des Dorfes, schmiedet das unzerreißbare Bündnis zwischen Stadt und Land zum Sturz des Faschismus, zur Aufrichtung der Arbeitermacht! Die Arbeitermacht im Bunde mit den werktätigen Bauern wird allein alle Finanzkapitalisten, Landherren und Landkönige hinwegfegen und dem Dorfe Glück und Wohlstand und der Jugend eine glückliche Zukunft sichern!

Nieder mit der bauernfeindlichen Hitler-Diktatur!

Es lebe die Volksrevolution!

Es lebe das freie, sozialistische Deutschland!

Es lebe der Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

## Brief unseres Zentralkomitees

an eine sozialdemokratische Arbeitergruppe

Auf ein Antwortschreiben einer sozialdemokratischen Arbeitergruppe aus L. an das Zentralkomitee der KPD hat unsere Parteiführung den nachfolgenden Brief an die sozialdemokratischen Genossen gerichtet:

Liebe Genossen!

In eurem zweiten Diskussionsbrief über die Frage der Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse erklärt ihr Euer prinzipielles Einverständnis zur Frage der Aktionseinheit und der Endziele unserer Klasse, seid jedoch der Meinung, daß unser Urteil über die Sozialdemokratie und über den Prager Parteivorstand, wie insbesondere über einige „linke“ Führer zu hart sei. Es ist deshalb erforderlich, über die Politik des Prager Vorstandes wie der mit ihm verbundenen Gruppierungen im Lande Klarheit zu schaffen. Wir behaupteten, diese Eure früheren Führer, haben sich grundsätzlich nicht geändert. Ihr dagegen meint, die faschistische Diktatur könnte nicht spurlos an diesen Führern und ihren Einstellungen zum revolutionären Marxismus vorübergegangen sein. Ihr erinnert Euch, wie nach dem Verbot der SPD der von Wels und Stampfer redigierte „Neue Vorwärts“ mit einer scheinradikalen „programmatischen“ Erklärung des Parteivorstands erschien, in der von der Notwendigkeit einer „totalen Revolution“ und des Einsatzes der „Gewalt gegen Gewalt“ gesprochen wurde. Je offensichtlicher es aber wird, daß die Hitlerdiktatur einem raschen Absturz entgegenreißt, die revolutionären Kräfte im Lande wachsen, um so offener zeigt sich in den „Plattformen“ und „Theorien“ des Prager Vorstandes und der mit ihm verbundenen Gruppen die Fortsetzung der alten koalitionspolitischen Linie, ja des direkten Versuchs, die Arbeiterklasse in die faschistische Diktatur einzubauen. Freunde von Prag und Saarbrücken haben uns sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften zur Verfügung gestellt, die unsere Behauptungen beweisen. So veröffentlicht z.B. die sozialdemokratische „Deutsche Freiheit“ vom 12. September, ein dem Einfluß von Wels und Stampfer un-

terstehendes Organ im Saargebiet einen Artikel, in dem es unter der Überschrift: „Der Wille zur bleibenden Tat“ heißt:

„Es ist damit nicht getan, die krampfhaften Experimente der hitlerischen Planwirtschaft mit beißendem Hohn als Sozialismus in Karikatur hinzustellen . . .

Was heute unter der Aera Schacht-Darré geschieht, ist selbst gegen den Willen des Systems ein Gestaltswandel der deutschen Wirtschaftsverfassung, über dessen geschichtliche Bedeutung gerade für die Erben des Dritten Reiches man nicht im unklaren sein darf . . .

Die hitlerische Konterrevolution hat der Anarchie der liberalen Konzerndemokratie in der Weimarer Republik ein Ende gemacht und mit nationaler Ideologie die Kräfte für eine straffe vollorganisierte Planwirtschaft freigemacht . . .

Es bedeutet zugleich eine neue Übergangsepoche, in die der deutsche Kapitalismus eingetreten ist. Sie ist fortgeschrittener Kapitalismus und Vorfeldbereinigung für den Sozialismus, sie ist ein Stück Sozialismus.“

Was spricht aus diesen empörenden Feststellungen einer sozialdemokratischen Zeitung? Erstens wird behauptet, daß der Kapitalismus organisierter Kapitalismus ist, während Kapitalismus Wirtschaftsanarchie bedeutet. Zweitens: Der Hitlerfaschismus organisiert die Planwirtschaft, während er tatsächlich durch seine kriegswirtschaftlichen Maßnahmen die Katastrophe organisiert. Drittens wird den Schacht und Darré unterstellt, daß sie, wenn auch ungewollt und unbemerkt, sozialistische planwirtschaftliche Maßnahmen durchführen, während gerade die Schacht und Darré die Exponenten des reaktionärsten Teiles des Finanzkapitals und der Junker sind.

Wozu brauchen wir noch eine proletarische Revolution, wenn die faschistische Hitlerdiktatur bereits mit dem „Aufbau des Sozialismus“ beginnt. Auch darauf gibt der Prager Vorstand eine klare Antwort:

„Revolutionen müssen nicht immer sogleich zu einer Änderung der Staatsform führen, ja nicht einmal das gerade bestehende Regierungssystem beseitigen (!). Oft genügt fürs erste die Auswechslung verhältnismäßig wenig leitender Personen.

Tiefgehende Umwälzungen können auf sehr mannigfacher Art vor sich gehen. Es muß nicht immer auf den Barrikaden gekämpft werden, es geht mitunter auch anders.“

Das ist wohl genug. Aber auch jene „Linken“, die angeblich mit der Prager Plattform nicht einverstanden sind, beziehen in der Grundlinie dieselben Auffassungen gegen die proletarische Revolution, für die Koalition. In der bereits oben genannten „Deutschen Freiheit“ vom 12. September schreibt ein solcher Sozialdemokrat:

„Am besten gedeihen heute jene Gemeinwesen, in denen die Demokratie besteht und gleichzeitig ihre Sozialdemokratischen Parteien stark genug sind, die Richtung der Politik zu bestimmen . . .“ Ein solcher demokratischer Staat wird jener Staat sein in dem zuerst eine sozialistische Partei mit demokratischen Mitteln die absolute Mehrheit im Volke und seiner Vertretung erhält. Am nächsten unter den Großstaaten steht heute England diesem Ziele.“

Was ist das für eine „Plattform“? Das ist die Plattform der bürgerlichen Demokratie, der Koalition mit der Bourgeoisie, der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse und ihre Bindung an den kapitalistischen Staat. Es ist eine Plattform gegen die sozialistische Revolution, gegen die Diktatur des Proletariats.

Genossen! Seid ihr nicht auch der Auffassung, daß der Prager Parteivorstand mit seiner Politik die Geschäfte der Bourgeoisie besorgt, daß er sich in seiner grundsätzlichen Einstellung nicht im geringsten geändert hat, daß wir der Sache der Einheit einen schlechten Dienst erweisen würden, wenn wir nicht im Proletariat Klarheit schaffen über die Rolle der Wels, Stampfer u. Co. samt ihrem

„Neuen Vorwärts“ und ihren anderen Ablegern. Ihr wollt wie wir den Sturz Hitlers. Ihr wollt nach dem Sturz der Hitlerdiktatur nicht eine neue faschistisch-demokratische Schaukel, sondern die Diktatur des Proletariats, die nur in der Form der Rätewacht ihre Verwirklichung finden kann. Der von Wels und Stampfer erstrebte Wiederaufbau sozialdemokratischer Organisationen würde, wie ihr es schwarz auf weiß aus unseren Zitaten lesen könnt, nur einer Stärkung der kapitalistischen Herrschaft dienen. Eure Vereinigung mit uns in der kommunistischen Partei ist der einzig richti-

ge Weg, jenen gewaltigen Armeestab der proletarischen Revolution zu schaffen und zu stärken, der das Proletariat im Bündnis mit den Werktätigen befähigt, nicht nur Hitler zu stürzen, sondern unser Klassenziel, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur und den Aufbau des Sozialismus, zu verwirklichen. Indem wir Euch bitten, unsere Briefe und Materialien nicht nur in Eurem Kreise, sondern auch mit den sozialdemokratischen Genossen anderer Betriebe und in den Nachbarorten durchzudiskutieren, appellieren wir gleichzeitig an Eure Gruppe, mit uns

und unserer Organisation in Eurem Betrieb und in Eurem Ort gemeinsam die Aktionseinheit zur Durchsetzung unserer Tagesforderungen gegen die Hitlerdiktatur herzustellen. Wir sind überzeugt, daß Ihr Euch recht bald als gleichberechtigte Mitglieder mit uns in unserer Partei auf einer höheren politischen Stufe der Organisiertheit vereinigen werdet.

Mit revolutionärem Gruß und Händedruck

Die Genossen des ZK der KPD  
I.A.: Müller

## Wie die sozialdemokratischen Veteranen von Prag das internationale Proletariat anlügen!

Von der KPD wird uns geschrieben:

Vom sozialdemokratischen Parteivorstand erscheinen in den bürgerlichen Zeitungen Frankreichs, so z. B. im *«Intransigent»*, Artikel, die in frivoler Art und Weise die Kommunistische Partei, ihre Mitglieder und ihre Führung verleumdend und herabsetzen und die zugleich die nach Einheitsfront strebenden sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland der Unwahrhaftigkeit bezichtigen.

Folgende Behauptungen werden in diesen Artikeln durch den sozialdemokratischen Parteivorstand aufgestellt:

1. In der Kommunistischen Partei sind Spitzel im Lande und im Auslande in der Spitze der Leitung. Daraus erklären sich die Opfer der KPD im Lande, die nicht deshalb so groß sind, weil die KPD mehr machte wie die Sozialdemokratie.

2. Aus dieser Lage heraus erklärt es sich, warum unsere Freunde aus dem Lande uns im Auslande beschworen haben, mit der KPD nicht, wie das in anderen Ländern der Fall ist, eine Einheitsfront zu machen.

Wir fordern den sozialdemokratischen Parteivorstand auf, für diese ungläublichen Behauptungen, daß in unserer Parteileitung Provokateure wären (Spitzel), die Beweise zu erbringen und bezeichnen ihn solange öffentlich der Lüge, wie er das nicht getan hat. Wir stellen fest:

1. Bisher ist kein Mitglied unseres Zentralkomitees der Arbeiterbewegung abtrünnig, bzw. zum Verräter geworden. Wohl aber wurden fünf Genossen unseres Zentralkomitees durch die Faschisten im Lande meuchlings ermordet.

2. Wenn der sozialdemokratische Parteivorstand keine Agentur der deutschen Bourgeoisie wäre, würde er prinzipiell einen unversöhnlichen Kampf gegen den Faschismus führen. Dazu gehört auch, daß, wenn er einen Verräter in den Reihen des Proletariats kennen würde, insbesondere, wenn ein solcher in der Leitung einer Arbeiterorganisation sich befände, er diesen sofort der Öffentlichkeit zur Verachtung preisgeben, bzw. dieser Leitung der Arbeiterorganisation eine Warnung zuteil werden lassen müßte. Er müßte dies schon allein deshalb tun, um Morde der Faschisten an mutigen Antifaschisten zu verhindern.

Der sozialdemokratische Parteivorstand kann aber keinen solchen Spitzel nennen. Darum ist er ein schlimmer Verleumder und hilft mit diesen Verleumdungen den Faschisten. Er hilft den Faschisten in der Tat, Zersetzung im Lager der Arbeiterklasse zu treiben.

Aber warum wird diese verleumderische Behauptung aufgestellt? Darüber gibt uns die zweite Lüge des sozialdemokratischen Parteivorstandes Aufklärung. Er behauptet nämlich frech, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen in Deutschland, ihn, den schwachmütigen Altgesellen-Vorstand, dringend ersucht hätten, keine Einheitsfront mit den Kommunisten zu machen. Wir fordern den Parteivorstand auf, eine einzige Entschliebung, einen einzigen Kollektivbrief von SPD-Arbeitern zu veröffentlichen, woraus das hervorgeht. Wir sind bereit, wenn notwendig, 50 Entschliebungen und 100 Kollektivbriefe von sozialdemokratischen Arbeitern in wenigen Wochen vorzulegen, die das Gegenteil beweisen. Die Wahrheit ist, daß die sozialdemokratischen Gruppen im Lande, welche zu 90 Prozent mit dem Prager Parteivorstand nichts mehr gemein haben wollen, in den meisten Fällen mit uns Aktionsgemeinschaften bilden und daß eine ganze Anzahl Gruppen sich in der KPD mit ihren Klassenbrüdern auf höherer Stufe der einen Partei des Proletariats vereinigen, um damit die letzten Reste einer jeden Spaltung zu liquidieren.

Es ist ebenso unwahr, daß die Sozialdemokratische Partei innerhalb Deutschlands dieselbe illegale Arbeit geleistet habe, wie die Kommunistische Partei. Wahr ist vielmehr, daß einzelne sozialdemokratische Gruppen und daß viele frühere sozialdemokratische Mitglieder entgegen den Theorien des Prager Parteivorstandes, daß man vorläufig im Lande nichts machen könne, und entgegen seinen Passivitätsbefehlen, mit uns zusammenarbeiteten im Sinne des gemeinsamen Kampfes gegen die faschistische Pest.

Der Prager sozialdemokratische Parteivorstand will mit seinen Verleumdungen ungeschehen machen, daß er selbst es war, der Hitler noch im Reichstag das Vertrauen aussprach, der die freiwillige Gleichschaltung der freien Gewerkschaften gefor-

dert hat, dessen gleichgeschaltete Kriminalbeamten in der deutschen «Gestapo» die Rolle der besten Spürhunde machen, der noch bis vor kurzem mit den Reichswehrgenerälen verhandelte und über mehrere uns bekannte Kanäle Verbindungen zu Agenten der Hitlerregierung unterhält.

Sozialdemokratische Klassenbrüder! Das sind die kriminellen Methoden, mit Hilfe derer der sozialdemokratische Parteivorstand die Spaltung der Arbeiterklasse in Deutschland begründet und aufrechterhalten will. *Aufhäuser* hatte nicht den Mut, seinen persönlichen Namen dafür herzugeben. Aber er ist bisher nicht von diesen Methoden des Prager Parteivorstandes abgerückt. Er macht linke Manöver und gebärdet sich radikal. Aber dennoch, aus jedem Satz seiner Artikel spricht der Spalter, der Kompromißler mit dem Feind, spricht der Glacé-Handschuh-Politiker im Frack, der Mann der Bourgeoisie, dessen demokratische Freunde Krupp und Thyssen angeblich nur auf einige Jahre wild geworden sind. Zwei Methoden wendet der sozialdemokratische Parteivorstand an, um die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Einerseits eine Kette von Verleumdungen gegen die Kommunistische Partei und die Sowjetunion, andererseits ein Vorschicken der sogenannten «Linken», wie *Aufhäuser*, die mit diplomatischen Kunstkniffen die Arbeitermassen irritieren und betrogen sollen, um die Spaltung im Interesse der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten. Bis zur Hitlerdiktatur bestand die Rolle der deutschen Sozialdemokratie darin, durch Koalition große Teile der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu binden, um damit die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und den Sieg der proletarischen Klasse über die Kapitalisten, den Sieg des Sozialismus zu verhindern. Heute besteht die Rolle der deutschen Sozialdemokratie darin, eine Koalitions-Reserve in der proletarischen Klasse und unter den Werkstätten aufrechtzuerhalten, um den Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse in der entscheidenden Situation zu verhindern. Dieser Rolle entspricht ihre ganze Politik und ihr Kampf gegen die Kommunistische Partei Deutschlands.

## Für den „Status quo!“

### Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands an das Saarvolk

Berlin, Anfang Oktober.

*An die Arbeiterchaft!*

*An das werktätige Volk im Saargebiet!*

Im Namen der Arbeiterklasse und von Millionen Werktätigen in Stadt und Land, die im Reiche den Sturz des Barbarenregiments erstreben und organisieren, entbieten wir Euch Arbeitern und Werktätigen der Saar revolutionäre solidarische Kampfegrüße. Wir wollen Euch sagen, wie unäglich elend die Lage aller Schaffenden sich unter dem Hitlerregime gestaltet hat. Wir wollen Euch warnen, Euch zeigen, was Euch droht. Ihr sollt nicht durch den Glauben an lügenhafte Versprechungen unnütze Opfer an Gut und Blut bringen, um dann dieselben bitteren Erfahrungen zu machen, wie Millionen deutscher Werktätige bis tief in die Reihen der Mitglieder der SA und NSDAP.

Das ganze werktätige deutsche Volk blutet an Leib und Seele. Bei uns im Reiche herrscht unumschränkt das Monopolkapital. Seine faschistische Regierung knechtet und knebelt das arbeitende Volk. Arbeitern und Angestellten sind Löhne und Gehälter auf Hungerrationen gesenkt. Den Veteranen der Arbeit kürzten sie die an sich klüglichen Renten. Handwerker, kleine Kaufleute und Bauern werden an den Bettelstab gebracht. Eine Schmarotzerbande brauner Bonzen saugt wie Vampyre am Volkskörper. Bestien in Menschengestalt, von Hitler die «Wertvollsten der Rasse» genannt, foltern und morden täglich die besten Söhne des deutschen Volkes. Ein Sechzig-Millionen-Volk lechzt danach, frei reden zu können, sich aus der Zwangsjacke des seelischen und physischen Terrors zu befreien.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich. Finanziell steht das Reich am Rande des Abgrundes. Die Hitlerregierung treibt Land und Volk der Wirtschaftskatastrophe entgegen. Betriebe arbeiten wieder verkürzt, Massenentlassungen finden statt. Die ganze junge Generation soll aus den Betrieben verjagt werden. All dies ist begleitet von einer Teuerungswelle. Im Dritten Reiche geht das schaffende Volk einem Winter ohnegleichen entgegen.

Die drohende Katastrophe im Innern treibt das Finanzkapital zu verbrecherischen Kriegsabenteuern. Das ganze Reich ist eine einzige Rüstungswerkstätte. Milliarden Aufrüstungslasten erdrücken die Massen. Die Jugend wird zwangsweise in Arbeitsdienst und Militärlagern militarisiert. Der Faschismus peitscht in der zügellosesten Art und Weise den Chauvinismus auf. Das Hitlerregime ist zum Hauptkriegstreiber in Europa geworden.

Im Interesse aller schaffenden Menschen, im Interesse des Friedens, der Kultur und Zivilisation muß dieses faschistische Henkerregime gestürzt werden. Durch tausende Gefechte, durch einen heroischen täglichen Kampf aller Antifaschisten wird es bewiesen.

Im Reiche wachsen die Kräfte, die dieses Regiment der Volksausplünderer mit Generalstreiks und Volksaufstand stürzen werden. Unter Führung der Kommunistischen Partei wurden der Hitlerdiktatur eine Reihe wuchtiger Schläge versetzt. Bei den Vertrauensratswahlen, beim Plebiszit, durch den Guerrillakrieg in Betrieben und faschistischen Organisationen hat die sich immer mehr herausbildende Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter und Werktätigen ihren Kampfwillen für den Sturz dieses Systems der Kapitalsdiktatur demonstriert.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse und allen Werktätigen, daß die nächste Schlacht auf dem Wege zur Unterböhmung und Schwächung, zur Niederringung der blutigen faschistischen Diktatur im Saargebiet geschlagen wird. Diese Schlacht muß sich zu einer internationalen Schlacht gegen den Faschismus überhaupt auswachsen. *Von heute ab wird die ganze Kraft der deutschen Partei auf dieses Ziel im Lande selbst und allerorts konzentriert.* Hitler muß an der Saar eine vernichtende Niederlage erhalten.

Das erfordern die Interessen der deutschen Arbeiter und Werktätigen; das erfordern die Interessen unserer deutschen Jugend, die eine gesicherte Zukunft will, die nicht im Kriegsgemetzel verreckeln soll; das erfordern die Interessen aller Werktätigen an der Saar, die von diesem Mord- und Terror-system behütet werden sollen; das erfordern die Interessen des

internationalen Proletariats und aller Freunde des Friedens und der Freiheit.

*Es kann nur eine Losung geben: Niemals darf das Saarvolk dem Blutregime Hitlers ausgeliefert werden!*

Kein Zweifel, der Kampf an der Saar wird ein harter Kampf. Die Provokateure des Reichstagsbrandes und des Wiener Putsches und ihre Helfer an der Saar werden mit allen Mitteln, mit Fälschungen, mit Terror, mit Korruption, mit den tollsten demagogischen Versprechungen das Saarvolk zu irritieren und überzupeln versuchen.

Euch Bergarbeitern versprechen die Gewerkschaftszerstörer Arbeit. Im selben Moment wollen sie hunderttausend Bergarbeiter des Ruhrgebiets zwangsweise nach Ostpreußen aufs Land verschieben. Die deutschen Grubenkapitalisten in Schlesien, Oberschlesien, im Wurmrevier und Ruhrgebiet waren es, die den ausbeuterischen Grubenkapitalisten an der Saar beispielgebend vorangingen und ihnen in ihrem Vorgehen gegen Euch durch die Syndikatsverbindungen Vorschub leisteten.

Euch Metallarbeitern versprechen die Räuber der Koalitionsfreiheit goldene Zeiten. Zur selben Zeit werden im Nachbarbezirk allein im Betriebe Opel achttausend Metallarbeiter aufs Pflaster geworfen. Die deutschen Metallkapitalisten waren es, die seit jeher den Röchling und Wolff richtunggebend waren. Die deutschen Kapitalisten demonstrierten den Kapitalisten aller Nationalitäten an der Saar, wie der faschistische Tarifbruch sich vollziehen soll.

Euch Mittelständlern und Kleinbauern wird das Blaue vom Himmel versprochen. Und diesseits der Saargrenze stehen in den Städten fünfunddreißig Prozent aller Ladenlokale leer, stöhnen die Bauern unter der Last der Zwangsabgaben.

Euch christlichen Arbeitern und Werktätigen versprechen die zynischen Eidbrecher Freiheit der Religion. In der Tat haben sie alle Vorbereitungen getroffen, um plötzlich unerwartet die katholische Kirche zu einer germanischen Nationalkirche zwangsweise gleichzuschalten.

*Antwortet den Demagogen und Rattenfängern!*

*Wir wollen nicht zu Hitler, wir stimmen für den Status quo.*

Euer und unser Kampf für den Status quo, die vorläufige Beibehaltung und Verbesserung der bisherigen Verhältnisse an der Saar ist ein gewaltiger Teilkampf für die Freiheit im Reiche.

Entgegen allen Verleumdungen, wir Anhänger des Status quo seien «Landesverräter», ihr an der Saar «Separatisten und Französlinge», erklären wir: die Niederlage Hitler an der Saar ist der nächstwichtigste Teilkampf für die Befreiung Deutschlands von der braunen Besatzung!

*Je vernichtender die Niederlage des deutschen Faschismus an der Saar ist, desto schneller werdet ihr deutschen Saarländer mit uns in einem freien Deutschland vereint sein.* Wer ein einiges freies Deutschland will, muß Hitlers Niederlage an der Saar wollen.

Röchling nennt uns Landesverräter. Aber er, der den Raubkrieg schürt, verkauft zugleich Kriegserüchte, Panzerplatten für blinkendes Gold an den sogenannten Erbfeind.

Krupp, der uns Französlinge nennt, verkaufte noch während des Krieges über die Schweiz und Holland Haubitzen an die französische Armee.

Wir Kommunisten sind die unversöhnlichen Feinde der deutschen wie der französischen Kapitalisten. Wir sind die unzertrennlichen Freunde der französischen Arbeiter, die unsere Klassenbrüder sind.

Landesverräter sind die Mörder an jugendlichen Volksgenossen, sind die Kulturreaktionäre, sind die Ausbeuter und Volksausplünderer, die nur von gesetzlich erlaubtem Diebstahl leben, sind die Kriegstreiber, die das ganze deutsche Volk in die Katastrophe führen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt im vollen Einverständnis mit der kommunistischen Organisation an der Saar, in voller Übereinstimmung mit der Kommunistischen Partei Frankreichs:

*Unmittelbar nach dem Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sofort eine*

*neue Volksabstimmung im Saargebiet zwecks Rückgliederung an Deutschland durchgeführt werden muß.*

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird brüderlich vereint mit dem französischen Proletariat die Saarwerkstätigen verstärkt unterstützen, die in der Zwischenzeit den Kampf weiterführen müssen gegen jegliche nationale Unterdrückung der Saarbevölkerung, für ihre Forderungen nach demokratischen Freiheiten und Selbstbestimmung, für eine in geheimer und gleicher Wahl gewählte souveräne Volksvertretung im Saargebiet, für Koalitions-, Versammlungs- und Streikfreiheit, für die materielle Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten.

Wir sind uns dessen gewiß: Ihr Arbeiter und Angestellten werdet Euch in den Betrieben Einheitskomitees schaffen. Ihr werdet Eure Forderungen auf höhere Entlohnung, besserer Arbeitsbedingungen, auf bezahlten Urlaub erheben. Ihr werdet Eure Kräfte zusammenballen, indem Ihr auf Delegiertenkonferenzen der Betriebe Eure zentralen Kampfleitungen wählt. Ihr werdet die Gewerkschaften stärken und Ihre Kraft für Eure Forderungen einsetzen. Ihr werdet Pioniere der Einheit der Arbeiterklasse sein.

*Alles das werdet Ihr am allerbesten auf dem Boden des Status quo können.* In Hitlerdeutschland, wo Euch Lohnraub droht, das freie Wort genommen wird, wo Euch Konzentrationslager und Zuchthaus blüht, sind diese lebensnotwendigen Kämpfe von gewaltigen Opfern getragen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist sich dessen gewiß, daß Ihr im Saargebiet wie wir im Reiche, alle Mittel anwenden werdet, um die Auslieferung des Saarvolkes an Hitlerdeutschland zu verhindern. Wir kennen die Pläne des Feindes und sind davon überzeugt, daß ein jeder Versuch einer gewaltsamen Ueberrumpelung auf den gewaltsamen Widerstand der Arbeiterschaft an der Saar und die Solidarität der Arbeiter im Reiche stoßen wird.

Mit kühlem Verstande und heißem Willen sich auf die Zurückschlagung jeder Provokation zu rüsten, die Betriebe, Städte und Orte dazu reif zu machen, kann nur Euer Bestreben sein!

Wir wissen, daß tausende gedrillter SS-Mordbuben als Terrorkolonne vom Reiche ins Saargebiet geschickt wurden, um antifaschistische Arbeiter und Arbeiterführer niederzumachen, um das Eigentum der Arbeiterorganisationen anzugreifen, um Versammlungen zu sprengen, um Attentate und Provokationen zu organisieren, um eine Atmosphäre der Angst zu erzeugen.

Wir sind uns dessen gewiß: Ihr werdet jede Provokation im Keime zu ersticken versuchen, Ihr werdet den Provokateuren, die Euch angreifen, antworten, daß ihnen Hören und Sehen vergehen wird. Die Erfahrungen in Deutschland lehren, daß, je energischer und rücksichtsloser man das macht, desto weniger Opfer dieser Kampf gegen das Banditentum kostet. Wir begrüßen Eure Entschlossenheit, zu diesem Zweck in jedem Betriebe, in jedem Orte, in jeder Straße den Massenschutz zu schaffen und heben dabei besonders den unverkennbaren Willen der Betriebsbelegschaften hervor, Kampfmethoden anzuwenden, wie die Lage sie erfordert.

Väter und Mütter im Saargebiet. Wenn Ihr nicht wollt, daß Eure Söhne, die jetzt im Arbeitsdienst militärisch gedrillt werden, morgen zu blutigen Provokationen gegen Eure und ihre eigene Saarheimat eingesetzt werden sollen, so ruft sie zurück.

**Volksgenossen an der Saar!**

Prangert an und entlarvt durch Kontrollausschüsse die faschistische Fälschung der Abstimmungslisten. Setzt durch, daß in jedem Wahlausschuß Antifaschisten vertreten sind! Setzt durch, daß die hunderttausend gefälschten Namen in den Abstimmungslisten herausgestrichen und die korrumpierten Verwaltungsbeamten zur Rechenschaft gezogen werden! Fordert das von der Saarregierung, die niemals Eure Regierung war, ist und sein kann. Fordert das vom Völkerbund, der bisher in vielem objektiv den deutschen Faschisten geholfen hat.

Einige Belegschaften an der Saar haben mit vollem Recht erklärt, daß sie im Verein mit allen ehrlichen und freiheitlich gesinnten Arbeitern und Werkstätigen, in kameradschaftlichem Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Genossen und christlichen Kollegen keine Abstimmung dulden werden, die eine durch Schwindel und Terror erzwungene Fälschung des Volkswillens darstellen würde!

Schluß mit der provokatorischen Sabotage der faschistischen Gemeindebehörde, die den Antifaschisten Säle und Plätze verweigert!

Schluß mit den Versammlungs- und Demonstrationsverboten gegen Antifaschisten, während die Faschisten ungestört und frei ihren Gesinnungsterror ausüben können!

Schluß mit den provokatorischen Lügen, daß nach der Abstimmung für Status quo zehntausend Saargänger entlassen würden, daß die Renten gekürzt würden!

**Klassenbrüder und Schwestern, Volksgenossen!**

Mit der siegreichen Entscheidung an der Saar gegen Hitler rückt die Abrechnung in Deutschland näher. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme kämpft die Arbeiterklasse im Reiche Seite an Seite mit Euch, um das gemeinsame Ziel, den Hitlerfaschismus an der Saar zu schlagen. Eine verlorene Schlacht Hitlers an der Saar soll zu einem neuen Nagel am Sarge Hitlers werden.

Der Sieg der Arbeiter an der Saar wird die Millionen-arme antifaschistische Kämpfer im ganzen Reiche zu neuen Vormärschen begeistern. Unter den Hämmern der Arbeiterfauste wird das blutbesudelte faschistische Barbarenregime zerbrechen — werden die Fahnen der Freiheit, der sozialistischen Ritterschaft wehen.

**Nieder mit der Hitlerdikatur!**

**Nieder mit den faschistischen Kriegstreibern!**

**Hoch die Freiheit, der Sozialismus!**

Die Kampfparole aller Saarländer heißt: für den Status quo!

In diesem Sinne entbletet das Zentralkomitee der KPD allen Antifaschisten an der Saar brüderliche Kampfgrüße.

**Rot Front!**

**ZK der KPD (Sektion der III. Internationale).**

## An die christlichen Werktätigen Deutschlands!

### Aufruf des ZK der KPD

Immer unerträglicher wird die Geißel des Faschismus für alle freiheitsliebenden Menschen in Deutschland. Hunger und Winterkälte pochen drohend an die Türen der Werktätigen. Ein ausbeuterisches «Arbeitsgesetz» stempelt Millionen Schaffende der Faust und der Stirn zu rechtlosen Sklaven. Unsere Jugend wird aus Werkstatte und Kantor hinausgeworfen. Im Auftrage der Industriekönige, Junker und Generale werden unsere schulentlassenen Kinder wie Vieh auf das Land verfrachtet, als Kanonensfutter auf die Kasernenhöfe getrieben und zum Kriegsmord gedrillt. Der Faschismus zersetzt unsere Familie. Er reißt Väter, Söhne, Bräute und Brüder brutal von unseren Müttern, Frauen aus dem Elternhaus. Die weiblichen Hausangestellten werden zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Gewissensterror und Brachialgewalt haben große Kulturgüter zerrümmert und an ihre Stelle Parademärsche, germanischen Barbarenkult und anmaßenden Rassendünkel gesetzt.

Ein wahrer Religionskrieg ist entbrannt. Der braune Terrorstiefel stampft durch die Kirchen. Die Kirchenorganisationen sollen in ein Hörigkeitsverhältnis gegenüber dem faschistischen Terrorstaat gepreßt werden. Mittelalterliche Inquisitionsgesetze werden von den faschistischen Bedrückern gegen Gläubige und Ungläubige angewandt. Das Gewissen der Menschen in Deutschland wird vergewaltigt. Ein Kasernenhofregime und ein Willkürregiment militarisierten Kirchenbeamter, ein polizeiliches Spitzelsystem, das sich als «Diener Gottes» ausreibt, ist in der gleichgeschalteten Kirche errichtet.

Die protestantische und katholische Kirche sollen durch Zwangsgleichschaltung zu einer faschistischen Nationalkirche unter dem Kommando des uniformierten Reichsbischofs Müller verschmolzen werden. Hitlerfeindliche Priester sind zu Tausenden aus ihren Stellen gejagt, hunderte von ihnen wurden und werden verfolgt und in die Gefängnisse geworfen. Die katholische Jugend wird gehetzt, gejagt und geprügelt. In den Gestapohöhlen bilden hunderte christlicher Werktätiger ihren Kampfesmut gegen das braune Barbarenregime gemeinsam mit ihren eingekerkerten kommunistischen Brüdern. Katholische Führer wie Probst und Klausener wurden niedergemetzelt. Mehrere christliche Jungarbeiter sind enthauptet. Täglich werden tapfere revolutionäre Arbeiter von den bluttrunkenen braunen Henkern abgeschlachtet.

Ein Schrei der Empörung, der Auflehnung und des Hasses gegen die Willkür des Hitlerregimes geht durch Deutschland. Schon meitern ganze Landeskirchen und kirchliche Organisationen gegen den Gewissenszwang und die Terrorangriffe der Faschisten. Eine tiefe Unzufriedenheit und Ablehnung der widerwärtigen Terrormethoden geht selbst durch die Kreise der katholischen und protestantischen Geistlichkeit. Mit Freude und Genugtuung haben die Werktätigen Deutschlands davon Kenntnis genommen, daß die Bekenntnissynode den uniformierten Reichsbischof, den von Hitler eingesetzten Gewaltmenschen Müller deavouiert und seinen Komplizen Jäger aus der protestantischen Kirche ausgeschlossen hat. Mit Recht wurde der Boykott der Steuerabgaben an die faschistische Landeskirche beschlossen. Hunderttausende christlicher Werktätiger stehen im Kampfe gegen das «Neuheidentum», hinter dem sich die brutale Machtgewalt der Ausbeuter und Kriegsmagnaten verbirgt.

Jeder Tag enthüllt es von neuem: Der Faschismus treibt Deutschland in Katastrophe und Untergang. Aber immer größer wächst die Front der gegen das Regime der braunen Diktatur zum Kampf gewillten Massen. Mit Heldenmut arbeiten die Kommunisten an der Spitze der Massen für die Freiheit, gegen den Zwang, gegen die Sklaverei und Grausamkeit.

Christliche Volksgenossen! Die Faschisten, die eure Priester verfolgen, die euch Jungkatholiken knebeln und fesseln, hetzen euch auf gegen uns, sie schwindeln euch vor, wir Kommunisten wollten die Monstranzen eurer Kirche rauben, die Tabernakel stehlen und die Opferstücke plündern. Das ist eine bewußte Lüge und schmutzige Verleumdung! Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt hiermit:

Wir Kommunisten werden niemals euren religiösen Glauben verbühen und verspotten. Wir sichern euch die völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit zu. Wir wollen mit unseren christlichen Volksgenossen keinen Kulturkampf, keinen Kulturkrieg. Wir werden keinerlei Einrichtung, die euren Glauben, die eurer Religion dient, antasten oder einschränken. Im kom-

munistischen Deutschland ist für jeden Platz, der aufrichtig am Aufbau des Sozialismus mithilft. Jeder christliche Werktätige, der heute bereit ist, in unseren Reihen zu kämpfen, kann — auch wenn er noch Mitglied der Kirche ist — gleichberechtigtes Mitglied der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes werden.

Wir Kommunisten, die wir gerade in den vergangenen Wochen im Saargebiet gemeinsam mit den christlichen Metallarbeitern die Angriffe der hilterschen Verbandszerstörer zurückgeschlagen haben, erklären allen christlichen Arbeitern, Angestellten, Mittelständlern und werktätigen Bauern Deutschlands:

Wir kämpfen mit euch gegen das erbärmliche Kasernenregime der faschistischen Kirchenterroristen, gegen den mittelalterlichen Gewissens- und Glaubenszwang, gegen die Willkür der militarisierten Kirchenbeamten, gegen das Spitzelsystem der Müller & Co. in den Kirchenverbänden und sonstigen Massenorganisationen, gegen die Verknüpfung der Glaubensfragen mit Staatsprüfungen und Staatsposten!

Wir kämpfen mit euch gegen die Vergewaltigung des Gewissens, für den Boykott der Kirchensteuerabgaben an die faschistische Staatskirche, für die völlige Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, für die völlige Freiheit kirchlicher Organisationen und religiöser Gemeinschaften gegenüber dem Staatsregime, für die vollständige Trennung der Kirche vom faschistisch-kapitalistischen Staatsapparat. Wenn ihr christlichen Werktätigen überzeugt seid von der geistigen Kraft eurer Waffen, werdet ihr mit voller Ueberzeugung, bedingungslos und ohne Einschränkung mit uns die Religion zur Privatsache und nicht zur Sache eines kapitalistischen terroristischen Systems erklären.

Darüber hinaus erklären wir Kommunisten:

Wir müssen eine geeinte Volksfront aller gegen die Hitlerdiktatur gerichteten Kräfte schaffen! Der Kampf für die Glaubens- und Gewissensfreiheit muß verbunden werden mit dem Kampf für die Sicherung des bürgerlichen Brotes, für die Sicherung des Lebens und der Existenz unserer Familien.

Wir Kommunisten sind bereit, mit euch allen, mit allen Feinden des faschistischen Ausbeuterregimes schon heute unverzüglich diese Einheitsfront des Kampfes und der gemeinsamen Aktion zu schaffen. Wir wollen uns mit euch zum gemeinsamen Kampf für unsere Lebensrechte, für die Verteidigung und Erhöhung unseres Lohnes, für die Er kämpfung der Freiheit zusammenschließen. In aufrichtiger Kameradschaft strecken wir euch unsere Bruderhand entgegen. Auf uns lastet der gleiche würgende Druck des Kapitalismus und der faschistischen Knechtschaft. Schaffen wir eine einheitliche Kampfesfront aller Antifaschisten! Laßt uns zusammenkommen und beraten, wie wir den gemeinsamen Kampf organisieren! Wir schlagen euch vor:

In allen Betrieben und Wohngebieten, in allen Kulturverbänden und den faschistischen Organisationen der «Arbeitsfront», «Kraft durch Freude», in der Hitlerjugend usw. gemeinsame antifaschistische Kampfkomitees, Kampfausschüsse und gemeinsame Vertrauensleute zu wählen und zu schaffen.

In allen Stätten der Ausbeutung, in den Fabriken, Schächten und Kontoren die Aktionseinheit der kommunistischen, christlichen und der sozialdemokratischen Werktätigen zu schaffen für unsere gemeinsamen Forderungen:

Gegen das faschistische Arbeitsgesetz mit seinem Lohnraub, seiner Zerschlagung der Tarife, mit seiner Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und seiner völligen Entrechtung der Arbeiter! Gegen die faschistischen Betriebsordnungen, für Lohn-erhöhung.

Gegen die Herausreißung der Jugendlichen aus den Betrieben, gegen die Zwangsarbeit in Arbeitsdienst und Landhilfe.

Für Rode-, Presse-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikfreiheit!

Für Glaubens- und Gewissensfreiheit!

Für den Boykott der Abgaben an die Staatskirche! Für den Fortfall der Zwangsspenden, Kopfsteuer, für die Senkung der Lohnsteuer!

Für Kinderspeisungen in den Schulen! Für Lehr- und Lernmittelfreiheit!

Vereinigen wir für diese unsere gemeinsamen Forderungen alle unsere Kräfte zu gemeinsamen Kampf- und Streikaktionen!

Nehmen wir auf dieser Basis in allen Betrieben und in der Arbeitsfront und allen Organisationen den Kampf um diese Forderungen auf und schaffen wir uns einheitliche Gewerkschaftsorganisationen!

Bilden wir überall gemeinsame Kampfkomitees für die Freilassung und Unterstützung aller eingekerkerten Antifaschisten und ihrer Familien. Führen wir den gemeinsamen Kampf für die Freilassung des Führers der deutschen Arbeiter, des Genossen Ernst Thälmann.

Vorwärts zum gemeinsamen Kampf, ihr christlichen Volksgenossen!

Es lebe die proletarische Aktionseinheit und die Volksfront aller Antifaschisten!

Nieder mit dem Glaubens- und Gewissensterror!  
Nieder mit der faschistischen Kapitalsherrschaft, es lebe die Freiheit, es lebe das kommende sozialistische Deutschland!

*Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.*



## Gruß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und an den Genossen Stalin

Teure Genossen!

An der Schwelle des 18. Jahres des Bestehens unseres mächtigen Sowjetlandes, des Bannerträgers der sozialistischen Ordnung und des Weltkommunismus, der Weltheimat aller vom Kapitalismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker entbietet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, seiner Roten Armee und Flotte, seinem Roten Fliegerkorps, seinem heroischen leninischen Jugendverbände und vor allem der glorreichen Partei Lenins, seinem bolschewistischen Zentralkomitee und unserem großen Führer Genossen Stalin, heiße, brüderliche Grüße.

Wir grüßen euch aus schwerster Illegalität heraus und wir sind uns gewiß, daß sich diesem Grusse unser von den Faschisten seit mehr als anderthalb Jahren eingekerkelter Führer, Genosse Ernst Thälmann und alle in den Konzentrationslagern und Gefängnissen befindlichen Genossen mit heißem Herzen und ungebrochenem bolschewistischem Kampfesgeiste anschließen. Wir sind uns auch der vollen Zustimmung der Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen sicher, die unter dem Joch der Hitler-Diktatur leiden und eng mit uns verbunden an der Herbeiführung ihres Sturzes arbeiten. Mächtig wächst der Wille in der deutschen Arbeiterschaft zur Ueberwindung der verhängnisvollen Spaltung ihrer Klasse, die dem Faschismus den Sieg ermöglichte. Immer mehr greift die Erkenntnis um sich, daß nur der Weg, den Ihr unter Führung von Lenin mit dem Sieg der Oktober-Revolution, mit der Aufrichtung der proletarischen Diktatur, mit der siegreichen Durchführung des sozialistischen Aufbaus unter der Führung des Genossen Stalin gegangen seid, auch für das deutsche Proletariat der einzige Weg ist, um aus dem kapitalistischen Massenelend herauszukommen, um zur Freiheit und zum Sozialismus zu gelangen. Diesen Willen in die Tat umzusetzen, die Aktionseinheit des deutschen Proletariats zum Sturz des Faschismus und des Kapitalismus zu schaffen, das ist das große Werk, das wir noch vollbringen müssen.

Wir sind uns des Ernstes der Lage in Deutschland und der Größe der uns gestellten Aufgabe voll bewußt. Selbstkritisch überprüfen wir unausgesetzt unsere revolutionäre Arbeit, um alle Fehler und Schwächen auszumerken. Wir ringen um die Herzen und Köpfe der deutschen Arbeiter, um sie in der Aktionseinheit zum Kampfe für die Tagesforderungen, für den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, für den Sturz des Hitler-Faschismus zu gewinnen. Wir reichen allen sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand, um gemeinsam die kämpfende und organisatorische Einheit zu schaffen. Wir sind bereit, mit allen Gruppen und Funktionären der Sozialdemokratie, die mit uns das gleiche Ziel verfolgen, zusammenzugehen. Wir wollen die breiteste Volksfront aller Antifaschisten für den Kampf gegen den Hitler-Faschismus schaffen. Wir sind uns des Erfolges sicher, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und seiner von Stalin weiterentwickelten Lehre, auf Grund des Programms und der Taktik der Kommunistischen Internationale erfolgen wird.

Die Lage in Deutschland unter der Hitler-Diktatur verschärft sich von Tag zu Tag. Das Elend der Arbeiter, Angestellten, Bauern und kleingewerblichen Mittelständler nimmt unerträgliche Ausmaße an. Durch den Abbau der Löhne, durch Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, durch Abbau der sozialen Fürsorge, durch Erhöhung der Preise, werden den Werktätigen die Kosten der Wirtschaftskrise aufgebürdet. Die Winterhilfsbettelei ist nur der Ausdruck des Bankrotts der faschistischen Wirtschaftspolitik. Durch heberhafte Rüstungen und durch sein Bündnis mit dem japanischen Imperialismus dokumentiert der Hitler-Faschismus seinen Willen zum Kriege gegen die Sowjetunion. Seine abenteuerliche, provokatorische Außenpolitik ist auf die Auslösung kriegerischer Konflikte gerichtet, um die werktätigen Massen von dem Bankrott seiner Innenpolitik abzulenken und sie als Kanonenfutter zu verwenden.

Die Enttäuschung der vom Hitler-Faschismus betrogenen Massen hat bereits zu einer erheblichen Einengung seiner Massenbasis und zum Beginn der Krise der Hitler-Diktatur geführt. Die Hitler-Regierung versucht, mit unerhörtem Terror jede

Äußerung des Unwillens und jede Widerstandsbewegung, vor allem die illegale Tätigkeit der Kommunisten im Lande zu unterdrücken. Unerhörte Opfer hat die KPD in diesem Kampfe gegen die faschistische Diktatur gebracht. Hunderte ihrer Besten wurden von den Faschisten ermordet. Tausende werden in den Gefängnissen und Konzentrationslagern langsam zu Tode gemartert. Aber die KPD vermochte der Faschismus nicht zu vernichten, sie hat durch die heroische Arbeit ihrer revolutionären Kader den Kampfesgeist der deutschen Arbeiter wachgehalten und damit die wichtigste Voraussetzung für die Herstellung der Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern geschaffen.

Teure Genossen!

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird sich die Tradition, die sie in der Kommunistischen Internationale, unter der bolschewistischen Führung des Genossen Thälmann, nächst euch die stärkste Sektion der KI zu sein, erworben hat, auch in der Illegalität zu erhalten suchen. Sie findet die Kraft dazu, in der bolschewistischen Schulung ihrer Kader im Marxismus-Leninismus-Stalinismus, in den Lehren, die uns durch Genosse Stalin in der praktischen Anwendung dieser Lehren und im Kampfe gegen alle opportunistischen Abweichungen gegeben werden, in der bolschewistischen Disziplin und Kühnheit zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten und der Gewinnung der breiten werktätigen Massen. Von entscheidender Bedeutung dabei sind die grandiosen Erfolge und Siege, die unter Eurer Führung die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion im Aufbau der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft in der Durchführung des ersten Fünfjahresplanes erreichten und die zur Aufrichtung der Fundamente des Sozialismus führten, auf denen jetzt in der Durchführung des zweiten Fünfjahresplanes eine unausgesetzte Hebung des Wohlstandes der werktätigen Massen vor sich geht und die den Gegensatz zu dem Verfall der kapitalistischen Wirtschaft und der wachsenden Verelendung der werktätigen Massen immer krasser hervortreten lassen. Die Popularisierung Eurer sozialistischen Siege unter den Losungen der Kommunistischen Internationale sind uns eine gewaltige Handhabe, die werktätigen Massen von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zu überzeugen und sie für den Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Faschismus zu gewinnen. Ihr habt den Sozialismus unter Beweis gestellt und an den von Euch geschaffenen Tatsachen zerschellen alle Verleumdungen Eures Werkes und alle Versuche, das Proletariat von diesem Kampfe und von der Schaffung der Aktionseinheit zurückzuhalten.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion und die weltpolitische und weltökonomische Bedeutung, die sie auf Grund Eurer sozialistischen Siege und der Verstärkung der Sowjetmacht gegenüber dem Weltkapitalismus erlangte und die ihren Ausdruck in ihrer Einladung zum Eintritt in den Völkerbund und in dem Abschluß von Nichtangriffspakten findet, ist der stärkste Rückhalt des Weltproletariats in seinem Kampfe gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Faschismus. Die gesamten Lebensinteressen des Proletariats sind auf das engste mit denen der Sowjetunion verbunden und in ihrer Verteidigung gegenüber den imperialistischen Kriegsverbrechern verteidigt das Proletariat seine eigenen Lebensinteressen. Das wurde dem deutschen Proletariat durch den Hitler-Faschismus gründlich eingeprägt. Nur durch seinen Sturz und durch die Aufrichtung der Räte-macht wird es den Weg zur Freiheit und zum Wohlstand finden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands gelobt am 17. Jahrestage Eures ruhmreichen Sieges, ihre Reihen noch fester zu schließen, den Kampf gegen die faschistische Diktatur zu steigern, alle Kräfte an die Schaffung der Aktionseinheit des deutschen Proletariats zu setzen, die werktätigen Massen um das Banner der Kommunistischen Internationale zu vereinigen und damit die Niederlage Hitlers an der Saar, den Sturz der Hitler-Diktatur und des kapitalistischen Regimes und die Aufrichtung der Räte-macht vorzubereiten. Der nationalistisch-chau-

vinistischen Verhetzung der Massen durch den Faschismus stellen wir den proletarischen Internationalismus gegenüber und helfen damit an der Schaffung der Aktionseinheit des internationalen Proletariats zum Sturze des Weltkapitalismus.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe das mächtige Sowjetland des ruhmreichen Oktober!

Es lebe die Partei Lenins und Stalins!

Es lebe der Rote Oktober in Deutschland!

Es lebe der Weltoktober!

3. November 1934.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

**An die sozialdemokratische Gruppe um Aufhäuser  
Werte Genossen!**

Der heldenmütige revolutionäre Massenkampf des spanischen Proletariats und der nationale Befreiungskampf des katalanischen Volkes sind von größter Bedeutung für den internationalen antifaschistischen Kampf. Die mit dem Generalstreik und dem bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse gegen den Vormarsch der faschistischen und monarchistischen Reaktion in Spanien verbundenen internationalen Solidaritätsaktionen müssen in Deutschland gleichzeitig als Kampf gegen das faschistische Henker-Regime geführt werden.

Wir Kommunisten und die Massen der Antifaschisten in Deutschland wissen aus eigener Erfahrung, welche gewaltige Bedeutung die internationale Solidarität für die Unterstützung unseres Kampfes gegen die faschistische Herrschaft in Deutschland hat. Wir wissen, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und die sozialdemokratischen Gruppen im Lande ehrlich die Aktionseinheit mit der Kommunistischen Partei wollen. Die zahlreichen Beispiele des gemeinsamen Kampfes bestätigen das. Um so notwendiger ist es, daß die kommunistischen Parteioorganisationen und die sozialdemokratischen Gruppen aktive Solidarität über mit den antifaschistischen Kämpfern in Spanien, die die Arbeiter-Allianz verwirklicht und dem internationalen Proletariat ein leuchtendes Beispiel der Einheitsfront der Arbeiter gaben.

Ihr selbst habt in Veröffentlichungen erklärt, daß ihr für die Aktionseinheit seid. Die Lage der spanischen Arbeiterklasse erfordert dringend unmittelbares Handeln. Erfüllt von dem heißen Willen der Stärkung der internationalen Kampfsolidarität und Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen hat die Kommunistische Internationale an die Sozialistische Arbeiter-Internationale ein Angebot zur gemeinsamen internationalen Aktion für das werktätige Volk in Spanien gerichtet. Das Sekretariat der II. Internationale hat, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Zustimmung seiner Sektionen erklärt, es könne nicht vor dem 13. November Stellung nehmen. Wir bedauern, daß durch diesen Beschluß eine gemeinsame internationale Hilfsaktion zunächst unmöglich wurde. Ungeachtet dessen halten wir es aber für notwendig und möglich, in Deutschland sofort die Solidaritätsaktion einzuleiten.

Deshalb schlagen wir euch vor, gemeinsam mit uns den beiliegenden Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse und an alle Werktätigen zu richten und eure Anhänger aufzufordern, in der Richtung des Aufrufes zu wirken.

Solltet ihr mit unserem Vorschlag einverstanden sein, so könnte unverzüglich die Veröffentlichung erfolgen. Im anderen Falle erwarten wir eure Rückäußerung.

Mit proletarischem Gruß

24. Oktober 1934.

*Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).*

## Beschluß des Politbüros des ZK der KPD über die Durchführung der Diskussion zum VII. Weltkongreß der Komintern

Das Politbüro des ZK der KPD begrüßt den Beschluß des Präsidiums des EKKI, eine breite Diskussion über die Probleme des VII. Weltkongresses unter den Parteimitgliedern und der Arbeiterklasse durchzuführen. Das Politbüro weist hiermit alle seine Parteieinheiten und Fraktionen innerhalb der Massenorganisationen an, die Diskussion in Angriff zu nehmen durch eine gründliche Durcharbeitung der Probleme der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, durch die Teilnahme breiter Arbeitermassen, insbesondere der sozialdemokratischen Klassengenossen, vom stetigen Willen beseelt, die Einheit des Kampfes und der Aktion herzustellen. — Die tiefgehenden Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Leben in der letzten Etappe der Entwicklung der kapitalistischen Diktatur, haben besonders in Deutschland veränderte Klassenbeziehungen und veränderte Bedingungen des Klassenkampfes geschaffen, die veränderte, verbesserte, elastischere Formen und Methoden unserer Taktik notwendig machen.

Das deutsche Problem wird eines der wichtigsten Probleme des VII. Weltkongresses sein. Der Hitlerfaschismus spricht außenpolitisch die Sprache der Allentate, verhängnisvoller und blutiger diplomatischer Intrigen, die Sprache der fortgesetzten Provokationen, um morgen bereits offen die Sprache der Kanonen sprechen zu lassen. Innenpolitisch drückt die Faust des Terrors auf das werktätige Volk, um die Ausplünderung der Massen für das Monopolkapital zu erleichtern und zu ermöglichen. Bettelleupen, politischer Winterhilfeschwindel, Spazierfahrten einiger «Auserlesenen» durch «Kraft durch Freude», sind nur ein kümmerliches Feigenblatt des permanenten Bürgerkrieges der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten.

Die durch den erstarkenden Kampf- und Einheitswillen der proletarischen Klasse, durch die Schrumpfung der Massenbasis des Faschismus, durch die Teilkämpfe und beginnenden Widerstandsbewegungen verschiedenster Art in Verbindung mit der zunehmenden wirtschaftlichen Schwächung des deutschen Monopolkapitals hervorgerufene Krise der faschistischen Diktatur stellt die Partei vor die große Aufgabe, die Aktionseinheit, die Einheit unserer Klasse zu verwirklichen und die Kräfte aller werktätigen Schichten zum Sturz der faschistischen Diktatur und zur Errichtung der Räte-macht zu sammeln.

Heute bereits muß die Partei die Masse der Ausgebeuteten mobilisieren und organisieren zur Kampfes- und Aktionsgemeinschaft gegen das faschistische Arbeitsgesetz, gegen die reaktionären Betriebsordnungen, gegen die Vertreibung der Jugendlichen aus den Betrieben, gegen die Zwangsarbeitsdienstplicht, gegen die Militarierungs- und Kriegsrüstungsmaßnahmen der Bourgeoisie. Unser Kampf richtet sich weiterhin gegen die ständige Verschlechterung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen, gegen die Teuerung, gegen die sozialpolitischen und kulturellen Zwangsmaßnahmen des Faschismus. Wir propagieren und organisieren den Kampf für Lohn-erhöhung, für die Freilassung aller eingekerkerten Antifaschisten und unseres Führers und Genossen Thälmann. Gerade die wahnwitzige antisowjetische Kriegsbesetze des deutschen Faschismus erfordert von uns die Organisation einer breiten Verteidigungstront für die Sowjetunion.

Im einheitslichen Kampf, in der gemeinsamen Aktion für die Kampfforderungen der Werktätigen wollen wir ein immer engeres kameradschaftliches Vertrauensverhältnis zu unseren sozialdemokratischen Klassenbrüdern schaffen. Wir erstreben im Prozeß des gemeinsamen Kampfes die Voreinigung mit allen sozialdemokratischen Klassengenossen und ihren Gruppen auf dem Boden des Programms der Kommunistischen Internationale. Das Einheitsfrontangebot des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die II. Internationale mit seinem konkreten Vorschlag, durch gemeinsame Aktionen den heldenmütig kämpfenden spanischen Arbeitern und Bauern zu Hilfe zu eilen, die wiederholten Angebote unserer deutschen Partei zur Schaffung der Kampfes- und Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Kameraden und ihren Gruppen, die tatsächliche Organisation einer ganzen Reihe gemeinsamer Widerstandsbewegungen und die verschiedentlich bereits mit positiven Erfolgen einsetzende Organisation gemeinsamer Gewerkschaftsgruppen zeigt den zähnen Willen der Kommunisti-

schen Internationale und unserer deutschen Partei, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und durch die gemeinsame Aktion unseren gemeinsamen Feind, den Faschismus, niederzuringen.

Der sich in den kapitalistischen Ländern vollziehende breiter und tiefer werdende revolutionäre Aufschwung fand seinen Ausdruck in den heldenhaften Februartkämpfen des österreichischen Proletariats, in den heroischen Aufstandskämpfen der spanischen Arbeiter und Bauern, im Vormarsch der Einheitsfrontaktionen in Frankreich und an der Saar, in den gigantischen Streikämpfen in Amerika, in den Barrikadenkämpfen in Amsterdam und in den Niederlagen des Hitlerfaschismus bei den Vertrauensratswahlen, beim August-Plébizit und in der Welle von Widerständen der proletarischen Klasse gegen die faschistische Ausplünderungspolitik.

Die begeisterten Siege der roten Armee Sowjetchinas und der Triumph des Marxismus-Leninismus, der auf einem Sechstel der Erde durch den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion bereits weltverändernde Wirklichkeit geworden ist, gibt den Proletariern aller Länder gewaltige Kraft- und Energiequellen in ihrem Kampf für die Freiheit und den Sozialismus. Unter dem Banner von Marx und Engels haben die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, geführt von der eisernen bolschewistischen Partei Lenins und Stalins, allen Schwierigkeiten zum Trotz Siege über Siege errungen. Wir stehen vor dem Jahrestag der ruhmreichen Oktoberrevolution und grüßen heute in tiefer revolutionärer Verbundenheit das werktätige Volk der Weltheimat aller Unterdrückten und ihre Führerin, die KP, mit ihrem stahlharten Steuermann, dem Genossen Stalin an der Spitze.

Unsere Theorie, erhärtet durch den grandiosen Sieg der Bolschewiki, das theoretische Vermächtnis Lenins und die täglichen wegweisenden Lehren Stalins, sollen die Grundlagen unserer Diskussion und die Richtschnur unseres täglichen praktischen Handelns für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland sein.

Wir wollen durch die Erarbeitung der Probleme, durch die Auswertung der großen Erfahrungen des proletarischen Klassenkampfes, unsere Partei und damit die Arbeiterklasse stärken und anfeuern in der Verteidigung der Lebensinteressen der Schaffenden in Stadt und Land, in der Einbeziehung der Jugendlichen zum siegreichen Kampf für den Sturz der kapitalistischen Diktatur und die Errichtung der Räte-macht, in der Eröberung der städtischen Mittelschichten und werktätigen Bauern als Verbündete unserer Klasse.

Alle Fragen des praktischen Partei- und Arbeiterlebens, alle neu eintretenden Ereignisse der deutschen und Weltpolitik, wollen wir in die Diskussion einbeziehen. An allen unseren Diskussionen sollen in breitem Maße sozialdemokratische, christliche Arbeiter und Gewerkschaftskollegen aller Richtungen teilnehmen, um in verbesserter Taktik und Fortsetzung unserer bolschewistischen Strategie die Einheit des Kampfes und die Einheit unserer Klasse verwirklichen zu können.

Die Probleme des VII. Weltkongresses — das sind die Probleme der Gesamtarbeiterschaft, die Probleme auch der ausgebeuteten Mittelständler und schaffenden Bauern. Der VII. Weltkongreß ist der Kongreß des Kampfes um die Einheit unserer Klasse. Die Probleme des Weltkongresses, das sind die Probleme des Kampfes gegen den menschenvernichtenden Krieg, die Probleme dieser Weltkonferenz der Arbeiter und Unterdrückten aller Länder, das sind die Probleme des Sieges unserer Klasse, der Überwindung der kapitalistischen Lohnsklaverei und des Sieges des Sozialismus.

Führen wir die Diskussion über diese Fragen mit dem stolzen Bewußtsein unserer Klassenstärke und internationalen Kraft, mit dem festen Willen, in bolschewistischer Selbstkritik und in unermüdlichem Zweifrontenkampf gegen den rechten Opportunismus und seine linke Spielart, so wie es uns unser Ernst Thälmann, der treue Schüler Stalins, gelehrt hat. Lernen wir immer wieder von den Bolschewiki durch revolutionäre Zähigkeit und Festigkeit die Massen um unsere Partei zu scharen, dann schaffen wir die Voraussetzung des Sieges unserer Klasse, für die Errichtung der deutschen Sowjetmacht.

### Probleme zur Diskussion über die Fragen des VII. Weltkongresses

Für die Hauptpunkte, über die eine Diskussion durchgeführt werden soll, stellt das PB des ZK der KPD, ausgehend von der Tatsache, daß die deutsche Partei sich keineswegs nur auf die deutschen Fragen beschränken kann, sondern die Pflicht hat, ihren Beitrag zu liefern bei der Erörterung der großen internationalen Fragen der kommunistischen Weltbewegung, folgende Probleme zur Diskussion:

1. Die Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems überhaupt.
2. Die Depression besonderer Art und ihre Erscheinungsformen in Deutschland.
3. Die Frage des Verhältnisses zwischen Faschismus und Sozialdemokratie.
4. Die Krise der II. Internationale und die Rolle der Sozialdemokratie unter den veränderten Bedingungen in Deutschland.
5. Die Rolle Deutschlands als Hauptkriegstreiber in Europa und die Anwendung des Leninismus unter den heutigen Verhältnissen.
6. Unsere Programmerkklärung zur sozialen und nationalen Befreiung, Stellung zu Versailles, zur Saarfrage. Nationale Frage und proletarischer Internationalismus.
7. Die Bedeutung und Auswertung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und der Existenz Sowjetchinas für den antifaschistischen Befreiungskampf, für den Kampf um die Räte-macht in Deutschland.
8. Bolschewistischer Kampf für die Aktionseinheit und die Einheit der Arbeiterklasse.
9. Die objektiven Bedingungen für die proletarische Revolution und die Rolle des subjektiven Faktors.
10. Gewerkschaftsfragen und unsere Massenarbeit. Probleme der illegalen Gewerkschaften, Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen.
11. Unser bolschewistischer Zweifrontenkampf gegen den Opportunismus.
12. Fragen der Perspektive der Entwicklung.
13. Die Krise der faschistischen Diktatur und die Veränderung in der Massenbasis des Faschismus.
14. Das Problem der Verbündeten der proletarischen Revolution.
15. Die besondere Rolle der Jugend im Kampf gegen Krieg und Faschismus.
16. Aktuelle Organisationsprobleme der illegalen und halb-legalen Parteien.
17. Die Arbeit unter den bewaffneten Formationen der Bourgeoisie. Proletarische Klasse und Wehrproblem.

## Für die Aktionseinheit der Kommunisten und Sozialdemokraten

### Einheitsfrontangebot des ZK der KPD an alle sozialdemokratischen Gruppen und Leitungen

Das ZK der KPD teilt mit:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich zu wiederholten Malen, besonders in den letzten Wochen und Monaten, mit Appellen an die sozialdemokratischen Arbeiter, Funktionäre und Gruppen mit dem Angebot zur Schaffung der Aktionseinheit gegen die Kapitaloffensive und gegen den gemeinsamen Feind, den Hitlerfaschismus, gewandt. Dieser Ruf zur Kampfeinheit hat unter den Massen der Sozialdemokraten, der Gewerkschafter, wie der ganzen Arbeiterschaft starken Widerhall und lebhaften Zustimmung gefunden. In den verschiedensten Teilen des Reiches gelang es, durch Besprechungen und Vereinbarungen zwischen der Kommunistischen Partei, sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, Gruppen und Organisationseinheiten die Aktionseinheit für die Durchsetzung bestimmter Forderungen zu verwirklichen. Besonders erfolgreich wurde diese Einheitsfrontbewegung eingeleitet in Sachsen, Berlin, Thüringen und in einigen Städten des Westens. Vorbildlich ist der kühne Schritt zur Verwirklichung der Einheitsfront der Bezirksleitungen der KPD und SPD in Hessen-Frankfurt, die durch die Herausgabe einer gemeinsamen Plattform mit konkreten Aktionsforderungen und ihrer praktischen Durchführung der deutschen Arbeiterklasse ein Beispiel geben für die Schaffung der Einheitsfront der Tat.

Das ZK der KPD stellt fest, daß unter dem Drang dieses Einheitswillens der Arbeiter ein Kreis sozialdemokratischer Führer eine Plattform herausgegeben hat, in der die Bereitschaft zur Herstellung der Einheitsfront für die Durchsetzung bestimmter Arbeiterforderungen erklärt wird. Die Kommunisten, die im Saargebiet, in Frankreich, in Danzig und anderwärts leidenschaftlich und erfolgreich die Initiative zur Verwirklichung der Einheitsfront ergriffen, die sich durch die Kommunistische Internationale an die II. Internationale mit dem Angebot der Schaffung der Einheitsfront in allen kapitalistischen Ländern für die Unterstützung der heldenhaften Arbeiter und Bauern Spaniens wandten, wünschen nichts sehnlicher, als daß auch in Deutschland die Einheitsfront zum Kampfe auf breiter Grundlage verwirklicht wird.

Auch das ZK der KPD wandte sich in brüderlicher Verbundenheit mit den spanischen Arbeitern und Bauern mit einem Einheitsfrontangebot an die sozialdemokratischen Arbeiter, Gruppen und Organisationseinheiten und an jene sozialdemokratischen Führer, die ihre Bereitschaft zur Schaffung der Einheitsfront mit den Kommunisten erklärt haben, und schlug ihnen vor, Solidaritätsaktionen für die spanischen Klassen-genossen einzuleiten und diese Aktionen zu verbinden mit dem gesteigerten Kampfe gegen den faschistischen Feind im eigenen Lande, den Hitlerfaschismus. Zur beschleunigten Anbahnung und Verständigung über einheitliche Kampfmaßnahmen wählte das ZK aus seiner Mitte bevollmächtigte Genossen, die beauftragt wurden, mit den zur Schaffung der Aktionseinheit bereiten Gruppen- und Organisationsvertretern der SP Verhandlungen über die Durchsetzung folgender gemeinsamer Kampfforderungen zu führen:

1. Gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen den faschistischen Terror, gegen die Vollstreckung der Todesurteile, für die Befreiung Thälmanns, Mierendorffs und aller antifaschistischen Gefangenen.

2. Gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen Arbeitsgesetz, faschistische Betriebsordnung und Jugendeinsetzungsgesetz.

Es ist selbstverständlich, daß die Träger der Aktionseinheit sich gegenseitig jeder unsachlichen Angriffe enthalten, wie es ebenso selbstverständlich sein muß, daß die sachliche Austragung aller prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über die Theorie und Taktik der Arbeiterbewegung nicht behindert werden darf. Das ZK der KPD unterbreitet sein Kampfangebot der Arbeiterschaft Deutschlands mit dem eindringlichen Appell, von sich aus alles zu tun, der Aktionseinheit gegen Kapitaloffensive und faschistische Diktatur zum Siege zu verhelfen.

«Aktion gegen die Preissteigerung». Diese Preisaktion Hitlers ist vor allem von der Absicht diktiert, Lohnkämpfe zu verhindern. Was diese Aktion bedeutet und wie sie zu werten ist, zeigt die Praxis schon der wenigen Tage. In Breslau wurden am 3. November 24 Fleischerläden wegen Uberschreitung der Preise geschlossen, ebenso zwei Fleischergeschäfte in Berlin-Steglitz, mehrere Metzgereien in Fulda, eine Anzahl von Fleischerläden und Kolonialgeschäfte am 5. November in Kassel, vier Fleischerläden in Beuthen, einer in Hindenburg und ähnlich ging es in anderen Teilen des Reiches.

Die Preisaktion wird also von Hitler gegen Kleinhandlcr, auf die er die Empörung der Massen ablenken will, geführt, gegen den Einzelhandel, von dem sogar die «Frankfurter Zeitung» (7. November) schreiben muß:

«Der Einzelhandel verweist mit Recht darauf, daß seine Preise bisher weniger gestiegen sind als die entsprechenden Großhandelsziffern. Ein erheblicher Teil dieser Steigerung (des Großhandelsindex) ist der im agrarpolitischen Programm der Reichsregierung vorgesehene Preiskorrektur für landwirtschaftliche Erzeugnisse zuzuschreiben.»

Die Hitlerregierung, die im Interesse der Großagrarien, der Großhändler und der Rüstungen die Preise gesteigert hat, führt die Attacken der Preisaktion gegen — die verarmten Kleinhandlcr!

Der Preiskommissar Gördelcr ist denn auch der richtige Mann für die faschistische Diktatur. Gördelcr wurde schon einmal, 1931, unter der von dem SP-Vorstand tolerierten faschistischen Agrarpolitik und Preiskommissar. Die deutschen Werktätigen werden sich erinnern und müssen daran erinnert werden, daß Gördelcr damals unter dem Deckmantel der Preisherabsetzung einen — starken Abbau der Löhne herbeiführte. So wird auch jetzt die Tätigkeit Gördelcrs darin bestehen, durch einige demagogische Manöver eine Abschwächung der faschistischen Agrarpolitik und vielleicht durch eine Scheinmaßnahme gegen irgendeinen einzelnen Großbauern oder einzelnen Großhändler ein «Vorgehen gegen alle Preissteigerer» vorzutauschen, um in Wirklichkeit mit ganzer Wucht die Arbeiter, die Kleinhandlcr, die Klein- und Mittelbauern zu treffen.

Die «Preisaktion» wird keineswegs die Verteuerung im ganzen hintanhaltcn. Hitler wird natürlich seine massenfeindliche Agrar- und Rüstungs-Politik nicht aufgeben und die Möglichkeiten eines sozialen Manöviereus, eines Preisdruckes durch höhere Lebensmitteleinfuhr, sind angesichts der düsteren Devisen- und Rohstoff-Lager nur gering.

Die Teuerung geht weiter. Die Hitler und Gördelcr wissen und wollen das auch und ihre «Preisaktion» zielt nur darauf, das Steigen der Preise zu dosieren, in der Hoffnung, daß ein langsameres und allmähliches Steigen, kombiniert mit Demagogie und Terror, leichter ein Dämmen der Massenempörung und der Lohnkämpfe ermöglichen würde.

Die Preisaktion wird die Lebensmittelpreise weder senken noch auch nur halten, sondern höchstens dazu führen, daß Lebensmittel zurückgehalten werden, daß der Schleichhandel und das Hamstern aufblühen und von hintenherum doch höhere Preise gefordert werden, daß das Elend und der Hunger der Werktätigen noch größer wird. Dazu kommt der Lohnabbau, der jetzt auf Grund des faschistischen Arbeitsgesetzes und der Betriebsordnungen forciert werden soll.

Hunger über Deutschland, Hunger und noch schlimmere Not als bisher bedroht die deutschen Werktätigen.

Die Kommunisten sagen den Werktätigen, daß sie sich keinen Moment von der braunen «Preisaktion» täuschen lassen und daß sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen: Die Arbeiter dürfen sich nicht gegen die Kleinhandlcr und Kleinbauern hetzen lassen und umgekehrt. Vielmehr gilt es für alle Werktätigen, die Aktionseinheit gegen ihre Aushungerer zu schließen, gegen die Großkapitalisten, Junker, Industriellen, Großbankiers und deren faschistische Hitlerdiktatur. Die Aufgabe der Arbeiter ist es, jeden Lohnabbau abzuwehren und Lohnforderungen zum Ausgleich für die Teuerung zu stellen und durchzukämpfen. Die Arbeiter gehen gemeinsam mit den Kleinhandlcrn und Kleinbauern gegen den Preiswucher der Großagrarien und Großhändler, gegen den Zoll- und Steuerwucher der Hitlerregierung vor. Die Werktätigen der Stadt und die Klein- und Mittelbauern sollen, unter Bekämpfung der Zwangsablieferungen der Bauern an die Zentralstellen, direkt miteinander in Verbindung treten; Arbeiter und Geschäftsleute sollen direkt beim Bauern kaufen; alle Werktätigen zusammen alles tun, um sich im Kampfe gegen die Hitlerdiktatur und ihre Hunger-, Terror- und Kriegspolitik zu unterstützen mit dem Ziele, die Rätemacht herbeizuführen, die allen Brot, Arbeit und Wohlstand bringt.

### Resolution des ZK der KPD zu einigen Fragen der werktätigen Jugend

Das Zentralkomitee der KPD macht die Partei und die ganze Arbeiterklasse auf den Ernst der Lage aufmerksam, die sich aus dem bewußten Willen und den einseitigen Maßnahmen des Faschismus zur Organisation des imperialistischen Krieges ergibt. Durch seine Kriegsperspektive und von dem Bestreben geleitet, die Entfaltung der Kräfte des proletarischen Befreiungskampfes zu hemmen und zu unterdrücken, konzentriert der Faschismus große Kräfte auf die kriegsideologische Beeinflussung und Militarisierung der Jugend.

Alle seine Maßnahmen auf dem Gebiete der Jugendpolitik, z. B. der Arbeitsdienst, die Landhilfe, die «Gemeinschaftslager», Berufsschulen, Staatsjugendtag, «Kraft durch Freude» usw. sind dieser großen Linie der Politik des Krieges und des Bürgerkrieges gegen das werktätige Volk untergeordnet.

Alle diese Maßnahmen, insbesondere das Jugendeinsatzgesetz richten sich gegen die gesamte Arbeiterklasse, um die gemeinsame Kraft der Erwachsenen und Jugendlichen zu zersplittern und die Angriffe auf den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse zu erleichtern.

Die Partei als die Führerin und Interessenvertreterin der gesamten Arbeiterklasse hat die Aufgabe, die Gesamtarbeiterschaft einschließlich der Jugendmassen durch die Aktionseinheit mit sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern, Jungarbeitern, Gewerkschaftern und ihren Gruppen und Organisationen, gegen diese reaktionären Maßnahmen zu mobilisieren und den Kampf zu organisieren.

Unsere Partei trägt für die Organisation und Durchführung dieser Aufgaben gegenüber der Arbeiterklasse die volle Verantwortung. Sie ist verantwortlich dafür, daß der Kommunistische Jugendverband bei der Durchführung dieser Aufgaben durch eine kameradschaftliche Führung und Anleitung seitens der Partei zu ihrem besten Helfer wird.

Bei der Partei muß die Initiative liegen, daß durch das Herantreten unserer Parteieinheiten und unserer Jugendgruppen an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Mitglieder und Funktionäre an ihre örtlichen und bezirklichen Organisationen und Jugendgruppen, sowie an die christlichen Jugendgruppen die Herstellung der Aktionseinheit gefördert und beschleunigt wird.

Richtung und Ziel der Aktionseinheit müssen sein: kühne Verfechtung der materiellen Interessen der Jungwerk-tätigen, insbesondere durch den Kampf gegen das Jugendeinsatzgesetz, gegen die reaktionäre Landhilfe und den Arbeitsdienstzwang, für den gemeinsamen Aufbau von Jugendgruppen der Freien Gewerkschaften. — Gemeinsamer Kampf gegen die ideologische Vernebelung der Jugendlichen durch Chauvinismus, Rassenhetze, sozialdemagogische Phrasen, faschistischen «Kameradschafts-» und «Volksgemeinschafts»schwindel, für die Durchbrechung der faschistischen Kadaverdisziplin, für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Befreiung der werktätigen Jugend.

Partei und Jugendverband müssen eine systematische Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen, in den Sport- und Wehrorganisationen, besonders in der Hitler-Jugend leisten, um dadurch eine breite Opposition zu schaffen und diese Schichten in die Aktionseinheit einzubeziehen. Diese Arbeit wird politisch vertieft durch breiteste Propagierung unserer sozialistischen Weltanschauung und realen Zukunftsperspektive.

Die in den Jugendmassen schlummernde Begeisterung, ihre Opferbereitschaft und ihre Freude am wehrhaften Spiel und Waffenhandwerk müssen wir umleiten in die Bahnen der ideologischen und materiellen Kampferfütterung und Wehrhaftmachung für den Befreiungskampf des Proletariats.

Die Partei wird diese Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie ihre Abgeschlossenheit von den Jugendmassen und dem Jugendverband, sowie das vorhandene Sektierertum in der Partei und im KJVD gegenüber den Mitgliedern und Gruppen der SAJ und ehemaligen Gewerkschaftern, sowie gegenüber den christlichen Jungwerk-tätigen und ihren Organisationen überwindet.

Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Deutschlands.

## Es lebe die internationale Verbundenheit mit dem spanischen Proletariat!

Nachstehender Eilbrief wurde spanischen Schiffen in Hamburg zur Weiterleitung an die spanischen Kommunisten übergeben.

„An das ZK der KP Spaniens.

Teure Genossen! Aus den Tiefen des unterirdischen Kampfes der deutschen Antifaschisten grüßen wir Euch, Ihr tapferen revolutionären Arbeiter und Bauern Spaniens. Das ganze deutsche Proletariat verfolgt in tiefer Verbundenheit und solidarischer Treue Eure heroischen Aufstandskämpfe und Massenstreikaktionen. Euer mutiger Kampf gegen

die faschistisch-monarchistische Reaktion feuert den unsrigen an und gibt der deutschen Arbeiterklasse neue Impulse in ihrem Kampf gegen das Hitlersche Henkerregime. Wir wenden uns an die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeitergruppen, an die Gewerkschaftler aller Richtungen, um durch wuchtige Manifestationen der Einheitsfront, durch revolutionäre Kampfhandlungen aller Art, Euren heroischen Kampf zu unterstützen. Euer heldenhafter Kampf lehrt gerade in dieser Stunde die deutsche Arbeiterklasse wieder die große Bedeutung des Streiks und General-

streiks. Euer bewaffneter Massenkampf lehrt die Unterdrückten Deutschlands, daß nur das Bündnis der Arbeiter und Bauern unter Führung einer stahlharten bolschewistischen Partei siegreich sein kann.

Es lebe der Freiheitskampf der spanischen und deutschen Arbeiter und Bauern! Es lebe unsere Kommunistische Partei! Es lebe die spanische und deutsche Revolution!

Zentralkomitee der KPD.

Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg.“



## Offener Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

An alle Sozialdemokraten! An alle Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen!  
An alle Kollegen in der „Arbeitsfront“!

Kollegen! Ein erbittertes Ringen vollzieht sich in den Betrieben. Durch Lohnraub, durch Ausplünderung des ganzen werktätigen Volkes und durch kriegerische, chauvinistische Abenteuer versucht der Faschismus, die Lebensfristen des sterbenden Kapitalismus zu verlängern. Mit der Durchführung der faschistischen Betriebsordnung schreiten die Ausbeuter zur verstärkten Kapitaloffensive gegen uns Arbeiter. Das «Arbeitseinsatzgesetz» mit der Entlassung der Jugend aus den Betrieben, ist ein Angriff auf die Löhne aller Arbeiter. Dieses volkfeindliche Gesetz soll die verschleierte Einberufung unserer Betriebsjugend zum drohenden imperialistischen Massenmord bringen. Die Bourgeoisie spekuliert bei ihrem Erpressungsfeldzug gegen uns, auf die Aufrechterhaltung der Spaltung unserer Klasse. Wir müssen ihr die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer Kraft, die Einheit in der Aktion entgegenzusetzen.

Gegen die drohende Macht der proletarischen Aktionseinheit konzentrieren sich alle Anstrengungen der faschistischen Machthaber bis zur jüngsten Verordnung Hitlers zur Umbildung der «Arbeitsfront» und der NSBO. Eine Nebelwand faschistischer Phrasen wird von den braunen Propagandisten der Trusts und Konzerne aufgerichtet, um diese Reorganisation als «Krönung des gigantischen Aufbauwerkes deutscher Volksgemeinschaft» zu verherrlichen. Die Millionenmassen in der «Arbeitsfront» sollen nicht erkennen, daß sie mit dem Machwerk der Hitler und Ley auch des letzten Scheins von Mitbestimmung in den «Fragen des materiellen Seins» beraubt werden sollen. Mit dem «Arbeitseinsatzgesetz» und seiner faschistischen Betriebsordnung wollen die Ausbeuter ihren provokatorischen Herr-im-Hause-Standpunkt zum Gesetz erheben. Die Hitler und Ley erklären, daß das die «Arbeitsfront»-Mitglieder nichts angehe und ihre Interessen «jenseits der Magenfrage zu liegen haben». Die faschistische Volksgemeinschaft brachte den Unternehmern Milliarden-Subventionen und fette Dividenden. Die Arbeiterschaft aber soll von den ideellen Gütern der Volksgemeinschaft, von gleichenden Rundfunk-Reden, Parademärschen und kriegsheizerischen Reden satt werden.

Kollegen in der «Arbeitsfront», insbesondere ihr sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschafter!

20 und 30 Prozent unseres Lohnes haben uns die kapitalistischen Räuber schon in anderthalb Jahren gestohlen. Jetzt wollen sie uns mit dem Arbeitsgesetz jede Garantie auf den Mindestlohn nehmen und das Anreibeprinzip des Leistungslohnes einführen. Sie wollen unsere Jugend von den Arbeitsplätzen vertreiben und damit die Löhne der Erwachsenen noch tiefer drücken. Sie kommen wieder mit ihren Bettleibchen und ihrer Spendenerpressung. Wir werden mit Ersatzstoffen beglückt. Die Preise jagen nach oben.

Haß und Ingrimm gehen durch die Reihen der Belegschaften. Die Kameraden ballen die Fäuste in der Tasche. Hundertmal sagt es ein Kollege dem andern: «Wenn wir einig wären, wenn wir geschlossen handeln und Widerstand leisten würden, dann würden wir es denen da oben schon zeigen!» Aber diese dumpfe Haßstimmung der Kollegen muß umgewandelt werden in Entschlossenheit zum gemeinsamen Handeln. Gerade wir Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter sind es, die als Helfer, Berater und Organisatoren beispielgebend und anfeuernd den Widerstand der Belegschaften, die Kampfaktivität der Massen organisieren und entwickeln müssen. Wenn wir uns unter uns darüber einig sind und in der Aktionseinheit zusammenschließen, wird das vorwärtstreibend auf alle Arbeiter wirken. Formulieren wir darum in allen Abteilungen, Werkstätten und Betrieben die Wünsche und Forderungen der Belegschaften, Erheben wir diese Forderungen von Mund zu Mund in Flugblätter und Betriebszeitungen. Schlagen wir den Betriebskollegen vor, gemeinsam Delegationen zu den Vertrauensräten, den Betriebsdirektionen und zu den Leitungen der «Arbeitsfront» zur Ueberbringung der Belegschaftsforderungen zu entsenden. Brechen wir die faschistische Kadaver-Disziplin durch Organisation des Widerstandes gegen die militärischen Betriebszöpfe, durch Entfesselung von Diskussionen über die Arbeiterforderungen an den Arbeitsplätzen, durch die Forderung auf Einberufung von Belegschafts- und «Arbeitsfront»-Versammlungen und durch das mutige und kluge Auftreten in ihnen. Schaffen wir uns Einheitskomitees, Kampforgane aus der Mülle unserer Kameraden. Steigern wir so Schritt um Schritt

den Kampfeswillen der Belegschaft bis zur Massendiskussion in den Betrieben, bis zur Verlangsamung der Arbeit, zur passiven Resistenz, bis zum Stillsetzen der Maschinen, bis zum Streik! Vereinigen wir so die Arbeitermassen in der Aktionseinheit, im Kampf für die Verteidigung der Arbeiterinteressen, gegen Kurzarbeit und Jugendentlassungen, für Teuerungszulagen, für die Er kämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, für das Selbstbestimmungsrecht bei der Wahl unserer Vertrauensleute, für Koalitionen- und Streikfreiheit!

### Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der «Arbeitsfront»!

Die faschistische Kapitalsdiktatur zittert vor der Möglichkeit, daß die in der Arbeitsfront zwangsorganisierten Millionenmassen sich zum zielbewußten Handeln einigen könnten. Wir wollen gemeinsam mit euch, sozialdemokratische Genossen, Gewerkschaftskollegen, euren Gruppen und Organisationen, diese Massenfront organisieren. Schaffen wir eine breite Oppositionsbewegung in allen Gliederungen der «Arbeitsfront», um das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, um die Wählbarkeit der Funktionäre, um das Recht auf Versammlungs- und Diskussionsfreiheit, um das Kontrollrecht der Mitglieder über die Verwendung der Beitragsgelder, zur Durchsetzung der betrieblichen Interessen der erwachsenen und jugendlichen Arbeiter. Nehmen wir uns die zahlreichen Beispiele als Vorbild, wo Betriebsfunktionäre in der «Arbeitsfront» ihre legalen Funktionen als Unterkasserer, Vertrauensräte usw. wahrnahmen. Mitglieder der «Arbeitsfront» zu losen Gruppen zu vereinigen und sie für die verschiedensten Formen des Protestes und des Widerstandes zu gewinnen. Vor allem: vor uns steht die Aufgabe, solche Gruppen massenmäßig zu schaffen und sie zu Kraft- und Organisationszentren des Widerstandes heranzubilden.

Sozialdemokratische Klassengenossen und Gruppen, freigewerkschaftliche und christliche Gewerkschaftskollegen! Der Faschismus hat uns unsere Gewerkschaften zerschlagen, aber er konnte die gewerkschaftlichen Klassen Traditionen nicht vernichten. Vierterorts sind ehemalige freigewerkschaftlich organisierte Mitglieder und Funktionäre, Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam und entschlossen daran gegangen, die freien Gewerkschaften als illegale Klassenorganisationen wieder aufzubauen, um organisierter und entschlossener den Kampf gegen die Kapitalangriffe, für die Belegschaftsforderungen führen zu können. Wir Kommunisten begrüßen die Initiative dieser Kollegen auf das wärmste und erklären unsere feste Entschlossenheit, aktiv und mit allen Kräften diese Wiederaufbauarbeit zu unterstützen und zu fördern. Wir Kommunisten werden alles tun und jede Maßnahme ergreifen, dem von der faschistischen Staatsgewalt geschützten skrupellosen Unternehmertum die gewerkschaftlich organisierte Massenkraft des Proletariats entgegenzusetzen. Jeder Schritt auf dem Wege des Widerstandes gegen Kapitaloffensive in den Betrieben, jede Oppositionsbewegung, jeder Protest, jede Aufrührung gegen die Politik der braunen Bürokratie in der «Arbeitsfront» wird die Arbeitermassen kühner und entschlossener machen in der Organisation der eigenen gewerkschaftlichen Kampfkraft. Andererseits wird der Wiederaufbau der freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen die mächtige Stütze für ein einheitlich organisiertes bewußtes Handeln gegen Kapitaloffensive und faschistische Kapitalherrschaft sein. Wir wollen, fußend auf den Klassen Traditionen der freien Gewerkschaftsbewegung, den Arbeitern wieder die Kampfswaffe geben, die in Streiks und Massenstreiks die Rechte der Arbeiter verteidigte und die Angriffe der Reaktion zurückschlug.

Sozialdemokratische Arbeiter, Gewerkschaftskollegen, Mitglieder und Funktionäre! Wir Kommunisten erklären erneut unsere Entschlossenheit und unsere unbedingte Bereitschaft mit euch und euren Gruppen, mit den freien Gewerkschaftern und ihren bestehenden Gruppen die Aktionseinheit zu verwirklichen und an den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften heranzugehen. Wir richten unser Angebot auch an alle ehemaligen freigewerkschaftlichen Leitungen, die zur gemeinsamen Durchführung dieser Kampfaufgaben bereit sind. Verbinden wir die Herstellung der Aktionseinheit für die Tagesforderungen der Arbeiter in jedem Betrieb mit dem Aufbau betrieblicher Gewerkschaftsgruppen, gewerkschaftlicher Vertrauensleutkörper

und Jugendsektionen. Verwirklichen wir die Gewerkschaftseinheit überall dort, wo RGO-Gruppen, rote Verbände oder sozialdemokratische Gewerkschaftsgruppen noch nebeneinander bestehen, durch die Vereinigung in einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Der gemeinsame Kampf gegen Faschismus und Kapitaloffensive muß das für uns alle einigende Band sein, dem alle etwa noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten untergeordnet werden müssen.

Auch an euch, *christliche Kameraden*, geht unser Appell zur Aktions- und Gewerkschaftseinheit! Dort, wo früher größere christliche Gewerkschaftsverbände vorhanden waren, darf heute selbstverständlich von keiner Seite aus die Frage des Namens ein Hindernis für die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit sein. Die Schlagkraft unserer Organisationen gegen den gemeinsamen Feind und das demokratische Bestimmungsrecht der Mitgliedschaft innerhalb dieser Organisationen zu sichern, das muß der Geist sein, der uns bei unserem gemeinsamen Aufbauwerk beherrscht.

*NSBO-Kameraden! SA-Arbeiter!* An vielen Betriebsbewegungen und Widerstandsaktionen habt ihr bereits aktiven Anteil genommen. Größer wird die Zahl derer unter euch, die mit dem Volksgemeinschaftsschwindel, mit dem ausbeuterischen

Führerprinzip Schluß machen und sich weigern, die ihnen zugeordnete Rolle als Unternehmerspitze und Lobredner der Ausbeutung zu spielen. Auch an euch geht unser Ruf zur Kampfeinheit! Oppositionelle NSBO- und SA-Kameraden, reißt auch ihr euch ein in die Betriebsgruppen der Freien Gewerkschaften!

*Arbeiter Deutschlands!* Vereinigen wir uns zur großen brüderlichen Gemeinschaft der Tat! Wir sind mächtig, wenn wir einig sind und einheitlich handeln!

Nieder mit dem faschistischen Arbeitsgesetz, den Unternehmer-Betriebsordnungen und dem Jugendeinsatzgesetz!

Es lebe die Aktionseinheit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern!

Es lebe die Kampfeinheit der Millionenmassen in der <Arbeitsfront>!

Für Arbeit, Brot und Freiheit!

Es lebe der Sozialismus!

Berlin, Mitte November 1934.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

# Die Kommunistische Partei Deutschlands im Kampfe für die Einheitsfront

## Zum Einheitsfrontangebot des ZK an die Gruppe „revolutionärer Sozialisten“

Vom ZK der KPD wird uns geschrieben:

Der Faschismus konnte in Deutschland sein Henkerregiment nur aufrichten, weil das Proletariat gespalten war. Er konnte sich bis zum heutigen Tage nur behaupten, weil die deutsche Arbeiterklasse sich noch nicht in einer einzigen großen Kampffront vereinigt hat. Jeder Arbeiter fühlt das und unsere ganze Klasse drängt nach Einheit.

Es liegt in der Hand der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, dieser Sehnsucht der deutschen Arbeiterklasse nach Kampfeinheit durch das lebendige Beispiel und die Tat Form, Inhalt und organisierende Kraft zu geben. Sie sind es, die sich in erster Linie verständigen und zusammenschließen müssen zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus. Das Beispiel ihres gemeinsamen Handelns wird der ganzen Arbeiterklasse verstärktes Kraftbewußtsein verleihen.

Schon ist an den verschiedensten Stellen im Reiche, in Betrieben, Städten, ja im Bezirksmaßstabe, von unten auf und auf Grund des Rufes der KPD an die sozialdemokratischen Arbeiter, Gruppen und Organisationen die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entstanden. Wo es zur Herstellung der Einheitsfront kam, wurde das von den Massen mit Begeisterung aufgenommen und stärkte ihr Kraftbewußtsein und ihren Widerstandswillen.

Diese wachsende Einheitsfront in Deutschland ist ein Teil jener unwiderstehlich heraufwachsenden internationalen Einheitsfront, die sich an der Saar, in Frankreich, in Oesterreich, in Spanien und in anderen Ländern dem Faschismus entgegenwirft, die ihren kühnsten entschlossensten Verfechter findet in der Kommunistischen Internationale mit ihrem Einheitsfrontangebot an die II. Internationale zur Herstellung der internationalen proletarischen Aktionseinheit gegen Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr.

Unter dem Eindruck dieses Massenwillens zur Kampfeinheit haben nun auch eine Anzahl sozialdemokratischer Führer in einer unter ihnen festgelegten politischen Plattform des «Arbeitskreises revolutionärer Sozialisten» ihre Bereitschaft zur Einheitsfront mit den Kommunisten erklärt. Auch Aufhäuser und Böchel erklärten in einigen Artikeln die Notwendigkeit der Einheitsfront gegen den Faschismus. Aufhäuser und Böchel sind Mitglieder des Prager Parteivorstandes der SPD, der bisher in seiner Mehrheit jede Einheitsfront mit den Kommunisten abgelehnt hat und offen seine Koalitionsbereitschaft mit Teilen der Bourgeoisie propagiert.

Wir Kommunisten begrüßen jeden Schritt, der der Herstellung der Aktionseinheit zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Massen dienlich ist. Wir wissen, daß die Kampfgemeinschaft zwischen den Kommunisten und den sozialdemokratischen Arbeitern, Gewerkschaftern und ihren Gruppen und Organisationen die Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterklasse ist. Wir handeln damit im Sinne unseres Führers Ernst Thälmann, dessen ganze Politik auf die Herstellung der Einheit unserer Klasse gerichtet war.

Unsere Partei hat sich darum bereits mehrfach zur vorbehaltlosen und uneingeschränkten Kampfeinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Gruppen und Organisationen bereit erklärt. Und so wandte sich das ZK der KPD unmittelbar nach der Veröffentlichung der oben genannten Erklärung einiger sozialdemokratischer Führer und im Zusammenhang mit dem Angebot der Kommunistischen Internationale an die Gruppe um Aufhäuser mit einem Angebot.

Dort wurde vorgeschlagen, in einem gemeinsamen Aufrufe die Sozialdemokraten und Kommunisten aufzufordern, die Aktionseinheit herzustellen:

«für die Unterstützung der spanischen Arbeiter in ihrem heroischen Kampf gegen den Faschismus, für den Kampf gegen den faschistischen Terror im eigenen Lande, für die Befreiung Thälmanns und Mierendorfs und aller politischen Gefangenen, für den Kampf gegen das faschistische Arbeitsgesetz, die reaktionären Betriebsordnungen und das Jugendverklavungsgesetz.»

Gleichzeitig bestimmte das ZK seine Vertreter zur direkten Verhandlung mit dem «Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten», um eine Verständigung über sofort einzuleitende konkrete

Schritte für den gemeinsamen Kampf zwischen der Kommunistischen Partei und den sozialdemokratischen Organisationen herbeizuführen.

Die sozialdemokratischen Führer Aufhäuser und Böchel, die als Beteiligte an der Plattform des «Arbeitskreises revolutionärer Sozialisten» und in verschiedenen Artikeln ihre Bereitschaft zur Aktionseinheit erklärt hatten, lehnten aber die Annahme des konkreten Kampfangebots des ZK der KPD ab mit der Begründung, die ihnen nahestehende Richtung sei lediglich eine Gruppe innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und keine Körperschaft. Sie seien daher weder beschluß- noch verhandlungsfähig. Siegfried Aufhäuser erklärte weiterhin, es sei unzumutbar, dem Beschluß des Büros der II. Internationale zum Kampfangebot der Kommunistischen Internationale durch einen Einzelbeschluß vorzugreifen.

Mit großer Enttäuschung werden die dem «Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten» und anderen Gruppen der Sozialdemokratie nahestehenden Arbeiter von dieser Ablehnung des Kampfangebots des ZK der KPD durch Aufhäuser und Böchel Kenntnis nehmen.

Wir fragen unsere sozialdemokratischen Genossen, ihre Organisationseinheiten und Leitungen: Darf in diesem Augenblick, da der deutsche Kapitalismus durch Arbeitsgesetz, Betriebsordnung und Jugend-Einsatzgesetz zum Frontalangriff auf unsere Klasse übergegangen ist, auch nur der geringste Tempo- und Zeitverlust in der Schmiedung der Aktionseinheit entstehen? — Kann und darf durch die Ablehnung beziehungsweise Hinausschiebung eines gemeinsamen Paktes mit der praktischen Organisation und Durchführung des einheitlichen Kampfes gegen den faschistischen Terror, für die Freilassung unserer antifaschistischen Gefangenen, für die Unterstützung der spanischen Freiheitskämpfer gewartet, darf die Einheitsaktion noch weiter hinausgezögert werden? — Nein, hundertmal nein! Die unmittelbare Schaffung der Aktionseinheit in den Betrieben, Wohngebieten, in den Orten und Bezirken, kann den Abschluß des auch von uns Kommunisten erstrebten zentralen Kampfpaktes nur beschleunigen.

Ungeachtet also der Tatsache, daß das ZK der KPD durch seine Vertreter die Bemühungen beharrlich fortsetzt, mit dem «Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten» und anderen sozialdemokratischen Gruppen und Leitungen zu einer Verständigung über gemeinsame Kampfmaßnahmen der Einheitsfront zu gelangen, ruft das ZK der KPD alle kommunistischen und sozialdemokratischen Mitglieder, Leitungen und Organisationen auf, ohne Verzögerung von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort, von Einheit zu Einheit sich zu verständigen, zu festen Vereinbarungen über die Organisation und Führung der betrieblichen und örtlichen Kämpfe zu gelangen und zur Bildung von Aktionskomitees zu schreiten.

Wir Kommunisten wollen uns mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und ihren Organisationen verständigen, wie wir auf Grund der konkreten Verhältnisse eines Betriebes, eines Arbeitsdienstlagers, einer Stempelstelle, eines Ortes, die Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungproletarier gegen die Betriebsordnungen, gegen Jugendentlassung und Militarisierung, für Lohnerhöhung, Teuerungszulagen und Winterforderungen, für die Befreiung unserer politischen Gefangenen in den Kampf führen können.

Wir wollen uns verständigen, in welchem Betrieb, in welcher Industriegruppe wir daran gehen, die Freien Gewerkschaften als Kampforganisationen wieder aufzubauen und in der Arbeitsfront den Widerstand und die Opposition zu organisieren.

Alle Freunde und Vorkämpfer der großen Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse sollen sich ein Beispiel nehmen an dem Bezirk Hessen-Frankfurt, wo auf der Grundlage eines gemeinsamen Kampfpaktes zwischen den Bezirksleitungen der KPD und SPD konkrete Aktionsvereinbarungen zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen und damit ein vorbildliches Beispiel der Einheitsfront der Tat geschaffen wurde.

Dieses Beispiel von Hessen-Frankfurt und eine Reihe anderer Beispiele in anderen Teilen des Reiches vermitteln uns bereits konkrete Erfahrungen, wie alle Theorien des «Abwartens bis

sich die Spitzen geeinigt haben», im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus überwunden werden können und müssen.

Wir Kommunisten machen keine Einheitsfrontmanöver. Unser Einheitsfrontangebot ist ein ehrliches und offenes Angebot zur Schaffung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitaloffensive, gegen die faschistischen Kriegstreiber, für den Sturz der faschistischen Diktatur.

Im Rahmen dieser Kampfgemeinschaft gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus, müssen sachliche gegenseitige Angriffe selbstverständlich unterbleiben. Es muß ebenso selbstverständlich sein, daß die sachliche Austragung aller prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über den Weg zum Sozialismus, über die Theorie und Taktik der Arbeiterbewegung nicht behindert werden darf.

Wir Kommunisten können und werden nicht darauf verzichten, die sozialdemokratischen Klassengenossen kameradschaftlich darauf hinzuweisen, daß die Politik des Prager Parteivorstandes, die auf eine Koalition mit der Bourgeoisie abzielt, von verhängnisvollen Folgen für die Arbeiterklasse ist und werden kann. Wir Kommunisten werden mit den sozialdemokratischen Arbeitern über die neue politische Plattform des «Arbeitskreises revolutionärer Sozialisten» diskutieren, die in ihrer Konsequenz nicht zur Liquidierung der Spaltung der Arbeiterklasse und nicht zum Siege führt.

Wir Kommunisten werden die sozialdemokratischen Massen für unsere Ueberzeugung zu gewinnen versuchen, daß nur das bolschewistische Beispiel, die Diktatur des Proletariats, wie sie in der Sowjetunion zum Siege und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft führte, daß nur die im Programm der Kommunistischen Internationale und im Befreiungsprogramm der KPD niedergelegten Grundsätze, daß nur die Theorie und Taktik des Marxismus-Leninismus zur Befreiung der deutschen Arbeiterklasse führen werden.

Aber das ZK der KPD wiederholt und unterstreicht, daß die notwendige Klärung aller bestehenden prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten kein Hindernis sein darf für die Herstellung der proletarischen Aktionseinheit.

Um durch gemeinsame tagtägliche Kampforganisation gegen Kapitaloffensive, Faschismus und Kriegsgefahr die Fristen bis zum Sturz der faschistischen Diktatur abzukürzen, ist das entschlossene Handeln, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, als der einzigen Trägerin einer sozialistischen Zukunft, ist die Einheit der Tat das Gebot der Stunde. Wir Kommunisten sind dazu bereit und entschlossen.

## Der Thälmann-Prozess beginnt!

Die Henker der deutschen Arbeiterklasse fordern den Kopf des Führers der K.P.D. - Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen mit den Kommunisten in vorderster Front für die Befreiung Ernst Thälmanns - Alle Feinde der kapitalistischen Unterdrückten fordern: Freiheit für den Führer der deutschen Arbeiterklasse, den Freund des Mittelstandes und der werktätigen Bauern.

Nach über 18 Monaten Untersuchungshaft, von den Gestapo-Leuten des Herrn Göring blutig geschlagen, soll in aller Heimlichkeit, die schlechtes Gewissen verrät, der Prozeß gegen Ernst Thälmann beginnen. Ernst Thälmann ist der beliebte und mutige Vorsitzende der K.P.D. Er ist ihr bester Repräsentant. Die K.P.D. kämpft geschlossen für die Freilassung Ernst Thälmanns und aller eingekerkerten Antifaschisten. Ernst Thälmann ist noch mehr: Er ist der Führer aller Unterdrückten gegen die brutale Kapitalsherrschaft über Deutschland, er ist das Symbol des unerschrockenen Freiheitskampfes gegen die faschistische Diktatur, gegen die Katastrophenpolitik Hitlers, für die Herrschaft der Armen und Unterdrückten, für die proletarische Diktatur und den Sozialismus. Darum stehen die Arbeiter geschlossen für ihren Führer ein, darum haben zu zehntausenden und hundertaufenden sozialdemokratische Arbeiter in Berlin, in Sachsen, in Westdeutschland, in Hamburg, in allen Gauen, in Stadt und Land ihre Bereitschaft erklärt für seine Befreiung zu kämpfen. Die Herren Fabrikbesitzer und Bankhären wissen, hier geht es nicht um eine Person, hier geht es um den Kopf der deutschen Arbeiterklasse. Die Hitler, Goebbels und Göring sollen das Bluthandwerk für sie besorgen. Überraschend soll der Prozeß beginnen, um die werktätige Bevölkerung zu überrumpeln.

Der furchtbarer Hungerwinter steht den Massen im Dritten Reich bevor. Hitler und Kumpane, deren großkapitalistische Politik Deutschland in die Katastrophe führt, die das Volk im Interesse eines Häufleins von Millionären und Parasiten ausplündern, fürchten die steigende Empörung und den wachsenden Kampfwillen der notleidenden Bevölkerung. Sie fürchten die Aktionseinheit der Arbeiter, die von der K.P.D. formiert wird.

Durch vermehrten Terror und Lügenhetze wollen nun die Hitler, Blomberg, Göbbels die Werktätigen täuschen und einschüchtern, um sie niederzuhalten, um sie noch mehr auszurauben, um die Dividenden der Kapitalisten zu erhöhen, um die Kriegsrüstungen zu beschleunigen. Darum haben die faschistischen Diktatoren eine neue Terrorwelle angeordnet. In allen Teilen des Reiches werden Prozesse gegen aufrechte Freiheitskämpfer, gegen die besten Söhne des Volkes durchgeführt und unerhörte Zuchthausurteile und auch Todesurteile gefällt. Nun soll der Blutprozeß gegen Ernst Thälmann folgen.

Ernst Thälmann ist der Vorkämpfer der Arbeiterklasse, des Mittelstandes und der schaffenden Bauern. Ernst Thälmann ist der Streiter für ausreichende Löhne und Unterstützungen, gegen Steuerraub und Zollwucher, der Streiter gegen „Arbeitsgesetz“ und Zwangsarbeit. Ernst Thälmann ist der Repräsentant des Kampfes gegen chauvinistische Kriegstreiberei, gegen Versailles und gegen die antibolschewistische Kriegshetze, der Repräsentant des proletarischen Internationalismus. Ernst Thälmann ist der Bannerträger des Kampfes gegen die großkapitalistische Ausbeuterherrschaft und Unterdrückung, der Bannerträger der Freiheit, des Sozialismus und des Aufstieges. Ernst Thälmann ist der Freund und Helfer der Jugend, die unter Hitler dem sittlichen Verfall und der bittersten Not durch die Zwangsrekrutierung aus den Betrieben in die Landhilfe preisgegeben ist.

Die braunen Bankrotteure schleppen Ernst Thälmann vor den faschistischen „Volksgerichtshof“, vor dieses allem Recht hohnsprechende Parteigericht der Nazi-Bonzen im Bunde mit den Reichswehroffizieren, um Euch, werktätige Männer, Frauen und jugendliche Deutschlands, zu treffen.

Sie wollen den Thälmann-Prozeß mittels gekaufter Kreaturen und meineidigen Gesindels zu einer Lügenhetze gegen den Kommunismus gestalten um Euch Werktätige an das Kapital zu ketten und vom Kampf für Eure Tagesforderungen und für ein soziales Deutschland abzuhalten. Sie wollen Thälmann unakonisch verurteilen, um Euch Werktätige, de-to brutaler zu Boden zu werfen. Der braune Prozeß gegen Thälmann ist eine Attacke gegen Euch alle Werktätige in Stadt und Land. Euer Kampf für Thälmann ist ein machtvoller Gegenschlag für das Interesse des deutschen Arbeitervolkes, für Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus.

Kurz vor dem 7. November, dem denkwürdigen Tag des Sieges der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion will die finstere Reaktion ihre blutige Tat gegen die fortschrittliche proletarische Armee, gegen den Sozialismus vollenden. Die Arbeiterarmee der ganzen Welt marschiert für die Freiheit Ernst Thälmanns auf. In Moskau zählt sie Millionen, in Paris, London, Chicago, New York, San Francisco, Barcelona kämpfen Arbeiter, Bauern und Intellektuelle den gemeinsamen Kampf für unseren Führer, für das deutsche Proletariat. Die internationale Solidarität, die internationale Einheit der Aktion lebt und marschiert. Die ganze Welt blickt auf uns deutsche Arbeiter. Hunger, Not, Lohnraub und Terror haben die deutsche Arbeiterklasse zusammengeschweißt. In einer Frage sind wir uns alle einig, ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob ehemals Freigewerkschaftler, ob Geschäftsmann, armer Bauer oder Landarbeiter und betrogene Jugend:

**Der Justizmord an Ernst Thälmann muß verhindert werden!**

Wir müssen in einheitlicher Front für die Freilassung Ernst Thälmanns kämpfen. Wir alle haben die Erfahrung gemacht: Unter Hitler herrscht Hunger und Not — Unter Thälmann gibt es Freiheit und Brot!

Darum schließt Euch zusammen zur Einheit der Tat!

Arbeiter in den Betrieben und auf den Baustellen am Tage des Prozeßbeginns erhebt Euch geschlossen zu wüchtem Protest. Wendet alle Mittel des antifaschistischen Massenkampfes bis zur passiven Resistenz und zum Streik an unter der Losung:

**Freiheit für Thälmann!**

Sozialdemokratische Arbeiter schreibt, wenn ihr zusammenkommt, an Euren Freund und unbeugsamen Revolutionär im U. G. Berlin-Moabit und fordert

**Freiheit für Thälmann!**

Mitglieder der Sportverbände schreibt an Häuserfront die Parole

**Freiheit für Thälmann!**

Jungarbeiter in den Arbeitsdienstlagern sprengt die Ketten der Zwangsarbeit, demonstriert unter der Parole

**Freiheit für Thälmann!**

Mitglieder der Arbeitsfront prangert die korrupten Beitragsräuber in der D.A.F. mit Ley an der Spitze, an und fragt in den Versammlungen, warum der ehrliche, selbstlose und mutige Kämpfer für die Interessen der Gewerkschaftler vor das Gericht gezerrt wird und beschließt

**Freiheit für Thälmann!**

Bauern und Landarbeiter spendet Lebensmittel für die eingekerkerten Antifaschisten, verweigert die Zwangsspenden für die braune Bonzen-Winterhilfe und fordert

**Freiheit für Thälmann!**

Arbeiterfrauen, die ihr von der Teuerung und der Sorge um die Zukunft Eurer Kinder geplagt seid, sagt es überall:

**Freiheit für Thälmann!**

S.A.-Leute, die ihr von Hitler um den Sozialismus betrogen seid, reißt Euch ein in die Front des Kampfes:

**Freiheit für Thälmann!**

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, studierende Jugend, Soldaten und Matrosen, helft alle mit in dem Kampf gegen den braun-schwarzen Terror, für die Befreiung aller Antifaschisten

**Der Befreiungskampf für Ernst Thälmann führt zur Freiheit und zum Siege des ganzen werktätigen Volkes.**

Im November 1934

Zentralkomitee  
der Kommunistischen Partei Deutschlands



**1935**





In allen Leitungen und Zellen diskutieren und Arbeitsbeschlüsse fassen

# Genosse Dimitroff zur Frage der Einheitsfront

**Ein wegweisendes Dokument für alle Kommunisten!**

„Die Frage der Proletarischen Einheitsfront wird zur Zentralfrage und zur erstrangigen Aufgabe der Arbeiterbewegung in allen Ländern.“

Die Herstellung der Aktionseinheit der Kommunisten mit den sozialdemokratischen Massen, ihren Gruppen und Organisationen gegen Kapitaloffensive, Faschismus und Kriegsgefahr, ist das entscheidende Kettenglied zur Organisation der Massenkämpfe zum Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland. Schon ist die Aktionseinheit in zahlreichen Betrieben und Orten, ja selbst in ganzen Bezirken zustande gekommen. Die weiteren Erfolge der Einheitsfront hängen in erster Linie ab von der richtigen Politik und energischen Massenarbeit der Kommunisten selbst. Es kommt darauf an, jedes die kämpfende Entfaltung der Einheitsfront hemmende Hindernis in unseren Reihen schnell zu überwinden und im Sinne des erfolgten Einheitsfrontangebots des Zentralkomitees unserer Partei an alle sozialdemokratischen Gruppen, Organisationen und ihre Leitungen, insbesondere an den „Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten“ um Aufhäuser-Böchel unmittelbar **k o n k r e t e** Schritte einzuleiten, zur Organisation und Durchführung gemeinsamer betrieblicher und örtlicher Kampfmaßnahmen mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Gruppen und Organisationen. Zum Kampf der Kommunisten um die Verwirklichung und Festigung der Einheitsfront hatte unser Genosse G. Dimitroff am Vorabend des 17. Jahrestages der Oktoberrevolution einen Artikel geschrieben, der für alle klassenbewußten Arbeiter und kommunistischen Einheiten von größter wegweisender Bedeutung ist, aber auch von den sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftskollegen als ein bedeutsamer prinzipienfester Beitrag zur brennenden Frage der Einheitsfront begrüßt werden wird. Das Zentralkomitee macht es allen Kommunisten, Parteizellen und Leitungen, wie allen Kommunisten in den Massenorganisationen zur Aufgabe, den Artikel des Genossen Dimitroff zur Grundlage ihrer praktischen Einheitsfrontpolitik zu machen. Das ZK der KPD appelliert gleichzeitig an alle sozialdemokratischen Arbeiter und Gruppen, den Artikel des auch von ihnen geehrten tapferen Revolutionärs Dimitroff zum Anlaß zu nehmen, mitzuhelfen an der Beseitigung aller Hemmungen, die der entschlossenen Verwirklichung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gegen Faschismus, Kapitaloffensive und Kriegsgefahr und für den gemeinsamen Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften als Organisationen des Klassenkampfes noch entgegenstehen.

Das ZK der KPD

Den Jahrestag der Oktoberrevolution feiern – bedeutet für die fortgeschrittenen Arbeiter der kapitalistischen Länder vor allem die Notwendigkeit, die Lehren der sozialistischen Revolution sich anzueignen und für den Kampf des internationalen Proletariats auszunützen.

In der Oktoberrevolution siegte die **Diktatur des Proletariats**, verwirklicht von der russischen Arbeiterklasse unter der Führung der **revolutionären proletarischen Partei** – der Partei der Bolschewiki. Im unversöhnlichen Kampf gegen den Reformismus siegte die Oktoberrevolution dank dem **Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft**, einem Bündnis, in dem das Proletariat die politische Führung inne hatte. Der bewaffnete Aufstand der Arbeiter im Oktober 1917 errang den Sieg deshalb, weil er sich auf die Räte als Organe des Aufstandes und der Machtergreifung, als Organe der Diktatur des Proletariats stützte. Die Werktätigen behaupteten die Errungenschaften der Oktoberrevolution deshalb, weil diese ein Teil der proletarischen Weltrevolution war und sich auf die **Unterstützung des internationalen Proletariats** stützte.

Die gewaltigen Erfolge während der verflossenen 17 Jahre der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, errungen unter der Führung der Partei Lenins und Stalins werden jetzt von der ganzen Welt anerkannt. Die Diktatur des Proletariats, die die Millionen werktätiger Massen um sich scharte, hat das rückständige Agrarland in ein Industrieland verwandelt, sie hat mit Erwerbslosigkeit und Elend vollständig aufgeräumt. Dank der sozialistischen Umstellung der Landwirtschaft auf der Grundlage des immer stürmischeren Aufschwungs der Volkswirtschaft steigt unentwegt das Lebensniveau der werktätigen Massen in Stadt und Land und blüht die neue, sozialistische Kultur rasch auf. Das ehemalige Völkergefängnis Rußland hat sich in einen brüderlichen Bund von Sowjetrepubliken der verschiedenen Nationalitäten verwandelt. Die Sowjetunion ist der **Hauptstützpunkt der proletarischen Weltrevolution**, das Bollwerk des Sozialismus, die unerschütterliche Burg des Friedens zwischen den Völkern, das sozialistische Vaterland der Werktätigen aller Länder.

Gleichzeitig verurteilt in den kapitalistischen Ländern eine grausame, ihrer langen Dauer und Tiefe nach in der Geschichte bisher beispiellose Wirtschaftskrise Millionen Menschen zum Hunger und Elend. Selbst in den Ländern, in denen der Übergang von der Krise zur Depression von besonderer Art eine gewisse Belebung der Produktion mit sich brachte, hat sich die Lage der breiten Massen nicht gebessert, sondern noch verschlechtert. Millionen Arbei-

ter sind ohne Arbeit und haben auch keine Hoffnung, Arbeit zu erhalten. Die Bourgeoisie senkt die Arbeitslöhne, schafft die letzten Reste der Sozialversicherung ab, ruiniert die Bauernmassen, verdammt Millionen werktätiger Jugendlicher zu Arbeitslosigkeit, zu physischem und moralischem Verkommen.

Bestrebt, durch eine Neuaufteilung der Märkte, der Rohstoffquellen und Einflußsphären einen Ausweg aus der Krise zu finden, rüstet die Bourgeoisie zum neuen Krieg um die Neuaufteilung der Welt. Die Rüstungen nehmen unglaubliche Ausmaße an, es werden Vorbereitungen getroffen, um die Volkswirtschaft den Aufgaben des Krieges anzupassen, das Kriegszuchthaus für die Arbeiter wird wieder aufgebaut.

Die wirtschaftliche Offensive der Bourgeoisie und die Kriegsvorbereitungen treiben breite werktätige Massen zu immer stärkerem Widerstand. In zahlreichen Ländern betreten immer größere Massen unter der Führung der kommunistischen Parteien den Weg des revolutionären Kampfes.

Um unter diesen Verhältnissen ihre auf die Ausplünderung der werktätigen Massen und auf die Vorbereitung des Krieges gerichtete Politik besser durchführen zu können, verschärft die Bourgeoisie in sämtlichen Ländern immer öfter ihre Diktatur und nimmt immer häufiger zur faschistischen Form der bürgerlichen Diktatur Zuflucht. Sie schafft die letzten Überbleibsel der demokratischen Rechte und Freiheiten ab. Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Zertrümmerung der Organisationen des Proletariats, die physische Vernichtung der revolutionären Vorhut des Proletariats, die Aufrichtung eines Terrorregimes, eines Zustandes der Rechtlosigkeit und der finsternen Sklaverei für die werktätigen Millionen.

Vertreter der am meisten imperialistischen, am meisten chauvinistischen Elemente der Bourgeoisie, sucht der Faschismus, auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise durch die Neuaufteilung der Welt, die breiten Massen durch eine nationalistische oder Rassenpropaganda zu betören, die Völker gegen einander aufzuhetzen und einen neuen imperialistischen Krieg zu entfachen. Getreu seiner vornehmsten Klassenaufgabe – die Arbeiterbewegung zu zertrümmern, sucht der Faschismus die reaktionärsten Kräfte der bürgerlichen Welt zusammenzufassen für den Überfall auf die Avantgarde des internationalen Proletariats – die Sowjetunion.

Vorläufig gelingt es der Bourgeoisie noch in einer Reihe von Ländern, durch Ausnützung der Spaltung der proletarischen Kräfte, die Arbeiterklasse getrennt zu schlagen und sie mit Hilfe eines Teils der Bauernschaft niederzuhalten. Die Bourgeoisie geht dabei verschieden vor; bald zerschlägt sie die von den übrigen Massen des Proletariats und von der Bauernschaft getrennte Avantgarde der Arbeiterklasse, wie dies in Österreich der Fall war; bald schlägt sie die sich erhebenden städtischen Arbeiter, die das Kampfbandnis mit der Bauernschaft nicht hergestellt haben, mit Hilfe der Bauernarmee nieder, wie in Spanien; bald richtet sie die faschistische Diktatur in einem Lande auf, ohne daß die Arbeiterklasse der angrenzenden Länder ihrem vom Faschismus überfallenen Klassenbrüdern wirksame Hilfe gewähren kann.

## Warum dort der Sieg und hier die Niederlage?

Warum siegte die Oktoberrevolution des russischen Proletariats, während das Proletariat der europäischen Länder in seinen revolutionären Kämpfen der Jahre 1918 bis 1920 nicht zu siegen vermochte? Warum wurden die Sowjetrepubliken Ungarns und Bayerns, die Revolution in Deutschland, Österreich und Finnland, die Besetzung der Fabriken und Betriebe durch die Arbeiter in Italien – warum wurden diese Bewegungen niedergeschlagen, zertrümmert, im Blute erstickt? Warum konnte es in Deutschland und Österreich zur Aufrichtung der faschistischen Herrschaft kommen? Warum bedroht der Faschismus jetzt die Arbeiterklasse in den anderen, selbst in den scheinbar demokratischen Ländern?

Das sind Fragen, die sich heute jeder denkende Arbeiter stellt. Das sind Fragen, auf die die Arbeiter, die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien, der reformistischen Gewerkschaften und der übrigen Organisationen sind, immer zäher zurückkommen.

Das kam daher, weil die europäischen Arbeiter, die in ihrer erdrückenden Mehrheit der sozialdemokratischen Führung folgten, eine Politik der Kompromisse mit der Bourgeoisie betrieben, den sozialdemokratischen Theorien glaubten, nach denen man durch die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, durch die bürgerlich-demokratische Republik, ohne Schmerzen und friedlich in den Sozialismus hineinwachsen könne. Das kam daher, daß das europäische Proletariat keine starke, einheitliche revolutionäre Partei hatte. Das kam daher, daß das europäische Proletariat nicht imstande war, die Millionenreserven der Bauernschaft in den Kampf zu führen.

Die geschichtliche Verantwortung für den Mißerfolg der Revolutionen von 1918 bis 1920, für den Machtantritt des Faschismus trägt solcherart die Sozialdemokratie und ihre Kompromißpolitik gegenüber der Bourgeoisie. Diese Verantwortung beginnen nun die Millionen Arbeiter, die den sozialdemokratischen Parteien gefolgt waren, immer deutlicher zu erkennen.

In allen kapitalistischen Ländern beginnen die Arbeiter immer mehr die Notwendigkeit der Wiederherstellung ihrer Einheit zu begreifen und sie unterstützen daher immer mehr die Initiative der Kommunistischen Partei in der Frage der Herstellung der Einheitsfront. Die Frage der proletarischen Einheitsfront wird zur Zentralfrage und zur erstrangigen Aufgabe der Arbeiterbewegung in allen Ländern.

## Die Einheitsfront und die Entwicklung in den sozialdemokratischen Parteien

Die Frage der Einheitsfront trägt eine innere Differenzierung und den Kampf in die Reihen der sozialdemokratischen Parteien und der anderen nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen herein. Die mit der Bourgeoisie eng verbundenen rechten Elemente dieser Parteien setzen alle Hebel in Bewegung, um die Herstellung der Einheitsfront zu hintertreiben. Die fortgeschrittenen sozialdemokratischen Arbeiter dagegen streben immer kühner der Einheitsfront, dem gemeinsamen Kampfe

mit den Kommunisten zu. Die "linken" Elemente der sozialdemokratischen Parteien sind bemüht, mit Hilfe demagogischer Phrasen die schwankenden sozialdemokratischen Arbeiter von der Verwirklichung der Einheitsfront abzuhalten und dadurch die weitere Revolutionierung der sozialdemokratischen Massen zu verhindern.

Mit der weiteren Entwicklung und Ausdehnung der Einheitsfront wird sich dieser mehr oder weniger langwierige Umschichtungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Parteien entwickeln, wird der innere Kampf in den Reihen der sozialdemokratischen Parteien sich immer mehr verschärfen und in manchen Fällen zur Abspaltung der rechten Gruppen und zu ihrer noch engeren Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, andererseits aber zum **Anschluß einzelner Gruppen und Organisationen der sich revolutionierenden sozialdemokratischen Arbeiter an die kommunistischen Parteien** führen.

Wir sehen bereits die so bedeutsame Tatsache, die während der ganzen letzten Jahre nicht zu beobachten war, daß sozialdemokratische Arbeiter und sozialdemokratische Organisationen in einer Reihe von Ländern Hand in Hand mit den Kommunisten vorgehen, ja in den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus eintreten. Wir sahen, wie die fortgeschrittenen sozialdemokratischen Arbeiter in **Österreich** sich von der Kompromißpolitik der Sozialdemokratie abwandten, zu den Waffen griffen und Hand in Hand mit den kommunistischen Arbeitern im letzten Moment die Offensive des Faschismus aufzuhalten suchten. Die Lehren der Februarkämpfe beherzigend, stellt die österreichische Arbeiterklasse jetzt ihre Einheit im Wege des revolutionären Kampfes her. In **Spanien** traten die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter mit der Waffe in der Hand in den Kampf gegen die Angriffe der faschistischen Reaktion. Kurz vor Beginn des bewaffneten Kampfes schloß die kommunistische Partei sich der **Arbeiterallianz** an, die sie in eine Einheitsfrontorganisation verwandelte. Nur die Einheitsfront, die sich erst im Laufe des Kampfes selbst zu verwirklichen begann, gestattete es der Arbeiterklasse Spaniens, die die Reserven der Bauernrevolution noch nicht herangezogen hatte, einen solch hartnäckigen, langanhaltenden Kampf zu führen, der in einzelnen Bezirken zur Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern führte. In den letzten Monaten entwickelt sich die Einheitsfront in **Frankreich** in raschem Tempo. Die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei haben einen Pakt über den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und die Offensive der Bourgeoisie abgeschlossen. Die französische Arbeiterklasse, die sich in der Einheitsfront zusammenschließt und die begonnen hat, sich in einheitlichen Gewerkschaften zu vereinigen, schlägt die provokatorischen Anschläge des Faschismus erfolgreich zurück. Das Streben der Arbeiter zur Einheit und zum Kampf wächst in allen Ländern.

Doch alles dies sind nur die **ersten Schritte**. Es gilt, trotz dem Widerstand der Leitung der 2. Internationale und einer Reihe sozialdemokratischer Parteien, die Einheitsfront weiter auszubauen, sie zu erweitern und in den Massen zu verankern. Einheitsfront, das ist in erster Reihe – die **breite Mobilisierung und Zusammenfassung der Massen von unten** – in den Betrieben, um die von den

Massen selbst geschaffenen Einheitskampfgorgane. Die nächste Aufgabe der Einheitsfront ist jetzt die **Schaffung gewählter Einheitsfrontorgane von unten**, vor allem in den Fabriken und Betrieben. Eine nicht minder wichtige Aufgabe der weiteren Verbreiterung der Einheitsfront ist auch die **Vereinigung der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse als Organe ihres Klassenkampfes** gegen die Bourgeoisie.

## **Zweierlei Hindernisse in unseren eigenen Reihen müssen überwunden werden**

Die weiteren Erfolge der Einheitsfront hängen in erster Reihe ab von dem allseitigen Erstarken der kommunistischen Parteien, von der richtigen Politik und energischen Massenarbeit der Kommunisten selbst, da gerade sie die wirklichen Initiatoren der Einheitsfront und ihre hauptsächlich organisierte Kraft sind.

Die Durchführung der Einheitsfronttaktik stößt auf **zweierlei Hindernisse**, die in den verschiedenen Ländern, je nach den konkreten Verhältnissen, mit größerer oder geringerer Stärke zum Ausdruck kommen.

**Erstens** ist eine Verkenning der ganzen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage der Organisation der proletarischen Einheitsfront eine sektiererische Furcht vor den Massen, die Furcht vor einer großzügigen politischen Massenaktion zu beobachten. Die beharrliche, langwierige Arbeit in den Massen für die Organisation der Einheitsfront läuft häufig bloß auf ein **formelles Herantreten** an die Sozialdemokratische Partei hinaus. Die Ablehnung gemeinsamer Aktionen seitens der sozialdemokratischen Parteiführer läßt manche Genossen nur leichter aufatmen, anstatt sie zu veranlassen, mit doppelter Energie, unter Ausnutzung dieser Sabotagetätigkeit der sozialdemokratischen Führung, trotz der Gegenwirkung und entgegen dem Willen der Letzteren, sich den sozialdemokratischen Arbeitern zu nähern und sie der Einheitsfront entgegenzuführen.

Häufig stellen sich manche Genossen die ganze Einheitsfronttaktik einfach als einen sofortigen Übergang der sozialdemokratischen Arbeiter in die Reihen kommunistischen Parteien vor, während der Übergang der sozialdemokratischen und sonstigen nichtkommunistischen Arbeiter auf den Weg des revolutionären Kampfes doch ein mehr oder weniger **langwieriger Prozeß** ist, in dessen Verlauf wir um jeden einzelnen Arbeiter werden kämpfen müssen.

**Zweitens**: Im Bestreben, mit der Sozialistischen Partei ein Abkommen zu schließen oder das bereits zustandegekommene Abkommen aufrechtzuerhalten, können unsere Genossen mitunter die **prinzipiellen Unterschiede zwischen sozialdemokratischer Ideologie und der unsrigen verwischen** bzw. den Einheitsfrontkampf bloß im Rahmen des Abkommens führen, ohne den Schwerpunkt der Einheitsfront auf die Mobilisierung der **Massen** selbst zu verlegen. Man muß begreifen, daß der Kampf um die Einheitsfront, um ihre Festigung und Erweiterung eine ständige ideologische Arbeit zur Aufklärung der Arbeitermassen über den **prinzipiellen Unterschied zwischen der kommunistischen und der sozial-**

demokratischen Partei, zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie, zwischen der Linie des unversöhnlichen Klassenkampfes und der Linie der Klassenarbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, zwischen dem Weg des Bolschewismus, der zum Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion geführt, und dem Weg der Sozialdemokratie, die in einer Reihe von Ländern den Sieg der Reaktion und des Faschismus bewirkt hat – nicht nur nicht ausschließt, sondern im Gegenteil, sie voraussetzt.

### **Niemals die revolutionäre Perspektive verlieren!**

Der Abschluß von Abkommen mit den sozialdemokratischen Parteien über den gemeinsamen Kampf gegen die Offensive des Kapitals, gegen Faschismus und Krieg – als eines der Mittel zur praktischen Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront bedeutet jedoch keineswegs eine Einstellung oder Verminderung unseres Kampfes mit dem Sozialdemokratismus als einer Ideologie und Praxis des Kompromisses mit der Bourgeoisie.

Im Gegenteil: Im Interesse der Einheitsfront selbst muß dieser prinzipielle Kampf verstärkt werden. Dabei muß unsere Propagandatätigkeit mit unserer proletarischen Politik verknüpft sein; die konkrete Politik darf nicht durch abstrakte Propaganda ersetzt werden. Man darf nicht vergessen, daß die Kommunistische Partei eine politische Partei des Proletariats ist, nicht aber ein Verein zur Propaganda des Kommunismus. Im Kampfe um die Schaffung der proletarischen Einheitsfront dürfen die Kommunisten auch nicht für einen Augenblick die revolutionäre Perspektive verlieren, sie müssen es verstehen, die Einheitsfronttaktik mit der strategischen Aufgabe – dem Kampf um den Sieg der proletari-

schen Revolution, für die Diktatur des Proletariats – zu verknüpfen.

Ein erfolgreiches Wirken für die Schaffung und Erweiterung der proletarischen Einheitsfront ist ohne den **ständigen Kampf gegen die erwähnten zwei Haupthindernisse** – nicht möglich. Der Hauptschlag muß gegen dasjenige Hindernis gerichtet sein, das im gegenwärtigen Augenblick, unter den gegenwärtigen konkreten Verhältnissen, in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes das **Hauptthemnis** zur Verwirklichung und Festigung der Einheitsfront bildet. Besonders zu vermeiden ist eine schematische Anwendung der Einheitsfronttaktik ohne Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses der Klassen und der konkreten Verhältnisse in jedem einzelnen Lande, die mechanische Übertragung der Erfahrungen des einen Landes, z. B. Frankreichs, auf andere, häufig ganz verschiedene Verhältnisse des anderen Landes, z. B. Englands. Eine solche schablonenmäßige, unkritische Anwendung der politischen und organisatorischen Erfahrung eines Landes auf alle übrigen Länder führte häufig zu Mißerfolgen, die die Arbeiterklasse teuer bezahlen mußte.

Die **Kommunistische Internationale**, gestützt auf das Wachstum und die Konsolidierung ihrer Sektionen, auf die sich revolutionierenden Arbeitermassen der sozialdemokratischen Parteien, reformistischen Gewerkschaften und anderer Organisationen, erachtet es als die wichtigste Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks, den gemeinsamen Kampf der kommunistischen, sozialdemokratischen und sonstigen Arbeiter gegen die Offensive des Kapitals, gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr zu organisieren. Denn die **Schaffung und Festigung der proletarischen Einheitsfront ist heute das Hauptkettenglied in der Vorbereitung der proletarischen Weltrevolution.**

## Schafft die Volksfront gegen den Hitler-Faschismus!

Mehr als 15 Jahre wurden die Werktätigen des Saargebietes von dem Regime der Fremdherrschaft des Völkerbundes unterdrückt.

Die Kommunistische Partei kämpfte in diesen Jahren an der Spitze des werktätigen Volkes gegen die nationale Unterdrückung, für die Verteidigung der freiheitlichen und sozialen Rechte des Saarvolkes, gegen die skrupellose Ausbeutung der Bergarbeiter durch das französische Grubenkapital.

Ohne das bluttriefende Hitlerregime in Deutschland wäre die Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Heimatland trotz der Klassengegensätze für das gesamte Saarvolk eine Selbstverständlichkeit gewesen.

Aber um das werktätige Saarvolk vor dem faschistischen Terrorregime, dem Regime der Arbeitermorde, Konzentrationslager und Folterungen, dem Regime der Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen, der Vernichtung der freiheitlichen und sozialen Rechte der Werktätigen zu bewahren, kämpften die in der Einheitsfront vereinigten Massen gegen die Auslieferung des Saarvolkes an das barbarische Hitlerregime.

Jedoch getrieben von dem heißen Drang, wieder mit dem Heimatland vereinigt zu werden, ohne die Brutalitäten und Grausamkeiten des faschistischen Terrorregimes am eigenen Leibe verspürt zu haben, den demagogischen Versprechungen des Faschismus noch Gehör schenkend und teilweise von dem Willen durchdrungen, gemeinsam mit den Brüdern im Reich den Kampf gegen das Hitlerregime zu führen, entschied sich die Mehrheit des Saarvolkes für den Anschluß an Deutschland.

Wir Kommunisten sprechen es offen aus: Die Werktätigen an der Saar, die jetzt für die Angliederung des Saargebietes an Hitlerdeutschland stimmen, werden sehr bald begreifen, daß ihre Stimmabgabe für Hitlerdeutschland in krassem Widerspruch steht zu ihren freiheitlichen und sozialen Interessen. Die Werktätigen an der Saar werden aus eigener Erfahrung lernen, daß sie mit ihrer Abstimmung Hitler einen Sieg verschafften und damit wider ihren Willen den Freiheitskampf der Arbeiter und Werktätigen Deutschlands gegen das Hitlerregime erschwert. Sie werden erkennen, daß die Kommunistische Partei vollkommen recht hatte, als sie ihnen sagte:

Wer jetzt für Status quo stimmt, stimmt nicht gegen Deutschland, sondern gegen Hitler!

Wer jetzt für den Anschluß an Deutschland stimmt, hilft — wenn auch ungewollt — Hitler!

Der Sieg an der Saar wurde Hitler wesentlich erleichtert durch die Haltung eines Teiles des katholischen Klerus, sowie epe-maliger Zentrumsführer und durch die passive und unschlüssige Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Die katholischen Bischöfe setzten sich Arm in Arm mit ehemaligen sozialdemokratischen Führern wie Severing, offen für die Angliederung des Saargebietes an das Dritte Reich ein. Der sozialdemokratische Parteivorstand und mit ihm eine Anzahl Gewerkschaftsführer sprachen sich zwar unter dem Druck ihrer Anhänger für den Status quo aus, sie unternahmen jedoch nichts, um ihre Anhänger massen entschlossen für die Erreichung dieses Zieles zu mobilisieren.

Der Hitlerfaschismus stimmt ein Triumphgeheul über den Ausgang der Saarabstimmung an. Er bucht skrupellos alle Stimmen, die für den Anschluß an Deutschland abgegeben wurden, als Stimmen für das blutbefleckte faschistische Regime. Aber der Taumel der Feste und Siegesfeiern wird rasch verhallen. Das rauhe Alltagsleben, bittere Not und Erbitterung und die brutale Gewaltherrschaft der faschistischen Diktatur werden bleiben. Der Faschismus wird das Abstimmungsresultat an der Saar zur Entfesselung einer neuen und grausamen Terrorwelle gegen die antifaschistischen Massen in Deutschland und an der Saar ausnutzen. Das Leben vieler eingekerkelter Antifaschisten, vor allem das Leben des Führers der deutschen Arbeiterklasse, des Genossen Ernst Thälmann, ist in höchster Gefahr. Das Proletariat, die Werktätigen der ganzen Welt müssen ihre Stimmen erheben, um dem drohenden faschistischen Pogrom in Deutschland und an der Saar Einhalt zu gebieten.

Der Ausgang der Saarabstimmung hat die Kriegsjahr un-erhört gesteigert.

Frecher als je zuvor, treibt der Hitlerfaschismus zum Krieg. Im Auftrag des deutschen Imperialismus steigert er die Aktivität seiner abenteuerlichen und provokatorischen Außenpolitik. Die Gefahr, daß im Memelland, in Oesterreich, in Nordschleswig, Elsaß-Lothringen und Sudetendeutschland durch die chauvinistische Hetze des Hitlerfaschismus neue kriegerische Brandherde entstehen, wächst riesengroß. Drohender als je zuvor erhebt sich die Gefahr des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion, des räuberischen Ueberfalles auf unser sozialistisches Vaterland. Der Hitlerfaschismus und seine Reichswehrgeneräle glauben, daß die Stunde für ihre verbrecherischen Anschläge gegen den Weltfrieden nahe herangerückt ist.

Gegen den Taumel chauvinistischer Verhetzung, gegen die imperialistischen Provokationen des faschistischen Regimes, gegen die drohende Kriegsgefahr entfalten wir Kommunisten Kühn und unerschrocken das Banner des proletarischen Internationalismus.

Der Hitlerfaschismus versucht mit der Entfesselung eines Siegestaumels über die Saarabstimmung eine Atempause für sich und das kapitalistische System zu erzielen. Gestützt auf den gesteigerten faschistischen Terror wird das deutsche Finanzkapital eine neue Kapitaloffensive gegen die Löhne der Arbeiter durchzuführen versuchen.

Im Saargebiet treten an die Stelle der Völkerbundskommissare und der französischen Grubenkapitalisten die rechten Bouzen der Nazipartei und die deutschen kapitalistischen Blut-sauger.

Die Abstimmung an der Saar hat die Lebensfrage für alle Werktätigen, die Befreiung von der faschistischen Knechtschaft, noch brennender, noch dringender als die Frage des Massenkampfes gestellt. Jetzt gilt es, den Kampf der Werktätigen an der Saar und in Deutschland gegen den Hitlerfaschismus zu steigern. Jetzt gilt es für alle Werktätigen, die mit dieser Absicht für den Anschluß an Deutschland stimmten, sich sofort in diese Kampffront einzureihen.

In Deutschland kämpfen die Massen für die Niederbringung des faschistischen Terrorregimes, an der Saar muß die Aufrichtung dieses Terrorregimes verhindert werden!

In Deutschland erstreben die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter die Schaffung einer breiten Einheitsfront zum gemeinsamen Kampf gegen die Kapitaloffensive, für den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes! An der Saar gilt es, die in der Einheitsfront vereinigten Massen, die durch die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit gesteigerte gewerkschaftliche Massenkraft mutig einzusetzen gegen jeden Abbau der Löhne, gegen die Zerschlagung der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen, für die Verteidigung der freiheitlichen und sozialen Rechte, gegen den Faschismus.

In Deutschland kämpfen die Massen gegen den faschistischen Terror, gegen Arbeitermord, Konzentrationslager und Folterungen. An der Saar müssen die Arbeiter in breiter Kampffront von vornherein die Aufrichtung des faschistischen Terrorregimes zu verhindern trachten.

Entfesselt an der Saar, in den Betrieben, auf den Gruben, in den Arbeitervierteln, in den Dörfern, einen breiten Massenprotest gegen den drohenden faschistischen Terror und schafft euch breite Massen-Selbstschutzformationen! Alle Formen der Massenaktivität, des Protestes, der Demonstrationen, der Teilstreiks und Massentreiks müssen gegen die Vergewaltigung des Saarvolkes durch den Hitlerfaschismus angewandt werden. Alle Werktätigen in Deutschland und an der Saar vereinigen sich zu der großen antifaschistischen Volksfront gegen den Hitlerfaschismus!

Es gilt, den faschistischen Kriegshetzern und Provokateuren in den Arm zu fallen! Das werktätige Volk Deutschlands darf nicht das Opfer dieser Kriegsverbrecher werden.

Das grandiose Beispiel aus uns die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion in der Durchführung ihrer Oktoberrevolution, der Aufrichtung ihrer Rätemacht und des Aufbaus des Sozialismus, mit der Hebung des Wohstandes aller Werktätigen geben, muß zum Faal des Kampfes aller deutschen Werktätigen werden.

Brot und Freiheit für alle Werktätigen! Ausreichender Lebensunterhalt für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, werktätigen Bauern, Gewerbetreibenden und Händler — dazu rufen wir Kommunisten zum Kampfe auf, dazu wollen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse, dazu wollen wir die Volksfront aller Werktätigen schaffen.

An der Saar und in ganz Deutschland rufen wir auf zum Massenwiderstand, zum unerbittlichen Kampfe gegen den Hitlerfaschismus.

*Schließt die Einheitsfront*

Gegen die Knechtschaft — Für die Freiheit!

Gegen den Krieg — für den Frieden!

Gegen den Faschismus — Für den Sozialismus!

Schafft die antifaschistische Volksfront zum Sturze der Hitlerdiktatur.

Es lebe der Freiheitskampf des werktätigen Volkes!

Es lebe die antifaschistische Volksfront!

Hinweg mit Hitler! Nieder mit dem Faschismus!

16. Januar 1935.

*Zentralkomitee  
der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
Sektion der Kommunistischen Internationale.*

## Nieder mit der chauvinistischen Hetze!

Saarabstimmung mahnt zur verstärkten Einheitsfront!

*Wir entnehmen diesen Aufruf einem Flugblatt der KPD, das unmittelbar nach der Saar-Abstimmung in Deutschland selbst vertrieben wurde. Die Red.*

Vorwärts im Kampfe für die Sowjetmacht, für Deutschlands soziale und nationale Befreiung!

Arbeiter, Werkütige in Stadt und Land!

Das Saargebiet wird auf Grund der Abstimmung vom 13. Januar an Deutschland angegliedert. Der Faschismus will euch glauben machen. 90 Prozent des Saarvolkes hätte für Hitlers Henkerdiktatur gestimmt! Das ist Lüge und Schwindel. Die Mehrheit der Stimmen für den Anschluß an Deutschland sind Stimmen für Deutschland, aber nicht für das Hitler-Regime! Diese Massen bekundeten wohl ihre selbstverständliche Verbundenheit mit euch, den deutschen Arbeitern und Bauern, aber nicht mit den faschistischen Lohnräubern, Gleichschältern, Jugendverderbern und Kriessetzern. Hunderttausende von Saarländern glauben nicht an eine zweite Saar-Abstimmung. Sie glauben, der Status quo (Beibehaltung des bisherigen Rechtszustandes) bedeute die Stimmabgabe für Frankreich. Das hatten ihnen Millionen Flugblätter, Zeitungen der Nazis und die Göbbelssche Rundfunk-Propaganda einge-redet. Die Mehrheit dieser 90 Prozent sind keineswegs Freunde der Zerstörung und des Diebstahls am Arbeitereigentum! Sie sind Gegner des Glaubens- und Gewissensterrors, Gegner der Unterdrückung der Presse, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Zehntausende stimmten für den Anschluß an Deutschland in der Erwartung und Hoffnung einer baldigen Aenderung und Besserung der Verhältnisse in Deutschland. Hunderttausende stimmten für den Anschluß, weil sie den Frieden wollten. Hitler aber will heute mehr denn je den Krieg. Beutegierig sirect er gleich nach dem 13. Januar seine Hände nach Memel, dem Korridor und Oesterreich aus. Der Ausrang des Saar-Plebizits hat die Kriegsgefahr nicht abgeschwächt, sondern verstärkt. Er ist ein Ansporn für die Kriegshetzer in allen kapitalistischen Ländern.

Hinter der Kulisse eines aufgepeitschten Patriotismus und einer wüsten chauvinistischen Hetze, in Verbindung mit einigen billigen außenpolitischen Erfolgen, wollen die faschistischen Machthaber ihre wachsenden Schwierigkeiten verbergen und die Risse in ihrem Diktatur-Regime verkleistern.

In der Hoffnung auf die Wirksamkeit ihrer patriotischen Phrasen über die Saar wollen sie von euch, den deutschen Arbeitermassen, weitere Opfer fordern und die Kapitaloffensive beschleunigt durchführen. Aus dem natürlichen nationalen Gefühl der Verbundenheit des Saarvolkes mit seinen deutschen Brüdern und Schwestern wollen die Krupp, Thyssen, Siemens und Röchling neue Geldgeschäfte machen und ihre Goldtresore füllen! — Macht diese Pläne der braunen Volksbetrüger und -Verderber durch die Einheitsfront eures entschlossenen Massenkampfes zunichte!

Die faschistische Diktatur gerät in immer größere wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten. Der Anschluß wird Deutschlands und des Saarlandes wirtschaftliche Lage schon in nächster Zukunft weiter verschlechtern. Schon heute werden wieder 5 bis 6 Millionen Erwerbslose gezählt. Immer neue Betriebe werden geschlossen. Die Teuerungswelle steigt. Die Gefahr der offenen Inflation rückt immer näher. Die Großkapitalisten liegen sich in den Haaren über Weg und Methode der durchzuführenden Wirtschaftspolitik. Die Finanzkönige raufen um ihren Anteil am Profit. Die Interessen der Monopolkriegswirtschaften, vertreten durch die faschistische Diktatur, geraten in immer stärkeren Widerspruch zu den Interessen des Mittelstandes und der werktätigen Bauern. Feder wurde abgesägt, Darré gemaßregelt, Leys Abhalfterung steht bevor. Die Enttäuschung und Empörung des Mittelstandes und der werktätigen Bauern wachsen, sie wehren sich gegen Steuer- und Zinswucher. Sie wollen nicht der Prügelknabe und Prellbock der faschistischen Preis- und Teuerungspolitik zugunsten der großen Gauner und Wucherer sein. Der Kirchenstreit spitzt sich immer mehr zu und vermehrt die Schwierigkeiten der Hitlerdiktatur. Die Reichswehrgeneräle treten auf gegen die Machtstellung der bewaffneten SS. Im Interesse der Kriegsführung des deutschen Imperialismus beansprucht die Reichswehr die absolute Hegemonie als «einziger Waffenträger der Nation» unter den Wehr- und Waffenformationen des Dritten Reiches.

Die Massenverhaftungen von HJ-Funktionären und -Führern richten sich gegen die Radikalisierung der Hitlerjugend. Die Maßnahmen gegen die empörten Kreise der HJ werden im Interesse der Sicherung der kriegspolitischen Erziehung der Jugend, der militäristischen Aufpeitschung der Jugendmassen für den kommenden Krieg und zum Zwecke der Vereinheitlichung der Führung aller Kriegsformationen durchgeführt. Die Entwaffnungs-Aktionen gegen rebellierende Teile der SS sind eine vorbeugende Maßnahme zur Verhinderung eines Bündnisses dieser radikalisierten kleinbürgerlichen Schichten mit der proletarischen Klasse. Mit all diesen Maßnahmen will das deutsche Monopolkapital seine kriegerische Schlagkraft erhöhen. Damit soll zugleich die Fortsetzung eines gesteigerten Bürgerkrieges gegen die proletarische Klasse und die Möglichkeit einer noch brutaleren Durchpeitschung der Kapitaloffensive gesichert werden.

Die Arbeiterklasse muß im Bündnis mit allen werktätigen Schichten in einheitlicher und geschlossener Kampffront den neuen Provokationen des Faschismus entgegentreten! Die Arbeiterklasse darf nicht abwarten, nicht passiv sein, nicht talentlos beiseite stehen! Wir dürfen nicht spekulieren auf eine Selbstzerfleischung der faschistischen Banden durch einen «neuen 30. Juni». Nur wenn wir Antifaschisten schnell und einheitlich jede Schwäche des Nazi-Regimes ausnutzen und täglich für unsere Forderungen in geschlossenem Kampfe vorstoßen, nur dann werden wir auch die Auseinandersetzungen und Zuspitzungen im faschistischen Lager erfolgreich im Kampfe gegen die faschistische Diktatur ausnutzen können.

Im ganzen Lande wächst bereits der Widerstandswille der Massen, es wachsen die betrieblichen Widerstandsaktionen gegen Lohnabbau, Teuerung und Unternehmerwillkür. Die Streiks in den Berliner, oberschlesischen, Wuppertaler und Hamburger Betrieben sind Beispiele der aufsteigenden Kraft unserer Klasse. Der wachsende Massenkampf gegen die Entlassung von Jugendlichen, gegen Winterhilfs-, Beitragserpressungen und gegen die Sklavenfront der Arbeitsdienstpflicht demonstriert den stärker werdenden Zusammenprall der Klassenkräfte. Dort, wo sich die Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Freigewerkschaftern formiert, dort, wo freie Gewerkschaften wieder aufgebaut werden, sind die besten Erfolge und Erfolgsmöglichkeiten, dort werden die Faschisten immer stärker in die Enge gedrängt. Ein neues leuchtendes Beispiel der Einheitsfront wurde Mitte Januar in Süddeutschland geschaffen: Die Bezirksleitungen der KPD und SPD von Mittel- und Südbaden haben einen Einheitspakt des Kampfes gegen die Kapitaloffensive, den Faschismus und imperialistischen Krieg geschlossen und rufen gemeinsam zum antifaschistischen Massen-kampf auf.

In dieser Situation, da sozialdemokratische Arbeiter und freigewerkschaftliche Kameraden mit ihren Gruppen und Organisationen an verschiedenen Stellen des Reiches sich mit uns Kommunisten zum gemeinsamen Kampf zur Niederringung des gemeinsamen Feindes verbünden, beschreitet die Sozialdemokratie unter der Führung des Prager Parteivorstandes verstärkt den Weg der Vertiefung der Spaltung mit der Tendenz zur «Erneuerung» ihrer konterrevolutionären Koalitionspolitik. Weil sie sich mit der Bourgeoisie verbunden fühlen, darum sabotieren sie die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Betrieben und Orten Deutschlands. Darum wollen sie auch die Einheitsfront an der Saar auseinanderreißen. Allen spalterischen Feinden der Einheitsfront gilt verstärkt unser Kampf. Ehrlich und aufrichtig strecken wir allen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, allen Funktionären und ihren Gruppen, die die Kampfeinheit mit uns wollen, unsere Bruderhand entgegen.

Wir Kommunisten erklären in dieser Stunde: Wollen wir die Krisenerscheinungen der faschistischen Diktatur verschärfen zugunsten der Arbeiter und aller Werktätigen, wollen wir die Risse im Gefüge der faschistischen Diktatur vertiefen, wollen wir Hitlers Henker-Regime stürzen, dann kommt es gerade jetzt darauf an, die Einheit und Geschlossenheit des Handelns aller antifaschistischen Kräfte herzustellen. Die Einheitsfront der Tat zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten an der Saar ist ein leuchtendes Beispiel für alle deutschen Arbeiter. Diese Einheitsfront werden wir trotz der Sabotage des sozialdemokratischen Prager Parteivorstandes gerade in der Ille-

galität weiter ausbauen. Die Saar-Einheitsfront mahnt die ganze deutsche Arbeiterklasse zum schnellen, entschlossenen einheitlichen Handeln.

Täglich, stündlich gilt es, in den Betrieben in einheitlicher Front zu antworten auf jeden Angriff des Unternehmers, auf jede Akkordsenkung, Mieterhöhung und Teuerungsmaßnahme, auf jeden Renten- und Unterstützungsraub! Je schneller und geschlossener wir unsere täglichen Kampfaktionen vorbereiten und durchführen, um so schneller und gründlicher werden wir die Pläne der Kapitalisten und Faschisten durchkreuzen.

Gerade in diesen Januar-Tagen heben wir Kommunisten im Gedanken an unseren großen Führer und Lehrer Lenin, an unsere erschlagenen Helden Liebknecht und Luxemburg, unser stolzes rotes Banner der Freiheit mit Sichel und Hammer höher und kühner empor. Gerade heute sagen wir euch, den Arbeitern in den Fabriken, Werken und Schächten: Nur die Diktatur des Proletariats, die Macht der Sowjets, wird die Fesseln eurer Knechtschaft sprengen und euch, euren Familien, Frauen und Kindern, unserer Jugend und allen schaffenden Menschen Wohlstand, Freiheit und den Sozialismus bringen. Gerade heute, am Vorabend neuer Kriegsprovokationen, angesichts der Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften beherzigen wir Lenins Mahnung, gegen den Strom des Chauvinismus und der Völkerverhetzung anzuschwimmen und unsere sozialdemokratischen und christlichen Klassenbrüder zur Einheitsfront des Kampfes mit uns Kommunisten aufzurufen. Gerade heute erkennen wir uns stolzer und entschlossener denn je zum prole-

tarischen Internationalismus, zum Kampf gegen den Feind im eigenen Land, zu dem uns unser unvergeßlicher Karl Liebknecht aufrief.

Kommunisten, Jungkommunisten, Arbeiter und Arbeiterinnen! Unser ermordete Genosse John Scheer, dessen Todestag sich am 2. Februar zum ersten Male jährt, mahnt uns, erschrocken, in fester unzerreißbarer Verbundenheit mit allen Geknechteten und Unterdrückten zu kämpfen für die Herstellung der Einheitsfront, für den Sieg unserer Klasse, der der Sieg des ganzen werktätigen Volkes ist. Die Märtyrer des proletarischen Freiheitskampfes mahnen uns, alle unsere Kräfte einzusetzen für die Befreiung unseres geliebten Führers und Genossen Ernst Thälmann und aller eingekerkerten Antifaschisten.

Nur wir Kommunisten werden an der Spitze der Massen die Schmarotzer, die Großkapitalisten, die Junker, die Kriegstreiber, die faschistischen Banden davonjagen.

Wir Kommunisten werden Deutschland befreien und mit der Ueberwindung der sozialen Unterdrückung auch Deutschlands nationale Fesseln zertrümmern.

Wie die USSR unter Führung Stalins, so werden wir deutschen Kommunisten durch die Aufrichtung der Sowjetmacht dem werktätigen Volke Arbeit und Brot, Wohlstand und Glück, Frieden, Freiheit und den Sozialismus bringen!

Kommunistische Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)



Beileidstelegramm des ZK der KPD  
an das ZK der KPdSU

Moskau, 27. Januar.

Das ZK der KPdSU erhielt vom ZK der KPD ein Telegramm, in dem dieses sein Beileid ausspricht zu dem Verlust, den das Proletariat der UdSSR durch den Tod Kujbyschews erlitten hat.

Der Tod des Genossen Kujbyschew — so heißt es in dem Telegramm — ist nicht nur ein schmerzlicher Verlust für die Werktätigen unseres großen Sowjellandes, an dessen Spitze er als der bedeutende Leiter und Organisator des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus stand, sondern auch für die Werktätigen der ganzen Welt. Unsere große Leninsche Weltpartei verlor in ihm einen der tapfersten Kämpfer und einen der klarsten Leninisten. Sein ganz der proletarischen Revolution gewidmetes Leben ist ein Vorbild für jeden deutschen Kommunisten, für jeden deutschen Arbeiter, um seine Kräfte im Kampf gegen den Faschismus noch zu steigern und auch in Deutschland dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen, für den unser Genosse Kujbyschew sein Leben lang kämpfte.

## Das Zentralkomitee der KPD an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Prag.

Das Zentralkomitee der KPD hat in seiner Tagung im Januar 1935 beschlossen, der sozialdemokratischen Partei durch den Prager Vorstand ein gemeinsames Vorgehen der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen zu den Vertrauensrätewahlen vorzuschlagen. Durch beauftragte Mitglieder des Zentralkomitees wurde das nachfolgend veröffentlichte Angebot dem Vertreter des Prager Vorstandes überreicht. Am 14. Februar ließ der Prager Vorstand durch seinen Beauftragten mündlich erklären, daß er einen gemeinsamen Aufruf und die Bildung gemeinsamer Organe zur gemeinsamen Führung des Kampfes

### An den sozialdemokratischen Parteivorstand in Prag

Werte Genossen!

Der Hitlerfaschismus versucht, den Erfolg an der Saar und die dadurch gesteigerte chauvinistische Stimmung zu einem neuen Terrorfeldzug und zur Vorbereitung verschärfter Kapitalangriffe gegen die Arbeiterklasse auszunützen. Gleichzeitig damit versucht der Faschismus seine in der Arbeiterklasse vorhandenen geringen Positionen mit Demagogie und Betrug zu festigen, um den Prozeß der sich anbahnenden Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu hemmen, um die Spaltung und Zersplitterung in der Arbeiterklasse anfrechtzuerhalten.

Das ist der eigentliche Sinn der raschen Durchführung der von dem Faschisten Dr. Ley angekündigten „freien“ Vertrauensrätewahlen.

Die Faschisten glauben, daß ihre Aussichten für einen Erfolg bei diesen Wahlen infolge des Ausranges der Saarabstimmung günstiger sind, als im vergangenen Jahre, wo die „Wahlen“ zu einer Niederlage für die Faschisten wurden. Bekanntlich reichte auch schon im vergangenen Jahre in manchen Betrieben die Kraft der Arbeiter aus, um gegenüber den Unternehmensvorschlägen ihre eigenen Kandidaten durchzusetzen. Um wieviel wichtiger kann die Arbeiterklasse bei den diesjährigen Wahlen dem Faschismus eine Niederlage bereiten, weil auf Grund der gemachten Erfahrungen die Maß- und Kampfesstrategie gegen das faschistische Regime immer breitere Arbeitermassen erfährt.

Dem Faschismus eine solche wichtige Niederlage beizubringen, das ist zweitfolles der Wille der Millionen unterdrückten und ausgebeuteten Proletarier, vor allen Dingen der Wille der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter.

Zu diesem Zweck sollen sich die Arbeiter in allen Betrieben untereinander verständigen und zu einer

um die freie Wahl von Arbeiterkandidaten zum Vertrauensrat abzuhehen.

Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter im Lande diese Haltung des Prager Vorstandes nicht billigen, daß sie bereit sind, gemeinsam mit den Kommunisten auf der Grundlage des vorliegenden Vorschlages zu kämpfen. Daher richten wir unser Angebot erneut an alle sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, Gruppen, Organisationen und Leitungen im Lande. Wir schlagen allen sozialdemokratischen Arbeitern und Organisationen vor, von sich aus überall mit den Funktionären der KPD

festen Kampffront zusammenzuschließen. Gerade in dieser Frage ist die Herstellung der Einheitsfront trotz vorhandener Meinungsverschiedenheiten möglich, weil auf Grund der gewerkschaftlichen und Betriebsrätetraditionen der Wille zum Kampf für selbstgewählte Betriebsvertretungen in den breitesten Arbeitermassen lebendig ist. Eine Verständigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ist der entscheidende Schritt, um die Einheit der Belegschaften zum gemeinsamen Handeln herzustellen. Ein Zusammengehen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter und Angestellten bei den Vertrauensrätewahlen entspricht den Interessen des Proletariats.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands wendet sich deshalb an Sie mit dem Vorschlag, die Vertrauensrätewahlen gemeinsam zum Anlaß zu nehmen zur Organisation des Kampfes der Belegschaften gegen das faschistische Führerprinzip im Betrieb, für die Durchsetzung legal gewählter Belegschaftsvertretungen, als ein Schritt zur Formierung einer geschlossenen Front des Proletariats gegen das Hitlerregime.

In diesem Sinne unterbreiten wir Ihnen konkret folgende Vorschläge:

1. Die beiden Parteileitungen weisen Ihre Organisationen an, sofort in den Betrieben und im Wohngebiet die Verbindung aufzunehmen, um die durchzuführenden Aufgaben gemeinsam zu beraten und festzulegen. Zur Leitung dieses Kampfes werden paritätisch zusammengesetzte Komitees gebildet.

2. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten verständigen sich in den Betrieben und in der Arbeitsfront über die Vorschläge von Kandidaten, die das Vertrauen der Belegschaften besitzen, verständigen sich über deren Popularisierung von Mund zu Mund und über die anzuwendenden Kampfmethoden an ihrer Durchsetzung entsprechende legale Bedingungen.

in Verbindung zu treten und kameradschaftlich die gemeinsamen Maßnahmen zu den Vertrauensrätewahlen zu beraten.

Es wäre von großem Nutzen für die weitere Entwicklung der Einheitsfront, wenn die Arbeiter in den Betrieben und die sozialdemokratischen Funktionäre ihre Meinung zur Schaffung der Einheitsfront, zu den Vorschlägen der KPD und zu den bisherigen Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes an die „Rote Fahne“ mitteilen würden. Wir sind bereit, auch solche Zuschriften zu veröffentlichen, die nicht in allem mit unseren Auffassungen übereinstimmen.

3. Verständigung über die gemeinsame Herausgabe von Agitationsmaterial an die Belegschaften mit den Forderungen auf Einberufung von Betriebsversammlungen mit Rechenschaftsbericht des alten Vertrauensrates und freier Diskussion, mit dem Recht der Aufstellung von Kandidaten durch die Belegschaft und Sicherung der freien und geheimen Wahl durch einen von der Belegschaft zu wählenden Wahlschuß.

4. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und der sozialdemokratische Parteivorstand wenden sich mit einem gemeinsamen Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse, um den gemeinsamen Kampf der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter und Angestellten wirksam zu unterstützen.

Wir sind überzeugt, daß der Abschluß eines solchen Kampfpaktes das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse gegen die Kapitalangriffe für die Durchsetzung ihrer gemeinsamen materiellen und freihheitlichen Forderungen gewaltig stärken würde. Ein solcher Einheitsfrontpakt würde auch den Bestrebungen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter und der ehemaligen Gewerkschaftlern und Funktionären, die freien Gewerkschaften wieder aufzubauen, einen neuen und kräftigen Antrieb geben.

Da die Zeit zur Vorbereitung und Durchführung dieses Kampfes äußerst kurz ist, bitten wir Sie um rasche Beantwortung unseres Angebotes. Wir schlagen vor, über dieses unser Angebot eine Aussprache zu machen. Falls Sie mit unseren Vorschlägen teilweise nicht einverstanden sein sollten, sind wir selbstverständlich bereit, entsprechende Gegen- bzw. Ergänzungsvorschläge entgegenzunehmen.

11. Februar 1935.

Mit proletarischem Gruß:  
Zentralkomitee d. Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

## Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur

(Resolution des Zentralkomitees der KPD vom 30. Januar 1935)

Zwei Jahre Hitlerdiktatur haben den Beweis erbracht, daß der Faschismus die Krise des Kapitalismus nicht beseitigen und die Lage der Arbeiter und Werktätigen nicht verbessern kann. Das führte bereits am 30. Juni 1934 zur ersten Erschütterung der faschistischen Diktatur. Die Hitler-Regierung versuchte, durch verstärkten Terror gegen die Arbeiterklasse, durch brutale Unterdrückung der Opposition in den eigenen Reihen die Austragung der inneren Konflikte hinauszuschieben, um eine Atempause zur Umgruppierung ihrer Kräfte zu gewinnen und eine allgemeine Offensive auf die Lebenshaltung der Werktätigen vorzubereiten. Damit wollte sie zugleich die für sie günstigsten Bedingungen für die Saar-Abstimmung schaffen.

Obwohl es der Hitler-Regierung gelang, ihren faschistischen Staatsapparat zu verstärken und durch die Abstimmung der vor den Faschisten irreführten Saar-Bevölkerung für den Anschluß an den faschistischen Henkerstaat einen Erfolg zu erzielen, entwickelten sich die inneren und äußeren Schwierigkeiten und Gegensätze der nationalsozialistischen Diktatur dennoch weiter.

Die Not der Massen wächst. Ihre Unzufriedenheit nimmt zu, und die Massenbasis der Hitler-Diktatur verengert sich. Das Siegesgeschrei der Faschisten über das Ergebnis der Saar-Abstimmung und ihre wilde chauvinistische Hetze können auf die Dauer die Massen nicht täuschen. Die Verantwortung der Kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse ist in dieser Lage besonders groß.

Die Arbeiterklasse vermochte noch nicht, ihre von der Sozialdemokratie erzeugte Passivität zu überwinden und damit die beginnende Krise der faschistischen Diktatur, die am 30. Juni besonders in Erscheinung trat, durch Massenaktionen weiterzudrücken, wodurch es dem Faschismus erleichtert wurde, seine gegen die werktätigen Massen gerichtete Politik fortzusetzen.

Trotz des beispiellosen heroischen Kampfes der Kommunisten hat die Kommunistische Partei es nach dem 30. Juni nicht verstanden, diesen Heroismus in die Bahn einer kühnen Einheitsfrontpolitik zu lenken, durch eine bolschewistische Massenarbeit in den Betrieben, unter der Jugend, auf dem Gewerkschaftsgebiete und in den faschistischen Massenorganisationen die Massenopposition gegen das Hitler-Regime zu organisieren und zu Aktionen zu führen.

Das Zentralkomitee stellt fest, daß diese Schwäche unserer Parteilarbeit in erster Reihe zurückzuführen ist auf eine sektiererische Einstellung auf allen Gebieten der Massenarbeit, vor allem in der Einheitsfrontpolitik und auf eine opportunistische Spekulation auf ein Abwirtschften des Faschismus, auf spontane Entwicklung der Massenbewegung. Der Faschismus zerfällt nicht von selbst. Die Arbeiterklasse muß die faschistische Diktatur stürzen.

<sup>\*)</sup> Siehe Anfang der Rubrik in der Sonderbeilage. Die Red.

Die Kommunistische Partei vollzieht eine kühne Wendung in ihrer revolutionären Massenpolitik zur Organisation der proletarischen Einheitsfront, um die Voraussetzungen der revolutionären Aufschwung zum Sturz der faschistischen Diktatur zu entwickeln.

Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert in den Reihen der Partei und des Jugendverbandes den stärksten Kampf gegen das Sektierertum und den doktrinarischen Schematismus, als die ernstesten Hemmnisse der revolutionären Massenarbeit, sowie gegen alle rechtsopportunistischen Kapitulantien und feigen Versöhnler, die die bolschewistische Wendung der Partei in der Einheitsfront in parteifeindlichem Sinne ausnützen wollen.

Das Zentralkomitee wendet sich an alle Mitglieder der Partei mit der Aufforderung, alle Kräfte zu konzentrieren auf die revolutionäre Massenarbeit, auf die wirkliche Schaffung der proletarischen Einheitsfront des gemeinsamen Kampfes mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, auf den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften und die Entfaltung einer breiten Massenarbeit in den faschistischen Organisationen. Diese Arbeit muß geführt werden in der richtigen Verbindung der illegalen mit den halblegalen und legalen Methoden des Kampfes.

Zur Herbeiführung des Sturzes der Hitler-Diktatur ist es die zentrale Aufgabe des Proletariats, durch die Gewinnung der Verbündeten aus allen Schichten des werktätigen Volkes die breiteste antifaschistische Volksfront herzustellen zur Volksrevolution für ein freies sozialistisches Deutschland der Räte-macht!

### Der Saarkampf und seine Lehren:

15 Jahre Okkupation und Fremdherrschaft, die skrupellose Ausbeutung der Bergarbeiter durch die französische Grubenverwaltung und die zweideutige Stellungnahme der Völkerbundskommission zu den Rechten der Saarbevölkerung haben im Saargebiet eine starke nationalistische Massenstimmung erzeugt und den Faschisten ihre nationale Demagogie erleichtert. Das hat im Zusammenhang mit dem von der Hitler-Regierung organisierten und von der nationalsozialistischen Saarpolizei direkt unterstützten Terror der Deutschen Front die Voraussetzungen zur Abstimmung der überwiegenden Mehrheit für den sofortigen Anschluß an Deutschland geschaffen, trotz des blutigen volksfeindlichen Hitler-Regimes.

Diese Entwicklung an der Saar wurde begünstigt sowohl durch die aktive Unterstützung des Hitler-Faschismus durch die katholischen Klerikalfürsten wie auch durch das passive Verhalten einiger saarländischer reformistischer Gewerkschaftsführer. Von dem Prager SPD-Vorstand wurde der Kampf der

Einheitsfront an der Saar nicht unterstützt, weil die Einheitsfront mit den Kommunisten und der Kampf um Status quo seine Reichspolitik stören.

«Um so bedeutender ist der antifaschistische Heroismus der sechsundvierzigtausend Werktätigen, die unter diesen Umständen gegen den Strom kämpften und gegen den Anschluß an Hitler-Deutschland stimmten und damit zeigten, daß bei einem Kriegsabenteuer Hunderttausende von Anfang an mit der Kommunistischen Partei auf die Umwandlung des faschistischen Raubkrieges in den revolutionären Krieg gegen den Faschismus, gegen die Kapitalsdiktatur hinarbeiten werden.»

Die wichtigste Lehre des Saarkampfes besteht in der Notwendigkeit einer viel engeren Verbindung der Partei mit den Massen, einer viel stärkeren Organisation ihres Kampfes um die Tagesforderungen und der Entfaltung eines viel ernsteren Kampfes gegen den Nationalismus. Die Partei an der Saar hat mutig gekämpft. Ihre Losung für Status quo war vollständig richtig und entsprach den Interessen der proletarischen Revolution, die zugleich die Interessen aller Werktätigen sind. Aber die Partei war über die nationalistische Stimmung der Massen völlig ungenügend orientiert. Sie ließ sich durch die Beteiligung der Massen an den antifaschistischen Kundgebungen zu einer Überschätzung des Einflusses der Einheitsfrontbewegung auf die Abstimmung verleiten und hat den ideologischen Kampf gegen den Nationalismus sehr mangelhaft geführt. Sie hat es nicht verstanden, den Massen klarzumachen, daß in der gegebenen Situation der Kampf für Status quo ein ernster Schritt auf dem Wege zur wirklichen nationalen Befreiung Deutschlands ist. Sie hat es nicht verstanden, der chauvinistischen Hetze der deutschen faschistischen Bourgeoisie das weltgeschichtliche Beispiel des bürgerlichen Bundes der freien Völker der sozialistischen Sowjetunion und das Programm der sozialen und nationalen Befreiung der KPD gegenüberzustellen.

Die Einheitsfront für Status quo wurde infolge sektiererischer Widerstände verspätet geschaffen. Die Einbeziehung der christlichen Arbeiter in die Einheitsfront wurde zu Beginn der Kampagne nur schwach gestellt und später auch nur zögernd betrieben, was dem Klerus sein verbrecherisches Spiel erleichtert hat. Die ganze Kampagne war zu sehr auf die reine Versammlungsagitatorik und zu wenig auf die Forderungen der Massen und die Auslösung von Aktionen eingestellt.

Gleichzeitig fehlte die große Unterstützung des Saar-Proletariats durch Massenbewegungen im Reich. Auch hier ist eine der Ursachen die Einstellung auf Spontaneität, die ihren Ausdruck in der sozialdemokratischen Spekulation auf internationale Konflikte fand, die zum Selbstzerfall des Faschismus führen sollten.

Mit dem Übergang zum grauen Alltag im III. Reich wird auch die vom Faschismus betrogene Saar-Bevölkerung schnell ernüchtert werden. Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, die werktätigen Massen zur Abwehr der faschistischen Entrechtung zu sammeln. Die Kommunisten müssen an der Spitze des Kampfes gegen die faschistische Gleichschaltung, für die Fortführung aller bestehenden Massenorganisationen der Arbeiter und Werktätigen, insbesondere der freien Gewerkschaften, stehen, was auch von großer Bedeutung für den gesamten antifaschistischen Kampf im Reiche ist. Die Einheitsfront muß fortgesetzt und vertieft und es muß eine breite antifaschistische Volksfront geschaffen werden.

### Die Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland

Der hitler-faschistische versucht, den Ausgang der Abstimmung an der Saar zu einer ungeheuren chauvinistischen Verhetzung der Massen auszunutzen, um die Austragung der inneren Gegensätze des faschistischen Regimes hinauszuschieben, die Mittelschichten erneut an sich zu fesseln und die Arbeiterklasse ideologisch zu beeinflussen (Aufruf Dr. Leys über die «freie» Vertrauensratswahl u. a.). Dadurch sollen die Massen für seine abenteuerliche Kriegspolitik eingespant und die Arbeiterschaft unfähig gemacht werden, sich der Durchführung der Angriffe des Monopolkapitals zu widersetzen.

Die Rückkehr jederung des Saargebiets wird die Lage der Werktätigen an der Saar nicht bessern. Sie wird sie im Gegenteil durch neue zusätzliche wirtschaftliche Schwierigkeiten (Unterbringung der Saarproduktion) verschlechtern.

Die Hitler-Regierung kam ans Ruder, als die sich auf der Grundlage der allgemeinen Krise entfaltende Weltwirtschafts-

krise ihren Tiefpunkt überschritten hatte und in die Depression besonderer Art eintrat. Auf dieser Basis konnte die faschistische Diktatur eine Erhöhung der industriellen Produktion erzielen, vor allem durch die brutalste Ausbeutung der Werktätigen, und eine gewaltige Steigerung der Kriegsproduktion. Diese Entwicklung hat jedoch zu keiner neuen industriellen Blüte geführt, und es bestehen auch keine Voraussetzungen dafür.

Weder mit ihrer Autarkiepolitik noch mit ihrer Zwangsbewirtschaftung vermochte die Hitler-Regierung die Agrarkrise zu mildern. Die jetzt von der Hitler-Regierung groß angelegte «Erzeugungsschlacht», die durch eine ungeheure Anspannung der Arbeitskräfte der Bauern tatsächlich die Umstellung der Landwirtschaft auf den Krieg bedeutet, ist ein Beweis für das Mißlingen der faschistischen Agrarpolitik.

Es entwickelt sich immer mehr der Widerspruch zwischen der wachsenden Verteuerung der Lebenshaltung und dem Drang des Monopolkapitals nach einer allgemeinen Herabsetzung der Löhne, was zu einer Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat und gleichzeitig zur Verschärfung des Interessenkampfes zwischen Industrie- und Agrarkapital führt.

Die abenteuerliche Außenpolitik der Hitler-Regierung hat nach dem 30. Juni und dem Hitler-Putsch in Oesterreich zu einer weiteren Verschärfung der Kriegsgefahr geführt. Die Saar-Abstimmung hat zwar den Kredit des faschistischen Regimes bei der internationalen Bourgeoisie etwas gehoben, aber zur gleichen Zeit wurden dadurch die Gefahr der gesteigerten Aggressivität des deutschen Imperialismus und die Rolle des faschistischen Deutschlands als Hauptkriegsbrandstifter in Europa aufgezeigt (Mittelgebiet, Oesterreich, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Sudeten-Deutschland).

Die Provokationspolitik der Hitler-Regierung gegenüber der Sowjetunion, die ihren entschlossenen Willen zum Frieden mit dem deutschen Volke unaufhaltsam erklärt, schädigt auf der anderen Seite die Interessen des deutschen Volkes und muß Deutschland zur Katastrophe führen. Diese Politik ist eine volksfeindliche Politik.

Die gesamte Politik der faschistischen Diktatur entfachte in den breitesten Schichten der Arbeitermassen glühenden Haß gegen das braune Mordregime. Dieser Haß und der wachsende Widerstandswillen der Massen haben der Kommunistischen Partei die Kraft gegeben, sich als Massenpartei zu behaupten und trotz des blutigsten Terrors ihre illegalen Organisationen auszubauen. Durch ihren heroischen Kampf zeigte sie den Arbeitermassen, daß sie die Trägerin und Führerin des revolutionären antifaschistischen Kampfes ist, wie er sich in vielfältigen Teilkämpfen äußerte, obwohl es zu breiteren Massenaktionen noch nicht gekommen ist und die organisierende Rolle der Partei noch ganz ungenügend entwickelt wurde.

Die Unzufriedenheit in den Mittelschichten, insbesondere die der werktätigen Bauernschaft, die außergewöhnlich unter der Agrarpolitik Hitlers und der Mißernte leidet, ist groß. Sie äußerte sich bisher nur vereinzelt in direkten Kampfaktionen und spiegelte sich hauptsächlich in den Differenzen innerhalb der Wehrformationen und Massenorganisationen des Faschismus, im Kirchenkampf und in ähnlichen Auseinandersetzungen wider.

Die werktätige Jugend, die von der Nationalsozialistischen Partei mit demagogischen Versprechungen und national-militärischer Romantik in bedeutendem Maße angezogen werden konnte, wird von der faschistischen Versklavung und der Vernichtung jeder Aussicht auf eine bessere Zukunft unter der faschistischen Herrschaft besonders betroffen und offenbart am stärksten ihre Enttäuschung.

In der Bourgeoisie Deutschlands regen sich Kräfte, die die unzufriedenen Massen einzufangen suchen und mit ihnen unter Einbeziehung der sozialdemokratischen Anhänger und der christlichen Arbeitermassen eine Massenbasis für die «Reformierung» der Hitler-Regierung zur Aufrechterhaltung der offenen faschistischen Kapitalsdiktatur bilden wollen. Der Prager SPD-Vorstand orientiert sich auf diese Politik der Klassenzusammenarbeit, auf Zusammenarbeit mit den Zentrumsführern des Reichswehrgenerälen und Teilen der Deutschenationalen. Darin ist auch der Widerstand des Prager Parteivorstandes gegen die proletarische Einheitsfront begründet. Diese Politik stößt jedoch auf den Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter und eines großen Teiles der SPD-Funktionäre.

Es ist deshalb die dringende Aufgabe der Kommunisten, alle Kräfte einzusetzen, um den ideologischen Einfluß des Faschismus zu zerstören, die Koalitionspläne des Prager SPD-

Vorstandes zu zerschlagen, die proletarische Einheitsfront zu fördern und durch Mobilisierung aller antifaschistischen Kräfte in der antifaschistischen Volksfront den Sturz des Faschismus zu beschleunigen und allen Bestrebungen zur Rettung der Kapitülsherrschaft entgegenzuwirken.

### Der Kampf um die Einheitsfront des Proletariats

Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront ist der wichtigste Hebel zur Entfaltung der Aktionen der Massen und ihrer Heranführung an die großen revolutionären Schlachten zum Sturz der faschistischen Diktatur. Gegenüber der sozialdemokratischen Politik, die auf eine ganze Periode des Faschismus und der Reaktion orientiert ist und die Massen zum Abwarten verleitet und vom Kampf abhält; und gegenüber dem Prager SPD-Vorstand, der im Interesse seiner Politik der Klassenzusammenarbeit den Kampfwillen der sozialdemokratischen Arbeiter zu unterdrücken sucht, hat die Kommunistische Partei die feste Ueberzeugung und das Vertrauen zur Klassenkraft des Proletariats, die faschistische Diktatur zu zerbrechen.

Die ungenügende Anwendung der Einheitsfrontpolitik durch unsere Partei erleichterte es dem Prager SPD-Vorstand, trotz der Opposition der meisten SPD-Gruppen im Lande gegen seine Politik und trotz der Differenzen innerhalb des Parteivorstandes selbst seine Verbindungen im Lande zu vermehren und ein zentrales Organisationsnetz zu schaffen.

Das Zentralkomitee stellt fest, daß der Kampf um die proletarische Einheitsfront der schwächste Punkt in der Arbeit der gesamten Partei ist, und daß nur wenige Parteioorganisationen die ersten Schritte zu ihrer Verwirklichung getan haben.

Die proletarische Einheitsfront ist die Erfassung aller Proletarier: Kommunisten, Sozialdemokraten und aller oppositionellen Arbeiter in den faschistischen Organisationen. In erster Reihe ist sie die Verständigung und der gemeinsame Kampf der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter und Organisationen im Betrieb und in der Arbeitsfront, überall, wo eine Sammlung und Mobilisierung der Massen zum Kampf für ihre konkreten Forderungen, gegen den Faschismus nur möglich ist. Ihre Herstellung muß vor allem geschehen durch Herantreten an alle betrieblichen, örtlichen und bezirklichen Einheiten, an alle sozialdemokratischen Gruppen, Organisationen und Leitungen, um mit ihnen den gemeinsamen Widerstand gegen alle Angriffe der Unternehmer zu führen, gemeinsam die Vertrauensrätewahlen und den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften zu organisieren, für gemeinsame Unterstützung der Opfer des antifaschistischen Kampfes, die Schaffung gemeinsamer Oppositionsgruppen in allen faschistischen Massenorganisationen und den Aufbau einheitlicher proletarischer Wehroorganisationen gegen den faschistischen Terror einzutreten.

Die KPD begrüßt als gleichberechtigte Mitglieder und Funktionäre alle sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, die sich in die eiserne Kohorte der proletarischen Revolution als Mitglieder der Kommunistischen Partei einreihen. Aber das Zentralkomitee wendet sich mit aller Schürfe gegen die schädliche sektiererische Verengung der Einheitsfrontpolitik, die in der Ersetzung der Einheitsfront durch eine durchaus notwendige Werbung für die Partei zum Ausdruck kommt.

Die Partei hat es nicht verstanden, die guten Beispiele der Herstellung der Einheitsfront, die in Hessen-Frankfurt, Baden, Hannover usw. geschaffen wurden, zu erweitern und zu popularisieren, um sie zu einem verstärkten Ansporn für die Entfaltung der Einheitsfront im ganzen Reiche zu machen. Anstatt die linken Führer der Sozialdemokratie, die sich in Artikeln für die Einheitsfront mit den Kommunisten erklärten, beim Wort zu nehmen, um sie entweder zu einer wirklichen Einheitsfront zu veranlassen oder sie im Fall ihrer Ablehnung vor den Massen als Gegner der Kampfeinheit der Arbeiterklasse bloßzustellen, wurde in doktrinäer Weise der Hauptstoß gegen diese Linken gerichtet und nicht zwischen ihnen und der Mehrheit des Parteivorstandes differenziert. Dieser Fehler kam auch zum Ausdruck in verschiedenen zentralen Dokumenten der Partei, in Artikeln verantwortlicher Funktionäre sowie in der «Roten Fahne». Das hinderte die Gesamtpartei an der Förderung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen im Lande und an der entschlossenen Bekämpfung und Ueberwindung des Sektierertums.

Die KPD unternimmt alle Anstrengungen, um mit allen sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären, Gruppen, Organisationen und örtlichen, bezirklichen und zentralen Leitungen

Abkommen zum gemeinsamen Kampf für die Tagesforderungen des Proletariats und gegen den Hitler-Faschismus zu schließen.

Die KPD richtet die Aufforderung zum Abschluß eines Abkommens für die Einheitsfront besonders an die Opposition in der SPD, die sich in einer politischen Plattform für die Einheitsfront ausgesprochen hat.

Die wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig der gemeinsame antifaschistische Kampf. Im Prozeß des Kampfes müssen die Kommunisten den sozialdemokratischen Arbeitermassen und Funktionären helfen bei der Ueberwindung ihrer sozialdemokratischen Ideologie und sie überzeugen, daß das Programm der Kommunisten, der Kampf für die proletarische Diktatur das einzige wirklich revolutionäre Programm der Arbeiterklasse ist.

### Der betriebliche Massenkampf, die Durchführung der Vertrauensrätewahlen und der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften

Die Hauptaufgaben der Einheitsfront und der Massenarbeit liegen im Betrieb und in der Arbeitsfront. Für das Proletariat steht im Vordergrund der Kampf gegen Lohnraub und für Lohn-erhöhung, für die Wiederherstellung des von den Faschisten vernichteten sozialen Schutzes, gegen das faschistische Arbeitsgesetz, gegen die Verjagung der Jugend aus den Betrieben, für die freie Wahl der Vertrauensleute der Belegschaften, für Versammlungsfreiheit mit freier Meinungsäußerung unter Ausschluß von Unternehmern und Spitzeln, für die Freiheit der Organisation, der Presse und des Streiks.

Um den Kampf für diese Forderungen in breitem Ausmaße zu organisieren, braucht Deutschlands Proletariat die Einheit der freien Gewerkschaftsbewegung, breite Klassenkampfororganisationen, die nur gemeinsam mit den ehemaligen freigewerkschaftlichen Arbeitern und Funktionären geschaffen werden können. Deshalb erstrebt die KPD mit aller Kraft den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes und der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Das ZK stellt fest, daß die Linie auf den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, die von der Partei auf Grund der anderthalbjährigen Erfahrung der Gewerkschaftsarbeit unter der faschistischen Diktatur festgelegt wurde, unter großen Widerständen äußerst schwach durchgeführt und nicht popularisiert wurde.

Das Sektierertum zeigte sich in der Gewerkschaftsarbeit besonders in dem Versuch, nur die roten Verbände und die RGO-Gruppen als Ausgangspunkt zum Aufbau der freien Gewerkschaften zu nehmen, was praktisch die Umgehung des Wiederaufbaues der freien Gewerkschaften bedeutete und die Versuche ehemaliger reformistischer Gewerkschaftsführer begünstigte, ihre Kader zu sammeln und eigene Gruppen aufzubauen, um somit die gewerkschaftliche Spaltung wieder aufleben zu lassen. Es ist ein weiterer sektiererischer Fehler, die Herstellung der proletarischen Einheitsfront und den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften von einander zu trennen, wie es auch falsch ist, den Aufbau der freien Gewerkschaften losgelöst von der Arbeit in der Arbeitsfront durchführen zu wollen.

Das ZK der KPD verpflichtet alle Einheiten, überall mit den damaligen freigewerkschaftlichen Arbeitern und Funktionären, unter Ausnützung aller schon bestehenden Organe (Lohnkommission, Kommission für Arbeiterschutz usw) gemeinsame Komitees zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaften zu schaffen oder sie zu unterstützen. Bei dem Wiederaufbau der freien Gewerkschaften gehen die roten Verbände und RGO-Gruppen in die freien Gewerkschaftsorganisationen über. Wo bereits solche Organisationen unter reformistischer Führung bestehen, müssen die Kommunisten sich ihnen anschließen, in ihnen für die Ziele des antifaschistischen Massenkampfes arbeiten und für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit kämpfen.

Das Zentralkomitee lenkt die besondere Aufmerksamkeit der gesamten Partei und der Arbeitermassen auf die große politische Bedeutung des Kampfes bei den angekündigten Vertrauensrätewahlen. Wenn die Vertrauensrätewahlen im vorigen Jahr die Verschärfung der Klassengegensätze im Lande vor dem 30. Juni kennzeichneten, so müssen die neuen Vertrauensrätewahlen die Hoffnungen des Faschismus, durch chauvinistische Auswertung der Saar-Abstimmung in der Arbeiterklasse die Klassengegensätze zu verwischen, zunichtemachen. Hier muß die Partei die große Linie ihrer Politik der Einheitsfront, des Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften, der Entwicklung einer breiten Mass-

senarbeit in den faschistischen Massenorganisationen, insbesondere in der Arbeitsfront, praktisch verwirklichen.

Alle Einheiten der Partei müssen die Initiative ergreifen, um in Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Funktionären und Organisationen und den ehemaligen Freigewerkschaftern den Kampf in allen Betrieben für die Wahl der von den Belegschaften selbst vorgeschlagenen Vertrauensräte zu führen. Im Mittelpunkt dieser Kampagne zu den Vertrauensrätewahlen muß der Kampf um die materiellen und freiheitlich-demokratischen Forderungen stehen, und es muß die Mobilisierung der Arbeitermassen in den Betrieben und in der Arbeitsfront zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaften ausgenutzt werden.

Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, in diesem Kampfe das faschistische Führerprinzip zu durchbrechen.

### Die Schaffung der antifaschistischen Volksfront

Der Sturz der faschistischen Diktatur kann nur durch die Gewinnung der breitesten Volksmassen für den Kampf unter proletarischer Führung gegen die faschistische Tyrannei, gegen die imperialistische Kriegspolitik und gegen die Kapitaloffensive durch die Organisation der antifaschistischen Volksfront erreicht werden.

Auf dem Wege des Zusammenschlusses der Kommunisten mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Organisationen zur gemeinsamen Steigerung des Klassenkampfes wird die Arbeiterklasse alle Schichten der Werktätigen an sich ziehen und sie zum Kampf gegen den Faschismus führen.

Die Schaffung der Einheitsfront erleichtert es uns, in den faschistischen Massenorganisationen alle legalen und halblegalen Möglichkeiten auszunützen. Überall, wo Massen organisiert sind und zusammenkommen (Betriebsversammlungen, Stempelstellen, Arbeitsfront, Hitlerjugend, bei den Sportlern, in den Konsumvereinen usw.) müssen die Kommunisten und alle Antifaschisten zur Stelle sein, um die Opposition gegen den Hitlerfaschismus zu organisieren. In den faschistischen Massenorganisationen müssen die Kommunisten den Stoß gegen die Mißwirtschaft der Kommissare und der eingesetzten Leitungen, gegen die Bonzenwirtschaft und das «Führerprinzip» richten, müssen sie für das Recht zur Kritik, für die Wahl der Leitungen durch die Mitglieder, für Kontrollrecht über Beitragsgelder usw. kämpfen.

Diese Arbeit ist bisher von der Partei fast vollkommen vernachlässigt worden. Das betrifft besonders die Arbeit in der Hitler-Jugend, was eine außerordentliche Schwäche der Arbeit in der Partei unter der werktätigen Jugend gerade in der Zeit zum Ausdruck bringt, in der ihre Abkehr vom Faschismus einsetzt.

Die Wendung der Partei in der revolutionären Massenpolitik muß ihren besonderen Ausdruck finden in einer wirklichen Orientierung der Partei auf die Jugend, in der vollen Verantwortlichkeit für die Vernichtung des faschistischen Einflusses in der werktätigen Jugend und in ihrer Gewinnung für den Klassenkampf.

Von großer Bedeutung sind: der Kampf gegen die Militarisierung der Jugend; die Arbeit in den Arbeitsdienstlagern, in denen zielbewußte antifaschistische Aufklärung und Massenschulung geleistet werden muß; die Arbeit bei den Massentransporten aufs Land, bei denen sich zu größeren Demonstrationen der Angehörigen bei der Abfahrt Anlaß bietet; ferner für die Ausnützung der Landhelfer als Agitatoren der Arbeiterklasse bei den Bauern und Landarbeitern in den Dörfern und auf den Gütern.

Die antimilitaristische Arbeit muß gleichfalls in den Wehrorganisationen, der SA, SS usw. organisiert werden.

Die Lage der Frauen und Mädchen ist unter der Hitler-Regierung durch die Entrechtung, Hinausdrängung aus dem Produktionsprozeß und durch die Teuerung außerordentlich verschlechtert. Die Frauen und Mädchen sind mit am stärksten von der Enttäuschung erfaßt. Die Wendung der Partei muß auch zu einer ersten Entfaltung der Arbeit unter den werktätigen Frauen führen, um sie als aktive Kämpferinnen in die antifaschistische Kampffront einzureihen.

Die Organisation des Kampfes für die Interessen der werktätigen Bauern, des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz erfordert die besondere Aufmerksamkeit der Kommunisten für die Tagesforderungen dieser Schichten.

Für die Klein- und Mittelbauern fordern wir: sofortige Beseitigung aller Zwangsbewirtschaftung, Niederschlagung sämtlicher

Steuerrückstände, Senkung der Futtermittelpreise auf Kosten des Großhandels und der Monopolzuschläge, Herabsetzung der Pachten und Verlängerung der Pachtverträge, Zinssenkung für alle Grundbuchforderungen und für alle übrigen Kredite, langfristige, zinslose Kredite zum Ankauf von Saat, Düngemittel und zur Ergänzung des Viehbestandes, Aufhebung des Verbots des Selbstschlachtens zum eigenen Verkauf, Erlaubnis zum Selbstmarkten mit allen Produkten, darüber hinaus entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und Zuteilung an die Klein- und Mittelbauern und Siedler.

Für das städtische Kleinbürgertum stehen die folgenden Forderungen im Vordergrund: Steuerfreiheit bei Einkommen bis zu 3000 Reichsmark jährlich, bei Vermögen bis zu 20 000 Reichsmark; Aufhebung der Bier-, Schlacht-, Bürger-, Salzsteuer und ihre Ersetzung durch Sondersteuer auf große Banken, Konzerne, Syndikate, Kartelle, Trusts und Warenhäuser; keine Zwangsabgaben und «freiwilligen» Spenden, keinen Rentenraub an kleinen Rentnern und Invaliden, Mietsenkung für alle Ein- bis Dreizimmerwohnungen und für kleine Geschäfte; schließlich eine Millionär-, Aufsichtsrats- und Dividendensteuer.

Die Intelligenz rufen wir auf gegen faschistische Entwürdigung der Wissenschaft, gegen Maßregelung unabhängiger Künstler und Gelehrter, gegen Willkür und Dunkeimännerei durch Goebbels und Rosenberg, für Unabhängigkeit der Wissenschaft und Kunst von der faschistischen Diktatur, gegen Gesinnungsschnüffelei, Dilettantismus und Protektionswirtschaft in Wissenschaft und Kunst, für Wissen und Leistung.

Für die Gesamtheit aller Werktätigen stellen wir Kommunisten in der proletarischen Einheitsfront und in der antifaschistischen Volksfront das Programm des Kampfes für alle demokratischen Rechte auf: Freiheit der Versammlung und Presse, Unantastbarkeit der Person und der Wohnung, Schutz vor Denunziationen und Verfolgung, Aufhebung von Konzentrationslagern und Schutzhaft, Befreiung aller Opfer des Hitler-Regimes. Millionenmassen der Werktätigen müssen mobilisiert werden zum aktiven Kampf für die Befreiung des Führers des Kampfes gegen den Faschismus, Genossen Thälmann.

Nur indem wir mit unseren Losungen an alle Lebensfragen der breitesten werktätigen Massen in Stadt und Land anknüpfen und in unserer gesamten Agitation ihre einfache Sprache sprechen, werden wir imstande sein, eine wirkliche Massenbewegung gegen die faschistische Diktatur ins Leben zu rufen und die antifaschistische Volksfront zu schmieden. So gewinnen wir zugleich die Kraft, unsere politischen Losungen, vor allem auch im Kampf gegen chauvinistische Verhetzung unser Programm zur sozialen und nationalen Befreiung, in die Massen hineintragen. So allein können wir die Massen gegen Chauvinismus und Kriegshetze, für den proletarischen Internationalismus und für die Volksrevolution gewinnen, die ein freies Deutschland der Räte macht und des Sozialismus bringen wird. Das gigantische Beispiel der sozialistischen Siege in der Sowjetunion unter Führung des großen Stalin und der Weltpartei Lenins, der Kommunistischen Internationale müssen wir in den Mittelpunkt unserer Agitation und Propaganda für die proletarische Einheitsfront und die antifaschistische Volksfront stellen, um den Weg zum Sozialismus in einem Räte-Deutschland zu zeigen.

### Die bolschewistische Festigung der Partei

Die Verwirklichung der gestellten Kampfaufgaben hat eine entschiedene Wendung der Partei und des KJVD zur verstärkten revolutionären Massenarbeit zur Voraussetzung. Die Parteiorganisation muß in allen ihren Einheiten auf diese Wendung und auf diese neuen Aufgaben eingestellt werden. Das Zentralkomitee ruft deshalb alle Kommunisten Deutschlands auf, eine breite innerparteiliche Kampagne für die größtmögliche Steigerung der revolutionären Schlagkraft unserer Partei, für eine bolschewistische Selbstkritik und für die Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern durchzuführen. Das innerparteiliche Leben und die marxistisch-leninistische Erziehung der Parteimitgliedschaft müssen trotz der schweren Bedingungen der Illegalität auf ein höheres Niveau gehoben werden. Die innerparteiliche Demokratie und die Parteidisziplin müssen unter allen Umständen gesichert und es muß die bolschewistische Wachsamkeit gegenüber allen Abweichungen verstärkt werden.

Die Aufgabe aller Leitungen und Kader der Partei ist es, die neuen Erscheinungen und vielfältigen Formen des Lebens und des Kampfes der Massen unter der faschistischen Diktatur

ernsthaft zu studieren, ihre Erfahrungen der Partei zuzuleiten und die politische Linie der Partei nicht als tote Formel, sondern lebendig, entsprechend den Verhältnissen anzuwenden. Auf diesem Wege muß die wachsende Initiative der unteren Kader und Einheiten weiter gesteigert und jeder Kommunist zu einem wirklichen Führer der Massen geschult werden. Neue Kader der Partei müssen entwickelt und besonders durch die Heranziehung der neu in die Partei gekommenen sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre zur aktiven Mitarbeit ergänzt werden.

Das Haupthemmnis für die Durchführung der Einheitsfrontpolitik ist das Sektierertum, das die Partei an der Entfaltung einer revolutionären Massenpolitik zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Gewinnung der Verbündeten hindert. Wenn es der Partei nicht gelingt, das Sektierertum schnellstens zu überwinden, wird sie nicht imstande sein, die Wendung zur revolutionären Massenpolitik durchzuführen und den Prozeß der Organisierung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront zu beschleunigen. Die Partei muß deshalb alle Kräfte auf die Überwindung des Sektierertums konzentrieren, das seinen besonderen Ausdruck fand in dem Widerstand gegen die Einheitsfront und gegen die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften, in der fehlenden Differenzierung zwischen den rechten und linken SPD-Führern, in scheinradikaler Einschätzung der Lage und in einer Unterschätzung der Selbstkritik.

Die sektiererischen Schwächen und Fehler haben die Rechtsopportunisten und Versöhner ermutigt, ihre parteifeindliche Arbeit zu verstärken und unsere proletarische Einheitsfront als Rechtskurs zu diskreditieren. Das Zentralkomitee fordert alle Parteiorganisationen auf, mit aller Entschlossenheit bis zu den schärfsten organisatorischen Maßnahmen die parteifeindlichen Versuche von Versöhnern zu bekämpfen, die zur Schonung ihrer Anhänger eine feige Abwartepolitik treiben und durch die zersetzende Parole der «Konzentration» aller Kräfte auf die Sprengung der unter der Führung des Genossen Thälmann geschaffenen Parteiführung hinarbeiten. Die Geschichte der verfaulenden, konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewischen Gruppe, die zu faschistischen Methoden des individuellen Terrors gegen die Führer des sozialistischen Staates übergegangen ist, zeigt den konterrevolutionären Weg parteifeindlicher Gruppen und mahnt jedes Mitglied der Kommunistischen Partei zu erhöhter revolutionärer Wachsamkeit.

Indem die Partei in Verbindung mit der Vorbereitung des VII. Weltkongresses in selbstkritischer Weise alle Fehler und Schwächen der Parteiarbeit aufdeckt, entschlossen auf eine ideologische Überwindung des Sektierertums hinwirkt und die revolutionäre Wachsamkeit gegenüber dem parteifeindlichen Opportunismus und Versöhnertum verstärkt, schafft sie die Voraussetzungen für die Festigkeit und Geschlossenheit der Partei in der Durchführung der richtigen Linie auf allen Frontabschnitten der revolutionären Massenarbeit.

Die zielbewußteste, opferbereite Organisation der KPD wird ihre historische Aufgabe lösen, die Massen über den Kampf für die elementarsten Tagesforderungen hinaus zu immer höheren Formen des Klassenkampfes, zum entschlossenen Kampf gegen die faschistische Diktatur, bis zum Kampf für die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, zur Schaffung eines freien sozialistischen Räte-Deutschlands zu führen!

**Beschluß des ZK der KPD zur Auswertung  
der Reichskonferenz des KJVD**

Das Zentralkomitee der KPD macht die gesamte Partei auf die große Bedeutung der Beschlüsse der Reichskonferenz des KJVD aufmerksam. Die Partei muß diese Beschlüsse gründlich durcharbeiten, in jeder Leitung und in jeder Zelle behandeln, um selbst befähigt zu sein, gemeinsam mit dem Jugendverband diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Die Jugend muß die breite Sturmfront zum Sturz der Hitler-Diktatur werden. Das kann sie nur, wenn die Partei selbst einen entschlossenen Kampf um die Gewinnung der Jugend führt und dem Jugendverband in jeder Weise hilft, die große Massen- und Erziehungsorganisation der deutschen Jugend zu werden.

Die Beschlüsse der Jugendkonferenz sind ein untrennbarer Bestandteil der Gesamtaufgaben der Partei hinsichtlich einer entschlossenen Wendung in der gesamten Massenpolitik, und zwar

1. zur Entfaltung einer breiten Einheitsfrontbewegung;  
2. zum entschiedenen Aufbau der Jugendsektionen bei der Wiederaufrichtung der freien Gewerkschaften, Organisation einer systematischen Arbeit in der Hitler-Jugend, der deutschen Arbeitfront, im Arbeitsdienst und in allen faschistischen und anderen Massenorganisationen.

3. Stärkung und Befestigung des Jugendverbandes, Entwicklung und Sicherung seiner Kader.

Die entschlossene Durchführung dieser Aufgaben ermöglicht uns die Organisation einer breiten Volksfront zum Sturz der Hitlerdiktatur.

Zentralkomitee der KPD.



## Antifaschistische Einheitsfront bei den Vertrauensrätewahlen

Gemeinsamer Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten für die freie Wahl wirklicher Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben — das ist das Gebot der Stunde!

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Herren Unternehmer und faschistischen Bonzen der Arbeitsfront verkünden durch den Aufruf des Dr. Ley die Durchführung «freier» Wahlen der Vertrauensräte in den Betrieben.

Unter der demagogischen Parole «Für Deutschland» wollen sie die Rückgliederung des Saargebietes zu einer nationalistischen Stimmungsmache ausnutzen und der Welt durch einen neuen Betrug vortäuschen, daß die deutsche Arbeiterklasse hinter Hitler steht.

Was die Krupp, Hitler, Ley und Cie. wollen, das sind keine freigewählten Vertreter der Belegschaften. Sie wollen als «Vertrauensräte» willfährige Werkzeuge für die kapitalistische Ausbeutung und die imperialistische Kriegsvorbereitung.

Die Arbeiter, Arbeiterinnen, die Angestellten und Jugendlichen aber wollen wirkliche freie Wahlen, sie wollen ihre Vertreter selbst vorschlagen und frei wählen. Im vorigen Jahre hat die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse den Kapitalisten, den Hitler und Ley, bei den Vertrauensrätewahlen bewiesen, daß sie dem faschistischen Regime in Haß und Feindschaft gegenübersteht.

«Für Deutschland» — das heißt für die Krupp und Thyssen, für die Hitler und Ley steigende Profite, Dividenden und Börsengewinne, wachsende Ausplünderung und Entrechtung der Volksmassen.

«Für Deutschland!» — das heißt für die Arbeiterklasse und für die Werktätigen ein besseres Leben, Arbeit und Brot, Freiheit und Frieden, das heißt Kampf gegen die faschistische Unterdrückung, das heißt Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der Kapitalisten, der Börsenspekulanten und Großgrundbesitzer.

Heute, noch mehr als vor einem Jahr, haben es die arbeitenden Massen in Deutschland am eigenen Leibe gespürt: In Deutschland regieren die Kapitalisten, die schlimmsten Feinde des werktätigen Volkes. Noch nie ist es diesen in den letzten Jahren so gut gegangen, wie unter der Hitlerdiktatur, noch nie waren die Profite, die Dividenden so fett, die Ausbeutung der Arbeiterschaft so schamlos und brutal wie seit der Machtübernahme durch die Naziregierung. So steht die «Volksgemeinschaft» in Wirklichkeit aus! Noch nie sind Worte und Versprechungen, wie die der Hitler und Ley, so zynisch und verächtlich gebrochen worden, wie in diesen zwei Jahren.

Was ist aus den hochtönenden Versprechungen der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, der Liquidierung der Erwerbslosigkeit geworden? Was aus den Schwüren des Dr. Ley über die Nichtantastung der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten, ihrer Tarifverträge, ihrer sozialen Ansprüche?

Während es im Dritten Reich den Millionären gut geht, während das braune Bonzentum sich an den Arbeitergrochen mäuset, wurden die Löhne und Gehälter durch Abbaumaßnahmen und durch die Teuerung weiter gesenkt, die Unterstützungen und sozialen Leistungen immer wieder gedrückt, wurden den deutschen Arbeitern mit Hilfe des Arbeitsgesetzes, der zynischen Einführung der faschistischen Betriebsordnungen, des Jugendaustauschgesetzes und zahlreicher diktatorischer Maßnahmen die in Jahrzehnten erkämpften Rechte und Freiheiten entzogen. So sieht der «deutsche Sozialismus» aus!

Und neben diesem Angriff auf die Lebensbedingungen und auf die persönliche Freiheit jedes Arbeiters, jeder Arbeiterfrau, jedes Jungarbeiters, sieht das ganze Volk, wie riesenhaft zum Krieg gerüstet wird, wie die deutschen Kapitalisten und ihre faschistische Regierung verbrecherisch alles anlegen, um Millionen deutscher Männer, die Blüte und Kraft des Volkes zugunsten des kapitalistischen Profits und des imperialistischen Angriffs auf andere Völker, des Eroberungskrieges gegen die Sowjetunion, auf den Blutfeldern des Krieges zu opfern.

Das ist die Bilanz, die die Belegschaften der Betriebe stellen müssen, wenn sie jetzt aufgerufen werden, bei den Vertrauensrätewahlen ihre Meinung zu diesem «Deutschland» der Krupp, Thyssen und Hitler zu sagen...

Was wir wollen, das ist ein Deutschland des Sozialismus, in dem für alle Schaffenden Arbeit und Brot, Freiheit und Frieden gesichert sind. Und unsere Blicke sind dabei gerichtet auf

die sozialistische Sowjetunion, wo die Arbeiter und Bauern sich ein Leben des Aufstiegs, des Wohlstandes, der Kultur, der Freiheit und Freude aufbauen, daß sie sich nur dadurch erkämpften, daß sie die Kapitalisten zum Teufel jagten.

Nur derjenige Werktätige beweist seine wahre Liebe zur deutschen Heimat, der mitkämpft, Deutschland von den kapitalistischen Volksausplünderern zu befreien.

«Freie Wahl» versucht Dr. Ley die Welt anzulügen.

Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten und die werktätige Jugend — sie alle wollen wirklich freie Wahlen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Freigewerkschafter, christliche Arbeiter, bei ihnen lebt die Erinnerung an die guten Traditionen der Mitbestimmung bei der Wahl ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretung in der Vergangenheit.

«Freie Wahlen» — wir wollen die Kandidaten, die unsere Betriebsvertreter werden sollen, selbst aussuchen und wir wollen sie frei und ungehindert wählen. Deshalb fordern wir Stellungnahme dazu in offener Abteilungs- und Betriebsversammlung mit freier Meinungsäußerung, mit Rechenschaftsbericht der bisherigen Vertrauensräte, gegen jeden-Terror und jeden Wahlbetrug. Das gilt für die Vertrauensleute der Erwachsenen wie für die Sprecher der Jugendlichen.

«Freie Wahlen» — deswegen verlangen wir zur Sicherung der Vorbereitung, der Durchführung und der Kontrolle der Abstimmung, die Wahl eines Wahlausschusses in der Belegschaftsversammlung. Wir kämpfen aufs schärfste gegen die Wiederholung des Terror- und Wahlbetrugs, wie er im vorigen Jahre angewendet wurde. Die deutschen Arbeiter wollen ihre selbstgewählten, ihre von ihnen selbst anerkannte Vertreter haben.

Wir Kommunisten sind überzeugt, daß der Inhalt des Angebots des Zentralkomitees der KPD an den Vorstand der SPD auf gemeinsames Zusammengehen aller Kommunisten und Sozialdemokraten bei den Vertrauensrätewahlen den Massen der Belegschaften aus dem Herzen gesprochen ist. Wenn der Prager Parteivorstand die Bildung der Einheitsfront beharrlich sabotiert, so werden doch — das ist unsere Überzeugung — die sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder und Funktionäre der beidseitigen Organisationen sich die Hand reichen und kameradschaftlich und einheitlich, unter Innehaltung aller konspirativen Regeln, alle Maßnahmen zum Kampfe um freie Arbeitervertretungen in den Betrieben treffen.

Organisiert die illegale Agitation, erzwingt Belegschaftsversammlungen und freie Diskussion. Verständigt euch über die vorzuschlagenden Kandidaten und wie das vor sich gehen soll, popularisiert sie. Nehmt Stellung gegen die Aufzwingung einer Kandidatenliste durch Unternehmer und Arbeitsfrontbonzen. Erzwingt, daß über jeden einzelnen Kandidatenvorschlag in der Versammlung abgestimmt wird und jene Kandidaten auf die Liste kommen, die die meisten Stimmen erhalten.

Wo es nicht gelingt, an Stelle der vom Unternehmer diktierten Liste eine von der Belegschaft aufgestellte Liste zur Wahl zu stellen — verständigt euch, welche Kandidaten gestrichen und welche gewählt werden sollen, oder ob die ganze Liste zu streichen ist.

Kommunisten, Genossen! Ergreift die Initiative! Beweist, daß ihr die besten Vertreter der Arbeiterinteressen, die kühnsten Kämpfer für die Einheitsfront seid.

Tretet überall, im Betrieb und am Ort, unter Beachtung der konspirativen Regeln, an die sozialdemokratischen Genossen und ihre Organisationen heran zwecks Verständigung über die gemeinsame Durchführung der Vertrauensrätewahlen.

Gemeinsam wollen wir kämpfen gegen Lohnabbau, für Teuerungsausgleich, für unsere sozialen Rechte.

Gemeinsam wollen wir kämpfen für das volle Bestimmungsrecht der Arbeiter bei der Wahl ihrer Vertrauensleute.

Gemeinsam und rascher werden wir dann unsere Kampforganisationen, die freien Gewerkschaften weiter aufbauen. Es lebe die Einheitsfront gegen Unternehmertum und Faschismus!

Alle Kräfte für den Kampf um die freie Wahl der Arbeitervertretung in jedem Betrieb!

## Offener Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an alle sozialdemokratischen Gruppen und linken SPD-Führer!

Klassengenossen!

Anlässlich der von den Faschisten angekündigten Vertrauensratswahlen wandle sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands an den Prager Parteivorstand der SPD mit einem Einheitsfrontangebot.

Das Zentralkomitee schlug vor, beiderseits ihre Organisationen anzuweisen, sich in gemeinsamen Beratungen der Organisationen über die gemeinsame Auswahl von Kandidaten für die Vertrauensratswahl zu verständigen. Zu diesem Zweck sollten zur Leitung der Kampagne gemeinsame Komitees gewählt und für die Belegschaften Agitationsmaterial herausgegeben werden. Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich gemeinsam einsetzen für die Einberufung von Belegschafts- und Arbeitsfront-Versammlungen, um in diesen die ausgewählten Kandidaten als Vertreter der Arbeiterinteressen vorzuschlagen und gegenüber den, von Faschisten und Unternehmern aufgezwungenen Kandidaten durchzusetzen. Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich in den Betrieben gemeinsam dafür einsetzen, daß zur Sicherung einer freien und geheimen Wahl von den Arbeitern Wahlausschüsse gewählt würden.

Wir Kommunisten machten dieses Einheitsfrontangebot, weil wir die Einheitsfront eifrig erstreben, weil wir nichts unversucht lassen wollen, um die Spaltung in den Reihen der Arbeiterklasse im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus zu überwinden und die Kampffähigkeit der proletarischen Massen zu steigern. Wir sind überzeugt, daß wir uns mit diesen Vorschlägen in voller Uebereinstimmung mit Euch sozialdemokratischen Klassengenossen und Euren Gruppen befinden.

Aber die Mehrheit des Prager Parteivorstandes hat unser aufrichtiges Kampfangebot brüsk abgelehnt, obwohl das Zentralkomitee der KPD keineswegs auf der restlosen Annahme aller Vorschläge bestand, sondern bereit war, mit dem Parteivorstand über diese Fragen zu verhandeln.

In Nr. 90 des *«Neuen Vorwärts»* vom 3. März heißt es in der Antwort des Prager Parteivorstandes:

«... daß hinter diesen Vorschlägen der kommunistischen Parteileitung weder der Wille noch die Möglichkeit steht, sie durchzusetzen. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sie deshalb abgelehnt.»

Wie will der Prager Parteivorstand beweisen, daß die Kommunisten nicht den Willen haben, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern und ihren Gruppen zu verwirklichen? Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser offenen Ablehnung der Einheitsfront, in der ihr Wille zur proletarischen Einheit geleugnet und die Möglichkeit zur Herstellung der Kampfeinheit bestritten wird? Ist nicht durch die Verwirklichung der Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zum gemeinsamen Kampfe gegen den Faschismus in Baden, Hessen, Frankfurt, Hannover usw. das Gegenteil von dem bewiesen, was der Parteivorstand behauptet?

Die Ablehnung des Angebotes durch die Mehrheit des Prager Parteivorstandes erfolgte, weil die rechten SPD-Führer ihre Linie der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, trotz der bitteren Erfahrungen für die Arbeiterklasse, fortsetzen wollen.

Wir Kommunisten wissen: Ihr sozialdemokratischen Arbeiter wollt mit uns den gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisierungsangriffe, gegen jeden Lohnabbau, für Teuerungsausgleich und Lohnerhöhung, gegen den barbarischen faschistischen Terror. Ihr wißt genau wie wir Kommunisten, daß diese Kämpfe um so erfolgreicher sein werden, je besser es uns gelingt, unsere Reihen zu schließen, uns in der Einheitsfront zusammenzuschweißen. Ihr seid auch für den Kampf um selbstgewählte Betriebsvertretungen, weil Ihr aus der Erfahrung wißt, daß solche Organe die Kämpfe der Arbeiter wirksam unterstützen können.

Die ablehnende Haltung des Prager Parteivorstandes gegenüber unserem Kampfangebot ist die Fortsetzung seines Kampfes

gegen alle Bestrebungen, die Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu verwirklichen. An vielen Orten versuchte der Parteivorstand, die sich anbahnende und zum Teil bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen der KPD und sozialdemokratischen Gruppen durch seine Beauftragung zu stören und zu sprengen. Der Prager Parteivorstand fürchtet die proletarische Einheitsfront, er ist gegen den revolutionären Kampf der Arbeiter, weil das seine Koalitionsbestrebungen mit der Bourgeoisie stören würde.

Bei einigen linken sozialdemokratischen Führern zeigte sich, beeinflußt durch den machtvollen Drang der sozialdemokratischen Massen zur Einheit, eine gewisse Bereitschaft, mit den Kommunisten über gemeinsame Kampfmaßnahmen zu verhandeln, obgleich diese Linken bisher noch nicht die Kraft aufbrachten, sich gegenüber der ablehnenden Haltung des Prager Parteivorstandes durchzusetzen. Für den Prager Parteivorstand genügten schon diese Stimmungen bei einigen linken Führern, um organisatorische Maßnahmen gegen dieselben zu ergreifen. So wurden die linken Führer Aufhäuser und Böchel aus dem Parteivorstand entiernt, während andere linke Führer aus dem gleichen Grund ihrer Funktionen entoben wurden und fast allen linken Gruppen und Führern die bisher gewährte materielle Unterstützung durch den Parteivorstand entzogen wurde.

Gegenüber diesem Verhalten der Mehrheit des Prager Parteivorstandes erklärt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei seine weitere Bereitschaft zum Abschluß von gemeinsamen Vereinbarungen zum gemeinsamen Kampfe für die Forderungen der Arbeiter. Trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten wird die KPD nichts unversucht lassen und alles unternehmen, um die Herstellung der Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im ganzen Lande zu beschleunigen.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß angesichts der Lage in Deutschland, der verstärkten Kapitalisierungsangriffe, der unmittelbar bevorstehenden Vertrauensratswahlen, des Versuches der Faschisten, durch die gesetzliche Einführung des Arbeitspasses für alle Arbeiter und Angestellten die Freizügigkeit der Arbeiter aufzuheben, daß angesichts dieser brennenden Situation unbedingt gemeinsam gehandelt werden muß.

Deshalb richten wir uns mit unserem Einheitsfront-Angebot, das vom Prager Parteivorstand abgelehnt wurde, an alle sozialdemokratischen Gruppen und linken SPD-Führer. Wir appellieren insbesondere an Aufhäuser, Böchel, Miles und andere linke sozialdemokratische Führer: Auf Euch lastet jetzt eine große Verantwortung; auf Euch blicken jetzt erwartungsvoll viele sozialdemokratische Arbeiter, an Euch besonders liegt es jetzt, zu handeln. Ihr habt wiederholt eure Bereitschaft für die Aktionseinheit erklärt. Jetzt kommt es darauf an, diesen Euren Worten auch Taten folgen zu lassen. Das erwarten von Euch viele sozialdemokratische Arbeiter und Gruppen.

Den sozialdemokratischen Gruppen ruft das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zu: Schlagt ein in die dargebotene Bruderhand. Der Faschismus ist unser gemeinsamer Feind. Ihn müssen wir gemeinsam niederringen, wenn unsere Klasse siegen will. Gegen ihn müssen wir gemeinsam kämpfen, wenn wir unsere Lebensrechte verteidigen wollen. Euer Kampf, ihr sozialdemokratischen Genossen, ist unser Kampf. Laßt uns deshalb allen Widerständen zum Trotz, bei den Vertrauensratswahlen, im Kampfe gegen den Lohnabbau, gegen die chauvinistische Verhetzungs- und Kriegspolitik, laßt uns im Kampfe gegen den Zwangsarbeitspaß, gegen den Herauswurf der Jugend aus den Betrieben Hand in Hand arbeiten.

Gestalten wir die Vertrauensratswahlen zu einem breiten Kampf gegen die faschistische Diktatur und kapitalistische Ausbeutung! Überwinden wir die Spaltung und Zersplitterung in der Arbeiterklasse, dann werden wir machtvoll vorwärts marschieren auf dem Wege zum Sturze der faschistischen Diktatur.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei  
Deutschlands.  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

## Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht

Vom ZK der KPD wird uns geschrieben:

Berlin, 20. März.

Die Proklamation des allgemeinen Militärdienstes durch die Hitlerregierung bedeutet den Uebergang zu der verstärkten Militarisation Deutschlands zum Zwecke der unmittelbaren Vorbereitung und Organisation des imperialistischen Krieges. Das erfordert den Einsatz der gesamten Kräfte unserer Partei zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront gegen das Militärdienstgesetz und die faschistische Kriegspolitik, für die Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion.

Die Hitler-Regierung, welche der Hauptfeind des Friedens ist, treibt im Auftrag des deutschen Monopolkapitals zur Entfesselung des imperialistischen Krieges zwecks Neuauftellung von Europa auf Kosten der Sowjetunion und der kleinen Länder und Völker. Bei ihren bisherigen Erfolgen in der Durchbrechung des Versailler Vertrages nutzt die Hitlerregierung die Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander und ganz besonders die Kriegstreiber der englischen Imperialisten, wie auch der japanischen und polnischen aus, die mit Hitlerdeutschland den Frieden in der ganzen Welt bedrohen.

Die wachsenden inneren Schwierigkeiten und die wachsende Enttäuschung breiterer Volksmassen machen für den deutschen Kapitalismus einen Ausweg aus der Krise immer aussichtsloser und treiben ihn zum Krieg als den letzten, für die Bourgeoisie immer größere Bedeutung gewinnenden Versuch. Die Hitler-Diktatur nutzt bei ihrer Kriegsvorbereitung den Haß breiter Massen gegen den Versaillervertrag aus und versucht, sie für ihre Kriegspolitik zu gewinnen durch die Propaganda eines Großdeutschland («Raum im Osten», «Krieg bringt Arbeit und Ehre»). Die Vorbereitung des faschistischen Raubkrieges, die den Massen des deutschen Volkes noch größere Lasten auferlegt als die Erfüllungspolitik der Weimarer Kapitalsdiktatur, wird Deutschland zu einer noch größeren Niederlage als im letzten Weltkriege, zur Katastrophe führen. Wir Kommunisten sind gegen den Krieg. Wir sind für die Erhaltung des Friedens. Der Krieg wird von den Kapitalisten nicht im Interesse und für die Befreiung der Werktätigen Deutschlands, sondern nur im Profitinteresse des Finanzkapitals geführt. Ein neuer Krieg führt, wenn er nicht von den werktätigen Massen durch die Revolution beendet wird, zu neuen Lasten und neuen Opfern, zur Knechtung fremder Völker und der Werktätigen des eigenen Landes.

Die Beseitigung des Versailler Vertrages im Interesse des deutschen Volkes kann nicht auf dem Wege eines imperialistischen Krieges, sondern nur durch eine brüderliche Verständigung der Völker aller Länder und durch die Befreiung des

Deutschtums vom Faschismus erreicht werden.

Die Kommunistische Partei ist gegen die Klassenarmee des Hitlerfaschismus, sie kämpft für die Wehrhaftmachung der Arbeiter und Werktätigen Deutschlands, für eine rote Armee der Arbeiter und Bauern, im Gegensatz zu den Armeen der imperialistischen Mächte, die nur der Knechtung der Völker und blutigen Eroberungskriegen dienen. Die rote Armee der Sowjetunion ist der stärkste Friedensfaktor der Welt. Vor allem die mächtige Kraft der Rote Armee hat bis heute den Angriffskrieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion und die schwachen Völker verhindert.

Die KPD kämpft innerhalb der Armee des Hitlerfaschismus für die Gewinnung der Werktätigen im Waffenrock, um sie zum Kampf gegen den Faschismus und den imperialistischen Krieg zu gewinnen.

Wir Kommunisten verstärken daher unsere Anstrengungen zur Schaffung einer breitesten Einheitsfront mit allen Arbeitern, vor allem mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Gruppen und Funktionären zur Herstellung einer breiten antifaschistischen Volksfront gegen Krieg, Hunger und Faschismus, für Frieden, Freiheit und Brot.

Das ZK der KPD wiederholt seinen Einheitsfrontvorschlag an den Prager SPD-Vorstand mit dem Ziele der Schaffung einer gemeinsamen Kampffront für den Frieden, gegen das faschistische Militärdienstgesetz, gegen die Militarisation Deutschlands.

Die KPD kämpft unter folgenden Losungen:

1. Der Weg Hitlers ist der Weg des Krieges, unser Weg ist der Weg des Friedens der Völker durch den Sturz der faschistischen Diktatur.
2. Hitler proklamiert die Pflicht zum Brudermord, wir proklamieren den brüderlichen Kampf aller Werktätigen gegen alle Ausbeuter und Kriegstreiber.
3. Die Armee Hitlers soll die Geldschränke der deutschen Kapitalisten schützen, die Rote Armee der Sowjetunion verteidigt den Frieden der Völker und schützt das sozialistische Vaterland im Bunde mit den Werktätigen der ganzen Welt.
4. Nur die proletarische Einheitsfront und die antifaschistische Volksfront können den Faschismus stürzen und den Krieg verhindern.
5. Junge Arbeiter im Waffenrock, lernt den Waffengebrauch als Soldaten der proletarischen Revolution.
6. Gegen den Krieg, Hunger und Faschismus! Sturz der faschistischen Diktatur ist Garantie des Friedens.

## Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus

### Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Belgiens, Oesterreichs, Ungarns und Litauens

*Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!*

*An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!*

*A. alle Werktätigen! An die werktätige Jugend!*

*An alle, die den Frieden erhalten wollen! An alle Feinde des imperialistischen Krieges!*

Die faschistische Regierung Deutschlands hat die allgemeine Militärdienstpflicht eingeführt. Sie hat die deutsche Zivil-Luftflotte in das Kriegsheer eingereiht. Das Gesetz der faschistischen Mordregierung über die Einführung der Militärdienstpflicht bedeutet die offene Durchführung der bisher geheimen Bewaffnung und ihre fieberhafte Steigerung. Sie gibt den Kriegsparteien aller imperialistischen Länder einen neuen Anstoß zur Verstärkung des wahnsinnigen Wettübens.

Die deutschen Faschisten haben durch die Schaffung eines Mordinstrumentes, das die wilhelminische Armee des verhaßten preußischen Militarismus noch übertrumpft, die internationalen Spannungen weiter zugespitzt. Die Hitlerregierung stellt den Krieg unmittelbar auf die Tagesordnung. Sie bedroht unmittelbar die Nachbarvölker. *Die deutschen Faschisten steuern bewußt auf den neuen imperialistischen Weltkrieg zu.* Sie richten die Spitzen ihrer Bajonette, die Rohre ihrer Kanonen, die Steuer ihrer Flugzeuge gegen das Land des sozialistischen Aufbaus, an dessen festen Mauern jede Welle des Faschismus zerbricht, gegen die Sowjetunion.

Diese große Kriegsprovokation wurde von der Hitlerregierung durch alle Schrecken der faschistischen Terrorherrschaft vorbereitet. Den Widerstand der deutschen Arbeiterklasse konnte aber kein faschistischer Terror brechen. Unter dem steigenden Druck der inneren Schwierigkeiten verdoppelt Hitler die nationalistische Verhetzung, die Hetze gegen die Sowjetunion und nimmt seine Zuflucht zum Kriege.

*Arbeiter, Arbeiterinnen, Werktätige, Teilnehmer und Opfer des Weltkrieges!*

Die deutschen Imperialisten konnten ihre Rüstungspläne nur mit Hilfe der anderen imperialistischen Mächte verwirklichen. Die Kriegverbündeten Hitler-Deutschlands, das militär-faschistische Japan und das Polen der Pilsudski-Faschisten unterstützen die Bewaffnung der deutschen Faschisten. Sie steigern Schritt für Schritt mit dem imperialistischen Deutschland ihre Rüstungen für den Angriff auf die Sowjetunion.

Unter allen imperialistischen Mächten ermutigt der englische Imperialismus am meisten die deutsche Aufrüstung gegen die Sowjetunion und nutzt sie fieberhaft zur Steigerung seiner eigenen Rüstungen aus. Die Kriegspartei des französischen Imperialismus, die Führer der Schwerindustrie und der faschistischen Banden, die in Frankreich selbst die Rüstungen am hartnäckigsten vorwärtstreiben, begünstigen die deutsche Aufrüstung und versuchen, ein neues Einschwenken Frankreichs in die Antisowjetfront vorzubereiten. Der italienische Faschismus, der durch seine ganze frühere Politik die Rüstungen der deutschen Faschisten förderte, der jetzt seinen Raubzug in Abyssinien beginnt, stellt als Vorbedingung für die Anerkennung der deutschen Rüstungen die Aufrüstung seiner Verbündeten, *Horthy-Ungarns, Oesterreichs und Bulgariens.*

Der aufgerüstete deutsche Imperialismus setzt alles in Bewegung, um in der Tschechoslowakei, in Rumänien, Jugoslawien und in den baltischen Ländern durch außenpolitische Orientierung auf Deutschland und gegen die Sowjetunion sowie durch die Heranzüchtung faschistischer Bewegungen direkte Unterstützung für seine Kriegspläne zu erreichen.

Alle, die die Kriegsprovokationen des deutschen Imperialismus, seiner japanischen und polnischen Verbündeten seiner Hintermänner durchkreuzen wollen, müssen sich für die Geltendmachung der Friedenspolitik der Sowjetunion, für die Durchsetzung des Ostpaktes einsetzen. Die Friedenspolitik der Sowjetunion war es, die den deutschen Faschisten, den japanischen Militaristen wie auch allen imperialistischen Kriegsparteien die Entfesselung des neuen Krieges erschwerte und erschwert. *Alle,*

*die den Frieden wahren wollen, die Gegner des imperialistischen Krieges sind, müssen die Friedenspolitik der Sowjetunion unterstützen und für ihre Geltendmachung gegen den deutschen Faschismus kämpfen.*

*Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendliche, Werktätige!*

Organisiert den Massenkampf gegen jedes Bündnis mit dem faschistischen Deutschland. Kämpft gegen jedes Nachgeben Eurer Machthaber unter dem Druck der neubewaffneten deutschen Imperialisten! *Glaubt nicht den verlogenen Friedensbelehungen der faschistischen Regierung Hillers!*

Die deutschen Faschistenführer behaupten: Die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht und die Steigerung der Rüstungen dienen nur dem Schutz der deutschen Grenzen. Sie können aber niemand nennen, der heute in der Zeit der Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht die deutschen Grenzen bedroht. Hitlerdeutschland konnte sich die Saar ohne außenpolitische Konflikte einverleiben. Dies aber nutzt der deutsche Imperialismus dazu aus, seine bewaffnete Hand auch nach dem Memelgebiet, nach Danzig, nach Oesterreich, nach Nordböhmen, nach Nordschleswig, nach den baltischen Ländern auszustrecken und seine Kriegshetze gegen die Sowjetunion zu steigern. *Nicht zur Abwehr bereitet sich der deutsche Imperialismus vor, er macht sich sprunghaft zum räuberischen Angriff.* Er lehnt den Ostpakt mit frecher Unverfrorenheit ab, weil er gegen den Frieden, weil er für den Krieg ist.

Die deutschen Faschistenführer behaupten, die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht und die Steigerung der Rüstungen bereiten der Versailler-Schmach ein Ende. Die deutschen Imperialisten möchten an die Stelle der Versailler Raubverträge, deren Lasten sie auf ihre Werktätigen abladen, neue, noch mehr räuberische Unterdrückung fremder Nationen diktieren. Der deutsche Imperialismus hat schon gezeigt, welcher Niederträchtigkeit er fähig ist. Als er 1918 glaubte, den Sieg errungen zu haben, diktierte er den *Brestler Frieden.* Durch diesen Frieden sollte Sowjetrußland gestürzt und ausgeplündert, die Sowjetukraine in eine deutsche Kolonie verwandelt, die Zerstückelung Polens aufrechterhalten, Litauen, Lettland und Estland den deutschen Baronen gesichert werden. Die Nachfolger jener imperialistischen Räuber, die den Brestler Frieden diktierten, die jetzigen faschistischen Machthaber Deutschlands, haben dieselben Pläne im Sinne, wenn sie heute von der Erweiterung des Lebensraumes des deutschen Volkes nach Osten sprechen. *Sie wollen mit dem Blut der deutschen Werktätigen den deutschen Truismagnaten, den preußischen Junkern, den früheren Offizieren der wilhelminischen Armee neues Raubgebiet verschaffen.*

*Kommunisten und sozialdemokratische Arbeiter, Mitglieder der Gewerkschaften aller Richtungen, Frauen und Jugendliche!*

Die kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, der Tschechoslowakei, Oesterreichs, Ungarns und Litauens erklären:

Wir haben unter Führung der Kommunistischen Internationalen Schulter an Schulter mit den deutschen Werktätigen gegen den Versailler Raubfrieden einen ununterbrochenen Kampf geführt. Wir kämpfen und werden auch in Zukunft gegen jede Bestimmung der Staatsgrenzen durch Waffengewalt, gegen jede nationale Unterdrückung, für das nationale Selbstbestimmungsrecht kämpfen.

Wir werden an der Spitze der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen von Stadt und Land unermüdet mit allen Mitteln des proletarischen Klassenkampfes in unseren Ländern den Kampf gegen den Klassenfeind im eigenen Land, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegshetze der eigenen Imperialisten im Zeichen des proletarischen Internationalismus mit verdoppelten Kräften weiterführen.

Eben deshalb werden wir gleichzeitig die Massen der Werktätigen in jedem Lande mobilisieren; gegen die Kriegsprovokationen der faschistischen Herrscher Deutschlands, die Haupttreiber zum neuen imperialistischen Weltkrieg, gegen alle seine Verbündeten und gegen jeden, der den Kriegstreibern des

deutschen Imperialismus Vorschub leistet. Wir werden die heldenhafte Arbeiterklasse Deutschlands in ihrem Kampfe gegen die faschistische Diktatur, gegen die Kriegsprovokationen des deutschen Imperialismus solidarisch unterstützen. Denn wir wissen: *Hitler ist der Krieg und der Sturz Hitlers durch die proletarische Revolution löscht den Kriegsherd des deutschen Imperialismus für immer aus.*

*Wir begrüßen jeden Fortschritt in der Wehrfähigkeit des einzigen Vaterlandes der Werktätigen, jeden Schritt zur Stärkung ihrer roten Arbeiter- und Bauernarmee, die den Frieden sichert, jede Befestigung der Grenzen des sozialistischen Landes, wir werden im Falle eines konterrevolutionären Krieges gegen die Heimat des Sozialismus die rote Armee der Sowjetunion mit allen Mitteln unterstützen und für die Niederlage des deutschen Imperialismus und seiner Verbündeten, für die Niederlage jeder Macht kämpfen, die den Krieg gegen die Sowjetunion führen wird. Wir werden mit allen Mitteln den Sieg der sozialistischen Sowjetunion in ihrem Kampfe gegen alle, die dieses Land des Sozialismus überfallen, mit dem Einsatz unseres Lebens fördern.*

*Der Krieg gegen die Sowjetunion ist der Krieg gegen die Proletarier aller Länder, gegen die Werktätigen in allen Ländern, ist der Krieg gegen alle Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt.*

Wer die Aufrechterhaltung des Friedens will, wer gegen den imperialistischen Krieg ist, der muß wissen: wo auch die deutschen Faschisten den Krieg auslösen werden, dort nimmt unvermeidlich der Weltkrieg seinen Anfang. Diesem Weltbrand und seinen Wirkungen wird sich kein Land entziehen können.

Wir wenden uns an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und besonders an die sozialdemokratischen Organisationen im Lande selbst, wir wenden uns an die Sozialistische Partei Frankreichs, an die Arbeiterpartei und Unabhängige Arbeiterpartei Englands, an die Sozialistische Partei Italiens, an die sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei, an die Polnische Sozialistische Partei, an die Revolutionären Sozialisten Oesterreichs, an die Sozialdemokratische Partei Ungarns und an die Sozialdemokratische Partei Litauens mit dem Vorschlag:

unverzüglich gemeinsame Verhandlungen, Demonstrationen gegen die Kriegstreiberei der deutschen Faschisten, für die Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion zu organisieren, zu diesem Zwecke gemeinsame Komitees zu bilden;

die 1. Mai-Demonstrationen im Zeichen des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, gegen alle, die ihn bei seinen Rüstungen unterstützen, gegen die Kriegsvorbereitungen der eigenen Imperialisten; im Zeichen der gemeinsamen Unterstützung des Kampfes der deutschen Proletarier, gegen die Hitler-Diktatur; im Zeichen der Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion gemeinsam vorzubereiten und durchzuführen.

Wir wenden uns an diese Parteien mit dem Vorschlag, an alle Gewerkschaften, Arbeitersportorganisationen, Bauernorganisationen, an alle Massenorganisationen der Werktätigen, die bereit sind, gegen Krieg und Faschismus zu kämpfen, gemeinsam heranzutreten, um sie alle in diese einheitliche Kampffront einzubeziehen.

**Nieder mit dem Hauptkriegstreiber, mit dem Hitlerfaschismus!**

**Nieder mit seinen Kriegsverbündeten, dem militärfaschistischen Japan und den polnischen Faschisten! Nieder mit der imperialistischen Kriegsvorbereitung in allen Ländern!**

**Für die Unterstützung der Werktätigen Deutschlands in ihrem Kampfe für den Sturz der faschistischen Diktatur!**

**Für die Verteidigung des Vaterlandes aller Werktätigen, der Sowjetunion! Für ihre Friedenspolitik, für den Ostpakt!**

**Vorwärts zum Kampf in einheitlicher Front für die Erhaltung des Friedens, gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Faschismus!**

**Vorwärts zum Kampf für den Sozialismus, der allein den Frieden sichert!**

*Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Belgiens, Oesterreichs, Ungarns und Litauens (Sektionen der Kommunistischen Internationale).*

## Proletarische Helden

Vom ZK der KPD wird uns geschrieben:

Der illegale Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die Hitler-Diktatur ist erfüllt von einem heroischen Kampfe ihrer revolutionären Kader. Die mit der faschistischen Provokation der Reichstagsbrandstiftung einsetzenden Massenverhaftungen und grausamsten Folterungen an den wehrlosen Gefangenen haben es nicht vermocht, die Kader der Partei vom revolutionären Kampf abzuschrecken. Es ist Hitler nicht gelungen, den ihm vom Finanzkapital gewordenen Auftrag, die Kommunistische Partei zu zertrümmern, durchzuführen.

Während die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften vor der faschistischen Diktatur kapitulierten, hat die KPD sofort den schärfsten Kampf gegen die Hitler-Diktatur aufgenommen. Die Führer der Sozialdemokratie versuchten vor den Arbeitern ihre Kapitulation damit zu rechtfertigen, daß unter der Hitler-Diktatur angeblich nichts zu machen sei und man abwarten müsse, bis der Faschismus sich abgewirtschaftet habe. Die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter hat sich in der ersten Zeit nach dieser Parole gerichtet und es den Kommunisten überlassen, den Kampf gegen die Hitler-Diktatur zu führen. Die Kommunisten haben die größten Opfer unter dem faschistischen Terror bringen müssen. Aber der faschistische Terror machte auch nicht Halt vor den sozialdemokratischen Funktionären und ihren Mitgliedern, besonders vor denen, die sich der Abwarteparole des SPD-Vorstandes nicht anschlossen, sondern gemeinsam mit den Kommunisten kämpften.

Der SPD-Vorstand in Prag greift zur Verschleierung seiner Kapitulation vor der faschistischen Diktatur zu der Methode, die Führung der KPD für die unerhörten Opfer verantwortlich zu machen, die der faschistische Terror aus den Reihen der revolutionären Kader gefordert hat. Der SPD-Vorstand erklärt, daß die KPD mit einem rücksichtslosen Einsatz ihres Menschensmaterials arbeite, um einen billigen Außenblickserfolg zu erzielen. Die Resultate dieses heroischen Kampfes der Kommunisten in Gemeinschaft mit revolutionären Arbeitern der Sozialdemokratie zeigen aber, daß es sich nicht um einen Außenblickserfolg handelt, sondern daß es der KPD gelingt, einen immer stärker werdenden Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Hitlerdiktatur zu organisieren und die Einheitsfront in der Arbeiterklasse zu schaffen.

Wenn heute der Prager Parteivorstand wieder Verbindungen mit sozialdemokratischen Gruppen im Lande hat, wenn einige reformistische Gewerkschaftsführer wieder hier und dort Gewerkschaftsgruppen schaffen konnten, so sind sie dazu nur durch den unerbrochenen Kampf der Kommunistischen Partei ermuntert worden, die vom Beginn der Hitler-Diktatur an die Widerstandskraft des Proletariats Deutschlands stärkte und damit verhinderte, daß es der Hitler-Diktatur gelang, die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen.

Ernstes als je steht vor Deutschlands Proletariat die Aufgabe, die kämpfende Einheitsfront gegen die Hitler-Diktatur, gegen ihren faschistischen Terror, gegen ihren Anschlag auf die Lebenshaltung der Werktätigen, gegen ihre abenteuerliche und provokatorische Außenpolitik, gegen ihre Wettrüsterei und Kriegsvorbereitung zu schaffen. Unter der Führung der Kommunistischen Partei muß das große Heer der Angestellten und Beamten, der städtische Mittelstand, die werktätige Bauernschaft für die antifaschistische Volksfront als Verbündete der Arbeiterklasse gewonnen werden. Die Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften, die Ausnutzung des Hasses der Massen gegen das Versailler System durch die Hitler-Regierung zur Unterstützung ihrer Kriegspolitik gegen die Sowjetunion, und zur Verstärkung des Militarismus ist eine außerordentlich ernste Gefährdung des Friedens und fordert die Organisation aller Widerstandskräfte im Proletariat und in den Reihen seiner Verbündeten.

Gerade darum hat sich das Zentralkomitee der KPD erneut an den Prager Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie mit einem Einheitsfrontangebot gewandt, gemeinsam die Arbeiterklasse Deutschlands zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur und ihre arbeiterfeindliche Politik, zum Kampfe gegen ihre Kriegspolitik aufzurufen und die Einheitsfront der sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten herbeiführen zu helfen.

Gerade darum wandte sich die Rote Gewerkschaftsinternationale an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, wandte sich die Kommunistische Internationale an die II. Internationale mit Angeboten des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus, gegen die Hitler-Diktatur als dem Hauptkriegstreiber, gegen die allgemeine Wettrüsterei, die zum neuen Weltkriege treibt für die Erhaltung des Friedens, dessen stärkste Stütze die Sowjetunion und ihre Rote Armee ist.

Gerade darum richteten die kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, England, Italien, Polen, Litauen, Oesterreich und der Tschechoslowakei einen gemeinsamen Aufruf an das Proletariat dieser Länder und der ganzen Welt, sofort den

stärksten Kampf für die Erhaltung des Friedens, gegen die imperialistische Wettrüsterei, gegen den Hitler-Faschismus als Hauptkriegstreiber und für die Verteidigung der Sowjetunion aufzunehmen.

Der proletarische Internationalismus, die Friedenspolitik der Sowjetunion, die Einheitsfront des Proletariats sind die stärksten Garantien für die Erhaltung des Friedens.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist sich dessen bewußt, daß dieser Kampf unter den illegalen Bedingungen und unter dem Terror der faschistischen Diktatur die höchsten Anforderungen an den Heroismus und die Opferbereitschaft ihrer revolutionären Kader stellt. Einer ihrer schwersten Verluste war die Verhaftung ihres Führers, des Genossen Ernst Thälmann, unter dessen Führung die KPD zu einer bolschewistisch geschulten Massenpartei wurde, und der der populärste Führer des Proletariats Deutschlands ist. Aber die KPD konnte auch durch diesen Verlust, der durch die Ermordung unseres John Scheer noch gesteigert wurde, in der Erfüllung ihrer revolutionären Aufgaben nicht einen einzigen Augenblick gelähmt werden. Die Vorhut, die unter der Führung des Genossen Thälmann in der KPD heranwuchs, ist eine unzerstörbare Kraft des Proletariats. Ihnen gab das beispiellose, heldenmütige Auftreten des Genossen Dimitrow im Leipziger Reichstagsbrandprozeß neue Kraft.

Es hieße ein umfangreiches Buch über die proletarischen Heldentaten unter der faschistischen Diktatur schreiben. Wir wollen auch nur ein einigermaßen übersichtliches Bild darüber geben. Wir wollen uns auf einige dieser Heldentaten beschränken. Wir müssen darauf verzichten, im einzelnen das Heldentum zu schildern, das sich nur zum geringsten Teil vor der Öffentlichkeit, im Gerichtssaal, sondern in den Folterkellern der SA, in den Konzentrationslagern, unter den grausamsten Folterungen entmenschter Mörderbanden zeigte. Die menschliche Sprache reicht nicht aus, um diese Torturen zu schildern. Unsere Besten wurden zu Tode gefoltert. Aber sie stehen bis zum letzten Atemzug zur Partei, zur revolutionären Sache des Proletariats, zum Kommunismus.

Gewiß, eine Anzahl von unseren Kämpfern, die vor ihrer Verhaftung Blut und Leben für die Sache des Proletariats einsetzten, brach unter den fürchterlichsten Folterungen zusammen und ließ sich Aussagen abpressen, mit denen sie andere Genossen gefährdeten. Sie glaubten sich damit ihre schwere Lage zu erleichtern. Sie mußten aber erfahren, daß das Gegenteil der Fall war und sie nur noch mehr gequält wurden, um noch mehr aus ihnen herauszupressen.

Wir haben auch einige in unseren Reihen gehabt, die zu den Faschisten übergingen und zu offenen Verrätern an der Partei wurden. Aber was will das gegenüber dem gewaltigen Heldentum bedeuten, das sich in dem Kampf unserer revolutionären Kader offenbarte.

Es blieb wiederum dem sozialdemokratischen Parteivorstand überlassen, dieses Heldentum dadurch herabzusetzen zu wollen, daß er die sozialdemokratischen Gruppen vor dem Zusammengehen mit den Kommunisten, vor der Schaffung der Einheitsfront mit der Behauptung abzuhalten versuchte, die KPD sei mit Spitzeln durchsetzt. Wir wollen uns angesichts der Tatsache, daß namhafte Führer der Sozialdemokratie offen vor der Hitler-Diktatur kapitulierten, den Frieden mit ihr schlossen und sich Pensionen von ihr zahlen lassen, nicht auf eine Polemik gegen diese schamlose und infame Verdächtigung durch den SPD-Vorstand einlassen. Auch nicht der Schein eines Beweises konnte von ihm dafür erbracht werden. Die KPD geht mit aller Rücksichtslosigkeit gegen jeden vor, der in ihren Reihen vor dem Klassenfeind schwankt, oder gar dem Klassenfeind Hilfsdienste leistet. Die KPD hat viele Mitglieder aus ihren Reihen entfernt, die dem bolschewistischen Kampf auswichen oder ihm untreu wurden. Eine Anzahl von ihnen hat bei der Sozialdemokratie willkommene Aufnahme gefunden.

Die KPD legt unter den illegalen Bedingungen, unter denen der Kampf in Deutschland geführt werden muß, das größte Gewicht auf die Einhaltung der Regeln der Konspiration. Angesichts der Bemühungen der faschistischen Regierung und ihrer Geheimen Staatspolizei, ihre Agenten in die Reihen der Avantgarde des Proletariats zu entsenden, oder Funktionäre der Partei durch Bestechung zu kaufen, macht die KPD ihrem Kader die größte Wachsamkeit zur Pflicht. Das wissen auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die in engster Gemeinschaft mit den Kommunisten kämpfen und sich durch diese infamen Verleumdungen des Prager Parteivorstandes von dieser Kampfgemeinschaft nicht abhalten lassen.

(Schluß folgt.)

Das ZK der KPD  
zum 49. Geburtstage Ernst Thälmanns

Berlin, 15. April.

Das illegale Organ der KPD veröffentlicht ein Schreiben des ZK der KPD an Thälmann, in dem es ihm im Namen aller Kommunisten und Antifaschisten Deutschlands zu seinem 49. Geburtstag heiÙe revolutionäre KampfesgrüÙe sendet.

Es ist bereits der dritte Geburtstag, den Du im faschistischen Kerker verbringen muÙt — heißt es in dem Briefe. Noch ist uns nicht gelungen, Dir den Weg in die Freiheit zu bahnen. Dein revolutionärer Geist, Dein unbegrenzter Mut und Deine Standhaftigkeit vor dem faschistischen Feind flößen den Millionen, die unter der Knute der terroristischen Hitlerdiktatur seufzen, Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse und den kommenden Sieg der proletarischen Revolution ein. Wir geloben Dir, unsere Kräfte noch stärker anzuspannen, um das blutige Hitlerregime zu stürzen und alles zu tun, um Deine und die Kerker-tore der übrigen Zehntausenden von Antifaschisten zu sprengen. Die Schergen der Hitlerdiktatur hofften, durch Deine Gefangennahme Dich von den Massen zu isolieren. Das ist ihnen nicht gelungen. So wie der Faschismus unsere Kommunistische Partei, die unter Deiner Führung zu einer wirklich bolschewistischen Partei sich entwickelt hat, auch durch den grausamsten Terror nicht von den proletarischen Massen isolieren konnte, vermochte er auch nicht, die Verbindung der Massen zu Dir zu zerstören. Im Gegenteil. Die Antifaschisten Deutschlands, die Millionen Werktätigen der ganzen Welt fühlen sich mit Dir durch Deine Kerkermauern hindurch aufs innigste verbunden. Aus der Finsternis des faschistischen Kerkers heraus bist Du für sie ein leuchtendes Fanal des heroischen antifaschistischen Kampfes geworden.

Lieber Genosse Thälmann! Du hast die Partei bereits Jahre vor der Errichtung der faschistischen Diktatur gelehrt, den Kampf gegen die chauvinistische Vernetzung der Massen durch die Bourgeoisie zu führen. Heute, wo die faschistische Diktatur mit der Militärdienst-Proklamation zur verstärkten Militarisierung und unmittelbaren Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion schreitet, entfalten wir stärker denn je das Banner des proletarischen Internationalismus. In Deinem Sinne erleben wir heute stärker denn je unsere stolzen roten Fahnen zum Kampfe gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande. In Deinem Sinne kämpfen wir gegen die chauvinistische Vernetzung der Jugend, die der Faschismus für die Profitinteressen der Krupp, Borsig und Thyssen auf das imperialistische Schlachtfeld führen will. Wir kämpfen gegen die Kriegstreiber, für die Verteidigung der Sowjetunion und für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland. In diesem Sinne geloben wir Dir heute — trotz Terror und schwerster Kampfbedingungen — mutig und unerschrocken weiter vorwärts zu marschieren. Zum Sturze des faschistischen Barbarenregimentes, zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, zur Aufrichtung eines sozialistischen Rätedeutschland! Wir grüÙen Dich an Deinem heutigen Geburtstag mit einem kräftigen Rot Front!

## Proletarische Helden \*)

Erst in diesen Tagen hat wieder einer unserer Besten, der Arbeiter *Fiete Schulze*, vor einem faschistischen Gericht in Hamburg das Beispiel eines aufrechten, bolschewistischen Kämpfers dem Proletariat gegeben. Das Gericht beschuldigte ihn, der Führer des Hamburger Roten Frontkämpferbundes zu sein und machte ihn «moralisch» verantwortlich für alle Zusammenstöße zwischen den revolutionären Arbeitern und den faschistischen Mordbanden. Nicht eine einzige Beteiligung an der Erschießung eines SA Mannes konnte ihm nachgewiesen werden. Trotzdem wurde er zum Tode verurteilt. In geiferndem Haß setzten ihm der Staatsanwalt und das Gericht wider ihrem Willen ein ehrendes Denkmal das hell leuchtet vor der gesamten Arbeiterschaft:

«Der Angeklagte ist ein Todfeind unseres Staates... Seine Zunge ist gefährlicher als die Kugeln derer, die auf seinen Befehl geschossen haben. Darum muß er sterben, ich fordere seinen Tod... Möge mit diesem Angeklagten der ... Kommunismus versinken, dessen vollendetster Ausdruck Fiete Schulze ist.»

Wenn es nicht einer sofort einsetzenden internationalen Massenaktion gegen dieses erste Todesurteil wegen «moralischer Verantwortlichkeit» gelingt, Fiete Schulze vor dem Henkerbeil zu retten, der sein Leben lang für die Sache des Proletariats kämpfte, so wird er so zu sterben wissen, wie er es in seinem, ihm vor Gericht fast unmöglich gemachten Schlußwort zum Ausdruck brachte:

«Aber was es auch sein mag, — wir werden die Steger sein... Es wird einen Kämpfer weniger geben, aber siegen werden wir trotzdem... Kommt vollzählig auch zur Hinrichtung, ihr werdet dort sehen, wie ein Kommunist stirbt!»

*August Lütgens*, ebenfalls einer unserer besten Kämpfer aus Hamburg, der Stadt *Ernst Thälmanns*, wurde um die Mitte des Jahres 1933 mit noch drei Hamburger Genossen wegen Beteiligung an der Widerstandsaktion der Hamburger Arbeiterschaft gegen die faschistische Provokation des Altonaer Blutsonnens hingewiesen. *August Lütgens* starb als revolutionärer Kämpfer, als ein Held unserer Avantgarde. Auf dem Richtblock stehend, rief er den zu seiner Hinrichtung kommandierten gefangenen Kommunisten zu: «Ich sterbe für die proletarische Revolution! Rot Front!»

*Albert Kunz* aus Berlin, war wegen Beteiligung an einem Mord an zwei Polizeioffizieren angeklagt. Nicht der Funke eines Beweises lag dafür vor. Nur durch die Aussage eines Spitzels wurde *Genosse Kunz* belastet. Sein Tod war wahrscheinlich schon eine beschlossene Sache. Aber wie *Albert Kunz* seinen täglichen Kampf gegen den Klassenfeind mit bolschewistischer Kühnheit, gestützt auf die Lehre des Marxismus-Leninismus geführt hatte, so gelang es ihm auch durch sein mutiges Auftreten, durch sein offenes Bekenntnis zu den revolutionären Aufgaben der Partei, von dem Gericht seinen Freispruch zu erzwingen. Die Faschisten hatten ihn trotzdem im Konzentrationslager gefangen, und bereiten eine Wiederholung dieses Mordprozesses vor.

Viele unserer Genossen könnten wir noch namentlich anführen (wir nennen nur noch *Ernst Schneller*), die im Gerichtssaal ihren faschistischen Blutrictern und Anklägern das Bekenntnis zur proletarischen Revolution entgegenschleuderten, nichtachtend der ihnen drohenden Todesurteile oder der schwersten Zuchthausstrafen, oder die aus den Konzentrationslagern und den Folterhöhlen vorgeführt, als Zeugen für ihre angeklagten Genossen eintraten, nichtachtend der ihnen drohenden weiteren Folterungen. Diese unsere proletarischen Helden zeugen nicht nur von der unverwundlichen Kraft unserer revolutionären Bewegung, sondern nötigen auch dem Gegner, den faschistischen Folterknechten, Achtung ab. So kämpft die revolutionäre Vorhut der Kommunistischen Partei.

Was will es demgegenüber bedeuten, wenn auch in dieser Vorhut der eine oder andere ist, der vor dem Gegner Angst bekommt, der sein Leben höher stellt als die Sache der Partei, der vor dem Gegner kapituliert und Verrat an der Partei übt. Wir haben einige solcher Fälle unter den mittleren Funktionären. Wir nennen nur die Verräter *Laß, Kraus, Grobis*. Wir nennen noch *Maria Reese*, die in wenigen Jahren von der Sozialdemokratie über die KPD zum konterrevolutionären Sozialismus wechselte und jetzt bei den Faschisten gelandet ist.

Wir haben aber nur einen einzigen Fall, in dem sich ein führender Genosse der Partei nicht so benahm, wie es eines Kommunisten würdig ist. Das betrifft *Ernst Torgler*, der zwar nicht Mitglied des Zentralkomitees war, aber doch als Sekretär der Kommunistischen Reichstagsfraktion und als Agitator der Partei eine führende Rolle spielte. *Torgler* lieferte sich am Tage nach der faschistischen Reichstagsbrandstiftung freiwillig der Polizei aus, ohne sich mit der Parteiführung zu verständigen, die selbstverständlich entschieden gegen einen solchen Schritt war. Vielleicht hat *Torgler* geglaubt, damit der Partei einen Dienst zu erweisen und die faschistische Verleumdung zu entkräften, daß die KPD die Brandstifterin sei, *Torgler* übernahm aber dabei vollständig, daß es der Hitler-Regierung nur darauf ankam, mit dieser Brandstiftung den äußeren Vorwand zu den längst geplanten Blutorgien in der revolutionären Arbeiterschaft zu schaffen. So leistete *Torgler* durch seine freiwillige Auslieferung an die Polizei den Faschisten einen großen Dienst.

*Torgler* gehört nicht zu den proletarischen Helden. Er kapituliert offen vor dem faschistischen Gericht. Er nahm sich einen der übelsten Kommunistenfeinde, den Faschisten *Dr. Sack*, als Wahlverteidiger und ließ sich von ihm als politischen Trottel behandeln. *Torgler* spekuliert auf den «guten Eindruck», den er bei den faschistischen Blutrictern machen wollte. Er nahm sich kein Beispiel an dem unerschrockenen Auftreten der revolutionären Kämpfer, die als Zeugen vor diesem faschistischen Blutgericht erschienen und die mutig zu ihrer Partei und zur Sache des Proletariats standen. *Torgler* nahm sich vor allem kein Beispiel an dem kühnen bolschewistischen Kampfe des Genossen *Dimitrow*, der den Prozeß zum Tribunal gegen die faschistischen Brandstifter verwandelte, der sich in seinem bolschewistischen Kampfe für die Sache des Kommunismus durch nichts heirren ließ und sie mit der ganzen Leidenschaft des revolutionären Kämpfers verteidigte, und damit gleichzeitig den stärksten Anstoß für die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse gab. Nicht *Torgler*, sondern der Genosse *Dimitrow* verfocht die Sache der Kommunistischen Partei Deutschlands vor diesem Gericht.

Die Kommunistische Partei hat vom Tage der Verhaftung *Torglers* an alles getan, um ihn während der Untersuchungslauf und während des Prozesses zu unterstützen und ihn zu ermuntern, als Kommunist in diesem Prozeß aufzutreten. Aber *Torgler* war kein Bolschewik. Er scheute nicht einmal davor zurück, Genossen *Dimitrow* bei seinem mutigen Kampfe in den Rücken zu fallen und sich offen von diesem Kampfe abzugrenzen. Die Kommunistische Partei hat dieses eines Kommunisten unwürdige Verhalten *Torglers* auf das Schärfste verurteilt. Die Kommunistische Partei sieht dabei in *Torgler* nach wie vor ein Opfer des faschistischen Terrors und führt den Kampf um seine Befreiung unvermindert fort, um ihn den Klauen der faschistischen Banditen zu entreißen.

Das blanke Schild der Kommunistischen Partei und die großen Heldentaten ihrer revolutionären Kader können nicht beschüttet werden. Die große Lehre, die uns die Partei *Lenins* und *Stalins*, die Vorhut der Arbeiterklasse Rußlands, in der Vorbereitung der Oktoberrevolution gegeben hat, ist in die Kommunistische Partei Deutschlands tief eingedrungen. Unter der Führung des Genossen *Ernst Thälmann* hat die Partei im Kampfe gegen den Reformismus, in schwerem, innerem Ringen um die Durchsetzung der bolschewistischen Generallinie, in der marxistisch-leninistischen Schulung ihrer Kader die Kraft und die Klarheit gewonnen, die sie befähigt, Organisatorin und Führerin in den Kämpfen des Proletariats Deutschlands gegenüber der Bourgeoisie, gegenüber dem Faschismus und den Kriegsverbrechern zu sein.

Die Blutopfer, die unsere revolutionären Kader im Kampfe gegen die faschistische Diktatur bringen mußten und bringen, dieses unvergleichliche Heldentum, das den Kampf des Proletariats Deutschlands anfeuert, geben die Garantie, daß die Kommunistische Partei die Mehrheit des Proletariats Deutschlands erobern und zur proletarischen Revolution, zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur, zur Schaffung eines Sowjet-Deutschland führen wird.

\*) Schluß des Artikels vom 18. Die Redaktion.



## Die Kommunistische Partei Deutschlands zum 1. Mai

Herans zum Roten Kampf-Mai gegen Krieg und Faschismus, für Frieden, Freiheit und Brot!

*Arbeiter, Frauen, Jugendliche, Werktätige in Stadt und Land!*

Über Grenzen und Hindernisse hinweg reicht die deutsche Arbeiterklasse den Proletariern der ganzen Welt und dem befreiten Volk der sozialistischen Sowjetunion zum Kampftag des 1. Mai die Hand im Zeichen brüderlicher internationaler Kampfverbundenheit. In allen Ländern und Kontinenten ist der diesjährige 1. Mai der Kampftag der Massen gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für Frieden, Freiheit und Sozialismus.

Die Proklamation der allgemeinen Militärdienstpflicht durch die Hitler-Diktatur ist ein Alarmschuß für Europa und die ganze Welt. Hitler-Deutschland vollzieht den Übergang zur verstärkten Militarisierung, um die unmittelbare Vorbereitung und Organisation des imperialistischen Raubkrieges, vor allem gegen die Sowjetunion, in Angriff zu nehmen. Der Faschismus beschreitet mit völkerverhetzender Aufpeitschung chauvinistischer Leidenschaften und außenpolitischer Provokationen den Weg des Krieges.

Die Faschisten reden von «Volksgemeinschaft», «Ruhm und Ehre», von «Gleichberechtigung» und «Deutscher Weltgeltung», «Raum im Osten». Hinter diesen chauvinistischen Losungen lauert der Profithunger der deutschen Finanzmagnaten, grinst die Fratze des Krieges, die Bedrohung der Sowjetunion und der kleinen Nationen. Die Faschisten reden von der «Befreiung Deutschlands», aber sie knebeln die deutschen Werktätigen, sie machen unser unterdrücktes Land in der ganzen Welt verhaßt, sie ersticken in Gefängnis und Zuchthaus, auf der Anklagebank und dem Schafott täglich und stündlich die Freiheit, sie halten unseren teuren Genossen Ernst Thälmann und Zehntausende von Antifaschisten unter Qual und Mißhandlung in ihren Kerkern und Folterkellern gefangen. Sie wollen unsere Jugend, die Blüte des Volkes, durch den Rausch der Uniform-Paraden und Militär-Fanfaren in das Blutgemetzel eines neuen Krieges hineinpeitschen. Sie wollen die Not und den Hunger der Massen im Donner der Kanonen und im Geknatter der Maschinengewehre im Interesse des raubgierigen Finanzkapitals ersticken.

Stolz und siegesgewiß kämpft die Partei Liebknechts und Thälmanns, die KPD, gegen den Strom des Chauvinismus und entfällt gerade in diesem Jahre kühn und unbeugsam im Geiste unseres standhaften Ernst Thälmann ihr rotes Mai-Banner, die Fahne des sozialistischen Freiheitskampfes gegen die Mächte des Krieges, für die Erhaltung des Friedens. Sie ruft die Werktätigen in Stadt und Land auf zur Schmiedung der proletarischen Einheitsfront, zur Schaffung der breiten antifaschistischen Volksfront gegen Faschismus und die Barbarei des Krieges. Sie ruft die Massen auf zur proletarischen Wehrhaftigkeit zum Kampf gegen den faschistischen Feind im eigenen Land, zum Kampf gegen chauvinistische Völkerverhetzung, für den proletarischen Internationalismus, zum Kampf für die Verteidigung unserer großen sozialistischen Heimat, der Sowjetunion, zum Kampf für Deutschlands soziale und nationale Befreiung.

Not und Leid, tiefste wirtschaftliche und politische Knechtung, ungeheure Aufrüstungskosten, die heute schon die Reparationsbelastung der Weimarer Erfüllungspolitik übersteigen, hat der Faschismus dem deutschen Volke auf die Schultern geladen. Er hat die Arbeiterorganisationen vernichtet, er zwingt durch Führerprinzip, Arbeitsdienst, Landhilfe, Betriebsappelle und Arbeitspaß die werktätigen Massen in die Zwangsjacke der faschistischen Kapitalsdiktatur. Der neue Schacht-Plan mit seiner «Export-Offensive» bedroht die Arbeitermassen mit neuem Lohnraub, bedroht das ganze werktätige Volk mit neuem Angriff auf seine Existenz. Mit Zorn und Empörung ballen Millionen deutscher Werktätiger ihre Fäuste. In einzelnen Widerstandsbewegungen und Protestaktionen beginnen die Geknechteten der Städte und Dörfer ihren Kampfeswillen gegen Ausbeutung und faschistische Unterdrückung zu demonstrieren. Die ruckartig gesteigerte Kriegsgefahr, der neue durch den Schacht-Plan signalisierte Lohnraub erfordert das schnelle und geschlossene Handeln der Proletarier und aller Werktätigen. Wir dürfen nicht abwarten, wir dürfen nicht zulassen, daß der Hitler-Faschismus unserem Volke noch tiefere Wunden schlägt und unser Land in Untergang und Katastrophe hineintreibt.

Sozialdemokratische Arbeiter, Funktionäre und Gruppen, an euch, die ihr mit uns die Sorgen und Nöte um das Schicksal unserer Klasse teilt, die ihr wie wir den Sozialismus wollt, er-

geht daher zum diesjährigen Mai-Kampftag eingedenk unserer gemeinsamen Klassentraditionen erneut unser flammender und aufrichtiger Appell, die Einheitsfront zu schließen zum gemeinsamen Kampf gegen die Nöte des Tages, gegen Hitlers Kriegspolitik, zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitler-Diktatur!

Laßt uns gemeinsam in den Betrieben und Orten einheitliche Mai-Komitees, laßt uns überall gemeinsame antifaschistische und antimilitaristische Einheits-Komitees schaffen, um die Schritte des einheitlichen Kampfes gegen unseren gemeinsamen Feind zu beraten und durchzuführen! Organisieren wir gemeinsam den Massenwiderstand gegen die Zwangsteilnahme an den faschistischen Mai-Umzügen! Nützen wir gemeinsam die faschistische Mai-Demonstration aus zur Entfesselung breiter antifaschistischer Massendiskussionen! Organisieren wir gemeinsam an allen Stätten der Ausbeutung und in allen faschistischen Organisationen den Massenkampf gegen Lohn- und Gehaltsabbau, für Teuerungsausgleich, für Lohn- und Gehaltserhöhung, gegen faschistische Zwangsdisziplin, für die demokratischen Rechte der Arbeiter, für das Koalitions- und Streikrecht, für die Versammlungs- und Pressefreiheit, für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, für die Freilassung Thälmanns und aller eingekerkerten Antifaschisten!

Sozialdemokratische Arbeiter und Gruppen! Unser Wille zur Schaffung der Einheitsfront und antifaschistischen Volksfront ist und bleibt trotz der bisherigen Ablehnung der Einheitsfrontangebote des ZK der KPD durch die Mehrheit des Prager Parteivorstandes der SPD fest und unerschütterlich. Wir sind überzeugt, daß das Einheitsangebot der Roten Gewerkschaftsinternationale an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und das letzte Kampfangbot der KPD an den Prager Parteivorstand mit dem Vorschlag des einheitlichen Kampfes gegen den Chauvinismus, für die Erhaltung des Friedens in euren Reihen ein freudiges Echo finden und die Einheit des Kampfes in den Betrieben, Orten und Bezirken fördern wird.

Werktätige Jugend in Stadt und Land! Ihr sollt als Soldaten der faschistischen Klassenarmee die Geldstränge des Finanzkapitals schützen, der Faschismus nutzt eure Begeisterung, euren Idealismus aus zum blutigen imperialistischen Räuberkrieg; im Gasenbel, Stacheldrahtverhau und Granatenhaagel sollen eure Zukunftshoffnungen enden. Wir Kommunisten rufen euch zu: vergeßt auch im Waffenrock nicht, daß ihr Proletarier, daß ihr Kinder des werktätigen Volkes seid! Wir rufen euch zu, die Waffen zu gebrauchen zum Kampf gegen den faschistischen Feind im eigenen Land als treue ergebene Soldaten der Volksrevolution!

Christliche Volksgenossen, die ihr wie wir Hunger und Entbehrungen tragt, deren Organisationen der Faschismus verfolgt und terrorisiert, und auch ihr, NSBO- und SA-Proleten, die ihr durch Hitlers Versprechungen betrogen, die ihr entrechtet und schikaniert seid, auch alle rufen wir Kommunisten auf zum gemeinsamen Widerstand gegen die faschistische Knechtung, zur großen umfassenden Front des werktätigen Volkes gegen Hitlers Regime der Unterdrückung, der Ausplünderung, des Kriegswahnsinns.

Werktätige Bauern, Mittelständler! Der Maitag der Hitlerfaschisten steht im Zeichen tiefster Bedrückung und Knechtung des Dorfes und Mittelstandes durch Zwang, Kommissarenwirtschaft, Steuer- und Zinswucher.

Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller! Die großen deutschen Kulturgüter sind vom Faschismus unter Schutt und Asche begraben. Gesinnungsschnüffelerei, Protektionismus, Knechtung der Kunst und Wissenschaft sind an ihre Stelle getreten. Wir Kommunisten rufen auch euch ihr Bauern, Mittelständler, Gelehrte, Künstler und Akademiker unter die Fahnen des antifaschistischen Maikampfes, unter die Fahnen der antifaschistischen Volksfront.

Die deutsche Arbeiterklasse ruft am diesjährigen 1. Mai den Werktätigen aller Länder zu: das deutsche Volk will keinen Krieg, will keine Eroberungen, das deutsche Volk will den Frieden. Wir Kommunisten kämpfen für die Beseitigung des Versailler Vertrages im Interesse der Werktätigen durch die brüderliche Verständigung der Werktätigen aller Länder und Völker, durch die Befreiung Deutschlands vom Joch faschistischer Knechtung und kapitalistischer Ausbeutung. Wir Kommunisten zeigen den geknechteten Massen Deutschlands den einzigen Weg, der zu Wohlstand und Sozialismus führt, den ein-

zigen Ausweg: die proletarische Revolution.

Im Lande der Freiheit, des siegenden sozialistischen Aufbaus, des steigenden Wohlstandes des Volkes und seiner Jugend, in der sozialistischen Sowjetunion, marschieren am 1. Mai die begeistertsten Millionen der Städte und Dörfer in grandiosen Kundgebungen unter Führung unseres großen Stalin auf.

Dem Lande der proletarischen Diktatur, der breitesten Sowjetdemokratie, in dem es keine Ausbeutung, keinen Faschismus gibt, dem Hort des Weltfriedens, schwören heute Millionen deutscher Arbeiter und Werktätige die Treue und revolutionäre Verbundenheit. Sie schwören, das Land des Friedens und des Sozialismus mit ihrem Blut und Leben zu verteidigen.

Den Bolschewiki gleich wollen wir deutschen Kommunisten unser geknechtetes Land von sozialer und nationaler Unterdrückung befreien! Wir sammeln die Schaffenden in Stadt und Dorf im Tageskampf gegen Hunger, Not, Leid und Bedrückung, im Kampf gegen Krieg und drohende Katastrophe, zum Kampf für ein freies sozialistisches Räte-Deutschland.

Nieder mit der faschistischen Diktatur! Nieder mit den faschistischen Kriegshetzern! Nieder mit dem völkerverhetzenden Chauvinismus! Es lebe der rote Kampf-Mai! Es lebe die proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront! Es lebe der brüderliche Kampf der Werktätigen aller Länder gegen alle Ausbeuter und Kriegstreiber, für die Erhaltung des Friedens, für die Verteidigung der Sowjetunion! Es lebe die Diktatur des Proletariats und der Sozialismus!

*Kommunistische Partei Deutschlands.*  
(Sektion der III. Internationale.)

## Die Bilanz der Danziger Wahlen

Vom Zentralkomitee der KPD wird uns geschrieben:

Das Ergebnis der Danziger Volkstagswahlen vom 7. April stellt für den Hitlerfaschismus einen unzweifelhaften politischen Mißerfolg dar. Trotzdem die NSDAP gegenüber der letzten Volkstagswahl vom 28. Mai 1933 ihre Stimmzahl steigern konnte, hat sie die von ihr verkündeten Ziele dieses Wahlkampfes nicht erreicht.

Das unmittelbare Ziel des Hitlerfaschismus war nach den pomphaften Ankündigungen der nationalsozialistischen Führer die Erreichung einer Zweidrittel-Mehrheit, um die Verfassungsmäßigen Oppositionsparteien auszuschalten und zu liquidieren und die Totalität der Naziherrschaft zu erreichen. In Wirklichkeit haben die oppositionellen Parteien gegenüber den 148 000 Stimmen der NSDAP über 100 000 Stimmen erhalten, darunter 48 000 offen antifaschistische Stimmen der KPD und SPD. Diese Stimmziffern bezeugen die Kraft des antifaschistischen Massenwillens, sich dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch entgegenzustemmen und sie zeigen, daß es dem Hitlerfaschismus nicht gelungen ist, das Wahlergebnis als Sprungbrett für die Rückgliederung Danzigs an das Hitlerreich zu benutzen.

Vergeblich erklärte Goebbels in seiner Danziger Rede vom 6. April:

«Die wenigen Unbelehrbaren, die ein Deutschtum außerhalb des Nationalsozialismus heute noch finden zu können glauben, versündigen sich am Deutschtum... Die Zeit der Parteien muß nun auch für Danzig vorbei sein.»

Das antifaschistische Massenvotum der Hunderttausend hat gelehrt, daß sich die Arbeiter und Werktätigen von Danzig ungeachtet des Terrors des nationalsozialistischen Staats- und Parteiapparates dem Joch des Hitlerfaschismus nicht beugen wollen. Sie illustrieren gleichzeitig den Wert der nationalsozialistischen Lügen, daß am 13. Januar die Mehrheit der Saarbevölkerung nicht nur für die Rückgliederung an Deutschland, sondern für Hitler gestimmt habe. An der Saar handelte es sich um die staatliche Zugehörigkeit, in Danzig aber um eine Parteiwahl für oder gegen den Hitlerfaschismus. Das Ergebnis der Danziger Wahl beleuchtet blitzartig die Tatsache, daß große Teile der Werktätigen an der Saar bei der dortigen Abstimmung wohl für den Anschluß an Deutschland, aber keineswegs für das Regime der faschistischen Hitlerdiktatur stimmten.

Obwohl die NSDAP zu Beginn des Danziger Wahlkampfes in der Hauptsache innerpolitische Parolen aufstellte, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Wahlkampf von der Hitlerregierung auch zu außenpolitischen Zwecken inszeniert worden war. Man hoffte, nach dem Saarerfolg auf der Grundlage der gesteigerten chauvinistischen Welle durch das Danziger Wahlergebnis das außenpolitische Prestige der faschistischen Diktatur zu stärken und einen neuen Ausgangspunkt für den geplanten räuberischen Überfall auf Memel und andere abgetrennte Gebiete und damit auch für die rasche Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Rudolf Heß stieß in seiner Wahlrede am 6. April offene Drohungen gegen Litauen aus und erging sich in heftigen Angriffen gegen die Sowjetunion, wobei er kein Hehl daraus machte, daß die Hitlerregierung in Danzig ein Bollwerk für die Politik des Zusammenschlusses der imperialistischen Staaten unter deutscher Hegemonie gegen die UdSSR errichten wolle. Nicht ohne Grund schrieb das *Berliner Tageblatt* am 7. April:

«Wenn hier der Nationalsozialismus siegt, dann kommt diesem Siege doppeltes Gewicht zu. Und die Auswirkungen der Danziger Entscheidung werden automatisch sich auf jenem Kampffeld bemerkbar machen, auf dem um die deutsche Weltgeltung gerungen wird. Damit ist die Bedeutung der Danziger Wahl für das Reich und für das gesamte Deutschtum zur Genüge gekennzeichnet.»

Auch auf diesem Felde der annexionistischen Imperialistischen Politik hat das Hitlerregime durch den Ausgang der Danziger Wahl nicht das gewünschte Ziel erreicht. Ein erheblicher Teil dieser Hunderttausend nicht- und antifaschistischen Stimmen in Danzig sind Stimmen gegen die räuberische Kriegspolitik der Hitlerdiktatur und insofern auch von besonderer Bedeutung für den Kampf gegen die faschistische Kriegspolitik im Reich selbst, da die Danziger Wahl zum Anlaß dienen sollte, um die chauvinistischen Kriegseidenschaften erneut zu entfachen und den anwachsenden Groll in der Arbeiterklasse und in den werktätigen Schichten durch neue nationalistische Aufpeitschungsaktionen zu dämpfen.

Im Danziger Wahlkampf hat sich insbesondere herausgestellt, daß die NSDAP trotz rücksichtsloser Durchführung ihres Ter-

rors und ungezügelter Demagogie nicht nur unfähig war, die antifaschistische Kampfbereitschaft des Proletariats zu ersticken, sondern daß sie auch außerstande ist, die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie zu überbrücken.

Die Kommunistische Partei hat bei der Danziger Wahl 8268 Stimmen erhalten, 6000 Stimmen weniger als 1933. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß unsere schwache Danziger Bezirksorganisation unter dem Druck des schärfsten faschistischen Verbotsterrors, ohne jede Möglichkeit einer öffentlichen Massenagitation den Wahlkampf durchführen mußte und ihre leitenden Funktionäre sich fast alle in den Kerkern des Nazisenats befinden, so erhalten die 8000 Stimmen für die KPD ein besonderes Gewicht. Es sind die Stimmen überzeugter Kämpfer gegen den Faschismus und für den Kommunismus.

Dennoch beleuchtet dieses Ergebnis auch gewisse Schwächen und Mängel der Massenarbeit der Partei. Die Wahlkampagne wurde teilweise zu parlamentarisch und vom Gesichtspunkte der zu erzielenden Stimmen und Mandate geführt, während es nicht gelang, unter den Betriebsbelegschaften und in den Gewerkschaften eine breite Massenarbeit für die Herausarbeitung der Tagesforderungen der Arbeiter, gegen das Verbot der Partei und den nationalsozialistischen Terror im Geiste der wirklichen Organisation der proletarischen Einheitsfront zu entfalten. In den Wahlkomitees waren zumeist Kommunisten und Sympathisierende vertreten, und es gelang der Partei nicht, im größeren Umfange sozialdemokratische und christliche Arbeiter für dieselben zu gewinnen. Wir machen an die Sozialdemokratie kein Einheitsangebot zum gemeinsamen Kampf für die Durchsetzung materieller und politischer Forderungen und für die Aufstellung einer einheitlichen antifaschistischen Kandidatenliste. Wir verzichteten sogar auf jede Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie und trugen damit zur Verstärkung der Illusion bei den Massen über die Rolle der Sozialdemokratie bei. Das Angebot der Partei an die SPD auf Listenverbindung bei der Wahl (das von der SPD nicht beantwortet wurde) ist den sozialdemokratischen Arbeitern nicht genügend bekannt gegeben und deshalb auch nicht zur Massenmobilisierung ausgenutzt worden.

Unter dem Druck ihrer Anhänger waren auch die bürgerlichen Parteien sogar einschließlich der Deutschnationalen genötigt, eine scharfe Sprache gegen den Nationalsozialismus zu führen. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen trotz des Eintritts ihrer früheren Führergarnitur in die NSDAP auf ihre Wahlliste «Nationale Front» über 10 000 Stimmen erhielten, kennzeichnet die Schärfe der Gegensätze, die zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb der Bourgeoisie unvermindert fortauern. Das Zentrum erhielt mit 32 956 Stimmen 1600 Stimmen mehr als 1933 und widerspiegelte so die Steigerung der antifaschistischen Massenempörung unter der katholischen Bevölkerung des Freistaates Danzig, die 37 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. In diesen Zahlen befindet sich ein bedeutender Teil von christlichen Arbeitern, die auch zweifellos in wachsendem Maße bereit sind, über die bloße Stimmabgabe hinaus sich in die antifaschistische Einheitsfront einzugliedern.

Die Sozialdemokratie, die im Gegensatz zur Kommunistischen Partei in Danzig ein halblegales Dasein führt und eine bestimmte Massenagitation entwickeln konnte, erhielt 39 779 Stimmen gegen 37 882 im Jahre 1933. Das erklärt sich daraus, daß die SPD einem Teil auch ehemals kommunistischer Wähler als die eigentliche legale antifaschistische Partei erschien, für die es sich lohnte, die Stimme abzugeben. Viele Arbeiter befürchteten, daß die Stimmgabe für die Kommunistische Partei wirkungslos bleibe, weil die kommunistischen Mandate nach der Wahl kassiert würden. So erhielt die SPD zweifellos auch einen Teil jener Arbeiterstimmen, die zu der sozialdemokratischen Politik zwar kein Vertrauen mehr haben, die aber der Meinung waren, daß sie ihren Protest und ihre Kampfbereitschaft gegen den Faschismus bei diesem Wahlakt am deutlichsten durch die Wahl der sozialdemokratischen Liste ausdrücken könnten. Auf der anderen Seite ist zweifellos ein Teil der ehemaligen Wähler der Sozialdemokratie, besonders kleinbürgerliche Elemente, in das Lager des Hitlerfaschismus übergegangen. Unter diesen Bedingungen läßt der Stimmenzuwachs der SPD keinen Rückschluß zu auf das Kräfteverhältnis zwischen SPD und KPD im Reich, wo die Kommunistische Partei als entscheidende aktive Kraft in härtester Illegalität die Initiative ergriffen hat, um die antifaschistische Einheitsfront vor allem mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Organisationen zu schließen bei gleichzeitiger Gewinnung der werktätigen Schichten für die antifaschistische Volkfront.

Trotz der Schwächen und Mängel unserer Partei in Danzig zeugt das Ergebnis der Wahl von der Standhaftigkeit und Ak-

tionskraft des revolutionären Proletariats und seiner Partei. Es zeugt auch von der Stärke der antifaschistischen Kräfte in Danzig, die es zu mobilisieren gilt. Unter den hunderttausend nicht- und antifaschistischen Stimmen befinden sich jene proletarischen Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, mit denen wir gemeinsam auf dem Wege des Kampfes für die betrieblichen Forderungen, gegen den faschistischen Terror, für die demokratischen Freiheitsrechte die proletarische Einheitsfront organisieren müssen. Das Danziger Resultat wird zugleich die antifaschistischen Kampfstimmungen im Reiche stärken und die Differenzen im Lager der Bourgeoisie verstärken, wobei besonders auch die Tendenzen zu einer weiteren Heranziehung der SPD in bestimmten Kreisen der Bourgeoisie neue Nahrung erhalten werden. Wenn die Partei unbeirrbar auf dem Wege der Organisation der proletarischen Einheitsfront weiterschreitet, und ihre Fehler und Schwächen rücksichtslos überwindet, so wird der Mißerfolg Hitlers in Danzig mit dazu beitragen, die Kraft der Massen in Deutschland wie in Danzig gegen die faschistische Versklavungs- und Kriegspolitik zu steigern und zu festigen.

## Gegen faschistische Terrorherrschaft und Kriegstreiberei!

An alle deutschen Arbeiter und Werktätigen! An alle Freunde der Freiheit und des Friedens!

Bestialischer faschistischer Terror wütet in Deutschland. Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten über die Massenverhaftungen kommunistischer, sozialdemokratischer und christlicher Arbeiter.

Selbst katholische und protestantische Geistliche werden in die Konzentrationslager und Gefängnisse geworfen. Fast jeder Tag bringt neue Nachrichten über die vielschichtige Ermordung von Arbeiterfunktionären durch die Gestapo der Hitler und Göring. Ueber 800 000 politische Gefangene gingen seit der Errichtung der Hitler-Diktatur durch Folterhöhlen der Gestapo und faschistische Konzentrationslager! Mehr als 70 000 schmachten heute, mißhandelt und gequält in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern. Ueber 3100 Antifaschisten wurden bisher in vielschichtiger Weise von den faschistischen Junkern zu Tode gefoltert und erschlagen. Im Blut tapferer Antifaschisten und aufrechter Gegner der faschistischen Diktatur soll der Widerstand gegen die Kriegs- und Hungerpolitik der deutschen Kapitalisten erstickt werden. Fieberhaft rüsten die deutschen Kapitalisten zum Kriege. Sie sind drauf und dran, die Welt in Brand zu setzen und den Hort des Friedens und der Freiheit, die Sozialistische Sowjetunion, räuberisch zu überfallen. Offizielle Aufstellung einer Militärluftflotte, Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht, offizieller Bau von Unterseebooten: so folgt eine Provokation des deutschen Imperialismus auf die andere. Und sie zeigen der ganzen Welt, daß die faschistischen Machthaber in Deutschland nur von einem Gedanken besesselt sind, der brutalen Knechtung der eigenen Volksmassen im Innern und der Organisierung des Raubkrieges zur Eroberung fremder Gebiete und Unterdrückung anderer Völker.

**Arbeiter, Werktätige!** Erkennt, daß die neue furchtbare Welle faschistischen Terrors sich gegen alle Freiheitskämpfer und Freunde des Friedens richtet. Man foltert, quält und mordet die Kommunisten, weil sie am konsequentesten den Kampf geführt haben und nie aufhören werden zu führen gegen die Verelendung der werktätigen Massen, gegen Hunger und Not, für Freiheit und Brot. Die faschistischen Kriegsbetzer wollen, um ihre Kriegspläne durchführen zu können, durch die physische Vernichtung der besten Freiheitskämpfer, die in ihre Hände gefallen sind, den werktätigen Massen die revolutionäre Führung im Kampf gegen faschistische Barbarei und Kriegsverbrechen nehmen. Sie wollen jeden Gedanken an Freiheit und Sozialismus ausrotten. Durch ihre scheußlichen Mordtaten und durch die Mißhandlung verhafteter Arbeiterfunktionäre wollen sie die Volksmassen einschüchtern, den Widerstand gegen die Ausbeutungspolitik der Schacht, Thyssen niederhalten.

**Arbeiter, Werktätige!** Sorgt dafür, daß bis in die letzte Arbeiterwohnung, bis ins letzte Dorf, daß in jedem Betrieb und jedem Kontor bekannt wird, welcher schaulichsten Bestialitäten sich Tag für Tag die faschistischen Henker an den Kämpfern für Frieden und Sozialismus, für Freiheit und Arbeiterrechte schuldig machen. Das Leben der verhafteten Antifaschisten in den Gestapohöhlen, im Gefängnis und in den Konzentrationslagern ist in höchster Gefahr.

Heißt durch Euren Protest und Eure Aktivität Ernst Thälmann, den Führer des deutschen Proletariats, um dessen Schicksal die Werktätigen der ganzen Welt sich sorgen, retten! Man hat seine Rechtsanwälte ins Gefängnis geworfen, man will ihn vor das faschistische Blutgericht schleppen ohne die Möglichkeit der geringsten Verteidigung. Er ist in den Händen der Todfeinde der Werktätigen. Man foltert ihn. Die Hitler und Göring wollen seine Vernichtung. Die Kraft der Werktätigen allein kann ihn retten.

Rettet die antifaschistischen Kämpfer, die Abgeordneten Max Maddalena, Rudolf Stamm und Adolf Remble vor den faschistischen Peinigern und Henkern. Sie wurden Ende März in Berlin verhaftet. Sie werden in den Gestapohöhlen gefoltert. Ihr Leben ist in höchster Gefahr. Laßt nicht zu, daß man sie mordet, so wie man in Halle die Abgeordnete Helene Glatzer, so wie man den Redakteur Georg Handke, so wie man den tapferen Antifaschisten Karl Bröde in seiner Gefängniszelle erschlagen hat. Unter den Inhaftierten, Gefolterten und erschlagenen Antifaschisten befinden sich viele sozialdemokratische Arbeiter, Funktionäre und Führer. Eines der letzten Opfer war der Vorsitzende des ehemaligen freigewerkschaftlichen Bergarbeiter-Verbandes, Husemann.

Macht Euch nicht mitschuldig an den Mordtaten der Faschisten indem Ihr schweigt! Denkt an die Frauen und Kinder der Ermordeten, denkt an jene Hamburger Familien, denen man die Asche ihrer ermordeten Väter in einem Postpaket wenige Tage nach der Verhaftung zugestellt hat. Denkt an sie und tut das Aeußerste zur Rettung der gefangenen Antifaschisten, zur Zusammenfassung aller Kräfte des werktätigen Volkes gegen den Terror der Hitler, Göring, für die Sache des Friedens und der Freiheit, für die Sache Ernst Thälmanns und all der antifaschistischen Freiheitshelden, die ihre Treue zur Sache des werktätigen Volkes mit ihrem Herzblut besiegeln.

Kämpft für die Freilassung aller eingekerkerten Antifaschisten. Kämpft für die sofortige Freilassung von Ernst Thälmann. Kämpft für die Freilassung von Fietsch Schulze, der unschuldig zum Tode verurteilt wurde. Kämpft gegen die Schande der Konzentrationslager, für die Freilassung all der Antifaschisten, die seit zwei Jahren und länger unter dauernden Mißhandlungen und Quälereien gefangengehalten werden.

Kämpft für die Freilassung von Max Maddalena, Rudolf Stamm und Adolf Remble.

Sozialdemokratische Arbeiter, Gewerkschaftskollegen! Bildet mit den Kommunisten die kämpfende Einheitsfront gegen die Mordtaten und den Terror der faschistischen Kriegstreiber.

Ihr christlichen Arbeiter und Gewerkschaftskollegen! Ihr Werktätigen in den nationalsozialistischen Organisationen, die Ihr mit den Foltermethoden nicht einverstanden seid! Führt mit uns gemeinsam den Kampf gegen die Barbarei der Hitler-Diktatur, für die Freiheit der Arbeiterorganisationen, gegen Gewissenszwang und faschistische Verfolgungsmaßnahmen.

Tragt überall, in alle Betriebe, Fabriken, Kontore und Geschäfte, in die Stempelstellen und die Wohnquartiere die Kunde von den faschistischen Greueln. Schreibt Euren Protest an die Wände. Druckt eure Kampfslogans in Tausende und aber Tausende von Flugblättern. Rüttelt das ganze werktätige Volk auf gegen die Hitler-Barbarei.

Männer und Frauen des Mittelstandes, der Intelligenz, der werktätigen Bauern! Steht mit den Arbeitern und Arbeiterinnen zusammen in der Antifaschistischen Volksfront gegen die faschistischen Terrorbanden, die den Namen Deutschlands in der Welt schänden und eine Gefahr für den Frieden der ganzen Welt bilden.

Kampf für Freiheit, für Frieden, gegen die faschistische Sklaverei und Kriegstreiberei! Nieder mit der faschistischen Terrorherrschaft! Nieder mit der Hitler-Diktatur! Es lebe der gemeinsame Kampf aller Antifaschisten für die Befreiung der deutschen Werktätigen!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der III. Internationale).

## Resolution des ZK der KPD zu der durch die faschistische Kriegspolitik und die neue chauvinistische Welle geschaffenen Lage in Hitler-Deutschland

Die Hitler-Diktatur hat durch die Proklamierung der Militärdienstpflicht den Übergang zur unmittelbaren und offenen Kriegsvorbereitung für ihre imperialistischen Räuberziele besonders gegen die Sowjetunion vollzogen. Einige außenpolitische Erfolge (Saarabstimmung, Vertrag mit Polen, Begünstigung durch die englische Politik, Sprengung der Versailler Vertragsbestimmungen) und eine gewisse Belebung auf wirtschaftlichem Gebiet, die der Hitler-Faschismus für die Entfesselung einer zweiten chauvinistischen Welle ausnutzte, erleichterten ihm die Verschleierung der inneren und äußeren Schwierigkeiten und die Steigerung seiner Kriegspolitik.

Diese Entwicklung erleichterte es dem Faschismus, bestimmte Manöver zu machen, vorübergehend die Differenzen in den eigenen Reihen im Lager der Bourgeoisie und die Unzufriedenheit auch unter einigen Teilen der Werktätigen abzuschwächen. Dadurch gelang es dem Faschismus, größere Teile der Werktätigen chauvinistisch zu beeinflussen.

Im Interesse der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus macht der Faschismus die größten Anstrengungen, um in die Arbeiterklasse einzudringen. Zu diesem Zwecke wendet der Faschismus die vielfältigsten Betrugsmanöver an, z. B. Tarnung seiner Kriegs- und kapitalistischen Ausbeuterpolitik mit Friedens- und Volksgemeinschaftsphrasen. Die Hitler-Diktatur als der Hauptkriegsbrandstifter des neuen Weltkrieges entfaltet gegen die Sowjetunion, das Bollwerk des Friedens, eine gesteigerte Hetze und Verleumdungskampagne. Gleichzeitig unternimmt jedoch der Faschismus ernsthafte Versuche, um Teile der qualifizierten Arbeiterschaft (besonders der Rüstungsindustrie und lebenswichtigen Betriebe) durch Sonderbegünstigungen (höhere Löhne, Urlaub, Angestelltenverhältnis für Arbeiter) zu gewinnen bzw. zu neutralisieren und sie dadurch für seine Kriegspolitik dienstbar zu machen. Unter dem Schutzwall der chauvinistischen Welle führt er gegen die revolutionären Arbeiter, insbesondere gegen ihre Avantgarde, die KPD, als den Organisator der proletarischen Einheitsfront gegen Kapitalangriffe und faschistische Kriegspolitik, einen wütenden Terrorfeldzug durch.

Die vom Faschismus entfesselte chauvinistische Welle kann auf die Dauer die Klassengegensätze nicht vertuschen. Der verschärfte Terror, die gesteigerte Entrechtung der Werktätigen, die sich vollziehende Herabdrückung des Lebensniveaus der breiten Massen, der ungeheure Druck des Militarismus werden die tiefe Unzufriedenheit und Enttäuschung, welche heute vorübergehend durch den Chauvinismus verdeckt sind, erneut fördern.

Die Rüstungen der deutschen Imperialisten durch die Hitler-Regierung verschärfen alle imperialistischen Gegensätze, wie das der Verlauf der Konferenzen von Stresa und Genf charakterisiert, und sind für Deutschland kein Ausweg aus der Krise. Das Ergebnis der Danziger Wahlen und der Vertrauensratswahlen beweist, daß der Faschismus die Differenzen im Lager der Bourgeoisie nicht beseitigen kann, daß er trotz der chauvinistischen Welle die Klassengegensätze entgegen seinen Behauptungen nicht abzuschwächen vermag. Die von Schacht unternommenen Versuche eines Export-Dumpings, die bereits auf den Widerstand einer Reihe von kapitalistischen Ländern stoßen, können nur durchgeführt werden auf Grund einer weiteren Senkung der Lebenshaltung der breiten Massen, wodurch sich die Unzufriedenheit und der Widerstand der werktätigen Massen erneut steigern wird.

Deshalb muß sich die Partei die Aufgabe stellen, durch eine wirkliche Verbesserung ihrer revolutionären Massenpolitik die breitesten Volksmassen für den Kampf gegen den Chauvinismus, die faschistische Kriegspolitik und den Sturz der Hitler-Diktatur zu gewinnen und ihnen die große Perspektive des Auswegs aus der Krise in einem Sowjet-Deutschland im Bündnis mit der Sowjetunion aufzuzeigen.

Dazu ist in Ergänzung der in der Januar-Resolution gestellten Aufgaben notwendig:

1. Mutiger und zäher gegen den Strom des Chauvinismus anzukämpfen als bisher, den proletarischen Internationalismus zu propagieren, eine beharrlichere Entlarfung der faschistischen Friedensphrasen durchzuführen, größere Anstrengungen zur Losreißung der Jugendmassen vom Einfluß des Faschismus und zur Gewinnung der Frauen zu unternehmen. Den Massen aufzuzeigen, daß Freiheit, Wohlstand und Lebensraum für das werktätige Volk nur durch den Sturz der faschistischen Kapitaldiktatur errungen werden können. Der Kriegs- und Katastrophenspektive des Hitlerfaschismus entgegenzustellen den Kampf für die Erhaltung des Friedens, für die Verteidigung der Sowjetunion, für den revolutionären Ausweg durch den Sturz des Faschismus und Kapitalismus.

2. Eine ständige gründliche Auseinandersetzung mit den faschistischen Ideologien, den faschistischen Schlagworten und Argumenten. Es ist notwendig, besser als bisher zu entlarven den reaktionären Sinn der Phrasologie von der faschistischen Volksgemeinschaft, die vielseitigen Ausräuberungsmethoden der Monopolkapitalisten, Junker und braunen Bozenen, das Führerprinzip als die offene Diktatur des Finanzkapitals und des Junkertums. Wir müssen aufzeigen, daß die Volksgemeinschaft durch den Sozialismus in einem Sowjetdeutschland erwächst.

3. Verstärkte Fortsetzung und weitere Verbesserung der bereits begonnenen Wendung in unserer Einheitsfrontpolitik, kühnere Überwindung der sektiererischen Hemmungen, um zu einer breiteren Einheitsfrontbewegung mit den sozialdemokratischen Massen und Organisationen zu gelangen. Wir müssen den linken Sozialdemokraten, welche sich für die Einheitsfront aussprechen, in stärkerem Maße helfen, ihre Schwankungen zu überwinden, um sie für den gemeinsamen Kampf gegen Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegspolitik zu gewinnen.

Spitzenverhandlungen können nur dann erfolgreiche Ergebnisse zeitigen, wenn sie gestützt sind auf eine breite Aktivität der Massen für die Einheitsfront, zu der die Kommunisten die ständige Initiative haben müssen.

4. Es ist die Aufgabe der Partei, die täglichen Kämpfe der Massen zu organisieren. Dazu muß sie solche Losungen und Parolen aufstellen, die den objektiven Kampfmöglichkeiten entsprechen, den Massen verständlich sind, und muß ihnen eine wirkliche Anleitung zum Handeln geben. Unsere illegale Presse und Literatur soll als ideologischer Führer und Organisator des Arbeiterkampfes die ganze Vielgestaltigkeit des Arbeiterlebens widerspiegeln. Ein energischer Kampf gegen die sozialdemokratische Theorie des automatischen Zusammenbruchs ist nur möglich durch die Überwindung der Tendenzen einer oberflächlichen und abstrakten Einschätzung der objektiven Lage.

5. a) Die Verbesserung und Verbreiterung unserer Massenarbeit besonders in der Deutschen Arbeitsfront in Verbindung mit einem zähen Kampf um die Besetzung und revolutionäre Ausnutzung der unteren Funktionen.

b) Die bessere Verbindung unserer illegalen Arbeit mit der Ausnutzung aller legalen und halblegalen Möglichkeiten, kluge und beharrliche Ausnutzung sozialdemagogischer Manöver der Faschisten, ihrer differenzierten Lohnpolitik, ihrer Sozialpolitik usw. Dabei ist den Massen klarzulegen, daß die differenzierte Lohnpolitik der Faschisten eine Methode ist, das Gesamtlohnniveau auf einer niedrigen Stufe zu halten. Die konkrete Herausarbeitung und Propagierung der betrieblichen Forderungen und des raschen und elastischen Reagierens auf alle Unternehmerangriffe und faschistischen Manöver.

c) Die Verstärkung unserer Arbeit für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, die Konzentrierung der Partei auf das Eindringen in die von Sozialdemokraten geschaffenen Gewerkschaftsgruppen, gegen alle Zersplitterungsversuche, für die Gewerkschaftseinheit, für die Schaffung einer breiten Gewerkschaftsbewegung durch die Sammlung sympathisierender Massen und Gewerkschaftsfunktionäre und Gruppen in den Betrieben.

6. Eine breite, alle Volksmassen erfassende Kampagne gegen den Terror, gegen die mittelalterlichen Folterungsmethoden an politischen Gefangenen, für die Freilassung Thälmanns und aller politischen Gefangenen, gegen die opportunistische Auffassung des Verschweigens des Terrors mit der Annahme, dadurch einer Angststimmung vorzubeugen, energisch aufzutreten. Die Partei und die Arbeiterklasse im Kampfe gegen Spitzel und Provokateure zu erhöhter Wachsamkeit zu erziehen. Die Partei muß viel besser als bisher ihre gesamte Arbeit mit maximaler Sicherung als entscheidende Aufgabe verbinden, ständig ihre Arbeitsmethoden ändern und verbessern, um eine wirkliche Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu erreichen und den faschistischen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterklasse die Taktik der Anwendung einer breiten Einheitsfront entgegenzusetzen. Die Sicherung der alten Kader und die Erziehung und ideologische Schulung neuer, unter den Bedingungen des illegalen Kampfes entwickelter Kader (auch aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre) ist zur Vorbereitung der proletarischen Revolution eine sehr wichtige Aufgabe. Falscher Heroismus führt zur nutzlosen Schwächung unserer Kader. Wir müssen die Werbung verstärken, um besonders ehemalige Sozialdemokraten zu verantwortungsvoller Arbeit heranzuziehen.

Die gesteigerte Verfolgungskampagne gegen Katholiken und ihre Organisationen stellt der Partei die Aufgabe, ernster wie bisher diese Schichten in die antifaschistische Volksfront einzubeziehen.

### Nachruf des ZK der KPD

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands trauert gemeinsam mit den Kommunisten der ganzen Welt um den Tod des Genossen Martynow. Die kommunistische Weltbewegung verliert in ihm einen der besten marxistisch geschulten kommunistischen Kämpfer.

Der Lebensweg Martynows ist für die deutsche Arbeiterbewegung reich an Lehren. Martynow, Jahrzehnte hindurch einer der führenden Köpfe der russischen Menschewiki, verstand die gewaltigen, weltgeschichtlichen Siege der Oktoberrevolution und entschied sich für den Bolschewismus, für die Partei Lenins. Offen und aufrichtig unterzog er seine menschewistische Auffassungen einer grundlegenden Revision und wurde Bolschewik. Die Partei Lenins und Stalins nahm ihn bereitwillig in ihre Reihen auf. Martynow wurde zu einem der besten Mitstreiter in den vordersten Reihen der kommunistischen Weltbewegung.

In Deutschland fand seine Schrift, mit der er seine Wendung zum Bolschewismus begründete und seine Ansichten vieler Jahrzehnte einer rücksichtslosen Kritik unterzog, große Verbreitung. Martynow zeigte auf, wie in allen Streitfragen zwischen den Menschewisten und Bolschewisten (Diktatur des Proletariats oder «demokratischer Weg zum Sozialismus», Einschätzung des Charakters und der Taktik der russischen Revolution 1905 und 1917, «Ökonomismus» oder revolutionärer Klassenkampf, Aufbau der Partei, u. a.) Lenin gegen ihn recht hatte.

Alle klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre in Deutschland und in anderen kapitalistischen Ländern, die sich auf dem Wege zum Kommunismus befinden, werden aus dem Lebensweg Martynows lernen. Die Argumente Martynows gegen seine menschewistische Einstellung in der Vergangenheit werden ihnen helfen, die Fehler, die Martynow auf seinem Wege zum Kommunismus machte, zu vermeiden.

Über zehn Jahre stand Martynow als Kämpfer Schulter an Schulter mit uns in der kommunistischen Weltpartei Lenins. Seine Aufsätze in der «Kommunistischen Internationale» über den Charakter des Faschismus und zu den aktuellen politischen Problemen halfen auch den deutschen Kommunisten, sich in ihrem schweren Kampf gegen den Faschismus und gegen den Reformismus richtig zu orientieren. Der Tod des Genossen Martynow ist der KPD eine Mahnung, die unerläßliche marxistische-leninistische Schulung ihrer Kader zu steigern.

Die Kommunistische Partei Deutschlands senkt gemeinsam mit allen Sektionen der Kommunistischen Internationale ihre Fahnen an der Bahre unseres Genossen Martynow.

*Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.  
Im Auftrage: Deutsche Vertretung beim EKKI.*



## Schließt die internationale Einheitsfront zur Verteidigung des Friedens

Aufruf der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Frankreichs, Englands, Deutschlands, Chinas, Japans, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Oesterreichs und Ungarns

*An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!*

*An die werktätige Jugend!*

*An alle Freunde des Friedens, an alle Gegner des Krieges!*

In einigen Wochen jährt sich zum 21. Male der Tag des Ausbruchs des Weltkrieges. Heute stehen die Völker wieder an der Schwelle eines neuen, noch größeren Krieges als damals. Die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht, die Militarisation der Jugend in Hitlerdeutschland und die fortgesetzten Provokationen des deutschen Faschismus bedrohen unmittelbar die Welt mit der Entfesselung eines neuen Völkermordens. Die faschistischen Machthaber des neu bewaffneten deutschen Imperialismus drängen immer offener zum Ueberfall auf fremde Völker und besonders zum Kriege gegen die Sowjetunion, um in einem neuen Weltkriege die Neuverteilung der Welt durchzuführen. Sie suchen fieberhaft nach neuen Verbündeten. Sie versuchen, mit Japan und Polen auch das faschistische Italien in die Kriegsfrent der faschistischen Staaten einzubeziehen. Im Baltikum wählen die Hitleragenten, um die Selbständigkeit der Baltischen Staaten zu vernichten, um sie zum Ausfallstor in einem Antisowjetkrieg auszunutzen.

Die japanischen Imperialisten erweitern die militärische Besetzung Chinas, am Stillen Ozean schwellt erneut die Gefahr eines Krieges heran. Mussolini wird schon in wenigen Wochen den Aufmarsch der italienischen Truppen zum kolonialen Raubkrieg gegen das abessinische Volk abgeschlossen haben; der Beginn dieses blutigen Afrika-Abenteuers wird für den Herbstanfang geplant. So sind die imperialistischen Kriegsverbrecher beharrlich am Werk, Europa und die ganze Welt erneut in Flammen zu setzen.

Als stabilerer Wachtposten des Friedens, der Erschwerung eines neuen Krieges, steht die Sowjetunion inmitten der Welt kapitalistischer Feinde. Der sozialistische Rüstestahl dient durch seine Nichtangriffspakte und Verträge über die gegenseitige Hilfe, durch den Kampf um die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems der Sache des Friedens, den Interessen der Werktätigen der ganzen Welt.

Die faschistischen Staaten mit Hitler-Deutschland an der Spitze, versuchen alles, um die folgerichtige Friedenspolitik der Sowjetunion zu durchkreuzen. Hitler erklärt offen seine Feindschaft gegen den Ostpakt und die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems; er stützt sich dabei vor allem auf die sowjetfeindlichen Kreise der herrschenden Klasse Englands. Die Faschisten hassen in der Sowjetunion nicht nur das Land des Sozialismus, sondern auch das Bollwerk gegen den Faschismus, den Hort des Friedens und den Beschützer aller kleinen und schwachen Nationen.

Der Wettlauf der Waffen- und Munitionsproduktion und der internationale Waffenhandel, der in diesem Jahre das Ausmaß der drei vorangegangenen Jahre übersteigt, zeigt die Rüstungsinternationale, die Hyänen der Schlachtfelder, wieder bei ihrem blutigen Handwerk: Die größten Vertreter des internationalen Rüstungskapitals der französischen Firma Schneider-Creusot, der deutschen Krupp, der englischen Vickers, der tschechischen Skoda-Werke und andere haben vor kurzem in Biarritz eine internationale Vereinbarung zur gemeinsamen Steigerung ihrer Kriegsgewinne beschlossen.

Die kapitalistische Welt ist mit Zündstoff geladen: jeder Moment kann den Ausbruch des Krieges bringen.

Vor dem 21. Jahrestage des Beginns des imperialistischen Völkermordens rufen die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Frankreichs, Englands, Deutschlands, Chinas, Japans, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Oesterreichs und Ungarns den Arbeitern und Arbeiterinnen aller Länder zu:

Schließt die internationale Einheitsfront der Proletarier aller Länder zur Verteidigung des Friedens, gegen die Verschwörung Hitler-Deutschlands und seiner Verbündeten, gegen das militärfaschistische Japan und das faschistische Polen, zur Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion!

Arbeiter, Arbeiterfrauen und Jugendliche, gleich zu welcher Partei oder Weltanschauung Ihr Euch bekennt!

Demonstriert am 1. August, an der Jahreswende des Ausbruchs des imperialistischen Weltkrieges Euren festen einheitlichen Willen, den Frieden zu erhalten und alle zu bekämpfen, die die Völker verhetzen, die den Krieg vorbereiten und einen neuen Völkermord entfesseln wollen.

Die Aktionseinheit aller kämpfenden Proletarier im nati-

onalen wie im internationalen Maßstabe kann Schranken aufrichten gegen die nationalistische Verhetzung eines Volkes gegen das andere und gegen das internationale Weltbüsten der Imperialisten, gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Durch die Aktionseinheit in jedem kapitalistischen Lande, im Zeichen des proletarischen Internationalismus, kann das Weltproletariat jene machtvolle Kraft entfalten, die notwendig und in der Lage ist, den Angriff der Kriegstreiber auf das Leben der Werktätigen aller Länder zurückzuschlagen.

Die Einheitsfront der kämpfenden Proletarier, die fähig ist, alle Werktätigen für den Kampf gegen Krieg und Faschismus zu gewinnen, kann der Friedenspolitik der Sowjetunion in den kapitalistischen Ländern zur Geltung verhelfen und dem blutigen Handwerk der Kriegstreiber Einhalt gebieten.

Die unterzeichneten kommunistischen Parteien wenden sich hiermit an alle sozialdemokratischen Parteien, an ihre zentralen Leitungen, an alle ihre Organisationen: Entschließt Euch angesichts der unmittelbaren Gefahr eines neuen furchtbaren Weltgemetzels, entschließt Euch endlich zur Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus! Die Leitung der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat zweimal erklärt, daß sie ihren Sektionen freiläßt, Einheitsfrontabkommen mit den kommunistischen Parteien abzuschließen. Die Sozialistische Arbeiterinternationale erklärte in ihrer Resolution des Erweiterten Büros vom 6. und 7. Mai 1935: «Wir begrüßen das Zusammenwirken der europäischen Demokratie mit der Sowjetunion zur Verhinderung des Krieges.» Die SAI hat weiter erklärt, sie sei sich bewußt, «über die ernste Gefahr, von der der Weltfrieden bedroht wird». Sie hat betont, daß «eine der wichtigsten Aufgaben des Kampfes gegen den Krieg darin besteht, alle Mittel anzuwenden, um die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen die Hitlerdiktatur zu mobilisieren». Diese wichtigen Erklärungen haben aber nur dann Sinn und Wert, wenn ihnen auch die entsprechenden Taten folgen. Sie sind nur dann für die Arbeiterklasse von praktischer Bedeutung, wenn die Sozialistische Arbeiterinternationale ernste praktische Schritte zur Errichtung der einheitlichen Kampffront der sozialdemokratischen mit den kommunistischen Parteien und Organisationen unternimmt. Wir Kommunisten schlagen bereits in einer Reihe von Einheitsfrontangeboten an die SAI und die ihr angeschlossenen Parteien den einheitlichen Kampf gegen den Hauptkriegstreiber Hitler-Deutschland und seine Verbündeten vor. Heute, vor der 21. Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs, wiederholen wir unser Einheitsfrontangebot. Wir erklären uns bereit, uns mit den sozialistischen Parteien über Methoden, Form und Zeitpunkt und alle anderen Fragen der gemeinsamen Aktionen zum 21. Jahrestage des Ausbruchs des Weltkrieges zu verständigen.

Fort mit allen Hindernissen, die der Aktionseinheit der kämpfenden Proletarier gegen den imperialistischen Krieg und den blutrünstigen Faschismus im Wege stehen!

Kommunistische, sozialdemokratische Arbeiter, Mitglieder der reformistischen und revolutionären Gewerkschaften, Männer und Frauen, die Ihr das Grauen des imperialistischen Krieges erlebt habt, Mütter, die Ihr Eure Söhne als Kanonenfutter opfern sollt, Jugendliche, die Ihr als erste Schlachtopfer des Krieges ausersehen seid, alle, alle, die Ihr den imperialistischen Krieg haßt und ihn verhindern wollt, alle, die Ihr den Frieden wollt:

Schließt Euch zum einheitlichen Kampf gegen das drohende Weltgemetzels zusammen, schafft Einheitsausschüsse, Antikriegs- und antifaschistische Komitees, bereitet überall einheitliche Kundgebungen zum 1. August vor:

Gegen das imperialistische Weltbüsten, für ein kollektives Sicherheitssystem!

Gegen den Hauptkriegstreiber Hitler-Deutschland und seine imperialistischen Verbündeten!

Für den Schutz der Unabhängigkeit der kleinen Nationen und der Kolonien der abhängigen Länder vor den imperialistischen Eroberungen!

Gegen den italienischen Faschismus, für die Verteidigung des abessinischen Volkes!

Gegen die japanischen Imperialisten, für die Verteidigung Chinas vor der Zerstückerung durch die imperialistischen Räuber!

Für die Erhaltung des Friedens, für die Unterstützung der

Friedenspolitik der Sowjetunion und für die Verteidigung unseres Sowjetvaterlandes!

Proletarische Einheitsfront gegen den chauvinistischen Völkerhaß — für den proletarischen Internationalismus, für den Sozialismus, der endgültig den Frieden sichert!

*Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien:*

Frankreichs, Englands, Deutschlands, Chinas, Japans, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Österreichs und Ungarns,

## Die Kommunistische Partei Deutschlands an die Kommunistische Partei Chinas

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas,  
für alle Kämpfer der chinesischen Roten Armee, für alle  
chinesischen Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei  
hat im Namen aller kämpfenden deutschen Antifaschisten  
dem ZK der KP Chinas mit folgendem Brief ge-  
antwortet:

Werte Genossen!

Im Namen aller deutschen Antifaschisten, im Namen der  
kämpfenden Einheitsfront und der sich bildenden antifaschisti-  
schen Volksfront gegen die Hitlerbarbarei erwidern wir eure  
revolutionären Grüße. Wir danken euch für den neuen Beweis  
eurer Anteilnahme an dem Schicksal all unserer Genossen, die in  
den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches  
gefoltert und gequält werden. Wir sind mit euch in tiefster  
Sorge um das Schicksal insbesondere des Genossen Thälmanns,  
des Führers unserer Partei, dessen Leben täglich und stündlich  
bedroht ist durch die Henker Hitlers und Görings. Die inter-  
nationalen Solidarität ist unser stärkster Rückhalt in unserem  
Kampf gegen den faschistischen Terror, gegen die Kriegs- und  
Hungerpolitik der deutschen Bourgeoisie. Unter der Führung  
des Genossen Thälmanns hat unsere Partei die Genossen heran-  
geschult, die zu Dutzenden und Hunderten ihre Treue zur Sache  
des Proletariats, ihre Ergebenheit für den internationalen Kom-  
munismus mit dem Tode besiegelt haben und besiegeln.

Unsere Partei hat Helden hervorgebracht wie den Genossen  
Fiete Schulze, der den faschistischen Henkern sein mutiges Be-  
kenntnis zum Kommunismus entgegenschleuderte; wie den Ge-  
nossen August Lüttgens, der als tapferer Revolutionär in den  
Tod ging. Und Tag für Tag offenbart sich neu namenloses Hel-  
denmut in den Kellern und Vernehmungszimmern der Gestapo,  
der entmenschten Geheimpolizei der faschistischen Henker.

Euer Brief vom Dezember 1934 erreichte uns in einem Mo-  
ment, wo wir mit stolzer Freude erfüllt sind über die neuen  
großen Siege der Roten Armee Chinas. Wir sind mit euch stolz  
auf die glänzende Durchführung der letzten großen strategischen  
Umgruppierung der roten Streitkräfte in China, die in der revolu-  
tionären Kriegsgeschichte aller Zeiten für immer ein leuchten-  
des Ruhmesblatt bilden. Wir können euch versichern, daß es im  
faschistischen Deutschland keinen revolutionären Arbeiter gibt,  
der nicht die Erfolge und Siege eurer Sowjetarmee mit revolu-  
tionärem Interesse und Leidenschaft verfolgt. Kein deutscher  
Antifaschist hat vergessen, ein wie wichtiger Posten im Kampfe  
um die Weltrevolution euer Land, euer Kampf und eure Siege  
sind. Unsere illegale «Rote Fahne», unsere illegale Literatur be-  
richtet den Antifaschisten, berichtet der deutschen Arbeiterklasse  
ständig von eurem Kampfe und von den Maßnahmen des jungen  
Sowjetchinas.

Der blutige Terrorfeldzug Tschang Kai Scheks wird geleitet  
von deutschen Offizieren, Bestien des Bürgerkrieges. Jeder die-  
ser Offiziere ist befleckt mit dem Blute deutscher Arbeiter und  
chinesischer Arbeiter und Bauern. Jeder Schlag eurer Armeen  
gegen die Armeen Tschang Kai Scheks und der Konterrevolu-  
tion sind ein Schlag gegen den deutschen Faschismus, der nur  
ein Ziel kennt, die Entfesselung des Weltkrieges gegen die so-  
zialistische Sowjetunion, gegen die Weltrevolution. Jeder eurer  
Siege, jeder eurer Erfolge im Kampfe um die Organisation  
der innern Festigung der Sowjetmacht helfen uns in unserem  
Kampfe zur Niederringung des deutschen Faschismus, dieses  
Weltbrandstifters und Provokateurs.

Der Hitlerfaschismus ist der Brandstifter, der einen neuen  
Weltkrieg zu entfesseln droht. Die Hitler, Göring, Schaacht usw.  
bereiten im Auftrag des deutschen Finanzkapitals mit allen Mit-  
teln den Krieg vor, der ganz offen als Kreuzzug gegen die sozia-  
listische Sowjetunion proklamiert wird. Die Einführung der all-  
gemeinen Militärdienstpflicht, die Aufrichtung einer Kriegsluft-  
flotte, der Bau neuer Unterseeboote, fieberhafte Gaskriegsrüstun-  
gen in der chemischen Industrie, das sind die Hauptkennzeichen  
der Kriegspolitik des faschistischen Deutschland.

Unsere Partei kämpft unermüdlich gegen die chauvinistische  
Verhetzung der Massen, sie zeigt den Massen die sozialistische  
Friedenspolitik der Sowjetunion auf; sie bringt den Massen zum  
Bewußtsein, daß nur die proletarische Revolution, die Abschütte-  
lung des faschistischen und kapitalistischen Jochs den Weltfrieden  
sichern kann. Wir mobilisieren die Massen zum Kampf gegen  
die faschistische Ausplünderungspolitik, gegen die weitere Ver-  
elendung der Massen, die die Kosten für die wahnsinnigen  
Kriegsrüstungen zu tragen haben. Wir organisieren den Kampf

für die kleinsten Forderungen der Arbeiterklasse und der gan-  
zen werktätigen Bevölkerung.

Trotz allerhärtester Verfolgung, trotz Todesdrohung bei Ver-  
haftung, trotz Konzentrationslager und Zuchthaus steht unsere  
Partei auf ihrem Posten gegen den Klassenfeind. Am Tage nach  
der Proklamation der allgemeinen Militärdienstpflicht wurden  
im Zentrum von Berlin Flugblätter verteilt, in denen aufgefor-  
dert wird, in die Armee zu gehen, dort das Waffenhandwerk zu  
erlernen und bereit zu sein, die Waffen gegen die faschistischen  
Bedröcker zu kehren. Am 1. Mai gingen zahlreiche Arbeiter in  
illegalen Demonstrationen in den Arbeitervierteln Berlins und  
in Städten des Reiches für die revolutionären Matrosen und  
Weltproletariats auf die Straße. In München, der Geburtsstadt  
des Hitlerfaschismus, mußte der faschistische Mairufmarsch ab-  
ge sagt werden, ein Beweis für die wachsende Unzufriedenheit der  
werktätigen Massen. In den Betrieben, in den Arbeitsdienstlä-  
gern, in den Arbeitslagern der Reichsautobahn usw., überall lebt  
der revolutionäre Geist des Proletariats, der Geist Ernst Thäl-  
manns, der Geist der Weltrevolution. Trotz aller Anstrengungen,  
Drohungen, Versprechungen und Verhaftungen ist es den Faschi-  
sten auch bei den diesjährigen Vertrauensratswahlen nicht ge-  
lungen, durch chauvinistische Beeinflussung und sozialdemoga-  
gische Manöver die Arbeiter in den Betrieben zu einem stärkeren  
Bekenntnis zur Hillerschen Politik zu bringen. An vielen  
Stellen erlitten die von den Faschisten an die Spitze gestellten  
angenannten Vertrauensräte schwere Niederlagen. Die meisten  
Stimmen erhielten solche Arbeiter, die als frühere Sozialdemo-  
kraten oder Oppositionelle bekannt waren, während die erklär-  
ten Faschisten von den Listen gestrichen wurden. Ein großer  
Prozentsatz der Belegschaften — bis zu 40 Prozent — beteiligte  
sich an den Wahlen überhaupt nicht.

Wie sehr die Bourgeoisie die antifaschistische Einheitsfront  
fürchten muß, zeigte z. B. die Tatsache, daß allein in Wuppertal  
Hunderterte von Mitgliedern der illegalen Freien Gewerkschaften  
verhaftet wurden. Unaufhaltsam wächst die antifaschistische Ein-  
heitsfront in den Betrieben heran. Der Druck der sozialdemokra-  
tischen Arbeitermassen, die die proletarische Einheitsfront als  
entscheidende Voraussetzung für den Sturz der faschistischen  
Diktatur und die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse  
verlangen, wird immer stärker. Wir kämpfen gegen die Sabotage-  
politik der rechten sozialdemokratischen Führer, für die Aktions-  
einheit im Betrieb in Stadt und Land. Zur Herstellung der pro-  
letarischen Einheitsfront hat unsere Partei unten in den Betriebe-  
zellen und Ortsgruppen und in einigen Teilen Deutschlands schon  
bezirks- und unterbezirksweise die Einheitsfront mit den sozial-  
demokratischen Arbeitern herzustellen. Zur Förderung der Ein-  
heitsfrontbewegung hat unser Zentralkomitee sich mehrfach mit  
Einheitsangeboten nicht nur an die linken SPD-Führer, an den  
Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten und an alle sozialdemo-  
kratischen Gruppen im Lande gewandt, sondern auch an den  
Prager Parteivorstand der Sozialdemokratie. Der Prager Partei-  
vorstand setzt jedoch seine Politik der Sabotage der Einheitsfront  
fort. Er spekuliert darauf, daß Teile der Bourgeoisie bei ver-  
schärfter Krise der faschistischen Diktatur erneut die sozialdemo-  
kratischen Führer, die Severing, Wels usw. mit der Regierung  
beauftragen oder an ihr teilnehmen lassen würden. Wir  
konnten feststellen, daß ein Teil der sozialdemokratischen Führer  
aus dieser Perspektive heraus nach wie vor enge Verbindungen  
aufrecht erhält mit Reichswehrkreisen, mit dem früheren reak-  
tionären Minister Treviranus, mit den reaktionärsten Zentrums-  
kreisen usw. Wir entlarven dieses verräterische Spiel und setzen  
mit ganzer Kraft unsere revolutionäre Einheitsfrontpolitik fort  
und sammeln die Massen auf der Grundlage des gemeinsamen  
Kampfes für gemeinsame Interessen.

Angesichts der wachsenden Verelendung und Ausplünderung  
der breitesten Massen zugunsten der Kriegspolitik des deutschen  
Finanzkapitals stellen wir uns das Ziel der Schaffung der anti-  
faschistischen Volksfront. Wir wenden uns an die werktätigen  
Bauern, die durch die faschistische Agrarpolitik und den Steuer-  
druck in immer größere Unzufriedenheit geraten, wir wenden  
uns an den Kleingewerbetreibenden, der bei erhöhten Steuer-  
lasten mit am stärksten unter der verteuerten Lebenshaltung  
der Massen zu leiden hat, wir wenden uns an den Mittelstand  
und an die Intellektuellen, wir zeigen ihnen, daß Faschismus  
und Krieg dem Untergang der Kultur bedeuten, und daß der  
Sozialismus der einzige Ausweg ist zur Rettung des deutschen  
Volkes aus der Barbarei, in die die Hitler-Diktatur das Land  
gestürzt hat.

In unserem Kampf für die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus durch die Schaffung der antifaschistischen Volksfront vertreten wir Kommunisten zugleich die wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes. Wir kämpfen gegen die Hitler-Diktatur, gegen dieses Deutschland des Hungers, des Arbeitermordes und des Krieges, für das Deutschland Ernst Thälmanns, für ein Deutschland der Freiheit und des Sozialismus, des Glücks und Wohlstandes für die werktätigen Massen. In diesem Kampf haben wir das Beispiel der Sozialistischen Sowjet-Union, das Beispiel Sowjet-Chinas vor Augen.

Hunderttausende und aberhunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands sind besetzt von dem Wunsch, am Mut und Tapferkeit dem Genossen Dimitrow nachzueifern, der in tiefer faschistischer Illegalität den breitesten Massen die sozialistische Zukunft, den Weg des Kampfes in den Reihen der Weltpartei Lenins und Stalins gewiesen hat. Es wird den Faschisten nie gelingen, mit noch so scharfen Mitteln des Terrors unsere Partei, die Partei Ernst Thälmanns, zu vernichten. Viele neue Kämpfer stehen in unseren Reihen, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, deren tägliche Arbeit bestimmt ist von der Todfeindschaft gegen die faschistischen Arbeitermörder und Volksbedrucker. Der furchtbare Terror, der nach der Proklamierung der allgemeinen Militärdienstpflicht eingesetzt hat, ist ein Beweis dafür, wie sehr die Bourgeoisie mit der Tatsache rechnet, daß im Falle eines neuen Krieges nicht ein Liebknecht, sondern tausende Liebknechts auftreten werden, geschult an dem Beispiel der Bolschewiki, durchglüht von dem Wunsch, es ihnen gleichzeitig an Energie, Festigkeit und Ergebenheit für die Sache der proletarischen Revolution, für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!

Die illegalen Kämpfer in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands grüßen im Namen aller deutschen Antifaschisten die heldenmütigen Kämpfer der chinesischen Sowjetrevolution!

Flammenden Gruß den revolutionären Kämpfern der Roten Armee in China!

Bolschewistischen Gruß den Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Chinas!

Es lebe Sowjet-China!

Es lebe die Rote Armee!

Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!

Es lebe der internationale Kampf der werktätigen Massen gegen den blutigen Faschismus, gegen den räuberischen Imperialismus, gegen den imperialistischen Krieg!

Es lebe die Sozialistische Sowjetunion, das Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt!

Es lebe die Weltrevolution!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verhandlungen zwischen Vertretern des ZK der KPD  
und des Prager Parteivorstand der SPD

Prag, 24. November.

Die in Brüssel stattgefundene Parteikonferenz der KPD hat bekanntlich ein politisches Programm beschlossen zur Sammlung aller Hitlergegner für den gemeinsamen Kampf. Auf der Grundlage der nächsten Teilforderungen des Kampfes gegen den Terror, für demokratische Freiheiten, gegen Lebensmittelmangel und Teuerung und gegen Hitlers Kriegspolitik hat das ZK der KPD dem Prager Parteivorstand der SPD und den sozialdemokratischen Organisationen im Lande die Schaffung der Einheitsfront gegen den Hitlerfaschismus vorgeschlagen. Wörtlich heißt es in dem Brief des Zentralkomitees der KPD an den SPD-Vorstand:

«Die neuen Angriffe des Faschismus auf die Lebenshaltung der Werktätigen durch die Teuerung und Warenverknappung, durch die wahnsinnigen Kriegsrüstungen, die dem Volke immer größere Entbehrungen bringen, der wachsende Terror, der in der letzten Zeit besonders stark auch die Sozialdemokraten trifft, erfordern endlich gemeinsames Handeln aller Hitlergegner, machen die Schaffung der Einheitsfront zum Gebot der Stunde.

Handeln wir gemeinsam, damit die tiefe Sehnsucht der weitesten Volksschichten nach politischer und persönlicher Freiheit durch die Einheitsfront von KPD und SPD zu einheitlichem Handeln der Millionenmassen, zu organisiertem Handeln entwickelt wird. Wenn SPD und KPD gemeinsam die solidarische Hilfe für die Gefangenen organisieren, wenn sie sich beraten würden über die besten Methoden der konspirativen Arbeit und der Abwehr der Spitzel, so wäre das ein großer Fortschritt im Kampf gegen den faschistischen Terror und für die Stärkung der kämpfenden Antifaschisten in Deutschland.

Die große Verantwortung vor den namenlosen Helden des antifaschistischen Kampfes in Deutschland macht es allen wirklichen Antifaschisten zur Pflicht, alles zu tun, damit überall in Deutschland die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen zustande kommt. Wir schlagen euch deshalb vor, eine gemeinsame Aufforderung an die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Funktionäre und Mitglieder zu richten, sich zum Zwecke gemeinsamer Beratung der jeweiligen gemeinsamen Aufgaben zum kameradschaftlichen gemeinsamen Handeln in Verbindung zu setzen. Es wird zweckmäßig sein, den Organisationen im Lande selbst zu überlassen, für welche Aufgaben und in welcher Form auf Grund der jeweiligen Bedingungen die Zusammenarbeit erfolgt. Darüber hinaus würden wir es für nützlich halten, wenn zwischen den beiden Parteführungen eine Verabbarung über gemeinsames Vorgehen in den Fragen der gegenseitigen Hilfe gegen den Terror, des Kampfes gegen die Teuerung, gegen die faschistische Kriegspolitik und für die Unterstützung der Sowjetunion zustande käme.

Das sollte um so eher möglich sein, als im Programm des Prager Parteivorstandes der SPD vom Januar 1934 ebenfalls aufgefördert wird zum Kampf um die Sicherung oder Verbesserung der Lebenshaltung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, um die Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit, der Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit, der Schaffung sozialer Kampforgane. Nach den Erfolgen der Einheitsfront und Volksfront in Frankreich sollte es erst recht im Kampf gegen den Hitlerfaschismus möglich sein, zu gemeinsamem Handeln zu kommen.»

## Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitler-Diktatur

(Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935)

Die Parteikonferenz begrüßt die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschlossene *neue taktische Orientierung* der kommunistischen Parteien auf die Sammlung der werktätigen Massen für den Klassenkampf. Die Konferenz stimmt allen Beschlüssen des Weltkongresses zu und begrüßt insbesondere die Wahl des Genossen *Dimitroff* zum Generalsekretär der Kommunistischen Internationale.

Die Parteikonferenz zieht aus der vom Kongreß an der Arbeit der Partei und an den von ihr gemachten Fehlern geübten Kritik die Lehre, sofort mit aller Energie und mit allem Enthusiasmus die neue taktische Orientierung in ihrer gesamten Arbeit vorzunehmen, die sektiererischen Tendenzen restlos auszumerzen und ernste Garantien für die Durchführung der Beschlüsse zu schaffen.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind von der größten Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern, sowie für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker der kolonialen und abhängigen Länder. Diese Beschlüsse beruhen auf den *Veränderungen in der Weltlage*, die durch den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, durch die Weltwirtschaftskrise, die Offensive des Faschismus,

die politische Krise in einigen Ländern und die Radikalisierung der werktätigen Massen in der ganzen kapitalistischen Welt hervorgerufen sind. Mit diesen Beschlüssen zog der VII. Weltkongreß die Lehren einerseits aus den bitteren Erfahrungen, die die *deutsche Arbeiterklasse* dadurch machte, daß sie den Sieg des Faschismus in Deutschland nicht verhinderte und andererseits aus den Erfolgen, die das *französische Proletariat* in der Schaffung der Einheitsfront und Volksfront und damit in Zurückdrängen des faschistischen Ansturmes erreichte.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses verpflichten die kommunistischen Parteien, *neue Wege und Arbeitsmethoden* in der Sammlung der Kräfte des werktätigen Volkes und seiner Jugend zum Kampfe gegen Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr zu finden, die proletarische *Einheitsfront* und die antifaschistische *Volksfront* des gesamten werktätigen Volkes mit allen Kräften anzustreben.

Die Erfüllung dieser Aufgaben findet ihre mächtige Unterstützung in dem endgültigen unwiderruflichen Siege des Sozialismus in der Sowjetunion, der in der ganzen Welt Millionen von Menschen dem Gedanken des Sozialismus näher gebracht hat und ihnen den Weg zur Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft und zur Aufrichtung des Sozialismus zeigt.

### I. Die gegenwärtige Lage in Deutschland

#### a) Das Neue in der Lage

Die gegenwärtige Lage in Deutschland wird durch die mannigfaltigen Äußerungen einer steigenden Massenunzufriedenheit gekennzeichnet, wobei das Neue darin besteht, daß diese Massenunzufriedenheit mit einer *beginnenden Aktivisierung in den Betriebsbelegschaften zusammenfällt*, die ihre mobilisierende Wirkung auf die übrigen werktätigen Schichten ausübt und so die Möglichkeit einer Zusammenfassung aller gegen die Hitler-Diktatur gerichteten Kräfte schafft.

Die Belebung des Kampfes gegen die Verschlechterung und für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zeigt sich in den letzten Monaten in betrieblichen Widerstandsbewegungen und in einer allgemeinen Gärung in den Betriebsbelegschaften. In den Betrieben vollzieht sich der Prozeß des Erstärkens des Widerstandswillens und der Klassensolidarität, der Sammlung für ein gemeinsames Vorgehen. In den aktivsten Teilen des Proletariats und seiner Jugend reift die Einsicht in die Notwendigkeit der Einheitsfront. Das kam auch bei den diesjährigen *Vertrauensratswahlen* in den Erfolgen zum Ausdruck, die die Arbeiterschaft mit der von ihr eingeschlagenen beweglichen Abstimmungstaktik erzielte. Diese Erfolge waren zum Teil schon ein Ergebnis der von der Partei auf Grund der Januar-Beschlüsse eingeschlagenen Einheitsfronttaktik und haben dazu geführt, daß breitere Massen in die Oppositionsbewegung einbezogen wurden.

Dieser Entwicklung stehen aber *große Hemmnisse* entgegen, die dazu beitragen, daß die Oppositionsbewegung noch nicht in breiten Widerstandsaktionen ihren Ausdruck findet. Es gelingt dem deutschen Faschismus immer noch, große Teile der werktätigen Massen über den Gesamthalt seiner reaktionären Politik zu täuschen und sie vom Kampfe gegen das faschistische Regime abzuhalten. Durch Verstärkung der sozialen Phraseologie und sozialdemagogischen Politik versucht die Hitler-Regierung zu verhindern, daß sich die Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen zum gemeinsamen Kampfe vereinigt. Durch die Judenpogrome will sie in den Massen den Glauben erwecken, als ob die Juden die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen. Durch die weitere Steigerung ihres bestialischen Terrors gegen kommunistische und aktive sozialdemokratische Arbeiter, gegen oppositionelle Mitglieder der Jugend-Organisationen versucht sie die werktätigen Massen vom Kampfe abzuschrecken und ihnen die Führung zu nehmen. Aber alle vom Faschismus ergriffenen Maßnahmen werden nur zu weiteren Verschärfungen der Lage führen.

Dem *Hitler-Faschismus ist es nicht gelungen, die Hauptmassen der Arbeiterschaft politisch für sich zu gewinnen*, sie

stehen ihm ablehnend gegenüber. Der Kreis seiner früheren Anhänger beginnt sich zu verengen. Die steigende Teuerung, die Lebensmittelmangel, die wachsende Existenzunsicherheit im Zusammenhang mit der Unsicherheit der gesamten wirtschaftlichen Lage, die Empörung über die treche Willkür der braunen Bonzen rufen eine neue Steigerung der Massenunzufriedenheit auch unter dem Kleinbürgertum hervor, das die Massenbasis der faschistischen Diktatur bildet.

Die steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und vor allem die großen sozialen Spannungen zwischen den Klassen, die wachsende Unzufriedenheit der werktätigen Massen mit dem faschistischen Regime führen zu *ernsten Konflikten in der Nazi-partei* und zur Verschärfung der *Differenzen im Lager der deutschen Bourgeoisie* über den Kurs der Wirtschaftspolitik, über das Verhältnis des Staates zur Nazi-partei, über den Totalitätsanspruch der Nazi-partei, über die Rassenpolitik, über den innenpolitischen Kurs und über bestimmte außenpolitische Methoden der Hitlerregierung. Der äußerst zugespitzte Kirchenstreit, die Auflösung des «Stahlhelm», die Verbote von Studentenorganisationen und katholischen Arbeitervereinen, die Verhaftung eines Teiles ihrer Führer, die Distanzierung gewisser Teile der Reichswehrgeneralität und der deutschen Bourgeoisie von der Hitlerpartei sind die Auswirkungen der Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes.

#### b) Die Lage der werktätigen Massen unter der Hitler-Diktatur

Die *Lage der werktätigen Massen* hat sich seit dem Bestehen der Hitlerdiktatur erheblich verschlechtert. Die Löhne und Gehälter der großen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten sind durch Abbau, vermehrte Abzüge, Spenden niedriger als im Tiefpunkt der Wirtschaftskrise im Jahre 1932. Die sogenannte Arbeitsschlacht der Hitlerregierung hat trotz aller Neueinstellungen das reale Gesamteinkommen aller Lohn- und Gehaltsempfänger nicht erhöht. Die Arbeiter und Angestellten, deren Gewerkschaften von den Faschisten zerschlagen wurden, sind der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Viele Millionen Erwerbsloser wurden der Unterstützung beraubt und dem tiefsten Elend ausgeliefert.

Besonders hat sich die *Lage des Jungproletariats* verschlechtert. Drei Jahrgänge deutscher Jungens und Mädels haben bereits unter der Hitlerdiktatur die Schule verlassen. Sie sind wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung, der faschistischen Beeinflussung durch die Hitlerjugend und den Bund deutscher Mädchen, der Zwangserziehung durch Landjahr, Vorlehre, Nachlehre, Landhilfe, Arbeitsdienst und Militärdienst ausgeliefert,

ohne Licht und Ausblick auf ihren Lebensweg.

Auch die Lage des städtischen Mittelstandes und der werktätigen Bauern hat sich in dieser Zeit sehr verschlechtert. Dem Bauern ist das Recht genommen, die Produkte seiner Arbeit frei auf dem Markte zu verkaufen. Der Druck der Kartelle und Trusts auf das Kleingewerbe und den Kleinhandel ist noch stärker geworden und untergräbt ihre Existenzbasis. Die Belastung durch Steuern, Zinsen und Schuldenlasten wurde unter Hitler noch größer und steigerte die Bankrotte.

In Hitlerdeutschland wurde das ganze werktätige Volk in Ketten geschlagen, wurde ihm Freiheit und Recht genommen. Die Hitlerpartei besaß die Frechheit, ihren diesjährigen Parteitag als «Parteitag der Freiheit» zu bezeichnen. Freiheit haben nur die Kapitalisten und Junker, die faschistischen Mordbanden und Folterknechte, die Kriegshetzer. Aber dem Arbeiter im Betrieb, dem kleinen Mann in der Stadt, dem Bauern im Dorfe, ist jede freie Meinungsäußerung, jede freiheitliche Betätigung und Organisation verboten, jedes Recht genommen. Die Gefängnisse und Konzentrationslager sind mit den Widersachern des faschistischen Regimes überfüllt. In den Folterkammern der Gestapo und durch die sogenannten Volksgerichte übt die Hitlerregierung blutige Rache an den antifaschistischen Kämpfern.

#### c) Die Vorbereitung des Krieges

Die Vorbereitung des Krieges für die imperialistischen Ziele des deutschen Monopolkapitals hat das ganze Land in ein wahres Kriegslager verwandelt. Der Nürnberger Parteitag der NSDAP trug in seinen Vorbereitungen und in seiner Durchführung den Charakter einer Generalmobilmachung für den Krieg. Die dort gehaltenen Reden sind auf die Vorbereitung des Krieges, auf die Steigerung der chauvinistischen Verhetzung des Volkes eingestellt. Die Drohung gegen Litauen und die unverschämte Hetze gegen die Sowjetunion zeigen das imperialistische Ziel der Kriegspolitik. Der Krieg wird jedoch Deutschland in eine neue Niederlage hineinführen und das deutsche Volk nur noch tiefer in Elend und Knechtschaft hinabdrücken.

Die Hitler-Regierung ist der Hauptbrandstifter eines neuen Kriegsverbrechens in Europa. Die Proklamierung der allgemeinen Militärdienstpflicht, die gesetzliche Einführung des Arbeitsdienstes, die Entfaltung einer leidenschaftlichen chauvinistischen Hetze, der ganze Staatsapparat, alle Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die gesamte Wirtschaft dienen der unmittelbaren Vorbereitung des Krieges. Zur Subventionierung der Kriegsindustrie hat die Hitler-Diktatur dem Lande die ungeheure Schuldenlast von über 30 Milliarden Mark aufgebürdet, die besonders durch die hohen kurzfristigen Schulden eine Gefahr für die Lage der werktätigen Massen bedeutet.

Wenn bisher der Hitler-Regierung die Durchführung ihres Kriegsverbrechens nicht gelungen ist, so haben das die deutschen werktätigen Massen und die Völker Europas hauptsächlich der konsequenten und beharrlichen Friedenspolitik der Sowjetunion zu verdanken, die den Kriegstreibern der Hitler-Regierung entgegensteht. Die starke Rote Armee und der entschlossene Wille des internationalen Proletariats zur Verteidigung

der Sowjetunion hat deren Grenzen bisher vor dem Angriff der imperialistischen Räuber bewahrt. Aber angesichts der gesteigerten Kriegsgefahr ist die Schaffung der internationalen Aktionseinheit des Proletariats im Bündnis mit den übrigen werktätigen Schichten die dringendste Aufgabe, um den Frieden zu sichern.

#### d) Was ergibt sich aus dieser Lage?

Den werktätigen Massen Deutschlands werden alle Lasten dieser katastrophalen Kriegs- und Wirtschaftspolitik des faschistischen Regimes aufgebürdet. Die Politik der Hitler Regierung sichert den Großkapitalisten und Junkern eine erhöhte Machtstellung, die sie rücksichtslos gegen die Arbeiter, gegen die Kleinproduzenten, gegen die Verbraucher, gegen das gesamte werktätige Volk ausnützen. Aber diese Volksräuber sind noch nicht zufrieden damit.

Ein neuer Angriff auf die Lebenshaltung des werktätigen Volkes ist in Vorbereitung. Auf Grund der wachsenden Schwierigkeiten in der Wirtschaft und zur Sicherung noch höherer Profite für die Kapitalisten soll ein neuer Wirtschaftskurs, eine neue «Rationalisierung» der Industrie durchgeführt werden. Dieser Kurs bedeutet weitere Senkung des realen Lohn Einkommens, noch größere Steigerung der Arbeitsintensität, Einführung neuer Massensteuern, Verminderung der staatlichen Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung, Einschränkung aller sozialen Ausgaben des Reiches und der Gemeinden. Der neue Kurs wird zur weiteren Verschärfung der Ausbeutung, zur weiteren Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen, aber auch zur Verstärkung ihres Widerstandes führen.

Die Hitler-Diktatur konnte ihre Politik der brutalen Unterdrückung der werktätigen Massen durchführen, weil bisher nur eine Minderheit der Arbeiterklasse bereit war, aktiv gegen das Hitler-Regime zu kämpfen, die Mehrheit aber noch nicht die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes erkannte und abwartend beiseits stand. Stark gefördert von den Erfahrungen, die die werktätigen Massen Frankreichs durch die kühne Initiative der Kommunistischen Partei in der Durchführung der Einheitsfront und Volksfront zur Verhinderung der faschistischen Diktatur machten, bricht sich in den werktätigen Massen Deutschlands immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß in Deutschland die faschistische Diktatur nur gestürzt werden kann, wenn sich das werktätige Volk zum gemeinsamen Kampfe vereinigt.

Die sich daraus ergebende Perspektive für den Klassenkampf zeigt: Verschärfung der Opposition und des aktiven Widerstandes in den Betrieben, im städtischen Mittelstand und in den werktätigen Bauernmassen gegen das faschistische Regime, gegen seine Kriegspolitik bis zu offenen Demonstrationen, wirtschaftlichen und politischen Streiks; wachsende Differenzen in der Nazi-Partei und im Lager der Bourgeoisie überhaupt, damit Desorganisation der Mittelschichten und gesteigerte Möglichkeit ihrer Gewinnung für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse; Steigerung der Möglichkeiten für die Schaffung der Aktionseinheit, der Einheitsfront in der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf für den Sturz der Hitler-Diktatur.

## II. Die proletarische Einheitsfront — die Voraussetzung für den Sturz der Hitler-Diktatur

#### a) Die Bedingungen für die Verwirklichung der Einheitsfront

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind für die werktätigen Massen Deutschlands, die unter der faschistischen Diktatur auf das tiefste versklavt sind und die in immer tieferes Elend hinabsinken, von besonderer Bedeutung. Der Faschismus in Deutschland konnte nur siegen, weil das deutsche Proletariat durch die von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern betriebene Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie gespalten war und sich nicht zum Kampfe gegen den Faschismus vereinigte.

Der VII. Weltkongreß stellte der Kommunistischen Partei Deutschlands als zentrale Aufgabe der nächsten Zukunft: Die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeit-

terklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampfe gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz.

Der Ausgangspunkt und der Hauptinhalt der Einheitsfront der Arbeiter ist der Kampf um die ständige Verteidigung ihrer Interessen, der Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen die faschistische Unterdrückung. Die für den Kampf aufgestellten Lösungen und die dafür angewandten Kampfmethoden müssen sich aus den unmittelbaren Tagesnöten der Arbeiter und dem Grade ihrer Kampffähigkeit ergeben.

Die Anwendung der Einheitsfronttaktik auf neue Art ist in Deutschland besonders notwendig infolge der wesentlichen Veränderung der Lage der Sozialdemokratie die durch das Verbot ihrer Organisation und die Verfolgung ihrer Mitglieder herbei-

geführt wurde und die die Sozialdemokratie in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime drängte. Das schafft ein neues Verhältnis zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei und erfordert die Schaffung der Aktions-einheit zwischen den beiden Parteien, ihren Organisationen und Mitgliedern.

Der Radikalisierungsprozeß in der Sozialdemokratischen Partei vollzieht sich aber keineswegs allgemein und gleichmäßig. Es gibt einen reaktionären Teil, der gegen die Einheitsfront auftritt und der ihr Zustandekommen verhindern will. Aber die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre steht auf den Positionen des Klassenkampfes und fängt an zu begreifen, daß nur durch die Einheitsfront mit den Kommunisten die Kraft zum Sturz der Hitler-Diktatur geschaffen werden kann. Große Teile der Jugend aus den sozialdemokratischen Organisationen suchen ebenfalls den Weg der Verständigung mit der Kommunistischen Jugend.

Die Anwendung der Einheitsfronttaktik auf neue Art hat zur Voraussetzung, daß die Kommunistische Partei, ihre Organisationen und Mitglieder an die Erfüllung ihrer Aufgaben mit einer neuen Einstellung zur Sozialdemokratie herangehen müssen. Es müssen solche Auffassungen ausgemerzt werden, als ob das Herantreten an die sozialdemokratischen Organisationen eine formale Angelegenheit, eine Werbung sozialdemokratischer Arbeiter für die KPD, eine Gelegenheit zur Entlarvung sozialdemokratischer Führer sei. Wir müssen rücksichtslos alle sektiererischen Hemmungen bei der Erfüllung dieser Aufgabe in unseren eigenen Reihen überwinden. Aber auch alle Versuche zur Verhinderung der Aktionseinheit, woher sie auch kommen mögen, sind rücksichtslos zu bekämpfen. Gerade die Erfahrungen, die die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei Frankreichs in der Durchführung ihrer Einheitsfrontabkommen gemacht haben, widerlegen auf das gründlichste alle Einwände gegen die Einheitsfront.

Die gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen schließen, wie der VII. Weltkongreß ausdrücklich hervorhob,

*«eine ernste, begründete Kritik des Reformismus, des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Klassengemeinschaft mit der Bourgeoisie und eine geduldige Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das Programm des Kommunismus keineswegs aus, sondern im Gegenteil, machen diese noch notwendiger.*

Indem die Kommunisten vor den Massen den Sinn der demagogischen Argumente der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Einheitsfront aufdecken und den Kampf gegen den reaktionären Teil der Sozialdemokratie verstärken, müssen sie die engste Zusammenarbeit mit denjenigen linken sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und Organisationen herstellen, die gegen die reformistische Politik kämpfen und für die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei eintreten.»

## b) Wege, Inhalt und Perspektiven der Einheitsfront-Bewegung

Zur Herbeiführung der Einheitsfront ist der Abschluß von Abkommen von Partei zu Partei, von Organisation zu Organisation unerlässlich. In den Einheitsfrontabkommen sollen die gemeinsamen Kampfaufgaben der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder und Funktionäre niedergelegt sein, die sich auf den Kampf um Lohn und Brot, gegen Teuerung und Steuerdruck, gegen Terror und Unterdrückung, für demokratische Freiheiten, für die Erhaltung des Friedens beziehen.

Den zentralen Leitungen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei obliegt eine besonders hohe Verantwortung für die Schaffung der Einheitsfront. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist in der letzten Zeit und auch schon früher an den Parteivorstand der SPD mehrmals mit dem Angebot zu gemeinsamer Beratung von Kampfmaßnahmen herantretend, die aber von diesem bisher jedesmal abgelehnt wurden. Die KPD ließ sich bei ihren Angeboten von dem ehrlichen Willen leiten, eine Verständigung zwischen den Spitzen der beiden Parteien über die zu ergreifenden Kampfmaßnahmen herbeizuführen, wie sie auch in anderen Ländern schon erfolgt ist. Die KPD wird auch weiterhin nichts unversucht lassen, um zu einem Einheitsfrontabkommen mit dem Vorstand der SPD zu kommen. Die Parteikonferenz verpflichtet alle Kommunisten, Zellen-, Orts- und Bezirksorganisationen, Lei-

tungen und Mitglieder in Beratungen über den Abschluß von Abkommen zum gemeinsamen Kampf einzutreten, wobei auch die sozialistischen Jugendgruppen einzubeziehen sind.

In Anbetracht der gegenwärtigen Lebensmittelpressur, der wachsenden Teuerung und der damit verbundenen Verschlechterung des gesamten Lebenshaltungsniveaus steht die Organisierung und Durchführung des Kampfes um die wirtschaftlichen Forderungen, um die Erhöhung der Löhne als Teuerungsausgleich für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten für ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln durch Steigerung der Einfuhr, für die vollständige Wiederherstellung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, für die Erhöhung der Unterstützungs- und Rentenansätze, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen die Leistungssteigerung, gegen jeden Lohnabbau, gegen die Lockerung der Tarifverträge an der Spitze. Der Kampf um die Lohnerhöhung und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß zur zentralen gewerkschaftlichen Losung und zum Mittelpunkt der Einheitsfrontabkommen werden. Dazu sind aber auch Vereinbarungen über gemeinsames Eintreten für die kleinsten Tagesforderungen im Betrieb und in den Massenorganisationen, über gemeinsames Vorgehen in der «Deutschen Arbeitsfront», in der Genossenschaft, in den Sport- und Feuerbestattungs- und anderen Organisationen zu treffen.

Der Abschluß von Einheitsfrontabkommen wird sehr erleichtert werden, wenn wir Kommunisten den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären von Anfang an zu erkennen geben, daß wir sie als völlig gleichberechtigte Kameraden beim Abschluß der Abkommen und bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben respektieren und daß wir uns mit ihnen über die von ihnen geäußerten Wünsche und Vorschläge verständigen wollen. Die Schaffung von kleinen Verbindungskommissionen der beiden Organisationen ist für die ständige Zusammenarbeit wichtig. Diese gemeinsamen Abkommen werden auch eine starke Anziehungskraft auf christliche und parteilose Arbeiter, auf die proletarische Jugend ausüben und uns ermöglichen, auch diese in die Einheitsfront einzubeziehen.

Aus den Einheitsfrontabkommen der Kommunisten und Sozialdemokraten, die der erste Schritt zur Einheitsfront sind, muß der gemeinsame Kampf der gesamten Arbeiterklasse für ihre unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Forderungen entwickelt werden. Zur Organisierung und Durchführung der Widerstandsaktionen ist eine ständige Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der KPD und SPD innerhalb der Massenorganisationen anzustreben.

Für die Einbeziehung der politisch unorganisierten Massen in den Kampf ist die Schaffung von überparteilichen Klassenorganen in den vielfältigsten Formen (z. B. Delegationen, Lohn- und Preiskommissionen, Unfallschutzkommissionen, Solidaritätsausschüsse und andere Formen) auf der Grundlage der Massenorganisationen, in den Betrieben, unter den Erwerbslosen, in den Arbeiterwohnbezirken von großer Bedeutung. Diese Organe sollen aber aus dem Leben und dem Kampfe selbst herauswachsen, wobei alle konspirativen Regeln zur Sicherung ihrer Mitglieder auf das strengste zu befolgen sind.

Eine sehr wichtige Aufgabe der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsmitglieder ist der gemeinsame Kampf um die gewerkschaftlichen Interessen, um den gemeinsamen Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften innerhalb der «Deutschen Arbeitsfront», wobei an erster Stelle die Schaffung von Gewerkschaftsgruppen steht. Wo solche Gruppen bereits auf Initiative einer politischen Organisation geschaffen wurden, sollen die Mitglieder und Anhänger der anderen politischen Organisationen sich diesen Gruppen anschließen. Unter keinen Umständen darf wieder die frühere Zerrissenheit der gewerkschaftlichen Bewegung nach Parteirichtungen eintreten. Die Kommunistische Partei ist für die Einheit und die volle Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung und wird ihren Wiederaufbau mit allen Kräften unterstützen und fördern. Durch eine vorbildliche gewerkschaftliche Arbeit müssen sich die Kommunisten das Vertrauen der Gewerkschaftskollegen erwerben.

Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den



Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen. Aber eine solche Massenpartei wird ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie völlig unabhängig von der Bourgeoisie ist, wenn sie die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Diktatur

des Proletariats in der Form der Sowjets anerkennt, wenn sie die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Kriege ablehnt und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist.

### III. Die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen

Für die Organisation gemeinsamer Kampfaktionen zur Verteidigung der täglichen Interessen der werktätigen Massen, für die Schaffung der Einheitsfront und der Volksfront, sind die von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen, in die das werktätige Volk hineingetrieben wurde, das entscheidende Wirkungsfeld. Das trifft vor allem auf die *«Deutsche Arbeitsfront»* zu, in der sich die Massen der von den Faschisten aufgelösten Gewerkschaften befinden. Die Absicht der Faschisten, diese Organisation lediglich zu *«erzieherischen Zwecken»* für den Faschismus zu verwenden, vermochten sie nicht durchzusetzen und konnten eine, wenn auch beschränkte gewerkschaftliche Beteiligung der Arbeiter in dieser Organisation nicht verhindern.

Für die Arbeit in der *«Deutschen Arbeitsfront»* sind eine Reihe von *«legalen und halblegalen Möglichkeiten»* gegeben, die die Kommunisten im Interesse der Mitglieder ausnutzen müssen. Dadurch werden sie auch in der Lage sein, sogar Anhänger der Hitler-Partei in die antifaschistische Bewegung einzubeziehen. Auf Grund der sozialdemagogischen Losungen (für einen *«gerechten Lohn»*, *«wer leistet, soll fordern»*, *«für Schönheit des Arbeitsplatzes»* u. a. m.) und antikapitalistische Phrasen der Faschisten, sind Diskussionen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, über ihre Verbesserung, über die Organisation des Kampfes auszulösen. In geschickter Weise sind solche Forderungen, wie Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, freie Wahl aller Funktionäre, Vertrauensräte und Jugendwähler, Barrikerklärung mit freier Aussprache, Kontrolle der Kassenverwaltung und der Verwendung der Mitgliedsbeiträge zu stellen.

Neben der Arbeit in der *«Deutschen Arbeitsfront»* ist die Arbeit in der *nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO)*, die die faschistische Kaderorganisation im Betrieb ist, von sehr erster Bedeutung. Wenn sich in dieser Organisation auch in der Hauptsache nur Mitglieder der NSDAP befinden, so geben doch die in dieser Organisation immer stärker hervortretenden Differenzen über die Wirtschaftspolitik der Hitlerregierung und die Empörung über die Willkür des Unternehmertums sehr gute Möglichkeiten, mit den Mitgliedern darüber zu diskutieren und einen sehr großen Teil in den betrieblichen Kampf für die Arbeiterforderungen einzubeziehen. Die gleichen Möglichkeiten

ergeben sich für eine Beeinflussung der werktätigen Elemente der SA und der SS von den Betrieben aus.

Auch in allen übrigen von den Faschisten beherrschten *Massenorganisationen* (Jugendorganisationen, *«Kraft durch Freude»*, Luftschutz, NS-Volkwohlfahrt, NS-Kriegsopfer-Versorgung, Wehrorganisationen, Mittelstandsorganisationen, Gewerkschaften, Organisationen des *«Reichsnährstandes»*) sind große Möglichkeiten der *Organisation einer Opposition* unter den mit der großkapitalistischen Politik der Hitlerregierung unzufriedenen Elementen, für eine systematische Aufklärungsarbeit unter den politisch indifferenten oder den Faschisten noch folgenden Mitgliedern dieser Organisationen gegeben.

Genosse *Dimitroff* hat auf dem VII. Weltkongreß die große revolutionäre Bedeutung der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen aufgezeigt und allen Kommunisten, Sozialdemokraten und sonstigen Gegnern der Hitlerdiktatur in dem *Beispiel des trojanischen Pferdes* eine taktische Anweisung für diese Arbeit gegeben. Der Faschismus muß mit den Massen der von ihm beherrschten Organisationen geschlagen werden. Dazu ist aber die ständige und systematische Arbeit in diesen Organisationen eine ebenso unbedingte Voraussetzung, wie auch der Kampf außerhalb dieser Organisationen.

Die *bisherige Unterschätzung dieser Arbeit* und der gegen sie geleistete Widerstand in unseren eigenen Reihen muß schnellstens und gründlich beseitigt werden. Nur wenn es gelingt, allen Antifaschisten die revolutionäre Bedeutung dieser Arbeit verständlich zu machen, werden wir die großen Möglichkeiten der Mobilisierung der Massen in diesen Organisationen für die Verteidigung der Arbeiterinteressen, für die Entfaltung der Einheitsfront und für den Kampf gegen den Faschismus ausschöpfen können. Dazu gehört, daß *alle erreichbaren Funktionsposten* von den Antifaschisten besetzt und im Interesse der Massen ausgenutzt werden. Bei einer guten Arbeit ist es sogar möglich, Mehrheiten in den Leitungen der unteren Organisationen zu besetzen und diese für den Kampf der Massen auszunutzen. Die Antifaschisten müssen sich das Vertrauen der Mitgliedermassen dieser Organisationen erwerben und verstehen, durch eine den Organisationsbedingungen angepasste *Sprache und Arbeitsmethode* den größten Erfolg in der Mobilisierung dieser Massen gegen den Faschismus zu erzielen.

### IV. Die Arbeit unter der Jugend

Die *Gewinnung der werktätigen Jugend* in den von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen ist für die Verbreiterung und Steigerung des antifaschistischen Kampfes von besonderer Bedeutung. Die Organisation und Führung des Kampfes um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Berufsausbildung und die politischen Rechte der Jugend, gegen ihre Eingliederung in die Zwangsarbeit, gegen die Militarisierung und den Krieg ist dazu die wichtigste Voraussetzung. Die Gewinnung der Jugend für diesen Kampf muß auf der Grundlage der Arbeit und der Schaffung von *Jugendgruppen* in den Betrieben und Massenorganisationen, in der Hitler-Jugend, im Bund deutscher Mädchen, in den Sport- und Kulturorganisationen erfolgen. Dabei sind die besonderen Wünsche und Forderungen der Jugend, ihre Gewohnheiten gründlich zu studieren und zum Ausgangspunkt der Gewinnung der Jugend für die Widerstandaktionen zu nehmen.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben ist eine gründliche *Änderung des Charakters des Kommunistischen Jugendverbandes* und seiner Arbeit, vor allem die restlose Ausmerzungen des Sektierertums in seinen Reihen dringend notwendig. Der Kommunistische Jugendverband ist zu einer wirklichen Massenorganisation der proletarischen Jugend auf der Grundlage einer breiten Demokratie und äußerst elastischer Organisationsformen umzugestalten, die ihre Mitglieder im Geiste des Klassenkampfes, des proletarischen Internationalismus und des Marxismus-Leninismus erzieht.

Von größter Bedeutung ist die *Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Jugendorganisationen*, zu der der *Kommunistische Jugendverband* die Initiative ergreifen muß. Gerade die Maßnahmen der faschistischen Diktatur gegen die werktätige Jugend, der Versuch, sie faschistisch und chauvinistisch zu besetzen und der gemeinsame Kampf der kommunistischen und sozialistischen Jugend gegen das faschistische Regime macht die Vereinigung der beiden Jugendorganisationen und ihre ständige Zusammenarbeit dringend notwendig. Die Mitglieder der beiden Organisationen sollen selbständig über die Grundlage der Vereinigung, über ihr Kampfprogramm gegen das faschistische Regime und über den Namen der Organisation entscheiden.

Diese Vereinigung der Kommunistischen und Sozialistischen Jugend als Ergebnis des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus wird die Kraft schaffen, von der auch die übrigen werktätigen Jugendmassen angezogen werden. Sie schafft die Voraussetzungen zu einer breiten *Massenbewegung der jungen Generation* für den Kampf um Brot, Freiheit und Frieden.

Die *Kommunistische Partei trägt die volle Verantwortung* für die Durchführung der Aufgaben zur Gewinnung der werktätigen Jugend für den antifaschistischen Kampf, für die Einheitsfront und für die antifaschistische Volksfront. Sie muß nicht nur dem Kommunistischen Jugendverband eine *tägliche Hilfe* bei der Durchführung seiner Aufgaben leisten, sondern

vor allem den Kampf für die Interessen der werktätigen Jugend führen und dieser in ihrem Kampfe gegen die faschistische Diktatur und für die Verbesserung ihrer materiellen Lage beistehen. Für die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterjugend und der antifaschistischen Volksfront der ganzen werktätigen Jugend, sind alle Kräfte der Partei zu mobilisieren.

Wir Kommunisten unterstützen den Freiheitskampf der werktätigen jungen Generation! Das Jungproletariat, die Söhne

und Töchter des Mittelstandes und der Intelligenz, die bäuerliche Jugend finden in uns Kommunisten ehrliche Helfer in ihrem Kampfe. Alle oppositionell gesinnten Jungen und Mädels der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädchen, die Christliche und Bündische Jugend, die verfolgten Jungkatholiken, alle werktätigen Jugendlichen ohne Unterschied ihrer weltanschaulichen und religiösen Einstellung wollen wir in der großen Freiheitsbewegung der deutschen Jugend sammeln und zum Kampf gegen die faschistische Diktatur vereinen.

## V. Die antifaschistische Volksfront

Die Schaffung der antifaschistischen Volksfront, die Vereinigung aller Gegner des faschistischen Regimes auf ein politisches Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur, die Herstellung des Kampfbündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern, Kleinbürgern und Intellektuellen, der Zusammenschluß aller Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf für Freiheit, Frieden und Brot, ist die entscheidende Voraussetzung für den Sturz der Hitler-Diktatur. Die in allen Schichten des werktätigen Volkes wachsende Unzufriedenheit gegen das faschistische Regime schafft dafür günstige Möglichkeiten. Alles, was die werktätigen Massen im Kampfe gegen die Verklawung und Ausplünderung durch die Hitlerregierung vereint, ist in den Vordergrund der Aufklärungsarbeit und der Organisierung des gemeinsamen Kampfes zu stellen.

### a) Der Kampf um die demokratischen Freiheiten

Angeichts der ungeheuren Verklawung und Entrechtung des deutschen Volkes, des politischen Gewissenszwanges und der unerhörten Verfolgungen aller freiheitsliebenden Menschen durch die faschistische Diktatur stellt die Kommunistische Partei den Kampf für alle demokratischen Rechte und Freiheiten an die Spitze des antifaschistischen Kampfes. Wir Kommunisten kämpfen für die Organisations- und Versammlungsfreiheit, für die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung, für Glaubens- und Gewissensfreiheit, für die Gleichheit aller Staatsangehörigen, für die völlige Wahlfreiheit für alle Körperschaften. Wir kämpfen gegen die braune Bonzenwirtschaft in den faschistischen Arbeiter-, Mittelstands-, Bauern- und anderen Organisationen.

Wir Kommunisten stehen an der Seite aller von den Faschisten verfolgten und unterdrückten Schichten und Organisationen des werktätigen Volkes. Wir stehen an der Seite der katholischen Oppositionsbewegung zur Verteidigung ihrer selbständigen Organisationen. Wir stehen an der Seite der Bauern- und Bürgermassen des aufzulebenden «Stahlhelms», der von den Faschisten deshalb aufgelöst wurde, weil in ihm die Rebellion dieser Schichten gegen das faschistische Regime immer offener zum Ausdruck kam.

Wir Kommunisten wollen die großen Freiheits Traditionen der Revolution von 1848 in den breiten Volksmassen wieder lebendig werden lassen und eine Ideologie des Freiheitskampfes gegen den barbarischen Faschismus schaffen. Der große Freiheitsdrang des werktätigen Volkes, den die Faschisten in die Bahn ihrer abenteuerlichen Kriegspolitik zu lenken versuchen, muß durch die antifaschistische Volksbewegung zu einer gewaltigen Stoßkraft für den Sturz der Hitlerdiktatur werden.

Die Parteikonferenz verweist hierbei auf die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Betracht gezogene Möglichkeit und Notwendigkeit der Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die sich aus dem Aufschwung der Massenbewegung, unter den Bedingungen der politischen Krise bei dem Sturz der Hitlerdiktatur ergeben kann.

Die endgültige Befreiung der werktätigen Massen von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kann nur durch die Aufrichtung der Sowjetmacht erfolgen, die allein die Klassenherrschaft der Ausbeuter stürzt, den Sozialismus aufbaut und dem ganzen Volke Freiheit und wachsenden Wohlstand sichert.

### b) Der Kampf um den Frieden

Die abenteuerliche und provokatorische Außenpolitik der Hitlerregierung, durch die das werktätige Volk Deutschlands über Nacht in den Krieg hineingerissen werden kann, steht im schärfsten Widerspruch zu seinen nationalen Interessen. Deutschland braucht Frieden und Zusammenarbeit mit den an-

deren Völkern, braucht vor allem eine Verständigung mit der Sowjetunion. Hitlers Politik schafft dem deutschen Volke überall Feinde. Die Rassenhetze der Rosenberg und Goebbels wird in der ganzen Welt als der Mischbunger des deutschen Imperialismus verstanden, der die Welt beherrschen will. Dem faschistischen Regime kommt es bei seinen Phrasen von Volk und Blutverbundenheit nur auf die Verschleierung dieser imperialistischen Ziele an. Das beweist auch der skrupellose Sobachar, den Hitler mit den Deutschen in Südtirol, im Polnischen Korridor, in Oberschlesien treibt, durch den er sich Verbündete für seine Kriegspolitik erkaufen will.

Wir Kommunisten sind für die resolute Beseitigung des Versailler Diktats und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland. Das soll nicht durch den Krieg, sondern auf dem Wege einer friedlichen Verständigung mit den Nachbarvölkern erfolgen. Hitlers Politik treibt aber das deutsche Volk in den Krieg und führt zu einer neuen Niederlage. Wir Kommunisten wollen das deutsche Volk vor den Schrecken und den unabsehbaren Opfern eines neuen imperialistischen Weltkrieges bewahren. Wir wollen den Hauptkriegstreiber, den Hitlerfaschismus, vernichten.

### c) Der Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen

Wie der Kampf um die demokratischen Freiheiten, um die Erhaltung des Friedens die gemeinsame Kampffront der Arbeiter, Mittelständler, Intellektuellen und Bauern erfordert, so ist sie auch im Kampfe für die wirtschaftlichen Forderungen, für die Befreiung von den unerträglichen Lasten, die die Kriegspolitik der Hitlerregierung den werktätigen Massen auferlegt, die unbedingte Voraussetzung. Der notwendige Kampf der Arbeiterschaft um höhere Löhne entspricht durchaus dem Kampf der Bauern und Mittelständler für einen gerechten Preis der von ihnen hergestellten Produkte. Von der Kaufkraft der Arbeiterschaft hängt auch die Existenz des Mittelstandes und der Bauernschaft ab. Darum sind sie gemeinsam interessiert an der Beseitigung der die Waren verteuern den Abgaben, Steuern und Zinsen, an dem Abbau des ganzen bürokratischen Sammel- und Verteilungsapparates, an der Beseitigung der hohen Zwischengewinne der Großhändler und des Staates, an der Vernichtung jeder Spekulation.

Wir Kommunisten unterstützen und fördern jede Bewegung der werktätigen Bauern und des städtischen Mittelstandes gegen die faschistischen Zwangsmaßnahmen, gegen die faschistische Marktordnung, gegen die Vergewaltigung durch die braunen Kommissare und gegen die großkapitalistische Politik der Hitlerdiktatur, die die Existenzgrundlage dieser Schichten untergräbt. Wir Kommunisten sind diesen Schichten aufrichtige und treue Verbündete im Kampfe für die Sicherung ihrer Existenz, für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit und ihrer Einkommensgrundlage.

### d) Der Kampf gegen Kulturreaktion und Terror

Wir Kommunisten wollen in der antifaschistischen Volksfront alle Kräfte der deutschen Nation vereinen, die der Kulturreaktion des Hitlerfaschismus feindlich gegenüberstehen. Wir Kommunisten wollen den kulturellen und geistigen Schatz des deutschen Volkes, seine Sprache, seine Literatur, seine Kunst und Wissenschaft vor den faschistischen Barbaren retten und für die höhere Entwicklung der Kulturgüter kämpfen.

Wir Kommunisten appellieren an alle Werktätigen, an alle Menschen von Kultur und Geist in Deutschland und in der ganzen Welt, gegen den unmenschlichen Terror der Faschisten gegenüber allen andersdenkenden Menschen, gegen die Folterungen in den Gestapohöhlen, gegen die barbarische Behandlung

der politischen Gefangenen, gegen die zahllosen Mauthausenmorde an wehrlosen Gefangenen und antifaschistischen Kämpfern zu protestieren und den Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu führen.

Wir Kommunisten rufen alle Werktätigen in Deutschland und in der ganzen Welt auf, ihre Stimme für die Freilassung des Führers des deutschen Proletariats, Ernst Thälmann, zu erheben, den die Faschisten vor ihr Parteigericht, das sie «Volksgericht» nennen, schleppen wollen, um ihn zum Tode zu verurteilen.

## VI. Die organisatorischen Aufgaben der Partei

Die durch die veränderte Lage in Deutschland erforderliche neue taktische Orientierung der Partei stellt auch die Organisations- und Kaderfrage auf eine neue Art. Die Parteiorganisation ist so umzugestalten, daß sie befähigt wird, die Massenarbeit innerhalb und außerhalb der faschistischen Organisationen und der Betriebe durchzuführen. Das macht den Aufbau der Parteiorganisation hauptsächlich in den faschistischen Massenorganisationen und in den Betrieben und die Anpassung ihrer Formen an deren Struktur notwendig. Die Mitglieder der bisherigen Straßenzellen sollen im allgemeinen in die faschistischen Massenorganisationen überführt werden. Es ist großes Gewicht darauf zu legen, daß alle unsere Mitglieder in den faschistischen Organisationen, insbesondere in der «Arbeitsfront» und im Betriebe organisiert sind. Die Betriebszellen der Partei müssen zum organisierenden Zentrum des antifaschistischen Kampfes in den Betrieben werden.

Ferner ist eine grundlegende Umstellung der Methoden unserer Massenarbeit in allen Organisationen, die Ausnutzung aller legalen und halblegalen Möglichkeiten und die Verknüpfung der legalen mit der illegalen Arbeit notwendig, wobei die größte Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Parteimitglieder vor den faschistischen Spitzeln und Verfolgungen gelegt werden muß. Durch die Übernahme von legalen Funktionen in den faschistischen Massenorganisationen werden unsere Genossen am besten in der Lage sein, eine legale Massenarbeit zu leisten und sich gleichzeitig vor den Verfolgungen zu schützen. Die illegalen Bedingungen unserer Massenarbeit erfordern die größte Elastizität in den Formen des Parteaufbaus und auch in der Form der Leitung. Es ist die stärkste Dezentralisation erforderlich. Manchmal wird es sogar nötig sein, vollständig von der bisherigen Organisationsstruktur abzugehen und verschiedene selbständige Organisationen aufzubauen. Dabei ist die Frage der Verbindungen aller Organisationseinheiten mit den übergeordneten Parteinstanzen und umgekehrt von größter Bedeutung, wofür ebenfalls neue Formen und Methoden gefunden werden müssen, um die schnellste Uebermittlung von Direktiven und Berichten zu sichern und die Aktionsfähigkeit der Partei zu gewährleisten.

In unserer gesamten Agitation und Propaganda sind neue Methoden und Formen erforderlich, die es uns ermöglichen, besser als bisher die Politik und das revolutionäre Endziel der Partei, die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus dem Verständnis der werktätigen Massen näher zu bringen. Wir müssen verstehen, in der Sprache der Massen zu reden, und zu schreiben, solche Lösungen aufzustellen, die dem Verständnis und der Kampffähigkeit der Massen entsprechen und sie für den Kampf um die täglichen Interessen der Massen zu mobilisieren. In unserer Presse, in unseren Flugblättern und Traktätschen müssen den Volksmassen unsere Forderungen und Ziele in einfacher klarer Weise auseinandergesetzt und die Wege und Kampfverfahren zu ihrer Durchsetzung aufgezeigt werden. Dazu ist auch die Schaffung einer neuen, dem Verständnis der Massen mehr angepaßten Literatur notwendig.

Für die Durchführung unserer taktischen Wendung, für die kühne Entfaltung der Einheitsfront und Volksfront ist die Kaderpolitik der Partei von größter Bedeutung. Wir müssen auf die Neugewinnung und Heranbildung, auf die Auswahl und Beförderung, auf die Schulung und Entwicklung der Initiative, auf die Erhaltung und Sicherung der Funktionäre der Partei viel größeres Gewicht als bisher legen. Wir haben bisher in der Partei dieser Pflicht nicht ausreichend genügt, wir klagten über Mangel an Funktionären und verstanden nicht, aus den Reihen unserer Mitgliedschaft die geeigneten Kräfte und ihre wertvollen Eigenschaften herauszufinden. Gerade der illegale Kampf der Partei gegen die faschistische Diktatur, bei dem fast die gesamte Mitgliedschaft Funktionen bekleidet, hat aufgezeigt, welche wertvollen Kader unsere Partei hat.

Wir Kommunisten wollen die Einheitsfront in der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront aller Werktätigen schaffen, wir wollen mit den verschiedensten Schichten und allen Organisationen der werktätigen Volks diese Kampfbündnis für den Sturz der faschistischen Diktatur schaffen, wir wollen ferner, daß die antifaschistische Volksfront die Aktivität der oppositionellen Gruppen der Bourgeoisie (in den Reihen der Internationalen, der Reichswehr usw.) mit ihrem Kampfe verbindet. Alle der Hitlerdiktatur feindlichen Kräfte müssen für deren Sturz eingesetzt werden.

Die Partei muß eine bessere Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Kräfte durchführen und jedem Funktionär die größte kameradschaftliche Unterstützung bei der Durchführung der ihm gestellten Aufgaben gewähren. Die große Zahl der ehemaligen Parteimitglieder, die Anhänger der früheren revolutionären Massenorganisationen und die fortgeschrittensten, der Partei am nächsten stehenden sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter sind in die Massenarbeit innerhalb und außerhalb der faschistischen Massenorganisationen und der Betriebe einzugliedern. Jedes Parteimitglied ist auf den Kampfplatz zu stellen, den es entsprechend seiner Fähigkeit und seiner Lage am besten im Dienste des antifaschistischen Kampfes erfüllen kann. Die Entwicklung der Initiative jedes Parteimitglieds und jeder Parteieinheit ist von großer Bedeutung.

Die Sicherung der Funktionäre und Mitglieder unserer Organisation vor den faschistischen Verfolgungen muß durch die strengste Beachtung der konspirativen Regeln, durch den Unterricht unserer Mitglieder und Funktionäre über diese Regeln, durch den ständigen Hinweis auf die ihnen drohenden Gefahren erreicht werden. Es muß mit jeder Mißachtung der konspirativen Regeln energisch aufgeräumt und gegen jeden Genossen der gegen diese Regel verstößt, mit parteidisziplinarischen Maßnahmen vorgegangen werden. Bei jeder Verhaftung ist eine gründliche Untersuchung zur Feststellung der Ursachen und der Zusammenhänge vorzunehmen und eine sofortige Sicherung der gefährdeten Stellen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß seine Beobachtungen über Verletzung der Konspiration und über die Maßnahmen der Faschisten schnellstens den Parteinstanzen zuleiten.

Der Kampf gegen die Abweichungen von unserer revolutionären Linie, vor allem gegen das in der Partei noch tief eingewurzelte Sektierertum, gegen das Unverständnis für die Notwendigkeit der neuen taktischen Orientierung in unserer Massenarbeit, gegen den Rechtsopportunismus muß mit aller Gründlichkeit und Beharrlichkeit geführt werden. Dabei soll die Methode der kameradschaftlichen Ueberzeugung und nicht die Methode der Abstoßung von Kräften, die zur Zerreißen und Gefährdung unserer inneren Geschlossenheit führt, angewandt werden. Jedem Genossen, der einen Fehler macht und ihn anerkennt, soll die Gelegenheit gegeben werden, seinen Fehler durch die Arbeit für die Partei zu korrigieren. Schonungslos müssen aber jene bekämpft werden, die hartnäckig an ihren Fehlern festhalten und die Partei zu desorganisieren versuchen. Ebenso ist mit aller Rücksichtslosigkeit parteifeindlichen, konterrevolutionären Einflüssen, vor allem denen des Trotzkismus, entgegenzutreten.

Die Werbearbeit für die Partei zur Stärkung der Parteiorganisation ist gerade wegen der ihr gestellten gewaltigen Aufgabe eine dringende Notwendigkeit. Die Partei muß bestrebt sein, ihren Bestand an Mitgliedern und Funktionären ständig aus den Reihen der Arbeiter zu vergrößern, die sie bei ihrer illegalen Arbeit als energisch und zuverlässig kennen gelernt hat. Das trifft besonders auf die Gewinnung der werktätigen Frauen und auf deren Einreihung in die Funktionärskader und ihre Einbeziehung in die Arbeit innerhalb der faschistischen Massenorganisationen zu.

Die Aufgaben sind der Partei gestellt. Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und die der 4. Parteikonferenz stellen der Partei als zentrale Aufgabe: die Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen. Durch die Organisation und Führung des Kampfes in den Betrieben, in den Massenorganisationen, in den Wohnvierteln, im Dorfe, durch die Schaffung der Aktionseinheit aller Werktätigen wird der Sturz der Hitlerdiktatur in Deutschland herbeigeführt werden.

## Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KP Deutschlands

### An das werktätige deutsche Volk!

*Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Mittelständler, Bauern!*

In schwerer, ernster Zeit wendet sich die Kommunistische Partei Deutschlands an Euch! Unabgabar leidet unser ganzes werktätiges Volk und seine Jugend unter den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland, unter der faschistischen Entrechtung und Unterdrückung, unter der drohenden Kriegsgefahr, unter der Zerstörung der deutschen Kultur, unter der allgemeinen Not, die die Hitlerdiktatur über unser Land gebracht hat.

Was hat Hitler Euch nicht alles versprochen, als er noch mit seiner Partei um die Macht kämpfte? Höhere Löhne und niedrigere Preise den Arbeitern, gesicherte wirtschaftliche Existenz dem Mittelstande, Land und hohe Preise den Bauern, Freiheit allen Werktätigen. Und was ist jetzt das Resultat der fast dreijährigen Hitler-Diktatur? Immer klarer wird es:

**Das werktätige Volk wurde von Hitler betrogen!**

Jeder Tag offenbart immer mehr, daß die Lage der werktätigen Massen immer schlechter wird. Die Löhne sinken, die Preise steigen. Mittelständler und Bauern geraten in immer tiefere Schuldenknechtschaft. Kultur und Wissenschaft werden zerstört. Die wirkliche Intelligenz wurde mundtot gemacht oder des Landes vertrieben. Die Gläubigen werden verfolgt. Mit unerhörtem Terror, Mordanschlägen, Folterungen zahlloser Gefangener, Bluturteilen schwerster Art und dem Henkerbeil wird gegen die Opposition vorgegangen, um die Herrschaft des Faschismus zu sichern.

**Das alles hat Hitler über unser Volk und Land gebracht!**

Schwer muß das werktätige Volk dafür büßen, daß es den Versprechungen Hitlers Glauben schenkte, daß es ihm folgte und dem Finanzkapital die Aufrichtung der faschistischen Diktatur ermöglichte. Ernst und groß steht vor dem werktätigen Volke die Frage, ob das so weiter gehen soll, oder ob nicht eine Möglichkeit besteht, sich von dieser Pest der faschistischen Diktatur wieder zu befreien.

**Werktätiges deutsches Volk! Wir rufen Dich zum Kampfe!**

Wir, die zu einer Reichskonferenz der illegal kämpfenden kommunistischen Partei Deutschlands in Brüssel versammelten Männer, Frauen und Jugendlichen aus dem Lande, die täglich im Kampfe gegen die faschistische Diktatur stehen.

**Wir Kommunisten erheben unsere Stimme zu Euch!**

Tausende von Kämpfern aus unseren Reihen wurden wegen ihres Kampfes für die Freiheit des Volkes ermordet. Kein Tag seit der Errichtung der faschistischen Diktatur war ohne unseren Kampf. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer der Kampf ist. Die faschistische Diktatur mit ihrem umfassenden Machtapparat lastet wie ein Bleigewicht auf dem deutschen Volke. Aber im werktätigen Volke ruht die Kraft, diese Last von sich abzuschütteln. Eines ist dafür erforderlich:

**Vereinigen wir uns zum gemeinsamen Kampfe!**

Wir Kommunisten unterbreiten Euch unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur, für die Freiheit den Frieden und die Sicherung der Existenz aller Werktätigen. Wir stellen an die Spitze des Programms den Kampf

für die Freiheit des werktätigen Volkes,  
für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte,

für volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit,  
für Glaubens- und Gewissensfreiheit,  
für Gleichheit aller Staatsangehörigen, ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse,

für die Befreiung Thälmanns, Mierendorffs, Ossietzki und aller anderen eingekerkerten Antifaschisten, und aller wegen Verletzung der volksfeindlichen Nazigesetze in den Kerkern sitzenden Volksgenossen.

für eine allgemeine Weihnachts-Amnestie!

Wir Kommunisten kämpfen für die nationale Freiheit des deutschen Volkes! Wir sind für die restlose Beseitigung des Versailler-Diktats und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland! Das soll nicht durch den Krieg, sondern auf dem Wege einer friedlichen Verständigung mit den Nachbarvölkern erfolgen.

**Werktätiges deutsches Volk!**

Die Hitler-Regierung treibt mit ihrer provokatorischen Außenpolitik, die besonders gegen die Sowjetunion gerichtet ist, das deutsche Volk in einen neuen Krieg, der zu einer schweren Niederlage führen muß. Alle friedensliebenden Menschen in der ganzen Welt sehen in dieser Regierung den Brandstifter eines neuen Weltkrieges.

**Hitler will den Krieg gegen die Sowjetunion.**

Seine Friedensphrasen sollen nur das werktätige Volk täuschen. Die ungeheuren Kriegsrüstungen sprechen eine andere Sprache. Hitler will den italienisch-abessinischen Krieg für die Verwirklichung der Kriegspläne des deutschen Imperialismus ausnützen. Seine Drohungen gegen Litauen und andere benachbarte Länder im Osten sind auf die Schaffung eines Aufmarschgebietes gegen die Sowjetunion gerichtet. Das deutsche Volk braucht aber dringend die Verständigung mit dem großen Sowjetlande.

**Wir Kommunisten rufen auf zum Kampfe für die Erhaltung des Friedens, gegen die Kriegspolitik der Hitler-Regierung!**

Die Kriegspolitik nützt nur den Kanonenkönigen, den Kriegsgewinnlern, den Krupp und Thyssen, den Finanzräubern, den ostelbischen Junkern und Bauernschindern und der ganzen Schicht der braunen Bonzen, die sich auf Kosten des Volkes mästen wie die Maden im Speck. Hitler hat im Interesse dieser Kriegspolitik das deutsche Süd-Tirol, den Polnischen Korridor und Oberschlesien preisgegeben, um sich Verbündete für den Krieg gegen die Sowjetunion zu schaffen. Nur der Sturz der Hitlerregierung vermag das deutsche Volk vor diesem Kriegsverbrechen zu retten. Zu diesem Kampfe muß sich das ganze werktätige Volk zusammenfinden, muß es sich um das Freiheits- und Friedensprogramm der Kommunisten scharen, muß dafür alle seine Kräfte einsetzen.

**Werktätige in Stadt und Land!**

Die Not im Lande wächst zusehends. Schaut um Euch. Ein harter Winter hat begonnen. Die Teuerung wächst. Vor den Lebensmittelläden stehen wieder Schlangen von Menschen an. Es mangelt an Butter, Schweinefleisch, Margarine, Eiern und vielem anderem. Die Reichen haben alles im Ueberfluß! Nur Euch, den Werktätigen fehlt es. Goebbels und Hitler sagen Euch: der Himmel sei daran schuld.

**Die Lebensmittel fehlen, weil Hitler Kanonen baut.**

Die für die Einfuhr von Lebensmitteln erforderlichen Devisen werden für die Einfuhr von Rohstoffen für die Kriegsrüstungen verbraucht. Je mehr Hitler Kanonen und Flugzeuge bauen läßt, desto mehr muß das werktätige Volk in den Städten hungern, desto mehr wird der Bauer ruiniert. Die Kapitalgewinne, die Direktorengehälter, die Tantiemen und Dividenden steigen, aber dem werktätigen Volke werden die Einkünfte geschmälert, werden die Lebensmittel vorenthalten.

**Wir Kommunisten kämpfen gegen den Wirtschaftskurs der Hitler-Regierung, der den Massen Not und Elend bringt.**

Wir rufen alle Werktätigen auf, sich mit uns zu vereinigen zum Kampfe

für Teuerungsausgleich und ausreichende Löhne und Gehälter;

für gesteigerte Zufuhr von Lebensmitteln;

für ernste Winterhilfe an alle Hungernden und Frierenden;

für Wiederherstellung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung und der Sozialrenten;

für Steuererleichterungen und Brechung der Zinsknechtschaft des Mittelstandes und der Bauern;

für den freien Verkauf der Arbeitsprodukte der Bauern zu lohnenden Preisen;

für Beseitigung der Zwangswirtschaft;

für Rückzahlungen aller Subventionen, die an Großagrarien und Großindustrielle gezahlt wurden!

**Werktätiges deutsches Volk!**

Das ist unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur. Wir sind überzeugt, jeder von Euch ist damit einverstanden. Aber es kommt darauf an, dieses Programm in die Tat umzusetzen, die Forderungen zu verwirklichen. Wir Kommunisten stellen uns das nicht leicht vor. Wir wissen, daß das

ein opfervoller und schwerer Kampf ist. Aber ohne den Kampf der Mehrheit des werktätigen Volkes wird es keine Freiheit, sondern Knechtschaft, Krieg und Massenelend geben.

**Der Zusammenschluß aller werktätigen Hitler-Gegner zum Kampfe für ein neues, freies Deutschland ist möglich und notwendig.**

Der beste Teil des werktätigen Volkes hat bereits mit dem Kampf gegen die Hitler-Diktatur begonnen. In Fabriken und Kontoren, in den Schächten und Häfen vereinigen sich Arbeiter und Angestellte, in den Städten Handwerker und Kaufleute, in den Dörfern die Bauern zu diesem Kampfe. Das aus dem Lande vertriebene geistige Deutschland erhebt seine Stimme.

**Die Schaffung der Einheitsfront ist das Gebot der Stunde!**

Wir Kommunisten bieten dem Parteivorstand und allen Organisationen der Sozialdemokratie die Hand zum Abschluß von Einheitsfront-Abkommen. In den Betrieben, in allen Orten muß die Einheitsfront zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei hergestellt werden. Gemeinsam muß der einheitliche Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften gefördert werden.

**Wir Kommunisten sind für die breiteste Volksfront!**

Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der Zentrumsparlei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes muß die Volksfront gegen Hitler, gegen die faschistische Diktatur, für deren Sturz geschaffen werden. Alle Menschen und Gruppen, die diesen Kampf wollen, müssen in dieser Front vereinigt werden.

**Werktätige in Stadt und Land!**

Schreiten wir deshalb zum Zusammenschluß, zur Tat! Vereinigen wir uns zum gemeinsamen Kampf für Freiheit, Frieden und Brot! Wenn wir überall gemeinsam unsere Forderungen aufstellen, wenn wir nirgends und niemals die braunen Banzen in Ruhe lassen, ihnen immer wieder unsere Forderungen entgegenstellen, dann wird bald im ganzen Lande die Volksfrontbewegung entflammen, dann wird kein Hitler und kein Göring diese Bewegung mehr aufhalten können, dann wird sie über das faschistische Regime hinweggehen und seine Vertreter zum Teufel jagen!

**Wir Kommunisten wollen den Sieg der Sowjetmacht!**

Der endgültige Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, begleitet vom wachsenden Wohlstand aller Werktätigen in die-

sem Lande, vom Aufstieg der Kultur und des Lebensniveaus zeigt allen Werktätigen den Weg aus der kapitalistischen Knechtschaft, den Weg zur Freiheit und zum Wohlstand.

Wir Kommunisten wissen, daß es über dieses Kampfziel noch Meinungsverschiedenheiten im werktätigen Volke gibt, daß die Mehrheit noch nicht zum Kampf für dieses Ziel bereit ist.

**Aber das darf uns jetzt im Kampfe gegen die faschistische Reaktion nicht trennen!**

Wir schließen keineswegs aus, daß nicht auch eine Regierung der Einheitsfront oder Volksfront sich als möglich und notwendig erweisen kann. Jedenfalls soll und wird das werktätige Volk Deutschlands beim Sturze der Hitler-Diktatur selbst über die Regierung entscheiden. Wir Kommunisten werden unter jeder Regierungsform für die Interessen der werktätigen Massen kämpfen!

**Werktätiges deutsches Volk!**

Wir rufen dich auf! Nimm in allen deinen Schichten Stellung zu diesem Programm gegen die Hitler-Diktatur! Verständigen wir uns im Betrieb, in der «Deutschen Arbeitsfront», in der NS-Hago, in den Handwerker-Innungen, in den Organisationen des Reichsnährstandes, in der NS-Volkswohlfahrt, im Deutschen Schriftstellerverband, in allen übrigen Massenorganisationen über gemeinsame Kampfkaktionen!

**Zögern wir nicht länger! Tragen wir gemeinsam die großen Losungen des antifaschistischen Kampfes durch das Land!**

**Gegen die Kriegspolitik Hitlers, die das deutsche Volk in die Katastrophe führt!**

**Für die Erhaltung des Friedens!**

**Für die Wiederherstellung der demokratischen Volksfreiheiten!**

**Für ausreichenden Lebensunterhalt und Sicherung der Existenz aller Werktätigen!**

**Es lebe die Einheitsfront und Volksfront gegen die Hitler-Diktatur!**

**Es lebe der Freiheitskampf des werktätigen deutschen Volkes!**

**Oktober 1935.**

*Die Reichsparteikonferenz der  
Kommunistischen Partei Deutschlands.*

## UNSER VORSCHLAG ZUR EINHEITSFRONT

### Angebot des Zentralkomitees der KPD an den Prager Vorstand der SPD

In dem Schreiben des Zentralkomitees der KPD vom 10. November an den Parteivorstand der SPD heisst es:

„Die neuen Angriffe des Faschismus auf die Lebenshaltung der Werktätigen durch Teuerung und Warenverknappung, durch die wahn-sinnigen Kriegsrüstungen, die denselben immer grössere Entbehrungen bringen, der wachsende Terror, der in der letzten Zeit besonders stark auch die Sozialdemokraten trifft, erfordern endlich gemeinsames Handeln aller Hitlergegner, machen die Schaffung der Einheitsfront zum Gebot der Stunde.

Handeln wir gemeinsam, damit die Sehnsucht der weitesten Volksschichten nach politischer und persönlicher Freiheit durch die Einheitsfront von KPD und SPD zu einheitlichem Handeln der Millionenmassen, zu [...] Handeln entwickeln wird. Wenn SPD und KPD gemeinsam die solidarische Hilfe für die Gefangenen organisieren, wenn sie sich einigen würden über die besten Methoden der konspirativen Arbeit und der Abwehr der Spitzel, wäre das ein grosser Fortschritt im Kampf gegen den faschistischen Terror und für die Einigung der kämpfenden Antifaschisten in Deutschland.

Die grosse Verantwortung vor den namenlosen Helden des antifaschistischen Kampfes in Deutschland macht es allen [wirklichen] Antifaschisten zur Pflicht, alles zu tun, dass überall in Deutschland die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen zustande kommt.

Wir schlagen Euch deshalb [vor, eine] gemeinsame Aufforderung an die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Funktionäre [und] Mitglieder zu richten, sich zum [Zwecke] gemeinsamer Beratung der jeweiligen gemeinsamen Aufgaben zum kameradschaftlichen gemeinsamen Handeln in Verbindung zu setzen.

Es wird zweckmässig sein, den Organisationen im Lande selbst zu überlassen, [für] welche Aufgaben und in welcher Form [aufgrund] der jeweiligen Bedingungen die Zusammenarbeit erfolgt. Darüber hinaus würden wir [es für] nützlich halten, wenn zwischen den [beiden] Parteiführungen eine Vereinbarung über gemeinsames Vorgehen in der Frage der gegenseitigen Hilfe gegen den Terror, des Kampfes gegen die Teuerung, gegen die faschistische Kriegspolitik und für die Unterstützung der Sowjetunion zustande käme.

Das sollte um so eher möglich sein, als im Programm des Prager Parteivorstandes der SPD vom Januar 1934 ebenfalls aufgefördert wird zum Kampf um die Sicherung oder Verbesserung der Lebenshaltung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, um die Wiedereroberung demokratischer Rechte, der Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit, der Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. Nach den Erfolgen der Einheitsfront und Volksfront in Frankreich sollte es erst recht im Kampfe gegen den Hitlerfaschismus möglich sein, zu gemeinsamen Handeln zu kommen.

Im Sinne der Rede des Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale, des von allen Antifaschisten geliebten Volkshelden Dimitroff, wollen wir die Verständigung zwischen den Führungen der KPD und SPD unter voller beiderseitiger Verantwortung und voller Gleichberechtigung der beiden Körperschaften. Wir erblicken in dieser Verständigung eine unbedingte Notwendigkeit und die wertvollste Unterstützung des Zustandekommens der Einheitsfront zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern im Lande. Ein solches gemeinsames Handeln würde die breitesten Massen des Proletariats aktivieren und die stärkste Anziehungskraft auf die städtischen Mittelschichten und die werktätige Bauernschaft ausüben. Wir halten eine solche Verständigung zwischen den Führungen der beiden Parteien umso eher für möglich, als auch die II. Internationale der deutschen Sozialdemokratie die Freiheit gibt, selbst zu entscheiden, ob sei eine gemeinsame Aktion mit der Kommunistischen Partei ihres Landes unternehmen will.

Wir geben zu erwägen, ob es nicht zweckmässig wäre, zur regelmässigen Zusammenarbeit eine Verbindungskommission aus Vertretern beider Führungen und von Funktionären aus dem Lande zu bilden.

Wir sind überzeugt, dass noch bestehende Hemmungen und Hindernisse im Prozess der Zusammenarbeit leichter überwunden werden könnten.“

### Ausschluß Torglers aus der KPD

Die im Oktober dieses Jahres in Brüssel stattgefundene Parteikonferenz der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei Deutschlands, die die erste zentrale Parteitagung nach Errichtung der faschistischen Diktatur war und an der Delegierte aus fast allen Parteibezirken teilnahmen, beschäftigte sich mit dem Verhalten von Torgler vor und während des Leipziger Prozesses und stellte folgendes fest:

1. Torgler hat sich gegen den Willen der Parteileitung freiwillig den Faschisten ausgeliefert.
2. Die Parteileitung hat alles getan, um Torgler während der Haft und zu seinem Auftreten vor Gericht zu unterstützen. Torgler hat es jedoch abgelehnt, die ihm von der Parteileitung gegebenen Anweisungen für sein Auftreten vor dem Gericht durchzuführen.
3. Torgler nahm sich den als Faschisten bekannten Anwalt Dr. Sack zum Wahlverteidiger. Obwohl die Partei in einer öffentlichen Erklärung Dr. Sack als Werkzeug des Reichsanwaltes entlarvte, hielt Torgler an ihm als Verteidiger fest und nahm ihn gegen die Angriffe des Mitangeklagten Dimitroff in Schutz.
4. Torgler hat in schmähhcher Weise vor dem faschistischen Gericht kapituliert und von Anfang an darauf verzichtet, als Kommunist und Klassenkämpfer aufzutreten, die Kommunistische Partei und die kommunistische Idee zu verteidigen; er beschränkte sich lediglich auf eine unpolitische Verteidigung seiner Person.
5. Torgler hat sich vor Gericht wiederholt von dem beispielgebenden, bolschewistischen Kampfe des Genossen Dimitroff für die Sache des Kommunismus abgegrenzt, und zu erkennen gegeben, daß er mit diesem Kampfe nicht einverstanden sei. Er ist dem Genossen Dimitroff bei diesem Kampfe in den Rücken gefallen und hat sich durch sein ganzes Benehmen vor Gericht mit den faschistischen Anklägern und Blutrichtern bei ihren Maßnahmen gegen den Genossen Dimitroff solidarisiert.

Dieses Verhalten Torglers, das dem Verrat des Kommunismus und der Kommunistischen Partei Deutschlands gleichkommt, ist um so schmähhcher angesichts der heldenmütigen Kämpfe der revolutionären Arbeiter gegen das faschistische Regime, des unerschrockenen Auftretens tausender revolutionärer Arbeiter gegenüber den faschistischen Folterknechten und Blutgerichten, angesichts der großen revolutionären Helden August Lüttgens, Josef Engel, Fietsch Schulze und anderer proletarischer Kämpfer, die sich noch unter dem Henkerbeil zur Revolution bekannten.

Die Parteikonferenz hat deshalb einstimmig Torgler wegen seines schwachvollen, eines Kommunisten und revolutionären Proletariats unwürdigen Verhaltens vor Gericht aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

## Die nächsten Aufgaben der deutschen Kommunisten!

Vom Politbüro der KPD wird geschrieben:

Anfang Dezember nahm das nach der Brüsseler Parteikonferenz vom ZK gewählte Politbüro der KPD zur *Lebensmittellknappheit und Teuerung, zur Vorbereitung der Vertrauensratswahlen, zum verschärften faschistischen Terror und den Massenprozessen Stellung* und stellte als Grundbedingung zur Erfüllung dieser Aufgaben die *Schaffung der Einheitsfront*.

Im Zusammenhang mit den wachsenden Lebensmittelschwierigkeiten, die zu offenen Diskussionen gegen die Hitlerpolitik führten, sind die Bedingungen für die Organisierung des Widerstandes der Arbeiterklasse, sowie des Mittelstandes und der Bauern noch günstiger geworden. Von der *Verständigung zwischen den kommunistischen, sozialdemokratischen, freigeberkschaftlichen und christlichen Funktionären und Gruppen* über die gemeinsame Verteidigung der täglichen Interessen der Werktätigen hängt es entscheidend ab, wie weit sich die Empörung der Massen zu Widerstandskaktionen und zur Schwächung des faschistischen Regimes steigert.

Die Hitlerdiktatur konnte ihre volksfeindliche Wirtschaftspolitik und den blutigen Terror nur durchführen, weil bisher nur eine Minderheit der Arbeiterklasse bereit war, aktiv gegen Hitler zu kämpfen. Durch die kühne Initiative der Funktionäre der KPD und aktiver Sozialdemokraten für die *Schaffung der Einheitsfront* muß es gelingen, den Widerstand der Arbeiter zu organisieren. Durch die revolutionäre Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen gilt es, die Werktätigen in diesen Organisationen gegen die faschistische Volksausplünderung in Bewegung zu bringen, und damit dem Faschismus seine Massenbasis zu entziehen. Dies ist zugleich ein Kampf gegen die Unterstützung und Ausnutzung von Mussolinis Kriegesüberfall auf das abessinische Volk durch den Hitlerfaschismus.

Die kriegswirtschaftliche Politik des Faschismus führte zu Lebensmittelmangel und Teuerung, zu Lohnabbau und Hetzarbeit und verschlechterte die wirtschaftliche Lage breiter Massen werktätiger Bauern.

Die Ursache der Lebensmittellknappheit und Teuerung ist die verbrecherische Kriegspolitik Hitlers. Es fehlt an Lebensmitteln, weil Hitler die Grenzen gegen die Einfuhr billiger Lebensmittel für die Werktätigen und billiger Futtermittel für die Bauern sperren läßt im Interesse der Lieferung von Rohstoffen für Kanonen und andere Vernichtungswerkzeuge. Die Kriegszwangswirtschaft in der Landwirtschaft hat die Lebensmittel verteuert und die Einnahmen des werktätigen Bauern vermindert. Zwangswirtschaft, Steuern, Zinsen und sonstige Abgaben ruinieren den werktätigen Bauern. Ähnlich wie im Kriege kann von einer gerechten Verteilung der Lebensmittel keine Rede sein. Denn die Reichen können sich kaufen, was sie benötigen, aber die Werktätigen, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, sollen bei der Hetzarbeit mit einem Viertellohn pro Woche auskommen. Die *faschistische Kriegswirtschaft ist die alleinige Ursache der Lebensmittelnot*. Im Gegensatz dazu werden in der Sowjetunion die Preise gesenkt, die Löhne erhöht und der Wohlstand des Volkes wächst.

Die Reden von Hitler und Schacht zeigen, daß das faschistische Regime die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch noch rücksichtslosere Durchsetzung des reaktionären kapitalistischen Kurses der Volksausplünderung und Unterdrückung überwinden will. Kanonen statt Butter, höhere kapitalistische Gewinne, weitere Senkung der Reallohne durch weitere Verschlechterung und Liquidierung der Tarifverträge, Belastung der Massen mit unzähligen Abgaben und noch schlimmere Antreiberie. Gleichzeitig soll durch großzügige Göbbelspropaganda den Massen eingeredet werden, daß sie Opfer für die *Freiheit Deutschlands*, für *«Volksgemeinschaft»* und *«Sozialismus»* bringen müssen. Auf diese Weise sollen die Werktätigen und wenn es notwendig ist auch die Reichswehrangehörigen veranlaßt werden, gegen ihre Mütter und Geschwister die ausreichend Lebensmittel fordern, gegen ihre Brüder und Freunde die höhere Löhne und mehr Rechte wollen, mit Stahlrute und Revolver vorzugehen.

Das arbeitende Volk Deutschlands will nicht opfern für Hitlers wahnsinnige Kriegspolitik, will nicht Opfer bringen für den Kriegszwang Hitlers gegen das Land des Sozialismus, die Sowjetunion! Wir wollen nicht darben für die Kriegsgewinnler! Wir wollen nicht Granaten und Giftgas, sondern Butter und Fleisch für unsere Familien. Wir wollen höhere Löhne und Ab-

schaffung der vielen Abgaben und Abzüge. Wir wollen nicht Lebensmittelmangel durch Autarkie und Zwangswirtschaft! Wir wollen freien Markt für die häuerlichen Produzenten und normale Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen Ländern! Wir wollen Freiheit und Wohlstand!

Leh hat auf der Tagung der Deutschen Arbeitsfront in Leipzig verkündet, daß die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben vor die Frage gestellt werden sollen: *«Felt oder Arbeit?»* Wir schlagen allen Mitgliedern der DAF, Blockadlern und Vertrauensräten vor, in allen Abteilungen in den Pausen und in Arbeitsfrontversammlungen im Betrieb ihre Meinung dazu zu äußern, und Butter statt Kanonen, Felt und Arbeit zu fordern. Nachdem die Lebensmittelpreise erhöht wurden, ist es dann nicht berechtigt Teuerungsausgleich zu verlangen? Sind nicht die kapitalistischen Gewinne erhöht, aber die Reallohne gesenkt worden? Nicht im Interesse der *«Freiheit Deutschlands»*, wie die Naziführer sagen, wurden die Lohnerböhungen abgelehnt, sondern im Interesse der Profite der Kapitalisten und Großagrarien und des faschistischen Bonzenapparates kämpft das Hitlerregime gegen Lohnerböhung. Wo bleibt der gerechte Lohn? Wo bleibt der von Hitler versprochene Wohlstand?

Die Brüsseler Parteikonferenz hat in dem Manifest an das werktätige deutsche Volk den Ausweg aus der Not gezeigt.

Wir Kommunisten sagen:

*Es gibt genügend Lebensmittel*, wenn die Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft aufgehoben und der Bauer seine Produkte frei verkaufen kann, wenn die Autarkiepolitik aufgehoben und statt Rohstoffe für Kanonen billige Futtermittel eingeführt werden, wenn die Lebensmittel bei den Großagrariern, Großhändlern und Kapitalisten beschlagnahmt werden, wenn normale Beziehungen zur Sowjetunion hergestellt werden, die wieder einen regulären Austausch von Rohstoffen und Lebensmitteln und industriellen Erzeugnissen ermöglichen, wenn eine gerechte Verteilung der Lebensmittel unter der Kontrolle der Werktätigen durchgeführt wird.

*Es wird keine Teuerung geben*, wenn die Produktion nicht belastet wird mit den hohen Kosten für die Kriegproduktion, für den faschistischen Bonzenapparat und die Milliardensubventionen an die Großindustriellen und Großagrarien, wenn die Massensteuern, wie Fettsteuer, Salzsteuer, Heringszölle, Umsatzsteuer für Geschäfte mit unter 50 000 Mark Einnahmen pro Jahr aufgehoben werden, wenn die Reichen gezeugen werden zu zahlen durch Millionensteuer, Sonderbesteuerung der hohen Einkommen, Verdreifachung der Börsensteuer, Besteuerung der Gewinne der Aktiengesellschaften, Beseitigung der Tantiemen und Herabsetzung der Direktorengehälter.

*Es gibt genügend Arbeit ohne Kriegsproduktion*, wenn die Kaufkraft der Volksmassen gehoben wird durch höhere Löhne und Beseitigung der vielen Abgaben, wenn die Bedürfnisse der Werktätigen nach Kleidern und Wäsche, Schuhwerk, anständigen Möbeln und guten Wohnungen, der Bedarf der Handwerker und Bauern nach besserem Werkzeug und Maschinen, landwirtschaftlichen Geräten und sonstigen Industriewaren befriedigt wird, wenn statt der Leberstundenschinderei, die meist ohne Sonderbezahlung erfolgt, die 45-stündige Arbeitswoche eingeführt würde.

Es genügt nicht, über den Mangel an Butter und Fleisch zu schimpfen. Es ist notwendig, daß das arbeitende Volk wie ein Mann zusammensteht und gemeinsam kämpft für ausreichende Belieferung mit Lebensmitteln und für das Recht, die Meinung zu sagen. Verlangt von den Blockadlern und Vertrauensräten der DAF, daß sie sich für Feltzulage und Teuerungsausgleich, für ausreichende Belieferung der Kantinen mit Butter und Fleisch zu verbilligten Preisen durch die Kleinhändler einsetzen und selbst, oder mit Hilfe von Lebensmittelkommissionen der Arbeiter und Angestellten, die Bewilligung der Lebensmittelforderungen erzwingen und durch Kontrolle bei den Großhändlern für eine gerechte Verteilung der Lebensmittel sorgen. Der Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsfunktionäre der Arbeitsfront und die Anerkennung der von DAF-Mitgliedern bestimmten Lebensmittelkommissionen ist besonders wichtig für die Durchsetzung der Lebensmittelforderungen der Belegschaft. Setzt Euch dafür ein, daß in den Gemeinden Versammlungen



durchgeführt werden zur Bildung von Lebensmittelkommissionen aus Arbeitern, Angestellten, Kleinhändlern und Kleinbauern.

Besonders groß ist die *Not der Erwerbslosen*. Wir fordern ausreichende Winterhilfe. Es ist notwendig, bei den *Wohlfahrtsämtern*, bei der *NSV im Frauenbund* zu fordern, daß die Erwerbslosen in ausreichender Weise Gutscheine für Fett und Fleisch ohne Anrechnung auf die Unterstützung erhalten. Die Mitglieder und unteren Funktionäre dieser Organisationen wollen wir für diese berechtigten Forderungen gewinnen. Die Reichen, die für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, sollen die Winterhilfe zahlen. Geht mit Frauen und Kindern zu den Wohlfahrtsämtern und zur Arbeitsfront und den Büros der Winterhilfe und erzwingt Fett und andere Nahrungsmittel.

In den *Sportorganisationen* gilt es vom Standpunkt der körperlichen Kräftigung des werktätigen Volkes, für ausreichende Lebensmittelversorgung einzutreten.

In den *Lebensmittelsammlungen der Kleinhändler und des Mittelstandes* gilt es, von den Behörden zu fordern, daß vor allem die Kleinhändler mit Lebensmitteln beliefert und die hohen Abgaben beseitigt werden. In den *Versammlungen der bäuerlichen Zwangsgenossenschaften und bei sonstigen Dauernsammeln* ist es notwendig, vor allem das Recht des freien Marktes, die Aufhebung der Futtermittelzölle, die Einfuhr und Lieferung billiger Futtermittel für die Klein- und Mittelbauern, die Abschaffung der vielen Abgaben und die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Gewährung einzelner Kredite für die Kleinbauern zu fordern. Geld ist genügend da, es müssen nur die Kapitalisten und Großagrarier gezwungen werden, die Milchleistungsprämien, die sie von Hitler und Darré erhielten, zurückzugeben.

Das Politbüro der KPD macht alle Parteifunktionäre und Organisationen, sowie alle sozialdemokratischen und katholischen Arbeiter und Freigewerkschaftler schon jetzt auf die Notwendigkeit der *Vorbereitung der Vertrauensratswahlen* aufmerksam. Ley hat auf der Leipziger Tagung der DAF-Walter für die Vertrauensratswahlen die zentrale Lösung gegeben: «Fett oder Arbeit» und erklärt: «Wir müssen diese Frage zum Prüfstein für die grundsätzliche Haltung der deutschen Volkes machen.» Die *Vertrauensratswahlen sind ein wichtiger Hebel zur Gewinnung der Arbeiter und Angestellten für die Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Interessen, für die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten zur Verstärkung und Sammlung der Opposition gegen den Faschismus zum Kampf um größere Bewegungsfreiheit, um mehr Rechte der Arbeiter und der Arbeitervertrauensräte, gegen die faschistischen Bonzen und Unternehmerfreunde in den Vertrauensräten.*

*Die Vertrauensratswahl ist die nächst wichtigste allgemeine Aktion der Arbeiter und Angestellten im Kampf um demokratische Freiheiten.*

Schon jetzt ist es notwendig, daß sich die antifaschistischen Funktionäre im Betrieb miteinander verständigen, welche gewerkschaftlichen Forderungen in der Abteilung und vom Blockwart und Vertrauensrat vertreten werden sollen, und daß die Vertrauensräte öfter in den Pausen und DAF-Versammlungen über die Sitzungen des Vertrauensrates und seine Tätigkeit berichten sollen. Schon jetzt sollen jene Vertrauensräte und Arbeiter, die später auf die Liste gebracht werden sollen, von Mund zu Mund propagiert werden.

Schon jetzt sollte in den Abteilungen eine *Verständigung zwischen den Arbeitern* erfolgen, *wor um besten als Vertrauensrat geeignet ist*. Mit Hilfe der Arbeitsfrontfunktionäre und NSBO-Mitglieder muß die *Aufstellung dieser Kandidaten in den NSBO- und DAF-Zusammenkünften und Versammlungen vorbereitet* werden. Es gilt so, *mit allen Mitteln Arbeiterkandidaten auf die offiziellen Listen zu bringen* und wenn die Listen aufgestellt sind, sich darüber zu verständigen, wer gewählt und wer von der Liste gestrichen werden soll. Angesichts der noch vorhandenen Boykottsinnungen, die bei der vorigen Vertrauensratswahl leider auch vom Prager Parteivorstand unterstützt wurden, ist es notwendig, schon jetzt alle Kollegen davon zu überzeugen, daß der Kampf um die freie Kandidatenaufstellung und freie Wahl der Vertrauensräte zur Sammlung und Aktivierung der Arbeiter und Angestellten für ihre wirtschaftlichen Tagesinteressen wie für ihre Rechte und demokratischen Freiheiten führen und zu einem Schlag gegen den Hitlerfaschismus werden muß. Hitler und Göring haben auf die tiefe Unzufriedenheit des werktätigen Volkes in Stadt und Land mit Massenprozessen gegen *Kommunisten und Sozialdemokraten*, mit einem verschärften *Unterdrückungsfeldzug gegen die katholische Bewegung* geantwortet. *Zahlreiche Vertrauensräte und SA-Leute*, die die *Entlösung der nationalsozialistischen Versprechungen* gefordert hatten und erklärten, sie wollen nicht die Interessen der Kriegsgewinnler und Dividendenschlucker verteidigen, wurden gesperrt. Angesichts der unerhörten Zuchthausurteile, der barbarischen Mißhandlungen der antifaschistischen Gefangenen, der Todesurteile gegen die Besten des werktätigen Volkes ist bisher

der Massenprotest und Widerstand gegen die Verhaftungen nur gering. *In Deutschland wie im Ausland wurde nur mangelhaft auf diesen neuen Terrorfeldzug reagiert*. Es ist notwendig, daß größere Anstrengungen unternommen werden, damit überall im Lande Hilfskommissionen gebildet und im Ausland die Komitees ihre Tätigkeit verstärken, um alle rechtlich denkenden Menschen für den gemeinsamen Kampf, für die *Ereilassung von Ernst Thälmann, Mierendorff und Ossietzky* und aller wegen Verstoß gegen die volkfeindlichen Hitlergesetze Inhaftierten, für eine *allgemeine Amnestie, für die Schließung der Konzentrationslager, gegen die unmenschliche Behandlung der Gefangenen zu gewinnen*.

Schon heute wäre ein aktiverer Widerstand breiterer Arbeiterrassen und Werktätiger vorhanden, wenn in allen Teilen des Reiches und auch zentral die *Einheitsfront* zustande gekommen wäre. Das Hitlerregime und die Kapitalisten können die *Volksausplünderung und Unterdrückung* nur deshalb so ungeheuerlich durchführen, weil die Arbeiterklasse zersplittert ist. Das Politbüro weist alle Organisationen der KPD und alle Funktionäre eindringlich daraufhin, *daß die gesamte Tätigkeit der Partei ausschließlich konzentriert werden muß auf die Schaffung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Funktionären und Gruppen*. Die obengenannten Aufgaben im Kampf gegen Lebensmittelknappheit und Teuerung, gegen den faschistischen Terror, für die Rechte der Arbeiter und des werktätigen Volkes sind gegenwärtig jene Aufgaben der antifaschistischen Massenbewegung, über deren gemeinsame Durchführung eine kameradschaftliche Verständigung mit den sozialdemokratischen Klassenbrüdern erreicht werden muß. Nur wenn die Funktionäre und Gruppen von der allgemeinen Agitation entschlossen dazu übergehen, sich mit den sozialdemokratischen und christlichen Funktionären über die nächsten Schritte des gemeinsamen Handelns zu verständigen, und die *Schaffung der Einheitsfront zum Hauptinhalt ihrer Tätigkeit* machen, kann man von einer wahrhaften Organisation des antifaschistischen Kampfes sprechen. *Nur wer seine ganze Kraft einsetzt für die Schaffung der Einheitsfront, der beweist, daß es ihm ernst ist mit der Herbeiführung des Sturzes Hitlers*. Die Erklärung des Prager Vorstandes der Sozialdemokratie, daß er gegen ein zentrales Einheitsabkommen ist, weil die sozialdemokratischen Funktionäre im Lande anzehlich gegen die Einheitsfront seien, muß allen Kommunisten ein Ansporn sein, durch Schaffung der Einheitsfront der Tat mit den sozialdemokratischen Genossen, allen Gegnern der Einheitsfront in der Sozialdemokratie zu beweisen, daß sie nicht imstande sind, die Einheitsfront gegen Hitler aufzuhalten oder zu verhindern.

Wir werden auch weiterhin alle Anstrengungen machen, damit die Aktionseinheit zwischen der kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei für das ganze Reich zustande kommt. Wir überlassen es den sozialdemokratischen Mitgliedern, zu beurteilen, ob das Verhalten des Prager Vorstandes, der zu den Verhandlungen mit der KPD einen festen Beschluß mitbrachte, daß keine Vereinbarungen geschlossen werden dürfen, der in provozierender Weise Angriffe gegen die KPD erhob, statt sich zu den sachlichen Vorschlägen der Vertreter der KPD für die gemeinsamen Kampfmaßnahmen gegen Hitler zu äußern, im Interesse des antifaschistischen Kampfes liegt oder ob das Hitler nützt.

Im Interesse des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus werden die kommunistischen Funktionäre alle Vereine sozialdemokratischer Führer, Manöver gegen die Einheitsfront durchzuführen und die Zusammenarbeit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen im Lande und in der Emigration zu hintertreiben, vor der Arbeiteröffentlichkeit aufdecken.

Neuerdings läßt der Prager Vorstand im «Neuen Vorwärts» erklären, daß er zu Vereinbarungen mit dem ZK der KPD über gemeinsame Maßnahmen von Fall zu Fall bereit sei. Ob diese Äußerung ernst gemeint ist, wird sich darin zeigen, ob der Prager Vorstand nunmehr gewillt ist, ohne Bedingungen unter Gleichberechtigung und gleicher Verantwortung der beiden Organisationen eine Vereinbarung über einen konkreten Schritt des gemeinsamen Kampfes mit der KPD zu treffen. Eine solche Vereinbarung könnte sofort in den Fragen des Kampfes gegen Lebensmittelknappheit und Teuerung, sowie gemeinsame Hilfe für die Gefangenen abgeschlossen werden. Das Zentralkomitee der KPD ist jede Stunde zu weiteren Verhandlungen und zum Abschluß eines Abkommens bereit.

Wir fordern alle Parteifunktionäre, Sozialdemokraten und Antifaschisten auf, ihre Erfahrungen und Vorschläge zur Durchführung dieser nächsten Kampfaufgaben gegen Hitler mitzuteilen, damit in der «*Rollen Führung*» und in der «*Internationalen*» ein *Meinungsaustausch über die besten Wege und Methoden der Durchführung der Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz* erfolgen kann.

## Die vierte Parteikonferenz der KPD an den Genossen Dimitroff

Teurer Genosse Dimitroff!

Die vierte Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands sendet Dir, dem kühnen Antifaschisten und bolschewistischen Steuermann der Kommunistischen Internationale, flammenden revolutionären Gruß!

Du hast auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, wo das Vertrauen und die Liebe der Kommunisten und Antifaschisten der ganzen Welt Dir, dem engen Kampfgenossen Stalins, überwältigend zum Ausdruck kam, gerade unserer Partei entscheidende Waffen für unseren Kampf gegen Faschismus und Krieg gegeben. Wir sind aufs tiefste überzeugt von der Richtigkeit der Kritik an den Methoden unserer Massennarbeit und wir begrüßen aus tiefstem Herzen die neue taktische Orientierung, die durch Deine Initiative auf dem VII. Weltkongreß beschlossen ist. Du hast uns gezeigt, auf welchem Weg wir die proletarische Einheitsfront und die antifaschistische Volksfront schaffen können. Du hast uns bolschewistische Kampfmethoden gelehrt, durch deren Anwendung wir den Faschismus stürzen können. Du hast das hohe Ziel der Einheit der Arbeiterklasse aufgezeigt und uns gelehrt, wie dieses hohe Ziel erreicht werden kann.

Dein heroisches Auftreten für die Sache des werktätigen Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, hat der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront einen mächtigen Anstoß gegeben.

Du hast in tiefster Illegalität das Banner des Kommunismus vor dem faschistischen Blutgericht hoch erhoben und hast den vom Faschismus geknechteten werktätigen Massen ein herrliches unvergängliches Beispiel des proletarischen Inter-

nationalismus gegeben. Du hast als tapferer Sohn der bulgarischen Arbeiterklasse den Hitler, Göring und Co. gegenüber Dich als unbeugsamer Kämpfer der Weltpartei Lenins und Stalins erwiesen. Du hast uns gezeigt, wie ein Kommunist kämpfen muß als Anwalt der breitesten Massen. Mit Deinem Bild im Herzen sind unvengeßliche Kämpfer wie Fiete Schulze aufs Schaffot gegangen. Viele Hunderte und Tausende, die ihre revolutionäre Pflicht im Kampf gegen die faschistische Blutherrschaft erfüllten, wurden in den Höllen der Gestapo gefoltert und gequält. Viele Tausende in Hitlerdeutschland leisten Tag für Tag ihre revolutionäre Arbeit, von dem Willen beseelt, die verhaßte faschistische Knechtschaft abzuschütteln und dem werktätigen Volk die Freiheit zu erringen. Ihnen allen bist Du Vorbild und Lehrer. Unsere Partei, die unter Führung des Genossen Thälmann erzogen wurde zu unerschütterlicher Treue zur Kommunistischen Internationale gelobt Dir, den Helden des antifaschistischen Kampfes, dem unerschrockenen Kämpfer für die Befreiung des werktätigen Volkes, daß wir alle Kräfte einsetzen werden im Kampf für die Sammlung der Massen gegen die blutige faschistische Diktatur. Im unermüdbaren Kampf für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront, im Kampf für die Verwirklichung der proletarischen Einheit, im Kampf gegen die Kriegsverbrechen und Provokationen des Faschismus wollen und werden wir beweisen, daß wir eines Vorkämpfers und Führers wie Du würdig sind.

Bolschewistischen Gruß dem Steuermann der Kommunistischen Internationale!

*Vierte Parteikonferenz der KPD.*

## Hitlers Kriegspolitik heißt Lebensmittelnot und Teuerung — Wie kann sich das werktätige Volk wehren?

Vom Politbüro der KPD wird uns geschrieben:

Buttermangel, Fleischmangel in Deutschland — das ist das «Wunder», das Hitler in drei Jahren vollbracht hat:

Schlangen in der bitteren Kälte vor Buttergeschäften, fast leere Fleischläden, Teuerung für die wichtigsten Lebensmittel — dies «Wunder» hat der «Führer» dem deutschen werktätigen Volke beschert. Die Ergebnisse der Hitlerpolitik erheben gegen ihn Anklage.

Die Fettnot ist nicht eine Sache von heute und morgen. Der stellvertretende Reichsbauernführer Meinberg hat den Erlaß von Gesetzen angekündigt, die erst in drei bis vier Jahren angeblich eine Entlastung der Fettversorgung herbeiführen sollen. *Die Fettnot soll bleiben!* Zum Mangel an Schweinefleisch wird infolge des erhöhten Verbrauches anderer Fleischsorten, auch bald der Rindfleischmangel kommen. Der fette Göring hat in seiner Hamburger Rede böhnisch dem arbeitenden Volke das Darben angepöbeln: «Butter macht ein Volk nur fett.»

Die Frauen in den Soblangen, die Arbeiter in den Betrieben, die heranwachsende Jugend, die hinter leeren Ladentischen stehenden Butterhändler und Fleischer wollen nicht darben. Sie werden nicht satt von den löwenden Reden, die die Sobuldigen an dieser Not täglich halten. Sie werden nicht satt von «Kraft durch Freude». Das arbeitende Volk will Kraft durch Fleisch, Kraft durch Butter, Kraft durch Fett. Es fordert eine ausreichende Ernährung.

### Woher die Lebensmittelnot?

«Kanonen oder Butter?» sagte Göring in Hamburg zu den Arbeitern. «Wenn Ihr höhere Löhne bekommen sollt, können wir nicht weiter rüsten.» Die Arbeiter wollen sich aber nicht mit Hungerlöhnen begnügen, Butter und Fleisch entbehren, weil die Hitler-Regierung den Krieg vorbereitet und die kapitalistischen Gewinne erhöht. Das werktätige Volk will nicht seine Söhne in neuen grauenhaften Millionemorden vergasen und zerletzen lassen. *Es will den Frieden!*

Der Kampf der Hitler-Regierung zum Deutschlands Platz an der Sonne, von dem Göring im Stile Wilhelms II. sprach, und die ganze sogenannte «Wehrfreiheit» dienen nichts anderem als der nackten imperialistischen Raubgier, der Ausplünderung anderer Völker. Wer glaubt etwa, daß aus den glutheligen Wüsten Afrikas Lebensmittel kommen werden? Die Kriegsvorbereitung Hitlers und Rosenbergs richtet sich vor allem gegen die reichen aufblühenden Gebiete der Sowjetunion, des Landes des siegreichen Sozialismus, und gegen die kleinen Staaten.

Die Hitlerregierung hat in einem Jahr zehn Millionen Mark auf Kosten der deutschen Volksmassen für ihre verbrecherischen Rüstungen ausgegeben. Das werktätige Volk soll schwere Entbehrungen leiden, damit Hitler Deutschland in das höchstgerüstete Land Mitteleuropas, in eine ständige Drohung gegen den Weltfrieden verwandeln kann.

Die Autarkiepolitik der Hitlerregierung ist unter der Perspektive des kommenden Krieges eingeleitet. Die «Erzeugungsschlacht» hat in zwei Jahren nicht Deutschlands Lebensmittelversorgung vom Ausland unabhängiger gemacht, sondern durch Darrés bauernfeindliche Miß- und Zwangswirtschaft und Schachts Devisenpolitik die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung ruiniert. Durch die Verteuerung der Futtermittel und die fast völlige Sperrung der Einfuhr billiger ausländischer Futtermittel wurden im vergangenen Jahre die Bauern zu riesigen Notschlachtungen von jungen Tieren gezwungen, so daß allein die Schweinezahl in Deutschland um zweieinhalb Millionen Stück sank. Ohne genügend billiges Futter wird auch weniger Butter erzeugt. Der Apparat der Zwangseinkaufsenossenschaften frißt die Hälfte des Konsumentenpreises. Die Kriegswirtschaftspolitik der Naziregierung, verbunden mit den hohen Zinslasten und Steuern, machen es dem Bauer unmöglich, lohnende Preise zu erhalten. Der Bauer will sich aber nicht für die braunen Bonzen abrackern.

Die Folgen der bauernfeindlichen Darrépolitik werden verschärft durch die Verminderung der Lebensmittelzufuhr aus dem Ausland auf weniger als die Hälfte. Goebbels rühmte die Hitlerregierung, daß sie im letzten Jahre für anderthalb Millionen Mark statt Lebensmittel Rohstoffe für die Kriegsproduktion eingeführt hat. Trotzdem wagt er es, die kriehend Schlange stehenden werktätigen Frauen als «Staatsfeinde» zu bezeichnen und zu bedrohen.

### Woher die Teuerung?

Die Hitlerregierung zwingt mit der Gewalt ihres faschistischen Terrors, der blutig auf unserem Lande lastet, das deutsche werktätige Volk, die Lasten der Kriegsproduktion, der Steuern, der Zölle und der landwirtschaftlichen Kriegswirtschaft zu tragen. Darum muß es teurere Preise als früher bezahlen, für die Butter, die Margarine, die Fette, die Fleischwaren und anderes.

Hitlers Politik hat durch ihre barbarische Kulturschande, blutigen Greuel gegen das unterdrückte Volk und provokatorischen Kriegsrüstungen Deutschland in der Welt isoliert, die normalen Beziehungen und den normalen Handel mit den anderen Ländern gestört. Hitlers Politik führt zur Verschleuderung von Milliarden für die Rüstungen und für einen aufgeblähten Apparat brauner Bonzen. Hitlers Politik fördert die wucherische Preisfestsetzung durch die großkapitalistischen Kartelle. Hitlers Politik gibt den Konzernherren gewaltige Rüstungsprofite. Hitlers Politik belastet die Gewerbetreibenden mit hohen Zinsen und Steuern. Dies ist vor allem die Ursache der Teuerung.

### Nicht „Fett oder Arbeit?“ — sondern Fett und Arbeit!

Auf der Leipziger Amswaller Tagung der DAF behauptete Ley, die Frage für die deutschen Arbeiter laute jetzt und bei den kommenden Vertrauensrätewahlen:

«Fett oder Arbeit? Willst Du vielleicht vier Wochen Uberschuß an Fett haben und dann kapitulieren oder willst Du durchhalten? Wenn keine Rohstoffe gekauft würden, so würden mit einem Schlage viereinhalb Millionen arbeitslos.»

Jeder dieser Sätze ist ein Versuch, das arbeitende Volk zu verwirren und zu betrügen. Die deutschen Arbeiter und mit ihnen die Werktätigen aus allen Berufen, werden Ley antworten:

Wir wollen nicht darben für die Kriegsgewinnler! Wir wollen nicht Granaten, Giftgase, Tanks und U-Boote, sondern Butter und Fleisch für unsere Familien! Wir wollen nicht Lebensmittelmangel durch Autarkie und Zwangswirtschaft! Wir wollen den freien Markt für die bäuerlichen Produkte und normale Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Ländern! Wir wollen Frieden und Wohlfahrt! Wir wollen Fett und Arbeit!

*Es kann genügend andere Arbeit in Deutschland geben, ohne daß das Volk darben muß und ohne daß Rohstoffe für Kriegsrüstungen eingeführt werden!*

Voraussetzung dafür ist nur, daß nicht mehr in die Taschen der Konzernherren, Börsenjobber und Großagrarien gewirtschaftet wird. Wenn die Lasten vom werktätigen Volk genommen werden, wenn die Arbeiter und Angestellten ausreichende Löhne erhalten, wenn dafür die Reichen mit Wegsteuerung der Dividenden, der hohen Einkommen und Tantiemen belastet werden, wenn Mittelständler und Bauern von den hohen Zinsen und Steuern befreit werden, wenn so die Kaufkraft der Volksmassen gehoben wird, gibt es genug Arbeit in Deutschland. Brauchen die Arbeiter und Werktätigen nicht bessere Kleider und bessere Wäsche, mehr Schuhwerk, anständige Möbel, gute Wohnungen? Brauchen die Handwerker nicht modernes Werkzeug und Maschinen? Brauchen die Bauern nicht neue landwirtschaftliche Geräte, Maschinen und Industriewaren? Fehlen nicht dem größten Teil der Jugend Bücher und Sportgeräte?

Die Zahlen der amtlichen deutschen Statistik bestätigen, daß durch die Steigerung der Kaufkraft der werktätigen Massen ungeheuer viel Arbeit geschaffen werden kann. Entgegen den Nazi-Lügen zeigt der Umsatz des Einzelhandels im Oktober 1933, daß er nicht im geringsten gegenüber dem Stand des Oktobers 1931 gestiegen ist. Angesichts der inzwischen eingetretenen Teuerung ergibt sich daraus sogar ein Rückgang im realen Konsum der Massen. Ein weiteres «Wunder» Hitlers ist damit entlarvt: Die «Arbeiterschlacht», die Erhöhung der Beschäftigten vorwiegend in der deutschen Rüstungsindustrie, hat zu keiner realen Erhöhung der Kaufkraft der Volksmassen geführt. Die einzigen wirklichen Gewinner der «Arbeiterschlacht» sind die Herren der großen Konzerne und Rüstungsmonopole, eine Oberschicht von Reichen, von Kapitalisten und Generalen, in deren Tasche sich der Strom goldener Rüstungsprofite ergießt und denen es auch jetzt nicht an besten Lebensmitteln fehlt. Für diese Vorkausbeuter gilt der Grundsatz: *Alle arbeiten für*

### *Sinnen — Einer verdient für alle!*

Wir wollen, daß damit Schluß gemacht wird! Und es kann noch mehr Arbeit in Deutschland geben. Wenn Schwache ganze Devisenpolitik beseitigt wird, wenn normale Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen Ländern den friedlichen Warenaustausch erleichtern, wenn deutsche Maschinen gegen Lebensmittel und Rohstoffe aus der Sowjetunion ausgetauscht werden, dann gibt es Lebensmittel und Arbeit. Die antisowjetische Provokationspolitik der Hitlerregierung hat die deutsche Industrie der Milliardenaufträge der Sowjetregierung beraubt.

In der Sowjetunion, wo die Kapitalisten samt ihres Schachts und Hitlers zum Teufel gejagt wurden, hat die sozialistische Planwirtschaft Arbeit für Alle, wachsenden Wohlstand für die Beschaffenden, Preisverbilligung, Fleisch und Butter für das ganze befreite Volk gebracht. Der wirkliche Sozialismus in der Sowjetunion widerlegt die lügenhafte Fragestellung des deutschen Handelstiers Ley: «Fett oder Arbeit?» Im sozialistischen Sowjetland gibt es Fett und Arbeit.

So lautet in Wahrheit die Frage, die vor dem arbeitenden Volk Deutschlands steht: Sollen die Arbeiter und Werktätigen sterben, damit die Konzernherren weiterhin ihre fetten Rüstungsprofite einstecken können und Deutschland von Hitler in einem noch schnelleren Tempo der Katastrophe eines neuen wahnwütigen Krieges entgegengeführt wird? Oder soll das werktätige Volk kämpfen für Fett und Arbeit?

### *Der Widerstand der Volksmassen*

Mögen die Naziführer noch so viel reden, noch so viel drohen — das werktätige Volk erhebt die Frage, die ihm in den Schlagen vor den Geschäften, bei den niedrigen Zahlen auf der Lohnliste und der allgemeinen drückenden Unfreiheit auf der Seele brennt: Wie können wir uns wehren? Wie können wir diese Zustände ändern?

Die Frauen des Berliner Weddings, die sich in Bewegung setzten und mit ihrer Forderung nach Butter von Geschäft zu Geschäft zogen, haben richtig zu handeln begonnen.

Die Arbeiter, die in einigen Betrieben Fettzulagen vom Unternehmer forderten und von Vertrauensräten ein Eintreten für solche Forderungen verlangten, haben den aktiven Kampf gegen die Lebensmittelnot und Teuerung eingeleitet.

Die Fleischer in Berlin und Leipzig, die in ihren Innungsversammlungen sich in schärfster Erbitterung gegen Hitlers Mißwirtschaft wandten, brachten die Erregung ihrer Berufskollegen und der Klein Händler im ganzen Reich zum Ausdruck.

Die Aetzung des preußischen Gauleiters der NSDAP, Koch, der in einer Denkschrift an Hitler erklärte, daß 60 Prozent der ostpreussischen Bauern durch Darrés Politik ruiniert werden, offenbart, daß sich die Gärung und der Widerstand der Bauern bereits in scharfen Differenzen innerhalb der Naziführung widerspiegelt.

Weil durch das aufhebende Volk ein tiefer Drang nach rituellicher Abwehr der arbeiterfeindlichen, mittelstandsfeindlichen, bauernfeindlichen Hitlerpolitik geht, kündigte Hitler in der Deutschland-Halle die Brutalisierung des Terrors an und überschrie sich Göring in wilden Drohungen gegen die kommunistische Flüsterpropaganda, Konzentrationslager statt Butter!

### *Von der Agitation zum aktiven Widerstand*

Die Stimmung der Volksmassen gegen das Hitlerregime wächst. Große Massen können in Bewegung gesetzt werden, wenn das werktätige Volk die einheitlich handelnde Kraft der Antifaschisten, die organisierende und führende Kraft der Einheitsfront spürt. Wir Kommunisten werden im Sinne des Kampfprogramms der Brüsseler Reichsparteikonferenz der KPD alles tun, den Widerstand gegen Lebensmittelnot und Teuerung zu steigern und uns dafür mit allen Organisationen der Hitlergegner zum gemeinsamen Kampf zu vereinen.

Der Widerstand wird innerhalb der Deutschen Arbeitsfront beginnen und erstarken, wenn Kommunisten, Sozialdemokraten und Freigewerkschafter sich zusammenschließen in der Vertretung der unmittelbarsten Forderungen: Für ausreichende Zufuhr und gerechte Verteilung von Butter und Fleisch an die Arbeiter. Der Widerstand wird in den Betrieben wachsen, wenn die Arbeiter an die Vertrauensräte mit der Forderung herantreten, genügend Butter, Fleisch und Fett für Frühstück und Vesper herbeizuschaffen. Die Arbeiter wollen nicht für trock-

nes Brot oder Hitler-Marmeladebrot arbeiten, sondern wollen Brot und Fett! Sie verlangen Bewilligung von Fettzulagen als Teuerungszulage durch die Unternehmer, Schaffung von Lebensmittelkommissionen, die in Abteilungs- und Betriebsversammlungen der DAF gebildet werden. Die Klein Händler sollen gemeinschaftlich die Belieferung der Fabrikkantinen übertragen erhalten. Die Vertrauensräte und die Blockwarte der DAF sollen mit den Vertretern der Kleinhandelsorganisation die Warenlager der Großfirmen kontrollieren und für die gerechte Verteilung sorgen.

Ley will unter der Losung «Fett oder Arbeit?» die nächsten Vertrauensrätewahlen vorbereiten. Die Antifaschisten tragen dagegen in die Arbeiterschaft und ins ganze werktätige Volk die Losung: *Fett und Arbeit! Im Kampf für gesteigerte Zufuhr und gerechte Verteilung von Fett und Fleisch beginnt innerhalb der DAF der Kampf für die Wahl von Arbeiterkandidaten.* Die Vertrauensräte sind würdig, wieder zu kandidieren, die sich bei der Lebensmittelnot am besten für die Interessen der Kollegen einsetzen. Der Kampf für Arbeiterkandidaten ist der Kampf gegen Lebensmittelnot und Teuerung, aufs engste verbunden mit dem Kampf für die Freiheit der Meinungsäußerung, für das Recht des Fragens in den DAF-Versammlungen, für mehr Bewegungsfreiheit und Rechte der Arbeiter in den Betrieben. Im vergangenen Jahr setzten die Arbeiter in den Abteilungen vieler Betriebe durch, daß Arbeiterkandidaten auf die offiziellen Listen gesetzt wurden. Die Kollegen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Freigewerkschafter, verständigten sich vielfach darüber, wem sie ihre Stimme geben und wem sie treuen wollten. Entgegen der falschen Boykott-Taktik des Prager Vorstandes der SPD haben vielfach sozialdemokratische Mitglieder und Organisationen die Einheitsfront bei den Vertrauensrätewahlen als einer wichtigen Mobilisierung der Belegschaften im Kampf für die demokratischen Freiheiten geschaltet. Die Arbeiterschaft bereitet die Vertrauensrätewahlen unter der Losung vor: *für Fett und Arbeit, für Meinungsfreiheit und Arbeiterrechte!*

Wenn Herr Ley in Leipzig sagte: «Die Besitzenden sollen zugunsten der Schwerarbeiter auf ihre Fettationen verzichten», — nehmt ihn beim Wort! Die Reichen sind fett genug. Werktätige Frauen, guckt nicht auf die Marktaschen eurer Nachbarin in der Schlange, ob sie ein Viertel- oder Achtelpfund Fett mehr hat — schaut in die Vorratskammern der Reichen und der Nazibonzen! Was ihr von den Dienstmädchen der Reichen erfahrt, sagt es von Mund zu Mund, entbült es in illegalen Zeitungen und Flugblättern! Fragt die SA-Leute, ob die Riesengewinne der Kriegsgewinnler und ihre reichgefüllten Speisekammern «Volksgemeinschaft» sind? Fragt die alten Kämpfer, ob sie dafür gekämpft haben?

Die Erwerbelosen, deren Zahl sich um Zehntausende vermehrt, sollen gemeinschaftlich von der NSV als ernsthafte Winterhilfe ein ausreichendes wöchentliches Quantum von Fett und Fleisch für ihre Familien verlangen!

Der Widerstand wird weite Volkskreise auf dem Lande erfassen, wenn die Bauern zur Durchbrechung der faschistischen Marktordnung schreiten und massenweise mit dem freien Verkauf ihrer Produkte an die Klein Händler und Werktätigen beginnen. Die schaffenden Bauern sollten von den Ortsbauernführern die wirkliche Vertretung ihrer Interessen beim Landes- und Reichsbauernführer fordern: die Aufhebung der Zölle, die Einfuhr billiger Futtermittel, die Gewährung langfristiger Staatskredite an die Bauern zur Hebung des Viehstandes. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft und der ganzen Darréschen Bauernpolitik sobafft genügend Fett und Fleisch, bringt den Bauern lohnende Preise ohne Preiserhöhung für die Konsumenten.

Der Widerstand der Klein Händler und Fleischer gegen die unzureichende und ungerechte Verteilung von Butter und Schweinefleisch kann mit Hilfe der werktätigen Hausfrauen verbreitert werden, indem diese feststellen, welche Mengen bei den Großhändlern und Großfleischern angeliefert werden. Die Frauen wissen, daß durch die Lebensmittelerhöhungen der Großagrarien und Großhändler ihre schwer arbeitenden Männer um die nötige Nahrung gebracht werden.

### *Butter statt Kanonen!*

Hitlers Katastrophepolitik führt zu Lebensmittelnot und

Teuerung. Die Kommunistische Partei kämpft für die Rettung der Arbeiter und des gesamten werktätigen Volkes. Sie wendet sich an die Arbeiter, Mittelständler, Bauern, Erwerbslosen, Angehörigen der freien Berufe, Frauen, Jugendlichen und sagt ihnen: Kämpft mit uns! Vereinigen wir die Kraft aller Hitlergegner und ihrer Organisationen zum gemeinsamen Handeln!

Hitler profitierte bisher von der Zersplitterung der antifaschistischen Kräfte. Darum konnte die Erbitterung, die Enttäuschung, die Opposition, der Abwehrwille breiter Teile der Bevölkerung sich noch nicht zu größeren Aktionen des Widerstandes entwickeln. Wir werden daher nicht müde werden, trotz der Ablehnung der Einheitsfront durch den Prager Parteivorstand alle Kräfte anzustrengen für die brüderliche Verbindung mit allen sozialdemokratischen Organisationen und Mitgliedern im Lande zum gemeinsamen Kampf. Wir wollen, daß die führende Kraft der *Einheitsfront* im ganzen Reich alle Schichten des unzufriedenen oppositionellen Volkes mitreißt und in der Volksfront sammelt.

Die Ketten der Not zerbrochen, heißt, das faschistische Joch zu zertrümmern und Hitler zu stürzen. Nur das Volk ist auch nach außen frei, das sich seine innere Freiheit erkämpft hat. Millionen Menschen müssen mit dieser Erkenntnis in der *Volksfront vereinigt werden!*

Göring hat die Losung «Kanonen oder Butter?» ausgegeben. Ley sagt lügnertisch: «Fett oder Arbeit?» Im Lebensinteresse des werktätigen deutschen Volkes, im Namen des Friedens und der Freiheit kämpfen wir für:

*Butter statt Kanonen!*

*Fett und Arbeit!*

*Freiheit und Frieden für das werktätige Volk!*

